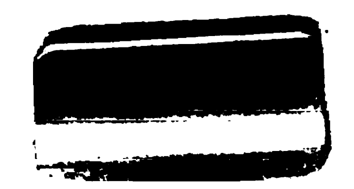


Hagemann.





# DER EMANCIPATIONSKAMPF DES VIERTEN STANDES.

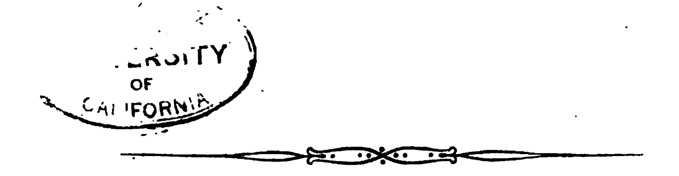
VON

DR. R. MEYER.

---

II. Band.

**Die Schweiz. — Oesterreich. — Holland. — Spanien und Portugal. — Italien. — Belgien. — Skandinavien. — Frankreich. — Russland. — England. — Amerika.**




Berlin.
Verlag von Aug. Schindler.
1875.

# Inhalt des II. Bandes.

## Die Schweiz.

Seite 1—38.



## Oesterreich.

Seite 39—100.



## Holland.

Seite 101—110.



## Spanien und Portugal.

Seite 111—165.

## Frankreich.

Seite 418—745.




# Berichtigung.

Zu dem Capitel „Belgien“ brachten die „Ch.-soc. Bl.“ vom 15. Novbr. 1874 eine Erklärung, in der es heisst:

„Herr Meyer hat am Ende des ersten Bandes an seine Leser die Bitte gerichtet, etwaige Ausstellungen ihm bekannt zu geben. Wir sind in der Lage, bezüglich einer gewissen Angabe im vorliegenden Bande Herrn Meyer um folgende Berichtigung zu ersuchen:

Auf Seite 253 schreibt Herr Meyer: „Wie wir sehen werden, ist es von den belgischen Social-Katholiken offen ausgesprochen, dass eine „Internationale Association katholischer Arbeiter“ — von Belgiern, Franzosen und Deutschen zunächst — gebildet werden solle.“

Des Weiteren folgert er dann aus einem Schreiben des Erzbischofs von Mecheln und aus den Worten des Präsidenten der belgischen Arbeitervereine, dass diese internationale Vereinigung wirklich „existire.“ Herr Präsident Bivort sagte, dass sie sich fremde Correspondenten verschafft hätten, um dem gebieterischen Bedürfnisse zu genügen, sich kennen zu lernen und sich über die verschiedenen Phasen aufzuklären, welche die sociale Frage bei den Nachbarn durchlaufe. „Man ermuthigt sich so gut, wenn man erfährt, was vorgeht, und den Erfolg und die Tröstungen hört, welche Personen ernten, die sich der Arbeitersache widmen. Besonders fühlt man so genau, dass von der guten Lösung der Arbeiterfrage das Heil der Gesellschaft abhängt. So bilden alle vereinigten katholischen Bündnisse Deutschlands, Belgiens und Frankreichs schon so zu sagen, eine solide internationale Association katholischer Arbeiter.“

Aus diesen letzteren Worten und aus dem unschuldigen Umstande, dass das belgische Centralbureau vier Herren aus Deutschland als seine Correspondenten, d. h. als Ehrenmitglieder aufführt, zieht Herr Meyer: „Dies ist in der That das, was man schwarze Internationale nennt.“ Zunächst sei bemerkt, dass Herr M. sich über das, was man schwarze Internationale nennt, in einem grossen Irrthume befindet. Unter schwarzer Internationale versteht der „Liberalismus“ nichts weniger als die gesammte katholische (allgemeine) Kirche.

Aber nun, wie steht es denn „in der That“ um die „vereinigten katholischen (Arbeiter-) Bündnisse Deutschlands, Belgiens und Frankreichs, die so zu sagen schon eine solide internationale Association katholischer Arbeiter bilden?“

1. Die christlich-socialen Arbeitervereine Deutschlands stehen lose und unabhängig neben einander, sind in keiner Weise mit einander verbunden, haben, wie allgemein bekannt ist, überhaupt keine Organisation.

2. Aus dieser Thatsache allein schon folgt, dass dieselben einen Anschluss an die belgischen oder französischen Arbeitervereine nicht bewerkstelligen konnten, selbst wenn sie es beabsichtigt hätten.

3. Auch nicht ein einziger christlich-socialer Verein Deutschlands steht unseres Wissens mit der organisirten katholischen Arbeiterpartei in Belgien oder in Frankreich in Verbindung.

4. Die principiellen Auffassungen bezüglich der national-ökonomischen Fragen sowohl als die praktischen Bestrebungen der deutschen Katholiken weichen vielfach von denen der Belgier und Franzosen ab, wie Meyer selbst sehr richtig hervorhebt. Wozu da eine Vereinigung? die
5. auch noch gegen das Vereinsgesetz verstossen würde.

Kurz und gut: Eine Vereinigung zwischen belgischen und deutschen katholischen Arbeitervereinen hat nie existirt, und existirt jetzt nicht weder öffentlich noch im Geheimen.

Der einzige Anhaltspunkt, der noch erübrigte, um von einer „schwarzen Internationale“ sprechen zu können, wäre die Wahl von vier deutschen Correspondenten, die Herr Bivort für „ein gebieterisches Bedürfniss“ hielt. Mit diesem sehr unschuldigen Punkte verhält es sich also:

Das Central-Bureau wandte sich an einen deutschen Christlich-Socialen mit der Bitte, er möge ihm einige Herren aus Deutschland bezeichnen, welche dieses Ehrenamt zu übernehmen sich bereit finden liessen. Das geschah in der selbstverständlichen Voraussetzung, dass das belgische Centralbureau nun seinerseits die einzelnen Herren um ihre Einwilligung ersuche. Diese Rücksicht hat das Bureau nicht genommen, aber bald nachher die Namen der vorgeschlagenen Herren als „Correspondenten“ veröffentlicht. Man hat dazu geschwiegen, weil die ganze Sache von keinem Belange war und die Belgier vielleicht eine Ueberraschung liebten. Mit Bestimmtheit können wir versichern, dass Keiner der deutschen Herren mit dem Centralbureau der belgischen Arbeitervereine jemals in Correspondenz getreten ist.“

Ich habe keinen Grnnd, Misstrauen in die Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit des Herrn Schings zu setzen und deshalb gern seine Erklärung, die ich als eine Berichtigung auffasse, aufgenommen. — Noch muss ich zum selben Capitel bemerken, dass der Professor Périn zu Löwen nicht, wie ich angegeben, verstorben ist, sondern ein gleichnamiger Rector jener Universität. Von Périn soll demnächst, wie ich höre, ein neues social-politisches Buch erscheinen. — Ferner schreibt mir Herr Advocat Wiser aus Linz, dass die von Frau Brestel Seite 41, II. I. erzählte Aeusserung nicht richtig sei und Herr Brestel sich von jeder Corruption frei gehalten habe. Nicht in der Lage, Herrn Wiser ein persönliches Zeugniss für das Gegentheil beizubringen, komme ich meiner publicistischen Pflicht der Berichtigung nach und füge den Ausdruck aufrichtigen Bedauerns hinzu, dem österreichischen Staatsmanne zu nahe getreten zu sein. Es mag mich entschuldigen, dass ich die Notiz einer Quelle entnahm, welche ich für zuverlässig zu halten Grund hatte. Bei der Menge von Angaben über Personen, welche verschiedener Beurtheilung ausgesetzt waren und sind, die ich hier habe machen müssen, sind Irrthümer wohl erklärlich. Aber ich kann versichern, dass ich keine Verdächtigungen erfunden oder mir selbst Verdächtiges aufgenommen habe und für jede Berichtigung dankbar bin, sie auch an geeigneter Stelle gern aufnehme.

Berlin, 18. März 1875.

Dr. Rudolph Meyer.

# Die Schweiz.

Ein genaues Studium der socialen Entwickelung der Schweiz müsste für jeden ernsthaften Staatsmann äusserst lehrreich sein. Es würde die Frage für ihn gelöst werden, wie es kommt, dass in einem Lande, welches der Hauptherd des radikalsten Socialismus gewesen ist, von dem aus er sich nach allen Richtungen der Windrose hin verbreitet hat und in dem er sich ganz nach Belieben austoben durfte, dieser Socialismus so durchaus harmlos und bedeutungslos sich erweist. Die Wahrheit dieser Erscheinung wird aus dem Verlauf dieser kurzen Abhandlung hervorgehen. Ihre Ursachen will ich andeuten.

Das grosse staatsmännische Geheimniss, das einzig richtige Mittel, eine friedliche, naturgemässe social-politische Entwickelung eines Staates sich vollziehen zu lassen, beruht darin, dass man alle zum selbstständigen social-politischen Denken gekommenen und zu einer politischen Action fähigen Volkselemente in die Lage bringt, an den Aufgaben von Staat und Gesellschaft mitarbeiten zu können und zu müssen. Freilich wird dadurch nicht der status quo verewigt, allein einen solchen Conservatismus, der dies wollte, giebt es heut zu Tage nirgends mehr. Echt conservativ ist es vielmehr, dass man ein gottgewolltes Ziel der Entwickelung auf ruhigem Wege, durch organische Fortbildung des Bestehenden anstrebt. Können nun die Elemente, welche Neues anstreben, sich Geltung verschaffen nach Massgabe ihrer Kraft und die Elemente, welche das Bestehende, wie es ist, conserviren wollen, auch, so wird man zwar stetig, aber nur langsam vorwärts kommen, indem die Neuerer das jeder neuen auftauchenden Idee anklebende Utopistische allmählig abstreifen, die Conservativen sich mit nicht billiger Weise abweisbaren Wünschen der Neuerer befreunden. Haben beide Parteien das Recht, bei der Gesetzgebung mit zu wirken, so wird hierbei nie der gesetzliche Weg verlassen werden. Das Geheimniss für den Staatsmann liegt also darin, allen Parteien Antheil an der Gesetzgebung zu verschaffen. Existiren noch geschlossene Stände in einem Staat, so werden sie ständischen Antheil an der Gesetzgebung erhalten müssen. Hat aber die Staatsgesellschaft, wie heut zu Tage fast überall, einen invidualistischen Charakter angenommen, so wird man gleichen Antheil für die Individuen verlangen.

Versagt man dagegen einer actionsfähigen, bewussten Partei solchen Antheil, so lehnt sie sich sofort gegen die bestehende Ordnung auf und wird zur radikalen Umsturzpartei. Sucht man sie nun noch zu unterdrücken, ihre Organisation zu zerstören, so treibt man eine Krankheit von der Oberfläche des Körpers in's Blut und macht sie unheilbar. Sie zersetzt allmählig aber sicher den ganzen Organismus und ein äusserer Anstoss zerstört den ganzen Körper.

Letzteres hat man in der Schweiz vermieden. Alle Parteien können frei sich organisiren; Vereine, Presse, Versammlungen sind frei; obschon die Gesetzgebung einige Cautelen enthält, werden sie fast nie zur Anwendung gebracht. So hat auch die Internationale dort bis heute sich organisiren können, und was sie damit erreicht hat, werden wir sehen.

Die Schweiz hat aber auch Allen Antheil an der Gesetzgebung gegeben, und auch dies nach jenem oben gekennzeichneten Princip.

Dem Staatenbund gegenüber giebt es in der Schweiz keine Stände mehr, wohl aber dem Canton, deshalb haben wir für den Staat oder „Bund“ nicht nur das allerdemokratischste allgemeine Wahlrecht, sondern sogar das Referendum. Auf Antrag von 30,000 Schweizerbürgern, die den verschiedensten Cantonen angehören dürfen, muss irgend ein Gesetz dem Volke zur Annahme oder Verwerfung durch allgemeine Abstimmung vorgelegt werden. Hätte Lassalle Recht mit dem, was er öffentlich behauptete, so müsste die Arbeiterschaft der Schweiz nun sofort, da sie ja unbestritten die Mehrzahl ist, den socialen Staat einführen. Wir werden sehen, wie weit sie davon entfernt ist.

In den Cantons, die an sich sehr verschiedene volkswirthschaftliche Gesellschaften enthalten — wir haben Ackerbau-, Weide-, Industriecantons —, in denen noch Stände existiren, haben wir mehr oder minder verschiedene, zuweilen ständische Wahlrechte bei freiester Selbstverwaltung. Dem Bund gegenüber gilt der Verfassungsparagraph: „Alle Schweizer sind vor dem Gesetz gleich. Es giebt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Ortes, der Geburt, der Familien oder Personen.“

Aber man ist weit entfernt, diese Schablone auf den Canton auszudehnen. Nicht einmal das freie Niederlassungsrecht existirt unbeschränkt. Wie die Schweiz durchschnittlich eine conservative Gesellschaft in einem demokratischen Staate darstellt, so kommt neben dem ultra-demokratischen Referendum für den Staat das verschiedenste Recht für die einzelnen Cantone zur Geltung, und man hütet sich wohl, das uniformiren zu wollen.

Die staatlichen Einrichtungen der Schweiz, welche, wenn in irgend einem Lande, so hier das Product des Nationalgeistes sind, stehen in stärkstem Gegensatze zu denen Frankreichs; hier ist die abstracte Theorie, dort die unendliche Mannigfaltigkeit der realen Verhältnisse massgebend. Ich will diese Mannigfaltigkeit nur in einem Punkte nachweisen, an dem Stimmrecht in

den Gemeinden. Bekanntlich bildet die Gemeinde die Grundlage des ganzen schweizer Staatswesens; sie ist eine kleine, selbstständige Republik in dem grösseren Verband des Cantons und nur durch dessen Bedürfnisse eingeschränkt. Sie wählt ihre Beamten, verwaltet ihre Angelegenheiten, erhebt Steuern, ohne einer Genehmigung der Staatsbehörde zu bedürfen. Die staatliche Aufsicht ist überhaupt auf ein Minimum reducirt und wird in der Praxis nur dann gehandhabt, wenn es in einer Gemeinde gar zu liederlich hergeht. In den Gemeinden waltet nun die allergrösste Verschiedenheit; sie schildern zu wollen, würde ein Buch erfordern. Ich begnüge mich mit der Darlegung der Verhältnisse einer Gemeinde des Cantons St. Gallen, beziehungsweise der Ausübung des Stimmrechtes in einer solchen, und zwar aus dem Grnnde, weil in diesem Canton die nicht ursprünglich Gemeindeangehörigen sehr liberal behandelt sind, also mehr Rechte besitzen als in vielen anderen Cantonen. Diese Schilderung ist von einem schweizer Industriellen der „Concordia“ gesendet worden.

In dieser Gemeinde finden wir zunächst die alte urdeutsche Ortsbürger-Gemeinde, bestehend aus den oft seit Jahrhunderten ansässigen Familien der alten „Burger.“ Das Bürgerrecht ist geschlossen, die Ortsgemeinde darf zwar neue Bürger aufnehmen, so viel sie will, und einsichtige Männer wünschen es; allein die Mehrheit der Ortsbürger will davon nichts wissen und hat seit Jahrzehnten keinen Neubürger mehr angenommen. Alle Ortsbürger ohne Ausnahme sind katholisch; sie machen etwa ein Drittel der Bevölkerung aus. Die Ortsgemeinde wählt alle drei Jahre ihren Verwaltungsrath aus ihrer Mitte. Sie besitzt den weitaus grössten Theil der ursprünglichen Gemeindegüter; die Wälder liefern dem Ortsbürger das Bürgerholz, die Allmeind das Pflanzland, ein reich dotirtes Spital nimmt die verarmten oder zum Arbeiten zu faulen Bürger auf. Die katholische Kirche und Schule sind von der Bürgergemeinde dotirt; letztere constituirt sich für deren Verwaltung in eine Kirchen- und Schulgemeinde, welche ihre Behörden separat wählen. Die Schulgemeinde stellt die Lehrer an — ohne staatliche Genehmigung — bezahlt und beaufsichtigt dieselben. Die Kirchgemeinde wählt den Pfarrer, bezahlt ihn und bestreitet alle Ausgaben für die kirchlichen Bedürfnisse, darunter auch die für den confessionellen Friedhof.

In der gleichen Gemeinde aber haben sich im Laufe der Zeit zahlreiche Schweizer anderer Gemeinden und Cantone, katholische und reformirte, niedergelassen. Diese bilden zusammen mit den Ortsbürgern die politische Gemeinde für alle eigentlichen Gemeindeangelegenheiten, wie öffentliche Strassen-Beleuchtung, Wasserleitung, Localpolizei, Controlirung der Käufe und Verpfändungen von Liegenschaften u. dergl. Sie wählt einen Gemeinderath und zwar confessionell, in dem gesetzlich die katholische und die reformirte Confession nach Verhältniss der Kopfzahl vertreten sein müssen. Die politische Gemeinde hat fast kein Vermögen; sie hat vor 40 Jahren nach Einführung des Gemeindegesetzes

1*

mit den Ortsbürgern abgekurt, allein damals wohl viele Lasten, aber wenig Vermögen zugetheilt erhalten. Sie muss ihre Bedürfnisse durch Steuern decken, welche sie nach Gutfinden der Gemeinde-Versammlung, ohne staatliche Genehmigung zu bedürfen, erhebt.

Die reformirten Schweizer bilden für Schule und Kirche wieder zwei besondere Gemeinden, welche die gleichen Befugnisse haben wie die katholische Schul- und Kirchgemeinde.

In dieser Gemeinde ist das Stimmrecht folgendermassen geordnet: 1) In der Ortsbürgergemeinde stimmen nur die Ortsbürger, welche wie gesagt alle katholisch sind. 2) In der politischen Gemeinde stimmen die Ortsbürger, die katholischen und protestantischen niedergelassenen Schweizerbürger: Ausländer müssen Steuern zahlen wie die Einheimischen, haben aber kein Stimmrecht. Schweizerische Aufenthalter, solche, welche in der Gemeinde sich aufhalten, ohne Niederlassung genommen zu haben, zahlen keine Steuern und sind nicht stimmberechtigt. Die politische Gemeinde übt auf gleiche Weise das Stimmrecht in allen cantonalen Angelegenheiten aus. 3) In der katholischen Schul- und Kirchgemeinde stimmen die Ortsbürger und die niedergelassenen Katholiken, einschliesslich des Pfarrers und seiner Capläne. 4) In der reformirten Schul- und Kirchgemeinde stimmen die niedergelassenen Schweizer reformirter Confession. Schweizerische Juden müssen an die reformirte oder katholische Schule steuern, haben aber kein Stimmrecht. 5) In eidgenössischen Angelegenheiten, also bei Abstimmungen über Bundesverfassung und Bundesgesetze, sowie bei der Nationalrathswahl stimmen alle in der Gemeinde befindlichen Schweizer, auch die Aufenthalter.

Das Alles ist nun das gerade Gegentheil der französischen Schablone, denn, wie man sieht, ist sogar das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten nicht im Entferntesten auf die Theorie der allgemeinen Gleichberechtigung, sondern auf die realen Thatsachen der Geburt, der Niederlassung und im Canton St. Gallen auch der Confession gegründet.

Die neue Bundesverfassung von 1874 schont die Selbstverwaltung der Cantons; so hat sie z. B. an dem Grundsatz, dass die Ortsgemeinde zur Armenunterstützung verpflichtet ist, nichts geändert; es kann demnach der verarmte Niedergelassene aus seinem Wohnort ausgewiesen und in seine Heimathsgemeinde zurücktransportirt werden. Die deutsche Einrichtung des Unterstützungswohnsitzes hat bei der Berathung der Bundesverfassung wohl Anhänger gefunden, allein man wagte nicht, an das Princip der Ortsbürger-Gemeinde zu rühren. Die neue Bundesverfassung bestimmt ferner bezüglich der Niederlassung, dass dieselbe einzig an den Besitz eines Heimathscheins gebunden sei. Sie kann *verweigert* werden, wenn der Nachsuchende in Folge eines strafrechtlichen Urtheils nicht im Besitz der bürgerlichen Ehren und Rechte ist, *entzogen* aus dem gleichen Grund, ferner wegen anderweiter gerichtlicher Bestrafung wegen schwerer Vergehen, wegen dauernder Verarmung,

wenn die Heimaths-Gemeinde keine angemessene Unterstützung auf amtliche Aufforderung gewährt. Endlich darf in Cantonen, in welchen die örtliche Armenpflege besteht, die Gestattung der Niederlassung für Cantonsangehörige an die Bedingung geknüpft werden, dass dieselben arbeitsfähig und an ihrem bisherigen Wohnort im Heimathscanton nicht bereits in dauernder Weise der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last gefallen sind.

Wenn ich sehe, wie das ultra-demokratische Princip des Referendum in der Schweiz conservativ arbeitet, die cantonale, sehr verschiedene Selbstverwaltung achtet, und wie der conservative Graf Eulenburg in Preussen mit seiner Kreisordnung, die für Ostpreussen, Sachsen, Hinterpommern und Schlesien dieselbe ist, nach französischer Schablone „reformirt", so gefällt mir, dem Conservativen, die Demokratie der Schweiz mehr als der Conservatismus unseres bekanntlich conservativen Ministers. Wahrhaft mitleiderregend aber erscheint, wenn wir die schweizer Verhältnisse kennen gelernt haben, der Versuch gewisser conservativen Grössen, durch „Reform des Wahlrechts" unsere inneren Zustände conservativ zu gestalten. Diese impotenten Politiker ohne jedes Wissen verwechseln die Wirkung mit der Ursache: das Dreiklassenwahlsystem gab früher in Preussen demokratische Abgeordnetenhäuser, das Referendum liefert in der Schweiz ein conservatives Resultat. Die Gesellschaft muss man reformiren, die Gesellschaft conservativ machen, das ist die Aufgabe, nicht Sicherheitsventile, wie die Freiheit und Oeffentlichkeit, verstopfen; thun sie das, die Herren Conservativen der letzten Stunde, so wird das allerfreieste Wahlrecht das allerbeste Resultat liefern. Von Pferden verstehen sie doch sonst wirklich was. Warum müssen diese Leute denn das politische Pferd stets beim Schwanz aufzäumen?

In der Schweiz herrscht dabei ein sehr reges politisches Leben; denn bei der Abstimmung über die revidirte Verfassung von 1874 wurden von 580,000 Stimmberechtigten 535,000 Stimmen, 334,000 für, 199,000 gegen die Neuerung abgegeben, das ist eine Betheiligung von 90 pCt. der Berechtigten. Freilich ist die Betheiligung nicht immer so gross und hatte diesmal besondere Gründe. Die Schweiz kann diese Freiheit ertragen, weil die Gesellschaft noch meist eine gesunde ist. Der kleine Besitz herrscht vor. In den Cantonen Bern, Luzern, Solothurn, Aargau, Freiburg existirt noch ein behäbiger Bauernstand. In den übrigen Cantonen leben sehr zahlreiche Kleingrundbesitzer, die namentlich Viehzucht und Alpenwirthschaft treiben, wie in Uri, Schwyz, Unterwalden, im Berner und St. Galler Oberlande und Wallis. Endlich haben wir in den Cantonen Neuenburg, Zürich, dem Waadtländischen Jura, Glarus, St. Gallen, Appenzell-Aussernholden, Thurgau, Schaffhausen zwar viel Industrie, aber sie ist nur theilweise Fabrik- und überwiegend, ähnlich wie in der historisch ältern Manufacturperiode auch in England, Hausindustrie und diese Hausindustriellen sind zugleich kleine Grundbesitzer. Sie trifft eine Krisis nicht so hart wie den Fabrikarbeiter. Haben sie doch Wohnung und etwas Landnutzung. Diese Industriearbeiter

sind meist urconservativ, fast nie Socialdemokraten. Ferner giebt es in der Schweiz keine einseitige Industrierichtung, keine industriellen Centralpunkte mit Arbeitermassen, sondern eine weite Verbreitung der Industrie bis zu den höchsten Alpendörfern hinauf, wo man oft mitten in den Bergen an einer Wasserkraft Fabriken erblickt oder Webestühle in Bewegung sieht. Die Mehrzahl der Arbeiter wohnt nicht in den Städten, sondern auf dem Lande, und die meisten beschäftigen sich gleichzeitig mit Landwirthschaft auf eigenem Grundbesitz. In Zeiten der Krisis geht man nicht von einer industriellen Beschäftigung zur anderen über, die letzte Resource ist immer noch die Landwirthschaft. Dass solche Industriearbeiter, die einen eignen Herd haben, für die communistischen Ideen der I. A.-A. unempfänglich sind, ist klar, und solche Leute, die einen eignen Herd haben, haben auch Achtung vor dem Altar, der ja nur die Generalisirung des häuslichen Tisches ist, auf dem die Penaten standen. „Es ist undenkbar, dass sich eine so entschiedene anti-religiöse Stimmung Geltung (in der Schweiz) verschaffe, wie vordem in Frankreich und jetzt in Deutschland" — lesen wir im social-demokratischen „Felleisen" vom 28. März 1874. Zwar klagt selbst Böhmert, dem nicht oft, wohl aber hier zu trauen ist, mit Recht über den todten „Dogmatismus und Formalismus" der evangelischen Kirchen und „die mangelhafte Erziehung zum praktischen Christenthum der Nächstenliebe", allein der religiöse Sinn lebt und ist besonders auch hier freilich unter den Katholiken rege, und er hat sich unter letzteren auch auf socialem Gebiet angemessen in neuester Zeit bethätigt.

Leute aber, die Herd und Altar haben, sind unempfänglich für den Kosmopolitismus der Internationale. Der beste Damm gegen die social-demokratischen Bestrebungen ist das Vaterlands- und Heimathsgefühl der Massen, welche durch behäbigen Besitz an ihre Heimath gefesselt sind, nicht, wie unsere Conservativen zum Theil wollen, durch Contractbruchsstrafen. Wer was in seinem Dorfe besitzt, liebt das Dorf und bleibt darin, der liebt auch sein Vaterland und seine Gemeinde. Beides aber, die Liebe zum Vaterland und zur Gemeinde, besitzt der Schweizer in hohem Grade. Er ist daher, soweit er Besitzer ist, unzugänglich für aus dem Ausland importirte Ideen, welche ihm auf den Trümmern seiner Heimath eine Zukunft vormalen, in welcher er nicht mehr Schweizer, sondern ein Mensch schlechthin sein soll ohne Nationalität, ohne Heimath, ohne individuellen Besitz, ja vielleicht ohne Religion. Gegen solche Ideen reagirt mit vollstem Bewusstsein die Seele und das Gemüth des Volkes. Der Bewohner dieses Landes will vor allen Dingen Schweizer sein. zunächst Genosse einer Gemeinde, dann eines Cantons, dann der Eidgenossenschaft; zuletzt erst kommt ihm die übrige Welt in Betracht. Dieses Vaterlandsgefühl durchdringt alle Eidgenossen bis in die untersten Schichten, mit Ausnahme der eigentlichen Industrieproletarier und fremden Arbeiter. Es hat seine Ausartung, dem deutschen Partikularismus ähnlich, im „Cantönligeist," der aber immer noch besser ist, als ein gewisser (Na-

tional-)Liberalismus. Daher fallen in der Schweiz die socialistischen Ideen so oft auf unfruchtbaren Boden. Wie wenig Reiz sie auf die Arbeiterbevölkerung ausüben, trat klar zu Tage auf der Landsgemeinde in Glarus, bei Gelegenheit der Abstimmung über die Bundesrevision. Dort versuchte ein socialistischer Arbeiterführer, seine Genossen für Verwerfung derselben zu gewinnen, weil sie die Arbeiter nicht berücksichtige; er erhielt von etwa 6000 abstimmenden Arbeitern kaum 200 Stimmen für seinen Antrag.

Nun soll man mich aber keineswegs für einen Advocaten des in der Schweiz herrschenden politischen Radicalismus halten. Er kann und wird sich zum socialen entwickeln auch in Ländern, wo ein starker und volksthümlicher Patriotismus existirt, was ja in der That in Preussen und mehr noch in Frankreich der Fall ist. In Dänemark z. B. hat diese Entwickelung stattgefunden. Man kann sogar, sagt die oben citirte „Concordia," mit L. v. Stein und dem in der Schweiz selbst angestellten Professor v. Scheel der Ansicht sein, dass die social-demokratische Theorie ihre Hauptnahrung aus dem Widerspruch ziehe, der sich zwischen der politischen Gleichheit und der ökonomischen Ungleichheit in der freien industriellen Gesellschaft mit Nothwendigkeit entwickle; ein Widerspruch, der also gerade um so klaffender werden wird, je vollständiger die politische Gleichheit durchgeführt ist. Unter jener Voraussetzung hat L. v. Stein vollkommen Recht, wenn er an einer Stelle seiner „Geschichte der socialen Bewegung Frankreichs" sagt, die untere Klasse werde ihre politischen Rechte unausbleiblich nur gebrauchen, „um vermöge der Staatsgewalt ihre gesellschaftliche Stellung zu einer nicht mehr abhängigen, das heisst ihre Mitglieder zu Theilnehmern am Capitale der Nation zu machen."

Dies Bestreben ist jeder besitzlosen Volksklasse eigen. Dagegen erscheint der Unterschied von Republik und Monarchie in socialer Hinsicht als an sich gleichgültig; in einer Monarchie, auch einer constitutionellen ist zwar der Einzelne kein „Theil des Souveräns", aber das trifft ja den Reichen so gut wie den Armen, der Klassengegensatz wird also dadurch weder erzeugt noch gesteigert. Ja, es kann sogar in einer Monarchie weit mehr zur Ausgleichung desselben und zur Hebung der unteren Stände geschehen, als z. B. in einer aristokratischen Republik der socialen Ungleichheit entgegenzuwirken, ist sogar der natürliche Beruf des Königthums als des Repräsentanten der Staatsidee, den es freilich nicht selten verkannt, aber z. B. dem Feudalismus gegenüber im Ganzen doch sehr energisch bethätigt hat. Wie denn in Preussen das Königthum die unteren Stände gegen die Ausbeutung durch die oberen so lange geschützt hat, bis es selbst unter die Controle der liberalen Manchesterpartei herabsank, und wie umgekehrt in England die herrschenden Grundbesitzer- und Industrie-Aristokratie sich nur die allerdürftigsten Reformen durch Furcht vor Empörung der Arbeiter hat abzwingen lassen. Allein so lange die Staatsgesellschaft durchschnittlich eine besitzende und nicht in der Majorität eine prole-

tarische ist, ist die grösseste politische Freiheit social ungefährlich. Politischer Druck aber ist sogar unter letzterer Voraussetzung das Gefährlichste. Auch hierfür bietet die Schweiz den Beweis in negativem Sinne.

Denn es giebt allerdings auch dort ein Proletariat mit allen Bedingungen für Entwickelung communistischer Ideen. Es giebt in der Schweiz auch schon Fabriken, welche ein Arbeiterproletariat geschaffen haben und wir haben viele fremde Arbeiter, die ohne Besitz ein bewegliches Element im Staate bilden. Und diese sind auch vornehmlich von communistischen Gefühlen beseelt. Aber da sie eine Minorität bilden, sind sie ungefährlich. Und da hier der politische Druck fehlt, sie sich durchaus frei bewegen und organisiren können, so sind selbst diese reinen Socialdemokraten relativ conservativer als im übrigen Europa, woselbst sie durch die täglichen Massreglungen der Behörden, die aller bornirteste Art, wie man solche Ideen und Bestrebungen bekämpfen kann, täglich gereizt und schliesslich in eine Stimmung gebracht werden, welche sie fähig macht, den Staat Angesichts des Landesfeindes in Gefahr zu bringen, wie die Communards zu Paris und Lyon es thaten und wie die Socialdemokraten von Berlin, Leipzig, Hamburg es thun werden, wenn Herr Madai und Tessendorf so weiter mit ihnen umgehen, wie sie es zur Zeit thun, und wenn, was Gott verhüte, unsere Armee anderweitig beschäftigt ist. Aber in der Schweiz ist vorläufig kein Grund zur Besorgniss vor der Commune, obschon Marx und Bakunin dort ihr Hauptagitationsfeld haben. Und die schweizerischen Behörden thun ganz Recht, wenn sie sich um diese, für sie harmlosen Bemühungen nicht kümmern. Freilich wird die Entwickelung der Schweiz, herrscht das Manchestersystem weiter, auch dahin führen, dass die kleinen gesicherten, behäbigen, conservativen Existenzen verschwinden und einem missvergnügten Proletariat Platz machen, und dann, aber auch erst dann wird der Socialismus dort gefährlich werden.

In der Schweiz kümmerte sich die Bundesregierung bis 1874 principiell nicht um die Arbeiter. Dagegen thut dies die neue durch folgenden Artikel 34:

„Der Bund ist befugt, einheitliche Bestimmungen über die Verwendung von Kindern in den Fabriken und über die Dauer der Arbeit erwachsener Personen in denselben aufzustellen. Ebenso ist er berechtigt, Vorschriften zum Schutze der Arbeiter gegen einen, die Gesundheit und Sicherheit gefährdenden Gewerbebetrieb zu erlassen.“

Die staatliche Fürsorge für die Arbeiter ist damit auf ein Minimum beschränkt, und zwar hat merkwürdiger Weise dieser Artikel wenig Interesse für die Industrie-Cantone, welche alle schon mehr oder minder weitgehende Gesetze zum Schutze der Kinder und zum Theil auch über die Dauer der Arbeitszeit der Erwachsenen, sowie über den Schutz der Arbeiter beim Gewerbebetrieb besitzen.

Diese cantonale Fabrikgesetzgebung ist zum Theil alt und datirt im Canton Zürich z. B. schon aus dem Jahre 1813. Wer

sich dafür interessirt, findet das Nöthige in der Darstellung der Schweizer Fabrikgesetzgebung von Scheel in Hildebrand's „Jahrbüchern," November 1873, sowie der Abhandlung Neumann's ebenda 1874; auch bei Böhmert, „Arb.-Verhält. der Schweiz," findet sich Etwas. Natürlich haben auch hier die Arbeiter fast stets durch Anträge, Petitionen und Demonstrationen die Initiative genommen und die Fabrikanten oft resoluten Widerstand geleistet. Aber es ist ein wesentlicher Fortschritt, dass nun auch die Arbeitszeit Erwachsener durch Bundesgesetzgebung regulirt werden kann und dass das arbeitende Volk darauf jetzt einen unmittelbaren Einfluss üben darf. Dass es dies thun will, werden wir aus der Resolution des Oltener Congresses von 1874 sehen.

Nothwendig ist solche Ordnung allerdings, wie eine Enquête, welche der schweizerische Arbeiterbund 1873/74 angestellt hat, ergiebt. Danach beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit der Spengler in den Orten Genf 7 — Zürich 10 — Bern, St. Gallen, Genf, Lausanne 11 — St. Gallen, Neuenburg 11½ — Zürich, Interlaken 12 — Morges 12½ — Buchtersweil, Männedorf, Neuenburg, Chaux-de-Fonds 14 Stunden — die der Schreiner in Genf in der Productivgenossenschaft 9, sonst in Genf, Zürich 10 — Winterthur, Chaux-de-Fonds 10½ — Carouge, Töss, Chaux-de-Fonds, Lausanne, Bern, Luzern, St. Gallen, Glarus 11 — Winterthur 11½ — Neuenburg, Chaux-de-Fonds, Bern, Grenchen 12 — Mannedorf 12½ Stunden; die der Schneider in Lausanne 10 — Genf, Lausanne, Neuenburg, Chaux-de-Fonds, Winterthur, Zürich 11 — Morges, Winterthur, Zürich 12 Stunden; die der Schuhmacher in Genf, Lausanne, Zürich, Veltheim 11 — in Lausanne, Morges, Bern, Basel, Grenchen, Winterthur, Veltheim 12 — in Neuenburg 13 — in Lausanne, Vivis, Basel, St. Gallen, Richtersweil 14 — in Bern 15 Stunden; die der Buchdrucker 10—13 Stunden. Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, ist selbst an denselben Orten die Arbeitszeit verschieden in den einzelnen Fabriken, daher verschiedene Arbeitszeiten am selben Ort und im selben Gewerk angegeben sind. Dass Arbeitszeiten wie 13, 14, 15 Stunden nicht vorkommen sollten, ist selbstverständlich. Hier wird wohl §. 34 der neuen Verfassung zuerst praktisch werden müssen.

Ich würde nun zu der eigentlichen Arbeiterbewegung in der Schweiz übergehen müssen, und da ist ins Ausland bekannter Weise vornehmlich die Nachricht von der Thätigkeit der I. A.-A. gedrungen. Die Internationale hat von der Schweiz und von Belgien aus ihren Gang über den Continent gemacht. Von Belgien und der Schweiz aus ist sie in die romanischen Länder eingedrungen. Von der Schweiz aus ferner nach Deutschland, Oesterreich und Russland. Und in der Schweiz unterlag auch zuerst der riesige Gedanke einer so allumfassenden Bewegung, die von einem Punkte aus dirigirt werden sollte. Marx selbst musste, von den Verhältnissen gedrängt, hier die Decentralisation beginnen. Im Jahre 1871 wurde das letzte gemeinsame Band, welches die von Genf aus gegründete Organisation umspannte, gelöst. Im Jahre 1869 etablirte

sich die I. A.-A. selbstständig in Deutschland. Ich muss also hier auch die Fortschritte der I. A.-A. in Deutschland bis 1869 nochmals berühren und dann die Bewegung auf diesem Gebiete in der Schweiz bis auf die Gegenwart zum Abschlusse bringen. — Die Schweiz ist ein freies Land. Pressfreiheit, Vereinsfreiheit begünstigte das Entstehen internationaler Vereine hierselbst. Sie ist ein Asyl politischer Flüchtlinge. Und die sind ja die Träger der Idee der I. A.-A. gewesen. Bevor ich jedoch auf die Thätigkeit der I. A.-A. in der Schweiz eingehe, muss ich einen Blick auf die Zustände in der schweizer Arbeiterwelt werfen, welche die I. bei ihrem Inslebentreten hierselbst vorfand.

Nach der Pariser Julirevolution, in den Dreissiger Jahren, erwachte der schweizer Liberalismus, entstand eine zweckbewusste Demokratie. Cantonale Verfassungskämpfe, der Kampf gegen den Ultramontanismus gaben ihr Gelegenheit, sich praktisch zu bethätigen — siehe Freischaarenzüge u. dergl.

In diese bahnbrechende Dreissigerperiode fällt nun auch die Entstehung des Grütlivereins. Von Anfang an repräsentirte derselbe, neben dem allgemeinen Streben nach nationaler Verbindung und Kräftigung, besonders dasjenige nach Hebung und Verbreitung der Volksbildung. Bei Gründung des Grütlivereins war bei den eigentlichen Gründern die dominirende Idee die: einen Volksbund zu bilden, der wo möglich alle freisinnigen Elemente der Schweiz umfassen und in Folge seiner lebhaften politischen Thätigkeit einen Einfluss auf die Geschichte der letzteren ausüben sollte. Die historische Entwicklung des Grütlivereins hat aber gezeigt, dass derselbe — wenn auch zu einer lebenskräftigen und sehr zahlreichen schweizerischen Gesellschaft geworden — doch nicht eine Ausdehnung in dem von seinen Gründern gewünschten Masse genommen hat. Obschon sein Organ, der „Grütlianer," bereits 1851 gegründet wurde, hat der Verein doch jetzt nur ca. 4000 Mitglieder durch viele Cantone in einzelne Sectionen organisirt. Dies sind exclusiv schweizerische Arbeiter-Vereine bis auf den heutigen Tag. Und wenn sie sich auch theilweise späterhin der I. A.-A. anschlossen, so gingen sie keineswegs in ihr auf, wie die englischen Trades-Unions ja auch nicht. — Die I. A.-A. fand erstens diese Vereine dort vor.

Sie fand zweitens vor die „Deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereine." Die meisten Arbeiter, welche aus Deutschland nach der Schweiz wandern, haben einer derd ort existirenden Arbeiter-Parteien angehört. Trotzdem nun die Republik der Coalitions-Freiheit einen weiteren Rahmen gegeben hat, als die Monarchie in Deutschland, so zeigt sich hier der Fall, dass die deutschen Arbeiter, der Zwistigkeiten und Reibereien in der Heimat vergessend, sich als „deutsche Brüder" innerhalb der Organisation der „deutschen Arbeitervereine in der Schweiz" begrüssen.

Diese Vereine haben eine in vielfacher Beziehung merkwürdige Geschichte hinter sich. Sie waren die ältesten Verbindungen der deutschen Arbeiterbewegung, und viele derselben wurden schon vor

1848 gegründet. Ein grosser Theil der Arbeiter, welche damals an den Kämpfen in Wien, Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt und in Baden mitgeholfen, waren in diesen Vereinen für den Kampf, für deutsche Freiheit und Einheit begeistert worden. Nach dem Siege der Ordnungspartei in Deutschland wurde die Schweiz das Asyl für Tausende von politischen Flüchtlingen aus Deutschland und Oesterreich. Auf das Drängen der Sieger hin überwachte die schweizerische Polizei die Thätigkeit, namentlich der deutschen Arbeitervereine auf das strengste. Mehrere derselben fielen diesen Einflüssen zum Opfer, die Uebrigbleibenden konnten sich nur dadurch halten, dass sie ihren Namen ablegten und sich als harmlose Gesangvereine constituirten. Dies hinderte nicht, dass sie nach wie vor der Sammelpunkt der thätigen Elemente der demokratischen Bestrebungen blieben. Doch die Schweiz entzog mehr und mehr den Einflüsterungen von Aussen ihr Ohr, und als in Deutschland seit 1859 eine freiere Regung sich Bahn zu brechen suchte, waren die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz schon wieder flott, sie hatten sich sogar eine gemeinschaftliche Verfassung mit einer centralen Organisation gegeben und im Jahre 1861 ein eigenes Vereinsorgan, „Das Felleisen,“ gegründet.

Als zu Anfang der Sechziger Jahre die Arbeiter-Bewegung in Deutschland in Fluss kam, sehen wir die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz die engsten Beziehungen zu den von Schulze-Delitzsch begründeten Arbeiter-Bildungsvereinen im Mutterlande unterhalten. Für Lassalle konnten sie sich nicht begeistern. Standen sie doch in einem Gemeinwesen, dessen demokratischer Geist sie an dem autokratischen Auftreten Lassalle's und dessen dictatorischer Organisation keinen Gefallen finden liess. Der Tod des begabten Agitators dagegen erweckte ein erhöhtes Interesse für seine Lehren, während seine Getreuen ihn gar apotheosirten. Fast zu gleicher Zeit wurde in London die I. A.-A. gegründet. Die von dieser ausgesprochenen Ideen von den Wirkungen der heute herrschenden Productionsweise, von der Nothwendigkeit der Beseitigung des Lohnsystems und der Ersetzung durch die genossenschaftliche Arbeit etc. erschienen den Arbeitern als Lassalle'sche Lehre. Der Glaube an Lassalle's Lehren wurde allenthalben auch in den deutschen Arbeitern der Schweiz stärker und mächtiger. Nur Eines sagte ihnen nicht zu: die stramme Centralisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der Lassalleschen Organisation. Seit sich 1869 zu Eisenach die social-demokratische Arbeiterpartei (Bebel-Liebknecht) mit einer mehr demokratischen Organisation constituirte, finden wir die deutschen Arbeitervereine der Schweiz in deren Lager.

Ausser diesen organisirten schweizer und deutschen Arbeiter-Vereinen fand die I. A.-A. daselbst zahlreiche italienische und slavische, namentlich russische Flüchtlinge, auch Arbeiter, namentlich aber die noch unorganisirten französischen Arbeiter der romanischen Cantone der Schweiz vor. Aus letzteren entstanden späterhin eine italienische Section der I. A.-A. unter Rosetti und Ghalino.

Es entstand ein russisch-social-demokratischer Verein unter Bakunin, der nachher in der I. A.-A. so viel Unheil stiften sollte. Und es entstanden endlich die Föderationen der französichen Sectionen der Schweiz, die heute in zwei Lager gespalten sind.

Dass aber schon vor der Zeit von Marx und Lassalle in der Schweiz socialistische Theorien bekannt und gepredigt wurden, ist bereits im I. Bande erwähnt. Ich meine die von Weitling ausgehende Agitation. Derselbe wurde 1843 verhaftet und seine Schriften blieben wirkungslos. Die Zeit war für den praktischen Socialismus noch nicht reif. Sie war es, als man die I. A.-A. gründete.

War der Riesengedanke der I. A.-A. einem deutschen Gehirn, dem von K. Marx, entsprossen, so fand dieser Mann in Deutschen die ersten Mitarbeiter zu seiner Ausführung. — Joh. Phil. Becker, nicht zu verwechseln mit dem B. Becker, der von Lassalle zur I. A.-A. überging, ist die Seele der deutschen Arbeiterbewegung, die von der Schweiz aus überall fast sich hin erstreckte, wo deutsche Arbeiter leben.

In Deutschland selbst wirkte bei Gründung der I. bekanntlich Lassalle. Der Lassalleanismus aber ist auf Deutschland beschränkt geblieben, weil er eben auf nationaler Basis beruht. Erst nach Lassalle's Tode, im Oktober 1864, wurde von Becker in der Schweiz die erste Section der I. A.-A. gegründet, mit der Absicht, soweit die deutsche Zunge reicht, Schwestersectionen hervorzurufen. Er hat Wort gehalten. Im Jahre 1865 wirkte Becker durch Flugblätter, Rundschreiben, Aufrufe; 1866 gründete er den „Vorbote," eine Hauptquelle über den ersten Lebensabschnitt der I. A.-A., der 1871 einging.

Becker gründete ein provisorisches Central-Comité deutscher Sprache in Genf. Er rief Sectionen ins Leben in Lausanne, Chaux-de-Fonds, Vivis, Neuenburg, Aubonne, Zürich, St. Immer, Beaucourt, Wetzikon, Montreux, Murten, Yverdon, Locle, Pruntrut, Münster, Biel, Courtebert, Basel, Birsfelden, Liestal, Muttenz, Binningen, Eptingen, Lörrach, Säckingen, Lützelflüh, Rheinfelden, Stuttgart, Göppingen, Pinneberg, Solingen, Köln, Mainz, Magdeburg, Berlin, Giersdorf, Peterwaldau, Langenbielau, Altona, Kalk, Elberfeld-Barmen, Braunschweig, Dresden, Leipzig, Duisburg, Nürnberg, Fürth, Asch, Wien, Graz, Wiener-Neustadt, Pest, Temesvar, Paris, Kopenhagen, New-York, San Franzisco und Chicago. Ausserdem hatten sich auch die Arbeiterbildungsvereine in Genf, Vivis, Chaux-de-Fonds, Neuenburg, Ifferten, Luzern, sowie die Grütlivereine in Genf, Lausanne, Murten und Bern als mitgenössische Gesellschaften erklärt. Wenn ich hier schweizer und nicht-schweizer Orte nenne, so geschieht es mit Grund, weil eben alle diese Orte mit Genf in Verbindung standen.

Am 1. Mai 1867 constituirten sich die damals vorhandenen Sectionen sammt den mitgenössischen Vereinen durch Annahme von Centralstatuten in Urabstimmungen zum einheitlichen Bunde unter dem Titel: „Sectionsgruppe deutscher Sprache der inter-

nationalen Arbeiterassociation," das bis dahin noch provisorische Central-Comité definitiv bestätigend. Dies Central-Comité liess damals auch die Statuten in französischer Sprache übersetzen, 1000 Exemplare drucken und sie in den romanischen Sectionen der Schweiz verbreiten, um denselben einen Anstoss zu geben, ebenfalls einen förmlichen Sectionsbund zu gründen, der dann auch durch den ersten Congress dieser Sectionen im Januar 1868 in Genf unter der Benennung „Fédération des Sections Romandes de la Suisse" seine Constitution erhielt. Aber nicht bloss die oben erwähnten Sectionen und mitgenössischen Gesellschaften, sondern noch sehr zahlreiche andere Arbeitervereine setzten sich mit dem deutschen Central-Comité in Verbindung. Am 28. Sept. 1864 hatte man in London die I. A.-A. definitiv constituirt und ein „Manifest an die Arbeiter Europas" erlassen. Am 5. Febr. 1865 erliess das provisorische Comité der gemischten Section Genf einen „Aufruf an alle Arbeiter, Arbeitervereine und Genossenschaften zum Anschluss." Man sonderte nun die Section in eine deutsche und eine romanische Abtheilung, die Hand in Hand arbeiteten. Der General-Rath (G.-R.) zu London verlieh dem provisorischen Comité der deutschen Abtheilung zu Genf die Befugnisse eines „Central-Comité's der Arbeiter deutscher Sprache," welches direct mit Marx correspondirte. Wir werden sehen, wie sich späterhin Marx dieses ihm vielleicht unbequem gewordenen Mittelgliedes zwischen ihm und den nationalen Sectionen entledigte, nachdem es eine ungeheure Arbeit gethan hatte. Am 25. Sept. 1865 überreichte dies Central-Comité dem G.-R. eine ausführliche „Denkschrift." Am 1. November 1865 erliess es ein „Rundschreiben an die Arbeiter und Arbeitervereine in Deutschland und der Schweiz." Darin hiess es u. A.: „Die I. A.-A. ist die in Form und Wirksamkeit zeitgemäss verjüngte Freimaurerei der Arbeiterklasse. . . . . . Soll aber unser Werk für Alle vom Segen werden, so muss es auch Aller Arbeit sein."

Dabei wurden, wie schon im Aufrufe vom 5. Febr., schliesslich Alle aufgefordert: nicht länger zu säumen, die Bruderhand zu reichen, mit Rath und That bei der Gründung und Entwickelung der Association behülflich zu sein, mit der Wärme ihres Herzens und dem Lichte ihres Geistes ihre Kraft und ihre Erfahrung, ihre Steine und ihr Holz zum grossen Erlösungswerke beizutragen." — Im Januar 1866 erschien die erste Nummer des „Vorbote," von Becker redigirt, monatlich 16 Seiten stark, zum Preise von 17 Sgr. p. a. für Deutschland. — Das Central-Comité übernahm im Auftrage des G.-R. im Januar 1866 speciell die Associationsangelegenheiten für Deutschland. Mit dem Arbeiter-Bildungsverein in London, dem eigentlichen Entstehungsorte der I. A.-A., trat das Central-Comité in einige Verbindung. Im Laufe des Jahres 1866 bildeten sich folgende Sectionen: 1) in der Schweiz: In Chaux-de-Fonds eine gemischte Section, die sich nachher theilte, in Yverdon, Basel, Wetzikon (Zürich); in Lausanne bestanden zwei Sectionen, eine deutsche und eine romanische, in St. Immer (Bern), in Beaucourt

der gemischte deutsch-romanische Arb.-Bild.-V., in Montreux eine romanische Section und der deutsch-schweizerische Grütliverein, in Aubonne (Waadt), Pruntrut (Bern), Winterthur (Zürich), Biel (Bern), Val de Ruz (Neuenburg), Neuenburg ebenfalls Sectionen. Ausserdem schlossen sich viele Sectionen des Grütlivereins an. — 2) In Deutschland gab es Sectionen in Berlin, Cöln, Stuttgart, Pinneberg, Solingen, Wüste-Giersdorf, Peterwaldau, Langenbielau, Emsdorf, Gräfrath, Duisburg. — Der „Ständige Ausschuss der Arb.-Bild.-Vereine zu Nürnberg“ unterhielt eifrige Beziehungen zum Central-Comité. — Die deutsche Abtheilung zu Genf errichtete — Angesichts des deutschen Krieges — einen „Wehrausschuss,“ der allerhand bewirken wollte, — aber nichts ausrichtete. — 3) In New-York schloss sich der Arbeiter-Bild.-Verein an. — Der Krieg störte indess die Ausbreitung in Deutschland sehr.

An Zeitungen wirkten mehr oder minder für das Central-Comité: die „Schweizer Arbeiter-Zeitung“ in Glarus, „Felleisen,“ Organ der Schweizer Arb.-Bild.-Vereine in Zürich, die „Schweizer Hand.-Ztg.“ in Basel, der „Grütlianer“ in Bern, das „Journal de l'Association international des travailleurs“ in Genf, „La voix de l'avenir“ in Chaux-de-Fonds, „La Tribune du Peuple“ in Délémont. — In Deutschland: Die „Allg. Arbeiter-Ztg.“ in Coburg, der „Bote vom Niederrhein“ in Duisburg, der „Correspondent“ in Leipzig, der „Nordstern“ in Hamburg, selbst der „Social-Demokrat“ in Berlin. Ausserdem als Central-Organ der „Vorbote.“

Im Jahre 1867 mehrten sich zwar die Anschlüsse; so entstanden Sectionen in Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Göppingen (Württemberg), Solingen, Braunschweig, Wolfenbüttel, Hildesheim, Dresden, Augsburg. Die „Volkspartei“ in Sachsen neigte sich der I. A.-A. zu. Auch in der Schweiz, so in Vivis, Zürich, Murten, Locle (Neuenburg), entstanden neue Sectionen, indess nicht so massenhaft, wie man geglaubt hatte. Die Sachsen veröffentlichten ein mit den Grundsätzen der I. A.-A. übereinstimmendes Wahlprogramm für die Wahlen zum Norddeutschen Reichstage. Das Wichtigste war die Schaffung von „Central-Statuten der Sectionsgruppe deutscher Sprache,“ wonach alle Sectionen im Central-Comité ihre Vereinigung fanden. Bewährte Gesinnungsgenossen, die an Orten wohnten, wo keine Sectionen sich befanden, konnten Centralmitglieder werden und standen so direct unter dem Central-Comité. Solcher soll es 385 gegeben haben. Sie waren das leitende Element in den verschiedenen Arbeitergruppen. — Neues Pressorgan der „Kosmopolit“ in Hamburg.

Verbindungen unterhielt das Central-Comité mit folgenden deutschen Corporationen: Mit dem „Allg. Cigarrenarbeiter-Verein“ unter Fritzsche's Präsidium, Organ der „Botschafter“ in Eisenach; dem „Allg. deutsch. Arbeiter-Verein,“ Präsident Försterling (weibliche Linie), Organ „Freie Zeitung“ in Hamburg; dem Verband der Buchdrucker, Präsident Schob, Organ „Correspondent“ in Leipzig, dem Arb.-Bild.-Verein in Gera, Organ „Deutsche Arbeiterhalle“ in Mannheim, dessen Präsident Herr Bebel war, der hier

zuerst eine Rolle in der I. A.-A. spielte, obschon er noch nicht ganz mit Schulze-Delitzschen Tendenzen gebrochen hatte.

Das Jahr 1868 brachte dem Central-Comité grosse Erfolge. Strikes in Genf und Basel gaben ihm Gelegenheit, sich den Strikenden durch Herbeischaffung von Mitteln nützlich zu erweisen. Die Verurtheilung der Mitglieder der I. A.-A. in Paris veranlasste es zur Anknüpfung von Verbindungen mit Paris. In New-York entstand ein „Provisorisches Central-Comité der socialen Partei," dessen Präsident der jetzt noch wirkende Herr Sorge war. Selbst in San Franzisco fasste man Boden durch Gründung einer deutschen Section. Am 9. August schlossen sich 50 deutsche Arbeiter-Bildungsvereine der Schweiz und im September die deutschen Arbeitervereine, welche einen Delegirtentag in Nürnberg beschickt hatten (116 Delegirte vertraten 50,000 Arbeiter in 200 Vereinen), dem Central-Comité an. Mit Wien wurden Beziehungen angeknüpft. Selbst der Allg. deutsche Arbeiter-Verein fasste folgenden Beschluss am 25. August auf der Hamburger Gen.-Versammlung: „In Erwägung, dass der Druck des Capitals und der Reaction in allen Culturländern aus im Wesentlichen gleichen Ursachen auf der Arbeiterklasse lastet und dass die Bestrebungen der Arbeiter nur dann erfolgreich sein können, wenn sie einheitlich zusammenhängend in allen Culturländern auftreten — ist es die Pflicht der deutschen Arbeiterpartei, mit den Arbeiterparteien aller Culturländer, die von denselben Principien gemeinsam geleitet werden, gemeinsam vorzugehen."

Mit der schon im vor. Jahre begonnenen Bildung von „Frauen-Vereinen" fuhr man fort. Dergleichen existirten in Genf, Basel, Birsfelden. Pressorgane: hinzutraten das „Demokratische Wochenblatt" in Leipzig, von Liebknecht redigirt; die sechswöchentlich erscheinenden „Social-demokratischen Abhandlungen" von Rittingshausen in Cöln; der „Arbeiter" in Basel, Wochenblatt; der „Deutsche Arbeiterkalender" von Eichof in Berlin.

Das Jahr 1869 brachte grosse Erfolge, wurde aber der einheitlichen Organisation verderblich. In der Schweiz verbreitete sich die I. A.-A. In Genf allein bestanden 32 Sectionen. Für die Strikes in Genf, Basel und Lausanne gab das Central-Comité von Januar bis August allein 57,407 Frcs. aus und unterstützte noch Strikes in Frankreich, Deutschland und Belgien. Dies allein spricht für die sehr grosse Ausdehnung.

Zunächst aber constituirte sich die „Föderation der französischen Schweiz" selbstständig, trat mit dem G.-R. in London in directe Beziehung und wurde so dem Central-Comité entzogen. Dies geschah am 3. Januar 1869 unter Heng's Präsidium.

Weit grösser war der Verlust, welcher durch die Ausscheidung der Sectionen in Deutschland dem Central-Comité erwuchs. Noch auf der Barmer Gener.-Vers. des Allg. deutsch. Arb.-Vereins Ostern 1869 erklärte derselbe: „Der Verein schliesst sich dem Programm und den Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassociation an. Wenn der Verein nicht in die Association eintritt,

so unterlässt er dies lediglich im Hinblick auf die in Deutschland bestehende Vereinsgesetzgebung. So lange der Eintritt in die Association nicht stattfinden kann, wird der Verein fortwährend mit der Association möglichst in thatsächlicher Uebereinstimmung und thatsächlichem Zusammenwirken zu verbleiben suchen."

Diese G.-V. hatte die Befugnisse des Präsidenten v. Schweitzer, wie man annehmen darf, durch Liebknecht's Einfluss, beschränkt. Wie wir im I. Bande gesehen haben, machte v. Schweitzer einen „Staatsstreich," appellirte an das „Volk" durch ein Plebiscit und vereinigte sich mit der Mende-Hatzfeld'schen weiblichen Linie. Nun trat die Minorität unter Liebknecht aus. Am 6. Juli hielten sie eine Conferenz in Braunschweig und erliessen eine Einladung zu einem „Allg. deutschen social-demokratischen Arbeiter-Congress" nach Eisenach auf den 7. August. Die Einladung trug die Unterschrift von: 1) 62 Mitgliedern des Allg. deutsch. Arbeiter-Vereins, 2) 3 Mitgliedern des Mende'schen Vereins, 3) 2 Mitgliedern des Büreaus des Central-Comités der Sectionsgruppe deutscher Sprache der I. A.-A., 4) 3 Mitgliedern des Central-Comité's der deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereine in der Schweiz, 5) 4 Mitgliedern des republikanischen und des Arbeiter-Vereins in Zürich, 6) 5 Mitgliedern der Arbeiterpartei in Oesterreich, 7) 108 Mitgliedern des Verbandes deutscher Arbeiter-Vereine. Der Congress kam zu Stande und führte zur Bildung der „Social-demokratischen Arbeiter-Partei" in Deutschland, von der unter Deutschland die Rede war. Das Central-Comité in Genf hatte nun Deutschland verloren.

Auch Oesterreich sonderte sich ab, indem dort die Partei des „Volkswille" sich von Genf emancipirte und direct zu London in eine allerdings sehr lose Verbindung trat. Ueber die Gründe zu dieser Lahmlegung des Genfer Central-Comité's bin ich mir auch heute noch nicht klar geworden. Aeussere Gründe lagen freilich vor. Die Polizei der grossen Staaten Deutschlands und Oesterreichs hatte das Affiliationsverhältniss der deutschen resp. österreichischen soc.-demok. Vereine an die Centralisation in Genf natürlich incrimirt und verfolgte sie. Der „Vorbote" — behaupten unterrichtete Mitglieder der I. A.-A., welche ich in dieser Angelegenheit consultirt habe — konnte nur bestehen, wenn die centrale Organisation in Genf durch organischen Beitritt der in Deutschland und Oesterreich bestehenden Arbeitervereine lebensfähig gehalten wurden, indem dann der „Vorbote," als obligatorisches Central-Organ aus der Centralkasse seine Subsistenz finden konnte. Die Mittel fehlten also, nachdem sich die I. A.-A. in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz selbstständig constituirt hatte. Für diese Länder hatte man specielle Organe, „Volksstaat," „Volkswille" und „Tagwacht," worüber weiterhin mehr, gegründet, und die Arbeiter waren nicht daran zu gewöhnen, neben diesen Blättern noch das Central-Organ „Vorbote" zu halten. Allein mir scheinen diese Gründe nicht durchschlagend. Augenscheinlich wollte Marx erstens die Internationale in Deutschland auf den Trümmern der beiden Lassalle'schen Vereine selbstständig begrün-

den, wobei ihm Bebel und Liebknecht halfen, und zweitens diese Gruppe direct von London aus leiten, mit Beseitigung des ihm zu mächtig werdenden Central-Comité's in Genf. Dasselbe that er mit der österreichischen Gruppe und der deutsch-schweizerischen der „Tagwacht," nachdem die romanisch-schweizerische Gruppe bereits direct unter dem Londoner G.-R. stand. Mir scheint etwas Eifersucht der Londoner Häupter gegen den energischen alten Becker mit im Spiele zu sein, doch kann ich mich täuschen. Der Erfolg war für die I. A.-A. jedenfalls verderblich, da Marx die Zügel der vier Gruppen nicht straff halten konnte.

In der Schweiz selbst fristete das Central-Comité noch bis 1871 sein Dasein.

Schon 1869 traten die deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereine der Schweiz aus dem Verbande der Sectionsgruppe deutscher Sprache und schlossen sich angeblich der Organisation in Deutschland an, blieben aber thatsächlich unabhängig. — Endlich, und das war der Hauptschlag, den Marx gegen seinen zu mächtig gewordenen Schüler Becker führte, gründete er 1869 in Zürich, ohne Beckers Vorwissen, ein „Central-Comité zur Organisation einer socialdemokratischen Partei der Schweiz" und schuf dieser ein eigenes Organ, die „Tagwacht," die auch heute noch erscheint.

So verlor das Central-Comité fast alle seine Einnahmen und behielt doch eine ungeheure Correspondenz, da sich Internationale aus Spanien, Italien, Russland u. s. w. an dasselbe oft um Rath wendeten. Fast aller Hülfsmittel beraubt, löste sich das Central-Comité Ende 1871 auf und der „Vorbote" ging ein. Joh. Phil. Becker arbeitet nun hie und da für einzelne Zeitungen der I. A.-A.

Seitdem bietet die Arbeiter-Bewegung der Schweiz ein Bild der Zerfahrenheit, aus dem man sich schwer zurecht finden kann. Es hat auch keine grosse Bedeutung, die ewigen Streitigkeiten im Detail zu verfolgen, zumal die Schweiz an sich nicht ausschlaggebend für den allgemeinen Verlauf des Emancipationskampfes des vierten Standes sein kann. Als Centralherd der Agitation ist ihre Bedeutung dahin, nachdem sich in fast allen Staaten politische Arbeiterparteien gebildet haben. Zunächst hatte man also eine romanische Föderation und dann die deutschen Vereine, die sich an Deutschland anlehnten oder an Zürich.

Die erstere hielt am 4. April 1870 in Chaux-de-Fonds einen Congress ab, auf dem sie sich abermals spaltete. Es entstand das Föderativ-Comité in Genf mit dem Organ „L'Egalité" und das Föderativ-Comité in Chaux-de-Fonds mit dem Organ „La Solidarité." Doch ging die „Egalité" bald in das Lager von Chaux-de-Fonds über. — Zurückzuführen sind diese Streitigkeiten auf die Agitation Bakunin's. Dieser Mann ist der böse Geist der I. A.-A. Obschon Bakunin auf die specielle schweizer Arbeiterbewegung sehr geringen Einfluss geübt hat, so hat er dagegen von der Schweiz aus auf die romanischen Länder eine äusserst wirksame Agitation losgelassen und ich muss hier einen Abriss seiner internationalen Thätigkeit geben, werde in dem Capitel Russland dann nochmals auf ihn per-

sönlich zu sprechen kommen. Wenn ich ihn auch nicht für einen Agenten der russischen Regierung halten mag, so ist er immerhin ein sehr verdächtiger Bursche und verdient alle Aufmerksamkeit, wie ich bei Russland nachweisen werde.

Nachdem er aus Sibirien entflohen, tauchte er 1861 in London wieder auf und predigte in der Herzen'schen „Glocke" den Panslavismus. Im Jahre 1867 tagte in Genf der Congress der „Internationalen Friedens- und Freiheits-Liga." Dieselbe sollte eine Art internationaler Vereinigung der demokratischen Bourgeoisie sein und findet ihr nationales Correlat in den sogenannten „Volksparteien" Deutschlands. Ein todtgebornes Kind, ist sie an sich ganz bedeutungslos, obschon sie alljährlich ihre Congresse abhält. Sie hat auch die Feuerprobe von 1870 nicht bestanden; ihre französischen Mitglieder (Gambetta etc.), sowie viele deutsche (Ladendorf etc.) hatten den kosmopolitischen internationalen Beruf vergessen und waren zu Vertretern des Nationalitätsprincips geworden. Weil er sehr charakteristisch ist, lasse ich den Brief folgen, in dem Gambetta die Einladung dieser Liga zu ihrem Congress von 1871 ablehnte:

„Ich habe Ihre freundliche Einladung, mich zur Versammlung des internationalen Friedens- und Freiheits-Congresses am 25. d. einzufinden, erhalten. Ich fühle mich durch dieses Zeichen Ihrer Sympathie sehr geehrt und danke Ihnen verbindlichst dafür. Meine mannigfachen und dringlichen Beschäftigungen verhindern mich, Ihre Einladung anzunehmen. Zugleich füge ich mit der ganzen Freimüthigkeit, welche man edelgesinnten Männern gegenüber stets beweisen soll, hinzu: Ich bedaure dies nur zur Hälfte. Ich bin niemals ein enragirter Anhänger kosmopolitischer Ideen und Principien gewesen. Sie haben etwas zu Ideales an sich, trotz gewisser glänzender und schimmernder Seiten. Ich glaube, dass ihr hauptsächlicher Effect der ist, in ihren Trägern zu verwischen oder zu sehr abzuschwächen die Liebe zum Vaterlande und die Pflichten ihrer bürgerlichen Verantwortlichkeit. In der gegenwärtigen Lage unseres Landes kommt aber im Gegentheile Alles darauf an, dass die Gemüther sich mehr als je den Principien nationaler Hingebung wieder anschliessen, und dass sie ihre moralische Stärke in der französischen Idee wiederfinden."

Diese Liga hat im September 1873 wieder einen Congress abgehalten unter Gögg's Präsidium und in ihrem Central-Comité sitzen für Deutschland Sonnemann, Gögg und Prätorius. Jakoby, der ihm auch angehörte, wird nach seinem Uebertritt zu den Eisenachern wohl ausgeschieden sein. Die ganz bedeutungslosen Beschlüsse dieses Congresses lauten:

Die Versammlung erklärt: „Bei dem gegenwärtigen Zustande Europa's scheinen einfache Verträge, welche zwischen zwei oder mehreren Völkern abgeschlossen werden, die wirksamsten Mittel zu sein, um die Anwendung des Schiedsgerichtes in die internationale Praxis einzuführen. — Die positive Gesetzgebung hat mit der Moral übereinzustimmen; die Grundlage der Moral ist die Autonomie der menschlichen Person; das Recht, d. h. die positive Gesetzgebung über das Gerechte und Ungerechte steht über der Gewalt, die nur legitim interveniren kann, indem sie das Recht vertheidigt; das moralische Gesetz ist dasselbe in den Beziehungen von Volk

zu Volk wie von Bürger zu Bürger und es sind vor der Moral und folglich auch vor dem Recht die Völker gleich, welches auch die Ausdehnung ihres Territoriums und die Stärke ihrer Bevölkerung sein mag; sie sind für ihre Handlungen verantwortlich; sie haben unter Wahrung der individuellen Rechte und der, durch die Uebereinstimmung der Nationen als allgemein menschliche constatirten Interessen, das Recht, sich auf politischem, wirthschaftlichem und religiösem Gebiete nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit selbst zu regieren; weder ein Individuum noch eine Regierung kann gesetzmässiger Weise durch Annexion oder Eroberung über sie verfügen; dieses Recht der Völker, sich selbst anzugehören und sich selbst zu regieren ist unveräusserlich und unverjährbar. — Wir, Bürger Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Englands, Spaniens, Belgiens, der slavischen Länder, Griechenlands u. s. w. verabscheuen die Kriege und ihre Urheber, wir erklären, dass die europäischen Völker die Aufgabe haben, einander zu fördern und dass, wenn auch jedes einzelne Volk seinem Vaterlande Anhänglichkeit beweisen soll, Europa nichts destoweniger das gemeinsame Vaterland aller ist. — Wir wünschen alle, dass der Tag kommen möge, da diese Völker sich die Hand reichen und einen Bund freier Völker bilden. — Wir glauben, dass die republikanische Form, wenn dieselbe in allen Staaten Europa's existirt, den Anbruch eines solchen Tages ermöglichen wird, und wir wollen die europäische Conföderation auf der Basis der Autonomie der menschlichen Person aufrichten, welche von allen Basen die breiteste ist."

Diese Liga suchte Fühlung mit der I. A.-A. zu gewinnen und letztere beschloss auf dem Congress zu Lausanne 1867: „dem Friedenscongress vollständig beizustimmen, ihn energisch zu unterstützen und an Allem sich zu betheiligen, was er unternehmen könne, um die Abschaffung der stehenden Heere und die Bewahrung des Friedens zu verwirklichen, in Absicht, so rasch wie möglich zur Emancipirung der Arbeiterklasse und zu ihrer Befreiung von der Macht und dem Einfluss des Capitals zu gelangen, sowie zur Bildung eines Bundes freier Staaten in ganz Europa."

Mitglieder des Lausanner Congresses betheiligten sich an dem ersten Genfer Congress der Liga, allein man sah sich getäuscht. Der belgische Vicepräsident Molinari sagte z. B., dass die ökonomische Frage auch gelöst werden könne ohne Socialismus und er sei kein Socialist. Die I. A.-A. verhielt sich nun kühler gegen die Liga, wie denn J. Ph. Becker im „Vorbote" gegen die reichen Bourgeois-Demokraten von vornherein sehr misstrauisch gewesen war. An dem Congress der Liga 1867 hatte sich Bakunin betheiligt. Er liess sich zum Mitgliede des permanenten Comité's der Friedens-Liga wählen und nahm seine Rolle ernst; man kann sogar sagen, dass er und Barni, heute Deputirter in Versailles, die Seele dieses Comité's waren. Indessen überzeugte er sich bald, dass die Liga eine unbedeutende Gesellschaft blieb und dass die Liberalen, aus denen sie bestand, in ihren Congressen nur ein Mittel sahen, eine Vergnügungsreise zugleich mit grosssprecherischen Reden zu verbinden, während im Gegentheil die Internationale von Tag zu Tag wuchs. Da dachte er daran, die Liga auf die Internationale zu pfropfen. Um diesen Plan auszuführen, liess sich Bakunin, auf Elpidin's Vorschlag, im Juli 1868 in die Genfer Central-Section

aufnehmen. Auf der andern Seite bewirkte er, dass das Comité der Liga einen Antrag annahm, dem Internationalen Congress zu Brüssel ein Offensiv- und Defensiv-Bündniss beider Gesellschaften vorzuschlagen; und um die Billigung des Congresses für dies lebhafte Vorgehen zu erlangen, verfasste er ein vertrauliches Circular und liess es durch das Comité an die Herren der Liga versenden. Er gesteht daselbst offen ein, dass die Liga, bisher eine ohnmächtige Posse, nur dadurch Bedeutung gewinnen könne, dass sie der Allianz der Unterdrücker „die Allianz der Völker, die Allianz der Arbeiter entgegenstelle . . . wir können nur dann etwas werden, wenn wir die aufrichtigen und ernsten Vertreter der Millionen der Arbeiter werden.“ Es sollte die providentielle Sendung der heiligen Liga sein, die Arbeiterklasse mit einem selbst ernannten Bourgeois-Parlament zu beglücken, dem diese die Sorge um ihre politische Leitung überlassen sollte. „Um eine heilsame und wirkliche Macht zu werden,“ heisst es am Schlusse des Circulars, „muss unsere Liga der reine politische Ausdruck der grossen ökonomischen und socialen Interessen und Principien werden, welche heute durch die grosse Internationale Association der Arbeiter von Europa und Amerika triumphirend entwickelt und verbreitet werden.“

Der Congress zu Brüssel aber erklärte, wenn es der Liga damit Ernst sei, möge sie sich einfach der I. A.-A. anschliessen, d. h. ihr Central-Comité sich dem G.-R. unterordnen.

Gross war die Enttäuschung und der Zorn Bakunins. Auf der einen Seite entzog sich die Internationalen seiner Herrschaft; auf der anderen Seite kanzelte ihn der Präsident der Liga, Professor Gustav Vogt, derb ab. „Entweder,“ schrieb er an Bakunin, „warst Du des Erfolgs unserer Einladung nicht sicher, dann hast Du unsere Liga compromittirt; oder Du wusstest, welche Ueberraschung Deine Freunde von der Internationale für uns bereit hielten, dann hast Du uns auf unwürdige Art getäuscht. Ich frage Dich, was wir unserem Congress sagen sollen?“ — Bakunin antwortete ihm: „Ich konnte nicht voraussehen, dass der Congress der Internationale uns mit einer eben so plumpen als anmassenden Beleidigung antworten würde; wir danken dieses den Intriguen einer gewissen Coterie von Deutschen, welche die Russen verabscheut (er erklärte seinen Zuhörern ausdrücklich, dass dieses die Marx'sche Coterie wäre). Du fragst mich, was wir thun sollen? Ich nehme die Ehre in Anspruch, auf diesen groben Schimpf im Namen des Comité's auf der Tribüne unseres Congresses die Antwort zu geben.“ Statt Wort zu halten, wendete Bakunin seinen Rock. Er legte dem Congress der Ligisten zu Bern 1868 ein Programm eines Phantasie-Socialismus vor, worin er die Gleichmachung der Klassen und Individuen verlangte, um so die Damen der Liga zu übertrumpfen, welche nur die Gleichmachung der Geschlechter verlangen. Er beantragte, „als die dringlichste Frage die der ökonomischen und socialen Gleichmachung“ als nothwendig zur Verwirklichung von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden anerkennen

und auf die Tagesordnung zu setzen; denn die ganze Civilisation des Westens habe von jeher geruht und ruhe auch heute noch auf der ausschliesslich physischen Zwangsarbeit einer ungeheueren Majorität, die thierisch zu leben verurtheilt sei, damit eine kleine exclusive Minderheit menschlich lebe; und diese ungeheuerliche Ungleichheit der Lebensbedingungen sei nicht etwas, was sich mit der Zeit von selbst verbessere, sondern liege in dem Geiste dieser Civilisation selbst als ewige Nothwendigkeit, weil diese abendländische Civilisation beruhe auf der absoluten Trennung der geistigen von den körperlichen Arbeiten; nun aber wollten die Arbeiter Europas, „dass es statt der bisherigen zwei Klassen nur noch eine einzige Gesellschaft gebe, die, auf die Gerechtigkeit und die Arbeit gegründet, Allen den gleichen Ausgangspunkt, gleichen Unterhalt, gleiche Erziehung und gleichen Unterricht in allen Graden des Wissens, dieselben Arbeitsmittel biete und — nicht durch Gesetze, sondern durch die Naturorganisation selbst — Jeden in gleicher Weise zwinge, so gut mit dem Kopfe als mit den Händen zu arbeiten.“ — Der Congress liess ihn abfallen, und nun trat er mit einer Minorität von Romanen und Slaven aus und gründete die „Alliance internationale de la democratie socialiste,“ deren Programm ich im ersten Bande gegeben habe, mit der Absicht, dies Kukuksei in das warme Nest der Marx'schen I. A.-A. zu legen, damit der ausgebrütete Kukuk die Brüterin erwürge. Die Alliance hatte sich, wie Becker im Oktober 1868 noch glaubte, die Aufgabe gestellt, in Frankreich, Italien, Spanien und soweit ihr Einfluss reichte, Sectionen der I. A.-A. zu gründen und namentlich die politische Wirksamkeit der I. zu erhöhen.

Im Jahre 1869 finden wir Bakunin als Vertreter der Ovalisten-Arbeiterinnen von Lyon auf dem Congress der I. A.-A. zu Basel. Hierher war er aber nicht ohne Schwierigkeit gelangt, denn der G.-R. beobachtete ihn mit einem, wie die Folge lehren sollte, sehr gerechtfertigten Misstrauen. Die Alliance befürchtete, dass sie ihrer Würde etwas vergäbe, wenn sie beim G.-R. ihre Zulassung beantragte und dadurch dessen Befugnisse anerkannt hätte und wandte sich wiederholt aber vergeblich an den belgischen und den Pariser Föderalrath. Die wiederholten Zurückweisungen zwangen die Allianz, am 15. December 1868 beim G.-R. ihre Aufnahme zu beantragen. Sie sandte ihre Statuten und ihr Programm ein. Obwohl sich die Allianz als „vollständig in der I. A.-A. aufgegangen“ erklärte, beanspruchte sie doch, in deren Schooss eine zweite internationale Körperschaft zu bilden. Neben dem durch die Congresse gewählten G.-R. der I. A.-A. gab es da ein selbsternanntes, in Genf tagendes Central-Comité der Allianz; neben den Localgruppen der I. A.-A. bestanden die Localgruppen der Allianz, die vermittelst ihrer, ausserhalb der National-Bureaux der Internationalen functionirenden National-Bureaux „beim Central-Bureaux der Allianz ihre Aufnahme in die Allianz zu beantragen haben.“ Das Central-Bureau der Allianz beanspruchte also das Recht, in die Internationale aufzunehmen. Neben den Congressen der

Internationalen sollten die Congresse der Allianz stattfinden, denn „bei den jährlichen Arbeiter-Congressen“ beanspruchte „die Delegation der Allianz . . . ihre öffentlichen Sitzungen in einem besonderen Locale zu halten.“ — Am 22. December erklärte der G.-R. diese Ansprüche in schlagendem Widerspruch mit den Statuten der Internationale, und wies kurzweg die Aufnahme der Allianz zurück. Einige Monate später wandte sich diese von Neuem an den G.-R. und fragte an, ob er ihre Grundsätze anerkenne oder nicht. Im erstern Falle erklärte sie sich bereit, sich in einfache internationale Sectionen aufzulösen. Der G.-R. antwortete hierauf am 8. März 1869, dass es über seine Amtsbefugnisse hinausgehe, sich über den wissenschaftlichen Werth des Programms der Allianz auszusprechen, und dass, wenn man statt „Gleichmachung der Klassen“ „Abschaffung der Klassen“ setzte, der Umwandlung der Sectionen der Allianz in Sectionen der Internationale kein Hinderniss im Wege stehe. Er fügte hinzu: „Wenn die Auflösung der Allianz und der Eintritt der Sectionen in die Internationale endgültig beschlossen wären, so würde es nach unseren Verwaltungs-Verordnungen nothwendig werden, den G.-R. von dem Ort und der Mitgliederzahl jeder neuen Section zu unterrichten. — Am 22. Juni 1869 zeigte die Genfer Section der Allianz dem G.-R. die erfolgte Auflösung der internationalen Allianz der socialistischen Demokraten an, deren sämmtliche Sectionen aufgefordert seien, „sich in internationale Sectionen umzuwandeln.“ Nach dieser ausdrücklichen Erklärung, und im Irrthum gehalten durch einige Unterschriften des Programms, welche voraussetzen liessen, dass die Section vom romanischen Föderal-Comité anerkannt sei, nahm der G.-R. sie auf. Keine der angenommenen Bedingungen ist jemals erfüllt worden. Im Gegentheil; die hinter der öffentlichen Allianz verborgene geheime Organisation trat mit diesem Augenblick erst in volle Thätigkeit. Hinter der Genfer internationalen Section stand das Central-Bureau der geheimen Allianz, hinter den internationalen Sectionen zu Neapel, Barcelona, Lyon, im Jura die geheimen Sectionen der Allianz. Gestützt auf diese Geheimbündelei, deren Existenz nicht einmal geahnt wurde, weder von der Masse der Internationalen, noch von ihren Verwaltungscentren, hoffte Bakunin, auf dem Congress zu Basel im September 1869 sich der Leitung der Internationale zu bemächtigen. Auf diesem Congress war die geheime Allianz durch zehn Delegirte vertreten, unter ihnen der bekannte Albert Richard und Bakunin selbst. Trotzdem reichte diese Anzahl nicht hin, von dem Congress die Abschaffung des Erbrechts sanctioniren zu lassen, was Bakunin zum praktischen Ausgangspunkte des Socialismus machen wollte; noch weniger konnte man dem Congress die von Bakunin erstrebte Verlegung des G.-R. von London nach Genf aufzwingen.

Indessen herrschte in Genf offener Krieg zwischen dem durch die fast einmüthige Haltung der Genfer Internationalen unterstützten romanischen Föderal-Comité und der Allianz. Auf dem Congress der

romanischen Föderation der Schweiz zu Chaux-de-Fonds am 4. April 1870 wollten die Bakuninisten die Genfer Sectionen zwingen, die Genfer Allianz als einen Theil der Föderation anzuerkennen. Zwei Delegirte der Allianz wurden mit 21 gegen 18 Stimmen zugelassen. Nun trennten sich beide Parteien und jede ernannte einen besonderen Föderalrath der romanischen Schweiz. Die Anhänger Bakunins verlegten ihren Sitz nach La Chaux-de-Fonds; ihr Blatt, die „Solidarité“, erschien in Neuenburg.

Es gab also nun zwei romanische Föderal-Comité's, eins in Genf und eins in La Chaux-de-Fonds. Die Mehrheit der Sectionen blieb dem ersteren treu, während dem anderen nur fünfzehn Sectionen folgten. Kaum war der romanische Congress geschlossen, als das neue Comité zu La Chaux-de-Fonds an die Intervention des G.-R. appellirte. Der G.-R. beschloss am 28. Juni 1870, das Genfer Comité in seinen bisherigen Functionen aufrecht zu halten und das neue Föderal-Comité von La Chaux-de-Fonds aufzufordern, einen localen Namen anzunehmen. Nach manchem Hin- und Herschreiben erklärte die Allianz am 10. August 1871, dass sie aufgelöst sei. Den sie betreffenden Beschluss der Delegirten-Conferenz der I. A.-A. von 1871 habe ich im I. Bande gegeben. Allein die Allianz war nur scheintodt. Die ihr anhängenden Jura-Sectionen versammelten sich am 12. Novbr. 1871 zum Congress zu Sonvillier. Sie nannten sich von da ab „Jurassische Föderation.“ Ihr Vertreter Guillaume erschien im Haag 1872 und verliess den Congress, nachdem Bakunin ausgeschlossen worden war. Er veröffentlichte nun ein Circular über die Dictatur des G.-R., welches ich im I. Bande auszüglich gebracht habe. Der G.-R. antwortete auf das Circular von Sonvillier in einem Privatcircular vom 5. März 1873 „Les prétendues scissions dans l'Internationale“ und liess endlich am 21. Juli 1863 von Dupont, Engels, Frankel, Moussu, Marx, Serrallier eine Broschüre voll Enthüllungen gegen Bakunin erscheinen. Hierauf veröffentlichte nun Bakunin im October 1873 folgenden Abdankungsbrief an die Redacteure des „Journal de Genève:“

„Meine Herren!

Es ist nicht in meinen Gewohnheiten, auf die Beschimpfungen und Verleumdungen der Zeitungen zu antworten. Ich hätte in der That zu viel zu thun gehabt, hätte ich alle Albernheiten, die besonders seit 1869 auf meine Rechnung in Umlauf gesetzt worden sind, berücksichtigen wollen. — Unter meine bittersten Verleumder zähle ich natürlich, neben den Agenten der russischen Regierung, Hrn. Marx, das Haupt der deutschen Communisten, der mich, in seiner dreifachen Eigenschaft als Communist, als Deutscher und als Jude, zum Gegenstand seines Hasses gemacht, und der, obgleich er gleichzeitig einen heftigen Hass gegen die russische Regierung zu fühlen vorgiebt, dennoch, wenigstens mir gegenüber, niemals verfehlt hat, in vollständiger Harmonie mit dieser Regierung zu handeln. — Um mich in den Augen des Publicums anzuschwärzen, hat Hr. Marx nicht nur zu den Organen einer ihm nur zu willfährigen Presse seine Zuflucht genommen, sondern er bedient sich auch der intimen Correspondenten, der Ausschüsse, der Conferenzen und selbst der Congresse der Internationalen, sich nicht scheuend, aus diesen grossen und schönen Associationen, zu

deren Gründung er beigetragen, ein Werkzeug seiner persönlichen Rache zu machen. — Erst heute zeigt man mir das Erscheinen einer Broschüre an, betitelt: „Die Internationale und die Allianz.“ Es ist das, wie man mir sagt, der Bericht der von dem Haager Congress ernannten Untersuchungscommission. — Wer weiss heute nicht, dass dieser Congress nichts war als eine Marx'sche Fälschung und dass diese Commission, in welcher zwei Mouchards sassen (d'Entraygue und van Heddeghem), Beschlüsse fasste, die zu begründen sie sich selber für unfähig erklärte, indem sie von dem Congress ein Vertrauensvotum forderte? Das einzige ehrliche Mitglied der Commission protestirte in einem Minoritätsbericht energisch gegen diese ebenso gehässigen als lächerlichen Schlussfolgerungen. — Wenig befriedigt von der Ungeschicklichkeit seiner Agenten, hat Hr. Marx sich die Mühe genommen, selbst einen neuen Bericht zu redigiren, welchen er heute mit seiner eignen Unterschrift und der einiger Getreuen veröffentlicht. — Diese neue Broschüre, sagt man mir, ist eine formelle Denunciation, eine Gensd'armendenunciation gegen eine unter dem Namen „Allianz“ bekannte Gesellschaft. Von seinem wüthenden Hass fortgerissen, ist Herr Marx nicht davor zurückgeschreckt, sich selber eine Ohrfeige zu versetzen, indem er öffentlich die Rolle eines angeberischen und verleumderischen Polizeiagenten annimmt. Das ist seine Sache, und da dieses Handwerk ihm zusagt, so möge er es ausüben. Und wenn ich das Gebot des Schweigens, das ich mir auferlegt habe, jetzt breche, so geschieht es nicht, um ihm zu antworten. — Ich glaube heute eine Ausnahme machen zu müssen, um Lügen oder — parlamentarischer geredet — Irrthümer zurückzuweisen, welche sich in die Spalten Ihrer Zeitung eingeschlichen haben. — In Ihrer Nummer vom 14. Septbr., welche ich mir zu verschaffen nicht im Stande war, haben Sie, wie man mir sagt, die Correspondenz eines Pariser Blattes, der „Liberté“ oder des „Journal des Débats“ abgedruckt, in welcher ein anonymer Herr die freche Behauptung macht, er habe gehört, wie ich eingestanden — was sage ich? wie ich mich gerühmt habe, die Ursache aller revolutionären Ausbrüche zu sein, von denen Spanien gegenwärtig erschüttert wird. Das ist einfach stupid! Ebenso gut könnte man sagen, ich hätte alle Stürme verursacht, die während des laufenden Jahres den Ocean und das Land heimgesucht haben. Diese Herren werden mich durch ihre Verleumdungen schliesslich noch zum Gott machen. — Habe ich nöthig, Ihnen zu versichern, dass ich nie eine solche Aeusserung gethan? Ich bin sogar überzeugt, dass ich dem betreffenden Herrn niemals begegnet bin, und ich fordere ihn auf, sich zu nennen und den Tag und Ort zu bezeichnen, wo wir uns getroffen. — Aber Sie selbst, meine Herren, schreiben mir in der Nummer 19 Ihres Journals Schriften zu, deren Veröffentlichung ich fremd bin. — Ich erlaube mir daher auch, eine Bitte an Sie zu richten, die Ihr Gerechtigkeitsgefühl Ihnen nicht gestatten wird mir zu verweigern: Wenn Sie mir wieder einmal die Ehre eines Angriffs erzeigen, so klagen Sie mich nur noch auf Grund solcher Schriften an, die mit meinem Namen gezeichnet sind. — Soll ich Ihnen gestehen, dass mich das Alles mit einem tiefen Ekel vor dem öffentlichen Leben erfüllt hat? Ich habe dies satt und nachdem ich mein ganzes Leben im Kampf zugebracht habe, bin ich es müde geworden. Ich habe 60 Jahre hinter mir, und eine mit dem Alter sich verschlimmernde Herzkrankheit erschwert mir das Leben mehr und mehr. Mögen sich Jüngere an's Werk machen! Was mich betrifft, so habe ich nicht mehr die nöthige Kraft, vielleicht nicht das nöthige Vertrauen, um noch länger den Sisyphusstein gegen die überall triumphirende Reaction zu rollen. Ich ziehe mich also vom Kampfplatz zurück und verlange von meinen lieben Zeitgenossen nur

Eins: Vergessenheit. — Hinfort werde ich Niemand die Ruhe stören — lasse man auch mich in Ruhe! — Habe ich, meine Herren, zu viel von Ihrer Gerechtigkeit erwartet, indem ich hoffe, dass Sie diesem Brief nicht die Aufnahme verweigern werden?

Michel Bakunin."

Ob diese Abdankung ernst gemeint ist oder nicht — jedenfalls überlebt die Spaltung der I. A.-A. Herrn Bakunin. Wie schon im I. Bande ausführlich dargestellt, tagten im September 1873 in Genf nun zwei Congresse der Internationale. Auch die romanische Section der Schweiz ist noch gespalten.

Der Genfer Stamm der romanischen Föderation hielt am 3. Juni 1872 einen Congress zu Vevey ab und erklärte sich für den Londoner G.-R.

Bakunin aber riss die Herrschaft über Italien und Spanien an sich. Seit April 1872 erschien sein Blatt: „Die Vereinigten Staaten von Europa" wieder in Genf.

In Genf hatte Bakunin an einem russischen Juden, Utin oder Outine, einen energischen Gegner gefunden. Beide Russen bekämpften sich nun gegenseitig und viele Arbeiter zogen sich von ihren Vereinen zurück, weil sie Ekel vor diesen rein persönlichen Zwistigkeiten empfanden. Sie gründeten Gewerkschaften.

Dagegen erklärte sich der im Juni 1872 zu Locle abgehaltene Congress der Bakuninisten des Jura. Er lud zunächst die Uhrmacher ein, „nicht allein Gewerkschaften, sondern auch Arbeitergesellschaften zu gründen nach der dreifachen Art der Organisation der Gewerke, des Ortes und der Region, da diese Organisation praktischer sei, um den allgemeinen Interessen jedes Gewerkes zu dienen und in die grosse Bewegung der Arbeiter die Masse des Proletariats einzuführen durch die effective Gruppirung der Arbeiter, welche keiner organisirten Profession angehören."

Bakunin's Anhänger in der Schweiz hielten am 16. Septbr. 1872 einen Congress zu St. Imier ab, an welchem ausser den Haager Congressdelegirten Guillaume, Schwitzguebel und den vier Spaniern Abrines, Farga-Pelici, Marselau, Morago, noch Bakunin, Lefrançais und einige Andere theilnahmen; es wurde einstimmig beschlossen, die Resolutionen des Haager Congresses zu verwerfen.

Am 27.—28. April 1873 hielten die Jurassiens einen Congress zu Neuchatel ab, wo beschlossen wurde, den Oltener Congress zu beschicken. Das Verhalten der Delegirten in Olten ist an betreffender Stelle geschildert. In Neuchatel waren 19 Jurassiens versammelt. Nach dem Oltener Congress hielten die Jurassiens ihren Jahrescongress am 4. August 1873 zu Genf ab. Es waren zehn Sectionen vertreten. Das Comité stellte als Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung die Reorganisation der Association zu einer regionalen schweizerischen Föderation. Die Züricher Sectionen erklärten, nicht in diese regionale Föderation einzutreten, wenn die Gewerks-Genossenschaften nicht in den schweizerischen Arbeiterbund mit dem Programm von Olten eintreten. Der Congress hat jedoch erklärt, dem Oltener Programm nicht bei-

zustimmen. Die Umwandlung der Association romande in eine schweizerische regionale Föderation der I. A.-A. wurde beschlossen und das Comité bestellt.

Interessant sind folgende Resolutionen: Mit Einmüthigkeit ist beschlossen: 1) Vollständiger Bruch mit allen politischen Bourgeois-Parteien ohne jede Ausnahme. 2) Absolute Verdammung jeder Transaction mit irgend einer politischen Organisation der Bourgeoisie. 3) Die Sectionen anerkennen keine andere Politik als die revolutionäre und internationale Politik, die Zerstörung der Staaten und die Constituirung seiner Communen und deren freie Föderation.

Bekanntlich verwerfen die Bakuninisten jede politische Action im gegenwärtigen Staat, sie wählen also auch nicht mit — ähnlich wie die deutsche Demokratie zu Manteuffels Zeiten in Preussen. Endlich hat am 27. April 1874 ein Congress dieser sogenannten Jurassiens in Chaux-de-Fonds stattgefunden. Vertreten waren neun Sectionen, darunter eine aus dem Elsass. Man sieht hieraus, dass diese Arbeiterverbindung an Mitgliederzahl sehr schwach ist. Nichtsdestoweniger muss man diesen Jurassiern zugestehen, dass sie sehr rührig sind, namentlich was die Propaganda durch socialistische Schriften anbetrifft. So gibt diese Verbindung seit einigen Jahren einen socialistischen Volkskalender in französischer Sprache heraus. Ihr Organ ist das „Bulletin Jurassien,“ und sie unterhält zur Zeit leidlich freundschaftliche Beziehungen zu dem schweizerischen Arbeiterbunde.

Ausser den Jurassiens existiren aber noch romanische Sectionen in der Schweiz, die zu Marx halten, so, wie schon gesagt, in Genf. Ferner eine geschlossene Organisation im Jura mit dem Hauptquartier Délémont, die „Union démocratique du Jura.“ Der Präsident ist Herr L. Chodat. Ihr Organ „La Tribune du Peuple,“ gegründet 1871. Diese Verbindung nimmt auch Bourgeois auf, verfolgt aber vollkommen internationale Principien, lebt mit der Partei der „Tagwacht“ auf gutem Fusse und treibt eine rege politische Wahlagitation. Auch sie scheint nur schwach zu sein.

So ungefährlich diese romanischen Verbindungen für die Schweiz sind, wo sie sich in voller Freiheit bewegen können, scheinen sie doch für die Nachbarstaaten Italien, Frankreich und Spanien die Bedeutung eines Agitationsherdes zu haben. Jedenfalls haben sie die lebhafte Besorgniss der Regierung des Herrn Mac Mahon erregt, der wohl fühlt, dass man die Commune zwar besiegt, aber nicht vernichtet hat. Als Beweis hierfür lasse ich ein paar Auszüge aus französischen Blättern folgen, die augenscheinlich officiösen Ursprungs sind:

Am 30. Juli 1873 las man in der „Liberté:“ „Wie man uns versichert, ist das Gouvernement beunruhigt durch das Treiben der Internationale im Departement des Jura, und die schweizerische Grenze ist seit einigen Tagen der Gegenstand ganz besonderer Ueberwachung geworden.“ — Gleichzeitig stand im „Figaro:“ „Wir signalisiren der Beachtung des conservativen Europa die beunruhigende Thatsache, dass drei grosse Herde des Internationalismus an der Grenze Frankreichs existiren: Der eine in

Belgien in der Gegend von Verviers und Charleroi; der „Mirabeau“ ist das Organ dieser Gegenden; in der Schweiz sind Locle, Chaux-de-Fonds und Délémont ein anderer socialistischer Mittelpunkt; endlich Barcelona, wo die „Solidarité“ erscheint, ist eine neue Schöpfung der Secte.“ — Und der „Français“ berichtet: „Die Verbindungen sind regelmässig und die Rapporte zahlreich unter den Internationalen dieser drei Gruppen. Auf folgende Weise dringen die Gefährlichsten der socialistischen Partei in Frankreich von Genf aus ein, verweilen in Lyon, begeben sich nach Gent, dem Hennegau, sehen ihre Freunde in Beziērs oder Narbonne und von da nach Barcelona. Der Handel bietet den Vorwand. Die Producte der jurassischen Uhrmacherkunst haben in Catalonien einen wichtigen Markt. Einige Tage nach der Durchreise dieser Emissäre constatirt man ihre Rückkehr. Fast auf jeder Station der Linie des Südens und der Linie von Marseille nach Lyon hat die Socialistenpartei Einverständnisse, welche sie mittelst dieser Gehenden und Kommenden unterhält. In gewissen Werkstätten der Departements der Drôme, Ardèche, des Lyonnais liest man während der Arbeit die Artikel der „Tribune du Peuple“ aus Délémont, des „Mirabeau“ aus Verviers und der „Solidarité revolutionnaire“ aus Barcelona.

Möglich, dass diese Schilderung zutrifft, aber finge man auch alle schweizerischen Uhrenhändler an der französischen Grenze ab, — so lange noch ein Verwandter eines Deportirten, eines Communards lebt und so lange die gegenwärtige Wirthschaft in Frankreich dauert, wird es keiner Emissäre der Internationale bedürfen, um den Geist der Commune in Frankreich lebendig zu erhalten. Aber zweifellos ist früher von hier aus der communistische Same nach den romanischen Staaten getragen worden.

Nach all den grossen traurigen Erfahrungen, welche die schweizer Arbeiter während dieser Streitigkeiten zwischen Marx und Bakunin gemacht hatten, kamen sie auf den sehr natürlichen Gedanken, ihr Heil nicht von Aussen her zu erwarten, sondern sich auf eigene Füsse zu stellen.

Die I. A.-A. hat in der Schweiz die Aufgabe erfüllt, welche sie überall mit Glück gelöst hat. Sie hat die socialdemokratischen, sehr einfachen Grundgedanken: Voller Arbeitsertrag für den Arbeiter mittelst der Productivassociationen. Hierzu als Mittel Erlangung politischer Macht durch die Arbeiter — dort so verbreitet, dass fast alle Arbeiter des Landes, soweit sie schon in den Strudel der Bewegung gezogen sind, dieselben theilen. Nun werden die Schweizer es müde, durch Agitatoren vom Auslande her sich commandiren und besteuern zu lassen und organisiren sich als nationale Arbeiterpartei im Gegensatze zu allen übrigen politischen Parteien des Landes.

Und zwar ist die Initiative hierzu von aus Deutschland stammenden Arbeitern der Schweiz ausgegangen.

Während die deutschen Internationalen — Bebel-Liebknecht'sche Partei — sich gegen den Krieg erklärten, überwog bei den der I. A.-A. angehörenden meisten deutschen Arbeitern der Schweiz das Vaterlandsgefühl. Das „Felleisen“ schlug einen deutsch-patriotischen Ton an. Die schweizerischen Internationalen

deutscher Gruppen ereiferten sich vergebens hiergegen in ihrer „Tagwacht,“ die deutschen Vereine liessen sich dadurch nicht beirren. Sie entwarfen einen neuen Feldzugsplan, um die Massen für die socialen Ideen zu gewinnen. Nach kurzer Zeit war es dem Vororte dieser Vereine, Zürich, namentlich durch die Thätigkeit Hartung's aus Wien und Macher's aus Graz, gelungen, die Arbeiter-Bevölkerung von Zürich in Gewerkschaften zu vereinigen, Productiv-Genossenschaften in Gang zu bringen und an die Vorbereitungen zur Ausdehnung der Agitation über die gesammte Schweiz zu gehen. Sie arbeiteten ein Programm aus, das einem allgemeinen schweizerischen Arbeitercongress zur Berathung vorgelegt werden sollte.

Die Partei der „Tagwacht“, welche noch zu Marx hält, ist so schwach, dass ihr Blatt, obschon es nur einmal wöchentlich in ganz kleinem Format erschien, doch 700 Frcs. Schulden hatte. Sie würde vollständig isolirt worden sein und hätte wahrscheinlich selbst dies Blättchen nicht halten können, wenn jene nationale Vereinigung der schweizer Arbeiter ohne sie zu Stande gekommen wäre. Sie beschloss also, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Deshalb brachte sie ein amendirtes Programm zu Stande, das mit den Forderungen der I. A.-A. brach.

Die Rücksicht auf die specifischen Schweizer, auf die Grütli-Vereine, bestimmte die Internationalen, Alles aus dem Programm zu streichen, was nur irgendwie einer Einmischung in die landespolitischen Angelegenheiten von ferne ähnlich sah. Der Congress fand zu Pfingsten 1873 zu Olten statt. Es waren ca. 10,000 Arbeiter durch über 80 Delegirte vertreten.

Die zwei Delegirten der Jura-Föderation und drei gleichgesinnte Vertreter von Vereinen in Neuenburg, Biel und St. Imer wollten von einem Central-Arbeiterbunde nichts wissen und plaidirten für eine locale Verbindung der Gewerkschaften und deren ganz freiwillige internationale Arbeiter-Association. Sie drangen aber nicht durch, sondern der Congress beschloss: „einen centralisirten schweizerischen Arbeiterbund in's Leben zu rufen, hiefür Gewerkschaftsverbände über die ganze Schweiz zu gründen und dieselben durch Einsetzung einer Centralbehörde zu gemeinschaftlichem Wirken zu verbinden.“ Dieser Antrag wurde von sämmtlichen Delegirten mit Ausnahme obiger fünf vom Jura angenommen, worauf letztere die Erklärung zu Protokoll gaben, dass sie wohl mit dem Programm einverstanden — aber gegen eine Centralisation seien. Uebrigens würden sie für die Gründung von Gewerkschaften wirken. Nach Verlesung dieser Erklärung verliessen die fünf Bakuninisten den Congress, der „Schweizer Arbeiterbund“ kam nun zu Stande. Sein Programm lautet:

„Der Zweck desselben ist die Vereinigung aller Arbeitergesellschaften zu einem Bunde, um sich über die Mittel zur einstweiligen Verbesserung des Arbeiterloses zu verständigen und zur endlichen Ersetzung des Arbeitslohnes durchden Arbeitsertrag mittelst Productivgenossenschaften und damit zur Aufhebung aller Klassenherrschaft zu gelangen. Demzufolge unter-

stützen seine Mitglieder in geeigneter Weise alle auf die geistige und materielle Hebung der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen und suchen ferner durch Gründung von allgemeinen Gewerkschaften Nachstehendes zu erreichen:

1. Verminderung der Arbeitszeit auf ein der Gesundheit und der geistigen Entwicklung zuträgliches Mass. Einführung eines Normal-Arbeitstages im Maximum von zehn Stunden und einer doppelten Bezahlung für Ueberstunden.

2. Feststellung der Arbeitslöhne auf die Höhe einer angemessenen Existenz mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

3. Möglichste Einschränkung der Kinderarbeit in Fabriken.

4. Durchführung des Grundsatzes, dass das gleiche Quantum Arbeit, ob von Männern oder Frauen geleistet, gleich bezahlt werde.

5. Gründung von Productivgenossenschaften, die Eigenthum der betreffenden Gewerkschaften sind.

6. Gründung von Arbeitsnachweisungs-Bureaux in den Händen der Arbeiter.

7. Gründung einer Arbeiter- und Arbeiterinnen-Kranken-, Invaliden- und Sterbekasse.

8. Schutz der Arbeiter gegen Unterdrückungen von Seiten der Arbeitgeber.

9. Massregeln zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter.

10. Statistische Erhebungen über die allgemeine Lage der Arbeiter mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses der üblichen Arbeitslöhne zum Preise der Lebensbedürfnisse.

11. Gute technische Ausbildung der Arbeiter und Lehrlinge, daher Gründung technischer Bildungsanstalten durch die Gewerkschaften selbst.

12. Publication von Arbeiterorganen für die im Bunde vertretenen Landessprachen, welche die Interessen der Arbeiter in jeder Beziehung vertreten und Eigenthum des Bundes sind.

Die Hauptgrundlagen der Organisation wurden nach der Vorlage angenommen. Im Bundescomité wurde die ständige Präsidentur abgeschafft. Das Bundescomité besteht aus neun Personen und theilt sich in 3 Commissionen: 1. Finanz-, 2. Correspondenz- und 3. Statistik-Commission. Der Cassier wird direct, die andern Comitémitglieder sammthaft von dem vom Congress dazu bestimmten Orte und dessen einmeiligem Umkreise gewählt."

Die I. hat also keine ihrer wesentlichen Programmpunkte durchgesetzt. Von einer officiellen Verbindung mit dem G.-R. des Herrn Marx ist keine Rede. Nur das erreichte sie, dass die „Tagwacht" zum officiellen Organ des Bundes gemacht wurde. Sie erscheint jetzt zweimal wöchentlich in vergrössertem Format und bringt auch wichtige Publicationen in deutscher und französischer Sprache. Die Internationalen dringen darauf, dass das „Felleisen" eingehen soll. Doch wollen die deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereine nicht daran. Ein Mitglied desselben macht in dem Blatte vom 5. Juli 1873 folgende Bemerkung; „Wenn das „Felleisen" fallen sollte, so würde dies bald eine Zersplitterung oder theilweise Auflösung unserer Centralisation, in dem schweizerischen Arbeiterbund, zur Folge haben; damit wäre aber der socialdemokratischen Partei in der Schweiz wie in Deutschland mehr geschadet als genützt, wenn wir berechnen, dass wir stets einen

starken Zuwachs von jüngeren Arbeitern aus Deutschland erhalten, welche dort noch keinem Verein oder Partei angehörten. Diese würden auch in der Schweiz einem internationalen oder social-demokratischen Verein nicht beitreten, einfach, weil sie davon nichts verstehen und in demselben keine Unterhaltung finden; in den Arbeiter-Bildungsvereinen aber, wo durch Gesang, Turnen u. s w. diesen Leuten gesellige Unterhaltung geboten ist, wird ihnen auch durch die vorliegenden Parteiblätter und durch Discussionen das social-demokratische Princip eingepflanzt. Ich betrachte desshalb unsere Centralisation mit ihrem Organ als eine Vorschule zur social-demokratischen Partei "

Da in der That die deutschen Arbeiterbildungsvereine der Schweiz diejenigen deutschen Arbeiter, welche sich auch nur vorübergehend dort aufhalten und später in die Heimath zurückkehren, an sich ziehen, so ist es interessant, mitzutheilen, welcher Geist ihnen hier eingehaucht wird. Ein principieller Artikel des „Felleisen" vom 14. Febr. 1874 giebt hierüber folgenden Aufschluss:

„Ebenso wie die Capitalherrschaft und somit die Domination, das Vorrechtlerthum der Bourgeoisie keinen nationalen, sondern internationalen Boden hat, so kann auch die Unterdrückung der arbeitenden Klasse, das Volkselend, keine nationalen Grenzen haben. Wir dürfen constatiren, dass die Weisheit der Manchesterschule mit ihrer freien Concurrenz und ihrem Freihandelsystem der reinsten Logik moderner Zustände entflohen ist, dass sie folgerichtig das Diplom ihres Kosmopolitismus auf dem durch die Wirkungen der Thatsachen geschaffenen Weltmarkte zu holen sucht, wo das Capital sich lawinenmässig vergrössernd hindurchwälzt und die Bourgeoisie aller Welt, die consequent aufs gleiche Dogma schwört, im Fiebereifer die Seele selig zu machen strebt. Und weil es nicht in der Gewalt und wenn auch noch so mächtigen Staates liegt, von sich allein aus die socialen Zustände umzuschaffen, dieselben auf die Arbeitskraft statt Geldmacht zu gründen, so kann es keinen nationalen, sondern seiner innersten Natur nach nur einen internationalen Socialismus geben, und schliesst dessen Grundprincip selbstverständlich die Verbrüderung und den Frieden unter den Völkern in sich ein. Socialismus bedeutet daher immer und überall nur menschheitlicher Demokratismus, und ist nationaler Socialismus ein Begriff des Widersinns, wie Socialismus, ohne vollendeten Demokratismus ausgeführt, nur eine vollständige Monstruosität sein könnte. Indessen ist eine nationale Wirksamkeit, schon die Sprache, des Verständigungmittels wegen, eine Unabweisbarkeit und muss sie immerhin, will sie persönlichem Despotismus nicht in die Hände arbeiten, eine demokratische sein, erweiterte Volksrechte erkämpfen. Um aber Errungenschaften gründlich zu schützen und ferner erleichtern zu können, muss aber die Gesammtverbindlichkeit und Gesammthaftbarkeit aller Culturvölker eine Wahrheit werden. Die geistigen und sittlichen, sowie leiblichen Bedürfnisse der Völker zu vermitteln, zu harmonisiren und consolidiren, ist eben die Aufgabe der social-demokratischen Arbeiterpartei. — Zur Erfüllung dieser Aufgabe muss sie durch Verknüpfung mannigfaltigster Interessen allen Racenantagonismus allmälig zu überwältigen suchen, und der Idee politischer uud ökonomischer Einheit in praktischer Weise den Weg zur Verwirklichung anbahnen. Darum, Arbeiter, auf! helft Alle mit Herz und Geist am Baue dieses Völkertempels. Verdrängt alle Sonderinteressen und tretet ein vereint zum Kampfe gegen die Capitalmacht. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten




wollen wir haben. Jetzt ist es das Gegentheil. Der Besitzende hat das Recht zu begehren und zu befehlen, der Besitzlose zu entbehren und zu gehorchen. — So lange die Arbeiterklasse nicht Herr der Zustände, nicht Meister über Krieg und Frieden, Soll und Haben des Staates ist, so lange wird sie von Speculationsschwindelei in die Noth geschleudert, von der Productionsanarchie in das Elend gestürzt und von der Concurrenzjagd zur Verzweiflung getrieben werden. Der Arbeit muss der Staat und dem Staat das Capital gehören, und muss das Volk der Staat und der Staat in Wahrheit ein einheitliches organisch gegliedertes Gemeinwesen in Leib und Seele sein. Ja, erst dann kann der Arbeit der Arbeitsertrag zukommen, eine heilsame Wechselwirkung zwischen Capital und Arbeit vorhanden sein, kann der Capitalstand das Spiegelbild des Volkswohls, der Gradmesser alles Menschenglücks werden. — Daher muss die Arbeiterklasse, die socialdemokratische Arbeiterpartei, vor allem die politische Gewalt erobern."

Diesen soc.-demok. Grundsätzen entspricht es auch, wenn die deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereine der Schweiz den Congress der soc.-demok. Arbeiterpartei Deutschlands von 1873 beschickten.

Das Jahr 1873—74 brachte viele Streitigkeiten zwischen dem „Felleisen," auf das Memminger, der von der Eisenacher Partei ausgestossen war, Einfluss gewonnen zu haben scheint, und der „Tagwacht." Der Grund scheint Brodneid zu sein, denn es stellt sich heraus, dass die Socialdemokratie der Schweiz nicht einmal drei deutsche Blätter unterhalten kann. Das „Felleisen" erscheint jetzt wöchentlich einmal und selbst das scheint Schwierigkeiten zu verursachen. Die „Tagwacht" hatte 1873—74 bei nur 1160 Abonnenten ein Deficit von 1980 Frcs. Nur der „Grütlianer" ist gesichert. Trotz voller Freiheit, oder vielmehr gerade deswegen, können sich in der Schweiz nur diese drei kleinen deutschen soc.-demokratischen Blätter halten, während in Deutschland gerade durch die ewigen Polizeinörgeleien, die nur Oel ins Feuer giessen, an 25 solche Blätter bestehen, wovon der „N. Soc.-Demokrat" im II. Quartal 1874 allein über 18,000 Abonnenten hatte.

Wie ärmlich die Mittel der Socialdemokratie in der Schweiz sind, geht auch schon daraus hervor, dass die „Tagwacht" dem Präsidenten der deutschen Arb.-Bild.-Vereine, Herrn Büttner, vorwirft, er habe 174 Frcs., und dieser dem Redacteur der „Tagwacht," Herrn Greulich, er habe 183 Frcs. unterschlagen. Die Herren müssen also wenig Mittel in den Händen haben, wenn sie sich der Unterschlagung so winziger Summen beschuldigen. Die Kassenverhältnisse sind eben traurigster Art. Und Herr Hasenklever gab 1872—73 allein über 25,000 Thlr. aus für Vereinszwecke!

Der schweizerische Arbeiterbund hat 1873—74 eine lebhafte Agitation für die neue Bundesverfassung betrieben. Viele Sectionen schlossen sich dem von der liberalen Bourgeoisie zu diesem Zweck gegründeten „Volksverein" an. Nachdem diese Verfassung angenommen war, stellte man sich sofort auf ihren Boden und benutzte die gegebenen Freiheiten. Davon zeugt der II. Congress des schweizerischen Arbeiterbundes, welcher am 22. Mai 1874 zu Winterthur stattfand. Während man 1873 den Eisenachern die

Abhaltung ihres Congresses in Nürnberg nicht gestattete, hat die Cantonsregierung diesem Congress den grossen Saal des Stadthauses zur Verfügung gestellt. Man fürchtet sich eben in der Schweiz nicht.

Der Bund besteht gegenwärtig aus 76 Sectionen mit zusammen circa 5500 Mitgliedern. Von diesen sind etwa 4000 Schweizerbürger. Unter diesen 76 Sectionen sind 39 Gewerkschaften, 7 Grütlivereine (darunter die grössten Sectionen des Grütlivereins) und 9 schweizerisch-politische Vereine (unter diesen die cantonalen Arbeitervereine in Glarus und Appenzell A.-Rh.). — Im Bezirk Zürich sind durch den Central-Ausschuss gegenwärtig folgende Sectionen vertreten: Grütliverein 293 Mitglieder, Holzarbeiter-Gewerkschaft 430 Mitglieder, Metallarbeiter (Krankenkasse und Gewerkschaft) 550 Mitglieder, Lederarbeiter-Gewerkschaft 210 Mitglieder, Schneider-, Kürschner- und Säckler-Gewerkschaft 90 Mitglieder, Spengler-Fachverein 52 Mitglieder und Internationaler Arbeiterverein 48 Mitglieder. Ausserdem gehören in andern Theilen des Cantons noch weitere 10 Sectionen zum schweizerischen Arbeiterbund.

Folgendes sind die wichtigsten Beschlüsse dieses Congresses von Winterthur nach der „Tagwacht:“

„Der Antrag 1 des Bundescomité's, die Agitation für Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages betreffend, wurde einstimmig angenommen. Die Vorarbeiten für die Gründung einer landespolitischen Gruppe wurde von den stimmberechtigten Delegirten an Hand genommen. Eine von der ersten Versammlung aus drei Mann bestellte Commission legte am Schlusse des Congresses die Grundzüge eines Programms vor, welche genehmigt wurden und wurde hierauf Glarus mit der Wahl einer Commission beauftragt, welche betreffend Organisation etc. genaue Vorlagen zu machen hat. Der Antrag des deutschen Arbeitervereins Bern, welcher die internationale Organisation der Gewerkschaften bezweckt, wurde abgelehnt, da es zuerst nöthig sei, auf localem und nationalem Boden die Organisation zu vollenden, ehe man in nähere Beziehungen mit den Gewerkschaften anderer Länder treten könne. Um jedoch nicht den Schein auf sich zu laden, als ob der Congress durch die Ablehnung des Berner Antrages die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung verneinen wolle, erklärte man in einer Reolution Sympathie mit der internationalen Arbeiter-Association. Die vollständige Uebernahme des Schriftendepots in Zürich und der Typographie der „Tagwacht“ wurde abgelehnt, jedoch beschlossen, den Vertrieb von Schriften zu fördern, als auch die Typographie durch Uebernahme von Actien und Ueberweisung von Arbeit zu unterstützen. Betreffend die Krankenkassen wurde allen neu gegründeten Kassen empfohlen, einheitliche Bestimmungen über Beiträge und Leistungen anzunehmen, um allmälig eine Centralisation anzubahnen. Zur Errichtung der Freizügigkeit wurde ein praktischer Freizügigkeitsantrag angenommen. Die Gründung einer facultativen Sterbekasse wurde beschlossen und die weitere Anhandnahme der vorzulegenden Statuten, wie der Verwaltung wurde den Zürcher Genossen übertragen. Die Einführung einer Wanderunterstützungskasse wurde abgelehnt. Die Masse der Bundesbeitrags-Anträge in Verbindung mit den Anträgen auf Deckung des „Tagwacht“-Deficits wurden dahin erledigt, dass das Deficit proportionell auf die Bundes-

sectionen vertheilt werden soll und die betreffenden Antheile bis spätestens zum 1. September d. J. an das Bundes-Comité einzusenden sind."

Der Zwist zwischen „Tagwacht" und „Felleisen" führte zur Ausschliessung des Züricher Arb.-Bild.-Vereins, so dass hier eine Spaltung eingetreten ist. Auch sind nicht alle Grütlivereine dem Bunde beigetreten. Ueber diese Ausschliessung sagt das „Felleisen:"

„Der ausschliesslich aus den Intriguen einzelner Persönlichkeiten entsprungene Zwiespalt, welcher schon seit Jahren zwischen dem „Deutschen Verein Zürich und dem „Schweizer. Arbeiterbunde" und seiner Vorläuferin, der „Tagwacht"-Partei, waltete und besonders in der jüngsten Zeit seinen Höhepunkt erreicht hatte, ist durch die am 24. Mai erfolgte Ausschliessung des Deutschen Vereins Zürich durch die Delegirten des Schweizer. Arbeiterbundes auf dem Congress zu Winterthur, insofern seiner Lösung zugeführt worden, als die beiden genannten Arbeitercorporationen nun von einander unabhängig ihre eigenen Wege gehen und jede für sich das Ziel, das in der That für beide gemeinsam ist, zu erreichen suchen. — Obgleich dieser Dualismus der schweizerischen Arbeiterbewegung gewiss nicht förderlich sein kann, da ja bekanntlich nur die Einigkeit stark macht, so ist auf der anderen Seite eine erspriessliche Thätigkeit in beiden Vereinen wieder dadurch möglich geworden, dass die Personenhetzereien einstweilen aufhören und hoffentlich nicht durch neue ersetzt werden. — Was den deutschen Verein in Zürich besonders betrifft, so wird sich derselbe zunächst die Aufgabe stellen, sämmtliche deutsche Vereine der Schweiz durch eine stramme Centralisation in nähere Beziehung zu bringen und durch die Handhabung einer ruhigen Agitation neue Vereine in das Leben zu rufen. Die Gründung von Gewerkschaften, deren Mitglieder zugleich den deutschen Vereinen angehören, muss hauptsächlich in's Auge gefasst werden. Sowohl in den Gewerkschaften, wie in den deutschen Vereinen selbst müssen die Mitglieder durch aufklärende Vorträge über die sociale Frage der Arbeiterbewegung gewonnen und in den Principien der Socialdemokratie befestigt werden. — Die Bildungsmittel, die den deutschen Vereinen zur Verfügung stehen, müssen durch Anschaffung socialpolitischer Literatur erweitert oder vervollstädigt werden. Auf solche Weise wird der deutsche Verein in Zürich vorgehen und sich wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft seiner hohen Aufgabe bewusst bleiben: „eine Rekrutenschule für die Soialdemokrtie" zu sein."

Dass Europa für den „freien Volksstaat" nicht reif ist, lehrt die Arbeiterbewegung in jedem Lande. Ueberall können sich die wirklich radikalen Socialdemokraten nicht vertragen, Angesichts der mächtigen Gegner, die sie doch bekämpfen wollen. Wir dürfen uns so lange nicht vor dem „freien Volksstaat" fürchten, als sie noch nicht unter sich einig sind. Das wird sie freilich nicht hindern, gelegentlich vereint loszubrechen.

Sehr wichtig ist der Beschluss, dass eine landespolitische Gruppe geschaffen ist. Man will damit, wie überall, wo nicht die Bakuninisten herrschen, so auch in der Schweiz, Arbeiter in die gesetzgebende Versammlungen bringen.

Zunächst geht die Agitation der nunmehr organisirten Arbeiterpartei der Schweiz dahin, dass der gesetzliche Normal-Arbeitstag in der Schweiz von Bundes wegen eingeführt werde, was nach der neuen Verfassung angänglich ist. Man befindet sich hierbei

auf gesetzmässigem Boden, und es scheint, als wolle die besitzende Klasse diesem, meiner Ansicht nach ganz gerechtfertigten Wunsche der Arbeiter Rechnung tragen.

Der bernischen Direction des Innern gebührt das Verdienst, in vorliegender Frage mit Eifer vorgegangen zu sein. Sie berief zur Besprechung und Beantwortung der seinerzeit vom eidgenössischen Eisenbahn- und Handels-Departement an die Cantonsregierungen gerichteten Fragen eine Commission von Aerzten, Fabrikanten und Arbeitern. Die Verhandlungen wurden vom Regierungsrath Bodenheimer geleitet.

In Bezug auf die Arbeit von Kindern in Fabriken wurde beschlossen:

„Das absolute Verbot der Fabrikarbeit von Kindern bis zum zurückgelegten 14. Altersjahre. Als Kinder werden alle bis zum zurückgelegten 15. Altersjahre betrachtet. Der Schulbesuch der Fabrikkinder soll Vormittags oder Nachmittags vor der Arbeit eingehalten werden. Die Arbeitszeit für die Fabrikkinder soll an Schultagen 4, an den übrigen Tagen 6 Stunden dauern."

In Bezug auf die Maximalarbeitszeit für Erwachsene lehnte man sich an die englische Gesetzgebung etwas an, indem man die Klasse der „jungen Leute" (von 15—18 Jahren) unter besondere Bestimmungen stellen will. Man beschloss:

„Die Maximal-Arbeitszeit von Arbeitern im Alter von 15—18 Jahren soll 10 Stunden betragen, diejenige der Erwachsenen 11 Stunden, Frauen sollen in Bezug auf Arbeitsdauer gleich gehalten werden wie die Männer, mit Ausnahme von Hausfrauen, welche eine Stunde vor der gewöhnlichen Mittagszeit sich aus dem Arbeitslocale entfernen dürfen; Wöchnerinnen sind während sechs Wochen nach ihrer Niederkunft von der Fabrikarbeit ausgeschlossen; an Samstagen soll eine Stunde früher Feierabend sein; Ueberzeit wäre nur in dringenden Fällen zu gestatten."

Der Beschluss über das Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren entspricht dem Antrage der preuss. Conservativen vom Jahre 1869. Den Normal-Arbeitstag der Jünglinge finde ich etwas zu lang mit 10 Stunden bemessen. Ich bin für den 10stündigen Normal-Arbeitstag für Erwachsene.

In Bezug auf den dritten Punkt — „Schutz gegen Gesundheit und Sicherheit gefährdenden Gewerbebetrieb" — war man allgemein damit einverstanden,

„dass der Gesetzgeber sein Hauptaugenmerk auf die gesunde und solide Einrichtung der Fabrikräume, gehörige Ventilation, Heizeinrichtung, Versetzung der Dampfmaschinen ausser die Fabrikräume, Verbot der Reinigung der Maschinen während ihrer Thätigkeit u. s. w. richten müsse, dass er besondere Vorschriften über gesundheitsschädliche Fabrikationszweige erlasse, vor Allem aber ein unparteiisches Fabrikinspectorat, vollständig unabhängig von den Fabrikanten, zu erstellen habe."

In Bezug auf die Haftpflicht wurde, — zwar nicht ohne Opposition der anwesenden Fabrikanten — der Grundsatz aufgestellt,

„dass bei Unglücksfällen, welche Folgen einer mangelhaften Fabrikeinrichtung, fehlerhafter Maschinen sind und demnach entgegen den Vorschriften

des Gesetzes durch Fahrlässigkeit oder Unterlassung der Fabrikbesitzer entstehen, diese zur Haftpflicht angehalten werden sollen. Bei Unglücksfällen, welche durch Nichtbeachtung der Vorschriften Seitens der Arbeiter selbst entstehen, soll der Fabrikant der Haftpflicht entbunden sein."

Wenn diese Beschlüsse Bundesgesetz werden, so werden alle Regierungen Europa's bald gezwungen werden, auf diesem Wege zu folgen. Wir Social-Conservativen haben dem deutschen Reich die Ehre und den politischen Nutzen einer so heilsamen wie schliesslich doch nothwendigen Initiative verschaffen wollen, denn wir würden ihm damit die Sympathie der Arbeiter der ganzen Welt verschafft haben, die ich höher anschlage als den Beifall der Börsenjuden, indess die bei uns herrschende Manchesterpartei will es anders. Aber sie müssen doch heran! Doch zurück zur Schweiz!

Gewerkvereine existiren zahlreich, doch haben sie sich nicht alle dem Arbeiterbunde angeschlossen. Der stärkste, die Typographia der Buchdrucker, hat es sogar noch neuerdings positiv abgelehnt, beizutreten. Socialdemokratisch sind sie aber alle.

Auch die Katholiken entfalten seit einiger Zeit eine soc. Thätigkeit in der Schweiz und werden dabei von den Socialdemokraten energisch bekämpft. Wie beide Parteien zu einander stehen, geht aus folgendem Artikel der „Tagwacht" hervor:

„Besiegt wird das Pfaffenthum nur dadurch werden, dass das Volk in ökonomischer und socialer Beziehung befriedigt wird. Der innerste Kern aller Religionen liegt im Streben nach einer besseren Existenz, die Mutter aller Religionen ist stets die Armuth und Noth des Volkes und seine Unwissenheit ist der Vater gewesen und man wird den letzten Pfaffen zwar nicht aufhängen, aber in ein Irrenhaus sperren, sobald eine bessere Gesellschaftsordnung dem Volke Erziehung und Brod in Genüge verschafft. Bis dahin aber werden alle „Freigeister" sich vergeblich bemühen, das arme, unwissende und bedrückte Volk von den Altären wegzureissen — über das Pfaffenthum in jeglicher Gestalt kann nur ein Princip siegen, das der Socialdemokratie. Das Volk betet nur, so lange es unwissend ist und darbt, die Religion eines gebildeten und ökonomisch von der Ausbeutung befreiten Volkes wird nur im sittlichen Lebensgenuss bestehen. — Die gebildeten und denkenden Spitzen des Pfaffenthums erkennen sehr wohl die innerliche Schwäche des „Liberalismus" und die innerliche Kraft der socialdemokratischen Idee. Desshalb sehen wir die merkwürdige Erscheinung, dass die gescheidtesten Kampfhähne der Ultramontanen sich mit grosser Vorliebe auf das sociale Gebiet werfen, die bestehenden Verhältnisse mit grosser Schärfe kritisiren und zum Theil auch mit positiven Reformvorschlägen hervortreten. Mancher dieser Ultramontanen entwickelt in seinen Erörterungen über die sociale Frage mehr Sachkenntniss, als alle unsere „gewiegten Staatsmänner" und „liberalen" Zeitungsschreiber miteinander besitzen. — Wir wissen nach dem oben Gesagten sehr wohl, dass es diesen Herren natürlich mit ihrem Socialismus nicht Ernst ist, denn diese Leute sind gescheidt genug und werden sicher nicht den Ast absägen, worauf sie sitzen — sie benützen eben die Sache nur als Agitationsmittel. Und selbst wenn es Einzelnen Ernst wäre, so hat doch die Arbeiterbewegung desswegen keine Veranlassung, irgend etwas von diesen Leuten zu hoffen. Die Befreiung des arbeitenden Volkes kann und wird

nur durch das arbeitende Volk selbst erkämpft werden und Pfaffen gehören vorweg nicht zum arbeitenden Volk."

Von der von unwissenden Literaten ausgesprengten Allianz zwischen Pater Bex und Marx ist also auch in der Schweiz nichts zu bemerken.

Piusvereine existiren ca. 11—12 Jahre schon in der Schweiz. Gesellenvereine sind zahlreich. Im Jahre 1874 ist der erste Gesellenverein für die romanische Schweiz unter dem Namen „Société ouvrière" zu Genf gegründet. Das Organ der liberalen Katholiken der Schweiz, der „Catholique Suisse" vom 18. April 1874 stösst folgende Allarmrufe aus: „Die ultramontane Partei regt sich lebhaft im ganzen Lande. Die katholischen Associationen vervielfältigen sich unter verschiedenen Namen: Societät des St. Vincent, des St. Franciscus, Pius IX. etc., Arbeitervereine in Stadt und Land. Alle diese von den Jesuiten geleiteten Associationen bezwecken, eine mächtige Partei zu organisiren, zusammengesucht aus Männern, die eine gewisse sociale Position erlangt haben und aus Arbeitern, eine Art von Armee, bestimmt, zu Gunsten des Dogma der Unfehlbarkeit und des päpstlichen Absolutismus zu kämpfen im Schoos der Kirche selbst, wo sie starke Opposition finden" etc. Diese liberalen Katholiken sind mit Gegenorganisationen vorgegangen und haben z. B. in Genf „Krippen" gegründet.

Der Münchener „Arbeiterfreund" brachte im März 1874 folgendes Verzeichniss schweizerischer Gesellenvereine mit den dahinter gesetzten Gründungsjahren: Altstätten 1868, Appenzell 1871, Arbon (Thurgau) 1871, Baden (Aargau) 1871, Basel 1859, Bern 1868, Berneck (St. Gallen) 1872, Chur 1868, Einsiedeln 1871, Freiburg 1871, Gossau (St. Gallen) 1869, Luzern 1861, Klingnau (Aargau) 1873, Rorschach 1867, Rapperswyl 1873, Schwyz 1872, Sitten 1872, St. Gallen (Centr. Ver.) 1866, Solothurn 1863, Wyl 1861, Zürich 1863.

So haben wir also in der Schweiz socialdemokratische Vereine, die der Marx'schen, und solche, welche der Bakunin'schen Internationale anhängen, socialdemokratische deutsche Arb.-Bildungs- und schweizerische (Arbeiter-) Grütli-Vereine, socialdemokratische Gewerkschaften, endlich katholisch-sociale Vereine. Alle erfreuen sich vollständigster Freiheit und sind bis jetzt vollständig ungefährlich. Sie werden aber in dem Grade stärker, als die Fabrikindustrie die kleine, unabhängige Hausindustrie vernichtet. Im selben Grade wird die Socialdemokratie wachsen, aber sie wird, da sie sich politische Geltung verschaffen kann, den friedlichen Weg nicht verlassen, es sei denn, dass man die politische Freiheit antaste. Ein Beweis dafür ist es, dass der Arbeiterbund zunächst gar nicht Staatssubvention für Productiv-Associationen, sondern nur den 10stündigen Normal-Arbeitstag auf politischem Wege durchzusetzen sucht.

Ich kann deutschen Staatsmännern nur empfehlen, genau die Arbeiter- und socialen Verhältnisse der Schweiz zu studiren und was daraus zu lernen.

Zum Schlusse lasse ich eine Zusammenstellung der socialistischen Zeitschriften der Schweiz folgen.

Im ersten Bande sind schon charakterisirt:

1. Die „Tagwacht,“ 2. das „Felleisen,“ 3. der „Grütlianer,“ 4. der „Vorbote,“ seit ult. 1871 eingegangen, 5. „Helvetische Typographia.“

An deutschen Organen werden noch genannt:

6. Der „Arbeiter,“ erschien 1868 und 1869 zu Basel als Organ der dortigen Section der I. A.-A.

7. Der „Arbeiterfreund“ erschien seit 1868 in Zürich als „Organ für die Interessen des intern. Arb.-Vereins der Schneider.“

8. Der „Schweizer Volksfreund“ zu Basel untertützte 1867 die I. A.-A.

9. Die „Schweizer Arbeiterzeitung“ zu Zürich wirkte von 1866 bis 1870 für die I. A.-A.

10. „La voix de l'avenir“ erschien seit 1866 in Chaux-de-Fonds als Organ der romanischen Section; ging 1869 ein.

11. „Le Journal de l'Association internationale des travailleurs“ erschien als Monatsblatt der romanischen Schweiz in Genf seit 1866.

Wir kommen nun zu Organen, welche unter Bakunin's Einfluss standen oder stehen:

12. „Le Progrès,“ erschien in Locle und ging zu Gunsten der

13. „Solidarité revolutionaire“ ein, beide von Guillaume redigirt, officielle Organe der „Alliance.“ Letzteres Blatt erschien zu Neuenburg von 1870 ab, ist aber eingegangen.

14. „L'Egalité“ erschien seit Januar 1869 als Organ des romanischen, ursprünglich Marx'schen Föderalrathes, gerieth aber schon 1870 unter Bakunin's Einfluss. Dies Blatt folgte der „Voix de l'avenir.“

15. Für die eingegangene „Solidarité“ erschien seit 1870 die „Revolution sociale,“ welche 1872 ebenfalls einging zu Gunsten des

16. „Bulletin jurassien,“ welches seit 1871 noch in Locle erscheint als officielles Organ der von Marx abgefallenen Internationale.

17. „Die Vereinigten Staaten von Europa“ erschien mit Unterbrechungen in Genf als Organ der Friedens-Liga und gab sich Bakunins Einfluss hin.

18. „La cause du Peuple“ war das Organ der im April 1870 in Genf gegründeten russischen Section und gab in Monatsheften Nachrichten aus den und für die slavischen Länder.

19. „L'Independant“ erschien zu Lausanne und diente der I. A.-A., während er zugleich einen landwirthschaftlichen und commerciellen Theil hatte.

20. „La Tribune du Peuple“ erscheint seit 1871 in Délémont als Organ der Union démocratique, der Marx'schen I. A.-A. freundlich gesonnen.

21. Der „Almanach du Peuple," ein Bakunin'scher Arbeiterkalender, erscheint noch seit 1871 regelmässig in Locle.

22. „L'Union des Travailleurs" erscheint seit November 1873 in Genf und wird von der Brüsseler „Internationale" empfohlen.

23. „Le Travail" zu Genf, wurde September 1873 vom selben Blatte, als neu erschienen, begrüsst und empfohlen.

24. „La Commune", eine sociale Monatsschrift, wurde Mai 1874 von Lefrançais zu Genf gegründet und vom „Mirabeau" empfohlen, musste aber diesen Titel auf Verordnung der Behörde ablegen und erschien in der 2. Nummer ohne jeden Titel. Ich weiss nicht, was es später für einen Titel angenommen hat. Die Redaction wohnte 46 Terrassien.

Die katholische soc. Partei scheint es zu vornehmlich socialen Organen noch nicht gebracht zu haben. Dagegen verfügt sie über eine ganze Anzahl von politischen Zeitschriften, die zum Theil wohl demnächst auch sociale Fragen besonders behandeln werden. Nicht ohne Interesse habe ich gelesen

25. „Revue de la Suisse catholique," die in Monatsheften zu Freiburg erscheint.

26. Den „Ami du Peuple," eine kleine kath.-polit. Tageszeitung, die auch in Freiburg erscheint, und

27. „Le Catholique suisse," das Organ der liberalen Altkatholiken.

Uebrigens bringen deutsche katholische und französisch-belgisch-italienisch-katholische Blätter häufig Nachrichten über die Entwicklung des kathol. Socialismus in der Schweiz, der zwar jung, aber durch den Zusammenhang mit derselben Erscheinung im Auslande sehr beachtenswerth ist.

Ich glaube nicht, dass dies Verzeichniss unvollständig ist. — Hervorragende Schriftsteller sind von der Marx'schen I. A.-A. vor Allen J. Ph. Becker und Franz in Zürich, ferner Greulich und Büttner als Redacteure der „Tagwacht" und des „Felleisen." Für Bakunin wirkt hervorragend Guillaume. Dieser Abriss der schweizer Arbeiterbewegung schliesst mit dem 15. Juli 1874.

# Oesterreich.

Die Verhältnisse dieses unglücklichen Landes sind zu allgemein bekannt, als dass ich hierüber des weiteren mich auslassen brauchte. Wir haben den „Krach" erlebt, der uns belehrt, dass dies Land im tiefsten Frieden an der heillosen Wirthschaft zu Grunde gehen muss, welche der capitalistische Liberalismus dort heimisch gemacht hat. Es bedarf nicht eines Krieges mit einem Nachbarvolke, nicht des Aufeinanderplatzens der feindlichen Nationalitäten, nicht des Ansturmes der Proletarierbataillone, — im tiefsten Frieden wird das Land von der Börse ruinirt.

Charakteristisch für diesen greisenhaften Staat ist es, dass es niemals gelungen ist, daselbst eine conservative Partei zu gründen. Als man den Versuch nach Beendigung der Wirren des Jahres 1848 dazu machte, musste ein Preusse, Herr Keip, ein Vorgänger des Verfassers in der Redaction der „Berliner Revue," nach Wien gesendet werden, um daselbst ein Seitenstück zur „Kreuzzeitung," das „Vaterland," zu gründen. Das Blatt schuf dieser talentvolle Mann wohl, aber eine conservative Partei kam nicht zu Stande, auch kehrte er in einigen Jahren nach Preussen zurück. Es ist mit dem österreichischen Adel eben nichts mehr zu machen. Sein grosser Besitz hat ihn seit Jahrhunderten befähigt, am Hofe zu leben, wo er Geltung an sich findet; der preussische Adel ist arm und musste diese Geltung, wollte er sie im Staatsleben praktisch üben, durch Arbeit erkämpfen. Arbeit aber erhält gesund. Die hohe österreichische Aristokratie arbeitet nicht.

Seine Staatsmänner bezieht Oesterreich aus dem Auslande. Metternich, der bis 1848 Oesterreichs Geschicke leitete, war ein Koblenzer, Beust ein Sachse. Das Interregnum des einzigen Mannes, der den alten österreichischen Staatsgedanken mit den Ideen der Neuzeit versöhnen wollte, Schmerlings, blieb ein Interregnum. Als die österreichische Adelspartei unter Hohenwarth ans Ruder kam, zeigte sich erst ihre ganze Unfähigkeit, die der importirte Schäffele nicht allein gutmachen konnte. Liess man ihn doch seine Reformpläne nicht einmal ernstlich in Angriff nehmen, obschon er sich volkswirthschaftlich auf richtigem Wege befand. Das jetzige liberale Ministerium ist freilich frei von der

Corruption des Giskra'schen Bürgerministeriums, aber ebenso unfähig für sociale Reformen wie jenes. Ungarn aber lebt jetzt in einer wahrhaft mongolischen Anarchie. Die einzigen Leute von Verstand, die wissen, was sie wollen, sind die Jesuiten und die Juden. Ich glaube nicht, dass die Jesuiten die Männer sind, im 19. Jahrhundert ein Reich zu regieren, ich bin aber fest überzeugt, dass die Juden, beschnittene und unbeschnittene, welche heute thatsächlich in Wien herrschen, hier wie überall die Zersetzung eminent fördern. Sie zersetzen die „Gesellschaft." Man adelt sie, der hohe, reich angesessene aber leichtsinnige und verschuldete alte Adel vermischt sich mit ihnen. Die „Stammbaumsdüngung" blüht hier mehr als anderwärts. Der Adel besudelt sich massenhaft durch Theilnahme an faulen Finanzgeschäften, ohne reellen Vortheil davon zu haben. Das Ende ist gewöhnlich eine Katastrophe à la Gablenz. Der Kaiser, wohlwollend, das bewiess sein Handschreiben von 1873, welches ich anführen werde, kann sich aus der verpesteten Atmosphäre der Wiener Börse nicht heraus retten. Oben Fäulniss und unten die wüste Gährung in den Massen. Diesen gegenüber keine festen Grundsätze. Die eine Partei sucht die Massen gegen die andere zu hetzen, und letztere sind jetzt soweit gekommen, dass sie, zumal sie politisch einflusslos sind, nicht das allgemeine Wahlrecht haben, sich gegen den Staat als solchen wenden, das Vertrauen zu jeder Partei unter den Besitzenden verloren haben. Nur die katholische Kirche hält noch einen Theil derselben im Zaum. — Dies das trostlose Bild österreichischer Zustände. Das frevelhafte Spiel, welches die herrschenden Parteien mit dem Arbeitervolk getrieben, indem sie sie abwechselnd anlockten und wieder von sich stiessen, bis sie eine fanatische, ganz radikale Socialdemokratie sich schufen, die sie jetzt mit Polizei und Criminalgericht nieder zu halten suchen, werde ich in der Folge actenmässig schildern. Der Socialismus hatte hier in der Unbildung der Arbeiter, ihrer natürlichen Zerklüftung in verschiedene, sich feindlich gegenüberstehende Nationalitäten und in ihrer Armuth schier unüberwindliche Hindernisse der Ausbreitung, mehr als in der Schweiz, aber während die vernünftige schweizerische Regierung, indem sie die Massen politisch emancipirte und zur Arbeit für den Staat heranzog, die Socialdemokratie in die Bahnen ruhiger Arbeit drängte und so zu einer politisch ganz ungefährlichen Partei machte, deren Ungefährlichkeit durch das Offenkundige ihres Treibens erhöht wird, hat die österreichische Politik der sich in der Herrschaft ablösenden Parteien sich alle Elemente für einen dereinstigen Commune-Aufstand geschaffen, und der wird sie einst überraschen, wie das Jahr 1848 Metternich überraschte. — Nun zur speciellen Geschichte des Socialismus in Oesterreich!

Die auf die Niederlage von 1866 folgende liberale Aera vermass sich, den Staat zu retten. Der grosse Staatsmann Beust verfuhr sehr einfach. Er stopfte allen den Mund, die essen wollten. Er theilte das Reich und liess Transleithanien der magiarischen

Minorität. Cisleithanien überlieferte er dem deutsch-semitischen Capitalistenconsortium. Hier herrschte die Börse unumschränkt. Die Minister selbst spekulirten mit. Frau Brestel erzählte mit Stolz, jetzt sei ihr Mann, der gemeinsame Finanzminister, bereits bei der dritten Million. Das öffentliche Schamgefühl ging verloren. Offen nennt man den Reichstag das „Consortium am Schottenring.“ Sein Präsident Hopfen war vielfacher Gründer und Verwaltungsrath. Giskra rehabilitirt sich im Börsensaale durch das Argument, er habe in seiner Jugend barfuss gehen müssen und als guter Familienvater habe er das seinen Kindern — durch Ansammlung einiger Millionen — ersparen wollen und . . . er bleibt ein politischer Mann und wieder möglich. Das sagt Alles. Der „Krach,“ seine Ursachen, seine Folgen, die Verkommenheit der Presse . . . das Alles spricht für meine obigen Ausführungen. Dass in diesem Lande eine Proletarierbewegung entstehen musste, ist klar. Wie gefährlich sie hier ist, geht aus dem oben Gesagten leicht hervor, zumal das gesunde Gegengewicht des ländlichen Kleinbesitzes fehlt. Schwer allerdings ist es, hier die Arbeiter um eine Fahne zu schaaren. Da ist, wie gesagt, die mangelhafte Bildung der arbeitenden Klasse. Viele Arbeiter können nicht lesen. Daran krankt die österreichische Arbeiterpresse. Da sind die alten nationalen Gefühle, die gerade unter den Arbeitern überall stark sind und durch grosse capitalistische Misswirthschaft erst vernichtet werden können. Da ist eine Concentrirung der Industrie nur in einigen Städten, auf die diese Gefahr vorläufig localisirt bleibt und geblieben ist, während die Arbeiterbevölkerung des platten Landes, die weit überwiegende, hier noch unzugänglicher für den Socialismus ist als anderwärts — ihrer Zerstreutheit und Unwissenheit wegen. Und endlich ist da der Widerstand der katholischen Kirche, welche noch einen grossen Theil der Arbeiter im Zaume hält.

Trotz alledem hat der Socialismus hier sehr grosse Fortschritte gemacht, und daran sind die abwechselnd herrschenden Parteien selbst schuld, denn sie haben ihn abwechselnd gegen ihre Gegner zu brauchen gesucht und dadurch die Arbeiter mit den Haaren auf das politische Gebiet gezogen. Der Socialismus ist hier zwar localisirt, aber er ist, wo er existirt, gefährlicher als in jedem anderen Lande ausser Frankreich, da er eminent politisch ist.

Die sogenannte conservative Partei hatte einen guten Gedanken; sie suchte die Arbeitermassen national auseinander zu halten und die Kirche half ihr. Aber sie hatte nicht den Opfermuth, den Arbeitern auch reelle Vortheile zu gewähren, und die Zeit ist vorüber, in der man die Arbeiter benutzen und mit Redensarten abspeisen könnte.

Ganz unsinnig aber handelten die Liberalen, wenn sie am Ruder waren. Sie gaben schleunig liberale Gesetze, die sie in ihrem Kampf gegen die Conservativen gebrauchten, und wunderten sich, als die Arbeiter sie ebenfalls benutzten, und nun beugten sie

das Recht, bekämpften die katholische Kirche und die zog nun zu ihrer Vertheidigung die ihr anhängenden Arbeiter mit in den politischen Kampf und konnte das nur, indem sie ebenfalls socialistische Gedanken entwickelte in Anlehnung an den deutsch-katholischen Socialismus eines Ketteler, Moufang, Jörg.

Um den Beweis dieser Behauptungen zu liefern, lassen wir die Arbeiterbewegung Revue passiren!

Die Liberalen beseitigten die alten Vereinsgesetze und damit war dem Inslebentreten der socialistischen Agitation die Bahn geöffnet. Im Februar 1868 entstand in Wien die erste socialdemokratische Zeitung, „Wiener Arbeiter-Zeitung," ins Leben gerufen unter Mitwirkung von Bernhard Becker, dem ehemaligen Präsidenten des Allg. deutsch. Arbeitervereins, der sich mit v. Schweitzer überworfen hatte und in Oesterreich ein neues Feld seiner Thätigkeit suchte. Sein Lassalleanismus war damals schon stark international angehaucht, obschon er sofort mit Joh. Ph. Becker, dem Haupt der deutschen I. A.-A. zu Genf, in Conflict kam.

Es muss hier bemerkt werden, dass die Greisenhaftigkeit Oesterreichs sich sogar bei dem Socialismus daselbst Geltung macht. Oesterreich hat nicht einen einzigen socialistischen Theoretiker hervorgebracht. Männer wie Rodbertus, Marx, Lassalle, Owen, Louis Blanc, St. Simon, Proudhon, sie kommen hier nicht vor. Lorenz von Stein, der mit Recht berühmte Geschichtsschreiber des französischen Socialismus, obzwar an der Wiener Hochschule lebend, ist ein Holsteiner. Er schreibt nicht mehr, als habe die Wiener Luft ihm die alte Kraft genommen, und er hat auch keinen einzigen namhaften Schüler in Wien gebildet. Selbst die gewöhnlichen Arbeiterführer, Agitatoren, sind entweder Ausländer oder ganz und gar unbedeutend. Die erste socialistische Bewegung wurde durch die Ausländer Becker, Most, Liebknecht ins Leben gerufen, und der talentvollste Schriftsteller und Arbeiterführer, welcher sich bis 1874 an der Spitze der Arbeiterbewegung behauptete, Oberwinder, ist ebenfallsein Süddeutscher. Die fanatische und meist sehr uneigennützige Begeisterung der deutschen Agitatoren, die als Arbeiter reichlich soviel verdient hätten, meist sogar mehr, als sie als Agitatoren bezogen, sucht man in Oesterreich vergebens. Im Gegentheil drängen sich schlechte Elemente nach Oben und spalten die Parteien aus eigennützigen Gründen, verrathen dieselbe auch wohl, wie Mühlwasser, oder machen sie der liberalen Bourgeoisie dienstbar, wie man es Oberwinder vorwirft. Doch zurück zum Anfang der Bewegung.

Vor der Proclamirung der Vereinsfreiheit hatte der Socialismus freilich schon Anhänger in Wien gehabt. Sein Mittelpunkt war der „Fortbildungsverein für Buchdrucker." Die Buchdrucker lesen ja alles Mögliche und haben es am frühsten — auch in Deutschland — zu einer Organisation gebracht. Kaum aber hatte man die liberalen Gesetze, so wurden sie auch benutzt, ja, mit der Agitation kam man denselben sogar zuvor. Eine zur Gründung eines „Arbeiter-Bildungs-Vereins" nach dem Universum be-

rufene, von 6000 Arbeitern besuchte Volksversammlung gab den ersten Impuls mit Benutzung des neuen Vereinsgesetzes zur Gründung von Cooperativ-Gesellschaften. Diese Versammlung war — auch höchst charakteristisch — von Anhängern Schulze's aus Delitzsch berufen! Die Fortschrittspartei, d. h. die blaue Demokratie, machte, wie in Deutschland, zuerst den Versuch, die Arbeiter für sich und für ihre politischen Zwecke zu benutzen. Zwar traten einige Socialdemokraten auf, aber man liess sie nicht ihre Principien entwickeln, man terrorisirte sie, wie man das in Deutschland ehedem mit den Conservativen und Lassalleanern auch machte. Wie kann sich diese Partei jetzt wohl wundern, dass ihr nun mit demselben Masse gemessen wird, womit sie gemessen hat?

Da die Socialdemokraten nicht zum Worte kamen, verliessen sie diese erste österreichische Arbeiterversammlung und die Schulzeaner setzten ein Comité ein.

Kurz darauf, am 8. Dezember 1867, beriefen die dort ausgeschlossenen Socialdemokraten eine Versammlung nach dem „blauen Bock,“ zu der ca. 3000 Mann erschienen. Die Schulzeaner hatten hierher treue Anhänger gesendet, welche soviel Lärm machten, dass man zu keiner Discussion über die socialistischen Statuten eines „Arbeiter-Bildungs-Vereins,“ wie jene ihn sich dachten, kommen konnte.

Die Schulzeaner, begünstigt von der ganzen liberalen Bourgeoisie, hielten nun weiter fleissig Versammlungen ab. So entwickelte ein Apostel des Herrn Schulze, Dr. M. Menger, am 28. Decbr. das Schulze'sche Programm. Der Bildungsverein kam zu Stande im Schulze'schen Sinne. „Hohe Politik“ sollte ausgeschlossen sein.

Die Socialdemokraten aber arbeiteten weiter. Ja, sie traten selbst in den Schulze'schen Verein! Wie sie das heute in Deutschland so machen mit den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen.

Am 12. Jan. 1868, 12 Tage nach Giskra's Amtsantritt, beriefen die Schulzeaner eine Versammlung nach dem Universum, der ein Herr Kessler präsidirte. Es sollte ein Centralstatut des Vereins „Selbsthilfe“ genehmigt werden. Bei der Verlesung griff Herr Kessler die Socialdemokraten an. Da riefen diese: „Er will die Arbeiter beherrschen! Abtreten, Abtreten! Nur Arbeiter sollen sprechen!“

Der Socialdemokrat Hartung wollte sprechen, aber Dr. Menger liess ihn nicht dazu kommen. Nun wurden die Arbeiter wüthend. Die Schulzeaner sahen, dass sie in der Minorität waren und nun liessen sie den Socialdemokraten Fischer zum Worte kommen.

Fischer griff die Statuten hart an. Die Schulzeaner unterbrachen ihn. Nun erklärte er, die Lassalleaner wollten ihren Gegnern unter den Arbeitern die Hand zur Versöhnung reichen, aber die „fremden Elemente, die sich nahezu gewaltsam den Ar-

beitern aufdrängten, müssten entfernt werden.“ Er empfahl das Programm eines Arbeiter-Bildungs-Vereins, dessen Statuten einen Compromiss enthielten zwischen Schulze'schem und Lassalle'schem System. Er erntete lauten Beifall, und als Herr Dr. Menger zu sprechen versuchte, schrieen die Arbeiter: „Wir wollen keine Doctoren und Beamten, nur Arbeiter sollen sprechen.“ Herr Kessler versuchte nun, was 1869 im Concerthause zu Berlin Herr Löwe mit Unglück machte, er wollte die Versammlung schliessen. Aber die empörten Arbeiter hinderten das. Kessler, eingeschüchtert, erklärte, den Vorsitz niederzulegen und nun wählte die Versammlung den Socialdemokraten Mühlhäuser zum Präsidenten. Man beschloss nun, sich dem socialdemokratischen Arbeiter-Bildungs-Verein anzuschliessen.

So scheiterte der Versuch der blauen Demokratie, die österreichischen Arbeiter für ihre politischen Zwecke auszubeuten, im Entstehen. Sie verlegten zwar ihre Thätigkeit nach Prag, Pest und anderen Städten, auch Anfangs nicht ohne Erfolg, aber schliesslich stellte sich heraus, dass sie, wie in Deutschland, nur der Socialdemokratie den Weg gebahnt hatten. Den ersten Anlass aber zur Arbeiterbewegung haben sie dort wie hier gegeben und sie sind die erste Partei gewesen, welche die Arbeiter auf den politischen Weg brachte. Zu ihrer Unterstützung intervenirte Schulze-Delitzsch direct durch einen Brief, der im Januar 1868 in der „Constitutionellen Vorstadt-Zeitung“ abgedruckt wurde. Auch Herr v. Schweitzer wandte sich auf demselben Wege ohne Erfolg an die österreichischen Arbeiter, aber mehr Effect machte der „Brudergruss,“ den „das Central-Comité der Sectionsgruppe deutscher Sprache der I. A.-A.“ am 14. Jan. 1868 an „die Arbeiter in Wien und ganz Oesterreich“ von Genf aus erliess. Dies Actenstück ist unterzeichnet: Joh. Ph. Becker, Heinemann, Münch, Rau, Sethe, Könecke, Beste.

Die Staatsgesetze Oesterreichs verbieten den Anschluss österreichischer Unterthanen an eine ausländische Gesellschaft, also konnten die österr. Arbeiter auch nicht individuell, wie die deutschen, Mitglieder der I. A.-A. werden. Aber sie trugen die Ideen der I. A.-A. in ihre seit 1867 begründeten Fachvereine hinein und sind durchweg von ihnen erfüllt. Trotzdem lösten viele Oesterreicher Beitrittskarten durch Unterhändler bei Karl Marx. Wien war 1869 auf dem Congress zu Basel durch Neumeyer vertreten.

Die Seite 45—46 angegebenen Zahlen geben nicht annähernd ein Bild von der Verbreitung socialdemokratischer Ideen in Oesterreich. Wien zählt etwa 300,000 Arbeiter, die mehr oder minder alle socialistisch gesonnen sind.

Am 10. Mai 1868 wurde in Wien in einer Versammlung von 4000 Mann ein „Manifest an das arbeitende Volk in Oesterreich“ angenommen, in deutscher, magyarischer, czechischer, polnischer, rumänischer und italienischer Sprache gedruckt und abgesendet. Sein Inhalt ist kurz folgender: Es wird verlangt: „Allgemeines directes Wahlrecht, Emancipation der arbeitenden Klassen vom

Capital, volle Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit, Beseitigung alles Nationalitätenhaders. Vergeblich suchte die Reaction die Eintracht des arbeitenden Volkes der Hauptstadt zu stören. Ihre Bestrebungen, die czechischen und polnischen Arbeiter in separate Vereine zu organisiren, scheiterten vollständig.... Die Zeit der Nationalitäten-Absonderung ist vorüber, das Nationalitätsprincip steht heute nur noch auf der Tagesordnung der Reactionäre." Hiermit traf man das liberale Bürgerministerium sehr hart, denn das suchte ja auch die Nationalitäten in Cisleithanien zu „versöhnen," entgegen den „Feudalen," die ihre Rechte wahren wollten. So nimmt der Socialismus dem Liberalismus geschickt eine Waffe nach der anderen und eignet sie sich an. Es heisst dann: „Der Arbeitsmarkt kennt keine Nationalitätsgrenzen, der Weltverkehr schreitet über alle Sprachgrenzen hinweg. Das überall herrschende Capital, dessen Ausdruck und Massstab das Geld ist, kümmert sich nicht um die vermeintliche Abstammung. In den Werkstätten arbeiten unter gleichen Bedingungen die Arbeiter der verschiedensten Nationalitäten neben einander und müssen sich den gleichen wirthschaftlichen Gesetzen fügen. . . . . Um das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Arbeitern zu heben, werden wir im Sommer dieses Jahres ein Arbeiterverbrüderungsfest in Wien abhalten."

Dieselbe Versammlung sendete eine Deputation an Giskra, die das allg. gleiche directe Wahlrecht forderte. Der liberale Herr machte es wie Junker Alexander. Er sagte, die Arbeiter wüssten nicht, was sie mit dem allg. directen Wahlrecht wollten. In Oesterreich könnte dasselbe wohl niemals durchgeführt werden, und: „Wir können in Wien kein Genf brauchen." —

Am 10. Juli 1868 erliessen die Wiener Arbeiter ein Manifest an „die französischen und englischen Arbeiter," voll internationaler Ideen, worin sie diese und die Arbeiter aus der ganzen Welt aufforderten, zu dem Arbeiterverbrüderungsfest am 6. bis 8. Septbr. in Wien Delegirte zu senden. Aber das liberale Ministerium verbot das Fest. Ja, obschon die liberalen Vereinsgesetze erst eben aus dem constitutionellen Backofen gekommen waren, so missachtete das liberale Ministerium sie sofort, indem es mehrere socialdemokratische Vereine, die sich durchaus in den gesetzlichen Schranken gehalten hatten, schloss und Versammlungen verbot, die nach den neuen Gesetzen zulässig waren. Aehnlich machte es der Liberalismus später mit den katholischen Vereinen. Die Liberalen verstehen die Freiheit hier wie anderwärts eben nur als Freiheit für den Liberalismus und wollen es immer noch nicht glauben, dass der Socialismus nur die Consequenzen ihrer Vordersätze zieht. Notorisch ebnen sie ihm überall den Weg und er wird sie sicher dereinst beerben, wenn sie nicht einer anderen Macht zuvor erliegen. Auch die Pressfreiheit benutzten die Socialdemokraten durch Gründung des „Arbeiter-Blattes."

Im Januar 1869 betrug der Anschluss an die I. A.-A. aus Wien 10,000, Penzig 40, Kornenburg 100, Baden-Liesdorf, Pfaff-

statten, Deesdorf u. a. Orte 400, Münchendorf, Treiskerchen, Ebergossing und Trumau 460, Wr. Neustadt, Neunkirchen, Gloggnitz, Murz-Zuschlag, Reichenau 1,200, Krems, St. Poelten 250, Turnitz 100, Linz 600, Salzburg 200, Graz 600, Marburg, Zellweg 1,500, Triest 1,500—2,000, Trient und Botzen 1,800, Asch, Runburg, Bodenbach, Gorkau, Franzensbad 5—6,000, in Prag hatte Schulze-Delitzsch noch Oberwasser, in Pest und Temesvar 2500.

Im Februar 1869 schloss sich der grosse czechische Arbeiter-Verein Wiens an und wirkte von da auf Prag. In Pest stellten die Internationalen sogar in Viola einen Candidaten zur Wahl ins Parlament auf. Vom 11. April erschien in Wien die „Volksstimme" monatlich zweimal. Am 30. Mai hielt die Socialdemokratie in Wien eine Volksversammlung von 20,000 Mann ab. In Brünn gewann die I. grossen Anhang. Die Baumwollenarbeiter geriethen in Unruhe. Es kam am 13. Juni zum Einschreiten des Militairs. Die Arbeiterführer Pfeiffer, Subaric, Leidesdorf, Brusshaver, Tauschinsky, Prager, Fischer, Papst, Oberwinder, Hartung, Gross u. A. wurden gefänglich eingezogen. Es kam nichts dabei heraus.

In Ungarn verbot man die Arbeiterversammlungen. Die Arbeiter Pressburgs sandten eine Deputation an den Minister v. Wenkheim, um sich zu beschweren. Der sagte ihnen: „Sind Sie Arbeiter, arbeiten Sie fleissig? . . . Nun, weiter haben Sie sich um nichts zu bekümmern; Sie brauchen keine Vereine. Wenn Sie Politik treiben wollen, so werden wir Mittel dagegen wissen. Ich werde gar nichts für Sie thun. Mögen die Arbeiter immerhin murren." Für einen Liberalen eine merkwürdige Sprache.

Die Arbeiterführer in Oesterreich bekämpften sich schon von Anbeginn, wie sie das heute noch thun. Ehedem, 1868, stritten sich Mühlwasser und Oberwinder. Ersterer trat gegen seine Collegen als Kronzeuge auf und machte sich dadurch unmöglich. Oberwinder hielt sich bis 1873 an der Spitze der Bewegung, obschon es stets hiess, er sei mit der Regierung, speciell mit Herrn von Beust liirt. Er verkehre mit Falke, dem Leiter des Beustschen Pressbüreaus und mit dem Hofrath Orges. Dass er für die „Neue freie Presse" Mitarbeiter ist, hat er zugegeben. Ein Verrath aber ist ihm bis Mitte 1873 wenigstens nicht nachgewiesen worden. Wahrscheinlich ist es aber, dass v. Beust durch gewisse Führer sich in Verbindung mit den Arbeitern hielt und sie auch gegen die Conservativen zu benutzen suchte. Auch Liebknecht war in Wien und man sagt, er habe mit dem König von Hannover, mit Beust und Giskra in Verbindung gestanden. Bewiesen ist es aber auch nicht. Letzterer sagte im August 1869 in einer Volksversammlung öffentlich: „Hier in Oesterreich, wo die ständische Gesellschaft noch nicht politisch todt ist, wie in anderen Ländern, ist die Stellung der Arbeiter zur Regierung (dem liberalen Bürgerministerium) eine ganz eigenthümliche. Bis zu einem gewissen Punkte, nämlich soweit dieselbe das Pfaffenthum und den Adel bekämpft, haben die Arbeiter Oesterreichs ein gemeinsames Interesse mit der Regierung."

Mag solche Haltung Liebknechts, — und sie wurde von den andern Führern getheilt, — seine Ueberzeugung, mag sie auf fremde Einflüsse zurückzuführen sein, genug, sie hatte den Erfolg, dass die Arbeiter die Liberalen unterstützten. Sie gaben den Liberalen Anlass, sich wieder „auf das Volk“ zu berufen, das hinter ihnen stehe.

Die „N. Fr. Presse“ belobte sie — August 1869 — öffentlich. „Die Arbeiter sind in richtigeres Fahrwasser eingelenkt.„

Am taktlosesten benahm sich Giskra. Anfangs, als noch die Schulzeaner Oberwasser in Wien hatten, liebäugelte er öffentlich mit den Arbeitern. Als die Socialdemokraten jene aus dem Felde schlugen, liess er die Arbeiter verfolgen. Er liess Versammlungen schliessen, Vereine auflösen, Zeitungen confisciren, Führer einstecken und anklagen. Als ihm nach dem 30. August 1868, an welchem der 9. Arbeitertag abgehalten worden war, eine Arbeiterdeputation aufwartete, sagte er: „Von jetzt ab werde ich dafür sorgen, dass die Gesetzgebung nach dem Wortlaut gehandhabt wird; die nachsichtige Auslegung, die bisher (Aera Schulze-Delitzsch) insbesondere beim Vereinsgesetze stattfand, wird einer strengeren weichen.“ Einer seiner obersten Beamten sagte: „Man erlaubt ihnen keine Versammlungen, stopft ihnen das Maul und da wird's bald aus sein mit dem Schwindel.“ Man liess also die Polizei arbeiten.

Aber inzwischen wurde die Stellung des Bürgerministeriums unsicher. Es kam der Aufstand in Dalmatien und seine schmachvolle Beendigung. Die Conservativen und Klerikalen bestürmten den Monarchen und schienen ein günstiges Ohr zu finden, — da kehrte Giskra wieder den „Volksmann“ heraus.

Er erliess ein Rundschreiben, worin er die Landeschefs aufforderte, eine mildere Praxis Platz greifen zu lassen. In der ersten Dezemberwoche 1869 liess er den Obmann und einige Mitglieder des Arbeiter-Bildungs-Vereins ins Präsidial-Büreau rufen. Diesem eröffnete der Ministerial-Secretär, Excellenz Giskra wäre von den in der Monatsversammlung des Vereins gethanen Aeusserungen sehr peinlich berührt worden. Wenn die Herren dem eben anwesenden Herrn Minister ein Anliegen vorzutragen hätten, möchten sie das thun. Die Arbeiter aber sagten, wenn dies der Fall wäre, würden sie schon kommen, auf seinen Wunsch oder Befehl aber thäten sie es nicht, und zogen sich zurück.

Einzuschalten ist noch, dass die österreichischen Arbeiter damals einen besonders lebhaften Verkehr mit den deutschen Internationalen unterhielten und von da und von England und Genf aus jedenfalls gut unterrichtet und instruirt waren, also auch wussten, wie es um Herrn Giskra stand. Sie hatten nämlich den im August 1869 abgehaltenen Eisenacher Congress beschickt. Oberwinder war sogar Vicepräsident desselben gewesen. Aus Oesterreich waren mittelst Mandats 98,607 Arbeiter vertreten. Herr Giskra also hatte mit seiner Bekehrung in der zwölften

Stunde kein Glück bei dem „Volk.“ Dieses glaubte vielmehr, nun einen Hauptschlag gegen das wankende Ministerium thun zu müssen, um ihm Concessionen abzupressen.

Am 13. December 1869 war der Reichsrath zusammengetreten. Die Arbeiter erliessen eine Aufforderung an alle Parteigenossen, demselben am 18. „einen Besuch abzustatten,“ damit er sie nicht wieder vergässe.

Um 8 Uhr früh hörte in Wien und Umgegend in allen Werkstätten, selbst denen der Eisenbahnen, jede Arbeit auf. Um 9 Uhr hatten sich schon 20,000 Mann im Quarré dem Abgeordnetenhause gegenüber aufgestellt. Allmählich füllte sich der weite Platz und die umliegenden Strassen. Es waren nicht Tausende sondern Hunderttausende. Aber Alles verlief in grosser Ordnung. Eine Deputation von 11 Personen, darunter Hartung, Pfeiffer, Schönfelder, wurden als Deputation an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe gesendet mit folgender Petition:

„An das k. k. Staatsministerium!

Bestimmt durch das entschiedene Auftreten der grossen Volksmassen, welche heute am Eröffnungstage des Reichsrathes erschienen sind, um den so oft in Versammlungen und durch Petitionen ausgesprochenen Forderungen Nachdruck zu geben, haben die Unterfertigten beschlossen, das Ministerium zu ersuchen, im Interesse der Wohlfahrt des österreichischen Volkes dahin zu wirken, dass bei Beginn der Reichsrathssession das unbeschränkte Coalitionsrecht bewilligt und das Gesetz über die Zwangsgenossenschaften beseitigt werde; dass ferner noch im Laufe dieser Session dem Reichsrathe eine Vorlage gemacht werde bezüglich der Herstellung des völlig freien Vereins- und Versammlungsrechtes, — der absoluten Pressfreiheit und der Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts. — Wir unterlassen hierbei nicht, das Ministerium daran zu erinnern, dass das Volk Bürgschaft verlangt für den Frieden und die Freiheit, und zwar die Beseitigung der stehenden Heere durch die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung. — Sollten die erwähnten Forderungen in dieser Reichsrathssession nicht berücksichtigt werden, so dürfte es möglich sein, dass das Volk wiederholt und in grösseren Massen erscheint, um seinen Willen kundzugeben.“

Ganz Wien war in Angst und Aufregung. Der Ministerpräsident war zum Monarchen befohlen und so musste die Deputation warten. Er erklärte nach seiner Rückkehr, nur 3 Personen empfangen zu wollen. Hartung, Baudisch und Pfeiffer wurden nun delegirt und Hartung überreichte mit einer Ansprache seine Petition. Graf Taaffe erwiderte, nachdem er sie gelesen, Folgendes: Als einzelnes Mitglied der Regierung könne er keine Zusicherungen und Versprechungen machen, werde jedoch diese Angelegenheit dem Ministerrath vortragen, der sich ohnedies schon vielseitig mit der Arbeiterfrage befasst habe. Indessen müsse er entschieden missbilligen, dass die Arbeiter den gesetzlichen Boden verlassen und sich so demonstrativ versammelt haben. Er habe gehört, dass mehr als 8000 Menschen versammelt seien, zwar ruhig, aber dennoch sei dies ein Heraustreten aus dem Rahmen des Gesetzes. —

Baudisch. Im Reichsrathe seien alle Klassen der Bevölkerung vertreten, nur der Arbeiterstand nicht; derselbe habe daher kein anderes Mittel, um seinen Forderungen Ausdruck zu geben, als sich zu versammeln. — Taaffe. Wären Sie allein, ohne vorausgängige Versammlung gekommen, so hätte ich Sie viel lieber gesehen. — Baudisch. Wären wir allein gekommen, so wäre die Petition als bloss persönlicher Ausdruck unserer Meinung betrachtet und bei Seite gelegt worden. Das Volk hat sich aus freiem Anlass, ohne provocirt zu sein, versammelt — — Taaffe. Ah, ich weiss, das ist Agitation. — Pfeiffer. Nicht Agitation, sondern ein durch den auf uns ausgeübten Druck entstandener Gegendruck. — Taaffe. Durch solche Demonstrationen wird es einer Regierung, insbesondere einer liberalen, unmöglich, die gewünschten Institutionen ins Leben zu rufen, indem dadurch von anderer, namentlich von klerikaler Seite, Gegendemonstrationen hervorgerufen werden. — Hartung macht aufmerksam, dass die Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes nur gegen die Arbeiter gerichtet seien. — Baudisch bittet um eine bestimmte Antwort, welche der Versammlung überbracht werden könne. — Taaffe wiederholt, dass er die Petition dem Ministerrathe vorlegen werde. — Hierauf entfernte sich die Deputation — die Audienz hatte etwa eine halbe Stunde gedauert — und ging wieder auf den Paradeplatz vor dem Schottenthore, wo die Versammlung in Ruhe und Ordnung beisammen geblieben war. Sie wurden mit stürmischen Jubelrufen begrüsst. — Pfeiffer, welcher auf die Schultern der ihm zunächst Stehenden gehoben worden war, sprach folgende Worte: „Unsere Deputation wurde vom Ministerpräsidenten empfangen. (Bravo!) Er wird unsere Petition dem Ministerrathe vorlegen; diese Antwort ist aber nicht genügend. (Lange anhaltender Beifall.) Das Weitere besprechen wir in der Volksversammlung bei Zobel!“ — Lange anhaltende, donnernde Zurufe folgten diesen Worten, Hüte und Mützen wurden in der Luft geschwenkt und nun begannen sich die Arbeiter in Achterreihen zu ordnen und marschirten über die Ringstrasse und Mariahilfer Hauptstrasse nach Fünfhaus zu Zobel's Bierhalle. — Hier verlief Alles in Ruhe, zur grossen Ueberraschung der Wiener, die glaubten, das Jahr 1848 erlebe jetzt eine neue Auflage.

Nun musste das Bürgerministerium, wollte es sich nicht ganz unmöglich machen, Energie entwickeln. Selbst der liberale Reichsrath verlangte das, da ihm das rothe Gespenst Furcht machte.

Die neun Unterzeichner der Petition wurden verhaftet, eine Untersuchung auf Verschwörung eingeleitet, eine Verurtheilung erzielt. Die Polizei wirkte wieder energisch gegen Vereine und Presse. Der „Volkswille“ wurde in 4 Tagen dreimal confiscirt. Der Redacteur der „Gleichheit“ zu fünf Monaten Kerker verurtheilt. Trotzdem griff die Bewegung weiter um sich. Der „Volkswille“ erschien seit Januar anstatt zwei- nun viermal monatlich. Die Socialdemokraten knüpften mit den unzufriedenen politischen nationalen

Parteien Unterhandlungen an, so mit den Polen, Czechen und Italienern. In Pest bildete sich ein Propaganda-Ausschuss, der die Aufgabe hatte, Apostel der Socialdemokratie für Transleithanien heranzubilden und durch alle Gegenden Ungarns zu senden. Man gründete daselbst eine „Allgemeine Arbeiterzeitung,“ die in deutscher und magyarischer Sprache erschien. Am 10. Septbr. 1870 erliessen die Wiener Arbeiter ein Manifest an die Arbeiter Deutschlands, worin sie sich gegen Fortsetzung des Krieges und gegen die Annexion von Elsass und Lothringen erklärten.

Als aber die Arbeiterführer zu langer Strafe, Oberwinder zu 6, Most und Papst zu 5 Jahren Kerker verurtheilt waren, brach der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich aus.

Hier zeigte sich wieder die ganze Charakterlosigkeit des Staatsmannes Beust. Es ist bekannt, dass er gern Frankreich unterstützt hätte. Sehr zweckmässig wäre es ihm nun gewesen, wenn auch er sich dabei auf das Verlangen des „Volkes“ hätte stützen können. Er beschloss also, die Arbeiter als Demonstrationsfiguren zu diesem Zwecke zu benutzen. Als nach langer Untersuchungshaft und endlicher Verurtheilung die Arbeiterführer zeitweilig bis zum Antritt ihrer Strafe entlassen worden waren, kam der Redacteur Scharff mit noch einem Agenten des Reichskanzlers zu einem der „Hochverräther“ und suchte ihn zur Veranstaltung einer grossartigen Volksversammlung zu bewegen. In dieser sollten sich die Arbeiterbataillone bedingungsweise für den Krieg erklären. Die diessbezügliche Resolution hätte Beust, wenn nöthig, dem Kaiser vorgelegt u. s. w.; als Belohnung versprach Beust, dem betreffenden Arbeiter die Amnestie zu erwirken. In diesem Falle waren die Agenten des Reichskanzlers an den unrechten Mann gerathen; derselbe war ein ganz Theil ehrenwerther als jener Staatsmann. Die Demonstration kam nicht zu Stande, denn obwohl zu mehreren Monaten schweren Kerkers verurtheilt, wollte der betreffende Arbeiterführer seine Freiheit nicht dadurch erkaufen, dass er sich zum Werkzeuge eines Mastbürgerministers und politischen Intriguanten hergab, wie er sich nicht unzutreffend, wenn auch recht unhöflich, ausgedrückt haben soll.

Inzwischen ging das Bürgerministerium schmachbedeckt zu Grunde. Als das Ministerium Hohenwart an's Regiment kam, hegten die Arbeiter grosse Hoffnungen, namentlich gründeten sie dieselben auf die Person Schäffles. Auch täuschten sie sich Anfangs nicht. Es eröffnete seine Action mit einer Amnestie der politischen Verurtheilungen und öffnete die Kerkerthüren, hinter denen die Herren Oberwinder, Scheu, Papst u. s. w. in Sicherheit gebracht worden waren. Das, wenn auch ziemlich reservirte Vertrauensvotum einer Volksversammlung war die vorläufige Antwort. Die grossartigen Arbeiterdemonstrationen waren sistirt und das Vertrauen auf die wohlwollende Intention der Regierung befestigte sich unter den Arbeitern. Es wäre dem conservativen Ministerium leicht gewesen, die Arbeiter durch Concessionen in der wirthschaftlichen und politischen Gesetzgebung zufrieden zu stellen, aber zu

solchen Concessionen hatte es keinen Opfermuth. Das erste Vorgehen war geschickt genug. Man wollte die Arbeiter dem Einfluss der I. A.-A. entziehen, indem man sie in nationale Gruppen spaltete. Man beabsichtigte ja auch, den Königreichen und Ländern gewisse Selbstständigkeit zu geben, also gehörte die Absonderung der Arbeiter in nationalen Gruppen mit zum System.

Hierzu machte man mit Brünn, einem Hauptherd der I., den Anfang und benutzte sehr geschickt den eben amnestirten Pfeiffer. Er gewann die Brünner Arbeiter in ihrer Majorität für eine „föderalistische Arbeiterpartei." Hierbei wurde er von den Czechen und Klerikalen unterstützt.

Das Programm der föderalistischen Arbeiterpartei kann man im Folgenden zusammenfassen: Festhalten an dem Bestande Oesterreichs. Als Bürgschaften dieses Bestandes erkennt die Partei die Decentralisation der Verwaltung und auch der Gesetzgebung in Angelegenheiten an, die nicht nothwendig als Reichsangelegenheiten behandelt werden müssen, wie Krieg, Aeusseres und Reichsfinanzen. Im Wesentlichen ist dies das Programm der föderalistischen Partei überhaupt. In socialer Hinsicht verlangt die föderalistische Arbeiterpartei Begünstigung des genossenschaftlichen Industriebetriebes durch die Gesetzgebung. Zinsengarantie soll vom Staate nur ausnahmsweise gewährt werden, Coalitionsrecht, Normalarbeitstag und die andern Schlagworte der socialdemokratischen Partei sind auch in dieses Programm aufgenommen. Dagegen betont dasselbe das Festhalten am Eigenthums- und Erbrecht, und missbilligt die „Internationalen" auch, sofern sie die nationalen Bestrebungen bekämpfen.

Der Plan war gut angelegt. Der I. A.-A. war jeder Boden entzogen, wenn die Bildung solcher föderalen Arbeiterparteien in allen Kronländern gelang. Diese mussten natürlich das conservative Ministerium gegen die centralistische liberale Verfassungspartei stützen. Man hoffte bereits, vollständig gesiegt zu haben, umsomehr, als sich die katholischen Arbeitervereine dieser Bewegung anschlossen. Aber man übersah, dass man den Arbeitern wirklich etwas bieten müsse, und das wollte man nicht thun.

Im Dezember 1871 schrieb ein wohlunterrichteter Correspondent aus Wien den „Chr. s. Blättern," viele Föderalisten (d. h. ihre Leiter) seien keineswegs gesonnen, Coalitionsrecht zu gewähren und den Normalarbeitstag einzuführen. An Staatsgarantie für Arbeiterfabriken sei gar nicht zu denken. Es werde auch im föderalistischen Oesterreich Kämpfe, sociale Kämpfe geben, wie es die in den föderativen Republiken von Nordamerika und der Schweiz gäbe. „Aber," fährt der überkluge Schreiber fort, „dieser sociale Kampf wäre dann in Oesterreich vertheilt auf die verschiedenen Königreiche und Länder, und dies wäre von unschätzbarem Vortheil. — Warum? — Weil dann erstens eine sociale Revolution nicht so fürchterliche Ausdehnung nehmen könnte, wie z. B. zu allen Zeiten in dem centralisirten Frankreich. — Weil zweitens, so lange der sociale Kampf ein unblutiger ist, er in den

einzelnen Königreichen und Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie dahin führen würde, dass die Arbeiter selbstthätig und praktisch auftreten würden. — Ein Beispiel möge dies Letztere erläutern. Einer Centralregierung in Wien und einer zweiten in Pest-Ofen kämen aus jeder der beiden Reichshälften sehr viele Gesuche um Staatsgarantie für Arbeiterfabriken. Die Centralregierungen sind aber nicht leicht in der Lage, selbst bei gutem Willen richtig zu beurtheilen, welche Gesuchwerber die würdigsten sind. Sie werden also entweder überhaupt jede Staatshülfe abweisen, oder oft sehr ungerecht — selbst beim besten Willen, zu Werke gehen, oder endlich die in der Nähe des Centrums befindlichen Arbeiterfabriken begünstigen und so die Ansammlung der Arbeitermassen in der nächsten Umgebung der Hauptstadt noch mehr fördern. Wenn dagegen die Entscheidung über diese Art von Staatshülfe den Regierungen in Prag, Brünn, Linz, Innsbruck, Gratz etc. etc., oder in Hermannstadt, Agram, Fiume etc. anheimgegeben ist, so wird die Beurtheilung der Würdigkeit der Bewerber leichter möglich sein, und in jedem Falle werden sich derlei Arbeiterfabriken auch um die Hauptstädte der Kronländer gruppiren, also doch mehr über das ganze Staatsgebiet vertheilt werden. — Ich habe ein Beispiel aus dem Gebiete der Staatshülfe gewählt und glaube damit meine Behauptung erhärtet zu haben. Es ist jedoch, wie ich schon sagte, auch in einem föderalistisch constituirten Oesterreich-Ungarn zweifelhaft, ob die Staatshülfe viele Freunde und Förderer finden wird. Es ist daher nöthig, auf dem Gebiete der Selbsthülfe den ausgesprochenen Beweis zu führen (oder doch anzudeuten). Hierbei muss ich jedoch gleich bemerken, dass ich das Wort „Selbsthülfe“ nicht im Sinne von Schulze-Delitzsch, sondern in weiterer Bedeutung nehme und darunter verstehe die selbständige Thätigkeit der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage durch Vereine und durch Agitation für eine gute Steuer-, Handels-, Gewerbe- und Fabriksgesetzgebung. Und es leuchtet sofort ein, dass gerade hierin die Decentralisation höchst förderlich ist; denn warum haben die Arbeiter in den Landeshauptstädten bisher so wenig gethan, um ihre Lage durch Selbstthätigkeit zu verbessern? Weil sie sich auf das socialdemokratische Central-Comité in Wien verliessen.“ Das würde dann aufhören, da ein solches nicht mehr existire, und man nicht die Arbeiter auf die Hülfe der I. A.-A. vertrösten könne. Kurz, sie würden sich dann doch, — da an Staatshülfe wohl nicht zu denken, selbst (à la Schulze, nur in verbesserter Art) helfen.

Man muss wirklich über die Blindheit der Conservativen staunen, welche sich einbildeten, die Arbeiter würden in diese plump gestellte Falle gehen.

Als Letztere merkten, dass man sie nur spalten, ihnen aber nichts geben wollte, wandten sie sich in höchster Erbitterung von den Conservativen und Klerikalen ab. Natürlich säumte die I. A.-A. nicht, sie aufzuklären, und zwar kämpfte Oberwinder in Wien damals sehr energisch, obschon er viele Schwierigkeiten zu über-

winden hatte; denn schon 1870 war dem „Volkswille“ der Verschleiss entzogen und jede socialdemokratische Organisation verboten worden.

Wahrscheinlich wurde er von der reichen liberalen Bourgeoisie unterstützt, denn die Caution des Blattes gehörte einem jüdischen Banquier, Herrn Deutsch, und er ist später fast in ihr Lager übergegangen. Auch suchten die Liberalen mit allen Kräften, die Arbeiter nun wieder auf ihre Seite zu ziehen. Da das Volk sich von den Conservativen getäuscht sah, gelang es ihnen natürlich.

Das „Vaterland“ klagte Ende 1871:

„Allem Anscheine nach ist während der letzten Wochen eine sehr unnatürliche Allianz zwischen den socialdemokr. Arbeitern und der liberalen Partei zu Stande gekommen. Die „liberalen“ Blätter haben ihre Angriffe auf die Socialdemokraten vorläufig eingestellt und versprechen ihnen sogar endlich einmal eine gewisse Berücksichtigung der Forderungen, welche bisher von der „liberalen“ Presse als völlig unbegründet und unerfüllbar zurückgewiesen wurden. Unterdessen wird die Frucht dieser Allianz seitens des immer in hohem Grade praktischen Liberalismus bereits escomptirt. Man hetzt die Proletarier gegen die katholischen und föderalistischen Versammlungen und Vereine. Man benutzt sie als Mauerbrecher in Mürzzuschlag, beim „Dreher“ und beim „grossen Zeisig.“ Vielleicht erleben wir es noch, dass dieselben Massen, welche im vorigen Jahre heulend in die Fichtegasse zogen, um der „Neuen freien Presse“ eine Katzenmusik zu machen, der neuen Wendung Ausdruck leihend, demselben Hauptorgan der jüdisch-liberalen Bourgeoisie einen Fackelzug darbringen. Und doch müssen wir diese liberal-socialistische Allianz als eine wesentlich unnatürliche bezeichnen. In einem einzigen Punkte stimmen die Socialdemokraten mit den Liberalen überein: im Hasse gegen das Christenthum. Das kann die beiden Parteien allerdings in gewissen Augenblicken zu gemeinsamem Kampfe gegen die Kirche vereinigen. Allein, eine solche Uebereinstimmung in der Negation genügt noch nicht, um eine dauerhafte Allianz zu stiften, denn es heisst ja im bekannten Spruche: „idem nolle, idem velle!“ Wenn es sich aber um ein gemeinschaftliches Wollen handelt, da stimmen die beiden genannten Parteien selbst in ihrem kirchenfeindlichen Programm nicht überein. Die Socialdemokraten ziehen aus den Lehren ihrer „liberalen“ Meister die consequente Schlussfolgerung und gelangen demgemäss zum offenen Atheismus, welcher der erste Glaubenssatz der „Internationale“ ist. Die „Liberalen“ aber, in Wirklichkeit ebenso glaubenslos wie die Socialdemokraten, setzen sich zwar selbst über alle religiösen Bedenken hinweg, müssen jedoch für die Massen eine gewisse allerdings schwer zu definirende Staatsreligion aufrecht erhalten, welche den Zweck hätte, den Massen zwar nicht den Himmel zu öffnen, aber ihnen doch die unantastbaren Kassen zu verschliessen. Von den „Liberalen“ mag es allerdings geschickt sein, dass sie gerade im gegenwärtigen Momente die Arbeitermassen von Wien zu gewinnen trachten. Die Socialdemokraten dürften aber um den versprochenen Lohn betrogen werden. Der „Liberalismus“ wird ihnen niemals die gewünschten politischen Freiheiten gewähren, denn es gibt unter den politischen Parteien keine, die sich mehr vom brutalsten, weil vom rein materiellen Kasteninteresse leiten liesse, als die „liberale.“ Der „Liberalismus“ ist anerkanntermassen die Vertretung des beweglichen Capitals. Deshalb wird in allen „liberalen“ Staatsgrundsätzen die Wahlberechtigung nicht vorzugsweise an die Geburt, das Talent, die Arbeit, sondern an das be-

wegliche Capital, an den Census geknüpft und die übrige Bevölkerung in der allerungerechtesten Weise zurückgesetzt. Und wie viel die „Liberalen" auch mit dem Volkswillen flunkern mögen, sie sind doch weit entfernt, diesen Begriff, worauf sie ihre Kastenherrschaft gründen, praktisch im Allgemeinen anzuwenden. Aber noch weniger dürfen sich die Arbeiter in der Meinung irgend eine Illusion machen, als könnte dem materiellen Elende des Arbeiterstandes durch die „liberale" Partei abgeholfen werden. Selbst die radikalsten Theoretiker der socialistischen Partei, wie Lassalle und Marx, haben es anerkannt, dass die gegenwärtige unerträgliche Lage des Arbeiterstandes der „liberalen" National-Oekonomie zur Last fällt, und dass das „finstere Mittelalter" und der Feudalismus nie auch nur annähernd eine ähnliche Ausbeutung des Menschen zu Gunsten des Capitals gekannt haben, wie sie gegenwärtig an der Tagesordnung ist. Den Wiener Arbeitern speciell möchten wir diesbezüglich eine Frage vorlegen. Ist es die föderalistische, die katholische Partei, oder die „liberale," welche durch den heillosen Börsenschwindel dem Volke vampyrartig das Blut aussaugt und den Kleingewerbetreibenden an den Bettelstab bringt? Sind es die „Feudalen," welche im Verlaufe von einigen Jahren aus dem Schweisse des Arbeiters Millionen und Baronien drehen, oder sind es die „liberalen" Fabrikanten? Sind es endlich Föderalisten, welche im Verlaufe einer dreijährigen Thätigkeit als Minister oder Abgeordnete Millionen „erworben" haben und noch dazu als „Volksmänner" einher stolziren, oder sind es die „liberalen" Advokaten? Die Antwort ergiebt sich von selbst. Die Arbeiter mögen danach beurtheilen, ob sie von den „Liberalen" irgend etwas in politischer oder volkswirthschaftlicher Hinsicht zu hoffen haben."

Die Kritik des Liberalismus ist vortrefflich. Aber hat das „Vaterland" wohl ein Wort gesagt über das, was seine Partei den Arbeitern geben wolle? Warum nicht wenigstens den Normalarbeitstag? Aber nichts, gar nichts! Genug, das Bündniss vollzog sich. Und die Liberalen benutzten die Arbeiter trefflich zu Demonstrationen gegen die „Junker und Pfaffen." In Graz fasste unter ihrem Einfluss eine Volksversammlung folgenden Beschluss: „In Erwägung, dass es bei der um sich greifenden klerikalen Reaction nothwendig ist, diesem freiheitfeindlichen Treiben ein Ziel zu setzen, dies aber mit Erfolg nur dann geschehen kann, wenn sich alle Antiklerikalen zu diesem Zwecke alliiren, um so für die Freiheit energisch wirken zu können," so etc. Ob und wieweit Graf Beust mit die Hand im Spiele hatte, ist nicht constatirt. Besonders lebhaft wühlte die Börsenclique gegen das conservative Ministerium, da sie von Schäffle, der dem Börsentreiben sehr abhold war, nichts Gutes erwartete.

Allen diesen vereinten Bemühungen gelang es, das Ministerium Hohenwart zu stürzen, und zwar unter dem Jubel der Arbeiter, die von den Liberalen Alles hofften, — um wieder getäuscht zu werden.

Es schwirrten allerhand Gerüchte durch die Luft, als das Ministerium Auersperg an die Spitze von Cisleithanien trat. 40,000 fl. wollte angeblich das Ministerium für den „Volkswille" hergeben, damit dieser als Tagblatt erscheinen könnte. Einzige Bedingung soll gewesen sein, dass auch die Partei durch Samm-

lung einer ebenso grossen Summe einerseits ihre eigene Stärke zeige, andererseits überhaupt Garantie dafür biete, dass die Subvention keine verlorene sei. Noch mehr, 60,000 fl. wollte man zur Errichtung von Productivassociationen aufbieten.

So hiess es und noch manches Andere wurde erzählt und auch geglaubt, da der „Volkswille“ — wahrscheinlich — von der Bourgeoisie wirkliche Unterstützungen erhalten hatte. Dass diese Verbindung noch bis 1873 bestand, werden wir weiterhin sehen.

Obwohl nun jene Subventionen von 40,000 und 60,000 fl. nicht zum Vorschein kamen, zeigte sich, dass diese Fühlung bestand. Es deutete darauf eine grosse Zahl kleiner Thatsachen hin, so z. B., dass am 2. März eine Arbeiterdeputation im Interesse des socialdemokratischen Organs „Volkswille“ beim Minister des Innern war. Zur Zeit des Ministeriums Hohenwart-Schäffle wurde diesem Wochenblatt das Recht des Einzelverschleisses (das nach dem österr. Pressgesetze immer nur auf Widerruf ertheilt wird) entzogen. Die Arbeiter hatten nun offenbar Ursache vom Ministerium die gefällige Wiederverleihung des Verschleissrechtes zu erwarten. Als Gegengefälligkeit versprach man eine gemässigtere Haltung. Aber es geschah nichts von dem Erwarteten. Im Gegentheil nahmen die Polizeimassregeln wieder ihren Anfang.

Besonders strenge ging man in Ungarn mit den Socialisten um. Im Mai machten die Schneider einen Strike und dabei einen Auflauf, wobei die Panduren einhieben. Im Juni 1871 folgte eine noch viel grössere Demonstration. Zum Zeichen der Trauer über den Sturz der Commune marschirten grosse Arbeiterschaaren mit schwarzen Floren um die Hüte durch die Strassen der ungarischen Hauptstadt. Der Stadthauptmann liess in Folge dessen Haussuchungen und zahlreiche Verhaftungen vornehmen. Die Regierung setzte nun mit vielem Geräusch einen grossartigen Hochverrathsprocess in Scene. In der Anklage gegen die Führer hiess es, der Pester „Allg. Arb.-Verein“ habe in seinem Wochenblatt „Testveriseg“ (Brüderlichkeit) allmählich socialdemokratische Gesinnungen kund gegeben, Verfassung und Regierungsform angegriffen. Mitglieder desselben correspondirten mit österreichischen und ausländischen Agitatoren (Marx, Becker.) Man habe socialdemokratische Filialvereine an andern Orten Ungarns gegründet, Strikes organisirt, Commune gefeiert, ja, das Militair zum Eidbruch verführen und die Ofener Festung durch Ueberrumpelung nehmen wollen u. s. w.

Erst am 22. April 1872 begannen die Verhandlungen vor dem Pester Criminalgericht. Der Prozess ging durch drei Instanzen und wurde am 29. Januar 1873 endgültig beendet. Das Pester Criminalgericht verurtheilte den Hauptangeklagten Sigmund Pollitzer wegen Majestätsbeleidigung zu sechsmonatlichem Arrest, und sprach die übrigen Angeklagten, Karl Farkas, Ludwig Szwoboda, Victor Külföldy, Andr. Essl, Anton Ihrlinger von der Anklage des Hochverraths wegen Mangels an Beweisen frei. Die königl. Tafel verurtheilte Pollitzer zu derselben Strafe, jedoch wegen Majestätsbe-

leidigung und Hochverrath und sprach die übrigen wegen ungenügender Beweise frei. Der oberste Gerichtshof bestätigte dieses Urtheil mit der Modification, dass Pollitzer blos des Verbrechens des Hochverraths (Infidelität) schuldig erklärt wurde. Es war also bei der Geschichte nichts herausgekommen. Sie lief in letzter Instanz wohl auf den Uebereifer der Polizei hinaus, welche ja in Oesterreich eine so übel berufene Rolle gespielt hat.

Dies „Spitzelwesen,“ von Metternich zur Blüthe gebracht und noch fortwuchernd, hat die Revolution von 1848 nicht verhüten können und wird die sociale Zukunftsrevolution nicht verhindern. Es dient nur dazu, den Hass und Ingrimm des Proletariats zu vergrössern. Die sociale Frage ist längst der Polizei entwachsen.

Die Polizei wirkt übrigens weiter in Pest. Daselbst wurde die „Arbeiter-Wochen-Chronik“ gegründet und 14 Tage vor geschehener Anmeldung bei der Polizei ausgegeben. In Folge dessen wurden Redacteur und Verleger am 21. Juni 1873 zu 14 Tagen Arrest, 200 fl. Strafe verurtheilt und die Buchdruckerei confiscirt. Indess erscheint das Blatt weiter.

In Oesterreich lastete ebenfalls die Hand der Regierung hart auf den Arbeitern. Die Statuten der sich bildenden Vereine wurden erst nach langem Zögern und drei- oder viermaligem Umarbeiten bestätigt. Jedes Wort, das an Politik streift, musste herausgebracht werden. Trotzdem sind alle Gewerkvereine erfüllt von socialdemokratischem Geiste. Im „Volkswille“ vom 23. Juli 1873 klagt der Ausschuss des Gewerkvereins sämmtlicher Musik-Instrumentenmacher:

„Für die hiesige Polizei scheint ein Vereins- und Versammlungsgesetz überhaupt nicht mehr zu existiren. Wäre dies nicht der Fall, dann könnte es ja nicht vorkommen, dass einzelne Beamte der genannten Behörde die Vereine fort und fort chikaniren und in gewisser Hinsicht das Vereinsleben ganz unmöglich machen. So dehnbar auch das österr. Vereins- und Versammlungsgesetz ist, solche Massregelungen könnten trotz alledem nicht vorkommen, wenn die Behörden das Vereinsgesetz zur Richtschnur ihres Handelns nehmen würden. Heute haben wir den Genossen wieder über eine polizeiliche Heldenthat Bericht zu erstatten, die sogar in Oesterreich Aufsehen machen muss. Am 26. Juni d. J. hielt der Ausschuss des Gewerkvereines sämmtlicher Musik-Instrumentenmacher eine Sitzung. Dem Vereinsgesetz zufolge werden Ausschusssitzungen ohne polizeiliche Ueberwachung abgehalten. Während der Sitzung kam ein uns gänzlich unbekannter Mann ins Zimmer, der, trotz unserer wiederholten Aufforderung, sich zu entfernen, im Zimmer verblieb, so dass wir ihm ernstlich die Thür weisen mussten. Da ging er endlich, doch schon in einer Viertelstunde kam er wieder, und zwar mit einem Begleiter und forderte uns im Namen des Gesetzes auf, die Sitzung zu schliessen. Wir protestirten selbstverständlich dagegen und verlangten, dass er sich legitimiren solle. Er zog einen Doppel-Adler aus der Tasche und nun wussten wir wenigstens, dass die Polizei die Sitzung geschlossen hatte. Am 27. Juni gingen wir zum Statthalter, um wegen dieser Auflösung Klage zu führen. Derselbe gab uns das Versprechen, dass fortan unsere Ausschusssitzungen nicht mehr gestört werden dürfen. Auch von dem Margarethner Polizei-Commissariate erhielten wir dasselbe Versprechen. Doch Versprechen und

Halten ist zweierlei. Am 3. Juli hatten wir wieder eine Ausschussitzung. Wir glaubten für diesmal Ruhe zu haben. Es kam anders. Kaum hatten wir die Sitzung eröffnet, als der Polizei-Inspector in Begleitung eines Amtsdieners erschien und die Namen der Anwesenden sich notirte. Da die Ausschussmitglieder ohnehin sofort nach ihrer Wahl der Behörde angezeigt werden, so können wir uns den Grund des Aufschreibens nicht erklären.— Uebrigens dürfen wir auch keine freien Besprechungen halten. Fort und fort belästigt uns die Polizei, sie lähmt unsere Thätigkeit, sie verhindert ein erspriessliches Wirken und wenn wir zu den höhern Behörden gehen, so speist man uns mit Versprechungen ab, die jedoch an der Sachlage nichts ändern."

Bei alledem „baute sich" die Partei. Man suchte auch mehr Volksklassen, nicht blos Industriearbeiter zu gewinnen. Man bildete socialistische Vereine von Arbeiterfrauen und Mädchen. Man sucht, so schwer es ist, Eingang beim Landvolk zu gewinnen und fasste dabei zunächst Pächter und kleinere Grundbesitzer ins Auge, denen man ihr hartes Loos: hohe Steuern, hohe Pacht und Hypothekenzinsen zu Gemüthe führt, nicht ohne Erfolg, wie wir sehen werden. Endlich macht man die Beamten auf ihre traurige Lage aufmerksam, und zwar zunächst die Privatbeamten, um sich nicht sofort den Staatsanwalt auf den Hals zu hetzen. Der „Volkswille" vom 30. März 1872 brachte unter der Ueberschrift: „Vergessene Parteigenossen" folgenden Artikel:

„So uralt auch die Geschichte vom Berge ist, der nicht zum Propheten kommen wollte, bis endlich der Prophet sich selber die Mühe gab, zum Berge zu kommen — sie wiederholt sich doch häufig bis auf den heutigen Tag. — Jahrelang schon ziehen wir mit den „Schwarzen des Lichtes," mit Gutenbergs bleierner Armee, zu Felde gegen die furchtbare Macht, welche die Erbschaft der mittelalterlichen Lehensherrlichkeit angetreten hat; — gegen die erbarmungslose Tyrannei des Capitals — gegen den „neuen Pharao," der sich vor allen zehn, ja vor allen zehnmal zehnmal zehn Plagen so hübsch durch Staatsanwälte, Zuchthäuser und bewaffnete Macht zu schützen versteht — und noch ist es uns nicht gelungen, das ganze hart bedrängte Israel, alle unsere Leidensgenossen unter einer Fahne zu sammeln. — Und wir gestehen es, es ist traurig, sagen zu müssen, dass die schwieligen „Hände," die Hammer und Meissel, Bohrer und Säge führen, unseren ehrlichen Bestrebungen bisher ein besseres Verständniss und wärmere Unterstützung entgegengebracht haben, als die tausend und aber tausend „Köpfe," die die Kraft ihres Hirnes dem Dienste des Reichthumes verkauften und von diesem unersättlichen Vampyr ausgesogen werden, bis er an dem vorzeitig Gealterten nichts mehr auszusaugen findet und ihn entweder mit einem Bettelpfennig „pensionirt" oder, was auch nicht selten, einfach entlässt. — Die „Beamten" sind es also, von denen hier die Rede ist, wenn auch nicht die „Staatsbeamten." — Für diese Letzteren hat ja der Reichsrath die Sorge übernommen, und diese illustre Körperschaft, die selbst so viele „Beamte des Staates" in ihren Reihen zählt, wird jedenfalls die Wohlfahrt ihrer „Collegen" am besten zu fördern wissen, mag sie nun „unten" oder „oben" mit den Aufbesserungen anfangen. — Die „Privatbeamten" aber, die mit dem „Staate" in keinem anderen Zusammenhange stehen, als dass sie, zur misera contribuens plebs (zum armen steuerzahlenden Volke) gehörig, zu allen Steuern und Lasten „nach Gebühr" herangezogen werden, — ihnen steht kein

Reichsrath zur Seite, der sich mit einer Regelung, d. h. Besserung ihrer Verhältnisse befassen würde; höchstens „Directorenclubs," in welchen über die grösstmögliche Ausbeutung, die schonungsloseste Massregelung der Subalternen geplant wird. — Auch von einem „Beamtentage" haben sie ihr Heil nicht zu erwarten, am allerwenigsten von dem letztabgehaltenen, der im dunklen Schoosse seines Comité's, sogar zwei, sage zwei Polizei-Commissäre geborgen hielt, von denen der Eine mit dem nichtdeutschen Namen eine traurige Berühmtheit als „Vereinsmassregler" erlangt hat. — Und den „Privatbeamten" — diesen Lohnarbeitern „ohne Schurzfell" — gilt unser heutiger Ruf. — Wir wissen auch sehr gut, dass nur ein Theil derselben — freilich die weitaus grössere Hälfte — ihn vernehmen wird. Mit der kleineren Hälfte lässt sich allerdings nicht rechnen. Sie besteht zum Theile aus Flachköpfen, die, selbst der besitzenden Kaste angehörig, eben des Titels „Beamter" bedürftig sind, um nur „etwas zu sein" — oder aus „Protectionskindern," die sich von den Ersteren nur durch eine halbe Nuance, häufig nur durch einen Unterrock unterscheiden — oder endlich aus solchen, die, mit einem unendlich dehnbaren Gewissen begabt, ihrem Brodherrn als ganz vorzüglich gefügige Bereicherungswerkzeuge dienen, und denen man daher recht gerne einen Antheil am — Gewinne zuwirft, der oft gross genug ist, um sie aus der besitzlosen in die besitzende Kaste, um sie aus den Reihen der „Getretenen" in die der „Treter" zu versetzen. Diese Minorität wird sich freilich allen Emancipationsbestrebungen gegenüber gleichgiltig oder geradezu feindlich verhalten, denn einerseits „hat sie's, Gottlob, nicht nöthig" anderseits würden durch eine Wendung zum Besseren, durch richtige Schätzung und Vergütung des Arbeitswerthes ihre eigenen Interessen empfindlich geschädigt. — Nicht mit dieser aus Protectionswesen und vollendeter Corruption entstandenen Minorität haben wir es also zu thun, sondern mit der weitaus überwiegenden Majorität der Privatbeamten — mit Denjenigen, die ganz ohne Besitz, blos auf den kargen Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind — mit Denjenigen, die ihr ganzes Leben in Armuth und Dürftigkeit hinkümmern, während sie im Schweisse ihres Angesichtes „Viribus unitis" (mit vereinten Kräften) für Verwaltungsräthe und Directoren Millionen erwerben. — „Viribus unitis" — darin eben liegt's! — Wollen die Privatbeamten nur erst den Sinn dieser Zauberformel erfassen, wie er bisher von ihren gewissenlosen Drängern erfasst worden, — wollen sie dann aus dem Worte die That gestalten —: die gründliche und dauernde Verbesserung ihrer gegenwärtig so beklagenswerthen Lage wird nicht lange auf sich warten lassen! — Wohl wird man uns einwenden, die durch die Art und Weise ihrer Beschäftigung bedingte geringere Freizügigkeit der Beamten hindere dieselben, zur Besserung ihrer Verhältnisse jene Mittel zu ergreifen, wie sie von den Arbeitern angewendet werden, um den Bedrückungen seitens der Arbeitgeber das dringend nöthige Ziel zu setzen. — Aber eben diese geringere Freizügigkeit soll den Beamten ein mächtiger Sporn mehr sein, die ehernen Fesseln der Abhängigkeit nicht am Ende für alle Zeit unauflöslich werden zu lassen, sie soll ihnen das zwingendste Motiv sein, die Zauberformel „Viribus unitis," die bisher von den „Oberen" so vortrefflich gehandhabt wird, endlich einmal für sich selber in Anwendung zu bringen. — Sie sollen nur ihrer Familien gedenken, denen sie bis nun statt aller berechtigten Lebensansprüche nichts weiter als Noth und Entbehrung zu bieten vermögen — und dieser Gedanke allein könnte wohl hinreichen, sie aus der dumpfen Resignation aufzurütteln zum Erlösungskampfe! Nur einmal dazu entschlossen, werden gar bald vor ihrem durch Druck und Sorge getrübten Blick die Schreckensgespenster der „Disciplinarbehandlung" verschwinden

und die gefürchtete Macht ihrer Arbeitsgeber wird sich, widerwillig zwar und nothgedrungen, aber dennoch wohl oder übel, in einen gleichgestellten Vertragsgenossen verwandeln. — Und dazu sei ihnen von uns herzlich und aufrichtig die Hand geboten. — Die Spalten unseres Blattes werden ihnen, deren Interessen bisher von der Wiener Presse aus naheliegenden Gründen so hartnäckig ignorirt wurden, jederzeit offen stehen; sie sollen ihnen Gelegenheit geben, geschützt vor Denunciation, die Krebsschäden bureaukratischer Hierarchie zur öffentlichen Kenntniss zu bringen, und über die Mittel zu ihrer Abhilfe zu berathen; sie sollen ihnen endlich die Bildung einer „Fachgenossenschaft," eines wirklichen „Beamtenvereines" ermöglichen, der seine Aufgabe nicht darin sucht, einen „Verwaltungsrath" aus Hofräthen zu ernennen, und die Capitalien dieser Letzteren durch die „Vorschuss-Consortien" einer ergiebigen und sicheren Verzinsung zuzuführen. — Die Gründer dieses Vereines, denen wir hiermit einen vor jedweder Spionage gesicherten Sammelplatz in unserem Blatte bieten, werden sich allerdings, statt mit leeren Gründungsförmlichkeiten oder servilen Huldigungsacten, mit ernster Arbeit zu befassen haben. — Es wird ihnen vor allem Anderen obliegen, einen Plan zur endgiltigen Regelung der Dienst- und Lohnverhältnisse — Dienstpragmatik einschliesslich der Pensionsnormalien und Gehaltsregulativ — zu entwerfen und durch einmüthiges Zusammenwirken, durch eine wohl organisirte Coalition aller Privatbeamten, durch alle zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel die Durchführung dieses Planes zu erzwingen. — Dieser Coalition, wir wiederholen es, bieten wir gerne unser Blatt als Vereinigungspunkt, ohne eine andere Absicht zu hegen, als die einzig mit unseren bisher treu aufrecht erhaltenen Principien vereinbare: bedrängten Mitbürgern nützlich zu sein. — Mögen sie das ihnen offen stehende Forum recht bald und mit dem gewünschten Erfolge betreten — mögen sie endlich begreifen, dass das wirkliche Interesse des „Beamten" in einem und demselben Ziele gipfelt, welches die „Arbeiter" anstreben und in welchem allein die unwandelbaren Garantien für den sittlichen Bestand der Gesellschaft liegen."

Es ist mir nicht bekannt geworden, dass diese Agitation Erfolg gehabt hätte, aber wenn die Proletarier-Revolution einst ausbricht, so werden die oder viele Beamte sich ihr wahrscheinlich anschliessen.

In neuester Zeit richtete der „Arbeiter-Bildungsverein" ein Wohnungs-Comité ein, zu dem Zwecke, den nach Wien zur Ausstellung kommenden fremden Arbeitern kostenfrei billige Wohnungen zu verschaffen. Bekanntlich hatte man den Plan, hier nach 10 Jahren eine neue Auflage der Vorgänge von London zu veranstalten, wo auf der Ausstellung die I. A.-A. geboren wurde. Die französischen Arbeiter sollten überall in Deutschland auf der Durchreise als Brüder empfangen werden und in Wien wollte die I. dann Arbeiter aus der ganzen Welt sammeln. Dass die Polizei hiegegen einschritt, ist klar. Wohl nicht mit Unrecht nahm sie an, dass dies Wohnungs-Comité die Mittlerin zu solcher internationalen Verbrüderung sein sollte, und löste es auf.

Endlich ist es im Frühjahr 1873 zu einer neuen Spaltung in der Arbeiterpartei gekommen, welche ihren äusseren Anlass in der Eifersucht der beiden Führer Oberwinder und A. Scheu hat. Der eigentliche Grund aber liegt tiefer.

Oberwinder war der I. A.-A. unbequem. Er hatte brieflich an den G.-R. der I. das Verlangen gestellt, dass sie in Oesterreich keine Agenten anstelle. Sei es, dass er sich der Herrschaft des G.-R. nicht beugen und keine Aufpasser bei sich dulden wollte, sei es, dass er fürchtete, die Regierung werde diese Agenten ermitteln und noch heftigere Verfolgungen eintreten lassen. Nun glaube ich in dem allgemeinen Theil über die I. nachgewiesen zu haben, dass die I. oder der G.-R. oder Marx jetzt die Partei „klären“ will, dass er nur unbedingte Anhänger oder keine haben will. Folglich konnte er Oberwinder nicht gebrauchen; eine kleine, aber ihm unbedingt ergebene Anhängerschaft in Oesterreich war ihm lieber.

Es scheint, dass sich Oberwinder wohl bewusst war, wie ihn die Leiter der I. A.-A. eines Tages vielleicht ebenso kaltstellen würden, wie es dem alten J. Ph. Becker in Genf gegangen war, und dass ihn diese Erwägung geneigt machte, Lockungen sein Ohr zu leihen, welche ihm von anderer Seite kamen. Von welcher, werden wir gleich sehen, doch muss noch eine Betrachtung eingeschoben werden, die uns darüber aufklärt, wo das Persönliche und Principielle sich scheidet. Aeusserlich erscheinen die Zwistigkeiten der Socialdemokraten Oesterreichs als Personenstreitigkeiten, wenn man aber dieselben näher und eingehender betrachtet, so erkennt man, dass die Ursachen dieser heftigen Streitigkeiten in der Arbeiterwelt durchaus principieller Natur sind. Beim Beginne der socialistischen Arbeiterbewegung im Jahre 1868 acceptirte man das Programm Lassalle's. Die gesammte Lohnarbeiterschaft schien einig und nur ein geringer Theil stand auf dem Standpunkte der „reinen“ Selbsthülfe nach Schulze-Delitzsch. Dieses Verhältniss änderte sich aber, als von der Schweiz aus versucht wurde, die österreichische Arbeiterbewegung in die Cirkel der „Internationale“ zu ziehen. Dieses Hineinziehen der österreichischen Arbeiter in die internationale Arbeiterassociation gelang vollständig im Jahre 1869 und seitdem wurden die Lehren Lassalle's verlassen, das heisst, von dem grössten Theile der an der Arbeiterbewegung betheiligten Arbeiter; ein geringer Theil blieb als Lassalleaner in Vereinen organisirt, schloss sich aber in vielen Demonstrationen und anderen Angelegenheiten den Internationalen an. Aber auch in jener Richtung der österreichischen Arbeiterbewegung, welche der internationalen Arbeiterassociation angehörte, traten jene Spaltungen ein, von welchen die Internationale nach dem Jahre 1870 heimgesucht wurde. Die Extremen sonderten sich von den Gemässigten. Den Anlass gab die Wahlreform des Jahres 1873. Die Tendenz dieser Reform war: Theilweise Einführung der directen Wahlen und Vermehrung der Abgeordnetenzahl aller Gruppen, insbesondere aber derjenigen, aus denen sich die sogenannte Verfassungspartei recrutirt. Sie lag durchaus im Interesse des Capital-Liberalismus und war ein harter Schlag gegen die Conservativen oder, was hier dasselbe ist, die Prälaten und Magnaten. Wieder suchte die liberale Partei das „Volk“ in die Action zu

ziehen. Oberwinder sah sich von den Leitern der I. A.-A. mit Misstrauen betrachtet, schon intriguirte Scheu gegen ihn. Finanziell war sein Blatt, der „Volkswille,“ abhängig von dem semitischen Banquier Simon Deutsch und dem jüdischen, aus dem Prozess „Schiff contra Scharff“ übel berüchtigten Redacteur Scharff, seinen Unterhalt musste er durch Correspondenzen für die „Neue freie Presse“ und die liberale „Morgenpost“ grösstentheils verdienen, und so liess er sich, glaube ich, beeinflussen, die Arbeiter für die Liberalen ins Feuer zu führen. Obschon die Wahlreform den Arbeitern gar keine Rechte gab, da zwar die directe anstatt der indirecten Wahl trat, aber der Census blieb, so veranlasste er den von ihm geistig geleiteten politischen Verein „Volksstimme,“ der seinerseits den Ton für die ganze österreichische Arbeiterbewegung bis dahin angab, folgende Resolution anzunehmen:

„In Erwägung, dass die Arbeiterpartei in Oesterreich auf staatlichem Boden steht und durch die Einwirkung auf die Gesetzgebung ihre Ziele erreichen will; — In weiterer Erwägung, dass nur ein aus allgemeinen und directen Wahlen hervorgegangenes Parlament mit Beseitigung aller ständischen Gruppirungen und Privilegien den Wünschen der Arbeiter entspricht, dass aber bis zur Einführung des allgemeinen directen Wahlrechts wenigstens die Errichtung von Arbeiterkammern als eine von den socialen Verhältnissen unserer Zeit gebotene Nothwendigkeit erscheint, erklärt die Versammlung: Wir erblicken zwar in der Einführung directer Wahlen einen Fortschritt und einen Schutz gegenüber den staatsfeindlichen Bestrebungen der Feudal-Klerikalen, wir bedauern aber, dass die Regierung bis jetzt nicht daran gedacht hat, Schritte zu thun, um die arbeitende Klasse zur Theilnahme an der Gesetzgebung heranzuziehen, und dass sie insbesondere die ihr zur Würdigung zugewiesenen Petitionen um Errichtung von Arbeiterkammern unberücksichtigt gelassen hat. An das Abgeordnetenhaus wird daher das Ersuchen gerichtet, bei Berathung des Wahlreform-Entwurfes den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen.“

Zur Erklärung dieser für internationale Socialdemokraten allerdings unverständlichen Politik gab der „Volkswille“ folgende geschraubte Erläuterung:

„Wir, die wir die Fortentwicklung des Staats nach den Principien der modernen Staatswissenschaft anstreben, die wir wollen, dass mit den historischen Rechten gründlich aufgeräumt wird, halten den Fortschritt, der in der Wahlreform liegt, für zu gering. Die Feudal-Klerikalen dagegen und ihre Schleppträger von der nationalen Opposition stemmen sich mit aller Macht gegen den geringen Fortschritt, welcher mit der theilweisen Durchführung des Princips der directen Wahlen erlangt wird. Diese wollen die Souveränetät der Landtage, weil sie dadurch in den in der Entwicklung zurückgebliebenen Ländern zur unumschränkten Herrschaft gelangen und einstweilen alle nach Liberalismus riechenden Gesetze beseitigen könnten. Sie sind Feinde jeder mächtigen Reichsvertretung. Wir aber bedauern, dass die staatsbürgerliche Gesellschaft noch immer nicht dazu gekommen ist, ihren alten Feind, die ständische Gesellschaft, politisch vollständig zu vernichten, und dass die letztere auch in der jüngsten Wahlreform noch als ein Factor von nicht unbedeutender Macht erscheint.

Man hat dem ständischen Element zu viel Spielraum gelassen. Die liberale Partei hat sich nicht einmal gegen Ueberrumpelungen durch die Feudalen genügend geschützt. Denn der Grossgrundbesitz, dessen Vertreter zum grossen Theil bei Wahlen sich von der momentan bei Hofe herrschenden Stimmung leiten lassen, kann bei einem Ministerwechsel, welcher Leute von der Farbe eines Hohenwart ans Ruder bringt, der Verfassungspartei gefährlich werden. Mindestens wäre damit die friedliche Entwicklung gefährdet, wenn auch nicht anzunehmen ist, dass die Feudalen jemals wieder längere Zeit die Herrschaft behaupten können."

Aus diesen angeblichen Gründen demonstrirte Oberwinder mit seinem Anhang für eine Wahlreform, welche die Arbeiter vom Wahlrecht vollständig ausschloss und die politische Macht des Capitals vermehrte.

Auch belobte die liberale Presse nun die Arbeiter. Die „Neue Freie Presse" sagte: „Die Resolution manifestirt ein reifes Verständniss für concrete Thatsachen."

Bei den Debatten über die Wahlreform erhob sich im Abgeordnetenhause auch nicht eine Stimme für den bescheidenen Wunsch dieser Arbeiter auf Einführung von Arbeiterkammern. Dagegen erkannte im Herrenhause der Fürst Starhemberg das Berechtigte desselben an: Er sagte im Wesentlichen:

„Wenn die Regierung das Gruppensystem bei den Wahlen festsetze, warum sie eine der wichtigsten Gruppen im Staate, die Arbeiter, denn ganz ausser Acht gelassen. Es werde nur die besitzende Klasse, nur das Capital vertreten sein, nicht aber auch der Arbeiterstand, dieser neue und nicht nur numerisch wichtige Factor. „Es wird Niemand von mir glauben, dass ich ein Anhänger des Socialismus bin," sagte er, „welcher anders wo schon zu blutigen Kämpfen geführt hat. Möge es in Oesterreich nie zu derlei Ausschreitungen kommen, denn mit Gewalt und Polizei würde man sie nicht bewältigen können. Das einzige Mittel, ihnen vorzubeugen, besteht darin, dass man das ruhige Streben des Arbeiters durch seine Vertretung bei der Gesetzgebung anerkenne. Es ist ein Uebel, dass von der Regierung dieser brennenden socialen Frage so sorgfältig aus dem Wege gegangen und dem Grundsatz gehuldigt wird: „Nach uns die Sündfluth." Nicht allein der Besitz und das Capital sind geeignet, den Staat zu erhalten, auch jener Stand, dessen Besitz in seiner Hände Arbeit liegt, wird eine mächtige Stütze des Staates sein, wenn er zur Gesetzgebung zugelassen wird. Man errichte entsprechende Arbeiterkammern, welche ihre Vertreter in jenes Haus zu entsenden haben werden, das dann erst mit Recht den Namen „Volksvertretung" wird führen dürfen."

Nun empörte sich ein Theil der Arbeiter gegen das Vorgehen der Oberwinder'schen Partei unter Scheu's Führung. Ein Schiedsgericht, das letzterer beantragte, und das unter Vorsitz eines Hamburger Ausschussmitgliedes der socialdemokratischen Arbeiter-Partei den Streit untersuchen sollte, nahm Oberwinder nicht an. Er suchte vielmehr nun neben dem „Volkswille" ein neues Tageblatt zu gründen, mit Hülfe der liberalen Capitalisten, in dem er für die „ruhige Fortentwickelung des Staatslebens wirken wollte." Dies erklärte der „Volksstaat" im Mai 1873 für offenen Verrath. Ausserdem warf man Oberwinder vor, er empfange, wie die „Demo-

kratische Zeitung“ in Berlin, von Ladendorf Subsidien aus dem Revolutionsfonds, um im deutsch-national-republikanischen Sinne zu wirken. Das „national“ passte natürlich den Internationalen nicht.

Schon früher hatte sich eine Arbeiterpartei, die sogenannten „Secessionisten“ oder „Brüderlichen,“ von Oberwinder losgerissen. Sie gründeten den „Bahnbrecher,“ dem im März 1873 die „Radikale Wiener Arbeiterpresse“ folgte.

Scheu wandte sich nun nach Wiener Neustadt, woselbst das Concurrenzblatt des „Volkswille,“ die „Gleichheit“ erscheint, und bildete dort eine neue Partei. Die „Gleichheit“ vom 5. Juli 1873 veröffentlichte folgendes Programm derselben:

„I. Es ist dringend nöthig, dass die österreichische Arbeiterpartei auf Grundlage eines klaren, umfassenden Programmes die Principien feststelle, nach welchen sie sich an dem allgemeinen Kampfe der Arbeiter, zum Zwecke ihrer endlichen politischen und ökonomischen Befreiung, zu betheiligen gesonnen ist. II. Es sind von der österreichischen Arbeiterpartei in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen der Arbeiter aller Länder und in Ausführung der auf dem neunten Wiener Arbeitertage vom 30. August 1868 angedeuteten Grundsätze zunächst folgende Forderungen zu stellen: 1. Allgemeines, gleiches und directes Wahlrecht an alle Staatsbürger vom zwanzigsten Lebensjahre an für das Parlament, die Landtage und die Gemeindevertretungen, sowie für alle Körperschaften, welche die Rechte und Pflichten der Gesammtheit wie der einzelnen Bürger zu wahren haben. Allen so gewählten Volksvertretern sind entsprechende Diäten zu gewähren. 2. Vollständige Press-, Vereins-, Versammlungs- und Coalitions-Freiheit. 3. Trennung der Kirche vom Staate und Trennung der Schule von der Kirche. 4. Obligatorischer Unterricht in den Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten. 5. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. 6. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege. 7. Einführung eines Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken und industriellen Werkstätten; Einführung des Institutes unabhängiger Fabriksinspectoren und Beseitigung der durch die Zuchthausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Concurrenz. 8. Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer. 9. Staatliche Förderung des freien Genossenschaftswesens und Staatscredit für freie Arbeiter-Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien. III. Die Durchsetzung aller dieser Forderungen, welche die Arbeiter ihrem Ziele: der Abschaffung aller Klassenherrschaft und dem Genusse des Ertrages ihrer Arbeit, näher bringt, ist der Arbeiterschaft jedoch nur möglich durch ein geschlossenes, streng parteigrundsätzliches Vorgehen. Alles Liebäugeln und Paktiren mit anderen Parteien, die, streng genommen, den Arbeitern gegenüber eine reactionäre Masse bilden, ist verwerflich und macht die Betreffenden der Parteigenossenschaft der Arbeiter unwürdig. IV. Eine Partei-Organisation im echten Sinne des Wortes hat bis jetzt in Oesterreich — Dank seiner Gesetzgebung — nicht platzgreifen können. Alle sogenannten „Ausschliessungen“ von Fractionen aus der Partei, die in persönlichen Zwecken ihren Grund hatten, entbehren somit der rechtlichen Giltigkeit. Es sind vielmehr alle Jene, welche sich zu den bisher in dieser

Resolution ausgesprochenen Grundsätzen und Forderungen rückhaltlos bekennen und in diesem Sinne wirken, von den Arbeitern als Parteigenossen zu betrachten. V. Es ist durchaus nöthig, dass zur Begründung einer endlichen Organisation der österreichischen Arbeiterpartei und zur Austragung von Streitigkeiten, welche durch Verletzung der Parteiprincipien entstanden sind, der Versuch gemacht werde, durch die Entscheidung aller behördlichen und richterlichen Instanzen hindurch einen Congress der österreichischen Arbeiter zu Stande zu bringen."

Oberwinder ist ein sehr talentvoller und, wie ich glaube, von guter Gesinnung für eine friedliche sociale Reform erfüllter Mann. Sein Unglück war es, dass er als Socialdemokrat begann, um sich der Bourgeoisie zu nähern, welche, die Partei des Capitals, den Arbeitern nichts gewähren kann. Wirkliche sociale Reformen kann nur der conservative Mann mit dem warmen, christlich geschulten Herzen für das Leiden der Masse durchführen.

Von den Internationalen aufgegeben, gab er sich ganz dem Dienst der Bourgeoisie hin und leistete ihr, Anfangs 1874, allerdings den letzten Dienst, indem er sich als Socialdemokrat unmöglich machte.

Als der „Krach" dem Liberalismus in Oesterreich einen so gewaltigen Schlag versetzt hatte und die ganze corruptive Thätigkeit desselben hell zu Tage lag, ging ein Schrei der Entrüstung durch das Land. Die Arbeiter litten furchtbar unter der Productionsstockung. Hungersnoth trat ein. Trotzdem verlangte die Börsenpartei Hülfe von der Staatsregierung und diese beantragte einen Credit von 80 Millionen, um die Börse zu unterstützen. Das Abgeordnetenhaus lehnte mit 3 Stimmen Majorität die Beleihung der Börseneffecten von nicht pupillarischer Sicherheit aus diesem Fonds ab. Das Herrenhaus, welches voller Verwaltungsräthe ist, gestattete dieselbe und nun wurde auch vom Abgeordnetenhause Mitte Dezember 1873 diese Beleihung zugestanden. Hierüber beklagten sich die Arbeiter laut; man verlangte directe Unterstützung der nothleidenden Arbeiter. Auch die Klerikalen nahmen sich der Sache an, unterstützt von den Radikalen. Die Debatten hatten höchst aufregend gewirkt.

Der radikale Abgeordnete der Josefstadt, Dr. Kronawetter, welcher schon bei Gelegenheit der Adressdebatte den Wunsch aussprach, dass auch auf die ausserhalb des Reichsrathsgebäudes stehenden Massen der Bevölkerung Rücksicht genommen und deren Theilnahme an der Gesetzgebung in Aussicht gestellt werden solle, liess auch diesmal die Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen, den Capital-Liberalen einige ungeschminkte Wahrheiten ins Gesicht zu sagen. Er erklärt, dass er immer der Ansicht gewesen sei, dass der Staat da eintreten müsse, wo der Einzelne nicht ausreiche, dass die Gesammtheit berufen sei, in solchen Fällen für die einzelne Person und für einzelne Klassen der Gesellschaft einzutreten. Die Regierung habe alles Mögliche gethan, um die jetzige Lage herbeizuführen, und zwar weniger durch das, was sie gethan, als durch dasjenige, was sie nicht gethan. In letzterer Beziehung

wolle er nur darauf hinweisen, wie die Landbevölkerung anfangs durch Schreiben, dann durch Agenten förmlich systemmässig zur Betheiligung am Börsenspiele verlockt und in Folge dessen um ihr Vermögen gebracht wurde. Die Regierung, welche in jedem Winkel der Monarchie die Socialdemokratie aufzuspüren wisse, hat die öffentlich sich bewegenden Agenten der Börsencomptoirs nicht gesehen; sie hatte es nicht für ihre Aufgabe angesehen, Aufklärungen der Landbevölkerung zu geben. Die Folge sei gewesen, dass die ganze Landbevölkerung in unregelmässiger Weise ausgesogen worden ist und an den Bettelstab gerieth. Eine zweite Unterlassungssünde betrifft die durch das Institut der landesfürstlichen Commissäre hervorgerufene Illusion der Sicherheit. Die Commissäre in Verwaltungsrathssitzungen seien nicht beneidenswerth. In socialdemokratischen Versammlungen könne der Commissär sagen: Ueber die Bobies-Affaire darf nicht gesprochen werden, sonst werdet ihr eingesperrt. Anders ist dies mit Verwaltungsräthen. Hier stehen dem Regierungscommissär gewesene Minister gegenüber und Verwaltungsräthe, welche Minister werden wollen, Abgeordnete beider Häuser des Reichsrathes und Landtages. Da kann ein Commissär der Regierung nicht so vorgehen, wie gegenüber gewöhnlichen Socialdemokraten. Auch bei der Concessionsertheilung habe die Regierung nicht dasjenige gethan, was sie thun musste; es sei nur eine Concession zu erwirken gewesen, wenn im Gründerconsortium ein Mitglied der Reichsvertretung oder eines Landtages seinen Platz gehabt habe, wenn auch nicht abzusehen sei, wie Jemand, der Vormittags bei einem Minister um eine Concession antichambrirte, Nachmittags das heilige Amt eines Volksvertreters ausüben könne. Es wäre Sache der Regierung gewesen, meint Redner, gerade solchen Männern die Concession zu verweigern. Man hätte dann allerdings ein Parlament bekommen, wo die Regierungsvorlagen nicht mit einer so eminenten Majorität zu Stande gekommen wären. Es fragt sich, wem die Staatshülfe am ersten zu statten kommen solle. Er müsse antworten, dass dies jedenfalls der Mittelstand und der kleine Gewerbestand sei. Die besitzenden Klassen hätten noch Credit bei der Nationalbank und den andern grossen Creditanstalten; auf diese braucht keine Rücksicht genommen zu werden. Auch der Arbeiter müsse wirthschaftlich unabhängig gemacht werden. Er müsse aber fürchten, dass es nicht gerade der kleine Gewerbe- und Mittelstand sein werde, dem die Staatshülfe zu Gute kommen wird. Er habe sogar gehört, ein Theil des Anlehens habe schon eine Verwendung gefunden, indem die Regierung schon vier Millionen der Bodencreditanstalt geliehen habe. Redner fragt, ob dies wahr sei und theilt zwei Versionen mit, welche ihm über dies Geschäft zugegangen. — Ebenso treffend in manchen Punkten war die Rede des klerikalen Abgeordneten Lienbacher, der die ganze Unzulänglichkeit und Zwecklosigkeit des Gesetzes kennzeichnete, und namentlich die Phrase bloslegte, mit welcher gefaselt wurde, dass diese Staatshülfe doch auch den Arbeitern zu Gute komme, indem man das

Geld den Fabrikanten gebe, und diese dafür die Arbeiter beschäftigen. Wäre es nicht besser, fragt Herr Lienbacher, wenn man der Association der Arbeiter unmittelbare Unterstützung zu Theil werden liesse? Und die Antwort auf diese Frage war auf der linken Seite des Reichsrathes, wo die „Liberalen“ sitzen, anhaltende Heiterkeit.

Die Liberalen bekamen ungeheure Angst. Das „Vaterland“ glaubte die Zeit gekommen, das liberale Ministerium zu stürzen. Es schrieb:

„Der Liberalismus hat den Arbeitern nichts anzubieten, als politisch das allgemeine Wahlrecht, auf geistigem Gebiete die Confessionslosigkeit. Im Besitze dieser beiden Danaergeschenke kann die Arbeiterbewegung jedoch nur in eine gesetzmässig eingeführte Commune oder Socialdemokratie ausmünden. Die Grundursache fusst in der falschen volkswirthschaftlichen Theorie des Liberalismus, in dem Wahne, durch Auflösung und Atomisirung die menschliche Gesellschaft mit Freiheit und Recht zu beglücken. Ein Jahrhundert hat vollkommen genügt, um die letzten verhängnissvollen Resultate dieser Theorie auf socialem Gebiete bloszulegen.“ Nur die conservative Partei ist, nach dem genannten Blatte, fähig, die Arbeiterfrage zu lösen. Sie habe „den Arbeitern zu bieten, was sie brauchen: politisches Recht in Arbeiterkammern, welche den Arbeiterstand neben den anderen organischen Ständen zu vertreten hätten; moralisch die unvergänglichen Lehren des Christenthums. Beide Mittel müssen Hand in Hand gehen, denn es wäre unklug, einer moralisch verwilderten Masse politische Rechte einzuräumen, und es wäre ungerecht, nicht für die materielle Wohlfahrt des Arbeiters zu sorgen. Das nächste conservative System wird nicht nur die Ursachen zu beheben haben, welche solche finanzielle Katastrophen erzeugen wie die vorjährige, sondern auch die organische Lösung der Arbeiterfrage in Angriff nehmen . . . . Es muss endlich dem consequent fortschreitenden Verfall des Kleingewerbes und der in Folge dessen anschwellenden Masse des Proletariats Einhalt geboten werden. Das Kleingewerbe muss durch die Gesetzgebung geschützt, der Ausbeutung durch das grosse bewegliche Capital entzogen werden.“

Das Blatt deutete an, dass ähnliche Massendemonstrationen in Aussicht ständen, wie sie 1870 Wien in Schrecken setzten und viel zum Sturz des Bürgerministeriums beitrugen. Der Liberalismus sah die Gefahr wohl. Am 30. Januar 1873 schrieb die „Neue Freie Presse:“

„Frau Sorge wandert bereits von Hütte zu Hütte, und die Magenfrage beginnt sich neben die kirchenpolitische Frage zu stellen. Arbeiter werden in Massen entlassen und die Zeit für praktische socialistische Probleme wäre gekommen, wenn die Arbeiter noch jene wohlgenährte Musse hätten, diese Frage doctrinär zu discutiren. In der Regel sind die Löhne hoch und die Arbeitskräfte gesucht, wenn socialistische Theoreme debattirt werden; da werden auch Feste zu deren Gunsten gefeiert, Aufzüge veranstaltet und wohlgefüllte Bierkrüge bis auf die Neige bei fröhlichem Rundgesang: „Hoch Lassalle!“ geleert. Die laute Fröhlichkeit ist nun lange verstummt. Die Vereine zur wechselseitigen Ermunterung im Raisonniren sind spärlicher besucht, die Vereinsbeiträge fliessen kärglicher, weil es viel wichtiger ist, Brot zu kaufen, als am Vereinstische Zeitungen zu lesen. Wenn sich die sociale Noth wirklich eingestellt hat, dann theoretisirt der Arbeiter nicht, dann zerbricht er sich nicht mehr den Kopf über

die beste Organisation der socialistischen Partei, dann drückt ihn die Sorge zu Boden und führt ihn von dem idealen Standpunkte hinweg, auf welchem Jeder steht, der um ein Recht, und sei es ein vermeintliches, kämpft. Wir glauben daher nicht, dass jetzt der Zeitpunkt für socialistische Demonstrationen gekommen ist, dass die Arbeiter-Bataillone wie im Jahre 1868 die Strassen Wiens durcheilen werden, um den Sieg religiöser Freiheitsideen zu feiern, oder dass sie, wie im Jahre 1870, sich vor dem Reichsrathsgebäude versammeln werden, um das allgemeine Stimmrecht zu erzwingen. Wir sind nicht geneigt, zu glauben, dass geistig so regen Bevölkerungsklassen der Sinn für religiöse Freiheit oder für politische Rechte sofort im Unglücke gänzlich abhanden komme. Aber gewiss ist dem Arbeiter heute bereits ein nothdürftiger Mittagstisch viel wichtiger, als die Berechtigung, einen Stimmzettel bei der Reichsrathswahl in die Urne zu werfen. Die Existenzfrage beherrscht heute den Gesichtskreis des Arbeiters. . . . Die rohe Magenfrage hat eine schwere politische Bedeutung; sie ist das Ferment, das in Gährung zu versetzen die staatsfeindlichen Parteien sichtbar bereit sind. Schon bemächtigt sich das feudale Organ „beunruhigender Gerüchte, welche die Stadt durchschwirren." Ja, die dunklen Gerüchte sollen nach diesem unparteiischen Zeugen der Tagesgeschichte „sogar eine ganz greifbare Form annehmen, indem ein Arbeiterputsch befürchtet werde." Natürlich ist dieses Blatt sofort mit seiner herzlichen Theilnahme zur Hand, indem es mit wohlstudirter Aengstlichkeit bemerkt, „dass ein Arbeiterscandal dem herrschenden Systeme nur grossen Nachtheil zufügen könnte" . . . Wer erinnert sich nicht jenes innigen Zusammenhanges zwischen den feudalen Bestrebungen, der heraufdämmernden Ausgleichungs-Aera und der Arbeiterbewegung? Die Arbeitermenge, welche Schulter an Schulter gereiht, den Reichsrath begrüsste, hat im Jahre 1870 ebenso das Bürgerministerium stürzen geholfen, wie die Minir-Arbeit der Feudalen. Es scheint, das feudale Organ will den Bundesgenossen von damals wieder aufrufen, um ihre Ausgleichsaction, die in der Antichambre spielt, auch von der Strasse aus zu unterstützen. Die feudale Partei strebt die niederen Volksklassen an sich zu ködern, für welche sie allerdings nur eine Phrase, aber keine Erfüllungen ihrer Wünsche hat. Die Formel, wie das Kleingewerbe gegen das grosse Capital geschützt werden soll, ist noch nicht erfunden, da die Rückkehr zu dem mittelalterlichen Zunftwesen eine weit intensivere Revolution bedeuten würde, als ein Fortschreiten auf dem Wege der kirchenpolitischen Reform. Aber so wie die feudale Partei den triften Noth-Erscheinungen im Arbeiterleben ihre Aufmerksamkeit zuwendet, so darf es auch die Regierung und der Reichsrath an der nöthigen Würdigung nicht fehlen lassen. Das herrschende Bürgerthum kann den ungeschulten Massen nicht durch das allgemeine Stimmrecht diese Herrschaft überantworten; aber die Geltung, die es im Staatsleben besitzt, macht es ihm zur Pflicht, die Wohlthaten des organisirten Staatswesens auch den Massen zuzuwenden. Der normal constituirte Staat kann kein Recht auf Arbeit anerkennen; aber wenn sich die Noth der Arbeitslosigkeit weiterer Schichten bemächtigt, dann ist er wohl verpflichtet, in diese Noth lindernd einzugreifen. Die Förderung der industriellen Thätigkeit, die Beseitigung der Lasten, welche die indirecte Besteuerung gerade auf die unentbehrlichsten Lebensmittel legt, das sind Aufgaben, deren sich die Regierung nicht entschlagen kann. Wenn der Ressortminister kein Verständniss für dieselben hat, so wird der politische Minister umsomehr Empfänglichkeit für sie haben müssen. Die Magenfrage schlägt bereits in jedes Ressort, weil sie eine eminent politische geworden ist. Und selbst wenn der Staat nicht in ausseror-

dentlichen Nothlagen zur Hilfe verpflichtet wäre, so würde es die politische Klugheit erheischen, diese Frage nicht so ungehemmt emporwachsen zu lassen. Das Parlament hat reichliche Mittel gewährt; die Einsicht, sie richtig zu verwenden, muss das Ministerium in sich selber finden, wenn es den hohen Ernst seiner staatsmännischen Aufgaben begreift."

Wieder wurde den Arbeitern von den Liberalen Hülfe versprochen, wenn sie sich mit dem Liberalismus verbänden. Die „Morgenpost" vom 1. Januar 1874 sagte:

„Oekonomische Krisen treten von Zeit zu Zeit auf als natürliche Folgen der modernen Productionsweise. Unsere Zeitperiode drängt mit innerer Nothwendigkeit nach Centralisation auf allen Gebieten und nach umfassender Grossproduction. Auf ihrem Wege muss sie eine Masse selbstständiger Existenzen vernichten. Aber sie heilt auch selbst wieder die Wunden, die sie schlägt. — Vereint mit dem freisinnigen und intelligenten Bürgerthum müssen sie (die Arbeiter) Front machen gegen den gemeinsamen Feind (die Feudalklerikalen) und alle unklugen Handlungen vermeiden, aus denen die Gegner Waffen für ihre dunklen Zwecke schmieden könnten."

Da die Arbeiter von dem Ministerium Schäffle-Hohenwarth in ihren Erwartungen getäuscht waren und wohl einsahen, dass eine grosse Demonstration zwar das liberale Ministerium stürzen, die Conservativen ihnen aber auch keine politischen Rechte geben würden, so unterliessen sie einen Schritt, der ihnen nichts nützen konnte. Der Liberalismus aber suchte die Arbeiter zu beschwichtigen und vor allen Dingen Zeit zu gewinnen. Dazu bediente er sich Oberwinder's, dem der politische Verein „Volksstimme" gehorchte, und der immer noch das gelesenste Arbeiterblatt „Volkswille" redigirte.

Er brachte eine Versammlung des Vereins am 8. Febr. 1874 zu Stande, welche folgendes Memorandum als Petition dem Reichsrathe zuzustellen beschloss:

„Hoher Reichsrath! Als Vertreter eines in vielen Beziehungen bedeutenden und Beachtung verdienenden Theiles des im Interesse der Gesammtheit nach Verbesserung der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen ringenden österreichischen Arbeiterstandes erlauben wir uns, dessen Wünsche einem hohen Reichsrathe ergebenst zu vermitteln. Dieselben beschränken sich, wie wir schon jetzt hinzufügen wollen, lediglich auf bekannte Forderungen, deren Gewährung, unter den obwaltenden Umständen nothwendig erscheint, nachdem auch unserer Ueberzeugung nach ihre Realisirung derzeit mit ernsten Schwierigkeiten nicht verknüpft sein kann. — Die Verhältnisse, mit denen die wirthschaftliche und freiheitliche Entwicklung des Reiches zu kämpfen hat, sind uns wohl bekannt. — Ebenso wissen wir, welch wichtige Arbeiten noch in dieser Session der Erledigung durch die Legislative harren. Doch die aussergewöhnliche sociale Situation erfordert auch ausserordentliche Anstrengungen. Eine Verzögerung in der Lösung drängender Fragen könnte möglicherweise die bedauerlichsten Consequenzen nach sich ziehen. — Wir leben in einer Zeit, wo Tausende von Arbeitern jeden Berufes, Handwerker, Beamte und Ackerbauer unverschuldet unter den Folgen der ökonomischen Krise leiden. Ueberall im Reiche, insbesondere aber in den industriellen Bezirken von Böhmen, Mähren und Schlesien, wo der Lohn des Arbeiters selbst nach den officiellen Ausweisen der Handelskammern

niemals die Möglichkeit des Sparens für Nothfälle zuliess, nimmt die Sterblichkeit der Arbeiter in erschreckendem Masse zu. Der Hungertyphus fordert täglich neue Opfer. Dazu kommt, dass allerorten die Zahl der Arbeitslosen in stetem Steigen begriffen ist. — Diese genügend bekannten, wenn auch durch irrige Angaben einiger Journale zum Theil bestrittenen Thatsachen dürften gewiss danach angethan sein, den hohen Reichsrath zu bestimmen, das vorliegende Schriftstück als dringlich zu behandeln und demselben eine wohlwollende Berücksichtigung angedeihen zu lassen. Indem wir nun zur Darlegung unserer Wünsche schreiten, glauben wir noch zuvor darauf hinweisen zu müssen, dass in Betreff derselben zahlreiche Petitionen schon früher an das hohe Abgeordnetenhaus gelangt sind. Dem Verlangen nach Aufhebung der Zwangsgenossenschaften, dem wir auch jetzt wieder Ausdruck geben, wurde schon öfters an massgebender Stelle Gewährung zugesichert. Gesuche um Errichtung von Arbeiterkammern erledigte man auf dem gewohnten Wege, indem man sie dem Petitions-Ausschusse der hohen Regierung „zur Würdigung“ zuwies. In derselben Angelegenheit überreichte eine Arbeiter-Deputation im September 1872 dem hohen Ministerium ein Memorandum. — Unseres Wissens waren damals die Grundlagen zum Wahlreform-Gesetze noch nicht endgiltig festgestellt. Allein man wird die Kundgebungen der Arbeiter als unzeitgemäss angesehen haben, denn die im Vorjahre ins Leben getretene Wahlreform berührte nur diejenigen, welche einen gewissen Betrag an directen Steuern zahlen, während jene grosse Masse von Staatsbürgern, welcher eine nicht unbedeutende Steuerlast ausschliesslich in indirecter Form auferlegt ist, von jeder Theilnahme an der Gesetzgebung ausgeschlossen blieb. — Nach den Ereignissen, welche im Vorjahre der Erschütterung des Geldmarktes gefolgt sind, empfindet der Arbeiterstand diese Lücke im österreichischen Verfassungsleben doppelt schmerzlich. — Wie diese Lücke ausgefüllt werden kann, das möge der hohe Reichsrath in erster Linie in Berathung ziehen und zu einem die Arbeiter befriedigenden Ziele führen. — Unser Standpunkt in dieser Frage ist wiederholt in der Oeffentlichkeit besprochen worden. — Wir wollen keine Sonderstellung, keine neuen Privilegien. Was wir verlangen, ist die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Die Herrschaft einer Klasse über die andere verursacht grosse gesellschaftliche Schäden und entspricht nicht einem humanen Zeitalter. — Wir erstreben deshalb das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht für alle Vertretungskörper ohne beschränkende Clauseln, und wir hoffen durch aufklärende und belehrende Thätigkeit die Bürgschaften für einen günstigen Erfolg desselben zu erringen. Wir hegen die Ueberzeugung, dass das allgemeine Stimmrecht allein im Stande ist, ein getreues Bild zu geben von dem thatsächlichen Zustande des Staates und der Stärke der Parteien. Wir sind der Meinung, dass das allgemeine Wahlrecht niemals dauernd der fortschreitenden Entwicklung eines Landes gefährlich ist. Denn so wenig ein Parlament von Männern der vorgeschrittensten Richtung es vermag, Reformen durchzuführen, für welche die socialen Voraussetzungen, Bedürfniss und Verständniss fehlen, ebensowenig könnte eine aus Vertretern der finstersten Reaction bestehende Gesetzgebung, ohne ihre Existenz zu bedrohen, die vorhandenen gesellschaftlichen Machtfactoren verletzen. Die in der religiösen Frage schwebenden parlamentarischen Kämpfe, wie die so häufig in Oesterreich eintretenden unparlamentarischen Ueberraschungen beweisen zudem, dass gewisse Gefahren ohne das Walten des allgemeinen Stimmrechtes vielleicht in noch höherem Masse vorhanden sind. — Wenn aber auch der hohe Reichsrath eine so tiefgreifende Verfassungsänderung, wie sie unseren Grundsätzen

entspricht, nicht sofort vornehmen könnte, so liegt doch kein ernstes Hinderniss vor, bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes auf Grund der in unseren Petitionen erörterten Principien die Errichtung von Arbeiterkammern in allen Handelskammer-Bezirken vermittelst einer kurzen Gesetzesnovelle zu votiren. — Solche Körperschaften wären geeignet, bei dem immer grössere Dimensionen annehmenden Nothstande praktische Vorschläge zur Abhülfe zu machen. Alle Wünsche der Arbeiter würden zur prüfenden öffentlichen Discussion gelangen, und der hohe Reichsrath hätte über schätzenswerthes Material für die unentbehrlich gewordene Fabriksgesetzgebung zu verfügen. — In zweiter Linie haben wir die Presse im Auge, deren Bedrückung durch den Staat auf ihre Stellung nicht ohne Einfluss bleiben konnte. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit sind eine ernste Mahnung an die Gesetzgeber, eine auf die politische und sociale Entwicklung der Gesammtbevölkerung so grossen Einfluss nehmende Institution von Fesseln zu befreien, die nur auf Kosten des allgemeinen Wohles getragen werden. — Die Arbeiterschaft Oesterreichs hat gewiss mit Befriedigung von der Aufhebung der Inseratensteuer Kenntniss genommen. Doch können wir nicht unterlassen, auszusprechen, dass auch die Aufhebung des Zeitungsstempels ein Gebot der öffentlichen Moral ist. Die auf unreellen Gewinn und Erpressung abzielenden Journale, welche ein hochgestellter Freund des Zeitungsstempels gegen dessen Aufhebung anführte, erscheinen bekanntlich meistens nur in wenigen Exemplaren, und die Erzeuger solcher Druckschriften werden sich auch niemals ernstlich gegen die erwähnte Steuer auflehnen. Die Verminderung der Staatseinnahmen aber kann nicht in Betracht kommen, wo es sich um die Grundpfeiler jedes gesunden Staatslebens handelt. — Zu den Erfordernissen einer freien Presse gehören auch die Beseitigung der Cautions-Verpflichtung und die Freigebung der Colportage. Diese letztere würde im gegenwärtigen Momente einer Masse von beschäftigungslosen Personen den nöthigen Erwerb gewähren. — Was wir soeben bezüglich der Verminderung der Staatseinnahmen sagten, müssen wir in noch höherem Grade zu Gunsten der Aufhebung des Lottos und der Verzehrungssteuer geltend machen. Die Verluste, welche die verderblichen Wirkungen solcher Einnahmsquellen der Gesammtheit zufügen, übersteigen bei weitem den Gewinn, welchen der Staat durch sie erzielt. — Schliesslich wünschen wir noch eine Revision des jetzigen Vereins- und Versammlungsgesetzes, wodurch dasselbe dem Wortlaute des durch die Staatsgrundsätze garantirten freien Vereins- und Versammlungsrechtes mehr als seither entspricht. Bis zum Vollzuge dieser Revision könnten die Behörden angewiesen werden, keinerlei Willkür zu üben und den Bürger in der Ausübung seines Rechtes zu schützen, anstatt zu hindern. Wir gedenken bei diesem Anlasse des Umstandes, dass bereits das Reichsgericht die behördliche Verletzung des Vereinsgesetzes constatirt hat. — Auch bezüglich des Coalitionsrechtes sollte eine unparteiische Handhabung desselben empfohlen werden. — Indem wir nun nochmals die Hoffnung aussprechen, der hohe Reichsrath möge in Erwägung der angeführten Gründe diese Manifestation einer eingehenden Beachtung würdigen, verharren wir hochachtungsvoll im Auftrage der öffentlichen Versammlung des Vereins „Volksstimme“ vom 8. Februar 1874. Der Vorsitzende: A. Neuwirth. Der Schriftführer: E. Holbein.“

Am 10. Februar erliess der Kaiser folgendes Handschreiben an den Ministerpräsidenten:

„Lieber Fürst Auersperg! Aus verschiedenen, in letzter Zeit Meiner Schlussfassung unterzogenen Vorlagen Meines Ministeriums habe

Ich mit Befriedigung ersehen, dass die Bekämpfung des in einzelnen Theilen des Reiches wahrnehmbaren Nothstandes einen Gegenstand unausgesetzter und wachsamer Fürsorge der Organe Meiner Regierung bildet. Wenn es auch nur einzelne Städte und Gebietstheile sind, die durch vorübergehende Stockungen des Handelsverkehrs oder des industriellen Erwerbes, durch Misswachs oder epidemische Krankheiten schwerer betroffen wurden, so liegt es Mir doch am Herzen, dass Alles aufgeboten werde, um den bedrängten Klassen der Bevölkerung jede thunliche Erleichterung zu Theil werden zu lassen. — Insbesondere wünsche ich das Augenmerk darauf gerichtet zu sehen, dass die Bauthätigkeit zur Herstellung von Werken, die im öffentlichen Interesse nothwendig oder in volkswirthschaftlicher Beziehung wichtig sind, angeregt und gefördert und dadurch Arbeit für fleissige Hände und Verdienst für zahlreiche Gewerbe geschaffen werde. Ich bin überzeugt, dass die Bestrebungen Meiner Regierung in dieser Richtung auch bei den Vertretungskörpern und Gemeinden willfähriges Entgegenkommen und kräftige Mitwirkung finden werden. — Mein Ministerium hat in diesem Sinne wie bisher von Fall zu Fall die geeigneten Vorkehrungen zu treffen.

Wien, am 8. Februar 1874.

Franz Joseph, m. p.

Auersperg, m. p."

Dies hochherzige Kaiserwort verfehlte seine Wirkung nicht. Die Arbeiter beruhigten sich. Die „Volksstimme" erhielt sogar zahlreiche Zustimmungen aus den Vereinen in den Provinzen. Auch gab sich die liberale Partei den Anschein, als sei es ihr Ernst mit der Sache; allein sie suchte sie nur zu verschleppen — bis zur nächsten Session, indem sie, wie das Tory-Ministerium in England 1874 es ebenfalls that, die Sache vorläufig in einer Commission begrub, mit der aber viel Lärm gemacht wurde. Schon am 13. Febr. wurde diese Commission niedergesetzt und man beschloss sogar, einen Vertreter der Arbeiter zu hören. Der Verein „Volksstimme" wurde aufgefordert, einen solchen zu senden und schickte Herrn Oberwinder. Obschon die ganze Sache eine Comödie war, benahm sich Oberwinder sehr geschickt. Er unterhandelte mit der Reichstagscommission wie Macht mit Macht. Auf die Bemerkungen eines Abgeordneten, die Arbeiterkammer werde erst der Arbeiterbewegung zur Macht und Bedeutung verhelfen und sie an vielen Orten in Fluss bringen, wo sie noch nicht existire, erwiderte Oberwinder, dass es im Interesse des Staates liege, die Organisation der Arbeiter zu fördern, anstatt zu stören. Nur die unorganisirten und unaufgeklärten Arbeiter könnten staatsgefährlich werden. Die Arbeiterbewegung werde in jedem Falle Schritt halten müssen mit der Entwicklung der socialen Thatsachen. Es sei nicht nöthig, dass der Staat erst durch Strassenkämpfe an die Existenz der socialen Frage erinnert werde. — Ein kleiner Theil jener materiellen Opfer, welche Frankreich durch die Niederschlagung des Commune-Aufstandes habe bringen müssen, hätte, im Interesse der Arbeiterklassen verwendet, genügt, um den Aufstand zu verhindern. — Auf die weitere Erklärung eines Ausschussmitgliedes, die englischen Arbeiter begnügten sich mit ihrer socialen Organisation, erinnerte der Delegirte an die Chartistenkämpfe und

an die jüngsten Beschlüsse der englischen Arbeiter in Bezug auf ihre politische Haltung.

Augenscheinlich, den Eindruck macht die Commissionsverhandlung, die ich genau verfolgt habe, wusste Oberwinder mehr von der socialen Frage als die Abgeordneten der Commission zusammen.

Die Arbeiter gaben sich nun, trotz der Gegenagitation von Scheu, rosigen Hoffnungen hin, und die „N. Fr. Presse“ jubelte ob des gelungenen Coups der Trennung der Arbeiter von den Conservativen und der, wie sie meinten, definitiven Fesselung derselben an das Schlepptau der Liberalen:

„Die Arbeiter Wiens haben der Feudalpartei eine würdige, gemessene Antwort auf deren Einladung zu einem Putsche gegeben. Statt in Reih und Glied auszumarschiren, um den Versuch zu wagen, dem Reichsrathe durch eine Massenentfaltung zu imponiren, haben die Arbeiter unserer Stadt die streng gesetzliche Form der Bitte gewählt, um ihren Wünschen und Beschwerden Geltung zu schaffen. Wir beglückwünschen die Arbeiter zu der politischen Reife, welche sie entwickeln, zu dem Fortschritte, welchen sie seit wenigen Jahren gemacht haben. Von ihnen kann man nicht sagen, was man von einer andern politischen Partei so oft zu constatiren genöthigt war: sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Die Arbeiter Wiens haben zwar nichts vergessen, weil sie nichts zu vergessen hatten: aber sie haben viel gelernt, herbe Erfahrungen haben ihren Sinn gemässigt und auf den praktischen Weg der vollen Gesetzlichkeit gelenkt. Der Vortheil der constitutionellen Einrichtungen besteht eben darin, dass dieselben jeder Volksklasse die gesetzliche Geltendmachung ihrer Interessen ermöglichen; diese Interessen können daher nicht dadurch Schutz und Befriedigung finden, dass die constitutionellen Institutionen unterwühlt, gewaltsam erschüttert und zerstört werden, sondern dadurch, dass die Schonung, Erhaltung und Achtung der verfassungsmässigen Einrichtungen als die nothwendige Voraussetzung auch für die Förderung der Interessen der Arbeiter erkannt und danach gehandelt werde. Diese Wahrheiten haben unsere Arbeiter begriffen. Wohl giebt ihnen Frankreich herbe Lehren: die entgegengesetzte Maxime hat in jenem Lande noch immer dahin geführt, die Arbeiter einer gewaltsameren Klassenherrschaft zu unterwerfen, als jene war, die sie vorher abschüttelten. Das Verdienst der Wiener Arbeiter ist es, diese Lehren verstanden und beherzigt zu haben. Die Lehren der Geschichte sind nicht stets so klar und deutlich, dass nur Eine Lesart derselben möglich wäre; die Geschichte ist gar oft ein Buch voll pythischer Sprüche, aus welchen Jeder den Sinn herausliest, der ihm am geläufigsten und gefälligsten ist. Unsere Arbeiter haben den Muth der Unbefangenheit, die Einsicht der Selbstverleugnung gehabt, und statt wie in Frankreich so oft für die Ungesetzlichkeit, für die Revolution gegen die bestehende Verfassung, haben sie sich für die Gesetzlichkeit, für die bestehende Verfassung gegen die Revolution und deren Bastard, den Putsch, ausgesprochen. Damit sind sie in schroffen Gegensatz gegen die Feudalpartei getreten. Diese braucht Bundesgenossen gegen die Verfassung; es wäre ihr daher hochwillkommen gewesen, eine weitverbreitete Schichte der Bevölkerung als unzufrieden mit der Verfassung proclamiren zu können. Diese Partei braucht Malcontente und wo dergleichen nicht vohanden sind, sucht sie sich dieselben in der Homunculus-Retorte zu erzeugen. Die unzufriedenen, verfassungsstürmenden, putschbegierigen Arbeiter sollten das Product der Feudalpartei und

ein zwingendes Moment zu Gunsten einer Systemänderung sein. Die Mässigung der Arbeiter hat diesen Calcul durchkreuzt. Die Verfassung, die reale Wirklichkeit, deren paragraphirter Ausdruck jene ist, haben die Arbeiter in ihren Ideenkreis, gezogen und statt der Unzufriedenheit im Sinne der Feudalen treten Verlangende mit massvollen Wünschen vor die Reichsvertretung, welche durch diesen Schritt ihre Zustimmung zu der Verfassung aussprechen. Statt bei anderen Factoren zu werben, statt an die Pforte einer Zukunft zu pochen, welche, sobald sie sich öffnete, sich als eine dunkle, verhasste, weitentlegene Vergangenheit enthüllen würde, kommen die Arbeiter zu den Vertretern der Gegenwart, zu dem herrschenden System und verlangen von diesem die Verbesserung bestehender Uebelstände, indem sie damit die Erfüllung ihrer Wünsche innerhalb eben dieses Systems anstreben und für möglich erklären. Das Memorandum der Arbeiter ist eine Niederlage der Feudalpartei und würde sich schon durch diese politische Bedeutung den Anspruch auf die Beachtung des Parlamentes erwerben. Aber auch abgesehen von dieser augenblicklichen Beziehung, scheint uns die Petition der Beachtung des Reichsrathes nicht unwerth zu sein. Zwar vermissen wir in derselben die Gründlichkeit und den festen Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage der arbeitenden Klasse. Das unmittelbar aus den bestehenden Verhältnissen Hervorgehende übt unstreitig die meiste Wirkung aus, weil es die beredte Sprache der Thatsache führt. Die Nothlage der Arbeiter ist zwar der Ausgangspunkt des Memorandums; aber die Darstellung derselben erhebt sich nicht über einige Andeutungen. Den Arbeitern, welche in allen wichtigeren Industriebezirken Verbindungen haben, wäre es wohl ein Leichtes gewesen, ein umfassendes statistisches Material in dem Memorandum anzuführen, die angeführten Behauptungen zu begründen und dieselben auf diese Art gegen jeden Zweifel und jeden Widerspruch zu feien. Das ist nicht geschehen, ein Versäumniss, welches der Petition zwar nichts von ihrer Bedeutung nimmt, aber dem Reichsrath ein Moment grösserer Zugänglichkeit entzieht. Statt auf die materiellen Verhältnisse das grösste Gewicht zu legen, hat dieselbe den ideellen Forderungen den Vorrang eingeräumt. Das ist in gewisser Hinsicht vortrefflich, weil es die geistige Spannkraft des Arbeiters im besten Lichte zeigt und überdies die einigermassen beruhigende Schlussfolgerung gestattet, dass die Noth noch keine besorgnisserregenden Dimensionen angenommen hat, die Noth, welche jedes ideelle Streben in dem Drange nach Befriedigung der augenblicklichen Bedürfnisse erstickt hätte. Aber für die praktische Wirkung wäre vielleicht der entgegengesetzte Weg, den materiellen Fragen den Vorrang und eine gründliche Besprechung einzuräumen, der entsprechendere gewesen. Die Frage der Aufhebung oder doch einer gründlichen Reform der Verzehrungssteuer, dann die Frage der Nothstandsbauten sind bereits im Reichsrathe angeregt worden. Eine eingehende Darstellung der thatsächlichen Verhältnisse hätte gewiss dem Abgeordnetenhause einen verstärkten Anstoss und Antrieb zur Lösung beider Fragen gegeben. Diese ist materiell wichtig, da bei der gleichzeitig begehrten Freigebung der Zeitungs-Colportage doch nicht die 15,000 feiernden Arbeiter Wiens als Colporteure ihr tägliches Brot sich verdienen können und wollen? Die Aufhebung des Zeitungsstempels und des vergiftenden Lottos sind hochberechtigte Forderungen, bezüglich welcher aber kein specielles Interesse der Arbeiter, sondern ein allgemeines Interesse obwaltet. Dass die Wirkungen dieser Massregeln dem Arbeiter unmittelbar zugute kämen, lässt sich nicht behaupten. Dagegen dienen die Beseitigung der Zwangsgenossenschaften und die Errichtung von Arbeiter-

kammern einem speciellen Arbeiterbedürfnisse, und in diesen beiden Forderungen gipfeln, wie uns scheint, die Wünsche der Arbeiter. Nun wohlan, die Zwangsgenossenschaften sind dem Untergange geweiht und die Arbeiterkammern haben eine Zukunft! Wenn die Petition noch von dem allgemeinen Stimmrechte Gutes spricht, so erklärt sie doch selbst, dass der Reichsrath eine so tiefgreifende Verfassungsänderung, wie sie den Arbeitergrundsätzen entspricht, nicht sofort vornehmen könne. Damit stellen sich die Arbeiter auf den praktischen Boden und verleihen ihren Wünschen den Nachdruck der Erfüllbarkeit. Wir möchten aufrichtig wünschen, dass der Reichsrath nicht kalt und achtlos das Arbeiter-Petitum beiseite stelle. Die Vertretung des Reiches ist eine Vertretung aller Volksschichten, und wo in einer derselben ein Machtelement zur Erscheinung kommt, da gebietet es die staatsmännische Voraussicht, mit demselben zu rechnen. Die Arbeiter bilden ein solches Element: der Reichsrath möge es mit politischer Einsicht würdigen!"

Es ist richtig, dass das Memorandum ebensogut in der Redaction der „N. Fr. Presse" hätte redigirt werden können, als in der des „Volkswille," da es positiv nur liberale Forderungen stellte, ja nicht einmal eine Delegation aus der Arbeiterkammer in den Reichstag forderte.

Man zog die Commissionsverhandlungen bis Mitte April hin und nun beschloss dieselbe:

„1. Die Petition des Vereins „Volksstimme" wird der hohen Regierung mit der Aufforderung abgetreten, in die bevorstehende Reform der Gewerbe-Ordnung Arbeiterkammern als ein aus den neuen Genossenschaften, aus Fachvereinen und ähnlichen freien Associationen hervorgehendes Organ der gewerblichen Lohnarbeiter aufzunehmen, welches dort einzuführen wäre, wo das Genossenschafts- und Associationswesen der Arbeiter die gesetzlichen Vorbedingungen erfüllt. 2. Die Regierung wird aufgefordert, in die revidirte Gewerbe-Ordnung schützende Bestimmungen über die Arbeitszeit von Kindern, junger Personen und Frauen und über die Sanitätsverhältnisse in Fabriken und Werkstätten aufzunehmen, sowie zur wirksamen Ausführung derselben eine ausreichende staatliche Aufsicht durch Fabriks-Inspectoren zu bestellen."

Damit ist die Sache bis zur nächsten Session vertagt. Charakteristisch ist die Stelle des Commissionsberichtes, welche sich dagegen ausspricht, dass die Arbeiterkammer Delegirte in den Reichstag senden solle, wie es die ihnen sonst coordinirten Handels- und Gewerbekammern thun:

„Hat es nun so dem Ausschusse im Interesse des Staates und der arbeitenden Klasse thunlich erschienen die Errichtung von Arbeiterkammern als ein Organ socialer Selbstverwaltung zu befürworten, so konnte er hingegen sich nicht sofort für das weitere Petitum nach politischer Vertretung der arbeitenden Klasse aussprechen. Die Frage des allgemeinen Stimmrechts hat er aus gutem Grunde aus dem Bereiche seiner Berathung gelassen, da diess für Oesterreich eine radicale Verfassungsänderung bedeuten würde und ihm auch im Allgemeinen überzeugende Gründe politischer Natur für diese Umwälzung unseres Wahlsystems nicht vorzuliegen scheinen. Die bevorstehende Reform der directen Steuern wird bei der eventuellen Einführung der Personaleinkommensteuer ohnediess zur Frage Anlass geben, ob die Heranziehung einer grösseren Anzahl von Personen zur directen Steuerpflicht mit einer Ausdehnung des Wahl-

rechts in Verbindung zu setzen sein wird. Für die Betheiligung der Arbeiterkammern mit dem Rechte politischer Vertretung nach Art des den Handelskammern eingeräumten Wahlrechtes spräche eine gewisse Analogie unseres auf sogenannter Interessenvertretung aufgebauten politischen Systems, und es mag einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, wenn die Arbeiterkammern sich als ein lebensfähiges und gedeihliches Organ der arbeitenden Klasse erwiesen haben werden, die Frage ihrer politischen Vertretung zu erwägen; für heute jedoch ist der Gedanke der ganzen Institution noch zu jung, als dass die Mehrheit des Ausschusses es als räthlich erachten konnte, sofort die Ertheilung des politischen Wahlrechts an die Arbeiterkammern zu empfehlen. Die Hebung der arbeitenden Klasse, und um diese schien es sich dem Ausschusse ja vor Allem bei seinen Berathungen zu handeln, ist aber nach seinem Dafürhalten viel weniger eine Verfassungsfrage, als eine Aufgabe der Verwaltung. Hier erschien daher der Wunsch der Petition nach einer schützenden Fabrikgesetzgebung eine gerechte und unabweisliche Forderung.“

Sollte nun die Regierung wirklich einen Gesetzentwurf im Sinne der Commission vorlegen, so werden die Arbeiter doch keine Vertretung im Parlament haben, was jeder Conservative von Verstand mit dem Fürsten Starhemberg wünschen muss, denn es ist besser, wie ein preussischer Abgeordneter sagte, „dass die Arbeiter im Parlament, als dass sie auf der Strasse debattiren.“

Die Enttäuschung der Arbeiter war gross. Sogar der „Volkswille“ vom 6. Mai sagte:

„Die Arbeiterkammern sollten jedoch auch gemäss unserer Petition nicht nur einen socialen, sondern auch einen politischen Charakter haben. Allein hierauf wurde im Ausschusse ein geringeres Gewicht gelegt und sonach ist kein einziges Petitum des Memorandums in der gewünschten Weise erledigt worden.“

Die „Gleichheit,“ das Organ der Internationalen, Scheu's, der der „Volkswille“ Bakunin'sche Tendenzen zuschreibt, sagte über die „Memorandum“-Angelegenheiten am 24. Februar:

„Unsere Leser kennen wohl den Verlauf der Comödie. Zum zweiten Male hat sich der politische Verein „Volksstimme“ in Wien bereit finden lassen, als Beruhigungsmittel für die geängstigten Bourgeoisgemüther zu dienen, welche Staat, Verfassung und Gesellschaftsordnung zugleich von den „staatsfeindlichen Elementen“ der „rothen und schwarzen Internationale“ bedroht sahen. Zum ersten Male galt es, die zur Befestigung der Stellung unserer liberalen Bourgeoisie nothwendige Wahlreform zu unterstützen und ihr den Schein einer „fortschrittlichen That“ zu verleihen; zum zweiten Male, heute, galt es, die Arbeiter zu einer Manifestation für das „herrschende System,“ welches durch den Börsenkrach und die daraus folgende Noth der Massen bedenklich ins Schwanken gerathen war, zu bewegen; in beiden Fällen handelte es sich blos um die Unterstützung des rasch bankerott werdenden Liberalismus durch das genarrte, arbeitende Volk. Das ist in Wahrheit der wirkliche Zweck des vom politischen Verein „Volksstimme“ am 8. Februar d. J. beschlossenen „Memorandums“ und nur geistig unentwickelte, oder unseren Verhältnissen und den Partei-Intriguen fernstehende Genossen können sich über diesen Zweck einer Täuschung hingeben. Der vorgeschützte, der angebliche Zweck dieses Schriftstückes ist, vom Reichsrathe Abhülfe für die momentane Nothlage

des Volkes zu erhalten. — In dem Augenblicke, wo es in Wien für die Börse Staatshülfe giebt, während man für das Kleingewerbe betteln geht, findet das Memorandum, das angeblich von Arbeitern ausgehen soll, kein Wort, um auf die Nothwendigkeit einer ausgiebigen Unterstützung von Arbeiterproductiv-Associationen mit Solidarhaft aus den vom Staate errichteten Vorschusskassen hinzuweisen. Natürlich! das wäre ja zu socialistisch und könnte von den Liberalen nicht ohne Bedenken unterschrieben werden! Ich sage nicht, dass wir diese Forderung gestellt hätten; denn wir halten überhaupt nichts von der Hülfe, die durch den Reichsrath in seiner heutigen Zusammensetzung dem arbeitenden Volke gewährt werden kann; allein Einer, der zuweilen noch für nöthig hält, sich „Socialist" zu nennen, hätte auf den Gedanken um so eher kommen müssen, als er wirklich „praktisch" und „ausführbar" wäre. — Dann löblicher Verein „Volksstimme," wo steckt denn der Normalarbeitstag? Warum ist denn dieser „Wunsch" nicht der „wohlwollenden Berücksichtigung" des Reichsrathes empfohlen worden? — Wissen deine „Leithammel" nicht, dass gerade der Normalarbeitstag geeignet wäre, der Entlassung vieler Tausende von Arbeitern vorzubeugen? Wissen sie nicht, dass gerade darum so viele Arbeiter brotlos sind, weil die Arbeitgeber sich die momentane Geldnoth zu Nutze machen und überall die Arbeitszeit verlängern, wodurch natürlich viele Arbeitskräfte überflüssig werden? Wissen die Leute, die euch, so oft sie es brauchen, als „Garde" ausrücken lassen, nicht, dass die „surplus-population" (übermässige, überzählige Bevölkerung), die heute auf dem Pflaster lungert, zum grossen Theil eine künstlich erzeugte ist; künstlich erzeugt zum Zwecke der nachhaltigen Herabdrückung des Lohnes? Wissen eure „Macher" nicht, dass in manchen Fabriken jetzt selbst an Sonntagen mit reducirten Arbeitskräften bis spät in die Nacht gearbeitet wird und dass eine gesetzliche Normirung der täglichen Arbeitszeit auf die Dauer von zehn, neun oder acht Stunden (und wenn nöthig weniger) Tausende von Arbeitern wieder in die Fabriken bringen könnte?

Wenn sie es nicht wissen, warum verfassen sie „Memorandums?" Und wenn sie es wissen, warum verschweigen sie es?"

In einer späteren Nummer sagt dasselbe Blatt:

„Kaiserlich-königliche Arbeiterorganisation. In der letzten Sitzung des Arbeiterausschusses des Abgeordnetenhauses war der Minister des Innern Lasser erschienen. Der Minister bezeichnet Ton und Inhalt der Arbeiterpetition als ruhig und legal (!) und anerkennt, dass die einzelnen Punkte discutirbar seien und eine Beachtung verdienen. Mit dem Ausschuss erkennt der Minister, dass die Einrichtung von Arbeiterkammern den Kern der Forderungen des Memorandums bilde und will principiell solche Vertretungskörper nicht perhorresciren. Dieselben könnten jedoch nicht auf directe parlamentarische Repräsentation abzielen, da sie ausserhalb der sonstigen staatlichen Institutionen, insbesondere der Gemeinde-Verfassung, stehen, welche die Grundlage unseres gesammten Vertretungssystems abgebe. Der Minister wünscht die vorhandenen Associationen der Arbeiter zu corporativen Gestaltungen erwachsen, den Unterbau einer Organisation werden zu sehen, welche in die Spitze der Arbeiterkammern ausgehen solle, und erblickt nur in deren Selbstständigkeit die Bürgschaft gedeihlichen Wirkens. Die Ausgleichung der streitenden Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollte in einen dritten Factor, in sogenannte Einigungsämter, verlegt werden. Die Regelung des Genossenschaftswesens, für dessen Freiwilligkeit der Minister plaidirt, sowie jene der Fabrikationsgesetzgebung, will der Minister der neuen Gewerbe-

ordnung, welche im Herbst dieses Jahres als Regierungsvorlage zu erwarten, vorbehalten wissen. — Wir erfahren da zunächst, dass von Arbeiterkammern, wie wir sie wollen, nicht die Rede ist. Von einer Vertretung im Reichsrath keine Spur, Ausflüchte sind schnell gefunden. Alles wird vertagt bis zum nächsten Herbst, sagt der Minister, nun, dieses „nächste" kennen wir schon, man wird uns nicht länger zum Besten damit halten. Der Minister will ferner „die aus dem jetzigen (also auch hier keine Revision) Vereinsgesetze entstehenden Arbeitervereine zu jenen corporativen Verbänden von Arbeiterzweigen gestalten, die er sich als unentbehrliche Grundlage für die Arbeiterkammern vorstellt." Man könnte glauben, der Minister beginne einzusehen, dass die gewaltsame Unterdrückung der Arbeitervereine vom Uebel ist, dem widerspricht jedoch der Umstand, dass wir in Oesterreich sind. Der Herr Minister glaubt offenbar mit Hülfe seiner Agenten schwarz-gelbe Vereine gründen zu können, die ihren Mitgliedern unter Aufsicht der erweiterten k. k. Handels-, Gewerbe- und Arbeiterkammern hübsch gemüthlich schreiben und lesen, den liberalen und altkatholischen Katechismus, deutsche, oder „wahrhaft österreichische" Lieder singen lehren u. s. w., und eines schönen Tages „für Gott, Kaiser und Vaterland" gegen die Socialdemokraten gebraucht werden können. — Wir danken Seiner Excellenz im voraus für die Arbeit, die er uns erspart. Er mag die Arbeiter nur so schnell als möglich in seine kaiserlichen Arbeitervereine pressen, wir werden schon dafür sorgen, dass sie zu der Erkenntniss kommen, was man eigentlich mit ihnen will. Alle Vereine, die die Regierung ins Leben ruft, gründet sie für uns, deshalb vorwärts, heraus mit den k. k. Arbeitervereinen!"

Aehnlich skeptisch verhalten sich die czechischen Arbeiter. Die „Delnické Listy" („Arbeiter-Blätter"), Organ der czecho-slavischen Socialisten in Prag, sagten vorläufig, indem sie sich eine eingehende Besprechung des Memorandums vorbehielten, darüber Folgendes:

„Wir zweifeln daran, dass die Wiener Arbeiter vom gegenwärtigen Reichstag etwas erbetteln werden wollen, da dieselben im voraus gut wissen, dass ihnen so viel als nichts bewilligt wird. Die Wiener Arbeiter erklärten sich schon einige Male gegen den Reichstag und trotzdem überreichte der Verein „Volksstimme" im „Namen der Arbeiter" eine bettelnde Denkschrift. Wie wir aus mehreren Wiener und slavischen Blättern ersehen, stimmen die Arbeiter mit diesem Schriftstück nicht überein, und es sei dies mehr ein Fabrikat des k. k. Docenten Metall und des Herrn Oberwinder, welch letzterer Mitarbeiter der „Neuen freien Presse" und der „Morgenpost" (also Bourgeoisieblättern) ist."

Für Oberwinder's Partei war dieser Ausgang der Todesstoss. Zwar hatte er persönlich noch einen unangenehmen Prozess gegen Scheu verloren, aber er war auch ohnehin ein todter Mann. Am 27. Juni 1874 erschien die letzte Nummer des „Volkswille." Oberwinder giebt nun seit dem 5. Juli ein neues Blatt, „Die Zeit," heraus, das sich nicht als Arbeiterblatt proclamirt, aber doch Arbeiter- und sociale Angelegenheiten besprechen will. Da er ein talentvoller und kenntnissreicher Mann ist, so mag das Blatt ganz interessant werden. Diese Phase der Arbeiterbewegung ist aber jetzt abgeschlossen. Der Socialismus in Oesterreich traut jetzt den Liberalen so wenig wie den Conservativen und ist durchweg radikal und international geworden, obschon man sich an

massgebender Stelle darüber zu täuschen scheint. Man versucht nämlich entschieden von Seiten des liberalen Ministeriums, sich eine gouvernementale Arbeiterpartei zu schaffen, indem man der Partei der „Volksstimme“ die Benutzung der verfassungsmässigen Freiheit gestattet, die radikale Socialdemokratie aber auf alle mögliche Weise chicanirt. Das natürliche Resultat wird sein, dass die „Socialliberalen,“ wie man die Anhänger Oberwinder's nennt, zum Spott der Arbeiter werden und die Sympathien sich den verfolgten Radikalen zuwenden, um so mehr, als die Socialliberalen von der Regierung keinen reellen Nutzen für die Arbeiter erlangen werden, weder den Normalarbeitstag noch das Wahlrecht. Ich bin der festen Ansicht, dass die Regierung irgend eines Staates allemal einen groben Fehler macht, wenn sie glaubt, durch Kniffe und Schliche, Kaufen von Parteiführern, Scheinconcessionen, die sociale Bewegung in ein ruhiges Fahrwasser lenken zu können. Sehr bald tritt die Enttäuschung ein und der Hass wird um so grösser. Auch sind solche Künste einer Regierung, sowie auch conservativer wirklicher Staatsmänner unwürdig. Ehrliche Politik führt da am weitesten. Man sage einfach den Arbeitern, was man ihnen gewähren will, etwa den zehnstündigen Normalarbeitstag, oder was man sonst für nothwendig erkannt hat, und man halte ehrlich Wort, so wird man den Radikalismus überwinden; auf dem Wege, den das österreichische Ministerium einschlägt, aber sicher nicht.

Meine Ansicht wird unterstützt durch den Bericht eines Correspondenten der „Christlich-socialen Blätter“ — nebenbei bemerkt, seit Eingehen der „Berliner Revue“ neben dem „Hamburger Correspondenten“ das einzige mit Urtheil redigirte sociale Blatt Deutschlands — abgesehen immer vom Standpunkt und auch von den socialdemokratischen Zeitungen. Jener Mann also berichtet:

„Von Oberwinder wird schon seit Jahren behauptet, dass er in Beziehungen zur Regierung stehe und darum die Arbeiterbewegung in sanfteres Fahrwasser gelenkt habe. Dass Oberwinder wesentlich dazu beitrug, dass die Arbeiter nicht sammt und sonders mit Scheu in's Bakunin'sche Lager stürmten, ist jedenfalls gewiss. Dass dies der Regierung angenehm sein muss, ist selbstverständlich; ob aber Oberwinder direct um Geld von der Regierung gekauft ist, lässt sich nur vermuthen, nicht erweisen. Dass die Regierung bestrebt ist, gemässigte Elemente der Arbeiterpartei zu gewinnen, dass sie sich um die Wühlereien der Socialdemokraten kümmert, ja, mit denselben durch untergeordnete Agenten in Berührung kommt, kurz, dass das Ministerium Auersperg II. mit dem Feuer spielt und aus der Geschichte vom Zauberlehrling noch Nichts gelernt hat, ist mir zufällig bekannt durch Thatsachen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann. Ob es sich dabei wie zu Zeiten des ersten Bürgerministeriums nur darum handelt, gelegentlich die Arbeiterpartei zu Demonstrationen gegen die Kirche zu benutzen — wird die Zukunft lehren. — Die von Oberwinder geleitete gemässigte Richtung der Arbeiterpartei hat bei Eröffnung des jetzt tagenden Reichsrathes von sich reden gemacht. Der Verein „Volksstimme“ hat nämlich eine Petition an den Reichsrath gerichtet und darin so gemässigte Forderungen aufgestellt, dass die der

Arbeiterkammern schon die radikalste ist. Im Uebrigen ist in jener Petition nur noch im Allgemeinen die Rede von gleichmässigerer Besteuerung, Aufhebung der Cautionen und des Zeitungsstempels, kurz, es kommt nichts specifisch Socialdemokratisches in dieser Petition vor. Die liberale Presse war entzückt über diese Mässigung und Oberwinder, der Verfasser dieser Petition, wurde zur Belohnung zu den Enquêtverhandlungen einer vom Reichsrath gewählten Commission beigezogen. Seither ist wieder Alles still und die Wellen dieser, ich möchte sagen, officiösen Arbeiterbewegung haben sich allmählich wieder verzogen."

Diese Socialliberalen der „Volksstimme" hielten am 20. April in Wien eine Versammlung ab, worin beschlossen wurde, den Verein „Volksstimme" zu einem das ganze Reich umfassenden Verein zu gestalten. Dies wird dann der officielle socialliberal-gouvernementale Arbeiterverein Oesterreichs sein.

Anders die Radikalen. Um dem Streit, welcher unter den österreichichen Arbeitern ausgebrochen war, ein Ende zu machen, hatte sich in Graz ein Comité gebildet, welches am 23. November 1873 für die Osterfeiertage einen allgemeinen österreichischen Arbeiter-Delegirtentag nach Baden einberufen hatte. Es wurden zu diesem Behufe von Seiten des Comite's Einladungen erlassen an alle Orte, wo sich nur Parteigenossen überhaupt befanden. Das Comité erhielt in Folge dessen gegen 100 Zustimmungen, welche alle erklärten, den Delegirtentag beschicken zu wollen, selbstverständlich auch von Seite der „Volksstimme." Als alle Vorbereitungen getroffen waren, verbot die Polizei den Delegirtentag, doch konnte diese nicht verhindern, dass die aus den Provinzen bereits sich auf der Reise befindlichen Delegirten trotzdem nach Baden kamen und auch die Wiener begaben sich nach Baden, wo sie dann auch wirklich die officielle Bestätigung von dem Verbot erhielten. Man einigte sich, einen Ausflug zu veranstalten in das benachbarte Ungarn und dort das Nothwendigste zu besprechen. Man fuhr nach dem benachbarten ungarischen Neudörfel. Die Mitglieder des Vereins „Volksstimme" verlangten die Verlegung der Versammlung nach Wien, was aber abgelehnt wurde, da die Polizei sie in Wien so wenig würde geduldet haben wie in Baden. Vertreten waren die Städte Wien, Wiener-Neustadt, Schnibbs, Kolin, Prag, St. Steyer, Kindberg, Tabor, Gleggnitz, Villach, Brosnitz, Linz, Haslau, Aussig, Klagenfurt, Brevalien, Baden, Graz, Hannichen, Nieder-Lichtenwalde, Brüssau, Neutitschau, Göhrkau, Pressburg, Mähr.-Schönberg, Brünn, Veslau, Johannesthal, Fürstenfeld, Andritz, Aichicht, Mürzzuschlag, Hainfels, Neustadtl, Schwechat, Bruck a. d. Neuss, Steyr, Pilsen, Judenburg, Wels, Pest, Massersdorf, Zwittau, Oberlautersdorf u. A., also gegen 50 Städte durch 74 Delegirte. Die slavischen Arbeiter waren durch 10 Delegirte vertreten. Man debattirte von 8 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens und beschloss, sich als „Socialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs" mit den officiellen Organen „Gleichheit" und „Delnické Listy" zu constituiren auf Grund des folgenden Programmes, welches dem Eisenacher nahe kommt:

1. Allgemeines, gleiches und directes Wahlrecht an alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahre an für das Parlament, die Landtage und die Gemeindevertretungen, sowie für alle Körperschaften, welche die Rechte und Pflichten der Gesammtheit, wie der einzelnen Bürger zu wahren haben. Allen so gewählten Volksvertretern sind entsprechende Diäten zu gewähren. 2. Vollständige Press-, Vereins-, Versammlungs- und Coalitionsfreiheit. 3. Trennung der Kirche vom Staate und Trennung der Schule von der Kirche. 4. Obligatorischer Unterricht in den Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten. 5. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. 6. Unabhängigkeit der Gerichte, Wahl der Richter durch das Volk, Einführung des unentgeltlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege. 7. Einführung eines Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken und industriellen Werkstätten; Einführung des Instituts unabhängiger Fabriks-Inspectoren und Beseitigung der durch die Zuchthausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Concurrenz. 8. Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen, progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer. 9. Staatliche Förderung des freien Genossenschaftswesens und Staatscredit für freie Arbeiter-Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien. — Alljährlich soll ein Congress die Haltung der Partei ihren Feinden sowohl als ihren Genossen gegenüber bestimmen. — Die radikale Arbeiterpartei in Oesterreich hat also das Eisenacher Programm fast in allen Punkten zu dem ihrigen gemacht und sich ähnlich wie die Socialdemokratie im Deutschen Reiche organisirt."

Die Regierung schritt aber sofort ein. Dem Obmann des in Wiener-Neustadt domicilirten Vereins „Gleichheit" wurde folgender charakteristische Erlass zugestellt:

„Se. Excellenz der Herr Statthalter von Niederösterreich hat mit dem hohen Erlasse vom 16. Mai 1874 Z. 2391 — Pr. Nachstehendes anher eröffnet: Die in Wiener-Neustadt erscheinende Wochenschrift „Gleichheit," Organ der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, brachte in der am 18. April l. J. ausgegebenen Nummer einen ausführlichen Bericht über die am 5. April l. J. in Neudörfl in Ungarn abgehaltene Versammlung der österreichischen Arbeiterdelegirten, sowie über die in Betreff der Constituirung der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich gefassten Beschlüsse. — Das bei dieser Versammlung beschlossene Programm ist dem bereits als staatsgefährlich erklärten Eisenacher Programm im wesentlichen gleich und erstrebt im Anschlusse an die Arbeiterbewegung aller Länder die Befreiung von der Lohnarbeit und Klassenherrschaft durch Abschaffung der gegenwärtigen Productionsweise, an deren Stelle die gemeinschaftliche Production der Güter treten soll. — Dieses Programm wurde in der am 6. April l. J. stattgefundenen Plenarversammlung des politischen Vereins „Gleichheit" in Wiener-Neustadt, welche offenbar nur zum Zwecke der Agitation für dieses staatsgefährliche Programm veranstaltet wurde, und welcher die Delegirten des hierlands untersagten Arbeitercongresses beiwohnten, verhandelt, und in dem Organe dieses politischen Vereines ein Aufruf an die Arbeiter zur Besprechung von Vertrauensmännern über weitere Fragen dieses Programms aufgefordert. — In der am 26. April l. J. im Namen und im Auftrage des politischen Vereines „Gleichheit" abgehaltenen freien Arbeiterversammlung wurde gegen die proponirten Arbeiterkammern, und für das Festhalten an den Forderungen der socialdemokratischen Partei

agitirt. — Endlich stellen es die vom Stadtrathe gepflogenen Erhebungen, sowie die beinahe in jeder Nummer der Zeitschrift „Gleichheit" vorkommenden Ausfälle ausser Zweifel, dass der mehrgenannte politische Verein „Gleichheit" die Agitation unter den dortigen Arbeitern, insbesondere der dortigen Locomotivfabrik, gegen den öffentlich kundgegebenen Willen der letzteren fortwährend unterhält und zur Aufreizung der Arbeiter führt, wodurch selbst die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet erscheint. — Mit Rücksicht auf diese Thätigkeit und die offen manifestirte staatsgefährliche Tendenz, entspricht der politische Verein „Gleichheit" nicht mehr den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes, und finde ich denselben im Sinne des § 24 des Vereinsgesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 134, mit dem Beifügen aufzulösen, dass die Thätigkeit desselben sofort einzustellen ist. — Von dieser Auflösung ist der genannte Verein unter Freilassung des binnen 60 Tagen an das hohe k. k. Ministerium des Innern offen stehenden Recurses zu verständigen. — Hiervon werden Sie als Vorstand dieses Vereines mit dem Bemerken verständigt, dass sich der Verein „Gleichheit" vom Tage der Zustellung dieses Auflösungsdecretes jeder wie immer gearteten Thätigkeit, (sohin auch der ferneren Herausgabe der Vereinszeitung „Gleichheit") zu enthalten habe, und dass das Vermögen des Vereins dem diesfalls abgeordneten Commissär gegen Verzeichniss auszufolgen ist, welcher speciell beauftragt ist, das Sigill des Vereines und allfällige sonstige Insignien desselben gegen Bestätigung in Empfang und Verwahrung zu nehmen. Stadtrath Wiener-Neustadt, am 18. Mai 1874. Der Bürgermeister: Josef Pöck."

Es folgte nun die Auflösung einer Anzahl von Vereinen in Wien, Graz, sämmtlicher Arbeitervereine in Salzburg u. a. a. Orten. Die Regierung stützt sich dabei auf die Gesetze. Der Art. 12 des Staatsgrundgesetzes lautet:

„Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Die Ausübung dieser Rechte wird durch besondere Gesetze geregelt." § 6 des Versammlungsgesetzes: „Wenn der Verein nach seinem Zwecke oder nach seiner Einrichtung gesetz- oder rechtswidrig oder staatsgefährlich ist, kann die Landesstelle dessen Bildung untersagen." § 6 des Versammlungsgesetzes: „Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwider läuft, oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu untersagen."

Die österr. Buchdrucker wollten sich ähnlich organisiren wie der deutsche Verband der Buchdrucker; die Behörde aber bestätigte ihre Statuten nicht, da der Verein staatsgefährlich sei. Der Einreicher des Statuts, Herr Gerbers, strengte nun die Klage gegen die Behörde beim Reichsgericht an und dies erklärte sich am 2. Mai 1874 für incompetent und wies die Beschwerde zurück, weil das Ministerium des Innern die Bildung dieses Vereines auf Grund des § 6 des Vereinsgesetzes wegen Staatsgefährlichkeit untersagte und die Frage der Staatsgefährlichkeit der Beurtheilung des Reichsgerichtes nicht zustehe. Hiernach liegt es vollständig in der Hand der Behörde, welche Vereine und Versammlungen sie gestatten, welche sie unterdrücken will, und sie untersagt jede Versammlung, in der ein bekannter Socialdemokrat spricht. So ist es überall geschehen, wo Scheu anwesend war. Scheu selbst wurde in Brüssau, wo er in einer Versammlung sprechen wollte,

verhaftet, nach Prag gebracht, als Vagabond wegen „Landstreicherei" zu acht Tagen Arrest verurtheilt, obschon er einige dreissig Gulden bei sich trug, und mit Zwangspass nach Wien gesendet. Er hat darauf Oesterreich verlassen. Mit demselben Recht kann man nun jeden herumreisenden Agitator als Vagabonden bestrafen, und das hat eine wichtige praktische Bedeutung, denn nach dem Vagabondengesetz vom 24. Juni 1873 kann ein auf Grund dieses Gesetzes Verurtheilter unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden, es kann ihm der Besuch von Versammlungen und gewissen Localen verboten werden, es kann bei ihm jederzeit eine Durchsuchung seiner Wohnung und seiner Person stattfinden, er ist so zu sagen ausserhalb der Verfassung gestellt und vogelfrei.

Mit Hülfe jener Gesetze und der Incompetenz-Erklärung des Reichsgerichtes hat die Administrativ-Behörde in Oesterreich allerdings alle Mittel in der Hand, jede socialistische Agitation und Vereinsbildung zu unterdrücken. Sie handelt auch augenscheinlich in dieser Absicht. Die Sache hat aber doch ihre Bedenken. Ein liberales preussisches Blatt schreibt:

„Die Verurtheilung des Arbeiterführers Scheu wegen „Vagabundirens" bestätigt sich. Der socialistische Verschwörer hat sich über Nacht in einen gewöhnlichen Vagabunden verwandelt. Die Verurtheilung soll auf Grund des neuen Vagabundengesetzes erfolgt sein, weil Scheu „ohne bestimmte Beschäftigung" sei und auch nicht in der Lage war, einen Zweck seiner Reise anzugeben. Fürwahr eine ganz unerwartete Anwendung des Vagabundengesetzes, bei welcher die Strolche sich ganz wohl befinden, während unter Umständen ganz ehrliche Leute ihm verfallen können, welche, wie z. B. in diesem Augenblicke gar viele in Folge des Krachs brotlos gewordene Beamte, „ohne bestimmte Beschäftigung" sind. Ohne Zweifel ist Scheu, ein bekannter Agent der Liebknecht-Bebel'schen Partei, nicht ganz sauber unter dem Brusttuch, aber der Gedanke, ihn, da man ihm, wie es scheint, nichts Compromittirendes nachweisen kann, als „Vagabunden" zu behandeln und die sociale Frage durch das Vagabundengesetz zu lösen, ist doch gar zu — genial!"

Man drängt so die Socialdemokraten auf den Weg der Geheimbündelei, der Verschwörung, ohne sie deshalb zu vernichten. Ich bin der Ansicht, dass dies französische Verfahren auch mit dem französischen Actschluss, der Commune, enden wird, und die Erfahrungen, welche die Schweiz mit ihrer Politik macht, imponiren mir mehr als diese Polizeitüfteleien, welche die Ideen von Lassalle, Marx und die Tendenzen Bakunins gewiss nicht aus dem Herzen der Arbeiter reissen wird. Mir scheint, die öffentliche, controlirbare socialistische Bewegung in Oesterreich jetzt zu Ende und wir stehen vor der Aera der Verschwörungen — wie in Frankreich, Spanien und leider, leider — vielleicht auch in Deutschland, wo man jetzt ähnlich operirt. Es ist deshalb interessant, hier zusammen zu stellen, wie viel Vereine vor dieser Verfolgung in Oesterreich bestanden. Nämlich in Niederösterreich 176, Oberösterreich 47, Böhmen 214, Mähren 66, Galizien 55, Tirol und Vorarlberg 29, Küstenland 12, Steiermark 92, Dalmatien 5, Schlesien 12, Kärnthen 25, Krain 6, Salzburg 8, Summa 747. Von

dieser Ziffer fallen in die Kategorie der Unterstützungsvereine 251, der Bildungsvereine 99 und der Fachgewerksvereine 149. Der Rest der Vereine fällt in die Kategorie der Gesellen-, katholischen Gesellen-, Arbeiterconsum-, Gesang- und Turnvereine

Wir haben also in Oesterreich zuletzt zwei socialdemokratische Parteien gesehen, die Oberwinder'sche, auch socialliberale genannt, welche man auch als Centralisten bezeichnete, weil sie sich der deutsch-semitischen Verfassungspartei näherte und die Arbeiter ganz Oesterreichs centralistisch von der „Volksstimme" leiten wollte. Dann die radikale Scheu'sche, von der Marx'schen I. A.-A. und der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei, den Eisenachern, anerkannte, von Oberwinder die Bakunin'sche Partei, auch die föderalistische genannt, weil sie sich mit den czechischen Arbeitern zwar in Connex setzte, ihnen aber eine Selbstständigkeit zugestand.

Endlich hat Friedrich Pfeiffer, ehemals Mitglied der I. A.-A., aber später von ihr ausgeschieden, vor drei Jahren die „Social-politischen Blätter" gegründet, der sich mit jenen folgendermassen am 15. März 1874 auseinandersetzt:

„Die Auffassung der socialen Bewegung von Seite der „Gleichheit," (Organ der „Radicalen") und des „Volkswille" sind zwar principiell wenig verschieden, diese Blätter vertreten den Lohnarbeiter und sind die Pioniere des Socialismus und des Communismus, aber weit entfernt sind sie von unserem Standpunkte, von dem der Kathedersocialisten. — Wir, die „social-politischen Blätter," stehen auf der Linken dieser neuen Richtung in der socialen Bewegung. Der Kathedersocialismus vertritt aber nicht die Lohnarbeiter allein, sondern alle Klassen des Volkes, er nimmt nicht blos das Interesse der Arbeiter wahr, sondern auch das des Capitalisten, des Beamten, des Landwirthes. Von diesem Standpunkte ausgehend werden wir wirken, werden wir versuchen, immer weitere Kreise dieser socialen Partei zu gewinnen, um dem Socialismus und Communismus einen Damm entgegen zu stellen, durch sociale Reformen aber die Auswüchse des Capitalismus zu beseitigen. Wir vertreten die wahre Socialdemokratie. Die Herrschaft des vierten Standes ist Massenherrschaft und nicht Demokratie, und gegen diese Begriffs-Verwechslung werden wir ebenfalls ankämpfen, hoffend, dass endlich der Irrthum der Wahrheit weichen wird. Heute schon sieht man zahlreiche Kreise des Volkes theilnehmen an der socialen Bewegung, welche dem Socialismus wie der Bourgeoisie ferne stehen, die Partei einer auf dem Recht beruhenden socialen Reform, dieser dienen wir!"

Dies liest sich ganz vernünftig, auch ist sein Blatt nicht schlecht geschrieben. Man beschuldigt ihn, zu Hohenwarth's Zeiten mit den Conservativen und Klerikalen operirt und versucht zu haben, die Arbeiter denen geneigt zu machen, auch wird seiner in den „Christl. soc. Blättern" mit Anerkennung gedacht. In der ersten Nummer sagt er:

„Die Interessen der Arbeiter, vorzüglich der föderalen, socialen Demokratie, werden in den „social-politischen Blättern" vertreten, ihre Forderungen darin besprochen und die Irrthümer der Communisten und Socialisten bekämpft werden. — Aber auch die Interessen der Besitzenden, der Gewerbetreibenden und Industriellen werden in Schutz ge-

nommen gegen die unberechtigten Forderungen, welche häufig von den Communisten gestellt werden."

Er hat aber geringen Einfluss. Von ihm anhängenden Vereinen ist mir nichts bekannt und sein Blatt kämpft mit finanziellen Schwierigkeiten.

Neuerdings, im Juli-August 1874 also, ging die Regierung mit allgemeiner Vereinsauflösung und Verhaftungen vor. Die in Graz verhafteten Arbeiterführer sollten wegen Hochverraths vor Gericht gestellt werden, doch schrumpfte die Anklage auf Vergehen gegen das Vereinsgesetz zusammen. Daneben scheint sich der Oberwinder'sche Anhang gewisser Unterstützung zu erfreuen, denn der Verein „Volksstimme" giebt seit 1. August ein Halbmonatsblatt „Volksstimme" unter Redaction von Metall heraus, das eine Fortsetzung des „Volkswille" sein soll und sich „Organ der österreichischen Arbeiterpartei" nennt. Die „Gleichheit" sagt, es stehe unter Oberwinder's Leitung. Noch scheint es wenig Einfluss zu haben. In allerneuester Zeit hat es sich gegen Oberwinder erklärt. Letzterer wird auch von dem G.-R. zu New-York in die Acht gethan.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Kronländer!

In Böhmen hat der Belagerungszustand oder doch die Verwaltung durch den Militairgouverneur Arbeitervereine wenig aufkommen lassen. In Prag besteht der „Oul" — „Bienenkorb," ein Verein nach Schulze-Delitzsch, aber er vegetirt nur noch. Die Arbeiter, soweit sie socialistisch denken, werden als durchweg revolutionär geschildert. Es existirt eine sogenannte „böhmisch-slavische Socialdemokratie," die ein Blatt hat, „Delnické Listy," „Arbeiter-Blätter," das ich nicht kenne und von dem es heisst, es werde im Lassalle'schen Sinne redigirt. Für ganz zünftig wird diese Partei nicht gehalten, denn die „Gleichheit," das Organ der Anhänger Scheu's, fertigt jenes Blatt am 15. August 1874 folgendermassen ab:

„Der „böhmisch-slavischen Socialdemokratie" mögen die Herren treu geblieben sein, wir kennen deren Programm nicht, das angeblich in manchen Punkten weitgehender sein soll, als das unsere. Das Programm der allgemeinen österreichischen socialdemokratischen Arbeiterpartei wurde verletzt, denn unserer Ansicht nach ist es erstens nicht Sache der Arbeiter, sich für ein Theater, namentlich ein Nationaltheater zu begeistern, zweitens, kümmert die Arbeiter ein Conflict zwischen Klerikalen und Liberalen, die beide zu dessen natürlichen Gegnern gehören, nicht im mindesten und namentlich ist die Unterstützung der Bestrebungen der liberalen Bourgeoisie, zu der ja die Jungczechen gehören, eine Sünde an der Socialdemokratie, drittens aber kennt die socialdemokratische Partei keinerlei Nationalinteressen. — Auf die Wahrung des Parteiprogramms, auf die Einhaltung unserer Principien zu sehen, ist nicht nur das Recht der „Gleichheit," sondern das natürliche Recht eines jeden aufrichtigen Parteigenossen."

In Reichenberg wohnt eine sehr radikale Arbeiterschaft und hat daselbst im Sommer 1874 den „Arbeiterfreund" gegründet, der

indess gleich bei seinem Erscheinen von den Behörden confiscirt wurde.

Die Katholiken haben in Böhmen ein social-politisches Blatt, die „Delnicky Noviny," — „Arbeiter-Zeitung." Sie stecken noch in den Zunftschuhen.

Ueber die Verpflanzung der Socialdemokratie nach Ungarn ist schon Genügendes gesagt und die Bewegung im Grossen bis zur Verurtheilung von Politzer geschildert worden. Hier nur noch das Neueste:

Im Jahre 1868 war in Pest und mehreren grösseren Städten Ungarns die „Ungarländische Arbeiterpartei" gegründet worden. Sie wurde am 23. März 1873 auf folgendes Programm in Pest neu constituirt:

„1. Die ungarländische Arbeiterpartei erstrebt im allgemeinen unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel die Organisation und Förderung der geistigen und materiellen Interessen der Arbeiter. 2. Mitglied der Partei ist Jeder, der mit aller Kraft für obige Grundsätze einsteht, eine Beitrittsgebühr von 30 kr. ein- für allemal und jeden Monat einen Betrag von 20 kr. gegen Quittirung im Vorhinein an den Partei-Ausschuss oder dessen Bevollmächtigte entrichtet. 3. Zur Erreichung ihrer Zwecke übernimmt die Partei die Leitung der Organe „Munkás-Heti-Krónika" und „Arbeiter-Wochen-Chronik," welche mit heutigem Tage in das Eigenthum der Partei übergehen. 4. Jedes Mitglied erhält unentgeltlich jede Nummer des Parteiblattes (derzeit „Munkás-Heti-Krónika" und „Arbeiter-Wochen-Chronik") in deutscher oder ungarischer Ausgabe gegen Rückgabe der vom Parteischeine abzulösenden Marke. 5. Die sich heute constituirende ungarländische Arbeiterpartei wählt einen provisorischen Central-Ausschuss von sieben Mitgliedern, und zwar einen Vorsitzenden, einen Secretär, einen Cassier, einen Notar und drei Controleure, ferner fünf Ersatzmänner, welcher Ausschuss die Aufgabe hat, alle Parteigeschäfte zu besorgen, die Parteiorgane zu leiten und zu überwachen, erforderlichenfalls Parteiversammlungen, desgleichen innerhalb eines Jahres einen Arbeiter-Congress einzuberufen, welch letzterer hauptsächlich die Feststellung eines detaillirten Parteiprogrammes zur Aufgabe haben wird." — Ferner wurden von der Versammlung einstimmig folgende zwei Zusatzanträge angenommen: „1. Der Central-Ausschuss ist beauftragt, eine Geschäftsordnung für seine Wirksamkeit auszuarbeiten und im Parteiorgane zu veröffentlichen. 2. Der Central-Ausschuss ist beauftragt, die heute gefassten Beschlüsse der Regierung zur Kenntnissnahme zu unterbreiten. — In den Central-Ausschuss wurden gewählt: Vorsitzender: Anton Ihrlinger; Secretär: Victor Külföldi; Cassier: Karl Farkas; Notar: Karl Rauchmaul; Controleur: Johann Stürzenbaum, Andreas Essl und Georg Rauch; Ersatzmänner: Stefan Lukácsy, Robert Vollbrecht, Karl Kovács, B. Falussy und Adolf Grünfeld."

Die Regierung aber beauftragte die städtische Behörde am 25. April 1873 die am 23. März l. J. stattgefundene Constituirung der ungarländischen Arbeiterpartei zu annulliren, die daselbst stattgefundene Wahl eines Centralausschusses als ungiltig zu erklären und die Function des letzteren einzustellen, welche Massregelung dem Centralausschusse am 10. d. Mts. unter Abforderung seiner Unterschriften bekannt gegeben wurde. Die ungarländische Ar-

beiterpartei wurde demnach am 10. l. Mts. für aufgelöst erklärt. Das Blatt aber erschien weiter.

Wegen dieser Vorgänge interpellirte der Abgeordnete Helfy im Juni 1873 den Minister des Innern und wies zugleich auch darauf hin, dass den Arbeitern in Ungarn von der Behörde eine Vereinigung geradezu unmöglich gemacht werde. Der Minister gab keine Antwort und so sah sich Helfy genöthigt, am 2. Juli nochmals zu interpelliren. „Welche auch immer die Gründe sein mögen,“ sagte Helfy, „die den Minister zu schweigen bestimmen, die Politik, eine so brennende Frage wie die Arbeiterfrage todtschweigen zu wollen, sei eine höchst gefährliche. Die Arbeiter seien der ungemessensten Willkür der Polizei, stetem Misstrauen und unaufhörlichen Vexationen seitens der Behörden ausgesetzt und werden so gleichsam gedrängt, sich gewissenlosen Agitatoren in die Arme zu werfen. Zum Beweise seiner Behauptung führt Redner ein Gesuch der Schuhmacher um Erlaubniss zur Abhaltung einer Landesversammlung an, welches mit der Motivirung abschlägig beschieden worden sei: weil sie nicht nachgewiesen, dass sie wirklich Schuhmacher und weil sie zur Regelung der in dem Programme aufgeführten Angelegenheiten nicht competent seien.“ Redner suchte die Unhaltbarkeit dieser Motive und der ganzen Entscheidung nachzuweisen. — Minister Szapary sprach seine Ansicht über die „sogenannte“ Arbeiterfrage im Allgemeinen dahin aus, „dass eine solche, in dem Sinne, wie sie heute allenthalben in Europa verstanden werde, bei uns nicht existire, und dass er seinerseits auch dem Bestreben Einzelner, welche unter dem Deckmantel der Humanität oder unter sonstigen Vorwänden diese Frage gewaltsam auf den vaterländischen Boden verpflanzen möchten, entgegentreten zu sollen glaubte. — Was nun in specie den Gegenstand der in Rede stehenden Interpellation betrifft, so sei der Sachverhalt folgender: Im März d. J. habe eine Anzahl von Personen, Arbeiter und Nichtarbeiter, Hiesige und Auswärtige, eine Versammlung abgehalten, sich als Landes-Arbeiterverein constituirt, Functionäre ernannt, Comités eingesetzt u. s. w., Alles ohne ein Statut auch nur entworfen, geschweige vorgelegt zu haben. Selbstverständlich musste die Behörde unter solchen Umständen die Beschlüsse annulliren und den Verein für illegal erklären. Was den zweiten Theil der Interpellation anbelangt, so hat es damit folgendes Bewandtniss: die fraglichen Vereine seien grossentheils Leichen- und sonstige Vereine gewesen, welche mit Geldern des Publikums zu manipuliren gedachten. Weil nun gerade damals die Erfahrungen, welche man an den Ausstattungsvereinen gemacht, zur höchsten Vorsicht auffordern mussten, haben der Minister im Einvernehmen mit dem Ministerium für Handel und Gewerbe eine Enquête einberufen und untersuchen lassen, inwieferne diese Vereine im Stande sein werden, ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Auf Grund der Wohlmeinung dieser Enquête seien die meisten der Statuten heute bereits erledigt.“ — Ig. Helfy befriedigte die Antwort des Ministers durchaus nicht, „denn man könne den Arbeitern nicht das Recht der Vereinigung nehmen — und wenn dieselben etwas Ungesetzliches begehen, so strafe man sie. Er erhebe seine Stimme nur im Interesse jener Menschen, die ohne Ursache als gefährlich gehalten werden.“

Indessen blieb es bei der Auflösung.

Im März kam es in Neupest zu einem Aufstande von Arbeitern, weil Executoren bei einer Pfändung sich hart benommen hatten. Am 15. März fand eine Massenversammlung statt, welche folgende Resolutionen beschloss:

**Die Regierung wird ersucht:**

1) dahin zu wirken, dass die Fabriken, die ihre Arbeit einstellten, vom Staate angekauft und in Betrieb gesetzt werden sollen, damit die durch die Arbeitseinstellung brodlos gewordenen Arbeiterfamilien wieder Erwerb haben; 2) ein liberales Vereinsgesetz zu schaffen, welches den Arbeitern ermögliche, sich zu organisiren, da eine organisirte Arbeitermasse, deren Erwerb systematisch gesichert ist, dem Staate nur nützen könne, während die rohe, jeder vernünftigen Leitung entbehrende Arbeitermenge den Staatsinteressen drohend gegenüberstehe.

Man vermuthete eine planmässige Revolte, allein die Untersuchung ergab, dass man es mit keiner planmässig vorbereiteten Revolte zu thun hatte und dass weder die Internationale noch die Arbeiterpartei dabei eine Rolle spielten.

Als am 17. Mai 1874 die „vereinigte staatsrechtliche Opposition" des Pester Landtages eine Landesvolksversammlung abhielt, betheiligten sich die Socialdemokraten nicht, weil man eine Rednerliste festgestellt hatte, die sie ausschloss und auch die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts nicht debattirte.

Die ungarischen Arbeiter haben eine allgemeine Arbeiter-Invaliden- und Krankenkasse gegründet, welche ult. 1873 5071 Mitglieder hatte.

Auch in Agram existiren socialdemokratische Vereine, doch wenige, ebenso in Galizien, woselbst der Buchdruckerverein zu Lemberg aufgelöst wurde, weil er den Principalen einen neuen Tarif zur Annahme vorgelegt hatte.

Für die Socialdemokratie Ungarns, welche sich verhältnissmässiger Freiheit in Oesterreich erfreute, d. h. grösserer als die cisleithanische, scheinen schlimme Tage zu kommen. Die Pester „Arb. Wochen-Chronik" vom 2. August 1874 schreibt über das inzwischen angenommene neue Wahlgesetz:

„Abgesehen vom Ausschluss des Wahlrechtes des arbeitenden Volkes kommen jetzt in dieser famosen Wahlgesetznovelle Punkte vor, die ihresgleichen in der Geschichte des Parlamentarismus suchen. — Was dem Absolutismus und der Fremdenregierung nicht gelungen, hat die constitutionelle, parlamentarische Nationalregierung zu Stande gebracht. Nun, wir werden auch dies überdauern. — Nicht also der Vorwand bezüglich der Nationalitäten war also der Grund dieser auf alle Fälle durchzubringenden Wahlgesetznovelle, sondern — die Strafbestimmungen. Die nachfolgenden Paragraphe sprechen zu deutlich. Hört!

§ 97. Wer öffentlich, sei es mündlich oder durch Verbreitung von Schriften gegen die Unverletzlichkeit des Eigenthums, gegen die Nationalität, Klasse oder Confession zu ungesetzlichen Auftreten agitirt, ebenso wer zu Ungehorsam gegen die Gesetze oder die gesetzliche Obrigkeit aufreizt, ist mit der Suspendirung seines Wahlrechts auf drei Jahre, sowie mit einem Pönale bis zu 1500 Fl. oder mit Gefängniss bis zur Dauer eines Jahres zu bestrafen. — § 98. Wer öffentlich, sei es mündlich oder durch Verbreitung einer Schrift, die Unverletzlichkeit der Person des Königs angreift, oder wer für die auf ungesetzlichem Wege zu erfolgende Aenderung der Verfassung oder gegen die Einheit des ungarischen Staates agitirt, ist ausser der Suspendirung seines Wahlrechtes auf drei Jahre auch noch mit einer von ein bis zu fünf Jahren sich erstreckenden Kerkerstrafe zu belegen."

Mit diesen in das Wahlgesetz aufgenommenen Strafbestimmungen ist freilich jede sociale Partei todt — oder vielmehr schweigen zu machen.

In den Nachbarländern Ungarns an der Donau existiren erst Anfänge zur Arbeiterbewegung. Aus Bukarest wird vom Mai 1874 ein Strike der Eisenbahnarbeiter gemeldet. Unbekannt ist aber die I. hier auch nicht. Die Brüsseler „Liberté“ brachte einen Brief vom 5. April 1873 aus Rumänien, worin der „Präsident der ersten Section in Rumänien“ anzeigt, dass in Giurgewo am 31. März die Regierung auf Leute habe einhauen lassen, die ihre Steuern nicht bezahlen wollten oder konnten. Es heisst wörtlich in diesem Schreiben:

„Wir setzen auf den Index des Volkes und aller Proletarier Europa's die Henker des Volkes und Proletariats von Rumänien, und zwar zunächst: Den ersten Minister Lascar Cartargi, den ultra-cynischen Minister Costa Foru, den ultra-cynischen Minister Epureano, den General-Procurator, der das letzte Blutbad anbefohlen hat, Jorgulesco.“

Die Sache hat augenscheinlich hier noch nichts auf sich.

In Serbien hat man auch den Versuch einer socialistischen Vereinsbildung gemacht, der jedoch von der Regierung so ziemlich unterdrückt wurde.

Auf Anregung eines Ingenieurs wurde am Beginn des Jahres 1870 in Belgrad eine Genossenschaft der Tischler und Schlosser gegründet. Ursprünglich traten fünf Tischler und fünf Schlosser der Gesellschaft bei, nachher vermehrte sich die Zahl der Mitglieder. Nachdem sich dieser Versuch bewährt hatte, fassten auch Arbeiter anderer Branchen Muth und es entstanden die Vereine der Schuhmacher, Schmiede, Schneider, dann ein Consumverein, der sich eines sehr regen Verkehrs auch ausser der Stadt erfreute. Nach den bestehenden Gesetzen daselbst sind die verschiedenen Rechte, als: das Versammlungs- und Vereinsrecht zu politischen Zwecken ziemlich illiberal und gestatten der Verwaltungsbehörde die Repression.

Die begonnenen Vorträge wurden sogleich untersagt. Es verblieb nur die Möglichkeit, die angeregte Bewegung in dem arbeitenden Volke durch ein Blatt im Flusse zu erhalten; daher erschien im April 1871 das Programm des socialen Blattes „Radnik“ (Der Arbeiter), welches Blatt am 1. Juni desselben Jahres sein regelmässiges Erscheinen (wöchentlich dreimal) begann. Der Hauptarbeiter war hier, wie später bei der „Oeffentlichkeit,“ der Schriftsteller Svetozar Markovic. Das Blatt pflegte nicht nur den Genossenschaftssinn, sondern kehrte sich gegen die gesammte serbische Journalistik und kritisirte deren Richtung und Taktik. Es verurtheilte die Geistesrichtung in den „massgebenden Kreisen“; es bekämpfte die hohe Cabinetspolitik und forderte das Volk offen auf, „zur Wahrung seiner Rechte und zur Einigung des serbischen Stammes der Regierung entgegen zu wirken.“ Zu dieser Zeit erlag die Pariser Commune den Versaillern und „Radnik“ vertheidigte

sie gegen alle Angriffe. Die Regierung schaute anfangs unentschieden der Ausbreitung des Blattes und seinen Tendenzen zu; dann nahm sie sich vor, von den Confiscationen keinen Gebrauch zu machen, so lange das Blatt die Minister nicht angreift. — Ja sie dachte, das Blatt werde bald bei der Bevölkerung sich verhasst machen, „denn es bringt fortwährend alberne Artikel von der Commune und anderen Utopien.“ Allein der sichtliche Fortschritt des Blattes erregte bei der Regierung doch ernste Besorgniss und sie machte sich an's Werk. Durch „amtliche Berichtigungen“ suchte sie die Behauptungen des Blattes zu widerlegen und begünstigte die Handelsleute, welche Klagen gegen den Consumverein erhoben hatten, dem sie „nach den Gesetzen“ die Existenzberechtigung streitig machen wollten. Die amtlichen Berichtigungen wurden aber von der Redaction bekritelt und die Regierung schritt zu einem Prozess. S. Markovic hatte in seinen in Oesterreich gedruckten Schriften u. s. w. erklärt, dass es ihm gleichgültig ist, ob Franz Josef oder die Obrenovice Serbien regieren; und weiter, dass unter Fürst Milos eine grössere Ausbeutung und Bedrückung herrscht, als sie unter der Türkenherrschaft gewesen ist. Wegen dieser und anderer Aeusserungen wurde nun Markovic vor das Gericht beschieden; der Prozess zog sich in die Länge. Inzwischen bedeutete die Regierung dem Censor, die Artikel des Blattes zu merzen. Vor seiner Verurtheilung erfuhr Markovic, dass eine mehrjährige Haft seiner harre und begab sich deshalb mit Pässen versehen nach Oesterreich. Die Regierung stand nicht von der Verfolgung des Blattes ab und verhaftete den Redacteur desselben auf Antrag des Metropoliten (Kirchenoberhaupt in Serbien) wegen der Behauptung, dass Christus ein Socialist gewesen und wegen anderer Artikel. So wurde das Blatt unmöglich gemacht. Nach diesem Acte trat in der gesammten Presse Serbiens Stille ein. Die Regierung hingegen suchte nach Communistenverbindungen in der Hochschule, arretirte die Leser verbotener Bücher und die Colporteure derselben. In diese Zeit fielen zwei Ministerwechsel und das neue Ministerium versprach, freisinnig zu sein. Unter solchen Verhältnissen begann „Die Oeffentlichkeit“ („Javnost“) ihre Thätigkeit. „Der Arbeiter“ hatte seinerzeit einen unverkennbaren Einfluss auf die Berathungen der Nationalversammlung geübt und „Die Oeffentlichkeit“ besass einen um so grösseren, da sie an Ort und Stelle erschien, wo dieselbe tagte. „Die Oeffentlichkeit“ erschien sogar täglich, so lange die Versammlung währte und konnte also leicht und zur rechten Zeit ihre Vorschläge und Meinungen auch in die Versammlung hineintragen.

Die Abgeordneten verlangten die völlige Ministerverantwortlichkeit, freiheitliche Gemeindeverwaltung und die Pressfreiheit. Zu dieser veränderten Haltung der Abgeordneten hat unzweifelhaft auch die Unzufriedenheit im Volke das ihrige beigetragen, die sich anlässlich des grossen Geldbetruges des gewesenen Kriegsministers zeigte. „Die Oeffentlichkeit,“ von der Versammlung stark in Anspruch genommen, befasste sich mit praktischen Vor-

schlägen. Es wurde über die Befreiung des Volkes von der Wucherschuld, über die Organisation der Agricultur, über billige Rechtspflege, über die vereinfachte Staatsverwaltung, Abschaffung der Gensdarmerie etc. discutirt. Gleich zu Anfang ihres Erscheinens wurde „Die Oeffentlichkeit“ von der Regierung verfolgt. Schliesslich strengte der Staatsanwalt gegen den Redacteur und gegen Markovic einen Process an, dessen Ergebniss die Verurtheilung des Ersteren zu drei Monaten Gefängniss und sechzig Thalern Geldstrafe, des Letzteren zu neun Monaten Gefängniss war. Dies geschah im April 1874.

Es ist im Verlauf dieser Abhandlung erwähnt, dass die Socialdemokratie Oesterreichs auch Beamte und Bauern an sich zu ziehen suchte. Wenn auch Beamte nicht offen zu ihr übertraten, so ist sicher aus verschiedenen Thatsachen anzunehmen, dass sie zahlreich mit ihr sympathisiren. Bauern indess haben sich zwar nicht der Socialdemokratie angeschlossen, aber es sind, zunächst in Steiermark, seit 1872 „Freie Bauernvereine“ entstanden, deren Mitgliederschaft mit Recht von einem liberalen Blatte als „Bauern-Socialdemokratie“ bezeichnet wird. Der erste derselben entstand am 20. Mai 1872 im Dorfe Klein. Im Juli 1874 haben wir neun Vereine: in Lassnitz bei Teutsch-Landsberg, Gams bei Stainz, Hengsberg, Klein, Spielfeld, Klein-St. Paul, St. Nicolai, Eisbach, Hitzendorf. Der Bauernsohn Karl Achaz giebt in Graz alle zwei Monate eine Zeitung, den „Bauernwille“ heraus, der dem „Volkswille“ bis auf den Namen nachgebildet ist und ult. 1873 schon 1500 Abonnenten hatte.

Der Bauernstand ist in Oesterreich mit Steuern arg überbürdet. Aller Aerger hierüber wird, oft im Landesdialekt, durch Zuschriften von Bauern und Redactionsartikel in derbester Sprache im „Bauernwille“ niedergelegt. Von irgend einer Theorie ist keine Rede. Man will loyal zu Kaiser und Reich stehen, aber eine Art von Bauernstaat schaffen. Von allen politischen Parteien hat man sich losgesagt und blickt nur auf die Socialdemokraten mit gewisser Theilnahme. Auch hatten diese Vereine zwei besondere Reichstagscandidaten aufgestellt. Das Werben der Conservativen und Liberalen um ihre Stimmen wiesen sie gleich höhnisch ab. Ich lasse einige Proben aus dem „Bauernwille“ folgen:

Er verlangt für den Staat Ruhe, Diät-Sparsamkeit und gute Pflege, dazu: „1. Steuererleichterung (durch gleiche Vertheilung, Verminderung der Staatsausgaben, durch Einführung der Luxussteuer und durch Aufhebung der Pension;) 2. solche Wirthschaft, dass wir jährlich wenigstens 10 Millionen Schulden zahlen, nicht aber neue machen müssen; 3. Aufhebung der Salzsteuer, der Mauth und des Lotto; 4. Aufhebung aller Vorrechte (des Standes, des Besitzes und der Geburt); 5. Einräumung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes allen Männern vom 20. Lebensjahre an für alle Vertretungen; 6. Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres; 7. unentgeltlichen Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten und unentgeltliche Rechtspflege; 8. Unterstützung der Arbeit durch Staatshülfe; 9. unentgeltliche ärztliche Hülfe; 10. ein Gesetz, wonach jeder Minister, bevor er das Amt antreten darf, die Bauernarbeit

**durchkosten muss, damit er wisse, wie schwer und sauer die Steuergulden zu verdienen sind."**

**Die Luxussteuer wird in folgendem Artikel definirt:**

„Für ein Prostitutionsmädchen täglich 1 Fl. Luxussteuer, für Wohnungen über 200 Fl. vom Ueber 5 % Luxussteuer; Nichtbewohnenlassen (und dafür, wie ich hörte, auch keine Zinssteuer zahlen!) von Häusern, Palästen und Schlössern ist Luxus (s. z. B. das Jahr und Tag geschlossene Graf Attemssche Palais mitten in der Stadt, oder das Graf Herbersteinsche Schloss Eggenberg bei Graz); sträflicher Uebermuth zu Zeiten der Wohnungsnoth wie jetzt; 1) Zinssteuer gleich dem andern, die bewohnen lassen, fordern Wir und 2) 5 % Luxussteuer. Die Wohnungen sollen licitando abgeschätzt und darnach die Zinssteuer aufgemessen werden. Die Ertragsfähigkeit ist ja da und muss ja der Bauer auch die Steuern zahlen, ob er seinen Grund ausnützt oder nicht. Auf Tabak 50 % Luxussteuer; für einen Zentner Seiden und Spitzen 200 Fl. Luxussteuer. Flitter, eitel Band und Tand ist auch „Adel"; für „von" Luxussteuer jährlich 10 Fl., für „Edler von" 20 Fl., für „Ritter von" 30 Fl. u. s. w. je um 10 Fl. Meine Herrschaften hoch- und breitnasig, ist das nicht originell?!!"

**Wie sie ihre Stellung zur Regierung auffassen, lehrt folgender Artikel:**

„Die Regierung erbarmt mich; was soll sie inzwischen diesen tollen Rangen machen? Darum, Bauern, lasset euer Wort einmal hören und sagt ihr, dass sie ausharren und auf keinen dieser beiden Schreihälse hören soll; wir werden sie stürzen und auf sie zu schauen anfangen: Wenn wir auch nicht mit Allem einverstanden sind, was sie thut, im Grossen und Ganzen müssen wir doch zufrieden sein und bedenken, wie schwer es ist, es Allen recht zu machen; denket nur, wie es uns selber geht: von Allen werden wir angefeindet, und doch kann uns Niemand beweisen, dass wir was Schlechtes im Auge hätten: Juden und Geistliche, Advocaten und Adelige, Alle sind im brüderlichen Bunde gegen uns! — Die Regierung muss ja rein ein Narr werden inmitten dieses Wirrwarrs, und wohin soll es führen, wenn es immer so fortgeht? Wer soll es aushalten und in Oesterreich Minister sein bei solchem Durcheinander und Uebereinander? — Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht, und diese wollen wir! Nicht um uns schön zu machen, wollen wir sagen, dass wir an ihrer, der Regierung Seite stehen: wir haben dazu gute Gründe! Ausser dass doch endlich einmal Friede werde, muss uns zweitens auch daran viel gelegen sein, dass nicht alle Augenblick ein ganzer Schwarm pensionirt werde, rüstige Männer, die noch viele Jahre dienen könnten: das ist ja eben die Ursache, dass wir fort und fort immer so viel Pensionen zu zahlen haben, wie heuer wieder über 12 Millionen; denn bei jedem Regierungswechsel werden die einflussreichsten und wichtigsten Posten, wie z. B. die Statthaltereien von solchen besetzt, die mit denen halten, die eben zur Regierung gekommen sind. Dass nun die, die eben sind, nicht abermals pensionirt werden und wir nicht noch mehr zu erhalten bekommen, soll die Regierung, wie sie ist, bleiben und alle, die an sie halten, und wir wollen ihr treue Freunde sein, wenn wir darum auch von dem und dem bespöttelt und beschimpft werden, wie es schon geschehen ist — wir denken halt an den Spruch: es kommt selten was Besseres nach, und das ist unser dritter Grund, warum wir wünschen müssen, dass die Regierung bleibe.

**Weder wir, noch die Regierung kann einer dieser beiden Parteien es**

recht machen, weil wir beide den Mittelweg gehen; die Liberalen feinden uns an und die Conservativen verlästern uns. (Wir werden von der Regierung extra noch angefeindet, was wir ihr aber verzeihen wollen, weil sie unser Streben noch nicht kennt.) Wo es uns also beiden gleich geht: Was ist da natürlicher, als dass wir zusammenstehen?! — Ich glaube, es ist euer aller Wunsch, dass einmal Friede werde, und dass daher die Regierung sich auf keinen dieser beiden mehr stütze, sondern es einmal wenigstens — versuchen soll, mit uns Bauern, mit den freien, weder von den Liberalen, noch von den Conservativen abhängigen Bauern, zu regieren, und ich meine, sie wird sich wohlbefinden dabei: Sind ja doch gewiss die Bauern die friedlichsten, ruhigsten und genügsamsten Staatsbürger! — Oder etwa nicht?

Gebet der Regierung das in einem Schreiben bekannt, und zwar haltet Versammlungen ab, voran ihr Bauernvereine; stellet da die Gründe, die euch bewegen (diese angeführten drei, oder wenn ihr noch mehrere wisst, auch diese oder andere), zusammen, ordnet sie, setzet eine Schrift mit einer Erläuterung dazu auf und schicket sie — wir wollen sie mit einem teutschen Worte Vertrauensbriefe nennen, andere sagen „Adressen“ oder „Vota“ (Stimmen) — gerade hin nach Wien an das Ministerium.“

Aus diesem Artikel spricht die Kritik des ungebildeten gesunden Menschenverstandes über die Wirthschaft des Afterconstitutionalismus in Oesterreich und eine biedere Loyalität. Ueber ihr Verhältniss zu anderen Parteien:

„Mit wem Wir Bauern halten: Wir Bauern sollen und werden so lange mit gar Niemandem halten, bis nicht Alle Bauern, d. h. Arbeiter werden. — Wir Bauern brauchen mit Niemanden zu halten, weil Wir ja ohnehin mehr sind, als alle anderen zusammen: die Conservativen, die „Liberalen“ und die „Arbeiter“; als alle diese zusammen. — Bauern! „Wenn Ihr Euch nun von den Conservativen losmacht, lasset Euch dann nicht etwa von den „Liberalen“ gängeln oder etwa gar von den „Arbeitern“ zu etwas verleiten! — Die Liberalen und Conservativen kommen mir vor wie zwei Advocaten: jeder rupft die Seinen, und dass sie schiel aufeinandersehen, ist nur, weil jeder auch den andern Theil haben möchte — und wer die Gerupften sind, das spürt Ihr ja . . . Merket es wohl! dass Ihr Bauern diesem jetzt so „lieben“ Herrn Fürsten Liechtenstein sonst, wenn er Euch nicht braucht, nur die „stinkenden“ Bauern seid, und vergesset es nicht und denket daran, wenn Ihr zur Wahl gehet. — Merkwürdig! So oft eine Wahl ist, schiesst den Herren auf einmal die Lieb’ ein; da kommen sie und da sind sie freundlich, und da sind sie lieb und gut und fromm wie die Lamperln; da kommen und fragen sie um dies und das, und klagt der Bauer über schwere Noth, klagen sie mit und geben Recht und machen Krix und Knax hin und her. — Was sie etwa wohl gern haben möchten? . . . Es ist nicht viel, nur Eure — Stimme wollen sie. Merkwürdig! da „stinkt“ der Bauer nicht, wo man es doch sonst immer hören kann (natürlich, wo kein Bauer dabei ist): „stinkender Bauer!“ — Und wisset Ihr Bauern, welchen schönen Namen Ihr noch habet? Liberale und Conservative nennen Euch das — „Stimmvieh“, d. h. Ihr seid nur da, um ihnen die Stimmen zu geben, im Uebrigen aber seid Ihr vor ihnen nur — Vieh. (Confisciren wird man den „Bauernwille“ desswegen wohl nicht etwa?! dass er das ausredete.) Machet die Geschichte ganz kurz und einfach: Die Adeligen, Prälaten und Advocaten wählen Euch nicht, Bauern, also wählet Ihr auch sie nicht!“

Ueber ihre Mitglieder folgende zwei Bemerkungen:

„Wer heisst Bauer? Alle, welche landarbeiten: jeder Knecht, der Winzer und Keuschler; alle sind Bauern; also nicht bloss, die einen „grossen Grund“ haben; wie auch in Fabriken Alle „Arbeiter“ sind, bis zum „Herrn“ hinauf. Eigentlich sollte man gar nur sagen: Es giebt nur Arbeiter und — Faullenzer. — Ich möchte hier eine Bemerkung machen: Bauern, nehmet in eure Vereine nicht gleich Jeden auf, der sich meldet. Es ist besser, ihr seid weniger, aber die, wie sie sein sollen. Duldet keinen Spieler, keinen Saufer, keinen Raufbold, keinen Stänker, keinen Processhansel; duldet keinen in eurer Mitte, der kein Wort hält und nicht sittlich und ehrbar ist.“

Was sie als Mittel zur Erreichung ihrer Wünche gebrauchen:

„Das Erste für uns ist ein Blatt, von uns Bauern selbst geschrieben, so wie es eben geht; ein Blatt, das wir Alle, Alle! sage ich, lesen; und für das wir einstehen müssen, als gelte es unsern letzten Rock. Das Zweite ist, dass wir die Wahlen selber leiten, dass nicht Leute in die Vertretungen kommen, die gegen uns arbeiten. Der Redacteur (Leiter) des Blattes muss selbst ein Bauer sein, und zwar einer, der fest ist: und wir werden sehen, die Wahlen werden dann ganz anders ausfallen und es wird bald besser werden.“

Ich habe dieser Bewegung so ausführlich gedacht, weil sie mir ein Symptom der Auflehnung des sonst so conservativen Landvolkes gegen den liberalen Staat ist, wie wir solche Erscheinungen jetzt in England unter den Landarbeitern, in Amerika unter den Farmern und auch in Deutschland finden. Hier sind zwar die Agrarconservativen unter des confusen Ueberläufers Niendorf Führung unschädlich, aber die Socialdemokratie gewinnt in Holstein, wo im Juli 1874 auch der erste Landarbeiterstrike auf dem Gute Schönweide stattfand, und in Mecklenburg immer mehr Boden auf dem Lande. Der Aufstand der Landleute in Trutenau, (Ostpreussen), sowie die gelegentliche Widersetzlichkeit der Arbeiter in Pommern, wo im Juli 1874 ein Inspector einen Arbeiter deshalb erschoss, geben doch wirklich zu denken. Geräth das Landvolk in eben solche Aufregung, wie sie die Industrie-Arbeiter schon ergriffen hat, so geht der Manchesterstaat trotz Polizei und stehender Heere zu Grunde.

Der sonst so optimistisch blinde Liberalismus in Oesterreich sieht auch diese Gefahr und erschrickt davor. Die „N. Fr. Presse“ lässt sich am 22. October 1873 aus Graz schreiben:

„Seit einiger Zeit vollzieht sich auf dem Flachlande von Steiermark ein Umschwung der Anschauungen, welcher geeignet ist, ernste Bedenken wachzurufen, und dem man von competenter Seite einige Aufmerksamkeit schenken sollte, damit es mit dieser Bewegung nicht ebenso gehe, wie mit jener anderen, die man sorglos heranwachsen liess, bis man ziemlich empfindlich aus der Lethargie gerüttelt wurde. Die Bewegung, von der ich rede, hat die Bauernschaft ergriffen. Auf den ersten Blick mag es wohl scheinen, als sei ihr Charakter ein erspriesslicher, denn die Bauern beginnen sich bald an diesem, bald an jenem Orte von ihren bisherigen heuchlerischen Freunden, den Ultramontanen, loszusagen, sie stellen sich auf eigene Füsse und bilden sogenannte freie Bauernvereine — ein sehr löbliches, der Unterstützung werthes Thun, läge in ihm bei der Art, wie die Sache angefasst wird, nicht der Keim zum — blinden Radicalismus. Die

Gründer der „freien Bauernvereine“ sind zwar selbst Bauern oder Bauernsöhne, die in der Stadt studiren, aber das wahre Wohl ihres Standes scheint ihnen doch wenig am Herzen zu liegen (jedenfalls verstehen sie es falsch); denn anstatt ihren Freunden Aufklärung und Fortschritt zu lehren, predigen sie ihnen ziemlich unverholen den Hass gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung, den Kampf gegen alle Stände, die nichts Bäuerliches an sich haben, und darin liegt ein sehr gefährliches Moment — um so gefährlicher, wenn man im Auge behält, dass die Leute, unter welchen in solcher Art gewühlt wird, bis nun nicht gelernt haben, selbstständig zu denken, und sich daher nur zu leicht von wohlklingenden Phrasen gefangen nehmen lassen. Langsam, aber stetig greift die Bewegung um sich, schon acht oder zehn solcher „freien Bauernvereine“ bestehen im Lande — dieser Tage erst hat sich wieder einer im nahen Hitzendorf constituirt — und es wäre daher wohl an der Zeit, dass sich die Verfassungspartei mit diesen neuesten Gestaltungen der Vereinsfreiheit etwas eingehender beschäftige.“

Und dasselbe Blatt vom 30. Januar 1874: „Wiederholt sind in den letzten Tagen Berichte hier eingelaufen, welche von der neuerlichen Bildung von Bauernvereinen in einzelnen Ortschaften des Landes zu melden wissen — Berichte, die etwas mehr Aufmerksamkeit verdienten, als sie thatsächlich finden. Es hat eine ganz eigenthümliche Bewandtniss mit diesen „freien Bauernvereinen“, von denen gestern abermals einer sich gebildet hat. Auf die erste Prüfung hin fühlt man sich versucht, das Entstehen dieser Vereine sympathisch zu begrüssen, denn einen der wesentlichsten Punkte ihres Programmes bildet die Befreiung der Bauernschaft aus den wenig ehrenvollen Fesseln klerikaler Willkür, und wenn man weiss, wie schwer diese Fesseln den Bauernstand drücken, wie selten er noch den Muth findet, sich ihnen zu entziehen, so neigt man leicht zu der Annahme, die Hauptsache sei bereits geschehen, wenn diese Bande zerrissen sind. Dem ist indessen nicht so, und die Bauernschaft läuft in unserem Falle Gefahr, kaum von den einen Fesseln befreit, in andere, nicht minder schwere geschlagen zu werden. Die liberale fortschrittsfreundliche Partei in Steiermark hat sich jahrelang viel zu wenig um die ländliche Bevölkerung gekümmert, als dass man nun von der letzteren erwarten könnte, sie werde jener sonderliche Sympathien entgegenbringen; die Bauern — jene der „freien Bauernvereine“ wenigstens — wollen vielmehr von den Liberalen nicht viel wissen, stellen sich eher feindlich denselben gegenüber, und das Organ, das sie sich gegründet haben, zieht ebenso energisch gegen die Liberalen als gegen die Ultramontanen zu Felde. Es ist eine Art von Bauern-Social-Demokratie, welche da getrieben wird, fast noch roher und rücksichtsloser als die Social-Demokratie der Arbeiter, von welcher die Bauern gleichfalls nichts hören wollen. Die Persönlichkeiten, welche die Führerschaft dieser „freien Bauernvereine“ übernommen haben, sind selbst Bauern Autodidacten, die mit allen Gelehrten dieses Genres eine gewisse Verworrenheit der Ideen gemein haben, vorgefasste falsche Meinungen um keinen Preis wieder fahren lassen und mit einer starken Natürlichkeit der Anschauungen eine noch stärkere Natürlichkeit des Ausdruckes verbinden. Die Rolle des obersten und gemeinsamen Führers spielt ein junger Mensch, ein Bauernsohn, der vor einigen Jahren nach Graz kam, um zu studiren, die Wissenschaften jedoch bald an den Nagel hängte und an socialistischen Arbeiter-Bestrebungen sich begeisternd, den Bauern-Apostel zu spielen begann. Geraume Zeit schwankte er zwischen den Ansichten aller Parteien herum und suchte von allen Unterstützung und Förderung zur Ausführung seiner Pläne. Er

fand sie indessen nicht und verlegte sich darum endlich auf das Prophetenthum auf eigene Faust. Der Radicalismus, der sich seither unter den „freien" Bauern ausbreitet, ist gerade seiner Vorworrenheit wegen bedenklich und verdient einige Aufmerksamkeit."

Es ist ganz richtig. Diese Leute sind für die liberalen Phrasen der „N. Fr. Presse" ganz unzugänglich, und wenn sich die Landleute Oesterreichs von der Geistlichkeit emancipiren sollten, so werden sie überhaupt nicht mehr, am wenigsten von den liberalen Semiten, gezügelt werden können. Die Socialdemokratie begrüsst sie bereits als Bundesgenossen und sie weiss wohl, warum. Die „Gleichheit" vom 8. November 1873 schreibt:

„Und sie bewegt sich doch! Wer mag nicht an diesen Ausspruch Galilei's denken, wenn wir von dem gewaltigen Umschwunge in der Denkungsweise unserer Landleute mancher Gegenden in Steiermark hören. Die „Neue Freie Presse" und ähnliche Blätter brachten in der letzten Zeit öfters Berichte über Bauernvereine, welche sich in den fruchtbarsten Gegenden Untersteiermarks gebildet haben und es geht diesen alten Weibern das Gruseln an, wenn sie erfahren, dass diese Bauernvereine es zwar nicht mit den Klerikalen, noch weniger aber mit den Liberalen halten. Durch die thatkräftigste Agitation ist es nämlich gelungen, die dortigen Bauern von der Unhaltbarkeit der heutigen socialen Zustände zu überzeugen, das in Graz von Carl Achaz, einem Bauernsohne, gut redigirte Organ „Bauernwille" hat in dieser Beziehung auch sein möglichstes gethan und es ist so weit gekommen, dass die Bauernvereine bei den letzten Reichsrathswahlen im Wahlkreise Umgebung Graz einen eigenen Kandidaten, Namens Hartner, aufstellen konnten und denselben nur in der letzten Stunde zurückzogen, um der Gefahr vorzubeugen, dass ein Ultramontaner aus der Wahlurne hervorgeht. Bei dem Umstande, dass diese Bewegung unter den Bauern kaum zwei bis drei Jahre alt ist, ist dieses Resultat immerhin ein sehr bemerkenswerthes und ist vorauszusehen, dass sie bald grössere Dimensionen annehmen und einem Candidaten ihrer Farbe zum Siege verhelfen wird. Allerdings stimmen die Ansichten dieser Bauern mit unseren Principien noch nicht vollständig überein, aber trotzdem können wir in ihnen sichere Bundesgenossen erblicken, Bundesgenossen, die bestimmt sind, die sociale Bewegung, die bisher unter dem Landvolke so wenig Anhänger fand, auch in die Reihen des ländlichen Proletariats zu verpflanzen und so die heutige Gesellschaft eines ihrer stärksten Pfeiler, des natürlichen conservativen Sinnes der Bauern, verlustig zu machen. „Nur vorwärts!" sei auch für diese Arbeiter die Parole und den vereinten Kräften aller Enterbten der Menschheit wird der schliessliche Sieg nicht entgehen können."

Ich bin allerdings der Meinung, dass der Capital-Liberalismus einen Ast nach dem andern absägt, auf dem er sitzen könnte.

Zu erwähnen ist noch, dass aus den slavonischen Ländern Oesterreichs sich Bauern an Herrn Achaz gewendet haben, mit der Bitte, sein Blatt auch in ihrer Sprache erscheinen zu lassen, wie die Pester „Arbeiter-Wochen-Chronik" in ungarischer und deutscher Sprache erscheint. Man denkt also dort auch schon an ähnliche Vereinigungen. Endlich ist im März 1873 in der Bukowina eine Bauernrevolte wegen Grundbesitzstreitigkeiten ausgebrochen. Da die Ortsbehörde die Ruhe herzustellen nicht im Stande war, wurde von Czernowitz eine Abtheilung Gendarmerie requirirt,

welche, da alle gütlichen Zureden nicht halfen, von ihren Repetirgewehren Gebrauch machen musste; es wurden 31 Mann niedergeschossen, wovon 16 in Folge der Schusswunden gestorben sind.

Seit dem 18. Juli 1874 giebt Herr Achaz ein sechsmal im Jahre erscheinendes illustrirtes Witzblatt, „Der Striegel," heraus, worin Militair, Geistliche, Adel und Bourgeoisie arg verhöhnt werden.

Auch die katholische Partei hat seit einigen Jahren versucht, in Oesterreich christlich-sociale Vereine zu gründen. Anfangs hat sie wohl, wie es scheint, durch Pfeiffer zu Hohenwarths Zeit eine gemässigte föderalistische, nicht atheistische Arbeiterpartei zu gründen beabsichtigt. Später ging sie selbstständig vor, besonders in Tyrol. Ein eigenes Organ haben die Christlich-Socialen in Oesterreich nicht, doch nimmt sich das „Vaterland" und der „Volksfreund" des Cardinal Rauscher ihrer an. In den „Christlich-soc. Blättern" vom 1. Jan. 1872 wird die Aufgabe der Partei in Oesterreich, nachdem darauf hingewiesen ist, dass der Liberalismus austoben und sicher zur socialen Revolution führen werde, folgendermassen charakterisirt:

„Wie jene Barmherzigen, jene Schutzengel des Schlachtfeldes in Friedenszeiten keineswegs müssig und thatenlos sind; wie diese noch lange vor dem blutigen Kriege in stiller, ebenso geräuschloser als wohlthätiger Wirksamkeit arbeiten, so ziemt es uns Allen. Wie es auch in Friedenszeiten Elend und Noth, Krankheit und Sterben giebt, so glimmt der sociale Kampf auch jetzt schon in den Tiefen der menschlichen Gesellschaft; hie und da tritt die Gluth zu Tage und schlägt als zuckende Flamme hoch auf. Man giebt sich dem Wahne hin, dass mit dem Löschen solcher Flammen auch die innere Gluth erstickt sei. Diese wird nur beseitigt durch eine gründlichere, liebevolle und einsichtige Behandlung der socialen Schäden. Wenn nur der äussere Brand und nicht die innere Gluth gelöscht wird, so ist die Gefahr nicht für immer beseitigt. Und wie es auch in Friedenszeiten unzählig viele Kranke zu pflegen, Sterbende zu trösten und Todte zu begraben giebt, so giebt es auch jetzt unendlich viel zu thun, wenn man daran geht, sociale Schäden gründlich zu heilen, wenn nicht überall, so doch dort und da. — Diese Aufgabe hat sich die christlich-sociale Partei gestellt. Sie wirkt im Sinne der Kirche für Lösung socialer Uebelstände; sie wirkt nicht sowohl durch unmittelbare Unterstützung der Armuth, noch mehr aber durch möglichste Verhütung derselben. Die Vereine, die sie gründet, haben den Hauptzweck, das Versinken der Mitglieder in's Proletariat, in's sociale Elend zu verhüten, und die Propaganda, die Agitation der Partei, hat wieder den Hauptzweck, solche Vereine und Anstalten möglichst auszubreiten und zu vervielfachen. Wenn wir auch ebenso wenig eine Aussicht haben, durch unser stilles Wirken den Ausbruch des socialen Krieges zu verhüten, als die barmherzigen Brüder und Schwestern den Krieg auf den Schlachtfeldern verhüten können, so bereiten wir uns doch wie diese auf den Beruf, den künftige schwere Zeiten uns bringen werden, würdig vor. Möge darum die christlich-sociale Partei sich recht ausbreiten, möge sie allerwärts Vereine gründen zur Verhütung des Elendes, zur Pflege der Armuth und zur Rettung der darbenden Menschheit; möge sie ferner das Verständniss der socialen Frage fördern; möge sie recht vielen Blinden die Augen öffnen, damit sie die bevorstehende Gefahr sehen und

mit Macht und Einsicht dahin streben, ihr wenigstens hie und da vorzubeugen. — In Fabriken, deren Arbeitsgeber und Arbeiter der christlich-socialen Partei angehören, wird die sociale Revolution keinen Eingang finden. In Industrial-Orten, wo die christlich-sociale Partei die Oberhand gewinnt, wird die „Internationale" keinen Boden finden. Gegenden, in denen die christlich-sociale Partei das Versinken des ländlichen Mittelstandes und der Arbeiter in's Proletariat verhindert hat, wird das rothe Gespenst verschonen. Die sociale Revolution, unter deren eisernem Tritt der Wohlstand Tausender in Trümmer fallen und der Reichthum Vieler vernichtet werden wird, wird jene Orte umgehen, wo eine geschlossene, kräftige, praktisch schaffende, christlich-sociale Partei sie erwartet. Und wo die Brandfackel der Petroleummänner hinfällt — dort wird sie schadlos verlöschen, wo einer christlich-socialen Partei nicht von Verblendeten die Hände gebunden sind! — Dass dies geschehe, wünschen wir gewiss Alle; und wenn dieser Wunsch nur hie und da in Erfüllung geht, so ist die grossartige Mission unserer Partei gesichert, wenn auch in nicht zu ferner Zukunft der europäische Krieg und die europäische Revolution das christliche Abendland mit ihrem Schrecken erfüllen."

Man begann mit Vereinsbildungen vorzugehen, allein die liberale Regierung versagte den projectirten Vereinen die Genehmigung. Ich lasse die principiell wichtigen Paragraphen eines solchen Vereins folgen:

„§ 1. Zweck des „Christlich-socialen Vereins" (zu Innsbruck) ist die Förderung der socialen Interessen nach christlichen Grundsätzen, entgegen den Grundsätzen und Bestrebungen der „Internationale," mit besonderer Rücksicht auf das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. § 2. Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind insbesondere: a) gesellige Zusammenkünfte, b) Besprechungen, Vorträge und Lesen geeigneter Schriften, c) Errichtung von Krankenkassen durch Leistung freiwilliger Beiträge. § 4. Mitglied des Vereins kann ohne Rücksicht auf Stand und Rang jedes männliche Individuum werden, welches a) sich zur katholischen Religion bekennt, b) ein Alter von vierundzwanzig Jahren erreicht hat."

Das Gesuch, einen solchen Verein zu bestätigen, wurde einfach abgeschlagen. Die Statthalterei begründete ihren Entscheid damit, dass „Zweck und Mittel aus den Statuten nicht klar und bestimmt zu entnehmen, und die Statuten bei der politischen Tendenz des Vereins den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen."

So steht die Angelegenheit noch. Indessen existiren Gesellenvereine, Volksvereine, Spar- und Creditvereine, Casinos und andere Vereine, eigentliche christlich-sociale Vereine aber nicht.

Ich lasse jetzt ein Verzeichniss der socialistischen Vereine Oesterreichs im Jahre 1873 nach Neuwirth's „Wiener Arbeiter-Kalender" für 1874 folgen:

**Verzeichniss der Arbeitervereine Oesterreichs.**

***Niederösterreich:***

Wien: „Volksstimme", politischer Verein, Mitgliederzahl 90; — Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 1000; — Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invaliden-Kasse Mariahilf, Mitgl. 14,000; — Gewerkschaftsverein der Anstreicher, Gold- und Metallschläger, Lackirer, Maler- und Vergoldergehilfen und deren Hilfsarbeiter (männlichen und weiblichen Geschlechts) Mitgl. 200; — Verein der Buchbinder, Lederarbeiter, Futteralmacher, Kartenmaler, Rastrirer u. s. w.

Mitgl. 1500; — Verein der Buchdrucker und Schriftgiesser, Mitgl. 1900; — Erste Wiener Lederwaaren-Productiv-Genossenschaft; — Verein der Geschäftsdiener, Mitgl. 600; — Krankenkasse der Geschäftsdiener, Mitgl. 140; — Fachverein der Glaser, Mitgl. 150; — Gewerkschaftsverein der Gold-, Silber-, Juwelen- und deren Hilfsarbeiter, Mitgl. 400; — Krankenkasse der Gold-, Silber-, Juwelen- und deren Hilfsarbeiter beiderlei Geschlechts, Mitgl. 440; — Fachverein der Hafner, Mitgl. 170; — Fachverein der vereinigten Handschuhmacher, Mitgl. 66; — Kranken-Unterstützungskasse der vereinigten Handschuhmacher-Gehilfen, Mitgl. 300; — Gewerkschaftsverein der Schneider, Mitgl. 250; — Erster Wiener Kleidermacher-Gehilfen-Spar, Vorschuss- und Materialien-Beschaffungs-Verein, — Erste Kleidermacher-Productiv-Genossenschaft, — Gewerkschaftsverein der Manufactur-Arbeiter, Mitgl. 600; — Gewerkverein der Metallarbeiterschaft, — Gewerkschaftsverein der Musikinstrumentenmacher, Mitgl. 400; — Erste Productiv-Gesellschaft der Posamentier- und Bandfabriksarbeiter, — Gewerkschaftsverein der Sattler, Riemer, Taschner und Deckenmacher, Mitgl. 900; — Gewerkschaftsverein der Schuhmacher, — Schuhmacher-Kranken-Unterstützungskasse, Mitgl. 1000; — Erste Wiener Webwaaren-Arbeiter-Werkgesellschaft, Mitgl. 320; — Unterstützungsverein der Hausbesorger und Hausbesorgerinnen, Mitgl. 400. Atzgersdorf: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 100; — Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse, Mitgl. 50. Baden: Gewerkschaftsverein der Schuhmacher, Mitgl. 62. Bruck a. d. Leitha: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 50. Floridsdorf: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 100. Gmünd: Gewerkschaftsverein der Seidenzeugmacher und Weber, Mitgl. 100. Gross-Sieghardts: Gewerkschaftsverein der Manufactur-Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitgl. 300; — Allg. Kranken- und Unterstützungsverein. Hainburg a. d. Donau: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 100; — Allgemeine Kranken- und Invalidenkasse, Mitgl. 200. Korneuburg: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 80; — Arbeiter-Krankenkasse, Mitgl. 394. Neunkirchen: Arbeiter-Bildungsverein 429; — Allgem. Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein, Mitgl. 663. Penzing: Gewerkverein der Drucker und Formstecher. Solenau: Arbeiter-Bildungsverein (mit einer Spar- und Vorschuss-Abtheilung, Mitgl. 45. Teesdorf: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 50. Traismauer: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 62. Waidhofen a. d. Ybbs: Filiale des Arbeiter-Kranken- und Unterstützungsvereins, Mitgl. 75.

*Oberösterreich.*

Wels: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 140. — Gewerkschaftsverein der Schuhmacher, Mitgl. 28.

*Steiermark.*

Graz. Arbeiter-Bildungsverein „Vorwärts", Mitgl. 400; — Allgemeine steiermärkische Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, Zeltweg, Neuberg, Marburg und Köflach, Mitgl. 5200. — Gewerkschaftsverein der Eisen- und Metallarbeiter, Mitgl. 300; — Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter, — Kranken- und Unterstützungsverein der Holzarbeiter für Graz und Umgebung, — Gewerkschaftsverein der Schneidergehilfen, — Productiv-Association der Kleidermacher, Mitgl. 40; — Erwerbsgenossenschaft der Kleidermacher, Mitgl. 8. Fürstenfeld: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 20. Judenburg: Demokratischer Verein „Vorwärts", Mitgl. 25; — Allgemeiner Arbeiterverein, Mitgl. 100; — Fachverein der Schneider, Mitgl. 56. Marburg: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 100. Zeltweg: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 40.

*Tirol und Vorarlberg.*

Bozen: Arbeiter-Bildungsverein. Bregenz: Arbeiter-Bildungsverein. Feldkirch: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 50. Innsbruck: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 140; — Gewerkschaftsverein der Schuhmacher, Mitgl. 110. Meran: Arbeiter-Fortbildungs-Verein, Mitgl. 170.

*Böhmen.*

Aussig a. d. Elbe: Arbeiter-Bildungsverein. Albrechtsdorf: Fachverein der Glasarbeiter, Mitgl. 150. Bodenbach-Tetschen: Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein, Mitgl. 235 (beiderl. Geschlechts). Böhmisch-Zwickau: Fachverein der Manufactur-, Fabriks- und Handarbeiter, Mitgl. 322.

Karbitz: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 158. Lobositz: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 170 (beiderlei Geschlechts). Waffersdorf: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 150. Niederlichtenwalde: Fachverein der Manufactur- und Handarbeiter, Mitgl. 43. Niemes: Fachverein der Manufacturarbeiter, Mitgl. 102. Oberleutensdorf: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 153; — Krankenkasse des Arbeiter-Bildungsvereins, Mitgl. 388. Bilin: Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein, Mitgl. 105. Strakonitz: Arbeiter-Bildungsverein „Celakovsky", Mitgl. 120. Teplitz: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 200. Türmitz: Arbeiterbildungs- und Kranken-Unterstützungsverein, Mitgl. 308. Warnsdorf: Allgemeiner Arbeiterverein, Mitgl. 120 (beiderlei Geschlechts).

*Salzburg.*

Salzburg: Fachverein der Kleidermacher, — Productiv-Association der Kleidermacher, — Fachverein der Schuhmacher.

*Mähren.*

Brünn: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 300; — Erste allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, Mitgl. 300; — Fachverein der Eisen-, Metall- und Blechwaaren-Arbeiter, Mitgl. 320; — Fachverein der Maler und Anstreicher, Mitgl. 50; — Fachverein der Manufactur-, Fabriks- und Handarbeiter (beiderlei Geschlechts), Mitgl. 1200. Brüssau: Fachverein der Manufactur-Arbeiter, Mitgl. 190. Neutitschein: Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein, Mitgl. 102. Römerstadt: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 100. Trübau: Fachverein der Manufactur-Arbeiter, Mitgl. 215.

*Schlesien.*

Freudenthal: Fachverein der Manufactur-, Fabriks- und Handarbeiter, Mitgl. 345. Jägerndorf: Arbeiter-Kranken- und Unterstützungsverein, Mitgl. 411; — Fachverein der Manufactur-, Fabriks- und Handarbeiter, Mitgl. 400. Teschen: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 130; — Kranken-Unterstützungs- und Invalidenkasse des Arbeiter-Bildungsvereins, Mitgl. 45. Wigstadl: Fachverein der Manufactur-Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitgl. 50.

*Ungarn, Croatien und Slavonien.*

Agram: Arbeiter-Bildungs- und Kranken-Unterstützungsverein, Mitgl. 200. Buda-Pest: Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, Mitgl. 4000; — Allgemeine Schuhmacher-Kranken- und Unterstützungskasse, Mitgl. 483. Pressburg: Arbeiter-Bildungsverein, Mitgl. 200.

Dies Verzeichniss ist, namentlich was Ungarn anlangt, unvollständig.

Die socialdemokratische Presse Oesterreichs ist klein an Zahl. Das liegt hauptsächlich daran, dass die Arbeiter dort viel ungebildeter sind als in Deutschland, weil sie meist keine Schule oder doch nur unregelmässig eine solche besucht haben. Wer aber nicht lesen kann, braucht keine Zeitung. Ferner kommt dies auch daher, dass dort die Arbeiter verschiedenen Nationalitäten angehören.

Gehalten habe ich:

1. † „Der Volkswille," Oberwinder's Blatt, ist Juli 1874 eingegangen.

2. „Die Gleichheit," radikales Organ. G. 1870. Wochenblatt. 75 Kr. p. Q.

3. „Arbeiter-Wochen-Chronik." Pest. Redacteur Madaràss. Preis für Oesterreich 60 Kr. p. Q. Erscheint Sonnabends in deutscher und ungarischer Sprache.

4. „Social-politisches Volksblatt." Klagenfurt. Halbmonatsblatt. 40 Kr. p. Q.

5. „Vorwärts." Zeitschrift für Buchdrucker. Wien. Wochenblatt. 1 Fl. p. Q.

Alle fünf socialdemokratisch.

6. „Social-politische Blätter.“ Wien. Organ Pfeiffers. Wochenblatt. G. 1872. 6 Fl. p. Jahr.

7. „Volksstimme.“ Wien. Halbmonatsblatt. Redacteur Metall. 6 Nummern 50 Kr. G. 1. Aug. 1874. Socialdemokratisch.

8 „Die Zeit.“ Wien. Wochenblatt. Neues Organ Oberwinder's. G. 1. Juli 1874. 3 Fl. p. Jahr.

9. „Der Bauernwille.“ Graz. Red. Achaz, und

10. „Der Striegel,“ illustrirtes Zweimonatswitzblatt zu dem politischen Blatt No. 9, Organ der Bauernpartei. Pro Nummer 10 Kr. Graz. Red. Achaz.

Nicht gehalten habe ich die folgenden:

11. „Arbeiterfreund.“ In Reichenbach, Juli 1874 gegründet. International.

12. „Allgemeine radikale Arbeiterpresse oder Zeitung.“ Wien. Socialdemokratisch. Mir nur aus Citaten bekannt.

13. „Internationale Revue.“ Wien. Red. Arnold Hilberg. Monatsschrift. Wurde als international 1866 warm vom „Vorbote“ empfohlen.

14. „Das Arbeiterblatt.“ Wien. Red. J. Brüsshaver. Als intern. vom „Vorbote“ 1868 empfohlen.

15. † „Volksstimme.“ Wien. Wurde am 11. April 1869 gegründet, ging in Folge von Pressprozessen 1870 ein, wofür No. 1. der „Volkswille“ entstand, der, wie gezeigt, 1874 einging, um als „Die Zeit“ und eine neue „Volksstimme“ wieder aufzuleben.

16. † „Die Freiheit.“ Graz. Wurde im „Vorbote“ 1870 empfohlen. Muss eingegangen sein.

17. † „Allgemeine Arbeiterzeitung.“ Pest. G. 1870. Ging ein. Ihr folgte

18. † „Die Brüderlichkeit.“ Pest. G. 1871. Ging ebenfalls ein zu Gunsten von Nr. 3 meiner Liste.

19. „Delnické Listy,“ — „Arbeiter-Blätter.“ Prag. Socialdemokratisch.

20. „Wiener Arbeiter-Kalender.“ Wien. Red. A. Neuwirth. Als periodische socialdemokratische Publication interessant.

21. „Radnik“ — „Der Arbeiter.“ Belgrad. G. 1871. Ging ein und es entstand darauf

22. „Javnost“ — „Oeffentlichkeit.“ Belgrad. Beide international.

Seit 1. October 1874 erscheint noch in croatischer und deutscher Sprache:

22a. „Radnicki prijatelj“ — „Arbeiter-Freund.“

Katholische sociale Zeitungen:

23. „Der Bund.“ Wien. Halbmonatsblatt. Organ der Jugendvereine. 50 Kr. p. S.

24. „Delnické Noviny“ — „Arbeiter-Zeitung.“ Prag. Klerikal-social.

# Holland.

In diesem Lande ist von einem socialen Kampfe bis jetzt nicht die Rede gewesen. Als der Congress der I. A.-A. nach dem Haag berufen wurde, schrieb man der „Kölnischen Zeitung“ aus Amsterdam:

„Der bevorstehende Congress der Internationalen im Haag wird hier weniger besprochen, als vielleicht im Auslande. Die Holländer haben Recht, dieser Versammlung mit vollkommener Gemüthsruhe entgegenzusehen. Die Internationale passt schlecht zum Charakter der hiesigen Bevölkerung, weshalb sie bisher auch fast keine Mitglieder hat gewinnen können, und der Congress wird ihr auch wohl keine grosse Zahl zuführen. Zusammenwirken, Association liegt nicht im holländischen Charakter, besonders beim Arbeiterstande. Consum- und andere Vereine wurden zwar hin und wieder durch die Bemühungen der höheren Stände errichtet, sie sind aber theilweise eingegangen und schleppen sich nur mühsam weiter, weil die Theilnahme fehlt. Arbeitseinstellungen sind auch wohl einige Male in kleinem Massstabe vorgekommen, aber stets misslungen. Grossindustrie besteht wenig im Lande und die Handwerksindustrie befindet sich in Verhältnissen, dass die Internationale keinen Einfluss auf sie üben kann, da sie sich eben nicht im Kampfe mit dem Capital befindet. Auch haben die Handwerksgesellen in letzter Zeit fast überall durch gütliche Uebereinkunft mit den Meistern Aufbesserung der Löhne erhalten. Der holländische Arbeiter steht auf keiner hohen Stufe, was seine Befähigung betrifft; dagegen ist er mehr in dem früher herrschenden, mehr wohlwollenden Verhältniss zu seinem Arbeitgeber geblieben, wie es auch noch vor 30—40 Jahren in Deutschland bestand. Es mag dies seine Schattenseiten haben, jedenfalls hat es auch eine helle Lichtseite. Die Internationale findet hier bei den Handwerkern darum gar keinen Boden. Wo dagegen Grossindustrie besteht, da findet sie immerhin einige Anhänger, auch dort wird sie unter den gegenwärtigen Umständen nicht durchdringen. Einestheils arbeitet die Grossindustrie mit sehr geringem Erfolg, so dass das Capital keinen hohen Gewinn erzielt. Damit fehlt der Internationale eine wirksame Waffe zur Agitation. Dazu kommt, dass ein grosser Theil der Fabrikarbeiter selbst für socialistische Bestrebungen auf zu niedriger Stufe steht. Dieses Volk würde vielleicht durch aussergewöhnliche Mittel für den Augenblick zu gewaltsamen Handlungen aufzuwiegeln, nicht aber zu planmässigem Thun zu bringen sein.“

Dies Urtheil ist im Allgemeinen zutreffend. Obschon etwa so gross wie Belgien, hat Holland eine gegen die belgische verschwindende Grossindustrie. Im Norden giebt es wenig Fabriken, dagegen blühen Ackerbau und Handel. Der kalte ruhige Charakter

der Holländer lässt sich schwer für die weit aussehenden Projecte der I. A.-A. erwärmen, zumal ein reger Familiensinn die Arbeiter von Versammlungen abhält, wohin sie ihre Frauen nicht mitnehmen dürfen. Auch herrscht verhältnissmässig viel Religiosität, obschon oder weil die Secten die Staatskirche überflügeln. Auch hat die kirchliche Partei sich zeitiger als anderwärts mit der socialen Frage beschäftigt. Es war die orthodoxe Partei, die sich in Holland zuerst der Arbeiterfrage annahm. In Utrecht bemeisterten sich hervorragende Vertreter der positiv-christlichen Richtung der ganzen Genossenschaftsbewegung. Sie veranlassten die Bildung von Arbeiter-Bau- und Consumvereinen und stellten dafür den Arbeitern namhafte Summen zur Verfügung. Sie nahmen persönlich Theil an Arbeiterbildungsvereinen und gründeten ein Arbeiterblatt „Der Arbeiterfreund.“ Im Haag und in Amsterdam fand dieses gute Beispiel bei den Gleichgesinnten allgemeinen Beifall und vielfach Nachahmung. Die Anti-Sonntagsarbeitsbewegung kommt theilweise aus praktischen und theilweise aus religiösen Antrieben hervor. Der erste Arbeitercongress in Amsterdam im Jahre 1872 wurde am ersten Weihnachtsfeiertage eröffnet. Der Vorsitzende gedachte mit wenigen Worten „der schönsten Feier des Christenthums,“ und des „Ernstes des heutigen Tages,“ der nur gewählt worden sei für diese Versammlung, weil der Arbeiter blos die Feiertage zu seiner freien Disposition habe. Die ersten „Mittheilungen des Arbeitercongresses“ enthalten mehrere Aufsätze mit religiöser Tendenz. Der „Handwerker,“ das Organ der Amsterdamer Arbeiter, lehnt beständig den Vorwurf einer allmählich beabsichtigten Entchristlichung ab. Selbst die Socialdemokraten treten in dieser Hinsicht viel gemässigter auf, als sie dies in Deutschland zu thun pflegen.

Diese Art der Arbeiterbewegung schreitet ruhig vorwärts. Das älteste Organ, das sich der Arbeiterbewegung annahm, ist das „Volksblatt“ in Amsterdam, von dem Nationalökonomen Professor Dr. de Bosch Kemper ins Leben gerufen. Die Tendenz ist gemässigt fortschrittlich, es bringt neben populären Leitartikeln über nationalökonomische, philosophische und theologische Fragen, statistische Notizen und belehrende Mittheilungen. Mit diesem Blatte hängt das Institut: „Freund der Armen und Reichen,“ eng zusammen. In diesem Locale befindet sich ein Lesecabinet für Arbeiter und werden populäre Volksschriften zu 2 Pf. verbreitet. Unbemittelte erhalten das „Volksblatt“ und die Schriften gratis; besser situirte Leute abonniren entweder auf ein Jahr für 1 Thlr. 11 Sgr. oder bezahlen das „Volksblatt“ wöchentlich mit 2 Pf. Seit dem Jahre 1851 wurden dort 300 Schriften zu 1 Sgr. 4 Pf. herausgegeben. Ausserdem gehören zur Arbeiterpresse die „Coöperation,“ von Dr. Kerdyk redigirt, der „Arbeiterfreund,“ der „Handwerker“ und einzelne kleinere Blättchen.

Im Allgemeinen steckt man noch in den Schulze-Delitz'schen Kinderschuhen, doch sind sie bereits stark ausgetreten.

Was zuvörderst die Consumvereine anlangt, so wurden einzelne

Versuche mit solchen schon vor ca. 10 Jahren gemacht, aber sie hielten nicht Stand und scheiterten mitunter an ziemlich sonderbaren Hindernissen. Gegenwärtig existirt in Amsterdam ein Consumverein mit 80 Mitgliedern. Viele Arbeiter ziehen es aber vor, zuerst für die Errichtung von Vorschuss- und Creditbanken Sorge zu tragen und meinen nachher in Amsterdam zu gleicher Zeit 20 Consumvereinsläden eröffnen zu können, die, mit dem nöthigen Betriebscapital versehen, der Concurrenz der Ladeninhaber besser gewachsen sein würden. Im Jahre 1871 constituirte sich im Haag ein Consumverein mit 20 Mitgliedern. Der Umsatz stieg schon im ersten Monat auf 390 Thlr. und die Mitgliederzahl auf 80 Personen. Dieses Unternehmen wurde vom Anfang an von angesehenen Capitalisten gefördert. Es hat jetzt zu concurriren mit dem Allgemeinen Haager Arbeiterverein, der 474 ordentliche Mitglieder zählt und über eine bedeutende Anzahl besser situirter Privatpersonen verfügen kann. Consumvereine, die mehr oder minder gute Geschäfte machen, wurden ferner gegründet in Tilburg, Helder, Alkmaar, Deventer. In Deventer und Harlem mussten die Volksküchen wieder aufgegeben werden.

Vorschussbanken kamen nur wenige zu Stande, Bauvereine vier in Amsterdam. Am schwächsten sind die Productivgenossenschaften vertreten. In Leenwarden wurde eine cooperative Bäckerei gegründet, die einen solchen Aufschwung nahm, dass sie eine allgemeine Lohnerhöhung der Bäcker von 2 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf. auf 3Thlr. 26 Sgr. 8 Pf. veranlasste. Sie setzte die Verringerung der Arbeitszeit von 17 auf 14 Stunden und die Abschaffung der Sonntagsarbeit durch, und zahlt ihren Gehülfen einen Lohn von 5 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. — In Rotterdam entstand eine Productivgenossenschaft der Maler; in Delft und einzelnen anderen Städten versuchte man gleichfalls diese Art der Genossenschaft in Holland einzubürgern. Auch die Cigarrenarbeiter im Haag besitzen eine Productivgenossenschaft. Im Ganzen haben diese Bestrebungen keinen nennenswerthen Erfolg gehabt.

Eine bemerkenswerthe Thatsache ist es, dass die holländischen Unternehmer meist sehr liberal gegen ihre Arbeiter sind. Oft hat es genügt, dass die Arbeiter eine Forderung, die nicht unbillig war, stellten, und die Fabrikanten genehmigten sie. So haben sie Anfangs 1872 fast durchgängig — in Breda, Terheyden, Deventer, Kuilenburg, Naarden u. a. a. O. — Lohnerhöhungen ohne Strike bewilligt, wozu freilich die Besorgniss vor der sich damals regenden I. A.-A. das Ihrige beigetragen haben mag. Voran ging die Regierung, welche am 26. Januar 1872 den Lohn der Arbeiter auf den Marinewerften erhöhte. Der zu Deventer bestehende Verein zur Beförderung des Flors der Handwerker entschloss sich auf Ansuchen des Arbeitervereins zu einer Lohnerhöhung auf 25 Pf. pro Stunde und er setzte die Arbeitszeit fest von 6—8 Uhr mit 2½ Stunden Pausen. Die Maurergesellen in Gornichen brachten es auf 29 Pf. pro Stunde. Strikes kamen zwar auch vor, aber nie hat sich die Regierung in der Art eingemischt, dass sie etwa

die Unternehmer in ihrer Verlegenheit durch Militairarbeiter unterstützte, wie es anderwärts leider vorgekommen ist.

Trotz all dieser der I. A.-A. ungünstigen Verhältnisse konnte sie sich einbürgern, und zwar wurde sie erzeugt durch die liberale, radikale und antireligiöse Agitation. Hier, und noch mehr in Dänemark, hat der Erfolg gezeigt, wie der Socialismus die legitime, weil logische Fortsetzung des Liberalismus ist; mit ihm verbunden durch den Radikalismus. Wer Augen hat zu sehen, kann das übrigens in Deutschland auch wahrnehmen. Heute noch hat sich die „Volkspartei" von der Eisenacher nicht ganz getrennt, siehe Sonnemann und der consequenteste Liberale, der Vater der „vier Fragen," Johann Jakoby, ist sogar offen zur I. A.-A. übergetreten.

Die Socialdemokraten gestehen das auch mit der ihnen eigenthümlichen anerkennenswerthen Offenheit zu. Im „Volksstaat" vom 15. Juli 1874 wird darüber geschrieben, an welchen Orten die Socialdemokraten mit Vortheil Parteiblätter gründen sollten. Es heisst da:

„Wer einen Acker bestellen will, der muss zuerst den Boden untersuchen, ob derselbe auch geeignet ist, die gewünschte Frucht hervorzubringen. Ebenso darf man keine Zeitung gründen, wenn nicht die Bevölkerungsschicht, in welcher dieselbe Wurzel fassen kann, in der nöthigen Stärke vorhanden ist. Natürlich giebt es in dieser Hinsicht keine absolute Gewissheit, man kann sich bisweilen in der Beurtheilung seiner Umgebung täuschen; allein wenn man vorsichtig und solid zu Werke gehen will, so fehlt es an Anhaltspunkten nicht, aus denen man den voraussichtlichen Erfolg eines neuen Parteiblattes beurtheilen kann. Versuchen wir es, einige solcher Anhaltspunkte festzustellen. — Selbstverständlich wird man kein Parteiblatt da gründen, wo noch gar kein anderes Blatt erscheint oder verbreitet ist. Die Parteien, die wir bekämpfen, sind unsere Vorgänger; das Volk muss durch ihre Schule hindurchgegangen sein, auf ihrem Niveau stehen, bevor es sie durchschauen und den Gegensatz zwischen ihren und seinen Interessen begreifen lernen kann. Je mehr Zeitungen in einer Gegend gelesen werden und je mehr die dort vertretene Presse nach links hinneigt, desto günstiger ist also das Terrain für uns. Beispielsweise wäre es nicht rathsam, da ein socialdemokratisches Blatt zu gründen, wo nicht schon seit längerer Zeit mindestens ein, der Fortschrittspartei oder der bürgerlichen Demokratie dienendes Blatt verbreitet ist. Viele von uns, die vor zehn oder fünfzehn Jahren die politische Kost der letzteren Art genossen haben, können aus Erfahrung sagen, wie der Reiz der Neuheit dieselbe schmackhaft macht; die Arbeiter müssen also die Nahrung bereits kennen, um sich von ihr ab- und einer besseren zuzuwenden."

So ist es auch in Holland geschehen. Die Demokratie schuf politische Vereine, Cirkel, Casinos, Wahlvereine, man hielt Versammlungen ab, in denen die liberalen Theorien verhandelt wurden. Um solche Doctrinen zu verbreiten, wurde die Presse ausgiebig benutzt. Namentlich ward die Religion und die Priesterschaft angegriffen und lächerlich gemacht. Der Unterricht, die Bildung sollten die Religion ersetzen. Diese Bestrebungen trugen ihre Frucht. Die Ideen verliessen das Gebiet der Abstraction und suchten sich in Thaten umzusetzen.

Belgische Socialdemokraten organisirten zuerst in Amsterdam einige Volksversammlungen, die sehr besucht wurden. Die Redner gaben ihre Gastrollen mit Geschick. Auf dem Congress zu Brüssel im September 1868 las Bürger Vondenbergen einen Brief von Bürger Boldingh vor, der die Gründung einer Section in Amsterdam anzeigte. Diese setzten sich vorerst in directen Verkehr mit Antwerpen. Bald darauf wurde der Beitritt des Amsterdamer Schiffbauarbeiter-Vereins in London angezeigt. Diese machten im Juli 1869 Strike, wurden von London und Antwerpen namhaft unterstützt und zwangen die Arbeitgeber, ihnen ihre Forderungen zu bewilligen. Dies war das allgemeine Signal zum Anschluss der niederländischen Arbeitergruppen an die I. A.-A., welcher noch durch die „Het algemeen stimregt“ Gesellschaft zur Einwirkung des allgemeinen Stimmrechts mittelst einer lebhaften politischen Agitation unterstützt wurde, an der sich auch Liberale betheiligten.

Die Section in Amsterdam constituirte sich als Centralsection, gründete ein socialdemokratisches Organ, „de Standaart des Volks,“ und brachte in einer Versammlung, gehalten den 23. August 1869, eine Anzahl kleiner Sectionen zum Anschlusse. Ende 1869 erstanden ziemlich starke Sectionen in Arnheim, Harlem und Utrecht; eine sehr bedeutende in Rotterdam. Organe waren „de Werkman“ in Amsterdam und „Volksblad“ in Rotterdam. Im Haag bildete sich ein starker Arbeiterverein unter dem Titel: „Nederlandsch-Werklieden-Verbond“ und trat zur I. A.-A. über. Zahlreiche Versammlungen, gehalten in fast allen Fabrikstädten, zeugten von dem schnellen Umsichgreifen der socialistischen Tendenzen, welche in Holland bis 1869 nur als Gegenstand wissenschaftlicher Discussionen bekannt waren.

Im November 1869 meldete der „Vorbote,“ dass es nur wenige Städte in Holland gäbe, worin nicht mindestens eine Section sich befinde. Die I. nannte sich hier „Nederlandsche Werkliedenverbond, afdeeling der Internationale arbeidsvereenigung“ und stand mit den vlamländischen Sectionen Belgiens in engem Verkehr. Im Januar 1870 waren die Propaganda-Ausschüsse in Amsterdam, Rotterdam, Dortrecht, Utrecht, Arnheim thätig. In letzterer Stadt führte der Tischlerstrike zum Anschluss aller Tischler.

Nach der Niederwerfung der Commune erhob sich die I. in Holland mit grosser Leidenschaftlichkeit und tobte ihren Hass in der hier ganz freien Presse aus. Man sprach von den Unternehmern, welche sich vom Schweisse der Arbeiter nährten und in einer Broschüre „Waarom trouwt ge“ — warum verheirathet Ihr Euch? — wurde das Elend einer Arbeiterfamilie geschildert, die Prostitution der Töchter durch die Reichen, das Fehlen des eigenen Hauses, ein elender, trostloser Tod. Die Emissäre der I. A.-A. drangen in die Werkstätten, gingen in die kleinsten Städte und warben im Geheimen für die I. A.-A.

Nun gerieth die Bourgeoisie in Schrecken. Man entliess socialistische Arbeiter und bekämpfte die socialistischen Ideen lebhaft in der Presse.

Die Regierung zeigte sich sehr strenge gegen die socialdemokratische Presse. Es gelang, der „Freiheit“ und später auch der „Zukunft“ das Lebenslicht auszublasen.

Allein die Hauptsache war, dass man, wie schon gesagt, fast überall den Lohn erhöhte und sonst Forderungen der Arbeiter zugestand, die billig waren. Und solche socialen Reformen sind allerdings das richtige Mittel, die I. A.-A. zu bekämpfen. Nicht nur ging die Regierung mit Lohnerhöhung voran, sondern auch in der Gesetzgebung wurde sie den Arbeitern gerecht.

Im März 1872 wurden die Coalitionsverbote beseitigt. Gegen Missbrauch dieser Freiheit wurde folgender Paragraph angenommen:

„Jeder, der Einbruch gemacht hat oder versucht hat, Einbruch zu machen auf die Freiheit eines Anderen in der Ausübung seiner Arbeit, wird gestraft: mit Gefängnissstrafe von einem Monate bis zu zwei Jahren und mit Geldbusse von fünfundzwanzig bis fünfhundert Gulden, zusammen oder absonderlich, wenn es geschehen ist durch Gewalt, durch Wegnahme oder Beschädigung von Werkzeugen oder Geräthen, durch Bedrohungen mit irgend einer strafbaren That oder durch betrügerische Handlungen; mit Gefängniss von sechs Tagen bis zu drei Monaten und Geldbusse von acht bis zweihundert Gulden, zusammen oder absonderlich, wenn es geschehen ist durch Beleidigung oder durch Theilnahme an Zusammenrottungen. — Alles für sofern, als nicht durch irgend ein Gesetz gegen eine der in den zwei vorhergehenden Alinea's bezeichneten Handlungen schwerere Strafen angedroht sind.“

Die besitzende Klasse unterstützte solche Bestrebungen. Schon im Herbst 1871 wurde von einem Comité für Socialwissenschaften ein Seitenstück zum Eisenacher Kathedersocialisten-Congress zu Arnheim abgehalten. Man entschied sich hier wie in Eisenach dahin, dass der Staat das Recht der Einmischung in die wirthschaftlichen Verhältnisse haben und üben müsse. Die Fabrikgesetzgebung wurde verbessert. Im Mai 1874 nahmen die Kammern fast einstimmig ein Gesetz über Kinderarbeit an.

Es ist verboten, Kinder unter zwölf Jahren zu beschäftigen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbusse von drei bis fünfundzwanzig Gulden und von einem bis zu drei Tagen Gefängniss, einzeln oder mit andern zusammen bestraft. — Der Artikel fünf macht das Verbot des ersten Artikels nur anwendbar bei Kindern unter zehn Jahren, während des ersten Jahres seit der Publication des Gesetzes, und bei Kindern unter elf Jahren während des folgenden Jahres.

Indessen hatte die I. A.-A. einmal Wurzel gefasst und gab auch bald einen eclatanten Beweis ihrer Existenz.

Am 1. April 1872 wurde der 300jährige Gedenktag der Unabhängigkeit Hollands gefeiert. Dies gab der I. Anlass zum Protest. Die internationale Schmiede-Vereinigung „Recht für Alle“ annoncirt in der „Toekomst“ und im „Werkman“ auf die Einladung des Fest-Comité's zur Mitbetheiligung, dass sie an der Feier des 1. April nicht die Ehre haben werde, Theil zu nehmen, sondern das Feiern so lange vertagen müsse, bis „die Freimachung

der Arbeiter auf sittlichem und gesellschaftlichem Gebiete verwirklicht sein werde.“ — Zugleich machte sich die Socialdemokratie lustig über den Vorschlag, bei der Festfeier des 1. April einen öffentlichen Versuch zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechtes ins Werk zu setzen. — Die Amsterdamer Lithographen erklärten, dass sie am Nationalfeste nicht Theil nehmen werden, weil die Internationale Arbeiter-Association, der sie angehöre, zur Aufgabe habe, die Verbindung nicht allein unter den niederländischen Arbeitern, sondern mit den Arbeitern der ganzen Welt herbeizuführen und derartige Nationalfeste auf das Gegentheil dieses Ziels hinauslaufen. Erinnert an die Haltung der deutschen Socialdemokraten gelegentlich des Sedanfestes 1874.

Zwar folgten sich 1872 zahlreiche Strikes in Holland, müssen aber wohl nicht viel der I. genutzt haben, denn der G.-R. klagt am 9. März 1873, dass die Ausbreitung nur langsam vor sich gehe, da „die nationale Gesinnung noch stark ist,“ doch sei das Wachsthum unverkennbar. Ein Propaganda-Comité sei thätig auf dem Lande und in den kleinen Städten. In Amsterdam bestanden 1873 im Frühjahr noch 10 Vereine mit 1800 Mitgliedern. Verhältnissmässig wenig genug. Im December 1872 lud das Central-Bureau des „Allgemeinen Niederländischen Arbeiter-Bundes“ die sämmtlichen Arbeitervereine Niederlands zur Centralisation ein, „in der Erkenntniss, dass das vereinte Denken, Handeln und Wirken der verschiedenen Kräfte des Landes vor und bis zur Lösung der grossen Tagesfragen bezüglich der Arbeiter eine Nothwendigkeit ist.“

Von 256 bestehenden Vereinen gaben nur 25 der Aufforderung Gehör und später fand die Idee der Centralisation im Verein Widerstand. Doch ist hier der Anfang zur Bildung einer holländischen Arbeiterpartei gemacht, welche um so mehr Bestand haben wird, als sie mässig auftritt. Auf den Congressen vermeidet man möglichst die Feststellung allgemeiner Principien. Der Verein hatte 1874 ca. 5000 Mitglieder. In Amsterdam gehören ihm vierzehn, in Rotterdam drei, in Friesland sechs und im übrigen Lande fünf Abtheilungen an. Derselbe war vertreten auf dem Cooperativen Congresse in Utrecht, wo sich Gebildete ebenso wie Arbeiter an der Debatte betheiligten. Seine Congresse wurden von aufrichtigen Volksfreunden besucht. Seine Bestrebungen von Allen, mit Ausnahme der meisten Arbeitgeber, gebilligt. Jedes Mitglied trägt 4 Sgr. 4 Pf. pro Jahr bei. Am stärksten und selbstständigsten sind die Vereine in Friesland, schon längst zu einem Provinzialverbande verbunden. Man kämpft für den zehnstündigen Normalarbeitstag und natürlich gelegentlich um Lohnerhöhung, treibt aber gleichzeitig eine energische politische Agitation und benutzt das Mittel der Antragstellung und Petition an den Landtag. Obschon die bedeutendsten Vereine sich dieser Centralisation nicht angeschlossen haben, folgen sie doch den von dort gegebenen Impulsen. Im Uebrigen versammeln sich noch immer jeden Sonntag Nachmittag die Socialdemokraten in Amsterdam und genehmigen die

Petitionen der Bürger Ris und Gerhardt an den König und an die städtische Vertretung, die dann geräuschlos in den Papierkorb wandern. Auch existirt in Amsterdam ein socialdemokratischer Schlächter-Gesellenverein.

Ein von der I. A.-A. 1874 in London gegründetes Blatt, „Die Niederlande," konnte sich nicht halten und ging bald wieder ein.

Obschon also die I. A.-A. nicht eine starke Anhängerschaft hat, so ist sie immerhin vertreten und die einmal gewonnenen Anhänger gehören ihr um so treuer an. Das zeigte sich deutlich, als im Herbst 1873 1600 Cigarrenarbeiter ausgesperrt wurden, weil sie nicht aus der I. A.-A. austreten wollten. Sie wurden namentlich von England — mit 18,000 Thlr. — unterstützt und wanderten lieber aus, als dass sie ihren Verein aufgegeben hätten. „Der Kampf der holländischen Cigarrenarbeiter," sagt der „Volksstaat," „gereicht dem gesammten arbeitenden Volk zur Ehre; nicht nur zeugt die Entschlossenheit, mit welcher die Ausgeschlossenen alle Entbehrungen ertragen, von jenem Muthe, den nur die Principienklarheit einflössen kann; die werkthätige Theilnahme der Gewerksgenossen der andern Länder ist ein eminenter Beweis, dass der Gedanke von der internationalen Zusammengehörigkeit des Proletariats in die Massen eingedrungen ist. Und dieser Gedanke wird das Proletariat zum Siege führen!"

Die Arbeiterbewegung in Holland ist mithin zwar keine Besorgniss erregende, aber immerhin existirt sie und zeigt die Anlage zu ruhigem Wachsthum.

Es ist bekannt, dass die Vläminger in Belgien nichts weniger als zufrieden mit der belgischen Regierung sind. Sie fühlen sich zu den holländischen Stammesgenossen hingezogen, von denen sie nur die Religion trennt. Soweit die I. unter ihnen Boden gefasst hat, hat sie die Religion überwunden und nichts hinderte die nun religionslosen vlämischen und holländischen Internationalen, sich zu nähern. Dies hat stattgefunden. Ich lasse den einzigen Bericht, welchen ich hierüber besitze, folgen. Er ist der „Tagwacht" entnommen und stammt von Pfingsten 1873:

„Zu gleicher Zeit, als die Vertreter der schweizerischen Arbeiterschaft in Olten tagten und einen Bund zu gemeinsamer Wirksamkeit in ökonomischen Fragen feststellten — tagte in Amsterdam ein Congress von Demokraten oder richtiger gesagt: Socialdemokraten von Nord- und Süd-Niederland, um einen vorwiegend politischen Bund zu schaffen. Während aber in Olten verschiedene Sprachstämme desselben politischen Gemeindewesens sich vereinigten, kamen in Amsterdam im Local „Neerlands Werkman" die Angehörigen der niederländischen (holländischen und vlämischen) Sprache zusammen, aus zwei Ländern — aus Holland und Belgien.

Unter den vertretenen Vereinen sind auch die Internationalen von Amsterdam, Utrecht und Rotterdam. Obgleich der gegründete Bund nur als ein demokratischer bezeichnet ist (Demokratische Bond van Noord- en Zuid-Nederland), herrscht in dem Programm

ein durchaus socialdemokratischer Geist und wurde auch im Congress deutlich genug ausgesprochen, „dat die heeren democraten niet dan phrasenmakers zijn.“ Es wurde deshalb auch im ersten Punkte des Programms deutlich ausgesprochen: „Diese Bundesgenossenschaft setzt sich zum Zweck, die socialdemokratischen Begriffe und Principien zu verbreiten und das Volk für eine föderative Republik zwischen den Provinzen von Nord- und Süd-Niederland vorzubereiten.“ Zugleich wurde erklärt, „Anschluss an jede Bewegung von gleicher Richtung in Europa und darüber hinaus.“

Unter den Forderungen, welche in der Agitation geltend gemacht werden sollen, steht voran: „Directe Gesetzgebung durch das Volk. Radikale Trennung von Kirche und Staat. Confessionsloser Unterricht. Abschaffung der stehenden Heere, statt dessen „volksweerbarheit.“ Organisation der Arbeit durch den Staat. Obligatorischer Schulunterricht, wissenschaftlich und unentgeltlich für alle Stufen u. s. w.“

Die Bundesgenossenschaft theilt sich in Sectionen, welche mindestens zehn und höchstens fünfzig Mitglieder zählen. Dadurch soll eine Gruppirung nach Belieben ermöglicht werden. Jährlich werden zwei Congresse abgehalten, zu Pfingsten und „Kersmis“ (Kirchweih). Als Organ wurde das in Antwerpen erscheinende Wochenblatt „Het Vrije Volk“ (das freie Volk) angenommen. Ein vlämisches demokratisches Blatt wird mit dem ebengenannten verschmolzen. Der diesjährige Kirchweih-Congress wird in Gent abgehalten. — Die internationale Section Utrecht trat sofort in ihrer Gesammtheit der Bundesgenossenschaft bei und ist auch zu hoffen, dass die vlämischen Sectionen Belgiens durch diesen Bund bald ihrer bakuninistischen politischen Indifferenz entrissen werden.“

Die holländische Presse kenne ich nur aus Referaten, da ich der holländischen Sprache nicht mächtig bin. Hiernach existirten oder existiren:

† „De Tockomst“ (Zukunft), erschien dreimal wöchentlich und kostete p. Post franco 1 Thlr. $3^1/_2$ Sgr. p. Q.

† „De Vryheid“ (Freiheit), Monatsschrift, kostete 24 Sgr. pro Quartal.

† „De Neederlande,“ erschien 1874 in London. — Alle sind eingegangen.

Es sollen noch existiren und gelesen werden:

1. „De Werkmann“—„Arbeiter,“ Organ für Arbeitervereine, erscheint jeden Samstag zu Amsterdam; Redacteur unbekannt; Preis pro Quartal 12 Sgr. Motto des Blattes: „Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.“ „Die Befreiung des Arbeiters kommt diesem selbst zu.“ Die Sprache ist für den Arbeiter höchst geeignet: es erstrebt für diesen: 1) Erhöhung des Lohnes, 2) Verminderung der Arbeitszeit, 3) keine Frauenarbeit, 4) keine Arbeit von Kindern unter 14 Jahren. — Für die Jugend wird besonders auf guten Unterricht gedrungen, „aber nicht auf den Unterricht der jetzt gegeben wird, um stets so sklavisch unterthan gegen Höhere zu sein: nein, ein Unterricht, der uns lehrt,

dass der Wohlhabendere von dem Handwerksmanne lebt. Das Blatt dringt sehr auf Vereinigung; denn, wenn wir einmal vereinigt sind, wer will uns dann hindern, jenen Zustand ins Leben zu rufen! Wir sind ja die Erzeuger der ganzen Gesellschaft. Ohne die Arbeiter kann Nichts zu Stande gebracht werden. Der Macher ist mehr werth, als das Gemachte: darum ist es auch nur billig, dass der Arbeiter die Rechte fordert, die ihm als Producent und als Mensch zukommen u. s. w.

2. „Asmodèè“ ebenfalls zu Amsterdam erscheinend, Wochenblatt für Scherz und Ernst, Redacteur M. A. von Brüssel. Geht dem besten Demokraten nicht aus dem Wege und fügt zu allem dem noch die beissende Lauge des Spottes, der sich nicht allein über die Gesellschaft im Allgemeinen, sondern auch schonungslos über Privatpersonen ergiesst. „Asmodée“ darf daher mit vollem Recht von „spanischem Pfeffer“ hinsichtlich seiner Artikel reden.

3. „De Werker“—„Arbeiter“ (zwar belgisch, aber für die holländische Internationale mitberechnet und viel hier abgesetzt), Organ der vlämischen Abtheilung des „Internationalen Arbeitervereins“. Mathe wie bei Nr. 2 Wochenblatt. Preise für Niederland: fl. 2,50; — erscheint zu Antwerpen; Redacteur nicht genannt. — Dies Blatt ist mit grosser Heftigkeit geschrieben, es zieht gegen Liberale und Klerikale zu Felde; erstere vom Adel, „neue Reiche“ genannt, behaupten, dass ohne Capital nie Arbeit gewesen sein würde, dem natürlich „de Werker“ das Gegentheil vorhält und sagt, die Liberalen hätten den Arbeitern Alles gestohlen, worauf diese als Menschen ein Recht hätten; die Klerikalen sind dem „Werker“ Leute, welche behaupten, etwas mehr zu sein, als andere Sterbliche; sie werden durch den Adel repräsentirt, der sich mit Nichtsthun beschäftigt, weil es ihm nicht gestattet ist, industrielle Unternehmungen zu betreiben, da ihre Stammväter Wappenschilden mit Einhornen, halben Löwen, meistens abèr mit Eseln führten etc. etc. — Die I. A.-A. sei berufen, das Alles zu ändern.

4. „Het Volksblad“ zu Rotterdam ist das schon erwähnte Blatt des Professors Dr. de Bosch.

5. Der „Arbeiterfreund,“ 6. der „Handwerker“ und 7. „De Standaart des Volkes.“ 8. „Het frije Volk“ sind mir nur dem Namen nach bekannt.

## Spanien und Portugal.

Spanien ist das zweite Land, in welchem die Socialdemokratie, die Waffen in der Hand, ihren „Volksstaat" herzustellen versucht hat. Die Sache ist um so interessanter, als wir es hier hauptsächlich mit dem zweiten Hauptzweige der Internationale zu thun haben, mit dem Bakunin'schen, der föderalistische, nicht centralisirende Tendenzen hat. Und dies ist auch sehr erklärlich, denn der Föderalismus ist in Spanien — ähnlich wie in Deutschland, ein historisch wohl begründeter.

Die alte Eintheilung Spaniens umfasst vierzehn Staaten oder Königreiche. Durch Napoleon I., der im Jahre 1808 in das Land einfiel, wurde das System der Zertheilung auf die Halbinsel in Anwendung gebracht, das die Wirksamkeit der Centralregierung zu erleichtern bestimmt war; dasselbe zerriss die Staaten ganz planlos in Departements. „Man hat in Frankreich herumgeschnitten, wie in einem Stücke Tuch," sagte Mirabeau, der grosse Revolutionär von 1789. Ganz in derselben Weise ging es auch über Spanien her. Nach dem Tode Ferdinand VII. trat eine Aenderung ein, durch welche die Zerstückelung auf neunundvierzig Provinzen zurückgebracht wurde. — Bei dieser neuen Eintheilung machte man aus Neu-Castilien, das 1,500,000 Bewohner zählte, fünf Provinzen (Madrid, Toledo, Ciudad-Real, Cuença und Guadalajara); — aus Estremadura zwei (Badajoz und Caceres) mit 700,000 Seelen; — aus dem Königreich Leon fünf (Leon, Palencia, Valladolid, Salamanca und Zamora), 1,200,000; — aus Galicien vier (La Corunna, Lugo, Orense und Pontevedra, 1,800,000; — aus Alt-Castilien sechs (Burgos, Santander, Logrogno, Soria, Segovia und Avila), 1,300,000; — aus den baskischen Provinzen drei (Biscaya, Alava und Guipuzcoa), 450,000; — aus Aragonien drei (Saragossa, Huesca und Teruel), 900,000; — aus Catalonien vier (Barcelona, Gerona, Lerida, Tarragona), 1,750,000; — aus dem Königreich Valencia drei (Valencia, Castellon, Alicante), 1,300,000; aus dem Königreich Murcia zwei (Murcia, Albacete), 600,000; — aus dem Königreich Granada drei (Granada, Malaga und Almeria), 1,250,000; — aus Andalusien fünf (Cordova, Jaën, Sevilla, Huelva und Cadix), 1,800,000. — Die beiden Asturien (550,000) und Navarra (300,000) wurden nicht getheilt. — So bilden also vierzehn Staaten, mit den Balearen (270,000) und den Canarischen Inseln (240,000) das spanische Reich. Und der Thatsache nach sind die Menschen-

racen so scharf getrennt geblieben, dass man mit aller Bestimmtheit sagen kann, es habe nie eine spanische Einheit gegeben. Da diese Racen-Verschiedenheiten einmal vorhanden sind, so darf man sich nicht darüber wundern, dass sich unter denselben ein unwiderstehliches Bedürfniss kund giebt, zu einer unabhängigeren Organisation zu gelangen, als die ist, welche ihnen seit drei Jahrhunderten aufgezwungen wurde. Ich glaube bestimmt, dass man sich über den Ursprung der spanischen Nation vollständig täuscht, wenn man sagt, sie sei eine lateinische geblieben. Die Römer hatten die Halbinsel sechshundert Jahre in Besitz, die Gothen drei Jahrhunderte, die Araber sieben Jahrhunderte lang, und in der Vermischung dieser drei Racen, die auf den alten iberischen Stamm gepfropft wurden, hat offenbar die arabische Race der gegenwärtigen Race das Meiste von ihrem Charakter gegeben. Ohne Zweifel hat die lateinische Sprache zur Bildung des castilianischen Dialektes mehr beigetragen; aber ist es nicht das Vorrecht der leichten Sprachformen, dass sie allgemeiner angenommen werden? — Alle jene kleinen arabischen Königreiche, die in Granada, in Toledo, in Saragossa, in Leon errichtet wurden, waren nur Theile der maurischen Herrschaft, die sich alle von einem Reiche loslösten, das zum Haupte einen Statthalter des islamitischen Kalifates hatte. Sie waren von verschiedenem Ursprung, nach den Zeitaltern, in denen sie entstanden, nach den Einwanderungen, die ihnen ihren Menschenbestand geliefert hatten: Araber aus Yemen, Mauren aus Marokko, Kabylen aus Djurjura, oder Berbern vom Riff. — Indem sie Alle nach einem gemeinsamen Ziele strebten und im Einklange mit einander handelten, bildeten sie die sarazenische Föderation, wie später die verschiedenen spanischen Königreiche unter dem Scheine einer Monarchie, die mehr Willkürliches als Regelmässiges besass, eine Union der spanischen Länder bildeten. So entfernt dieses Zeitalter auch ist, so ist die Föderation nichts desto weniger im Geist und in den Ueberlieferungen der verschiedenen Völker erhalten geblieben, als die natürliche Form für die Verwaltung der Halbinsel, und obgleich sich die Spanier durch die Anstrengungen der modernen Staaten ein wenig in die Einheit hineingefunden haben, so haben sie doch eine gewisse selbstständige Lebenskraft bewahrt, die sich heute im gewaltsamen Zurückfordern der Selbstgesetzgebung offenbart.

Auch ist die gegenwärtige Bewegung nicht bloss eine der Provinzen oder Gemeinden, die nur ihre Provinzial- und Gemeinde-Angelegenheiten selbstständig verwalten wollen, sondern sie hat alle Eigenschaften einer separatistischen Bewegung, da der kleinste District, ja die geringste Gruppe das Recht beansprucht, ausserhalb des Föderalstaates zu stehen, da jede Stadt eine Hauptstadt sein will. So weigert sich Lorca, der cantonalen Autorität von Murcia Folge zu leisten; Alicante will nicht in den Canton Valencia einverleibt sein.

Bei einem solchen, durch die Geschichte Spaniens begründeten

Zustande des Landes kann es nicht Wunder nehmen, wenn hier Bakunin Marx aus dem Felde schlagen musste.

Verwunderbar ist nur die über alle Begriffe schnelle Entwicklung des Socialismus in Spanien. Und noch wunderbarer, dass er hier sofort auch die Landarbeiterschaft mit ergriffen hat. Freilich haben die ewigen Revolutionen ihm trefflich vorgearbeitet. Ist doch die sociale Revolution die letzte, die Krone aller. Die Dynastie brachte das Legitimitätsprincip selbst in Misscredit durch die geänderte Thronfolgeordnung, die der Vater von Isabella einführte. Die Kämpfe der Carlisten und Christinos schadeten dem monarchischen Princip überhaupt. Die schwache und an Intriguen reiche Frauenregierung führte zum Parteikampf, den keine starke Hand dämpfte. Die angestammte Dynastie fiel, wohl nicht ohne Schuld des orleanistischen Zweiges. Die Installirung einer neuen Dynastie aus Savoyen erwies sich als nicht lebensfähig. Es ist ein Unsinn, heut zu Tage noch Monarchien gründen zu wollen. Die bestehenden kann und soll man conserviren, so wie das patriarchalische Verhältniss zwischen Arbeitern und Arbeitgebern da, wo es besteht; neu schaffen lassen sich solche Verhältnisse heut zu Tage nicht mehr. Ein erwachsener Mann kann nicht von einem „pater“ adoptirt werden, den er in seiner Kindheit nie als solchen respectiren und lieben lernte. Das sind historisch gewordene Verhältnisse. Die extemporiren wollen, verräth eine gänzliche Verkennung des geschichtlichen Zeitabschnittes, in dem wir leben: Die europäischen Völker sind keine Kinder mehr, — sie haben leider hier und da etwas entschieden Greisenhaftes.

Jene Revolutionen haben die Armee gründlich ruinirt. Der Gehorsam ist verschwunden. Das Beamtenthum, das heute diesem Monarchen, morgen jenem und endlich dieser, dann der Republik schwören musste, das überhaupt schlecht und oft gar nicht bezahlt wurde, ist ebenfalls unzuverlässig. Die besitzenden Klassen theilen sich in Politiker von Profession, die ein Geschäft aus den Verschwörungen machen, und in reine Geschäftsleute, die unter allen Umständen möglichst schnell möglichst viel Geld zu machen suchen.

Die Arbeiter leben im grössten Elend. Sind übrigens bald von dieser, bald von jener Partei in deren Interesse auf die Barrikaden gesetzt worden. Was Wunder, dass sie nun auch in ihrem eigenen Interesse dieselben besteigen?

Die „Internationale“ kannte ihr Terrain. Am 8. September 1868 erklärte der G.-R. auf dem Congress zu Brüssel: „Eine Revolution ist in diesem Lande unausbleiblich, und die Arbeiter werden hier, wie in allen übrigen Ländern, die vereinigte Macht des Staates und der Kirche über den Haufen werfen, um eine neue Gesellschaft zu gründen auf der Basis der Gerechtigkeit und der Arbeit.“

Am 20. September wurde Isabella vertrieben!

Das überaus thörichte Vorgehen der Liberalen — in allen Ländern — gegen jede Kirche, gegen jede Religion, hat sich in

Spanien schwer an der bürgerlichen Gesellschaft gerächt. Die Kirche ist eine Macht, welche auf den Arbeiter am längsten den Einfluss behält. Der liberale Staat in Spanien, und seit Isabella's Vertreibung haben dort nur Liberale geherrscht, hat sich die Kirche Spaniens tödtlich verfeindet: die Kirche verhielt sich nun passiv, liess den Agenten der Internationale das Terrain frei, — und der Erfolg war ein auffallender; obschon 1869 die ersten Sectionen dort gegründet wurden, zählt die Internationale — beider Linien — jetzt ihre Anhänger nach Hunderttausenden. Und wie ein Blitz zuckte im Sommer 1873 der socialistische Aufstand durch Spanien. Kurz aufeinander folgten die Aufstände in San Lucar, Cadix, Sevilla, Malaga, Cartagena, Alcoy, Barcelona, Saragossa. Es scheint eine bittere Wahrheit in dem zu liegen, was ein Amerikaner an ein heimisches Blatt aus Spanien kürzlich schrieb: „In Spanien muss man Achtung haben vor dem gemeinen Mann. Die Mittelklasse dagegen, die Leute, welche feine Röcke und Hüte tragen, sind keinen Schuss Pulver werth. Dieses niederträchtigste Volk ist es, welches das Land dahin gebracht hat, wo es ist, und das jetzt seine Sünden büsst — aber doch nicht zur Einsicht kommt, noch kommen wird . . . Es geht uns wie in Frankreich.“

Werfen wir nun einen Blick auf die Arbeiter-Bewegung Spaniens!

Im Jahre 1866 beschäftigte man sich noch mit der Gründung von Hülfs- und Unterstützungsvereinen und Productiv-Associationen. Der „Obrero“ leitete diese Bewegung. Noch hatte die I. A.-A. keinen Einfluss.

Die Septemberrevolution des Jahres 1868 hatte aber die Wirkung, dass die von den Liberalen zu früheren Revolten benutzten Arbeiter alsbald den Sendlingen von Marx ein geneigtes Ohr liehen. Sofort nämlich sandten die französischen und italienischen Republikaner und Socialisten Vertrauensmänner nach Spanien, um dort zu „organisiren.“ Der Central-Rath von Genf erliess am 8. October eine Proclamation an die spanischen Republikaner, welche „Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Nationalmiliz“ forderte. Am 21. October erliess der G.-R. der I. A.-A. eine lange Proclamation an die „Arbeiter Spaniens.“ Sie begann:

„Brüder! das Volk Spaniens hat die Königin Isabella fortgejagt. Wir glauben zuversichtlich, dass dieses Volk die Wiederherstellung des Königthums nicht dulden wird. — Das Volk Spaniens wird vielmehr die Republik proclamiren, gegründet auf die freie Vereinigung selbstständiger Provinzen, da dieses die einzige Regierungsform ist, welche der Volksfreiheit wirklichen Schutz gewährt und den Uebergang zu einer neuen und gerechten Gesellschaftsform ermöglicht. — Ihr selbst, werthe Freunde, müsst kräftig Hand anlegen, auf dass diese Revolution durchgeführt werde, dass sie nicht bloss eine politische, sondern eine sociale sei, in dem Sinne, dass das Proletariat Europa's und Amerika's allerorten fest vereinigt, der Unordnung wie der Ungerechtigkeit der herrschenden Bourgeois-Civilisation durch eine Weltrevolution ein Ende mache. — Eine rein politische Umwälzung kann dem Volke nimmer mehr die volle Freiheit bringen, noch es aus dem Zustande materieller wie moralischer Versunkenheit retten, in welchem die Bevor-

rechteten es heute noch so gerne erhalten möchten, wie sie es zu allen Zeiten systematisch gethan haben. Möge das arbeitende Volk, das sich an so manchen politischen Umwälzungen betheiligte, diese Erkenntniss endlich erfassen und festhalten; wahrlich, es hat sie theuer genug erkaufen müssen! Heutzutage muss es feststehen: dass politische Freiheit ohne politische Gleichheit ein Unsinn ist, und dass wiederum politische Gleichheit ohne ökonomische Gleichheit nur ein Schwindel, ein Fallstrick ist. In der Schweiz besteht die Republik seit Jahrhunderten, und doch hat diese politische Freiheit dem Elende des Arbeiterstandes nicht gründlich abhelfen können. — Freiheit ohne wirkliche Gleichheit kommt nur den Reichen zu Gute. Für die Arbeiterklasse, die von jeher nur der Fussschemel für den Ehrgeiz der Vornehmen und die ergiebige Mine für ihre habsüchtige Ausbeutung war, für die Arbeiter kann und darf diese Freiheit ohne Gleichheit nur den Werth haben, dass sie uns als Hebel diene zum Sturze der gegenwärtigen Gesellschaft, aus deren Trümmern eine neue Weltordnung erstehen muss, die allen Klassen, allen Menschen ökonomische und gesellschaftliche Gleichheit sichert. — Wahre Gleichheit besteht darin, dass Alle gleiche Rechte haben, dass Alle gleichberechtigte Miteigenthümer des von den vergangenen Geschlechtern erschaffenen Kapitalreichthums sind. Nur diese Gleichheit kann Jedem das erste und unveräusserlichste aller Menschenrechte gewähren, das Recht zu leben, und diese Gleichheit kann nur durch den Umsturz unserer jetzigen gesellschaftlichen Einrichtungen herbeigeführt werden. — Vorwärts darum zur socialen Revolution!"

Sehr gut unterrichtet, wie Marx ist, hatte er schon eine Kenntniss von der kommenden Revolution, wie aus dem oben angeführten Passus aus dem Bericht des G.-R. hervorgeht. Auch war schon ein Spanier auf dem Congress zu Brüssel, Herr Sarro Magallan aus Barcelona.

Am 2. März 1869 entstand in Barcelona unter Leitung von Pellicer die erste Section der I. A.-A. und zugleich das Blatt „Federacion." Darauf entstand in Madrid eine Centralsection. Diese beantwortete jenen Aufruf des G.-R. Die Antwort beginnt: „Brüder! Beim Empfang Eurer Adresse zuckte unser Herz vor Freuden und unser Geist hob sich bei Anhörung der Ideen, die Ihr uns auseinandersetzt, und mit denen wir vollkommen übereinstimmen." Ferner erliess sie einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in der sie kühn die Consequenz aus dem von den Liberalen proclamirten „Recht der Revolution" zog. In der That! Haben Advocaten, Generäle und Banquiers das Recht, eine Königin zu verjagen, — warum sollten nicht Arbeiter die liberalen Zaunkönige verjagen, die sich an deren Stelle setzen? Es hiess in dem Aufruf: „Unser Vaterland, unsere Religion ist die Menschheit!... Die Welt gehört der Menschheit, die auf ihr arbeitet und lebt... Gedenken wir immer, dass Könige nicht die einzigen Tyrannen der Erde sind" u. s. w.

Das Centrum zu Madrid unter Bernardo Perez, Thomas Gonzales, Morago und Fr. Mora gab „La Solidaridad" heraus. Die Section Barcelona richtete am 2. Mai 1869 eine Adresse an die englischen und amerikanischen Internationalen, worin sie sich dem G.-R. unterordnete.

Die Entwicklung des Socialismus in Spanien ist auch deshalb lehrreich, weil sie zeigt, wie ohnmächtig blosse Polizei- und Regressivmassregeln sind. Schon 1869 ging man „energisch" gegen die I. vor. Vergebens! Der Klerus legte die Arme in den Schoos und liess die Polizei allein fechten, — und die war zu schwach.

Im December 1869 schloss sich eine Section in Palma auf der Insel Majorka an. Dort erschien die „Justicia Social." Der Baseler Congress der I. A.-A. wurde beschickt. Einer der Delegirten berichtete, dass in Barcelona 38 Sectionen mit 7081 Mitgliedern organisirt seien. Das Centrum war — entsprechend dem spanischen Charakter — föderativ, ohne Präsidenten. In ganz Spanien gab es im September 1869 schon 195 Sectionen mit 20,000 Mitgliedern; Catalonien und Andalusien waren vornehmlich von der Bewegung ergriffen. Es gelang, einen Internationalen in die constituirende Cortes zu bringen.

Am 6. Januar 1870 folgte der definitive Anschluss der spanischen Föderation an die I. A.-A. In Castonoli, Provinz Barcelona, wurde die erste Section der Feldarbeiter gegründet. In Granada erschien „El Rebeldo" (Der Rebell). Am 28. Juli 1870 erliess der Central-Rath der Sectionsgruppe spanischer Sprache ein Manifest gegen den Krieg. Es hiess darin:

„Arbeiter!" Wieder einmal haben die Tyrannen beschlossen, dass die Völker sich im Kriege abschlachten sollen. Weshalb? Wollte vielleicht der preussische Arbeiter dem französischen die Frucht seines Fleisses nehmen, oder bedrohte der französische Arbeiter den preussischen? Gewiss nicht. Wer erklärte denn den Krieg? Zwei Tyrannen. Und wer hat alle die unseligen Folgen zu tragen, ja wer hat so recht eigentlich den Krieg zu machen? Das arme Volk hüben und drüben. Wie heisst denn das mächtige Zauberwort, mittelst dessen es gelang, Tausende von Menschen gegen ihre Brüder zu hetzen, entgegen ihrem eigenen Vortheil und zur Vertheidigung ihrer Tyrannen? Es war der heilige Ruf „Vaterland!" Verflucht sei darum das sogenannte Vaterland! Verflucht hunderttausendmal dieses Vorurtheil!"

Nachdem dann weiter ausgeführt worden ist, wie dieser Krieg der Völkerverbrüderung, der Lösung der socialen Frage verderblich sei, schliesst der Aufruf mit den Worten:

„Arbeiter der ganzen Welt! Alle Tyrannen und alle Bevorrechteten Europas sehen im Kriege ein Mittel zur Entzweiung und Unterdrückung des armen Volkes, und deshalb rufen sie: „Es lebe der Krieg" — Wir dagegen protestiren gegen den Krieg! — Dieser Krieg wird von beiden Seiten gegen die Revolution geführt. Gegen diese Verschwörung der Privilegirten gegen die Interessen der Arbeiter protestiren wir, der Centralrath der Sectionsgruppe spanischer Sprache des internationalen Arbeiterbundes in unserm Namen, wie in dem aller Mitglieder der Gruppe. Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Friede! Es lebe die Arbeit! Es lebe die Gerechtigkeit!"

Aehnliche Proteste wurden noch besonders erlassen von den Localausschüssen der Internationale zu Madrid, Barcelona und andern grössern Städten Spaniens.

Als der König Amadeus den spanischen Boden betrat, erliess

Suner y Capdevila ein „Manifest an seine Wähler," das die I. sich aneignete. Dies Schriftstück schliesst:

„Mir bürgt das Bewusstsein, fest und treu stets dieselben Ideen vertreten zu haben, die ich heute noch vertrete, dafür, dass ich sie auch künftighin vertreten werde, und so rufe ich denn in diesem verhängnissvollen Augenblicke unseres politischen Lebens, in dieser ernsten Krisis, durch die wir hindurch müssen, lauter als je: Dass die Religion und Monarchie die beiden Ursachen aller Uebel sind, an denen die Menschheit leidet, und dass keines dieser Uebel geheilt werden kann, so lange jene beiden Institutionen fortbestehen. Die Soldaten mit dem Könige und die Pfaffen mit dem Papste an ihrer Spitze, jene das Volk unterdrückend, diese es verdummend, sind unverträglich mit jeglicher Freiheit. — Und da, was ich will, die Freiheit ist, und die Freiheit nach meiner tiefsten Ueberzeugung nur in der Föderativ-Republik sich entwickeln und Wurzel fassen kann, so rufe ich heute, da die Freiheit im Sterben liegt und die Republik bereits gestorben ist, nach Art der alten Höflinge, welche schrien: „Der König ist todt! Es lebe der König!" — „Die Republik ist todt! Es lebe die Republik!"

Der Mann hat in so fern Recht, dass, wo die Religion todt ist, die Revolution unsterblich wird. Die Geschichte hat ihm Recht gegeben.

Der Minister Sagasta verfolgte die I. Nun erliess der spanische Föderalrath ein drohendes Manifest an den Minister, in dem es heisst:

„Die internationale Association der Arbeiter hat es unternommen, in klarer Weise das Problem der socialökonomischen Emancipation des Proletariats aufzuwerfen. Diese machtvolle Association bezeichnet den Eintritt der Arbeiter in das Leben der Intelligenz. Ermüdet von der rein materiellen und mechanischen Rolle, welche ihnen in der Gesellschaft zugetheilt ist, haben sie erkannt, dass die socialen Unterschiede, weit entfernt, in der Natur begründet zu sein, nichts sind, als Producte von Irrthümern und Uebereinkommen, welche der Vernunft gegenüber keinerlei Werth haben. Deshalb protestiren die Proletarier, indem sie sich als Menschen fühlen gegen eine sociale Organisation, welche die Menschen in zwei Gruppen trennt: die eine Herren, reich und gebildet, die andere Sclaven, elend und unwissend. Das Recht, welches die Arbeiter haben, ihre vollständige Emancipation zu verwirklichen, ist auf die Natur selbst gegründet; ausserdem dass es natürlich ist, ist es gerecht, und es muss gesetzlich sein, wenn das Gesetz nicht ein dem unglücklichen Proletarier ins Gesicht geschleuderter Hohn sein soll. . . . Die alte Aristokratie ist zerstört und der Mittelklasse ist es gelungen, deren Platz einzunehmen und die arbeitende Klasse, das Proletariat, zu ihrem niederen Vasallen zu machen, so dass dieses die schwere Last der beiden andern Klassen auf seine ermüdeten Schultern drücken fühlt; wer sieht nicht, oder kann nicht sehen, dass in den Prärogativen und Privilegien des Capitals eine Umwandlung der alten Adelsfeudalität in die capitalistische Feudalilät vor sich gegangen ist; wer sieht nicht mit einem Wort, dass diese letztere in hartnäckiger und verhängnissvoller Weise die Pflichten von den Rechten zu sondern pflegt, indem sie sich die letzteren vorbehält und das ganze Gewicht der ersteren auf die Arbeiter fällen lässt; — das Prolelariat hat die frevelhafte Blindheit erkannt, welche diese Klasse, gestern unsere Schwester, heute unsere grimmigste Feindin, irre führt, und hat geglaubt, dass es die absolute Nothwendigkeit gebiete, Jedem zu geben, was man ihm schuldet, nicht

mehr, nicht weniger, oder wie wir es selbst formuliren, dass Jeder das gesammte Product seiner Arbeit erhalte: was in dieser Weise viel klarer ausgedrückt ist, weil es etwas ist, das man nicht oft genug wiederholen kann, dass der, welcher consumiren oder geniessen will, die Pflicht hat, in demselben Verhältniss zu produciren, wie er consumirt. . . . Das sind die Bestrebungen der „Internationale“; darum hat sich die arbeitende Klasse, endlich einmal ihre Interessen und ihr erhabenes Ideal verstehend, unter ihrem Banner geschaart, ohne sich um die Gefahren zu kümmern, welche die Verwirklichung dieser Absicht mit sich bringt. Wenn die „Internationale“ die Gerechtigkeit zu realisiren im Begriffe ist und sich der Glaube dem entgegenstemmt, so steht die „Internationale“ über dem Gesetz. Die Arbeiter haben das unveräusserliche unleugbare Recht, ihre Organisation zu Ende zu führen und ihre Bestrebungen zu verwirklichen. Sie werden es thun mit dem Gesetz oder trotz des Gesetzes.“

Ein Aufruf an die „Arbeiter und alle ehrlichen Leute“ schliesst: „Wenn die I. A.-A. Gerechtigkeit schaffen will, so steht die Internationale über dem Gesetze. Die Arbeiter haben ein unleugbares, undiscutirbares Recht, ihre Organisation zu gutem Ende zu führen und ihre Bestrebungen ins Werk zu setzen. Sie werden ihr Ziel erreichen mit dem Gesetze oder gegen das Gesetz.“ — Dass dies keine leere Drohung war, hat die Geschichte bewiesen.

Im Herbst 1871 brachte die Madrider Regierung einen Gesetzentwurf gegen die I. ein, der nach langen Debatten zwar abgelehnt wurde, doch verfolgte die Regierung die I.

Mehr bezeichnend für den Mann, ein Prototyp des gemeinen, grosssprecherischen Bourgeoisie-Liberalismus, der nur so lange Freiheit im Munde führt, bis er selbst herrscht, ist es, dass Castelar die Regierungsvorlage in einer glänzenden Rede bekämpfte, aus principiellen Gründen natürlich. Wo seine Principien endeten — bei seiner Dictatur — werden wir weiterhin sehen.

Am 16. Februar 1872 erliess Sagasta ein Rundschreiben an die Provinzial-Gouverneurs, indem es nach Schilderung der Tendenzen der I. heisst:

„Sehen Sie daher die „Internationale“ als ausgeschlossen von der Staatsverfassung und als dem Strafgesetzbuch unterworfen an, weil sie sich als Feindin der Sicherheit des Vaterlandes und als Verletzerin der öffentlichen Sicherheit erklärt hat, wegen ihrer Verneinung des Staates, des Eigenthums und der Familie; weshalb Sie denn in Allem, und selbst mit Anwendung der Gewalt, jede öffentliche Handlung verhindern müssen, die darnach strebt, ihre verbrecherische Organisation unter uns einführen zu wollen. Sie müssen ihre Anstifter sogleich verhaften lassen und den Gerichten überliefern. Die Regierung Sr. Majestät hofft jedoch, dass Sie, wie es billig ist, anderseits die freie Ausübung des Associationsrechts wegen aller erlaubten Zwecke der menschlichen Thätigkeit ehren und jede bestehende oder sich bildende Gesellschaft, sie möge cooperativ oder irgend anderer Art sein, achten, begünstigen und beschützen, sobald eine solche Gesellschaft die Absicht hat, das Schicksal der arbeitenden Klasse zu verbessern, oder das vielleicht verschiedene, aber niemals entgegengesetzte Interesse der Fabrikanten und Arbeiter unter dem Bereich des Gesetzes in Einklang zu bringen. . . . So gross Ihr Bemühen sein muss, diesen Gesellschaften Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und beizustehen, eben so gross muss auch Ihre Sorgfalt sein, dieselben in ihrer Thätigkeit zu

studiren. Sie werden die augenblickliche Suspension einer Gesellschaft verfügen und dasselbe Kriterium auf dieselbe anwenden, womit die „Internationale“ gerichtet ist, sobald Sie die Gewissheit erlangt haben, dass die resp. Gesellschaft, wenn auch gesetzliche Formen und Absichten heuchelnd, in die „Internationale“ aufgenommen ist und eine Abtheilung oder Nebengesellschaft derselben bildet. . . .“

Endlich erliess die spanische Regierung ein Rundschreiben an alle ihre Vertreter bei den europäischen Regierungen, das zu gemeinsamer Action gegen die I. A.-A. aufforderte. Ich habe dasselbe nebst der Antwort des englischen Ministers Seite 158—60 im I. Bande wörtlich gegeben. Doch nutzte dies Alles nichts.

Während so die Regierung durch die Anwendung der Polizei die I. glaubte unterdrücken zu können, breitete sie sich weiter aus und gerieth ganz in die Hände des Verschwörers Bakunin. Der Erfolg war der Communistenaufstand von 1873. Es ist aber nothwendig, nun zu betrachten, auf welche Weise Bakunin Marx in den Hintergrund drängte. Ich thue dies an der Hand von Actenstücken, die der G.-R. der I. A.-A. am 21. Juli 1873 veröffentlicht hat.

Nach dem zu Bern abgehaltenen Congress der Friedens-Liga im September 1869 begab sich Fanelli, einer der Gründer der Allianz und Mitglied des italienischen Parlaments, nach Madrid. Er hatte Empfehlungen von Bakunin an den Cortes-Deputirten Garrido, welcher ihn mit einzelnen Republikanern, sowohl Bourgeois wie Arbeitern, in Verbindung setzte. Im November desselben Jahres schickte man von Genf aus Mitgliedskarten der Allianz an Morago, Cordova y Lopez (Republikaner, Cortes-Candidat, Redacteur des Bourgeoisblattes „Combate“) und Rubau Donadeu (Gründer einer pseudo-socialistischen Partei). Die Kenntniss von der Sendung dieser Karten brachte Verwirrung in die junge internationale Section zu Madrid; ihr Präsident, Jalvo, zog sich zurück, da er nicht einer Association angehören wolle, die in ihrer Mitte eine aus Bourgeois bestehende geheime Gesellschaft dulde und sich von ihr leiten lasse. — Bereits auf dem Congress zu Basel war die spanische Internationale durch zwei Allianzisten vertreten, Farga Pellicer und Sentinon, von denen der Letztere auf der officiellen Liste als „Delegirter der Allianz“ figurirt. Nach dem Congress der spanischen Internationalen (Juli 1870) setzte sich die Allianz in Palma, Valencia, Malaga und Cadix fest. Im Jahre 1871 wurden Sectionen zu Sevilla und Cordova gegründet. Im Anfang des Jahres 1871 schlugen Morago und Vinas, Delegirte der Allianz zu Barcelona, den Mitgliedern des Föderalraths (Francisco Mora, Angel Mora, Anselmo Lorenzo, Borrell u. s. w.) vor. . ., eine Section der Allianz in Madrid zu gründen; diese jedoch widersetzten sich dem, erklärend, die Allianz sei eine gefährliche Gesellschaft, wenn sie geheim, eine unnütze, wenn sie öffentlich wäre. Zum zweiten Male genügte schon die Erwähnung dieses Namens, den Keim der Uneinigkeit in den Schooss des Föderalraths zu werfen, so dass Borrell die prophetischen Worte aus-

sprach: „Von heute an ist jedes Vertrauen unter uns todt.“ Als jedoch die Verfolgungen der Regierungen die Mitglieder des Föderalraths zwangen, nach Portugal überzusiedeln, gelang es Morago, sie von dem Nutzen jener geheimen Association zu überzeugen, und auf ihre Initiative wurde die Section der Allianz zu Madrid gegründet. In Lissabon wurden einige Portugiesen, Mitglieder der Internationalen, von Morago in die Allianz aufgenommen. Da er jedoch fand, dass diese neuen Mitglieder ihm nicht genügende Garantien boten, gründete er ohne ihr Wissen eine andere Allianzisten-Gruppe, die aus Bourgeois- und Arbeiter-Elementen bestand. Diese neue Gruppe, zu der ein früherer Geistlicher, Bonança, gehörte, wollte die Internationale in Sectionen von je zehn Mitgliedern organisiren, die unter seiner Leitung den Plänen des Grafen von Peniche dienen sollten und die es diesem politischen Intriguanten gelang, in einen Aufstand zu verwickeln, dessen einziger Zweck war, ihm zur Macht zu verhelfen. Angesichts der allianzistischen Intriguen in Portugal und Spanien zogen sich die portugiesischen Internationalen von dieser geheimen Gesellschaft zurück und verlangten auf dem Haager Congress ihre Ausstossung aus der Internationale als eine Massregel des Gemeinwohls.

Auf der Conferenz der spanischen Internationalen zu Valencia (September 1871) gaben die Delegirten der Allianzisten, wie immer auch Delegirte der Internationale, ihrer geheimen Gesellschaft eine vollständige Organisation für die iberische Halbinsel. Die Mehrheit derselben war des Glaubens, dass das Programm der Allianz mit dem der Internationale identisch sei, dass jene geheime Organisation überall existire, dass es fast Pflicht sei, in dieselbe einzutreten, und dass die Allianz darnach strebe, die Internationale weiter zu entwickeln und nicht sie zu beherrschen; sie beschloss daher, alle Mitglieder des Föderalraths aufzunehmen. Kaum erfuhr dies Morago, der bis dahin nicht gewagt hatte, nach Spanien zurückzukehren, so kam er nach Madrid und erhob gegen Mora die Beschuldigung, „dass er habe die Allianz der Internationale unterordnen wollen,“ was das Gegentheil des Zwecks der Allianz sei. Und um dieser Meinung Autorität zu verleihen, gab er, im folgenden Januar, Mesa einen Brief Bakunin's zu lesen, worin dieser einen Plan zur Herrschaft über die Arbeiterklasse entrollte. Dieser Plan war folgender: Die Allianz muss zum Scheine innerhalb der Internationale, in Wirklichkeit aber in einer gewissen Entfernung von derselben bestehen, um sie besser beobachten und lenken zu können. Aus diesem Grunde müssen die Mitglieder, welche zu dem Rath oder den Comité's der internationalen Sectionen gehören, stets in den Sectionen der Allianz in der Minderheit sein. In einer Versammlung der Allianz erhob Morago gegen Mesa die Beschuldigung, dass er diese geheime Gesellschaft durch die Aufnahme sämmtlicher Mitglieder des Föderalraths verrathen habe, da dieses ihnen die Mehrheit in der allianzistischen Section verschaffe und thatsächlich die Herrschaft der Internationale über die Allianz begründe. Um diese Herrschaft zu verhindern, be-

stimmen die geheimen Instructionen, dass nur ein oder zwei Allianzisten sich in den Rath oder die Comite's der Internationale einschleichen sollen, um sie dann zu beherrschen unter Leitung und Hülfe der Allianz-Section, in welcher im Voraus alle Beschlüsse gefasst wurden, welche man der Internationale aufdringen wollte. Von diesem Augenblick an erklärte Morago dem Föderalrath den Krieg und gründete auch hier, wie in Portugal, eine neue allianzistische Section, die vor den Verdächtigen geheim gehalten wurde. Die Eingeweihten an verschiedenen Orten Spaniens unterstützten ihn und begannen den Föderalrath zu beschuldigen, dass er seine Pflichten gegen die Allianz vernachlässige, wie es ein Circular der Section der Allianz zu Valencia (30. Jan. 1872) mit der Unterschrift Damon (allianzistischer Spitzname Montoro's) beweist.

Als das Circular von Sonvillier ankam, hütete sich die spanische Allianz wohl, Partei für den Jura zu ergreifen. Der Föderalrath stimmte übrigens diesem Briefe bei, was zeigt, wie geringen Einfluss damals die Schweizer Centralbehörde der Allianz in Spanien besass. Doch bald konnte man merken, dass man nur Zeit zur Agitation vor dem Bruch gewinnen wollte. Am 24. Februar schrieb Rafar (allianzistische Maske für Rafael Farga) an die allianzistische Section zu Madrid: „Man muss die reactionären Einflüsse und die Autoritäts-Bestrebungen des Generalraths vernichten." Dennoch konnte die Allianz nur in Palma auf Mallorca von den Internationalen eine offene Zustimmungserklärung zum Jura-Circular erlangen. Angesichts dieser unterirdischen Arbeit begriff der spanische Föderalrath, dass es dringend nothwendig sei, sich der Allianz zu entledigen. Die Verfolgungen der Regierung boten ihm einen Vorwand. Um den Fall vorzusehen, dass die Internationale aufgelöst würde, schlug er vor, geheime Gruppen von „Vertheidigern der Internationale" zu gründen, in welche die Sectionen der Allianz unmerkbar aufgehen sollten. Die Einführung zahlreicher neuer Mitglieder musste den Charakter dieser Sectionen nothwendig modificiren, die dann definitiv nebst jenen Gruppen an dem Tage verschwinden sollten, wo die Verfolgung aufhörte. Aber die Allianz errieth den verborgenen Zweck dieses Planes und brachte ihn zum Fall, obwohl bei Ermangelung einer Organisation, wie die vorgeschlagene, die Internationale in Spanien in Frage gestellt war, wenn die Regierung ihre Drohungen ausführte. Die Allianz im Gegentheil machte diesen Vorschlag: „Wenn man uns ausser dem Gesetz stellt, dürfte es nützlich sein, der Internationale eine äussere Form zu geben, die von der Regierung geduldet werden könnte, wobei dann die Localräthe gleichsam der verborgene innere Kern wären, die unter dem Einfluss der Allianz den Sectionen eine durchaus revolutionäre Richtung geben würden." (Circular der Section der Allianz zu Sevilla, 25. October 1871.)

Die Resolution der Londoner Conferenz (Band I. S. 126) über die politische Haltung der Arbeiterklasse zwang die Allianz, sich in offene Feindschaft zur Internationale zu setzen, und gab dem

Föderalrath Gelegenheit, seine vollständige Harmonie mit der Mehrheit der Internationale zu constatiren. Sie brachte ihn noch dazu auf den Gedanken, in Spanien eine grosse Arbeiterpartei zu bilden. Um dies zu erreichen, musste man zunächst die Arbeiterklasse vollständig von allen Bourgeois-Parteien ablösen, vor Allem von der republikanischen Partei, welche aus den Arbeitern die Masse ihrer Wähler und Kämpfer rekrutirte, also auch hier der I. vorarbeitete. Der Föderalrath empfahl Enthaltung bei allen, monarchischen wie republikanischen, Deputirtenwahlen; um dem Volke jede Illusion über die pseudo-socialistischen Phrasen der Republikaner zu nehmen, richteten die Redacteure der „Emancipacion," die zugleich Mitglieder des Föderalraths waren, einen Brief an die zum Congress versammelten Vertreter der föderalistisch-republikanischen Partei, in welchem sie von diesem praktische Massregeln verlangten und sie aufforderten, sich über das Programm der Internationale zu erklären. Das hiess der republikanischen Partei einen schweren Schlag versetzen; die Allianz bemühte sich, ihn abzuschwächen, denn sie war eng mit den Republikanern verbündet. Sie gründete in Madrid ein Blatt, „El Condenado," das die drei Cardinaltugenden der Allianz: Atheismus, Anarchie, Collectivismus als Programm aufstellte, aber den Arbeitern vorpredigte, dass sie keine Verkürzung der Arbeitszeit verlangen sollten. Neben Morago schrieb an diesem Blatt auch Estévanez, eines der drei Mitglieder des leitenden Comité's der republikanischen Partei, später Gouverneur von Madrid und Kriegsminister. Pino in Malaga, Mitglied der Föderal-Commission der Pseudo-Internationale, und Felipe Martin in Madrid, 1873 Geschäftsreisender der Allianz, dienten der republikanischen Partei als Wahlagenten. Und um auch ihren Fanelli in der spanischen Cortes zu haben, beschloss die Allianz, die Candidatur Morago's aufzustellen.

Die Allianz hatte bereits zwei Beschwerdepunkte gegen den Föderalrath: 1) dass sich dieser in der Jura-Frage neutral verhalten, 2) dass er ihren Bestand angegriffen; nach der Haltung, welche der Föderalrath gegenüber der republikanischen Partei annahm und welche alle ihre Pläne zu vereiteln drohte, beschloss sie, ihn zu stürzen. Der Brief an den republikanischen Congress wurde von diesem als eine Kriegserklärung aufgenommen. „La Igualdad," das einflussreichste Organ der republikanischen Partei, griff heftig die Redacteure der „Emancipacion" an und beschuldigte sie, sich an Sagasta verkauft zu haben. Die Allianz liess wegen dieses Briefes die Redacteure der „Emancipacion" von der internationalen Föderation zu Madrid, in der sie vorherrschte, ausstossen.

Trotz der Regierungsverfolgungen hatte der Föderalrath während einer sechsmonatlichen Geschäftsführung die Zahl der Local-Föderationen von dreizehn auf siebenzig gebracht; an hundert anderen Orten hatte er Local-Föderationen vorbereitet, acht Gewerke hatte er als nationale Gewerksgenossenschaften organisirt;

daneben bildete sich unter seiner Anregung die grosse Association der catalonischen Fabrikarbeiter. Diese von den Mitgliedern des Föderalraths geleisteten Dienste hatten denselben einen so grossen Einfluss verschafft, dass Bakunin das Bedürfniss fühlte, sie durch eine lange Ermahnung, die er unterm 5. April 1872 an Mora, den General-Secretair des Föderalraths sandte, auf den richtigen Weg zu führen. Der Congress zu Saragossa (4.—11. April 1872) annullirte, trotz der Bemühungen der durch mindestens zwölf Delegirte vertretenen Allianz, die Ausstossung und wählte zwei von den Ausgestossenen, trotz ihrer wiederholten Weigerung, eine Candidatur anzunehmen, in den neuen Föderalrath. Die Regierung löste den Congress auf, er tagte aber in einem anderen Locale weiter.

Es waren auch Delegirte von Landarbeiter-Sectionen anwesend. Ein solcher, Mendez aus Carmona in Andalusien, sagte:

„Leider sind die Landarbeiter nicht, wie die der Stadt, organisirt; auch dulden wir mehr. Unsere Arbeitszeit beginnt mit 2 Uhr Morgens und manchmal um 9 Uhr Abends sind wir noch unterwegs, um unser armselig Haus zu erreichen. Was der Bourgeois uns zu essen giebt, heisst „Suppe“, aber ihr könnt euch nicht vorstellen, was das ist: nicht einmal die Hunde mögen es. Man giebt uns Bohnen, aber glaubt nicht etwa grüne — die essen sich gut und haben einen angenehmen Geschmack; die wir essen, scheinen schon 2 Jahrhunderte hinter sich zu haben, und wenn man sie in's Wasser legt, kriechen die Würmer heraus und versuchen zu schwimmen. Das Oel, das wir 400 Mann zu essen bekommen, consumirt ein einziger Bourgeois Abends — in seiner Lampe.“

Auf dem Congress zu Saragossa wurden gleichzeitig die Winkelversammlungen der Allianz abgehalten. Die Mitglieder des Föderalraths beantragten die Auflösung derselben. Der Antrag wurde, um nicht abgelehnt zu werden, umgangen. Diese Mitglieder der Allianz hatten 1871, als sie die Statuten der Madrider gemischten Gewerkschaft redigirten, hinter die Generalstatuten der Internationalen das ganze Programm der Allianz gesetzt, in dessen fünfzehntem Artikel es heisst: „Alle Mitglieder dieser Section verpflichten sich, so viel wie möglich zum Wachsthum der Macht und Festigkeit dieser Organisation beizutragen.“ Die Internationale sollte nach ihnen nicht mehr eine „mächtige und feste Organisation des Proletariats im Kampfe gegen die Bourgeoisie“ sein, sondern ein „ungeheurer Protest gegen die Autorität,“ die Centralräthe sollten nur „einfache Correspondenz- und statistische Bureaus“ sein und die „Autonomie der Sectionen“ sollte absolut sein. Kurz, ihre Idee war, aus der Internationale einen zusammenhangslosen, kraftlosen Körper zu machen, eine rein platonische Verbindung, die mit der Ausarbeitung von Ideen und Theorien beschäftigt ist, deren Verwirklichung den politischen Parteien anvertraut werden sollte.

Die Beschlüsse dieses Congresses sind sehr interressant für die Kennzeichnung des mit solchen Grundsätzen stimmenden, ganz unpraktischen Verfahrens der Bakuninisten, welche, weil sie Alles

auf einmal haben wollen, das Erreichbare nicht anstreben, im totalsten Gegensatz zu den englischen Trades-Unionisten. Der Bürger Fornell hatte beantragt, über die beste Manier zu berathen, wie man 1) die Arbeitszeit auf 8—10 Stunden herabsetzen. 2) die Frauenarbeit, ausser der für die Familie, abschaffen und 3) Gleichheit der Löhne herbeiführen könne. Der Congress beschloss ad 1 und 2, dass, da Lohnarbeit überhaupt gegen die Grundsätze der I. sei, so seien die Ideen Fornells ablenkende vom gesteckten Ziel und könnten den Congress nicht beschäftigen. Ad 2: diese Proposition entstammt dem Vorurtheil, dass die Constitution der Frauen, wie sie ist, nicht geändert werden könne. Dies könne aber geschehen durch sociale Reformen, alsdann werde die Frau dem Manne gleich und also als gleich berechtigt zu behandeln sein. Der Congress anerkennt keine Berechtigung zu verschiedener Behandlung der Geschlechter. — Man empfahl ferner Bildung von Gewerkvereinen, Umformung der Cooperativ- und Consumvereine nach Vorschrift der I. und schloss sich den antiautoritären Beschlüssen des belgischen Regionalcongresses vom 24.—25. December 1871 an, die erklärten, die I. sei kein despotischer Verein, dessen Mitglieder einem von oben kommenden Losungswort gehorchten; sie sei „nur eine Gruppirung von völlig selbstständigen Bünden,“ der G.-R. sei „nur ein Mittelpunkt für Correspondenzen und Aufschlüsse;“ es sei aber an der Zeit, „eine ernstliche Revision der Statuten vorzunehmen, weil die gegenwärtigen auf jedem Congress etwas unmethodisch vervollständigten allgemeinen Statuten nicht scharf die Rechte der Bünde abgrenzen und der vorhandenen Thunlichkeit nicht gut entsprechen;“ auf Grundlage solcher revidirten Statuten möge dann der nächste internationale Congress den endgiltigen Bundesvertrag zum Abschlusse bringen. — Der Congress zu Saragossa beschloss, dass seine Delegirten zum nächsten — Haager — Congress entsprechend diesen Resolutionen stimmen sollten. So ist es geschehen. Dies war ein directer Erfolg der Bakuninisten. Die Marxianer fühlten das wohl.

Die „Emancipacion,“ Organ der spanischen Internationale Marx'scher Richtung, kennzeichnete unterm 20. April jene Richtung in folgenden Worten:

„Nach diesen Leuten soll die Action der Arbeiterklasse als Klasse Null sein, und kann die Internationale bestehen und sich im Schooss der gegenwärtigen Gesellschaft vollständig entwickeln und mit allen Bourgeoisparteien in gesegnetem Frieden leben, ohne sie im Geringsten zu stören; ihre Mission besteht darin, Ideen auszuarbeiten, welche sie nach und nach den politischen Parteien zur Verwirklichung anbietet, d. h. die Internationale soll eine platonische Schule sein — sehr nützlich für die Ausbeuter der Arbeiter und sehr ungefährlich für die Regierungen. Wenn das die Rolle der Internationalen sein soll, verlohnte es sich wahrlich nicht, so viel Lärm um sie zu machen, und die ausgehungerten, unterjochten Arbeiter müssten dann so lange stille sein, bis einige Weise — oder Solche, die sich dafür halten — nach und nach jene wunderbaren Ideen ausgearbeitet hätten, welche sie (aus Furcht vor Unverdaulichkeit, in homöopathischen Dosen) ausspenden würden. Es ist klar, dass, wenn

solche Ideen unter den Arbeitern Wiederhall fänden, die Bourgeoisparteien, welche heute von vollständiger Auflösung bedroht sind, wieder aufleben würden. Der Arbeiter, der vor Allem Mann der Action ist und eine klare präcise Kenntniss dessen hat, was seiner Klasse Noth thut, würde, wenn er in der Internationalen nur ein Laboratorium von Ideen erblickte, sich den politischen Bourgeoisparteien, die mit der „Verwirklichung" jener Ideen betraut sind, anschliessen und Alles würde sich in der „besten aller Welten" — auf Worte beschränken."

Zwei Monate darauf, am 2. Juni, schickten dieselben Leute in ihrer Eigenschaft als Directoren der spanischen Allianz und im Namen der Madrider Section der Allianz ein Circular an die anderen Sectionen, in welchem sie ihren Antrag erneuerten und für denselben folgenden Grund angaben:

„Die Allianz ist von dem Wege abgewichen, den sie nach unserer Ansicht hätte verfolgen müssen; sie hat den Gedanken, dem sie ihre Entstehung verdankt, gefälscht, und statt ein integrirender Theil unserer grossen Association zu sein, ein thätiges Element, welches den verschiedenen Organen der Internationale einen fördernden Antrieb gäbe, indem es sie in ihrer Entwicklung unterstützte und begünstigte, hat sie sich vielmehr vollständig von der übrigen Association losgelöst und ist dahin gelangt, eine Sonderorganisation zu bilden, die sich über jene stellt und sie zu beherrschen trachtet; hierdurch führt sie in unserer Mitte Misstrauen, Zwietracht und Spaltung herbei . . . In Saragossa hat sie, statt Ideen zur Lösung der wichtigen Aufgaben des Congresses mitzubringen, denselben im Gegentheil nur Fesseln und Hindernisse angelegt." — Schon den Tag darauf liess die Allianz von Neuem die Unterzeichner des Circulars vom 2. Juni aus der internationalen Föderation zu Madrid ausstossen. Zum Vorwand nahm sie einen Artikel der „Emancipacion" vom 1. Juni, in dem eine Untersuchung verlangt wurde „über die Quelle des Vermögens der Minister, Generale, Richter, öffentlichen Beamten, Bürgermeister u. s. w. . . . und aller politischen Personen, welche, ohne ein öffentliches Amt zu bekleiden, im Schatten der verschiedenen Regierungen lebten, denen sie ihre Unterstützung in den Cortes gewährten und deren ungerchtes Verfahren sie unter der Maske einer falschen Opposition deckten . . . deren Vermögens-Confiscation die erste Massregel am ersten Tage einer Revolution sein müsste."

Die Allianz, welche hierin einen directen Angriff gegen ihre Freunde in der republikanischen Partei erblickte, beschuldigte die Redacteure der „Emancipacion," die Sache des Proletariats verrathen zu haben, da sie durch das Verlangen der Confiscation des Vermögens der Staatsdiebe ja das Privateigenthum anerkannten. Die Ausgestossenen appellirten an den Föderalrath. Dieser Föderalrath war, Dank den Umtrieben der Allianz, nach Valencia verlegt worden. — Von den beiden auf dem Congress zu Saragossa wiedergewählten Mitgliedern des früheren Föderalraths hatte Mora nicht angenommen und kurz darauf legte Lorenzo sein Amt nieder. Von dem Augenblick war der Föderalrath mit Leib und Seele der Allianz ergeben. Er beantwortete auch die Berufung der Ausgestossenen mit einer Incompetenz-Erklärung, obwohl der Art. 7 des Reglements der spanischen Föderation ihm die Pflicht auferlegte, vorbehaltlich der Berufung an den nächsten Congress jede Local-

Föderation zu suspendiren, welche die Statuten verletze. Die Ausgestossenen constituirten sich dann als „neue Föderation“ und beantragten ihre Anerkennung beim Föderalrath, der sie kraft der Autonomie der Sectionen formell verweigerte. Die neue Madrider Föderation wandte sich dann an den Generalrath, der sie gemäss den Art. II. 7 und IV. 4 des allgemeinen Reglements zuliess. Der Haager allgemeine Congress billigte diesen Act und liess einstimmig den Delegirten der neuen Madrider Föderation, einen Schwiegersohn von Marx, zu.

Die Allianz hatte die ganze Bedeutung dieser ersten rebellischen Bewegung begriffen; sie hatte begriffen, dass, wenn sie nicht im Keime erstickt würde, die bisher so gelehrige spanische Internationale ihren Händen entschlüpfen würde; sie setzte alle Mittel in Bewegung. Die Namen der Ausgestossenen: Angel und Francisco Mora, José Mesa, Victor Pagés, Iglesias, Saenz, Calleja, Pauly und Lafargue wurden mit der Bezeichnung Verräther in den Zeitungen veröffentlicht und in den Localen der Sectionen angeheftet. Am 15. Juni 1872 hielten sie einen Separat-Congress zu Cordova ab, auf dem sie sich als selbstständige Föderation constituirten. Sie erliessen eine Proclamation, worin es heisst:

„Wenn man die natürlichen Rechte der spanischen Internationalen antasten sollte, so rechnen sie auf die Hülfe ihrer Brüder in der ganzen Welt . . . Wenn man uns nicht achtet, werden wir uns Achtung verschaffen . . . Es lebe die sociale Liquidation, es lebe die I. A.-A.! Gruss! Solidarität, Anarchie und Collectivismus!“

Die Allianz machte sich nun an die Arbeit, dahin zu wirken, dass auf dem Haager Congress die ganze Vertretung der spanischen Internationale nur aus ihren Mitgliedern bestehe. Zu diesem Zweck liess der Föderalrath den Sectionen ein Privat-Circular zugehen, dessen Existenz er sorgfältig vor der neuen Madrider Föderation verbarg. Er schlug darin vor, den Congress durch eine von sämmtlichen Internationalen zu wählende Gesammt-Repräsentation zu beschicken. Dieses Circular kam jedoch in die Hände der neuen Madrider Föderation und wurde an den Generalrath gesandt, der, bekannt mit der Abhängigkeit des Föderalraths von der Allianz, den Augenblick zum Handeln gekommen sah. Er schrieb also an den spanischen Föderalrath einen Brief, in dem es heisst:

„Bürger! Wir haben die Beweise in der Hand, dass im Schoosse der Internationale, und namentlich in Spanien, eine geheime Gesellschaft besteht, die sich Allianz der socialistischen Demokratie nennt. Diese Gesellschaft, deren Centralbehörde in der Schweiz ist, hat die besondere Aufgabe, unsere grosse Association im Sinne ihrer Sonderinteressen zu lenken und sie Zwecken dienstbar zu machen, welche der ungeheuren Mehrheit der Internationalen unbekannt sind. Wir wissen ferner durch die „Razon“ von Sevilla, dass mindestens drei Mitglieder Eures Raths der Allianz angehören. . . . War der Charakter und die Organisation dieser Gesellschaft schon damals mit dem Geist und dem Buchstaben der Statuten der I. A.-A. unvereinbar, als sie noch frei und öffentlich auftrat, so bildet

ihre geheime Fortexistenz mitten in der Internationale einen Verrath gegen die Association. Die Internationale kennt nur eine Art Mitglieder mit gleichen Rechten und Pflichten für Alle; die Allianz theilt sie in zwei Klassen, Eingeweihte und Profane, von denen die Letzteren dazu bestimmt sind, sich vermittelst einer Organisation lenken zu lassen, deren Existenz sie nicht einmal ahnen."

Der G.-R. verlangte dann von ihnen gewisse Materialien zur Untersuchung über die Allianz, die er dem Haager Congress vorlegen wollte, sowie eine Erklärung darüber, wie sie ihre Pflichten gegen die Internationale mit der Gegenwart von mindestens drei notorischen Mitgliedern der Allianz im Föderalrath vereinbarten. Der Föderalrath antwortete in einem ausweichenden Briefe, worin er jedoch die Existenz der Allianz anerkannte.

Die Allianz setzte nun ihre Candidaten für den Haager Congress durch und ertheilte ihnen ein imperatives Mandat, indem sie ihren Delegirten verbot, an der Abstimmung sich zu betheiligen, wenn nicht der vom allgemeinen Reglement der Internationalen vorgeschriebene Modus der Abstimmung sofort geändert würde.

Die Marx treu gebliebene „Neue Madrider Föderation" wurde durch den Schwiegersohn von Marx, Lafargue und durch Farga vertreten.

Der Marxianer Farga forderte auf dem Congress im Haag:

„Auf der Basis der Internationale soll die Arbeiterklasse nach Verbindungen und Fachgewerken organisirt werden. All die verschiedenen Zweige ein und derselben Industrie, z. B. die verschiedenen Arbeitergruppen der Bauindustrie, bilden eine einzige Verbindung. Der Kampf des Proletariats verlangt gebieterisch eine Vereinigung. Denn wenn ein Arbeitszweig Strike macht, müssen alle andern Zweige derselben Industrie gleichfalls feiern; sind diese nicht vereinigt, so nehmen sie an den Errungenschaften des Strikes keinen Theil, sondern müssen ihrerseits der Reihe nach einen neuen Strike anfangen und damit wieder die andern am Arbeiten verhindern, so dass mehrere Strikes dazu nöthig sind, wozu ein einziger ausgereicht hätte. Diese Gewerkschaftsverbindungen würden, wie die englischen Trades-Unions, ihre Landesräthe haben und die Landesräthe ein und derselben Industrie vereinigten sich zur Bildung des Internationalen Gewerkschaftsrathes. Neben dieser Gewerkschaftsorganisation müsste als gemeinsames Bindemittel parallel die Internationale hergehen, um alle diese Specialorganisationen zu Einem Bund zu vereinigen. Die Localräthe der Internationale müssten aus den Delegirten aller in der Ortschaft befindlichen Gewerkschaften zusammengesetzt sein. Die Landesräthe der Internationale dürften nur die Vertretung aller Landesräthe der Gewerkschaftsverbindungen, und der Generalrath nur die Vertretung aller internationalen Gewerkschaftsräthe sein." (Dieser Plan war bereits von der Conferenz zu Valencia, wo sich die Marxianer versammelt hatten, nach jenem Congress der Bakuninisten, besprochen worden.)

Die Bakuninisten bemühten sich im Verlauf der Debatte eine

Statutenänderung zu empfehlen, dahin gehend, dass die Localverbindungen ganz selbstständig handeln dürften und den Centralräthen alle Machtbefugnisse genommen würden, — allein vergebens.

Bragulat, Vorsitzender der Manufacturarbeiter von Catalonien, trug darauf folgenden Organisationsplan vor: „Jede Gewerkschaft erstreckt sich über das ganze Land, und jeder Landesrath muss in dem Ort, in welchem das betreffende Gewerbe am meisten entwickelt ist, seinen Sitz haben. In Andalusien müsste z. B. der Landesrath der Landarbeiter, in Catalonien der der Manufacturarbeiter sein. Die verschiedenen Landesräthe sind unter sich durch den Bundesrath der Internationalen verbündet. Dieser Bundesrath müsste ein unsesshafter sein: nur zwei seiner Mitglieder blieben am Ort des Sitzes, die andern müssten beständig auf Reisen sein. Allemal, wenn eine locale Session oder Verbindung gegen die Regeln verstiesse, hätte sich ein Mitglied des Bundesraths nach Ort und Stelle zu begeben, und die Sache in Ordnung zu bringen. Um nun zu verhindern, dass eine Section ohne Genehmigung des Raths einen Strike unternehme, müssten die Gewerkschaftskassen in Händen des Raths centralisirt sein, und sobald ein Strike beschlossen ist, hätte ein Rathsmitglied, unterstützt durch eine Local-Commission, den Strike zu leiten.“ (Dieser Plan entspricht theilweise der Organisation der Trades-Unions.)

Es wurde über die Organisationsfrage lange discutirt und schliesslich gegen zwei bis drei Stimmen der Statutenentwurf der Conferenz von Valencia angenommen.

Bakunin wurde dann formell ausgestossen. Nachdem die vier Bakuninisten sich im Haag mit den Belgiern, Jurassiens und den anderen Föderalisten besprochen, reisten sie zu dem Congress von St. Imier in der Schweiz und hielten hier den schon erwähnten anti-autoritären Congress ab, den die Allianz durch ihre Anhänger in Rimini hatte einberufen lassen. Diesem Congress ging vorher der der Jurassiens, welcher die Beschlüsse des Haager Congresses verwarf.

Auf dem anti-autoritären Congress war die Allianz vollzählig vertreten. Neben den Spaniern und Jurassiens finden wir Italien von sechs Delegirten vertreten, unter ihnen Costa, Cafiero, Fanelli und Bakunin selbst; zwei Delegirte gaben vor, „mehrere Sectionen in Frankreich,“ und ein Delegirter, zwei Sectionen in Amerika zu vertreten; im Ganzen waren dort fünfzehn Alliirte. Dieser Congress erklärte, alle Beschlüsse des Haager Congresses absolut zu verwerfen und in keiner Weise die Befugnisse des neuen von demselben gewählten G.-R. anzuerkennen. Endlich schlossen sie im Namen ihrer Föderationen ein Schutz- und Trutz-Bündniss — „einen Pact der Freundschaft, der Solidarität und des gegenseitigen Schutzes“ — gegen den G.-R. und alle Diejenigen, welche die Haager Beschlüsse anerkennen würden; sie definirten ihren Enthaltungs-Anarchismus in folgender Resolution:

„Der Congress erklärt; 1) dass die Vernichtung jeder politi-




schen Macht die erste Pflicht des Proletariats ist; 2) dass jede Organisation einer angeblich provisorischen und revolutionären politischen Macht zum Zwecke der Bewerkstelligung jener Vernichtung nur eine neue Täuschung sein kann und für das Proletariat ebenso gefährlich sein muss, wie alle heute existirenden Regierungen.“ Endlich beschloss man, die anderen autonomistischen Föderationen aufzufordern, sich diesem neuen Pact anzuschliessen, und in sechs Monaten einen zweiten anti-autoritären Congress abzuhalten.

Die Spaltung in der Internationale war also ausgesprochen. Das Jura-Comité nahm von diesem Augenblick die Geschäftsführung der Dissidenten offen in die Hand.

Nach Spanien zurückgekehrt, veröffentlichten die vier Delegirten der spanischen Allianz ein mit Schmähungen gegen den Haager Congress und mit Lobeserhebungen gegen den von St. Imier gefülltes Manifest. Der Föderalrath adoptirte diese Schmähschrift und berief auf Geheiss der Schweizer Centralbehörde den Landes-Congress nach Cordova zum 25. December 1872, während dieser erst im April 1873 hätte stattfinden sollen. Das Jura-Comité schickte über den Kopf des spanischen Föderalraths hinweg die Resolutionen von St. Imien an alle Local-Föderationen Spaniens.

Auf dem Congress zu Cordova fanden sich 36 Föderationen vertreten. Hier wurde die spanische I. nach den Plänen Bakunin's organisirt.

Der Marx'sche „Neue Madrider Föderalrath“ opponirte, fand aber nur bei einem kleinen Theil der Sectionen Anklang. Diese Partei ernannte nun einen Marx'schen Föderalrath, der in Valencia seinen Sitz hatte und in einem Circular vom 2. Februar 1873 erklärte, „ein treuer Wächter der auf den internationalen und Landescongressen ausgearbeiteten und bestätigten Statuten der I.-A.-A. bleiben zu wollen.“ Er protestirte gegen das Vorgehen der Bakunisten, „welche die Anarchie in den Schooss der Internationale pflanzen wollten.“

Ihr Organ ist die „Emancipacion“ in Madrid. Bald entstand auch die „Revista Social,“ ein Gewerkschaftsblatt aller Manufacturarbeiter in Manresua.

Die Bakuninisten vereinigten sich mit den Bourgeois-Föderalisten und entzogen den Marxianern mehr und mehr den Anhang unter den Arbeitern. Als im December 1872 ein Aufstand wegen der von den Cortes dem Könige Amadeo bewilligten Rekrutenaushebung von 40,000 Mann entstand, schrieb der „Volksstaat“:

„In Spanien hat der, wie es scheint in Permanenz erklärte Aufstand jetzt mit einem Male bedeutendere Dimensionen angenommen, und ist namentlich eine grössere Betheiligung der Republikaner, die sich bisher zurückgehalten hatten, zu bemerken. Nach den uns vorliegenden Nachrichten können wir allerdings nicht an einen Sieg der republikanischen Sache glauben, obgleich die Unfähigkeit der jetzigen und jeder anderen möglichen Regierung, die Monarchie auf die Dauer wieder herzustellen, für jeden denkfähigen Beobachter feststeht. Die intelligenten Arbeiter

wollen mit der Erhebung nichts zu thun haben, weil der Bourgeois-Charakter der Führer ihnen gerechtes Misstrauen einflösst. Und wir meinen hier nicht die „Abstentionisten,“ deren Vertreter auf dem Haager Congress eine so traurige Rolle gespielt haben und die bekanntlich gegen jede politische Action sind. Auch die wirklichen Revolutionäre unter der spanischen Internationale wollen mit den Aufständischen nichts zu thun haben.“

Marx hatte sich aber gründlich geirrt. Seine „Emancipacion“ schrieb:

„Eine Fraction der föderalistisch-republikanischen Partei hat die Waffen ergriffen, und in verschiedenen Provinzen einen Theil der Arbeiter mit fortgerissen, welche begierig sind, das Joch der lächerlichen Tyrannchen abzuschütteln, die unter dem falschen Titel von liberalen Demokraten sie unterdrücken und aussaugen. Der Anlass, die bestimmende Ursache des Aufstandes ist die Aushebung von 40,000 Rekruten, welche von den Cortes bewilligt und von der radikalen Regierung decretirt worden ist, trotzdem dieselbe sich feierlich verpflichtet hatte, die Conscription (Aushebung durch das Loos) abzuschaffen. Der Beweggrund kann nicht gerechter sein. Aber genügt es für den Erfolg, dass eine Sache gerecht sei? Wir wollen keine Unglückspropheten allein sein, wir können nicht umhin zu bemerken, dass die republikanische Partei, durch und durch bürgerlich wie sie ist, vollständig jeder revolutionären Organisation ermangelt und sich, um ihre Ohnmacht noch zu verstärken, in entgegengesetzte Abtheilungen gespalten hat, von denen die eine, nach ihrem Wesen, ihren Sympathien und Interessen durchaus conservativ, die andere zwar von unruhigem kampflustigen Charakter ist, aber ohne revolutionäre Ideen, ohne ein revolutionäres Programm, ohne eine andere Lösung des socialen Problems, als die der übrigen Bourgeoisparteien: die sogenannte Versöhnung (statt Abschaffung) der Klassen. Mit der Vorgeschichte der republikanischen Partei vor Augen, und mit unserer Kenntniss der Persönlichkeiten, welche sich an der Spitze des Aufstandes befinden, glauben wir ohne Gefahr uns zu täuschen, unsere Ueberzeugung dahin aussprechen zu können, dass dies einer der so zahlreichen Revolutionsversuche ist, an denen die unruhigen Elemente der Bourgeoisie so grossen Gefallen haben und die schon so viel unnütz vergossenes Arbeiterblut gekostet haben. Wir wollen Niemand anklagen; wir haben auch keine Lust, Rathschläge zu geben, die unwillkommen wären und nicht befolgt würden; allein wir halten es für unsere Pflicht, unseren Partei- und Unglücksgenossen nochmals zu wiederholen: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die Arbeiter selbst sich vollziehen. Jede von Bourgeois begonnene und geleitete Bewegung kann nur zum Vortheil der Bourgeoisie ausschlagen.“

Durch diese Lossagung der Marx'schen Internationale von der Revolution hörte sie auf, dort als Partei zu zählen. Wir haben es fürderhin in Spanien, wenigstens bis jetzt — nur mit Bakunisten zu thun.

Da die Bakunin folgenden Arbeiter mit den bürgerlichen Föderalisten Hand in Hand gehen, muss ich einen Blick auf die ganze Bewegung der Parteien seit December 1872 in Spanien werfen.

Kurz vor der Thronentsagung des Königs schrieb eben jene „Emancipacion:“

„Wir sind mitten in der Revolution. Was wir im Anfange für einen einfachen Putsch hielten, wie deren schon so viele von den Agitatoren des Föderalismus gemacht worden sind, müssen wir heute als eine ernsthafte, imposante Schilderhebung anerkennen. Andalusien, Valencia, Catalonien, ein Theil von Estremadura und einige Provinzen des Nordens stehen unter Waffen und haben das Banner der Föderativ-Republik aufgepflanzt. In Malaga und Murcia ist das Blut der Arbeiter in Strömen geflossen; neue Hekatomben haben dort von Neuem die völlige Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien zur Leitung einer Revolution bewiesen. Angesichts solcher Thatsachen können, dürfen wir nicht in Schweigen verharren.“ Die „Emancipacion“ legt dann die Stellung dar, welche die Arbeiter der Revolution gegenüber einnehmen müssen, und spricht die Hoffnung aus, dass diese Bewegung die Verhältnisse einer echten socialen Revolution annehmen wird — einer Revolution zum Vortheile der arbeitenden Klasse. „Trotzdem“ — heisst es im Artikel weiter — „sind wir anzuerkennen gezwungen, dass die gegenwärtige republikanische Schilderhebung sich in wesentlichen Punkten von früheren Aufstandsversuchen derselben Partei unterscheidet, und dass andere Elemente sich betheiligen. Nicht nur sind die Arbeiter massenhaft in die Bewegung eingetreten, sondern es haben sich ihnen auch Parteigenossen von uns angeschlossen, in der Hoffnung, über die Köpfe der republikanischen Führer hinwegspringen und unsere Idee verwirklichen zu können.“

Man sieht hieraus, dass Marx die Führung vollständig verloren hatte, da auch von den Mitgliedern der treu gebliebenen Sectionen sich welche an der Revolution betheiligten. Es herrschte eben, wie in Spanien überhaupt, so auch in der spanischen Internationale die Anarchie.

Zwar wurde der Aufstand in Madrid unterdrückt, aber am 10. Februar 1873 legte der König Amadeo die Krone nieder und verliess bald das Land. Zorilla, sein letzter Ministerpräsident, folgte ihm ins Ausland. Figueras wurde Premier und Castelar Minister des Auswärtigen.

Während die Carlisten im Norden Fortschritte machten, in Cuba der Aufstand andauerte und in einigen Provinzen der von Zorilla ererbte Aufstand noch tobte, regten sich die Arbeiter.

Schon am 13. Februar hielten sie, 30,000 Mann stark, in Barcelona eine Versammlung ab und erklärten sich für international und föderal. Am 16. Februar setzten sie, ohne die Arbeitgeber zu fragen, die Arbeitsbedingungen souverän fest. „Die Arbeitszeit der Weber, Spinner und Manufactur-Arbeiter beginnt an den Wochentagen um $5^1/_2$ Uhr und endet um $6^1/_2$ Uhr Abends, Samstags um $4^1/_2$ Uhr. Von dieser Zeit sind abzurechnen zwei Feierstunden: eine halbe Stunde für's Frühstück, fünf Viertelstunden für das Mittagessen und eine Viertelstunde für das Vesperbrot. Die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden beträgt so vierundsechzig, fünf weniger als früher, und der Wochenlohn verbleibt derselbe. Dieses Abkommen gilt nicht allein für Barcelona, sondern auch für andere Städte.“ So schrieb der „Revista Social.“

Die Nationalversammlung schaffte die Sclaverei auf Portorico ab, gab Ermächtigung, fünfzig Freiwilligen-Bataillone auszuheben. In den Cortes tobte der Kampf der Radikalen gegen die Regie-

rung. Am 8. März wollte man sie stürzen. Da kam die Nachricht, dass Malaga im Aufstande, die Garnison entwaffnet sei, die Kasernen brennen, die Föderativ-Republik ausgerufen sei. Auf der Hochebene von Estremadura regt sich der Socialismus und die Landleute theilen die Gemeindegüter. In Barcelona tagte ein Congress spanischer Landarbeiter. Es waren fünfzig Delegirte, hauptsächlich aus Catalonien und Andalusien, versammelt, welche Beschlüsse zum Ausbau und der Ausbreitung der bereits seit anderthalb Jahren bestehenden jedoch bis vor Kurzem ziemlich schwachen Landarbeitergenossenschaft fassten, und schliesslich sich einstimmig für den Anschluss an die Internationale Arbeiter-Association erklärten.

Eine Bewegung unter dem Landvolke gegen die Grossgrundbesitzer fand in der Provinz Badajoz statt, wo die Landleute zuerst die Gemeinde-Behörden auseinanderjagten oder absetzten und dann anfingen, sich der Güter der grösseren Grundbesitzer zu bemächtigen, um welche diese die Gemeinden angeblich vor Zeiten betrogen haben. Unter den angegriffenen Gutsherren befand sich der Vicepräsident der Nationalversammlung, der Marquis von Perales; auch seine Güter wurden das Opfer der Bauern.

In Catalonien löste sich das Militair auf. Die Soldaten, welche gegen die Carlisten ziehen sollten, arrangirton einen Strike, verlangten Urlaub oder höhere Löhnung.

Die catalonischen Arbeiter verlangten, dass der Staat ihnen Arbeit durch Begründung socialistischer Productiv-Associationen schaffe, daneben auch die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne gewährleiste. „Arbeit für Alle, die keine haben!“ war ihr Programm.

Die Noth war gross. Noch wollte man nicht an die Föderativ-Republik heran. Castelar sagte:

„Ich halte die föderative Republik für die vollkommenste Staatsform, allein die Schwierigkeiten sind so gross, dass ich ihre Einführung vorläufig kaum für möglich halte. Ich werde darum meine Ueberzeugungen nicht aufgeben, und wenn es mir nicht gegönnt sein sollte, meinem Vaterlande die Staatsform, die ich allein eines freien Volkes für würdig halte, zu geben, so werde ich doch die Hoffnung nicht fahren lassen, dass diese einst in Spanien eingeführt wird.“

Der Schreck, welchen diese Nachrichten brachten — unterstützt durch drohende Volksdemonstrationen in Madrid, war so gross, dass man den Angriff auf die Regierung aufgab.

Figueras, das Staatsoberhaupt, reiste selbst nach Barcelona und bat die Föderalisten, doch Geduld zu haben, lieh von den Banquiers etwas Geld für den leeren Schatz und kehrte nach Madrid zurück.

General Nouvillas brach nun mit 7000 Mann gegen die Carlisten auf und die Föderirten von Barcelona rüsteten Freicorps gegen sie aus, — die ihnen aber keinen Schaden thaten.

Am 22. März vertagte sich die Nationalversammlung und die Permanenz-Commission trat an ihre Stelle. Die Majorität der-

selben war radikal, d. h. für die centralisirte Republik; Figueras selbst im Herzen Föderalist. Die Radikalen wollten die Regierung stürzen, damit sie bei den auf den 10. Mai ausgeschriebenen Neuwahlen zur Nationalversammlung durch Regierungseinfluss sich die Majorität sichern könnten. Sie sammelten die ihnen anhängenden Freiwilligen-Bataillone unter General Letona und hatten Serrano im Hinterhalt, dem sie den Oberbefehl übertragen wollten. Während die Minister vor der Commission Rechenschaft über die Verwaltung in der letzten Zeit ablegten, rückte die Miliz an. Die Minister verliessen schleunigst die Sitzung, stellten Contreras und Hidalgo an die Spitze des ihnen anhängenden Linienmilitärs. Diese warfen nach kurzem Gefecht die Gegner und nahmen Letona gefangen.

Am 24. April löste Figueras die Permanenz-Commission auf. Serrano floh ins Ausland. Topete wurde gefangen genommen. Martos und Sagasta flohen auch.

Die Wahlen ergaben 358 Republikaner uud 30 Monarchisten. Unter den Republikanern waren ca. 310 Föderalisten und ca. 48 Intransigentes, Unversöhnliche, bürgerliche Demokraten, theilweise mit entschieden socialistischen Tendenzen. Auf diese setzte die Bakuninsche Partei eine wohlbegründete Hoffnung und sie wurden von der „Justicia federal" jubelnd begrüsst.

Die Nationalversammlung trat am 1. Juni zusammen. Am 7. Juni legte Figueras die Gewalt in ihre Hände und die Versammlung ernannte den fortgeschrittenen Pi y Margal zum Präsidenten. Am 8. Juni votirten 210 von 214 Stimmen die „demokratische-föderale" Republik.

Da Pi kein Ministerium bilden konnte, das den Beifall der Versammlung fand, erhielt Figueras schon am 9. Juni die provisorische Präsidentur. Auch der konnte kein Ministerium fertig bringen, und da die Unversöhnlichen aussprengten, er trachte nach Alleinherrschaft, gab er Salmeron die Gewalt und floh am 10. Juni nach Frankreich.

Die Unversöhnlichen sammelten durch Estevanez Freiwilligen-Bataillone. Als die Deputirten am 11. Morgens in die Sitzung gingen, fanden sie die Strassen von Bewaffneten angefüllt. Die Commandanten der Freiwilligen-Bataillone begaben sich zu Pi y Margal und bedeuteten ihm, dass er zu Gunsten socialer Reformen an die Spitze des Staates zu treten habe. Die erschreckte Versammlung nahm Salmeron die Macht (?) und übertrug sie auf Pi.

Dieser bildete ein Cabinet, worin von den Unversöhnlichen Estevanez, Muro y Lorez und Benot sich befanden.

Sein Programm lautete: „Trennung der Kirche vom Staat, Aufhebung der Sclaverei auch auf Cuba, Reorganisation der Armee und Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen." Eine Commission zur Berathung der Verfassung wurde am 21. Juni gewählt. Der Carlistenkrieg dauerte fort. Die Situation Pi y Margals war aber unhaltbar. Die Linke, die Intransigentes, hatten zwar im

Ministerium die Majorität, aber nicht in der Nationalversammlung. Diese wählte vielmehr Salmeron zum Präsidenten.

Castelar verständigte sich mit Pi y Margal und die Rechte brachte den Antrag Castelars durch, Pi solle während seiner Präsidentschaft die Minister ernennen, ohne an die Zustimmung der Kammer gebunden zu sein. Die Intransigentes stellten nun den Antrag, die Versammlung habe sich als „Nationalconvent“ zu erklären und einen „Wohlfahrtsausschuss“ mit der Executive zu betrauen. Der Antrag fiel.

Pi y Margal bildete nun ein Ministerium, in dem von den Intransigentes nur jener Suner y Capdevilla sass, dessen Protest bei der Wahl Amadeo's ich oben gegeben habe. Nach seinem Ausspruche hat der Mensch auf der Welt nur drei Feinde: Gott, Schwindsucht und Monarchie.

Am 30. Juni ermächtigte die Nationalversammlung Pi zur Suspendirung der constitutionellen Garantien und Verhängung des Belagerungszustandes.

Pi aber hielt im Geheimen mit den Intransigentes, die am 8. Juli, 59 Mann stark, protestirten. Er hielt am 10. Juli eine Rede, worin er eine „sociale Organisation der Gesellschaft“ forderte. Zu ihrem Schrecken sah die Rechte, dass sie einen „Socialdemokraten“ zum Dictator gemacht hatte!

Von einem Manne, der seiner Gesinnung nach der Linken näher stand als der Rechten, konnte man kaum erwarten, dass er von den ausserordentlichen Vollmachten, die ihm zur Beendigung des Bürgerkrieges anvertraut waren, einen energischen Gebrauch machen würde. — Dieser Widerspruch zwischen der Gesinnung des Dictators und den Pflichten, welche ihm die Situation und seine officielle Stellung vorschrieben, erklärt auch das Chaos, welchem Spanien in jenen Tagen zu verfallen schien. Und es blieb kein Geheimniss, dass das Haupt der Regierung selbst Alles gethan habe, die Flammen des Bürgerkrieges zu schüren, statt sie zu löschen.

Als Pi in seiner Rede vom 10. für die socialistischen Reformen eintrat, waren die ersten Nachrichten von den wilden Scenen, welche die fleissige Industriestadt Alcoy (in der Provinz Alicante) in Aufruhr setzten, eingetroffen.

Am 7. Juli hatte zu Alcoy im Einverständniss mit den Emissären benachbarter Städte eine Arbeiterversammlung stattgefunden, in der man sich dahin einigte, dass es einer grossen Kraftanstrengung bedürfe, um auch den unterdrückten Brüdern in Valencia Muth einzuflössen. Der allgemeine Strike begann am folgenden Tage, und ein Ausschuss der Arbeiter erschien vor dem Bürgermeister Agustino Albors und verlangte von ihm die Einberufung der Fabrikherren, um deren Antwort auf die Forderung der Arbeiter zu vernehmen. Der Bürgermeister, der auf das Eintreffen der Truppen aus Alicante rechnete, rieth den Fabrikanten, sich mit zuverlässigen Leuten in ihre Häuser einzuschliessen und bis zur Ankunft von bewaffneter Hülfe sich zu behaupten. Er selbst

wollte sich mit 32 Gendarmen und Polizeileuten im Rathhause vertheidigen und schlug den Führern des Aufstandes, die mit ihm wegen Rücktritt des Gemeinderaths unterhandeln wollten, ihre Forderung ab. Die Socialisten behaupten, der Alcalde habe auf die das Rathhaus verlassende Arbeiter-Deputation feuern lassen. Am 9. begann, nachdem sich die Arbeiter der angesehensten Bürger und einiger Geistlichen als Geiseln bemächtigt hatten, der Sturm auf das Rathhaus; am Tage darauf hatten die Belagerten keine Munition mehr, die Socialisten drangen in das Innere ein, tödteten mehrere Polizeileute und Gendarmen und lieferten den Bürgermeister der Menge zur Ermordung aus.

Der Aufstand in Cartagena brach erst am 12. Juli aus und wurde, während die Unruhen in Alcoy von den Arbeiterführern hervorgerufen waren, von ein paar Deputirten der Linken geleitet. Der mit den Letzteren eingetroffene Gouverneur der Provinz Murcia begann sein Werk damit, dass er den Gemeinderath, zur Verhütung des Streits, zur Abdankung aufforderte. Der General-Gouverneur meldete sich krank und der von den Aufständischen gewonnene Platzmajor übernahm den Befehl. Der in dem Pi'schen Ministerium verbliebene Marineminister Anrich, der die Flotte retten wollte, wurde auf seiner früheren Fregatte mit einem Revolverschuss begrüsst und im Arsenal seine Anrede an die Leute mit tiefem Stillschweigen beantwortet. Nach seiner schleunigen Abreise, der sich auch die Officiere und der Generalcapitän bald anschlosssen, fraternisirten die Seesoldaten und Matrosen mit den Föderalisten. Der General Contreras, der Bruder des fungirenden Marineministers, übernahm den Befehl über die Truppen.

Das nachsichtige Benehmen, welches der Civilgouverneur von Murcia in Cartagena an den Tag legte, gab denen, die den Ministerpräsidenten für einen revolutionären Intriguanten hielten, endlich Anlass, ihre Anklage gegen Pi zu formuliren. So suchte in der Cortessitzung vom 14. Juli das Mitglied der Rechten, Perfumo, zu beweisen, dass das Haupt der Executive über die Ereignisse, die sich in Cartagena vorbereiteten, im Voraus unterrichtet war und auch davon Kunde hatte, dass der Civilgouverneur von Murcia Complice der Aufständischen war. Pi habe ferner am Abend des 12. wohl gewusst, dass General Contreras soeben abgereist war, um sich an die Spitze der Aufständischen zu stellen, während der an demselben Tage Abends um 11 Uhr vom Ministerrath gefasste Beschluss, jenen General verhaften zu lassen, der betreffenden Behörde erst am Nachmittag des 12., drei Stunden nach der Ankunft des General Contreras zu Cartagena, mitgetheilt sei.

Suner, der Minister der Colonien, verrieth in der Beantwortung der Perfumo'schen Anklage das Geheimniss der hohen Verschwörer. Er erklärte, so sehr er bereit sei, die Carlisten bis auf's Aeusserste zu bekämpfen und die Mörder und Brandstifter von Alcoy unerbittlich zu bestrafen, so würde er sich doch, sobald es sich darum handle, das Blut seiner Parteigenossen zu vergiessen, aus allen Kräften der Unterzeichnung eines solchen Befehls durch einen

seiner Collegen widersetzen. Nach seiner Ansicht müsse die Regierung gegenüber seinen Parteigenossen in Cartagona, sowie gegen Alle, die sich überall anderwärts noch erheben möchten, eine Politik der Versöhnung und der Zugeständnisse befolgen; er selber würde nie einen Befehl unterzeichnen, welcher den Truppen den bewaffneten Kampf gegen sie gebietet.

Pi, von seinen Collegen herbeigerufen, versuchte die Anklagen Perfumo's zurückzuweisen, aber sowohl für sich als für den Civilgouverneur von Murcia konnte er nur den absoluten Mangel an materiellen Machtmitteln geltend machen. Was letzteren Beamten betrifft, so erzählte er, dass ihm derselbe am 13. Morgens zwei Uhr den Wunsch ausgedrückt habe, sich mit ihm auf telegraphischem Wege zu unterhalten, und ihm meldete, dass er bei seiner Ankunft in Cartagena einen Wohlfahrtsausschuss im Erdgeschoss des Stadthauses in Function vorgefunden habe, während der gesetzliche Stadtrath im ersten Stock sass. In der Hoffnung, dem Conflict ein Ende zu machen, habe er es für angemessen gehalten, von Letzterem den Rücktritt zu verlangen, und, nachdem derselbe erfolgt war, habe er den bisherigen Stadtrath durch den Wohlfahrtsausschuss ersetzt. — Er habe zwar, fügte Pi hinzu, die Aufführung des Gouverneurs lebhaft missbilligt und ihm befohlen, den gesetzlichen Stadtrath wieder einzusetzen; unglücklicher Weise aber hätten sich die Ereignisse überstürzt, und wenige Stunden darauf hätte der Ministerrath die Nachricht erhalten, dass Contreras die Unabhängigkeit des Cantons von Murcia proclamirt habe.

In den Kreisen der Majorität hielt man es für gewiss, dass General Velardo, als er nach Alcoy zog, und der nach Cartagena entsandte General Ripoll, aus Madrid widersprechende Anweisungen erhielten. Der Kriegsminister gebot den Generalen die äusserste Strenge gegen die Aufständischen, während ihnen Pi die grösste Nachsicht und Milde anempfahl. Daraus erklärte man sich auch die Haltung Velardo's, der nach dem Einzug in Alcoy mit den Aufrührern nur eine Art von Waffenstillstand schloss und die Stadt, die er sogleich darauf mit seinen Truppen räumte, einem dumpfen Schrecken überliess.

Ein Theil der Minister hatte dem Vorsitzenden schon seinen Rücktritt angekündigt. Auf diese Thatsache bezog sich Pi in jener Rede vom 14., indem er sich gegen den Vorwurf vertheidigte, dass er mit den Deputirten der Linken Verhandlungen gepflogen habe. Er gab die Thatsache zu, meinte aber, dass man im Ministerrath, nachdem jene Collegen ihre Demission angekündigt hätten, beschlossen habe, durch die Berufung von Männern des Centrums und der äussersten Linken das Cabinet umzugestalten.

Am 15. und 16. setzte Pi seine Verhandlungen wegen der Neubildung des Ministeriums fort, aber die Rechte traute ihm nicht, und die Unversöhnlichen, die sich für Herren der Situation hielten, spannten ihre Forderungen zu hoch und machten auf die wichtigsten Posten Anspruch.

An der verzweifelten Lage, in der sich Pi gegen Abend des

16. befand, schien ihm eine Fluth von Gerüchten, welche Madrid bis tief in die Nacht in Aufregung erhielten, zur Hülfe zu kommen. Man sprach davon, dass ein Ministerium der äussersten Rechten unter dem Vorsitz des Kriegsministers aus der Krise herauskommen werde. Andere meinten, der Graf Valmaseda befinde sich schon in einer Kaserne an der Spitze eines für den Prinzen Alphons gewonnenen Regiments, und wiederum sollte der Kriegsminister das wahre Haupt dieser Bewegung sein. In der That waren die strategisch wichtigen Punkte der Stadt theils durch Militair, theils durch Freiwillige besetzt. Alle Minister waren zu Pi y Margall geeilt und hielten Berathung; eine grosse Anzahl von Deputirten hatte sich beim Ministerpräsidenten im Amt des Innern gleichfalls eingefunden.

Die Panique wuchs durch Pi's Versicherungen, dass die Verschwörung eine thatsächliche und die Gefahr dringend sei, zu der Höhe an, dass Tutau, der frühere Finanzminister, die Bildung eines rein unversöhnlichen Ministeriums fordern konnte und der Vorschlag, wenn die Cortes zusammen gewesen wären, alle Aussicht auf Annahme hatte. In diesem kritischen Augenblick traf aber der Civilgouverneur von Madrid, General Hidalgo, ein und theilte den Anwesenden mit, dass die vom Kriegsminister getroffenen Massregeln von Pi selber angeordnet seien. Alle Welt glaubte es nun zu verstehen, dass der wahrhafte Urheber der Verschwörungsgerüchte kein Anderer als der Chef der Executive war. Aller Allarm verschwand wie durch einen Zauber; die Freiwilligen zogen bei anbrechendem Tage nach Hause, und Pi musste für den Augenblick auf seine Idee eines Ministeriums der äussersten Linken Verzicht leisten.

Als er das Unvermeidliche that und öffentlich in der Cortes-Sitzung vom 18. den Rücktritt von seinem Posten erklärte, hatte sich die äusserste Linke wieder eingefunden, und sie strengte sich bei den Abstimmungen an, ihn als ihren Führer auf der Höhe zu erhalten; gegen den Antrag, an seiner Stelle einen Delegirten der Versammlung mit den gleichen Machtbefugnissen zu erwählen, der mit 111 Stimmen angenommen wurde, brachte sie 101 Stimmen zusammen. Als am 19. Salmeron mit 119 Stimmen gewählt wurde, fielen 93 Stimmen auf Pi y Margall.

Pi veröffentlichte später eine Rechtfertigungsschrift, in der die Stelle interessirt, worin er einen Theil seines socialen Programms entwickelt.

Pi y Margall zeigt, wie gut sich sein Socialismus mit den Freiheitsideen des Individualismus vertrage. Die Reformprojecte, worin er seinen angeblich socialistischen Ideen Ausdruck verschafft habe — gemischte Gerichte für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unentgeltlicher, obligatorischer Volksunterricht, Aufhebung der Sclaverei auf Cuba — seien nichts so Grässliches. Uebrigens müsse man aus der Geschichte lernen, dass auch das Eigenthum Veränderungen unterworfen sei. Hierüber findet sich ein Abschnitt, der für den Zusammenhang unsrer

ökonomischen und politischen Verhältnisse von Interesse ist. „Ich wünschte,“ sagt Pi y Margall, „zur Verbesserung des Looses der Feldarbeiter zu schreiten, welche die Aufmerksamkeit der Regierungen nicht minder als die Arbeiter der Städte verdienen. Es bleibt uns noch eine grosse Masse von Gemeinde-, Krongütern etc. zu verkaufen. Durch die bis jetzt übliche Weise der Veräusserung sind die Nationalgüter in die Hände entweder von Leuten übergegangen, die schon Grundbesitzer waren, oder von Capitalisten, welche im Allgemeinen den Grund und Boden nicht gesucht haben, um ihn zu bebauen, sondern um sichere Renten zu machen. Es wurde der Grundbesitz nicht mit allen den Rücksichten, welche die Freiheit und die Ordnung heischen, vertheilt; und die Ackerbauer, anstatt von der Revolution Nutzen zu ziehen, haben auf eine fabelhafte Weise den Pachtpreis wachsen sehen. Sie waren beinahe Mitbesitzer, als das Grundeigenthum in den Händen der Kirche und des Adels war, die, reich und sesshaft, nicht zum Wechsel der Pächter neigten, noch darauf aus waren, sie auszupressen. So erklärt sich, dass die neue Ordnung der Dinge auf dem Lande so wenig Anhänger gefunden hat und findet. Bedacht einerseits auf die Interessen der Revolution, andererseits auf das Wohlergehen der Feldarbeiter und auf die Nothwendigkeit, von der ich immer überzeugt war, dass der Boden allmälig in die Hände dessen übergehe, der ihn bebaut, verfolgte ich entschieden den Plan, das System der Veräusserung zu verändern, und endlich die Genugthuung, dass den Cortes das geeignete Gesetz vorgelegt würde. Darin war der Verkauf ersetzt durch die Veräusserung mit dem „censo reservativo“ (wodurch die allmälige Erwerbung ermöglicht würde) und war unter den Bietern demjenigen, der keine directe Steuer zahlt und zur Bebauung des Bodens tauglich ist, der Vorzug gesichert.“

Pi y Margall hat in den Cortes einmal gesagt, dass jede Revolution einen socialen Untergrund habe; in seinem Buche äussert er sich über seine Politik in dieser Hinsicht dahin: „Meine Politik ging auf Besserung der Lage der armen Klassen aus. Bis daher sind die Meistbegünstigten bei der Revolution die Mittelklassen gewesen: nach meiner Ansicht ziemte es sich, an die Tagelöhner zu denken.“

Dies Project, die Landarbeiter auf leichte Art, ohne die Verletzung Andrer, zu Grundbesitzern und damit zu guten Conservativen zu machen, ist sehr vernünftig und nicht blos für Spanien empfehlenswerth. Auch in Deutschland, namentlich für die nördlichen und östlichen Theile ist es die einzige Rettung vor dem demokratischen Socialismus. Man vergleiche darüber, was ich in der Broschüre „die ländliche Arbeiterfrage, Socialismus, Auswanderung und Mittel gegen beide — Berlin bei A. Schindler“ — hierüber gesagt habe.

Doch sehen wir nun, wie das neue Regime in Spanien aufgenommen wurde und wie es handelte.

„Cadix, 19. Juli. Habe die Bildung des neuen Ministeriums mit Missfallen vernommen. Präsident Salvoechea.“

Dieses freundliche Telegramm erhielt Salmeron, als er am 19. Juli zum Präsidenten der spanischen Republik ernannt war und sich mit einem Ministerium der Rechten umgeben hatte. Sein Vorgänger in der Regierung, Pi y Margall, hatte sein Scepter niedergelegt und die Linke ihn nicht mehr halten können. Sie leistete in diesem letzten parlamentarischen Kampfe noch einen starken Widerstand, aber, in Madrid unterlegen, erhob sie in den Provinzen das Banner des Aufstandes und proclamirte die Unabhängigkeit der Cantons.

Der neue Minister des Innern, Maissonnave, verlas in der Cortessitzung vom 22. Juli eine Reihe officieller Telegramme, welche der Centralregierung die Emancipation der Peripherie ankündigten. So meldete der Präsident des Cantons Valencia, dass die Provinz, unzufrieden mit dem Mangel an Energie, den die Behörden gezeigt hätten, den künftigen Beschluss der Cortes über die Organisation der Föderativ-Republik vorweg genommen und den Canton ausgerufen habe. Wie Cadix hatte sich auch Sevilla emancipirt. In Granada hatte der Militairgouverneur der bewaffneten Miliz, die sich des Regierungsgebäudes bemächtigte und die sociale Republik ausrief, weichen müssen. Ein Telegramm vom 20. Juli aus Castellon, der Hauptstadt der Provinz gleichen Namens, meldete, dass die Truppen und die Gendarmerie sich mit dem Volke verbrüdert und unter Jubel den Canton proclamirt haben. In dem aufständischen Cartagena herrschte seit dem 12. Juli Contreras.

Die Lage Salmeron's war sehr bedenklich. Pi y Margall hatte nicht übertrieben, als er in den Cortes behauptete, dass die politische Revolution Spaniens einen socialen Untergrund habe. Die städtischen Aufstände waren zugleich Erhebungen der Arbeiter. Die Revolutionsjunta von Valencia kündigte den Bürgern in einem Aufrufe noch einen provisorischen Vergleich an, indem sie im Namen der Delegation „eines grossen Theils internationaler Arbeiter“ erklärte, dass sie „die vollständige und radicale Emancipation der Arbeiterklasse“ anstrebe, aber für „jetzt die (politische) Bewegung unterstützen werde, weil sie zur Föderation führen wird, welche die freie Entwicklung ihren Emancipations-Gedanken verbürge.“

Es waren dies, wie man sich erinnern wird, die Marxianer und sie handelten in Befolgung des Rathes, der ihnen von dem Marx'schen G.-R. zugekommen war. Derselbe hatte nämlich folgende Adresse an die Arbeiter in Spanien erlassen:

„Spanische Mitarbeiter!

Ueber Nacht ist euch die Republik bescheert worden und es ist jetzt eure heilige Pflicht, dafür zu wirken, dass mit dem Wechsel der Regierungsform auch ein Wechsel des Systems eintrete. Es wird nicht an Solchen mangeln, welche euch vorzuspiegeln suchen, dass nun die goldene Zeit hereingebrochen. Diesen aber zeiget die Republik Frankreich und

fraget sie, was die dem Arbeiter genützt hat? Fragt sie, welche Regierung den Arbeitern die Rechte der freien Meinungsäusserung, der Versammlung und Vereinigung mehr verkürzt habe, als jene „Republik“? Und dann sagt den Herren, dass die französischen Arbeiter keine Verantwortlichkeit für diese Republik haben und dass ihr nicht gesonnen seid, zur Schaffung eines Ebenbildes der französischen Republik auf der andern Seite der Pyrenäen beizutragen, dass ihr etwas Besseres als eine zweite Republik Thiers wollt! Der Sprosse des Hauses Savoyen, der Sohn des Schacherers von Nizza, des Helden von Aspromonte hat den Thron geräumt. Hütet euch, dass die Helden der Parlamentskomödie den Platz auf demselben nicht einnehmen. Schaut sie euch an diese Schönredner und Phrasenhelden! In Berlin und Paris, in Madrid und Washington! Sie sind überall dieselben! Ihre schönen Reden haben noch keine Last von den Schultern der Arbeiter genommen, ihre glänzenden Worte noch nirgends dem Arbeiter ein Stück Brod verschafft, ihre begeisternden Ansprachen uns noch keine Arbeit erleichtert. Arbeiter Spaniens! Euer Heil kann nicht von solchen Männern kommen, die hinter ihren Worten ihre Gedanken verbergen. Ihr selbst müsst eures Glückes Schmiede sein! Darum immer wieder die Mahnung: Seht euch vor, schaart euch zusammen, organisirt euch zur Errichtung der socialen Republik und wenn ihr das nicht könnt, dann erhebt euren Protest gegen die Bourgeois-Republik! Wenn die Arbeiter der Welt organisirt sind, dann gründen wir die Republik der Arbeit, dann führen wir die Demokratie ein, d. h. die wahre, die Socialdemokratie! — Brüder in Spanien! Die Befreiung der Arbeit muss durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden!

New-York, 23. Februar 1873. Der Generalrath.

Der Wohlfahrtsausschuss von Sevilla, welcher Canton vom General Pierrad gegen die Centralregierung vertheidigt ward, machte sich schon entschlossener an das Werk. Unter seinen Decreten befand sich ein Fabrikgesetz, welches die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden herabsetzte und für die Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kein anderes „Kriterium“ aufstellte, als das der „weitesten Freiheit.“ Derselbe Ausschuss beschloss zur Förderung der „socialen Liquidation“ die Reduction aller Pachtzinse auf die Hälfte, die Einziehung aller Kirchengüter, die Abschaffung der Pensionen und die Ueberweisung der geschlossenen Werkstätten und Fabriken, so wie der nicht bebauten Grundstücke an Leute, welche dieselben productiv machen würden.

In Granada beschloss man, die Einkünfte der Staatsdomänen, Kirchen und Klöster einzuziehen, die Glocken einzuschmelzen und aus dem gewonnenen Metall Geld zu schlagen, endlich den höchstbesteuerten Bürgern eine Schatzung von 120,000 Realen aufzuerlegen.

Alle diese Aufstände hielten sich aber nur wenige Tage. Die Beschlüsse der revolutionären Regierungen verhallten in der allgemeinen Desorganisation, die bald in Demoralisation überging. In Castellon zog die Colonne des General Villacampo am 25. ohne Schwertstreich, General Pavia nach einem zweitägigen Kampfe als Sieger am 29. Juli in Sevilla ein. Beim Strassenkampf des zweiten Tages setzten die Aufständischen ganze Häuserviertel mittelst

Petroleums in Brand; als General Pavia an die Spitze seiner Truppen einen glänzenden Einzug hielt, ward er von dem Volke mit Jubel begrüsst.

Der Krater von Cadix erlosch, nachdem der Artilleriekampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen seit dem 22. Juli gedauert hatte, in sich selbst. Die zu den Letzteren übergegangene Artillerie schlug sich wieder auf die Seite der conservativen Partei, die revolutionäre Junta legte ihre Gewalt in die Hände der in der Stadt befindlichen Consuln nieder und diese ernannten Rances zum Präsidenten einer provisorischen Junta bis zum Auftreten der legitimen Behörden. Am 5. August hielt auch hier Pavia seinen Einzug.

Am schwersten ward den Regierungstruppen die Bewältigung des Aufstandes in Valencia, wo die Marxianer bis zum 8. August mannhaft Stand hielten. Am Tage darauf ergab sich auch Granada an die Regierungstruppen.

Nachdem die Peripherie der Madrider Regierung wieder unterworfen war, gaben die Aufständischen von Cartagena, welches allein sich noch hielt, dazu Anlass, dass auch ihre Ohnmacht im Centrum des Landes zu Tage trat. Contreras war mit 2000 Mann von Murcia aufgebrochen, um einen kühnen Streich gegen die Hauptstadt auszuführen. In zwei Eisenbahnzügen fuhr diese Streitmacht am 10. August nach Chinchilla, wo die Bahn nach Madrid abzweigt und die Truppe des Cantons Murcia von der Colonne des Brigadiers Salcedo erwartet und unvermutheter Weise angegriffen wurde. Contreras gelang es zwar, einen Theil seiner in Verwirrung gebrachten Schaar wieder in die Eisenbahnwagen zu bringen; der Zug entgleiste aber, da die Regierungstruppen indessen die Schienen ausgehoben hatten. Die Insurgenten zerstreuten sich darauf in wilder Flucht, liessen aber 400 Gefangene, ihre beiden Krupp'schen Kanonen und alles Kriegsmaterial in den Händen der Regierungstruppen zurück. Ende August begann das Bombardement gegen das anfangs zum Sitz der Gegenregierung bestimmte Cartagena.

Neben dem Kampf gegen die empörten Städte schritt die Regierung auf dem Wege der Verwaltung entschieden vor und ging sie die Cortes um Vollmacht zur gerichtlichen Verfolgung der Deputirten an, die sich der Bewegung in Cartagena angeschlossen hatten. Am 10. August ertheilten die Cortes eine solche Ermächtigung in Betreff von neun Deputirten, unter welchen sich die Minister des Auswärtigen, der Finanzen, der Colonien und des Innern des Cantons Murcia befanden. Die Linke forderte vergeblich eine Generalamnestie für diejenigen Republikaner, die an der aufständischen Bewegung zu Gunsten der Einführung von Cantonalregierungen theilgenommen hätten.

Am 21. August wurde den Cortes ein Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen die Bestimmungen über die persönliche Freiheit suspendirt werden. Das frühere Gesetz desselben Inhalts war nur für die Regierung Pi y Margall's bewilligt.

Den Gerüchten, dass die Regierung der Linken, welche für den Fall der Verweigerung einer Amnestie mit dem Austritt aus den Cortes drohte, Zugeständnisse machen wolle, machte der Minister des Innern durch den Erlass ein Ende, wodurch er die Civilverwalter der Provinzen an die strenge Ausführung der Vorschriften über die Auflösung der Provinziallandtage und der Gemeinderäthe mahnte, die sich gesetzwidriger Massregel schuldig gemacht oder gar gegen die Regierung aufgelehnt hatten. In Bezug auf die Freiwilligen der Republik verwies der Minister auf das Decret vom 17. November 1868 (aus den Zeiten Prim's), wonach Niemand, „der eine öffentliche Kundgebung gegen die nationale Souveränetät oder gegen die aus ihr hervorgehenden Gewalten gemacht hat,“ zu jenem Corps gehören kann. In Sevilla und Cadix wurden diese Corps durch Entwaffnung unschädlich gemacht, die in Gefangenschaft der Regierungstruppen gefallenen Intransigenten sofort nach Cuba transportirt.

Den Schluss dieser Massregeln bildete zunächst die Ernennung Castelar's zum Präsidenten der Cortes (in der Sitzung vom 26. August). Der Schönredner der Republik erhielt 135 Stimmen; auf seinen Gegner Olane fielen 73. In seiner Ansprache an die Versammlung erklärte sich Castelar für das Programm Salmeron's, und spielten neben der Versicherung, dass durch die Föderation die Dictatur vermieden werden könne, die Stichworte der nationalen Einheit und der Integrität des Vaterlandes, einer kräftigen Regierungsgewalt, der Wiederherstellung der Ordnung und der Disciplin in der Armee die hervorragendste Rolle.

Als der Aufstand der Städte noch in voller Blüthe stand und die empörten Communen sich an den Kirchen, Geistlichen und Klöstern vergriffen, am 2. August, legte der Justizminister den Cortes einen Gesetzentwurf über die Trennung von Kirche und Staat vor.

Nach dem ersten Artikel dieses wichtigen Entwurfs erkennt der Staat der katholischen Kirche das Recht zu, sich in aller Unabhängigkeit selbst zu regieren und ihren Cultus selbst auszuüben; demnach anerkennt er das Recht der Association, der Kundgebung, des Eigenthumserwerbs und des Unterrichts, wie überhaupt alle Rechte, welche die Constitution und die Gesetze den autorisirten Corporationen garantiren. — Der zweite Artikel bestimmt, dass die spanische katholische Kirche und die anderen religiösen Corporationen in der von den Gesetzen angeordneten Form Eigenthum erwerben und bewahren werden. — Im dritten Artikel leistet der Staat Verzicht: 1) auf das Recht der Präsentasion von Titulären für alle erledigten kirchlichen Aemter, welcher Kategorie sie auch sein mögen, jedoch ohne Beeinträchtigung der Rechte des Laien-Patronats; 2) auf die Jurisdiction und auf die Rechte, die sich auf die im Concordat von 1851 verzeichneten und anerkannten eximirten Gerichtsstände beziehen; 3) auf das königliche Exequatur der Bullen, Breves und anderen päpstlichen Documente, während die gewöhnliche Gesetzgebung das Recht hat, die Vergehen, die

mittelst derselben begangen werden könnten, zu verfolgen und zu bestrafen; 4) auf den Ertrag der Kreuzzugsbulle; 5) auf jede Einmischung in die liturgischen Bücher. — Im vierten Artikel leistet der Staat die Anerkennung: 1) des Rechts der in den Klöstern lebenden Nonnen zum Empfang der Pensionen, die sie gegenwärtig kraft bestehender Anordnungen beziehen, und 2) der mit Privatpersonen für die Reparatur der „Tempel" abgeschlossenen Verträge. — Nach dem fünften Artikel werden alle Glieder der katholischen Kirche in ihrer Eigenschaft als spanische Bürger dem gemeinen Recht unterworfen sein, und der sechste Artikel bestimmt, dass Alles, was sich auf die gegenwärtigen Güter und Berechtigungen der Kirche, sowie auf ihre vom Staat bezogenen Anweisungen bezieht, der Gegenstand eines speciellen und definitiven Gesetzes sein wird, für dessen Redaction sich die Regierung der Republik mit den Interessirten ins Einvernehmen zu setzen suchen wird.

Fassen wir nun die internationalen Begebenheiten ins Auge, zu denen die Episode von Cartagena Anlass gab. Ein Decret der Salmeron'schen Regierung vom 20. Juli hatte die Mannschaften der Kriegsschiffe der Aufrührer für Piraten erklärt. Dasselbe Decret ermächtigt die Befehlshaber von Kriegsschiffen befreundeter Mächte, jene Schiffe, wenn sie innerhalb oder ausserhalb der Seegerichtsbarkeit angetroffen werden, anzuhalten und die Mannschaften nach den im ersten Artikel des Decrets aufgeführten Bestimmungen zu richten, wobei sich jedoch die spanische Regierung das Eigenthum an jenen Schiffen und die entsprechenden Reclamationen auf diplomatischem Wege vorbehält.

Ein paar Tage nach dem Erlass des Decrets, am 23. Juli, wurde das spanische Kanonenboot „Vigilante," welches die rothe Flagge führte, von dem Befehlshaber des in den spanischen Gewässern kreuzenden deutschen Geschwaders (Capitän Werner) angehalten und weggenommen. „Bei der ersten Kunde von diesem Vorfall, — berichtete darüber die „Provincial-Correspondenz" vom 6. August, — wurden, namentlich in der auswärtigen Presse, Stimmen laut, welche denselben als eine auf Weisung der Reichsregierung erfolgte Einmischung in die spanischen Zwistigkeiten und als eine thatsächliche Anerkennung der gegenwärtigen Regierung in Madrid bezeichnen wollten. In politischen Kreisen konnte von vornherein kein Zweifel obwalten, dass der deutsche Marineofficier nicht auf Grund einer Weisung oder Ermächtigung gehandelt habe, und dass in den massgebenden Regionen der Reichsregierung vollständige Uebereinstimmung darüber herrscht, jede Verantwortlichkeit für den Vorgang abzulehnen. Die Abberufung des erwähnten Officiers von dem Commando des deutschen Geschwaders in den spanischen Gewässern hat diese Auffassung vollständig bestätigt, und somit kann die ganze Angelegenheit als erledigt gelten.

Am 24. Juli wurde von dem Capitän Werner und dem Befehlshaber des „Vigilante," Antonio Galvez, eine Convention unterzeichnet, wonach Letzterer und seine spanischen Mitunterzeichner sich verpflichten, Leben und Eigenthum deutscher, englischer und

jeder andern Nationalität Unterthanen zu Cartagena oder an anderen, unter der Gerichtsbarkeit der dortigen Junta stehenden Orten zu respectiren und bis zum 28. Juli kein Kriegsschiff aus dem Hafen von Cartagena auslaufen zu lassen.

Kaum war dieser Termin verflossen, als Contreras am 29. Juli mit den Schiffen „Almansa“ und „Victoria“ den Hafen von Cartagena verliess und nach Almeria fuhr, um diese Stadt zu brandschatzen. Nachdem diese offene Stadt das Bombardement vom 30. ungebeugt ausgehalten und auch die von den Insurgenten ausgeschickten Landungstruppen zurückgeschlagen hatte, dampfte Contreras nach Malaga ab. Das Bombardement dieser Stadt wurde aber in Folge einer vorgängigen Verständigung zwischen den Commandanten des deutschen und englischen Geschwaders verhindert, und Schiffe derselben Geschwader begleiteten die „Victoria“ und „Almansa“ auf der Rückkehr nach Cartagena. Seitdem befanden sich die Insurgentenschiffe unter der Obhut des englischen Admirals Yelverton.

Der Vorfall, zu welchem die Flagge des „Vigilante“ Anlass gab, brachte die benachbarten Seemächte in Bewegung. Das französische Mittelmeergeschwader erhielt Befehl, sich der englischen Flotte anzuschliessen, die französischen Landesangehörigen bei dem etwaigen Bombardement eines spanischen Platzes zu beschützen und den maritimen Einfluss Frankreichs aufrecht zu erhalten. Die Instruction der französischen Befehlshaber lautete dahin, dass man sich bei der strengen Neutralität Frankreichs gegen die Insurgentenschiffe, so lange sie sich in spanischen Gewässern bewegen, keinen Act der Feindseligkeit erlauben solle. Nur wenn die Insurgentenschiffe auf hoher See mit der französischen Handelsmarine in irgend einen Conflict kämen, würden Massregeln zum Schutz des französischen Handels zu ergreifen sein. Im Uebrigen sei es gleichgültig, ob die Insurgentenschiffe als Piratenschiffe zu betrachten seien oder nicht.

Im Ganzen stimmte mit dieser Auffassung die Instruction überein, welche die britische Regierung am 24. Juli an die Admiralität für die Capitäne englischer Schiffe übermittelte. Danach sollten die Letzteren aufständische spanische Schiffe, wenn sie gegen britische Unterthanen oder Interessen keine Acte der Piraterie begehen, unbehelligt lassen, auch sich bei der Auslieferung von Gefangenen, die auf aufständischen Schiffen verhaftet seien, nicht betheiligen. Diese Mittheilung gab der Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Lord Enfield, in der Unterhaussitzung vom 4. August.

In derselben Zeit, als diese Erklärungen von Seiten Englands und Frankreichs erfolgten, wies der italienische Marineminister den Commandanten des Panzergeschwaders an, einige Kriegsschiffe nach der spanischen Küste zu schicken. Die nordamerikanische Kriegsmarine war an denselben Küsten ansehnlich vertreten.

Der Carlistenkrieg dauerte im Norden inzwischen fort, als

auch schon das letzte Stündlein der Salmeron'schen Regierung schlug. Es folgte das Interregnum Castelar's, das zur Militairdictatur führte, der bekannten Krönung des Gebäudes des politischen Liberalismus.

Der Uebergang der Dictatur von Salmeron auf Castelar wurde durch dieselbe Verwickelung herbeigeführt, wie die Thronentsagung Amadeo's. Jetzt wie damals handelte es sich um die Militärfrage und die Herstellung der Armeedisciplin. Jetzt wie damals hatte General Hidalgo die Verwickelung, welche durch die neue Artillerieorganisation gelöst werden sollte, herbeigeführt. Der König stand rathlos vor der Lösung, die er auf das Drängen seiner Minister unterzeichnet hatte, und wusste sich, da er in der Durchführung des neuen Decrets die Auflösung der ganzen Militärdisciplin erblickte, nicht anders als durch die Niederlegung der Krone zu helfen. Jetzt endlich hatte Castelar, während Salmeron zur Erhaltung der Disciplin noch nicht das letzte Mittel anzuwenden wagte, die Cortes zur Gewährung dieser Mittel und der unbeschränktesten Vollmachten zu bestimmen gewusst. Hidalgo hatte wieder zur Katastrophe Anlass gegeben, und Castelar diesen Unglücksmann, der in den Krisen des Februar und April eine wichtige Rolle spielte, vom Schauplatz verwiesen. Endlich wurde auch das neue Officiercorps der Artillerie, welches Zorilla's Februargesetz ins Leben gerufen hatte, bezwungen, nachdem es noch zu guter Letzt versucht hatte, die Ernennung Castelar's zum Dictator zu verhindern.

Der Verlauf des Drama's, in welchem Hidalgo die Regierung der Gefahr aussetzte, nicht nur die Artillerieofficiere gegen sich, sondern sich auch von den Officieren aller andern Corps verlassen zu sehen, und welches mit der Entlassung des gefährlichen Generals schloss, war folgender:

Hidalgo, ein Republikaner neueren Datums, ist ein wilder Unversöhnlicher und der leidenschaftlichste Gegner der Anwendung der Militärgesetze geworden. Er betrachtete sich seit dem 23. April 1873, an welchem Tage er die armen Nationalgarden, die, auf dem Stierplatz eingeschlossen, nicht einen Augenblick an Vertheidigung denken konnten, mit 22 Kanonen zu Paaren trieb, als unentbehrlich. Jetzt hatte er sich wieder zu einer solchen Heldenthat berufen geglaubt.

Alle disponiblen Officiere, die zur Armee von Catalonien bestimmt waren, hatten den schriftlichen Befehl erhalten, sich am 2. September zum Militärgouverneur zu begeben. Dieser Befehl war in Ausdrücken einer besondern Schroffheit abgefasst; man hatte der Citation die Drohung beigefügt, dass sie, falls sie nicht zur Meldung erschienen, arretirt und nach dem Militärgefängniss von San Francisco geschickt würden Unter ihnen befanden sich die Officiere der Jägerbataillone von Bejar und Tarifa, die der Wuth ihrer Soldaten bei der neuerlichen Empörung derselben in Catalonien entgangen waren. Mehrere ihrer Kameraden waren in den Strassen von Igualada in schrecklicher Weise ermordet

worden. — Der Militärgouverneur theilte den Officieren bei der Meldung mit, dass der Kriegsminister beschlossen habe, jene Bataillone zu reorganisiren, und dass sie bestimmt wären, ihren Posten an der Spitze der Compagnien einzunehmen. — Ueberrascht durch diese unerwartete Nachricht, erklärten die Officiere einstimmig, dass sie bereit seien zu gehorchen, aber dass man, damit ihre Mission mit der nöthigen Autorität bekleidet sei, ihnen die Gewissheit verbürgen müsse, dass die Mörder bestraft und die Militärgesetze (die Ordonnanz) in Kraft gesetzt würden. — Der Militärgouverneur wusste nicht sogleich, was er erwidern sollte, und ging zum General-Capitän von Castilien, um mit ihm zu berathen, und dieser beschied die Officiere zu sich. — Hidalgo richtete nun an dieselben eine Ansprache, in welcher er die Pflicht des Militärs, jederzeit, wenn das Vaterland seine Dienste in Anspruch nimmt, zum Opfer seines Lebens bereit zu sein, auseinandersetzte, aber mit keinem Worte der diesen Pflichten entsprechenden Rechte erwähnte. — Ein Hauptmann nahm darauf im Namen seiner anwesenden Kameraden das Wort, schilderte die Greuelscenen von Igualada und erklärte, dass man sie unter den gegenwärtigen Umständen, da die Ordonnanz nicht mehr Gesetzeskraft habe, zur Abschlachtung schicken würde. Hidalgo gerieth darüber in masslose Wuth, fuhr die Officiere in den beleidigendsten Ausdrücken an, behandelte sie als Feiglinge und drohte, sie erschiessen zu lassen. Alle protestirten energisch gegen solche Ausdrücke, aber der General-Capitän schickte den Hauptmann, der das Wort geführt hatte, ins Gefängniss und verliess in stürmischer Aufregung den Saal.

Der Militärgouverneur suchte die Officiere zu beschwichtigen, aber sie verlangten, dass der Hauptmann sofort wieder in Freiheit gesetzt werde, widrigenfalls sie sich Alle als Gefangene stellen würden.

So kam die Sache an den Kriegsminister, welcher das Benehmen des General-Capitäns billigte und statt zur Freilassung des arretirten Hauptmanns Befehl zu geben, vielmehr noch zwei andere Officiere verhaften liess und die sofortige Abführung der Drei nach der Citadelle von Cadix anbefahl.

Die Officiere, die zunächst in dieser Angelegenheit betheiligt waren, beschlossen darauf, ihren Kameraden, wenn sie als Gefangene abgeführt würden, an der Eisenbahnstation einen demonstrativen Abschied zuzurufen. Die Aufregung nahm aber grössere Dimensionen an, da sich ihnen Hunderte von Kameraden anschlossen und mit ihnen (die Zeitungsangaben differirten zwischen 600 bis mehr als 1000 Officieren) in einer Versammlung zu dem Beschluss vereinigten, zum Präsidenten der Executivgewalt eine Deputation zu schicken und ihn fragen zu lassen, ob er gesonnen sei, die Ordonnanz wieder einzuführen. Wenn die Antwort verneinend ausfiele, wollten sie für alle Officiere des Landes die Entlassung fordern. Am 2. September sprach man in Madrid sogar davon, dass schon siebzehn Generale beim Kriegsminister um die

Entlassung von ihren Graden und Chargen eingekommen seien. Im Lauf des Dritten fanden sich bei Salmeron eine Deputation des Artilleriecorps, einige Abgeordnete der Rechten, dann die Abgesandten des Officiers-Meetings ein, alle mit dem gleichen Verlangen nach der Wiederherstellung der Ordonnanz. Die Ordonnanz war die brennende Tagesfrage.

Der Präsident der Executivgewalt verwies aber alle diese Deputationen an die Entscheidung der Cortes. Er selber konnte es nicht über sich bringen, seinen Namen einem Beschluss beizugesellen, der mit seinen philosophischen Ueberzeugungen in Betreff der Toderstrafe in Widerspruch stände. Nur in einem Punkte erhielt das Officiercorps eine Genugthuung. Die amtliche „Gazeta“ brachte am 3. September ein Decret, durch welches Hidalgo seiner Stellung als General-Capitän enthoben ward. Die Officiere hatten schon am Abend des zweiten die Nachricht von diesem Beschluss der Regierung erhalten und demnach auch die Demonstration am Eisenbahnhof unterlassen. Aber die Ordonnanzfrage war in Fluss geblieben, daher das grosse Officier-Meeting und die Deputationen bei Salmeron. Ausserdem wurde die Regierung aus allen Theilen des Landes durch Berichte von den verschiedensten Corporationen bestürmt, welche Alle die vollständige Wiederherstellung der Ordonnanz verlangten.

Auch der Ministerrath kam aus den Verhandlungen über dieselbe Lebensfrage nicht heraus. Er sass einen grossen Theil der Nacht zum 2. September zusammen, berieht dann wieder seit zehn Uhr Morgens bis drei Uhr Nachmittags, um am Abend die Verhandlung wieder aufzunehmen.

Salmeron wollte äussersten Falls nur zugestehen, dass der Vollzug der Todesstrafe in den Fällen tumultuarischer Rebellion, wo die Ordonnanz den Officieren die Verpflichtung auferlegt, mit raschem mündlichen Verfahren den Schuldigen zu vernichten, nach den Vorschriften der Ordonnanz wieder eingeführt werden solle. Für alle weiteren Fälle aber blieb er dabei, dass die Cortes die letzte Entscheidung haben müssen. Dieses Zugeständniss bot aber nicht so viel, als die Officiere aus militärischen Gründen in Anspruch nahmen, und auch nicht so viel, als mehrere Provinzialbehörden verlangten, die nach einem Ministerium der entschiedenen Rechten riefen.

Noch eine Probe liess Salmeron machen. In der Cortessitzung vom dritten brachte Olave zu dem Antrag, der die strengste Anwendung der Kriegsartikel forderte, das Amendement ein, wonach die Fälle, in denen auf Todesstrafe zu erkennen sei, vor die Cortes gebracht werden sollen. Das Amendement wurde aber mit 88 gegen 82 Stimmen verworfen. Damit war auch Salmeron's Schicksal entschieden. Die Minister reichten die Entlassung ein, und er selbst konnte nicht anders, als gleichfalls seinen Posten niederlegen, falls die Wiederherstellung der Kriegsartikel in ihrer vollen Strenge beschlossen würde. Um diesen Beschluss handelte es sich, und für den Fall, dass er durchgesetzt würde, stand Castelar zur Nach-

folge bereit. Es kam nur noch darauf an, dass dieser die weitgehendsten Vollmachten, die Annahme der dringendsten Gesetze und die Vertagung der Cortes bis zum 1. December erreichte.

Castelar setzte am 6. September in einer Versammlung der Majorität der Versammlung seine Forderungen (darunter die Suspension der constitutionellen Garantien und die Vollmacht zur Suspension der Ayuntamientos und Provinzialdeputationen) auseinander, und ein in diesem Sinne gestellter Antrag ward von den 108 Anwesenden einstimmig angenommen.

Beim Beginn dieses Meetings war auf Initiative Castelar's und im Wege einer Proposition Salmeron aufgefordert worden, seine von ihm bereits eingereichte Demission zurückzuziehen, worauf dieser erwiderte, dass nach den ihm zugesandten Berichten der Provinzialcorporationen und nach deren Verlangen nach Wiederherstellung der Ordonnanz seine Ueberzeugung sich im diametralen Widerspruch mit der öffentlichen Meinung befinde, er daher in keinem Falle an der Spitze der Geschäfte bleiben könne und werde.

Castelar, um die Vorlegung seines Regierungsprogramms angegangen, fasste dasselbe in den Hauptaufgaben zusammen: „öffentliche Ordnung, disciplinirte Armee und rastlose Bekämpfung des Carlismus," worauf der Antrag des Inhalts vorgebracht und angenommen ward: „Diese Versammlung der Majorität ertheilt dem Ministerium Salmeron ein Anerkennungs- und Dankesvotum und bittet den Sennor Don Emilio Castelar, das neue Ministerium zu bilden, indem sie ihm im voraus die Ertheilung aller Attribute und Gewalten zusichert, die er für nöthig erachten wird."

So erfolgte, nachdem Castelar seine Forderungen formulirt und zugestanden erhalten hatte, die entscheidende Cortessitzung, die am sechsten Nachmittags um drei Uhr begann und am siebenten Morgens gegen vier Uhr geschlossen wurde. Castelar ging aus der Sitzung als Sieger hervor; er erhielt 133 Stimmen, sein Gegner Pi y Margall 65. Für Ersteren traten als Hauptredner Salmeron und Rios Rosas, Pi y Margall trat für sich selber auf.

Dieser Vorgänger Salmeron's in der Regierung hatte aber auch ausserparlamentarische Mittel in Bewegung gesetzt, den Ausgang der Sitzung zu seinem Vortheil zu lenken.

Das seiner Majorität nach aus Föderalisten bestehende Ayuntamiento von Madrid und die aus dem Aufstande vom 23. April hervorgegangenen Freiwilligen wünschten Nichts sehnlicher, als ein Ministerium Pi y Margall aus der Regierungskrise hervorgehen zu sehen. Mehrere Mitglieder der Cortesminorität, die auf Ministerposten in einem Cabinet Pi's rechneten, standen mit jenen Vereinen in Verbindung. Die entscheidende Cortessitzung vom sechsten sollte mit einem grossen militärischen Schauspiel überrascht und die Kammer zur Ernennung Pi y Margall's gezwungen werden.

Auch Hidalgo war thätig gewesen und hatte besonders das in der Kaserne Gil Blas gelegene, aus zwei Bataillonen bestehende

Artillerie-Regiment bearbeitet. Er gewann die Officiere, die, vor dem Zorilla'schen Conflict durchgängig Sergeanten, sehr gut wussten, dass die conservative Republik die früheren Artillerie-Officiere wieder einsetzen, sie selbst aber mit Halbsold heimschicken wird. Dieses Regiment sollte am sechsten um zwölf Uhr Mittags mit seinen Kanonen die Kaserne verlassen und gewisse Positionen einnehmen, worauf die insurgirten Bataillone der Bürgerwehr dasselbe thun würden. Der Kriegsminister aber, der hinter den Plan gekommen war, erliess am sechsten vor Tagesanbruch den Befehl, dass die beiden Bataillone der Artillerie von San Gil sich getrennt in zwei andere Kasernen zu verfügen haben. Der Befehl ward natürlich ausgeführt und die beiden für die Meuterei gewonnenen Bataillone kamen dadurch in den andern Kasernen mit Truppenabtheilungen zusammen, welche dem Cabinet treu geblieben waren. Dieser Umzug und die militärische Bereitschaft in allen Kasernen wie im Kriegsministerium reichte hin, das Unternehmen Pi y Margall's im Keim zu ersticken.

Zwar strömten gegen elf Uhr Abends einige Haufen der Vorstädter vor dem Congresspalast zusammen, sie wurden indessen von etwa 150 Organen der Sicherheitsbehörde mit Leichtigkeit zersprengt, wärend ein Dutzend Freiwillige, die sich mit Gewehren auf die Tribüne des Congresssaales sehen liessen, auf Befehl des eben fungirenden Vorsitzenden arretirt wurden. Sie sagten bei dem Verhöre aus, dass sie mit Hülfe des Sennor Estevanez eingedrungen seien, um später dessen Befehle zu vollziehen.

So wurde in der Nacht zum 7. September Castelar, der weder wie Figueras und Pi y Margall mit den Unversöhnlichen sympathisirte, noch wie Salmeron sich durch allerdings früher ausgesprochene aber längst vergessene philosophische Dogmen in der Anwendung der äussersten Strenge behindert sah, mit der Dictatur bekleidet und, nachdem an seiner Stelle Salmeron am neunten zum Präsidenten der Cortes ernannt war, mit allen nöthigen Specialvollmachten ausgestattet.

Am zwölften wurden vom Congress die Artikel der Gesetzesvorlage, die ihn zu Ausnahmemassregeln für die von den Carlisten bedrohten oder besetzten Provinzen ermächtigen (namentlich Einziehung der ganzen Reserve, Aufnahme einer Kriegsanleihe von hundert Millionen Pesetos) angenommen.

In Betreff der Todesstrafe machte die Opposition noch einen Versuch, die Vollmacht des Dictators zu beschränken, indem sie zu Castelar's Gesetzesvorlage das Amendement einbrachte, dass die Fälle, in denen auf jene Strafe zu erkennen sei, vor die Cortes gebracht werden sollen. Das Amendement wurde aber abgelehnt und das Gesetz, welches die Kriegsartikel in ihrer ganzen Strenge wiederherstellt, mit 115 gegen 72 Stimmen angenommen.

Am 21. September brachte die amtliche Zeitung das Gesetz über die vollständige Geltung der Militär-Ordnung, ferner das Decret, welches für ganz Spanien die constitutionellen Garantien suspendirt und das Gesetz über die öffentliche Ordnung vom

23. April 1870 wieder in Kraft setzt, und endlich ein Decret, welches die Blätter, die zur Insurrection aufreizen, die Acte der Insurgenten vertheidigen oder Nachrichten über die Insurrection und über Truppenbewegungen unabhängig von den officiellen Meldungen veröffentlichen, gradweise mit Verwarnung, Geldstrafe oder Suspension bedroht.

Die Cortes hatten mit der Schöpfung und Ausstattung des Dictators ihr Werk vollbracht und waren für die nächste Zeit überflüssig geworden. Sie konnten sich demnach in der Sitzung vom 20. September vertagen.

Die Regierung widmete darauf ihre ganze Thätigkeit der Reorganisation der Armee; die der Artillerie war am dreiundzwanzigsten nahezu vollendet, und an demselben Tage stattete eine Delegation der Artillerie-Officiere dem Dictator einen Besuch ab, um ihm für das Decret über die Reorganisation ihres Corps zu danken. Der innere Bruch in der Armee, welcher die Abdankung Amadeo's verursachte und die Meutereien in den Provinzen und deren Hauptorten erleichtert hatte, konnte somit als geheilt betrachtet und Hidalgo durch die Ernennung zum Staatsrath unschädlich gemacht werden. Die amtliche Zeitung vom 18. September, welche diese Ernennung meldete, brachte zugleich das Decret, welches ihm den Abgeordneten Prefumo in dem Posten des Civilgouverneurs von Madrid zum Nachfolger gab.

Castelar's Ernennung zum Präsidenten der Executivgewalt war kaum perfect geworden, als noch an demselben Tage Marschall Serrano in Madrid eintraf. Der frühere Regent Spaniens und Rathgeber des Königs Amadeus hatte die Vorzeichen einer neuen Zeit richtig erkannt. Mit ihm kamen auch Admiral Topete und die so zu sagen conservativen Generale, welche von Castelar wieder angestellt wurden, der vor allen Dingen die Carlisten und die Aufständischen in Cartagena unterwerfen wollte, was ihr Beides nicht gelingen sollte. Zur Macht gelangt, brach das ehemalige Mitglied der „Friedens- und Freiheitsliga“ mit allen seinen Traditionen. Ein sociales demokratisches Blatt schrieb Anfangs December:

„Die Presse ist in jeder Beziehung gefesselt. Castelar, obgleich er keinen Schritt zurückgethan hat aus der schwierigen Stellung, in welche er eingetreten war, beginnt sich stark ermüdet zu fühlen, die schreckliche Rüstung, die er sich angelegt, drückt ihn schwer darnieder. Für ihn, der seine Stirn mit den Lorbeern bekränzte, die er sich durch seine schlagfertige Feder erworben und jetzt genöthigt ist, die Presse zu binden und zu knebeln; für ihn, der mit so gerechtem Stolz den ersten Redner des Tages sich nannte und jetzt die Freiheit der Rede unterdrücken muss; für ihn, welcher einstmals die gerichtlichen Hinrichtungen als Morde und die Regierung als Mörder bezeichnete und jetzt gezwungen ist, den Hochverrath mit dem Tode zu bestrafen; und endlich für ihn, der als Präsident der spanischen Republik die Fortsetzung der Sclaverei auf Cuba erlaubt, während er als beständiger Redner in allen Versammlungen für die Abschaffung der Sclaverei auftrat und erklärte, dass, wenn er in der Regierung sässe, die Sclaverei nicht länger mehr dauern würde, als ein

Schiff nöthig habe, um das Decret ihrer Abschaffung von Spanien nach Cuba zu bringen, für ihn ist eine solche Stellung ein verlängerndes und peinigendes Martyrium, dessen lange Dauer unmöglich ist bei einem Manne von dem Charakter und der Empfindungsfähigkeit Castelars. — Die neueste That des Demokraten und Volksmannes Castelar ist die Entwaffnung des letzten Restes der demokratischen Volkswehr. Vom Bombardement der republikanischen Stadt Cartagena nicht zu reden, — denn das ist ja eine lang angekündigte Geschichte."

Die Cortes sollten am 2. Januar 1874 wieder zusammentreten. Zwischen dem Dictator Castelar und dem Cortespräsidenten Salmeron herrschte bittere Zwietracht.

Gleich in der ersten Sitzung der Cortes erhielt Castelar mit 126 gegen 100 Stimmen ein Misstrauensvotum. Es war vorauszusehen, dass die Linke der Kammer und die Anhänger Salmeron's sich gegen Castelar wenden und die Bildung eines Cabinets aus der avancirten republikanischen Partei versuchen werden. Der Krieg hat während der Dictaturperiode nicht weniger als vierhundert Millionen Realen gekostet, für das an finanziellen Hülfsquellen nicht reiche Land eine enorme Summe, und noch immer konnte man keine Früchte der kriegerischen Politik erblicken. Offenbar beabsichtigten nun Salmeron, Pi, Figueras, Orense eine Aussöhnung mit den Intransigenten, gegen welche sie schon von Anfang an weniger rigoros hatten vorgehen wollen. Die Ausführung ihres Planes aber scheiterte an der militärischen Ueberlegenheit der Gegner. Nachdem Castelar seine Demission gegeben, beriethen die Sieger, was nun zu thun sei. Indess hatten die Generale, ohne dass ein Deputirter oder ein Mitglied der Regierung etwas davon ahnte, unter Serrano eine Militärverschwörung gemacht und plötzlich wurde dem Präsidenten Salmeron ein Brief des General-Capitäns Pavia übergeben, worin derselbe aufgefordert wurde, die Cortes aufzulösen. Jetzt bekamen die Deputirten einen gewaltigen Schreck und, obschon sie eben erst Castelar zum Rücktritt gezwungen hatten, hofften sie von ihm Rettung. Der Antrag, Castelar die Dictatur zu übertragen, wurde mit donnerndem Applaus einstimmig angenommen, und von allen Seiten des Hauses appellirten die Mitglieder an Castelar, die Zügel wieder in die Hand zu nehmen und energische Schritte für die allgemeine Sicherheit zu thun. Der also Bestürmte nahm indessen das Wort und erklärte, „es sei jetzt zu spät, und im Augenblick gebe es in ganz Spanien keinen Mann, der hülfloser sei, als er." Salmeron versuchte vergeblich die Deputirten zu beruhigen, indem er ihnen zu bedenken gab, es sei nun der Moment gekommen, zu sterben, und es bleibe nichts übrig, als mit Würde und Ehren auf ihren Plätzen den Tod hinzunehmen. Dieser Vorschlag schien das Haus wieder zu spalten und die vorher herrschende Einstimmigkeit zu zerstören. Einige wenige Soldaten erschienen an einer der Thüren und traten in den Saal, als die Deputirten, welche sich anfänglich bei weitem in der Ueberzahl befanden, ihnen Widerstand leisteten. Zuerst war diese Widersetzlichkeit erfolgreich, obschon auf beiden Seiten

wenig Gewalt angewendet worden. Die Deputirten ergingen sich nur in sehr starken Redensarten. Die Soldaten benahmen sich in entschieden gutmüthiger Weise und sehr ruhig, als ob ihnen der ganze Vorgang als ein guter Scherz erscheine und sie keine besondere Eile hätten. Die Deputirten hatten noch einen hastigen Antrag, General Pavia in Anklagezustand zu versetzen. Da fielen im Ringen der Deputirten mit den Soldaten Schüsse und nun wurde die Flucht allgemein.

Hiermit begann die jetzt — Juli 1874 — noch währende Militärdictatur Serrano's. Ueber den Fall Castelar's bemerkt ein sociales Blatt:

„Der mit seinem Republikanismus kokettirende Biedermann, der aus engherzigem Doctorinarismus und kindischer Furcht vor dem Socialismus die Republik thatsächlich in die Hände der Monarchisten lieferte, dessen letzter öffentlicher Akt die in der Cortessitzung vom 2. Januar gehaltene Rede ein selbstgefälliges Herausstreichen seiner gegen die Parteigenossen in Cartagena entfalteten Energie war, hat auf Mitleid oder Theilnahme keinen Anspruch. Sein Fall hat nichts Tragisches — im Gegentheil, er ist hochkomisch und würde sich trefflich für eine Burleske verwerthen lassen. Wie erschütternd muss nicht die Scene auf das Zwerchfell wirken, wie dieser gewaltige Zungenheld in „glänzenden" Tiraden sich rühmt, mit unwiderstehlicher Kraft alle Hindernisse überwunden zu haben, — während die von ihm grossgezogenen Prätorianer den Schauplatz seiner rhetorischen Triumphe umzingeln, um den gewaltigen Zungenhelden sammt seiner ganzen Herrlichkeit wegzublasen, gleich den Figuren einer Puppenkomödie. Ja, es ist hochkomisch — und doch können wir nicht lachen, denn Dank der Eitelkeit und Unfähigkeit dieses jämmerlichen Rhetors ist Spanien wieder in die alte monarchische Nacht zurückgeworfen, und der Sohn der tugendhaften Isabella wird über kurz oder lang nach etlichen obligaten Metzeleien seinen Einzug halten in die Residenzstadt Madrid. — Und das ist dem „edlen" Castelar zu verdanken."

So wirft der Radikalismus seine Helden zu den Todten! So schnell verblasst die durch den seichten Liberalismus gewonnene Popularität!

Etwa acht Tage später fiel Cartagena den Truppen Serrano's in die Hände.

Nun brach, zum letzten Male, ein ernsthafter socialistisch-cantonaler Aufstand in Barcelona aus, der erst nach äusserst blutigem Kampfe Mitte Januar 1874 niedergeworfen wurde.

Es ist Serrano nun bis Juli 1874 gelungen, derartige Aufstände fast ganz zu verhüten, dass aber das socialdemokratische Feuer nur unter der Asche um so uncontrolirbarer glimmt, beweisen gelegentliche Arbeiterrevolten, wie eine solche, die im Juni zu Modina Haterna stattfand.

Der erste Act der neuen Regierung nach dem anti-republikanischen Staatsstreich war, das ganze Land in Belagerungszustand zu erklären, und alle irgendwie durch republikanische Gesinnung verdächtigen Beamten durch andere dem Geiste der neuen Regierung adäquate, womöglich militärische Persönlichkeiten zu ersetzen. In einigen besonders anrüchigen Städten der südlichen Provinzen

wurden selbst die Civil-Gonverneur-Stellen der Provinz den Händen höherer Officiere überantwortet.

So vorbereitet, veröffentlichte am 10. Januar die Regierung folgendes Decret:

„Schon hat die Regierung der Republik verkündet, dass ihr erster Grundsatz ist, die Ordnung zu sichern und die Fundamente der spanischen Gesellschaft, welche seither durch zersetzende Lehren und wahnsinnige Theorien untergraben wurden, aufrecht zu erhalten. Entschlossen, auf dem einmal betretenen Wege durch keinerlei Bedenken noch Schwierigkeiten sich beirren zu lassen, erachtet sie es für ihre Pflicht, jeden Keim neuer Unruhen mit der Wurzel auszurotten, indem sie die Störer der öffentlichen Ruhe bis in ihre geheimsten und entlegensten Schlupfwinkel verfolgt, desgleichen jede Gesellschaft, welche, wie die sogenannte „Internationale“, das Eigenthum, die Familie und sonstigen Grundsteine des socialen Lebens gefährdet. In Folge dessen hat die Regierung der Republik es für zweckmässig erachtet, folgendes Decret zu erlassen: Art. I. Von der Veröffentlichung dieses Decretes ab sind alle Vereine und politischen Gesellschaften aufzulösen, in denen mit Wort und That gegen die öffentliche Sicherheit, gegen die hohen und heiligen Interessen des Vaterlandes, gegen die Unverletzbarkeit der spanischen Erde, gegen die konstituirte Regierung conspirirt wird. Art. II. Alle Behörden sind unter strengster Verantwortlichkeit damit beauftragt, dafür zu sorgen, dass innerhalb der Grenzen ihrer Vollmachten dieses Decret zur schnellsten und getreuesten Ausführung gelange.“

Ein Beispiel genügt, um es klar zu machen, wie die Gouverneure der Provinzen, als oberste Behörden, in diesem Falle ihre Pflicht aufgefasst haben, und wie sie derselben nachkommen. Am 22. Januar war in der officiellen Zeitung und an allen Strassenecken der Stadt Malaga folgende Bekanntmachung zu lesen:

„Ich, Don Juan Carnicero San Roman, Brigadier und Gouverneur der hiesigen Stadt und Provinz, thue zu wissen: dass am 10. laufenden Monats die Regierung der Republik folgendes Decret erlassen hat (folgt obiges Decret seinem Wortlaute nach): „In Folge dessen ich, entschlossen, das patriotische und heilsame Vorhaben der Regierung zu unterstützen, und von dem edlen Wunsche beseelt, um jeden Preis die Ordnung herzustellen, damit die jetzt zerrüttete Gesellschaft ihre ursprünglichen Formen des Rechts, der Legalität und Gerechtigkeit wiederfinde, alle Mittel anwenden werde, obiges Decret in dieser Provinz zur vollsten Geltung und umfassendsten Wirksamkeit zu bringen, sowohl, was die Störer der öffentlichen Ruhe betrifft, als bezüglich der Anhänger der sogenannten „Internationale“, einer Gesellschaft, die in ihrem Ursprunge und in ihrer Entwicklung geheim gehalten, plötzlich mit unerhörter Frechheit auftrat und zu notorischem Schaden des Eigenthums und der Familie zu nicht unbedeutendem Ansehen zu gelangen wusste. — Die wichtigen Probleme, welche die tausendfältigen Beziehungen des Capitals und der Arbeit, als den Elementarquellen des Reichthums, in sich schliessen, können nur nach den Regeln der Moral gelöst werden, in strengster Anwendung der Principien, welche die Wissenschaft allen cultivirten Völkern zur Richtschnur aufgestellt hat. Die Harmonie und das Gleichgewicht zwischen Capital und Arbeit bestimmen das normale Zusammenwirken beider produktiven Kräfte, ohne dass die letzteren unter dem Drucke der ersteren leide, noch die erstere sich vor den übermässigen Ansprüchen derer zu fürchten

habe, die zur Befriedigung ihrer täglichen Bedürfnisse von dem Capital abhängen. — Dieses Gleichgewicht ist seit lange in dieser bedeutenden, reichen und industriellen Provinz gestört in Folge der schändlichen Lehren einer auf allgemeiner Auflösung basirten socialen Schule und der formellen Organisation der „Internationale", welche eine höchst beklagenswerthe Ausdehnung hier gewonnen hat, der entsprechend auch die Arbeiterstriks sich immer häufiger wiederholt haben, als ein fortwährender Angriff auf das Capital durch Bedrückungen und Gewaltthätigkeiten jeder Art. Damit solches nicht wieder vorkomme und derartige Excesse sich künftig nicht wiederholen, ist es nöthig, die umfassendsten Freiheiten sowohl den Capitalisten wie Arbeitern zu sichern, damit ohne gehässige Umtriebe irgend welcher Art die freundlichen Beziehungen der Einen und Andern sich wieder zum Besten Aller entwickeln können. Auf diese Weise wird die Freiheit von dem Princip der Autorität geheiligt werden, von dessen unbeirrter und strenger Anwendung allein die Wiederherstellung der Ordnung und das Heil des Vaterlandes abhängt. — Demzufolge verordne und befehle ich: Art: I. Vom Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung an sind alle Arbeitervereine aufgelöst, welche gegenwärtig innerhalb der Grenze dieser Provinz bestehen und deren Auflösung durch besagtes Decret der Regierung angeordnet ist. — Art. II. Die Commissionen, welche besagte Associationen repräsentirten, sind ebenfalls aufgelöst, und hört demgemäss deren seitherige Repräsentation auf. — Art. III. Die Grundbesitzer, Capitalisten, Vorsteher kaufmännischer Geschäfte, Fabrikanten und Betriebsherren irgend eines bekannten Industriezweiges befinden sich in der umfassendsten und absolutesten Freiheit, ihre Arbeiter, Handwerker, Tagelöhner u. s. w., welche sie anzustellen oder zu benützen wünschen, nach Gutdünken anzunehmen und zu entlassen, und wird der dafür zu entrichtende Lohn allein von einem gegenseitigen freien Uebereinkommen bestimmt. — Art. IV. Da nun die Associationen gerade der Arbeiter, welche im Freien beschäftigt sind, als Oelschläger, Fuhrleute, Mechaniker, Packträger, Matrosen, Schiffer und Fischer es sind, welche in dieser Stadt vermöge ihrer Organisation sich am meisten durch häufige Striks hervorgethan haben, so bleiben sie von der Veröffentlichung dieser Verordnung an aufgelöst, ohne dass sie sich je wieder in derselben Weise organisiren können. — Art. V. Die Documente, Urkunden, Bücher und Register jeder Art, welche sich im Besitze der früheren Arbeitercommission oder in den Geheim-Bureaux der Sectionen befinden, welche die besagte „Internationale" in hiesiger Stadt nach Genossenschaften organisirt hatte, sind in dem festen und unverrückbaren Termin von drei Tagen auf dem hiesigen Gouvernement abzuliefern. — Art. VI. Wer in irgend einer Weise gegen diesen oder die vorhergegangenen Befehle handeln sollte, wird mit der unerbittlichsten Strenge bestraft werden. — Art. VII. Alle Civil- und Militär-Behörden, die Herren Bürgermeister aller Dörfer dieser Provinz, sowie alle in meinem Dienste stehenden Subalternbeamten sind angewiesen, jeder nach seiner Befugniss dafür Sorge zu tragen, dass alle hiemit kund gethanen Verordnungen auf das genaueste befolgt werden. — Malaga, 22. Januar 1874. — Der Gouverneur u. s. w."

Ich habe diese abscheuliche Episode der spanischen Geschichte so ausführlich behandelt, weil aus ihr einmal die fabelhafte moralische Verkommenheit der herrschenden resp. um die Herrschaft ringenden oberen Klassen hervorgeht, weil zu sehen ist, wie alle diese Nichtswürdigkeiten den Socialismus grossziehen, wie die radikalste Partei der Bourgeoisie hier die der Intransigenten, die So-

cialdemokratie mit in den Kampf zieht, und wie schliesslich die Militärdictatur dem Allen ein Ende macht. Unter ihr hört jede Freiheit auf. Der Säbel und nur der Säbel herrscht und löst die sociale zusammt der politischen Frage — bis zu einem neuen Ausbruch.

Es ist nun noch ein Rückblick auf die eigentlich socialistische Bewegung zu werfen und namentlich auf das Treiben der Bakunisten. Ueber die Stärke der letzteren wird folgendes berichtet:

Der spanische Landesbund zählte am 20. August 1872: 205 Local-Verbindungen (Arbeiter-Unionen) theils schon constituirt, theils noch in der Formation begriffen, diese enthielten zusammen 371 Gewerkschaftssectionen, 114 gemischte Sectionen und 11 Orte, wo einzelne Mitglieder waren. — Am 20. August 1873 zählte der spanische Landesbund 270 theils constituirte, theils in der Bildung begriffene Local-Verbindungen, welche 557 Gewerkschaftssectionen und 117 gemischte Sectionen enthielten. Von Gewerkschaftsverbänden bestanden folgende: Union der Manufacturarbeiter, 225 Sectionen und 5 Fachverbindungen. Union der Lederarbeiter, 13 Sectionen. Union der Schuhmacher, 13 Sectionen. Union der Eisenarbeiter, 21 Sectionen. Union der Landarbeiter, 44 Sectionen. Union der Holz- und Möbelarbeiter, 14 Sectionen. Verbindung der Hutmacher, 44 Sectionen. Union der Noographen und verwandten Geschäftszweige, 25 Sectionen (diese Gewerkschaft bestand aus Buchdruckern, Lithographen, Photographen etc. etc.). Union der Küfer, 25 Sectionen. Union der Bauarbeiter, 58 Sectionen. Verbindung der Bäcker, 12 Sectionen. — Zusammen 11 Gewerkschaftsverbände, welche 477 Sectionen enthalten. Das war eine nicht zu unterschätzende Macht.

Wie sich diese organisirten Internationalen verhielten, entnehme ich einem Bericht des Marxianers F. Engels, der allerdings parteiisch gefärbt sein mag, immerhin aber ein Bild von der Gewissenlosigkeit der Revolutionäre à la Bakunin giebt.

„Als im Februar die Republik proklamirt wurde, kamen die spanischen Allianzisten in eine sehr schwierige Lage. Spanien ist ein in der Industrie so sehr zurückgebliebenes Land, dass dort von einer sofortigen vollständigen Emancipation der Arbeiterklasse noch gar nicht die Rede sein kann. Ehe es dahin kommt, muss Spanien noch verschiedene Vorstufen der Entwicklung durchmachen und eine ganze Reihe von Hindernissen aus dem Wege räumen. Den Verlauf dieser Vorstufen in die kürzestmögliche Zeitdauer zusammen zu drängen, diese Hindernisse rasch zu beseitigen — dazu bot die Republik die Gelegenheit. Diese Gelegenheit konnte aber nur benutzt werden durch thätiges politisches Eingreifen der spanischen Arbeiterklasse. Dies fühlte die Masse der Arbeiter; sie drang überall darauf, dass man sich an den Ereignissen betheilige, dass man die Gelegenheit zum Handeln benutze, statt wie bisher, den besitzenden Klassen das Feld für ihre Action und ihre Intriguen frei zu lassen. Die Regierung schrieb die Wahlen aus zu den constituirenden Cortes; welche Stellung sollte die Internationale nehmen? Die Häupter der Bakuninisten waren in der grössten Verlegenheit. Eine fortgesetzte politische Unthätigkeit erschien von Tag zu Tag lächerlicher und unmöglicher; die Arbeiter

wollten „Thaten sehn." Andrerseits hatten die Allianzisten seit Jahren gepredigt, dass man an keiner Revolution sich betheiligen dürfe, die nicht die sofortige volle Emancipation der Arbeiterklasse zum Ziel habe; dass die Vornahme irgend welcher politischen Handlung die Anerkennung des Staats, dieses Princips des Bösen, in sich schliesse, und dass daher namentlich die Theilnahme an irgend welcher Wahl ein todeswürdiges Verbrechen sei. Wie sich nun aus der Klemme ziehen? Schon am Vorabend der allgemeinen Wahlen für die Constituante verlangten die Arbeiter von Barcelona, Alcoy und andern Orten zu wissen, welche Politik die Arbeiter zu befolgen hätten, sowohl im parlamentarischen Kampf wie in jedem andern. Es wurden deswegen zwei grosse Versammlungen abgehalten, die eine in Barcelona, die andere in Alcoy; auf beiden stemmten sich die Allianzisten mit allen Kräften dagegen, dass man die von der Internationale zu beobachtende politische Haltung feststelle. Man beschloss also, dass die Internationale, als Association, durchaus keine politische Thätigkeit auszuüben habe, dass aber die Internationalen, jeder für sich, handeln möchten wie sie wollten und sich jeder ihnen gutdünkenden Partei anschliessen könnten, kraft des Selbstbestimmungsrechtes. Die Folge davon war, dass bei den Wahlen zur Constituante die Arbeiter, wie immer in gleichem Fall, für die am radikalsten thuenden Leute stimmten — für die Intransigenten, und dadurch mehr oder minder für die späteren Schritte ihrer Gewählten sich mit verantwortlich hielten und in sie mit verwickelt wurden.

Die Allianzisten konnten unmöglich in der lächerlichen Lage verharren, in die sie sich durch ihre Wahlpolitik versetzt hatten; sonst war es zu Ende mit ihrer bisherigen Herrschaft über die spanische Internationale. Sie mussten handeln. Was sie retten sollte, war — der allgemeine Strike. Der allgemeine Strike ist im bakuninistischen Programm der Hebel, der zur Einleitung der socialen Revolution angesetzt wird. Eines schönen Morgens legen alle Arbeiter aller Gewerke eines Landes oder gar der ganzen Welt die Arbeit nieder und zwingen dadurch in längstens vier Wochen die besitzenden Klassen, entweder zu Kreuz zu kriechen, oder auf die Arbeiter loszuschlagen, so dass diese dann das Recht haben, sich zu vertheidigen und bei dieser Gelegenheit die ganze alte Gesellschaft über den Haufen zu werfen. Der Vorschlag ist weit entfernt davon neu zu sein; französische und nach ihnen belgische Socialisten haben seit 1848 dies Paradepferd stark geritten, das aber ursprünglich englicher Race ist. Während der auf die Krise von 1837 folgenden raschen und heftigen Entwicklung des Chartismus unter den englischen Arbeitern war schon 1839 der „heilige Monat" gepredigt worden, die Arbeitseinstellung auf nationalem Massstab und hatte solchen Anklang gefunden, dass die Fabrikarbeiter von Nordengland im Juli 1842 die Sache auszuführen versuchten. — Auch auf dem Genfer Allianzistenkongress vom 1. September 1873 spielte der allgemeine Strike eine grosse Rolle. Die Wunderwirkungen des allgemeinen Strikes wurden überall gepredigt, man bereitete sich darauf vor, in Barcelona und in Alcoy damit den Anfang zu machen.

Die Arbeiter von Barcelona thaten ihren Entschluss in folgendem Aufruf kund:

„Arbeiter, Genossen! Wir machen eine allgemeine Arbeitseinstellung, um den tiefen Widerwillen zu zeigen, den wir empfinden, wenn wir sehen, wie die Regierung die bewaffnete Macht gebraucht, um unsere Arbeitsbrüder in andern Städten zu bekämpfen, während sie den Krieg gegen die Carlisten gänzlich fallen lässt, was uns zu Ereignissen führt, wie der Tod Cabrinettys. — Sehen wir die Thatsachen. Wir sind alle bereit,

die Carlisten zu bekämpfen, aber wir wollen nicht die Punkte besetzen, wo die Truppen nothwendig sind, welche man zum Kampfe schickt. — Wir fürchten den Verrath. Wir wollen die wahre, föderale Republik. — Wir wollen den Tod der Carlisten. — Was wir nicht wollen, ist, dass die Truppen anstatt die Carlisten — die Republikaner, unsere Brüder bekämpfen.

Die Arbeiter-Commissionen von Barcelona und Umgebung".

Auch in Alcoy wurde der Strike beschlossen und führte zu den bekannten Gräuelscenen. Die Bakuninisten vereinigten sich nun bei allen cantonalen Aufständen mit den Intransigenten. Am längsten Stand hielt Valencia, wo auch die Marxianer mitkämpften, die übrigen Revolten wurden leicht unterdrückt, weil keine einheitliche Leitung war, die ja bekanntlich gegen das Bakunin'sche Programm verstösst.

Hören wir nun über diese ganze Bewegung den Bericht der „Neuen Madrider Föderation:"

„In Valencia sollte am zweiten Sonntag des August ein Congress stattfinden, um unter Anderm auch die Stellung zu bestimmen, welche die spanische internationale Föderation einzunehmen habe, gegenüber den wichtigen politischen Ereignissen, welche in Spanien seit dem 11. Februar, dem Tage der Proclamation der Republik, eingetreten waren. Aber der unsinnige Cantonalaufstand, der so jämmerlich gescheitert ist, und an dem die Internationalen fast aller insurgirten Provinzen sich eifrig betheiligten, hat nicht nur die Thätigkeit des Föderalraths lahm gelegt, indem er die Mehrzahl seiner Mitglieder zerstreute, sondern auch die localen Föderationen fast gänzlich desorganisirt und ihren Mitgliedern, was das Schlimmste ist, allen den Hass und die Verfolgung zugezogen, die jede schmählich eingeleitete und gescheiterte Volkserhebung im Gefolge hat. . . . Als der cantonale Aufstand losbrach, als die Juntas, d. h. Regierungen der Cantone sich constituirten, da beeilten sich jene Leute (die Bakuninisten), die so heftig gegen die politische Gewalt geschrien, die uns des Autoritarismus angeklagt, sie beeilten sich, in jene Regierungen einzutreten. In bedeutenden Städten wie Sevilla, Cadix, San Lucar de Barrameda, Granada und Valencia sassen viele von den Internationalen, die sich Anti-Autoritarier nennen, auf den cantonalen Juntas, ohne anderes Programm als das der Selbstherrlichkeit der Provinz oder des Cantons.... Ein so schreiender Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis, zwischen der Propaganda und der That würde wenig zu bedeuten haben, wenn daraus irgend ein Vortheil für unsere Association hätte erwachsen können, oder irgend ein Fortschritt der Organisation unsrer Kräfte, irgend eine Annäherung an die Erreichung unseres Hauptzweckes, die Emancipation der Arbeiterklasse. Grade das Gegentheil ist geschehen, wie dem nicht anders sein konnte. Es fehlte die Grundbedingung, das thätige Zusammenwirken des spanischen Proletariats, das so leicht zu erzielen war, sobald man im Namen der Internationale handelte. Es fehlte die Uebereinstimmung unter den localen Föderationen; die Bewegung blieb der individuellen oder localen Initiative überlassen, ohne irgend welche Leitung (ausser derjenigen, die ihr die geheimnissvolle Allianz etwa aufdrängen konnte, und diese Allianz beherrscht zu unserer Schande noch immer die spanische Internationale); ohne irgend welches Programm ausser dem unserer natürlichen Feinde, der bürgerlichen Republikaner. Und so unterlag die cantonale Bewegung in der schimpflichsten Weise, fast ohne Widerstand; aber in ihrem Untergang riss sie mit sich das Prestige und

die Organisation der Internationale in Spanien. Es geschieht kein Excess, kein Verbrechen, keine Gewaltthätigkeit, die die Republikaner nicht heute den Internationalen in die Schuhe schieben; es ist sogar, wie uns versichert wird, in Sevilla vorgekommen, dass während des Kampfes die Intransigenten auf ihre Verbündeten, die (bakuninistischen) Internationalen gechossen haben. Die Reaction, unsere Thorheiten geschickt benutzend, hetzt die Republikaner zur Verfolgung gegen uns und verleumdet uns bei der grossen gleichgültigen Masse; was sie zur Zeit Sagasta's nicht fertig bringen konnte, das scheint sie erreichen zu sollen: den Namen „Internationale" bei der grossen Masse der spanischen Arbeiter in Verruf zu bringen. — In Barcelona haben sich eine Menge Arbeitersectionen von den Internationalen getrennt, laut protestirend gegen die Leute von der Zeitschrift „La Federacion" (Hauptorgan der Bakuninisten) und ihre unerklärliche Haltung. In Jerez, Puerto de Santa Maria und andern Orten haben die Föderationen beschlossen, sich aufzulösen. In Loja (Provinz Granada) sind die wenigen dort wohnenden Internationalen von der Bevölkerung vertrieben worden. In Madrid, wo man noch die grösste Freiheit geniesst, giebt die alte (bakuninistische) Föderation nicht das mindeste Lebenszeichen, während die unsrige gezwungen ist, sich unthätig und schweigend zu verhalten, wenn sie sich nicht mit fremder Schuld beladen sehen will. In den Städten des Nordens verhindert der täglich erbitterter geführte Carlistenkrieg jede Thätigkeit unsrerseits. Endlich in Valencia, wo die Regierung nach fünfzehntägigem Kampfe Sieger blieb, müssen die Internationalen, die nicht flüchtig geworden, sich verbergen und der Föderalrath ist vollständig aufgelöst."

Soweit der Madrider Bericht. Was ist nun das Resultat unserer Untersuchung?

„1) Die Bakuninisten waren gezwungen, sobald sie einer ernsthaften revolutionären Lage gegenüberstanden, ihr ganzes bisheriges Programm über Bord zu werfen. Zuerst opferten sie die Lehre von der Pflicht der politischen und besonders der Wahlenthaltung. Dann folgte die Anarchie, die Abschaffung des Staates; statt den Staat abzuschaffen, versuchten sie vielmehr eine Anzahl neuer, kleiner Staaten herzustellen. Dann liessen sie den Grundsatz fallen, dass die Arbeiter sich an keiner Revolution betheiligen dürften, die nicht die sofortige vollständige Emancipation des Proletariats zum Zweck habe, und betheiligten sich an einer eingestandenermassen rein bürgerlichen Bewegung. Endlich schlugen sie ihrem, kaum erst proclamirten Glaubenssatz ins Gesicht: dass die Errichtung einer revolutionären Regierung nur eine neue Prellerei und ein neuer Verrath an der Arbeiterklasse sei — indem sie ganz gemüthlich in den Regierungsausschüssen der einzelnen Städte figurirten, und zwar fast überall als ohnmächtige, von den Bourgeois überstimmte und politisch exploitirte Minderzahl. 2) Diese Verleugnung der bisher gepredigten Grundsätze geschah aber, so dass weder die Bakuninisten selbst, noch die von ihnen geleiteten Massen mit irgend einem Programm in die Bewegung eintraten, oder überhaupt wussten, was sie wollten. Was war die natürliche Folge? Dass die Bakuninisten entweder jede Bewegung verhinderten, wie in Barcelona; oder dass sie in vereinzelte, planlose Aufstände hineingetrieben wurden, wie in Alcoy und San Lucar; oder aber, dass die Leitung des Aufstandes den intransigenten Bourgeois zufiel, wie in den allermeisten Aufständen. 3) Von den sogenannten Principien der Anarchie, der freien Föderation unabhängiger Gruppen u. s. w. bleibt Nichts übrig als eine Zersplitterung der revolutionären Kampfmittel, die der Regierung erlaubte, eine Stadt nach der andern fast ohne Widerstand zu unterwerfen.

4) Das Ende vom Liede war, dass die gut organisirte und zahlreiche spanische Internationale in den Sturz der Intransigenten mit verwickelt wurde und heute factisch aufgelöst ist."

So arg, wie Engels die Sache macht, ist sie indess nicht. Ende August 1873 war die spanische Föderation noch organisirt und erliess eine Adresse an den dritten Jahrescongress der belgischen Internationalen, worin sie hoffen, die Belgier würden vom Schicksal der Spanier lernen, dass auch die Republik nicht die Hoffnungen der Arbeiter erfülle, wenn sie nicht anarchisch sei, sondern autoritär.

Die Verfolgungen brachten vielen Sectionen den Untergang. Anfangs November 1873 stand die Föderal-Commission noch mit gerade hundert Organisationen in Correspondenz, und zwar existirten solche Sectionen in Madrid, Barcelona, Pampelona, Cadix, Cordowa, Granada, Feres, Malaga, Murcia, Sevilla, Alcoy, Alicante, Palma, Valencia, Leon, Segovia, Valadolid, Sarragossa.

Allerdings hat dann Serrano alle Vereine unterdrückt, und so berichtet das „Bulletin Jurassien" aus Mitte Juni 1874:

„Die spanische Bourgeoisie erntet, was sie gesäct hat. Sie löst die I. gewaltsam auf — und die I., welche nicht mehr bei Tageslicht handeln kann, arbeitet nun mit um so mehr Eifer daran, die Massen aufzuregen und zu organisiren. Sie hat die socialistischen Journale unterdrückt und aller Orten entstehen heimliche Blätter, welche das Volk zur Revolution aufrufen. Man zerstört den Socialismus nicht durch Decrete, weil der Socialismus der lebendige und wahre Ausdruck der heissesten Wünsche des ausgebeuteten Volkes ist. So gelangt man, indem man gegen die sociale Agitation alle Mittel der Unterdrückung anwendet, zum selben Resultate wie der Heizer, der die Sicherheitsklappe schliesst, — man bringt die Maschine zum Platzen."

Das Blatt bringt darauf einen Auszug aus einem im Verborgenen gedruckten Blatte, „Die Repressalien," der allerdings so ziemlich das Stärkste enthält, was ich auf dem Gebiet aufrührerischer Publicistik gelesen habe, und ich besitze darin Uebung.

So ist man in Spanien dahin gekommen, mittelst der Internationale eine politische Partei zu schaffen, eine Arbeiterpartei, welche nun, gehindert öffentlich mit andern Parteien zu ringen, wieder zur Verschwörung wird.

## Die Arbeiterbewegung in Portugal.

Die Internationale begann hier ihre Action im November 1871 mit nur 32 Genossen. Sie standen von Anfang an mit den spanischen Internationalen in Verbindung. Ging ja auch der spanische Föderalrath zur Zeit Sagasta's nach Portugal, um sich der Verfolgung der Regierung zu entziehen. Im November 1871 meldete

der „Vorbote“ das Erscheinen von drei officiellen Organen der I. A.-A., dem „Jornal do Trabalho“ und der „Tribuna“ in Lissabon und dem „Clamor do Povo“ in Porto. Im Januar darauf zählte die I. A.-A. bereits 327, im August 2750 Vereinsmitglieder, und seitdem jede Woche 40 bis 50 neue Mitglieder beitraten. Wie in Deutschland, so nannte sich der Verein auch hier nicht gerade ein Zweig der Internationale, man trat vielmehr als „Genossenschaft des Widerstandes der Arbeiterverbrüderung“ auf. Aber die Führer ordneten sich dem Londoner General-Rath unter, der ihre Statuten genehmigte. Im Uebrigen gab sich die Genossenschaft als eine Vereinigung verschiedener Gewerke für den Fall von Arbeitseinstellungen. Bis October 1872 hatte eines der vereinigten Gewerke, das der Kalfaterer, drei Strikes gewagt, von denen einer gegen die Behörden der Kriegsmarine gerichtet war, und die alle drei vollständig ihren Zweck erreichten, der in einer Lohnerhöhung und einer Verminderung der Arbeitsstunden bestand. Jedes Mitglied hatte wöchentlich 20 Reis (ca. 11 Pfennige preussisch) in die Widerstandskasse zu zahlen. Die Genossenschaft bestand October 1872 aus 28 Sectionen, die sich nach den Handwerken zusammensetzten und denen dermalen 2380 Männer und 466 Frauen gehörten. An der Spitze stand als „Secretär“ ein gewisser J. Futana, der Verbindungen mit den spanischen Socialisten unterhielt. Die oben angegebene Zahl der Mitglieder der Genossenschaft bezieht sich nur auf die Hauptstadt. Ausserhalb derselben bestanden noch eine Anzahl von Arbeitervereinen, welche von Futana und seinen Gehülfen begründet sind und zwar verschiedene Namen trugen, aber von denselben Statuten regiert wurden, wie der von Lissabon, und deren Kassen demnächst mit denen der 28 Sectionen der letzteren vereinigt werden sollten. Diese anderen Vereine waren die Brüderschaft aller Arbeiter, die 250, die Verbrüderung der ländlichen Arbeiter, die 150, die der Tagelöhner, die 100, die von Almata, welche 150, die von Seiral, welche 100, und die Verbrüderung zum Schutze der Arbeit, welche über 800 Mitglieder zählten. Die Regierung hatte diese Vereine, da sie politische Ziele bis jetzt nicht offenbarten, bis Herbst 1872 gewähren lassen.

Am 3. October 1872 erliess eine Gewerkschaft folgenden Aufruf:

„Arbeiter! Brüder!

Die Gewerkschaft, welche sich in Lissabon unter dem Namen „Lissaboner Arbeiterverbrüderung“ (Fraternidade Operaia) gebildet hat, und beinahe 6000 Genossen zählt — sie war auf dem Haager Congresse vertreten — hat in diesem Augenblick einen bedeutenden Strike der ihr angehörigen Eisengiesser zu unterhalten. Der Strike bezweckt die Abschaffung der zwei Stunden Abendarbeit während der Wintermonate, und, wie sich von selbst versteht, haben in Folge des Strikes auch die verbündeten Sectionen der Schmiede, Eisendreher, Kupferschmiede und Verzinner die Arbeit einstellen müssen. — Unter den Umständen und am Vorabend einer allgemeinen Arbeitseinstellung in den Lissaboner Eisenwerken, wendet sich die Arbeiterverbrüderung, welche in Lissabon die Bannerträgerin im Kampfe der Arbeit gegen das Capital ist, an die Arbeiter der übrigen

Länder, voller Vertrauen, dass die Solidarität, die Gleichheit der Interessen der Arbeiter des ganzen Erdenrunds nicht eine blosse Redensart, sondern eine begriffene, in das Leben, in die Praxis übergeführte Wahrheit ist. Wir hoffen darum, dass diese Mittheilung genügen wird, die Arbeiter Deutschlands und anderer Länder zur Zurückweisung von Vorschlägen zu bestimmen, welche ihnen von den Besitzern der hiesigen Eisenwerke gemacht werden sollten. Wir sind überzeugt, es bedarf nur dieser Andeutung, um den Plan unserer Capitalisten zu vereiteln: die ausländischen Arbeiter werden sich nicht als Werkzeuge zur Unterdrückung ihrer portugiesischen Brüder gebrauchen lassen; sie werden nicht in unserem gemeinsamen Klassenkampfe auf Seite der gemeinsamen Gegner treten!“

Die Organe der I. constatirten ein befriedigendes Wachsthum der Art, dass die I. A.-A. im Februar 1873 daselbst 15,000 Mitglieder zählte. Die Vorgänge in Spanien hatten nur den Einfluss, die Internationale in Portugal zu stärken. Während Castelar alle Arbeitervereine unterdrückte, organisirte sich die I. in Portugal. Im October 1873 wurde folgendes Schreiben von Lissabon versendet:

„An alle Bezirks- und Orts-Föderationen der internationalen Arbeiter-Association und an alle Arbeiterverbindungen. Genossen! Die portugiesische Föderation der internationalen Arbeiter-Association hat sich definitiv constituirt. — Drei regelrecht organisirte Local-Vereine haben Vertreter für eine Bezirksversammlung ernannt, die Euch ihren Zusammentritt mittheilt und brüderlichen Gruss entbietet, in der Gewissheit, dass unser Bruderbund immer fester werden wird. — Genossen! Damit die Arbeiterverbindung ihr Ziel erreichen kann, ist es dringend nothwendig, uns fest an einander zu schliessen und gegenseitig zu unterstützen. Von demselben Verlangen beseelt, unter dieselbe Fahne geschaart, dürfen wir unsere Kräfte nicht damit verschleudern, dass wir uns unter einander bekämpfen, während die Bourgeoisie uns mit allen Mitteln zu vernichten strebt. Ihr aber könnt immer auf uns zählen, so lange die Wahrheit und Gerechtigkeit Eure Führer sind. — Proletarier aller Länder: Es lebe die internationale Arbeiter-Association! — Im Namen und Auftrage der Versammlung: der Schriftführer Azedo Gnecco, Calçada de Sant Anna, 147, 2-0.“

Auch hier geht die I. noch Hand in Hand mit den Republikanern. Unter solchen Umständen hat es, neben dem theoretischen, auch ein unmittelbar praktisches Interesse, das Programm zu kennen, welches die portugiesischen Föderal-Republikaner aufgestellt und October 1873 in ihrem neubegründeten, in Lissabon erscheinenden Parteiorgan, „O Rebate“ (Der Kampf) veröffentlicht hatten. Die Hauptpunkte lauten:

„Portugal wird eine demokratische Bundesrepublik, bestehend aus autonomen (nach schweizer und amerikanischem Muster selbstständigen) Staaten. Die Bundesrepublik beruht auf der freien Gemeinde. Dörfer wie Städte haben die unbeschränkteste Selbstverwaltung. Die Gemeinde hat für alle sie betreffenden Angelegenheiten zu sorgen: für Strassen, Wege, öffentliche Arbeiten, Schulen u. s. w. — Die portugiesische Bundesrepublik gewährleistet allen Bürgern beider Geschlechter das Recht zu denken, zu reden, zu drucken, sich zu vereinigen, sich zu associiren, das Recht auf Unterricht, auf Arbeit, auf Credit und auf Eigenthum. — Allgemeines gleiches und directes Wahlrecht für alle männlichen und weib-

lichen Individuen, welche das achtzehnte Jahr überschritten haben. — Absolute Nichteinmischung des Staats und der Gesetzgebung in die Ehe, welche ein einfacher Privatvertrag zwischen Mann und Frau ist, ein frei abgeschlossener Vertrag, dessen Bedingungen nur Diejenigen angehen, welche sich ihnen unterworfen haben. — Jeder Bürger hat das Recht, sich den öffentlichen Beamten zu widersetzen, wenn dieselben ihre Befugnisse überschreiten. Jeder Bürger hat das Recht, öffentliche Beamte, welche ihre Pflichten vernachlässigt oder verletzt haben, in Anklagezustand zu versetzen. — Alle volljährigen Bürger (die das achtzehnte Jahr zurückgelegt haben) sind zu jedem Amte wählbar, ohne dass die Wählbarkeit durch irgend eine Bedingung beschränkt werden könnte. — Alle Beamten ohne Ausnahme sind direct von dem Volk zu wählen. — Für alle Abgeordneten besteht das imperative Mandat (die Erlöschung des Mandats, im Fall der Abgeordnete das Programm nicht befolgt, auf Grund dessen er gewählt worden; und das Recht der Wähler, das Mandat ihrer Vertreter für erloschen zu erklären). Vertretung der Minoritäten in den repräsentativen Körperschaften und gesetzgebenden Versammlungen. — Alle Beamten können zu jeder Zeit von ihren Wählern abberufen werden. — Ebenso wie wir die Abschaffung der Monarchie und der Monarchen wollen, so wollen wir auch die Abschaffung aller stehenden Präsidenten. Wir wollen keinen Präsidenten, weder der Bundesrepublik, noch der Regierung, noch der Kammer. Alle Körperschaften, die eines Vorsitzenden bedürfen, sollen sich für jede Sitzung einen solchen aus ihrer Mitte wählen. — Abschaffung aller bestehenden Steuern, und Ersetzung derselben durch eine progressive Einkommensteuer. — Trennung des Staats und der Kirche; jeder Bürger, der einen Cultus wünscht, soll ihn auch bezahlen. In den öffentlichen Schulen wird kein Religionsunterricht ertheilt. — Abschaffung des stehenden Heeres. — Tilgung der Staatsschuld, welche einen grossen Theil des Volkseinkommens auffrisst, ein Geschlecht von Müssiggängern mästet, und kein Geld für nützliche Zwecke übrig lässt. — Abschaffung des diplomatischen Körpers; die Gesandten sind durch Consuln zu ersetzen. Abschaffung aller Schaustellung und alles Gepränges bei öffentlichen Aemtern, die gleich jeder anderen Arbeit zu betrachten und zu belohnen sind. Abschaffung aller sogenannten Ehrenstellen und aller Pfründen. Nur wer arbeitet, kann auf Lohn Anspruch machen.“

Dies Programm schmeckt sehr stark nach Bakunin'schen Ideen.

---

Wir haben also auf der iberischen Halbinsel gesehen, wie sich die I. schnell ausbreitete, in Bakunin's Fahrwasser gerieth, was Spanien anlangt, Hand in Hand mit den bürgerlichen Radikalen den cantonalen Aufstand machte, der einen stark an die Commune erinnernden Beigeschmack hatte. Als der Augenblick der Action gekommen war, konnten sich Marxianer und Bakuninisten nicht einigen, hieraus folgte eine planlose Kriegführung, die zwar schliesslich der organisirten Militärmacht unterlag, inzwischen aber unendlichen Schaden gestiftet hatte. Die Repressivmassregeln unter Amadeo und später unter der Republik waren ganz nutz- und fruchtlos gewesen und die unter Serrano werden es sein, weil, wenn die officiellen Verbindungen auch verboten sind, der com-

munistische Geist, wie es schon die Vorgänge in Portugal bewiesen, nicht erstorben ist. Spanien lehrt, dass der politische Radikalismus den Geist der Commune und schliesslich diese selbst erzeugt, sie aber nicht vernichten, sondern nur zeitweise unterdrücken kann. Jeden Moment kann der Hexensabbath wieder beginnen. Dahin führen bürgerliche Revolutionen und diese wiederum entstehen in Monarchien, welche den Belagerungszustand zur Gewohnheit werden lassen und die Bajonette als Mittel der inneren Politik ernsthaft in Rechnung ziehen — was kein besonnener monarchischer Staatsmann thun sollte. Sollte ein solcher Staatsmann in seinem Calkül zu einem Punkte kommen, von dem er sich sagen muss, dass er eventuell sich gegen eine Volksklasse wird auf das Heer stützen müssen, so wird er allemal gewissenhaft handeln, wenn er sagt: „Majestät, ich bin der Situation nicht gewachsen, berufen Sie einen anderen Leiter!“

---

Sehr bezeichnend ist, dass wir in Spanien nichts von einer katholisch-socialen Thätigkeit sehen. Die Klerikalen unterstützen eben Don Carlos und haben kein Interesse daran, durch Arbeiter-Organisationen, die sie leiten, der Internationale Abbruch zu thun, welche den in Madrid herrschenden Liberalen Schwierigkeiten bereitet. So finden wir hier diese Todfeinde, die Internationalen und Klerikalen, Seite an Seite gegenüber der herrschenden liberalen Regierung — wie das auch in anderen Ländern der Fall ist. Von einem Bündniss beider ist aber auch hier keine Rede. Im Gegentheil enthalten die socialdemokratischen Blätter die heftigsten Angriffe gegen die Kirche und den Klerus. Uebrigens haben sowohl Salmeron wie Castelar und Serrano den Klerus nur mit seidenen Handschuhen angefasst, um ihn nicht auch in den südlichen Provinzen zum offenen Aufstande zu reizen.

---

Die spanische Presse socialistischer Natur ist mir nur aus Berichten bekannt. Danach existirten oder bestehen noch:

1. „El Obrero“ (Der Arbeiter), Wochenblatt, erschien in Palma, Insel Majorka. Bestand schon 1866.

2. Die „Solidaridad“ erschien in Madrid seit Januar 1870. Beide wurden 1871 von der Regierung unterdrückt.

3. „El Rebeldo“ (Der Rebell), erschien seit 1870 in Granada.

4. † Die „Federacion“ erschien seit 1869 in Barcelona bis Frühjahr 1872.

5. „La Emancipacion“ erschien in Madrid als Organ der Marxianer.

6. „El Condenado“ wurde 1871 von den Bakuninisten in Madrid gegründet.

7. „Die Revista Social," ein Gewerkschaftsblatt, erschien 1872 in Mauresua.

8. Die „Justicia Social," erschien 1872 in Madrid; ein eben so genanntes Blatt seit 1869 auf Palma.

9. „El Proletariaro," erschien 1872 in Sabadell.

10. „La Legalidad," erschien 1872 in Gracia in Catalonien.

11. „La Humanidad" erschien 1872 in Barcelona.

12. „El Hombre," Organ der Freidenker, erschien 1872 zu Tortona.

13. „La Racon" (Vernunft), erschien 1872 in Sevilla.

14. „El Derecho" (Recht), erschien 1872 zu Cordova.

15. „El Tejedor" (Der Weber), Manufacturgenossenschaftsblatt, erschien 1872 zu Valls.

16. „Los Dascaminandos" (Die Hemdenlosen), erschien zur Zeit der cantonalen Aufstände in Madrid. Der nachstehende Schluss des Leitartikels der ersten Nummer verdient als ein Zeichen der Zeit hervorgehoben zu werden:

„Anarchie ist unsere einzige Formel. Alles für Jedermann von der Gewalt selbst bis zur Frau. Aus dieser schönen Unordnung, oder richtiger ordentlichen Unordnung, wird die wahre Harmonie entspringen. Da die Erde und ihre Erzeugnisse das Eigenthum Aller sind, werden Raub, Wucher und Habsucht aufhören. Mit der Zerstörung der Familienbande und der Herstellung der freien Liebe wird öffentliche wie private Prostitution ein Ende finden, und das Ideal des griechischen Gesetzgebers, nach welchem die Jugend das Alter achten und lieben, in jedem Greise einen Vater und in jeder Frau eine Mutter oder Schwester erblicken soll, verwirklicht werden." Weiter plaidirt der Artikel in gotteslästerlichen Ausdrücken für Beseitigung Gottes und der Religion und schliesst: „Das ist unser Programm, aber ehe wir es in Praxis bringen, ist es nothwendig, dass die Gesellschaft gereinigt wird. Ein Blutlassen, ein kurzes aber grosses und ungewöhnliches, ist wesentlich. Die verfaulten Zweige des socialen Baumes müssen abgeschnitten werden, damit er kräftig und gesund wachsen mag. Das sind unsere Wünsche und Bestrebungen, und nun, da ihr sie wisst, zittert ihr Bourgeois, denn eure Tyrannei kommt zu einem Ende! Macht Platz für die Hemdelosen! Unsere schwarze Flagge ist entfaltet. Krieg der Familie! Krieg dem Eigenthum! Krieg gegen Gott!"

17. „El Petroleo," vom selben Genre, erschien zur selben Zeit. Folgender Passus daraus sei der Vergessenheit entrissen:

„Wir sind die „Elenden" (les miserables), die es nun endlich müde sind, mit gebeugtem Haupte und die Kappe in der Hand da zu stehen, wir verlangen einen Platz an reich besetzter Tafel. — Wir tragen ein Hemd, das zwar nicht rein ist, denn die Atmosphäre der Werkstatt ist nicht so rein und nicht so parfümirt, wie jene der Salons. Aber auch Hunger haben wir, einen Hunger, den die Brosamen nicht mehr zu stillen vermögen. Deshalb wollen wir nun die ersten sein, nachdem wir lange genug die letzten gewesen. . . . Unser Ideal, das Ideal der höchsten Vernunft, wird sich auf ganz natürlichem Wege zur Ausführung bringen, indem es sich stützt auf das Recht der Gewalt, welches allein durch die Noth, die Mutter der Gesetze sanctionirt wird. Und wenn auch materielle

Macht uns mangelt, wenn wir auch nicht als Sieger unser Ziel erreichen können, dann wird kommen, was die Privilegirten so sehr fürchten, es wird kommen das Petroleum, nicht blos um das Werk der Vernichtung zu realisiren, sondern um mit ihm einen heiligen Act der Gerechtigkeit zu erfüllen. Die Nivellirung, die Gleichmachung durch Beil und Feuer! Das ist es, was unter gewaltigem Aufschrei die mit Füssen getretene Würde der Proletarier verlangt!"

18. „La Republica Social" erschien in Barcelona mit dem Motto: „Nieder mit dem Bestehenden!".

19. In Valladolid erschien ebenfalls ein Blatt, dessen Titel mir nicht mehr bekannt ist.

Endlich in Portugal, wie wir sahen:

20. „Jornal do Trabalho,"

21. „Tribuna, beide zu Lissabon, und

22. „Clamor do Povo" in Porto.

Abgeschlossen Juli 1874.

# Italien.

Die politische Veränderung, welche in Italien stattgefunden, hat die Wünsche der national gesonnenen Italiener erfüllt. Italien ist eine geeinte Nation, und es wird durchaus nach dem liberalen System regiert. Obschon nun die politischen Institutionen nach den Begriffen des Liberalismus nichts zu wünschen übrig lassen, wächst dennoch die Unzufriedenheit im Volke. Der Grund liegt in der Verschlechterung der ökonomischen Verhältnisse des Landes. Das parlamentarische System an sich bewährt sich in diesem Lande, in welchem die Volksbildung eine noch sehr mässige ist, schlecht. Die einzelnen liberalen Parteien lösen sich in der Herrschaft ab, ohne dass eine Besserung der Zustände einträte. Auch bewährt sich die Einführung von Geschworenengerichten, Abschaffung der Todesstrafe, der Nationalgarde, nicht. Die Sicherheitszustände sind gewiss eben so schlecht als vor 15 Jahren. Die Geschworenen behandeln die Räuber aus Furcht vor deren Rache zu milde.

Besonders aber klagt man über den Steuerdruck. Im Herbst 1873 berichtete ein soc.-demok. Blatt:

„Das Elend, die nothwendige Folge unserer Finanzverschleuderung und schlechten Verwaltung, fordert zahlreiche Opfer unter den Arbeitern in Stadt und Land. Es giebt in Italien kein Brod und kein Geld mehr. Wer trägt die Schuld dieser Armuth? Wenn man in das Jahr 1861 zurückgeht und die Preise der nothwendigen Lebensmittel prüft, so wird man finden, dass sie seitdem fortwährend gestiegen sind, bis sie die jetzige exorbitante Höhe erreicht haben. Auf der anderen Seite sind die Arbeitslöhne bei weitem nicht in einem dem Steigen der Lebensmittelpreise entsprechenden Verhältnisse emporgegangen; der heutige Durchschnittslohn beträgt hundert Centimes für zwölf Stunden! In den Regierungsfinanzen lässt sich eine beständige Vermehrung der Circulation von Kassenanweisungen der Nationalbank bemerken, so dass in Folge dessen die Waarenpreise um 25—30 Prozent gestiegen sind, was eine Entwerthung des Papiergelds zu diesem Betrag bedeutet. Man kann sagen: Italien befindet sich jetzt in der nämlichen Lage wie Frankreich vor 1789, dem Jahr des Ausbruchs der grossen Revolution."

Obschon Italien aus dem Verkauf der Kirchengüter enorme Summen gezogen hat, ist dennoch das Deficit nicht beseitigt. Die Einnahme aus den Kirchengütern betrug 1872 = 70, das Deficit 70 Mill. Frcs., Summa 140 Mill. Im Jahre 1873 betrug die Einnahme aus den Kirchengütern 87 Mill., darunter 61 Mill. aus dem Verkauf derselben, das Deficit 233 Mill. Frcs., Summa 320 Mill.

Das Deficit für 1874 ist auf 130 Mill. Frcs. berechnet. Natürlich hört die Einnahme aus dem Verkauf der Kirchengüter allmählich auf und ist ein Wachsen des Steuerdruckes zu befürchten. Weil der Steuerdruck in Italien ein Hauptmotiv für die wachsende Unzufriedenheit der unteren Volksklassen Italiens ist, will ich hier einige Vergleiche mit Preussen machen. Preussen hatte 1873 24½ Mill. Einwohner, Italien 26½. Die Netto-Ausgaben betrugen 538 resp. 834 Mill. Mark, pro Kopf 22 resp. 31 Mark. — Die totale Belastung durch directe und indirecte Steuern betrug pro Kopf 16,7 resp. 25,3 Mark. Die Kosten der Staatsschuld betrugen pro Kopf 3,3 resp. 17 Mark. Die Staatsschulden 1317,9 resp. 8048,0 Mark, pro Kopf 53 resp. 303 Mark; nach Abzug der Eisenbahnschulden pro Kopf 27 resp. 303 Mark. Banknoten im Umlauf waren in Preussen 1200 Mill., in Italien ebensoviel Mark. Dagegen Papiergeld in Preussen 62, in Italien 624 Mill. Mark. Das Disagio betrug in Preussen 0, in Italien bis 15 pCt. Am 23. Juli standen preussische 4½pct. Anleihe 106, italienische 5pct. Rente 66¼ pCt.

Wenn man die Verhältnisse berücksichtigt und dabei bedenkt, dass die Bevölkerung Preussens wohlhabender und industrieller ist als die Italiens — die Ausfuhr betrug pro Kopf 43 resp. 34, die Einfuhr 46 resp. 40 Mark — so begreift man den Druck, welcher auf der Bevölkerung Italiens lastet.

Für die unteren Volksklassen wird das Verhältniss noch ungünstiger durch die Art der Besteuerung. In Preussen ist jedes Einkommen unter 525 Frcs. steuerfrei. Die Klassensteuer wächst von 525 bis 3750 Frcs. von ca. 2—3 pCt. und die Einkommensteuer beträgt von 3750 Frcs. ab 3 pCt. Die Klassensteuer brachte 49,5 die Einkommensteuer 26,3 Mill. Frcs., Summa 75,8 Mill. Frcs. im Jahre 1873. — In Italien wurde die Einkommensteuer nach dem Muster der englischen income-tax im Jahre 1869 eingeführt und sollte 60 Mill. Frcs. abwerfen. Schon im folgenden Jahre ward sie auf 130 Millionen erhöht; und die besteuerte erklärte Rente betrug 1298 Millionen. Man glaubte noch weiter gehen zu können, aber die Folge war nur, dass das erklärte Einkommen in dem Masse abnahm, als das Procent der Steuer erhöht wurde, und schon im Jahre 1870 von etwa 1300 Millionen auf etwa 900 Millionen gefallen war. Nichtsdestoweniger fuhr man fort, die Einkommen über 400 Frcs. zu belasten, und die Steuer ist endlich von 8,80 Procent auf 13,20 Procent gebracht worden. Natürlich wird nur der Rentner und der pensionirte oder active Beamte von der Steuer ernstlich betroffen. Der Handel, die Industrie wissen sich schon zu wehren; am weitesten aber treiben die Kunst, den Staat um das Seinige zu bringen, oder doch die Lasten von den eigenen Schultern ab auf die des Nächsten zu wälzen, die sogenannten liberalen Professionen: Civilingenieure, Aerzte, Advocaten, deren jährliches Durchschnittseinkommen, laut ihren Erklärungen, sich von 600 auf 1000 Frcs. beläuft. Natürlich beruhigt sich dabei der Fiscus nicht immer, und es giebt unan-

genehme Streitigkeiten vor der Präfectur, und in zweiter Instanz vor den Gerichten, Untersuchung der Bücher etc. Ebenso wenig sind die Besteuerten mit der Veranschlagung der Steuererheber zufrieden, und da kommt es denn natürlich wieder zu unliebsamen Reclamationen, nebst Processen und anderen Unannehmlichkeiten.

Das ganze steuerbare (mobile) Einkommen beläuft sich auf 473 Millionen, natürlich nur das erklärte, denn ein Kind kann sich denken, dass die Summe in Wirklichkeit bei einer Bevölkerung von 24 Millionen doppelt so gross sein muss. Diese mit 13,20 Procent besteuerte Summe sollte 1871 einbringen ungefähr 60 Mill., bringt aber in der That viel weniger ein. Von jenem jährlich besteuerbaren Einkommen von 473 Millionen kommen 180 Millionen auf einfaches Capital, 200 auf arbeitendes Capital, 95 Millionen auf Arbeit ohne Capital. Ein armer Beamter mit 800 Frcs. Einkommen muss 105 Frcs. Einkommensteuer zahlen; bei uns etwa 16 Frcs.

Unerhört hoch sind die indirecten Steuern. Nach dem Anschlag für 1873 betrug die Mahlsteuer 69,3, die Tabakscultursteuer 1,9, die Consumsteuer 59,6, die Zölle 92, Tabaks- und Salzmonopol 148,7, Summa 371,5 Mill. Frcs; 14 Frcs. pro Kopf. Die directen Steuern betrugen 1873 in Preussen und Italien 5,6 resp. 11,7, die Zölle und übrigen Steuern 11,1 resp. 13,6 Mark pro Kopf.

Die „Capitale“ brachte im Juni 1874 einen Artikel, in dem es heisst:

„Franz I. von Oesterreich sagte: „Ich will gehorsame, aber keine gelehrten Unterthanen“. Als er nach Italien reiste und einen kleinen Ort besuchte, sah er die drei Buchstaben über einer Kirche. Neugierig, was sie zu bedeuten haben, fragte er den Arzt des Dorfes, der als nicht gerade gelehrt galt. „Majestät, antwortete der Doctor, dieses D. O. M. will so viel heissen, als Domanium Omnia Manducavit.“ Der Kaiser, der einsah, dass der Doctor nicht so dumm ist, als man ihm sagte, lächelte, aber antwortete nichts. — Nun meint die „Capitale“ dieses Geschichtchen könnte man auf das heutige Italien anwenden, indem sie sagt, man solle der „Italia“ statt der Krone die Buchstaben D. O. M. aufsetzen; denn früher gab es keine Provinz, keine Commune, die nicht ihre Kasse voll hatte, so dass Italien als ein sehr reiches Land bekannt war. Die Staats-, Provinzial- und Communalkassen sind mit Schuldverschreibungen angefüllt, daher waren die D. O. M. sehr gut über denselben angebracht. — Früher waren die Familien glücklich. Man kannte den Hunger nicht. Für Arme und Elende gab es Hospize, für Kranke Spitäler. Da kam das Domanium mit fabelhaften Steuern und zerstörte alle diese Anstalten, darum schreibe man an den Pforten der Wohlthätigkeitsanstalten: D. O. M. Der Grundbesitz, die Feldfrüchte, der Erbtheil und das Ersparniss waren einstens der Trost des Landmanns. Jetzt aber, wo Alles besteuert ist, selbst die Ackerbau-Instrumente, der Gaul, der Hund, der als Wächter des Eigenthums galt, brachte man den Landmann so weit, dass er sich einer Menge dieser Dinge entledigen musste, und er kam nach und nach in das Elend. Da schliesse man das Buch, siegele es und schreibe darüber: D. O. M. Die Regierung ruinirte Provinzen, Communen, Wohlthätigkeits-Institute, die Bürger; aber sie bereicherte sich dabei nicht, sondern versank immer mehr in Schulden. Sie verkaufte die Eisenbahnen, um für neue Schulden

neuen Credit anzubahnen. Sie verkaufte die Regien, die Fabriken, die Monopole, die Privilegien, Alles, Alles wurde verschleudert und jetzt zuletzt noch das Kirchengut. Was bleibt? Domanium Omnia Manducavit."

Italien hat keine sehr bedeutende Industrie, daher auch nicht ein so grosses Industrie-Arbeiterproletariat wie andere Länder. Dagegen ist die Lage der Landarbeiter eine sehr traurige. Der Grund und Boden ist meist im Besitz von grossen Grundbesitzern und wird unter drückenden Bedingungen verpachtet, oft nach dem System der getheilten Ernte.

Die Lage der arbeitenden Klassen ist nach englischen Consularberichten eine sehr verschiedene. In Sicilien sind danach ca. 25 pCt. der männlichen „Arbeiter" gar keine Arbeiter, sondern reine Bummler, die sich von ihren Weibern und Kindern ernähren lassen. Weiter nach Norden hin wird die Bevölkerung fleissiger. Von Genua aus wandern viele Arbeiter nach Südamerika aus. Der Verdienst ist überall äusserst mässig, aber der Italiener ist genügsam und hat nicht den Trieb nach Verbesserung seiner Lage, welcher den nordischen Arbeitern meist eigen ist. Die Nahrung ist frugal, die Wohnung überall erbärmlich.

Trotzdem ist das Klassenbewusstsein im Arbeiterstande noch erst hie und da erwacht unter den Industriearbeitern; unter den Landarbeitern schlummert es noch ganz. Es existirt zwar eine Arbeiterbewegung, doch trägt dieselbe hier einen ganz anderen Charakter, als in den nördlichen Ländern. Sie ist fast vollständig ein Product der politischen, revolutionären Agitation, welche die Halbinsel bis zur Besetzung Roms in ewiger Aufregung gehalten hat und sie trägt an sich noch den politischen Charakter, welcher wie der Rest der Eierschale am Hinterleib des eben ausgekrochenen Küchleins, jeder proletarischen Bewegung in ihrem Entstehen anzukleben pflegt, bis sie vollständig zur socialen Bewegung wird, der die Politik nur bewusstes Mittel zur Erreichung eines wirthschaftlich anderen Zustandes der Gesellschaft ist.

Mit vollständiger Verkennung des Umstandes, dass die Regierungsform für das materielle Wohlbefinden des Volkes an sich gleichgiltig ist, hoffen die noch aus der Zeit der politischen Revolutionen her angeregten und zum Theil organisirten unteren Volksklassen alles Heil von der Proclamirung der Republik. Da der König — eigentlich weder règne noch gouverne — sondern die Parlamentsmajorität die Minister und diese die Verwaltungsbeamten ernennen lässt, so ist das liberale Ideal ja erreicht und würde seine Ersetzung durch einen Präsidenten nur eine Ersparniss an der Civilliste zur Folge haben. Wenn aber auch wirklich die ganze Civilliste von 13,850,000 Frcs. erspart würde, was hätte das bei einer Jahresausgabe von 1542 Mill. und einem chronischen Deficit von einigen hundert Millionen Francs zu bedeuten? Würden nicht die Bewerbungen um die jetzt vom Throne occupirte höchste Stelle bald den Charakter chronischer Revolutionen annehmen, die das Schicksal der spanischen Republiken Amerikas sind,

und würde das Schicksal des Volkes nicht durch dieselben noch viel trauriger werden?

Doch ist hier nicht der Ort zu untersuchen, weshalb die wirthschaftlichen Verhältnisse Italiens zerrüttet sind und weshalb ein revolutionärer Geist das Volk noch beherrscht. Es genügt die Constatirung des Factums. Aller Voraussicht nach wird aber die Bewegung nicht mehr lange im politischen Fahrwasser bleiben, sondern einen socialen Charakter annehmen. Ueber das Entstehen revolutionärer Ideen darf man sich natürlich nicht wundern in einem Lande, das der Revolution seine jetzige politische Gestalt verdankt. Die Dynastie darf natürlich nur in Piemont auf angestammte Anhänglichkeit rechnen und hat im Klerus einen unversöhnlichen Feind. Wenn aber aus der politischen die rein sociale Bewegung geworden sein wird, so wird sie hier auch sofort den radikalsten Charakter annehmen. Wie wir sehen werden, sind die italienischen Internationalen Anhänger von Bakunin. Und das ist ganz natürlich. Wo in Italien der Glauben an die kathol. Kirche in der Masse verloren gegangen ist, hat er sofort dem reinen Atheismus Platz gemacht. An Revolutionen hat man sich so gewöhnt, dass man es für ein Recht hält, Revolution zu machen, zumal der jetzige Rechtszustand auf dem Boden der Revolution erwuchs und durch eine neue Revolution mit demselben Rechte, nach dem er erstand, geändert werden kann. Die Regierung Victor Emanuel's hat die Demagogie in den früheren ausser-piemontesischen Staaten als einen offen anerkannten Bundesgenossen benutzt und kann ihn nun nicht los werden. Sie hat aber auch, indem sie die Kirchengüter einzog und sich der Stiftungen bemächtigte, den Respect vor dem Recht des Eigenthums verletzt, und das wird sich der Socialismus zu Nutze machen. Confiscirte man die Latifundien der Kirche — wird man einst die des Adels nicht schonen.

Nun hat man eine Menge von Arbeitervereinen, Unterstützungskassen, Volksbanken, Consumvereinen, Cooperativgenossenschaften und endlich reine Arbeitervereine und Clubs. Aber der englische Consul Brown in Genua sagt in seinem Bericht an Gladstone vom 2. April 1872: „Ich bedaure zu sagen, dass diese Clubs mehr sich mit Politik als mit politischer Oekonomie beschäftigen.“

In der That, obschon die italienischen Arbeiter meist wenig Schulbildung haben, plaudern sie fortwährend in ihren Mussestunden von Politik, lassen sich die Zeitungen vorlesen oder die Tagesneuigkeiten erzählen. Sie sind dann leicht hinzureissen und auch leicht zu Aufläufen zu bringen.

Dagegen kennt man in Italien den neueren Socialismus eigentlich noch gar nicht. Italien hat keinen theoretischen Socialismus und keinen theoretischen Internationalismus. Man kennt keine Verschiedenheit zwischen dem ersten und dem zweiten. Ein nationaler Socialismus, wie ihn Lassalle in Deutschland gründen wollte und wie er hier entstanden wäre, wenn man die Consequenz der Verleihung des allgemeinen Wahlrechts gezogen hätte — mit

Bewusstsein der allgemeinen Proletarisirung zu steuern und die Masse zum Stande besitzender Arbeiter und arbeitender Besitzer zu erheben, was man leider versäumt hat — ein solcher Socialismus ist in Italien unbekannt. Die sociale Idee ist hier, wo sie auftaucht, sofort international und radikal-communistisch. Nur die Gebildeten kennen in Italien die Namen Lassalle und Marx: die Schriften derselben haben nur wenige Fachgelehrte gelesen und kennen also den Unterschied ihrer Lehre. Die Werke dieser Männer sind noch nicht ins Italienische und, soviel ich weiss, auch nicht einmal ins Französische übersetzt. Selbst die „Arbeiterführer“ kennen die Systeme von Lassalle und Marx, die in Deutschland die Agitatoren auswendig wissen, nicht. Auch existirt, wie mir Herr Cusumano schreibt, noch keine italienische Bearbeitung der socialen Theorien deutschen Ursprungs, weshalb auch die italienischen social-demokratischen Zeitungen so gut wie nichts Theoretisches enthalten. Dagegen sind die anarchisch-collectivistischen Ideen verbreitet worden, welche Bakunin als einen Fluch über die romanischen Länder ergossen hat. Wir werden den unheilvollen Einfluss dieses Mannes in der Folge kennen lernen. Zunächst wende ich mich zu der nicht importirten, originalen italienischen Arbeiterbewegung.

„Vor Allem muss man betonen“, schreibt mir Herr Cusumano, „dass Italien eine landwirthschaftliche Nation sei. Die Mehrzahl der Arbeiter sind Bauern — freilich meist Pachtbauern — deren ökonomische, moralische und intellectuelle Lage eine sehr schlechte ist, besonders in der Lombardei und in Süditalien und Sicilien. Ueberall spricht man von diesen traurigen Zuständen. Die Broschüren über die sociale Frage betonen diesen Punkt besonders und verlangen dringend Reformen.“ Es wird wohl auch hier wieder einst heissen: Latifundia perdidere Italiam. „Leider findet man aber bei den Bauern keine Vereine. Auch giebt es noch keinen Socialismus und kein Klassenbewusstsein, weil Unterricht und sociale Uebung fehlen. Die Bauern erwarten Alles von Gott“ und gehorchen dem Klerus. Deshalb ist es sehr wichtig, dass auch in Italien jetzt eine christlich-sociale Partei entsteht, die natürlich dem gegenwärtigen Staat feindlich ist und sociale Reformen nothwendig anstreben mag. „Der Bauer arbeitet für seinen Grundherrn wie zur Zeit der Leibeigenschaft. Er ist nicht so tumultuant wie der Arbeiter im engeren Sinne, er leidet noch Alles. Niemand hat noch ein gutes Werk über die ländliche Arbeiterfrage geschrieben und Italien hat noch eine ländliche Arbeiterfrage auch theoretisch zu lösen. Dass sie existirt, ist klar; dass sie in Zukunft eine sehr grosse Bedeutung annehmen wird, ist sicher. „Die Lage der Fabrikarbeiter und Handwerker ist eine wenig bessere. Aber die industrielle Arbeiterfrage ist für die Zukunft nicht so bedeutend wie die ländliche Arbeiterfrage,“ indess hat sie schon eine fassliche Gestalt angenommen.

Wo von Klassenbewusstsein schon die Rede ist, hat man zwei Parteien, die Internationalen, von denen später, und die Partei

der sogenannten „Societa operaje italiane affratellate“, die originär-italienische.

Diese Partei ist aus den alten Verschwörungen Italiens entstanden, durchweg politisch noch gefärbt, und folgt den beiden grossen italienischen revolutionären Politikern Mazzini und Garibaldi. Da die Ideen beider verschieden sind und sich ihre Anhänger auch spalteten, muss man sich zunächst klar über diese Ideen werden.

Im ersten Bande habe ich berichtet, wie Mazzini im Jahre 1864 bei der Gründung der I. A.-A. sich betheiligt und ein Programm vorgelegt hatte, wie es sich für eine politische Verschwörergesellschaft eignete, nicht aber für eine sociale Partei der Arbeiter. Der Bund sollte strenge centralisirt werden. Gegen den Klassenkampf sprach er sich entschieden aus; auch ist Mazzini Feind alles Internationalen und war für jede Idee unzugänglich, welche nicht die nationale Einheit und Grösse Italiens bezweckte. Da er hier Marx unterlag, zog er sich grollend zurück und hat seinen Hass auf die Bakunin'sche Internationale, die ihm später in Italien gegenübertrat, übertragen. Er verwechselt sogar beide, wie es Herrn Jules Favre allerdings auch passirt ist, der der I. A.-A. consequent in seinen officiellen Actenstücken das Programm der Allianz unterschiebt.

Mazzini hatte es freilich in Italien mit dem Flügel der Bakuninisten zu thun, der, gewissermassen gemässigt, Garibaldi anhängt. Nach dieser Auseinandersetzung begreift man, dass wir es in Italien 1871—72 eigentlich mit drei Parteien in der Arbeiterwelt zu thun haben, Mazzinisten, Garibaldianer und Bakuninisten.

Der klarste Kopf ist natürlich Mazzini, nur verleugnet er nie den Bourgeois, da er von Abkunft ist, während bei Garibaldi, dem geborenen Proletarier, der es anständiger Weise verschmähte, reich zu werden, der Instinct des Proletariers mehr zum Durchbruch kommt. Ehrliche Leute, d. h. überzeugungstreue Männer sind beide. Bakunin dagegen ist ein Lump ersten Ranges.

Schon von jeher stand dem wissenschaftlichen und ernsten, ja in seiner Art religiösen Mazzini der dem Instinct folgende Garibaldi fern, obschon er Politiker genug war, seine persönliche Meinung zu unterdrücken, wo beide am selben Strange zu ziehen hatten. Er hat dies noch kurz vor seinem Tode bewiesen. Garibaldi dagegen liess seinem Grimm gegen den „zurückhaltenden, trägen“ Mazzini freien Zügel und beging politische Thorheiten, seinem Herzen mehr folgend als dem durchdachten Rath Mazzini's.

Schon 1867 trat eine bedeutende Erkältung der Beziehungen zwischen Beiden ein. Garibaldi hatte sich an dem berüchtigten Congress der Friedens- und Freiheitsliga zu Genf betheiligt und namentlich die Resolution über Abschaffung des Papstthumes und Annahme der „Religion Gottes“ mit durchgesetzt. Dann wirkte er auf einer Rundreise durch Italien namentlich auf die unteren Klassen für einen Römerzug. Auch unterhielt er mit der, damals noch Marx unbedingt folgenden I. A.-A. lebhafte Beziehungen, was

ihm Mazzini, der Todtfeind von Marx, nicht vergeben konnte. Diese Verbindung stellte er durch seinen früheren „Generalsecretär der Dictatur beider Sicilien“ vom Jahre 1860, Joseph Dassi, her, wie wir sehen werden. Trotz der Sympathien der I., deren Beweise ich weiterhin beibringe, scheiterte sein Unternehmen, wie Mazzini es vorhergesehen, bei Mentana. Garibaldi warf Mazzini vor, dass er ihn nicht genug unterstützt habe.

Für unsere Frage ist es wichtiger, dass Mazzini den Zug Garibaldi's nach Frankreich, seine Betheiligung am Kampfe gegen Preussen, besonders aber seine Sympathie für die Pariser Commune missbilligte.

Die letztere Thatsache trieb Mazzini zum offenen Bruche. „Separiamoci“ — „scheiden wir uns“ — soll er gerufen haben und schrieb eine Broschüre: „Mazzini e l'Internazionale per G. Mazzini, Roma 1871.“ Dies war eine Zusammenfassung verschiedener Artikel, welche in seinem Hauptorgan „Roma del Popolo“ zuerst erschienen waren. Anständiger Weise brauchte Mazzini die Rücksicht, Garibaldi bei diesem Angriff nicht zu nennen. Er wandte sich gegen die Partei.

„Die Pariser Commune,“ schreibt Mazzini, „hat sich nicht für ein Princip erhoben; sie hat nur ihre eigenen Interessen im Auge gehabt, dass sie mit irokesischer Wildheit und mit wahnsinngem Blutdurst vertheidigt hat, wie er wilden Thieren eigen ist. Solche Explosionen sind nur im Schoosse eines Landes möglich, welches auf der letzten Stufe des moralischen Verfalles angelangt ist. Dies ist das Werk des philosophischen Materialismus, der aus der Sphäre der Abstraction zur That geschritten ist. Die Commune von Paris hat den Völkern auf eine eclatante und so zu sagen feierliche Weise die verhängnissvollen Consequenzen des Materialismus gezeigt, welcher, nachdem er mit dem Gift seiner Doctrinen alle Fibern einer Nation gesättigt hat, sich in den Sitten und Handlungen der Individuen äussert. Frankreich hat das System des Materialismus adoptirt, es hat erklärt, dass Genuss und Beseitigung der Hindernisse des Genusses die Norm für das Leben sei. Das Geschick, welches es getroffen, ist eine schreckliche Lehre für die Völker, die versucht sind, seinem Beispiel zu folgen. Es ist darum unsere Pflicht, uns von diesen Menschen zu trennen, zu zeigen, dass wir eine Partei bilden, dass wir für ein Princip und nicht für vergängliche Interessen kämpfen.“

Nun kehrt die alte Bourgeois-Natur ihre natürliche Seite bei Mazzini heraus und er fährt fort:

„In den Grenzen dieses Princips verbindet uns das Band der Solidarität mit denjenigen, welche sich als Republikaner bezeichnen. Dies Princip ist in zwei Worten: „Gott und das Gesetz!“ Es lehrt uns, dass Gott, indem er uns schuf, uns eine Mission zu erfüllen, ein Ziel zu erreichen gab. Dies Ziel ist der Fortschritt, das einzige Mittel zu seiner Erreichung die Association. Dies Ziel, diese Pläne der Vorsehung legen uns eine Pflicht auf, von ihrer Erhaltung hängt unsere Zukunft in Zeit und Ewigkeit ab.“ Mazzini ist Deist. „Nicht der Gott des mosaischen oder christlichen Himmels, nicht der Gott der Todten, der Gott eines Volkes, einer begrenzten Epoche, sondern Gott das ewige Wort der Natur, die ewige Sehnsucht der Menschheit.“

Die religiöse Frage ist es nicht allein, welche Mazzini und

Garibaldi trennte, wie aus den Vorwürfen hervorgeht, die er der Internationale macht. Auch ihre Organisation bemäkelte er und zwar merkwürdiger Weise deshalb, weil sie ihm zu autentär war, obschon er 1864 erst recht hatte einen Geheimbund stiften wollen mit einem Haupt, nämlich dem seinigen. Da es nun Marx geworden, schrieb er:

„Eine Handvoll Individuen, die es auf sich nehmen, eine ungeheuere Menge von Menschen verschiedener Länder, Bestrebungen, politischer Verhältnisse, ökonomischer Interessen und Hilfsmittel direct zu regieren, wird am Ende stets jede Wirksamkeit verlieren, oder wird tyrannisch regieren müssen."

Seine Beschwerden über die Tendenzen der I. A.-A. fasste er in folgenden Anklagepunkten zusammen: 1. Die Negation Gottes, d. h. der einzigen sicheren und unerschütterlichen Basis, auf welcher wir unsere Rechte und unsere Pflichten statuiren können, die der Menschen unter sich, die Gewissheit, dass die Arbeiter berufen sind zu siegen und siegen müssen. 2. Der Bruch des nationalen Bandes und die Unterdrückung des Begriffes „Vaterland", d. h. des Motivs, welches den Menschen anhält, für sein und seines Gleichen Wohl zu arbeiten. Die I. A.-A. ersetzt die Nation durch die unabhängige Commune, die sich selbst regiert, ein System, das unfehlbar zur Anarchie und Ohnmacht führt. Anstatt die Nation zu fusioniren, muss man sie föderiren. Daher seine Idee einer allgemeinen republikanischen Allianz der Nationen. 3. Die Negation des Privateigenthums, d. h. dessen, was die Menschen treibt, mehr zu produciren als das, was für die erste Lebensnothdurft erforderlich ist.

Er ist der Ansicht, dass jede Revolution, welche nicht eine Reform der Gesellschaft herbeiführt, ein Spott ist. Hier hat er augenscheinlich eine weit richtigere Ansicht als die Confusionäre, welche von der Republik als solcher immer noch das Heil erwarten, während jede Besserung der Zustände von der Reform der Gesellschaft ausgehen muss und wie umgekehrt der Verfall der Staaten allemal ein Reflex der Verkommenheit der Gesellschaft ist. Ueber diese socialen Reformen ist Mazzini aber unklar. Er meint, der soc. Fortschritt, dessen Realisation unsere Zeit sehen wird, besteht in der Habilitation der Association für die Lohnarbeit, welche den Antagonismus zwischen Capital und Arbeit zerstört hat. Die Idee ist confuse. Marx löst das Problem viel klarer und ganz unzweideutig. Von den reinen Communisten scheidet er sich durch diese Erklärung aber scharf, weil er deren Mittel zum Zweck verwirft: Abschaffung der Religion, Substitution des Individuums und der Commune für die Nation, Abschaffung des Privateigenthums, Negation des Staates und jeder Autorität — er hat immer die Bakuninisten im Sinne — welche Handlungen, wie er richtig meint, ihren Zweck verfehlen würden. Die Restauration der Autorität ist nach ihm das Problem der Epoche. Hierdurch allein hofft er die Einheit Italiens erreichen zu können, welche nur entstehen kann durch einen nationalen Pakt, geschlossen

von den Vertretern des Landes, im Namen des Landes und der Nation. In einem Schreiben vom September 1871 an den Congress der Friedens- und Freiheitsliga zu Lausanne, betont er, dass auch sein Ideal Friede, Freiheit und Association sei, ein Zwiespalt beider könne daher nur hinsichtlich der Mittel bestehen, um diese Ziele zu erreichen; die Liga meine, durch ihr „friedliches Apostolat" dazu gelangen zu können. Dann fährt Mazzini fort:

„Auch ich wünsche dies, hoffe es aber nicht. Wäre es auch nur deshalb, weil die Karte von Europa mit Rücksicht auf das slavische Element geändert werden, weil die republikanische Einrichtung allerwärts das Abgestorbene ersetzen, an die Stelle jener zum Phantom gewordenen Autorität treten muss, die man Monarchie nennt. Ohne wohlerworbene Rechte zu verletzen, ohne in die Vergangenheit zurückzugreifen, ohne eine der ewigen Grundlagen jeder Gesellschaft zu zerstören, muss das Eigenthum sich in der Zukunftsarbeit verlieren, muss die innige Vereinigung zwischen Capital und Arbeit die Arbeiterklasse dem Bedürfnisse, der angstvollen Ungewissheit und der flagranten Ungleichheit entreissen, welche heute vorhanden ist. Nur in Folge eines grossen europäischen Kampfes wird dies zu erlangen sein. Unsere Aufgabe besteht darin, die Zwischenzeit, welche uns von diesem trennt, so viel wie wöglich abzukürzen. Für mich ist es Pflicht, eine starke und heilige Initiative bei dem Volke zu suchen. Ich arbeite mit meinen Freunden, soweit es der geringe Rest meiner Kraft erlaubt, die Elemente zu einer durch den Glauben geeinigten Action zu concentriren."

Wenn man nach diesen Aeusserungen, die er durch sein Handeln bekräftigt hat, den Mann beurtheilen will, so wird man sagen müssen, dass er sociale Reformen für alle Staaten erhofft durch Einführung nationaler, föderirter Republiken. Wie er seine Schwärmerei für die Autorität mit der notorischen Thatsache, dass die Republik bei einigermassen zerrütteter Gesellschaft, wie sie der Manchester-Liberalismus fast überall geschaffen, zur Anarchie führt, in Einklang bringt, erhellt nicht. Ueber die Natur von socialen Reformen, welche „das Eigenthum in Zukunftsarbeit" sich verlieren lässt, dabei das Privateigenthum nicht negirt, welche den Antagonismus zwischen Capital und Lohnarbeit durch die Association löst, aber nicht die Marx'sche Productivassociation, die er bekämpft, bleibt dito unklar. Weshalb er das sociale Heil nur von der Republik, nicht aber von einer vernünftigen Monarchie erhofft, das erklärt sich wohl daraus, dass er die Producte deutscher Wissenschaft, namentlich die Arbeiten von Lorenz von Stein, nicht gekannt zu haben scheint und immer das französische Bourgeois-Königthum resp. seine Ablösung im Cäsarismus und das englische Schein-Königthum im Auge hatte, nicht aber das deutsche Königthum, wie es in seinen besten Zeiten war, nämlich nicht nur eine Schranke für den excessiven individuellen Ehrgeiz, sondern auch der unparteiische Schiedsrichter zwischen den Klasseninteressen im Volke, von denen es sich wohl zeitweise bestricken, aber nie ganz captiviren liess. Wie er endlich seine Religiosität, die er dem Volke doch auch als etwas Nothwendiges darstellt, ohne die Autorität des Dogma und der Kirche

sich denkt, ist noch unbegreiflicher, zumal er die Autorität stets im Munde führt.

Diese Unklarheiten mussten es seinen Gegnern leicht machen, ihn ad absurdum zu führen und da ehrt es nun den Mann, dass er, wie wir sehen werden, der ihm theuren Sache Italiens wegen nachgab.

Der rechte Flügel der Bakuninisten und die Garibaldianer überhaupt gingen nun zum Angriff über und stellten ihr Programm auf.

Die Principien derselben waren der Atheismus, der Patriotismus und Materialismus, die Solidarität mit der Commune, der Kosmopolitismus. Die Organe der Partei zogen den „neuen Propheten“ in's Lächerliche.

Mazzini's Deismus wird nicht nur als „prophetisch-mystisches Gerede,“ als „längst überwundener Standpunkt“ („Canaglia“), er selbst als der „Prophet Gottes“ („Campana“), der den Dreisten spielt, da es zu spät ist („Anticristo“), lächerlich gemacht: die Leugnung Gottes wird in erster Linie als Programm, sei es als angestrebtes Ziel, sei es als anerkannte Nothwendigkeit zur Erneuerung der Menschheit vertheidigt, nur ein Gott — die Freiheit proclamirt („Avanti“). Der Materialismus wird dem Volke allerdings nicht gar so offen gepredigt, da ihm der Glaube an die eigene Seele noch allzu schwer zu entreissen wäre. Um so offener wird Rationalismus ausgesprochen, dem Geheimniss die Thatsache, dem Glauben die Vernunft entgegengestellt („Libero Pensiero“). Aber der „sogenannte Rationalist“ wird verspottet, insoweit er sich vom Materialismus entfernt und als „Spiritualist“ verurtheilt. („Campana und Anticristo“). Im Almanaco republicano von 1872 steht: „Weder Glaubenssätze noch überweltliche Macht! Weder Glaube an das Uebernatürliche noch Gehorsam. Das sind die Grundsätze zu einer Neugestaltung, wie sie die materialistische Demokratie aufstellt.“ Die Mottos der einzelnen Monate lauten ähnlich wie der folgende des März: „Ich grüsse dich, Satan! Dich, o Rebellion! Dich, o Gewalt, die du kommst, um die Vernunft zu rächen!“ Der „Proletarier“ zu Turin schreibt, dass „Gott der grösste Feind des Volkes ist, der die Arbeit zur Niedrigkeit verurtheilt hat.“ —

Ja, diese Blätter sind der Ansicht: „Giebt man ein Mal die vorgebliche Existenz Gottes und die Nothwendigkeit einer Offenbarung zu, so geht man gerade auf den Syllabus zu, kommt bis zur Infallibilität“ (Campana). Eine in der mazzinistischen „Allianza“ aufgenommene Gegenstimme sagt den Mazzinisten: „Ihr habt auf dem grossen Wege, den die Gesellschaft zu durchlaufen hat, ein Zeichen gesetzt, über das sich keiner bewegen soll, da steht ihr still — wollt selbst unfehlbar (!) sein und verfallet so in Intoleranz!“

Die Helden der Commune werden daher in Leitartikeln in romantischkitzelnden Feuilletons verherrlicht („Plebe“) und ihre Grundsätze durch populäre „Reflexionen eines Petroleur“ plausibel gemacht. Die Principien der Commune und des Cosmopolitismus heissen die einzig „reellen“ Principien, die Nation wird geleugnet oder ignorirt und als „abstrakte Idee“ bezeichnet, die nur dynastischen Zwecken dienstbar gemacht werde. Das Vaterland darf nicht, nach „Geschichte und Geographie als unbestreitbares Dogma“ („Campana“) bestimmt oder gar durch Krieg zur materiellen Einheit, die man nach Sprache, Sitte u. s. w. a priori construire, geführt werden. Es ist im Gegentheil als ein „physiologisches

Factum aufzufassen, und ist das Haus, wo du geboren, das Dorf, der Bezirk, die Stadt, wo du längere Zeit gelebt; es ist dort, wo jene sind, die du liebst, der Ort, der dich seufzen und fröhlich sah." Darüber hinaus „thust du den Schritt vom Individuum in die Gesammtheit, und diese reicht so weit, als die Gemeinschaft deiner Grundsätze, die Solidarität in deinen Bedürfnissen reicht („Campana"). „Die Mündel der alten Welt reichen sich über Meer und Berge die Rechte am Altar der Brüderlichkeit und des Kosmopolitismus, dann sind die Mündel — Männer, und aller Vaterland — die Menschheit" („Anticristo"). So ist das Vaterland zuerst die isolirte Commune und dann die in Eins zusammengeschmolzene Menschheit. Da die Internationale diese Principien vertheidigt, ist sie die einzige Rettungsarche für den Arbeiter und Mazzini's grösstes Verbrechen ihre Bekämpfung. Bis hieher gehen Alle, Bakuninisten und Garibaldianer. Jetzt theilen sie sich gleich der Internationale in extreme Communisten und gemässigte Socialisten. Letztere geben allerdings der Gesellschaft das Theilungsrecht über alles Eigenthum, erklären aber dieses, freilich inconsequent, für individuell und unantastbar. Noch am 12. Januar 1872 schrieb Garibaldi an Pallavicino: „Die Abschaffung des Eigenthums und der Rente ist Diebstahl," und mit ihm geht sein grösstes Blatt „Gazzattino Rosa" und eine Menge kleinerer im Gefolge. Ja, auch Autorität lässt er noch gelten: „das Gesetz, die einzige Gebieterin, die sich Gehorsam erwirbt, soll Ehre, die Ordnung, welche die Kraft ausmacht, soll Freiheit geben." („Avanti.")

Auf der anderen Seite stehen die Communisten, die sich freilich auch Socialisten nennen, aber Bakuninisten sind. Die Vermischung von Communismus und Socialismus hat hier wie überall so viel Spielarten als Verfechter, die ihrem System bald ein mehr socialistisches, bald ein mehr communistisches Gepräge verleihen. Eine Stimme mag uns von dieser Seite genügen: „Aus der Entfesselung aller Leidenschaften, die in der Menschheit wohnen, soll die neue Aera entstehen, umsonst schreit auch Garibaldi nach socialen und ökonomischen Reformen, wir sehen hierin stets noch die Autorität nur unter neuer Form aufgestellt und sagen: es ist zu spät, fort muss jede göttliche und menschliche Autorität, wo und wie sie sich auch immer zeigen mag, von Gott bis zum Polizisten, vom Dogma bis zum sogenannten Rationalisten" („Campana"). Die Anarchie, jedoch ohne Verwirrung (!) ist das erklärte Ziel, und nichts bleibt übrig, als eine Communalverwaltung, die internationale Commune, nichts als eine Administration. Diese Administration hat natürlich keine regierende Gewalt, es sind nur Schreiber, Cassirer, Rechnungsführer etc., die im Dienste der Gesammtheit das Gesammteigenthum verwalten, eine Verwaltung bilden „ohne Privileg," „ohne Autorität", „ohne Polizei." Diese erklären nun auch, dass sie mit den Ideen Garibaldi's ganz gebrochen haben. Diese Ideen sind nicht für sie, nicht für „das italienische Volk, das Hunger hat, nicht zu lesen, nur zu hassen weiss; will man einen Löwen mit Zwiebackkrümchen füttern?" (Anticristo).

Lassen wir die Bakuninisten einstweilen bei Seite. Die Spaltung der Mazzinisten und Garibaldianer aber erregte Besorgnisse in der demokratischen Partei. So lange das Papstkönigthum in Rom herrschte, hatte der gemeinsame Feind die Partei zusammen gehalten. Seit Victor Emanuel in Rom residirte, fehlte dieser Einigungsgrund und die Partei gerieth in Gefahr, an dem Zwist der Führer zu Grunde zu gehen, welche beide eines ausserordentlichen Ansehens sich erfreuten. Die Verständigeren wendeten sich

an beide Führer und beschworen sie, den Zwist beizulegen. Weshalb nicht ein gemeinschaftliches republikanisches Programm machen? Wozu die religiöse Ueberzeugung der Verbündeten in Fesseln schlagen wollen? Das wäre ja Intoleranz. Auch die Internationale solle aus dem Spiele bleiben. Das verlange die Toleranz. Keiner von Beiden wusste sich recht zu helfen.

Um der Sache willen gab Mazzini nach. Er erklärte, auf politischem Gebiete sei man ja im republikanischen System einig, so möge man denn auf dieser Grundlage die Einigung bewerkstelligen, er sei bereit, auf Grund eines republikanischen Programms jeden Pakt mit Garibaldi zu schliessen, doch müsse man die religiöse Frage mit philosophischem Respect behandeln: Keiner kann sich binden, die eigene Ueberzeugung zu verschweigen, ohne sie zu verleugnen, keiner kann, ohne intolerant zu sein, von andern verlangen, darüber zu schweigen, es gehört dies zum Apostolat und kann nur unmittelbar vor der entscheidenden Handlung, nicht früher zurücktreten; so dulde man sich hierin also gegenseitig, man lasse die Internationale bei Seite und begnüge sich, Republikaner zu sein, national im Ausgangspunkt, europäisch im Ziele und die Spaltung werde bald verschwinden. („Romano del Popolo.") — So beschränkte sich Mazzini in dem einen Punkte auf die Toleranz, hielt aber an dem andern unverrückt fest. — Garibaldi concedirte auch von seiner Seite diese Toleranz, gab aber in Betreff der Internationale nur in soweit nach, als er unter den gemässigten Internationalen erklärte Stellung nahm. Nicht ohne ein gewisses Selbstgefühl bemerkt die garibaldinische Presse, dass Mazzini nachgegeben, seine Losung: „Gott und Volk," die keine demokratische Parole, sondern „ein kategorisches Dogma, ein theologisches Billet zum Eintritt in die Freiheit" sei, aufgegeben und seine Gottheit in die philosophische Kapelle eingeschlossen habe. Aber auch sie erklärt: um aus der Religion kein Hinderniss für den Eintritt in die Internationale zu machen, wird man Niemand fragen, was man glauben wolle, das wird sich von selbst geben; wir sind Atheisten und hoffen, dass bald Alle, von der Logik der Dinge gezwungen, es sein werden. Unterdessen verfechten wir unsere Sache nicht mit Indifferenz, sondern mit Unparteilichkeit, und halten es für unsere Pflicht, den Arbeitern unseren Humanitätsglauben zu bekennen. („Favilla"). Man sieht, es war keine Einigung, weil eine solche nicht möglich war, ein wenig Duldung, die längst wieder aufgegeben ist. Mazzini schrieb selbst um die Mitte Februar: „Eine erlogene Einheit ist schlimmer als eine rechtliche offene Spaltung; Principien, Ideen werden nicht ungestraft verstümmelt, und wer sie einer vermeintlichen Popularität oder einer eingebildeten Eintracht ohne reelle Grundlage opfert, ist ein feiger Apostat." („Alleanza").

Eine Einigung mit der ultragaribaldinischen extremen Partei war noch weniger möglich: „Sollte das Feuer, müde unter der Asche zu glimmen, an einen Bund mit dem Wasser denken?" („Anticristo"). War doch der Name Mazzini eine Herausforderung auf Leben und Tod für die Proletarierverbindungen der Welt geworden! („Campana"). Hierüber herrschte in den internationalen Blättern von Ende Februar an eine Stimme.

Gehen wir nun zur Revue der Arbeiterbewegung selbst über. Die Mazzini'sche Partei ist alt. Schon im Jahre 1848 bestanden 76 Vereine, von 1848—60 entstanden 168, von 1860—63 209 neue, so dass deren 1863 bis 453 vorhanden waren. 1863 hatten

diese Vereine 10,827 Ehren- und 111,608 effective Mitglieder, darunter 101,410 männliche und 10,198 weibliche. 1874 bestehen mehr als 1000 solcher Vereine, von denen über 300 verbunden sind und von einem Consiglio Direttivo in Rom geleitet werden. Die Mitgliedzahl soll über 200,000 betragen. Die noch nicht der Centralisation beigetretenen sind Gegenseitigkeitsvereine zur Aushülfe und Unterstützung, Schul-, Unterrichts-, Volksbildungsvereine etc. Sie sind alle auf Selbsthilfe gegründet. Ihre Mitglieder sind mehr Handwerker als Fabrikarbeiter. Kassen zur Unterstützung der Alten und Kranken sind ebenfalls Zweck. Es ist dies die Partei der „Societa operaje italiane affratellate,“ „Verbrüderung italienischer Arbeitervereine“. Ihrer Natur und Entstehung nach, von der revolutionären Bourgeoisie unter Mazzini's Protection gegründet, ist ihr erster Zweck ein politischer. Alle erstreben die Republik. In zweiter Linie kommen erst die materiellen Interessen, welche sie durch die Selbsthilfe-Kassen pflegen. Von der Republik hoffen sie die Lösung der socialen Frage. Sie schwärmen noch für Schulze-Delitzsche Ideen, hoffen die Harmonie von Capital und Arbeit auf seinem Wege herzustellen und verwerfen die Einmischung des Staates in sociale Angelegenheiten. Sie sind nicht Feinde der Bourgeoisie, sondern erstreben durch die Union aller Klassen die ökonomische, moralische und intellectuelle Hebung der arbeitenden Klassen. Ihr Hauptblatt, die „Emancipazione“ sagt: „Wir sind Socialisten und verstehen mit diesem Worte jene, welche die allgemeinen und collectiven Interessen über die individualistischen Interessen stellen. Aber unser Socialismus ist verschieden von dem vulgären Socialismus, weil wir keine allgegemeinen und collectiven Interessen kennen als die Moralität und die Gerechtigkeit.“ (30. März 1872). Sie streben die friedliche Lösung der socialen, aber die revolutionäre der politischen Frage an. Mit solchen Tendenzen musste die Partei sowohl mit der I. A.-A. als mit den specifischen Garibaldianern in Conflict gerathen.

Garibaldi hatte nämlich eine Anzahl ihm anhängender Vereine, die schon 1871 radicaler gesonnen waren. Der „Osservatore Romano“ Nr. 198 giebt ein Bruchstück aus dem Statut eines solchen Vereins, der Garibaldi anhing und in Bologna existirte. Dies Bruchstück lautet:

„Jeder Genosse muss zur Grundlage seiner politischen Principien die nationale Einheit, seiner religiösen Principien den freien Gedanken haben, oder einer beliebigen, den Katholicismus bekämpfenden Religionspartei angehören. In der Politik muss man die Pflicht einer Allianz zwischen Deutschland und Italien aufrecht erhalten, verbreiten und weiter fördern, in Sachen der Religion auf jede Weise den Katholicismus bekämpfen, indem man den Protestantismus stützt. Vertheidigen und erstreben muss man die Abschaffung des Papstthums und die Entfernung des Papstes von Rom, ebenso dass den Priestern alle bürgerlichen Rechte genommen werden. Im Falle eines Krieges mit dem Ausland muss die Gesellschaft, bevor derselbe noch förmlich erklärt ist, sich auf das Feld der Action begeben, indem sie a) möglichst viele Kirchen und besonders den Vatican niederbrennt, b) alle Priester und alle jene, welche der

Nation offenbar feindliche Gesinnungen hegen, zur Auswanderung nöthigt; c) die Massen zu den geschichtlichen Traditionen der sicilianischen Vesper erweckt."

Das sind recht interessante Alliirte für Deutschland! Doch zurück zu den Mazzinisten! Diese Partei hat 13 Congresse abgehalten ausser den regionalen, die zu Genua, Neapel u. a. a. O. statthatten. Der 11. Congress tagte 1864 in Neapel, der 12. am 1. bis 6. November 1871 in Rom, der 13. am 29 bis 31. März in Rom.

Der 12. Congress wurde von der Commission der ligurischen Arbeiter-Vereine berufen und am 1. November 1871 unter Betheiligung von 135 italienischen Vereinen von derselben eröffnet. Die genannte Commission stellte zuerst die Frage, ob nur die Vertreter eigentlicher Arbeiter-Vereine, oder auch die anderer Vereine ähnlichen Zweckes als stimmberechtigte Mitglieder des Congresses zu betrachten seien. Nach einer ziemlich bewegten Discussion wurde mit grosser Majorität folgender Beschluss gefasst: Der Arbeiter-Congress nimmt sämmtliche Vertreter jener Vereine in sich auf, welche zum Zweck die materielle und moralische Hebung des Arbeiterstandes haben." — Nach einem Gruss an Mazzini und Garibaldi mit dem Wunsche, beide recht bald im Einverständniss zu sehen, wurden die Präsidenten gewählt; den Rang des ersten Präsidenten erhielt Guiseppe Petroni, der Redacteur des von Mazzini gegründeten und bisher als mazzinistisches Centralorgan betrachteten grösseren Wochenblattes „La Roma del Popolo" — also Einer der erklärtesten Mazzinisten. Hierauf und auf die folgende in sich unwichtig scheinende Discussion mache ich zur Charakterisirung der nicht zu unterschätzenden Trennung zwischen Mazzini und Garibaldi besonders aufmerksam.

Der letzte allgemeine italienische Arbeiter-Congress zu Neapel vom Jahr 1864 ernannte ein permanentes Comité von 5 Männern, welchen unter Anderem die Berufung des nächsten Congresses für 1865 übertragen wurde. Als aber „Cholera und Krieg" dieselbe hinderten, veranstalteten die Arbeiter-Vereine von Ligurien einen Special-Congress in Genua, dem die beiden ersten Glieder des in Neapel ernannten Comités, „die Unthätigkeit desselben bedauernd, auch im Namen der Anderen die Gewalt des permanenten Comités übertrugen." — In Folge dessen berief nun die ligurische Arbeiter-Verbindung den allgemeinen römischen Congress. Dieselbe steht aber durchaus unter dem Einfluss des „grossen Liguriers" Mazzini, und so wurde die Eifersucht der ultragaribaldinischen Neapolitaner wachgerufen, auf deren Anregung das vierte Mitglied des genannten Comités von 1864, Tavassi, gegen das Berufungsrecht des ligurischen Verbandes protestirte. Darum wurde der Congress auch von den neapolitanischen Arbeiter-Vereinen nicht beschickt. Die ligurische Commission erhielt aber vom Congress einstimmige Anerkennung, und Tavassi's „Parteibestrebungen" wurden als solche gemissbilligt.

Hier haben wir also den Zwist der Mazzinisten und Garibal-

dianer. Letzterer hat an den Präsidenten Petroni einen Brief gerichtet, in welchem er sich gegen die Vorwürfe Mazzinis vertheidigt.

Des Weiteren vertheidigt Garibaldi den Aufstand der Pariser Socialisten vom Mai 1871, wendete sich gegen Versailles, wo Thiers und seine „Ruraux" tagten, für die Garibaldi natürlich nur ein Gefühl des Abscheues hat, da sie nicht wie er für die republikanische Völkerverbrüderung schwärmen; die Pariser Commune konnte nach Garibaldi nicht siegen, weil die vielen neben einander bestehenden Gewalten „aus Paris ein Babylon aller Doctrinäre machten." Die Internationale findet in jenem Brief lebhafte Anerkennung, nur solle sie sich noch „gewisser Doctrinen erledigen, die ihr vielleicht durch das Uebelwollen ihrer Freunde eingegeben worden sind." Dann fährt Garibaldi fort:

„Muss nicht eine Gesellschaft (ich meine die menschliche Gesellschaft), wo die grosse Anzahl blos um den Lebensunterhalt zu gewinnen arbeitet, und wo die Minderzahl sich durch Lüge oder Gewalt den grössten Theil des Ertrages der Ersteren aneignen will, anstatt ihn im Schweisse ihres Antlitzes zu erwerben, die Unzufriedenheit und die Rachegelüste derer erregen, die leiden? Ich wünsche, dass es der „Internationale" nicht begegnen möge, was dem Pariser Volke geschehen ist, dass sie sich nämlich nicht durch Theorienkrämer zu Uebertreibungen hinreissen lasse, die sie schliesslich lächerlich machen könnten, sondern dass sie die Männer, die sie auf dem Pfade der moralischen und materiellen Verbesserungen leiten sollen, vorerst studiren möge, ehe sie sich ihnen anvertraut. . . . Die Internationale begnüge sich mit dem, was sie für ihr Recht hält, ohne an dem Eigenthum oder der Erbschaft Anderer zu rütteln."

Garibaldi wendete sich also einestheils gegen das zu wenig sociale Programm der Mazzinisten, anderntheils gegen die — in Italien allerdings sehr unwissenschaftlichen communistisch-anarchischen Tendenzen der Bakuninisten, die hier überall die I. A.-A. vertreten. Auch trat die Spaltung auf dem Congress ein, indem sowohl Tavassi als die Internationalen ausschieden. Die Discussion ist so interessant, dass ich Einiges hieraus gebe. Man suchte Garibaldi nicht zu verfeinden, wahrte aber den Mazzinischen Standpunkt und brach offen mit der I. A.-A. Dies klingt in der Rede der Präsidenten wieder.

Die zweite Sitzung eröffnete der Präsident, indem er in seiner Rede die Nichtbetheiligung der römischen Arbeiter und der römischen Bürgerschaft Angesichts des leeren Zuschauerraumes, während doch gestern Feiertag und schönes Wetter gewesen sei, zu erklären resp. zu entschuldigen suchte; er schrieb dieselbe einer „Letargie" zu, die ihren Grund zum Theil in der durch die Klerikalen herbeigeführten Verderbniss, noch mehr aber in den Anstrengungen einer Partei habe, welche den Patriotismus gefälscht und daraus ein Monopol für sich gemacht habe. Diese zweite Verderbniss sei schlimmer, als die erste; denn die Klerikalen bekennen sich doch zu einem Princip, und man wisse, was sie wollen; die Partei habe keine Principien, diene nicht dem Vaterlande,

sondern bediene sich desselben für ihre Interessen und „bekenne sich zu dem ekelhaften Cynismus.“ Nach einigen Expectorationen gegen römischen Klerus und Adel hoffte er, „der römische Stolz“ werde bald eine Wendung zum Besseren herbeiführen.

Ich lasse nun einige markante Stellen aus den Reden mehrerer Delegirten folgen.

Astengo sagte: „In unserem Verein sind Arme und Reiche associirt. Es ist aber zu bewundern, dass man viele reiche Leute, Fürsten und Generale sucht. Wir geben der Bourgeoisie die Ehre für Alles, was sie gethan hat, aber wir wollen keine Standesverschiedenheit zwischen Bourgeoisie und Arbeitern.“ Die folgenden Redner sprechen gegen die I. Pais kann nicht glauben, wie die I. die Abschaffung des Grundeigenthums, der Familie (ein Bakunin'sches aber kein Marx'sches Postulat) und des Vaterlandes will und verwirklichen kann. Romanelli sagt: „Die Arbeiter können zum Siege gelangen ohne Socialismus und Abschaffung des Grundeigenthums.

Hiergegen erhob sich Jucci, Mitglied der I. zu Neapel: „Ich acceptire nicht die Mazzini'schen Ideen über die sociale Frage und über die Religion. Wenn man von Fortschritt spricht, so muss man an den ökonomischen Fortschritt der arbeitenden Klassen denken. Man kann die sociale Frage nur durch Aufhebung der traurigen Lage der arbeitenden Klassen lösen.“

Hiergegen sprachen viele Vertreter, indem sie die politische Frage in den Vordergrund stellten. Als in den ersten Beschlüssen die Mazzini'schen Ideen rein zur Geltung kamen, traten die Delegirten Jucci, Casiero, de Montel, Mitglieder der I. von Neapel, Girgenti und Livorno aus und veröffentlichten folgende Erklärung: „Die unterzeichneten Delegirten treten von dem Congress zurück in Folge der Beschlüsse, mit welchen der Congress alle Mazzini'schen Ideen angenommen hat, da jene Beschlüsse mit dem Mandat, welches sie bekommen haben, unvereinbar und den Interessen der arbeitenden Klassen feindlich sind.

So war der Bruch mit den Bakuninisten vollzogen.

Was die politische Seite angeht — darüber noch folgende Auszüge. Marini sagte:

„Man muss betonen, dass kein Arbeiterverein ohne einen politischen Glauben existiren kann, und dass unser Glaube die Republik ist. Deshalb haben unsere Vereine und Congresse bisher wenig Erfolg gehabt, weil dies nicht genug betont wurde. Man kann den Fortschritt der Arbeit nicht haben, ohne die politische Frage zu lösen. Es handelt sich nicht nur um das tägliche Brod.“ „Die Lösung der politischen Frage, sagt ein Anderer, wird die wahre Lösung der socialen Frage sein.“ Marcora sagt, dass alle Action für die sociale Frage mit der Politik verbunden sein müsse, ohne welche die Brüderschaft nicht leben könne. Pais meint, man könne zwar den Fortschritt auch trotz und mit der Monarchie haben, die wahre sociale Emancipation aber könne nur durch die Republik vollzogen werden. Pazzi erklärt: „Die Delegirten des Congresses sind alle Republikaner. Man hat früher gestritten, ob die Arbeiter Politik treiben müssten oder nicht. Der heutige Congress hat die Frage gelöst.“

Der Congress setzte folgenden Patto di Fratellanza (Bundespakt) fest: „Die hier vertretenen italienischen Arbeitervereine, überzeugt, dass die politische, moralische, intellectuelle und ökonomische Emancipation

der arbeitenden Klassen zum Wohle des Individuums und der Gesellschaft nicht erwirkt werden kann ohne Mitwirkung und Vereinigung aller Kräfte des Vereins und ohne Zusammenhang mit der fortschrittlichen Bewegung der Nation und der Menschheit, dass, wie in Folge jener Nothwendigkeit der Emancipation besondere Rechte und Pflichten für jeden Arbeiterverein existiren, auch allgemeine Rechte und Pflichten des Arbeiterstandes von Italien existiren; dass, wie die Rechte und Pflichten jedes Vereins von Pacten und localen Statuten bestimmt sind, so auch die allgemeinen Rechte und Pflichten für alle Vereine von einem Bruderschaftspact bestimmt werden sollen; überzeugt, dass die politische und moralische Emancipation der arbeitenden Klassen es verlangt, dass alle Arbeiter durch eine gegenseitige Liebes-Union und Brüderschaft vereinigt werden, dass die im Rath und Centrum für die Emancipation der arbeitenden Klassen nothwendig sei; dass die Emancipation der arbeitenden Klassen die Concentrirung der Mittel verlangt; bedenkend, dass die Union der Arbeit an der Arbeit der Nation und der Menschheit ein besonderes Organ für die Bestrebungen und Bedürfnisse der arbeitenden Klassen verlangt; bedenkend auch, dass es im Interesse der Arbeitenden liege, dass die Nation ihre Interessen kennen lerne — — beschliessen:

Art. 1. Zur Förderung der politischen, sittlichen, geistigen und wirthschaftlichen Emancipation des Arbeiterstandes wird ein Verband geschaffen, dem sich die italienischen Arbeitervereine, unbeschadet ihres durch locale Verhältnisse bestimmten Charakters und der hierauf beruhenden Selbstständigkeit, anschliessen können. — Art. 2, 3, 4, und 5. Es wird für den Verband eine Leitungs-Commission von 5 Arbeitern und ein Aufsichtsrath von 21 Gliedern für 1 Jahr gewählt, nach dessen Ablauf die Commission Rechenschaft ablegt und wiedergewählt werden darf. — Art. 6. Nur die Leitungs-Commission bezieht nach Massgabe eines Majoritätsbeschlusses des Aufsichtsrathes ein Honorar. — Art. 7. Die Leitungs-Commission repräsentirt den Verband, ihre Verhandlungen mit auswärtigen Vereinen bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln des Aufsichtsrathes. Im Uebrigen sucht die Commission, den Verband auszubreiten, ihn zu fördern durch Sorge für wiederholte Provinzial-Congresse, durch Anregung zu Vereinen unter den Landarbeitern, durch Verbreitung angemessener Bücher, durch Gründung von Arbeiterschulen, Lesezirkeln, Volksconferenzen, Bibliotheken und dergleichen; durch Fühlung („Contact“ — man bemerke diesen wenig sagenden Ausdruck, dem die mazzinistischen zum Theil antinationalen Ideen zu Grunde liegen) mit den Arbeitervereinen des Auslandes. Die Commission widmet sich der Untersuchung über die Lage, die Bedürfnisse und die Wünsche der Arbeiterklassen, der Veröffentlichung von Statistiken, dem Schutz der politischen Rechte, der Vertheidigung der Rechte der freien Arbeit, der Vermehrung von Productiv-Associationen, der Gründung von Industrie-Gesellschaften und Credit-Banken für Arbeiter, der Veranstaltung von Kunst- und Gewerbeausstellungen, überhaupt Allem, was die Entwickelung der Gesammtkräfte der italienischen Arbeiter fördern kann; die Commission gründet endlich ein wöchentlich erscheinendes officielles Verbands-Organ. — Art. 8. Der Aufsichtsrath überwacht die Leitungs-Commission, die für jede wichtige Massregel die Zustimmung der Majorität des Aufsichtsrathes erlangen muss. — Art. 9. Der Rath hat das Recht, der Commission Vorschläge zu machen und in Folge eines Majoritätsbeschlusses von zwei Dritteln der Rathsmitglieder einen allgemeinen Congress zu berufen. — Art. 10. Die Initiative für Vorschläge haben auch die ver-

brüderten Vereine, und jeder Vorschlag, der von einem Drittel des Arbeiterverbandes unterstützt ist, muss studirt und erörtert werden. Auf Verlangen von zwei Dritteln des Arbeiterverbandes muss die Commission einen Congress berufen. — Art. 11. Die Commission führt die Verbandskasse, in welche jedes Mitglied jährlich 20 Centimes zahlt; ebenso nimmt die Commission freiwillige Beiträge entgegen und richtet auch auf sonstige entsprechende Mittel zur Vermehrung der Verbandskasse ihre Aufmerksamkeit. — Art. 12. Nach Vorschlägen der Einzel-Vereine und mit Gutheissung des Aufsichtsrathes ernennt die Leitungs-Commission an den bedeutenderen Orten der Halbinsel Special-Commissionen zur Förderung des Vereinswesens und der Provinzial-Congresse. — Art. 13. Bei den verbrüderten Vereinen besteht gegenseitige Pflichtleistung, d. h.: a) Ein Mitglied, das in einem Vereine Recht auf Unterstützung erworben hat, erhält bei einem Domicilwechsel von dem neuen Vereine, in den es eintritt, die Unterstützung nach den Statuten des neuen Vereins gerade so, als wenn es keinen Domicilwechsel vorgenommen hätte; ebenso hat es Recht auf Benutzung der Schulen, Lesezirkel und Bibliotheken, wie die Glieder seines Domicilvereins. b) Diese Unterstützungen gehen aber auf Rechnung des ersten Vereines, bis das Mitglied in dem neuen Vereine Unterstützungsrecht erworben hat; die schuldige Vergütung kann in halbjährigen Raten verlangt werden. — Art. 14. Die verbrüderten Vereine betrachten sich als Eine Familie, deren Interesse es ist, das eigene Wohl, die Grösse und Wohlfahrt des Vaterlandes und die Erziehung des Volkes für die Zwecke der Menschheit zu fördern.

Während dieser Discussion „erklärte der Congress zugleich feierlich, dass er die politischen und socialen Principien, die Mazzini seit 40 Jahren erörtert und vertheidigt habe, annehme;“ dies aber „nicht mit Rücksicht auf den Mann, so hochverdient und gross er auch sei, thue — sondern einzig mit Rücksicht auf die Güte der Principien selbst.“

Nachdem die anwesenden Vertreter von 135 italienischen Vereinen diesen „Verbrüderungsvertrag“ (patto di fratellanza) angenommen hatten, wurden mannigfache Anträge verschiedener Vereine discutirt; doch wurde über keinen derselben eine officielle Erklärung abgegeben. Die merkwürdigsten derselben sind: § 2. Italien sei weder moralisch, noch materiell eine selbstständige Nation; materiell nicht, weil noch nationales Gebiet in fremden Händen sei; „es wäre daher die Pflicht einer wahrhaft nationalen Regierung, nicht zu vergessen, dass die Vervollständigung der nationalen Einheit äusserste Nothwendigkeit sei;“ die moralische Einheit könne nur durch einen von den Vertretern des Volkes angenommenen Nationalvertrag bewirkt werden. § 3. Die Arbeiter haben ausser dem Arbeitslohne Recht auf Antheil am Reingewinn. § 6. Arbeitslohn und Arbeitszeit müssen durch positive Bestimmungen geregelt werden. § 8. Productivgenossenschaften und Strikevereine sind möglichst zu verbreiten. § 12. Für die Arbeitslosen müssen Hülfsgenossenschaften gegründet werden, welche diesen für die tägliche Nahrung Arbeit geben. § 14. Die friedliche Lösung der Arbeiterfrage muss angestrebt werden durch Berufung eines Congresses von Vertretern der Arbeiter und Fabrikherren. Der Congress erklärt sich auch gegen das Lotteriespiel, das eines der stärksten Nahrungsmittel für Aberglaube, Müssiggang, Unwissenheit und Unsittlichkeit sei. Nach sechstägiger „bewegter Verhandlung“ wurde der Congress vom Vice-Präsidenten geschlossen.

Die Leitungscommission versandte den Verbrüderungs-Vertrag mit einem Circular an alle Arbeiter-Vereine Italiens, die bei dem

Congresse nicht vertreten waren. Als das System, welches der anzustrebenden wirthschaftlichen Stellung des Arbeiterstandes entspreche, bezeichnet sie mit Nachdruck „die allmählich fortschreitende, freie Einführung der Arbeit um Theilnahme am Reingewinn an Stelle der gegenwärtigen Bestimmung des Lohnes durch den Arbeitgeber ohne Rücksicht auf den Ertrag des Unternehmens.“ Um dieses friedlich zu erreichen, müssen die Arbeiter als ein nationales Element auftreten und bei den Vertretern der Nation ihre Rechte geltend machen; dieses in der erforderlichen Ausdehnung zu ermöglichen, sei der erste Zweck des nationalen Arbeiter-Verbandes. Um das Bestehen der officiellen Wochenschrift zu sichern und die anderen augenblicklichen Ausgaben zu decken, gab sie 1000 Actien je zu 5 Francs aus, die so viel als möglich den Arbeitern vorbehalten bleiben sollten. Da aber für die erfolgreiche Thätigkeit der Commission als wesentliche Grundlage eine möglichst vollständige Statistik der italienischen Arbeiter-Vereine nothwendig sei, so forderte sie die Vereine dringend auf, ihr die nöthigen Angaben hierzu bald einzusenden.

Wir haben gesehen, dass Tavassi, Mitglied des 1864 zu Neapel ernannten permanenten Comités gegen den Congress protestirte. Angeblich war der Mann, Mitglied der „Societa operaja di Napoli,“ Garibaldianer. Indess scheint er mit der Regierung im Einverständniss gehandelt zu haben, welcher die grossartige Demonstration des Congresses für die Republik Sorge machte. Man scheint den Plan zu einer „gouvernementalen“ Arbeiterpartei gefasst zu haben.

So haben wir es denn mit einem socialliberalen Congress zu thun. Gegen vierzig Arbeitervereine betheiligten sich dabei, so meldet die „Unità cattolica;“ wenn ein Parteiblatt deren 105 zählte, so rechnete es jedenfalls die Sectionen der verschiedenen Vereine zusammen. Der Congress bestand fast ganz aus Fürsten, Herzogen etc., Advokaten nur und Banquiers. Ein römisches Blatt zählte sechs Arbeiter unter ihnen. Am 17. April 1872 fand die Eröffnung des Congresses im Theater Argentina statt; der Präsident des römischen Arbeiter-Vereines, Fürst Caetani, nach andern Berichten der Herzog von Téans, empfing die Delegirten und wurde sofort auch zum Präsidenten der Versammlung gewählt, von 178 Stimmen erhielt er 117. Nachdem der Vorstand zusammengesetzt war, wurden zwei Commissionen ernannt, von denen die eine den Verbrüderungsvertrag vom November v. J. revidiren und erweitern sollte, während die andere dazu bestimmt war, einlaufende Petitionen und Anträge zu prüfen und dem Congress mit ihrem Gutachten vorzulegen. Das war das Werk des ersten Tages.

Der zweite Tag begann mit Protesten: der römische Verband der Buchdrucker schied feierlich aus dem Congress, weil derselbe kein Arbeiter-Congress, sondern ein Congress von Capitalisten sei, das Interesse der Arbeiter also durch denselben nicht vertreten werden könnte. Sodann begann die Discussion über die folgenden Themata:

1) Stellung des Arbeiters in der bürgerlichen Gesellschaft. 2) Existenzberechtigung der Arbeitervereine. 3) Die Arbeiter-Verbindungen als moralische Person und ihre Gesetzgebung. 4) Wie können die Arbeiter-Vereine auf dem Lande verbreitet werden? 5) Wie kann der Arbeiter Ersparnisse anlegen und zu einem Kapital gelangen? 6) Soll der Volksunterricht durch Aussetzung von Belohnung oder Strafandrohung obligatorisch werden? 7) Sind die Strikes ein Vortheil oder Nachtheil für die Arbeiter? 8) Wie kann für den zur Arbeit absolut unfähig gewordenen Arbeiter eine Versorgung geschaffen werden? 9) Feststellung der täglichen Arbeitsstunden. 10) Können die Arbeitervereine für Gesetzes-Verletzungen ihrer Mitglieder solidarisch haften? 11) Annahme des von der Commission erweiterten Verbrüderungsvertrages. 12) Annahme der von der Commission verfassten Petitionen und Eingaben. 13) Beschluss der Versammlung über den Congress für 1873 und Ernennung der permanenten Commission.

Das Resultat des Congresses war Vertagung der aufgeworfenen Fragen und folgende Resolution: „Der Congress erklärt, dass der Arbeiter Pflichten zu erfüllen und Rechte zu üben hat, um seine materielle und moralische Hebung zu bewirken, die Arbeiter-Vereine sollen sich also mit diesem Gegenstande beschäftigen. Die Sitzungen waren äusserst „erregt," die Redner wurden nicht selten durch Schreien unterbrochen, das bald von den Vornehmen ausging, wenn etwas zu socialistisch klang, wie z. B. die Rechtfertigung des Strikes und wenn die Interessen der Handarbeiter durch die Kopfarbeiter gefährdet erschienen. Am 21. legte die erste Commission den von ihr entworfenen „Verbindungsvertrag" (patto di alleanza) zur Genehmigung vor: Tavassi hatte dafür gesorgt, dass die Zugrundlegung des „Verbrüderungsvertrages" vom November v. J. unterblieb und dieser neue patto di alleanza ausgearbeitet wurde, um in keiner Weise jenen gehassten Congress anzuerkennen. Der Entwurf wurde angenommen — ist also im Einzelnen durchaus nicht discutirt und nur das Werk der Commission. Die zweite Commission legte eine Petition an die Kammer vor um Einführung des Schulzwanges; auch diese wurde angenommen. Venedig wurde sodann als Vorort für den nächsten Congress bezeichnet und Tavassi mit der Ernennung des permanenten Comités beauftragt, er selbst durch Acclamation als Mitglied desselben gewählt. Unter lautem Evviva Vittorio Emanuele! und Viva Garibaldi! gingen die Arbeiter auseinander. Ein Diner im Palaste des Fürsten Doria, welches auf Kosten des römischen Arbeitervereins gegeben wurde, beschloss und versöhnte Alles.

Wie zu erwarten war, fand dieser Congress von mazzinistischer Seite den leidenschaftlichsten Widerspruch. Schon vor seiner Eröffnung brachten die Parteiorgane Proteste auf Proteste. Die römischen Arbeiter hielten am 21. einen Meeting im Theater Corea, zu dem sich, obwohl die Polizei die Berufung desselben durch Anschlagezettel nicht gestattet hatte, gegen 600 Arbeiter einfanden. Dieselben erliessen folgende Erklärung: „Die Arbeiterversammlung, der willkürlicher Weise von der Polizei die Berufung durch Anschlagezettel untersagt worden, wurde im Theater Corea abge-

halten, und in Anbetracht, dass der Arbeiter-Congress im Theater Argentina nur eine schwache Minderheit der italienischen Arbeitervereine repräsentirte und dass in demselben das Arbeiter-Element selbst in grosser Minderheit war, protestirt sie gegen die Beschlüsse dieses Congresses und wünscht, dass die italienischen Arbeiter im Verein mit denen von ganz Europa zusammen die Fragen lösen, welche ausschliesslich die Arbeiter interessiren."

Die Internationalen erklärten in der Brüsseler „Liberté" vom 12. Mai 1872: „Wir haben nichts mit dieser lächerlichen Comödie zu thun, welche im Theater Argentina diese Prinzen, Senatoren und Bourgeois aufführen" etc.

Hätte die Regierung für die Arbeiter nun etwas gethan, ihnen etwa obligatorische Hülfskassen, Normalarbeitstag, Stimmrecht gegeben, so möchte die Sache Erfolg gehabt haben. Indess geschah nichts, weil eben der Manchester-Liberalismus, wo er herrscht, sich nicht ins eigene Fleisch schneiden wird. Die Sache scheint eingeschlafen zu sein, denn ich habe nie wieder etwas von den Vereinen der Herren Theano-Tavassi gehört.

Inzwischen machte man neue Anstrengungen, Mazzini und Garibaldi zu versöhnen, als der Tod den einen der alten Gegner abberief. Mazzini starb am 10. März 1872 zu Pisa. Wie wir sehen werden, sprach Bakunin seine herzliche Freude über dies Ereigniss aus und täuschte sich auch nicht in der Erwartung, dass nun die I. in Italien einen neuen Aufschwung nehmen werde.

Am 9. April 1873 schrieb ein Delegirter der italienischen Föderation, Victor Cyrille:

„Der Arbeiter verlässt leicht das Princip der Autorität; der Mazzinismus hat nur noch Gewohnheitsanhänger in der Bourgeoisieklasse und ist heute kein Hinderniss mehr für die I. Seid versichert, dass die christliche, formalistische, doctrinäre, autoritäre Republik in Italien fortan unmöglich ist, wo man sich vorbereitet, mit einem Satz alle Perioden von Regierungsarten zu überspringen, welche anderwärts der socialen Revolution vorangehen.

An Mazzini's Stelle leiteten die Publicisten Saffi und Petroni seine Partei: Sie kamen mit Anhängern Garibaldi's unter Ricciotti Garibaldi's Präsidium zusammen und suchten eine Versöhnung herbeizuführen. Man gründete — neben dem Bund der Affratelleza — eine neue Association „I. Franchi Cafoni," welche alle „Demokraten" der Halbinsel umfassen sollte. Ihr Organ war der „Spartacus."

Dieses Blatt verficht offen die Principien der Commune und wurde, da es täglich erschien, gewöhnlich dreimal in der Woche confiscirt. Am 27. November 1872 schrieb man darin:

„Die öffentliche Meinung ist gegen die Regierung, alle Achtung für sie ist untergraben. Jene, welche die Gewalt in Händen haben, gewohnt, ihre Befehle ausgeführt zu sehen, merken davon nichts, sie glauben populär zu sein, auch wenn die Laternen schon bereit stehen, an welchen sie aufgeknüpft werden sollen. Von ihrer Illusion werden sie erst dann

erwachen, wenn das Pflaster aufgerissen wird zum Barrikadenbau und die Throne fallen.

Dies die Sprache der „jungen Demokratie,“ der Partei Garibaldi's, der jetzt keinen Rivalen mehr hat.

Dieser Verein hielt im November einen Congress von Delegirten italienischer Arbeiter, hauptsächlich aber demokratischer Vereine ab unter Paraboni's Präsidium im Colosseum zu Rom. Die Regierung sprengte den Congress und verhaftete Paraboni. Allein man brachte am 21. November 1872 folgendes Programm der „jungen italienischen Demokratie“ zu Stande:

I. Die Versammlung erklärt, dass sie die folgenden Principien verbreiten wird: 1) Volkssouverainetät, die sich durch die Vertreter der Nation, gewählt durch allgemeines Stimmrecht, vereinigt in eine Constituante, deren Autorität immer nur von der Collectivität ausgeht, kundzugeben hat. 2) Die sociale Republik ist die logischste, und den Interessen und der Wohlfahrt und der Grösse der Nation angemessenste Regierung. 3) Eine Regierung, die nichts anderes ist als die Verwahrerin der ausübenden Macht, die ihr vom legislativen und souverainen Volk anvertraut ist. 4) Autonomie in der Verwaltung und der öffentlichen Sicherheit der Gemeinden und der Association von Gemeinden. 5) Abschaffung des politischen Eides als öffentlichen Actes. 6) Abschaffung der stehenden Heere und Organisation der bewaffneten Nation. 7) Wählbarkeit und Revocabilität der öffentlichen Beamten und aller Gerichtspersonen durch Volksabstimmung, und ihre persönliche Verantwortlichkeit vor den Gerichten. 8) Unverletzlichkeit der Wohnung und der Personen, vollkommene Freiheit der Versammlung, der Association, der Presse, ausgenommen bei letzterer in demjenigen, was persönliche Beleidigungen und die guten Sitten betrifft. 9) Abschaffung eines jeden Privilegiums. 10) Vollständige Emancipation der Arbeit. 11) Die Arbeit einzige Quelle des Eigenthums. 12) Ein System ökonomischen Lebens des Landes, welches, indem es die Theilbarkeit des Besitzes befördert, Handel und Industrie entwickelt, und zur grösstmöglichsten allgemeinen Wohlfahrt führt, indem es die Absorbirung des Nationalreichthums in der Hand Weniger bekämpft. 13) Association der Arbeiter und der kleinen Besitzer zur sittlichen und materiellen Verbesserung der Klasse der Arbeiter und Bauern. 14) Abschaffung des öffentlichen Börsenspiels und der Lotterie, des Wuchers und illegitimen Contrakte. 15) Aufhebung aller Steuern, und die Kreirung einer einzigen progressiven Steuer auf das Capital. 16) Die Stellung der Frau und die Bedingungen der Familie sind durch natürlichere Gesetze über die Ehe zu verbessern. 17) Abschaffung der Todesstrafe und Reform des Strafsystems. 18) Absolute Gewissensfreiheit und Abschaffung eines jeden officiellen Cultus. 19) Ausführung der Formel: kein Recht ohne Pflicht, keine Pflicht ohne Recht. 20) Solidarität mit allen Völkern auf dem Wege des Fortschritts und der Freiheit. 21) Jene weiteren Principien, welche der unbegrenzte demokratische, sociale Fortschritt anzeigen wird. II. Die Versammlung, in Betracht, dass ein grosser Theil der italienischen Demokratie sich bereits in Regional-Consociationen constituirt hat, die von den politischen und Arbeitergesellschaften der Region gebildet werden, in Betracht, dass es nützlich und angemessen ist, nicht bloss diese Form der Organisation beizubehalten, sondern sie auf alle die Regionen auszudehnen, die sie noch nicht angenommen hätten, und auf die noch nicht consociirten Gesellschaften Rücksicht nehmend, in Betracht der Nothwendigkeit, diese Regional-Consociationen unter einer gemeinsamen Leitung

zu vereinigen, die allen eine gemeinsame Bewegung verleiht, beschliesst, dass ein permanentes Centralcomité zu beauftragen sei, die von dieser Versammlung aufgestellten Principien zu befördern und in Ausführung zu bringen; dieses Comité wird alljährlich dem Generalcongress, der in einer noch zu bestimmenden Stadt abgehalten wird, von seinem Wirken Rechnung ablegen. III. Die Versammlung, deren Grundlage dessen gemäss, was feierlich angenommen worden, beschliesst, sogleich zu der Ernennung eines provisorischen Comités von fünfzehn Mitgliedern zu schreiten, welches innerhalb des Zeitraums von fünf Monaten von heute an: 1) Die Bildung der Consociationen unter den freien Gesellschaften zu befördern hat. 2) Alle diejenigen Gesellschaften, die diesem Bündniss von Rom ihre Zustimmung ertheilen, in so viele Gruppen theilt, wie sie den verschiedenen Regionen, und möglichst von gleicher Anzahl, entsprechen, die bereits bestehenden intact lassend, zu dem Zweck, um die Vertreter zu einer Generalversammlung ernennen zu können, welche das definitive Centralcomité ernennen wird, und die Interessen der Demokratie wahrzunehmen hat. 3) Ein Reglement für die politische und ökonomische Organisation dieses Comités und seiner Verzweigungen aufzustellen. IV. Da die Versammlung dem provisorischen Comité die erforderlichen pecuniären Mittel verschaffen will, beschliesst sie: 1) Dass alle Bürger, die zu den verschiedenen zustimmenden Gesellschaften gehören, für ein einziges Mal 10 Centimes ein Jeder beitragen. 2) Dass die Direction dieser Gesellschaften für die Einzahlung sorgt. 3) Dass das provisorische Comité der nächsten Generalversammlung von der einkassirten Summe Rechnung ablegt. V. Das provisorische Comité ist gebildet von General Giuseppe Garibaldi, Ehrenpräsident, Federico Campanella, Alessandro Castellani, Eugenio Valzania, Aurelio Saffi, Maurizio Quadrio Riciotti Garibaldi, Giuseppe Missori, Napoleone Parboni, Luigi Castellazzo, Giuseppe Ceneri, Finocchiaro Avrile, Alberto Mario, di Lorenzo, Menotti Garibaldi, Salvatore Battaglia.“

Dies ist nun immer wieder ein Gemisch von Socialismus und Bourgeoisie-Radicalismus. Der Marx'sche „Volksstaat“ schreibt hierüber:

„Eine detaillirte Kritik des Programms wäre hier nicht am Platz. Die meisten Punkte — verschiedene stimmen fast wörtlich mit Punkten des Eisenacher Programms überein — sind so klar, dass sie keiner Erläuterung bedürfen, zum Theil so selbstverständlich, dass ihre Aufnahme in ein Programm einigermassen Wunder nehmen könnte, wenn dieses Programm nicht für praktische Agitationszwecke entworfen wäre. Die socialistischen Forderungen sind unzweifelhaft etwas allgemein gehalten, indess liegt das in den italienischen Verhältnissen, die ökonomisch noch ziemlich primitiver (unentwickelter) Natur sind. Ja, einzelne Forderungen stehen sogar in direktem Widerspruch mit den socialistischen Principien, z. B. die unter Nr. 12 verlangte grössere „Theilbarkeit des Besitzes“. Der Socialismus erstrebt im Gegentheil die Concentrirung des Besitzes in den Händen des Staats und der Gesellschaft, während gerade die Bourgeoisie es ist, welche — man nehme die Gesetzgebung der französischen Revolution — die „Theilbarkeit des Besitzes“ als ökonomischen Grundsatz aufgestellt hat. Zu welchen Uebeln die „Theilbarkeit“ führt, das zeigt, dächten wir, zur Genüge der traurige Zustand des französischen Parzellenbauernthums. Es scheint, dass man sich durch den Wunsch, den italienischen Bakuninisten, die bekanntlich das „Collectiveigenthum“ wollen, Opposition zu machen, zu dieser reactionären Forderung hat verleiten

lassen. So sehr wir diesen Fehlgriff missbilligen, so können wir doch im Allgemeinen dem Programm unsere Sympathie nicht versagen, nur wollen wir hoffen, dass auf dem Boden desselben eine kräftige Bewegung erwachsen möge. Es ist dies um so mehr zu wünschen, als die bakuninistischen Wühlereien, wenn unbekämpft, leicht zur politischen Lahmlegung des italienischen Proletariats hätten führen können. Dass Garibaldi die Ehrenpräsidentschaft der neuen Organisation übernommen hat, zeigt beiläufig, wie sehr sich jenes Berliner Blatt geirrt hat, das den „Einsiedler von Caprera“ für die Bakuninisten zu annectiren und gegen die Majorität des Haager Congresses auszuspielen versuchte.“

Die Bakuninisten protestirten auch gegen diese Beschlüsse. So die Section von Imola:

„In Anbetracht, dass die der ital. Föderation angehörenden Sectionen der Internationale auf den Congressen zu Rimini und St. Imier erklärt haben, dass ihre Politik eine negative sei, d. h. dass sie das politische Gebiet nur betreten wollen, um den gegenwärtigen Staat, das Organ der Klassenherrschaft, abzuschaffen und nicht, um neue Autoritäten zu reconstruiren oder anzuerkennen, welche sie auch seien, und ob sie aus dem allgemeinen Stimmrecht oder aus einer anderen Quelle kommen; — dass die Regel für alle unsere Handlungen das Princip der Emancipation der Arbeiter durch die Mittel der Arbeiter sein mus; dass diese Emancipation nur durch die freiwillige Föderation der freiwillig organisirten Kräfte der Arbeiter entstehen kann und nicht durch Mittel oder Erlaubniss einer Regierung oder Constituante, d. h. von Oben nach Unten; — dass die politische Emancipation die natürliche und nothwendige Folge der ökonomischen Emancipation und die Ausübung politischer Rechte durch den ökonomisch abhängigen Abeiter eine grausame Ironie ist: beschliesst die Section von Imola, keine Delegirten zum Congress des Colosseums zu senden.“

Aehnlich handelten die andern Bakuninisten, indem sie sich über den „halb mazzinistischen, halb garibaldinistischen“ Congress lustig machten.

Die Regierung verfolgte seit der Demonstration im Colosseum beide Parteien, die nun geeinten Mazzinisten - Garibaldianer und die Internationalen. Und Garibaldi näherte sich nun für seine Person wieder mehr den Internationalen. Jener oben genannte Cyrille schrieb am 9. April 1873: „Garibaldi, die Seele der Partei des Kampfes, kommt oft zu uns, obschon die parlamentarische Linke ihn von uns abzuziehen sucht.“ Er selbst schrieb im Juni 1873 an die „Gazettino Rosa:“

„Der Fall der Commune von Paris war ein Weltunglück, er hinterliess uns die Erbschaft eines stehenden Heeres, das jeder Partei zur Stütze dient.“ Und weiter: „Ich bin international, ich sage es mit Stolz, und wenn eine Gesellschaft des Teufels erstünde, welche Despotismus und Priester bekämpfte, so würde ich mich in ihre Schaar einreihen.“

Mazzini, von dem Garibaldi sagte, „er liebe die Hebung der Arbeiterpartei wie den Rauch im Auge“ war todt; die Regierung verfolgte beide Parteien, folglich wurde die Mazzini-Garibaldische Partei radikaler.

Die Organisation der „Societa italiane affratellate“ schritt in-

zwischen weiter fort und sie hielt am 29. bis 31. März 1874 ihren 13. Congress zu Rom.

---

Wenden wir uns nun zur Geschichte der I. in Italien!

Die vom Haager Congress niedergesetzte Commission behauptet in ihrer Anklage gegen Bakunin:

„In Italien bestand die Allianz der Internationalen. Papst Michel (Bakunin) hatte dort seinen Aufenthalt gehabt und sich zahlreiche Verbindungen unter den jüngeren radicalen Elementen der Bourgeoisie verschafft. Die erste Section der italienischen Internationalen, die zu Neapel, stand von ihrer Gründung an unter der Führung dieses Bourgeois- und Allianzisten-Kreises. Der Advocat Gambuzzi, einer der Gründer der Allianz, verschaffte seinem „Muster-Arbeiter" Caporusso die Präsidentschaft. Auf dem Congress zu Basel vertrat Bakunin, Arm in Arm mit seinem getreuen Caporusso, die neapolitanischen Internationalen, während der Antonelli der Allianz, Fanelli, Delegirter mehrerer auserhalb der Internationalen stehenden Arbeiter-Associationen, durch ein Unwohlsein unterwegs aufgehalten wurde."

Bakunin spricht sich in einem Briefe, welchen er an Francisco Mora am 5. April 1872 nach Madrid schrieb, über seine Tendenzen ausführlich aus. Ich lasse diesen Theil des Briefes auch deshalb folgen, weil er die Elemente bezeichnet, auf welche Bakunin in Italien für seine Alliance-Internationale zählt und die Hoffnungen ausspricht, die ihm der Tod Mazzini's einflösst. Es heisst da:

„Um Ihnen eine richtige Idee unserer Bestrebungen zu geben, brauche ich Ihnen nur eins zu sagen. Unser Programm ist das Ihre (nämlich das der spanischen Allianze-Internationale), dasselbe, welches Sie im vergangenen Jahre auf Ihrem Congress proclamirt haben, und wenn Sie demselben treu geblieben sind, gehören Sie zu uns, aus demselben Grunde, wie wir zu Ihnen gehören. Wir verabscheuen das Princip der Dictatur, des Regierungssystems (gouvernementalisme) und der Autorität, wie Sie es verabscheuen; wir haben die Ueberzeugung, dass jede politische Gewalt zu einer unfehlbaren Quelle der Entsittlichung für die Regierenden und der Knechtschaft für die Regierten wird. — Staat bedeutet Herrschaft, und die menschliche Natur ist so geartet, dass jede Herrschaft zur Ausbeutung führt. Als Feinde des Staates unter allen Umständen, des Staates in allen seinen Kundgebungen, wollen wir einen solchen ebensowenig in der Internationalen dulden. Wir betrachten die Londoner Conferenz und die von ihr angenommenen Resolutionen als eine Intrigue des Ehrgeizes und als einen Staatsstreich, und deshalb haben wir protestirt und werden bis ans Ende protestiren. Ich berühre nicht die persönlichen Angelegenheiten, leider werden sie nur zu sehr den nächsten Congress beschäftigen, wenn dieser Congress stattfindet, woran ich meinerseits zweifle, denn wenn die Dinge in derselben Weise fortgehen wie bisher, wird es bald auf dem Festlande Europa's keinen Ort geben, wo sich die Delegirten des Proletariats versammeln können, um frei zu berathen. Und jetzt sind alle Augen auf Spanien und auf den Ausgang Eures Congresses gerichtet. Was wird das Resultat desselben sein? Dieser Brief wird Ihnen, wenn er Ihnen zukommt, erst nach dem Congresse zukommen. Wird er Sie in voller Revolution oder in voller Reaction finden?

Alle unsere Freunde in Italien, in Frankreich, in der Schweiz erwarten in grausamer Spannung Nachrichten aus Ihrem Lande.

Sie wissen ohne Zweifel, dass in Italien in der letzten Zeit die Internationale und unsere theure Allianz eine sehr bedeutende Entwickelung erreicht haben. Das Volk sowohl auf dem Lande wie in den Städten befindet sich in einer vollständig revolutionären, d. h. in einer ökonomisch verzweifelten Lage, und die Massen beginnen, sich in sehr ernster Weise zu organisiren, ihre Interessen beginnen Ideen zu werden. — Was bisher Italien gefehlt hat, das waren nicht die Instinkte, sondern gerade die Organisation und Idee. Beide bilden sich jetzt der Art, dass Italien nächst Spanien, mit Spanien in dieser Stunde vielleicht das revolutionärste Land ist. In Italien existirt, was den anderen Ländern fehlt: eine glühende, energische Jugend ohne jede Stellung, ohne Carriere, ohne Ausweg (tout à fait déplacée, sans carrière, sans issue), die trotz ihrer Bourgeois-Herkunft nicht moralisch und intellectuell erschöpft ist, wie die Bourgeois-Jugend anderer Länder. Heute stürzt sie sich kopfüber (à tête perdue) in den revolutionären Socialismus mit unserem ganzen Programm, dem Programm der Allianz. Mazzini, unser genialer und mächtiger Gegner ist todt, die Mazzinistische Partei ist vollständig desorganisirt, und Garibaldi lässt sich mehr und mehr fortreissen von jener seinen Namen führenden Jugend, die jedoch viel weiter geht, oder vielmehr läuft, als er. Ich habe den Freunden in Barcelona eine italienische Adresse gesandt; ich werde ihnen bald noch andere schicken. Es ist gut, es ist nothwendig, dass die Alliirten Spaniens mit denen Italiens in directe Verbindung treten. Erhalten Sie die italienischen socialistischen Blätter? Ich empfehle Ihnen besonders: die „Eguaglianza“ in Girgenti, Sicilien, — die „Campana“ in Neapel — den „Fascio Operaio“ in Bologna — „Il Gazzettino Rosa,“ aber vor allen „Il Martello“ in Mailand, der leider mit Beschlag belegt und dessen Redacteure sich sämmtlich im Gefängniss befinden.

In der Schweiz empfehle ich Ihnen zwei Alliirte: James Guillaume (Schweiz, Neufchâtel, 5, rue de la place d'armes) und Adhemar Schwitzguebel, Graveur (Mitgtied und correspondirender Secretär der Jura-Föderation), Schweiz, Berner Jura, Sonvillier, Herrn Adhemar Schwitzguebel, Graveur. — Allianz und Brüderlichkeit M. Bakunin.“

Die Marx'sche Anklagecommission bemerkt zu diesem Briefe:

„Der „heilige Vater“ (so und „Papst Michel“ [Bakunin] nennen die Marxianer mit Vorliebe ihren Gegner) hat Recht. Die Allianz in Italien ist nicht ein „Arbeiterbund“ (fascio operaio), sondern ein Haufen von Deklassirten, der Abhub der Bourgeoisie. Alle angeblichen Sectionen der italienischen Internationalen werden geleitet von Advocaten ohne Klienten, von Aerzten ohne Patienten und ohne Kenntnisse, von Studenten vom Billard, von Handlungs-Reisenden und sonstigen Commis und besonders von Journalisten der kleinen Presse von mehr oder minder zweideutigem Ruf. Italien ist das einzige Land, in dem die internationale Presse — oder die sich so nennt — einen figaristischen Charakter trägt. Man braucht nur einen Blick auf die Handschrift der Secretäre dieser angeblichen Sectionen zu werfen, um sich zu überzeugen, dass sie immer eine kaufmännische ist oder doch den gewohnheitsmässigen Gebrauch der Feder verräth. Sich so aller officiellen Stellungen in den Sectionen bemächtigend, zwang die Allianz die italienischen Arbeiter, so bald sie unter einander oder mit einem auswärtigen Rath der Internationalen in Verbindung treten wollten, sich der Hände jener allianzisti-

schen degradirten Bourgeois zu bedienen, die in der Internationalen endlich eine „Carrière“ und einen „Ausweg“ fanden.

Diese Schilderung mag auch nicht unzutreffend sein. Jedenfalls aber hat Bakunin die Stellung der Parteien nach Mazzinis Tode, das Verhalten Garibaldis und die Aehnlichkeit der Elemente der Bewegung in Spanien und Italien — ein Gemisch unwissenschaftlicher Communisten und radicaler Bourgeois — richtig skizzirt.

Uebrigens hat die italienische I. mit der Marx'schen I. A.-A. bis 1872 in intimer Verbindung gestanden, sich an den Congressen betheiligt, ist, wie auch Bakunin, Anfangs ohne Misstrauen betrachtet worden. Der G.-R. hat sogar nach dem Congress von Brüssel drei Abgesandte, Vincent, Parisi und Salvatore Neltone zu Agenten für Italien ernannt. Diese reisten im Lande herum und machten rege Propoganda.

Ueber die Entstehung der I. in Italien giebt folgender Brief Gaspar Stampa's vom Central-Comité zu Mailand d. d. 30. März 1866 an das Central-Comité der I. A.-A. zu Genf Aufschluss:

„Geehrtes Comité! Schon im October 1865 wurde in Neapel das Bruderbündniss der italienischen Arbeitervereine beschlossen und gleichzeitig eine Commission erwählt, dieses Bündniss zur allgemeinen Kenntniss zu bringen und nach dem beigelegten gedruckten Beschlusse in's Werk zu setzen. Die Bestrebungen und das Ziel unseres Gesammtvereins sind die Eurigen, die, je mehr sie an Ausdehnung gewinnen, ein desto kräftigeres Leben entwickeln. Das Centralcomité, dessen Mitglied ich bin, würde sein Ziel verfehlen, wollte dasselbe Eure Mitwirkung nicht in Anspruch nehmen. Der Tod des Professors Savi in Genua, eines der unermüdlichsten Verbreiter der Arbeiterfrage, unseres besten Mitbruders, sowie das Entferntsein der an verschiedenen Orten wohnenden Comitémitglieder, waren in diesem ersten Jahre die Ursachen vieler Hemmungen unserer Arbeit. Wir geben nun hiermit die vollständigste Zustimmungserklärung zu Eurem Programm und ersuchen wir Euch zugleich, uns mit Eurem brüderlichen Verkehr zu erfreuen, uns Euer Organ, den „Vorboten“, zu übersenden, damit unser „Moniteur“ von der wichtigen und lobenswerthen Arbeit desselben Gebrauch machen kann.“

In Neapel bestand das Blatt „Liberta e Lavoro.“ Das Genfer Comité entsprach dem Wunsche Stampas. Jenes Blatt brachte nun fortlaufend Uebersetzungen aus dem „Vorbote.“

In dem Rapport des G.-R. für den Congress zu Lausanne 1867 wurde berichtet, dass reguläre Sectionen in Neapel, Mailand und Genua sich constituirt hätten. Stampa, der Delegirte des italienischen Central-Comités zum Congress berichtete:

„In Italien gab es vor 1859 nur in Piemont Arbeitergesellschaften. Seitdem haben sie sich über ganz Italien ausgedehnt, und wir zählen dergleichen wenigstens 600 mit mehr als 1 Million Associirter; aber, wie es in allen monarchischen Staaten vorkommt, haben die Privilegirten verhindert, dass die Arbeitergesellschaften sich mit anderen Dingen als gegenseitiger Unterstützung beschäftigten. Viele unserer Vereine werden von Protecteuren geleitet, welche sie mit materiellen Wohlthaten überhäufen unter der Bedingung, dass sie sich nicht mit Politik beschäftigen, welche sie für sich reserviren. Männern von Herz ist es auf dem 9. Congress der Arbeitervereine zu Florenz gelungen, das Gegentheil zu de-

cretiren, d. h., dass die Arbeiter Bürger sind, welche sich mit Politik beschäftigen wollen und müssen.“ (Wie es den Schulzeanern 1863 nach Lassalle's Auftreten auch begegnet ist.) „Auf dem letzten Congress zu Neapel 1864 haben wir versucht, die Vereine in eine Föderation zu gruppiren, welche jeder ihre Autonomie lässt und von jedem Mitglied nur 10 Centimes Beitrag jährlich verlangt.“ (Hieraus entstand die Fratellanza.) . . . „Die Vereinigung der Arbeiterklasse in eine Internationale wird durch diejenigen lebhaft bekämpft, welche fürchten, dass das Proletariat eine Macht werde, und unser Rath hat von dieser Seite eine fast unüberwindliche Opposition gefunden. Indess habe ich, als die I. A.-A. sich constituirte, in meiner Eigenschaft als Mitglied des Comités von Neapel es für meine Pflicht gehalten, mich ihr anzuschliessen und beschäftigte mich damit, den Anschluss verschiedener zahlreicher italienischer Arbeitervereine zu bewirken. Ich hoffe um so mehr auf Erfolg, als die Berathungen des Congresses zu Genf (1866) in Italien Widerhall fanden und die Arbeiter, deren Lage von Tag zu Tag schlechter wird, dahin gelangt sind, von dem gegenwärtigen Gouvernement nichts zu hoffen.“ etc.

Ausser durch Stampa war die italienische I. noch durch Tanari auf dem Congress vertreten.

Im Jahre 1867 unternahm Garibaldi seinen Zug nach Rom, der aber nur bis Mentana kam. Die I. sympathisirte mit ihm. Die Verbindung zwischen Genf und Italien unterhielt der ehemalige Privatsecretär Garibaldi's, Dassi. Die Regierung hob das Versammlungsrecht auf und beschränkte das Vereinsrecht, wodurch die Entwickelung der I. gehemmt wurde. Auch war Italien auf dem Congresse zu Brüssel 1868 nur durch ein Mitglied des G.-R., Dupont, vertreten.

August 1868 schlossen sich die „Söhne der Arbeit“ zu Catana der I. an. Der oben genannte Nettone war ihr Präsident, Parisi ihr Schriftführer. Gleichzeitig gaben die Arbeiter Liguriens laut ihre Sympathien für die Ideen der I. kund. Im folgenden Jahre traten Arbeitergenossenschaften von Florenz der I. bei. Sie sendeten Fanelli nach Basel. Ausser durch diesen war die italienische I. auf dem Congress zu Basel 1869 durch Bakunin und Caporusso vertreten. Am 1. Januar war, wie Becker im „Vorbote“ berichtet, „in Neapel durch die Initiative der „Internationalen Alliance der Social-Demokratie“ eine starke Centralsection gegründet, die sich die Aufgabe stellte, allerorts neue Sectionen zu gründen.“ Auch war eine Studentensection in Neapel entstanden, welche mit der Arbeiter-Section im innigsten Wechselverkehr stand. — Aus diesem harmlosen Bericht Beckers sieht man, dass die Leiter der I. A.-A. sich damals noch der Thätigkeit Bakunins freuten. Die neapolitanische Central-Section erliess im Mai 1869 einen Aufruf zum Anschluss an die italienischen Arbeiter. Auch in Genf bildete sich unter Rosetti eine Centralsection, die am 20. März 1870 einen Aufruf an die Neapolitaner erliess. In Neapel schritt die Polizei gegen die I. ein und verhaftete die Führer.

Im November 1871 bildeten sich zu Mailand, im October zu Turin Sectionen der I., ebenso zu Ravenna.

Am 30. October 1871 erliess das schon im Absterben begrif-

fene Genfer Central-Comité einen Aufruf an den Congress der „Fratellanza" ohne, wie wir gesehen, Gegenliebe bei ihm zu finden. In der Turiner Section trat nun eine Spaltung ein, indem die Majorität Mazzini zufiel, während die Minorität sich unter dem Namen „Emancipation des Proletariats" als Section der I. constituirte. Sie erklärte sich alsbald gegen Marx für die Secessionisten des Jura, die am 12. November 1871 ihren Congress zu Sonvillier abgehalten hatten.

In der Romagna bildeten sich um diese Zeit autonome Sectionen, welche den Namen „Fascio Operaio" annahmen.

Ihr erster, zu Bologna am 17. März 1872 abgehaltener Congress antwortete auf die Frage: „Soll man im allgemeinen Interesse und zur Sicherung der vollständigen Autonomie des „Fascio Operaio" denselben der Leitung des General-Comités zu London oder der des Jura unterwerfen oder soll man seine Unabhängigkeit bewahren, indem man zugleich Beziehungen mit beiden Comités unterhält?" mit folgendem Beschluss: „Der Congress erblickt in dem General-Comité zu London und dem des Jura nichts weiter als einfache Correspondenz- und statistische Bureaus und beauftragt das Consulat des Bezirks von Bologna, sich mit beiden in Verbindung zu setzen und darüber den Sectionen zu berichten."

Auf diesem Congress waren Delegirte von 13 Städten anwesend.

Am 20. Juli zeigten Andrea Costa, L. Nabrezzi, Orsini Francesco und Guardigli Lodovico Namens der italienischen Föderation, Region Bologna an, dass ein regionaler Congress am 6. August in Rimini stattfinden werde. Hier wurde beschlossen:

„In Erwägung, dass die Londoner Conferenz (September 1871) es versucht hat, durch ihre Resolution IX der ganzen I. A.-A. eine autoritäre Lehre aufzudringen, welche die der deutschen communistischen Partei ist; dass der G.-R. der Hebel und Stützpunkt dieses Versuchs ist; dass die Lehre der autoritären Communisten die Verneinung des revolutionären Gefühls des italienischen Proletariats ist; dass der G.-R die unwürdigsten Mittel, wie Verleumdung und Betrug, gebraucht hat, einzig zu dem Zwecke, der ganzen I. A. die Einheit seiner speciellen autoritär-communistischen Doctrin aufzuzwingen; dass der G.-R. das Mass seiner Unwürdigkeit durch sein Privat-Circular, datirt London 5. März 1872, voll gemacht hat, in welchem er, sein Werk der Verleumdung und des Betruges fortsetzend, seine ganze Autoritätssucht enthüllt, namentlich in den beiden folgenden, beachtenswerthen Stellen: „Es dürfte schwer sein, Befehle auszuführen ohne moralische Autorität, in Ermangelung jeder anderen frei zugestandenen Autorität. Der G.-R. beabsichtigt auf dem nächsten Congress eine Untersuchung über jene geheime Organisation und ihre Führer in gewissen Ländern, z. B. in Spanien, zu verlangen." In Erwägung, dass der reactionäre Geist des G.-R. das revolutionäre Gefühl der Belgier, Franzosen, Spanier, Slaven, Italiener und eines Theiles der Schweiz empört und den Antrag auf Abschaffung des G.-R. wie auf Reform der allgemeinen Statuten hervorgerufen hat; dass der G.-R. nicht ohne Ursache den Congress nach dem von allen jenen revolutionären Ländern weit entfernten Haag berufen hat; in Erwägung alles dessen erklärt die Conferenz feierlich vor allen Arbeitern der Welt, dass





die italienische Föderation der I. A.-A. von diesem Augenblick ab jede Solidarität zwischen sich und dem Londoner G.-R. aufhebt, zugleich jedoch ihre ökonomische Solidarität mit allen Arbeitern versichert, und alle Sectionen, welche nicht die autoritären Principien des Generalraths theilen, auffordert, ihre Vertreter zum 2. September 1872 nicht nach dem Haag, sondern nach Neufchâtel (Schweiz) zu senden, um an demselben Tage den anti-autoritären allgemeinen Congress zu eröffnen."

Auf dem Haager Congress war Italien nicht, dagegen auf dem zu St. Imier 1872 durch Costa, Cafiero, Tanelli und Bakunin vertreten. Dass man hier einen Pact gegen die Marx'sche I. A.-A. schloss, ist schon erwähnt worden. Am 30. Mai 1873 erklärte der G.-R. dass „eine italienische Landes-Föderation nicht existire, da keine sich diesen Titel beilegende Organisation jemals die geringste von den Statuten und dem Verwaltungsreglement in Betreff der Zulassung und Aufnahme vorgeschriebene Bedingung erfüllt habe; es bestehen jedoch in verschiedenen Theilen Italiens Sectionen in ordnungsmässiger Beziehung zum Generalrath."

Am 15. März 1873 wollte man zu Mirandola einen Congress abhalten, aber die Polizei verhaftete Costa, Ceretti, Cafiero und löste die Section Mirandola auf. Die Delegirten versammelten sich nun im Geheimen am 15. bis 17. März in der Fabrica Manseroisi zu Bologna unter Zanardellis Präsidium Hier waren schon 153 Sectionen durch etwa 60 Delegirte vertreten. Die I. war also gewachsen. Nach dem von jenem Zanardelli herausgegebenen „Almanacco Socialista" für 1873 existirten Ende 1872 Sectionen in Girgenti, Grotte, Porto Empedocle, Sciacca, Trapani, Melfi, in Sicilien, in Neapel viele Gewerkschaften, in Aquila, Rom, Ravenna, Imola, Sinigaglia, Forli, Fano, Montelparo, Lugo, Mirandola, Ancona, Jesi, Fermo, Rimini, Massignano, S. Potito, Fusignano, Faenza, S. Giovanni in Persiceto, S. Arcangels, Macerata, Florenz, Siena, Empoli, Bologna, Pescia, Pistoja, Fiesole, Livorno, Mailand, Lecco, Lodi, eine Landarbeitersection zu Mantua; ferner zu Ferrara, drei Gewerkschaften in Venedig, endlich mehrere Sectionen in Genua und Turin. — Auf diesem Congress wurde wieder beschlossen, mit den Secessionisten gegen den G.-R zu gehen. Man organisirte sich. Eine Correspondance-Commission von 3 Mitgliedern der italienischen Föderation befindet sich zu Bologna; eine statistische von 3 Mitgliedern zu Florenz, eine Propaganda-Commission von 3 Mitgliedern zu Neapel. Eine „militärische Propaganda-Commission" soll Italien durchstreifen. Ein Journal und eine Bibliothek sollte geschaffen werden, ebenso regionale Föderationen, welche Correspondenz-Secretäre für Italien und für das Ausland haben sollen. Der Jahresbeitrag beträgt 5 Centimes. Ferner wurde beschlossen:

„Wenn eine Section durch Befehl der Behörde aufgelöst ist, soll sie weiter bestehen bleiben und kann unter anderem Namen wieder auftauchen.

Die Regierung liess Theilnehmer noch nachträglich verhaften und ihnen den Process machen, weil man Schriftstücke bei ihnen fand, die schlossen: „Gruss, Anarchie und sociale Liquidation."

Trotzdem breitete sich die I. aus. Im October 1873 wird berichtet, dass zu Perugia eine Propaganda-Commission für Umbrien und die Marken installirt sei und Sectionen gegründet habe in Macerata, Villa-Potenza, Ascoli, Capra, Marittima, Carassai, Ripateansone, Comunanca, Offida, Fermo und Sassoferrato. Diese Regionalen hielten im October 1873 einen Congress ab. Im November entstand eine Section zu Mazzara del Vallo auf Sicilien. Trotz aller Verfolgungen breitet sich also die I. aus. Marx aber scheint jede Verbindung mit Italien verloren zu haben. Das letzte Organ, welches zu ihm hielt, war „La Plebe,“ welches Enrico Begnami 1872 zu Lodi herausgab, bis es unterdrückt wurde.

Im Jahre 1874 konnte — bis Juli wenigstens — wegen der Verfolgungen kein Congress gehalten werden. Auf dem von 1873 zu Bologna war nochmals das Bakuninische Programm voll und ganz zur Geltung gekommen, und da hiernach die I. in Italien, wie sie zur Zeit ist, beurtheilt werden muss, so gebe ich noch eine Stelle aus der von Costa verfassten Einladung:

„Die heutige Lage der italienischen Internationale, die Aufgabe der Föderation ist zu discutiren. Die grosse Bedeutung dieses Congresses, das neue Leben, welches die Beschlüsse zu St. Imier, zu Brüssel und zu Cordova der europäischen Internationale gegeben haben, Alles das zwingt die Sectionen und Föderationen, einen Solidaritätsbund zu schliessen, um die gesunde Bewegung der Conferenz zu Rimini zu fördern und die freie Föderation der arbeitenden Klassen in der Anarchie und dem Collectivismus zu fördern. Ueber die Folgen der Beschlüsse sagt die „Giustizia“, dass zwischen der Föderation der italienischen Arbeiter und der Autorität ein ewiger Krieg, ein Krieg bis zum Tode ausgebrochen ist, dass die Anarchie für sie das einzige Mittel zur Verwirklichung der socialen Revolution sei.“

Wir kommen nun zu der Thätigkeit der Katholiken. Noch existirt keine christlich-sociale Partei in Italien, allein sie scheint im Entstehen und zeigen sich bereits Spuren derselben.

Im Jahre 1867 wurde der „Verein der katholischen Jugend“ vom Grafen Fani gestiftet.

„An der Spitze des damals ausgegebenen Programms steht die Devise des Vereins: „Gebet, Thätigkeit, Opfer.“ Das Programm nennt als Zweck der Freimaurerei, die jetzt ohne Scheu an die Oeffentlichkeit trete: die Vernichtung von Allem, was mit dem Uebernatürlichen zusammenhange, und bezeichnet als das wichtigste Mittel zu diesem Zwecke die Verderbniss der Jugend durch Presse, Universitäten, Lyceen, Theater und Gesetzgebung. „In Mitte eines so heftigen und teuflischen Kampfes,“ wird dann gefragt, „was sollen da namentlich die Jünglinge thun, in deren Brust noch ein Funke von Glaube glüht? Sollen sie träge, müssig theilnahmlos da stehen?... Bei Gott, nein! Die Gesellschaft, die Familie,... besonders aber die unsterblichen Seelen, die Sittlichkeit, die Religion fordern uns auf, endlich einmal aus dieser eiskalten Gleichgültigkeit aufzuwachen.“ ... Die Waffen in diesem Kampfe sind „Gebet, Thätigkeit, Opfer.“ — Die Statuten sprechen den Zweck des Vereins genauer aus: er will den Mitgliedern den Freimuth im Bekenntnisse und in Ausübung der katholischen Religion einflössen und im Volke die religiöse Gesinnung und die Unterwerfung unter den Stellvertreter Christi beleben. Die

Statuten bestimmen auch genauer die anzuwendenden Mittel: Hebung der kirchlichen Feierlichkeiten durch persönliche Theilnahme und durch Geldspenden zur Bestreitung der Auslagen, Einsammlung des Peterspfennigs, Förderung der religiösen Erziehung, Unterstützung der Presse. Die Glieder des Vereins scheiden sich in 1) blosse Theilnehmer (partecipanti), welche blos durch Zahlungen (monatlich wenigstens ½ Fr.) den Verein fördern; alle Altersklassen und Geschlechter können in diese Klasse eintreten — und 2) active Mitglieder, welche durch Handeln und Eingreifen die Zwecke des Vereins zu verwirklichen suchen; nur Jünglinge und zwar nur von erprobter Tüchtigkeit werden in diese Klasse aufgenommen; wenn sie monatlich auch noch einen Beitrag von 1 Franken zahlen, heissen sie zahlende active Mitglieder (soci attivi contribuenti). — Das Central-Comité besteht aus Präsident, Vicepräsident, 2 Sekretären und Schatzmeister. Die Mitglieder einer Stadt bilden einen Cirkel. Sowohl das Central-Comité als auch jeder Cirkel hat einen geistlichen Assistenten, der vom Bischofe aus den drei vom Central-Comité oder vom respectiven Cirkel Vorgeschlagenen ausgewählt wird. Jeder Cirkel hat alle 8 oder 14 Tage Sitzung, schickt dem Central-Comité Berichte und liefert in dessen Kasse $^1/_{16}$ seiner Einnahmen ab. Organ des Vereins ist die Zeitschrift „Eco della gioventù cattolica". Dieses Blatt hat eine ständige Kategorie „Besprechung der einzelnen Unternehmungen, deren Ausführung den Cirkeln empfohlen wird." Sie enthält Winke, praktisch an der Lösung der socialen Frage zu arbeiten. Es wird dort z. B. empfohlen der Vincenz-Verein, die Schule für die jungen Schornsteinfeger aus Tyrol und Savoyen etc. Die Cirkel sollen solche Vereine fördern und gründen. Die „Ch.-soc. Blätter" berichten, wie der Cirkel von Bologna den ersten christlich-socialen Arbeiterverein zu Bologna gründete, folgendermassen:

„Der in Bologna bestehende kath. Arbeiterverein führt den Namen: „Verein zur gegenseitigen Unterstützung derjenigen Kaufleute, Künstler und Arbeiter, welche den Sonntag heiligen." Die letzten Worte wiegen schwer. Durch sie zeigen die Gründer des Vereins, dass sie einen grossen Scharfblick besitzen, welcher eine der Hauptwurzeln des socialen Elends entdeckt hat, und dass sie von hohem Muthe beseelt sind, da sie unter solcher Fahne Arbeiter zu sammeln hoffen. Sie sagen in ihrem Aufrufe, was sie früher im „Eco" weiter ausgeführt hatten: „Sowie die Entheiligung des Sonntags, die so sehr überhand genommen in unsern Städten, ein Beweis des Sittenverderbnisses ist, welches in allen Klassen Wurzel fasst, so muss die Besserung der Sitten ausgehen von der Heiligung des Sonntags." Diese Tendenz ist der erste Vorzug dieses Vereins. — Ein zweiter Vorzug sind die grossen materiellen Vortheile, die er bietet. Er besteht nämlich aus 1) Ehrenmitgliedern, welche monatlich wenigstens 1 Fr. zahlen, aber nie Unterstützung beanspruchen; 2) effectiven (nutzniessenden) Mitgliedern, welche monatlich 5 Sgr. zahlen und während der Krankheit täglich 10 Sgr. Unterstützung empfangen, jedoch in jedem Jahre nur 3 Monate lang. Eintrittsgeld wird nicht verlangt. Die Zeit, welche vom Eintritte des Mitgliedes bis zum Beginne der Unterstützung verfliessen muss und contumacia heisst, ist in dem kath. Vereine in Bologna auf 4 Monate angesetzt. Nur durch den Beitritt von 200 Ehrenmitgliedern wurde es möglich, solche Vortheile den niedern Klassen zu bieten. Dieser Beitritt war am 20. Februar 1871 schon geschehen. — Aber woher dieser Verein in Bologna und all' das Gute, welches daraus entstanden? Der dortige Cirkel des Vereins der kath. Jünglinge beschliesst, einen Arbeiterverein in's Leben zu rufen, wählt deshalb aus seiner Mitte ein Gründungscomité, bestehend aus dem Marchese Alphons Malvezzi Cam-

peggi, andern hohen Personen und dem Secretär des Centralcomités, Rubbiani; dieses Gründungscomité versendet Circulare, in denen der Zweck und die Wichtigkeit des Vereins auseinandergesetzt werden und die Bitte an den Adressaten gestellt wird, sich als Ehrenmitglied zu unterzeichnen; 200 Personen geben durch ihren sofortigen Beitritt den Gründern ein werthvolles Vertrauensvotum und dem zu gründenden Vereine Bestand; die Gründer arbeiten die Statuten aus und wählen nach vollendeter Aufgabe ein specielles Präsidium. Am 8. Mai v. J., am Schutzfeste des h. Joseph, wurde in einer Pfarrkirche das Stiftungsfest begangen, und die „Unità cattolica" in Turin sprach im Namen des Vereins: „Von den kath. Arbeitervereinen wird wahrlich nie die Sicherheit der Staaten bedroht werden. Aus unsern Versammlungen wird nie der Ruf nach Anarchie ertönen, und nie wird man jene Arbeiter, welche den Sonntag heiligen, auf den Barrikaden sehen." Der Cirkel von Bologna hatte gezeigt, wie leicht die segensreichsten Einrichtungen geschaffen werden können, wenn nur einige Männer da sind, welche sich an die Spitze stellen, welche anregen, anwerben, eingreifen wollen. Nachdem das „Eco" die Arbeitervereine besprochen und die Statuten mitgetheilt, stand schon im Juni die Gründung solcher Vereine in den meisten andern Cirkeln auf der Tagesordnung. Es bestehen deren jetzt 1872 in Vicenza, Genua und Ascoli-Piceno etc. . . . Der Artikel, in welchem die Politik von den Verhandlungen ausgeschlossen wird, war wohl nothwendig, um denselben gegen die Gefahr einer polizeilichen Aufhebung zu sichern. Sollte nicht bald die kath. Partei in Italien so stark sein, dass eine solche ungerechte Auflösung nicht mehr zu befürchten ist und der Verein auch politisch eingreifen kann?"

Die politische Enthaltsamkeit scheint hiernach eine nicht ganz freiwillige zu sein.

Am 8. December 1871 gründete man in Rom einen Muster-Arbeiter-Verein. Die „Ch.-soc. Blätter" berichten:

„Unter den Schutz der unbefleckten Gottesmutter, des heiligen Joseph und des heiligen Lukas gestellt und durch päpstliches Breve vom 5. September 1871 als Primarassociation bestätigt, umfasst er Künstler, Handwerker und Arbeiter jeder Art, und nennt sich demgemäss Primaria associazione cattolica artistica ed operaja di carità reciproca (katholische Primarassociation für Künstler, Handwerker und Arbeiter zum Zweck gegenseitiger Hülfsleistungen). Der mehr detaillirte Zweck ist den Statuten zu Folge 1) Erhaltung des Glaubens und christlicher Sitte unter den Ständen, für welche der Verein geschaffen ist; 2) gegenseitiger Austausch der Ansichten und Erfahrungen zur Förderung der Kunst, des Handwerkes und überhaupt industrieller Beschäftigung; 3) Unterstützung in Krankheit und Nothfällen und Angesichts der heutigen Zustände speciell auch, so weit es möglich, Sorge für die christliche Erziehung der von verstorbenen Vereinsmitgliedern hinterlassenen armen Kinder. Der Verein zerfällt in 12 Abtheilungen oder grössere Cirkel, von denen beispielsweise der erste die schönen Künste, der zweite die den schönen verwandten Künste, der dritte den Ackerbau und die damit in directer Verbindung stehenden Industriezweige, der vierte die Handwerks- und Industriezweige für die Lieferung von Nahrungsstoffen, der fünfte Weberei, Spinnerei und einschlägige Arten, und so jeder Cirkel einen weiteren Kreis zusammengehöriger Zweige umfasst. Jede dieser Abtheilungen besteht aus mehreren Klassen, und die Klassen selbst werden wieder in einzelne Sectionen unterschieden. An der Spitze steht ein Präsident,

gegenwärtig Marchese Girolamo Cavalletti und ein aus den einzelnen Sectionen gewählter Verwaltungsrath (consiglio direttivo). In die Kasse fliessen ausser den Eintrittsgebühren von 1 Franc regelmässige Beiträge, die für Künstler und Meister 1¼ Francs monatlich und für die Uebrigen ¼ Franc wöchentlich betragen. Die Vereinsstatuten sind noch mehr allgemeiner Natur und darnach eingerichtet, durch Zusätze, die sich aus der fortschreitenden Erfahrung mit der Zeit als wünschenswerth zeigen, ergänzt zu werden. Auf diese Methode wird hier mit Recht grosses Gewicht gelegt und erst jüngst ist sie an der zu Anfang vorigen Jahres gebildeten società Romana pergli interessi cattolici erprobt worden. Da die Association vom hh. Stuhl als Primarassociation bestätigt und mit Ablässen bereichert ist, so darf man erwarten, dass sich die im übrigen Italien bereits bestehenden Vereine dieser Art anschliessen und dass unter dem Einfluss und dem Schutze dieses römischen Haupt- und Mustervereins die Bildung neuer Filialvereine in den Provinzen raschen Fortgang nehmen werde. So wird mit Hülfe Gottes doch ein guter Theil der arbeitenden Bevölkerung in der allgemeinen Sündfluth gerettet werden."

Neuerdings scheint man mit mehr Energie sich dieser Sache anzunehmen. Am 2. Oktober 1871 feierte der Rath des Vereins der kath. Jugend die 300jährige Feier des Sieges von Lepanto und fasste hier die Idee eines allgemeinen ital. Katholiken-Congresses. Derselbe wurde im Juni 1874 zu Venedig abgehalten. Auch die sociale Frage kam zur Sprache und einigte man sich über folgende Resolutionen:

„II. Section. C. Werke der christlichen Liebe.

I. Der Congress spricht den Wunsch aus: 1) Dass die Katholiken guten Willens sich behufs Gründung von Kinderspitälern in Einvernehmen setzen, wenigstens in den grösseren Städten, und erklärt, dass alle Diejenigen, welche sich für deren Errichtung ernstlich Mühe geben werden, sich um die Sittlichkeit und die menschliche Gesellschaft verdient machen. 2) Die Versammlung beschliesst, dass bei Gründung von Kinderspitälern als Grundsatz aufgestellt werde, vorzugsweise die mit chronischen und skrophulösen Krankheiten behafteten Kinder in dieselben aufzunehmen. 3) Die Versammlung beschliesst, die Katholiken solcher Ortschaften, wo es nicht möglich ist, ein Kinderspital zu gründen, aufzufordern, Alles ins Werk zu setzen, um von den localen Spitalverwaltungen zu erlangen, dass die kranken Kinder in abgesonderten und von denen der erwachsenen Kranken gänzlich getrennten Sälen behandelt werden.

II. Der Congress spricht den Wunsch aus: dass die Katholiken die Errichtung von Communal- oder je nach Umständen Consortialspitälern auf dem Lande zur bessern und leichtern Pflege der armen Landbewohner und zu deren religiösem Beistand in die Hand nehmen, zu welchem Zwecke sie sich auch mit denjenigen Landgemeinden verbinden könnten, welche die in ihren Haushalten für die Unterstützung hülfsbedürftiger kranker Gemeindeglieder ausgeworfenen Fonds dazu verwenden können.

III. Der Congress erklärt: 1) Der Verein des heiligen Vincenz von Paula ist das providentielle Werk, das vorzüglichste Werk unseres Jahrhunderts, weil es die Heilung der gefährlichsten Wunde (piaga) desselben zum Gegenstand hat, weshalb die Katholiken, und namentlich die katholischen Vereine sich durch Förderung und immer grössere Ausbreitung dieses Werkes um die Kirche und die bürgerliche Gesellschaft sehr verdient machen werden. 2) An jedem Orte, wo drei Katholiken guten Willens zu finden sind, die geneigt sind, sich mit einander zu vereinigen,

ist die Gründung einer Conferenz des heiligen Vincenz von Paula möglich. 3) Da es in Italien keine Gemeinde giebt, in der diese Elemente nicht zu finden sind, so können allerorts Conferenzen vom heiligen Vincenz von Paula gegründet werden. Deshalb spricht die Versammlung den Wunsch aus, dass in jeder Ortschaft die Katholiken guten Willens und besonders die katholischen Vereine die erforderlichen Massregeln treffen, um neue Conferenzen zu gründen und die bereits bestehenden zu erweitern.

IV. Der Congress erklärt: Der Frauenverein des heiligen Vincenz von Paula und der Verein der Damen von der Barmherzigkeit sind äusserst zweckmässige und geeignete Werke, um die gegenwärtigen socialen Uebel zu lindern, und fordert deshalb die katholischen Frauen Italiens auf, wenigstens in den Städten das eine oder andere der besagten Werke zu begründen und durch ihren Beitritt und ihre thätige Mitwirkung zu deren Ausbreitung beizutragen, und spricht den Wunsch aus, dass auch in Italien, nach dem Beispiel Belgiens und Frankreichs, diese wohlthätigen und heilsamen Werke zu reichlicher Blüthe und fruchtbarer Verbreitung gelangen.

V. Der Congress spricht den Wunsch aus: Dass die wahrhaft den katholischen Grundsätzen gemäss eingerichteten und geleiteten Wohlthätigkeitsanstalten von den Katholiken begünstigt, unterstützt und beschützt werden, und dass an solchen Orten, wo dergleichen Anstalten fehlen, die Katholiken für Errichtung derselben Sorge tragen, wobei er besonders die landwirthschaftlich-industriellen Anstalten empfiehlt.

VI. Der Congress spricht den Wunsch aus: 1) Dass das in Genua begründete fromme Werk des nächtlichen Beistandes der Kranken in ihren Wohnungen in allen grösseren Städten verbreitet werde, ja nach Umständen entweder als ein specielles Werk der bereits bestehenden Wohlthätigkeitsvereine, oder als ein an und für sich selbstständiges Werk. 2) Dass Häuser oder Hospicien der heiligen Zita (für dienstlose Mägde), wie sie bereits in Rom, Lucca, Genua und an anderen Orten blühen, in allen grösseren Städten und volkreichen Ortschaften errichtet werden, und ladet die katholischen Frauenvereine guten Willens ein, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Gründung desselben beizutragen. 3) Die Versammlung ladet die den beiden genannten Werken angehörenden Katholiken, und besonders die Vorstände derselben ein, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen, deren wohlthätige Wirksamkeit auch auf die kranken Reisenden auszudehnen.

VII. Der Congress spricht den Wunsch aus: 1) Dass katholische Arbeitervereine behufs gegenseitiger Unterstützung nach Möglichkeit begründet und gefördert und nach dem Muster der alten Innungen eingerichtet werden, wobei dafür zu sorgen ist, dass das religiöse Element in ihnen vorherrsche und dass sie die christliche Nächstenliebe zur Grundlage haben. 2) Dass die in Italien zu errichtenden Arbeiterunterstützungsvereine vorzugsweise den Namen „katholische Handwerker- und Arbeitervereine der gegenseitigen Liebe“ annehmen und sich dem römischen Primärverein anschliessen.

VIII. Der Congress spricht den Wunsch aus: 1) Dass die grösstmöglichste Sorgfalt darauf verwandt werde, auf dass den Landbevölkerungen der Glaube an Gott, die Einfachheit der Sitten und die Liebe zum Ackerbauleben erhalten bleibe. 2) Er erhebt Einsprache gegen die auf den Ackerbau angewandte Wucherspeculation, gegen die Unmässigkeit gewisser Verpachtungssysteme, gegen jene Aeusserung des Egoismus, welche bei diesen Verträgen nicht in Betracht zieht, dass auf jenen Ländereien die Arbeiterfamilien als Menschen und als katholische Christen leben

müssen. 3) Er legt den Grundbesitzern eine strenge Aufsicht über ihre Verwalter und Gutspächter ans Herz, und empfiehlt ihnen bei der Wahl derselben besonders auf deren sittliche Eigenschaften zu achten. 4) Er erklärt als höchst zweckmässig und spricht den Wunsch aus, dass in den begüterten Familien bei der Erziehung der jungen Erben ein besonderes Augenmerk auf alles das gerichtet werde, was ihnen Liebe zum Ackerbau und zur väterlichen und unmittelbaren Leitung der vielen ihnen von der Vorsehung anvertrauten Bauernfamilien einflössen kann". (Zum bessern Verständniss dieser Resolutionen für die deutschen Leser diene die Bemerkung, dass in Italien die Bauern noch durchgehends Halbwinner sind und manche Familien seit Jahrhunderten dasselbe Grundstück bebauen. Die Grossgrundbesitzer verpachten heut zu Tage nur zu häufig ihre Güter an Speculanten, durch deren übertriebene Gewinnsucht die armen Bauern ruinirt werden.) „5) Er erkennt als sehr nützlich die Gründung von Pfarrcomités oder von gegenseitigen Unterstützungsvereinen auf dem Lande, zu dem Zwecke, die Auswanderung der Landleute nach den Städten zu bekämpfen.

IX. Der Congress spricht den Wunsch aus: 1) Dass die Katholiken überall, wo es ihnen möglich ist, nach vorheriger Einholung der erforderlichen kirchlichen Dispens und Erlaubniss die Wahl als Mitglieder der officiellen Wohlthätigkeitscommissarien annehmen, denen das Gesetz die Verwaltung und Leitung der alten frommen Stiftungen übertragen hat, zu dem Zwecke diese ihren ursprünglichen Geist und ihrer Bestimmung zu erhalten. 2) Dass an denjenigen Orten, wo es den Katholiken einstweilen nicht möglich ist, an der Verwaltung und Leitung der alten frommen Stiftungen Theil zu nehmen, sie kein rechtmässiges Mittel vernachlässigen, um sich wenigstens einen mittelbaren Einfluss darauf zu bewahren, der in manchen Fällen hinreicht, um deren gänzliche Verschleuderung zu verhindern."

Diese Bewegung ist zu jung, als dass man sich über sie ein Urtheil schon erlauben dürfte. Indessen scheint es, als wolle in Italien die katholische Partei, welche sich bekanntlich bei den Wahlen nicht betheiligt, allmählich den politischen Boden betreten und da ist es sehr natürlich, wenn sie sich auf dem socialen orientirt. Uebrigens hinkt der ital. Klerus — ähnlich wie der der Schweiz — nur dem belgischen, französischen und deutschen nach, welche schon lange mit grossem Erfolg social organisiren und feste Fühlung mit einander halten. Sollte in Italien die kath. Partei in den social-politischen Kampf eintreten, so wird sie zwar eine Gegnerin sowohl der Partei Mazzini-Garibaldi, wie der Bakunins sein, aber jedenfalls das liberale Regiment Victor Emanuels eben so heftig bekämpfen wie jene Beiden.

Für jetzt scheint es, als näherte sich Garibaldi überhaupt Bakunin und als gingen viele ehedem Mazzini'sche Vereine zur I. über, welche sich trotz aller Verfolgungen fest zu organisiren scheint.

Sehr förderlich ist dem radicalen Socialismus hier der ausserordentliche Nothstand.

Italien ist gleich allen Culturländern schwer von der gegenwärtigen Handelskrise betroffen, der Nothstand ist aber zugleich eine ernste Lehre für das Volk geworden, denn gerade jetzt neigen sich die italienischen Arbeiter entschieden dem Socialismus zu.

Die Krise, sowie die in Folge der vorjährigen mangelhaften Ernte eingetretene Theuerung hatten bereits in mehreren Städten Italiens Arbeiterversammlungen zur Besprechung des Nothstandes veranlasst. So geschah es neuerdings in Rom.

„Am 10. März 1874 fand hier ein Meeting statt und obgleich es durch Anschläge nicht angezeigt werden durfte, so fanden sich über dreitausend Personen dazu ein. Alle Plätze waren besetzt, alle Journale hatten ihre Berichterstatter geschickt. Der Oberst Cauci Malara, unterstützt von Luciani, führte den Vorsitz. Etwa zwölf Redner liessen sich vernehmen, und es waren wahrlich nicht bloss leere Worte, welche über die gegenwärtige Krisis der Theuerung gesprochen wurden. Einen Vorschlag Materazzi's, eine Petition an das Parlament zu richten, wies — die Versammlung mit Hohn und Gelächter ab. Dagegen wurde einstimmig der folgende Antrag Luciani's angenommen, den drei Municipalräthen Cairoli, Agneni und Costa als nothwendige Bedürfnisse der Bürgerschaft zu bezeichnen: unverzügliche Construction von Märkten in den belebtesten Stadttheilen, ein System der öffentlichen Auction der Lebensmittel, Sparöfen und Sparküchen, in denen für 7 Soldi eine Portion Brod, Suppe, Fleisch gereicht werden soll, die Abtretung von fünf Klöstern, um jene Oefen und Küchen einzurichten. Die Ausgaben hierzu will Luciani damit ordnen, dass aus dem Gemeindebudget eine Reihe unnützer Ausgaben gestrichen werden, als da sind: Zuschuss für das Apollotheater 280000 Franken, Restauration desselben 86000 Franken, Fonds für unvorhergesehene Ausgaben 100000 Franken, ausserordentliche Unterstützungen, die gewöhnlich von Begünstigungen abhängen 135000 Franken, Repräsentation des Syndikus 10000 Franken, für öffentliche Feste, Feier des Statuts u. s. w. 54000 Franken, für den Carneval 10000 Franken, für andere unvorhergesehene Feste 15000 Franken, Ausgaben für Kirchhöfe, Cultus, Insertionen in Zeitungen u. s. w. 200000 Franken. So wies Luciani nach, dass das Municipium ohne Nachtheil eine Million ersparen und zum öffentlichen Besten verwenden könne. Parboni fragte, was das Volk thun werde, wenn das Municipium den Antrag nicht annehme? „Ich frage anstatt dessen," erwiderte Luciani, „was das Municipium thun wird, wenn es für die ökonomische Verbesserung des Volkszustandes so vortheilhafte Vorschläge nicht annimmt?" Beifall überschüttete den Redner."

An vielen Orten entstanden Aufläufe und Unruhen unter den Arbeitern wegen der Theuerung der Nahrungsmittel, so in Mantua, Rom, Toskana. Das Volk sucht dem Elend zu entfliehen. Die Auswanderung aus verschiedenen Provinzen des Königreichs, besonders den südlichen, hat im Jahre 1873 sehr zugenommen; allein über Genua begaben sich 26183 Emigranten nach Süd-Amerika.

Nicht nur fehlt Arbeit für viele industrielle Arbeiter, sondern die Löhne sind auch soweit herabgedrückt, dass z. B. ein Mitglied eines kath. Gesellenvereins aus Rom nach München — November 1873 — schrieb, der Lohn betrage 2—3 Lire und der nothdürftigste Lebensbedarf kostet 3 Lire täglich. Ein deutscher Arbeiter könne dabei nicht bestehen und er lebe nur durch Unterstützung des Gesellenvereins zu Rom. — Ein soc.-demok. Blatt sagt über den Zustand:

„Verschiedene Nachrichten aus Italien geben zur Reflexion einigen Grund, wenn man sie zusammen- und einander gegenüberstellt. Wir

hören da von Arbeitermanifestationen auf den verschiedensten Punkten des Königreiches. Was den Demonstrationen des Volkes noch ein besonderes Interesse leiht, ist das Verhalten, welches die Regierung denselben gegenüber an den Tag legt. Auf Mittel der Abhilfe zu sinnen, fällt den Regierenden gar nicht ein; sie suchen blos das Zustandekommen der grossen Volksversammlungen zu hindern und glauben so nach der Anschauung schlechter Aerzte mit der oberflächlichen Erscheinung auch die Ursache des Uebels entfernt zu haben. Zu gleicher Zeit, da uns die triste Lage der niedern Klassen geschildert wird, vernehmen wir, dass die Kammer dem Kriegsminister einen ausserordentlichen Credit von 9 Millionen für die Bekleidung der Armee bewilligt und den Entwurf über die neuen Befestigungsarbeiten angenommen habe. Für die Schulen hatte die Kammer kein Geld, für die Armee wirft sie Millionen aus. Dass dem so, daran ist nun freilich nicht Italien allein Schuld; die neuesten Kammerbeschlüsse sind nur das Symptom einer allgemeinen Krankheit. Ferner beschloss die Kammer, und verschiedene Municipalitäten thaten ein Gleiches, den König zum Jahrestage seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen. Festgelage und Illuminationen werden zu Ehren Victor Emanuel's veranstaltet, während dieser seinen kostbaren Jagd- und anderen Vergnügungen nachgeht. Was Alles geschieht, während Tausende ohne Arbeit sind und Hungernde die Bäckerjungen anfallen, um mit dem Raube ihr Leben zu fristen."

Ein anderes Blatt ähnlichen Schlages meldete September 1873:

„Welche Hanswurstereien die Regierungen aus Angst vor der Arbeiterbewegung verüben, illustrirt neuerdings das italienische Ministerium. Wie aus Rom berichtet wird, hat nämlich der Minister des Innern ein Circularschreiben an die Präfecten erlassen, in welchem er denselben Instructionen für den Fall von Arbeitseinstellungen ertheilt und befiehlt, „durch kluge Vorsichtsmassregeln und behutsames Eingreifen allen Anlässen zu Arbeitseinstellungen womöglich vorzubeugen," wenn aber solche dennoch ausbrechen sollten, „energisch für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen." Die meisten der Arbeitseinstellungen, belehrt der Herr Minister seine Untergebenen, seien „Kundgebungen der Umsturzpartei," und: „es bestätigt sich, dass der Hauptzweck des diesjährigen Congresses der Internationalen gerade darin besteht, eine allgemeine Arbeitseinstellung in allen Fabriken zu Stande zu bringen, wo die gefährliche Gesellschaft Wurzel gefasst hat." Das Rundschreiben empfiehlt die energische Anwendung der zur Aufrechthaltung der Gesetzlichkeit nothwendigen Massregeln. — Jeder, welcher nur eine Ahnung von den Ursachen und Wirkungen des Strikes hat, muss über die Allarmnachricht lachen. Denn ebensowenig, wie Strikes künstlich hervorgerufen werden können, ist es räthlich, wenn dort, wo Strikes wirklich erfolgen, alle Gewerke auf einmal striken und dadurch jedwede planmässige Unterstützung vereiteln. Die italienischen Internationalen werden sich vor solchen Ungeschicklichkeiten schon zu hüten wissen."

Jenes Schreiben lehrt, dass auch die italienische Regierung die Tendenzen der I. nicht kennt. Der allgemeine Strike gehört nicht zu ihren Programmartikeln, ist chartistischen Ursprungs und tauchte nur sporadisch hie und da wieder auf, wie 1873 in Barcelona und Belgien. Indess überrascht dies nicht, da auch die Behörden anderer Länder ebenso wenig von der soc. Bewegung wissen. Verwechselte doch Jules Favre stets Internationale und

Allianz. Der Magistrat von Nürnberg löste einen soc.-demok. Verein auf, „weil er unter Hasenklevers Präsidium stehe und der Internationale angehöre“, und der Polizeipräsident von Berlin löste 1874 im Juli sogar katholische Vereine in Berlin auf, — die garnicht existirten. Es scheint, der alte Oxenstirn hatte Recht mit seiner Lehre, die er dem angehenden, noch etwas schüchternen Staatsmanne ertheilte: Wissen ist nothwendiger als Strammheit — so lange, wie es geht. In Italien dürfte es nicht mehr allzu lange gehen. Der Boden unter Victor Emanuels Thron scheint mir sehr unterwühlt zu sein und angestammte Liebe zu seiner Dynastie kann er in rein annectirten Ländern nicht wohl voraussetzen. Die Masse des Volkes zu gewinnen hat er versäumt und der herrschende Capital-Liberalismus scheint das Land spanischen Zuständen entgegen zu führen.

Ich komme nun zur italienischen socialistischen Presse. Der Güte des Herrn Dr. Wito Cusumano danke ich eine schöne Sammlung von 15 derartigen Zeitschriften. Die übrigen kenne ich theils durch Bericht jenes Herrn, theils aus der französischen, belgischen und deutschen soc. Presse, namentlich aus einer Arbeit der „Christl. soc. Blätter“ und der „Revue chrétienne“ — leider beide veraltet.

Wir werden vom Norden zum Süden fortschreitend, die Blätter Revue passiren lassen. Solche, von denen ich genau weiss, dass sie eingegangen sind, bezeichne ich mit einem Kreuze. Socialistisch sind sie alle. Indess überwiegt bei den meisten die Politik, viele haben auch zweifellos etwas Figaristisches an sich, wie die Marx'sche Commission behauptet. Ich bezeichne sie so viel wie möglich als Garibaldinisch = Gr. Mazzinistisch = Mz. oder International = I. Vor den mir bekannten setze ich gl. = gelesen bei. In Turin erschienen: 1. † „Il Proletario von 1871—74. I. Red. Terzaghi. gl. Sein Titel trug den Zusatz „den Märtyrern des Elends gewidmet“, sein Programm ist die Verbreitung „kosmopolitischer Theorieen“, Gott ist ihm „der erste Feind des Volkes, der die Arbeit zur Niedrigkeit verurtheilt hat“, darum — leugnet er ihn. In einem Artikel über den „Collectivismus“, dies Lieblingswort der Bakuninisten, vom 15. März 1874 schreibt er: „Man associire die Menschen nicht durch das Capital, sondern als solidarisch verbundene Landleute und Industrielle, welche die grossen Instrumente der Arbeit und des Bodens besitzen, und man wird den Collectivismus und die soc. Liquidation ipso facto organisirt haben.“ Verteufelt einfach das!

2. † „La Discussione“, Revista del Socialismo intransigente, Gr. 1873; I. gl. wollte die soc. Liquidation, suchte aber zwischen Mazzini und Garibaldi zu vermitteln, hielt zu den Jurassiens. 3. „La Federazione“ Mz. 4. „L'avvenire del l'Opajo“ Mz. 5. „L'Anticristo“ extrem I. und atheistisch. In Mailand: 6. „La Lanterna“ 1 m. w., Red. Giuseppo Cozzi. Gr. 1872. I. gl. Wir leiden geduldig; der Dies irae wird für Alle kommen. 7. „La Liberta e Associazione“ Red. Brassio-Onis

8. „La Lega Rossa" I. 1 m. w. 9. „Il Gozzetino Rosa Hauptblatt der Partei Garibaldi's. 10. „Il Martello" I. In Lodi 11. „La Plebe" Republicano-Raziolista-Socialista. 3 m. w. Red. Pietro Malvazzi. Gr. 1868. I. gl. Sein Motto ist der Ausspruch Constolat's: „Die sogenannten Grossen erscheinen als solche nur, weil wir auf den Knieen liegen: stehen wir auf!" Es führt zugleich das republikanische Datum, z. B. neben 2. Februar 1872 — 14. piovoso (Regenmonat) 90, seine Principien sind die der Internationale. Redacteur ist H. Bignami, der Herausgeber eines republikanischen Kalenders. Wer nachweist, dass er einem der demokratischen Vereine in Italien angehört, hat nur 3 Francs im Jahre für die Kosten der Zusendung zu zahlen. War unter Bignami's Redaction 1872 noch Marxianer. In Pavia: 12. „La Canaglia" 1. m. w. Es gehört den extremen Internationalen und führt das bezeichnende Motto: „Die Natur hat den Steinen keine andere Flügel gegeben als die Hände der Canaille und keine andere Zielscheibe als die Stirn der »Ehrenmänner« (galantuomini)." In den speciell an die Arbeiter gerichteten Nachrichten werden die Abonnenten höflichst als canaglini angeredet. — 13. „La Liberta" 2 m. w. Gr. In Piacenza: 14. † „L'Avvenire Sociàle" Red. Crescio. Gr. 1873. I. In Cremona: 15. „Il Torvazzo" I. In Parma: 16. † „Il Miserabile" Gr. 1873. 1 m. w. Red. Vignali Bernardo. I. gl. 17. „Il Presente" Gr. 6 m. w. 18. „Il Romangolo" I. 1 m. w. In Venedig: 19. „Avanti" Gr.; nennt die Monarchie die verächtlichste aller Regierungsformen und Mazzini's Trennung von der I. unlogisch, gl. In Mantua: 20. „La Favilia" „Der Feuerfunke" Gr. 6 m. w. Red. Paride Suzzara Verdi. I. gl. In Genua: 21. „L'Unità Italiana" Mz. In Savona: 22. „Il Cittadino „Der Bürger" Gr. In Lucca: 23. „Il Cerchio" Mz. In Florenz: 24. † „Il Fascio Operajo" Periodico-Democratico-Sociale. 1 m. w. Red. Enrico Stanziani. Gr. 1873. I. Protestirt gegen die „Mazzini'schen Canones." gl. 25. „Il Libero Pensiero". Red. Stefonani. Gr. 1 m. w. 26. † „Satana" I. 27. † „Il Ladro" I. In Livorno: 28. † „Semperfoanti" Red. Vannucci. I. 29. „La Fana" I., soll ab Juli 1874 erscheinen. In Siena: 30. † „Il Risveglio" „Der Wecker." Motto: „La terra è di chi la lavorno." 1 m. w. Gr. 1873. Red. Natab Pucci I. Seine Hoffnung auf soc. Revolution und Beseitigung aller Autorität sollte er bei Lebzeiten nicht verwirklicht sehen. In Grossetto: 31. „Il Risveglio" Gr. In Ferrara: 32. † „Il Petrolio" I. In Lugo: 33. „Il Lavoro" 2 m. w. Mazzinistisch; fasst sein Programm in die Worte: Die Ausdehnung der Arbeit auf alle Klassen ist das Geheimniss der Zukunft." In Bologna: 34. † „Il Fascio Operajo" 1871—72. Organ jener Föderation der Romagna, welche die Congresse zu Rimini und Bologna abhielt. I. gl. 35. „L'Alleanza" Mz. In Ravenna: 36. „Il Romangolo" In Forli: 37. „La Rivoluzione" Mz. In Pesario: 38. „Il Popolona" I. In Fano: 39. „Il Communardo" I. In Ancona: 40. „Luzifero" I. In Aquila: 41. „La giovane

Demokrazia“ Gr. 1 m. w. In Rom: 42 † „La Voce del l'Operajo“ Gr. 1872. 1 m. w. Red. Giovanni Buzzi. Die Emancipation der Arbeit ist nur möglich durch eigene Kraft und föderative Organisation derselben. gl. 43. „L'Emancipazione“ 1 m. w. Gr. 1872. Red. Sivo Fava und Castiglioni. Organ der Fratellate. Seine Redacteure werden als talentvolle und fleissige Leute gerühmt. Ist das officielle Organ jenes Mazzinistischen Bundes. 44. „Ciceroacchio il Tribuno.“ 45. „La Roma del Popolo“ Mazzini's Hauptorgan, von seinem Vertrauten Patroni redigirt. 1 m. w. 46. „Capitale“ Mz. 1 m. w. 47. „Italia Nuova“ Mz. 48. „Il Pensiero“ Mz. 49. „Tribuno“ Mz. 50. „Spartaco“ Gr. In Neapel: 51. „Il Masaniello“ I. 52. † „Libertà e Lavoro“ I. 1868. 53. † „La Campana“ „Die Sturmglocke.“ 1870—71. Communistisch-anarchisch. 54 „Il Motto d'Ordine“ erschien 1872. Tendenz ist I. 55. „Il Popolo d'Italia“ Mz. 56. † „La Fratellanza“ Organ der Central-Section der I. Gr. 1869. 57. „L'Internazionale“ I. In Tarent: 58. „Il Tara“ Mz. 1 m. w. In Catanzaro: 59. „Il Mongibello.“ In Giavvi: 60. „Il Vesuvio.“ In Lentini: 61. „La Voce del Popolo.“ In Palermo: 62. † „Il Povero“ 1 m. w. Gr. 1873. Gute Redaction von Ingegueros, La Posta, Curatolo, Rap. Eine der besten soc. Zeitungen. Abonnentenzahl 3000. Soll nächstens wieder erscheinen. I. In Messina: 63. †. „Fale e Avvenire“ Motto: „Gott will keinen König. Sam. 3. Gott und Volk. Mazzini“. 64. „L'Operajo veridico“ Mz. 1 m. w. 65. „L'Operajo“ Motto: „Gott, Liebe, Tugend, Fortschritt, Freiheit, Gerechtigkeit.“ Mz. 66. „Unione e Dovere“ „Vereinigung und Pflicht“. Officielles Organ eines gleichnamigen Arbeiter-Vereins. Motto: „Denken und Handeln. — Gott und Volk“. Mz. In Aci Reale: 67. „Il Cittadino“ „Der Bürger.“ 1 m. w. Mz. In Catania: 68. „La Democrazia.“ 69. „La Sveglia“ „Der Wecker.“ Mz. 1 m. w. 70. „L'Operajo Italiano“ 1 m. w. Gr. In Voto: 71. „Il Progresso“ Mz. In Modica: 72. „Vita Nuova“ Gr. In Girgenti: 73 † “L'Equaglianza“ I. 74. „La Guistizia“ 2 m. monatl. Red Carmello Palamenghi. Gr. 1872. I. „Die Socialisten sind keine Menschenfresser ... Wir wollen nur Freiheit und Solidarität ... Wir sind die Menge, denn mit der Menge leiden und hoffen wir. Zu Trapani: 75. „L'Alba“ I. Ausser diesen Zeitschriften dient noch der 76. „Almanacco Socialista“ von Tito Zanardelli zu Neapel seit 1873 erscheinend, international. Tendenz dem Socialismus.

Die Katholiken haben noch keine soc. Presse, doch soll sich die „Voce della verità“ auch zuweilen mit soc. Fragen beschäftigen. Ich habe in der französischen „Chronique Religieuse“, die zu Rom erscheint als Wochenschrift, zuweilen Nachrichten über die soc. Thätigkeit der Katholiken geschöpft, die erst im Beginnen ist.

# Belgien.

Belgien ist ein sehr reiches Land, dessen Wohlstand sich ausserordentlich gehoben hat, weil das Wachsthum desselben durch Lage, natürliche Hülfsquellen, Gunst der politischen Situation als neutraler Staat und die gepflegte Industrie gefördert wurde. Trotzdem haben wir hier eine sehr bedrohliche Arbeiterbewegung, die ihren Hauptgrund in der schlechten materiellen Lage derselben hat. Vielleicht ist in keinem Lande das Missverhältniss zwischen dem Wachsen des National-Reichthums und der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen ein so schneidendes als in Belgien.

Die Fortschrittspartei wollte bekanntlich in Deutschland den Arbeitern weissmachen, das hohe Militärbudget verhindere die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Nun, Deutschland zahlte 1873 für das Militär pro Kopf seiner Bevölkerung $8,_{5}$, Belgien nur $5,_{8}$ Mark. Danach müsste, wenn jene Behauptung richtig und beide Länder gleich reich wären, der belgische Arbeiter sich besser stehen als der deutsche, was aber nicht der Fall ist. Wie viel reicher aber Belgien ist als Deutschland geht daraus hervor, dass die Einfuhr 1872 betrug resp. 1890 und 1020, die Ausfuhr 1770 und 811 Mark; Ein- und Ausfuhr zusammen in Deutschland 3660, pro Kopf der Bevölkerung 90, in Belgien in Summa 1831, pro Kopf 366 Mark. Die schnelle Steigerung des National-Reichthums geht daraus hervor, dass die Ausfuhr betrug 1840 nur 140, ferner durchschnittlich 1856—60 = 409, 1861—65 = 537, 1866—70 = 655, 1870 = 690, 1871 = 888 Millionen Francs. Die Einnahmen aus dem Ackerbau betrugen 1870 = 800, 1820 nur 450 Millionen Francs.

Trotz so enorm gestiegenen National-Reichthums lesen wir traurige Berichte über die Lage der Arbeiter.

Karl Marx führt an:

„Im Durchschnitt zählt die Familie vier Kinder, also mit Vater und Mutter sechs Personen. Von diesen sechs Personen können vier nützlich beschäftigt werden, wenn Krankheit und dergleichen (Geschäftskrisis) nicht dazwischen kommt. Unter diesen Umständen sind folgendes die Familien-Hülfsquellen auf ihrem Maximalgrad:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Der Vater | 300 Tage | à 1,65 Frcs., | pro Jahr | 468 Frcs. |
| Die Mutter | „ „ | à 0,89 „ | „ „ | 267 „ |
| Der älteste Junge | „ „ | à 0,56 „ | „ „ | .168 „ |
| Die älteste Tochter | „ „ | à 0,55 „ | „ „ | 165 „ |
| | | | Summa: | 1068 Frcs. |

Die Jahresausgabe der Familie und ihr Deficit würden sich erheben, falls der Arbeiter die Nahrung hätte

| | | | |
|---|---|---|---|
| des Seesoldaten | auf 1828 Frcs. | Deficit | 760 Frcs. |
| des Soldaten | „ 1473 „ | „ | 405 „ |
| des Gefangenen | „ 1112 „ | „ | 44 „ |

Marx sagt weiter:

Ganz Belgien zählt 930000 Familien, davon, nach officieller Statistik: 90000 Reiche (Wähler), 450000 Personen; 190000 Familien der kleinen Mittelklasse, grosser Theil davon stets ins Proletariat fallend, 1950000 Personen. Endlich 450000 Arbeiter-Familien mit 2250000 Personen, darunter über 200000 auf der Armenliste.

Nach Duepétiaux' officieller Statistik von 1855 theilt ein Blatt Folgendes mit:

„Die einigermassen gut situirten Arbeiter der Industrie umfassen 5,67 pCt. Etwa dreiviertel sind vollkommen elend. Wird die ganze Arbeiterbevölkerung zu einer Million Seelen angenommen, so trifft dieses Loos 750000 menschliche Wesen. Philanthropische Aerzte, welche die Hände über all dieses Elend ringen, wissen nicht zu sagen, wo es schlimmer steht und zugeht, auf dem Lande oder in der Stadt. Die praktischen Bestätigungen über dies Elend fehlen auch nicht. Am 13. Januar 1855 erklärte Herr de Brouckére, erster Magistrat der Hauptstadt und sonst der unerbittliche Anwalt des absoluten Gehenlassens vor dem Stadtrathe Brüssels: „Der Lohn der Arbeiter sei seit 50 Jahren unverändert, stehe nicht mehr im Verhältniss zu den Bedürfnissen der Existenz. Die Zahl derer, welche zur öffentlichen Unterstützung ihre Zuflucht nehmen, gehe mit unerhörter Geschwindigkeit in die Höhe.“ Es handelte sich für den Brüsseler Stadtrath jedoch lediglich um die Salaire der Accordarbeiter zu städtischen Zwecken.“

Herr Duepétiaux sagt ferner:

„Ein starkes und fleissiges Ehepaar, mässig von Appetit, mit einer Tochter von 16 Jahren, die so viel erwirbt wie die Mutter mit einem zweiten Mädchen von 13 Jahren, das ein Drittel desselben Lohnes erwirbt, und zwei kleinen Kindern. — Diese Familie schliesst ihr Budget mit einem Jahresdeficit ab, welches den Kosten für Wohnung und Kleidung gleichkommt. Und das ist die Lage, welche 19 Zwanzigstel der flandrischen Bevölkerung mit neidischem Auge betrachten. Der höchst gegriffene Mittellohn in ganz Belgien beträgt 1 Fr. 56 Cent. für den Mann, 89 Cent. für die Frau, 56 Cent. für die Knaben, 55 Cent. für die Mädchen. Keine Krankheit darf das Abmartern unterbrechen, die Kinder dürfen nicht unterrichtet werden, von geistiger Anspannung keine Rede. Und dann fehlen der Familie noch 84 Frcs. 54 Cent. zum blossen Existiren. In den meisten Fällen stehen die Mittel der arbeitenden Klassen nicht im Verhältniss zu den wesentlichen Bedürfnissen; ihre Lage verschlimmert sich im Verhältniss der Preissteigerung der Lebensmittel, und wenn es nicht gelingt, das Gleichgewicht zwischen dem Lohn und den unumgänglichen Bedürf-

nissen herzustellen, so kann man sich auf eine ernsthafte Krise gefasst machen, deren Ausgang Niemand vorher zu sehen im Stande ist."

Das hat sich nun nicht wesentlich gebessert. Dauby sagt in seinem 1871 erschienenen Buch: „La Question Ouvrière en Belgique:"

„Der Lohn der Fabrikarbeiter erreicht durchschnittlich nicht 2 Frcs. pro Arbeitstag. Nach Abrechnung der Sonn- und Feiertage und solcher freiwilliger oder erzwungener Musse bleiben kaum 250 Arbeitstage = 500 Frcs., 42 Frcs. pro Monat, 11 Frcs. im Maximum pro Woche. Hat er beispielsweise Frau und drei Kinder, von denen ein oder das andere Familienglied etwas arbeitet, was einen Fr. pro Tag dem Budget zulegen mag, so haben wir für fünf Personen 16,50 Frcs. pro Woche. Dieser Durchschnitt ist niedriger bei vier, höher bei sechs untersuchten Familien. Wir lassen die Bergarbeiter fort, die drei bis vier Frcs. pro Tag verdienen, und andererseits die Weber, welche nicht einen Fr. und die Spitzenarbeiter, die nicht 50 Centimes verdienen."

Dieser Einnahme setzt Dauby folgende Ausgabe gegenüber:

| | Gewöhnliche, Zeit. | theure Zeit. |
|---|---|---|
| Brod 2 Kil. 500 Gr. täglich | 5,25 | 8,75 |
| Kartoffeln 3 Kil. | 2,10 | 3,15 |
| Kaffee, Getränke | 2,00 | 2,50 |
| Gemüse | 2,00 | 2,50 |
| Butter, Fett | 1,00 | 1,50 |
| Kleidung, Schuhe | 2,00 | 2,00 |
| Wäsche, Seife | 1,00 | 1,00 |
| Wohnung | 2,00 | 2,00 |
| Frcs.: | 17,35 | 23,40. |

„Wir sprechen nicht von Bier, Fleisch, Zucker, stärkendem aber unzugänglichem Gewürz, woran nicht zu denken ist, und kommen doch zu unmöglichen Budgets. Vermindern wir die Familie um ein Kind, erhöhen wir den Lohn um ein Drittel, nehmen wir den Durchschnitt zwischen theurer und billiger Zeit, und wir kommen doch kaum zur Balance!"

Was wird bei Krankheiten, Arbeitsstockungen? Dauby sagt es: Hunger, Elend, das Hospital und der Armenfonds!

Der englische Consul Grattan berichtet an Earl Granville am 29. Mai 1872 aus Antwerpen:

„Die einfache Thatsache, dass der Preis der Lebensbedürfnisse derselbe in beiden Ländern (England und Belgien) ist, während der Lohn nahezu 50 pCt. höher in London ist als in Antwerpen, ist ein Umstand von erheblicher Bedeutung und kann nur dadurch ausgeglichen werden, dass die arbeitende Klasse in diesem Lande allgemein frugaler und ökonomischer lebt (als in England)."

Frauen- und Kinderarbeit wird fast überall nothwendig, damit die Leute existiren können. Die „Liberté" vom 6. April 1873 berichtet aus Verviers, dass daselbst die meisten Mädchen vom 14. bis 22. Jahre und die Hälfte der verheiratheten Frauen in den Fabriken arbeiten. Die Kinder werden, sogar von den religiösen Orden, schon früh zur Arbeit angehalten. Die Spitzenklöpplerschulen sind meist unter der Leitung dieser Orden.

In dem Bericht der Handelskammer von Limburg von 1868

heisst es, dass die Spitzenklöpplerschule von St. Troud von einer religiösen Corporation geleitet wurde. Die jungen Mädchen wurden mit sechs Jahren schon zur Arbeit angehalten. Nach dreijähriger Lehrzeit erhalten sie 15 Frcs. als Gratification. Sehr geschickte Arbeiterinnen gewinnen 15—16 Frcs. monatlich bei elfstündiger Arbeitszeit — von sieben bis sieben Uhr, mit einer Stunde Mittagspause. Kinder unter elf Jahren arbeiten sieben Stunden. Zu Weihnachten giebt es ein Geschenk an Kleidern von ca. fünf Frcs. Werth. Unterricht wird wöchentlich nur zwei Stunden lang ertheilt, so dass die Kinder fast nichts lernen.

So der officielle Bericht.

Diese Spitzenschulen werden zur Ausbeutung der kleinen Mädchen schwunghaft betrieben. Die „Liberté" berichtete im November 1872:

„In der Provinz Antwerpen arbeiteten 1860 bis 1200 Mädchen, die durchschnittlich jährlich 20 Frcs. erhielten und 40 Frcs. einbrachten. Im selben Jahre erarbeiteten 500 Kinder in Brabant für sich 3000 und für die Wohlthätigkeitsanstalten 38000 Frcs., so dass diese einen Nutzen von 70 Frcs. pro Kopf zogen. Im westlichen Flandern existirten 180 laische Manufacturen, 400 Schulen, davon 157 unter religiöser Leitung. Letztere beschäftigten gegen 30000 Schülerinnen mit einem Kostenaufwand von 150000 Frcs. und einem Nutzen von 2400000 Frcs. Ausgabe pro Kopf 5, Ertrag 75 Frcs. Im westlichen Flandern waren 200 laische Fabriken, 400 Schulen, wovon 200 unter religiöser Leitung. 15000 Schülerinnen kosteten 70000, brachten 1350000 Frcs. u. s. w."

Man sieht, dass diese sogenannten Wohlthätigkeitsanstalten erheblichen Nutzen daraus ziehen, dass sie Mädchen von sechs Jahren an sieben Stunden über den Spitzenrahmen gebeugt „erziehen" und ihnen dabei wöchentlich zwei Stunden Unterricht ertheilen.

Die Arbeitszeit dauert verschieden lange. Der genannte englische Consul berichtet, dass sie bis 13 und 14 Stunden zuweilen ausgedehnt würde. Auch über das Trucksystem wird geklagt und ist es beispielsweise August 1872 Ursache eines Strikes in Turnhout gewesen.

Dauby beklagt lebhaft die allgemeine Frauen- und Kinderarbeit: „An der Seite der Kinderarbeit, welche die der erwachsenen Arbeiter beschränkt und somit dem Haushalt keinen Zuwachs von Hülfsmitteln bringt, steht die der Frauen- fast in derselben Lage... Möchte man doch wenigstens die Frauen von der mühevollen und demoralisirenden Arbeit in den Bergwerken entfernen und man hätte schon enorm gewonnen." Er weist dann nach, dass auch in anderen Industriezweigen von Frauen schwere und ungesunde Arbeit verlangt wird.

Trotz allgemeiner Frauen- und Kinderarbeit wächst die Noth der Arbeiter derartig, dass Consul Grattan für 1871 die dem Armenfonds zur Last fallenden auf 7—800000 Personen schätzt, d. h. von 4900000 Einwohnern ist der sechste bis siebente Mensch ein Almosenempfänger. Die Unterstützung ist, wie derselbe Consul

klagt, unzureichend und beträgt in Antwerpen nur zwei Frcs. für den Unterstützten wöchentlich.

Trotzdem empfehlen Liberale wie Klerikale — den Arbeitern das Sparen!

Der Unterricht ist nicht obligatorisch und so kommt es, dass nach jenes Consuls Bericht im Jahre 1871 — nach Abzug der Kinder unter sieben Jahren — im ganzen Königreich nur 58 pCt. schreiben und lesen konnten. Das ist so ziemlich das russische Verhältniss!

Wir haben früher uns das „liberale“ Belgien als einen Spiegel vorhalten lassen müssen. Der „allgemeine Aufschwung,“ der „wachsende Nationalreichthum“ wurden als Folgen der Freiheit in Belgien gepriesen. Wir haben die Kehrseite gesehen: Der sechste Mensch ein Almosenempfänger, der zweite ein Unbelesener! Und obschon der König ganz ohnmächtig ist und beide Parteien, Liberale wie Klerikale, sowie sie die Majorität hatten, zur Herrschaft kommen lassen musste, so haben beide Parteien auch nicht das Geringste für die arbeitenden Klassen gethan.

Die „Liberté“ vom 26. Mai 1872 schrieb über die politischen Parteien Belgiens:

„Unter andern Lächerlichkeiten hatte Belgien diejenige, seit vierzig Jahren sein politisches Leben unter zwei gleich conservativen Parteien sich theilen zu sehen, die in allen wichtigen Fragen einig sind und sich vor dem Publicum nur etwas herumzanken, um sich hinter den Coulissen um so fester zu umarmen. Wir machen Niemand einen Vorwurf hieraus. Wenn die Dinge so vierzig Jahre gewährt haben, so lagen gewichtige Gründe dazu vor und der bedeutendste derselben war sicher die geistige Nullität und die ökonomische Gebrochenheit Alles dessen, was in Belgien nicht zur hohen Bourgeoisie gehört. Die katholische Partei konnte sich mehr unter den Rentnern des Landes rekrutiren, wie die Liberalen enger von der grossen Industrie und den Banquiers abhingen. Diese grossen, im Grunde identischen, ökonomischen Interessen beherrschten die parlamentarischen Streitigkeiten. Daher die Einheitlichkeit der belgischen Politik, welche man der Klugheit und Mässigung der Doctrinärs, welche gerade die Gewalt haben, zuzuschreiben pflegt. In Wahrheit haben Katholiken und Liberale, welche sich in der Herrschaft ablösten, weder die Einen noch die Anderen eine besondere Politik gehabt. Ihre Herrschaft ist seit vierzig Jahren eine Sinecure gewesen. Neutral und doch interessirt in Europa, mussten sie in Belgien nur den grossen conservativen Interessen gehorchen, welche an sich ihre Zielpunkte hatten, wussten, wohin sie steuerten und aus dem Staat ihren gehorsamen Diener machten. — Die grossen conservativen Interessen gingen auf zwei Dinge los: Erhaltung der Abhängigkeit der arbeitenden Klassen, von denen nichts weiter zu erlangen war, da man sie im Zustande der Sclaverei hielt und zweitens Vernichtung der kleinen Bourgeoisie, welche vor vierzig Jahren, obschon sehr unwissend, dennoch einigermassen unabhängig war und die man, an Händen und Füssen gebunden, der Bank, dem industriellen und Besitzmonopol definitiv unterwerfen musste. — Wenn die liberale Partei, Namens ihrer individuellen Freiheit, und die katholische Partei Namens der moralischen Gleichheit eine Politik gehabt hätten, hätten sie beide daran arbeiten müssen, dem übertriebenen Monopolgeist gewisse Schranken zu setzen. Es ist ersichtlich, dass die methodische Vernichtung der kleinen Bourgeoisie und

die Verschlimmerung der Lage der Arbeiter Keime des Aergernisses säete, dem einst unser ganzes ökonomisches und politisches Gebäude erliegen muss. Aber die Klugheit der Katholiken und die Mässigung der Doctrinärs wusste das Uebel nur zu überstürzen, indem sie den Staat ganz und gar, Menschen und Thiere, an den Triumphwagen des Grosscapitals fesselten und die Generationen und Klassen zermalmten, wie der Wagen des Jaggernaut. — Heute, und dank namentlich den letzten zwanzig Jahren, ist die grosse conservative klerikal-liberale Partei am Ziele angelangt und es ist nutzlos, es zu bestreiten. Das „Echo du Parlement“ ist von der gründlichen Ohnmacht der kleinen Bourgeoisie so überzeugt, dass es glaubt, die grossen conservativen Interessen könnten sich in Zukunft mit aller Kraft gegenüber den arbeitenden Klassen zusammenschliessen, jede Scheidewand zwischen ihnen könne niedergerissen werden. Und in Wahrheit hat sich der Progressismus so arm und schwach intellectuell und materiell bewiesen, dass das „Echo“ Recht hat. Es weiss wohl, dass eine solche Politik ihn zwingen wird, sich mit der katholischen Partei zu fusioniren und für immer seine Allianz mit der Kirche zu besiegeln, welche ihrerseits die Protectorin des industriellen wie des Rentencapitals geworden ist. . . . Es kann nicht bestreiten, dass die grossen conservativen Interessen, welche es vertritt, nur eine Aufgabe noch haben, nämlich sich zu conserviren, indem sie die Unterwürfigkeit des Proletariats aufrecht erhalten und ihren Sieg über die kleine Bourgeoisie ausnutzen. . . . Die kleine, aus Hass gegen das grosse katholische und liberale Capital progressistisch gewordene Bourgeoisie kann sich von seiner ökonomischen Vernichtung nicht einmal mehr politisch aufrichten. Erstens hat sie nur sehr unbestimmte Ideen und eine äusserst unvollständige Kenntniss ihrer wirklichen Lage, so dass sie sogar die Hülfe der (liberalen) Doctrinärs anruft, welche von ihr so weit entfernt ist, als die Katholiken. Ferner nimmt sie dem Arbeiterstande gegenüber eine ebenso feindselige Haltung an, wie die alten Revolutionäre selbst und träumt davon, eine freie Mittelpartei zu gründen. . . . Vom Liberalismus ausgestossen, weil derselbe ihre ökonomische Unabhängigkeit ruinirt und sie materiell unterworfen hat, ist sie unfähig, sich aufzurichten. . . . Ist Alles dies kein Beweis dafür, dass das Proletariat vor allen Dingen seine materielle Organisation vollenden muss, um seine ökonomische Unabhängigkeit zu erobern, worauf die politische Welt ihm von selbst zufallen wird? . . . Ist es nicht auch ein Beweis für die bereits vom Socialismus gewonnene Macht, dass die alten Parteien gezwungen werden, alle ihre Heuchelei zu vergessen, alle alte Politik zu verlassen, um sich gegen ihn zu coalisiren und zu verschanzen!“

Das socialistische Blatt hat die Situation richtig gezeichnet. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt vom 8. Februar einen Artikel mit folgendem Inhalt:

„Die wirkliche oder fingirte Unkenntniss der politischen Verhältnisse Belgiens, welche sich in den jüngsten Auf- und Abwiegelungsartikeln der „Nordd. Allg. Ztg.“ kundgab, bildete längere Zeit die Zielscheibe eines leichten, durch Vorsicht gezügelten Spottes der liberalen Blätter. Wenn man sich aber allen Ernstes in Berlin eingebildet haben sollte, es sei den belgischen „Liberalen“ schmeichelhaft und förderlich gewesen, dass man ihnen zutraute, sie würden, wenn am Ruder, die unangenehmen klerikalen Stimmen durch Knebel und Maulkorb gedämpft haben, so wäre man in einem sehr gröblichen Irrthum befangen. Ueber diese Frage muss ich mir einige Bemerkungen erlauben. Dieselben beziehen sich auf eine in der deutschen Presse wenig gewürdigte Frage. Kann man denn überhaupt

noch von den „Liberalen“ als eine einheitliche Partei sprechen? Weiss denn das Organ des Reichskanzlers gar nichts von der alltäglich in den belgischen Blättern breit getretenen „Scission“-Angelegenheit; hat es nicht bemerkt, dass die belgischen Doctrinäre von der Partei des „Echo du Parlement“ sich schon seit sehr geraumer Zeit von den radikaleren Anhängern der „Independance belge“ und verwandter Blätter getrennt haben? Ist ihm auch nicht die Taktik derjenigen klerikalen Fraction, aus welcher das gegenwärtige Ministerium gebildet wurde, bekannt, nämlich eine, dem Vorgehen der Doctrinäre ganz analoge Milderung des Parteistrebens, welche beiderseitige Mässigung (ohne solche Zwischenfälle wie die kürzlich erlebten und unter der Voraussetzung einer anderen Kirchenpolitik Deutschlands) sehr leicht zu einer Aenderung der Parteigruppirung in Belgien überhaupt hätte führen können? Die Doctrinäre und gemässigten Klerikalen hätten zusammen vielleicht bald eine conservative Partei gebildet mit dem Programm des Festhaltens an jenen Bestimmungen der belgischen Verfassung, welche die wenig besteuerten Belgier vom Wahlrecht ausschliesst. Die radikalere Seite der Liberalen hätte dagegen wohl eine Verfassungsrevision im Sinne des allgemeinen Wahlrechts auf ihre Fahne schreiben müssen, um sich neue Kräfte zuzuführen. Den Bakunisten, welchen der Ausschluss der Massen von den wichtigsten politischen Rechten zu gute kommt, wäre dadurch die rege Minirarbeit, die sie hier in aller Stille betreiben, etwas erschwert worden.“

Es ist richtig, dass beide Parteien gegenüber der arbeitenden Klasse von je her einig waren. Die Katholiken, welche hier in Deutschland vom Staat für die Arbeiter sogar Normalarbeitstag und Productivassociation mit Staatshülfe (Moufang) fordern, haben, so wenig wie die Liberalen in Belgien auch nur die ärmlichste Fabrikgesetzgebung zum Schutz von Frauen und Kindern eingeführt. Beide Parteien sind am Ruder gewesen, die Katholiken sind es seit 1870, und beide trifft die Schuld dieser Unterlassung.

Im Jahre 1843 wurde eine Commission niedergesetzt, um ein solches Gesetz zu berathen. Sie erstattete — 1848 ihren Bericht. Man wollte Kinder von 10 bis 14 Jahren nur 6½ Stunde arbeiten lassen, von 14 bis 18 Jahren 10½ Stunde und die Arbeit der Frauen im Innern der Bergwerke verbieten. — Der Entwurf wurde abgelehnt und bis heute existirt kein Fabrikinspectorat, keinerlei Arbeitsgesetz!

Natürlich muss dadurch der Klassenhass der Arbeiter um so mehr geschürt werden, als der hohe Census — das Wahlrecht ist an 42,32 Frcs. directe Steuerzahlung gebunden — sie vollständig vom politischen Recht ausschliesst.

Anfangs, 1866, als die I. A.-A. Boden in Belgien zu gewinnen anfing, agitirten ihre Anhänger für das allgemeine gleiche Wahlrecht. Die „Liberté,“ das bedeutendste Blatt der Partei, welches nach sechsjährigem Bestehen im Juli 1873 einging, vertrat bis zu seinem Ende die Idee der Repräsentation der Arbeit. Noch im April 1873 brachte es die Rede des Fürsten Starhemberg im österreichischen Herrenhause für Arbeiterkammern und empfahl sie warm der Beachtung der herrschenden Parteien. Seit dies Blatt

unterging, hat die Bakunin'sche Theorie der politischen Enthaltsamkeit definitiv den Sieg gewonnen. Dieser pessimistische Socialismus ist aber der schlimmste, denn sein Dogma ist, um es im einfachen Deutsch zu sagen: „Zuerst muss Alles verruinirt werden!“

Doch kommen wir hierauf zurück, nachdem wir die Entwickelung des Socialismus in Belgien geschildert.

Der Boden für den Socialismus war in Belgien schon von Frankreich aus gepflügt und vorgearbeitet. Im I. Bande habe ich auf die älteren belgischen Socialisten kurz hingewiesen. Nach 1848 nahm Proudhon daselbst seinen Aufenthalt und agitirte von dort aus, ohne dass indess seine Ideen, welche noch in der socialistischen Presse herumspuken, tief ins Volk gedrungen wären. Schon 1864 soll, nach Deuby, die I. mit den Führern der in Brüssel zum Congress versammelten Deputirten von ca. 500 Vereinen zur gegenseitigen Unterstützung angebunden haben, von denselben aber zurückgewiesen sein. Auf dem, namentlich von französischen Studenten besuchten, Studentencongress zu Lüttich im Jahre 1865 wurden sehr heftige Reden gegen die bestehende Ordnung gehalten und dadurch der Boden für die Wirksamkeit der I. vorbereitet. In diesem Sinne wirkte auch eine Gesellschaft bürgerlicher Revolutionäre, die verschiedene Namen hie und da führten und unseren volksparteilichen Demokraten vom Schlage Sonnemann's ähnlich sehen. Sie nannten sich „Solidarier,“ „Affranchis“ und setzen sich in den „Freidenkern“ von heute fort, die noch mit der Partei des Mirabeau kokettiren. Auch hier hat also die bürgerliche Demokratie mit dem Feuer gespielt.

Schon im Februar 1866 meldete der „Vorbote,“ dass seine Anhänger in Belgien ein Manifest erlassen hätten, indem sie das allgemeine gleiche Stimmrecht forderten; im April, dass man zu diesem Behufe Volksversammlungen veranstaltete. Bekanntlich ist aus der Wahlreform nichts geworden. Im December 1866 wird die Bildung einer Section in Lüttich gemeldet.

Im April 1867 fand wieder ein Studentencongress in Brüssel statt, auf dem der Internationale Dr. Fontaine einen Antrag durchbrachte, der die Nothwendigkeit der Verbrüderungs- und Emancipations-Bestrebungen der arbeitenden Klassen hervorhob. Als in den ersten Monaten des Jahres Arbeiter-Unruhen im Bassin von Charleroi ausbrachen, erliess die Brüsseler Section der I. A.-A. ein Manifest an diese Arbeiter, worin es hiess:

„Brüder! Kommt zu uns! Nehmt in Eurem Unglück die Bruderhand, welche die I. A.-A. Euch bietet, die, obzwar jung, schon mächtig und zahlreich ist; sie zählt ihre Mitglieder nach Hunderttausenden; sie hat ihre Verzweigungen überall“ etc.

Dies Manifest erschien im Journal „La Cigale.“

Nachdem die Arbeiter bei Montigny blutig zu Paaren getrieben waren, vermehrte die I. ihre Anstrengungen. Der Delegirte De Paepe berichtete auf dem Congress der I. zu Lausanne, dass die, zu Anfang des Jahres wenig zahlreiche belgische I. sich bereits

in brillanten Umständen befinde. Nach den Strikes habe sich eine gute Zahl von Vereinen angeschlossen an die Section Brüssel. Zu Gent unterhandelten 23 Vereine mit jener Section über den Anschluss, ebenso die Tischler zu Antwerpen.

Im Frühjahr 1869 fand wieder ein grosser Strike zu Charleroi statt. Die Arbeitgeber wollten den Lohn um 10, in Arsimont gar um 30 pCt. herabsetzen. Es kam zu Unruhen. Gendarmen und Soldaten schritten ein und das vergossene Blut düngte den jungen Baum der I. A.-A. Sie nahm die Angelegenheit der Kohlenarbeiter in die Hand, enthüllte in der Presse und in Versammlungen deren elende Lage, unterstützte die Familien der Gefallenen und Verwundeten und verschaffte den Gefangenen gerichtlichen Beistand. Letztere wurden von der Jury freigesprochen. Seitdem war ihr Erfolg in Belgien gesichert.

Auf dem Congress zu Brüssel, September 1868, berichtete der Delegirte Frère, dass sich zahlreiche Sectionen im Bassin von Charleroi gebildet hätten. In Brügge hatte sich eine Section gebildet; zu Verviers schlossen sich die seit 1867 bestehenden Francs-Ouvriers, 400 an Zahl, an und brachten der I. ihr Blatt, den noch bestehenden „Mirabeau,“ zu. Die schon eingegangene Section Lüttich entstand von Neuem. Der Delegirte der Section Antwerpen versicherte, die Arbeiter dürften, wenn ein Krieg ausbräche, nicht schiessen. Sogar eine Section von Landarbeitern aus Patignies, Provinz Namur, war vertreten.

Die Fortschritte der I. setzte das liberale belgische Cabinet in Schrecken. Der Justizminister Bara beantragte, die Ausnahmegesetze gegen den Aufenthalt von Fremden in Belgien, die man früher Louis Napoleon zu Gefallen gemacht, auf die I. anzuwenden und so den Congress derselben zu Brüssel unmöglich zu machen. Die Kammer ging nicht darauf ein und die Brüsseler Section erliess ein Schreiben an den Minister, worin es u. A. hiess:

„Herr Minister! Die Unterzeichneten kommen, um sich bei Ihnen für den grossen Dienst zu bedanken, welchen Sie ihrer Sache geleistet haben, indem Sie sich damit in der Kammersitzung befassten und somit die parlamentarischen Annalen zur Verbreitung unserer Grundsätze dienen lassen. — Sie verschmähen uns heute nicht mehr, wie es scheint. Lange haben Ihre Zeitungen die Fortschritte der Association im Lande mit Stillschweigen übergangen; dem Vogel Strauss ähnlich schlossen Sie die Augen zu, um der Gefahr zu entgehen. Heute halten Sie sich verpflichtet, uns als eine Kraft zu betrachten, Sie geben uns eine officielle Weihe und erkennen in Ihrer Stellung an, dass wir Ihnen eine Macht entgegensetzen... Doch es fällt Ihnen schwer, einzugestehen, dass Sie und die Ihrigen in Belgien unpopulär sind, und wenn irgend ein Fremder kommt, unserer Association Beistand zu leisten, so beeilen Sie sich, ihm Alles, was da gemacht wird, in die Schuhe zu schieben.“

Nachdem nun noch die ministerielle Behauptung, als wären die Bestrebungen der belgischen Arbeiter von Aussen her inspirirt und geleitet, zurückgewiesen war, heisst es weiter:

„Sie begreifen, Herr Minister, dass wir uns ebensowenig von einem Manne, als von einem Fasse Wachholderschnapps bestimmen lassen. Wir

wissen sehr gut, durch uns selbst zu handeln, und das Verlangen nach Gerechtigkeit, welches in jedem ehrenhaften Gewissen existirt, bestimmt unsere Handlungen allein. Kaum gestern geboren, zählt unser Bund schon Tausende von Theilnehmern in unserem Lande; und wir Alle haben die gleiche Meinung, und wir Alle sind fest entschlossen, dem gemeinsamen Ziele entgegen zu schreiten: der Emancipation der Arbeit. Diese Lehren scheinen Ihnen unglaublich, Herr Minister; Sie vernehmen noch andere."

Nun ward dem Minister Näheres über die Bestrebungen der I. A.-A. mitgetheilt und ihm gerathen, sich in den Acten der Congresse noch genauere Auskunft zu verschaffen. Dann wurden ihm die Regierungssünden hingehalten und die Leichen der in Charleroi ohne Noth gemordeten Arbeiter, denen man statt Brod den Tod gegeben, vor die Seele geführt. Auch wurde der Strike als ein unzulängliches Mittel, die Lage des Arbeiters zu bessern, anerkannt, aber erklärt, dass es ein legitimes und das einzig der Arbeit übrig gebliebene sei, gegen die Ungebührlichkeit des Capitals zu protestiren.

„Jawohl," hiess es, „Herr Minister der „Gerechtigkeit," wir wollen die Gerechtigkeit, welche Sie verleugnen, triumphiren machen, ja, wir thun dies ohne Sie, trotz Ihnen und gegen Sie". . . .

Da die I. in der ganzen Welt Manifestationen gegen die blutigen Scenen in den belgischen Kohlenrevieren veranstaltete, ordnete die Regierung eine Enquête über die Lage der Arbeiter daselbst an, welche indess nicht zu legislativer Thätigkeit führte.

Im selben Jahre wurden deutsche Sectionen in Antwerpen und Brüssel gegründet. Auf dem Studentencongress zu Gent am 20. bis 24. December wurde der I. A.-A. unter Beifall von mehreren Rednern die wärmste Sympathie ausgedrückt und ein Bündniss gleichsam geschlossen zwischen der Arbeiterklasse und der studirenden Jugend. Es ist das nicht zu unterschätzen. Auch in Deutschland hat die studirende Jugend vielfach socialistische Ideen, freilich meist conservativ-sociale, hie und da auch kathedersocialistische. Wenn diese, jetzt gebildete Jugend uns regiert, werden sociale Reformen möglich sein, wo sie, wie in Belgien mit der I. fraternisirte, wird es die sociale Revolution sein.

Ende December 1868 hielt die belgische I. ihren ersten Congress ab und organisirte sich. Bis dahin hatte Section Brüssel als Centralsection fungirt. Nun wurde ein General-Rath von siebzehn Mitgliedern auf ein Jahr gewählt. Die Befugnisse desselben erstreckten sich auf die Propaganda und die Beziehungen zwischen den Sectionen unter sich und zu den auswärtigen; es fiel ihm auch die Redaction des damals gegründeten Journals „l'Internationale" zu. Dieser Rath ist dem belgischen Congress verantwortlich, der aus je einem Abgeordneten der Section besteht und jährlich zweimal sich versammelt.

Die Sectionen waren ferner nach industriellen Bassins verbündet. Solcher Föderationen gab es im Bassin Charleroi anfangs vier, die später auf zwei beschränkt wurden mit den Centren Gilly

und Dampremy; um Borinage mit dem Centrum Jemappe. So bildete Verviers das Centrum im Vesdrethal, Lüttich im eignen Bassin. Diese Sectionen halten Congresse, die einen monatlich, die anderen vierteljährlich. Jedes Centrum hat einen permanenten Bundesrath.

Ausserdem sind die Sectionen Brüssel, Lüttich, Gent, Antwerpen und Brügge zu Föderationen von Gewerbecorporationen organisirt. Ein Bundesrath, aus Abgeordneten der Arbeitervereine bestehend, steht dem verwaltenden Comité zur Seite.

Obwohl es jeder Section freisteht, sich in eigener Weise zu organisiren, so ist doch fast allgemein das demokratische Muster, welches die Brüsseler Section darbot, herrschend geworden. Da gibt's nicht allein keinen Präsidenten, sondern die Comité's haben keine weitere Bestimmung, als den Willen der Generalversammlung in Ausführung zu bringen. Alle Berathungen von den Gewerbscorporationen an bis zu dem General-Rath sind für die Mitglieder öffentlich. Die Comité's können durchaus keine Massregeln, keine Ausgaben vornehmen, die nicht in der Generalversammlung votirt wurden. Solche anti-autoritäre Organisation wurde beibehalten. Und da in Belgien die I. sich seit 1868 bereits als nationale, selbstständige Arbeiterpartei organisirt hatte, wurde es ihr leicht, 1872 Stellung zu den Gegnern des Marx'schen G.-R. zu nehmen, ohne sich zu desorganisiren, wie es in der Schweiz und in Spanien der Fall war. Die Zahl der Föderationen ist nur gewachsen.

Anfangs 1869 ging die Propaganda von Brüssel ganz regelmässig derart vor sich, dass die Agitatoren jeden Sonntag in den verschiedenen Orten des Landes Volksversammlungen abhielten, die gewöhnlich mit Gründung von Sectionen endeten. Schon wirkten für die I. die Journale „l'Internationale" zu Brüssel, „Le Mirabeau" zu Verviers, „La Liberté" zu Brüssel, „De Werker" zu Antwerpen, „Voornit" zu Brügge, „Le Dévoir" zu Lüttich. Die flämischen Blätter sollten namentlich der katholischen Geistlichkeit die Herrschaft über die Arbeiter streitig machen. Im December meldete der „Vorbote," dass eine lebhafte Propaganda auf die ländliche Arbeiterschaft gerichtet werde. Im Mai schon zählte man 64,000 Bundesmitglieder.

Abermals brach im April ein Strike in Serraing und im Borinage (bei Mons) aus. Ausgesendete Truppen wurden mit Steinwürfen empfangen und antworteten mit Gewehrsalven. Bei allen Mitgliedern des G.-R. wurden Haussuchungen gehalten, der Generalsecretär Hins verhaftet und mit ihm andere Agitatoren, doch bald wieder entlassen.

Der belgische G.-R. erliess nun ein Manifest, worin er die Arbeiter vorläufig zur Ruhe ermahnte, da ihre Brüder in anderen Theilen des Landes noch nicht die Nothwendigkeit erkannt hätten, ihre Ketten zu brechen. Wenn „alle Kräfte der Arbeiter (der ganzen Welt in der I. A.-A) vereinigt sein werden und belehrt über das, was sie zu thun haben, an dem Tage werden die Arbeiter gleichzeitig in allen Theilen der Welt ihre Stimmen hören

lassen, welche die Ungleichheit aufheben und die Gerechtigkeit inauguriren wird. An dem Tage, Kameraden, werden wir nicht mehr sagen: „Seid ruhig!" sondern „Vorwärts!"

In derselben Angelegenheit erliess der G.-R. von London ein Manifest an alle Mitglieder der I. A.-A. Dieses lautet:

„In England vergeht kaum eine Woche ohne Strikes — und Strikes von einem grossartigen Charakter. Benützte die Regierung solche Gelegenheiten, ihre Soldaten gegen die Arbeiter loszulassen, so würde dieses Land der Strikes bald zum Land der Metzeleien werden — aber nicht einmal Wochen lang. Nach einigen derartigen Probestücken von brutaler Gewalt würde die derzeitige öffentliche Macht verschwinden. In den Vereinigten Staaten haben während der letzten Jahre ebenfalls die Strikes sich beständig vermehrt und erweitert, und zuweilen selbst einen ruhestörenden Charakter angenommen. Aber kein Blut ward vergossen. In einigen der grossen Militairstaaten des europäischen Continents kann die Aera der Strikes vor dem Schluss des amerikanischen Bürgerkrieges datirt werden. Aber auch hier ward kein Blut vergossen. Es giebt nur ein einziges kleines Ländchen in der civilisirten Welt, worin die Kriegsmacht dazu da ist, Metzlerin strikender Arbeiter zu sein, wo jeder Strike begierig und schadenfroh als Vorwand ergriffen wird, die Arbeiter officiell niederzumetzeln. Das so einzig beglückte Ländchen ist Belgien, der Musterstaat des festländischen Constitutionalismus, das behagliche, wohlumzäumte Paradies des Landherrn, des Capitalisten und des Pfaffen. Die Erde vollendet ihre jährliche Umwälzung nicht sicherer als die belgische Regierung ihre jährliche Arbeiter-Metzelei. Die diesjährige unterscheidet sich von der vorjährigen nur durch die gräulichere Anzahl der Schlachtopfer, die scheusslicheren Gräuelthaten einer sonst lächerlichen Soldateska, das lärmendere Frohlocken der Pfaffen- und Capitalisten-Presse und die unverschämtere Nichtigkeit des Vorwandes, welchen die staatsgewaltlichen Schlächter zum Vorschein bringen. Es ist jetzt constatirt, selbst durch die unbedachtsamer Weise veröffentlichten Berichte der Capitalisten-Presse, dass der ganz rechtmässige Strike der Schlämmer der Cockerill'schen Eisenwerke zu Seraing nur in eine Emeute verwandelt wurde durch die Cavallerie und Gendarmerie, die plötzlich auf den Platz geworfen wurden, um das Volk zu provociren. Vom 9. bis zum 12. April fielen diese muthigen Krieger nicht allein mit Säbeln und Bajonetten über wehrlose Arbeiter her — sie tödteten und verwundeten ohne Unterschied harmlos vorüberziehende Fussgänger, brachen gewaltsam in Privathäuser ein und belustigten sich sogar damit, wiederholt rasende Angriffe auf die in der Serainger Bahnstation eingesperrten Reisenden zu machen. Als diese Schreckenstage vorüber waren, erinnerte man sich, dass Herr Kamp, der Bürgermeister von Seraing, ein Agent der Cockerill'schen Eisenwerke, der Minister des Innern, ein gewisser Pirmez, der grösste Actionär einer benachbarten Kohlenmine, ebenfalls im Strike war, und dass Se. Kgl. Hoheit der Prinz von Flandern 15,000,000 Franken in den Cockerill'schen Gewerken angelegt hatte, daher der wahrhaft befremdende Schluss, die Metzelei von Seraing sei eine Art von Actiengesellschafts-Staatsstreich, klüglicher Weise ausgeheckt zwischen der Firma Cockerill und dem Minister des Innern zu dem einfachen Zwecke, ihre Untergebenen mit Furcht und Entsetzen zu erfüllen. Diese Verleumdung ward indessen bald mit Lügen gestraft durch die später sich ereignenden Vorfälle im Borinage, im Kohlendistrikt, bei welchen derselbe Minister, der berüchtigte Pirmez, nicht tonangebender Capitalist zu sein

scheint. In Folge eines fast allgemeinen Strikes wurden zahlreiche Truppen zusammengezogen, die zu Frameries ihren Feldzug mit einem Kleingewehrfeuer eröffneten, welches neun Knappen tödtete und zwanzig schwer verwundete. Nach diesem kleinen heldenmüthigen Vorspiel ward das Aufruhrgesetz komischer Weise „les sommations préalables“ genannt, verlesen und dann mit der Metzelei fortgefahren. Es giebt auch Politiker, die sich in den Kopf setzen, für diese unglaublichen Handlungen hochpatriotische Motive aufzufinden. Da man mit den Franzosen auf zartem Fusse stand, so war, sagten sie, der belgischen Regierung ihre Pflicht genau vorgeschrieben. Sie mussten ihnen um jeden Preis unbestreitbare Proben von dem Heroismus ihrer Armee geben. Zu diesem Behuf konnte der unwiderstehliche Ungestüm der belgischen Cavallerie zu Seraing und die zähe Tapferkeit der belgischen Infanterie zu Frameries vortrefflich dienen. Um dem Ausland Furcht einzujagen, gab's kein untrüglicheres Mittel, als diese grossen Schlachten ... die man nicht verlieren konnte; und diese Schlachtfelder, wo die Hunderte verstümmelter, getödteter oder gefangener Arbeiter ein eigenthümliches Licht auf die unverwundbaren Krieger warfen, deren keiner auf dem Platze blieb, oder auch nur ernstlich beschwert wurde. Ach! wir vergessen, dass ein Feldschütze, ebenfalls Repräsentant der Staatsgewalt, durch einen Schuss gefallen ist, oder doch beinahe gefallen wäre, der jedoch nicht von einem Strikenden herrührte, sondern von einem Manne des Heeres. Es giebt andere, ebenso politische Köpfe von entgegengesetzter Meinung, die geben uns zu verstehen, es sei wohl möglich, dass die belgischen Staatsmänner mit den Tuilerien im Einverständniss wären und nur deshalb von Zeit zu Zeit so grässliche Scenen bürgerlichen Krieges aufführen liessen, um Louis Bonaparte einen Vorwand zu geben, in Belgien ebenso, wie er in Frankreich gethan, die Gesellschaft zu retten. Aber hat man jemals den Ex-Gouverneur Eyre im Verdacht gehabt, er habe die Niedermetzelung der Neger auf Jamaica deshalb veranstaltet, um die Insel in die Hände der Yankee's zu bringen? Ohne Zweifel sind die belgischen Staatsmänner ebenso vortreffliche Patrioten, wie der Ex-Gouverneur Eyre. Wie Eyre das unbarmherzige Werkzeug der Pflanzer war, sind sie das unbarmherzige Werkzeug des Capitalisten. Der belgische Capitalist hat durch seine hochgesteigerte Liebe zur Freiheit der Arbeit grossen Ruf gewonnen. Er ist auf die Freiheit seiner Arbeiter, alle Stunden ihres Lebens, kein Alter oder Geschlecht ausgenommen, für ihn zu arbeiten, so eifersüchtig, dass er stets die Fabrikgesetze, welche die tägliche Arbeitszeit herabsetzen, mit Entrüstung von sich wies, obwohl sie in Ländern, die am meisten zurück sind, eingeführt wurde. Er zittert bei dem blossen Gedanken, dass ein gemeiner Arbeiter so verkehrt sein könne, nach einem höheren Geschick zu trachten, als dem, seinen Herrn, seinen natürlichen Vorgesetzten zu bereichern. Seinen Ansichten nach muss der Arbeiter nicht bloss stets ein Jammerleiden sein, mit Arbeit überladen bei niedrigstem Lohne, sondern er will ihn auch knechtisch haben, niedergeschlagen, demüthigen Herzens, kriechend vor seinem Herrn und Aufseher. Daher sein wilder Hass gegen die Strikes. Für ihn ist ein Strike einer Gotteslästerung gleich, die Empörung des Sclaven, das Signal zur socialen Sündfluth. Legt man nun in die Hände dieses zitternden Capitalisten, der aus Feigheit grausam ist, die ungetheilte, uncontrolirte, absolute Handhabung der öffentlichen Gewalten, wie es jetzt in Belgien der Fall ist, so staunt man nicht mehr, dass in diesem Lande der Säbel, das Bajonett und die Flinte gesetzlich und regelmässig als Maschinen dienen, um die Löhne herabzudrücken und den Geschäftsnutzen zu er-

höhen. Und, nach Allem, zu welchem andern irdischen Zweck könnte eine belgische Armee dienen. Als auf das Geheiss des officiellen Europa Belgien für ein neutrales Land erklärt wurde, hätte man so vielen gesunden Verstand haben sollen, ihm den kostspieligen Luxus einer Armee zu untersagen, ausgenommen vielleicht eine Handvoll dem königlichen Marionettenspiel unentbehrliche Paradesoldaten. Dennoch birgt Belgien innerhalb seiner 536 Quadratstunden-Erdoberfläche ein grösseres stehendes Heer, als Grossbrittannien und die Vereinigten Staaten. Der Felddienst dieser neutralisirten Armee wird fataler Weise nach ihren Razzias auf die Arbeiterklasse berechnet. Es ist leicht begreiflich, dass die Internationale Arbeiter-Association kein willkommener Gast in Belgien war. Von der Priesterschaft excommunicirt, von der Bürgerpresse verleumdet, gerieth sie bald in Streit mit der Regierung. Diese bot Alles auf, sie los zu werden dadurch, dass man sie verantwortlich zu machen suchte für die Strikes von Charleroi 1867 bis 1868 — Strikes, die nach belgischer Regel zu Metzeleien führen und zu gerichtlichen Verfolgungen. Die Association vereitelte nicht allein die Regierungskabale, sondern ihre thätige Einwirkung zeigte sich bei der Freisprechung der angeklagten Grubenleute, und folglich auch bei der Verurtheilung der belgischen Regierung durch ein belgisches Schwurgericht. Darauf zogen die Minister in der belgischen Abgeordnetenkammer gegen die Association los, und erklärten feierlich, sie würden nie die Versammlung eines allgemeinen Congresses zu Brüssel gestatten. Trotz dieser Drohung ist der Congress zu Brüssel gehalten worden. — Aber nach allem muss die I. endlich doch der Allmacht mit 2500 Quadratmeilen unterliegen. Ihre sträfliche Mitschuld an den neuerlichen Ereignissen ist ausser Zweifel. Die Emissäre des Centralcomités zu Brüssel und der anderen Localcomité's wurden auf frischer That betroffen. Erstlich haben sie ihr Möglichstes gethan, um die Aufregung der strikenden Arbeiter zu stillen, und sie vor den ihnen gelegten Schlingen zu warnen. An manchen Orten haben sie wirklich Blutvergiessen verhütet. Endlich haben diese beargwohnten Emissäre die seltsamen Ungeheuerlichkeiten der Vertheidiger der Ordnung auf der Stelle wahrgenommen, durch Zeugen beglaubigt, in die Protokolle niedergeschrieben und öffentlich an den Pranger gestellt. Durch die einfache Procedur ihrer Verhaftung hat die Regierung sie aus Anklägern in Angeklagte verwandelt. Hierauf drang man brutaler Weise in die Wohnungen des Centralcomité's, nahm alle ihre Correspondenzen weg und verhaftete einige „Anstifter“ unter dem Vorwurf einer „Association zum Zweck eines Angriffs auf Personen und Eigenthum!“ Kurz, man klagt sie an, der internationalen Arbeiterverbindung anzugehören! Gestachelt von den Capucinaden der Klerikalen und dem Geheul der Capitalisten-Presse, geht dieses Zwergregiment entschiedenen Schrittes darauf aus, nachdem es sich im Blut gebadet, sich im Lächerlichen zu ersäufen. — Das Centralcomité zu Brüssel hat bereits seinen Entschluss angekündigt, über das Blutbad zu Seraing und Borinage eine Untersuchung anzustellen und zu veröffentlichen. Wir unserer Seits werden ihre Enthüllungen in allen Ländern und in allen Sprachen in Umlauf bringen, um der ganzen Welt die Augen zu öffnen über die belgische Windbeutelei: „Um die Reise durch die Welt zu machen, braucht die Freiheit nicht ihren Weg durch unser Land, d. h. Belgien zu nehmen. — Die belgische Regierung schmeichelt sich vielleicht, weil sie nach den Revolutionen von 1848 und 1849 als Polizeiagent aller reactionären Regierungen eine Frist bekommen hat, sie könne ferner den drohenden Gefahren entgehen, wenn sie sich zum Gendarmen des Capitals wider die Arbeit mache. Sie mag ihre Selbsttäuschung aufgeben.

Während sie ihren Sturz verzögern will, wird sie ihn beschleunigen. Indem sie den belgischen Namen dem Fluche des Volkes in allen Ländern Preis giebt, ladet sie die Despoten Europa's ein, diesen verfluchten Namen von der Karte Europa's wegzutilgen. — Der Generalrath der internationalen Arbeiterverbindung bittet alle Mitglieder der Association in Europa und den Vereinigten Staaten, Collecten zu veranstalten, um die Leiden der Wittwen, Frauen und Kinder ihrer hingemordeten Brüder zu lindern, und zu einem Kostenbeitrag für die Vertheidigung ihrer verhafteten Brüder, sowie für die vom Centralrath zu Brüssel vorgeschlagene Untersuchung.

Im Namen des Generalraths der internationalen Arbeiterverbindung. R. Applegarth, Sitzungspräsident. — R. Shaw, Secretär für Amerika. — K. Marx, Secretär für Deutschland. — Bernard, Secretär für Belgien. — E. Dupont, Secretär für Frankreich. — J. Johannard, Secretär für Italien. A. Zabicki, Secretär für Polen. — H. Jung, Secretär für die Schweiz. — Cowell Stepney, Schatzmeister. — I. G. Eccarius, Secretär des Generalraths.

London, 4. Mai 1869. Bureau des Generalraths: 256 High Holborn. W. L. London."

Die I. der Welt antwortete auf dies Manifest. So die Herren Bracke und Lüdecke in Braunschweig am 3. Mai, die Arbeiter Lyons, das Bundescomité der romanischen Schweiz u. s. w. Auf dem Congress zu Basel 1869 spielte die belgische I. eine hervorragende Rolle. Die Section Brüssel erstattete Bericht über die Abschaffung des Erbrechts, der indess bei Testut nachgelesen werden mag und nicht allgemein interessant genug ist, um hier gedruckt zu werden. Am 31. October hielt die belgische I. wieder einen Jahrescongress ab, auf dem sie sich mit den Beschlüssen des Baseler Congresses einverstanden erklärte.

Das Jahr 1870 ging ohne Störung der Organisation hin. Die belgische I. erliess Proteste gegen den Krieg. Im Jahre 1871 sympathisirte sie natürlich mit der Commune. Am 5. Juni protestirte die belgische I. gegen die beabsichtigte Auslieferung der Communards, welche Dumortier in der II. Kammer beantragt hatte. Der Protest schloss:

„Der Congress der I. A.-A. protestirt auf das energischeste gegen die verleumderischen Imputationen und schlechten Aufreizungen des Herrn Dumortier; acclamirt feierlich die Commune von Paris, obzwar sie dermalen besiegt ist; anerkennt, dass sie sich um die ganze Menschheit wohl verdient gemacht hat und dass diejenigen, welche für sie gekämpft haben, ein Recht auf die Achtung und die Sympathien aller Menschen von Herz haben."

Ich habe schon im I. Bande gesagt, dass nach dem Fall der Commune die Romanen Misstrauen gegen Marx fassten. Dies geschah auch in Belgien. Obzwar auf der Conferenz der I. zu Baden September 1871 Belgien durch 6 Delegirte vertreten war, griff das Misstrauen gegen den G.-R. doch um sich, wohl geschürt durch Bakunin und dessen Anhänger, obschon hier die Alliance keine Organisation hatte. Das Circular, welches die Bakuninisten des Jura am 12. November 1871 zu Souvillier erliessen, erlangte in Belgien wohlwollende Aufnahme. Am 24.—26. December 1871 versammelte sich der belgische G.-R. Er versagte zwar seine Zustim-

mung einem allgemeinen Congress, fasste aber folgenden Beschluss:

„Der am 24. und 25. December im Congress versammelte Bund der belgischen Sectionen giebt in Anbetracht der täglich durch die reactionäre Presse ausgestreuten thörichten Verleumdungen, wonach die I. ein despotischer Verein sein soll, der einer allen seinen Mitgliedern auf hierarchischem Wege vorgeschriebenen Disciplin und einem von Oben kommenden Losungswort unterworfen sei; und in Erwägung, dass gerade im Gegentheil die I., indem sie gegen den Despotismus und die Centralisation auftritt, immer ihre Organisation in Uebereinstimmung mit ihren Principien setzen zu müssen geglaubt hat; hiermit ein für alle Mal die Erklärung ab: dass die I. nur eine Gruppirung von völlig selbstständigen Bünden ist und stets war; dass der G.-R. nur ein Mittelpunkt für Correspondenzen und für Aufschlüsse ist und stets war. Der belgische Bund fordert alle übrigen Sections-Bünde auf, eine gleiche Erklärung abzugeben, um alle Diejenigen zu Boden zu schmettern, welche uns als gefügige Werkzeuge in den Händen einiger weniger Männer ausgeben. In Anbetracht anderseits, dass die beim Entstehen der I. gemachten, auf jedem Congress etwas unmethodisch vervollständigten allgemeinen Statuten nicht scharf die Rechte der Bünde abgrenzen und der vorhandenen Thunlichkeit nicht gut entsprechen, wird erklärt: dass es an der Zeit ist, eine ernstliche Revision der Statuten vorzunehmen. Demgemäss beauftragt der Bund den belgischen Rath, einen Entwurf neuer Statuten abzufassen und denselben zu veröffentlichen, damit er in den Sectionen und später auf dem nächsten belgischen Congresse erörtert wird. Sobald als der Entwurf vom belgischen Bunde adoptirt ist, soll er dem nächsten internationalen Congresse unterbreitet werden. Zugleich fordert die belgische Föderation die anderen Sections-Bünde auf, das Nämliche zu thun, damit der nächste internationale Congress den endgültigen Bundesvertrag zum Abschlusse bringen kann."

Der Antrag, den G.-R. einfach abzuschaffen, wurde abgelehnt, und der Delegirte von Lodelinsat bemerkte, dass das Gefühl der Arbeitgeber das beste Kriterium für die Arbeiter sei. Wenn man nur die Freude sehe, welche schon der Gedanke einer Abschaffung des G.-R. bei den Arbeitgebern hervorrufe, dann könne man schon versichern, dass es unmöglich sei, „einen grösseren Fehler zu begehen, als indem man diese Abschaffung beschliesse."

Die Beschränkung des G.-R. in seinen Befugnissen war aber ein um so natürlicherer Wunsch, als der belgische G.-R., wie wir gesehen, eben auch nur einfache administrative Befugnisse hat und man dem G.-R. der I. A.-A. nicht mehr Macht einräumen mochte, als der nationale G.-R. besass.

Noch ist zu bemerken, dass Anfangs 1871 abermals ein Strike in und um Charleroi ausbrach, der aber ohne Blutvergiessen endete. Am 19.—20. Mai 1872 hielt die belgische I. einen Congress zu Brüssel ab, worin der vom vorigen Congress angeordnete neue Statutenentwurf für die I. mitgetheilt wurde. Er schaffte den G.-R. einfach ab. In der Motivirung der Commission hiess es:

„Niemand mehr als wir erweist den eminenten Fähigkeiten und der Aufopferung der Männer des G.-R. Achtung, aber es scheint uns, dass der G.-R., zu Anfang unerlässlich, heute keinen Grund zur Existenz mehr

hat. Ueberall sind nationale Föderationen gebildet oder in Aussicht genommen und sie können von nun an ohne Zwischenglied mit einander correspondiren. Wenn wir auf der Gruppirung nationaler Föderationen bestehen, so geschieht es nicht, weil wir für die Zukunft grosse Wichtigkeit den gegenwärtigen Nationalitäten beilegten, aber für die Gegenwart müssen wir der Einheit der Handlung Rechnung tragen, welche dasselbe Gouvernement und dieselben Gesetze den in die einzelnen Nationalitäten vertheilten Arbeitern nothwendig machen.“ etc.

Die Beschlussfassung wurde auf dem nächsten Congress am 16. Juli 1872 vertagt. Man beschloss zwar mit 10 gegen 3 Stimmen die Beibehaltung des G.-R.; aber die Verringerung seiner Vollmachten. Er sollte z. B. keine Föderationen suspendiren können, wodurch das Eindringen der Allianz nicht zu verhindern war.

Auf dem Haager Congress der I. am 2.—7. September 1872 gehörten die sieben belgischen Delegirten zur Minorität. Brismée aus Brüssel verlangte die Abschaffung des G.-R. Bekanntlich unterlagen sie.

Die zur Minorität gehörigen Jurassier, Spanier und Italiener reisten mit den belgischen Delegirten nach Brüssel, um dort sich über gemeinsames Handeln zu verständigen. Die ersteren hielten darauf den Congress zu St. Imier ab, auf dem Belgien zwar nicht vertreten war, aber die Belgier anerkannten dessen Beschlüsse. Von da ab war Belgien für die Marx'sche I. verloren. Am 23. Februar 1873 erklärte der Föderalrath von Belgien auf einen Brief der Jurassiens:

„Der belgische Föderalrath, indem er sich auf die Beschlüsse, welche auf den verschiedenen europäischen Congressen gefasst sind, seit dem Haager Congress, stützt, glaubt, dass der Föderalrath des Jura seine Zeit verliert, indem er sich mit den Beschlüssen und Entscheidungen beschäftigt, die der angebliche G.-R. zu New-York fasst.“

Letzterer excommunicirte nun, wie im I Bande gezeigt, am 30. Mai auch die Belgier.

Diese verloren nichts dadurch und bewahrten ihre Organisation intact.

Die belgische I. hielt am 1.—2. Juni 1873 zu Gohyssart—Jumet den zweiten Jahrescongress ab und fasste folgendes Statuten-Project ab, welches dem nächsten Congress der I. am 1. Septbr. 1873 vorgelegt wurde:

„Statutenentwurf zur Internationalen Föderation. Es steht fest: Die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiter selbst sein; der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse ist kein Kampf für Vorrechte und Sondervortheile einer Klasse, sondern für Erringung gleicher Rechte und Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft; die wirthschaftliche Unterwerfung des Arbeiters unter die Inhaber der Arbeitsmittel, d. h. der Quellen zum Leben, ist die Grundursache der Knechtschaft in allen ihren Formen, des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit; es ist daher die wirthschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse der grosse Endzweck, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist; alle auf dieses

Ziel gerichteten Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel des Gemeinsinnes unter den Arbeitern der verschiedenen Gewerke in den einzelnen Ländern und eines Bruderbundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder; somit ist die Befreiung der Arbeit weder locale, noch nationale, sondern sociale Frage, alle Länder umfassend; nichtsdestoweniger muss aber jedes Land sein vollständiges Selbstbestimmungsrecht bewahren und allein darüber entscheiden, welchen Weg es verfolgen will, um zur Befreiung der Arbeit zu gelangen; aus allen diesen Gründen erkennen die Föderationen der auf dem internationalen Congress zu . . . . vertretenen Länder und alle diejenigen, die später sich anschliessen werden, als die Grundlage ihres Verhaltens gegen alle Menschen, ohne Unterschied der Farbe, des Glaubens oder der Nationalität: die Moral, die Gerechtigkeit und die Wahrheit — keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten — und erklären, dem Freundschaftsbunde unter der Benennung „Internationale Arbeiter-Association" beizutreten. Die hauptsächlichsten Bedingungen dieses Bundes sind: 1) sich gegenseitig Hülfe zu leisten in dem Kampfe, den sie gegen das Capital führen; 2) unter einander eine dauernde Correspondenz zu unterhalten, damit die Arbeiter eines Landes beständig über die Lage und die Bewegung ihrer Mitbrüder in anderen Ländern unterrichtet sind; 3) in gemeinsamer Eintracht zur Lösung der socialen Frage mitzuwirken. Zu diesem Behufe wird ein jährlicher Congress am ersten Sonntage des September stattfinden.

Reglement der Congresse. Art. 1. Jede Landesföderation und jede Section, die den Theil einer Föderation bildet, hat das Recht, einen Delegirten zum Congress zu senden. — Art. 2. Um zum Delegirten einer Föderation oder einer der dieselben bildenden Sectionen ernannt zu werden, muss man Mitglied dieser Föderation sein. — Art. 3. In den Ländern, wo die Internationale verboten ist, sind die Gruppen, welche sich auf dem Congress vertreten lassen wollen, gehalten, es wenigstens drei Monate vor dem Congress die nächst angrenzende Föderation wissen zu lassen, damit diese alle nöthigen Erkundigungen einziehen kann. Es soll ihnen gestattet sein, sich durch ein Mitglied einer Föderation vertreten zu lassen. — Art. 4. Der Congress bestimmt jedes Jahr den Ort, wo der folgende stattfinden soll; in diesem Falle liegen die Vorbereitungen zum Congress der Föderation des Landes ob, wo er abgehalten werden soll, an diese müssen auch mindestens drei Monate vorher die Fragen übermittelt werden, welche die verschiedenen Landesföderationen dem Congress zu unterbreiten wünschen. Sie stellt sie den verschiedenen Organen der Association zu. — Art. 5. Der Congress bestimmt ebenso zwei andere Landesföderationen, von denen die eine damit beauftragt wird, die statistischen Angaben, die ihr von den Föderationen übermittelt werden, zu centralisiren, die andere damit, auf die Strikes bezügliche Erkundigungen einzuziehen, und als Mittelglied für die Gewerkschaften zu dienen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen wollen. Es ist selbstverständlich, dass diese Mühwaltung der Reihe nach von jeder Föderation ein Jahr lang übernommen wird. — Art. 6. Die auf dem Internationalen Congress zu discutirenden Fragen müssen von einem mindestens drei Monate vor dem Internationalen Congress abzuhaltenden Landescongress aufgestellt werden. Art. 7. Der Congress entscheidet, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Fragen, die auf seiner Tagesordnung stehen, zu discutiren sind. — Art. 8. Die Abstimmung findet nach Landesföderationen statt. — Art. 9. Ueber Principienfragen wird nicht abgestimmt, aber jeder Delegirte wird ersucht, die Ansicht seiner Auftraggeber über den zur Discussion stehenden Punkt

zur Kenntniss zu bringen. — Art. 10. Bei der Eröffnung des Congresses legt jede Föderation ihren Bericht über die Entwicklung der Association während des verflossenen Jahres vor. Die Sectionen eines jeden noch nicht als Föderation constituirten Landes ernennen einen Berichterstatter."

Ferner wurde eine Commission eingesetzt, welche ein revolutionär-socialistisches Programm entwerfen sollte. Das Marx'sche konnte man doch nicht fürder aufstellen.

Der dritte Jahrescongress der belgischen I. fand am 15. August 1873 zu Antwerpen statt. Zunächst kam folgende Resolution zur Annahme: „Der Congress erklärt, dass die I. A.-A. nichts Gemeinsames hat mit den politischen Parteien, wie die der Liberalen, Katholiken, Progressisten, Republikaner" etc.

Den damals im Communeaufstand begriffenen spanischen Arbeitern wurde eine Sympathie-Erklärung zugesendet. Darauf wurde Verrycken für den Congress zu Genf als Delegirter erwählt und ihm folgende Instruction gegeben:

„Die Abstimmung nach regionalen Föderationen zu verlangen und zwar so, dass jede Föderation eine Stimme auf dem Internationalen Congresse habe. 2. Der definitiven Constitution des Solidaritätsvertrages der freien Föderationen der I. zuzustimmen. 3. Dem Congress die Annahme des Statutenentwurfes von Gohyssart zu empfehlen. 4. Die Idee des allgemeinen Strikes zu entwickeln im Sinne der belgischen Regional-Congresse zu Verviers, Gohyssart und Antwerpen. (Diese, aus der Chartistenzeit stammende Idee spukte damals auch in Spanien). 5. Mitzuwirken an der Organisation des allgemeinen Widerstandes und an der Vollendung vollkommener statistischer Tableaux der Arbeit."

Die Commission, welche ein social-revolutionäres Programm hatte anfertigen sollen, war mit der Arbeit nicht zu Stande gekommen. Einige Delegirten erklären die Aufgabe überhaupt für unmöglich, was bei den ganz verrückten Ideen von Mutualismus, Collectivismus, Anarchie u. s. w., wie sie in Belgien herrschen, mir auch sehr richtig zu sein scheint. Die Leute haben sich zwar von Marx emancipirt, aber seine Ideen können sie nicht durch bessere ersetzen.

Man beschloss, die einzelnen Föderationen sollten je ein Programm ausarbeiten, das dem nächsten Congress vorzulegen sei. Endlich wurde lange über die Marotte vom allgemeinen Strike gestritten und beschlossen:

„Alle Föderationen und Sectionen der I. sind gehalten, fleissig an der Organisation des allgemeinen Strikes zu arbeiten und vollständig die Verfolgung partieller Strikes aufzugeben, ausser im Falle legitimer Vertheidigung."

Da nur der partielle Strike möglich ist, weil dann die Mehrzahl der Arbeitenden die feiernde Minorität unterstützen kann, so ist das letzte Mittel, den Streit zwischen Capital und Arbeit auf dem Wege der Selbsthülfe auszugleichen, ohne Plünderung der Besitzenden, hiermit aufgegeben. Der allgemeine Strike ist nur möglich bei gleichzeitiger Plünderung, d. h. er ist der Bürgerkrieg.

Ueber die Betheiligung am anti-autoritären Congress am

1. September 1873 zu Genf lese man die Rede Verryckens im I. Bande, Seite 162 ff. nach. Das Seite 164 abgedruckte Statut der antimarxischen I. A.-A. entspricht ja auch den Principien, welche dem belgischen Entwurf zu Grunde lagen.

Der vierte Jahrescongress der belgischen I. fand am 25. bis 26. December 1873 zu Brüssel statt. Hiernach besteht die belgische I. aus folgenden acht Föderationen: 1. Föderation des Centrums, 2. des Borinage, 3. von Charleroi, 4. von Gent, 5. von Brüssel, 6. von Antwerpen, 7. des Thales der Vesdre, 8. von Lüttich. Ausserdem giebt es noch Sectionen, welche direct dem regionalen Rath unterstehen und sich keiner Föderation angeschlossen haben. Auf diesem Congress wurde folgendes Statut für die belgische I. angenommen:

„§ 1. Unter allen localen belgischen Sectionen und Föderationen wird eine regionale Föderation etablirt. § 2. Diese Föderation hält vier Regional-Congresse jährlich ab. §. 3. Jeder Congress bezeichnet Ort und Zeit des nächsten Congresses. § 4. Jede Föderation muss sich auf diesen Congressen vertreten lassen. Alle affiliirten Sectionen und Gruppen haben das Recht, dorthin Delegirte mit berathender Stimme zu senden; nur die Delegirten der vom Congress anerkannten Föderationen haben Stimmrecht. § 5. Sobald eine Proposition von einem Delegirten schriftlich eingereicht ist, entscheidet der Congress über Berücksichtigung derselben, indess kann kein Beschluss über Punkte gefasst werden, die nicht auf der Tagesordnung stehen, ausser im Falle der Dringlichkeit. Letztere kann nur mit zwei Drittel-Majorität beschlossen werden. § 6. Der Congress prüft die Vollmacht der Mitglieder, fasst Beschlüsse über die Föderationen, fixirt die Beiträge für den belgischen Föderalrath, nimmt an oder verweigert den Anschluss von Sectionen, und wenn zwei oder mehrere Föderationen sich am selben Orte bilden sollten, entscheidet er, ob eine dieser Föderationen anzuerkennen ist, oder ob sie es gleichzeitig sein dürfen. § 7. Der Congress ernennt den belgischen Föderalrath auf ein Jahr und bezeichnet den Ort, an dem er seinen Sitz haben soll. § 8. Der Regionalrath wird von zwei Delegirten jeder Föderation gebildet; jede derselben ernennt die beiden Repräsentanten, von denen einer an dem Ort wohnen muss, an den der Rath, der andere dort, wo die Föderation den Sitz hat, die er repräsentirt. § 9. Der Rath ist beauftragt, Namens der belgischen Sectionen mit allen auswärtigen Föderationen und Sectionen zu correspondiren. Im Innern, die Rapporte zwischen den verschiedenen belgischen Sectionen zu centralisiren, Meetings an Orten zu organisiren, wo es keine Section giebt oder wo die angesessene Section seine Hülfe erbittet, Propaganda mit allen Mitteln zu machen, Circulare, Manifeste und dergleichen zu verbreiten Namens der belgischen Föderation." — Der regionale Congress vom 24. bis 25. Mai 1874 beschloss zu diesem Paragraph folgenden Zusatz: „Nur, wenn es unmöglich ist, davon (d. h. von der Absendung solcher Circulare) die Föderationen zu unterrichten; ausser in diesem Falle soll er sich nur mit administrativen Massregeln befassen, im Einverständniss mit den allgemeinen Principien." § 10. Diejenigen Mitglieder, welche an dem Ort wohnen, wo der Rath seinen Sitz hat, sind mit Verwaltung und Organisation des Organs der belgischen Föderation beauftragt. Sie theilen die verschiedenen Functionen unter sich und vereinigen sich alle acht Tage. Sie sind dem Congress für das Journal verantwortlich. § 11. Die Wahl des Schatzmeisters und Secretärs für das Auswärtige der belgischen Föderation bedarf der Bestätigung der Föde-

ration. § 12. Eine Generalversammlung aller Mitglieder des Raths findet auf Berufung einmal jährlich zwischen je zwei Congressen statt; die Kosten derselben werden durch die regionale Föderation aufgebracht. §. 13. Der Schatzmeister legt jeder Vierteljahrsversammlung Rechnung; dieselben werden verificirt auf dem letzten Congress jedes Jahres, der am Orte stattfindet, wo der Rath seinen Sitz hat. § 14. Die Verlegung des Raths und die Ernennung seiner Functionäre müssen auf dem vorletzten Congress festgesetzt werden. § 15. Zwischen den Congressen agitirt der Rath Namens der belgischen Föderationen. Gegen seine Beschlüsse kann nur an den Congress appellirt werden. § 16. Auf Verlangen zweier Föderationen muss der Rath einen ausserordentlichen Congress berufen. In diesem Falle muss das Motiv angezeigt werden. Ebenso kann der Rath einen ausserordentlichen Congress berufen. § 17. Der Rath kann eines seiner Mitglieder von seinen Functionen suspendiren, wenn schwere Motive es erfordern, vorbehaltlich Appells an den nächsten Congress. § 18. Der Rath setzt die Tagesordnung der Congresse fest. § 19. Jede Föderation, welche ihre Beiträge an die Föderal-Commission nicht geleistet hat, darf nicht am Congress Theil nehmen."

Diese Organisation ist so demokratisch und anti-autoritär, wie sie nur sein kann. — Gleichzeitig wurde beschlossen, die Journale „L'Internationale" und „Le Mirabeau" zu fusioniren. Das erstere hörte damit auf zu erscheinen.

Auf dem Regional-Congress vom 24.—25. Mai 1874 finden wir eine neunte Föderation von Ensival.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in Belgien eigentlich heimisch. Die Sectionen der I sind meist gewerklicher Natur. Auch hat man eine internationale Gewerkschafts-Union, doch ohne sichtbaren Erfolg, angestrebt. So hielten zu Pfingsten 1873 die Schuhmacher in Brüssel einen internationalen Congress ab. Auch wurde eben da eine „brüderliche Gesellschaft der Schneidergehülfen" gegründet. Wichtiger ist es, dass der Geist der I. in die Armee dringt, wovon folgender an den „Ami du Peuple" gerichteter Brief Kunde giebt:

„Lüttich, den 24. November 1873.

An die Redaction des „Volksfreund."

Bürger! Wir schätzen uns glücklich, in Lüttich eine socialistisch-revolutionäre Zeitung gegründet zu sehen, welche die Sache der Emancipation der Arbeiter verficht. In den drei Monaten, seit der „Volksfreund" erscheint, hat er der arbeitenden Klasse grosse Dienste geleistet; er entspricht den Hoffnungen und Erwartungen aller Arbeiter. Ihre Zeitung ist ein wirksames Gegengift gegen die von den grossen doctrinären Journalen gegen Sie verbreiteten groben Lügen. — Wir, eine Gruppe von Unterofficieren der belgischen Armee, geben diese Erklärung öffentlich, damit Sie erfahren, es gebe unter dem Militär Männer von Ueberzeugung, Männer, die mit der grössten Ungeduld der Stunde der socialen Erlösung entgegenharren. — Seid überzeugt, Bürger, dass wir dem Muthe und den Anstrengungen, mit denen Ihr die jetzt so verachtete Proletariatsklasse zu vertheidigen euch bemüht, den grössten Beifall zollen und wenn wir uns auch euren Vereinen nicht gesellen können, so seid doch sicher, dass unsere Herzen euch ge-

hören und begeistert für das Gelingen eurer Sache schlagen. —

Viele Zeitungen behaupten, dass, wenn das Volk einen gewaltsamen Widerstand gegen die Gewalt der Regierung setzen sollte, die Soldaten unter allen Umständen ihre Pflicht thun werden und gelte es auch, ihre Eltern, Brüder und Freunde niederzuschiessen. Wir wollen diesen Herren einfach antworten, dass wenn jener Tag kommen sollte, eine grosse Zahl von uns um keinen Preis auf das Volk schiessen wird. Wir werden im Gegentheil mit allen unseren Kräften ihm helfen, seine Rechte zu erobern. Denn auch wir setzen Hoffnung in die Zukunft, auch wir werden von einer Masse „Vorgesetzten," deren einer unverschämter ist, als der andere, ausgebeutet. Wir sind überdrüssig dieser personificirten Unwissenheit, dieser Art von Hanswursten, die in den Schandorten (bacs aux ordures) zu treffen sind, und deren einzige Beschäftigung ist, Billard zu spielen oder Orgien mit Prostituirten zu veranstalten.

Lasst nur den Tag der Sühne kommen und man wird uns handeln sehen; auch wir haben, wiewohl geheim, in unserer Mitte eine Internationale! Lasset nur unseren Brüdern den Ruf der Freiheit ausstossen und wir wollen offen zeigen, was wir sind! Wir werden unsere Pflicht zu thun wissen; unsere Pflicht, wie wir sie verstehen: Wir werden mit Leib und Seele in den ersten Reihen der revolutionären Bewegung kämpfen, um für die grosse Sache der Befreiung des Proletariats zu sterben! — Empfanget, Brüder, unsere herzlichsten Grüsse. — Eine Gruppe von Unterofficieren."

Mir scheint dies ein sehr bedenkliches Zeichen und erinnert mich an Hasselmann's Wort im Reichstage: „Unsere Leute haben alle die Gewehre getragen und wissen mit den Dingern umzugehen." Ich bezweifle, dass Baron Minnigerode die richtige Antwort traf, als er heiter die „Granate über das Pflaster sausen" hörte. Hier hört der Scherz auf. Wenn in Deutschland die Socialdemokratie 339.000 Stimmen nach officieller Angabe, nach meiner Rechnung mehr, erhielt, wieviel Socialdemokraten stecken dann schon in der Armee?? Auch eine „Doctorfrage!"

Wir finden, dass die belgische I. sich, so zu sagen, „in Frieden baut." Die Spaltung der I. A.-A. ist an ihr ohne Schaden vorübergegangen, und obschon uns genaue statistische Daten über die Mitgliederzahl fehlen, lässt das Wachsen der Zahl von Föderationen auf fortschreitende Zunahme ihres Einflusses schliessen. Sie bildet in Belgien eine fest organisirte nationale politische Partei. Die I. hat also auch hier ihre Aufgabe, die wir eben in der Hervorrufung solcher Arbeiterparteien sahen, erreicht. Unterdrückung solcher offen auftretenden Parteien kann zu Verschwörungen und Geheimbündelei führen, die Partei an sich aber nicht vernichten, so lange sie entwickelte Existenzbedingungen hat, und das ist hier die politische Rechtlosigkeit und die ökonomische Noth der Arbeiter. Giebt man ihnen irgend wie genügende politische Rechte, Arbeiterkammern oder das allgemeine gleiche Wahlrecht, lässt man ihr Organisations-, Versammlungs-, Vereins- und Pressfreiheit

so werden sie ihren Wünschen auf legalem Wege Geltung zu verschaffen suchen, und das halte ich für das Beste. Thut man das nicht, so macht man sie zu einer Partei, welche auf die gelegentliche Noth des Landes hofft, um die Gesellschaft und den Staat mit Gewalt umzustürzen.

Die politische Freiheit lässt es in Belgien nicht zur Verschwörung kommen, die politische Rechtlosigkeit, die mangelnde Vertretung im Parlament, hat die I. hier principiell immer revolutionärer gemacht.

Die I. fing 1866 damit an, für das allgem. gleiche Stimmrecht zu agitiren. Die „Liberté" that es bis 1873 für Arbeiterkammern. Der „Mirabeau" macht sich 1874 lustig über die Idee. Während die „Liberté" dem Communismus Proudhon's hold war, ist der „Mirabeau" auf den Radikalismus Baboeuf's gekommen, zur Verachtung der Bildung, zur politischen Enthaltsamkeit.

Ein sociales Programm hat die belgische I., wie gezeigt, nicht fertig bekommen. Eine feste Theorie existirt also nicht, wie in Deutschland die von Lassalle und Marx. Suchen wir uns indess über die herrschenden Ansichten an den Quellen zu unterrichten.

Auf dem Baseler Congress erstattete die Section Brüssel Bericht über das Erbrecht, worin folgende hier interessirende Stelle vorkommt:

„Zur Zeit der französischen Revolution des vorigen Jahrhunderts gab es zwei Strömungen: die eine, individualistische, war vornämlich auf die Abschaffung der Geburtsprivilegien gerichtet; die andere, wesentlich communistisch nach dem Vorgang von Mably und Morelly, hatte ihr Absehen auf die vollständigste sociale Gleichheit gerichtet. Die erstere drang vollständig durch: sie erlangte die Abschaffung der Adelsvorrechte, des Erstgeburtsrechtes, der Erblichkeit der öffentlichen Aemter und selbst der Monarchie; nur ein einziges Geburtsrecht blieb aufrecht, nämlich das Privileg, sich durch den einzigen Umstand in Reichthum und Wohlstand zu befinden, dass man gerade von diesem oder jenem Vater entsprossen ist. Die logische Folge davon war, dass, als zu Anfang dieses Jahrhunderts der Socialismus das von der Revolution unvollendet gelassene Werk wieder in die Hand nahm, eine aus der Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts hervorgegangene Schule entstand, welche die letzten Trümmer der Geburtsprivilegien angriff und gegen die Vererbung des Vermögens protestirte. Zur Zeit der vollen bonapartistischen Reaction, als blosse Stallknechte für sich und ihre männlichen Nachkommen den Herzogs- oder Grafentitel bekamen, erhob ein Abkömmling Karls des Grossen die Fahne des Aufstandes mit der Devise: Krieg der Erbschaft. Saint-Simon's Lehre, obwohl unvollständig, war die erste Form des wissenschaftlichen Socialismus, aber wenig populär; später trat Fourier's System an seine Stelle und Aug. Comte's Socialismus ist der neueste Ausdruck desselben. St.-Simon setzt nicht Gleichheit der Lebensbedingungen als Ziel; im Gegentheil wesentlich hierarchisch, theilt er die Menschen nach ihren Fähigkeiten ein und heiligt die sociale Ungleichheit; die Vererbung greift er nur deshalb an, weil er Vermögen nur von denen, welche es geniessen und nicht von den Vorfahren gesammelt haben will. Es giebt also in seiner Gesellschaft Klassen, wie in der Fourier's Capitalisten und im System A. Comte's Proletarier und Industriechefs. Aber neben diesem, der Gleichheit widerstrebenden Socia-

lismus pflanzt sich auch die andere Strömung der grossen Revolution fort und breitet sich aus im Schoosse des Proletariats selbst: sie verlangt nicht allein die Abschaffung der Geburtsprivilegien, sondern überhaupt aller Privilegien, will die wirkliche, thatsächliche Gleichheit. Von diesem populären Socialismus wurde die Frage der Erbschaft natürlich gar nicht aufgeworfen, sie existirte für ihn gar nicht, da er vom System der Gütergemeinschaft ausgeht. Im Schoosse der I. trachten der wissenschaftliche Socialismus und der populäre Communismus unter verjüngten Formen und den neuen Benennungen des Mutuellismus (System der Gegenseitigkeit) und Collectivismus (der Gesammtheit), entkleidet von dem früher anhaftenden Exclusiven und Absoluten, sich in dem neuen Begriff der Gesellschaft zu umfassen und zu durchdringen — einen Begriff, der zugleich die Garantien für den Einzelnen und die Gesammtheit aufsucht und die Grenzen dessen, was dem Individuum und was der Gesammtheit gebührt, so genau wie möglich festgestellt.“

Dies ist so ungefähr die Aufgabe, die Quadratur des Zirkels zu finden. So viel ich in belgischen und französischen Blättern über diesen Collectivismus, das bakuninische Steckenpferd, gelesen, habe ich mir nie vorstellen können, wie man das Ding praktisch machen will.

Die „Liberté“ definirte am 16. Juni 1872 ihr Programm so:

„Die ökonomische und politische Föderation. Diese universelle Bewegung aller Gewerke und der Industrie in Beziehung auf Gruppirung und ihre Unabhängigkeit vollzieht stündlich, zu jeder Minute in der wir sprechen, einen Schritt zur ökonomischen Föderation und diese, basirt auf der Emancipation der Arbeit, wird natürlich die politische Föderation herbeiführen. Voilà le monde transformé! Die Autorität, das Gesetz, der Gehorsam sind remplacirt durch den Contract, die Freiheit, die vollkommene Würde (dignité).“

Verteufelt einfach! Wenn ich nur wüsste, wie ein solcher Staat in Wirklichkeit aussehen sollte? Ich gestehe, dass ich vielen socialen Schwulst gelesen habe und mit einer Art von Manie nach dem Körnchen gesunder Vernunft darin gesucht und ihn meist gefunden habe. Dies aber geht über meinen Horizont.

In ihrer letzten Nummer sagt dasselbe Blatt von den Revolutionären von 1848:

„Als das Kaiserreich, gegen das sie zu kämpfen geglaubt, fiel ohne sie, wer fand sich da jung und Herr der Situation? Sind es die Revenants von 1848 oder die Ideen Proudhon's, verkörpert in der Commune, wie sie noch in Spanien im Kampfe sind? Sicher ist das Genie Proudhon's das Wunder der Epoche!“

Hier bekennt sich die „Liberté“ wiederum zu Proudhon, der bekanntlich über die Kritik auch nur mit seiner Volksbankidee hinauskam. Der „Volksstaat“ begrüsst dies Schlusswort mit gerechtem Spott, indem er sagt:

„Wenn alle belgischen Socialisten so dächten wie diese ihre Wortführer, dann könnte man, unseres Erachtens, die belgische Bewegung auf Jahre hinaus als abgethan betrachten; und zwar nicht blos die Bewegung in theoretischer, sondern auch in praktischer Beziehung. Von der theoretischen Höhe kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn wir erzählen, dass Herr Arnould im Abschiedsartikel mit Genugthuung darauf

hinweist, dass der heutige Socialismus „noch von den bedeutungsvollen Arbeiten Proudhon's lebt.“ Was wir uns für Deutschland wenigstens eben so höflich wie entschieden verbeten haben wollen“

Dies Blatt war indessen das best geschriebene Belgiens und brachte auch politische Artikel, die einen gewissen Scharfsinn zeigten. Es sei gestattet, auf einen Artikel vom März 1872 hinzuweisen. Damals sagte sie über die beiden herrschenden Parteien, die Liberalen und die Ultramontanen:

„Keine dieser beiden Parteien ist uns sympathisch ... Liberale sind Euch (den Arbeitern) so wenig günstig wie die Katholiken. Beide sind Eure Feinde; sie wollen nur Eure Knechtschaft. Wenn es sich um Eure Rechte handelt, sind sie stets einig gegen Euch. Bleibt also gleichgiltig bei den Streitigkeiten der Ausbeuter.“

Dieser Rath wurde ertheilt, als die Ultramontanen zum Grafen Chambord wallfahrteten und die Liberalen ihm Katzenmusiken brachten.

„Wir finden,“ sagt das Socialistenblatt, „es erstaunlich, dass die Bürger von Antwerpen sich die Köpfe blutig schlagen um dies „animal fleurdelysé.“ Man sollte nicht glauben, dass acht Tage dazu gehört haben, diesen fetten Legitimisten fortzuschaffen. Er hat das Phlegma Karls X. Die Katholiken haben den richtigen Mann gewittert, und wenn es ihnen gelingt, ihn auf den Thron zu bringen, so werden wir eine Bartholomäusnacht erleben, gegen welche die Schlächtereien des Herrn Thiers Kindereien sind. Der seit achtzig Jahren aufgestachelte Hass der Kirche und der Aristokratie, zurückgehaltener Zorn und Rachsucht, werden freien Lauf nehmen, wie es die Welt noch nicht sah. Erhalten sie einen König wie Heinrich V., so können sie sagen, dass Gott ihn schickte, denn es ist kein Mann, diese hartherzige, mystische Persönlichkeit mit ihrer weissen Fahne und ihrer einzigen fixen Idee der Wiederherstellung der Religion. Man stelle ihn sich vor im Louvre unter den Bildern der alten Könige in mittelalterlichem Gewande, die Hand aufs Schwert gestützt betend, während draussen die Sturmglocke ruft zum Massacre. .... Ist dies alte Königthum, das sich erhebt mitten in unserer bürgerlichen Welt und aus mehrhundertjährigem Grabe auftaucht, nicht eins der wunderbarsten Schauspiele in unserer Zeit der Wunder? Diese Thatsache allein genügt zu zeigen, wie eitel die bürgerliche Revolution war. Man muss sehr hoch aufklimmen, um den königlichen Absolutismus in dieser Ausbildung zu finden, welchen er heutzutage zur Schau trägt, und der nicht der Irrthum eines Mannes, sondern die Hoffnung und der Glaube einer grossen Partei ist, deren Politik man rühmt. Damit die Katholiken die päpstliche Unfehlbarkeit zusammen mit der weissen Fahne zum Feldgeschrei machen können, müssen alle bürgerlichen Reformen bei hellem Tage vernichtet werden. Als Ludwig XIV. zum Parlament sagte: „Der Staat bin ich!“ war seine Anmassung mässig. Das Parlament hatte während seiner Minderjährigkeit die gesetzlichen Grenzen überschritten, und Ludwig XIV. warf es etwas hart in seine Schranken zurück, das war Alles. Aber dieser Abenteurer, fern vom Thron erzogen, der irrende Ritter der absoluten Monarchie, der ohne andern Talisman als sein Lilienbanner dem Jahrhundert und der Geschichte den Handschuh hinwirft, — das ist Mittelalter, das ist ein Amadis de Gaule. Und doch sind wir fast hierbei angekommen. Das Volk fragt sich: Was kümmert mich diese absolute Monarchie oder die der Bourgeoisie, selbst wenn sie sich Republik nennt? Vielleicht sähe es nicht ohne ironisches Lächeln die Restauration Heinrichs V., der unmittelbar auf Heinrich II. hätte folgen müssen, um

zeitgemäss zu sein. Ja, diese blutige Republik kann eben so gut das rothe Meer sein, welches dies neue Wunderkind durchschreiten musste. (Enfant du miracle nannte man Heinrich V., weil er zur Welt kam la montre en main, wie der Papst sagte.) Nach dem grossen Kriegssturm bersten überall isolirte Wolken und diese Republik ist nur das liquidirende Kaiserreich. Diese Woche wieder drei Hinrichtungen! So watet Schritt für Schritt seit ihrem Entstehen diese Republik im Blute. Sie ist wie eine Untiefe zwischen einem Cäsarismus und dem neuen Cäsarismus, sei er bonapartisch, sei er bourbonisch. Der abscheulichste von beiden hat die meisten Chancen. Man wähle! Der erste ist mehr militärisch, der zweite mehr pfäffisch; der eine schlägt mehr den Leib, der andere mehr die Seele. Aber es ist fast gewiss, dass Frankreich nur unter einem feurigen Schwert Ruhe findet. Drei oder vier Mal hat die Bourgeoisie selbst wüthen wollen, aber stets war das Schwert zu schwer für ihre Hand, und sie musste es dem zurückgeben, von dem sie es hatte. So enden stets die bürgerlichen Republiken im Cäsarismus. Komisch dieser Thiers, der sich zum Rächer der Reaction macht. Zu unmenschlichen Dingen muss man die Verantwortlichkeit eines Gottes oder eines Cäsar haben. Die menschliche Seele lässt sich nur durch die undiscutirbare Gewalt oder den blinden Glauben unterdrücken. Die Opfer trösten sich mit der transcendenten Ursache ihres Leidens. ... Aber wenn vorübergehende Interessen, die nur durch vulgären Skepticismus unterstützt werden, anfangen, wie in dieser Bourgeoisie-Republik, Tausende zu opfern, so streift das Scheussliche solcher Executionen so nahe an die Lächerlichkeit, dass die Seele sich dagegen empört. ... Heinrich V., fanatisches, feudales Wesen, Mann vergangener Jahrhunderte, die sich gegen das unsere erheben, monströses Wesen, das sich nur von Blut und Hostien nährt und zwei Welten entvölkern möchte, wie Philipp II., um Dein furchtbares Ideal und die Rache Deines Gottes zu verwirklichen, Du allein kannst vielleicht diese Bourgeoisie züchtigen, wie sie es verdient, sie, welche das Volk nur gegen die alten Gewalten erhob, um es weit tiefer in eine viel härtere Sclaverei zu stürzen. Was könntest Du auch Schrecklicheres erfinden, als die Tage des Juni und des Mai? Das Volk würde nicht mehr unterdrückt sein, und die usurpatorische Bourgeoisie würde es mit ihm sein. ...“

Soweit die „Liberté.“

Das also sind die Früchte der grossen Revolution und der folgenden. Schlimmer und schrecklicher mit jeder neuen. Das ist eine Sprache, welche man spricht im Jahrhundert der Aufklärung und der Humanität. Glaubt man nun, dass die Commune todt ist? Glaubt man andererseits nun, dass die Scheiterhaufen definitiv ausgelöscht sind?

Doch nehmen wir eine andere Nummer desselben Blattes zur Hand. Es handelt sich darin um den Katholicismus und den Fürsten Bismarck.

„Er hat vollbracht, wonach die belgischen Liberalen so lange vergebens strebten, er hat im Princip die Schule der Priesteraufsicht entrissen. Wozu Frère-Orbans Hand zu schwach war, Bismarck bekam es fertig, mühevoll, aber es gelang ihm. Der Schulstreit war nur ein Vorpostengefecht. Bismarck will Deutschland dem Einfluss des Ultramontanismus entziehen, man sagt sogar, er wolle ihm auch Italien entreissen, so dass er von allen Seiten auf Frankreich allein, — da Belgien nicht mitzählt, — zurückgeworfen wäre, auf das revolutionäre Frankreich, das unter seinem Drucke ersticken müsste, denn Bismarck ist überzeugt von der todtbringenden Kraft des Katholicismus. Vielleicht aber hat Bismarck seinen Calcul nicht so weit getrieben. Indess schon jetzt hat seine Politik ein Resultat erreicht: Frankreich wird in den Augen der Kirche ihr prä-

destinirtes Schwert, allein fähig, die Schlinge zu zerhauen, mit der man die Kirche umschnürt bis zum Ersticken. Augenscheinlich würde der Katholicismus Frankreich ersticken, wenn er Besitz davon ergriffe. Aber man kann nicht verkennen, dass dieser alte Körper momentan sich noch galvanisiren und in Europa einen vorübergehenden aber heftigen Aufstand verursachen kann. Hier liegt die Gefahr für Bismarck. Seine Politik gegen den Ultramontanismus hat alle Vortheile, welche Klarheit und Bestimmtheit der Gesichtspunkte giebt, und wenn es gelingt, wird die deutsche Einheit kräftiger und dauerhafter sein in der Religionseinheit, als wenn die Curie zu Rom mit ihrer Armee von Jesuiten, Priestern, Mönchen dort der Macht des preussischen Staates ein Gegengewicht hielte."

Die „Liberté" meint, diese Politik habe ihre Gefahren.

„Das deutsche Reich, welches sich vom Ultramontanismus emancipiren will, bringt die rivalisirenden Staaten dahin, sich demselben in die Arme zu werfen. Man denke an das sechszehnte Jahrhundert und den Anfang der Reformation in Deutschland: die Kirche erstarb in sich; es regierten Päpste, welche offene Atheisten waren; Frankreich und Italien waren frei von jeder Religion, — wenigstens in ihren aufgeklärten Kreisen. Die Reformation kam und fachte den Fanatismus in Europa wieder an. Die Kirche reconstituirte sich und lebt seitdem nur vom Kampf gegen die Reform. Heute werden wir, vielleicht in geringerem Grade, weil der Sinn für Religion schwächer ist, einem ähnlichen Schauspiel anwohnen. Der von Deutschland gegen den Ultramontanismus unternommene Kampf gruppirt um denselben eine Menge von Kräften und Leidenschaften, welche nur darauf warten, losgelassen zu werden, vor Allen Frankreich mit seinem Patriotismus und seinem Durst nach Rache. Kommt nichts Unvorhergesehenes vor, so wird der nächste unvermeidliche Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ein wahrer Religionskrieg sein."

Man wird diesen Ausführungen des socialistischen Blattes seine Anerkennung nicht versagen können. Wir leben allerdings in einer Zeit, welche die stärksten Leidenschaften der Menschen bis zum Fanatismus aufstachelt. Zu den religiösen Ideen tritt noch die socialistische, welche nicht ohne Zusammenhang mit der religiösen ist.

Uebersetzen wir nun noch den Schlusspassus der „Liberté": „Nur der Socialismus kann das Europa des 19. Jahrhunderts vor der Schande retten, die religiösen Leidenschaften sich bis zur Vernichtung bekämpfen zu sehen, von denen die aufgeklärte Bourgeoisie unsere „Civilisation" befreit zu haben meinte. Die Wahrheit ist, dass das socialistische Volk gänzlich aus jeder Religion herausgetreten ist und sich nur noch um das beste Mittel kümmert, ihr überhaupt den Garaus zu machen, während die Bourgeoisie, indem sie sich mit religiösen Fragen beschäftigt, ihr eine Wichtigkeit giebt, welche sie sonst verlieren würden."

Religionslos ist allerdings der dortgie Socialismus in dem Grade, dass der „Mirabeau" vom 7. August 1874 in einem langen Aufsatz zu folgendem Schlusse kommt:

„Die Idee „Gott" ist unmoralisch, weil sie absolut gegen jeden Fortschritt ist".

Die belgische Bourgeoisie ahnt zwar die Gefahr, allein ihre Mittel dagegen sind kindisch. Nach der „Gleichheit" vom 26. December 1873 hat der „Moniteur" der belgischen Industrie folgendes Recept verschrieben:

„Das sicherste Mittel," heisst es, „die Revolutionen zu unterdrücken, ist die Ausrottung der Revolutionäre. Jedoch eine kleine Metzelei von

Zeit zu Zeit ist zwar gut, aber sie genügt noch lange nicht zur Unterdrückung von Unordnungen, dazu sind noch ganz andere Mittel nöthig.“ — Und nun zählt das belgische Blatt eine Reihe allerliebster Sätze auf, die sicher der ganzen Bourgeoisie aus dem Herzen gesprochen sind. Die hauptsächlichsten sind folgende: „Berechtigung der Polizei durch ein Specialgesetz, die geheimen Führer der Bewegung aufzugreifen; — Unterdrückung der „Internationale“; — Vereinigung der Industriellen und Ordnungsfreunde, um dem gemeinsamen Feind (dem Arbeiterstande) soweit möglich alle Mittel zu entziehen; — Wiedereinführung von Wander- und Controllbüchern etc.; Verbreitung von Garnisonen über das ganze Land; — Organisirung einer gutbewaffneten Bürgergarde, bestehend aus allen Freunden der Ordnung; — Belehrung des Arbeiterstandes über die Wohlthaten dieser Massregeln und über die Nothwendigkeit der Ordnung etc..“

Das citirte Wiener-Neustädter Blatt bemerkt hierzu:

Wahrhaftig, wir sind dem Redacteur dieses belgischen Blattes zu Dank verpflichtet für diese nackte Enthüllung der Tendenzen der Bourgeoisie. Denn das dies die Ansicht der gesammten Bourgeoisie ist, weiss jeder, der die Herren unter sich sprechen hört, wenn sie auch öffentlich etwas vorsichtiger sind, als ihr belgischer College. Offener und deutlicher hat sich ihre moralische Verkommenheit noch nie gezeigt, als in diesem Actenstück, und der Arbeiterstand darf diese Absichten der verehrten Herren wohl beherzigen. Das also sind die Mittel der Bourgeoisie für die Durchführung ihres wohlbekannten Programmes, Aufrechthaltung des Bestehenden, der Ordnung, der Autorität; Entziehung aller Vertheidigungsmittel und dann Niedermetzelung der Wehrlosen. Das ist ihre weltgeschichtliche Mission. Dass diese Behauptung keineswegs eine Uebertreibung ist, zeigte der Jubel der gesammten Bourgeoisie Europas über das schamlose Gebahren der Versailler Regierung, das Entzücken, dass diese Herren ergriff, als sie zum Frühstück eine Niedermetzelung von ein paar Hundert dieser „Pariser Mörder“ erfuhren.“

Ueber die Tendenzen der Bourgeoisie sagt der „Mirabeau“ vom 24. Mai 1874:

„Wir haben nie eine Kammersitzung gesehen, dass die Deputirten über eine Frage verhandelten, die sich auf die Arbeit bezog. Wenn mal eine derartige auf der Tagesordnung stand, wurde sie sogar ohne Discussion verworfen. Was kümmern sich diese Leute um Volksinteressen, haben sie nicht vor allen Dingen den bestehenden Zustand zu conserviren, um ihre Capitalien besser zu garantiren. . . . Handelte es sich darum, gegen das Volk zu wüthen, o, dann würden sie sich die Hand reichen, um es sicherer zu ecrassiren.“

In einer andern Nummer proclamirt dasselbe Blatt laut das Recht zur Revolution für die Arbeiter. Am 3. Mai schreibt das Blatt:

„Die Revolution ist eine heilige Pflicht, die auf jedem unterdrückten Volke ruht. Die Revolution ist die unerbittliche und unfehlbare Waffe, mit der unsere Väter, die Sclaven, die Elenden jeder Epoche Recht hatten und volle Satisfaction für die Tyranneien, die Ungeheuerlichkeiten jeder Art, welche sie erniedrigt hatten“ etc.

Obschon diese Internationalen die Bakunin'sche Enthaltsam-

keit predigen, bis zum Tage der grossen Revolution, so fallen sie doch oft aus der Rolle.

Das neueste Organ der belgischen Arbeiter, der „Volksfreund“ („Ami du Peuple“), — dessen Name eigentlich schon ein Angriff auf die Enthaltungs-Doctrin ist; denn wer hätte je glühender die politische Action des Volkes gefordert, als Marat, der „Volksfreund?“ — antwortet redactionell, mit Unterzeichnung des Redactionsausschusses, einem Correspondenten, der sich über einen Artikel der vorhergehenden Nummer als socialistisch uncorrect beschwert hatte, wie folgt:

„Wir hatten auch die Absicht, den Theorien unseres Collegen (des Verfassers jenes Artikels) in dieser Nummer entgegenzutreten. Was er über die Organisation der Arbeit sagt, ist praktisch undurchführbar. Wir erkennen sogar an, dass viele sociale Theorien, die von Schriftstellern von grosser Wissenschaftlichkeit erdacht worden sind, für die Ausführung grosse Schwierigkeiten darbieten. Nach unserer Meinung muss das Volk sich zunächst Institutionen geben, welche ihm die freie Ausübung seiner Rechte gewährleisten; ist diese Grundlage einmal vorhanden, so wird die sociale Organisation sich natürlich und logisch, je nach dem Drang der Bedürfnisse, vollziehen.“

Entschiedener kann man sich nicht für die Nothwendigkeit einer politischen Action des Proletariats aussprechen. Es ist wahr, wohl aus Scheu vor dem verpönten Wort hat man das Adjectiv: „politische“ vor Institutionen weggelassen, allein dass nur politische Institutionen gemeint sein können, kann nach Sinn und Zusammenhang nicht dem leisesten Zweifel unterliegen. Der Redactionsausschuss des „Ami du Peuple“ stellt sich mit dieser Erklärung vollständig auf den Boden der Majorität des Haager Congresses, und betont sogar die politische Action in einer Weise, welche dahin missdeutet werden könnte, die Redaction erachte jede sociale Thätigkeit für überflüssig, so lange nicht politische Institutionen erkämpft sind, innerhalb deren die socialistische Gesellschaftsorganisation sich entwickeln kannn.

In einer andern Nummer aber sagt dasselbe Blatt, indem es sich höhnisch mit der Weigerung der Bourgeoisie, Arbeiterkammern zu schaffen, nie einverstanden erklärt:

„Unsere Syndicats-Kammern oder Widerstandsvereine werden künftig die Ecksteine sein, an denen sich die Reaction brechen soll; durch sie kämpfen wir friedlich und manchmal mit Erfolg, indem wir uns der einzigen Waffe bedienen, die wir besitzen, der Arbeitseinstellung. Diese Gesellschaften werden uns auch als Arbeiterkammern dienen, in welchen wir auf Grund von Gegenseitigkeits-Verträgen die Creditgewährung, den Austausch, den Handel, den Unterricht, die wissenschaftlichen und Kunstinstitute organisiren wollen. Mit einem Worte, durch die Corporativ-Association werden wir die Kenntniss unserer Rechte und unserer Pflichten erlangen und Bahn brechen für unsere Forderungen.“

Hier werden wieder Strikes als „einzige Waffe“ anerkannt, da doch der Congress nur den allgemeinen Strike wollte. Auch verlangt dies Blatt Unterricht, wissenschaftliche und Kunstinstitute. Der „Mirabeau“ dagegen will auch von Bildung nichts wissen und

verwirft sogar den Unterricht als ein Mittel, sich aus dem Reiche der Armen und Elenden aufzuschwingen. Erinnert das nicht an die Zeit des „rohen Communismus," in der Baboeuf ausrief: „Mögen alle Künste untergehen, wenn nur die reelle Egalität uns bleibt! Auch er verwarf Wissenschaft und Kunst als Quellen der Ungleichheit und verlangte dieselbe Portion und dieselbe Qualität der Nahrungsmittel. Wie sie die Revolution machen wollen, sagt der „Mirabeau" folgendermassen:

„Nicht Journalisten, nicht Advocaten, nicht militärische oder geistliche Würdenträger, nicht Bankiers, Fabrikanten, Deputirte oder die es werden wollen; Niemand, der nicht auf den nackten oder nur mit Lumpen bedeckten Schultern das Gewicht der Ungerechtigkeiten fühlt, Keiner von Denen, welche durch ihre Bildung oder durch die Mittel, über die sie verfügen, aus der grausamen Lage des wahren Proletariers heraustreten konnten, — Niemand von allen diesen kann die wahre Revolution wollen, denn diese würde ihnen nur Schaden statt Nutzen bringen. Deshalb leihen wir uns nicht her, zu monströsen Allianzen mit der Bourgeoisie, die uns bestiehlt, entehrt und knechtet, deshalb sagen wir Euch, dass das Volk die wahre Revolution gar nicht machen kann, wenn es an die Spitze Männer stellt, welche nicht Interessen haben, die mit Eueren (Proletarier-) Interessen identisch sind. Wisset, dass ihr nie zur wahren Revolution gelangt, so lange dieselbe nicht von Euch gegen alle Andere gemacht wird, und ohne dass ihr beistimmt zur Einsetzung von Chefs irgend einer Art. Vielmehr müsst ihr diese Revolution machen, wie eine gewaltige und zerstörende Sturmfluth, die Alles überfluthet, Alles mit sich fortreisst, was sie zerstört, wenn es sich diesem mächtigen Andrang widersetzen will. Wollt Ihr Euch heute damit begnügen, Castelar einen Verräther zu nennen und morgen einem neuen Idol zujauchzen? So lang Ihr in solcher Weise thätig seid, werden wir fortfahren zu sagen: „Die Arbeiter (kann man uns Lügen strafen?) — wollen die Revolution nicht. Vergesset nie die tiefe Wahrheit: Die Emancipation der Arbeiter kann keines Andern Werk sein, als das der Arbeiter."

Unterzeichnet ist dieser Artikel „Ein Internationaler."

Dasselbe Blatt bringt am 5. Juli 1874 einen Artikel, worin es, nach Aufzählung der Gewaltthaten des Herrn Serrano gegen die spanische I. heisst:

„Wir müssen Rache schwören gegen diese Schandthaten, d. h. Arbeiter, wir müssen uns organisiren und unsere Reihen eng schliessen, damit am Tage der Rache wir stark und einig seien und damit jeder in der Kraft seiner Mittel Alles anwende, was ihm gut scheint zum Kampf, der bald stattfinden wird zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten." (Der Tag der Schlacht am Birkenbaum, drückte sich einst ein deutsches Blatt aus; diese Idee des allgemeinen Vergeltungstages ist bei allen Internationalen zum Glaubensartikel geworden.) „Kameraden, wenn dieser Tag angebrochen ist, so wollen wir eingedenk sein dessen, was unsere Kameraden von Paris, von Spanien, von Italien, kurz in der ganzen Welt gelitten haben für ihre Ideen, welche die unsrigen sind, und an diesem Tage, Brüder, lasst uns das Recht der Vergeltung üben: Auge um Auge, Zahn um Zahn, d. h., dass man jederzeit Feuer, Schwert, Gift, Strick und Petroleum gebraucht hat. Nun wohl, Kameraden, thun wir dasselbe! Machen wir tabula rasa mit dieser wurmstichigen Gesellschaft, deren Fundament unser Elend und unsere vollkommenste Unwissenheit ist. Dann,

Compagnons, wenn dieser Kampf beendet sein wird, werden wir als Sieger eine neue Gesellschaft gründen, basirt auf Arbeit und Gerechtigkeit."

Noch wüthender fast geberdet sich ein italienischer Bruder Proletarier im „Ami du Peuple:"

„Wir erklären den Krieg, heisst es da, der triumphirenden Reaction und dem göttlichen Recht, wie der bürgerlichen Republik; dem Capital, der Kirche, dem Staat, kurz allen Manifestationen des gegenwärtigen Lebens. Wir werden unaufhörlich den Hass der Massen gegen sie zu entflammen suchen, und wenn wir eines Tages die Gebäude niederreissen können, die man dem Aberglauben errichtet hat, und uns der Reichthümer dieser Erde, all der schönen Sachen, die wir produciren, wieder bemächtigen (ressaisir) können, wenn wir es dahin gebracht haben werden, dass von der gegenwärtigen Gesellschaft kein Stein auf dem andern bleibt, dann wehe Euch ihr Sieger, ihr Züchtiger, ihr Triumphatoren von heute!"

Andererseits wird indess wieder ein Bündniss mit den „solidarischen Arbeitern" und den Anhängern „der Libre pensée" geschlossen, welche den Unterricht fordern, und derselbe „Mirabeau" schreibt bei solcher Gelegenheit:

„Nur durch den Unterricht können wir das Reich der Gerechtigkeit gründen; einmal unterrichtet, werden wir stark sein und das Gebrüll der Kanone wird nicht mehr den Schrei nach unserem Recht übertäuben."

Also Unklarheit der Ziele und der Mittel und Wege dazu, unglaubliche Rohheit aber eine gute Organisation und grosser Fanatismus, das scheint mir der Charakter der belgischen I. zu sein. In der Gesinnung ist ihr sehr ähnlich die französische socialistische Partei, die man allerdings jetzt mundtodt gemacht hat.

---

Ich gehe nun über zur:

## Katholischen Arbeiter-Organisation in Belgien.

In vollster Freiheit hat sich die katholische Kirche der selbstgestellten socialen Arbeit hingeben dürfen und man kann sagen, dass sie es hier zuerst zu einer socialen Organisation gebracht hat, welche Anstoss gebend auf die Nachbarländer gewirkt hat und auch für die romanischen Länder ein nachgeahmtes Muster geworden ist. In Deutschland ist man verhältnissmässig selbstständig vorgegangen. Bei der hohen Wichtigkeit dieser Erscheinung, namentlich in Anbetracht des internationalen Charakters derselben, will ich die eigenthümliche Form des katholischen Socialismus in den romanischen Ländern kurz zu entwickeln suchen. Zwar sind die Arbeiten der deutsch-katholischen Socialisten den Belgiern nicht unbekannt. Ein Herr Cloes hat beispielsweise v. Ketteler's Schriften übersetzt, dennoch ist der katholische Socialismus in Belgien originärer Natur.

Er nimmt die eigenthümliche Form des „Patronats" an, die er in Deutschland nur theilweise besitzt. Französische Schriftsteller — Vilermé, Leplay, Cherbuliez, Millois u. A. — haben über

das Patronat geschrieben. Eine zusammenhängende Abhandlung liefert der Vater des französischen katholischen Socialismus, Professor Périn in Löwen, jetzt verstorben, in seinem Werk „über den Reichthum in der christlichen Gesellschaft,“ welches ich schon im I. Bande erwähnt habe. Ich gebe treu, wenn auch nur auszüglich, seine Entwicklung.

Nachdem er die charitative Thätigkeit der katholischen Kirche in früheren Zeiten hervorgehoben, geht er zur Gegenwart und ihren Aufgaben über:

„Die Liebe der Arbeiter unter einander wird den christlichen Arbeiterbund erzeugen, der von allen Formen der Association den Neigungen des Arbeiters am meisten entspricht und den mächtigsten Einfluss auf seine Gesittung hat. Um aber für diese Institution die günstigsten Bedingungen des Gedeihens zu schaffen, muss die Liebe der höheren Klassen zu den niederen mittelst des Patronates letzteren jene Klugheit und Mässigung und jenes wahre Verständniss des allgemeinen Interesses der Arbeiter einflössen, das sie sich selbst überlassen vielleicht nicht immer in hinreichendem Masse besässen. Das Patronat der Arbeitsherrn über die Arbeiterverbindungen hat für die Würde des Arbeiters nichts Anstössiges, wenn es im Gefühle der christlichen Liebe ausgeübt wird. Die christliche Liebe ehrt im Menschen, dem sie ihre Stütze bietet, das erhabenste Gebilde der menschlichen Natur, die in der Person Christi sogar bis zur göttlichen Natur erhoben ist. Noch mehr, sie achtet in ihm eben so sorgfältig seine Freiheit, wie seine Würde, denn die Freiheit ist die erste Bedingung aller Verdienste und aller Fortschritte des Christen. — Das Patronat der höheren Klassen, besonders der Fabrikherrn, muss der Arbeiterassociation als Ergänzung dienen. Soll das Patronat alle seine Früchte tragen, so muss es die Autonomie der Arbeiterassociationen unangetastet lassen. Der Arbeiter beansprucht das Recht, seine Interessen selbst zu regeln; und dieser Anspruch ist natürlich und rechtmässig. Die Aufgabe des Patronats besteht nicht darin, die Arbeitervereine zu regieren. Seine Sache kann nur sein, Anleitung zu geben, zu rathen, seine Autorität auf dem Wege der Ueberzeugung geltend zu machen, nicht aber zu herrschen und zu zwingen. Der Arbeitsherr, welcher sein Patronat ausüben will, muss im Geiste christlichen Wohlwollens Allen Alles sein; er muss zu denjenigen, auf welche er wirken will, herabzusteigen wissen; er muss vor ihnen nicht als ihr Herr, sondern als ihr Genosse erscheinen. Tritt das Patronat in dieser Gestalt auf, so mag man anfangs misstrauisch gegen dasselbe sein, ja es von sich weisen: es wird zuletzt doch triumphiren. Es ist so sehr in der Natur der Dinge begründet, dass der Arbeiter unfehlbar durch die That seine Vortheile anerkennen muss. Gehen die Arbeitsherren in ihren Beziehungen zu den Arbeitern von diesem Standpunkte des Wohlwollens aus, so wird sicher auch die Institution sich einbürgern. Fast immer würden die Anwälte zuletzt bei Streitigkeiten, die sonst mit den ärgsten Zwistigkeiten endeten, einen billigen Ausgleich vermitteln. Also eine Art Schiedsgericht würde hergestellt werden oder ein Einigungsamt.

Ruhen die Beziehungen zwischen Reich und Arm auf der beiderseits freien Zustimmung, dann gelangt die wahre Solidarität, welche die Menschen durch gegenseitige Opferwilligkeit und Liebe miteinander auf's Innigste vereinigt, zur vollen Herrschaft. Weit entfernt, dass das Patronat die Freiheit und Gleichheit beeinträchtige, krönt es sie vielmehr dadurch, dass es die Gemeinschaft zwischen Reich und Arm unter jenen Bedingungen

verwirklicht, unter denen sie allein bestehen kann, ohne die natürliche Ordnung des menschlichen Lebens umzustürzen. Durch das Patronat und durch die beständigen innigen Beziehungen, die es zwischen Reich und Arm herstellt, bildet sich eine gewisse Gemeinsamkeit der Ideen, Gefühle und Anschauungen, die ohne dasselbe unmöglich wäre. Der Reiche lernt vom Armen jene oft richtige Auffassung der menschlichen Bestimmung und jene muthvollere Festigkeit im Unglücke, die letzterer aus seiner harten Lage gewinnt. Vom Reichen hingegen kann der Arme jene geistige Erhabenheit und Auszeichnung, jene vorsichtige Lebensart, jene Weisheit in Schonung der Hülfsmittel und ein gewisses Verständniss der allgemeinen Interessen lernen: lauter Vortheile, auf welche der ganz der Handarbeit hingegebene Arbeiter aus sich selbst nicht gerathen würde. Bei diesem wahrhaft christlichen und liebevollen Patronate empfängt Jeder eben so viel, als er giebt, und Keiner kann sich für entwürdigt oder verkürzt halten, weil er das natürliche Gesetz der menschlichen Gesellschaften ausübt, welches darin besteht, dass Einer für den Andern und Einer durch den Andern lebt. Ohne den Geist der Entsagung wäre das Patronat für die Arbeitgeber nur ein Mittel, die Arbeiter schneller und vollständiger zu unterjochen. Allerdings stösst man heutzutage unter den Gewohnheiten des Industrialismus auf Anzeichen, welche zu der Behauptung berechtigen, dass diese Gefahr kein blosses Hirngespinst ist.“

Was wir in Deutschland als „patriarchalisches Verhältniss“ von namentlich ländlichen Arbeitgebern empfehlen hören, läuft meistentheils auch auf die Sehnsucht hinaus, die väterlichen Rechte auszuüben, von den väterlichen Pflichten sich aber selbst dispensiren zu dürfen. Sehr störend würde es auf solche pseudopatriarchalischen Verhältnisse wirken, wenn ein staatlicher Arbeitsinspector sich gelegentlich einmal darum kümmerte, ob der patriarchalisch bewirthschaftete Arbeiter auch etwa schlechter als die Schweine — als die Pferde ist ganz gewöhnlich — des gnädigen Herrn und Patriarchen wohnte, und ob er vielleicht 13—14 Stunden arbeiten muss. Wie wir sehen werden, lieben die belgischen Patrone eine solche unzarte Einmischung in ihre weiteren Familienverhältnisse so wenig wie mancher deutsche Patriarch. Das Patronat, sagt Périn, könne nur auf dem Boden der Freiheit gedeihen. Ein gesetzliches oder Staatspatronat würde, wenn es sich mit allen Arten von Elend und Mangel, denen das Patronat Abhülfe und Erleichterung zu bringen berufen ist, befassen wollte, nichts sein als die allgemeine Knechtschaft des Socialismus. — Aber zwischen solchem Zwangspatronat und einer gesetzlichen Regelung und Beaufsichtigung gewisser Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ist doch ein Unterschied.

„Solches Zwangspatronat, meint Périn, erfordert nur eine mittelmässige Sittlichkeit. In der sittlichen Schwäche derjenigen, denen es aufgedrungen wird, beruht gerade seine Lebensfrage. Sichert auch die Abhängigkeit der Massen die äussere Ordnung, so kann sie auf der andern Seite doch nie ihre Intelligenz steigern, noch ihre sittliche Kraft erhöhen. In unterjochten Massen findet sich weder für das Gute noch für das Böse eine Spannkraft vor. Die guten Eigenschaften bei ihnen sind so zu sagen nur passiv. Die Freiheit hat zwar mehr Gefahren, aber auch mehr Verdienste und Hilfsquellen in ihrem Gefolge. Sie ist heutzutage das einzige

Gesetz für alle socialen Beziehungen und die Grundbedingung des Erfolges für alle socialen Werke. Soll das Patronat sein Glück machen, so muss es freiwillig dargeboten und freiwillig angenommen werden. Wo nicht, dann wird es beim Geiste unserer Zeiten auf unbesiegbaren Widerspruch stossen.

Welches sind aber, ausser der Freiheit aller Parteien, die Bedingungen, von denen die Wirksamkeit des Patronates abhängt? Cherbuliez, ein Publicist, der die Nothwendigkeit des Patronates ins hellste Licht gesetzt und beachtenswerthe Winke über seine Organisation gegeben hat, fasste diese Bedingungen so zusammen: „Die Thätigkeit des Patronates muss drei Charakterzüge haben, welche sie besonders auszeichnen und ihre ganze Wirksamkeit erklären. Sie muss local, persönlich und beständig sein.“

Ausser diesen allgemeinen hat das Patronat noch besondere Bedingungen, je nach der Natur der Arbeiten, welchen sich die Arbeiterbevölkerungen widmen. Bei der Industrie ist das Patronat unstreitig am schwersten in Ausübung zu bringen, und doch am nothwendigsten. Die Pflicht, es auszuüben, liegt naturgemäss den Fabrikherren ob. Dieses Patronat muss hauptsächlich zwei Punkte ins Auge fassen und zu heilen suchen: die Lockerung der Familienbande bei einem Theile der Arbeiterbevölkerung und die durch das Zusammenleben der Geschlechter und Lebensalter in den grossen Werkstätten verursachte Entsittlichung. Auch müssen die Industriechefs sich Mühe geben, die sittlichen und physischen Uebel, welche der Aufenthalt in den Werkstätten mit sich bringt, dadurch zu mindern, dass sie für die intellectuelle und sittliche Fortbildung der Arbeiter Sorge tragen und emsig Mittel an die Hand geben, dass dieselben, die von der Fabrik nur zu spärlich freigelassenen Augenblicke der Ruhe nützlich anwenden. Wie man mit Recht bemerkt hat, besonders bezüglich der zwei ersten Punkte, haben die Fabrikherren vorzüglich deshalb ihre männlichen und erwachsenen Arbeiter theilweise durch Weiber und Kinder ersetzt und ihre Arbeiter zu Hunderten in gemeinschaftliche Werkstätten zusammengethan, um sich eine vortheilhafte Stellung auf dem Felde der Concurrenz zu sichern. Sie sind daher moralisch dazu verpflichtet, Alles zur Behebung jener Uebel aufzubieten, die eine Folge der von ihnen herbeigeführten Zustände sind, so schwierig dies auch sein mag. In nicht so schwieriger Lage erscheint das Patronat auf landwirthschaftlichem Gebiete. Keine der allgemeinen Ursachen, welche die Thätigkeit des Patronats bei der Grossindustrie hemmen, findet sich im landwirthschaftlichen Leben. Im Gegentheile macht die freie Natur den Arbeiter für alle guten Eindrücke empfänglich und kommt mit ihren heilsamen Einflüssen den liebevollen Bemühungen der höheren Klassen zu Hilfe. Man braucht hier nur eine gewisse Trägheit, eine gewisse Erstarrung in der Gewohnheit zu besiegen. Auch muss man der Unwissenheit und einer gewissen Einfältigkeit begegnen, die manchmal in Rohheit ausartet. Doch ist diese Aufgabe verhältnissmässig leicht, wenn man das natürliche Ansehen in Betracht zieht, welches der Grundeigenthümer über seine Pächter und alle diejenigen, die in seinem Dienste stehen, behauptet, und wenn man erwägt, wie sehr der unmittelbare und beständige Verkehr des Pachtherrn mit seinen ländlichen Arbeitern Alles erleichtert. Nur in Folge der strafbarsten Nachlässigkeit oder der verwerflichsten Selbstsucht konnte das Patronat bei solchen Verhältnissen in Verfall gerathen oder zuweilen ganz verschwinden.

Das Patronat steht aber auch Allen zu, welche Einsicht, Weisheit, und Musse haben, es zu üben. Der Kirche besonders muss bei diesem

Werk der socialen Restauration eine wichtige Rolle zufallen. Die Kirche hat insbesondere die Mission, die Kleinen und Schwachen zu stützen, zu führen und zu stärken. Sie hat sich ihnen zu allen Zeiten liebevoll zugewendet und ihnen einen Schutz gewährt, in dem sie immer ihre sicherste Zuflucht und ihre Hauptstärke fanden. In Mitte der Verwirrung und Auflösung, die der Triumph der individualistischen Bestrebungen über unser sociales Leben gebracht hat, steht die Kirche allein in fester Organisation da; sie allein ist heutzutage im Stande, die Ordnung durch die Freiheit wieder herzustellen. Und ist das nicht die Lebensfrage unserer Zeit? Durch die Freiheit muss man die Welt wieder zur Ordnung und hierarchischen Gliederung zurückführen. Die Kirche nur wendet sich immer an die Freiheit und an die völlig selbstgewollte Unterwerfung der Gewissen. Diejenigen, welche sie für ihren Glauben gewonnen hat, unterwirft sie der Autorität einer ganz geistigen Hierarchie, die sich auf die freie Anhänglichkeit der Gewissen stützt. Die Entsagung, die das erste Gesetz katholischer Zucht ist, vereinigt durch einen Act der Selbstverleugnung, welcher der Act der Freiheit mit Auszeichnung ist, alle Willenskräfte zu einem und demselben Centrum. Eine Macht, deren Autorität die Entsagung zur Grundlage hat, versteht es am besten, die Freiheit zu zügeln. Die Kirche ist deshalb mit Auszeichnung die organisatorische Kraft für die Freiheit und ihr fällt bei der Wiederherstellung des Patronats durch die Freiheit die Hauptrolle zu. Durch Association und Patronat gelangt die Freiheit zur Organisation . . . Patronat in Verbindung mit Association ist gegenwärtig die Form jener Disciplin, die der Freiheit unentbehrlich ist und ohne welche sie so viele und schmerzliche Proben zu bestehen hat. Das Princip dieser Disciplin ist gerade auch das Princip der katholischen Disciplin, nämlich das Princip der Entsagung; und das Hauptcentrum, um welches sich das Patronat bilden muss, ist die katholische Kirche. Dass die Kirche dieses Geschick und die Macht für das Patronat besitzt, ist wahrlich heutzutage eben so offenkundig, als es jemals war. Alle Einrichtungen der katholischen Kirche sind wunderbar dazu geeignet, ihre Einwirkung auf das Volk zu erleichtern. Ihre Festtage, die zugleich Ruhetage sind, bilden eines der Hauptmittel, ja, man darf sagen, eine der nothwendigsten Bedingungen, um das Patronat auszuüben. Wie könnte die christliche Liebe zum Beispiel an den Fabrikarbeiter kommen, der täglich zwölf, manchmal sogar vierzehn Stunden an die Maschine gebunden ist, wenn ihm nicht der Sonntag einen Augenblick der Ruhe und Musse sicherte?“

Des weiteren empfiehlt Périn das Mönchthum für die Ausübung des Patronats.

Die Freiheit ist zum Individualismus geworden. Das Heilmittel gegen dies Uebel liegt in der aufrichtigen Rückkehr zu den Gebräuchen der christlichen Gesellschaft. Während die Kirche zu jeglicher Freiheit den Anstoss gab, bewahrte sie die Gesellschaft mittelst des Patronats und der Association vor den Gefahren des Individualismus. Die Ausführung der vollständigen Freiheit der Arbeit und der Arbeiter mit den Principien der Solidarität und Hierarchie ist die grosse Aufgabe der Zeit. Der Individualismus strebt heutzutage danach, die Menschen zu isoliren, wie die Barbarei in den ersten Jahrhunderten des Mittelalters die Völker isolirte. Damals musste man die Völker den Völkern näher bringen. Heutzutage muss der Mensch dem Menschen nahe gebracht werden.

Die Liebe und die Entsagung sollen die Klassengegensätze abschwächen helfen. Der grossen Masse gehört die Arbeit der Hände, den hö-

heren Klassen die Arbeit der Liebe, eben das Patronat. Es ist aber nicht genug, dass das Patronat die Grossen und Mächtigen den Kleinen und Schwachen nahe bringe; auch die Schwachen müssen durch Associationen ihre Kräfte vereinigen, so dass Grosse und Kleine wahrhaft einig sind, sich gegenseitig zu stützen und zu tragen.

In dem Obenstehenden glaube ich nichts Wesentliches aus Périns Abhandlung über das Patronat übergangen zu haben. Auch der Bischof von Montpellier weist in einem Hirtenbrief auf das Patronat unter Leitung der Kirche als einzige Hülfe hin. Man beachte wohl, als einzige. Weder er noch Périn noch die anderen katholischen Socialisten Belgiens verlangen Gesetze zum Schutz der Arbeiter durch den Staat. Auf diesen charakteristischen Punkt komme ich noch zurück.

Um die Tendenzen dieser Partei, welche in Frankreich die nehmlichen sind, ganz klar zu stellen, lasse ich einen Auszug aus einer Broschüre folgen, welche 1872 erschien und zur Bildung der „Ligue nationale Belge“ führte. Diese in Brüssel anonym erschienene Broschüre hiess: „L'Internationale remplacée par un publiciste en retraite.“

„Die sociale Frage — beginnt der Verfasser — ist deshalb so drohend, weil wir nicht mehr in Zeiten leben, in welchen die Enterbten dieser Welt geneigt sind, in dem tiefen Gefühl der Gleichheit vor Gott einen Trost zu finden, der sie in ihren eigenen Augen über die Misère ihrer irdischen Existenz erhebt; die himmlische Hoffnung ersetzt ihnen nicht mehr die irdische Entbehrung. Dagegen erweckte man in ihnen die Idee der absoluten Gleichheit der Menschen unter einander, aus der die gleichmässige Vertheilung der irdischen Genüsse folgt. Eine verführerische aber vollkommen legitime Idee, sofern die individuellen Interessen danieden das höchste Gesetz sind, sich selbst ihr Recht zu verschaffen. So ist heute schon — in Belgien — die Stimmung der Majorität der Arbeiter. Die Liquidation zwischen Reich und Arm, zwischen Herr und Arbeiter, Capital und Arbeit ist eröffnet und wird sich bis an's Ende vollziehen. Und diese Liquidation wird durch friedlichen Accord beendet werden, oder zu schrecklichem Kampfe führen, je nachdem man bei den Verhandlungen der Regulirung vom Geist des blinden Egoismus oder den Gefühlen der Gerechtigkeit und menschlicher Brüderlichkeit geleitet und beseelt wird. Unglücklicherweise ist das Gefühl der Nothwendigkeit solcher Liquidation den oberen Klassen noch fast ganz fremd und die Folge ist, dass die Internationale sich derselben mit Erfolg bemächtigt. Was sollen aber die höheren Klassen thun? Die Gesellschaft muss umkehren zu den grossen Gesetzen der Gerechtigkeit, Mildthätigkeit und Gemeinsamkeit, die Gott selbst zum Fundament der menschlichen Gesellschaft gemacht hat, muss zurückkehren zu diesen constitutiven Gesetzen.“

Leider definirt uns der Verfasser diese Gesetze nicht genauer. Wir sitzen wie Abraham vor dem Hain Mamre, da der Tag am heissesten ist und sehen den Hain vor uns und erfahren, dass das Heilige darin ist, aber wir sehen es nicht. Ein mystisches Dunkel ist über die letzten Zielpunkte verbreitet. Dagegen sind die zunächst zu durchlaufenden Stadien klar abgesteckt: die Gesetzgeber müssen die Sache in die Hand nehmen. Alle übrigen Dinge, welche die Gesetzgeber beschäftigen, betreffen nur den modus vivendi, — die sociale Frage aber die Existenz selbst. — Und das ist sehr wahr!

Die Legislatur kann die sociale Frage auch nicht lösen, aber sie kann sie den blinden Leidenschaften der Massen entwinden, kann gewisse partielle Lösungen suchen, grössere vorbereiten, ihre Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen bezeugen, die Regierung veranlassen, diese Lebensfrage zum Gegenstande eifrigsten Studiums und darauf zu bauender Gesetzvorschläge zu machen."

Diese Aufforderung an die gesetzgebenden Körper ist in Belgien am Platz, da die Regierung dort nur ein Ausschuss der Parlaments-Majorität ist. „Sollte in Belgien unmöglich sein, was in England geschieht, — dass nämlich einflussreiche Mitglieder einer grossen Partei — der Tories — nach einer Basis der Vereinbarung mit den Arbeitern suchen? Sollte — in Belgien — dies nicht um so schneller in Angriff genommen werden, weil es ein neutrales Land ist und sich an ihm die Wellen der Revolution brechen, nicht aber von dort ihren Ursprung nehmen sollten? Wenn schon weder Kammern noch Regierung in Belgien dies erwünschte Resultat erreichen können, so können sie dem „öffentlichen Geist" einen heilsamen Anstoss geben. Freilich, die Staatsintervention auf wirthschaftlichem Gebiet steht heutzutage in geringer Gunst. Aber ist die Regierung nicht der geborne Beschützer der vitalen Interessen des Landes, der Repräsentant der Ordnung, Begünstiger der Fortschritte in Handel, Industrie, Ackerbau, Kunst und Wissenschaft? Pflegt sie nicht Unterricht und Justiz? Und das ist Alles nicht von secundärer Wichtigkeit gegenüber der socialen Frage, — die das Alles selbst in Frage stellt?

Und stellt nicht die Internationale jenes Alles selbst in Frage? hat sie nicht die österreichische, französische, spanische Regierung zu Vorkehrungen und gemeinsamen Verhandlungen gezwungen? Hat nicht — sagt Verfasser, — selbst die preussische Regierung, trotz unerhörter Erfolge auf rein politischem Gebiete, ihren Einfluss bedroht gesehen durch die Bewegung unzufriedener Arbeiter? Hat sie, trotz ihrer furchtbaren Macht, nicht Hülfe bei anderen Regierungen gesucht gegen eine Macht, die, im gegebenen Moment, selbst die ihrige in Frage stellen kann? Und hat diese sich nicht in Paris furchtbar gemacht? Functioniren nicht ihre Comités in Deutschland, Frankreich, Belgien, Oesterreich, Spanien, Schweden, Dänemark, Russland, Amerika? Ist ihre Basis nicht der Atheismus, ihr Ziel der Communismus, die Vernichtung der bestehenden Gesellschafts-Ordnung, ihr Mittel nicht die brutale Gewalt der rohen Massen? Hat sie nicht die ganze civilisirte Welt alarmirt? Aber welche Waffe hat die alarmirte civilisirte Welt? Repression? Ist Repression nicht oft synonym mit Compression und führt Compression nicht zur Explosion?? Was macht die Kraft der I. aus? „Es ist der Fond von Wahrheit und Gerechtigkeit auf dem sie ihr System der Irrthümer und Gewaltthat gründet. Dadurch zieht sie ehrliche Arbeiter an sich trotz ihrer schuldvollen Doctrinen. Nur weil sie, und zwar sie allein bisher sich zum Organ ihrer gerechten Klagen gemacht hat, beherrscht sie die Gemüther der Arbeiter. Man nehme ihr diesen Fond von Wahrheit und man stürzt damit das übrige ganze System der Irrthümer. Man nimmt ihr diesen Fond durch ein einfaches Mittel, indem man ihn sich selbst aneignet.

Bei der vernünftigen Majorität der Arbeiter nimmt man der I. jeden Credit, wenn man sich an ihre Stelle setzt und zu ihren Gunsten diejenigen Reformen verlangt, die sie zu fordern ein Recht haben, natürlich ohne die verkehrten Forderungen der I. zu stellen.

Leider sagt uns unser College en retraite nicht, was die Arbeiter Alles zu fordern ein Recht haben. Es wäre interessant zu wissen, welche Zugeständnisse die Klerikalen den Arbeitern machen wollen.

Um den Einfluss der I. wirksam zu bekämpfen, muss man sich wohl hüten, ihre Sache mit derjenigen der Arbeiter zu verwechseln. Man muss nicht vergessen, dass die I. nicht die Arbeiterfrage erfunden hat, sondern dass die vernachlässigte Arbeiterfrage die I. erzeugt hat, mangels einer besseren Lösung. Diese bessere Lösung muss man suchen und finden, und hat man sie gefunden, zur Ausführung bringen. Man muss diese grosse Arbeiterfrage da aufnehmen, wo sie war, als die I. sich ihrer bemächtigte, d. h. degagirt von diesem unreinen Anhang der sie beschmutzt und compromittirt selbst in den Augen der Männer, welche die brennendsten Sympathien für das Geschick der unteren Klassen haben. Dann würde die I., welche ohnehin schon einer grossen Anzahl von Arbeitern verdächtig ist, die sich danach sehnen, von ihrer compromittirenden Vormundschaft befreit zu werden, wenn sie nur einen anderen Halt fänden, sich entweder verdammt sehen, abzudanken, oder eine rein subversive Rolle weiter zu spielen, die sie dann, aber auch nur dann voll und gerechter Weise unter den Griff des Gesetzes bringen würde.

Aber was soll nun der Staat in Belgien thun? Vor allen Dingen, mit welchem Recht soll der Staat überhaupt etwas thun?

Hängt das ökonomische Gesetz der Frage und des Angebots, der freien Concurrenz vom Staate ab? Kann er den Patronen befehlen, gerecht, human, wohlwollend, mildthätig zu sein? Kann er den Arbeitern befehlen, mässige und vernünftige Forderungen zu stellen? Ist er nicht incompetent auf wirthschaftlichem Gebiet?

Diese Incompetenz, welche man so oft vergisst, wird stets gern hervorgehoben, wenn es sich darum handelt, sich von gewissen lästigen Pflichten zu befreien. So sehr man in gewissen Fällen den Kreis der Staatsbefugniss zu erweitern sucht, so sehr sucht man ihn in anderen Fällen zu verengen. Diese Incompetenz, hinter welche gewisse Leute den Staat verschanzen wollen, hält dieselben Leute trotzdem nicht ab, an andere Aufgaben ihn heranzuführen, an die sich zu machen er nicht mehr Recht hat oder zuweilen sogar noch weniger. Da hat und wünscht man Staatsintervention in eine Menge von Dingen, welche bei Lichte besehen, mindestens eben so sehr Domaine der Privat-Initiative sind, als die Arbeiterfrage. Ist nicht die Agricultur, Industrie, der Handel ebenso dem Gesetz der Frage und des Angebots unterworfen und also berechtigt, sich selbst, der freien Concurrenz allein überlassen zu bleiben? Und dennoch hat der Staat in Belgien wie anderwärts sie mit Recht unter ihre specielle Protection genommen. Er entwickelt und fördert sie durch Gesetze, Verträge, Massregeln aller Arten. Nicht genug mit dieser directen Action trägt er indirect zu ihrem Gedeihen bei, indem er durch Unterricht die Regeln, Methoden, Principien des Faches zum Gemeingut der Fachgenossen macht, Fortschritte oft sogar durch Prämien — belohnt, obgleich die so Ausgezeichneten in der That eigentlich nur ihre eigenen Interessen gefördert haben. Auch ist der Staat ja selbst Unternehmer, Gewerbetreibender. Er transportirt Menschen und Waaren und monopolisirt den Transport der Briefe, ohne sich darum zu kümmern, dass die Fähigkeit, durch Handschrift zu correspondiren, was nur eine andere Form der Sprache ist, um sich gegen Indiscretion zu schützen, durchaus dem Naturrecht angehört. Er beschäftigt sich mit der Gesundheitspflege. Er begünstigt die Kunst, nicht weil sie ein integrirender Theil der Industrie wäre, sondern weil sie eine Quelle der Annehmlichkeit ist, weil sie das intellectuelle Niveau der Nation hebt und mehr Glanz auf sie wirft. Er schafft Museen, Akademien, Observatorien. Er mischt sich ein in die Pflege der Wissenschaften; lässt Latein und Grie-

chisch lehren, vertheilt Diplome, die keineswegs Fähige schaffen und keine Gewähr für ihren guten Gebrauch liefern. Er verbessert die Pferdezucht und vertheilt Rennpreise. Kurz, er hat die Hand in einer Menge von Dingen, in denen seine Intervention zwar nützlich und wünschenswerth ist, in denen sie aber jedenfalls lange nicht so nothwendig ist, als in der Lösung der Frage: Wie verbessert man die Lage der arbeitenden Klassen? Es ist unbegreiflich und eine unerhörte Inconsequenz, dass man gerade diese Frage vernachlässigt unter dem Vorwande der Incompetenz und ihre Lösung dem Zufall anheimgiebt, da doch alle jene andern Wirthschaftszweige, an die die Regierung die Hand legt, untrennbar von ihr sind. In Wahrheit hält auch nicht die Rücksicht auf Incompetenz die Regierung ab, etwas zu thun, sondern die Schwierigkeit, zu ermitteln, was sie thun soll, und so thut sie lieber gar nichts. Doch muss etwas geschehen. Die Basis des Gesellschaftsbaues — jetzt fliessender Sand — muss befestigt werden, das ist wichtiger, als seine Façade durch allerhand Arabesken zu verzieren. Und doch fragt man heute sogar noch, ob es überhaupt gerathen sei, nur diesen oscillirenden Untergrund überhaupt zu untersuchen. Denn die Regierung kennt bisher nicht die physische, intellectuelle und moralische Lage der Arbeiter in den verschiedenen Theilen des Landes. Sie weiss nicht, was etwa hier und da geschieht, um dieselbe zu verbessern. Die Regierung kennt nicht die Schriften, Broschüren, Publicationen aller Art, die sich auf diese Frage beziehen und welche doch von der Regierung gesammelt, unterstützt, auf ihre Kosten verbreitet, den Volks- und Schulbibliotheken einverleibt werden müssten, wo sie die Anfangsgründe gesunder socialer Grundsätze verbreiten würden und schon in der Jugend die Arbeiter gegen Ansteckung durch gefährliche Doctrinen schützen würden. — Die Regierung thut nichts und hat nicht die geringste Uebersicht und Kenntniss von der Sachlage, aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie niemals daran gedacht hat, ein specielles Amt zur Behandlung dieser wichtigen Frage einzurichten.

Was könnte es wohl schaden, wenn die Regierung genau und schnell erführe, was im In- und Auslande geschieht, um die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern und alsdann solche local sich bewährenden Massregeln durch Ermuthigung der Betheiligten allgemeiner zu verbreiten suchte? Würde die Regierung sich etwa wegwerfen, wenn ihre Beamten in Verbindung mit Arbeitgebern, Arbeitern, Literaten und Gelehrten träte, welche ein Urtheil in der Sache haben? Veranlasst der Staat nicht Publicationen über allerhand öffentliche Angelegenheiten, sogar über Kunst und Wissenschaft mit grossen Kosten, — und er sollte kein Geld haben für solche Publicationen, welche bezwecken, das Geschick der arbeitenden Klassen zu verbessern? Die Regierung müsste zuverlässige Nachrichten veröffentlichen über folgende Fragen: Arbeiterwohnungen, Sparkassen, Unterstützungs- und Sterbekassen, Volksbanken, Consumvereine, Bewegung unter den Arbeitern, Strikes etc. Von solchen zuverlässigen Nachrichten und durch Belohnungen, welche von der Regierung ausgehen (Commerzienrathstitel, Orden, Prämien), würden viele Arbeitgeber zur Nachahmung empfehlenswerther Beispiele angespornt, würden nicht Zeit und Mittel an verfehlten Experimenten verschwendet werden. Eine permanente Commission, nicht von Beamten, sondern von Männern der verschiedenen Berufskreise, welche ein Herz und Verständniss für die Sache bereits bewiesen haben, müsste gebildet werden zum Studium dieser Fragen. Sie müsste correspondirende Mitglieder in allen Ländern haben, die Centren der Industrie besuchen mit obrigkeitlichem Auftrag,

die Resultate ihrer Forschungen der Regierung zu unterbreiten, welche sie veröffentlichte.

Die I. hat sich zum natürlichen Repräsentanten der Interessen der arbeitenden Klassen gemacht. Man schaffe dafür einen anderen Repräsentanten. Man constituire eine grosse Association, die nur aus anständigen Elementen besteht, welche sich an die Stelle der I. setzt, um auf legitimem Wege nothwendige Reformen durchzusetzen. Wie aber sollen die Mitglieder dieses grossen Arbeiterbundes gesetzlichen Einfluss gewinnen? Will man ihnen das allgemeine Wahlrecht geben? Nein!

Nicht, indem man schon heute oder morgen, wie einige Reformer wollen, durch eine Revision der Verfassung sie zur Ausübung Eurer (der Abgeordneten) Rechte beruft, sondern indem Ihr Euch Eurer Rechte bedientet, um einigermassen diese Freunde der Ordnung aus ihrer bisherigen staatlichen Machtlosigkeit zu erheben und ihnen einen gewissen Antheil an den Wohlthaten des politischen Lebens zu geben, von dem sie ausgeschlossen sind. Diese Ausschliessung, so gerechtfertigt sie sein mag, ist in den Augen der Arbeiter ein Hauptbeschwerdepunkt. Die arbeitende Klasse existirt als anerkannter politischer Factor — in Belgien — nicht.

Nehmen wir an, dass sich unter den Arbeitern eine radicale Scheidung der Ordnungsfreunde von den Männern der Unordnung vollzieht; die Ordnungsmänner haben ihr eigenes anerkanntes Organ; dieses Organ hat eine gesetzlich garantirte Existenz; durch dasselbe tritt die Legislative mit der gesunden Arbeiterpartei in Rapport. Ein solcher conservativer Arbeiterbund wird entstehen, sobald die öffentlichen Gewalten laut ihre Absicht ausgesprochen haben werden, ihn als den legalen Repräsentanten der arbeitenden Klassen anzusehen. Die Arbeiter würden diesem Vereine zahlreich beitreten und sich von der I. abwenden, weil es dort mehr zu hoffen, hier nur zu fürchten giebt. Um dies erwünschte Ziel zu erreichen, genügte es, wenn die Kammern ein Gesetz von folgendem Inhalt annähmen:

„Die Regierung wird mit ihrer ganzen Kraft, mit ihr passend erscheinenden Mitteln in Belgien die Bildung und Verbreitung von conservativen Arbeitervereinen befördern, von Vereinen, welche den Zweck haben, nach ihren Statuten und nach den Verpflichtungen, welche die Mitglieder bei ihrer Aufnahme eingegangen sind, das Schicksal der arbeitenden Klassen nach allen Richtungen hin zu verbessern, aber nur durch die Anwendung solcher Mittel, welche conform sind den göttlichen und menschlichen Gesetzen, auf denen die sociale und politische Ordnung beruht.“

Wenn diese Vereine zahlreich genug sein werden, um sich verbündend einen Centralverein zu bilden, indem sie Repräsentanten wählen, welche die „Allgemeine belgische Association der Repräsentanten der Arbeit und der Ordnung“ sind, soll diese Association officiell anerkannt werden als das berechtigte Organ der arbeitenden Klasse Belgiens. Auf Grund dieser Anerkennung soll sie durch ihr Comité der Regierung ihre Wünsche unterbreiten, welche zunächst mit dem Wohlwollen und der Aufmerksamkeit examinirt werden, die sie verdienen und zwar durch eine Special-Commission, welche die Comitémitglieder vernehmen darf. Ist diese Commission mit den vom Comité unterbreiteten Wünschen nicht einverstanden, so soll die Association eingeladen werden, wenn es geht, ihre Vorschläge abzuändern, finden die Wünsche aber Beifall, so soll ihr gestattet sein, sie zu erneuern, und zwar durch die Intervention einer zu dem Ende ernannten Deputation, welche in feierlicher Audienz von einem

besonderen Minister empfangen wird, der vom Könige für diese Angelegenheiten ernannt ist (Arbeitsminister). Die so formulirten Wünsche der Association werden ihrer Natur nach den Gegenstand von Gesetzentwürfen oder administrativen Massregeln bilden. Es wird für die entstehenden Unkosten ein besonderer Posten in's Budget gesetzt.

Der Verfasser beruft sich dann auf den Herrn Bischof v. Ketteler, welcher sagte:

„Wenn die Regierungen frei und offen der arbeitenden Klasse eine Organisation geben könnten, welche ihr gestattete, sich in eine starke Association zu entwickeln und die nothwendige Unabhängigkeit wieder zu gewinnen, so würden wir diese Massregel für eine der wichtigsten und wohlthuendsten halten, deren Resultate man voraussehen kann. Aber man möchte fast daran verzweifeln, unsere gegenwärtigen Regierungen eine schöpferische Initiative ergreifen zu sehen."

Verfasser erwartet, dass die Arbeiter, so organisirt und zu einer Aussprache ihrer Wünsche berechtigt und befähigt, mit praktischem Sinne nur Ausführbares erstreben und mit Geduld gewisse Uebel ertragen würden, gegen die es eben keine Abhilfe giebt. Die der Staatskasse etwa erwachsenden Kosten kämen nicht in Betracht, verglichen mit den Kosten, welche die Niederdrückung der jetzt so oft ausbrechenden Arbeiterunruhen verursacht, und den Verlusten, welche das Nationaleinkommen durch die Strikes alljährlich erleidet.

Gegen Ausschreitungen, welche diesen conservativen Vereinen nicht angehörige Arbeiter sich erlaubten, müsse mit Energie eingeschritten werden.

Soweit unser College en retraite.

Nun vergleiche man unbefangenen Blickes diese Pläne mit denen der deutschen Christlich-Socialen, wie ich sie im I. Bande geschildert habe.

Der Anonymus will erstens den Arbeitern nicht das allgemeine Stimmrecht geben. Hiergegen sträuben sich die Christlich-Socialen nicht. Ich plaidire nun nicht für solches Recht. Wo man Stände hat, soll man ständisches Wahlrecht geben. Wo es angeht, soll man die in Individualismus aufgelöste Gesellschaft in Stände organisiren und nun ständisches Recht geben. In Oesterreich macht man einen schwachen Versuch dazu. Der Grossgrundbesitz, die Landgemeinden, Handels- und Gewerbekammern haben das Wahlrecht. Den zu schaffenden Arbeiterkammern will man es nicht geben. Sie sollen auch nur Wünsche formuliren dürfen. Aber in die Arbeiterkammern dürfen wenigstens alle Gewerke Delegirte senden.

In Belgien hat man kein ständisches Wahlrecht, nur einen hohen Census. Hier hinein passt schon eine Arbeiterkammer mit dem Recht der Delegation nicht. Aber auch das soll sie nicht haben, sondern nur das Recht der Petition, das allerdings feierlich aufgeputzt ist. Das Aergste ist indess, dass auch nur sogenannte conservative Arbeitervereine das Recht derartiger Organisation haben sollen, d. h. hier solche Vereine, welche von Klerikalen geleitet werden. Das wäre doch eine Parteigesetzgebung und würde den Hass aller nicht klerikalen Arbeiter nur heftiger machen. Und es ist doch zweifellos, dass, wenn der Staat sich mit

Gesetzen für die Arbeiter beschäftigt, sie alle Arbeiter betreffen muss, nicht solche von besonderer — und wäre sie die achtbarste Gesinnung. Max Hirsch hat allerdings dem Bundesrath einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eben nur seinen Gewerkvereinen gerecht wird. Aber das ist doch ein Unding. Dagegen erschien der Ausspruch des belgischen Socialistenblattes „Liberté“ über jene Broschüre ganz billig. Sie sagte, auch sie verlange Arbeiterkammern, aber derartig componirt, dass ohne jegliche Regierungseinmischung jedes Gewerk seine Repräsentanten wähle, und zwar müssten diese Repräsentanten Arbeiter desselben Gewerkes sein.

Das von jener Broschüre gewünschte Recht der Petition existirt ohnehin für Arbeiter. Die verlangte Anerkennung solcher klerikalen Vereine verstösst gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung. Es ist das Recht der Klerikalen, wie jeder andern Partei, Arbeitervereine zu organisiren und es ist unter Umständen höchst verdienstlich, aber es ist nicht das Recht des Staates, eine besondere Arbeiterpartei gesetzlich zu protegiren.

Und was wird vom Staate verlangt? Eine permanente Enquête-Commission. Ganz gut. Aber die Andeutung selbst fehlt, welche Gesetze der Staat zu Gunsten der arbeitenden Klasse erlassen soll.

In der „Economie Chrétienne“ vom 15. April 1872 sagt der Recensent jener Broschüre: „Wenn ich mich nicht täusche, so bietet die „Föderation der katholischen Arbeitervereine“ schon die Realisation der vom Verfasser geäusserten Wünsche. Dies beweist uns wiederum die Wichtigkeit unseres „Werkes,“ dem wir unsere Kräfte weihen. Beweist es nicht auch gleichmässig, dass die Initiative der „Administration centrale“ nicht nothwendig ist, um sein Entstehen (eines solchen Bundes, Ligue, nämlich) hervorzurufen? Das heisst nicht, dass ich absolut die officielle Intervention verwerfe. Nur muss man ihr eine nützliche Rolle, präcise Grenzen anweisen und sie auf wohl determinirte Fälle beschränken.“

Auch in dem officiellen Blatte der Klerikal-Socialen eine ängstliche Besorgniss sogar vor der sehr mässigen Staatsintervention, welche die Broschüre fordert und von der man auch bisher noch nichts gehört hat.

Was verlangt aber der Christlich-Sociale Moufang? (S. 71 ff. I. Bd.) Schutz aller Art. Associationen — nicht bloss der christlich-socialen Arbeiter. Beschränkung der Arbeitszeit für alle Arbeiter, auch für Erwachsene. Gesetzliche Regelung der Lohnverhältnisse u. s. w. Endlich sogar Unterstützung von Productiv-Associationen, Wuchergesetze u. s. w.

Die Belgier haben sich bis jetzt noch nicht einmal zur Forderung von Gesetzen über Frauen- und Kinderarbeit aufgeschwungen! Nur um strenge Sonntagsfeier haben sie bei dem Minister und der Kammer petitionirt.

Wenn man nun bedenkt, dass in Belgien die Klerikalen auch jetzt noch in der Kammer die Majorität haben, dass das Ministerium ihrer Partei angehört und der König fast ohnmächtig ist, so

unterliegt es keinem Zweifel, dass, wollte diese Partei den Arbeitern ernsthaft gerecht werden, sie alle möglichen Gesetze zu ihren Gunsten durchsetzen könnte. Sie kennt die Forderungen der deutschen Christlich-Socialen. Sind doch die Schriften Ketteler's in Brüssel übersetzt erschienen und berichten doch ihre Blätter über die katholischen Congresse Deutschlands. Auch können sie sich nicht damit decken, dass sie nicht die Majorität ihrer eigenen Partei für sociale Reformgesetze gewinnen könnten, denn sie haben noch nicht einmal den Versuch gemacht, auch nur einen Antrag auf Einführung einer guten Fabrikgesetzgebung zu stellen. Augenscheinlich fürchteten sie, bei den Grossindustriellen der eigenen Partei Anstoss zu erregen. Herr Cloes sagt im Februarheft 1874, die katholischen Congresse von Malines 1864 und 1867 hätten sich mit der Frage der gesetzlichen Beschränkung der Kinderarbeit beschäftigt, „aber indem man vollständig die Missbräuche des herrschenden Systems anerkannte, wagte man nicht, einen bestimmten Wunsch zu Gunsten der Reglementirung zu formuliren.“

Dies „man wagte es nicht“ richtet die Katholiken Belgiens. Man wagte es nicht, „obschon man die Missbräuche anerkannte.“ Aus Furcht, die Gunst der reichen Fabrikanten zu verlieren, wagte man nicht die allerbescheidensten Forderungen zu stellen. Denn bescheiden sind die gelegentlichen Wünsche, welche man in dieser Richtung ausgedrückt findet.

Im Juliheft d. J. 1871 schreibt Herr de Jaer:

„Die Organisation der Frauenarbeit in den Fabriken erfordert ebenfalls ihre (der Katholiken) Aufmerksamkeit. Der Platz der Frau ist nicht in der Werkstatt, sondern am häuslichen Herd. Es würde indess unmöglich und sogar unklug sein, sie plötzlich aus der Arbeitsstätte auszuschliessen. Im Allgemeinen hat die Arbeiterin die Eigenschaften verloren, welche die gute Hausfrau ausmachen; aus diesem Gesichtspunkt muss ihre Erziehung anders werden, bis dahin muss sie freilich die Fabrik besuchen, um der Familie nicht zur Last zu fallen, anstatt ihr zu nutzen. Aber einmal Reformen hat man von den Industriellen zu verlangen zu Gunsten der Töchter und Familienmütter, welche die Werkstätten bevölkern! — In einer Menge von Etablissements ist keine Vorkehrung getroffen, um die Arbeiterinnen den gefährlichsten Versuchungen zu entziehen, da es doch so leicht wäre, die jungen Mädchen zu schützen, welche ihre guten Sitten zu bewahren wünschen. — Eine populäre Ligue, deren vornehmlichste Elemente die Mütter und Väter von Arbeiterfamilien sein müssten, würde auch eine sehr nützliche Mission zu erfüllen haben, indem sie sich die Pflicht auferlegten, von den Patronen es zu erlangen, dass überall, wo die Beschäftigung der Frau nicht zu vermeiden ist, man wenigstens alle geeigneten Mittel ergreife, sie vom moralischen Gesichtspunkt aus weniger gefährlich zu machen.“ Der Herr wendet sich also an die Arbeiter und nicht an die Herren. Ferner: „Das Schicksal des Lehrlings“ (hier augenscheinlich Kind und Jüngling gemeint, apprenti heisst es im Text) „erregt ebenfalls Sympathien. Grosse Anstrengungen sind von den begüterten Klassen gemacht, eine vernünftige Begrenzung seiner Tagesarbeit zu erlangen.“ Welche Anstrengungen? Sind die „begüterten Klassen“ nicht thatsächlich die Herrscher in Belgien? K. Marx sagt Seite 278, dass der englische Bevollmächtigte in Brüssel, Lord How-

ard de Welden, 1862 dem Foreign Office berichtet habe: „Der Minister Rogier erklärte mir, dass weder ein allgemeines Gesetz noch Localregulationen die Kinderarbeit irgendwie beschränken, dass die Regierung sich während der letzten drei Jahre in jeder Sitzung mit dem Gedanken trug, den Kammern ein Gesetz über den Gegenstand vorzulegen, dass sie aber stets ein unüberwindliches Hinderniss fand an der eifersüchtigen Angst gegen irgend welche Gesetzgebung im Widerspruch mit dem Princip vollkommener Freiheit der Arbeit." Infame Heuchelei des Ministers, welcher die „Freiheit der Arbeit und der Arbeiter" im Munde führt, um schon die entstehende Generation zum schnöden Vortheil des eigenen Geldbeutels auszunutzen bis zum Ruin! Die englische Regierung interessirte sich für den Gegenstand, weil die englischen Fabrikanten, welche Kinder von 9—13 Jahren nur 48, von 13—18 Jahren nur 69 Stunden wöchentlich beschäftigen dürfen, in der Concurrenz mit den belgischen Fabrikanten dadurch benachtheiligt sind, dass diese Kinder jeden Alters beliebig lange beschäftigen dürfen und es auch thun. An anderer Stelle giebt Marx an, dass in Kohlengruben auf je 1000 beschäftigte Personen 738 Männer, 88 Weiber, 135 Jungen und 44 Mädchen unter 16 Jahren, in Hochöfen auf je 1000 Männer 149 Weiber, 98 Jungen und 85 Mädchen unter 16 Jahren kommen. Das Jahr hat er leider nicht angegeben. Vom belgischen Capital gilt mit vollem Recht das schneidende Wort des furchtbaren Rächers des Proletariats an den beutegierigen, unchristlichen Industriellen, des Herrn K. Marx, der ihnen die Bluthunde der Internationale auf die Ferse gehetzt hat: „Wenn das Geld mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe auf die Welt kommt, so das Capital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend." Solch schmähliche Niedertracht in Ausnutzung der Arbeit musste eben die Reaction erzeugen, die ebenso furchtbar, grausam und gewaltthätig sich in den oben citirten Aeusserungen der belgischen Internationalen manifestirt. Die belgischen Industriellen und die belgischen Internationalen, beide sind einander werth. Aber letztere sind wenigstens aufrichtig und verbrämen ihre Intentionen nicht mit heuchlerischen Phrasen, wie erstere mit dem Stichwort „Freiheit der Arbeit." Und da hat ein Wortführer der katholischen Socialisten in Belgien noch den Muth von „de grands efforts des classes aisées" zu sprechen! Und es ist geradezu verwerflich, wenn er im Folgenden anzudeuten sich nicht scheut, als seien jene grossen Anstrengungen nicht zum Ziele gekommen, weil diese Klassen ihre Absicht nicht hätten durchsetzen können, denn er schreibt wörtlich: „Mögen nun auch die Arbeiter sich lebhaft mit dieser Frage beschäftigen! Mögen sie ihre Anstrengungen mit denen der Mitglieder der Bourgeoisie vereinigen." Weiss Herr De Jaer nicht, dass die Bourgeoisie allein in Kammern und im Ministerium herrscht und dass die Arbeiter durch den hohen Census ausgeschlossen sind? Weiss er nicht, dass, wenn die Bourgeoisie heute nur wollte, in vier Wochen alle social-reformatorischen Projecte Moufangs Gesetz in Belgien sein müssten, dass dazu keine Anstrengungen der Arbeiter nöthig sind und dass solche auf gesetzlichem Wege höchstens in einer Petition Ausdruck finden könnten? Was verlangt nun Herr De Jaer von den Arbeitern? „Mögen sie zunächst eine Reduction der Länge der Tagesarbeit verlangen; darauf mögen sie eine Stunde Unterricht pro Tag verlangen, und sie werden es erlangen." Eine Stunde Unterricht! Wie oft sagen die Katholiken, ihre Kirche allein könne die sociale Frage lösen! Wir ketzerischen Preussen sind weiter! Bei uns verlangt man gesetzlich drei Stunden täglich, und uns Social-Conservativen ist das noch lange nicht genug. Wir verlangen, wie die allerdings von den Liberalen abge-

lehnten Amendements von Wagener—Brauchitsch zur Gewerbeordnung bewiesen, das Kind bis zum vollendeten 14. Jahre ganz für die Schule. Herr De Jaer schreibt weiter: „Was würde es den Industriellen kosten, wenn sie in ihren Fabriken eine Schule einrichteten, die nur eine Stunde täglich geöffnet wäre? Welche immensen Resultate würden nicht diese 60 Minuten täglichen Unterrichts erzeugen! Die freiwillige Beschränkung der „adultes“ auf 12 Stunden Maximum täglich, jedesmal, wenn die Ansprüche der Industrie es erlauben könnten, würde eine ebenso leichte Reform, wie nützlich zu erlangen sein. In der That, man fängt allgemein an zu begreifen, dass es im wohl verstandenen Interesse der Patrone liegt, keine übermenschliche Arbeit zu verlangen, und die Grenze von 12 Stunden ist fast überall zugelassen. Es würde keine allzugrosse Anstrengung dazu gehören, um sie allgemein adoptiren zu lassen. An's Werk also!“

Man muss es lesen, um es zu glauben! Eine Partei, welche die Arbeiterfrage auf christlichem Wege lösen will, und behauptet, nur ihre Kirche könne sie lösen, lässt in ihrem officiellen Blatte zwölfstündige Arbeit und einstündigen Unterricht für erstrebenswerth, für „apprentis“ erklären, und auch das soll nicht einmal durch Gesetzeszwang durchgesetzt werden! Kommt noch dazu, dass dies Blatt sich im April 1872 gegen den Unterrichtszwang erklärt, obschon es zugesteht, dass 1869 von den Rekruten $24_{,8}$ pCt. weder schreiben noch lesen konnten. Da soll eine Stunde Unterricht nach 12 Stunden Arbeit noch Wunder wirken! So dumm, das zu glauben, darf die Redaction einer sonst geschickt geleiteten Monatsschrift einer grossen, das Land beherrschenden Partei nicht sein, das ist polizeiwidrig.

Charakteristisch auch, dass bis zum Juliheft 1874 incl. jene Monatsschrift keinen Bericht über die Mainzer Katholikenversammlung bringt; sie hätte doch da zu dem weitgehenden Programm der deutschen Katholiken Stellung nehmen müssen.

Die belgischen Klerikalen haben die Macht, eine gründliche sociale Reform durchzuführen. Sie kennen die Pläne zu einer solchen aus den Arbeiten ihrer deutschen Glaubensgenossen, aber sie thun keinen solchen Schritt. Ihre Patronats- und patronisirte Vereinsorganisation hat wirklich, abgesehen von gewissen Vortheilen für die Arbeiter, nur den Erfolg, ihre Herrschaft über einen Theil der arbeitenden Klasse festzuhalten, was ihnen auf die Dauer nicht gelingen wird, wenn sie ihnen nicht gesetzliche Sicherstellung einer besseren Existenz verschaffen.

Das Verhalten der belgischen und deutschen Christlich-Socialen giebt dem Verdacht Raum, dass die Katholiken für die Arbeiter weitgehende Forderungen an den Staat nur da stellen, wo sie in der Opposition sind, nicht da, wo sie herrschen, so sehr ich mich dagegen sträube, solche Perfidie von Männern wie Ketteler, Schings, Hohoff u. A. anzunehmen. Auch glaube ich, dass es jenen deutschen Katholiken Ernst ist mit ihren Reformplänen, wie meinen wenigen social-conservativen Freunden. Für das Verfahren der katholischen Partei, als einer politischen Partei Belgiens, in socialen Dingen aber habe ich nur einen tiefen Widerwillen, der nicht be-

seitigt wird durch das Gute, was sie auf dem Gebiet der Association geleistet haben, so sehr ich dies anerkenne. Sie haben die Macht in Belgien und haben sie nicht gebraucht zu Nutzen der arbeitenden Klassen. Es ist eine Schande für die angeblich so christliche katholische Regierung Belgiens, dass sie nicht einmal den Versuch zu einer Fabrikgesetzgebung gemacht hat, in der das ketzerische England uns allen ein Vorbild ist. Und das wird sich einst bitter an ihr rächen. Bei aller anerkennenswerthen Thätigkeit Einzelner vermisse ich den christlichen werkthätigen Sinn in der Partei als solcher, der längst einen legislativen Ausdruck hätte finden müssen. Die Katholiken in anderen Ländern werden schwer Glauben finden für den Ernst ihrer Reformpläne, so lange das von Katholiken regierte Belgien ein solcher Schandfleck für sie ist. Der Verdacht liegt auch nahe, dass man die katholische Majorität 1872 benutzen wollte, katholische Arbeitervereine unter Dach zu bringen, damit die Partei einst eine Stütze an ihnen hätte, wenn einmal die Liberalen in Belgien herrschen sollten.

Wie wir sehen werden, ist es von den belgischen Social-Katholiken offen ausgesprochen, dass eine „Internationale Association katholischer Arbeiter“ — von Belgiern, Franzosen und Deutschen zunächst — gebildet werden solle. Was will diese Association? Etwa überall so abscheuliche sociale Zustände herbeiführen, solche absolute politische Rechtlosigkeit, wie sie die Arbeiter des von der klerikalen Partei beherrschten Belgien erleiden? Oder soll sie, wie man in liberalen Blättern ihnen vorwirft, nur die päpstliche Herrschaft über die Staatsgewalten sichern? Ich will das Letztere nicht glauben, allein so lange die Klerikalen Belgiens eine so schmachvolle Unthätigkeit auf dem Boden der Staatsgesetzgebung in socialen Dingen beweisen, wird jener Vorwurf schwer abzuweisen sein.

Die „Christlich socialen Blätter“ sagen am Schlusse des Berichtes über die siebente Generalversammlung der verbündeten katholischen Arbeitervereine Belgiens:

„Die katholische Arbeiterbewegung Belgiens hat eine, den Localverhältnissen angemessene, darum in gewissen Punkten von der christlich-socialen Bewegung Deutschlands verschiedene Richtung. Vorzüglich darin unterscheidet sie sich von uns, dass die reichsten Industriellen mit einem wahrhaft freisinnigen Programm, das die Arbeiter als Christen und Menschen behandelt, an der Spitze der gesammten Bewegung stehen. Dann will die katholische Arbeiterpartei Belgiens sich zur Ordnung der Arbeiterangelegenheiten n i c h t an die Regierung wenden. Der Hader, so glaubt sie, bestehe zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer und müsse ohne gouvernementale Dazwischenkunft von beiden geschlichtet werden. Ohne Hülfe des Gesetzes h o f f t sie alle gerechten Reformen von ihren Patronen erlangen zu können. In diesem Streben wird sie theilweise unterstützt durch die Internationalen, welche in Belgien von grossem Einflusse sind und über ungefähr ein Dutzend Zeitungen verfügen.“

Die von mir gesperrt gedruckten Worte sind es auch im Bericht der „Chr. soc. Bl.“ Mir scheint, Herr Schings hat damit

Zweifel, wenn nicht Missbilligung dieser Haltung der belgischen Katholiken ausdrücken wollen. Auch ist er nur einmal auf einer Generalversammlung derselben erschienen. Das bestärkt mich in der Ansicht, die deutschen Christlich-Socialen meinten es Ernst mit ihren Anforderungen an den Staat. Nun, wenn das der Fall ist, wird ihnen das Erscheinen dieses Buches von mir Veranlassung geben, das Betragen der belgischen Katholiken offen zu missbilligen. Auch der „Economie Chrétienne“ soll dies Buch zugesendet werden, und ich werde mir ein unsterbliches Verdienst um die belgische Arbeiterschaft erworben haben, wenn sie nun zur Einsicht kommen und sofort das Reformproject der deutschen Christlich-Socialen in Belgien, wo sie noch im Ministerium und in den Kammern herrschen, zum Gesetze machen. Wenn der Papst dann, wie er bisher ihren Congressen seinen Segen gespendet hat, auch diese Gesetze segnet, dann wird es einen Sinn haben, wenn man fürderhin von einer Lösung der socialen Frage durch die katholische Kirche spricht, sonst nicht. Mindestens müsste der Papst den nächsten Congress derselben auffordern, derartige Anträge an die Kammern zu stellen und dieser müsste es thun. Andernfalls wird man ihr Treiben für Hokuspokus halten, geschickt in Scene gesetzt, der Welt frommen Schwindel vorzumachen, und dies Buch wird die Veranlassung geben, die belgischen Katholiken zum Farbe, bekennen zu zwingen.

Die deutschen Katholiken aber haben die triftigsten Gründe, ihre belgischen Glaubensgenossen zu veranlassen, nun den Weg der Reformgesetzgebung zu betreten, andernfalls wird man ihnen im Reichstage und in der Presse sagen, ihre socialen Bemühungen seien einfach politische Manöver, unternommen, dem deutschen Reich Schwierigkeiten zu bereiten.

Nun, wir werden sehen, was geschieht! Wunder nimmt es mich freilich, dass die deutschen katholischen Blätter nicht längst die Belgier aufgefordert haben, ihre günstige Position als herrschende Partei zu socialen Reformgesetzen zu benutzen, denn wie es da aussieht, wissen sie recht gut. Die „Chr.-soc. Bl.“ berichteten gelegentlich eines Strikes zu Charleroi:

„Die Sittenlosigkeit unter der grössten Masse der Kohlenarbeiter daselbst ist haarsträubend. Frauen und junge Männer arbeiten mit den Mädchen in den Bergwerken. Wie es nun an den dunklen unterirdischen Arbeitsstellen zugeht, mag sich die Phantasie vielleicht ausmalen, wenn man zudem den Charakter des wallonisch-belgischen Volkes kennt.“

Leider folgt nun nicht der Rath an die Belgier, die Arbeit der Frauen unter der Erde *gesetzlich zu verbieten*, wie es doch bei uns geschehen ist. Das Blatt giebt gleichzeitig einen Auszug aus dem „Bien public“ zu Gent über den gedachten Strike:

„Der Artikel erwähnt unter Anderm, dass die Worte, die General De Moor, welcher mit dem Commando der zur Aufrechterhaltung der Ordnung in das Kohlenrevier geschickten Truppen betraut war, an die Arbeiter richtete: „Kehrt zu Eurem Tagwerk zurück und Gott wird

Euch segnen!" von den Arbeitern besser aufgenommen seien, als von manchen Directoren, die sich darüber geärgert hätten, dass der General Gott in die Geschichte hineingezogen habe. Sie machten sich stark, sagten sie, die Affaire ohne ihn wieder in's Geleise zu bringen. Das ist freilich mehr als traurig und zugleich eine Erklärung vieler Uebelstände, gegen welche die Arbeiter, die ihre Geschichte nun ebenfalls ohne Gott arrangiren wollen, sich erheben wollen. Der „Bien public" giebt seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass es gegen den Socialismus und den Liberalismus nur ein Hülfsmittel gebe: den Katholicismus! und schliesst seine längere Ausführung über die Erfolglosigkeit aller anderen nicht auf Religion basirten Experimente mit dem Satze: „So kommt es, dass selbst vom rein volkswirthschaftlichen Standpunkte aus der dem modernen Stolze so unangenehme Ausspruch sich bewahrheitet: „Ausser der Kirche kein Heil!"

Wenn irgendwo, so nimmt sich im Munde eines belgischen Katholiken dieser Ausspruch hässlich aus. Uebrigens bin ich fest überzeugt, dass die „Chr.-soc. Bl.", welche durchaus den Eindruck machen, als sei es ihrer Redaction heiliger Ernst mit dem Wohl der Arbeiter, nur durch gewichtige Gründe abgehalten wurde, ihre Missbilligung des Verfahrens der Belgier nur nicht stärker als durch zwei gesperrte Worte auszudrücken. Allein jetzt sprechen die allergewichtigsten Gründe dafür, der Missbilligung offenen und unzweideutigen Ausdruck zu geben, und ich hoffe, die Herren v. Ketteler, Moufang, Schings u. A. werden es ungesäumt thun.

Was die Idee des christlichen Arbeits-Patronats selbst anlangt, so ist sie natürlich nur im christlichen Staat und in der christlich beherrschten Industrie praktikabel. Nun ist aber thatsächlich ein grosser Theil der Industrie in jüdischen Händen, ein grosser anderer Theil in denen unbeschnittener Juden — man sieht also, dass wir im Patronat keine Lösung der socialen Frage haben können, weil das Patronat die Voraussetzung der „christianisirten Industrie" bedingt. Freilich haben die Klerikalen den Versuch gemacht, Industrie — und Capital (Langrand—Dumonceau) zu christianisiren, es ist ihnen indess nicht gelungen.

Ich gehe nun zur organisatorischen Thätigkeit der belgischen Katholiken auf dem Gebiet der Arbeitervereine über und leite sie ein durch Wiedergabe der Uebersetzung des Hirtenbriefes des Herrn Dechamps', Erzbischofs von Mecheln, nach den „Chr.-soc. Bl." vom 6. Juli 1871 an seinen Diöcesanklerus:

„Meine Herren! Unser heiliger Vater, Papst Pius IX., hat jüngst ein Beglückwünschungsbreve an das Centralbüreau der katholischen Arbeitervereine Belgiens geschickt, das in unseren Zeitungen zwar sattsam veröffentlicht ist, ich Euch aber hiermit officiell mittheile, damit es im Pfarrarchiv aufbewahrt bleibe. Die Verbindung der katholischen Arbeitervereine ist ein Werk, das den Bedürfnissen unserer Zeit ganz angepasst ist und da ihm von so hoher Stelle aus eine Auferweckung zu Theil geworden ist, so verdient es gewiss unsere volle Beachtung. — Dank dem Eifer der wahren Volksfreunde und besonders des Welt- und Ordens-Clerus, existiren in unserem Lande bereits lang bestehende Vereine, die alle von ausgezeichnetem Geiste beseelt sind. Wir brauchen nur zu erinnern an die Vereine des h. Vincent von Paul, Franz Regis und Franz von Sales;

an die speciell für Arbeiter gegründeten Vereine von der heiligen Familie vom heiligen Joseph, von Johannes dem Täufer; an den Franziscus-Xaverius- und an den Aloysiusverein, an die grosse Zahl von frommen Vereinen endlich, welche gegenseitige Unterstützung und Patronat zum Zwecke haben und mit den Tröstungen des Glaubens der Seele den Frieden wiedergeben, Ordnung im Hauswesen schaffen, indem sie den Wohlstand desselben heben. Durch die Verbindung dieser verschiedenen Gesellschaften aber wird sich ein Band um dieselben schlingen, das durch die periodischen Zusammenkünfte der Abgeordneten noch immer fester geschlungen wird. Der Beschluss, die verschiedenen Arbeitervereine Belgiens unter einander zu verbinden, ist im Jahre 1867 gefasst worden. — Sitz der Verbindung ist Löwen. Die Stadt hat deshalb den Vorzug vor allen anderen verdient, weil die an der Universität studirende Jugend das grösste Interesse immer bekundet hat an volkswirthschaftlichen und Liebeswerken. — Unter der Leitung des Centralbüreaus der Vereinigung steht in jedem Bezirke ein Correspondent. — So oft es Noth thut, werden Generalversammlungen anberaumt, an welchen die Abgeordneten der Zweigvereine Theil nehmen. Seit dem 29. März 1868 ist mit jedem halben Jahre eine solche Generalversammlung abgehalten worden und es wird jedesmal Rechenschaft über Alles abgelegt, was im eben verflossenen Halbjahr für die Arbeiterklasse geschehen ist. Desgleichen werden auf demselben solche volkswirthschaftliche Fragen discutirt, die auf die affilirten Vereine unmittelbar Bezug haben. — Die Föderation besitzt eine jeden Monat erscheinende Zeitschrift, die „Economie Chrétienne", welche die theoretische Seite der Sache behandelt, alle in dies Fach einschlagenden Bücher und Broschüren kritisirt, eine internationale Chronik der Arbeiterbewegung bringt, Dokumente sammelt, welche auf die katholischen Volksvereine Bezug haben und über die Sitzungen Bericht erstattet. Diese Zeitschrift ist vor der Hand nur für die besitzende Klasse bestimmt, eine der Arbeiterklasse zu Gebote stehende Presse wird nicht lange auf sich warten lassen. Bereits ist eine grosse Anzahl von Arbeitervereinen der Föderation beigetreten. Was aber diesen Beitritt zahlreicher noch, ja allgemein machen wird, ist zweifelsohne das Breve, das Se. Heiligkeit Papst Pius IX. an die Mitglieder des Centralbüreaus in Löwen geschickt hat. Se. Heiligkeit übergiesst in demselben mit dem reichsten Segen Alle jene, die an den Arbeiten der Föderation sich betheiligen.

Im Jahre 1869 haben die katholischen deutschen Arbeitervereine und im Jahre 1870 die französischen mit den in Belgien bestehenden ganz analoge Vereine gebildet. Nunmehr wird die Vereinigung dieser verschiedenen Föderationen unter dem Namen „Internationale Association der katholischen Arbeiter" einen Verband bilden, der Ordnung, Frieden und Aufbesserung unter der Arbeiterklasse herbeiführen wird.

Es darf Euch mithin nicht wundern, dass das Oberhaupt der Kirche einen Verein mit seinem ganz besonderen Segen bedacht hat, in welchem das Gesetz Jesu Christi nicht bloss mit den Lippen, sondern auch im Geist und in der Wahrheit ausgeübt wird. Wie oft hören und lesen wir, dass die Religion dem Volke nothwendig ist, weil sie dasselbe durch Hinweis auf ein besseres jenseitiges Dasein in dem Elend und Jammer dieses Lebens tröstet. Hierin aber liegt nicht allein die Nothwendigkeit der Religion begründet, denn das Christenthum offenbart nicht bloss den Preis des Kreuzes den Leidenden, — alle Menschen, reiche und arme, hohe und niedrige, und die Hochgestellten leiden in der Regel noch am meisten, fühlen und müssen ihre Leiden tragen — es macht uns auch Alle mit

der Pflicht bekannt, wie wir der Eine die Last der Andern tragen sollen: „Alter alterius onera portate.“ Wenn die Reichen die allzuschwere Last ihrer Reichthümer nicht auf die Armen entladen, werden sie von derselben erdrückt werden. Wenn die Mächtigen den Schwachen nicht beistehen, werden sie der göttlichen Gerechtigkeit eine furchtbare Rechenschaft von ihrer Gewalt abzulegen haben: „potentes potenter tormenta sustinebunt.“ Wenn jene, die der Arbeit enthoben sind, nicht im Geiste der Nächstenliebe arbeiten, übertreten sie das Allen obliegende Gesetz: „Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brod essen.“ Nur Alter und Krankheit dispensiren den Reichen wie den Armen von der Arbeit, da die Verschiedenheit der Stände die Verschiedenheit der Arbeit bringt. Der Landmann arbeitet, der Händler arbeitet, der Industrielle arbeitet; es arbeiten die Männer, welche der Wissenschaft und den Künsten obliegen; es arbeiten die Männer, die sich dem Staate, dem Barreau, der Magistratur, der Armee, dem Priesterstande gewidmet haben. Alle arbeiten in ihrer Sphäre. Ganz besonders arbeiten jene heroischen Legionen der christlichen Charitas, der Busse und des Gebetes, die nur bornirter Undank der Faulheit zeihen kann und gerade mit der furchtbaren Wirksamkeit dieser Seelen, die sich den leiblichen und geistigen Werken der Barmherzigkeit gewidmet haben, verbinden sich in der Welt Alle, welche sich für das Wohl der Mitmenschen aufopfern. Wie es mithin eine Hierarchie der socialen Stände giebt, so besteht auch eine Hierarchie der Arbeit und wer diese ganz naturgemässe Anordnung der Vorsehung verkennen wollte, der muss ebenso blind als schuldbeladen sein. Das Gesetz dieser Hierarchie und die daraus hervorgehenden Verbindlichkeiten haben alle jene Männer und Jünglinge begriffen, die es sich zum Berufsgeschäft gemacht haben, ihre Brüder zu unterrichten, aufzuklären, zu führen und ihnen zu helfen. Sie haben das Wort der Schrift begriffen: „Des Menschensohn ist nicht gekommen um bedient zu werden, sondern um zu dienen,“ und dieser Aufforderung wollen sie getreu entsprechen und gerade Ihr kommt derselben auf die erhabenste und heiligste Weise nach durch die anhaltenden Arbeiten Eures Amtes. Ermuthigt mithin die Hilfsarbeiter, welche die Vorsehung Euch zuschickt, denn nothwendig und nützlich ist es, dass gerade die Laien zur Ausbreitung der Wahrheit unter dem Volke thätig sind, das man heutzutage nur irre zu führen sucht, das man durch Theorien zu ruiniren sucht, welche aller Vernunft Hohn sprechen und durch Versprechungen, welche alle Rechte beeinträchtigen. Sparet darum keine Mühe, um die Verbindungen katholischer Männer dort zu fördern, wo solche bereits bestehen; errichtet dergleichen womöglich an den Orten, die noch keine besitzen und fordert sie alle ohne Unterlass auf, dem Bunde beizutreten, den der Statthalter Jesu Christi mit Seinem Segen bedacht hat. Auf Euer Ansuchen wird der Secretär des Centralbüreaus des Bundes Euch alle Documente einsenden, die Euch zur Ausführung dieser doppelten Arbeiten vonnöthen sind. Diese Documente werden Euch zugleich in Kenntniss setzen von der Wirksamkeit des Bundes gegen das anti-sociale und unchristliche Streben einer andern leider nur zu ausgedehnten Association, die sich „internationale Arbeiterassociation“ nennt.

Genehmigen Sie u. s. w. Victor August, Erzbischof von Mecheln.“

Der Erzbischof spricht es also ausdrücklich aus, dass eine „internationale Association katholischer Arbeiter“ existire. Da haben wir die „schwarze I.“ aus competentestem Munde anerkannt. Berechtigt würde sie nur dann sein, wenn ihre Absicht wirklich

und ausschliesslich das Wohl der Arbeiter und eine christliche Organisation der Gesellschaft wäre. Den Beweis, dies und nur dies zu sein, hat sie in Belgien nicht geliefert. Sie kann sich also nicht wundern, wenn ein Staat sie unterdrückt, der sich im Kampfe mit Rom befindet, wobei ich noch ausdrücklich bemerke, dass ich es beklagen würde, wenn der Staat es thun müsste. Mein Programm ist: Frieden zwischen Staat und Kirche und christliche auf wirklicher socialer Reform beruhende Organisirung der Gesellschaft. Dabei theile ich fast durchweg die Ideen der Christlich-Socialen, kann aber von meinem Standpunkt des Privatmannes nicht beurtheilen, ob der Staat Frieden mit der katholischen Kirche halten konnte. War dies nicht möglich, so begreife ich sein Vorgehen im Sommer 1874 gegen die christlich-socialen Vereine als Theile der vom belgischen Erzbischof anerkannten schwarzen I. War der Kampf zu vermeiden, so halte ich die Auflösung jener Vereine für ein schweres Unglück; doch die Leiter der katholischen Kirche und des deutschen Reiches haben allein die Möglichkeit des unbefangenen Urtheils hierüber und es ziemt dem ununterrichteten Privatmann nicht, hier ein Urtheil zu fällen.

Möge Gott uns bald Frieden geben, denn ich glaube, Thron und Altar gehören zusammen.

Doch zurück nach Belgien!

Nach Berichten von de Jaer in den „Ch.-soc. Bl.“ und von Périn in dessen cit. Werke hat die sogenannte katholische Charitas in Belgien schon seit langer Zeit eine grosse Fruchtbarkeit entwickelt, welche sich den Zeitbedürfnissen anzupassen suchte.

Es ist dabei zn beachten, dass in Belgien zwei Nationalitäten, Fläminger und Wallonen und darunter wieder zwei Arbeiter-Klassen, Fabrikarbeiter und Handwerker, existiren. Die Flamländer haben im Allgemeinen weniger Verständniss und sind nicht so unternehmend wie die Wallonen; von der anderen Seite aber haben sie einen weit höheren Grad von Associationsgeist und den Glauben ihrer frommen Vorfahren bewahrt. Hieraus folgt, dass Arbeitervereine im Allgemeinen viel leichter in Flandern entstehen, als in den wälschen Provinzen und die nothwendige Consequenz hiervon ist, dass die katholischen Gesellschaften sich weit schneller unter der flämischen Bevölkerung entwickeln und ausdehnen, als bei den Wallonen.

Wenn wir jetzt einen Blick auf die Handwerkerklasse werfen, heisst es in den „Ch.-soc. Bl.,“ die der grossen Industrie und dem kleinen Gewerbe angehören, so fällt uns gleich auf, dass letztere sich in weit günstigeren Verhältnissen befinden als erstere. Da Belgien ein ganz productives Land ist, so entzieht die grosse Industrie dem kleinen Gewerbe sehr viele Kräfte, um sie auf die Ausbeute von Mineralien und auf deren Fertigstellung zu verwenden, auf die Weberei u. s. w. Aus diesem Grunde bleiben für das kleine Gewerbe nur wenige Hände übrig, so dass diese also leichter und bequemer ihren Lebensunterhalt finden.

Fügt man diesem Umstande nun noch hinzu, dass die belgi-

schen Arbeiter nicht gerne ihre Stelle verlassen und nicht sobald von Ort zu Ort reisen, um sich in ihren Gewerben zu vervollkommnen, so begreift man leicht, warum die kathol. Oekonomisten Belgiens der Lage des kleinen Gewerbes weniger Aufmerksamkeit geschenkt haben, als dies in Frankreich und Deutschland bislang der Fall gewesen.

Die in Frankreich unter dem Namen „compagnonnages," so wie in Deutschland unter dem Titel: Gesellenvereine" bestehenden Genossenschaften können demnach unter den oben angeführten Umständen nicht in's Leben gerufen werden.

Deshalb scheiterten die Versuche Kolpings, der in den 50er Jahren Belgien wiederholt bereiste, um dort den Gesellenverein einzuführen; denn angesichts der ganz verschiedenen Richtungen der beiden Stämme, in die sich unser Land getheilt hat, war es völlig unmöglich, beiden dieselbe Organisation des Gesellenvereins zu geben.

Das hinsichtlich der Arbeiterassociationen von den christlichen Oekonomisten in Belgien verfolgte Ideal ist folgendes: „In jeder Gemeinde, in jeder Pfarre in den grossen Städten sollen zwei Arbeitervereine gegründet werden, der eine für Knaben und Jünglinge, der andere für Erwachsene, Unverehelichte und Familienväter.

Der Erstere, in welchem der Unterricht mit passenden Erholungen abwechseln muss, sollte immer unter die unmittelbare Leitung des Klerus zu stehen kommen. Der Andere muss mehr eine Erholungsgesellschaft, sogenanntes Bürgercasino sein, der seinen Mitgliedern ausser vielen finanziellen Vortheilen eine Bibliothek, religiöse und wissenschaftliche Conferenzen bietet u. s. w.

Handelt es sich um die jungen Handwerker, so kann das Patronat der leitenden Klasse ein offen zu Tag tretendes sein. Dagegen muss es in dem Verein der Erwachsenen so wenig als möglich selbstständig auftreten und die Arbeiter belehren, wie sie ihre Gesellschaft und ihre Operationen selbst leiten und lenken sollen.

Seit vielen Jahren schon ist dies Ideal von allen Katholiken, die sich in Belgien um die Arbeiterfrage bemüht haben, mit Eifer verfolgt und mit Erfolg gekrönt worden. Viele solcher sogenannten „Oeuvres," „Werke", d. h. kathol. charitative Vereine, welche ursprünglich allein religiöse Zwecke verfolgten, haben zu ihrer primitiven Organisation ökonomische Institute hinzugefügt. Dies wird von den belgischen Christl.-Socialen eifrig gefordert.

Solcher „Oeuvres" existirten schon früher:

1) Die „Erzbrüderschaft von der h. Familie" wurde 1844 zu Lüttich, rasch verbreitet, zählte 1870 schon 250 Abtheilungen. Nimmt alle Familienglieder auf. Alle vierzehn Tage versammelt sich der Verein in einer Pfarrei oder Kirche, wo der Prediger eine Erbauungsrede hält, verschleierte Frauen Wohlthaten spenden. Im Bureau befindet sich neben Männern aus den höheren Ständen stets ein Priester.

2) „Der Verein vom h. Vincent von Paul" entstand 1845 zu Brüssel

und beschäftigt sich mit dem Lehrlings-Patronat. Hatte 1870 schon 500 Sectionen.

3) „Verein von St. Johann dem Täufer,“ 1858 zu Gent gegründet, zählte 1870 100 Sectionen in Brabant und Flandern. Wendet seine Theilnahme erwachsenen ärmeren Arbeitern zu. Sonntags finden Versammlungen statt, in denen Belehrung, Religionsunterricht ertheilt und Erfrischungen gespendet werden, deren Kosten die Patrone tragen.

4) „Erzbrüderschaft vom h. Franz Xaver,“ 1854 zu Brüssel gegründet. 1870 waren nahe an 60000 Vereinsmitglieder, in 500 Arbeitervereine eingetheilt, je nach den Bedürfnissen der verschiedenen Orte auch auf ganz verschiedene Weise organisirt. Viele dieser Vereine verfolgen einen rein religiösen Zweck und halten ihre Versammlung in einer Kirche ab; andere wählen Wirthshäuser zum Versammlungslocal; wieder andere haben sich als Arbeitercasinos mit Lesezimmer, Rauchzimmer, Unterstützungskassen u. s. w. constituirt. Jedes Jahr versammeln sich die Directoren der flämischen und wallonischen Sectionen zu einer Generalversammlung in Brüssel, und in Broschürenform wird jedesmal Bericht über die Wirksamkeit des Vereines veröffentlicht. Zwei wöchentlich erscheinende populär gehaltene Zeitungen, die eine in flämischer Mundart: der „aufrichtige Volksfreund“ genannt, die andere in französischer Sprache redigirt und „Familienfreund“ betitelt, stehen diesem Vereine zur Disposition.

5) „Arbeiter-Verein zum h. Joseph“ wurde 1855 zu Lüttich gegründet und trägt keinen so stark ausgeprägten religiösen Charakter. 1870 bestand er aus sechs Sectionen, welche ihren Mitgliedern vielfache Vortheile bieten, als da sind, Unterstützungskassen, Volksbank, Consumladen und brillante Feste, welche die Vereinsfamilien häufig unter sich vereinen.

6) „Verein zum h. Carl Borromaeus“, wurde 1857 zu Tournay gegründet und setzte sich zum Ziel, Volksbibliotheken zu gründen und gute katholische Schriften zu verbreiten. Ueber ganz Belgien hat dieser Verein seine Comité's ausgebreitet, die ihre Mission auf das Gewissenhafteste erfüllen. Derselbe hat das Patronat über ein Volksblatt, „le Belge“ betitelt, übernommen und veröffentlicht mehrere verbreitete Volkskalender.

7) „Der Verein christl. Familienmütter“ wurde 1857 zu Gent gegründet und verfolgt das ähnliche Ziel gegenüber Arbeiterfrauen wie der vom h. Johannes gegenüber Familienvätern.

8) „Verein der Dames de miséricorde“, entstand 1861 zu Mecheln für wohlthätige Damen der begüterten Klasse und huldigt den Zwecken des Vereins vom h. Vincenz von Paul. Derselbe befasst sich hauptsächlich mit Errichtung von Patronaten für junge Arbeiterinnen.

9) „Verein vom h. Franz von Sales“ wurde 1866 zu Gent gegründet zur Einrichtung von Volksbibliotheken.

10) „Die Freunde der Kindheit“ für der Schule entwachsene Knaben und

11) das „Werk für Lehrmädchen“ nimmt die jungen Mädchen beim Austritt aus den Schulen, Werkstätten und Fabriken auf, giebt ihnen Beschützerinnen und unterstützt und unterweist sie. Ueber den Zusammenhang dieser Vereine sagt Périn:

„Die Freunde der Kindheit nehmen das Kind des Volkes in seinen ersten Jahren in Schutz; ist es herangewachsen, und vermag es sich durch seine Arbeit in der regelmässigen Lage eines Arbeiters zu erhalten, dann folgt ihm die Gesellschaft des h. Franz Xaver und wird ihm Stütze in den Prüfungen des Lebens; wenn der Arbeiter unglücklicherweise in Armuth fällt, nimmt sich die heilige Familie seiner an, tröstet ihn in seinen Leiden und rettet ihn aus dem tiefsten Elend; noch mehr, er findet in

dem bewunderungwürdigen Patronat des Vereines vom h. Vincenz von Paul mit der Hülfe, die er in seiner Entblössung bedarf, Rath, Leitung, Ermuthigung, mit einem Worte in den kleinsten Einzelnheiten des Lebens jenen unmittelbaren und persönlichen Beistand, den eine hingebende und stets mit einer wahren Achtung für den Armen verbundene Liebe, diese Krone des Patronats, einflösst. Dies Werk des Patronats ist sicher so vollständig, als man es ausserhalb der Werkstätten und Fabriken nur verwirklichen kann. — Wir könnten noch viele andere Werke des im nämlichen Geiste aufgefassten, und nur in einigen Einzelnheiten der Organisation abweichenden Patronats anführen, begnügen uns aber, noch eines einzigen zu erwähnen, das besonders deswegen beachtenswerth ist, weil es sich zur Hauptaufgabe gemacht hat, alle Klassen durch gegenseitige Liebe einander näher zu bringen. Dieses Werk gründete zu Marseille P. Tissier aus der Gesellschaft Jesu, der auch seitdem der oberste Leiter derselben ist. Es umfasst drei verschiedene, aber innigst miteinander verbundene Bestandtheile: vor Allen den katholischen Zirkel, welcher nach dem Muster des katholischen, für die Sache der Kirche so förderlichen Zirkels in der Strasse Grenelle zu Paris organisirt ist. Dieser Zirkel zählt ungefähr 500 Mitglieder, die den höheren Ständen der Gesellschaft angehören. Sodann das Werk des heiligen Aloysius von Gonzaga, ebenfalls aus ungefähr 500 Mitgliedern bestehend, die aus den Angestellten und Handlungsbediensteten genommen sind. Endlich das Werk des h. Joseph, drei- bis viertausend Arbeiter umfassend, welche man jeden Sonntag versammelt, um ihnen unter dem Patronat der Mitglieder des Zirkels nützliche Unterhaltungen und Belehrungen zu bieten. Diese drei Werke sind durch das Band der christlichen Brüderlichkeit und gegenseitiger Dienstfertigkeit innigst mit einander verbunden. Das Werk in seiner Gesammtheit bildet eine wahre christliche Gegenseitigkeit für alle physischen und moralischen Bedürfnisse des menschlichen Lebens. Ein einziger Zug wird genügen, um diesen Charakter des Werkes in klares Licht zu setzen. Es ist Vorschrift, dass, wenn eines seiner Mitglieder stirbt, Deputationen jeder der drei Genossenschaften seiner Leichenfeier beiwohnen. So begleitet der Mann aus dem Volke die Leiche des Hochgestellten in seiner unter den Freunden des Verstorbenen ihm angewiesenen Stelle, und der Hochgestellte begleitet seinerseits die Leiche des Arbeiters und schliesst sich seinen Verwandten und Arbeitsgefährten bei dem letzten Liebesdienst an. Diese Gemeinschaft des Gebets Angesichts des Grabes giebt von der liebereichen Innigkeit, womit sie sich im Leben anhingen, laut Zeugniss."

Ich habe im I. Bande Löwen den Hauptsitz christlich-soc. Gelehrsamkeit in B. genannt. Ueber die einschlagende Thätigkeit der Studenten jener Universität, an der Périn lehrte, giebt folgender Bericht der „Cölnischen Volkszeitung" Zeugniss:

„Die „Conferenzen vom h. Vincenz von Paul", gebildet aus den Professoren und den Studirenden, haben eine grosse charitative Thätigkeit entwickelt, die wir im Einzelnen nicht aufzählen wollen. Wir beschränken uns darauf, drei Zweige der Thätigkeit der Conferenzen namhaft zu machen, aus der man ihre umfassende und dabei praktische Thätigkeit, wie den wahrhaft katholischen Eifer der Theilnehmer sofort erkennen wird. Zunächst ist dies der sogenannte Löwener katholische Arbeiter-Verein (patronage des ouvriers). Derselbe hat drei Abtheilungen je nach dem Alter der Mitglieder. In der ersten versammeln sich die Kinder der Arbeiter in heranwachsendem Alter, Sonntags und an Festtagen zu

einer kurzen, meist religiösen, für ihr Alter passenden Belehrung und zur Unterhaltung. Die Wohlthat dieser Einrichtung kann nur der schätzen, wer je einen Blick in den Jammer und die Selbstüberlassenheit dieser heranwachsenden Arbeiter-Jugend gethan hat. Während der Stunden des Zusammenseins, die den Eltern genau bekannt gemacht werden, führen immer einige Mitglieder der Conferenzen die Aufsicht, sprechen mit den Kleinen über ihre kleinen, doch oft so grossen Leiden, trösten, ermahnen und lachen mit ihnen. Der Verein ertheilt jedes Jahr öffentlich Belohnungen des Fleisses und des guten Betragens von ansehnlicher Höhe, und feiert in jedem Jahre, meist zu gleicher Zeit, einige Feste, wozu auch die Eltern geladen werden. Die mittlere Abtheilung des Vereins umfasst die unverheiratheten jungen Leute, die von der Arbeit ihrer Hände leben und zu leben bestimmt sind; die obere die verheiratheten Arbeiter; mit beiden sind Belehrungs-, Kranken- und Spar-Institute verbunden, die in segensreichster Weise wirken. Der ganzen Leitung und Verwaltung des Vereins unterziehen sich die jungen Akademiker mit grossem Erfolge. Löwen ist der Ausgangspunkt der christlich-socialen Bewegung in Belgien gewesen; überallhin haben die in's Leben tretenden Zöglinge die thätige Liebe zu den arbeitenden Klassen angenommen, und ein solches Netz von katholischen Arbeiter-Vereinen ist bereits über ganz Belgien ausgedehnt. Die Vereine haben sich im Jahre 1870 auf ihrer General-Versammlung in Löwen gegen die Internationale noch fester organisirt und das Programm der belgischen Bischöfe gegen dieselbe zu ihrem eigenen gemacht. Der h. Vater hat in einem eigenen Breve diese Bestrebungen gelobt und die Bischöfe sie gutgeheissen. Ehrenpräsident der Vereine ist Prof. Périn in Löwen, Präsident einer der bedeutendsten Industriellen Belgiens, Bivort, Präsident des Löwener Muttervereins Ingen. Massalski, welcher zugleich einer der thätigsten Beförderer des Werkes von Anfang an gewesen ist. Die Vereine besitzen eine eigene wissenschaftlich-populäre Zeitschrift, die „Economie Chrétienne", welche in Lüttich monatlich erscheint und von den dortigen Advocaten Grandmont und Cloes trefflich redigirt wird. Auch über Deutschland ist dieselbe gut bedient durch Hrn. Cloes, welcher sich durch die Uebersetzung der von Ketteler'schen christlich-socialen Schriften in weiten Kreisen bekannt und verdient gemacht hat. Die Gründung eines populären Arbeiterblatts für die Vereine ist in Löwen beschlossen worden und mit Beginn d. J. 1871 erfolgt. Es heisst: „L'ouvrier belge", feuille hebdomadaire, organe des vrais intérêts du travailleur, 3 francs par an. A Liège chez M. Grandmont-Donders, rue Vinave d'Ile 22."

Das Jahr 1863 ist besonders ein bemerkenswerthes für die Katholiken Belgiens. In diesem Jahre war es, wo zu Mecheln die erste Katholiken-Versammlung abgehalten wurde, die in der Folge im Jahre 1864 und 1867 zum 2. und 3. Male abgehalten worden sind. Gerade die Arbeiterfrage fand auf diesen Versammlungen die ausgedehnte Erörterung und es entstanden in Folge dessen viele Volksvereine, die von den oben angegebenen entweder abhängig blieben, oder sich denselben fest anschlossen. Während dieser Periode wurden in fast allen grössern Gemeinden des Landes Patronate für junge Arbeiterinnen errichtet, Militärkasinos verbreiteten sich über alle Garnisonstädte und bieten dem überall zerstreuten Soldaten angenehme Versammlungsorte dar. Es ist also auch das Militair in solche Vereine gezogen worden.

Endlich wurde im Jahre 1867 eine Föderation in's Leben ge-

rufen, welche alle katholischen Volksvereine Belgiens, sie mochten nun einen religiösen oder socialen Zweck verfolgen, unter ein Banner schaaren sollte.

De Jaer schrieb Anfang 1871 hierüber:

„Sind einmal alle bisher in Belgien existirenden Volksvereine durch diese Föderation unter einander verbunden, so werden sie eine grosse, Achtung gebietende Burg bilden, an der die Waffen der Socialisten wie Glas brechen werden. Es bestehen ja in unserm Lande beinahe 1600 katholische Vereine aller Art und welch' eine Macht können sie nicht entfalten, sobald sie in einem Bund vereint sind, wo sie, wenn auch verschieden unter einander in ihrer Organisation und durch ihre Elemente, alle denselben edlen Zweck verfolgen: die materielle, intellectuelle und moralische Hebung des Arbeiterstandes!"

Das Statut dieser Föderation lautet:

§ 1. In B. wird eine Föderation unter den katholischen „oeuvres populaires" gegründet. § 2. Sie bezweckt 1) unter diesen „Werken" fortgesetzte Rapporte herzustellen, welche sie in Stand setzen, aus den von jedem derselben gemachten Erfahrungen Nutzen zu ziehen, 2) die Schöpfung neuer Werke zu veranlassen. § 3. Zu dem Zweck werden General-Versammlungen und andere organisirt und ein permanentes Central-Büreau eingerichtet. § 4. Das Central-Büreau wählt die Mitarbeiter und Correspondenten, trifft Massregeln, welche es für nützlich für die Prosperität der Föderation hält und wacht über Beobachtung der Statuten und Reglements derselben. Es giebt Rechenschaft von seinen Handlungen jeder G.-V. und wird jährlich zum dritten Theil durch Wiederwahl ergänzt. § 5. Alle allgemeinen Kosten werden durch freiwillige Beiträge gedeckt. Jede Subscription von wenigstens 5 Francs jährlich verleiht den Titel der Ehrenmitgliedschaft. § 6. Die G.-V. werden durch das Central-Büreau organisirt und durch ein Comité, welches zu diesem Ende von den föderirten Werken des Ortes ernannt wird, an dem die G.-V. stattfindet. §. 7 Der G.-V. können beiwohnen: die Delegirten der föderirten Werke, die Ehrenmitglieder der Werke und die der Föderation und solche Personen, welche das Central-Büreau und das Organisations-Comité eingeladen hat. § 8. Die Beschlüsse werden nach der Majorität der Abstimmenden gefasst, die Delegirten haben allein das Stimmrecht, der Präsident giebt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. § 9. In jeder G.-V. wird der Ort und die Zeit der nächsten G.-V. bestimmt. § 10. Jedes Werk, das sich der Föderation anschliessen will, wendet sich an das Central-Büreau, kann sich im Fall der Abweisung aber an die G.-V. wenden. § 11. Die Statuten können nur durch G.-Versammlungs-Beschluss mit zwei Drittel Majorität abgeändert werden."

Die Entwickelung der Föderation war nur eine langsame. Auf der Generalversammlung zu Verviers, 15. Mai 1870, waren 13 Vereine beigetreten. In dem Referat über die achte Generalversammlung zu Löwen, 22. October 1871, heisst es:

„Es entspann sich eine lebhafte Discussion über das Programm der zu gründenden Arbeiterpresse, und es schien sogar, als ob man nicht zur Verständigung gelangen würde. Die Debatte bewegte sich vorzüglich um den Punkt, ob die Presse durchaus auf die religiöse Seite der Arbeiterfrage sich stellen und die dem Arbeiter und dem Arbeitgeber durch die Religion auferlegten Pflichten entwickeln müsse, während sie über die bei diesem grossen Problem sich erhebenden ökonomischen Fragen leicht

hinwegginge. Selbstverständlich waren Alle darin einverstanden, dass gerade diese letzteren im Sinne der durch die Religion gebotenen Lösungen behandelt werden müssten. Ausserdem stand auf der Tagesordnung der Bericht über die Anstrengungen und Ziele der katholischen Arbeiterpartei in Deutschland und Frankreich. Seit dem letzten Jahre steht der belgische Verband in Connexion mit dem französischen, und man hofft, auch mit Deutschland in directe Beziehungen zu treten. Die Versammlung war sehr zahlreich, Frankreich hatte einen Vertreter gesandt und Herr Schings repräsentirte Deutschland. Das Hauptinteresse der Sitzung lag in den ausländischen Gästen, welche, obwohl sie zwei Nationen angehörten, die sich soeben auf dem Schlachtfelde gegenüber gestanden hatten, in Freundschaft mit einander verkehrten und ihre Ideen austauschten, geeint durch die wahren Gefühle christlicher Brüderlichkeit. In beredten Worten schilderte Herr Schings die Lage der Arbeiterparteien in Deutschland und die Ziele der katholischen Partei dieses Landes. Als er aber daran kam, den Theil der Thätigkeit, welchen die christlich-sociale Partei sich vorbehielte, und den, welchen sie der Kirche überliesse, sowie den Einfluss, welchen diese vereinten Bestrebungen auf die Arbeiterklasse hätten, in lebhaften Farben zu zeichnen und nachzuweisen, wie die Kirche auf diese Weise den Einfluss, welchen ihr die Gegner zu entreissen suchten, wieder gewänne, da brach man von allen Seiten in begeisterte Beifallsrufe aus, so dass der Redner wiederholt seinen Vortrag unterbrechen musste. Der Vertreter Frankreichs, Herr de Barax aus Paris, drückte seinen Dank für die ihm zu Theil gewordene Aufnahme und seine Freude darüber aus, dass die Versammlung von einem so grossen Vertrauen auf den souveränen Einfluss der Kirche beseelt sei, dass Deutschland sich diesem Vertrauen anschliesse und es zur Basis seiner Bestrebungen mache, während man in Frankreich noch schwanke, denselben Weg einzuschlagen. Auch bat er die Versammlung, ihre Gebete mit den seinigen zu vereinigen, damit auch seine Landsleute zu derselben Erkenntniss kämen."

Es hatten sich 60 Vereine angeschlossen.

Auf der neunten Generalversammlung am 21. Juli 1872 zu Nivelles betrug der Anschluss 70. Es wurde besonders über die Sonntagsfeier debattirt und beschlossen,

„es sollte vorderhand ein Aufruf an alle Jene erlassen werden, die im Stande seien, irgend etwas zu Gunsten der Sonntagsfeier zu thun und es sollten dem Ministerium, den Arbeitern, den Journalisten und allen Industriellen Petitionen zugesandt werden, in denen sie zur Unterdrückung gewisser Missbräuche aufgefordert und angehalten würden."

Der Bericht sagt:

„Der kommenden Löwener Versammlung wird das Programm zur Gründung einer Arbeiterverbindung, welche sich die Feier des Sonntags zu besonderem Zwecke stellt, zu näherer Berathung vorgelegt werden. — Alle Theilnehmer an dieser Liga müssen selbstverständlich die Verpflichtung übernehmen, jede Sonntagsarbeit zu verweigern. Da gerade die Arbeiter die Meister der Situation sind, so genügt es, dass sie gehörig organisirt und in den Stand gesetzt werden, alle zusammen die Sonntagsarbeit zu verweigern; nur so kann die Sonntagsruhe wieder zu Ehren gelangen."

Der Präsident theilte mit, dass in Frankreich und Deutschland je vier Correspondenten gewonnen seien. Letztere sind die HH. Schings in Aachen, Witte, Redacteur in Bayenthal bei Cöln,

Freiherr v. Schorlemer-Alst und Dr. theol. Weinand. Der Präsident bemerkte wörtlich:

„Die Gründe, weswegen wir diese fremden Correspondenzen uns verschafft haben, sind schlagende. In der That fühlen wir alle das gebieterische Bedürfniss, uns kennen zu lernen und uns gegenwärtig über die verschiedenen Phasen aufzuklären, welche die sociale Frage bei unseren Nachbarn durchläuft. Man ermuthigt sich so gut, wenn man erfährt, was vorgeht und den Erfolg und die Tröstungen hört, welche Personen ernten, die sich der Arbeitersache widmen. Besonders fühlt man so genau, dass von der guten Lösung der Arbeiterfrage das Heil der Gesellschaft abhängt. So bilden alle vereinigten katholischen Bündnisse Deutschlands, Belgiens und Frankreichs schon, so zu sagen, eine solide internationale Association katholischer Arbeiter."

Dies ist in der That das, was man die „schwarze Internationale" nennt.

Am 11. Mai 1873 fand zu Löwen die zehnte Generalversammlung statt. Die Zahl der föderirten Vereine war auf 85 gestiegen. Man beschäftigte sich wiederum mit dem Agitationsplan für strenge Sonntagsfeier.

Die elfte Generalversammlung fand am 19. October 1873 zu Courtrai statt. Die Föderation umfasste 98 Werke. Das verhältnissmässig geringe Wachsthum veranlasste die Versammlung, folgende Resolution anzunehmen:

„Man wird sich, um Diöcesan-Comités zu bilden, direct an die Bischöfe wenden, von denen in irgend welcher Beziehung alle Werke katholischer Mildthätigkeit abhängen. Man wird jeden unserer Bischöfe bitten, die unter seiner Jurisdiction stehenden Institutionen in seinen Schutz zu nehmen und eine kräftige Propaganda zu patronisiren, um deren nach Bedürfniss in allen Kirchspielen zu errichten. Da es aber für unsere geistlichen Chefs, welche schon durch alle die Last ihrer schweren pastoralen Charge erdrückt werden, unmöglich ist, direct und täglich diese doppelte Thätigkeit für unsere katholische Arbeiterbewegung auszuüben, so wollen wir sie bitten, im Einvernehmen mit unserer Föderation specielle Comités einzusetzen, deren Ehrenpräsidentschaft sie übernehmen. Die effective Direction soll Männern übertragen werden, die ihr Vertrauen geniessen und die Werke und unser Central-Bureau in directe Verbindung mit unserm obersten Hirten setzen."

Ferner beschäftigte man sich abermals mit der Agitation für die strenge Sonntagsfeier.

Nur der Sonntagsfeier wegen hat man an Minister geschrieben und in der Kammer sprechen lassen. Ich lege auf die Sonntagsfeier hohen Werth, aber ausserdem verlange ich noch ganz andere Dinge vom Staat.

Inzwischen war neben der „Föderation," welche, wie man sieht, keinen rechten Fortgang nahm, die in der oben auszüglich gegebenen Broschüre geforderte „Ligue nationale Belge" entstanden.

Am 9. Mai 1872 fand die erste Sitzung statt. Das Anschreiben oder die Einladung lautet:

„Mein Herr! Wir haben die Ehre, Ihnen eine Beitrittserklärung zur „Ligue nationale", welche soeben ins Leben getreten ist, zuzustellen, um

die gefährliche Propaganda der Internationale unter den Arbeitern zu bekämpfen. — Die Ligue soll an Stelle des Kosmopolitismus den nationalen Geist und den Patriotismus im Herzen des Arbeiters befestigen. Ohne sich in Tagespolitik zu mengen und ohne am Parteikampf Theil zu nehmen, soll sie der revolutionären Idee die monarchische entgegensetzen, vereint mit der Achtung jener Institutionen, welche Belgien vierzig Jahre einer unvergleichlichen Wohlfahrt gegeben haben. — Dem Atheismus und dem Materialismus wird sie die Religion gegenüber stellen, die wesentliche Grundlage jeglicher Gesellschaft. — Wir wollen aus dem Arbeiterherzen die Lust am Aufstand herausreissen, die ungesunde Lüsternheit und den giftigen Hass, welche die Agenten der socialen Revolution sich bemühen, dort einzupflanzen; wir wollen im Gegensatze hierzu daselbst all die edlen Gefühle ins Leben rufen, welche religiöser Glaube zeugt, als da sind Liebe zum häuslichen Herd, zur Familie und des Vaterlandes, das unsere grosse Familie ist; Achtung vor dem Recht und der Hoheit der Gesetze, Arbeitsliebe, Ordnungssinn, Entsagung. Mit einem Worte, wir wollen das, was die Schwäche und Erniedrigung des Menschen ausmacht, ersetzen durch dasjenige, was seine Grösse und seine Stärke bildet. — Dies ist unser Ziel! Es ist voll Grösse, würdig der Anstrengungen und Opfer, deren Schwere und Bedeutung wir uns nicht verhehlen. Um dasselbe zu erreichen, bedarf es keiner neuen Erfindungen, — wir haben nur den Spuren des Feindes zu folgen, den wir bekämpfen. — Association, Presse, Vorträge, — das sind die Mittel der Internationale, — das werden auch die unsrigen sein. — Die Arbeiter-Associationen haben in gewissen Landestheilen bereits grosse und kostbare Dienste geleistet. Wir wollen sie vervielfältigen und ganz Belgien damit bedecken, indem wir durch Geldzuschüsse die Gründung neuer Associationen überall dort erleichtern, wo wir günstige Bedingungen dazu vorfinden. Während der gefährlichsten Strikes sind diejenigen Gegenden, in welchen katholische Arbeiter-Associationen organisirt waren, dieser Geissel entgangen und haben sogar der Ansteckung Grenzen gesetzt. An dem Tage, da man anstatt 50000 bis 500000 diesen Associationen angehörige Arbeiter zählen wird, werden die Strikes macht- und gefahrlos, wenn nicht sogar unmöglich geworden sein. — Auf die Association folgt an Wichtigkeit die Presse. Es ist durchaus nothwendig, eine „Arbeiterpresse" zu schaffen, welche die Umsturzdoctrinen bekämpft, deren abscheuliche Phrasen so viel Unheil in der Arbeiterklasse anrichten. — Der Arbeiter bekommt heut zu Tage fast nur Journale zu lesen, welche ihn irre führen und corrumpiren; man muss ihm andere geben, zu mässigem Preise, ja umsonst sogar, welche ihn aufklären und moralisch machen. Das Journal schlüpft ins Familienzimmer; Anfangs eine Zerstreuung, wird es bald ein Bedürfniss. Es wird ein Freund und gehört endlich zur Familie. Seine Wirksamkeit ist rastlos, es ist dem Tropfen Wasser zu vergleichen, der den Stein höhlt (saepe cadendo), obgleich er so klein und der Stein so hart ist. — Auch das Wort ist eine Macht, die man nutzbar machen muss, indem man vertrauliche Versammlungen in allen grossen Industrie-Mittelpunkten veranstaltet. Man würde den Arbeiter interessiren und seinen Geist bilden, wenn man daselbst alle Fragen, die ihn berühren und ihm doch so wenig bekannt sind, auf anziehendere und vollkommenere Weise behandelte, als dies in den kalten Spalten eines Journals geschehen kann: Eigenthum, Familie, Ordnung, Sparsamkeit, Mässigkeit, Concurrenz, Association, Cooperation, Capital, Credit, sind verderbenschwangere sociale Probleme, wenn man ihre Lösung ausserhalb des Bereichs der Wissenschaft, Vernunft und Moral sucht. — Letzteres Wort führt uns zum Grundgedanken

unsers Werkes, zu dem Geist, der es beseelt und der sich ausdrückt in dem Satze: „Die Ordnung durch die Religion und die Arbeit.“ — Die Religion, — das ist der Nerv der Gesellschaft, ihre Stärke und Macht; sie ist die Quelle der Ordnung. — Wie will man dem Arbeiter sprechen von Arbeit, Mässigkeit, Rechtschaffenheit, mit einem Wort von Tugenden, ohne zu ihm von Pflichten zu reden? Und wie will man vor seinen Ohren, die berauscht sind von dem Wort der Rechte, das man unaufhörlich vor denselben ertönen lässt, das strenge Wort der Pflichten aussprechen, ohne die Gedanken an Gott, Religion und Moral wachzurufen? Wie mag man ihn vermahnen zur Geduld, zur Aufopferung, ohne ihm vom zukünftigen Leben und der Belohnung im Jenseits zu predigen? — Mit Nothwendigkeit muss man sich also auf das religiöse Gefühl stützen, ohne welches, — man hat es in Paris erlebt, das civilisirteste Volk schnell in die tiefste Verworfenheit versinkt. — Wir kommen, mein Herr, Ihre grossmüthige Hülfe anzurufen, um uns zu unterstützen, auf so soliden und dauerhaften Grundlagen ein Werk aufzuführen, welches, wir wagen es zu hoffen, mächtig dazu beitragen wird, den Arbeiter aufzurichten, indem es ihm moralische Gesundheit verschafft, welches die sicherste Quelle materiellen Wohlbefindens ist. Die materiellen Interessen der arbeitenden Klassen sollen uns nicht weniger am Herzen liegen, und wir wollen alle unsere Anstrengungen dem weihen, die Lebensbedingungen, in welchen sie sich befinden, zu verbessern, soweit unsere Kraft dazu reicht. — Wir wollen wahrhafte und hingebende Freunde des Arbeiters sein; aufrichtige Freunde, welche ihm mit allen ihren Kräften zu Hülfe kommen, ihn aufklärend, selbst wenn wir ihm zuweilen harte Wahrheiten sagen, und nicht so hinterlistige Feinde wie diejenigen, welche ihn irre leiten, durch Schmeichelei und Aufregung seiner Leidenschaften, um ihn besser für eigene persönliche Interessen auszubeuten. — Um unsere Mission wirksam zu erfüllen, bedürfen wir beträchtlicher Mittel; wir hoffen, dass alle Freunde der Ordnung, alle Vorkämpfer unserer Institutionen, alle wahren Freunde der arbeitenden Klassen dies begreifen und uns ihre reichliche Unterstützung durch Subscriptionen zu Theil werden lassen. Wir bitten Sie also, mein Herr, Ihren Freunden die beigelegte Beitrittserklärung zu übergeben und mit deren Unterschrift und der Ihrigen versehen, uns zurücksenden zu wollen. Genehmigen Sie, mein Herr, die Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.

Der Secretär Edmond von Grand-Ry.
Der Präsident Graf d'Oultremont de Presle.

Fast ohne Debatte wurde folgendes Statut angenommen:

„Statut:

Ligue nationale Belge, für den Triumph der Ordnung durch Religion und Arbeit.

Devise: Gott, König und Vaterland.

Zweck der Ligue:

Art. 1. Es wird in Belgien eine Association begründet unter dem Titel: „Ligue nationale Belge“. Ihr Zweck ist, das Entstehen neuer Arbeitergesellschaften zu fördern und diejenigen zu unterstützen, welche seit einigen Jahren mit so viel Erfolg wirken. — Die Ligue beschäftigt sich nicht mit der Constitution der verschiedenen örtlichen Societäten. Sie lässt jeder ihr eigenthümliches Leben, ihre freie Bewegung, ihre specielle Direction. Sie wirkt ausserhalb derselben in parallelen Bahnen; sie sammelt die zur Gründung einer Central-Kasse nöthigen Fonds, um die Entwicklung und Stärkung der affiliirten Societäten zu fördern, welche das Programm annehmen: Die Ordnung durch die Religion und Arbeit.

**Bedingungen für den Beitritt der Mitglieder:**

Art. 2. Die Ligue soll bestehen aus Gründern, Schützern, Ehrenmitgliedern und Mitgliedern. — Die Schützer (protecteurs) zahlen einen jährlichen Beitrag von 100 Frcs., die Ehrenmitglieder von 50 Frcs, die Mitglieder einen von beliebiger Höhe. — Jedes Mitglied verpflichtet sich auf fünf Jahre. Art. 3. Niemand kann Mitglied der Ligue sein, der nicht sich zu folgenden fundamentalen Grundsätzen bekennt: 1) Achtung und Ausbreitung der Religion, der Basis jeglicher menschlichen Gesellschaft, alleinigen Quelle aller Moral. 2) Aufrechterhaltung der nationalen Unabhängigkeit, welche unsere Industrie zu einer der ersten des Continents gemacht und Belgien — unter dem Schirm der Monarchie — eine fruchtbare Aera des Friedens und des Wohlergehens eröffnet hat, um die uns die grössten Nationen beneiden; 3) Achtung vor der Ordnung im weitesten und erhabensten Sinne des Wortes, also der Gesetze, auf denen die Gesellschaft beruht, der Rechte der Familie, welche eins der wesentlichsten Elemente derselben ist, und des Eigenthums, welches nichts anders ist, — man hat es oft genug gesagt — als aufgehäufte Arbeit. — Das Central-Comité kann jedes Mitglied excludiren, welches gröblich gegen diese Fundamentalprincipien verstossen oder sich an irgend eine socialistische Societät anschliessen sollte.

**Verwaltung:**

Art. 4. Die Ligue wird von einem Central-Comité verwaltet, zusammengesetzt aus den „Gründern" (membres fondateurs). — Das Comité wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und drei Secretäre. Die Provinzen und die grossen industriellen Mittelpunkte werden darin vertreten sein. Art. 5. Das Central-Comité wird eine Executiv-Commission ernennen für die laufenden Geschäfte. — Die Comité-Mitglieder beziehen keinerlei Sold oder Vergütigung. Art. 6. Provinzial- und Local-Comités: Provinzial- und Local-Comités sollen durch Bemühung des Central-Comités in jeder Provinz und in jedem industriellen Mittelpunkt gebildet werden. Ihre Aufgabe ist, ein Mittelglied zwischen dem Central-Comité und Arbeiter-Gesellschaften zu bilden. — Diese Comités werden Beiträge in ihren Kreisen sammeln. Art. 7. General-Versammlung: Das Central-Comité führt alle Geschäfte der Ligue und erstattet jährlich Bericht von seinem Geschäftsbetriebe an die General-Versammlung. — Die G.-V. wird aus dem Central-Comité und den Provinzial- und Local-Comités bestehen. Sie wird jährlich im Januar statthaben und von dem Central-Comité berufen werden, welches ausserdem eine ausserordentliche Versammlung so oft zusammenberufen kann, als es ihm nothwendig erscheint.

**Actionsmittel:**

Art. 8. Presse: Sobald die Hülfsmittel es gestatten, wird sich die Ligue mit der Entwickelung der Arbeiter-Societäten beschäftigen und mit derjenigen der Presse, der Presse ganz besonders, welche sich darauf legt, den Arbeiter zu unterrichten, zu erziehen, moralisch zu machen, die antireligiöse nnd gesellschaftsfeindliche Propaganda zu bekämpfen, welche letztere die Existenz der Familie und der Gesellschaft bedroht. Art. 9. Zusammenkünfte: Die Ligue wird auf Verlangen der Societäten Redner absenden, welche beauftragt sind, diejenigen Grundsätze zu vertheidigen, auf denen die religiöse, ökonomische und sociale Ordnung beruht. Art. 10. Vorschuss- und Hülfskassen: Die Ligue wird unter den angeschlossenen Gesellschaften die Gründung von Vorschuss- und Hülfs-Kassen begünstigen und wird sich bemühen, den Unterricht und die moralische Erziehung der Kinder der Arbeiter zu entwickeln. Art. 11. Das Central-Comité kann an diesem Statut diejenigen Aenderungen vollziehen, welche sich als

nothwendig herausstellen sollten, vorausgesetzt, dass zwei Drittel der Stimmen für eine solche Aenderung sich aussprechen.

Das Central-Comité: Präsident: Graf d'Oultremont de Presle. Vicepräsident: Baron de Mévius et Bivort. Secretäre: Ch. Comélian, Vicomte de Roest, d'Alkemade und de Grand-Ry.

Mitglieder: Graf de Beaufort, Vicomte de Biolley, Florimond de Bergeyck, Graf Albert de Briey, de Bruges, Calmeyn-Rey, Fürst Eugène de Caraman Chimay, Fürst Em. de Croy, Callemagne, Notar Despret, Dessain-Lamarche, Baron du Fontbarré, Giles de S'Gravenwesel, Ch. Gillot, Graf Eugène de Grünne, Abgeordneter Hermant, Baron d'Hoogvorst, Baron E. de Hoogvorst, Senator Hontart, Abgeordneter Vicomte de Kerkhove, Richard Lamarche, de Lamine, de Laroche, Dr. Lefebvre, Abgeordneter Graf de Liedekerke-Beaufort, Graf Ed. de Liedekerke, Graf Eugen de Meeus, Senator Graf de Mérode-Westerloo, Jules de Montpellier d'Annevoie, de Montpellier de Védrin, Roué Morelus, Graf de Namur d'Elzée, Graf d'Oultremont de Duras, Graf E. d'Oultremont de Warfusée, Pierlot, Abgeordneter Pety de Thoseé, Baron Pycke de Peteghem, de Quanter, Senator Graf Ludovic de Robiano, Senator Marquis de Rodes, Baron de la Roussellière, Roussille, Abgeordneter Simonis, Victor Terwagne, Graf A. d'Ursel, van den Borck, M. van Mons, Graf van den Steen de Jehay, Graf van der Straeten Ponthoz, Dr. Willems, Baron de Woelmont Hambraine, Baron de Woelmont d'Oplieu, Chevalier de Wouteris d'Oplinter, Zaman."

Am 31. Jan. 1872 hielt die Ligue die erste Generalversammlung ab, in der constatirt wurde, dass, obschon man erst bei der Organisation sei, doch schon Comités in Brüssel, Dinant, Anvers, Nivelles, Malines, Namur, Söignies, Thuin, Löwen, Verviers und Luxemburg eingerichtet seien und die Districte von Brüssel und Charleroi zuerst bearbeitet werden sollten. Weiteres ist mir bis jetzt nicht bekannt geworden.

Wenn ich hier die belgischen Christlich-Socialen so hart beurtheilt habe, geschah es nicht, weil noch keine Fabrikgesetzgebung in Belgien existirt, sondern weil sie keinen ernsthaften Versuch gemacht haben, die klerikale Partei Belgiens dafür zu gewinnen. Hätten sie das gethan, so wäre es ihnen möglicherweise nicht gelungen. Ist es doch auch mir persönlich schlecht bekommen, dass ich die conservative Partei Preussens auf die Bahn socialer Reformen treiben wollte. Der Chef des conservativen Leitungs-Comité's der „Deutschen Landes-Zeitung" belehrte mich, dass gegenüber dem Naturgesetz von Angebot und Nachfrage der Normal-Arbeitstag stets eine theoretische Fiction bleiben müsse — von England weiss Herr General-Director Tettenborn also nichts — und es widerspreche auch den Interessen der ländlichen Fabrikbesitzer. Das hat mich nicht gehindert, meine Ueberzeugung weiter auszusprechen, wennschon ich in jener Zeitung dem Renegaten Niendorf weichen musste, und auch die „Revue" ist schliesslich zu Grunde gegangen, weil ich nicht aufhörte, den conservativen Socialismus zu predigen. Aber ich habe doch versucht, die Conservativen auf den rechten Weg zu bringen. Warum thaten das die Redacteure der „Economie Chrétienne" nicht? Mir eigentlich unerklärlich, da sich die katholische Geistlichkeit in Deutsch-

land doch mit so grosser persönlicher Aufopferung nicht abhalten lässt, Ihrer Ansicht treu zu bleiben, auch wenn es ihr Nachtheile bringt. Die belgischen Klerikalen können von den deutschen Klerikalen in jeder Beziehung lernen.

Belgien ist in Europa nicht ausschlaggebend. Aber immerhin ist die Bewegung in der unteren Volksschicht dieses Landes beachtenswerth, da sie einerseits mit der der französischen, andererseits mit der der holländischen Stammesgenossen Hand in Hand geht. Ich halte Belgien total dem radikalsten Communismus verfallen, umsomehr, als die Katholiken mit ihren Patronats-Vereinen und der Sonntagsheiligung die Arbeiter nicht dauernd zügeln werden und ihnen Reelles augenscheinlich nicht bieten wollen.

Ich komme nun zur socialen Presse Belgiens.

Gehalten habe ich:

1. † „La Liberté.“ Brüssel. Red. Arnould. G. 1867. Eingegangen 1. Juli 1873. Wochenblatt. Höchst werthvoll für die Arbeiter-Bewegung in den romanischen Ländern.

2. † „L'Internationale.“ Brüssel. Red. Hins G. 1869. Eingegangen ult. 1873. Officielles Organ der I. bis zum Haager Congress. Von da ab der belg. I.

3. „Le Mirabeau.“ Hodimont. G. 1868. Folgte dem „Internationale“ als officielles Organ der belg. I.

4. „L'Ami du Peuple.“ Lüttich. G. 1873. Organ der Föderation Lüttich. Alle vier Wochenblätter.

Die anderen internationalen Blätter sind mir nur aus Berichten bekannt. Die „Economie Chrétienne“ vom August 1871 nennt:

5. „De Werker.“ Antwerpen. G. 1867. Erscheint in flämischer Sprache. Intern.

6. † „Vooruit.“ Brügge. G. 1869. Flämisch. Intern.

7. † „Peper en Zout.“ Brügge. Ganz dem vorigen ähnlich.

8. † „Les Cahiers du Travail.“ Lüttich. Vorgänger von Nr. 4.

9. † „Le Devoir.“ Lüttich. Vorgänger von Nr. 8.

10. † „Le Droit“ Charleroi. Organ der I jenes Ortes.

11. „Le Peuple belge.“ Brüssel. Mehr radikales als internationales, obzwar socialistisches Tageblatt.

12. „Les Nouvelles du your.“ Brüssel. Tagblatt, das einen sehr schlechten Inhalt nach der „E. Ch.“ haben und auf Arbeiter wirken soll.

13. „La Voix des Ecoles.“ Vom Studenten-Congress zu Lüttich gegründet. Brüssel. Im Geist der Commune redigirtes Wochenblatt.

14. „Le Petit Courrier.“ Lüttich. Tagesblatt. Organ der Démocratie milifante. Communistisch.

15. „L'Eclair.“ Lüttich. Wochenblatt Aehnlich Nr. 14.

16. „Le Réveil.“ Seraing. Wochenblatt. Soll besonders aufreizend auf die Arbeiter von Seraing gewirkt haben.

17. „De Noordster.“ Ostende. Ultra-radikales Blatt.

18. „L'Union Socialiste." Verviers. Organ der Grubenarbeiter. Socialdemokratisch.

19. „De Stormklok." Antwerpen. Socialdemokratisch aber nicht atheistisches Blatt.

20. „L'Echo d'Andenne—Seilles." Socialdemokratisch.

Der „Vorbote" von 1866 nennt und empfiehlt:

21. „La Tribune du Peuple." Organ der I. zu Brüssel.

22. „La Rive gauche." Brüssel. Intern.

23. „La Correspondance Cosmopolite." Brüssel. Organ der „Ligue du Bien public."

Dauby endlich erwähnt noch:

24. „La Cigale." Brüssel. Als Verbreiter internationaler Manifeste.

Von katholischen socialen Zeitschriften kenne ich durch Abonnement und Augenschein:

25. „L'Économie Chrétienne." Lüttich. Monatshefte. Gegründet 1869. Eine Quelle für den romanisch-katholischen Socialismus.

26. „L'Ouvrier Belge." Lüttich. Wochenblatt. 3 Frcs. jährlich. Für Arbeiter geschrieben.



Wegen längerer Abwesenheit des Verfassers war es demselben nicht möglich, die Correctur selbst zu lesen und ist dadurch auch das Erscheinen dieses Bandes verzögert. — Die zweite Abtheilung erscheint jedoch bereits im December d. J.

# Skandinavien.

Von einer Arbeiterbewegung in diesen drei nordischen Reichen ist erst seit kurzer Zeit, und zwar ernstlich überhaupt erst in Dänemark, die Rede. Ich wende mich daher zunächst diesem Lande zu. Nirgends fast hat der politische Radikalismus so dem Socialismus vorgearbeitet als hier, nirgends ist letzterer so wenig ein Product der ökonomischen Lage des Volkes und so sehr eins der politischen Agitation. Eine Skizze der politischen Gegensätze in Dänemark ist deshalb hier nothwendig. Ich benutze zunächst einen Aufsatz der Kreuzzeitung vom Februar 1874, der hierüber uns gut orientirt.

Das „constitutionelle Leben" hat sich seit 1848 daselbst üppig entwickelt. Kein anderes Land hat verhältnissmässig eine solche Menge von sogenannten „politischen Capacitäten," begabten Rednern und gewandten Parteiführern aufzuweisen. Man könnte, wenn man die Verhandlungen liest, auf den Gedanken kommen, dass es sich hin und wieder mehr um dialektische Uebungen und die Entfaltung rhetorischer Talente handelte, als um ernste Fragen der Politik, der Gesetzgebung und Verwaltung. Andererseits dürfen wir den dänischen Volksvertretern das Lob nicht vorenthalten, dass ihre Wortführer durchweg Meister der Form sind und sich selbst in den erregtesten Debatten einer Eleganz und Mässigung des Ausdrucks befleissigen, die man in den Parlamenten anderer Länder nur zu häufig vermisst. Auch die politische Tagespresse und Literatur spielt bekanntlich in Dänemark eine sehr bedeutende Rolle. In jedem politisch wichtigen Momente erscheint eine Menge grösserer und kleinerer Druckschriften, welche die Situation von den verschiedensten Standpunkten beleuchten und selbstredend namentlich auf die Wähler berechnet sind.

Das Vereins- und Versammlungs-Leben ist gleichfalls ein sehr reges.

Die Parteien selbst anlangend, ist zu bemerken, dass eine eigentlich conservative Partei, wie in Preussen vor 1866, in Dänemark nicht existirt. Die zur Bildung einer solchen hin und wieder gemachten schwachen Versuche blieben ohne nachhaltigen Erfolg. Diejenigen Parteien, die sich mehr oder minder geltend gemacht haben, repräsentiren dagegen sämmtlich Schattirungen der Principien von 1789, der Principien der Revolution. Und selbst die dänischen sogenannten Conservativen unterscheiden sich von den rechten Conservativen anderer Länder dadurch, dass sie, weil es

ihnen an Muth gebricht, um der allgemeinen Strömung zu widerstehen, unablässig betheuren, dass sie treue Anhänger der ganz nach der liberalen Schablone verfassten Constitution von 1849 sind, und auf diese Weise jene Principien indirect wenigstens scheinbar anerkennen. Die Begriffe der „Rechten“ und „Linken“ bedeuten daher in Dänemark nichts Anderes, als dass erstere sich mit der bereits bestehenden, sehr ausgedehnten „Freiheit“ begnügt, oder vielleicht sogar in Bezug auf einzelne Einrichtungen, Wahlgesetz u. dergl. einige Einschränkungen derselben für wünschenswerth erachtet, während die „Linke“ ein noch grösseres Mass von Licenz und Gleichheit erstrebt.

Die Partei, welche man gegenwärtig in Dänemark die „Rechte“ nennt, besteht im Wesentlichen aus den Nationalliberalen. Letztere, die von ihren Gegnern auch vielfach als die Doctrinären oder als die „Professorpartei“ bezeichnet worden sind, huldigen dem modernen Constitutionalismus. Zugleich haben sie zuerst das Nationalitätsprincip in Dänemark zur Geltung zu bringen gesucht. „Dänemark bis zur Eider“ war ehemals ihre Losung, während ihre Bestrebungen sich in dieser Richtung gegenwärtig auf die Wiedergewinnung der nördlichen und mittleren dänischredenden Districte des Herzogthums Schleswig beschränken. Die Partei umfasst den ganz überwiegenden Theil der wissenschaftlich Gebildeten und zählt auch unter den Reichen und Wohlhabenden eine grosse Anzahl von Anhängern. Ihr gehören fast ohne Ausnahme die Professoren der Kopenhagener Universität, die Privatgelehrten und Künstler, der zahlreiche und gut besoldete Beamtenstand, die sehr angesehenen Advocaten bei den Gerichten höherer Instanz, die jüngeren Officiere der Armee und Flotte, die bedeutenderen Kaufleute und Gewerbetreibenden in den Städten und endlich die grösseren und reicheren Grundbesitzer auf dem platten Lande an. Zu den Nationalliberalen kann daher im Ganzen die gesammte sogenannte „Intelligenz“ gerechnet werden. Auch die vereinzelt stehenden Conservativen, die sich als solche nicht geltend machen können, schliessen sich der nationalliberalen Partei, der sogenannten Rechten an, um dieselbe im Kampfe mit der weiter fortgeschrittenen Linken zu verstärken. Diese Andeutungen machen es klar, dass die nationalliberale Partei in Dänemark einen ausserordentlich grossen Einfluss besitzen muss. In der Hauptstadt ist derselbe durchaus überwiegend und ihrem Beispiele folgen bei den Wahlen die übrigen Städte, während Gutsbesitzer und Beamte Alles aufbieten, um den Nationalliberalen auch in den anderen Districten zum Siege zu verhelfen. So ist denn diese Partei seit 1848 in Dänemark die herrschende gewesen. Unbestritten war ihre Herrschaft von jeher in der Ersten Kammer (Landsthing), von deren 66 Mitgliedern nach dem revidirten Wahlgesetze vom 28. Juli 1866 zwölf vom Könige ernannt, die übrigen aber vom Volke durch indirecte Wahlen, bei welchen den Höchstbesteuerten ein besonderer Einfluss eingeräumt ist, erwählt werden. Aber auch in der Zweiten Kammer (Folkething), die aus 100 durch das allgemeine Stimm-

recht erwählten Mitgliedern besteht, haben die Nationalliberalen früher durchweg die Majorität behauptet. Nach den Grundsätzen des Parlamentarismus versteht es sich dem Angeführten nach von selbst, dass die nationalliberale Partei seit 1848 in Dänemark das Staatsruder geführt hat. Unter den fünfzehn Ministerien, welche in den letzten 25 Jahren gebildet wurden, hatten lediglich die Ministerien Bluhme und Oersted (1852 bis 1854) eine einigermassen conservative Färbung. Dieselben verdankten indessen ihre Entstehung lediglich der politischen Nothwendigkeit, die Bildung eines den mit dem Auslande abgeschlossenen Vereinbarungen entsprechenden Gesammtstaates zu versuchen. Sie unterlagen aber bald einer überwältigenden Opposition und der Ungunst des damaligen Königs. Davon abgesehen, haben die dänischen Nationalliberalen alle übrigen Ministerien gebildet und stehen noch heute als die regierende Partei da. Die während der Kämpfe Deutschlands mit Dänemark auf dänischer Seite bekannt gewordenen politischen Männer gehören fast sämmtlich dieser Partei an: Orla Lehmann, Monrad, Hall, Andrä, Krieger, Fenger, David. Uebrigens versteht es sich wohl von selbst, dass es innerhalb der grossen dänischen nationalliberalen Partei an Schattirungen der politischen Farbe und an diesen entsprechenden Fractionen nicht mangelt. Einige derselben mögen mit unserer Fortschrittspartei eine gewisse Aehnlichkeit haben, andere vielleicht den preussischen Freiconservativen näher stehen. Im Grossen und Ganzen huldigen sie sämmtlich dem constitutionellen Liberalismus und repräsentiren die den Ideen der Revolution ergebene Bourgeoisie. Dass unter den Führern und namentlich unter den aus der Partei hervorgegangenen Ministern auch Träger altadeliger Namen und Besitzer grosser Güter sich befinden, ändert selbstverständlich in der Sache nichts.

Den Nationalliberalen steht die „vereinigte Linke“ gegenüber. Diese Partei wird hauptsächlich von den sogenannten „Bauernfreunden“ (Bondevenner) gebildet. Schon vor dem Jahre 1848 trat unter diesem Namen ein Verein zusammen, welcher die Verbesserung der Lage der kleineren Landbesitzer als seine Aufgabe bezeichnete. Derselbe erlangte bald eine grosse Verbreitung und politische Bedeutung. Bereits in der constituirenden Versammlung, aus der die Verfassung von 1849 hervorging, übten sie einen nicht unbedeutenden Einfluss aus und haben sich denselben stets zu erhalten gewusst. Die eigentliche Tendenz der „Bauernfreunde“ geht dahin, dem in Dänemark so zahlreichen Stande der kleineren Grundbesitzer, dem eigentlichen Bauernstande, zur Macht zu verhelfen und alle Einrichtungen des Staats den Wünschen und Bedürfnissen dieses Theils der Bevölkerung dienstbar zu machen. Sie neigen sich also mehr zur Demokratie und bilden naturgemäss einen Gegensatz gegen die den Mittelstand, die Bourgeoisie, repräsentirenden Nationalliberalen. Deshalb ist es auch von jeher das Streben der „Bauernfreunde“ gewesen, das Wahlgesetz für beide Kammern des dänischen Reichstages so sehr als möglich auf das allgemeine Stimmrecht zu basiren und mithin der ganzen

Repräsentation eine möglichst breite demokratische Grundlage zu geben. Hinsichtlich der Zweiten Kammer (Folkething) gelang dieses bereits 1849 vollkommen. Was aber die Erste Kammer (Landsthing) anbelangt, so hat die nationalliberale Partei für dieselbe einen Census und indirecte Wahlen aufrecht zu erhalten gewusst. Ferner ist es den „Bauernfreunden“ besonders angelegen gewesen, das Zeitpachtsverhältniss der bäuerlichen Grundstücke (Feste) auf eine den Pächtern möglichst günstige Weise in Eigenthum zu verwandeln und durch Einbringung der verschiedenartigsten Gesetzentwürfe dem Bauernstande in allen Verhältnissen des Staates und der Commune einen möglichst weit ausgedehnten Einfluss zu verschaffen. Unter den obwaltenden Umständen haben indessen diese Bemühungen von keinem durchgreifenden Erfolge sein können und haben sich die „Bauernfreunde“ fast immer mit einer partiellen Erfüllung ihrer Wünsche begnügen müssen. In dieser Beziehung haben ihre Führer eine grosse Klugheit bewiesen. Während sie ihren Zweck unverrückt im Auge behielten, hüteten sie sich vor Ueberschätzung ihrer Kräfte, strebten nur nach dem Erreichbaren und waren, wenn sie ihren Willen nicht in seinem ganzen Umfange durchzusetzen vermochten, stets zu Compromissen bereit. — Der Gegensatz der „Bauernfreunde“ zu den Nationalliberalen äussert sich aber noch in anderen Richtungen. So ist jenen die bei diesen so scharf hervortretende nationale Richtung fremd und haben sie sich von den Bestrebungen der sogenannten Eiderdänen stets entfernt gehalten. Ueberdies geht die Tendenz der Bauernfreunde dahin, in der ganzen Staatsverwaltung eine demokratisch-bäuerliche Einfachheit und Sparsamkeit einzuführen. Kunst und Wissenschaft, auf welche die herrschende Partei einen hohen Werth legt, gelten ihnen als Luxusartikel und sie widersetzen sich consequent, obwohl bisher ohne Erfolg, der Bewilligung der allerdings sehr bedeutenden Zuschüsse, welche in Dänemark alljährlich für solche Zwecke aus Staatsmitteln hergegeben werden. Uebrigens zeichnet sich die Partei durch eine feste Organisation und ganz vorzügliche Disciplin aus. Ihr hervorragendster Führer ist I. A. Hansen seit schon 25 Jahren, der noch heute auf den Bauernstand im Allgemeinen den bedeutendsten Einfluss besitzt. Letzterer wird dadurch befestigt, dass die „Bauernfreunde“ verschiedene gemeinnützige Anstalten, Feuerversicherungs-Kassen u. dergl. begründet haben, vermittelst welcher sie mit den kleineren Landbesitzern in fortwährender Verbindung bleiben und sich ihr unbedingtes Vertrauen zu erhalten wissen. Dieses geht so weit, dass die Parteihäupter, unter denen es ausser I. A. Hansen vielleicht noch drei oder vier recht begabte Männer giebt, auf die ländlichen Wähler einen fast unbeschränkten Einfluss ausüben und nur einen Candidaten zu bezeichnen brauchen, damit er ihrer Stimmen sicher ist. Das Gros der Partei besteht aus einfachen Bauern, welche sich in den Wahlversammlungen, den Interpellationen ihrer gelehrten und redegewandten Gegner gegenüber, durch ihren Mangel an politischen Kenntnissen und correcter Ausdrucksweise manche Blösse geben

und im Reichstage grossentheils ein constantes Schweigen beobachten. Um so zuverlässiger sind diese Leute aber, sobald es zur Abstimmung kommt, und ihre Führer können stets unbedingt auf sie rechnen. Darin besteht die Stärke dieser Partei. Dieselbe hat sich, wie bereits angedeutet, lange mit partiellen Erfolgen begnügt und im Ganzen eine mehr zuwartende Haltung eingenommen. In der neuesten Zeit ist sie aber aus dieser Reserve herausgetreten und hat den Versuch gemacht, die Nationalliberalen aus ihrer bisherigen dominirenden Stellung zu verdrängen. Zu diesem Ende suchten die „Bauernfreunde“ eine Allianz mit den übrigen Gegnern des Ministeriums und seiner Anhänger. Diese Gegner sind die „Grundtvigianer,“ deren hervorragendster politischer Führer der auf der Insel Fühnen gewählte Abgeordnete Högsbro zu sein scheint, und die „Radicalen“ unter denen ein jütländischer Abgeordneter Berg als Wortführer hervorgetreten ist. Die ersteren bilden ursprünglich eine religiöse Partei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die evangelisch-lutherische Kirche von dem vermeintlich vom Staate auf sie ausgeübten Drucke zu befreien und derselben einen nordisch-volksthümlichen Charakter zu verleihen. Schon diese Richtung macht sie zu Gegnern der nach dem Grundgesetze bestehenden, mit dem Staate engverbundenen dänischen Volkskirche und des Ministeriums, das den Einfluss des ersteren auf die Kirche und Schule nicht aufgeben will. — Die Radicalen dagegen bilden die extreme Fortschrittspartei, welche es in neuester Zeit sogar hin und wieder nicht verschmäht hat, mit den in Dänemark so streng behandelten Socialdemokraten zu liebäugeln. Die Grundtvigianer und Radicalen bildeten in der Zweiten Kammer an sich wenig bedeutende Parteien. Indessen waren sie zahlreich genug, um durch ihren Beistand den an sich schon längst eine imposante Minorität ausmachenden „Bauernfreunden“ die Majorität in der gedachten Kammer zu sichern. Als diese Erkenntniss sich bei der gesammten Opposition Bahn gebrochen hatte, erfolgte nach Ueberwindung mancher Schwierigkeiten eine Fusion der Partei der Bauernfreunde mit der Grundtvigianischen und der radicalen Partei. Dieselben nahmen von jetzt an den Namen „Vereinigte Linke“ an.

Diese Partei ist es, welche uns in der Folge mehrmals begegnen wird. Sie hat, wie aus obiger Skizze hervorgeht, ihren Ursprung in den Jahren 1848—49, mit denen für Dänemark eben eine ganz neue Zeit begann. Der siegreiche Liberalismus hatte sich damals energisch gegen die alten Stände gewandt und in wenigen Jahren tüchtig aufgeräumt. Der wichtigste Schritt bestand aber in der Verwandlung der Pächter in freie Bauern. Alsdann musste der alte, wohlsituirte Handwerkerstand dem modernen Wirthschaftssystem weichen, und diese Thatsache wurde durch Gesetz schon 1857 anerkannt.

Durch dieses Gesetz wurden die alten Zünfte aufgehoben und völlige Gewerbefreiheit ein dutzend Jahre früher eingeführt als in Deutschland. Die socialen Folgen dieses Gesetzes machten

sich in Dänemark ziemlich langsam geltend, weil solange die Elb-Herzogthümer zu Dänemark gehörten, die Industrie sich ziemlich gleichmässig auf die grossen Städte derselben und auf Kopenhagen vertheilte. Nachdem die Elb-Herzogthümer an Deutschland verloren gegangen sind, hat Kopenhagen für Dänemark eine bei weitem grössere Bedeutung gewonnen. Zwar ist Dänemark heute noch kein Fabrikland, indessen betrug die Zahl der Fabriken nach einer unvollständigen Zusammenstellung des statistischen Bureaus vom Anfang dieses Jahrzehnt über 1400, von denen seit 1864 nicht weniger als 374 entstanden und 231 bedeutend vergrössert waren. In diesen Fabriken wurden ca. 30000 Arbeiter beschäftigt. Diese Fabriken sind zum grossen Theil in und um Kopenhagen angelegt worden. Ihre Concurrenz vernichtet den kleinen Handwerkstand in den kleinen Städten des Königreichs. So gewinnt Kopenhagen mehr und mehr dieselbe Bedeutung, die Paris für Frankreich hat. Mit der schnellen Entwicklung des Standes der Grosscapitalisten und Fabrikanten hat man daselbst ein Proletariat geschaffen, das bereits zum Klassenbewusstsein gekommen ist und den Klassenkampf aufgenommen hat. Jedoch sei gleich vorneweg bemerkt, dass Dänemark überwiegend ein Ackerbaustaat noch heute ist, und dass der Schwerpunkt der Arbeiterfrage auf dem Lande liegt, ein Punkt, auf den ich noch zurückkomme.

Ich habe oben die Partei der Bauernfreunde eine demokratische Partei genannt, und dass sie das ist, zeigte sich bereits in den fünfziger Jahren. Schon damals suchte sie unter Führung von Hansen und Tscherning mit der Arbeiterschaft von Kopenhagen Fühlung zu gewinnen. Die Sache liegt ja in Dänemark so, dass die Bauernpartei auf dem Lande so lange eine Anzahl ganz fester Wahlbezirke hat, als die ländliche Arbeiterbevölkerung noch nicht in die politische Action eingetreten ist, was auch heute noch nicht der Fall ist. Die nationalliberale Partei, die der liberalen Bourgeoisie, ist hauptsächlich auf die Städte angewiesen. Beim allgemeinen gleichen Wahlrecht geben natürlich hier die Stimmen der Arbeiter den Ausschlag. Da der König nach der Constitution ganz ohnmächtig ist, so muss, das folgt aus dem Wesen jener Constitution, um die Stimmen der städtischen Arbeiter ein Buhlen der um die Herrschaft im Staat streitenden Parteien entstehen. So ist es geschehen. Kaum warf die Bauernpartei ihren Blick auf die unteren Klassen der städtischen Bevölkerung, als der Liberalismus die ganze Gefahr begriff, welche ihm, der noch die Herrschaft im Staat besass, aus der Allianz jener beiden Volksklassen entstehen musste. Die Noth zwang ihn, eine Organisation der arbeitenden Klassen in den Städten seinerseits in das Leben zu rufen, damit dies nicht von Seiten seiner Gegner geschähe. So machte also gleichzeitig in Dänemark der Liberalismus das Experiment des Hineinziehens der Arbeitermassen in die politische Bewegung, um die Dauer seiner Herrschaft in dem Staat zu sichern, welches in Deutschland der Liberalismus machte, um die Herrschaft des Königthums von Gottes Gnaden zu brechen.

Der dänische Schulze-Delitzsch, welcher sich dieser Aufgabe unterzog, C. V. Rimestod, ist eigentlich ein bedeutenderer Mann als sein deutscher College. Mit vielen, namentlich historischen Kenntnissen ausgerüstet, verfügt er über eine glänzende Beredtsamkeit und einen grossen Eifer. So gab er seine Stellung als Vorsteher einer privaten Gelehrtenschule in Kopenhagen auf, um sich ganz der politischen und Vereinsthätigkeit zu widmen, wurde Mitglied des Reichstages und später Redacteur eines der grösseren Tagesblätter, des „Dagstelegraphen“. Er gründete den „Arbeiter-Verein von 1860,“ der eine zeitlang einen führenden Einfluss auf die Arbeiterschaft Dänemarks ausgeübt hat. Das Programm seines Vereins war völlig dasjenige, womit der Liberalismus immer zuerst auftritt: Beförderung der Bildung unter den Arbeitern. Die Mittel dafür waren ebenfalls die gewöhnlichen: Vorträge, namentlich politische, in welchen die liberale Doctrin den Arbeitern wieder und wieder gepredigt wurde. Auch richtete er eine Fortbildungsschule ein, die indessen wenig besucht wurde. Der Verein gewann bald einige tausend Mitglieder, von denen indessen ein grosser Theil aus Nichtarbeitern bestand. Jüngere Leute namentlich benutzen gern die Lectüre, welche das Vereinslocal bot, und die Gelegenheit der Vereins-Versammlungen, um sich für das politische Leben vorzubereiten. Selbstverständlich wurde von Rimestod eine Zeitung begründet, das „Blad for Arbeiderforeningen af 1860.“ Für die praktischen Fragen der Zeit hat dieser Verein nicht viel gethan.

Ein anderer Mann nahm, wie in Deutschland Herr Max Hirsch, die Leitung dieses Theils der liberalen Socialpolitik in die Hand. Doch gründete Rimestod's Verein einige billige Leihhäuser und baute späterhin auch einige Arbeiter-Wohnungen. Dagegen hat der Verein sehr thätig in die Politik eingegriffen. Er gewöhnte die Arbeiter an den Besuch von Versammlungen, brachte ihnen den Geschmack für Massen-Demonstrationen bei, wie er sie alljährlich zur Feier des Jahrestages des dänischen Grundgesetzes veranstaltete, und hetzte die Arbeiter gegen die nicht liberal gesinnten Parteien auf. So hat er natürlich nur den späteren socialen Wirren gegen seinen Willen in die Hand gearbeitet. Der Inhalt des Vereinsblattes ist übrigens ausserordentlich mager, indem es fast nur weitläufige Besprechungen der unbedeutendsten Vereinsverhältnisse enthält.

Die von Rimestod gestellte Bildungsforderung ist das theoretische Kennzeichen des Liberalismus, wo immer er sich an die Arbeiterfrage macht, und sein Universalmittel gegen die Nothstände der Zeit. Davon geht die eine Reihe der liberalen Arbeitervereine aus. „Selbsthülfe“ ist das Stichwort, sobald man bei den praktischen Fragen angelangt ist. Seit dem Jahre 1866 wurde sie in Dänemark als Parole ausgegeben und wurde eine ganze Reihe von Vereinen nach diesem Recept gegründet. Der geistige Vater dieser Bewegung ist der Pfarrer Sonne in Tiestedt, einer kleinen Stadt im nördlichen Jütland. Er gründete 1866 den ersten dänischen Consum- und Haushaltsverein, und

bald folgten demselben andere in verschiedenen Gegenden Dänemarks. 1871 hielten Delegirte der localen Vereine eine Versammlung in Kopenhagen und schufen einen Centralverein, der unter Leitung jenes Pfarrer Sonne steht. Als Organ dieser Richtung erscheint seit 1868 das frühere Monats- nnd jetzige Wochenblatt „Arbeideren. Et Ugeblad for Selvhjaelp og Samarbeide.“ Es bezeichnet sich als Organ für Arbeiter-Bildungs- und Haushalts-Vereine, Kranken-, Begräbniss- und Unterstützungskassen, Bau-, Spar-, Leih- und andere Arbeitervereine; der Umfang des Programms ist also gross genug. Es wird von einem Buchhalter einer Privatbank in Kopenhagen, Faber, redigirt, im Ganzen genommen im Sinne von Schulze-Delitzsch. Es schöpft, wie es scheint, aus dem „Bee Hive,“ der „Concordia,“ dem „Gewerkverein“ und ähnlichen Blättern. Obwohl es bestrebt ist, die verschiedenen Erscheinungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung des In- und Auslandes zu beobachten, theilt es mit jenen Organen die unglückliche Vorliebe für die englischen „Trades-Unions“ und empfiehlt die Bildung von Gewerkvereinen den Arbeitern Dänemarks.

Da ich in dieser Abtheilung die Arbeiterbewegung Englands nicht behandle, so will ich mir hier nur eine kurze Bemerkung erlauben, deren Begründung ich mir für später vorbehalte: Es ist ein dicker Irrthum, wenn behauptet wird, die englischen Trades-Unions seien Vereine, welche lediglich ökonomische und keine politischen Zwecke verfolgten, und wer heute noch nicht einsieht, dass der Geist der Chartistenbewegung in England nie ausgestorben ist und gerade wieder in letzter Zeit sich kräftig regt, wer so wenig Verständniss für den Geist der Massen hat, solche Albernheiten dem Publicum immer wieder vorzukäuen, der wird sich ein ganz Theil nützlicher für die Menschheit beschäftigen, wenn er Steine klopft, als wenn er Socialpolitik treibt. So sehr die Anhänger Sonne's die Trades-Unions empfehlen, eben so sehr sind sie von der Schädlichkeit der Strikes überzeugt und polemisiren gegen dieselben. Ganz ebenso kurzsichtig wie Schmoller und Brentano und die übrigen deutschen Anhänger der Gewerkvereine, begreifen sie nicht, dass die Trades-Unions der letzte Versuch des vierten Standes sind, auf dem Boden der heutigen Productionsweise der Capitalmacht eine geschlossene Arbeitermacht gegenüber zu stellen, um ihr durch die Waffe des Strikes Concessionen materieller Art abzuringen. Ein Gewerkverein, welcher den Strike nicht in's Auge fasst, ist in dem heutigen Stadium des Streites zwischen Capital und Arbeit ein ebenso nutzloses und albernes Ding, wie eine Armee, die ein Land unterhält und ausbildet mit der Absicht, sie nie in eine Schlacht zu führen. Stellt es sich heraus, dass der Strike eine nicht genügende Waffe ist, eine solche materielle Verbesserung der Lage der Arbeiter durchzusetzen, wie sie die Arbeiter zu erlangen fest entschlossen sind, so geben sie die letzte Position auf dem Boden heutiger Productionsverhältnisse auf und machen diesen Boden selbst zum Object

ihrer Angriffe. Ohne ihre Organisation wesentlich zu ändern, werden sie aus ökonomischen zu politischen Vereinen, aus Schulzeanern zu Lassalleanern oder Marxianern. Wo sie das allgemeine Wahlrecht noch nicht haben, fordern sie es zunächst. So in England. Noch suchen in Deutschland die Leute der Presse von Brentano bis Max Hirsch und Dannenberg dem Publicum diesen so äusserst wichtigen Vorgang zu verschweigen. Ich werde mich indessen bemühen, den deutschen Lesern die Dinge darzustellen wie sie sind und nicht, wie sie die Socialdilettanten wünschen. Wo das allgemeine Wahlrecht existirt, wie in Dänemark, da suchen es die Arbeiter in solchem Falle zu benutzen, Arbeiter in's Parlament zu bringen, gleichgültig, ob ihre Vereine von den Socialliberalen oder Socialdemokraten gegründet sind.

Das hat sich in Dänemark auch bereits gezeigt. Die Partei des Herrn Sonne hat Gewerkvereine gegründet. Einer derselben, der Verein der Porzellanarbeiter, steht sogar mit den Vereinen des Herrn Max Hirsch in Berlin in Verbindung. Wie wir weiterhin sehen werden, hat auch die socialdemokratische Partei bereits Gewerkvereine gegründet. Strikes sind ebenfalls massenhaft in Dänemark, namentlich 1873, ausgebrochen, und dass die Sonne'schen Vereine in einem Lande, in welchem das allgemeine gleiche Wahlrecht herrscht, dauernd sich damit begnügen sollten, liberale Bourgeois in das Parlament wählen zu helfen, das will mir nicht einleuchten.

Die Sonne'schen Vereine sind zur Zeit allerdings ziemlich zahlreich. Eine gemeinschaftliche Versammlung wurde von 92 Localvereinen im Sommer 1874 beschickt. Indessen scheinen viele Kleinbürger Mitglieder dieser Vereine zu sein. Es hat mehr komisches wie praktisches Interesse, wenn man liest, dass auf dieser Versammlung allen Ernstes beschlossen worden ist, die Gründung von Bildungsvereinen energisch in Angriff zu nehmen und namentlich durch Wanderlehrer für die Aufklärung der Arbeiter zu sorgen. Der „Verein für Verbreitung von Volksbildung in Deutschland" — Gneist, Böhmert, Schulze-Delitzsch, Hirsch, Dunker und Consorten — ist hiermit bekanntlich ebenfalls vorangegangen und hat u. A. den Herrrn Dr. Benfey, einen geborenen Juden, der sich zur freireligiösen „Religion" bekehrt hat und Jahre lang Sprecher einer solchen Gemeinde war, zu einem Wanderlehrer ernannt. Ein anderer Wanderlehrer dieses Vereins ist der Herr Dr. Arnold Lindwurm. In welchem Sinne dieser Herr seine Aufgabe auffasst, wie er auf die Arbeiter einwirkt, welche Art von „Bildung" er verbreitet, das kann man aus einem von demselben jüngst verfassten Buche ersehen. Dasselbe hat den Titel: „Praktische Philosophie von Dr. Arnold Lindwurm. — Braunschweig. — bei C. A. Schwetschke u. Sohn." Die Tendenz dieses Buches bezeichnet der Titelzusatz: „Ein Nachweis, dass die Philosophie anstatt der Glaubenslehren die Grundlage unseres socialen Lebens sein muss," und die folgenden Proben: „Schon sind die Satzungen der Kirche anrüchig geworden bei weitaus den Meisten der Menschen. Die

Gewohnheit des Denkens hat endlich das Bedürfniss darnach auch in den grösseren Massen geweckt. Die einfältige Flause, dass das Geistliche etwas Separates oder gar etwas über dem Geistigen Stehendes sei, muss aus den leichtgläubigen, eingeschüchterten Köpfen der Menge verbannt werden. Ich hoffe, dass diese Schrift das schwarze Heer der Hochwürden, Hochehrwürden, bischöflichen Gnaden u. s. w. reichlich so ärgern wird, wie irgend eine bahnbrechende Schrift, welche von der Naturwissenschaft, dieser Oase in der geistigen Wüstenei mittelalterlichen Angedenkens, veröffentlicht worden ist." Kann ein von so leidenschaftlichem Hass gegen Christenthum und Kirche erfüllter Mann als „Wanderlehrer" wirken, ohne die Befehdung und Verspottung des christlichen Glaubens zu seinem Hauptgeschäft zu machen?

Mir scheint, der Verein für Volksbildung ist vielmehr ein Verein für Verbreitung der Lehren des Materialismus. Die Socialdemokratie sollte ihm also dankbar sein, denn wenn es nicht Gottes Ordnung ist, auf der die Unterschiede in Anlage, Entwickelung, Lebensstellung der Menschen beruhen, so sind sie jedenfalls sehr verkehrte menschliche Einrichtungen, die je eher desto lieber geändert werden müssen. Der Materialismus ist die Rechtfertigung des Communismus. Danach arbeitet der oben genannte Verein durch Aussendung solcher Leute, die schlimmer sind als socialdemokratische Agitatoren, bestens vor.

Vielleicht treffen die dänischen Socialliberalen eine ebenso geschmackvolle Wahl. Wenn das bischen Religion, was die Arbeiter heute noch haben, erst weg-„gebildet" sein wird, wird es wohl auch keine Socialliberalen mehr geben.

Unterstützt wird Herr Sonne von dem „nationalökonomischen Verein zu Kopenhagen." Dieser ernannte vor einiger Zeit einen Ausschuss, bestehend aus dem reformjüdischen Schriftsteller Goldschmidt, dem Bankdirektor Levy, dem Professor Scharling, Engroshändler Kaarup und den Herren Gad, Hage, Shaw, der in Erwägung ziehen sollte, was Seitens des Vereins geschehen könnte, um gute nationalökonomische Kenntnisse im Volke zu verbreiten. Am 9. April 1874 legte der Ausschuss seine Vorschläge vor, und der Verein beschloss, einen Preis von 1000 Kronen für ein volksthümlich geschriebenes Lehrbuch der Nationalökonomie, nicht über 10 Bogen stark, auszusetzen, welches sowohl zum Unterrichten wie zum Selbststudium dienlich sein und sich möglichst den heimischen oder allgemein bekannten Verhältnissen anschliessen soll. Die dänischen Socialliberalen sind also immer noch klüger und praktischer als die deutschen. Bekanntlich hat die „Württembergische Centralstelle für Handel" etc. in einem ähnlichen Streben sich die Arbeit leichter gemacht, indem sie einfach ein jämmerliches französisches Machwerk unter dem Titel „Volkswirthschaft für Jedermann" übersetzen liess. Der Verein beschloss zweitens, dass man populär gehaltene Flugschriften abfassen und vertheilen resp. zu einem sehr bescheidenen Preise verkaufen lassen wolle. Drittens will der Verein denjenigen Lehrern und Schulvorstehern,

die sich während eines Zeitraums von mindestens 10 Jahren bestrebt haben, ihre Schüler über die Grundsätze der Wirthschafts- und Gesellschaftslehre aufzuklären, eine geeignete Anerkennung zukommen lassen. Der Verein beauftragte schliesslich seinen Vorstand, in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehle, periodisch allgemeine dänische volkswirthschaftliche Versammlungen, — analog den seit längerer Zeit stattfindenden „skandinavischen“ — in verschiedenen Provinzialstädten abzuhalten.

Hiermit ist die Thätigkeit der Socialliberalen Dänemarks vorläufig erschöpft. Auch sie befinden sich bereits in der Defensive gegenüber einem Feinde, der dort zwar noch sehr jung, aber bereits höchst energisch ist, gegen die Internationale. Bevor ich indessen das Auftreten dieser Partei in Dänemark schildere, muss ich eines interessanten dänischen Denkers Erwähnung thun, welcher mich vielfach an Rodbertus erinnert. Von einem der dänischen Sprache mächtigen Freunde habe ich Folgendes über ihn erfahren: „Der christliche Philosoph Christian Sibbern, gestorben 1872, ging in seiner letzten Lebensperiode unter die Socialisten. Er kritisirte die auflösende Tendenz des Liberalismus, den sich breitmachenden Materialismus und sagte die Folgen, welche dies System nach sich ziehen werde, frühzeitig voraus. Namentlich hat er dies gethan in einer im Jahre 1858 erschienenen Schrift: „Mittheilungen aus einer Schrift vom Jahre 2135.“ Wie der Titel zeigt, ist die Einkleidung des Buches eine Zukunftsphantasie, eine Art Utopia, und diese phantastische Form hat der Wirkung des Buches wohl ebenso viel geschadet wie seine offen ausgesprochene Ansicht vom Zukunftstaat, in dem ein eigenthumsloses oder eigenthumsfreies Leben herrscht, ein idealer Zustand, den er auch nur durch verschiedene willkürliche Uebergänge in den menschlichen und kosmischen Lebensbedingungen aus dem gegenwärtigen Zustande entwickeln kann. Was dem Buche aber seinen grossen Werth und eine dauernde Bedeutung giebt, ist der tief sittliche und christliche Ernst, mit dem er die jetzigen gesellschaftlichen Zustände rügt, auf ein menschlicheres Verhältniss zwischen den Herrschaften und Dienstboten, Grundbesitzern und Landarbeitern, Fabrikanten und Fabrikarbeitern drängt und grössere Sorge für die Armen und Niedrigen fordert: Rathschläge und Ermahnungen, für die er oft einen schönen, kräftigen und warmen Ausdruck findet. Sehr gut hat er dabei die Gefahren der jetzigen socialen Zustände im Voraus gezeigt und im Voraus gewarnt, sowie sehr scharf die Mängel der jetzigen Gesetzgebung kritisirt. Mein dänisch sprechender Freund nennt ihn einen der ersten Denker, der in die Tiefe der socialen Ideen eingedrungen sei und ihren wirklichen sittlichen und christlichen Gehalt erkannt habe. Aber der Mann spielte natürlich eine undankbare Kassandra-Rolle. Die Gebildeten sagten: „Sibbern ist alt geworden.“ Damit legte man 1858 sein zeitgemässes Werk bei Seite. Die dänische Kassandra sah zwar nicht den Fall Troja's, aber sie sah immerhin noch den Bau des hölzernen Pferdes, in dessen Bauch die Männer

steigen, welche dereinst auch die Brandfackel in die Paläste Kopenhagens werfen werden, wenn der Liberalismus daselbst auf seiner Art weiter wirthschaftet. Sibbern sah noch die Constituirung der Internationale in Dänemark,

Die Importirung der Idee der I. in Dänemark erfolgte auf ziemlich mysteriöse Weise im Frühjahr 1871 unmittelbar nach dem Unterliegen des Communeaufstandes zu Paris. Es wurden zwei anonyme Broschüren veröffentlicht, welche die Grundsätze der I. den dänischen Arbeitern empfahlen. Der Inhalt dieser Broschüren war zumeist den Schriften deutscher Socialdemokraten entnommen. Im Juli 1871 wurde die erste Nummer der internationalen Zeitung „Socialisten" herausgegeben. Im August begründete man öffentlich den „Internationalen Arbeiterverein für Dänemark." Im Juniheft des „Vorbote" wird der, wahrscheinlich damals noch geheimen Constituirung der ersten Section der I. in Dänemark Erwähnung gethan. Wer der eigentliche Gründer dieses Vereins sei, blieb zunächst verborgen. Es hiess, ein „Grossmeister" leite die Bewegung. Als dieser Grossmeister entpuppte sich später Louis Pio, von dem der Anklageact in dem später zu besprechenden Process Folgendes angiebt: Pio, Sohn eines dänischen Hauptmannes a. D., geb. den 14. December 1841, nahm Theil am Kriege 1864 als Officieraspirant, wurde Reserveofficier 1867, Postschreiber 1870, welche Stelle er im Juni 1871 verliess. Er war mit den Katholiken in Verbindung gekommen und wurde auf die Empfehlung des Kopenhagener Präfecten (d. h. Missionsbischofes) Grüder Hauslehrer bei einer reichen zum Katholicismus übergetretenen Dame, der Kammerherrin Berling. Diese Stelle verliess er im October, um nach Genf zu reisen und sich dort mit den Führern der Internationalen in Verbindung zu setzen. An Marx soll er sofort bei Stiftung des Vereins geschrieben haben, wie das auch aus der Notiz im „Vorbote" hervorzugehen scheint. Später soll er und der Vorstand des Vereins den Generalrath um Geldunterstützung behufs Errichtung einer Druckerei ersucht, aber aus Geldmangel des G.-R. nichts erhalten haben. Auch sollen die dänischen Internationalen nie ihren Beitrag von 10 Centimes pro Kopf an die I. geleistet haben.

In den von Pio verfassten Statuten des Vereins wird ausgesprochen, dass die Zeit gekommen sei, in welcher der gleiche Zugang für Alle zu den Genüssen auf Erden, sowohl den materiellen wie den geistigen, eine Nothwendigkeit geworden sei, wenn nicht die von ihnen Ausgeschlossenen die Gesellschaft umstürzen sollen. Zweck des Vereins ist, dahin zu wirken, dass jede Unterdrückung, sie trete im Namen der Nationalität, der Bildung, der Tradition, des Capitals oder der Religion auf, sobald als möglich aufhöre. Im ersten Artikel heisst es: „Gemäss den General-Statuten der I. A.-A. wird hierdurch eine dänische Abtheilung des genannten Vereins gegründet." In den übrigen 19 Artikeln wird u. A. bestimmt, dass ein Centralcomité, bestehend aus einem „Grossmeister" und 9 Mitgliedern, den Verein dirigiren solle mit unbeschränkter

Gewalt, sowohl in den äusseren wie in den inneren Angelegenheiten des Vereins. Pio, der der Oeffentlichkeit verborgene Grossmeister, leitete nun durch Brix und Geleff den Verein als Selbstherrscher. Von diesen Genossen sagt der Anklageact: Paul Geleff, geb. den 6. Januar 1842 in Brede bei Rigen, machte 1864 das Schullehrerexamen, versuchte mehrmals die Redaction einer Zeitung und war im Sommer 1871 an dem ultramontanen Blatte „Heimdal" thätig. Ein plötzlicher Umschwung brachte ihn vom Ultramontanismus zur Internationale. Pio liess ihn als Agitator im Lande umher reisen und machte ihn zum Kassirer, aber ohne Kasse und ohne Rechenschaftslegung. Harald Fr. Vald. Brix, geb. in Koph den 25. Februar 1841, war Buchhändlercommis, wurde dann Officieraspirant, entlassen wegen Unfähigkeit, machte den Krieg 1864 als Freiwilliger mit, wurde wieder Buchhändlergehülfe, bis er sich 1870 als Musikalienhändler etablirte. Anfangs 1871 fallirte er. Er stand als Redacteur auf dem „Socialisten" angeführt. Pio machte also, immer noch selbst den meisten Vereinsmitgliedern unbekannt, Winter 1871—72 eine Reise nach der Schweiz und soll auf der Rückreise mit Liebknecht conferirt haben. Nach der Rückkehr trat er öffentlich als „Grossmeister" auf, seit April 1872 auch als Redacteur des nunmehr täglich erscheinenden „Socialisten."

Trotz dieser Beziehungen zur I. wurden die Bestrebungen der dänischen Internationalen doch von den deutschen Lassalleanern sehr sympathisch behandelt. Der „Neue Socialdemokrat" berichtete regelmässig über ihr Ergehen. Im November 1871 freute sich dies Blatt, berichten zu können: „Die Arbeiterbewegung nimmt in Dänemark sehr rasch an Umfang zu und macht grosses Aufsehen. Auch die Landbevölkerung, besonders im Norden Jütlands, betheiligt sich daran. Ein wesentliches Contingent haben ferner die Cigarrenarbeiter und die bei den Pferdeeisenbahnen in Kopenhagen Angestellten geliefert. In den Provinzen hat sich Aarhuus durch die Bildung eines Zweigvereins ausgezeichnet. Inzwischen fährt der „Socialist" in seinen Bestrebungen zur Aufklärung der Arbeiter fort. Es sind ausser der socialen Frage auch politische, die das Blatt behandelt."

Deutsche Socialisten sind auch später wiederholt in Dänemark agitatorisch thätig gewesen, und es besteht wohl kein Zweifel, dass Verbindung zwischen deutschen und dänischen Socialdemokraten immer bestehen werde, wegen der altherkömmlichen Beziehungen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins zu Dänemark, wie denn ja auch der Socialismus neuerdings wieder von Dänemark nordwärts, nach Schweden-Norwegen, verpflanzt wird.

Geleff wirkte als Reiseagitator; er besuchte die meisten Städte Dänemarks und gründete Unterabtheilungen des Vereins in Aalborg, Randers, Aarhuus, Skandenberg, Horsens, Odense auf Fünen, Naskov auf Seeland. Auch Frauen wurden in die Vereine gezogen. Anfangs 1872 hatte der Verein ca. 8000 Mitglieder, wovon ca. 5000 in Kopenhagen. Grosse Strikes wurden mit seiner

Hülfe durchgeführt von den Arbeitern einer grossen Maschinenfabrik, einer Schiffsbauanstalt, von Tischlergesellen, Maurergesellen u. s. w. Genug, die Bewegung wuchs bis Mai 1872 in äusserst bedrohlicher Weise. Die Polizei erwies sich ohnmächtig, da man sich in den gesetzlichen Schranken hielt. Zwar konnte der „Socialisten" zeitweise keinen Drucker in Kopenhagen finden. Man liess ihn dann in Hamburg drucken.

Da brach eine grosse Katastrophe über die dänische I. herein. Der Verein hatte auf den 5. Mai 1872 eine unter freiem Himmel abzuhaltende Versammlung angesetzt, deren Programm ziemlich unschuldig war. Man wollte Resolutionen vorschlagen, wonach der Empfang von Armenhülfe nicht den Verlust der bürgerlichen Rechte, besonders des Wahlrechts, nach sich ziehen sollte; Ausgleichungscommissionen, Einigungsämter für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sollten ferner gefordert werden. Dennoch verbot die Polizei, welche wahrscheinlich Ruhestörungen fürchtete, diese Versammlung. Dennoch forderten die Vorstandsmitglieder die Vereinsmitglieder und alle Arbeiter am 4. Mai auf, sich trotz jenes Verbots auf dem Norderfelde einzufinden und die Versammlung jedenfalls durchzuführen. Nun verhaftete die Polizei in der Nacht vom 4. zum 5. Mai Pio, Brix, Geleff und andere Vorstandsmitglieder. Es stellte sich auch zur bestimmten Zeit eine grosse Menschenmenge vor dem Norderfelde ein, und ein geschlossener Haufe von mehreren tausend Menschen suchte hineinzudringen und Gewalt gegen die Polizeimannschaft und das Militär, welches den Eingang bewachte, zu gebrauchen. Es kam zu Blutvergiessen, doch wurde der Aufruhr bald gedämpft.

Zunächst spotteten die Socialisten über diese Massregel. Ein deutsches Blatt jener Partei berichtete höhnisch: „Auch das kleine Zaunkönigreich Dänemark hat der Versuchung nicht widerstehen können, mit einzuspringen in den internationalen Reactionsreigen. Wie ein Telegramm aus Kopenhagen besagt, wurde daselbst eine von den Mitgliedern der Internationale auf vorigen Sonntag anberaumte Versammlung, „als die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdend," polizeilich verboten, und in der Nacht vom 4. auf 5. d. M. vier Mitglieder der Internationalen verhaftet: der Redacteur des „Socialisten," Pio, und drei Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins. Wir danken der Kopenhagener Regierung für den Dienst, den sie unserer Sache in Dänemark leistet!"

Allein die Sache sollte einen sehr ernsten Verlauf nehmen. Zuerst hatten die Verhafteten eine sehr lange Untersuchungshaft zu erleiden. Die Untersuchung wurde sehr gründlich geführt. Das Untersuchungsprotokoll umfasste ungefähr 2000 Seiten und waren demselben über 100 Anlagen beigefügt. Der Untersuchungsrichter hatte sich hierzu mit allen seit Juni 1871 in dem Blatte „Socialisten" veröffentlichten Artikeln genau bekannt machen müssen. In einem grossen Theile des Landes fanden Verhöre statt, und endlich wurden die Verhältnisse von achtzehn An-

geklagten untersucht. Während der ganzen Dauer dieses schwerfälligen Processes befanden die angeklagten Socialisten sich in Untersuchungshaft.

Sie petitionirten um Freilassung. Vergebens. Nun wandten sie sich an den Folkething und erachteten, dass sich die Radikalen und Bauernfreunde für sie einlegen würden. Ob sie von denen dahin gehende Versprechungen hatten, habe ich nicht ermitteln können. Aber es steht fest, dass die Gefangenen sich gewisser Sympathieen, namentlich unter der Landbevölkerung, erfreuten. Es wurden mehrere Adressen aus Jütland, Umgegend von Veile, Vendsyssel und Umgegend von Aarhuus, zu Gunsten der im Gefängniss sitzenden Socialistenführer ans Folkething eingesandt und namentlich ist es bemerkenswerth, dass sich begüterte Hofbesitzer aus der Gegend von Aarhuus einer solchen Adresse anschlossen.

Der parlamentarische Ausschuss beantragte über diese Petition, es möge beschlossen werden:

„Der Landtag fordert den Justizminister auf, dem Ausschuss Abschriften der die Sache betreffenden Decrete und ähnlichen Actenstücke nebst anderen Aufschlüssen über das Verbot vom 4. Mai v. J. gegen öffentliche Versammlungen auf dem Norderfelde, über die Weigerung, dem Lieutnant Pio zu gestatten, Sachen drucken zu lassen, welche nach vorgängiger Durchsicht der Polizei als nicht mit der Angelegenheit, weshalb er in Anklagestand versetzt worden, in Verbindung stehend befunden worden, sowie über die Beschlagnahme des „Socialisten" in der Nacht zwischen dem 4. und 5. Mai v. J., und endlich die Betrachtungen mitzutheilen, welche bestimmend waren für den Minister in seinem Urtheil über die Uebereinstimmung der genannten Handlungen mit den Vorschriften des Grundgesetzes."

Der Justizminister hatte sich nämlich geweigert, dem Ausschuss jene Aufschlüsse mitzutheilen und zugleich erklärt, dass er den Landtag nicht für dasjenige Forum ansehen könne, bei dem die Beschwerde correcter Weise anhängig zu machen gewesen wäre. Eine Minorität des Ausschusses wollte nun noch einmal Verhandlungen mit dem Minister eingeleitet wissen, allein die weit überwiegende Mehrheit fasste den Beschluss, jenen Antrag an den Landtag zu stellen.

Der Buchführer Hansen vertheidigte jenen Antrag. Hierauf vertheidigte der Justizminister sein Verfahren und erklärte sich bereit, nach wie vor diejenigen Aufklärungen zu geben, welche zu geben er für richtig und verantwortlich halte, während er hierüber hinaus nicht gehe, möge nun das Verlangen des Ausschusses vom Thing unterstützt werden oder nicht. Somit drohte ein Verfassungsconflict, und die Socialisten hofften auf einen solchen. Allein — der Folkething rechtfertigte eine solche Erwartung nicht, sondern beruhigte sich bei der Erklärung des Ministers und ging zur Tagesordnung über. Der „Volksstaat" schrieb hierüber entrüstet:

„Die dänischen Socialistenführer schmachten noch immer im Gefängniss. Wie aus dem Kopenhagener Parteiorgan „Socialisten" erhellt, sind sie das Opfer eines schnöden Betruges seitens der Vereinigten

Linken — der bäuerlichen und bürgerlichen Radikalen — geworden, die ihre Freilassung zu erwirken versprochen hatten, und sie hinterher schmählich im Stich liessen. Ein neuer Beweis dafür, was die Socialisten von der bürgerlichen Demokratie zu erwarten haben! Das gebrannte Kind scheut das Feuer. Die socialistischen Arbeiter sind leider nicht so klug als die Kinder, und fahren fort, Parteien ihr Vertrauen zu schenken, mit denen sie noch nie in irgend ein Verhältniss getreten sind, ohne betrogen und missbraucht worden zu sein. Freilich den dänischen Arbeitern kann man diese Vertrauensduselei noch einigermassen hingehen lassen; wenn aber Männer, die Jahrzehnte lang in der Bewegung sind, in dem Vorland der Arbeiterbewegung sich in Allianzen mit liberalen Spiessbürgern einlassen, wie jetzt in London Odger, Eccarius u. A. in England mit politischen Mittelklassen-Humbugs von der Sorte eines Morley, dann giebts keine „mildernde Umstände," und ist an Ehrlichkeit zu glauben nahezu unmöglich."

Trotzdem sind dänische Socialisten auch später ein so unnatürliches Bündniss eingegangen. Um aber jedem Vorwurf zu begegnen, dass nicht alles geschehe, wodurch die Verhältnisse der Arbeiter gebessert werden können, nahm die Regierung zur Begütigung der socialistischen Partei, nachdem die Berichte der Amtmänner und Stadtobrigkeiten über die Zustände der Arbeiter in Stadt und Land eingegangen waren, die Bildung einer grossen Commission vor, welche die Berichte untersuchen und vergleichen, und etwaige Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter daran knüpfen sollte, und wollte in diese Commission auch einige Arbeiter berufen.

Das Resultat der Untersuchungen dieser Commission ist bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden.

Im März 1872 wurde endlich das Urtheil über die Gefangenen vom Criminalgericht gesprochen. Es fiel äusserst hart aus. Pio, Geleff und Brix wurden zu 6, 5 und 4 Jahren Zuchthaus, fünfzehn andere Angeklagte zu geringeren Gefängnissstrafen verurtheilt.

Es wurde als erwiesen betrachtet, dass die Socialistenführer die Absicht gehegt, dem Widerstande der Obrigkeit bei der zum 5. Mai v. J. angesagten Versammlung „Gewalt entgegenzusetzen," so wie es auch die Absicht Pio's gewesen sei, früher oder später eine Umwälzung hervorzurufen, um dadurch den socialistischen Staat durchzuführen.

Viele Zuhörer wohnten der Verkündung des Urtheils bei, und dieses machte auf das Publikum einen sichtlich erschütternden Eindruck, da die Verurtheilung offenbar sehr hart ist. Allerdings erwartete man schon geraume Zeit, dass das Kopenhagener Criminal- und Polizeigericht, bei welchem der Process gegen die Führer der Socialisten anhängig gemacht worden war, ein sehr strenges Urtheil fällen werde. Das Publikum war auf eine Bestrafung der socialdemokratischen Führer vollständig vorbereitet: trotzdem erregte das Bekanntwerden des Urtheils ein grosses Aufsehen. In Folge der Appellation erkannte das Höchstegericht am 6. August 1873 wörtlich:

„Wie bereits in voriger Instanz nachgewiesen, haben die Angeklagten in der am 4. Mai v. J. von dem von ihnen verwalteten Verein abgehaltenen

Versammlung die Mitglieder des Vereins und jeden anderen Arbeiter trotz des von dem Kopenhagener Polizeidirector erlassenen Verbotes aufgefordert, sich zu der zum folgenden Tage anberaumten Versammlung auf dem Norderfelde einzufinden, sowie dem Verein auf eine hinreichend deutliche Weise zu erkennen gegeben, dass die Versammlung nöthigenfalls gewaltsam durchgeführt werden sollte. Wie in dem Erkenntniss angeführt, stellte sich auch zur bestimmten Zeit eine grosse Menschenmenge vor dem Norderfelde ein, und ein geschlossener Haufe von mehreren Tausend Menschen suchte hineinzudringen und Gewalt gegen die Polizeimannschaft und das Militair, welche den Eingang bewachte, zu gebrauchen. Da nun diese Ungesetzlichkeiten, nach Allem was vorliegt, als von den Angeklagten hervorgerufen betrachet werden müssen, ohne dass es in Betracht kommen kann, dass sie inzwischen angehalten worden sind, werden sie diesetwegen nach § 103 1. Stück des Strafgesetzes zu verurtheilen sein, und namentlich werden sie, da sie als Anstifter des Verbrechens als Aufrührer betrachtet werden müssen, in die in der genannten Gesetzesbestimmung vorgeschriebene Strafe verurtheilt werden müssen. Alsdann muss das von den Angeklagten gegebene, öfter wiederholte und mit dem anderweitig Aufgeklärten übereinstimmende Zugeständniss als erwiesen angesehen werden, dass sie durch die von ihnen betriebene Agitation nicht nur gewisse politische Anschauungen zu verbreiten beabsichtigten, sondern auch durch die Aufnahme der Arbeiterbevölkerung in den von ihnen verwalteten Verein eine Macht zu organisiren suchten, welche zu einer gewaltsamen Niederwerfung der bestehenden Staatsordnung verwandt werden konnte, wenn der gelegene Augenblick käme, wozu nach ihrer Ansicht eine längere, oder vielleicht auch eine kürzere Zeit vergehen könnte, was namentlich von den Begebenheiten im Auslande abhänge; dieser von den Angeklagten ausgeübten Thätigkeit wegen, welche als Vorbereitung des Aufruhrs zu obengenanntem Zweck angesehen werden muss, haben sie sich gegen den § 85 2. Stück vergangen. Schliesslich ist der Angeklagte Geleff, wie in dem Erkenntniss richtig angenommen, der in dem § 7 des Gesetzes vom 4. Februar 1871 vorhergesehenen Strafe verfallen. Hinsichtlich der übrigen Angeklagten tritt das Höchstengericht dem in dem Erkenntniss Angeführten zu. Die Strafe, welche die Angeklagten nach den obengenannten Gesetzesvorschriften trifft, sind den Umständen nach dahin festzustellen, dass Pio zu 5 Jahren und Geleff und Brix jeder zu 3 Jahren Strafarbeit zu verurtheilen sind."

Die Regierung entwickelte auch förderhin grosse Energie.

Der § 87 der dänischen Verfassung bestimmt: „Kein Verein darf durch Veranstaltung der Regierung aufgehoben werden. Jedoch können Vereine vorläufig verboten werden, worauf alsdann sofort ein Prozess gegen dieselben behufs deren Auflösung einzuleiten ist."

Der Justizminister erliess am 14. August 1873 folgende Bekanntmachung:

„Gemäss § 87 des Grundgesetzes und mit besonderer Rücksicht auf das unterm 6. d. M. gefällte Urtheil des Höchstengerichtes wird der „Internationale Arbeiterverein für Dänemark" hierdurch vorläufig verboten. Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft. Hierbei wird zur Beachtung für die Betreffenden bemerkt, dass unverzüglich gegen die in hiesiger Stadt bestehende Hauptverwaltung zum Zwecke der Auflösung des Vereins vorgegangen wird. Geichzeitig erliess das Justizministerium an den Polizeidirector in Kopenhagen und sämmtliche Amtmänner und Polizeimeister folgendes Circular: „Mit Bezug auf die in No. 35 des Gesetzblattes

enthaltene Bekanntmachung vom heutigen Tage, betreffend das vorläufige Verbot des „Internationalen Arbeitervereins für Dänemark“ ersucht das Ministerium sämmtliche Polizeibehörden des Landes, die erforderlichen Anstalten zur Ausführung des Verbotes zu treffen.“

Hierauf liess derselbe Minister seinem vorläufigen Verbote des „Internationalen Arbeitervereins“ den Prozessbefehl behufs Auflösung desselben gegen die Führer des Vereins folgen. Der Procurator des Obergerichtes B. Rode hatte demnach als Staatsanwalt das Urtheil durch das Criminal- und Polizeigericht zu erwirken.

Das Hof- und Staatsgericht hat darauf durch ein Ende Januar 1874 abgegebenes Erkenntniss den internationalen Arbeiterverein für Dänemark aufgehoben, indem das Gericht die Verfügung des Justizministeriums vom 14. August v. J., durch welche dieser Verein verboten wurde, bestätigt hat.

Ein Gnadengesuch der drei verurtheilten Socialistenführer wurde vom Könige abschläglich beschieden. Sogar auswärtige Mächte machten der dänischen Regierung Complimente. Ein soc. Blatt berichtet am 1. April 1874 über ein solches:

„Der russische Kaiser hat die dänische Polizei wegen ihres Kreuzzuges gegen den Socialismus beglückwünscht. Es bekam der Polizeidirector Crone den russischen Stanislaus-Orden nebst einem interessanten Handschreiben des Kaisers, worin es unter Anderm heisst: „Es ist dem Kaiser nicht unbekannt, dass die dänische Polizei in letzter Zeit mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, sowie, dass diese durch eine tüchtige Leitung von Oben überwunden seien. Der „Socialist“ bemerkt zu dieser Anspielung auf die Socialdemokraten: „Diese Danksagung von Russland ist bezeichnend und enthüllt, wie Hochgeborene, welche in Schlössern wohnen, die Arbeit und ihre gerechten, gesetzlichen Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage betrachten. Wenn es einem Criminalassessor glückt, einen Arbeiterführer in das Zuchthaus zu bringen, erhält er einen Orden und der Polizeidirector, welcher immer ein eifriges Werkzeug in den Händen der Machthaber gewesen ist, erhält, wenn er seine Amtsgewalt gegenüber den Arbeitern missbraucht, Orden und Danksagung von einem mit unserm Königshause verwandten despotischen Kaiserhause. Die ganze russische Geschichte scheint eine Drohung gegen die Arbeiter zu sei, und wenn wir uns nicht ruhig verhalten, können wir eines schönen Morgens das Vergnügen haben, die russische Flotte auf der Kopenhagener Rhede zu sehen. Der Polizeidirector hat auch schon bei der Rechnungsablage nach echt russischer Manier die Majorität des „Folkething“ kritisirt und gesagt, dass durch die volksfreundlichen Bestrebungen der Linken die Arbeit der Polizei erschwert werde, indem durch diese Bestrebungen das Volk zum Ungehorsam gegen das Gesetz angereizt werde.“

Wenn die Internationale durch Polizei, Waffen, Zuchthaus und Verbot zu tödten ist, so muss sie in Dänemark todt sein. Wir werden gleich sehen, ob es der Fall ist. Ich schrieb am 13. September 1873 in der Berliner Revue über diese Vorgänge:

„In Dänemark sind die Mitglieder der Internationale zu längerer Gefängnissstrafe verurtheilt worden, und Regierung und Polizei haben alle gesetzlichen Mittel gegen diese Arbeitervereinigung in Anwendung gebracht. Dass durch die Verurtheilung der Führer der Social-Demokraten und durch Schliessung ihres Vereines die ganze socialistische Bewegung nicht würde zu Boden geschlagen werden, war vorauszusehen. Unmittelbar

nach der durch die Bekanntmachung des Justizministers erfolgten Schliessung des „Internationalen Arbeitervereins für Dänemark" erfolgte denn auch, natürlich grösstentheils durch vormalige Mitglieder desselben, die Stiftung eines „Demokratischen Arbeitervereins." Es scheint, dass man bei demselben vorsichtiger zu Werke gehen will, als bei dem früheren, der sich die Aufgabe gestellt hatte, seine Bestrebung durch gesetzliche und ungesetzliche Mittel durchzuführen; denn es hat der neue Verein als sein Hauptziel angegeben, er wolle „durch alle gesetzlichen Mittel" dahin wirken, den Arbeitern volle Gleichberechtigung mit den übrigen Klassen der Gesellschaft in socialer und politischer Beziehung zu verschaffen. Hält man sich ohne Ausschweifungen genau an dies Programm, so wird dem Verein seitens der Regierung schwer beizukommen sein. Diese rein polizeilichen Massregeln dienen nur dazu, eine Commune mit officieller Hülfe zu präpariren. Sie erscheint dann ohne weiteres Zuthun von Polizei und Regierung, sobald „das Vaterland in Gefahr" ist. Es giebt gegen sie nur ein Mittel: Reformen. Der permanente Belagerungszustand ist unerträglich".

Von dieser meiner damaligen Ansicht bin ich heute, gerade ein Jahr später, nicht zurückgekommen.

Ueber die Constituirung dieses neuen Vereins berichtete die „Nordd. Allg. Ztg."

„Der vorgestrige Abend (der des 14. August) ist in Folge dessen, dass der Verein der Internationale durch die Polizei aufgelöst worden war, nicht ohne alle Unruhe vorübergegangen. In einer von ein paar Tausend Arbeitern besuchten Versammlung im Tanzsaale des Gasthauses „Phönix" erklärte der Tischler Pihl, dass er im Verein mit dem Cigarrenmacher Giessing, welcher zum Vorsitzenden gewählt ward, einen neuen social-demokratischen Arbeiterverein gründen wollte mit dem Ziele: „auf gesetzlichem Wege für die politische und sociale Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Gesellschaftsklassen zu wirken." Diese Mittheilung ward mit starkem Beifall aufgenommen, und eine lange Reihe Redner empfahl den neuen Verein aufs Beste und forderte die Arbeiter rings im Lande zum Eintritt auf. Ganz offen erklärte man, dass dieser Verein der Nachfolger des verbotenen wäre, und dass die Staatsgewalt verbieten und auflösen könnte so viel sie wolle, es würde sich immer wieder ein neuer Verein bilden."

Das ist ja sehr natürlich. Die Socialdemokraten passen eben ihre Vereins-Statuten dem geltenden Vereinsgesetz genau an. Niemand kann verhüten, dass in dem harmlosesten Verein ein socialdemokratischer Geist herrscht. Nur die Aufhebung jeder Vereinsfreiheit kann die öffentliche Organisation der Socialdemokratie verhindern, d. h. die Einführung des Belagerungszustandes. Ihre geheime Organisation ist auch nicht durch den Belagerungszustand einmal unmöglich zu machen.

Im Bericht über jene interessante Versammlung heisst es weiter:

„Man ging nun zur Beurtheilung des vom Höchstengerichte über die Führer gefällten Urtheils über. Die meisten der vorigen Redner traten wieder auf und alle waren einig darin, das Urtheil hart und ungerecht zu finden. Tischler Winther wies nach, wie die Internationale alle Verhältnisse durchdringe; er wäre Socialist und wolle es bleiben, auf sein Grab sollte man die rothe Fahne legen. Schmied Carstensen schlug

einen grossen Zug von wenigstens 60—70000 Arbeitern, mit Musik an der Spitze, nach dem Schlosse Christiansborg vor, damit der König das Schicksal der Verurtheilten mildere. Dies fand nicht viel Anklang; dagegen ward mit lärmendem Beifall Pihls Vorschlag aufgenommen, dass ein solcher Zug etwa nach Amalienborg gehe (wo mehrere Minister wohnen), bloss um den Gegnern die Stärke und das Zusammenhalten der Arbeiter zu zeigen. Unterdessen hatte sich auf der Strasse eine Masse Volks gesammelt, welche theils in den Saal dringen wollten, theils nur warteten, was sich entwickeln würde. Gegen 12 Uhr war die Versammlung aufgehoben, und ein grosser Theil zog nun unter Absingung des Socialistenmarsches durch die kleinen Strassen nach des „Königs Neumarkt" und wollte von da hinaus nach der Wohnung des Polizeidirectors auf der Amalienstrasse. Polizeimannschaft hatte indess die Breitestrasse und die Strandtwiete abgesperrt, trieb den „Haufen" zurück und zerstreute ihn."

Eine aristokratische Verschwörung, wie sie die früheren Jahrhunderte kannten, vernichtete man, durch Unschädlichmachung der Führer. Bei einer demokratischen nutzt das gar nichts. Sofort entstehen aus der Menge neue und radikalere Führer. Wir sehen hier am dritten Tage nach der Verurtheilung der 18 Leiter der I. einen neuen Mann, den Tischler Pihl, die Leitung in die Hand nehmen. Und so wenig hatte das harte Urtheil die Socialdemokraten erschreckt, dass sie sofort noch gewaltthätiger auftraten.

Pihl setzte schon zum 25. August 1873 eine Arbeiterversammlung abermals unter freiem Himmel, auf demselben Norderfelde an, obschon Pio und Genossen wegen einer eben solchen so eben erst verurtheilt waren. Zu dieser Versammlung hatten sich über 5000 Menschen aus allen Klassen der Gesellschaft eingefunden. Pihl legte dieser Resolutionen vor, welche von der Versammlung, nachdem verschiedene Redner für dieselben gesprochen, angenommen wurden. Diese drei Resolutionen enthalten: 1) ein Bedauern darüber, dass die Strafgesetzgebung eine solche ist, dass die drei Führer der Socialisten verurtheilt werden konnten, sowie die Versicherung, dass die Verurtheilten in den Augen der Arbeiter im vollen Besitz ihrer bürgerlichen Ehre sind; 2) ein Begnadigungsgesuch an den König, und 3) eine Aufforderung an die Arbeiter, sich dem demokratischen Arbeiterverein anzuschliessen. Pihl theilte schliesslich noch mit, dass er wegen der zweiten Resolution eine Deputation an den König zu veranstalten gedenke, um diesen mit dem Willen der Arbeiter bekannt zu machen. Helfe dieses nicht, dann werde er versuchen, was eine von „allen Arbeitern im ganzen Lande" unterschriebene Adresse an den König ausrichten könne. Mit einem Hoch auf die gefangenen Führer löste sich die Versammlung um 7 Uhr Abends in Ruhe und Ordnung auf.

Die so beschlossene Adresse an den König wurde von demselben am 20. October zurückgestellt mit dem Bemerken, dass dieselbe dem Justizminister einzureichen sei. Der Veranlasser der Adresse, Pihl, schrieb darauf im „Socialisten":

„Da es mir selbstverständlich nicht einfallen kann, dem Justizminister Klein eine Adresse zu überreichen, werde ich in Gemässheit dessen, was die Versammlung auf dem Norderfelde beschlossen hat, eine grosse Ar-

beiterversammlung berufen, damit alle Arbeiter, welche die Adresse unterzeichnet haben (es sind deren Tausende), dieselbe dem Könige selber überreichen können."

Hierüber berichtet der „Volksstaat":

„Unsere dänischen Genossen haben das Begnadigungsgesuch, welches sie zu Gunsten der drei verurtheilten „Hochverräther" Pio, Brix und Geleff an den König von Dänemark gerichtet hatten, mit dem Bemerken zurückerhalten, dass dasselbe dem Justizminister einzureichen sei. Dieses alberne Ausweichen hätte unsere Genossen wohl belehren können, dass es dem dänischen Monarchen um Nichts weniger zu thun ist, als um eine Begnadigung und wenn desshalb beschlossen wird, dass die mehreren Tausend Arbeiter, welche das Begnadigungsgesuch unterzeichnet haben, dasselbe nunmehr selbst dem Könige überreichen sollen, so finden wir dies, wir müssen es offen gestehen, nicht correct. Freilich ist die Arbeiterbewegung in Dänemark, wie dies in den Verhältnissen begründet, noch nicht weit vorgeschritten und befindet sich noch in den ersten Stadien ihrer Entwicklung. Ihre politische Erfahrung ist fast einzig der Kopenhagener Hochverrathsprozess und so ist es auch verzeihlich, wenn die dänischen Arbeiter jetzt, wo das Parlament (Folkething) in einem Verfassungsstreit mit der Regierung gerathen ist, sich zu der „Linken" hingezogen fühlen, einer Partei, die von verdächtigen und ehrgeizigen Führern geleitet wird, und die gerade so republikanisch ist, wie die preussische Fortschrittspartei. Die dänischen Arbeiter werden dieselben Erfahrungen machen müssen, wie die deutschen, die ja auch erst von allen Parteien, seien sie „liberal", „fortschrittlich" oder „constitutionell", verrathen und betrogen werden mussten, bis sie endlich in ihrer grossen Mehrzahl erkannten, dass Alles, was man ihnen vormachte, Lug und Trug und Comödie ist, und dass sie ohne Gnade die Fesseln der Knechtschaft tragen müssen, wenn sie nicht selbst sich kräftig rühren und die Axt an die Wurzel der Klassenherrschaft legen. So werden auch die Arbeiter Dänemarks noch einsehen lernen, dass sie von den herrschenden Klassen Nichts zu erwarten haben und dass sie, wie in einer der bedeutendsten socialistischen Schriften so treffend gesagt ist, Nichts als ihre Ketten zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen haben. Sind sie so weit zur Erkenntniss ihrer Klassenlage gekommen, dann werden sie auch begreifen, was es heisst, von einem Fürsten „Gnade" zu verlangen. Dahin werden die dänischen Arbeiter gelangen so gut wie die andern; fern aber sei es von uns, dass wir, weil sie noch nicht so weit gelangt sind, ihren Entwicklungsgang schulmeistern wollten. Das überlassen wir unsern Gegnern; uns und alle unsere Genossen aber kann die dänische Arbeiterbewegung nur anspornen, für die internationale Idee nach Kräften zu arbeiten!"

Pihl erliess nun einen Aufruf, in welchem die Arbeiter aufgefordert wurden, am 3. November um 12 Uhr eine Massenversammlung zur Ueberreichung einer Adresse, in welcher die Befreiung der verhafteten Socialisten Pio, Brix und Geleff verlangt wird, an den König zu veranstalten. Es versuchte auch eine Schaar von einigen Hundert Socialisten am 3. November auf den durch Polizeimannschaft abgesperrten Schlossplatz, während der König Audienz gab, zu gelangen, sie wurde jedoch durch bewaffnete Polizeimannschaft auseinandergetrieben. Pihl wurde wegen dieses Aufrufes verhaftet auf Grund des Paragraphen des Strafgesetzes, der von Drohungen gegen den König handelt. Dies natürlich sehr mit Recht, denn auf solche Drohung war es augenscheinlich

abgesehen. In zwei Instanzen wurde Pihl zu achtmonatlicher Zuchthausstrafe, zuletzt am 17. März 1874. verurtheilt.

Diese Massregelungen trieben die Socialisten wieder in das Bündniss mit den Radikalen hinein, trotz der ihnen aus Deutschland zukommenden Warnungen und trotz der offenen Erklärung der Bauernfreunde gegen sie. Sie fühlten sich allein eben noch nicht stark genug und schlossen sich daher an die „radikalste“ Partei, wie ja auch Hasenklever bei den Reichstagswahlen dies Stichwort gab für Wahlbezirke, in denen er keinen eigenen Candidaten durchbringen konnte. Man kam mit Widerstreben zu diesem Entschluss, aber es ist ja im Parteikampf immer so, dass sich Bündnisse ad hoc bilden, ja selbst, dass eine radikale Partei einer stärkeren, auch regierungsfeindlichen Partei selbst gegen deren Willen ihre Unterstützung leiht, eben aus Hass gegen die Regierung.

Auf einer in Skanderborg stattgefundenen Versammlung äusserte einer der Führer der Linken, J. A. Hansen, dass die „vereinigte Linke“ die Socialisten nicht im Entferntesten stütze, sondern es sogar für ihre Pflicht halte, dieselben zu bekämpfen. In Folge dessen richtete der „Socialist“ einen förmlichen Absagebrief an die „Liberalen“ (vereinigte Linke), in welchem es u. A. heisst: „Alle politischen Parteien kämpfen, um zur Macht zu gelangen, und daher stehen alle politischen Parteien sich als geborene Feinde gegenüber.“ Die „Socialisten,“ als „Radikale,“ meint das Blatt, könnten somit auch nicht mit der „vereinigten Linken,“ den „Liberalen,“ zusammengehen und umgekehrt.

Allein das Blatt wurde von der Partei desavouirt. Am 27. September fand eine Arbeiterversammlung statt, auf deren Tagesordnung die Frage gesetzt war, wie weit die Arbeiter die „vereinigte Linke“ in deren Bestrebungen während der bevorstehenden Reichstagssession stützen dürften, und im bejahenden Falle, auf welche Weise. Verschiedene Redner fanden es klug und richtig, dass die Arbeiter die vereinigte Linke stützen; denn wenn auch J. A. Hansen geäussert hätte, dass die Linke die Socialisten nicht stütze und stützen wolle, so dürfe man die Aeusserung nicht buchstäblich nehmen, „da es nur Politik von J. A. Hansen sei;“ jedenfalls aber gebe es andere hervorragende Männer in der Partei, namentlich Berg und Zahle, welchen die Arbeiter volles Vertrauen schenken könnten. Nach etwa dreistündiger Discussion wurden einige Resolutionen gefasst, worin die Arbeiter die vereinigte Linke, welcher mittelst offenen Briefes eine Vertrauensadresse zugesandt werden sollte, stützen wollte.

Dieser Beschluss wurde durch folgenden Volksversammlungsbeschluss bekräftigt:

„Die am 18. October 1873 stattgefundene Volksversammlung spricht ihre Anerkennung über das bisherige Auftreten der „vereinigten Linken“ im Folkething aus, und beschliesst, mit aller Kraft diese Partei in ihrem Kampfe gegen das jetzige freiheitsfeindliche Ministerium zu stützen.“

In der That stimmte die Socialdemokratie überall für die

Radikalen und trug nicht wenig zu deren Wahlsieg bei. Diese Unterstützung kann nicht gering gewesen sein, da der „Socialisten“ 5000 und der ihm verwandte „Demokraten“ 2000 Abonnenten hatte.

Die Linke war nicht ganz undankbar. Wir haben gesehen, dass die Regierung 1872 eine Commission zur Untersuchung der Lage der arbeitenden Klassen eingesetzt hatte. Diese Petitionscommission brachte nun im März 1874 folgenden Antrag ein:

„Das Thing beschliesst: 1) dass gemäss des § 46 des Grundgesetzes eine Commission mit dem Auftrage niedergesetzt wird, zu untersuchen, ob und wie etwas zur Hebung des geistigen und materiellen Wohles des Arbeiters gethan worden, und besonders um die Arbeiter gegen unverschuldete Noth, namentlich im Alter zu sichern; 2) dass die Zahl der Mitglieder auf 11 festgesetzt wird; 3) dass die Commission das Resultat ihrer Untersuchungen dem Folkething vorlegt; 4) dass der Präsident des Things bevollmächtigt wird, das Erforderliche zur Ausführung dieses Beschlusses zu veranlassen.“

Die Arbeiter bedankten sich am 4. Mai in einer Volksversammlung. In dem Bericht heisst es:

Ein Schmied, Namens Petersen, dirigirte die aus etwa 2000 Personen bestehende Versammlung und ertheilte zuerst dem Tischler Winther das Wort, der die Discussion mit der Frage eröffnete: Wie die Arbeiter sich gegenüber der Thätigkeit des Reichstags und des Ministeriums im letzten Jahre zu stellen hätten. Die diesbezügliche Resolution lautet: Die Versammlung spricht ihre Missbilligung darüber aus, dass sowohl die beiden Abtheilungen des Reichstags wie das Ministerium es unterlassen haben, während der letzten Session für die Interessen der Arbeiter zu wirken. In seinem Vortrage lobte Winther sehr das Auftreten der Majorität des Folkethings und empfahl allen Arbeitern sehr warm, dieselbe zu stützen; die vereinigte Linke bahne den Weg, und auf dem Punkte, wo sie anhalte, würden erst die ächten Demokraten beginnen. Dass während der letzten Session nichts für die Arbeiter gethan, sei ausschliesslich die Schuld der Rechten und des reactionären Ministeriums.

Die Resolution wurde angenommen. Die Polizei sah den Socialisten, scheint es, sehr auf die Finger; dies veranlasste den „Socialisten“ Ende Januar 1874 in folgendem Artikel die Zuversicht auszusprechen, dass es der Polizei nicht gelingen werde, die Ausbreitung des Socialismus zu hindern:

„Das äusserst krasse und rücksichtslose Auftreten der Polizei gegen unsere Partei und ihre Führer und die zahlreichen Verhaftungen und Verurtheilungen haben zu einem Resultate geführt, welches für einen Augenblick, aber auch nicht länger, einige Bedeutung haben kann. Einige Leute, ausserhalb sowohl als innerhalb unserer Partei haben die fixe Idee, dass es ganz oder halb ungesetzlich sei, Socialist zu sein, und dass es im Grunde genommen von der Gnade und dem Gutbefinden der Polizei abhänge, wie viel Socialisten „auf freiem Fusse“ sind und wie viele „im Kerker sitzen“ sollen. Ein Theil der Polizei hat dieselbe thörichte Ansicht. Das ist ja Jedermann bekannt, dass unsere Polizei auch gerade nicht aus lauter Genies und Leuten vom besten Charakter zusammengesetzt ist, sondern dass sie sich vielmehr aus Elementen rekrutirt, die in diese Stellung gekommen sind, nachdem sie sich lange arbeitslos auf dem Markte umhergetrieben, bis endlich Sachverständige gute Anlagen

zu oben erwähnter Wirksamkeit in ihnen gefunden haben. Wir erinnern daran, dass die Polizei der öffentlichen Sicherheit wegen da ist, und dass sie ihre Macht niemals dazu brauchen darf, uns an der Ausübung unserer staatsbürgerlichen Rechte zu hindern. Es ist eines freien Volkes unwürdig, wenn es seine Pflichten und Rechte nicht kennt, und es ist im höchsten Grade unwürdig, sich als Sclaven zu fühlen, wenn man weiss, man ist ein freier Mann. Die Polizei soll in gleichem Mass, wie jede andere Corporation in der Gesellschaft, das Gesetz respectiren und soll, wie Jeder von uns, das Gesetz zur Richtschnur haben. Die Polizei kann ebensowenig wie wir, sich selbst ein Gesetz schreiben. Wenn die Polizei die Gesetze verletzt, so muss es andere Kräfte in der Gesellschaft geben, die es auf eine nachdrückliche Weise rügen. Ob die Polizei wünscht, alle dänischen Socialisten zu arretiren, kann uns eben so gleichgiltig sein, als wenn wir den frommen Wunsch hegen, alle „Polizisten" nach Sibirien zu schicken. Die Polizei kann auf die Buchdrucker und Lokalwirthe einwirken und uns sowohl in Kopenhagen wie in den Provinzen hinderlich sein, aber sie hat kein Recht, uns die Agitation für unsere Sache mittelst öffentlicher Versammlungen und der Presse zu verbieten. Das Grundgesetz sichert uns Versammlungs- und Pressfreiheit, und es ist Pflicht der Polizei, darüber zu wachen, dass uns diese Freiheiten auch gewährt werden. Hat die Polizei eine andere Auffassung von ihrer Stellung zu uns, so ist dieselbe verkehrt und in solchem Falle ist es wünschenswerth, dass dieser Irrthum so schnell wie möglich berichtigt werde. Privatchikane sind durchaus keine Rechts- und Machtfragen."

Die Leute haben vollständig Recht; denn die Verfassung, welche die Liberalen ehedem deren Monarchen abgerungen, gilt nun natürlich auch für den jüngeren Bruder des Liberalismus, den Socialismus.

Wir werden weiterhin sehen, wie die dänischen Socialisten die socialdemokratischen Ideen nach Norwegen-Schweden tragen. Ueber die Verbindung mit Deutschland belehrt uns folgende Correspondenz des „H. C." aus Kopenhagen vom 6. März 1874:

„Hier ist ein deutscher Socialdemokrat eingetroffen, der in verschiedenen Versammlungen Reden hält und eine innigere Verbindung der dänischen und deutschen Socialdemokratie herstellen zu wollen scheint. Vorgestern hielt derselbe einen Vortrag in einer Versammlung der Schmiedegesellen und Maschinenarbeiter. Wir entnehmen diesem Vortrage, der im heutigen „Socialisten" ausführlich wiedergegeben ist, Folgendes: „Die deutschen Arbeiter sollen jetzt das deutsche Parlament lehren, dass Kriege zum Ruin des Volkes führen und wie dieselben zu vermeiden sind. Die Arbeiter dürfen sich nicht von der moderaten, conservativen Demokratie hinter's Licht führen lassen; der deutsche Arbeiter hatte gegen diese 20 Jahre gekämpft und jetzt hat er offenbar mit derselben gebrochen. Der Arbeiter soll für die radicale Bewegung gewonnen werden und socialistische Abgeordnete in den dänischen Reichstag senden; glückt es nicht mit einem, zwei oder drei Candidaten, dann müssen andere mehr beherzte und energische Männer gewählt werden. Zur Zeit sitzen 9 Social-Demokraten im deutschen Parlament, und die Regierung hat mehr Respect vor diesen Volksmännern als vor zwei Millionen Soldaten!"

Schon vor den deutschen Reichstagswahlen hatte der „Socialisten" die schleswigschen Socialisten dänischer Nationalität in folgendem Artikel aufgefordert, den Nationalitätshader zu ver-

gessen und die deutschen Socialdemokraten als Brüder zu betrachten. Es hiess darin:

„Glaubt ihr (nordschleswigschen) Arbeiter, dass Ihr es besser bekommt, wenn Schleswig jetzt mit Dänemark vereint wird? Ihr kommt dann von dem militärisch-aristokratisch-preussischen Regen in die nationaltoll-bureaukratische dänische Traufe. Soll man Sclave sein, dann ist es ja gleich, ob man es in Nordschleswig oder in Dänemark ist! Seht nur auf Eure Wortführer dort drüben, saugen sie Euch nicht ebensogut aus, abgleich Ihr Dänen seid und sein wollt? Wenn sie noch zu Euch sagen würden: „Wir wollen in der That zeigen, dass wir dänische Brüder sind, Eure gerechten Forderungen sollen erfüllt werden, lasst uns in der Stunde der Gefahr zusammenhalten. Was geschieht aber in Wirklichkeit? Man unterdrückt Euch auf jede mögliche Weise, und wenn dann die Gefahr kommt, dann sollt Ihr Arbeiter für's Vaterland kämpfen, während die Grossbürger gemüthlich hinterm Ofen, in den Comptoiren oder auf den Canapee's sitzen und Euch alles Glück wünschen! Oder seht Ihr nicht, dass, wo es gilt, die Arbeiter auszusaugen und zu verfolgen, die Grossbürger aufhören, national zu sein; dann werden sie international und vereinen sich. Dasselbe sollten auch wir thun."

Haben wir gesehen, dass die dänischen Socialisten durchaus international, zu Gewaltthätigkeiten leicht geneigt, trotz aller Verfolgung stets neue Führer findend und die Verbote der I. schlau umgehend, waren, so lag doch bisher wenig Erfolgverheissendes in ihren Unternehmungen. Indess sind sie praktisch geworden, und da hat ihnen wieder der Socialliberalismus Sonne'scher Couleur vortrefflich vorgearbeitet. Ich habe aber gesagt, dass Gewerkschaften sehr bald heut zu Tage international würden. Die Socialdemokraten Deutschlands haben, wie ich im ersten Bande gezeigt, Herrn Max Hirsch viel Erfolg bei seinen „Vorarbeiten" zur Organisirung der Manövrirbataillone, aus denen über Nacht Marschbataillone werden können, gewünscht. Die dänischen Socialdemokraten dringen ihrerseits in die Fachvereine des Herrn Sonne und organisiren dergleichen selbstständig.

Hierdurch gewinnen sie auf das tägliche Leben der gesammten Arbeiterschaft Einfluss.

Ueber die Ausbreitung dieser Vereine weiss ich zwar nichts Genaues, indess gestattet folgende Correspondenz im „Volksstaat" vom 21. Juni 1874 einen interessanten Einblick in das sociale Leben Kopenhagens:

„Aus Kopenhagen wird uns geschrieben, dass die dänische socialdemokratische Arbeiterpartei sich aufs Neue gegründet und befestigt hat; dass die einzelnen socialdemokratischen Fachvereine sich centralisirt haben unter einer Centralverwaltung, welche die socialpolitischen Interessen sämmtlicher Arbeiter vertritt, und dass die socialdemokratische Arbeiterpartei Herausgeberin des Organs „Socialdemokraten" ist. Alsdann sei bemerkt, dass die Partei ihr erstes grosses Volksfest am 5. Juni (Stiftungsfest des Grundgesetzes) im Thiergarten bei Kopenhagen unter grosser Theilnahme (ca. 15000 Personen) gefeiert hat, wobei nicht weniger als 22 rothe Fahnen in dem grossen Zuge durch die Stadt nach der Eisenbahn waren. Im Interesse unsrer Sache sei bekannt gemacht, dass der hiesige Schuhmacherstrike noch fortdauert, doch bloss partiell; und man bittet, Zuzug fernzuhalten. Ferner haben die hiesigen Gürtler und

Metalldreher, die unter sehr ungünstigen Verhältnissen leben, einen socialistischen Fachverein gebildet, der aber, da er ein Dorn im Auge der Meister ist, die letzteren veranlasst hat, fremde Gehülfen zu verschreiben; besonders sind die Herrn Jensen, Oesterbro, Amelung, Hyskenstrode und Lehmann thätig gewesen in dieser Richtung. Mögen sich die deutschen Collegen nicht durch die schönen Versprechungen genannter Herren bethören lassen und ihren dänischen Brüdern durch Annahme von Arbeit schaden. Briefe von Genossenschaften, Arbeitervereinen, Fachvereinen und anderen, sowie andre im Interesse der socialdemokratischen Sache nöthigen Mittheilungen bittet man zu richten an E. W. Klein, Vorsitzenden der Centralverwaltung für die Fachvereine."

Herr Klein hat inzwischen folgendes Manifest erlassen, woraus hervorgeht, dass der Bund dänischer Trades-Unions durchweg auf dem Boden Lassallescher Grundsätze steht; das also, Ihr Herren Schmoller, Brentano, Hirsch, Duncker kann aus Euren lieben Gewerkvereinen werden!

Manifest
der Centralverwaltung der freien Gewerkvereine in Kopenhagen.
Arbeiter Dänemarks!

Die Centralverwaltung sieht sich veranlasst, dies Manifest zu veröffentlichen, um die Grundsätze klarzustellen, welche ihre Wirksamkeit leiten sollen, bis das angestrebte Ziel erreicht ist.

Wir erklären, dass wir eine feste socialdemokratische Arbeiterpartei in ganz Dänemark begründen wollen, und haben in Folge dessen folgendes Programm, welches in seinen Hauptpunkten mit dem seiner Zeit von Louis Pio aufgestellten übereinstimmt, als das unsrige angenommen. — Wir wollen die Befreiung der Arbeiterklasse von dem bestehenden Lohnsystem durch Abschaffung der jetzigen Productionsweise anstreben, um an deren Stelle die gemeinschaftliche und vom Staat organisirte Production treten zu lassen, die jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit garantirt. Als zunächst liegende Forderungen stellen wir folgende auf: 1) Einführung des Normalarbeitstages. Einschränkung der Frauenarbeit und Untersagung der Verwendung von Kindern zur Fabrikarbeit, sowie Aufhebung der dem freien Arbeiter durch die Zuchthaus- und Strafarbeit geschaffenen Concurrenz. 2) Errichtung von Productivassociationen, welche vom Staate durch Credit aus Staatsmitteln in demokratischer Weise unterstützt werden. 3) Ein vollkommener Schulunterricht. Der Unterricht in den Volksschulen und in allen öffentlichen Lehranstalten soll gratis ertheilt werden und Jeder verpflichtet sein, an dem Unterricht in den Volksschulen Theil zu nehmen. 4) Aufhebung der Staatskirche durch ein Gesetz, sowie Aufhebung des zwangsweisen religiösen Unterrichts in den Schulen. 5) Aufhebung aller von Stand oder Geburt hergeleiteten Vorrechte. 6) Vollständige Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. 7) Einführung von Schwur- und Schiedsgerichten. Oeffentlichkeit und mündliche Gerichtsverhandlungen, freie Rechtspflege, sowie Wahl der Richter durch das Volk. 8) Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer directen Einkommensteuer mit steigender Scala, sowie eine grössere Erbschaftssteuer. 9) Errichtung eines Volksheeres an Stelle des stehenden Heeres. — Da die politische Freiheit eine nothwendige Voraussetzung für die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klasse und die sociale Frage von der Politik unzertrennlich ist, stellen wir als vornehmliche politische Forderungen auf: 1) Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Staatsbürger vom 22. Jahre an, sowohl für

die Landtags-, Amts-, wie Communalwahlen und für jede andere Volksvertretung; 2) die erwählten Abgeordneten erhalten entsprechende Diäten.

In Erwägung, dass der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleich grosse Rechte und gleich grosse Pflichten und für Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft ist, in fernerer Erwägung, dass die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur ermöglicht wird, wenn der Kampf gemeinsam und einheitlich geführt wird, wollen wir mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dahin wirken, dass die socialdemokratische Arbeiterpartei in Dänemark eine einheitliche Organisation erhalte und die Centralverwaltung der freien Gewerkvereine in Kopenhagen als die oberste Leitung der socialen und politischen Angelegenheiten der Partei und das Tageblatt „Social-Demokrat" für unser Organ in der Presse angesehen wird. — Wir fordern deshalb alle Arbeiter auf, Gewerkvereine zu bilden und den bestehenden beizutreten, sowie sich uns anzuschliessen, um in Gemeinschaft unser grosses edles Ziel zu erstreben: „Das materielle und geistige Wohl der Arbeiterklasse."

Kopenhagen, im August 1874. Für die Centralverwaltung: W. Klein.

Der „Socialisten" hatte am 9. Mai dem „Socialdemokraten" Platz gemacht.

Den gefangenen Führern, welche als Märtyrer vergöttert werden, wurde am ersten Pfingsttage in Frederiksburg, woselbst sie ihre Strafzeit zu verbüssen haben, von einer gewaltigen Menschenmenge, welche nicht zum geringsten Theile aus Kopenhagen herbeigekommen war, unter den Fenstern ihrer Gefängnisszellen eine grossartige Ovation dargebracht. Als die Polizei mit Verhaftungen einschreiten wollte, war die Feierlichkeit schon beendet.

Man hofft, dass nach ihrer Entlassung „der grosse Tag" der Socialdemokratie anbrechen werde.

Inzwischen ist Pihl aus dem Gefängniss entlassen und scheint jetzt mit um so grösserem persönlichen Ansehen die Agitation wieder aufgenommen zu haben. Der letzte mir zugängliche Bericht aus Dänemark findet sich im „H. C.," datirt Kopenhagen, den 22. September 1874. Er lautet:

„Die gestrige Arbeiterversammlung auf dem Norderfelde war nicht so zahlreich besucht, als frühere derartige Versammlungen; jedoch fehlte es weder an Publicum noch an Polizei. Es mochten sich wohl etwa 5000 Menschen eingefunden haben. Der Vorsitzende der „Centralverwaltung der Gewerksvereine," wie der socialdemokratische Verein sich jetzt nach dem Verbote nennt, ein Herr Klein, empfahl die Einführung eines Normalarbeitstages und forderte Staatshilfe zum Zweck der Errichtung von Productiv-Genossenschaften. Ersteres lasse sich durch Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erreichen. Die Arbeiter müssten durch Einigkeit und ihre Menge die Arbeitgeber zwingen, die Arbeitszeit zu kürzen; auf dem Wege der Gesetzgebung lasse sich nichts für die Einführung des Normalarbeitstages ausrichten. Die Staatshilfe dagegen lasse sich nur durch die gesetzgebende Gewalt erreichen. Die Arbeiter müssten schon aus diesem Grunde streben, im Reichstag besser vertreten zu werden. Zur Zeit lasse sich nichts erreichen, aber er hoffe, dass es nicht lange dauern werde, bis die Staatsgewalt die Nothwendigkeit einsehe, den Arbeitern dadurch entgegenzukommen, dass man ihnen in der Form von Anleihen oder Geschenken Unterstützungen zur Errichtung von

Productiv-Genossenschaften gewähre. Nur in der Abschaffung aller Meisterschaft und Principalschaft liege die Befreiung von dem Alp, welcher jetzt auf den Arbeitern laste. Der Buchdrucker Heinemann sprach gegen die Bestimmungen des Wahlgesetzes, wonach zeitweilig genossene Armenunterstützung von der Theilnahme an den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung ausschliesse. Der Cigarrenarbeiter Giessing sprach für die Abschaffung des Einfuhrzolles auf Kaffe und Zucker und meinte, dass es heilsamer sei, wenn statt dessen ein Ausfuhrzoll auf Korn und Fettwaaren gelegt würde. Maler Hertz wollte jegliche Bestimmung im Straf-Gesetzbuch, wonach politische Vergehen mit entehrenden Strafen belegt werden können, aufgehoben wissen. Tischler Winther empfahl, dass zu einer eventuellen parlamentarischen Commission zum Zweck der Regulirung der Arbeiterverhältnisse auch Arbeiter berufen würden. Alsdann sprach der soeben aus dem Gefängniss entlassene frühere socialdemokratische Führer Tischler Pihl. Er dankte für die Theilnahme, welche die Arbeiter ihm und seiner Familie während der Haft gezeigt, und sah in dem Wohlwollen, womit er empfangen worden sei, ein Zeichen, dass man auch seine drei gefesselten Collegen, Pio, Brix und Geleff nicht vergessen habe. Pihl schloss mit einem Hoch auf Letztere. Während der Versammlung, welche von 4 bis 6½ Uhr Nachmittags dauerte, herrschte eine musterhafte Ruhe und Ordnung."

Die „Concordia" brachte Anfangs 1874 einen Bericht, welcher von den Massregelungen der Regierung mehr zu hoffen schien, als sie genutzt haben. Es hiess da:

„Wenn wir auf die social-politischen Ereignisse des Jahres 1873 in Dänemark zurückblicken, so ist die Unschädlichmachung der Führer der „I.," Pio, Geleff nud Brix durch deren mehrjährige Inhaftirung wohl das hervorragendste Moment — hervorragend in mehrfacher Beziehung, namentlich aber dadurch, dass es für unsere socialistische Bewegung ein Stoss war, den sie heute noch nicht überwunden hat. Die Socialdemokratie konnte sich vorzüglich im Jahre 1872 hier zu Lande eminenter Erfolge rühmen und war bis Mitte 1873 in steter Ausdehnung begriffen, als sich die Regierung zu jenem äussersten Schritte entschloss. Für uns kommen hierbei in erster Linie dessen politische Consequenzen. dessen Rückschlag auf die Bewegung in Betracht; war die Wirkung eine erdrückende oder wurde der Brand dadurch nur noch stärker angefacht? Vorläufig war das Erstere der Fall; indess bleibt es immerhin fraglich, ob der Bewegung hier zu Lande ein für alle Mal der Boden entzogen ist.

Kopenhagen hat als Centralpunkt für Dänemark, bei dem gänzlichen Mangel an grösseren oder auch nur nennenswerthen mittleren Städten, in diesem Staate noch grössere Bedeutung als Paris für Frankreich. Daher ist denn wie bei Allem, auch bei der Colportage der Lassalleanischen Theorien von hier aus die erste Anregung gegeben, von hier aus die ganze Agitation geleitet, hier sind auch die „Hauptzusammenstösse im Klassenkampfe" erfolgt und als hier ein solcher Zusammenstoss mit totaler Niederlage endete, zog diese nicht viel weniger als die Auflösung und Zertrümmerung auch des ganzen auswärtigen Apparates nach sich. Es wird ganz gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um das mit dem 14. August d. J., dem Tage des Verbots der „dänischen Section der I." und der Verurtheilung des „Grossmeisters," verlorene Gebiet zurückzuerobern. Abgesehen nun von diesen Massregeln und den hierbei, sowie bei Einreichung der Adresse wegen Begnadigung der Führer an den König vorgekommenen Massenaufzügen und Tumulten, deren die Polizei jedoch ohne grosse Anstrengungen Herr wurde, sind es ausschliesslich Arbeitseinstel-

lungen, die wir als „Blasen unserer socialen Gährung“ zu verzeichnen haben.“

Strikes sind ausserordentlich zahlreich in dem kleinen Lande ausgebrochen.

Anfangs December 1870 strikten die Setzer, am 22. December die Gasarbeiter, so dass Kopenhagen einen Abend ganz dunkel blieb. Anfangs Januar die Tischler. Anfangs Februar die Schiffszimmerleute der Firma Burmeister und Wain. Maurer und Maler geriethen in Bewegung und strikten im Mai, ebenso Schuster und Zimmerleute. Im Juni die Seiler. Alle diese Arbeiter in Kopenhagen. Im Mai wird ein Strike der Hafenarbeiter gemeldet.

Die socialliberalen Arbeitervereine hatten, von der I. verdrängt, jeden Einfluss verloren. Da beschloss die socialliberale Partei, in Kopenhagen einen Musterverein nach ihrem Herzen zu gründen, der ihr die Arbeiter wieder zuführen sollte.

Die „Concordia“ berichtete 1873 nach einem traurigen Referat über die Fortschritte der internationalen Fachvereine und deren Strikes:

„Als ein Phänomen entgegengesetzter Richtung in der socialen Bewegung muss die unterm 9. September stattgehabte Bildung eines Grobschmiedegesellenvereines angesehen werden, dessen Tendenz, gegenüber der I., folgender Passus aus dem s. Z. erlassenen Aufruf zur Gründung desselben kennzeichnet: Unsere Absicht ist, unsere Mitarbeiter für einen erreichbaren Zweck zu vereinigen; halten wir uns daran, denn es wird Arbeit genug kosten, ihn zu erringen und das Errungene zu bewahren. Verlangen wir nichts, wovon wir wissen, dass es uns die ganze Gesellschaft zum Gegner macht; suchen wir uns selbst Gutes zu thun, ohne davon zu sprechen, was wir anderen Böses thun können; denn dies erbittert die Gemüther und erzeugt nie etwas Vernünftiges und Dauerhaftes. Es ist eine traurige Wahrheit, dass wir, um unsere Meinung zu äussern, die Hilfe der Behörden eben gegen die verlangen müssen, welche am lautesten nach Rede- und Handlungsfreiheit schreien. Tragen wir nun das Unsrige dazu bei, dass unser Vaterland keine Schande von seinen Arbeitern hat.“

Dasselbe Blatt berichtete am 27. Mai freudigen Herzens:

„Der von der gemässigten Arbeiterpartei unseres Landes gemachte Versuch, den permanenten socialen Krieg durch Gewerkvereine und Einigungsämter zu beseitigen, darf als vollkommen gelungen bezeichnet werden. Während nämlich die socialistisch gesinnten Schuhmacher in offener Fehde mit den Meistern sich befinden, hat der Gewerkverein der Grobschmiede seine Differenzen mit den Arbeitgebern auf dem Wege des Einigungsamtes ausgeglichen. Den letzteren Weg haben auch die Tischler in Horsens befolgt; das Resultat war eine Lohnerhöhung von 16 bis 33⅓ Procent. Das hiesige, den Standpunkt der deutschen Gewerkvereine vertretende Wochenblatt, „für Selbsthilfe und Genossenschaftswesen“ empfiehlt den Schuhmachern, durch Gewerkvereine und Einigungsämter den gordischen Knoten zu lösen, indem es ausführt, dass der Nutzen derselben durch die Praxis in England und Deutschland dargethan und zahlreiche Arbeitseinstellungen dadurch verhütet, resp. verkürzt worden seien.“

Man brachte den Hinweis auf England, — wo die Schiedsgerichte jetzt einfach verlacht werden. Die Arbeiter unterwerfen sich einem Schiedsspruch daselbst jetzt nur, wenn sie nicht stark

genug sind, den Strike zu ertragen, ebenso die Arbeitgeber. Auch in Dänemark sollte die Freude nicht lange dauern, und zwar machten die Arbeitgeber den socialliberalen Pfuschern einen Strich durch die Rechnung. Ich lasse die eigenen Worte des „Gewerkvereins“ vom 11. und 25. September folgen, in denen Max Hirsch das Misslingen seiner Ideen auch in Kopenhagen kläglich darstellt. Es heisst da nach einigen traurigen Betrachtungen über die „Unthätigkeit“ der socialliberalen Vereine:

„Nur einen einzigen Verein müssen wir hier ausnehmen: den „Grobschmiedverein von 1873“ in Kopenhagen. Nicht aber deshalb wollen wir uns mit demselben besonders beschäftigen, weil er in ununterbrochener Thätigkeit geblieben ist, sondern deshalb, weil zunächst seine Gründung ein Ereigniss von Bedeutung (Albernheit! war ohne jede Bedeutung,) auf dem social-politischen Gebiete war und sodann weil seine spätere Existenz, seine Fortentwicklung einen bemerkenswerthen Beitrag zu der Frage über die Möglichkeit gesellschaftlicher Reformen in Dänemark giebt.

In der Mitte des Jahres 1873, als die Reaction wider die Ausschreitungen der I. in den Arbeiterkreisen sich erhob, traten in der dänischen Hauptstadt einige Grobschmiedegesellen in der Absicht zusammen (wurden zusammengetreten), eine Vereinigung zur vernünftigen Wahrnehmung unserer Interessen zu stiften. Die Tendenz dieser projectirten Vereinigung charakterisirt folgender Passus des erlassenen Aufrufs: Unsere Absicht ist, unsere Mitarbeiter für einen erreichbaren Zweck zu verbinden. . . . Verlangen wir nichts, wovon wir wissen, dass es uns die ganze Gesellschaft zum Gegner macht; suchen wir uns selbst Gutes zu thun, ohne davon zu sprechen, was wir Andern Böses thun können. Es ist eine traurige Wahrheit, dass wir, um unsere Meinung frei zu äussern, die Hilfe der Behörden eben gegen die verlangen müssen, welche am lautesten nach Rede- und Handlungsfreiheit schreien. Tragen wir das Unsrige dazu bei, dass unser Vaterland keine Schande von seinen Arbeitern hat.“

Der Verein, der durch regelmässige Zusammenkünfte, ein Arbeiternachweisungscomtoir, eine Sterbe-, und Begräbnisskasse, sowie Spar- und Leihkasse zu wirken suchen wollte, constituirte sich im September 1873. Demnächst sollte auf Gründung eines Schiedsgerichts (Arbeitsrath), zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Schlichtung aller zwischen diesen aufkommenden Streitigkeiten, auf Errichtung einer Vereins-Werkstätte und eines Baufonds zur Aufführung von Wohnungen für altersschwache bedürftige Mitglieder hingearbeitet werden. Jeder Grobschmiedegeselle konnte Aufnahme finden, dagegen war Lehrlingen der Verein geschlossen.

Trotz jener durchaus friedlichen Tendenz hielt die junge Verbindung es nach einiger Zeit für erforderlich (wirklich?) mit dem Verein eine Strikekasse zu verknüpfen. Man glaubte damit eine Waffe zu gewinnen, die allerdings nur im äussersten Nothfalle angewandt werden dürfte, die aber auch schon unbenutzt eine gewisse moralische Stütze gewähren würde. (Eine Waffe, die nicht zum Gebrauch gemacht ist, ist ein Kinderspielzeug). Ausserhalb des Vereins stiess dieses Project jedoch auf eine so herbe Verurtheilung, dass man, um einen, wenn auch völlig ungerechtfertigten Misstrauen im Publicum aus dem Wege zu gehen, dasselbe fallen liess. (Nachdem nun der Verein keine Waffe mehr hat, verlangte er noch, die Arbeitgeber sollten ihn fürchten, ihm Concessionen machen. Es ist zu dumm!) Der Verein bewies hierdurch schon in seinen ersten Massnahmen ein Entgegenkommen, welches deutlich davon zeugte, dass seine

Mitglieder weder die Lehre von dem absoluten Gegensatze zwischen den Interessen des Capitals und der Arbeit theilten, noch nach dem Princip der Socialdemokraten mit Feuer und Flamme auf ein einmal aufgestecktes Ziel loszustürmen, handelten. Danach durfte man wohl erwarten, dass auch die Arbeitgeber ein dem entsprechendes Auftreten gegenüber ihren Arbeitern bewiesen. Alles deutete anfangs in der That darauf hin, dass dies wirklich der Fall sein würde. (Man durfte erwarten? Welcher man? Nur Max Hirsch und Consorten, die von der heutigen socialen Bewegung und ihrem furchtbaren Ernst gerade so viel verstehen, wie der Esel vom Lautenschlagen. Wir werden sehen, wie „man" sich irrte:)

Seitens des Grobschmiede-Gesellenvereins wurde bei dem Meisterverein der Antrag gestellt, einen Ausschuss von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ernennen, um die Lage des Arbeiters und etwaige Mittel zu deren Abhülfe zu berathen. Nach den uns vorliegenden Angaben scheinen die Meister auf diesen Vorschlag nicht eingegangen zu sein, sondern in einer lediglich von ihnen, aber sehr zahlreich besuchten Versammlung beschlossen zu haben: 1) Der Arbeitslohn ist derartig zu erhöhen, dass der tägliche Verdienst eines tüchtigen Gesellen im Minimum 3 Mark R.-M. (1 Thaler preussisch) beträgt; eine Reduction dieses Lohnes ist alten, sowie eben ausgelernten Arbeitern gegenüber jedoch gestattet; 2) die Arbeitszeit währt von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends; etwaige Nach- oder Sonntagsarbeit wird nach specieller Uebereinkunft vergütet.

Ob der Gesellenverein behufs Festsetzung dieser Thesen an der gedachten Versammlung Theil genommen hat, wissen wir, wie gesagt im Augenblick nicht bestimmt; aber jedenfalls können wir constatiren, dass diese Abmachung von den Arbeitern mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen wurde. Wenn der Beschluss auch nicht in allen Werkstätten stricte zur Ausführung kam, so musste es doch scheinen, als ob nach der hiermit der Bedeutung des Gehülfenverbandes gebrachten Anerkennung (!) seitens des grössten Theils der Arbeitgeber ein Weg gefunden sei, über andere Fragen, die dazu noch in minderem Grade pecuniäre Interessen berührten, eine Einigung zu erzielen. So dachte der „Grobschmiede-Gesellenverein von 1873"; — aber bald sollte es sich herausstellen, wie sehr man sich verrechnet hatte.

(Eine schöne Anerkennung, wenn die Arbeitgeber, anstatt gemeinsam mit den Arbeitern zu berathen, selbstständig decretiren: „So soll es sein." Herr Hirsch stellt diese Artigkeit und Anerkennung der Arbeitgeber ähnlich dar, wie jener Jude, der von einem Edelmann, mit dem er zu thun gehabt, sagte: Grausser Gott, was for ein artiger Mann! Hat er mer doch runtergeschmissen de Treppe eigenhändig!)

Der Nutzen, den die Schiedsgerichte resp. Einigungsämter zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Auslande documentirt, bewog den Gesellenverein zu dem Versuch, derartigen Institutionen mit einigen wünschenswerthen Modificationen auch in Dänemark und speciell bei dem eigenen Gewerbe Eingang zu verschaffen. Unter Mittheilung folgender, in einer Generalversammlung angenommenen Resolution: „Wir erachten die Niedersetzung eines Einigungsamtes für die gedeihliche Entwicklung des Handwerks als erforderlich," ersuchte man schriftlich den Meisterverband, die in dieser Richtung nöthigen Schritte vorzunehmen. Hierauf erwiderte der Vorstand des Meistervereins, dass er sich nicht in der Lage sähe, der Aufforderung zu entsprechen. Für diese Abweisung wurde folgender Grund angegeben: Die Niedersetzung eines Schiedsgerichtes würde weder wünschenswerth noch nützlich sein, weil kein Arbeitgeber

darin als Mitglied eintreten und weil kein Arbeitgeber sich den Entscheidungen des Schiedsgerichts unterwerfen wolle!

In dieser Antwort wird also gegen das Einigungsamt resp. Schiedsgericht durchaus nichts Anderes angeführt, als der Umstand, dass die Meister mit der Einrichtung überhaupt nichts zu thun haben wollen. Um zu verhindern, dass diese zu Stande kommt, ist dieser Grund allerdings hinreichend, — allein, bemerkt mit Recht das dänische Wochenblatt für Selbsthülfe und Genossenschaftswesen „Arbeideren“ (der Arbeiter), die Meister schulden noch eine Antwort auf die Frage: Weshalb wollen sie nichts mit dem Einigungsamt zu schaffen haben? Diese Frage findet durchaus keine Berücksichtigung in dem erwähnten Schreiben und es wird wahrscheinlich eine schwierige Sache sein, eine irgendwie genügende Antwort darauf zu ertheilen.

(Durchaus nicht! Keine Antwort ist ja eben auch eine Antwort und zwar eine durchaus nicht misszuverstehende. Bester Doctor Hirsch, haben Sie denn ganz vergessen, dass Ihnen die Grubenbesitzer zu Waldenburg einmal ganz ähnlich gedient haben? Der Liberale ist klug an und für sich und braucht aus der Geschichte nichts zu lernen — kann es, wie es scheint, auch nicht. Unter uns Conservativen giebt es welche, die sind sich bewusst, unwissend geboren zu sein und deshalb lernen sie gerne was. Allerdings haben wir auch deren, welche so vortrefflich geboren wurden, dass ihnen etwas zu lernen ganz verächtlich und unnöthig scheint; aber diese ehrwürdigen Prellsteine, die tiefer in der Erde stecken als drüber, — die umgehen wir und stören ihre Ruhe nicht. Ohne gerade unthätig zu sein, müssen wir ja nicht immerfort unsere Ideen ins Volk werfen, wenn man sie noch nicht hören will. Wir können warten und amüsiren uns, die Fraction Hirsch immer wieder die alten Bockssprünge machen zu sehen. Sie werden sich müde springen, geehrte Herren — und wenn Sie das gründlich sind, — na, denn können wir ja mal den Sprung versuchen, nachdem wir Sprungbrett und Bettung gehörig beobachtet und das Ziel mit der Kraft der Lenden geprüft haben. Doch lassen wir den trostlosen Hirsch weiter sprechen:)

Charakteristisch ist es übrigens, dass, während unlängst von socialistischer Seite im „Socialdemokraten“ eine Warnung an die Arbeiter erging, in etwa von Meistern geplante Schiedsgerichte einzutreten, jetzt, wo das erste Project auftaucht, diese Institutionen in Dänemark einzuführen, die Arbeiter es sind, welche für die Förderung der Sache eintreten, die Meister dagegen, welche sich abweisend verhalten. Dass die Socialdemokraten die Schiedsgerichte verwünschen, ist aus der Tendenz der Partei erklärlich; dass die Arbeitgeber indess dieselbe Stellung einnehmen, kann nur aus der Kurzsichtigkeit erklärt werden, welche diese Herren im Allgemeinen allen social-politischen Verhältnissen gegenüber darthun.

(Was der Mann grob ist gegen Seinesgleichen. „Kurzsichtig“ hat er gesagt und ihm thut selbst eine Rathenower Brille nöthig!)

In einigen Arbeitgeberkreisen scheint die Ansicht bezüglich der Einigungsämter resp. Schiedsgerichte zu herrschen, welche „Faedrelandet“ kürzlich äusserte: „Ein Schiedsgericht muss nothwendig vom Staate und durch ein Gesetz eingesetzt werden, sofern dessen Urtheile bindende Kraft haben sollen. Ein gemeinsamer Ausschuss oder eine Vermittelungs-Commission kann dagegen wohl bei einer aufgetauchten Differenz von Nutzen sein, wenn beide Parteien darüber einig sind, jenem die Schlichtung des Streites zu überlassen. Aber da Einigkeit in dieser Hinsicht und Unterordnung gegenüber billigen Bedingungen hierfür die nothwendige Voraus-

setzung sind, so dürfte es richtig sein, einen Ausschuss für jeden einzelnen Fall zu wählen.

Diese Anschauung ist offenbar zu beschränkt. Nach den Erfahrungen, namentlich in England, können und dürfen die Schiedsgerichte resp. Einigungsämter nicht vorübergehender, sondern müssen durchaus stetiger Natur sein. Sie haben nicht die Aufgabe, bei jeder ausgebrochenen Differenz einzutreten und hier zu vermitteln, sondern jeden Augenblick, sobald ein streitiger Punkt aufzutauchen droht, hier die Wegräumung der Ursachen zu versuchen. Nicht nach, sondern vor dem Entstehen jeder Zwistigkeit liegt der Schwerpunkt ihrer Aufgabe. Aber auch ein anderer, mehr äusserer Grund spricht für ständige Schiedsgerichte und gegen jene Vermittelungs-Commissionen. Ohne Frage könnte man nimmer eine unglücklichere Zeit für die Wahlen der Schiedsrichter finden, als zur Zeit eines offenen Kampfes, wo die Geister auf beiden Seiten heftig erregt sind. Und selbst wenn die Wahl gelänge, wo wäre danach jetzt der geeignete Anknüpfungspunkt für einen zufriedenstellenden Ausgleich?

Wir wollen uns jedoch nicht darüber auslassen, nach welchen Grundsätzen ein Schiedsgericht zu bilden ist, sondern zum Schluss einen Blick auf die durch den erwähnten Beschluss des Meistervereins herbeigeführte Situation werfen. Dieser letztgenannte Verein umfasst allerdings nicht alle Meister der dänischen Hauptstadt und wir wollen zu Ehren der Nichtvereinler nicht annehmen (wird ihnen sehr schmeichelhaft sein), dass viele von diesen den Anschauungen des Vereins beistimmen; aber trotz alledem fällt der Beschluss der Grobschmiede schwer ins Gewicht. Bei den Gehülfen, die durch ihre Verbindung gethan haben, was in ihrer Macht stand, um eine Sache zu ordnen, welche nicht minder im Interesse der Meister wie in ihrem eigenen lag — herrscht ein tiefer Grad von Verstimmung, ja Bitterkeit.

(Ja, das kann ich mir vorstellen! Sehen Sie mal, lieber Hirsch, das haben Ihnen ja die deutschen Socialdemokraten so oft gesagt, dass die Arbeiter „verstimmt“ würden, nachdem Sie eine Zeit lang mit ihnen herumexperimentirt hätten und dass sie dann Socialdemokraten würden. Wären Sie nicht, als Liberaler, zu klug zum Lernen, so brauchte ich Ihnen das nicht zu wiederholen.)

Man muss erwägen, dass der „Grobschmiede-Gesellenverein von 1873“ eine sehr ansehnliche Mitgliederzahl aufweist, so ansehnlich, dass die Meister ihn durchaus nicht als eine irgendwie ungenügende Repräsentation der Kopenhagener Schmiedegesellen betrachten können. Die tiefergehende Bedeutung des Auftretens der Meister liegt aber darin, dass hierdurch nicht allein, wenigstens für die nächste Zukunft einer segenbringenden Reform allerlei Hindernisse in den Weg gestellt sind, sondern, dass seitens der Arbeitgeber von Neuem ein Same unter die Arbeiter gesäet worden, der unter normalen Verhältnissen nur arge Früchte tragen kann. Diese wären auch hier unausbleiblich, wenn wir in dem Gesellenverein nicht eine Organisation hätten, in der Vernunft über die Leidenschaft herrscht! Wenn auch zur Zeit die Verhandlungen zwischen beiden Parteien abgebrochen sind, so hoffen wir doch auf einen Tag, der jene wieder anknüpfen und zu einem gedeihlichen Resultate führen lässt.“

(„Hoffen und Harren“ — lieber Hirsch, doch ich bin zu höflich, um Ihnen meine Meinung hier so zu sagen, wie Sie es wirklich reichlich verdient haben. Murksen Sie nur weiter rum in der socialen Frage, die Früchte werden für Sie erstaunliche sein, für mich nicht.)

Die Socialliberalen haben also in Dänemark den ganzen circulus vitiosus mit demselben Misserfolg durchlaufen, wie in Deutsch-

land: Bildungsvereine, Wanderlehrer, Consumvereine, Gewerkvereine, Schiedsgerichte, Einigungsämter — Alles ist gleich bedeutungslos geblieben. Ueberall sind sie von den Socialdemokraten überflügelt worden.

Die Regierung ihrerseits hat alle einer Regierung heutzutage zu Gebote stehenden Repressiv-Massregeln mit äusserster Energie zur Anwendung gebracht und sieht trotzdem den Gegner, welchen sie zu wiederholten Malen vernichtet zu haben meinte, mächtiger und drohender sich gegenüber als je. Freilich musste sie Energie entwickeln, denn offene Auflehnung kann natürlich kein Staat ertragen. Indessen scheint sie doch das Gefühl zu haben, dass alle Repressiv-Massregeln, die sie ja auch bereits erschöpft hat, die Internationale nicht tödten. Sie wendet der socialen Frage allem Anschein nach eine sehr grosse Aufmerksamkeit zu. Man berichtete mir im September 1874, dass vor Kurzem ein sehr hoher dänischer Beamter in Berlin gewesen sei, um sich bei unsern Staatsmännern zu erkundigen, wie man hier die sociale Frage zu lösen gedenke. Wenn es wahr ist, dass ein solcher Abgesandter hier war, so kann ich mir das ungeheure Staunen dieses Gentleman denken, mit dem er vernommen haben wird, dass wir hier die sociale Frage mit denselben Mitteln lösen wollen, mit welchen die dänische Regierung in den Jahren 1872 und 1873 operirte. Dass es uns wie der dänischen Regierung gelingen wird, die Internationale recht zu Kraft und Ansehen zu bringen, bezweifle ich keinen Augenblick.

Hoffentlich fällt auch bei uns für den Moltke dieses Socialkampfes ein ebenso hoher russischer Orden ab, wie ihn Herr Crone erhalten hat, dann haben wir wenigstens etwas Reelles von der Geschichte; wobei ich übrigens persönlich bemerken will, dass mein Knopfloch nach diesem Stanislaus keineswegs juckt.

Die dänische Regierung hat aber ausserdem, wie schon gesagt, eine sociale Enquête-Commission eingesetzt, als deren Frucht wohl das Fabrikgesetz von 1873 anzusehen ist. Dasselbe lautet folgendermassen:

§ 1. Arbeiter in Fabriken und solchen Werk- oder Arbeitsstätten, wo die Arbeit auf fabrikmässige Weise betrieben wird, stehen unter öffentlicher Aufsicht, soweit dazu Personen unter achtzehn Jahren verwendet werden, gleichviel, ob ihre Arbeit die Fabrikation selbst oder eine damit in Verbindung stehende Verrichtung zum Zweck hat. — Inwieweit eine Arbeitsstätte unter die erwähnte Aufsicht kommt, entscheidet im Zweifel der Minister des Innern.

§ 2. Kinder, welche das zehnte Jahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen zu der in § 1 erwähnten Arbeit nicht verwendet werden. — Kinder von 10—14 Jahren dürfen zu der im § 1 erwähnten Arbeit nicht mehr als sechs und eine halbe Stunde innerhalb eines Zeitraumes von vierundzwanzig Stunden verwendet werden, in welcher Frist eine Ruhepause von mindestens einer halben Stunde enthalten sein muss; auch darf die Arbeitszeit nicht vor sechs Uhr Morgens beginnen und nicht über acht Uhr Abends fortdauern. — Kinder im erwähnten Alter, welche vor elf Uhr Vormittags bei der Arbeit waren, dürfen weder dieselbe noch eine andere Arbeit nach ein Uhr Nachmittags verrichten.

§ 3. Junge Leute beiderlei Geschlechts von 14—18 Jahren dürfen zu den in § 1 erwähnten Arbeiten nicht mehr als zwölf Stunden innerhalb eines Zeitraumes von vierundzwanzig Stunden, und zwar nicht vor fünf Uhr Morgens und nicht nach neun Uhr Abends verwendet werden. Von der besagten Arbeitszeit von zwölf Stunden sollen den erwähnten jungen Leuten als Ruhe- und Speisezeit mindestens zwei Stunden zwischen acht Uhr Morgens und sechs Uhr Abends eingeräumt werden, wovon anderthalb Stunden vor drei Uhr Nachmittags.

§ 4. Während der Mahlzeiten dürfen die in § 2 alinea 2 und § 3 erwähnten Kinder und jungen Leute sich in keinem zur Fabrik oder einer Werkstätte gehörigen Raume aufhalten, in welchem zu dieser Zeit gearbeitet wird. Wo die Beschaffenheit der Arbeit es mit sich bringt, dass die Luft im Arbeitsraume mit Staub oder andern der Gesundheit schädlichen Stoffen erfüllt wird, darf von der Gesundheitspolizei angeordnet werden, dass den Arbeitern für ihre Ruhe- und Essenszeit ein eigener Raum angewiesen wird.

§ 5. Auf den in § 1 erwähnten Arbeitsstätten dürfen ferner an den Sonn- und Feiertagen der Volkskirche (d. h. der dänischen Staatskirche) keine Kinder zur Arbeit verwendet werden.

§ 6. Kinder, sowie junge Mädchen und Frauen sollen sowohl während der Arbeit als auch während der Mahlzeiten, wo solche innerhalb der Arbeitsstätte eingenommen werden, von den Männern getrennt sein, soweit die Beschaffenheit der Arbeit und des Raumes es gestattet.

§ 7. Sollte der Minister des Innern gewisse Arten der im § 1 erwähnten Arbeiten als besonders anstrengend oder gesundheitsschädlich betrachten, so darf er eine Erhöhung der oben festgesetzten Altersgrenzen für die betreffende Arbeit eintreten lassen, oder verbieten, dass Personen unter achtzehn Jahren zu derselben verwendet werden. — Ausserdem kann der Minister des Innern, wenn es für eine Fabrik oder Werkstätte oder für eine gewisse Art von Fabriken oder Werkstätten wegen der Abhängigkeit der Arbeit von Wetter und Jahreszeit, wegen der Art ihres Betriebes oder wegen anderer derartiger Verhältnisse von besonderer Wichtigkeit ist, Modificationen in den vorstehenden Bestimmungen über die Arbeitszeit gewährt zu erhalten, dazu seine Einwilligung ertheilen. Doch darf in keinem Falle gestattet werden, Kinder ausserhalb der in § 2 alinea 2 festgesetzten Stunden zur Arbeit zu verwenden.

§ 8. Bevor ein Arbeitgeber Kinder oder junge Leute zu einer in § 1 erwähnten Arbeit aufnimmt, hat er sich über deren Alter und Gesundheitszustand zu unterrichten. Zu diesem Zwecke ist das Alter des betreffenden Kindes etc. durch ein Geburtsattest festzustellen, und der Arbeitgeber hat sich durch eine auf sein Begehren von dem betreffenden Amtsphysikus oder einem andern hierzu autorisirten Arzte vorgenommenen Untersuchung den Beweis zu verschaffen, dass der Gesundheitszustand des Betreffenden kein Hinderniss für die Arbeit, zu der er verwendet werden soll, darbiete. — Für die Untersuchung und das Ausstellen des nöthigen Attestes gebührt dem Arzte eine Bezahlung von 24 Skilling, die vom Arbeitgeber zu entrichten ist. Für das Ausstellen von Geburtsattesten, die bei der erwähnten Gelegenheit vorzuweisen sind, ist keine Bezahlung nöthig. — Die näheren Bestimmungen für die in diesem Paragraphen verordnete ärztliche Untersuchung werden vom Minister des Innern festgestellt.

§ 9. Kinder, welche der gesetzlichen Schulpflicht noch nicht genügt haben, dürfen zu Arbeiten von der Beschaffenheit der in § 1 erwähnten und an den daselbst angegebenen Stätten weder zu der Zeit, zu welcher

sie die Schule zu besuchen haben, noch während jener Stunde, die der beginnenden Schulzeit vorangeht, verwendet werden. Zu diesem Zwecke soll jedes Kind, das in Arbeit genommen wird, einen vom Leiter der Schule, die es besucht, ausgestellten Ausweis haben, der die Zeit, zu welcher das Kind in der Schule zu sein hat, enthält, und der Arbeitgeber darf kein Kind zur Arbeit annehmen, ehe er einen solchen Ausweis in Händen hat. Das Formular für diese Ausweise setzt der Minister des Innern fest.

§ 10. Jede der in § 1 erwähnten Arbeitsstätten hat ein Register über die daselbst arbeitenden Kinder und jungen Leute zu führen, welches Namen, Wohnung und das aus dem vorgewiesenen Geburtszeugniss erhellende Alter derselben angiebt. Bei Kindern müssen zugleich der Name und die Wohnung ihrer Eltern oder Pflegeeltern, ihre Schulzeit, sowie weitere Erläuterungen mitgetheilt werden, wie solche der Minister des Innern, der die näheren Bestimmungen über diese Register trifft, für zweckmässig erachten wird.

§ 11. Die erwähnten Arbeitsstätten sowie die Art der Arbeit und die Geräthschaften (Maschinen) sind so einzurichten, dass Gesundheit, Leben und Glieder der Arbeiter auf die zweckdienlichste Art sowohl bei der Arbeit selbst wie beim Aufenthalte in der Werkstätte geschützt werden. Alle laufenden (getriebenen) Bestandtheile der Maschine sowie jederlei Geräth, das durch die Maschine in mechanische Bewegung gesetzt wird, und mit dem die in der Fabrik oder Werkstätte arbeitenden Kinder oder jungen Leute, sei es durch ihre gewöhnliche Thätigkeit, sei es zufällig (im Vorbeigehen) in Berührung gerathen können, sollen, soweit die Beschaffenheit der Maschine oder der Arbeit es gestatten, fest eingehegt sein und darf diese Schutzwehr nicht entfernt werden, so lange die Maschine in Bewegung ist. — Kinder und junge Leute dürfen nicht zur Reinigung irgend eines Maschinenbestandtheils in einer Fabrik oder Werkstätte, so lange die Maschine in Bewegung ist, verwendet werden.

§ 12. Zur Aufsicht über die Durchführung vorstehender Bestimmungen, sowie zur jährlichen Untersuchung des Betriebes auf den unter Staatsaufsicht stehenden Arbeitsstätten und der damit in Verbindung stehenden Verhältnisse, werden vom Minister des Innern zwei Arbeits-Inspectoren angestellt. — Deren Gehalt sowie die übrigen durch die Aufsicht veranlassten Ausgaben, sowohl durch Reisen als durch die Controle (wörtlich: beigeordnete Leitung) der Thätigkeit der Inspectoren, werden alljährlich im Finanzgesetz festgestellt. — Der Wirkungskreis der Inspectoren wird näher durch eine vom Minister des Innern zu erlassende und zu veröffentlichende Verordnung festgestellt. — Die Inspectoren haben jährlich dem Minister des Innern über ihre Thätigkeit und über alle der Aufsicht unterstehenden Fabriken und Arbeitsstätten zu berichten; dieser Bericht wird sodann ganz oder im Auszuge durch den Druck veröffentlicht und dem Reichstage vorgelegt.

§ 13. Die Inspectoren haben zu jeder Zeit des Tages wie der Nacht Zutritt zu den im § 1 genannten Arbeitsstätten, wenn Jemand daselbst beschäftigt ist. Sie sind berechtigt, von Jedermann, der in der Fabrik oder Werkstätte angetroffen, oder von dem vermuthet wird, dass er daselbst arbeite oder im Laufe der letzten drei Monate gearbeitet hat, Aufklärungen zu fordern. Sie sind berechtigt, die Register zu untersuchen, die in Gemässheit des gegenwärttigen Gesetzes oder der in Folge desselben erlassenen Verordnungen geführt werden müssen, sowie die Nachweise und Documente, die in der Fabrik oder Werkstätte vorliegen müssen, zu prüfen. Zur Durchführung ihres Berufes sind sie berechtigt, nöthigenfalls die Hülfe der Polizei in Anspruch zu nehmen.

§ 14. Jedermann, der zu der in § 1 erwähnten Arbeit Kinder oder junge Leute verwendet, soll der betreffenden Polizeibehörde davon schriftlich Anzeige machen, die von derselben den Inspectoren übermittelt wird. Die näheren Bestimmungen hierüber trifft der Minister des Innern.

§ 15. Jeder Arbeitgeber, der gegen die vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen Kinder oder junge Leute zur Arbeit verwendet, hat für jede derartig gesetzwidrig beschäftigte Person eine Geldstrafe von fünf bis hundert Reichsthaler zu erlegen. Dieselbe Geldstrafe trifft jede andere Uebertretung der genannten Bestimmungen, soweit sie nicht nach den allgemeinen Bestimmungen der Gesetzgebung eine höhere Strafe nach sich zieht. Doch soll ein Arbeitgeber, der nicht Gewerberecht als Fabrikant hat, erst dann den Strafbestimmungen dieses Gesetzes unterworfen sein, nachdem ihm bekannt gegeben wurde, dass sein Geschäftsbetrieb unter öffentlicher Aufsicht steht.

§ 16. Falls ein Kind im Widerspruch mit den vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Arbeit verwendet worden ist, so haben dessen Eltern oder sonstige Gewalthaber eine Geldstrafe von 2—10 Reichsthaler zu entrichten, wenn bewiesen wird, dass diese ungesetzliche Verwendung mit ihrem Wissen und Willen stattgefunden hat.

§ 17. Klagen, welche auf Grund der vorstehenden Uebertretungen des gegenwärtigen Gesetzes anhängig gemacht werden, und bei welchen nur auf Geldstrafen erkannt werden kann, werden als öffentliche Polizeisachen behandelt.

§ 18. Alle Geldstrafen, die in Folge vorstehender Bestimmungen eingehen, fallen der Armenkasse des Kirchspiels, in welchem das Vergehen begangen wurde, zu; in Kopenhagen der Communalkasse.

§ 19. Die im allgemeinen bürgerlichen Strafgesetzbuche §§ 98 und 101 (vgl. § 102) enthaltenen Strafbestimmungen, die an Staatsbeamten verübten Verbrechen betreffend, kommen zur Anwendung, wenn die ebendaselbst verübten Handlungen auf die oben erwähnten Inspectoren ausgeübt werden.

§ 20. Ein Auszug aus dem gegenwärtigen Gesetze, der zu diesem Zwecke vom Minister des Innern gutgeheissen werden muss, sowie aus den Verordnungen, die zum Schutze der genauen Durchführung der die einzelnen Arbeitsstätten betreffenden Bestimmungen erlassen werden, soll gleichzeitig mit Angabe des Namens und der Adresse des Arbeitsinspectors in den in diesem Gesetze erwähnten Arbeitsstätten an einem allen Arbeitern leicht zugänglichem Orte angeschlagen werden.

§ 21. Die Gesundheitscommissionen — oder wo sich solche nicht finden, die Polizeimeister des betreffenden Ortes — haben darauf zu achten, dass Fabriken und grössere Werkstätten rein gehalten werden, gehörig ventilirt und nicht mit Arbeitern überfüllt sind. Nähere Bestimmungen hierüber sowie überhaupt betreffs Befolgung der erforderlichen Vorkehrungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter werden wie bisher in den betreffenden Sanitätsvorschriften oder in Ermangelung derselben in besonderen Polizeiverordnungen vom Polizeiministerium nach vorhergehender Verhandlung mit der Gemeindebehörde des Ortes und der Gesundheitspolizei zu treffen sein.

Die Arbeitszeit für junge Personen zwischen 14 und 18 Jahren von zwölf Stunden erscheint mir zu hoch, da ich ganz allgemein einen zehnstündigen Normal-Arbeitstag für angemessen halte und für junge Personen natürlich einen noch kürzeren.

Die Debatten für dies Gesetz sind recht interessant zur Cha-

rakterisirung der dänischen Parteien. Die Grossgrundbesitzer zeigten gar kein Verständniss für die Frage und bekämpften das Gesetz ganz heftig, obschon sie doch von demselben gar nicht einmal berührt werden. Die doctrinären Manchesterleute thaten principii causa dasselbe. Das Gros der national-liberalen Partei vermied zwar, ein neues Princip der Gesetzgebung in diesem Gesetz anzuerkennen, allein man verschloss sich der Ansicht doch nicht, dass es hohe Zeit sei, den Arbeitern doch wenigstens etwas zu bieten, und stimmte für das Gesetz „aus Humanitäts-Rücksichten.“

Was die grosse Partei der Bauernfreunde anlangt, so war diese Massregel der Regierung den älteren Führern, den grösseren Hofbesitzern, welche die Aristokratie des Bauernstandes repräsentiren, höchst fatal. Da sie aber doch viele Arbeiter auf ihren Höfen gebrauchen, wagten sie nicht, gegen das Gesetz zu sprechen, sondern schwiegen völlig. Eine jüngere Fraction derselben Partei dagegen, welche gewissermassen die dem Arbeiterstande sich nähernden Kleinbesitzer repräsentiren, trat mit grosser Wärme für die Sache ein.

Das Verdienst dieses, im Allgemeinen vom Parlament sehr unsympathisch aufgenommene Gesetz durchgeführt zu haben, gebührt ausschliesslich dem Minister Fonnesbech und seinem damaligen Abtheilungs-Director Tobiesen, welche sich ihrer Aufgabe mit eben soviel Tact als Glück unterzogen. Herr Fonnesbech ist in dem neuen Ministerium Minister-Präsident und Herr Tobiesen Minister des Innern geworden. Da darf man vielleicht hoffen, dass sie sich in ihren jetzt einflussreicheren Stellungen ernstlich an die Durchführung noch grösserer socialer Reformen machen werden, für die sie Verständniss bereits praktisch bethätigt haben. Aber mögen sie sich nicht Raths bei Herrn Delbrück holen und dessen neuem Socialrath, Herrn Nieberding — Michaelis scheint bereits abgenutzt zu sein. Auch bei Herrn Hahn nicht, der in der Provincial-Correspondenz vom 30. September 1874 die sociale Frage mit dem Reichs-Chauvinisten Treitschke einfach vor den Kopf schlägt. Jetzt ist sie bei uns mausetodt, und wer's nicht glaubt, ist ein „Beförderer des Socialismus.“ Gut gekräht, lieber Hahn!

Bisher habe ich von den Verhältnissen der Landarbeiter von Dänemark noch nicht gesprochen. Der Schwerpunkt der Arbeiterfrage in Dänemark wird voraussichtlich in nicht zu ferner Zukunft indess auf dem Lande liegen. Hierzu will ich die Gründe kurz andeuten.

Nachdem 1848 das allgemeine gleiche Wahlrecht ertheilt war, zog der jetzige Bauernstand den ersten und bedeutendsten materiellen Nutzen daraus. Die Bauernhöfe gehörten den adeligen Gutsbesitzern und waren den Bauern vererbpachtet. Die liberale Doctrin von der Freiheit des Grundbesitzes drang auch hier durch und die Erbpacht wurde ausserordentlich niedrig abgelöst. Den Bauern, welche bis dahin nur eine Art von Arbeiterstand bildeten, wurde damit ein sehr beträchtliches Geschenk gemacht. Die für den Landbau so glücklichen Jahre, welche auf die Ablösung folgten,

machten die noch nicht an grossen Aufwand gewöhnten Bauern schnell verhältnissmässig sehr reich. Das sind sie auch noch, denn da seit der Ablösung kaum ein Erbgang erfolgt ist, so konnte der von Rodbertus nachgewiesene Verschuldungszwang bis jetzt noch nicht verarmend auf den Bauernstand wirken und so nicht den Stand proletarischer Grundbesitzer hervorbringen, welchen 80 Jahre Walten des Capitalprincips in Frankreich erzeugt haben. Der dänische Bauernstand ist jetzt vielmehr eine Art ländlicher Bourgeoisie geworden, welche die schlimmsten Seiten dieses Standes in auffallend hohem Grade zeigt: Hochmuth, Geiz und Unterdrückung der niedrig Gestellten, noch dazu begünstigt durch das allgemeine Wahlrecht, welches ihnen bisher ein so grosses politisches Uebergewicht gegeben hat, dass, wenn es ihm auch noch nicht gelang, die industrielle und rein capitalistische Bourgeoisie von der Herrschaft über den Staat zu verdrängen, er dennoch im Lauf der Zeit allerhand Concessionen ertrotzen und die Gesetzgebung und Regierung in letzter Zeit vollständig lahm legen konnte. Allein dieses polititische Uebergewicht wird der Bauernstand verlieren, sobald die ländlichen Arbeiter das Wahlrecht im eigenen Interesse gebrauchen lernen werden. Dies dürfte um so früher geschehen, als sie es zweifellos von den schleswig-holsteinschen Landarbeitern lernen werden, die es ja in dieser Kunst unter Hasenclever's Anleitung bereits recht weit gebracht haben.

Der eigentliche vierte Stand Dänemarks ist der ländliche Arbeiterstand, welcher gar keine oder sehr kleine Grundstücke besitzt. Während dieser Stand unter den früheren Gutsverhältnissen nicht davon ausgeschlossen war, mitunter Pachthöfe von den Gutsbesitzern zu erhalten, ist dies jetzt, wo die Höfe freies Eigenthum der Bauern geworden sind, unmöglich. Sie fühlen sich geradezu schlechter gestellt als früher. Kommt dazu der Neid, welcher sie mehr und mehr gegen die Bauern erfüllt. Diese waren früher so ziemlich Ihresgleichen. Die Arbeiter wurden nicht selten Pachtbauern und die Kinder der Pachtbauern wiederum Arbeiter. Eigene Tüchtigkeit, gelegentlich auch das Wohlwollen des Grundherrn, erhob den Arbeiter häufig zum Pachtbauer. Der Unterschied im Wohlstand beider kaum getrennten und häufig in einander übergehenden Stände war nicht bedeutend, ein Grund zum gegenseitigen Hass kaum vorhanden. Ueber beiden stand der Grundbesitzer so hoch und in seinem Besitz durch die Tradition so gesichert, dass eine Kritik von dessen socialer Position wohl kaum aufkam.

Das ist jetzt ganz anders geworden. Viele alte Arbeiter kennen den reichen Grossbauer noch genau aus einer Zeit, in welcher er nicht viel mehr war, als sie selbst es waren und geblieben sind. Dem Besitz des Grossbauer fehlt der moralische Rückhalt, welcher jedem Besitz in den Augen der Menge erst Achtung verschafft. Ein solcher Rückhalt ist entweder die Tradition, die Legitimität, so lange in einem Lande das Princip der Tradition oder Legitimität noch nicht hie oder da durchbrochen worden ist,

wie dies allerdings in den meisten Ländern heutzutage schon geschehen.

Ein anderer Rückhalt, in welchem der Besitz seine Anerkennung findet, beruht in dem Umstande, dass er durch redliche Arbeit und Fleiss des Besitzers erworben ist. Nur von solchem Besitz gilt noch das Wort:

„Sei im Besitze und Du bist im Recht,
Und heilig wird's die Menge Dir bewahren."

Beide Umstände treffen für den Reichthum des dänischen Bauern nicht zu. Nicht durch eigene Arbeit ist der Grossbauer in den Besitz eines grossen Hofes gelangt, und noch viel weniger ist dieser Besitz ein traditionell anerkannter. Vielmehr stammt das Eigenthumsrecht aus einem Bruch mit allen Traditionen und aus einer offenbaren Verletzung des historischen Rechts der Grundbesitzer zu Gunsten der Bauern. Mit einer natürlichen Logik folgern also jetzt die Arbeiter, dass, was vor 30 Jahren zu Gunsten der Bauern und auf Kosten der Grundbesitzer geschah, sehr wohl jetzt auch zu Gunsten der Arbeiter auf Kosten der Bauern geschehen dürfe, und das ganz ebenso wie damals auf dem Wege der Gesetzgebung, vermittelst einer geschickten Benutzung des auch damals schon geltenden Wahlrechts von Seiten der Interessenten.

Solcher Art ist der Ideengang derer, welche sich in Dänemark unter den ländlichen Arbeitern bereits mit dem Nachdenken über ihre Lage beschäftigen. Wie lange es dauern wird, bis diese Ideen auf dem Lande eine allgemeine Verbreitung gefunden haben werden, ist natürlich noch nicht abzusehen. Einsichtige Männer, welche die dortigen Verhältnisse genau kennen, haben mich versichert, dass der Kampf der ländlichen Arbeiter gegen die Bauern dort jedenfalls ausbrechen werde.

Aufgabe der Regierung würde es sein, ihm durch Präventiv-Massregeln vorzubeugen, welche natürlich nur in einer Reform der Agrar-Gesetzgebung bestehen können.

Diese ist in Dänemark ebenso nothwendig wie in Deutschland. Wundern muss ich mich nur, dass es Conservative in Deutschland giebt, welche auf dem ganz falschen Zopf anbeissen, welchen ihnen der Verwaltungsrath der Disconto-Gesellschaft und der Preussischen Central-Bodencredit-Gesellschaft, Herr Miquel, neuerdings mit so trefflich gespielter Biederkeit hingehalten hat, als er vorschlug, die Staats-Domänen zu zerschlagen und Bauernhöfe daraus zu machen. Wenn die Geschichte überhaupt ginge, was noch nicht feststeht, würde dabei entweder der in Dänemark oder der in Frankreich auf dem Lande herrschende Zustand auch bei uns geschaffen werden, womit wir keinen Schritt weiter kommen würden, da ich in diesem Buch nachgewiesen habe, dass die Zustände in jenen beiden Ländern ebenfalls unhaltbar sind. Was ich allerdings gern zugebe, ist, dass eine solche Ausschlachtung der Domänen en gros Banken, wie sie Herr Miquel nicht unbelohnt sehr geschickt beräth, bei der ersten Finanz-Operation so-

wohl wie bei der Hypothecirung und — weiterhin auch bei der Subhastation recht lohnende Geschäfte in Aussicht stellen würde. Man scheint in den höheren Finanzkreisen dem neuen Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, der ihnen durch Abstammung und Lebensberuf angehört, aus ähnlichen Gründen die Verwaltung der Domänen und landwirthschaftlichen Credit-Institute überwiesen zu wünschen. Indessen hoffe ich, dass Herr Friedenthal sich zu solchen Geschäften nicht herbeilassen wird; wenigstens berechtigt, was man von seinem Charakter hört, zu solcher meiner Annahme.

Ich verlasse jetzt Dänemark und wende mich zur Betrachtung der sehr jungen und wenig entwickelten socialen Bewegung in Schweden und Norwegen.

Die Elemente, aus welchen die Socialdemokratie ihre ersten Bataillone bildet — nicht die eigentlichen Schlachtbataillone, die noch nirgends organisirt sind und aus Landarbeitern bestehen werden — die Industriearbeiter, sind in Schweden und Norwegen noch wenig zahlreich. Nur 15 pCt. der Gesammtbevölkerung von vier und einer halben Million Seelen wohnen in Städten. Städte mit mehr als 115,000 Einwohnern giebt es nur sechs: Stockholm, Gothenburg, Malmö, Norrköping, Carlscrona und Gefle. Auf dem Lande giebt es einen Arbeiterstand ohne Grundbesitz auch kaum. Die Bauern arbeiten noch selbst mit, sind noch keine Bourgeois wie in Dänemark. Auch wird noch viel Hausindustrie in den Bauernhäusern getrieben, so Weberei, Holztischlerei, Zimmerei, Schnitzerei, Uhrenfabrikation.

Indess hat das seit 1866 eingeführte Censuswahlsystem bereits seine Frucht getragen, es ist, wie wir sehen werden, Gegenstand der Kritik geworden. Die Einführung der Gewerbefreiheit seit 1868 ermöglicht die Entwickelung der Industrie, in deren Gefolge sich das Industrieproletariat sehr bald auch einstellen wird. Dem entspricht das schnelle Wachsthum der grösseren Städte. Von 1862—1872 hat sich die Einwohnerzahl Gothenburgs um 48, Stockholms um 20, Malmös um 30 pCt. vermehrt. Man ist heutzutage nicht mehr so stolz auf das rasche Wachsthum der Städte, als vor etwa zehn Jahren, weil man darin nicht nur das Wachsthum der Industrie, sondern auch dessen Kehrseite, die des Proletariats zu würdigen gelernt hat.

Anzuerkennen ist, dass man gleichzeitig mit Verleihung der Gewerbefreiheit auch eine leidliche Fabrikgesetzgebung machte, deren Hauptpunkte folgende sind:

Ueber Handelsdiener, Arbeiter in einer Fabrik, Handwerk oder sonstiger Handtirung.

§ 15 alinea 4. Niemand darf als Gehülfe in einem Geschäft oder als Arbeiter in einer Fabrik, Handwerk oder sonstiger Handtirung aufgenommen werden, ehe er das zwölfte Jahr erreicht hat.

§ 16. Zu keinerlei Beschäftigung, die zur Fabrik- oder Handwerksarbeit gehört, dürfen zur Nachtzeit zwischen neun Uhr Abends und fünf Uhr Morgens Arbeiter unter achtzehn Jahren verwendet werden.

§ 17. 1) Jeder Gewerbetreibende hat väterlich darüber zu wachen, dass seine dienenden Gehülfen oder Arbeiter, besonders diejenigen, die noch minderjährig Kost und Wohnung im Hause ihrer Arbeitgeber haben, zur Gottesfurcht, Ordnung und guten Sitten angehalten werden, sowie dass diejenigen, die das Mass von Kenntnissen, das die Gesetzgebung für Gemeindeschulen als Minimum vorschreibt, noch nicht erworben haben, an den vom Arbeitgeber bestimmten Tagen und Stunden Unterricht erhalten, sowie dass Handlungsdiener und Arbeiter fleissig die Sonntagsschulen, wo es solche giebt, oder eine andere dem Gewerbe angemessene Lehranstalt besuchen.

2) Jeder Gewerbetreibende soll überdies bei der Behandlung und Beschäftigung seiner Gehülfen und Arbeiter gebührende Rücksicht auf ihre Gesundheit und Arbeitskraft nehmen.

§ 19. Jeder Handelsmann oder sonstige Gewerbetreibende, der gegen die Bestimmung in § 15 al. 4 ein Kind unter zwölf Jahren in Dienst oder Arbeit nimmt, hat 5—50 Reichsthaler schwedisch Strafe zu bezahlen.

§ 20. Jeder Fabrikant oder Gewerbetreibende, der das in § 16 enthaltene Verbot betreffs Verwendung Minderjähriger zur Nachtarbeit übertritt, hat 5—50 Reichsthaler schwedisch Strafe für jede Person, die zu genannter Arbeit verwendet wurde, zu bezahlen.

§ 21. Lässt ein Handelsmann oder sonstiger Gewerbetreibender die in § 17 al. 1 und 2 enthaltenen Bestimmungen, die Sorge für die Sittlichkeit, den Unterricht und die Gesundheit der Handlungsgehülfen oder Arbeiter betreffend, ausser Acht, so hat er 10—200 Reichsthaler schwedisch Strafe zu bezahlen.

Der Bau der Eisenbahnen, die energische Inangriffnahme des Bergwerksbetriebes, namentlich durch Actiengesellschaften, hat auch zu Arbeiterversammlungen, zur Importirung fremder Arbeiter geführt, aus denen bereits manche Unzukömmlichkeiten resultirt sind, wie weiterhin gezeigt wird.

Schon 1848 entstand hie und da in Schweden Aufregung unter den städtischen Arbeitern, man gründete einige Vereine, sogar Productiv-Associationen, allein die Sache schlief bald wieder ein.

Die von den Anhängern Schulze's in Deutschland betriebene, man kann wohl sagen, pseudo-sociale Agitation, pflanzte sich Anfangs der sechsziger Jahre auch nach Schweden fort und fand besonders in Gothenburg günstigen Boden.

Der schwedische Schulze-Delitzsch — es scheint, jedes Land muss solchen Unglücksmenschen produciren, heisst Axel Krook. Er gründete mehrere Productiv-Associationen, später einen Verein zur Erbauung von Arbeiterwohnungen auf Selbsthülfe und 1867 den „Gothenburger Arbeiterverein." Derselbe besitzt ein eigenes Vereinshaus, eine Bibliothek und den ganzen Apparat, über welchen der Schulze-Delitzsche Berliner Handwerkerverein verfügt. Die Wirksamkeit desselben ist auch eine solche, wie es die des Berliner Vereins war, nicht mehr ist; denn im grossen Saal des von Schulze gegründeten Berliner Vereins hält jetzt Herr Hasenklever seine Versammlungen ab und in der Vorhalle desselben wird „Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch," „gemacht" von Lassalle, verkauft. Solches wird wohl auch dem von Herrn Krook gebauten Hause

noch passiren. Ueber eine locale Bedeutung ist die Sache nie hinausgekommen.

In neuerer Zeit fing man in Schweden und Norwegen mit Strikes an. Zunächst strikten die fremden Arbeiter in den Bergwerken. Ich erwähne nur die bedeutenderen Strikes dieses Jahres. Die englischen Kohlengruben-Arbeiter der Bjufer-Gruben in Schoome fingen an, höhere Löhne zu fordern, strikten, ihnen schlossen sich die einheimischen an, und ein Theil der Engländer kehrte nach England zurück. Die Bahnarbeiter an der Nykjöbing-Maribo-Bahn strikten im Februar. Anfangs September kam es unter den Eisenbahn-Arbeitern bei Fahlun sogar zu ernsten Aufständen, Demolirung von Häusern etc. Die Schneidergesellen von Gothenburg strikten im März, und im Februar die Arbeiter an der Gasanstalt in Stockholm.

Doch ist dies Uebel nicht von diesem Jahre, da schon 1872 von nicht wenigen Strikes berichtet wurde, so von dem der Bäckergesellen, Schneidergesellen, Schriftsetzer und Barbiere in Christiania.

Ein günstiges Moment für die Entwickelung der Socialdemokratie, Unzufriedenheit mit der materiellen Lage, ist also schon vorhanden. Das zweite, Unzufriedenheit mit den politischen Rechten, ist im Entstehen. Wie überall, geht die rein politische Agitation auch hier nicht von den Arbeitern aus, und wie überall, suchen sie nachher auch hier den Nutzen aus dem zu ziehen, was die demokratische Bourgeoisie für sich allein errungen zu haben glaubt.

Das Censuswahlrecht ist, wie schon gesagt, Gegenstand des Angriffes geworden, und zwar haben in Norwegen die Radikalen unter Svendrup's Führung die Parole des allgemeinen gleichen Wahlrechts ausgegeben. Die Arbeiter nahmen dies verständnissvoll auf, schlossen sich der Agitation an und stellten im Februar 1874 sogar einen Arbeitercandidaten für den Reichstag in Christiania auf, der freilich noch nicht durchkam. Es ist — entweder tief traurig oder hoch komisch, wenn man sieht, dass die Bourgeoisie des einen Landes nie von der des anderen etwas lernt, sondern stets denselben Fehler in ihrem Lande macht, der sich an der Bourgeoisie des andern bereits bitter gerächt hat. Nun, es scheint Gottes Wille zu sein, dass sie sich überall selbst ihr Grab gräbt. Habeat sibi!

Nachdem die Aufhebung des alten ständischen Wahlrechtes, die Einführung der Gewerbefreiheit, der Aufschwung der Fabrikindustrie die nöthige Grundlage geschaffen, wurde der socialdemokratische Same denn auch endlich von milder Hand in den gelockerten Boden gestreut. Dänische Stammverwandte unternahmen diese Arbeit. Ich lasse die Berichte über diese junge Bewegung hier folgen. Sie nehmen nicht viel Raum weg und zeigen doch sehr gut, wie fleissig und ausdauernd die Socialdemokraten in der Agitation sind. Echte Apostel, von der Wahrheit ihrer Lehre tief

durchdrungen. Ein socialistisches Blatt berichtete Ende September 1873:

„In Norwegen hat jetzt zum ersten Male die Social-Demokratie Boden gefasst, und zwar wurde am 21. September zu Christiania die erste socialdemokratische Versammlung abgehalten. Die in einem Tanzsalon stattgefundene Versammlung war ausserordentlich zahlreich besucht. Ein Sattlergeselle aus Kopenhagen eröffnete dieselbe mit einer socialistischen Rede; in gleichem Sinne sprachen zwei Tischlergesellen und ein Student, während der Stadtphysikus Bidenkop, ein Student u. A. m. gegen die socialistischen Lehren sprachen. Die Socialdemokraten siegten jedoch, und es theilte der dänische „Socialdemokrat“ mit, dass in nächster Woche wahrscheinlich eine zweite Versammlung stattfinden werde.“

Im October wird gemeldet, dass jener Däne, ein Herr Jansen, in Christiania keine zweite Versammlung habe zusammen bringen können, weil ihm kein Wirth sein Local dazu leihen wollte. Ende November heisst es, er habe noch immer nicht zum Ziele kommen können, sei darauf nach Drammen gegangen, aber auch dort wollte ihm Niemand eine Stube oder einen Saal öffnen. Er musste, wahrscheinlich nach Erschöpfung seiner Mittel, unverrichteter Sache nach Kopenhagen zurückkehren.

Triumphirend berichteten die liberalen Zeitungen, der Socialismus habe keinen Boden in Norwegen.

Dass indessen der Gedanke, den norwegischen Arbeiterstand für die socialdemokratischen Ideen zu gewinnen, nicht aufgegeben war, bewies ein Artikel im „Socialisten“ vom 29. Januar 1874, in welchem die Arbeiterverhältnisse in Norwegen besprochen werden, und, nachdem gesagt worden ist, dass die Stellung der Arbeiter dort noch dieselbe ist, die sie vor fünfzig Jahren war, d. h. eine unwürdige, dazu aufgefordert wird, den Volksgeist zum Handeln gegen die Despoten des Landes zu erwecken.

Herr Jansen reiste wieder nach Norwegen, aber eine Versammlung, welche Freunde von ihm auf den 27. Januar in Drammen bereits angesetzt hatten, konnte nicht stattfinden, da der Wirth, als er Jansen's Ankunft erfuhr, sein Local schloss. Allein Jansen ruhte nicht und Anfangs Juli wurde es ihm möglich, auf Tyreholmen, unweit Christiania, wirklich eine Versammlung abzuhalten. Allein sie war nicht vielversprechend, nur von ca. 30 Personen, meist Studenten, besucht. Der „N. S.-D.“ berichtet über diese Versammlung:

„Der Socialismus beginnt sich in Norwegen langsam auszubreiten, obschon die Feinde desselben in der pöbelhaftesten Weise auftreten. Vor wenigen Tagen wurde auf Tyreholmen, unweit Christiania, eine von dem dänischen Socialdemokraten Jansen berufene Arbeiterversammlung abgehalten. Es hatten sich Studenten und eine grössere Anzahl Arbeiter eingefunden. Die Versammlung endete mit einem Votum zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts, worauf schliesslich die „Gebildeten“ eine allgemeine Schlägerei anzettelten, so dass die Polizei einschreiten musste. Die nächste Versammlung soll in dieser Woche abgehalten werden und das Versammlungslocal durch Anschläge in den Fabriken und Werkstätten bekannt gemacht werden, da das unter den Arbeitern verbreitetste Blatt,

„Nyheds og Avertissementsblad“ die Annahme von Inseraten, welche die socialdemokratischen Versammlungen betreffen, verweigert hat.“

Ganz so ist es bekanntlich Lassalle in Berlin gegangen, und wenn sich heute die Fortschrittsleute über Terrorisiren ihrer Versammlungen durch die Socialdemokratie beklagen, so sollen sie sich an das erinnern, was sie 1863 Lassalle thaten. Auch die liberalen Blätter verschlossen bekanntlich Lassalle ihre Spalten, der zu seiner Vertheidigung nur Raum in der „Kreuz-Zeitung“ fand.

Die oben angesagte Versammlung fand Mitte Juli, von ca. 1000 Mann besucht, statt. Der „H. C.“ schreibt über sie:

„Dieselbe ward vom Tischlergesellen Hagen, einem fanatischen, aber nicht unbegabten Manne, geleitet. Derselbe sprach sich im Gegensatz von dem dänischen Sattlergesellen Jansen entschieden gegen alle revolutionären, socialistischen und unchristlichen Ideen aus und beschränkte sich darauf, für die Errichtung von Fachvereinen und einem centralen Arbeiterverein einzutreten. „Morgenbl.“ glaubt, dass der genannte dänische Agitator Jansen durch Hagen und den Studenten Fjörtoft, der ebenfalls ein eifriger Socialdemokrat ist, in den Hintergrund gedrängt sei, und dass die Letztgenannten die socialdemokratische Leitung und Bewegung übernommen hätten. Eine Frage ist es indessen, schreibt das Blatt, ob die beiden Herren die Bewegung in dem richtigen Geleise werden halten können, falls es ihnen gelingt, dieselbe zu Wege zu bringen, was von „Morgenbladet“ bezweifelt wird.“

Die Bewegung kam nun in Fluss. Dasselbe Blatt berichtete vom 28. Juli:

„Die norwegischen Socialdemokraten konnten, wie schon mehrfach berichtet, bisher keine organisirte Agitation ins Werk setzen, weil sie nirgends ein Versammlungslocal erhalten konnten. Dieses Hinderniss ist nunmehr beseitigt, indem, merkwürdig genug, der hiesige Turnverein sein Local den Socialisten zur Disposition gestellt hat. Die erste Versammlung in diesem Locale fand gestern statt. Es hatten sich etwa 150 Personen eingefunden, welche ein Entrée von 8 Skillingen (3 Sgr.) zahlen mussten. Nachdem die beiden Socialisten Hagen (Norweger) und Jansen (Däne) eine mit den gewöhnlichen socialdemokratischen Floskeln gespickte Rede gehalten hatten, ward der Versammlung mitgetheilt, dass in Norwegen eine Zeitung zur Verfechtung der Sache der Arbeiter herausgegeben werden sollte. Alsdann traten 37 Personen einem neuen Arbeiterverein als Mitglieder bei, welcher sich darauf unter dem Namen „Norwegischer Arbeiterverein“ mit einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Vorstand, darunter die Koryphäen Jansen, Hagen und der Student Fjörtoft, constituirte.“

Die Sache wurde doch bedenklich, und als die Socialdemokraten am 4. August eine neue Versammlung in der Turnhalle abhalten wollten, wurde ihnen die Benutzung derselben verweigert. Ein anderes Local war nicht zu finden und so konnte die Versammlung nicht stattfinden. Höchst naiv schreibt der Correspondent des „Hamburger Correspondent:“

„Es zeigt sich immer mehr, dass Norwegen kein Feld für die socialdemokratischen Weltverbesserungstheorien ist.“

Du heilige Unschuld! Es zeigt sich immer mehr — dass Ihr Herren von der socialen Bewegung gar nichts versteht! Zielowski

konnte in Stettin auch kein Local zur Abhaltung seiner Versammlungen bekommen — da miethete er sich eine alte, halb verfallene leere Scheune in einem der Vororte von Stettin und hielt sie dort ab; die Polizei untersagte auch dies, denn es sei „feuergefährlich." Nun meinten die guten Stettiner auch, „es sei kein Boden für die Socialdemokratie in Stettin." — Inzwischen haben sie dort über 2000 Stimmen für ihren Reichstagscandidaten erhalten. Diese Schwierigkeit werden die Socialdemokraten in Norwegen wohl auch überwinden.

Man sieht, der Socialismus ist bereits nach der skandinavischen Halbinsel verpflanzt und der erste internationale Verein ist begründet. Was daraus wird, — das lässt sich heute noch nicht beurtheilen.

Die sociale Presse Dänemarks ist nur klein. Wir haben da die beiden liberalen Blätter:

1. „Blad for Arbeiderforeningen af 1860."
2. „Arbeideren."

Und die socialdemokratischen

3 † „Socialisten," der 1873 einging zu Gunsten des
4. „Social-Demokraten." Alle in Kopenhagen erscheinend.

Abgeschlossen ult. September 1874.

# Russland.

In diesem Capitel werde ich von einer Arbeiter-Bewegung in Russland nicht zu sprechen haben, weil nur die allerersten Anfänge derselben vorliegen. Sie geht ja überall vom Industrieproletariat aus, und Russland schafft sich erst eine Industrie, hat mithin noch kein altes Industrieproletariat. Vielmehr muss auf die Wirkuug russischer Agitationen auf das Proletariat des Westen von Europa die Rede sein, die in Zukunft noch weit gefährlicher werden können, als sie es schon geworden sind.

Auch hierüber kann ich nur Andeutungen geben. Borkheim sagt in „Parteien und Politik des modernen Russland“:

Es ist zu bedauern, dass es noch weniger Deutsche gibt, die der russischen Sprache mächtig, als Franzosen, welche die deutsche verstehen. Während sich die Deutschen dem westlichen, in der Gesammtcultur ebenbürtigen Nachbar gegenüber mit sprachlicher Ueberlegenheit brüsten, verhalten sie sich gegen ihren östlichen, ärmlichen Anwohner, der von niedrigerer Cultur, träge und verbrecherisch lüstern ist, in gefährdender Sprachunwissenheit.“

Auch ich kenne die russische Sprache nicht. Aber schon vor Jahren wurde ich auf den Zusammenhang der Agitation Bakunins mit einer starken Partei in Russland aufmerksam und bedauerte jene Unkenntniss, die mich diese Dinge zu studiren hinderte. Damals richtete ich eine Petition an das Herrenhaus, es möge beantragen, dass für Unterricht der russischen Sprache an den höheren Schulen gesorgt werde. Leider nahm das Herrenhaus hierauf keine Rücksicht. Und doch wäre diese Kenntniss nicht bloss für den Moment des, meines Erachtens unvermeidlichen feindlichen Zusammenstosses zwischen Deutschland und Russland, sondern auch für den friedlichen Verkehr bei der steigenden industriellen Entwicklung Russlands für die deutsche Jugend sehr nützlich. Selbst noch als vielbeschäftigter Redacteur die russische Sprache zu lernen, hatte ich keine Zeit, auch nicht zum gründlichen Studium der Werke deutsch-russischer Schriftsteller. Ich glaube aber genug zu wissen, um meine obige Angabe zu beweisen. Enthüllungen, welche von Marx und seinen Anhängern über Bakunin gemacht sind, Uebersetzungen seiner Schriften, haben mich in meiner Ansicht bestärkt. Die „Tagwacht“ schrieb über Bakunin: „Wenn Sie kein besoldeter Agent sind, so steht doch fest, dass

ein besoldeter Agent nicht mehr Schaden hätte anrichten können, als Sie.“ In der That ist der Bakunin'sche Collectivismus nichts Anderes, als ein ins Westeuropäisch-Communistische übersetzter Agrarcommunismus, wie er in Russland Staatseinrichtung vor und seit der Bauernemancipation ist. Bakunin empfiehlt dem Proletariat eine Einrichtung, von der die russische Regierung einst, bei dem entscheidenden Zusammenstoss mit dem Westen proclamiren kann, dass sie in Russland bestehe, und dass Russland sie den „Enterbten“ des Westens bringen wolle. So kann Russland einst als „Befreier“ des westeuropäischen Proletariats eine „civilisatorische Mission“ vollführen, und Bakunin hat ihm den Boden in zwiefacher Beziehung geebnet. Einmal dadurch, dass er die Zustände in den westlichen Staaten gründlich verwirrte und die Regierungen lahm legte, weil seine „Internationale“ daselbst hinter der nationalen Armee die Städte in Feuer aufgehen lässt, anderentheils dadurch, dass die von ihm bethörten Proletarier der russischen Armee, die ihnen den „Collectivismus“ bringt, entgegenjauchzen.

Diese Gefahr ist auch schon von Anderen gefühlt worden.

A. Wagner veröffentlichte 1870 eine Schrift: „Die Abschaffung privaten Grundeigenthums,“ der ich nicht überall beipflichte, worin er aber auf den Zusammenhang des Communismus im Westen mit Regierungsmassregeln in Russland hinwies; allerdings kannte er die „Mission“ Bakunins noch nicht. Er bezog sich einfach auf die Baseler Congressbeschlüsse der „Internationale.“ Welche Rolle Bakunin auf jenem Congresse spielte und deren tiefe, hochpolitische, durchaus im Zusammenhange mit den Tendenzen der russischen Panslavisten stehende Bedeutung, ist dem Herrn Wagner entgangen.

Der Traum dieser Leute von einer panslavistischen Weltherrschaft, zu welcher das im agrarischen Communismus lebende Russenvolk von der Vorsehung bestimmt sein sollte, ist alt. Im Jahre 1848 tauchte das socialistische Evangelium abermals auf durch Alexander Herzen, den man wohl den Vater des russischen Socialismus nennen kann; er zählt in Russland noch Tausende von Anhängern. Mit Hülfe des russischen communistischen Landbesitzes sollte die alte Ordnung in Europa über den Haufen gestürzt und auf den Trümmern eine grosse Föderativ-Republik freier Völker errichtet werden, deren Leitung die um Russland geschaarten Slavenstämme übernehmen würden. Er gründete den „Kolokol“ (die Glocke), welche bald in Hunderttausenden von Exemplaren über die Grenze Russlands eindrang. Das Blatt enthielt alle Betrügereien und Erpressungen der Beamtenwelt, alle skandalösen Vorgänge bis in die höchsten Kreise hinauf, Tausende von Correspondenzen über innere Verhältnisse strömten nach London, wo das Blatt erschien, alle Staatsgeheimnisse standen bald in den Spalten des Journals. Man fürchtete Herzen von der einen, man schwärmte für ihn enthusiastisch von der andern Seite; war er doch sicherlich einer der geistreichsten Repräsentanten der Presse, nicht nur Russlands, sondern Europas. Der Glanz seines Namens

verlieh seiner Doctrin Nimbus und Rahmen. Das grosse Werk der Abschaffung der Leibeigenschaft wurde vorbereitet, die russische Presse kam in dieser selben Zeit erst eigentlich zur Erstarkung, die lange unter der Oberfläche zurückgedrängt gehaltenen Ideen schossen jetzt auf, der communistische Gemeindebesitz wurde als ein Heiligthum gepriesen, woran die Regierung nicht Hand legen durfte. Herzen forderte dies im Namen des socialdemokratischen Staates. Der Westphale Freiherr von Haxthausen forderte dasselbe im conservativ-aristokratischen Interesse.

„Der Panslavismus," heisst es in jener Broschüre Borkenheims, „hat klar ausgesprochene Grundsätze. Sein festes Ziel ist, bezüglich des inneren Lebens, die vollständige Abscheidung von Europa. Mit Abscheu blickt er auf alle europäischen Vorbilder und alle von Peter dem Grossen eingeführten Reformen. Die Emancipation der Sclaven ist die einzige Massregel der „neuen Aera," welche seine Zustimmung hat. Sie wird von ihm nicht als ein Act der Menschlichkeit betrachtet, noch als ein Zugeständniss an die Forderungen der Zeit, auch nicht als eine Annäherung an die ökonomische Entwickelung internationaler Beziehungen. Dergleichen Ideen haben für ihn gar keine Bedeutung. Er sieht in der Emancipation der Sclaven erstens die Bestrafung der Adeligen für ihre Verachtung altrussischer Ueberlieferungen, und zweitens, den Anfang vom Ende des persönlichen, zu vererbenden Eigenthumsrechts. Er betrachtet das Eigenthumsrecht als einen „Barbarismus," während er den Communismus für ein naturwüchsiges Phänomen Russo-Slavonischen Lebens hält. Gemäss seiner „neuen Formel der Civilisation" muss Alles, was seit Peter dem Grossen aus der alten und abgelebten Civilisation Europas herübergenommen worden ist, weggefegt werden; ein strenges Schutzzollsystem soll Russland von allem politischen und ökonomischen Verkehr mit der Industrie des Westens absperren. So soll Russland durch Unabhängigkeit und Selbstgenügsamkeit die ihm von der Vorsehung bestimmte Sendung erfüllen und die panslavistische Oberherrschaft herstellen."

Die russische Regierung hat dies Programm der panslavistischen Partei adoptirt und führt es consequent durch. Unendlich komisch ist es für mich gewesen, in der liberalen deutschen Presse ab und an Predigten der Freihandelshausirburschen zu lesen, worin sie Russland im Schulmeistertone ermahnen, doch Vernunft anzunehmen und seine Grenzen zu öffnen, sich endlich zum Freihandelsprincip zu bekennen. Mit welchem höhnischen Grinsen mögen die wirklich klugen russischen Staatsmänner diesen Blech gelesen haben! Russlands Freundschaft für Deutschland beruht vielleicht mehr auf der Klugheit der russischen Staatsmänner, als auf der persönlichen Zuneigung Alexanders II. für Wilhelm I. „La Russie ne boude pas; la Russie se recueille," dieser Ausspruch Gortschakoffs ist bitter ernst zu nehmen. Russland will sich Eisenbahnen und eine Industrie schaffen mit ausländischem Capital; aber durchaus für sich. Es schliesst also seine Grenzen und schafft sich, wie

Nordamerika, eine Industrie auf Kosten der industriellen Länder Europas, ganz nach Recept des deutschen Nationalökonomen List, den unsere Freihändler schlechter kennen als die Herren Russen. Russland baut sich Eisenbahnen, aber anderesspurige als der Westen sie hat, denn es denkt daran, dass der Krieg mit dem Westen zunächst sich ins Innere von Russland ziehen kann, wo man dem Feinde ein zweites Moskau bereiten müsste. Unsere Eisenbahnwagen müssten dann an der Grenze Halt machen und unsere Armee wäre vom Hinterlande abgeschnitten. Das Geld hierzu leiht man zu theuren Zinsen vom Auslande, ebenso das Geld für die Grundbesitzer, welches sie gebrauchen, um die Folge der Bauernemancipation zu überwinden. Die russische Bodencredit-Gesellschaft hat diesen Zweck. Die Regierung leistet Zinsgarantie für die I. Serie. Aber wenn ein Krieg zwischen Russland und dem Westen ausbricht, wohlverstanden, zu einer Zeit, die Russland wählen wird, wenn seine Bahnen fertig sind, seine Industrie lebensfähig ist, seine Grundbesitzverhältnisse wieder geordnet sind, dann wird jede Zahlung von Zins und Capital wahrscheinlich aufhören. Das russische Volk verliert nichts dadurch, sind doch die russischen Staatspapiere, Eisenbahnpapiere und Pfandbriefe fast ausnahmslos im Auslande. Mit einem Schlage entledigt sich Russland seiner finanziellen Verpflichtungen und schwächt die finanzielle Leistungsfähigkeit des Gegners. Die Folgen eines solchen Schrittes müssen für Deutschland fürchterlich sein, da hier Hunderte von Millionen in „Russen“ angelegt sind, der deutsche Michel an die Ehrlichkeit der russischen Regierung krampfhaft glaubt. Russland will wohl eine Zeit lang die Zinsen seiner Schulden bezahlen, aber schwerlich das Capital.

Hat sich Russland im Innern auf Kosten des Auslandes gehörig eingerichtet, dann kann und wird es seine Eroberungspläne mit Energie aufnehmen, und je zerbrochener und zerwühlter die anderen Staaten Europas dann sind, desto besser für Russland. Man hat in Deutschland den Fürsten Bismarck gedrängt, Russland zu veranlassen, dass es die Grenzen unserem Handel öffne. Ich zweifle, dass er, der sonst den Freihändlern Deutschland Preis gegeben hat, ihnen hier zu Willen gewesen ist. Hätte er es gethan, so würde er eine eben so kühle Zurückweisung erhalten haben, wie damals, als er Russland zur Anerkennung Serrano's gegen Don Carlos bewegen wollte. Wo sein Interesse ins Spiel kommt, da giebt Gortschakoff keiner Pression nach. Das „göttliche Recht“ des Czaren ist aber ebenso ein Principienpunkt, der auch im Auslande, auch im „göttlichen Recht“ des Don Carlos respectirt wird, wie das Eigeninteresse Russlands es in Bezug auf die religiöse Einheit ist, weswegen man den Kampf mit Rom nicht scheut, und wie es die ökonomische Emancipation des Landes vom Westen ist. Niemals wird Russland, es mag seine Freundschaft für Deutschland, die ich für wenig aufrichtig halte, noch so stark betheuern, in diesen drei Punkten irgend welche Rücksicht auf Fürst Bismarcks Ansuchen nehmen.

Russland hat übrigens vortreffliche Staatsmänner. Man kann Gortschakoff den „inneren Bismarck“ Russlands nennen. Leider fehlt uns ein solcher. Klagte doch neulich der „Berliner Börsen-Courier:“

„Wir haben eine reiche Zahl tüchtig geschulter, arbeitsamer und redlicher Büreaukraten, aber es wird, zumal wenn man nur im engen Gewohnheitskreise sucht und die Erhebung eines homo novus scheut, schwer halten, einen Mann zu finden, welcher auf wirthschaftlichem Gebiete auch nur annähernd dasselbe zu leisten vermag, was Fürst Bismarck auf dem der hohen Politik in so glänzender Weise vollbracht. Nicht viel weniger aber dürfte von dem künftigen Reichsverkehrsminister gefordert werden; denn auch die Einsetzung eines selbstständigen schöpferischen Leiters der Reichsfinanzen ist nur eine Frage der Zeit und es läge nahe, beide Posten auf eine Person zu vereinigen. So fände der Reichskanzler seine würdige und nothwendige Ergänzung. Es gilt, den deutschen Colbert zu entdecken und auf seinen Platz zu setzen.“

Bis jetzt ist dieser „Colbert“ leider nicht entdeckt, und ich fürchte, die Ungeschicklichkeit der Staatsmänner aus der Manchesterschule wird einen grossen Theil davon verderben, was des Fürsten auswärtige Politik für Deutschland errungen hat. Die russischen Staatsmänner sind unseren deutschen Ministern, mit Ausnahme des Reichskanzlers natürlich, unendlich überlegen. Sie sorgen für Russlands Interesse und kümmern sich um das Geräusch der Nachbeter englischer abgestandener Weisheit keinen Pfifferling.

Sie haben ferner eine treffliche Polizei im Auslande und wissen sehr gut, wo uns der Schuh drückt. Genau kennen sie auch das Treiben der Socialisten, und das kann ihnen nur zum Vortheil gereichen. Bezeichnend ist es, dass sie Lassalle's Schriften in Russland nicht aufkommen lassen, weil ihnen dessen Idee der Productiv-Association bei Gründung der Industrie nur hinderlich sein kann. Gegen die Schriften der anderen Internationalen ist man weniger hart. Kann doch Marx' Capital in russischer Sprache ruhig erscheinen, denn „Russland hat ja den von der Internationale gepredigten „Agrar-Communismus.“

Am bekanntesten ist derselbe durch Haxthausens „Studien über die inneren Zustände etc. Russlands“ geworden. Freilich ist Haxthausen Irrthum und Uebertreibung nachgesagt, indess halte ich, ausgetragen ist die Sache keineswegs — seine Darstellung immerhin für correct genug.

Werfen wir einen Blick auf die älteren Verhältnisse, wie sie Haxthausen schon 1847 schildert, nnd folgen wir dann Wagner in seiner Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse, wie er sie in „Die Abschaffung des privaten Grundeigenthums“ 1870 darstellt:

„Die russische Gemeinde unterscheidet sich von der mittel- und westeuropäischen sogleich äusserlich dadurch, dass in ihr der Besitz von Grund und Boden nur ein gemeinsamer ist.

Die weiten Landstriche Russlands, sagt Haxthausen, sind stets als ein Gesammteigenthum des ganzen russischen Volkes angesehen worden, an dessen Nutzniessung jedem Einzelnen ein gleiches Recht wie jedem Andern zustehe. Dass diesem Begriff gemäss kein Privateigenthum, kein

Erbrecht, nicht einmal ein lebenslängliches oder jeweiliges Nutzungsrecht an einer bestimmten Quote des Grund und Bodens existire, folgt hieraus von selbst. Dies aus dem ursprünglichen Nomadenleben des Volkes herübergekommene Princip blieb auch nach der allmäligen Ansiedelung durch alle Phasen der russischen Geschichte bestehen.

Die ersten Ansiedelungen geschahen in der Regel familienweise. Starb der Vater, so wählte man sich einen neuen, wo es dann vielleicht den jüngsten treffen kann, der aber dennoch der Alte, der Vater wird, dem man unbedingt gehorchte.

In den auf diese Weise organisirten slavischen Familien hatte nun kein Glied ein abgesondertes Vermögen, alles war vielmehr Gesammtgut. Wer aus dem Gesammteigenthum ausschied, verlor alles Recht an demselben . . . Aber im Laufe der Zeit ward es unmöglich, die Einheit des gemeinsamen Haushaltes festzuhalten; die einzelnen Glieder mit ihren Weibern und Kindern bauten abgesonderte Häuser, jedoch auf dem Gesammtgrund und Boden und mit Beibehaltung der Gesammtheit desselben und der Herrschaft des Familienhaupts. Dies ist die ursprüngliche slavische Dorfgemeinde (Familiengemeinde) unter ihrem Haupte, dem Alten (Starik, Starschi, Starschina, Starost). Auch die Bearbeitung der Felder war anfangs gemeinsam; später blieben nur Wald und Weide unausgeschieden, Ackerland und Wiesen wurden getheilt.

Vereinigten sich Russen zu einer Gemeinde, die nicht durch's Blut mit einander verbunden waren, so wählten sich auch diese in ähnlicher Weise ihren Vater (Starost). Sogar der Grossfürst ist Vater.

Familieneinheit und Gütergemeinschaft sind also der ursprüngliche Charakter des Slaventhums, der aber bei den westslavischen Völkern nicht so rein ausgebildet und streng festgehalten wurde, wie bei den Russen.

Als Grundsatz bei der Landesvertheilung in der russischen Dorfgemeinde gilt nun, dass jede lebende männliche Seele Anspruch auf einen ganz gleichen Antheil an allen Nutzungen des Grund und Bodens hat. Dieser Antheil ist daher dem Princip nach stets wechselnd; denn jeder aus einer Familie der Gemeindegenossen neugeborne Knabe tritt mit einem neuen Recht hinzu, und fordert seinen Antheil; dagegen fällt aber auch der Antheil eines jeden Verstorbenen in die Gemeinde zurück. Die Waldungen und Weiden, Jagd und Fischerei bleiben ungetheilt, und Jeder nimmt mit gleichem Recht an ihren Nutzungen Antheil. Acker und Wiesen werden aber wirklich unter alle männlichen Köpfe nach ihrem Werthe gleichmässig vertheilt.

Diese gleichmässige Vertheilung ist aber natürlich eine sehr schwierige. Die Ackerfeldmark besteht aus guten, aus mittelmässigen, aus schlechten Grundstücken, diese liegen weit oder nahe, für den Einzelnen bequem oder unbequem. Wie ist das auszugleichen? — Die Schwierigkeit ist gross, dennoch überwinden sie die Russen mit Leichtigkeit. In jeder Gemeinde giebt es gewandte Agrimensoren, die traditionell ausgebildet, das Geschäft mit Einsicht und zur Zufriedenheit Aller ausführen. Zuerst wird die Feldmark nach der entfernten und nahen Lage, nach der Güte oder Schlechtigkeit des Bodens oder nach vorhergegangener vollständiger Bonitirung in Wannen abgetheilt, so dass jede Wanne einen einigermassen in jenen Beziehungen homogenen Bestandtheil bildet. Dann wird jede Wanne in so viele Antheile in langen Streifen abgetheilt, als Antheilnehmer in den Gemeinden sind, und sodann unter diese verlooset. Dies ist das Allgemeine; aber in jeder Gegend, oft in einzelnen Gemeinden, haben sich Localgebräuche, Abweichungen und besondere Arten festgestellt. Im Gouvernement Jaroslow z. B. existiren in vielen Gemeinden

eigene fast heilig gehaltene Vermessungsstäbe. Die Länge derselben correspondirt mit der verschiedenen Güte und Qualität des Bodens der Feldmark, so dass z. B. der Vermessungsstab für das beste Land auch der kürzeste ist, der für etwas minder gutes auch etwas länger, und so fort der für ganz schlechtes der längste. Hier sind die sämmtlichen Landstriche daher von ganz verschiedener Grösse, aber eben dadurch in ihrem Werthe ausgeglichen und völlig gleich.

Nun blieb, nachdem die Russen einmal sesshaft zu werden angefangen, nur der eine Theil des Bodens mehr Eigenthum des ganzen Volkes, d. h. Krongut; ein anderer Theil ging in den Privatbesitz des Kaisers und seiner Familie über; ein dritter in das Eigenthum der Angesessenen selbst (z. B. der Kosaken), ein vierter in das Eigenthum des Adels.

Die Kronbauern und die Bauern auf eigenem Grund und Boden sind persönlich frei, doch entrichten die ersteren eine Geldabgabe, den Obrok an den Kaiser. Die Bauern auf dem Boden des Kaisers heissen Apanagebauern. Die Bauern auf dem Boden des Adels sind seit 1649 zu Leibeigenen gemacht worden. Die Leibeigenen sind wieder entweder zu Frohnden oder zum Obrok an den Gutsherrn verpflichtet.

Der Grundsatz der Bodengemeinschaft und Theilung in der Gemeinde gilt aber überall.

Bei der Obrokverfassung erhält, wie gesagt, jeder männliche Kopf gleichen Antheil (der Vater nimmt ihn für den unmündigen Sohn) an Grund und Boden, aber jeder männliche Kopf muss dagegen auch einen gleich hohen Antheil der Abgaben (des Obrok) übernehmen. Bezüglich der Frohnden dagegen findet eine Modification statt.

Die älteste Form der Frohndenwirthschaft ist, dass man einen Theil der Feldmark, meist ¼ oder ⅓ des Ackerbodens, ausscheidet und für gutsherrliches Land erklärt. Die Bauern behalten dann das übrige ¾ oder ⅔ zu ihrer Benutzung und Ernährung und müssen dagegen das gutsherrliche Land vollkommen frei bestellen, das heisst bedüngen, pflügen, eggen, besäen (wozu jedoch die Herrschaft die Saat giebt), einernten, zum Verkauf verfahren, alles auf ihre eigenen Kosten. In dieser rohen Form hat der Gutsherr noch gar kein Wirthschaftsinventar, kein Wirthschaftspersonal, nicht einmal einen Verwalter (der Dorfstarost versieht gewöhnlich dessen Dienst), keinen Gutshof, vielleicht nur eine Scheuer und eine Riege. Die Bauern geben in diesem Verhältnisse keine Abgaben, sondern thuen Frohnden, die durch die nöthigen Arbeiten jenes ⅓ oder ¼ des Bodens bemessen sind. Um Missbräuchen zu steuern, hat das Gouvernement ein für allemal festgesetzt, dass die Frohnden in keinem Falle drei Tage in jeder Woche übersteigen durften.

Allein die Knaben und die ganz Alten arbeiten nicht, tragen also auch nicht die Lasten, das heisst, können nicht die Frohnden thun. Diese können daher auch keinen Anspruch auf den Grund und Boden machen, der den Leuten als Aequivalent für die Frohnden überlassen ist. Es muss daher ein anderes Princip der Landestheilung eintreten. Diese geschieht demnach hier durch Taiglos.

Der Begriff des Wortes Taiglo steht nicht ganz fest, wenigstens lässt sich das Wort nicht ganz übersetzen. Man kann nicht sagen, dass es bloss ein Ehepaar, aber auch nicht, dass es eine Familie bedeutet; der Begriff steht in der Mitte. Zum Beispiel, ein Bauer hat einen unvermögenden Vater, einen erwachsenen Sohn und mehrere unmündige Kinder, so bildet das Ganze nur einen Taiglo, braucht nur eine einfache Frohnde zu leisten und erhält nur eine Landportion. Nun heirathet aber sein Sohn, bleibt jedoch beim Vater in dessen Hause und Wirthschaft sitzen,

dennoch bildet die Familie nunmehr zwei Taiglos, muss eine doppelte Frohnde übernehmen, erhält aber auch zwei Landportionen. Die Verheirathung gehört demnach stets zum Beginn der Bildung eines Taiglo und zur Heirath drängen daher die drei verschiedenen Parteien, die dabei concurriren, nach ihren verschiedenen, oft verwickelten oder complicirten Interessen. Der Gutsherr hat in der Regel ein vorherrschendes Interesse, so viel Taiglos zu haben als möglich. Aber auch die Gemeinde kann Interesse für die Bildung eines Taiglos haben. Hat sie hinreichenden Grund und Boden, etwa mehr, als die bisherigen Gemeindeglieder mit eigenen Kräften und mit Vortheil zu bebauen vermögen, so ist jeder Zuwachs an Arbeitskräften, also an Taiglos, ein baarer Gewinn für die Uebrigen, deren Frohnden dadurch vermindert werden. Endlich haben die Familienväter selbst meist das grösste Interesse, dass ihre Söhne heirathen und neue Taiglos bilden. Es ist nämlich russische Sitte, dass so lange der Vater, das Familienhaupt, lebt, die verheiratheten Söhne im väterlichen Hause keine besonderen Familien, keinen abgesonderten Haushalt bilden. Jede Heirath ist daher der grösste Gewinn des Familienhaupts; er gewinnt dadurch einen neuen Landantheil, und wenn er auch eine Frohnde mehr übernehmen muss, so wird dies völlig dadurch ersetzt, dass er in der Schwiegertochter noch eine Arbeiterin mehr erhält. Der Einzug einer Schwiegertochter ist daher, und wäre sie auch arm und hätte nichts als ihre gesunden Arme, stets ein willkommener Segen für die Familie.

Diese Verhältnisse nun bilden die Grundlage der russischen Gemeindeverfassung, einer der merkwürdigsten und interessantesten politischen Institutionen, die es giebt. Sie bietet unleugbar für die inneren socialen Zustände des Landes unermessliche Vortheile. In den russischen Gemeinden ist ein organischer Zusammenhang, es liegt in ihnen eine so compacte sociale Kraft, wie nirgendwo. Sie gewähren in Russland den unermesslichen Vortheil, dass dort bis jetzt kein Proletariat ist und sich auch nicht bilden kann, so lange die Gemeindeverfassung besteht. Es kann jemand arm werden, er kann persönlich alles verschwenden, das schadet seinen Kindern nichts, die behalten oder erhalten deshalb doch ihren Gemeindeantheil und erben die Armuth nicht.

Im Anschluss an diese thatsächlichen Mittheilungen giebt Haxthausen eine interessante Gegeneinanderstellung.

In Bezug auf den Besitz des Grund und Bodens sehen wir gegenwärtig in Europa drei Principe neben einander bestehen. Sie sind in drei Ländern scharf ausgesprochen, in den übrigen Ländern existiren sie mit Modificationen und Verschmelzungen.

In England herrscht das Princip: Der Boden muss so wenig getheilt sein als möglich, und dem Ackerbau dürfen sich nur so viele Hände widmen, als unumgänglich nöthig sind; nur dann wird man ihn mit Kraft fördern und in Blüthe erhalten. Das ganze Land ist daher durch grosse (wenn auch nicht übergrosse) Gutswirthschaften angebaut. — Diese haben das Gute, dass sie allen dabei beschäftigten Händen das ganze Jahr hindurch Arbeit gewähren. Es geht kein Arbeitscapital von Menschenkräften verloren. Nur auf grösseren Gutswirthschaften können füglich und mit Vortheil Meliorationen mit Kraft und nachhaltig angelegt und erhalten werden.

Die Folge dieses Systems ist, dass verhältnissmässig nirgends eine so hohe Cultur herrscht, der Ackerbau so blühet, als in England. Nirgends ist ein verhältnissmässig so starker Viehstand, wird also so viel Dünger producirt und können die Felder zu so hoher Cultur hinaufge-

schraubt werden, als hier. Kaum ein Drittel der Bevölkerung Englands beschäftigt sich mit Landwirthschaft. Aber nicht der zehnte Theil der Bevölkerung in England hat irgend einen Grundbesitz oder auch nur ein Haus. Die Gefahren, welche diese Verhältnisse dem socialen Zustande Englands drohen, wird Niemand verkennen.

Das zweite Princip wird von Frankreich repräsentirt. Es stellt als Grundsatz auf: Der Ackerbau ist ein freies Gewerbe, aller Grund und Boden muss daher theilbar sein, Jedermann muss ihn frei erwerben können; mit andern Worten: Der Grund und Boden muss eine Waare sein, er muss wie Scheidemünze von Hand zu Hand gehen. — Das Land ist in Folge dessen in unzählige kleine Besitzungen zerschlagen. Wenn man in England etwa 400000 Besitzungen (zu viel!) rechnen könnte, so müssten nach dem Verhältnisse der geographischen Ausdehnung in Frankreich etwa 1400000 sein; es gab deren aber 1831 daselbst nicht weniger als 10404121, also 26mal mehr! Ueber zwei Drittel der Bevölkerung beschäftigt sich mit dem Ackerbaue.

Der zu geringfügige Ackerbau beschäftigt die Menschen, wenn sie keine Nebengewerbe finden, das Jahr hindurch keineswegs hinreichend. Es ist dann ein grosser Verlust an Arbeitskräften vorhanden. Der zu kleine Ackerbau gewährt auch zu wenig Kräfte und Vermögen, um bedeutende und dauernde Meliorationen hervorzurufen, Gartencultur kann blühen, der Ackerbau nicht; es fehlt an Vieh, folglich an Dünger, der Grundlage jedes Fortschritts. Darum sagt auch Arthur Young ganz richtig: In Frankreich bebaut man den guten Boden vortrefflich, den mittelmässigen selten, den schlechten gar nicht. Vergleicht man nun Frankreich mit England, so kann es sich, trotzdem dass es durchschnittlich besseren Boden hat, in Bezug auf Ackerbau und Cultur durchaus nicht mit diesem Lande messen. Wenn in England fast die Hälfte des cultivirten Bodens dem Unterhalte des Viehs anheimfällt, ist dies in Frankreich kaum mit dem zehnten Theile der Fall. Welche intensiven Kräfte diese Zahl und Masse des Viehs der Cultur des Bodens gewährt, ist einleuchtend. Die ganze Consumption aller Nahrungsmittel besteht daher auch in England zur Hälfte aus Fleisch, in Frankreich nur zu einem Viertel. Nach dem Ministerialrapport von 1812 konnte man auf die Landbewohner in Frankreich per Kopf kaum 19 Pfund Fleisch für das Jahr rechnen, in England aber rechnet man nicht weniger als 220 Pfund.

England ist in Bezug auf Ackerbau und Landcultur viel blühender als Frankreich; allein Frankreich hat weit weniger Proletarier. Die Proletarier sind jedoch in Frankreich bei weitem energischer und gefährlicher, als in England. In England ist eine strenge Schranke zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden; die Letzteren haben, so lange noch ein gesetzlicher Zustand besteht, keinen Anspruch und keine Hoffnung, einen Besitz zu erwerben. In solchem Falle beruhigen sich die meisten Menschen leicht; nach Unerreichbarem strebt man selten. In Frankreich ist die Bahn, einen Besitz zu erlangen, völlig offen und frei; er ist der Preis von Anstrengung, Kühnheit, Glück. Darum drängt sich ein jeder dazu, und es ist ein beständiges Schwanken aller Verhältnisse sichtbar. In England steht Armuth und Reichthum ziemlich ruhig, wenn auch drohend, neben einander; in Frankreich stehen sie im offenen Kriege einander gegenüber.

Deutschland steht in der Mitte zwischen England und Frankreich. Es hat weder das System der völligen starren Gebundenheit und Untheilbarkeit des Grundbesitzes Englands, noch der losen Ungebundenheit und völligen Theilbarkeit alles Grund und Bodens Frankreichs. Die grösseren

Güter sind hier meist untheilbar, theils gesetzlich, theils nach Gewohnheit. Bei dem kleineren Grundbesitz ist es nach den Gegenden verschieden.

Das dritte Princip wird von Russland repräsentirt. Frankreich stellt das Princip der Theilbarkeit des Bodens auf. Russland geht viel weiter, es theilt ihn beständig. Frankreich stellt das Princip der freien Concurrenz auf, es will allen Grund und Boden als Waare angesehen wissen, die Jeder für Geld etc. erwerben kann; Russland räumt jedem seiner Kinder das Recht ein, Theil an den Nutzungen des Grund und Bodens zu nehmen, und zwar in jeder Gemeinde ganz gleichen. In Frankreich ist der Grund und Boden reines Privateigenthum des Einzelnen; in Russland ist er Eigenthum des Volkes und seines Mikrokosmus, der Gemeinde; der Einzelne hat nur ein Recht auf die jeweiligen Nutzungen gleich jedem Andern. Dass bei diesem System nicht eine so hohe Stufe der Cultur des Grund und Bodens zu erreichen ist, wie in England oder selbst in Deutschland, ist einzuräumen; aber die Stufe, die Frankreich dagegen erreicht hat, kann es unserer Meinung nach erreichen, wenn einige andere Bedingungen der socialen Verhältnisse erfüllt und gewisse Hindernisse aus dem Wege geräumt würden.

Soweit Haxthausen 1847.

Sehen wir nun, wie Professor A. Wagner in seinem oben citirten Werke den Zustand **nach** der Bauernemancipation im Jahre 1870 schilderte, und wie dieser gewissenhafte Forscher, obschon ihm das nöthige Material bezüglich Bakunin's fehlte, doch schon die Gefahr des Zusammenfliessens des russischen Regierungsprogrammes mit dem der Internationale, gewissermassen instinctmässig ahnte. Wagner sagt von der **heutigen** russischen Dorfgemeinde:

„Sie beruht im Wesentlichen auf einem socialistischen Princip, wie es auch den Plänen des Baseler Arbeitercongresses zu Grunde liegt, wenngleich die praktische Durchführung eine verschiedene ist. — Der russische Bauer, sowohl der jetzt befreite als der früher leibeigene, welcher auf Krongut oder adeligem Herrengut (in einigen Fällen auf alter eigener Gemarkung) dörflich angesiedelt ist, hat heute noch so wenig als vor dem Emancipationsgesetz von 1861 ein Privateigenthum an dem speciell landwirthschaftlichen Boden, den er bebaut oder benutzt, sondern nur ein auf Zeit gegebenes Nutzungsrecht. Das Eigenthum am Boden, beziehungsweise das immerwährende Nutzungsrecht, steht vielmehr der Dorfgemeinde als solcher zu. Diese vertheilt das Land periodisch neu und unentgeltlich zu gleichen Antheilen an alle ihre Angehörigen zu zeitweiser Benutzung. Unentgeltlich erhält daher auch die neu gegründete Familie ihren Bodenantheil. Ebenso zieht die Gemeinde aber auch das Land wieder ohne Entschädigung ein, wenn sich eine Familie durch Tod auflöst, auswandert u. s. w. Nach Ablauf der Theilungsperiode wird alles Land von Neuem vereinigt und nach der Zahl der jetzt vorhandenen Haushaltungen und im Allgemeinen ganz ohne Rücksicht auf die bisherigen Besitzverhältnisse neu vertheilt. Zu diesen Bewirthschaftungsprincipien tritt dann noch das Rechtsprincip der solidarischen Haftung der Gemeinde für die privat- und staatsrechtlichen Lasten, welche auf dem einzelnen Bauern und seinem Landloose ruhen (Grundabgaben, Frohnden, Obrok, Kopfsteuer u. s. w.). Dies die allgemeinen durchgreifenden Principien der russischen bäuerlichen Agrar- und Dorfgemeinde-Verfassung.

Die Emancipationsgesetzgebung von 1861 und den folgenden Jahren

hat den Gemeindebesitz bestehen lassen und an den periodischen Bodenvertheilungen, den Nutzniessungsverhältnissen des einzelnen Bauers u. s. w. nichts geändert. Es war dies beantragt worden, indem manche Stimmen mit vollem Rechte den Zusammenhang zwischen der Leibeigenschaft und dem Gemeindebesitz hervorhoben und letzteren sammt den Vertheilungen nach Aufhebung der Leibeigenschaft für unhaltbar erklärten. Eine nunmehr neunjährige Erfahrung hat die Richtigkeit dieser Ansicht erwiesen. (Ich theile diese Ansicht nicht. R. M.) Aber Dank slavophilischer Schwärmerei und Haxthausen'schem Pseudoconservatismus hat die gegentheilige Ansicht gesiegt. Das Gesetz hat daher die Beseitigung des Gemeindebesitzes und den definitiven Uebergang der Ländereien in das Privateigenthum, bez. in den immerwährenden und erblichen Besitz der Bauern einer Dorfgemeinde nur gestattet, nicht geboten. Da jedoch zu einer solchen Massregel eine Majorität von zwei Dritteln der stimmberechtigten Gemeindegenossen nothwendig ist und die grosse Masse der faulen, liederlichen, trunksüchtigen und mit Abgaben im Rückstande befindlichen Bauern begreiflich genug an dem Gemeindebesitz und der Solidarhaft, diesen beiden „Prämien für Faulheit und Unordnung," Gefallen findet, so versteht man leicht, dass auch nach 1861 die Einführung des Privateigenthums oder dauernden Privatnutzungsrechts am Boden fast noch nirgends erfolgt ist. Nur kann aus dieser Thatsache wahrlich kein Beweisgrund für die jetzige Einrichtung hergenommen werden.

Abgesehen von manchfachen localen Verschiedenheiten besteht im Wesentlichen folgender Zustand heutzutage in Grossrussland. Wald, Weide, Fischfang, Jagd bleiben ungetheilt in gemeinsamer Benutzung. Haus und Garten — Hofstatt — sind im dauernden Besitz des Einzelnen, müssen aber beim Wegzug, der von der Erlaubniss der Gemeinde und der vorausgehenden Erfüllung gewisser Verpflichtungen abhängt, an ein Gemeindeglied veräussert werden. Am Erlös dafür, sowie am beweglichen Vermögen besteht ein eigentliches Privateigenthum. Periodischer Theilung unterworfen sind Aemter und Wiesen. . . . Der Massstab der Theilung ist nicht überall der gleiche . . . Mitunter, so bei den Kronbauern auf den Staatsdomänen, wird nach der Kopfzahl, d. h. nach der Zahl der männlichen Revisionsseelen, sonst in der Regel nach dem sogenannten „Taiglo," was man etwa mit „selbstständiger Familienhaushaltung" wiedergeben kann, getheilt . . . Bei den Privatbauern scheint es jetzt Regel zu sein, dass Verheirathung und Gründung eines eigenen Hausstandes Anrecht auf eines der gleichen Landloose der Gemeinde oder umgekehrt auch die Verpflichtung begründet, einen solchen Landantheil mit den darauf haftenden Lasten zu übernehmen, — und wenigstens im Norden läuft die Sache charakteristisch genug oftmals auf diese Verpflichtung hinaus. In der Emancipationsgesetzgebung wird bei der Auseinandersetzung zwischen den Bauern und den Grundherrn, deren Boden die ersteren inne haben, und bei der gesetzlichen Dotation der Dorfgemeinden mit Land zur immerwährenden Nutzniessung stets nach „Seelen" gerechnet, doch hindert dies nicht, dass bei der Vertheilung des Lands an die einzelnen Bauern nach wie vor der Taiglo den Repartitionsmassstab bildet." . . .

Die Grösse der auf den Einzelnen kommenden Parcellen ist verschieden. Nach dem „H. C." vom 29. August 1874 erhielten die ehemaligen Privatbauern durchschnittlich über 16 pCt. Morgen, die Kronbauern in Wolhynien 10½, Poltawa 19, Wologda 51, Orenburg 69 und Livland gar 100 pCt. Morgen. Man biete ein-

mal jedem preussischen Tagelöhner 16 Morgen vom Gutsacker an — ob er wohl dafür bei Austreibung des Gutsherrn hilft?

„Auch die Periode der Theilung ist örtlich verschieden nach dem Herkommen, wenn auch das Gesetz mindestens bei jeder Revision eine neue Vertheilung bestimmt im Sinne zu haben scheint. Diese Revisionen sind nicht ganz regelmässig, seit 1719—21 bis heute fanden zehn statt, die letzte 1857. Eine jährliche Vertheilung, ausser bei den Heuschlägen, scheint kaum vorzukommen. Die Aecker werden öfters alle 6, vielfach alle 9 Jahre, mitunter erst in 12—15 Jahren und bei den Kronsbauern in der That nach jeder Revision neu getheilt. Je länger die Periode, desto mehr Annäherung des Nutzniessungsverhältnisses wenigstens an ein Pachtverhältniss. Mitunter, doch nach wie vor 1861 nur selten, besteht keine Umtheilung mehr. Die Länge der Periode hängt bei dem gleichen Antheilsrecht der Gemeindegenossen und der Bemessung der meisten Abgaben, Steuern und Prästanden nach der Seelenzahl in der Gemeinde, sowie bei der Voraussetzung der russischen Steuergesetzgebung, dass der steuerpflichtige Einzelne behufs seiner Steuerfähigkeit mit Land von seiner solidarisch für ihn haftenden Gemeinde ausgestattet werde, wohl mit ab von dem Vorhandensein und der Grösse des noch nicht vertheilten Gemeindelandes. Solches wird zur Ausstattung neuer Ackerloose öfters, wo Grund und Boden noch reichlich vorhanden, in Reserve behalten. Wo es fehlt, oder klein, schlecht, abgelegen ist, wenig alte Antheile erledigt werden und viele neue Haushaltungen hinzutreten, da wird öftere und frühere Erneuerung der Untertheilung nothwendig. Bei der Theilung wird auf Gleichheit der Theile nicht nur nach Bodengüte, sondern besonders auch nach der Lage das meiste Gewicht gelegt . . . Jetzt werden nach Lage oder Entfernung drei Zonen um das Dorf herum gebildet und diese in drei Theile zerlegt. Innerhalb dieser Gewanne oder Kampe wird das Land in lange schmale Streifen zertheilt, die meist bei 21—42 Fuss Breite, 700—3500 Fuss Länge haben. Diese Streifen werden nach der Zahl der Landloose unter die Gemeindegenossen verloost . . . Diese Gemengelage bedingt dann wieder einen Flurzwang . . . Theils dieser Flurzwang, theils die Solidarhaft der Gemeinde für die auf dem Lande und auf dem Bauer lastenden Verpflichtungen und Abgaben machen eine weitgehende Abhängigkeit des Individuums von der Gemeinde nothwendig . . . Zu diesem Behufe ist schon früher und auch jetzt noch nach der Emancipation der Gemeinde, bez. der Gemeindeversammlung eine umfassende Aufsichts- und Strafgewalt gegeben . . . Der russische Bauer ist nicht mehr der Leibeigene eines adeligen Grundherrn, aber er ist Dank dem Gemeindeeigenthum am Boden und der solidarischen Haftung der Gemeinde Sclave der Gemeinde geworden. (Dies ist natürlich bei Jedem communistisch organisirten Gemeinwesen immer der Fall) . . . Die Gemeindeversammlung bestimmt den Termin für die Frühjahrsbestellung und für alle weiteren Feldarbeiten bis zur Ernte. Der Gemeindeälteste überwacht die angeordnete Ausführung, Abweichungen werden bestraft. Gegen unordentliche Wirthe, welche mit den Zahlungen im Rückstande bleiben, hat die Gemeinde ein hartes und dennoch meist unwirksames Strafrecht. Sie konnte sie früher mit Schlägen, jetzt mit Zwangsarbeit bestrafen, schliesslich sie aus der Gemeinde ausweisen, in die Arrestantencompagnieen des Heeres stecken, ja nach Sibirien verschicken lassen. Die Freizügigkeit der Bauern ist um der Solidarhaft willen höchst beschränkt, von der Gemeinde hängt die Ertheilung und die Zeitdauer der Pässe ab, welche für alle örtliche Bewegung der ländlichen Bevölkerung ausserhalb des Domicils vorgeschrieben sind . . . Die Ausübung der Zwangsgewalt der

Gemeinde steht der Gemeindeversammlung zu. Auf letztere oder genauer gesagt auf die jedesmalige Stimmenmajorität in ihr ist die Gewalt, die früher der Gutsbesitzer über die Leibeignen übte, direct übergegangen. Man kann sich das socialdemokratische Ideal gar nicht schöner verwirklicht denken."

Wagner ist ein entschiedener Gegner dieses Agrarcommunismus und zählt seine Nachtheile auf; namentlich, meint er, leide die Productivität. Von Haxthausen sprechend, fährt er fort:

„Er wie die übrigen Anhänger, besonders auch diejenigen der Herzen'schen Richtung, wenden ein, dass es gar nicht allein auf die Productivität des landwirthschaftlichen Betriebs, sondern vor Allem auf die Lage ankomme, in welcher sich die beim Landbau betheiligten Personen befinden. Immerhin möge die Verbesserung des Ackerbaues beim „occidentalischen System des Grundeigenthums" bedeutender sein, aber die Mehrheit der Bevölkerung hungere dabei und nur Wenige bereicherten sich auf deren Kosten. Mit diesem Einwande wird zugleich der Hauptvortheil aufgestellt, welchen die Anhänger des russischen Systems letzterem, wie wir alsbald sehen werden, nachrühmen. Ausserdem enthält dieser Punkt nur die Anwendung der bekannten Formel, in welche das ökonomische System von Marx-Lassalle alle Vorwürfe gegen das herrschende capitalistische Productionssystem zusammengefasst hat, auf den speciellen Fall der Agrarproduction: dass stets nur die Vermehrung der Production erstrebt werde, unbekümmert um die Frage der Vertheilung des Productionsertrags, also darum, wem denn jene Vermehrung zu Gute komme —, nach der socialdemokratischen Behauptung fast ausschliesslich den „herrschenden Klassen" der Unternehmer, (grossen) Grundeigenthümer und Capitalisten. . . .

Die Vortheile, welche die Anhänger des russischen Landsystems hervorheben, hat Schédo-Ferroti in folgenden fünf Punkten zusammengefasst. Einmal mache das System, indem es jedem erwachsenen Arbeiter seinen Antheil am Gemeindeland sichere, für immer das Proletariat in Russland unmöglich; sodann schütze es die Kinder vor den Folgen des Unglücks oder der Liederlichkeit und Untüchtigkeit ihrer Eltern; drittens begünstige es die Volksvermehrung, indem es die Niederlassung erleichtere; viertens schaffe es in den Landgemeinden ein auch politisch so wichtiges und heilsames conservatives Element in der grossen Zahl der Grundbesitzer; fünftens endlich schütze es durch das „unveräusserliche Erbgut des Volks," das Gemeindeland, für immer die arbeitende Klasse vor dem Druck durch das Capital, also das ganze Reich vor dem schlimmsten und gefährlichsten Uebelstand des europäischen Westens, vor dem schreienden Gegensatz und dem nahen Klassenkampf zwischen Arbeitern und Capitalisten. Man erkennt leicht, dass diese fünf Punkte nicht streng coordinirte Sätze enthalten, der erste und fünfte grossentheils zusammenfallen und die drei andern blosse Folgerungen aus jenen Sätzen sind. Man hat es im Grunde also doch nur mit dem einen Hauptargument zu Gunsten des Gemeindebesitzes am Boden zu thun, welches v. Haxthausen zuerst so scharf formulirte, bei jeder Gelegenheit wiederholte und worin alle russischen Anhänger des Systems ihm nachbeteten: die Sicherung vor Proletariat, wie die Conservativen, die Beseitigung des Gegensatzes zwischen Capital, Grundeigenthum einer-, Arbeit andererseits, wie die Volkswirthe, die Zutheilung des ganzen Productionsertrags an die Arbeiter, wie die Socialdemokraten das Problem, das doch nur ein einziges ist, ausdrücken."

Wagner kritisirt diese angeblichen Vortheile und meint, es bliebe

nur übrig: „die dauernde Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft vor Proletariat. In immer neuen Wendungen wird dieser eine Gedanke von allen Anhängern des russischen Systems wiederholt. Je nach seinem politischen, socialen, volkswirthschaftlichen und selbst religiösen Standpunkt sucht jeder Freund des russischen Landsystems jenem Gedanken neue Seiten abzugewinnen, und segensreiche Folgen aus der Verwirklichung des Princips abzuleiten. Auch die gemässigten, vernünftigen Anhänger, welche im Uebrigen auf dem realen Boden der neueren Volkswirthschaft stehen, die slavophilischen und socialdemokratischen Hoffnungen und Pläne als Illusionen und Utopien verurtheilen und die völlige Beseitigung des Proletariats und die Grundbesitzlichkeit der ganzen Landbevölkerung auch durch das russische Agrar- und Gemeindeprincip nicht für ermöglicht betrachten. Männer wie Kawelin und selbst Schédo-Ferroti glauben immerhin in der nur passend zu reformirenden russischen Institution das relativ beste Hülfsmittel gegen viele Schäden moderner volkswirthschaftlicher Zustände gefunden zu haben. Auch diesen Männern schwebt beim westeuropäischen System des privaten Grundeigenthums immer die Gefahr jenes „Enteignungs- und Enterbungsprozesses“ der kleinen Grundeigenthümer vor, welchen die Socialdemokraten als die absolut nothwendige Folge des „herrschenden ökonomischen Systems“ mit so düstern Farben zu schildern wissen. Die einseitige Deutung doch immer sehr alleinstehender und durch besondere Umstände sich erklärender Agrarverhältnisse wie der englischen kommt auch bei diesen gemässigten Anhängern des russischen Landsystems zur Geltung. Es wirkt zu der Auffassung aber auch die in Russland seit lange verbreitete und zur Zeit des Kaisers Nicolaus auch unter den Hochtories des Westens beliebte Ueberschätzung (??) des westeuropäischen socialen Krankheitsstoffs mit und damit verbunden die vollends unbegreifliche Ansicht, welche den Slaven von heute gegenüber dem Occident die weltgeschichtliche Rolle der Germanen des Tacitus gegenüber dem alten Rom zuschreibt. Man denke an das heute schon nur noch mythisch klingende Wort Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1848: jetzt beginnt die slavische Weltepoche! Glaubt daran wohl heute noch ein ehrlicher Russe, — geschweige ein Deutscher nach 1866? (Scheint mir gar nicht so absurd, sogar nach — 1871.) Auch v. Haxthausen's Standpunkt wird erst erklärlich, wenn man sich diesen traurigen politischen Geist der höheren Klassen Deutschlands während der doch wahrlich sehr vergänglichen nicolaitischen Epoche vergegenwärtigt. Immerhin aber ist die Hinneigung der Conservativen zum russischen Landsystem in jeder Hinsicht unendlich besonnener und anerkennenswerther als diejenige der wüsten Socialdemokratie und kann daher auch bei den Gegnern auf eine gewisse Sympathie rechnen.“

Ich muss nun leider gestehen, dass ich weit entfernt bin von Wagners optimistischer Auffassung.

Russland hat bei seiner Bauernemancipation gerade den umgekehrten Weg eingeschlagen wie Preussen, das den Bauer zum freien Privatbesitzer machte. Zunächst hat das bei uns seine guten Folgen gehabt. Aber immer mehr strebte man danach, das Eigenthum absolut zu machen und so kamen die Separationen, die Ablösungen, die Abschaffungen von Wald- und Weidegerechtigkeit. Früher hatte jeder im Dorfe Lebende doch an diesen der Gemeinde, oft freilich auch nur den Hofbesitzern zustehenden Rechten einen Antheil. So galt und gilt noch Holzdiebstahl kaum als Diebstahl, weil die Idee noch im Volke lebt, der Wald gehöre

der Gemeinde. Jeder Dörfler hatte so doch noch etwas Antheil am Grund und Boden. Jetzt nur noch der wirkliche Grundbesitzer. Kommt nun das gleiche Erbrecht, so hat Rodbertus nachgewiesen, dass ein Verschuldungszwang existirt, der die Grundbesitzer mit Schulden allmählich aber sicher, naturgesetzlich überlastet und so Fröhnder des Capitals aus ihnen macht. Schliesslich schafft dies System Proletarier auf dem Lande ohne jeden Besitz oder Besitzantheil resp. Nutzniessung an Wald und Flur und — verschuldete Grundbesitzer. Endlich ist sehr, namentlich von meinen speciellen conservativen Freunden und mir, beklagt worden, dass bei uns der Zusammenhang zwischen Wehrpflicht uud Grundbesitz ganz aufgehoben ist. Gand anders in Russland. Jeder Dörfler, der dient, ist ja auch, sowie er nach Hause zurückkehrt und sich verheirathet, Grundbesitzer. Er hat also einen eigenen Herd zu vertheidigen. Es ist hervorzuheben, dass die Regierung für verabschiedete Soldaten in dieser Weise ganz besonders väterlich sorgt. Noch im Jahre 1873 ist an solche, die irgendwie in ihrem Dorfe leer ausgegangen waren, eine Fläche von fast 800000 Morgen Domänenlandes angewiesen worden. Wenn solche landbesitzenden Soldaten gegen unsere Soldaten, die, wenn sie „des Königs Rock“ ausziehen — meist Proletarier sind oder doch in nicht allzuviel Jahren sein werden, geht die Manchesterwirthschaft so weiter, in den Kampf ziehen — da graut mir vor den Folgen für das theure Vaterland!

Leider muss ich ferner gestehen, dass conservative Grundbesitzer keine Ahnung davon haben, dass sie zwischen Capitalisten und Arbeitern stehend, nothwendig aufgerieben werden müssen, wenn nicht der wirthschaftliche Friede wieder hergestellt wird. Sie nehmen vielmehr in kurzsichtigster Art Partei, indem sie sich lediglich als Arbeitgeber fühlen, und suchen die Arbeiter in immer grössere Abhängigkeit zu bringen. Doppelt unklug. Einmal verhüten sie dadurch gar nicht, dass sie selbst von Jahr zu Jahr, durch den Verschuldungszwang, mehr in die Abhängigkeit vom Grosscapital gerathen, es sei denn, sie wären selbst Grosscapitalisten. Sie lassen sich durch die unter ihren Augen geschehenden Vorgänge nicht belehren. Sehen sie denn nicht, dass sie eine Klasse sind, die, durch Auskauf nach tiefer Verschuldung, von den Geldjuden, beschnittenen und unbeschnittenen, auf ganz gesetzmässigem Wege expropriirt werden? Ist nicht Strousberg aus einem Schnorrer in wenig Jahren zu einem der grössesten Grundbesitzer Preussens geworden? Und Herr von Hansemann, dessen Vater mit dem rothbaumwollenen Regenschirm unter dem Arm ins Palais zu Friedrich Wilhelm IV. ging, — haben sie nicht dessen „Schloss am Meer“ gesehen, das er auf dem alten Feudalsitz Lanken auf Rügen baut, ein Schloss, wie es kein „König von Thule“ hatte. Ja, Schwantewitz, der alte Heidengott der Wenden, er wohnte auf seiner Burg Arcona wie ein Waisenknabe gegen den Gründerfürsten Hansemann. Vielleicht lässt Herr Hansemann dort dem Gott „Mammon“ oder der „Discontogesellschaft“

eine Statue aus purem Golde setzen — er hat's ja dazu, wenn auch nicht die Actionäre seiner Gründungen — Dortmunder Union und ähnliche interessante Gesellschaften — dann könnte er sich den vierköpfigen Schwantewitz zum Muster nehmen und geben ihr die Köpfe von Hansemann, Miquél, Samuelson und Hecker. Alsdann kann die Wallfahrt der Geldjuden zum „weissen Schloss am Meer" beginnen und der Tanz um den güldenen modernen Schwantewitz. Wo aber ist der Nachkomme des früheren Besitzers von Lanken? Da, wo die Nachkommen der meisten heutigen Grundaristokraten sein werden in 20—40 Jahren, wenn sie sich nicht, v. Schweitzer's Rath folgend, aus Aristokraten in Spekulanten selbst verwandelt haben, was, wie das Schicksal solch kühner Speculanten, Ujest, Ratibor, Fürst Putbus u. A. zeigt — auch seine Schattenseiten hat.

Also einmal sehen diese Conservativen nicht, dass sie, indem sie im Uebrigen das heutige Wirthschaftssystem gewähren lassen, durchaus auf dem Aussterbeetat stehen.

Zweitens nehmen sie bedauerlicher Weise keinen Anstand, die Freiheit ihrer Arbeiter und ihre, jetzt etwas bessere Stellung zu beschränken. Aber dies hat seine grossen Gefahren. Die Putsche der Ostpreussen gegen die „Kluseneinrichtung" hat bewiesen, dass das Landvolk leicht zur Gewaltthat aufzureizen ist und sich dann in erster Linie gegen die Gutsbesitzer wendet. Haben sie vergessen, dass 1848 in Mecklenburg Arbeiter ihren Herrn sich auf zerbrochenen Weinflaschen zu Tode tanzen liessen? Leben nicht noch Hochfeudale unter ihnen, die aus blasser Furcht 1848 ihren Leuten schmeichelten und sogar den Adel abschaffen wollten? Und glauben sie denn nicht, dass die sociale Revolution, der wir, auf dem jetzt beliebten Wege schnell entgegen gehen, viel fürchterlicher und allgemeiner über sie herein brechen wird, als die von 1848? Sie aber bereiten die sociale Revolution vor, das sage ich ihnen auf den Kopf zu und will es sofort beweisen.

Der „Hamburger Correspondent" vom 23. August 1874 bringt folgende Correspondenz aus Mecklenburg:

„In der diesjährigen Hauptversammlung des patriotischen Vereins wurde ein von mehreren Mitgliedern gestellter Antrag, dass der Verein sich mit ähnlichen Beschlüssen gegen die Arbeitnehmer verbinden möge, wie es in jüngster Zeit von Seiten der Landwirthe auf Rügen und in Vorpommern geschehen, auf eindringliches Abrathen verschiedener Glieder der Familie Pogge abgelehnt. In der Tessin-Gnoyener Gegend ist aber eine derartige Verbindung jetzt doch geschlossen und fordert deren Vorstand zu weiteren Beitrittserklärungen auf. Beitretende sollen sich auf Ehre und Gewissen verpflichten, nachstehende Beschlüsse vom 24. October d. J. ab an mit allen Kräften auszuführen und aufrecht zu erhalten.

1) Wir wollen keine unverheiratheten jungen Männer vor vollendetem vierundzwanzigsten Lebensjahre als Tagelöhner oder Accordarbeiter in Arbeit nehmen, mit Ausnahme a. der zum Militär angesetzten, aber noch nicht eingezogenen Rekruten, b. der ausser der Vermiethungszeit entlassenen Soldaten, c. der Söhne von Wittwen oder alten Eltern, die unter dem Arbeitgeber wohnen, d. derer, die nach amtlicher Bescheinigung der

Ortsbehörde oder Armenpfleger die Ernährer ihrer Familien sind. 2) Wir wollen keine Mädchen nach vollendetem vierzehnten Lebensjahr in Arbeit nehmen, mit Ausnahme während der Kartoffelernte. 3) Wir wollen Dienstbücher einzuführen versuchen, um nicht nur das Alter der jungen Leute constatiren zu können, sondern auch um mit Treue und Gewissenhaftigkeit in Rücksicht auf das gegenseitige Wohl und Wehe die Dienstzeugnisse auszustellen, und übernehmen es, die Dienstbücher selbst zu liefern.

Wie ich höre, sind dieser Vereinigung bereits an sechshundert Landwirthe beigetreten. Der Zweck dürfte jedoch verfehlt werden, zunächst weil viele Landwirthe entschlossen sind, nicht beizutreten, und weil andern Theils derartige Vereinigungen nur so lange allgemein gehalten zu werden pflegen, als das ohne sonderliche Unbequemlichkeit geschehen kann. Tritt einmal schreiendes Bedürfniss nach Händen ein, namentlich durch schlechtes Erntewetter, so werden bald viele Contrahenten sich über die Vergewisserung, ob der zu habende Arbeiter denn auch vierundzwanzig Jahre alt ist, hinwegsetzen. Wenn übrigens in den Motiven für die publicirten Beschlüsse zu deren besserer Empfehlung gesagt wird, dass die Moralität der jungen Arbeitnehmer durch den frühzeitigen freien Tagelohn nothwendig sinke, so ist das eine Redensart, welche man hätte sparen können, da andererseits das Statut deutlich nachweist, dass es nur den Interessen der Arbeitgeber dienen soll. Knechtsarbeit ist billiger als Tagelöhnerarbeit. Der lediglose freie Arbeiter verdient beträchtlich mehr als der Knecht, weshalb man denn auch denjenigen, welche nach Bescheinigung ihrer Ortsbehörde oder der Armenpfleger die Ernährer ihrer Familien sind und demnach die von den Arbeitgebern aufzubringenden Armenkosten verringern, den freien Tagelohn vor dem vierundzwanzigsten Lebensjahre gestatten will.“

Ganz ähnlichen Pact haben die Arbeitgeber in drei vorpommerschen Kreisen geschlossen, namentlich rühmte man sich dessen auf der Insel Rügen. Es ist klar, dass bei solcher Vereinigung der Arbeitgeber ganzer Kreise die „Freiheit der Arbeit“ zu einer Lüge wird. Die Arbeitgeber brauchen sich dann nur noch über die Lohnhöhe zu verständigen, was sie bekanntlich auch meist thun, und die arbeitende Klasse ist ihnen an Händen und Füssen gebunden überliefert. Es bleibt ihr nur noch die Auswanderung nach Amerika oder anderen deutschen Provinzen. In Amerika aber sind jetzt auch traurige Verhältnisse und Mancher hat auch nicht das Geld zur Auswanderung, dieser Weg ist zur Zeit — es wird freilich nicht lange so bleiben — ihnen also verlegt. Bleibt nur die Wanderung in andere deutsche Provinzen. Und wenn sich auch da die Arbeitgeber verbänden und „auf Ehre und Gewissen“ verpflichten? Ja, dann haben sie den Klassenkampf unvermeidlich gemacht.

Die Socialdemokraten sitzen als unerbittliche Kritiker den Herren bei solchen Bestrebungen ein „christlich-patriarchalisches Verhältniss“ wieder herzustellen, stets auf der Ferse wie der Schweisshund dem angeschossenen Wild. Ueber den auf Rügen geschlossenen Pact schreibt der „Neue Social-Demokrat“ vom 16. August 1874:

„Die Landarbeiter und ihre Herren.

Es mag etwas seltsam klingen, wenn wir die Personen, welchen die Landarbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen, als die „Herren“ derselben be-

zeichnen, mögen dies nun die Gutsbesitzer selbst oder Pächter sein. Aber wenn wir uns die wirkliche Lage des ländlichen Arbeiterstandes vergegenwärtigen, so bleibt uns kaum ein treffender Ausdruck übrig, denn das Verhältniss ist noch heutzutage durch die Gewalt der Umstände geradezu ein feudales. Es herrscht auf dem flachen Lande eine solche Abhängigkeit des Arbeiters, dass die Lage des städtischen Arbeiters kaum damit verglichen werden kann.

Der Landarbeiter ist nicht nur förmlich an die Scholle gebunden, sondern auch viele raffinirte Manöver, durch welche ein Lohnherr seinen Arbeiter vollständig abhängig von sich machen kann, und welche Industriearbeitern gegenüber anzuwenden selbst das Gesetz verbietet, sind auf dem Lande allseitig in Uebung; wir meinen damit hauptsächlich die Thatsache, dass der ländliche Lohnherr nicht nur um die Arbeitskraft des Arbeiters schachert, sie kauft und in seinem Interesse ausnutzt, sondern dass derselbe zugleich fast der alleinige Lieferant der Lebensmittel für seinen Arbeiter ist, wonach es oft genug in seinem Belieben steht, durch Vertheuerung der Lebensbedürfnisse eine Lohnerhöhung gänzlich unwirksam zu machen.

Das Gesetz verbietet jetzt fast in allen Ländern das sogenannte Trucksystem, d. h. die Lohnzahlung in Lebensmitteln der Industriearbeiter. Gerade umgekehrt ist die Naturallöhnung das übliche System auf dem Lande, und selbst dort, wo Geldlohn bezahlt wird, muss der Landarbeiter die nothwendigsten Bedürfnissgegenstände, wie Korn, Fleisch, Butter, Holz u. s. w. — da er selbst, der besitzlose „Proletarier," sie ja nicht gewinnen kann, — für Preise kaufen, wie sie in Grosstädten bezahlt werden; ja, oft muss er noch gute Worte geben und bitten, um nur für sein schweres Geld derartige Lebensmittel zu erhalten. Der Umstand, dass häufig der Landarbeiter statt der directen Lieferung solcher Sachen, eine Hütte mit etwas Land entweder als Theil der Löhnung oder aber in Pacht empfängt, thut nichts zur Sache, da gerade in diesem Falle erst recht die Abhängigkeit des Arbeiters sich herausstellt; er muss nehmen, ohne Murren, was ihm der Herr bietet, und sich den Werth davon nach dem Belieben desselben taxiren lassen; ja wenn er bessere Arbeitsbedingungen oder höheren Lohn fordert, dann ist die Hütte oder Erdscholle eine neue Fessel für ihn; man droht ihm, ihn mit seiner Familie obdachlos auf die Landstrasse zu werfen, falls er sein rebellisches Wesen forttreibe.

Wie kann es da noch Wunder nehmen, dass der Lohn des Landarbeiters ihm in einer Weise zufliesst, als würde er in beschnittenen Ducaten ausgezahlt. Mit jedem Pfund Butter oder Scheffel Korn, die er auf dem Gute kauft, verkürzt er thatsächlich seinen Lohn, und tausenderlei Scherereien, welche ihm bei der Lieferung einer baufälligen Hütte oder schlechten Kartoffellandes widerfahren, kürzen den Lohn gar bedenklich.

Wir haben hier bisher vom frei stehenden Tagelöhner gehandelt, und wenn dieser nun bereits von schweren feudalen Fesseln umgeben ist, Dank diesem Lohnsystem und dem Umstand, dass er seine Lohncontracte meist in der „hungrigsten" Jahreszeit, nach Ablauf des Winters schliessen muss — wie ergeht es da erst dem Dienstboten!

Ein Blick in die preussische Gesindeordnung enthüllt uns geradezu mittelalterliche Zustände. Verursacht ein „Knecht" durch „mässiges Versehen" dem „Herrn" Schaden, so kann jener ihn, falls er unfähig zum Schadenersatz ist, zwingen, dies unentgeltlich abzudienen, eine juristische Anschauung, welche an das System der Leibeigenschaft grenzt. (§§ 65

und 69.) Wird der „Herr“ durch das „Gesinde“ gereizt, so darf er es körperlich züchtigen, denn es sind „geringe Thätlichkeiten“ straffrei. (§ 77); und „die Ehre des Gesindes“ wird durch Ausdrücke und Handlungen nicht gekränkt, welche Anderen gegenüber „als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind (§ 78.).

Wir wollen dies Verhältniss nicht weiter ausmalen, aber dass es ein erzfeudales und den „Herren“ sehr angenehmes ist, das zeigen schon die neuesten Thatsachen, nämlich eine grossartige Agitation der Grundbesitzer, um die Arbeiter, welche lieber „freie Tagelöhner“ sein möchten, zum „Knechtsdienst“ zu zwingen.

Man höre! Ueber 300 der vereinigten Gutsherren des Kreises Rügen haben, weil sie Mangel an Dienstleuten hatten, was hauptsächlich darin seinen Grund hat, dass die betreffenden Personen sich nicht als Gesinde vermiethen, sondern nur noch in Tagelohn arbeiten wollen, folgende menschenfreundliche Vereinbarungen unter sich getroffen:

1) Wir wollen keine unverheiratheten jungen Männer vor vollendetem 24. Lebensjahre als Tagelöhner in Arbeit nehmen, mit Ausnahme der zum Militär angesetzten, aber noch nicht eingezogenen Rekruten, der ausser der Vermiethungszeit entlassenen Soldaten, der Söhne von Wittwen oder alten Eltern, die unter dem Arbeitgeber wohnen, derer, die nach amtlicher Bescheinigung der Ortsbehörde oder Armenpflege die Ernährer ihrer Familie sind;

2) Wir wollen keine Mädchen nach vollendetem 14. Lebensjahr in Tagelohn nehmen, mit Ausnahme der Kartoffelernte;

3) Wir wollen das staatlich sanctionirte Institut der Dienstbücher ernstlich aufrecht erhalten, um nicht nur das Alter der jungen Leute constatiren zu können, sondern auch, um mit Treue und Gewissenhaftigkeit in Rücksicht auf das gegenseitige Wohl und Wehe die Dienstzeugnisse auszustellen, und übernehmen es, die Dienstbücher selbst zu liefern;

4) Wir erkennen als eine Nothwendigkeit an, dass die Ausstellung von Arbeitsscheinen resp. Arbeitsentlassungsscheinen wieder eingeführt und dass mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hingearbeitet wird, dieses Ziel zu erreichen.

Die Unterzeichner sind Fürst zu Putbus — der „Gründer“ — Graf Krassow, Baron v. Langen-Rosengarten und die übrigen Magnaten von Rügen. Die edlen Herren haben sich „auf Ehre und Gewissen“ verpflichtet, diese ihre Entschlüsse mit allen Kräften auszuführen und aufrecht zu erhalten. Zuwiderhandlungen werden bei verbürgter Anzeige nach vorheriger Verhandlung mit den Betheiligten und Feststellung doloser Uebertretung durch den Verbandsvorstand zur öffentlichen Kenntniss gebracht. Also die Herren scheuen sich nicht, eine Art „Verrufserklärung“ zu organisiren.

Und was ist nun der Gegenstand dieser erbitterten Agitation? Mit wenigen Worten lässt er sich feststellen. Die jungen Arbeiter sollen in's Knechtsverhältniss der Gesindeordnung gezwungen werden; die Mädchen wollen die hohen Herren als Tagelöhnerinnen ausnutzen, so lange sie schulpflichtig sind — wie die Herren doch für die „Volksbildung“ besorgt sind — später sollen sie ebenfalls in's Magdverhältniss der Gesindeordnung gepresst werden. Und schliesslich sollen Arbeitsscheine, natürlich auf Grund eines Contractbruchsgesetzes, die verheiratheten Tagelöhner in neue feudale Banden schlagen.

Ein hirnverbrannter Krautjunker gab einst die Parole aus: „Die Arbeit muss feudalisirt werden!“ — Wir sehen, die hochadeligen „Gründer“

sind auf bestem, Wege dies famose Programm auszuführen. Sie rechnen recht klug — das heisst, wenn sie nicht einen Fehler gemacht haben — nämlich mit in Rechnung zu ziehen, was der Arbeiter dazu sagen wird."

Einen anderen interessanten Beitrag zu dieser Frage lieferte derselbe „H. C." vom 16. August aus Mecklenburg:

„Wie öfter erwähnt, ist es neuerlich den Hoftagelöhnern oft unmöglich, einen sogenannten Hofgänger in Dienst zu bekommen, und so ist es nicht selten, dass aus einer Hofkathenwohnung statt der dienstcontractlichen zwei Personen nur der Mann zur Arbeit kommt. Noch vor dreissig Jahren besorgten meist die Frauen der Hoftagelöhner — wenigstens so lange, bis sie eine confirmirte Tochter oder Sohn hatten — selber den Hofgang, während des Sommerhalbjahrs mit vierzehnstündiger wirklicher Arbeitszeit, was zur Folge hatte, dass diese Personen vielfach schon mit vierzig Jahren Greisinnen waren, und weiter, dass ihr eigenes Hauswesen und die Kinder oft aufs schlimmste vernachlässigt wurden. Später wurde das Halten von Hofgängern allgemein, alle Ehefrauen aber pflegten in der Ernte und noch sonst bei dringenden Gelegenheiten sogenannte Extrazüge zu thun, welche etwas besser bezahlt wurden und wobei ein späteres Kommen und ein früheres Nachhausegehen gestattet ward. Solche Extratage werden auch jetzt noch gethan, während, wie gesagt, oft der tägliche Hofgang in Folge des nicht vorhandenen Hofgängers ruht, oder doch nur unregelmässig durch die Ehefrau selber abgeleistet wird. Viele unserer Landsleute betrachten jene Zeit, wo die Kathenfrauen selbst den Hofgang leisteten, als eine goldene, und von ihrem Standpunkt aus mit Recht, da die verheiratheten Frauen zuverlässiger arbeiteten, als die oft noch halb in den Kinderschuhen stehenden Hofgänger, sie auch, ihrer gebundenen Stellung halber, sich weniger empfindlich gegen etwaige Ausschreitungen erwiesen, als heutzutage die Hofgänger, welche wohl gar zum Gerichte laufen. Neuerdings bestrebt man sich auch, den Hofgang der Ehefrauen wieder einzuführen, und um ihn zu ermöglichen, denkt man hier und dort daran, in den Gütern Kleinkinderbewahranstalten, ja selbst gemeinschaftliche Familienküchen zu errichten. Gegen das Project der Kleinkinderbewahranstalten wendet sich im heutigen „Rostocker Tageblatt" ein Landgeistlicher. Mit schneidender Schärfe wird nachgewiesen, wie solche nur eine neue Concession an den Materialismns und die Interessen der Besitzenden sein und den heruntergedrückten und fast schon verlorenen Tagelöhnerstand noch weiter herunterdrücken würden. Das Wenige von Familienleben und Familienglück, was diese Klasse jetzt noch habe, werde ihr verloren gehen, und der verbissene Groll und Grimm gegen Alle, die nicht ihres Standes sind, in Folge ihres halbsclavenhaften Daseins, neue Nahrung empfangen. Bemerkenswerth ist auch, was der Verfasser über die Einrichtung sagt, welche die Kleinkinderbewahranstalten in den weitaus meisten Gütern erhalten dürfen. „Irgend eine alte, stumpfe Wittwe, die selbst für den Dienst beim kleinen Federvieh nicht mehr zu gebrauchen ist, die wird Dorfmutter werden — natürlich und selbstverständlich für einen äusserst kärglichen Lohn! Irgend eine abgelegene Kammer wird ihr Anstaltszimmer; irgend ein Winkel des Hofes oder Dorfes, wo Beifuss und Nessel bisher ihr unbestrittenes Recht hatten, das wird ihr Kindergarten." — Wenn man sich den trostlosen Zustand der Mehrzahl der ritterschaftlichen Schulen vergegenwärtigt, für dessen Besserung doch die Regierung und ein grosser Theil der Landgeistlichkeit sich seit mehreren Menschenaltern bemühen, so wird man nicht sagen dürfen, dass diese Zeichnung nicht nach der Natur ist. Uebrigens sei bemerkt, dass man für den gleichen und einen noch weitergehenden Zweck

an den verschiedensten Orten, auch in Städten, Kleinkinderbewahranstalten und — gewissenlos missbrauchend die schöne Idee des tiefsinnigen Pädagogen von Keilhau! (Fröbel) — Volkskindergärten einzurichten sucht. Die Mütter sollen für die Arbeit auf dem Felde und in den Fabriken frei gemacht, die Kinder für dieselbe Arbeit schon gleich nach dem Entwöhnen erzogen werden."

Natürlich lassen die Socialdemokraten sich solche Pläne und Thaten angeblicher Conservativen, die nichts weiter sind als höchst kurzsichtige Klassenegoisten, „ritterliche Socialdemokraten," nicht entgehen. Sie dienen ihnen vortrefflich zur Aufreizung der Arbeiter. Der „Volksstaat" schreibt zu dem eben gegebenen Bericht:

„So schreibt nicht ein staatsfeindlicher Socialdemokrat, sondern ein Anhänger der heutigen Staatsordnung, der zu ehrlich ist, die Krebsschäden der bürgerlichen Gesellschaft zu leugnen, aber nicht logisch genug, um zu begreifen, dass diese Krebsschäden im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft begründet und von dem modernen Klassenstaat untrennbar sind. Wie dem aber sei, kein Socialist hat je schwerere Anklagen gegen Staat und Gesellschaft erhoben, als dieser conservative Mecklenburger Pastor und dieser conservative Correspondent des conservativen Hamburger Blattes! Nicht zufrieden damit, dass der Tagelöhnerstand in die abscheulichste Leibeigenschaft „heruntergedrückt und fast schon verloren ist," will die herrschende Klasse ihn noch tiefer herunterdrücken. Und weil sich aus den widerstandsfähigeren, aus festerem Stoff geformten männlichen Sclaven nicht mehr herausschinden lässt, streckt das heisshungrige Capital seine heisshungrigen Arme nach den schwächer gearteten Frauen aus, „die sich weniger empfindlich gegen etwaige Ausschreitungen erweisen." Dass die „Familie" zu Grunde geht, was scheert es das Capital, welches die „Familie" in der Theorie bloss verherrlicht, um sie in der Praxis zu zerstören? Dass die Kinder verwahrlost werden, keine Erziehung geniessen — was scheert es das Capital, wenn sie nur stark genug werden, um ihm Helotendienste zu leisten? Je dümmer, je viehischer der Helot, desto besser für das Capital. Dass die ihrem Beruf entrissenen Frauen bei der schweren Feldarbeit „mit vierzig Jahren Greisinnen" werden — was scheert es das Capital? Je rascher der Mensch aufgearbeitet und todtgeackert wird, desto profitabler für das Capital, wie die südamerikanischen Sclavenhalter bereits vor anderthalb Jahrhunderten entdeckt haben. Und auf Sclaverei, nackte, brutalste Sclaverei, läuft ja die Bourgeoiscultur hinaus. Hat Herr Treitschke, der gefeierte geistige Vorkämpfer des Nationalliberalismus nicht neulich in den preussischen Jahrbüchern das Geheimniss verrathen, indem er schrieb: die grosse rettende That der Cultur — ist die Einführung der Sclaverei!? — Wer will es da den Mecklenburger Landlords verargen, wenn sie aus Kleinkinderbewahranstalten Sclavenzüchtungsanstalten zu machen suchen?"

Gleichzeitig mit diesen Versuchen after-conservativer Grundbesitzer, ihre Arbeiter recht abhängig zu machen und auch die Arbeiterfrauen wieder zur täglichen Arbeit zu zwingen, indem sie mit humanitär- und religiösverbrämter Heuchelei ihnen die Kinderwartung abnehmen lassen, machen auch die Industriebarone den Versuch, die Gesetzgebung zu bewegen, ihnen die Kinder schon von zehn Jahren ab für die Fabrikarbeit zu überlassen, und das Organ der rheinischen christlichen Arbeitgeber, die „Concordia,"

vertheidigt die betreffende Forderung der Chemnitzer Handelskammer. Ich lasse, um zu beweisen, wie sehr diese Bornirten der Socialdemokratie dadurch in die Hände arbeiten, hier die Antwort des „Neuen Social-Demokrat“ vom 21. August 1874 folgen:

„Als wir vor einigen Wochen die schamlose Gier sächsischer Fabrikanten an den Pranger stellten, welche nicht zufrieden damit, zwölfjährige Kinder in ihre Zwingburgen zu sperren, wo sie der Krankheit, der Verdummung und Unsittlichkeit, wo nicht gar — wie nicht wenige Beispiele lehren — einem grässlichen Tode in den Rädern der Maschinen entgegen gehen, zehnjährige Kinder für den Moloch des Capitals fordern, und als sogar aus den Kreisen der Freihändler gleichfalls verdammende Stimmen laut wurden — da dachten wir nicht anders, als dass die Vorkämpfer solcher scheusslichen Kinderausbeutung sich schämen und schweigen würden, nachdem ihre Pläne in der Oeffentlichkeit bekannt geworden. Aber wie lässt sich Gewissen und Ausbeuterthum zusammenreimen, wie kann man von dem, welcher keine Rührung empfindet, wenn er sieht, wie ein armes, schwaches Kind langsam zu Tode gefoltert wird, erwarten, dass Schamröthe auf seine eherne Stirn trete — das hätten wir bedenken sollen. Wir müssen bekennen, wir haben diese Elenden noch nicht scharf genug verdammt; denn das famose Kathedersocialisten-, respective Fabrikantenblatt „Concordia“ macht sich daran, im Hinblick auf unseren Widerstand eine Lanze für die Ausbeutung zehnjähriger Kinder zu brechen. Ob die Redaction jenes Blattes oder ein Chemnitzer „St.“-Correspondent der „Verantwortliche“ für diese Heldenthat ist, kann uns gleichgültig sein, denn im letzteren Falle hätte „aus Gründen der Sittlichkeit“ der Correspondenz die Aufnahme verwehrt werden müssen. — Wir bemerken dies ausdrücklich, damit die „Concordia“ nicht wieder versucht, mittelst ihres „Phrasenfusels“ — um ihren Styl zu gebrauchen — abzuleugnen, dass sie den Secundanten, den Gelegenheitsmacher der nach Kindern lüsternen Fabrikanten abgiebt.

Doch zur Sache!

In Nr. 31 der „Concordia“ spielt ein gewisser „St.“, der sich vorsichtig mit dem Mantel der Anonymität bedeckt, den Entrüsteten darüber, dass wir Socialisten es nicht begreifen wollen, wie gut es die Herren Fabrikanten mit den Arbeiterkindern im Sinne haben. Er hält es dann für nöthig, wörtlich zu bekräftigen, dass jene Herren „von einem durchaus humanen und wohlwollenden Geiste gegenüber der Arbeiterbevölkerung beseelt“ sind; auch sei ja etlichen der fraglichen Beschlüsse „auf den ersten Blick anzusehen, dass sie gerade im Interesse der Kinder, resp. der Arbeiterklasse aufgestellt sind.“

Wer nach einer solchen Bekräftigung der wohlwollenden Absichten der Fabrikanten noch nicht zur Ansicht bekehrt ist, dass die Kinder mit zehn Jahren in die Fabrik gehören, der verdient, füsilirt oder mindestens nach Neu-Caledonien deportirt zu werden!

Zudem führt „St.“ noch einen Gewährsmann auf; er spielt den Trumpf aus: „dass ganz der nämliche Antrag auf dem ersten Eisenacher-Congress von dem damaligen Referenten über Fabrikgesetzgebung, Professor Brentano gestellt worden ist, dessen Arbeiterfreundlichkeit selbst der grimmigste Lassalleaner noch nicht anzuzweifeln gewagt hat.“ — Ei, ei, Professor Brentano als Arbeiterfreund, den die Lassalleaner anstaunen! — Unsere Leser werden von der katheder-socialistischen Grösse nicht allzu viel wissen, und das hat seinen Grund darin, dass derselbe von Lassal-

leanern fast nie berücksichtigt wird, weil er ein echter „Stubengelehrter" ist, von den wirklichen socialen Zuständen nicht die blasse Ahnung hat und daher an Vorschlägen auf socialem Gebiet — sein oben erwähnter Antrag beweist das zur Genüge — bis jetzt so unpraktischen Unsinn zu Tage gefördert hat, dass darüber selbst seine Partei die Achseln zuckt. Soweit dieser Arbeiterfreund.

Kommen wir nun zur Hauptsache — denn der „Concordia-St" macht sich mit eherner Stirn daran, einen Beweis anzustreben, weshalb Kinder armer Leute nicht in die Schule, sondern in die Fabrik gehörten. Es geschieht dies in einer so energischen Manier, dass wir höchstens die Logik amerikanischer Sclavenhalter damit in gleiche Linie stellen können, wenn sie sagten, der Neger ist zur Sclaverei geboren, denn er ist kein Mensch, sondern ein Vieh.

Hören wir also den buchstäblichen Wortlaut:

„Die Arbeit der Kinder vor dem 14. Jahre sei im Grunde nichts Anderes als der bezahlte Anfang des Erlernens einer mechanischen Fertigkeit, welche im späteren Alter das Mittel zur Subsistenz bieten soll. Die geistige Pflege richte sich in der Schule naturgemäss darnach, ob ein Mensch in seinem späteren Leben den Lebensunterhalt durch mechanische Fertigkeiten erschwingen will, oder dieses Ziel hauptsächlich durch geistige Kraft, mittelst der Menge systematisch geordneten Wissens, zu erreichen beabsichtigt. In ersterem Falle bietet die Schule in kürzer bemessener täglicher Lernzeit und weniger häuslicher Uebung nur das nöthigste Material des Wissens und lässt noch Zeit übrig zur Erlernung mechanischer Fertigkeiten, welche mit einer gesundheitszuträglichen Körperbeschäftigung verbunden sind, im anderen Falle in länger bemessener Lernzeit und einer Fülle von häuslicher Uebung ein sehr reichliches Material des Wissens, welches diesen Kindern ein grösseres Mass täglicher Arbeitsstunden mit geistiger Anstrengung zuweist."

Also es giebt zwei Sorten Menschen — die „Hungrigen" und die „Satten" können wir sie wohl nennen. — Von diesen haben nach der Ansicht des ehrenwerthen Kathedersocialisten „St." die „Hungrigen" durchaus kein Anrecht auf mehr Schulbildung als „das nöthigste Material des Wissens," was sich wohl darauf beschränkt, dass sie aus dem Katechismus lernen, dass das Eigenthum eine „göttliche, unantastbare Einrichtung" oder auch ein „Naturgesetz" sei. Im Uebrigen haben sie in den Fabriken zu arbeiten. Die „Satten" aber sind augenscheinlich vom Himmel dazu auserwählt, Bildung, Wohlleben und Herrschaft allein zu besitzen. Mit einem Worte, der brave „St." spaltet die Menschheit in zwei Schichten, hier die „Reichen von Gottes Gnaden" — dort „das Proletariat von Gottes Fluch" — und nun sollen nach ihm Schule und Fabrikarbeit bereits mit eherner Mauer die zwei Klassen der Kinder auseinander trennen. — Der Mann versteht sein Zeitalter!

Doch hören wir den „Concordia"-Helden weiter, wie schön er es ausmalt, dass die „Fabrikkinder" eigentlich ein viel bequemeres Leben führten, als die vielgeplagten „Fabrikantensöhnchen."

„Haben die Kinder," — so lässt er sich vernehmen — „welche ihre zukünftige Existenz auf ihre geistige Ausbildung stützen, eine tägliche Arbeitszeit vom 10. Jahre an, von etwa 30 bis 32 Stunden wöchentlich in der Schule und 12 bis 16 Stunden im Hause, also täglich 6 bis 8 Stunden, vom 11. bis 14. Jahre 9 bis 11 Stunden, ja oft noch mehr, so ist diese geistige Arbeit des noch ungeübten kindlichen Geistes eine den Körper anstrengendere Arbeit, als sie denjenigen zufällt, welche täglich 2 bis 3 Stunden durch die Schule geistig mit nur wenigen Fächern des

Wissens beschäftigt werden, ausserdem aber 6 Stunden einer leichten Handarbeit widmen, selbst wenn sie erst 10 Jahre alt, aber von kräftiger Constitution wären.

Man könne füglich die sogenannte Kinderarbeit beim Gewerbe in ein Verhältniss mit der vermehrten Schularbeitszeit derjenigen Kinder bringen, welche auf der Basis ihrer Kenntnisse ihre Existenz finden wollen und sagen: Wöchentlich 42 bis 48 Stunden Schularbeitszeit ist eben so viel Anstrengung für ein Kind von 10 Jahren, als 18 Stunden Schule und 36 Stunden Gewerbearbeitszeit für ein anderes von gleichem Alter und gleicher Constitution. Bei beiden sei aber der Zweck derselbe, die Erwerbung von Kenntnissen und Fertigkeiten als Mittel der späteren Existenz. Die spätere Existenz des jugendlichen Arbeiters beruht aber hauptsächlich auf mechanischer Fertigkeit, welche die gelenkigen Finger der frühen Jugend am leichtesten und am besten sich aneignen."

Wer je die blassen Gesichter überangestrengter Fabrikkinder gesehen, wer in den statistischen Tabellen die scheusslichsten Verheerungen gefunden, welche diese Art Arbeit unter dem Volke anrichtet, dem muss diese frevelhafte Verhöhnung des Arbeiters und seiner Noth den Zorn entflammen.

Wie, ist es nicht genug, dass die Arbeiterkinder in der Fabrik unter der Zuchtruthe eines Werkmeisters unablässig an der Maschine stehen und ohne Pause, eine den Geist tödtende, den Leib entkräftende, mechanische Arbeit verrichten müssen? Muss ihr Elend auch noch verhöhnt werden, indem süsslich gewimmert wird: das Fabrikantensöhnchen, welches sich faul auf der Schulbank reckt, das vom Hauslehrer sich die Lection ausarbeiten lässt, müsse sich mehr anstrengen, als das Fabrikkind? Ist es nicht ein Frevel an der Menschheit, für einen kleinen Theil derselben, wie es hier geschieht, die Ausbildung des Geistes, für die grosse Masse aber nur die Ausbildung schlanker Finger zu fordern?

Nun, wir haben den Trost, dass in den Herzen des arbeitenden Volkes die Lehre von der Gleichberechtigung des Menschen bereits eingewurzelt ist und zwar so fest, dass keine Macht der Welt sie ausrotten kann. Deshalb werden solche schmachvollen Attentate auf die Arbeiterkinder jämmerlich scheitern am Volkswillen, solche Versuche, der grossen Masse des Volkes das geistige Leben zu rauben und sie herabzuwürdigen zu Lastthieren und zu blossen Maschinen. Der Arbeiter hat begriffen, dass er ein Mensch ist, gleich dem Bevorrechteten, und das ist Bürgschaft genug dafür, dass ihm die Menschenrechte nicht vorenthalten werden können."

Wir sehen also, dieselbe Tendenz bei ländlichen und industriellen Arbeitgebern und dieselbe Antwort an Beide von Seiten der Socialdemokratie. Bald wird letztere auch auf dem Lande ihre Anhänger haben, und da ist das Petroleum besonders gefährlich.

Wie wenig Ernst es in manchen Gegenden den Gutsbesitzern damit ist, eine christliche Fürsorge für ihre Arbeiter, namentlich die alten und kranken, zu üben, geht daraus hervor, dass sie die, immerhin persönliche Arbeit und Theilnahme erfordernde individuelle Armenpflege von sich abzuwälzen suchen und das System der englischen „Workhouses" dafür einführen. Der Hamburger Correspondent vom 29. August 1874 bringt folgende diesbezügliche Correspondenz:

„Aus dem Lande Stormarn, den 28. August. Seitdem wir unsere frühere örtliche Armenversorgung unter der jetzigen Landesherrschaft mit der districtsweisen Vertheilung und Aufbringung dieser Lasten vertauscht haben, sind auch auf Kosten der betreffenden Armendistricte die Amts-Armen- und Arbeitshäuser erbaut und eingerichtet worden. Bei den mancherlei Vortheilen, die diese Anstalten für die Armenversorgung bieten, führt dieselbe doch auch verschiedene, namentlich für alte Leute bedauerliche, aber bei dem beregten System unvermeidliche Härten mit sich, welche die alte Einrichtung des hiesigen Armenwesens in manchen Stücken gesunder und naturgemässer erscheinen liessen. Zunächst hat ein alter landwirthschaftlicher Arbeiter einen gewissen moralischen Anspruch darauf, auf dem Fleck Erde, worauf er Lebenszeit sich abgemüht, wo er des Tages Last und Hitze im Schweisse des Angesichts durch so viele Jahre getragen, auch seine alten Tage zu verleben und zu beschliessen. Oft fesseln die alten Leute familiäre Rücksichten an den betreffenden Ort. Kinder und Kindeskinder, von denen sie nach Kräften manche, wenn auch nur geringe, Unterstützung, manche Handreichung erhielten, wohnen daselbst und nun werden diese alten dem Lande und deren Bevölkerung, insonderheit dem hauptsächlichsten Theil derselben, dem Landmannsstande, durch ihrer Hände Arbeit so nützlich gewordenen Leute, meistens fern von dem Felde ihrer Beruftsthätigkeit unter fremde Menschen und in eine Anstalt geschafft, wo die durch die Hausordnug eingeschränktere Lebensweise ihren freieren ländlichen Gewohnheiten und Bedürfnissen durchaus nicht entspricht. Der grösste Uebelstand besteht aber darin, dass alte Eheleute, die durch ein vieljähriges treues Zusammenleben so aneinander gewöhnt sind, dass sie nur dem Gesetz der eisernen Nothwendigkeit folgend und um nicht zu verhungern, sich von einander trennen lassen, in den Arbeitshäusern thatsächlich von Tisch und Bett geschieden werden, eben weil die Hausordnung die Unterbringung der Insassen in zwei verschiedenen Abtheilungen resp. für das männliche und für das weibliche Personal vorschreibt und weil dies bei der grossen Anzahl der Insassen und den vielen demoralisirten Subjecten unter denselben nothwendig ist. Der mit einer solchen Trennung verbundene Eingriff in das Gemüth und das Familienleben rechtschaffener, braver, alter Leute hat etwas ungemein hartes und naturwidriges, so dass schon aus diesem Grunde das alte System der ortsweisen Armenversorgung, wobei die Armen im Heimathsort in kleinen Armenwohnungen untergebracht und je nach Würdigkeit und Bedürfniss versorgt wurden, in dieser Hinsicht wenigstens als das geeignetere, wenigstens als dasjenige erscheint, welches der Humanität und Menschenliebe bei weitem am meisten entspricht. Für solche Individuen, welche durch Trägheit und Arbeitsscheu, durch Trunksucht oder liederlichen Lebenswandel u. s. w. unterstützungsbedürftig geworden, sind die öffentlichen Arbeitshäuser und die dortige strenge Zucht und Ordnung die passende Aufenthaltsstätte, die geeigneten Zuchtanstalten; die Unterbringung solcher Armen, welche ihre Noth unverschuldet tragen und die gegen ihren Wunsch und Willen bloss um die nothwendig gewordene Armen-Versorgung zu ermöglichen, in die Armenhäuser geschafft werden müssen, ist es jedesmal ein höchst bedauerliches Geschick, auf dessen Abwendung die Gemeinde-Vorstände thunlichst Bedacht nehmen sollten. Für die Contribuenten zu den Armenlasten ist die Unterbringung der Armen in den Arbeitshäusern allerdings die vortheilhafteste Methode der Armenversorgung."

Ferner ist es bekannt, dass gerade im Lande des christlichen Patriarchenthums, Vorpommern und der Mark, die Patriarchen-

Kinder sich schaarenweise der Liebe ihrer Patriarchen durch Auswanderung entziehen und viele Kathen leer standen und stehen. Da hat man nun einen vollständigen Menschenhandel eingeführt. Wie Zuchtstiere aus Friesland, Stuten aus England, Ferkel aus Yorkshire durch den Juden Salomons, importirt man „Arbeiter“ aus Posen, Polen, Preussen, nachdem die Schweden sich an die patriarchalische Behandlung nicht hatten gewöhnen wollen und ein „Menschen-Salomons,“ vielleicht mehrere, existirt auch schon.

Einige Kritiker des I. Bandes dieses Buches haben den Ton in demselben burschikos genannt.

Ist unrichtig. Es ist nichts als Galgenhumor, wenn ich die Thorheit der Besitzenden sehe, die am Abgrunde herumulken. Wer da nicht in den Galgenhumor verfällt, hat, überhaupt keinen Humor. Uebrigens ist das Folgende an sich humoristisch oder — tief, tief ernst.

Ein Bekannnter von mir, braver Kerl, Mecklenburger, Pächter in meiner Heimath, der Uckermark, der gute Wolle producirt, seinen Rothwein mit Wahl und Verstand trinkt, auch in die Kirche geht, allerdings im Sommer mit Vorliebe Sonntags arbeitet, kurz, ein Mann von echtem Schrot und Korn, ja, der hatte das Pech, dass seine Leute auswanderten. „Es ging den Kerls zu gut.“ Kein Zweifel. Aber nun standen die Kathen leer. Was nun thun? Schweden hatte er Anfangs. Die gingen bei Nacht und Nebel davon, nachdem er einmal fast Schläge von ihnen bekommen, als er sie etwas patriarchalisch „ermahnt“ hatte. Aber ein Landsmann in der Nähe wusste Rath.

Da wohnt ein braver Mann im gesegneten Mecklenburg. Bützow nennt ihn mit Stolz seinen Mitbürger. Auf seinen Briefbogen bezeichnet er sich als Inhaber einer „Niederlage landwirthschaftlicher Maschinen.“ Dass er auch Menschenvieh importirt, steht nicht darauf, geht aber aus folgendem Briefe vom 20. März 1874 an meinen mecklenburgischen Gönner hervor:

„Hochgeehrter Herr Amtmann!

Durch Herrn W. T. in P. habe für Ihre werthe Rechnung 64 Thlr. erhalten. Das wird wohl nicht ganz reichen, da die Kosten für jede erwachsene Person, wie Ihnen früher mitgetheilt, 9 Thlr. betragen. Doch das kann ja nach dem Eintreffen der Leute geordnet werden. Die Dienstboten werden Anfangs April kommen.

Hochachtungsvoll

R. Dolberg.“

Also neun Thaler pro Haupt! Dafür ist ja so ein Polacke gefunden!

Herr Dolberg hat in Samter einen Menschenvieh-Lieferanten. Der schrieb an meinen Gönner — ich lasse das Schreiben, um den Bildungsstandpunkt dieser Importeure zu kennzeichnen, buchstäblich folgen:

„Samter, 15. Mai 1874.

Ew. ertheile ich den geneigtesten Bescheid, dass Wegner seine Sachen. zwei Colli ein Sack Betten bezeichnet A. 1. eine Kiste Kleidungs-

stücke A. 2. am Montag Frachtbrieflich unter der Adresse“ (die lasse ich aus Rücksicht auf den freundlichen Ueberlasser dieser kostbaren Dokumente weg) „über Stettin aus Bahnhof Samter abgegangen sind, und hoffe ich das, dieselben meinem Briefe schon zuvor an Sie eingegangen sein werden. Gelegentlich melde ich Ihnen eine zweite Familie Stanislaus Rudski die heute Abends 9 Uhr im Auftrag des Herrn Agenten R. Dolberg durch mich abgeschickt wird morgen jedenfalls Familie Westphal und die letzte die neue Woche Achtungsvoll erlaube ich mich zu unterzeichnen August Kühn Gewerbetreibender Gesindevermiechter von Anton Stanieck ist ein Brief bei mir, in welchen er in Betreff Ihrer Behandlung seine grösste Zufriedenheit ausspricht und seine guten Freunde nach dort einladet es reissen zwei Familien Abends hier ab.“

Mein Gönner schreibt mir am 27. Juli 1874 über die importirten Arbeiter wörtlich:

„Die polnischen Männer sind von sehr geringer Leistungsfähigkeit und bin ich mit allen mehr oder weniger unzufrieden; auch sind sie nicht vertraut mit den ländlichen Arbeiten, unfleissig, wenn nicht unter Aufsicht und im Ganzen unzuverlässig. Die Frauen arbeiten besser, und stelle ich ihre Leistungen ebenso hoch, wie die der Männer. Leider sind sie aber träge und schmutzig in ihrem Hauswesen und mehrere von ihnen dem Alkohol ebenso ergeben, wie die Männer. Dennoch werde ich Alle behalten und bin schon zufrieden, dass ich Leute, wenn auch sehr theure, habe, die die Arbeit mit gutem Willen, d. h. ohne Widersetzlichkeit, thun. In Betreff des dort erhaltenen Lohnes habe ich nichts Genaues erfahren können, da die Leute theils gedient, theils in Posen gewohnt haben. Es ist überhaupt schwer, sich ihnen verständlich zu machen; Alles müssen sie sehen und muss ihnen gezeigt werden, andernfalls laufen und arbeiten sie darauf los, wie blödsinnige Menschen. Ich glaube, ganz haben sie die dort erhaltenen Schläge noch nicht vergessen.“

Nun, bei gutem Willen liesse sich das durch eine patriarchalische Züchtigung ja wieder in Erinnerung bringen, nur hat die ihre Unannehmlichkeiten und muss aus gehöriger Ferne applicirt werden, denn die eine Frau, welche ich dort sah, hatte nur ein Hemde mitgebracht, alle Importirten aber zahllose — Läuse.

Ich will diese ländliche Idylle durch Abschrift des Miethscontractes vervollständigen:

„§ 1. Der Miethstagelöhner erhält eine Wohnung, bestehend aus Stube, Küche, Kammer, einen Stall, auch etwas Bodenplatz über seiner Wohnung, einen Garten von ca. 10 Ar., ferner gegen Hau- und Mache-Geld einen Haufen Wadelholz. 4'. 6'. 20'. gesetzt, 14000 Stech-Torf (oder 7 Ruthen Torf) frei vor's Haus gefahren, doch hat Miether das Auf- und Abladen selbst zu besorgen. § 2. Die jährliche Miethe für Wohnung, Garten, Feuerung beträgt 30⅓ Thlr. und ist am Schlusse jeder Woche mit 17½ Sgr. zu bezahlen. § 3. Der Miether ist verpflichtet, ein Mal im Jahre die Wohnung mit Kalk zu streichen und für die Erhaltung der Fensterscheiben zu sorgen. § 4. Wünscht der Miether noch ausser seinem Garten im Felde Kartoffelland, so ist die Herrschaft verpflichtet, ihm bestelltes und gedüngtes Land bis zu 10 Ar., à Ar. 15 Sgr. zu verpachten, wenn die Anmeldung vor dem 1. April geschieht, die Pacht für dies Kartoffelland ist im Laufe des Jahres in drei Raten zu bezahlen, ⅓ am 1. Mai, ⅓ am 1. Juli, ⅓ am 1. September. § 5. Der Miether darf ausser einem grossen Fettschwein und einem kleinen Schwein zum Auffüttern und 6 bis 8 Stück Hühnern kein Vieh halten. § 6. Die Guts-

herrschaft ist verpflichtet, dem Miethstagelöhner einen Arzt, welcher seitens der Herrschaft jedes Mal dazu bestimmt wird, frei zu halten, auch die Hebeamme fahren zu lassen. Die Arzenei und die Hebeamme haben die Leute selbst zu bezahlen, auch das Schulgeld für die Kinder. § 8. Der Miether ist verpflichtet, nur bei seiner Gutsherrschaft zu arbeiten und jede Arbeit zu verrichten, die ihm angewiesen wird; dieselbe Arbeitszeit wie alle seine Leute und wie sonst im Gute üblich ist. § 9. Die Gutsherrschaft muss dem Miethstagelöhner das ganze Jahr hindurch zu folgenden Lohnsätzen Arbeit geben und allwöchentlich ausbezahlen: im Monat Januar à Tag 11¼, Februar 12½, März 12½, April 15, Mai 16½, Juni 20, Juli 25, August 25, September 20, October 17½, November 12½, December 10 Sgr. § 10. Die Frauen der Miethstagelöhner sind verpflichtet, so oft sie gefordert werden und es ihre Umstände gestatten, bei ihrer Herrschaft zu arbeiten, und ist ihr Zurückbleiben sonst nur durch Krankheit zu entschuldigen, das Tagelohn beträgt das Jahr hindurch 9 Pf. R.-M. für jede Arbeitsstunde. § 11. Accordarbeiten geschehen nur, wenn beide Theile sich zuvor über die Lohnsätze geeinigt haben. § 12. Der Miether ist verpflichtet, Contributionen und alle öffentlichen Landesabgaben, die zuvor von der Herrschaft zu verlegen sind, für sich und seine Hausgenossen, Ostern und Michaelis jedes Jahr an dieselben zurückzuzahlen. § 13. Die Miethstagelöhner aus Ost- und Westpreussen, Schlesien, Sachsen etc. erhalten freie Fahrt vierter Klasse ohne Beköstigung bis am Bestimmungsort, sind aber verpflichtet, die verlegten Reisekosten und Provision für ihre Kinder pro Kopf mit 5 Thlr. in einem zu vereinbarenden Zeitabschnitt in den ersten 2 Jahren an die Herrschaft zurückzuzahlen, während ihnen und ihren Frauen freie Reise gewährt ist; sollte aber das Dienstverhältniss schon im ersten Jahre gelöst werden, so hat er auch das Reisegeld für sich und seine Frau zu bezahlen, auch haben sie die Fracht ihrer Sachen selbst zu bezahlen. § 14. Die Aufhebung dieses Contractes steht der Herrschaft, auch dem Miethstagelöhner immer am 24. October frei, wenn die Kündigung zu Ostern desselben Jahres geschehen ist.

Bützow. R. Dolberg."

Diese Verhältnisse, wie sie aus jeder Zeile obiger Actenstücke sich ergeben, wären ein schöner Vorwurf für uckermärkische Dorfgeschichten, so à la Auerbach. Uebrigens bindet dieser Contract jene Importirten schon ziemlich sicher an die Scholle — durch die Schulden, welche sie, Dank ihrer Vorliebe für den Alkohol, gern machen. Und ein „christlicher" Herr hat auch schon im Herbst 1873 in der officiellen „Nordd. Allg. Zeitung" es empfohlen, die Arbeiter zur Verschwendung zu reizen, um sie an die Scholle zu fesseln. Die „Kreuz-Zeitung" hatte einige Artikel aus Neuvorpommern gebracht, worin die Lösung der Arbeiterfrage in anderer Weise gefordert wurde, als sie jetzt praktisch in Angriff genommen wird.

Darauf antwortete ein Herr in der „Nordd. Allg. Zeitung," und der „Volksstaat" vom 1. October berichtete über diese Polemik Folgendes:

„Ein Graf W.-S., der nach den Angaben der „Nordd. Allg. Zeitung," in welcher er seinen Kohl zu Markte bringt, zur „hochachtbaren und competenten Seite" gerechnet werden muss, ist mit den frommen Ergüssen der „Kreuzzeitung" nicht ganz einverstanden. Er meint zwar, die Re-

ligion sei ganz gut, aber es sei doch nur eine besondere Gabe Gottes, sie bei anderen recht eindringlich und wirksam zur Geltung zu bringen, eine Erfahrung, die der gute Mann wahrscheinlich an sich selbst gemacht hat. Er meint dann, es sei doch sehr bedauerlich, dass die Gesetzgebung einen Grundbesitzer hindere, Besitz an andere abtreten zu können anders als im Wege des Kaufs. Eine Parzelle in Erbpacht oder in Erbzins austhun zu können und genügend sicher zu stellen durch Aenderung der Hypothekengesetzgebung sei eine sehr empfehlenswerthe Sache. Und das glauben wir gern. Denn dann wäre das alte Hörigkeitsverhältniss wieder hergestellt und die armen Bauern ganz und gar den Klauen ihrer Ausbeuter überantwortet.

Die freie Auswanderung ist dem Herrn Grafen auch ein Dorn im Auge; hier mit passenden Verboten auf dem Gesetzgebungswege einzuschreiten, scheint ihm ein verdienstliches Werk, weshalb er die Aufmerksamkeit der Staatsregierung auf diesen Gegenstand noch besonders hinlenkt.

Aber damit ist es noch nicht genug. Unser Graf ist ein Prachtkerl, der das Geschäft aus dem ff. versteht und der, nachdem er dem hohen Kriegsministerium für die zeitweilige Beurlaubung der Soldaten während der Erntezeit gedankt und diese nun auf längere und regelmässige Zeit ausgeübt wünscht, nun mit einem Plane kommt, so originell und für die Moral der ganzen Ausbeuterklasse bezeichnend, dass er einen wörtlichen Abdruck verdient. Unser Graf schreibt nämlich unter anderm Folgendes:

„Es giebt aber noch einen Punkt, dessen Berührung uns vielleicht viele Vorwürfe erzeugen wird. (sic.) Panem et circenses verlangten schon die römischen Arbeiter. Ernste, christliche Männer haben sich schon vielfach mit der Frage beschäftigt, welches Vergnügen man dem jungen Volke verschaffen könne, mit Ausschluss des Tanzes — denn es ist unleugbar, dass der Mangel jeden Vergnügens nach der Arbeit auf dem Lande gross ist und viel junges Volk in die Städte zieht. Es giebt viele Landstriche in Deutschland, namentlich im Süden, am Rhein, in Schlesien und stellenweise in der Mark, im Posenschen, wo allsonntäglich getanzt wird. In andern Theilen wenig und höchst selten. Es wäre wohl eine statistische Aufgabe, zu ermitteln — aus welchen Landestheilen findet die grösste Auswanderung statt im Verhältniss zur Bevölkerung und ist die Sittlichkeit in den, wir erlauben uns zu sagen, ernsteren Gegenden grösser als in den tanzenden? Wie verhält sich die Zahl der unehelichen Kinder pro rata der Bevölkerung, wie die Strafen für Diebstahl und andere Verbrechen? Wäre es möglich dem gestatteten Tanze eine Ehrenseite abzugewinnen, ihn sittlicher zu machen durch moralischen Einfluss? Endlich darf der Umstand ins Auge gefasst werden, dass das Vergnügen Geld kostet und daher das Ersparen vermindert wird, was heute der Auswanderung Vorschub leistet? Die Frage ist fast unsittlich — aber soviel steht fest, dass das vergnügte Volk, welches durch Vergnügen in sofern an Entbehrung gewöhnt wird, als es lieber die Woche hungert, um einen Tag vergnügt zu sein, in der Regel einen freundlichen, fröhlichen Charakter hat, was namentlich in der Campagne, von munteren unverdrossenen Soldaten gezeigt wird."

Ich muss gestehen, dass ich starr vor Erstaunen dieses Citat aus der „N. A. Z." gelesen habe. Was der Herr Graf W.-S., (der seinen Namen mit erklärlichem Schamgefühl der Oeffentlichkeit entzieht und den ich nicht nennen will, obschon ich ihn kenne), da am Schlusse sagt, ist

nicht bloss unsittlich, sondern nach Taillerand mehr als das: „c'est une faute!“ Die Zeit ist wahrhaftig für eine solche Behandlung der socialen Frage zu ernst. Aber ganz unbegreiflich ist es, dass die „Nordd. Allg. Zeitung“ jenes Opus nicht in den Papierkorb warf, oder lieber gleich in den Ofen. Den Mann auch noch einen zur Sache competenten zu nennen, das geht über die Hutschnur!

Sehen wir, wie die Socialdemokraten diesen Herzenserguss ausbeuten! Der „Volksstaat“ also schreibt:

„Alles hat seine Zeit — sagt Salomo, und unter den Dingen, die er dabei anführt — ist auch das Tanzen genannt. „Honny soit, qui mal y pense.“ Den französischen Spruch müssen wir schon des besseren Verständnisses halber in gutes Deutsch übertragen, er soll die gräfliche Moral vor unbequemen Angriffen schützen und lautet: Ein Schuft, der Schlimmes dabei denkt. Nun, Herr Graf, der Spruch soll uns nicht abhalten zu sagen, was Sie und Ihresgleichen sind. Sie haben einmal recht einfältig aus der Schule geplaudert und die ganze sittliche Verkommenheit und Niedertracht unserer modernen Ausbeuter enthüllt. Zwar, wir haben uns in dieser Beziehung nie einer Täuschung hingegeben, aber es ist denn doch etwas anderes, wenn ein Arbeiterblatt aus eigener Ueberzeugung anklagt oder wenn ein Mitglied der herrschenden Klasse selbst seiner eigenen Klasse Niederträchtigkeit eingesteht. Wir haben nicht, seitdem es in Deutschland eine Arbeiterbewegung giebt, die Gegner in allen Blättern und an allen Orten den Arbeitern Vergnügungs- und Verschwendungssucht vorgeworfen und sie zur Sparsamkeit aufgefordert, und noch heute kann man kein gegnerisches Blatt in die Hand nehmen, keine gegnerischen Gegner hören, wo nicht dasselbe Thema uns vorgeleiert würde. Hier sagt ein Mitglied dieser herrschenden Klasse geradezu, die Arbeiter sind zu solid, machen wir sie also vergnügungssüchtig und damit liederlich; die Arbeiter sparen zu viel, helfen wir sie verschwenderisch machen, damit sie ihren Lohn verjubeln und um so leichter in das ausgespannte Joch sich spannen lassen. Schaffen wir endlich Statistik, aber nicht um zu erfahren, wie der Lohn und die Preise der Lebensmittel, die elenden Wohnungen und die Krankheiten beschaffen sind, durch die der grösste Theil der Arbeiterklasse einem frühen Tode verfällt, nein, benutzen wir die Statistik, um zu erfahren, wo am meisten getanzt wird, und das Volk am leichtsinnigsten ist, um darnach das Menschenverderbungsgeschäft um so bequemer ausführen zu können.

Panem et circenses, das war nicht das Verlangen der römischen Arbeiter, Herr Graf, denn die römischen Arbeiter waren Sclaven und hatten keinen freien Willen; aber Panem et circenses war die Lockspeise der römischen Imperatoren, der römischen Patricier, womit sie das seines Eigenthums beraubte Volk in guter Laune zu erhalten und seine Stimmen zu gewinnen suchten. Panem et circenses war die Losung derer, die im Ueberfluss und im Pfuhl des Lasters sich wälzend, das dumme Volk von seiner eigenen Angelegenheit ab- und die Haut ihm überzuziehen suchten. Und Panem et circenses ist auch heute nach 2000 Jahren noch das Mittel zur Unterdrückung, Darum die Schlacht- und Sieges-, die Sänger-, Turn- und Krieger-, wie jene Feste alle heissen, die der „humane“ Arbeitgeber in schlauer Berechnung seines Vortheils und die schwache Seite seiner Arbeitsbienen kennend, für letztere zeitweilig veranstaltet. Bei Bier und Tanz wird ihnen vergessen zu machen versucht, dass das, was sie als Gnadenbrocken ihres Herrn beklatschen und bejubeln, in Wahrheit nur ihr eigener ihnen vorenthaltener Arbeitsertrag ist.

O, unsere Bourgeoisie weiss, warum sie den Schlacht- und Sieges-

und Festjubel und die Vereinsspielerei cultivirt und sie findet leider noch Dumme genug in der Arbeiterwelt, die das nicht einsehen wollen. Das offene Geständniss des märkischen oder pommerschen Grafen kommt gerade recht, sein Wort wird bei vielen wirken, denen wir bisher vergeblich gepredigt und darum — „schönen Dank Herr Graf."

Soweit der „Volksstaat!" Er thut Recht, sich für den Dienst zu bedanken, den ihm die „Nordd. Allg. Ztg." und der Herr Graf W.-S. geleistet.

Ein anderes Blatt, der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" bringt die Geschichte auch und sagt zum Schlusse:

„Also der Tanz, der mit einem moralischen Mäntelchen umhüllte Tanz in den Dorfschenken ein Mittel zur Lösung der socialen Frage! Wir sind auf dem besten Wege zu dem von uns angestrebten Ziele. Wenn die Internationale trotz aller Verfolgung durch die Regierung noch nicht hat todtgetreten werden können, so wird sie jetzt beim Klange von Fidel und Brummbass unter dem im Zweitritt sich wälzenden Fusse des Mähers und unter dem Schuhe der drallen Bauerndirne ein fröhliches Ende finden, und die Welt wird von allem socialen Elende erlöst sein, bis die Posaune des jüngsten Gerichtes dem tollen Faschingstreiben in diesem Jammerthale schliesslich ein definitives Ende bereitet."

Denzin'sche Anträge, Niendorf'sche Programme mit Strafparagraphen für die Arbeiter, und gräfliche Ergüsse, in der Champagnerlaune àpres le diner zu Papier gebracht und von dienstwilligen Zeitungen verbreitet, wie obigen — die werden die conservative Partei schon zu Ansehen bringen bei den Arbeitern.

Beeilen Sie sich, Herr Graf W.-S., Ihre Dirnen tanzen zu lassen und zu lehren nach Ihrer Pfeife. Schon ist nicht blos Max Hirsch hinter Ihren Knechten und Mädchen her, sondern auch die Internationale. Der „Braunschweiger Volksfreund" vom 28. September 1873 berichtet aus Braunschweig:

„In der Versammlung der Hand- und Fabrikarbeiter vom vorigen Donnerstag wurde beschlossen, die Agitation unter der ländlichen Arbeiterbevölkerung demnächst energisch in Angriff zu nehmen."

Wo die Herren Bebel und Liebknecht aufspielen lassen, da dürften Sie das Tanzen lernen müssen!

Die Sache ist zu ernst für den Cynismus. Bringt doch auch die Kreuzzeitung heutzutage keine — allerdings weniger cynische als komische — Einsendung von schlesischen Baronen mehr, wie man den Strikes und so implicite der socialen Frage durch Versicherungsgesellschaften „auf Actien" beikommen möge. Ich machte damals den erschöpfenderen Vorschlag, Strousberg die „sociale Frage zur Lösung in Entreprise" zu geben — und sie werde sofort $117^3/_8$ bez. u. G. stehen — dafür aber heute wahrscheinlich 37 B. — wie seine Rumänier. Ueber jene harmlose Zeit des Scherzes sind wir hinaus. Die sociale Frage ist eine tief ernste geworden.

Bei den eingeborenen uckermärkischen Arbeitern würde des Grafen Recept zur Beförderung der Liederlichkeit nicht geholfen haben, bei den Polacken mag es praktikabel sein. Möglich, dass man durch Auswanderung der altansässigen Bevölkerung

und Heranziehen von allerhand Gesindel sich wieder wirkliche Leibeigene schafft — aber das 64. Regiment „Prinz Friedrich Carl“ hat in jener Gegend, wohin Herr Dolberg seine Polen importirt, seinen Rekrutirungsbezirk. Wie die Löwen haben diese alten Uckermärker bei Mars la Tour gekämpft, nicht für den eigenen Herd, sondern für die Kathe. Werden die importirten Rekruten und der Aufschlag der Importirten eben solche Soldaten werden?

Eine schwere Sünde haben die Grossgrundbesitzer meiner Heimath am Vaterlande begangen. In den Pachtcontracten sicherten sie sich gegen Devastirung der Güter, indem sie Fruchtfolge genau vorschrieben, Verkauf von Stroh etc. verboten; auf die Arbeiter, die seit undenklichen Zeiten, länger meist als die Vorfahren der Besitzer, auf jenen Gütern heimisch waren, nahmen sie keine Rücksicht. Der Pächter konnte sie austreiben, mit ihnen nach Belieben schalten. Eine rührende Geschichte passirte in eben jener Gegend. Ein Gut, seit 500 Jahren im Besitz derselben Familie, wurde an einen anderen Pächter verpachtet. Der Stellmacher, dessen Vorfahren immer, soweit die Dorftradition reicht, dort Stellmacher gewesen waren, kam zum Grundbesitzer und klagte, dass der neue Pächter seinen Contract so schlecht gestellt habe, dass er auswandern müsse, weil er nicht dabei bestehen könne. Dies werde ihm schwer, da doch die Gräber aller seiner Vorfahren wie seiner Kinder auf dem Kirchhofe des Ortes sich befänden. Der Besitzer möge doch den Pächter veranlassen, ihm den alten Contract zu gewähren. Der Besitzer sagte kühl, die Sache ginge ihn nichts an. Wenn der Stellmacher sich mit dem neuen Pächter nicht einigen könne — möge er ziehen. Und so geschah es.

Das Importiren fremder Arbeiter aus Gegenden, wo sie notorisch schlechter zu leben gewöhnt sind, halte ich für ganz ungehörig. Man sprach, wohl nur im Scherz, sogar davon, Kulis aus China für die deutsche Landwirthschaft einzuführen. Deutschland gehört den Deutschen, gleichgültig, ob sie Geld haben oder nicht. Uebrigens protestiren auch die Arbeiter bereits gegen solchen Import. Ich lasse einen Protest folgen, den die Maurer-, Zimmerer- und Steinmetzengewerkschaft Dresdens im Sommer 1874 an das sächsische Ministerium richtete:

„Wir müssen dagegen protestiren, dass man italienische Arbeiter als eine Art Kulis benutzen will, um uns unsere Existenz zur Unmöglichkeit zu machen. Es ist klar, dass die Italiener in Folge ihrer Bedürfnisslosigkeit weit billiger als wir arbeiten und uns arbeitslos machen. Wir müssen schon in Folge der klimatischen Verhältnisse, in denen wir aufgewachsen, mehr Bedürfnisse haben; und weiter wird wohl die Regierung einsehen, dass jene Bedürfnisslosigkeit den Ruin aller Geschäfte bedeutet. Jene Arbeitslosigkeit muss also unsere Existenz vernichten, zwingt uns auszuwandern, oder wenn dies nicht geht, zu — verhungern. Wir verlangen also als Schutz ein Gesetz, welches in gewisser Weise die Einfuhr von Italienern, der neuen Art Kulis, beschränkt. Zum Schutze eines Industriezweiges werden ja sehr oft Schutzzölle aufgestellt, warum soll nicht zum Schutze eines Erwerbszweiges sich auch irgend ein Gesetz

finden, in einer Zeit, wo die Gesetzgebungskraft des deutschen Reiches gerade soviel Producte schafft. Wir verlangen hierauf das Heranziehen auch der italienischen Arbeiter zu den Krankenkassen, denn nicht genug, dass wir arbeitslos werden, sollen wir alsdann auch noch die vermehrten Gemeindelasten mit tragen. Wir verlangen weiter, dass bei Staatsbauten hauptsächlich Staatsangehörige berücksichtigt werden. Die Staatsangehörigen müssen die Geldlasten tragen und in gewisser Form würde das eine Entschädigung sein, wenn das durch Steuern verausgabte Geld, wenn auch in kleineren Dosen, und nachdem die Unternehmer den Hauptprofit eingestrichen haben, in Geldlohn wieder zurückerstattet wird. — Wir verlangen zum Schluss eine Massregel, welche alle übrigen Palliative unnöthig macht, nämlich die obligatorische Einführung eines Normalarbeitstages. Abgesehen davon, dass ein solcher schon zur Erhaltung der Arbeitskraft nöthig ist, damit wir nicht so früh der sogenannten Armenunterstützung anheimfallen, wir bitten die Herren Minister nur die Bücher conservativer katheder-socialistischer Professoren nachzuschlagen, dürfte ein solcher die Privatbauunternehmer alsbald veranlassen, zu uns zurückzugreifen, da bei gleicher Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit der Italiener eine durchaus geringere ist, als die unserige, weil ja schon die Sprachverschiedenheit die geringere Leistungsfähigkeit der Italiener bewirken muss."

Den Leuten, welche gewohnt sind, den Spruch im Munde zu führen: „Arbeit ist Waare," wird es freilich spanisch vorkommen, dass sie sich die Arbeit nicht von da sollen kaufen dürfen, wo sie am billigsten ist. Aber ich bin nicht für solchen Freihandel und überhaupt nicht für den Menschenhandel. Die Arbeit ist keine Waare, sie ist der Mensch selber oder doch untrennbar an ihn gebunden.

Auf dem Congress der Landwirthe 1872 stellte ich den Antrag, die Lage der ländlichen Arbeiter durch eine Commission untersuchen zu lassen. Die Commission hat einen schlechten Fragebogen verfasst, wonach höchstens der gegenwärtige Zustand der Landarbeiter ermittelt wird. Nichtsdestoweniger ist, was vom Referenten, Herrn v. d. Golz, darüber in der „Concordia" veröffentlicht wurde, traurig genug.

Die folgenden Angaben sind Herrn v. d. Golz vom Verwaltungsdirector des — Präsidenten des Vereins ländlicher Arbeitgeber, Herrn Grafen Otto von Stolberg-Wernigerode, gemacht und werfen nicht gerade ein gutes Licht auf die Art, wie man Arbeiter dort stellt. Danach stellt sich der tägliche Bedarf einer Arbeiterfamilie, aus fünf bis sieben Personen bestehend, auf 24 bis 26 Sgr., der jährliche Bedarf auf 292 bis 308 Thlr. Der jährliche Bedarf für eine Familie normirt sich im Durchschnitt auf ungefähr 300 Thlr., welche Summe einem täglichen Verdienst von einem Thaler pro Arbeitstag entspricht.

Thatsächlich verdient nun der Mann in dortiger Gegend weniger als einen Thaler pro Tag; es besteht eine Differenz zwischen der Summe des wirklichen Consums der Arbeiter und ihrem Lohnverdienst. Dieselbe aufzuklären, fehlt uns das Material; aber auch an Ort und Stelle diese Aufklärung zu verschaffen, möchte nicht ganz leicht sein, da die Quellen des Nebenerwerbes der Ar-

beiter sehr mannigfaltig und oft sehr schwer nachweisbar sind. Besonders gilt dies für die ländlichen Arbeiter, worüber mir vielfache Erfahrungen vorliegen. Ich begnüge mich, sagt v. d. Golz, deshalb, hier einfach die Mittheilung wiederzugeben, welche Herr v. Hoff hinsichtlich der genannten Differenz macht. „Bei Prüfung der Ansätze durch unbetheiligte Personen und Hausfrauen ist mir bei keiner Position der Einwand gemacht, dass sie zu hoch sei, wohl aber bei mehreren, dass sie zu niedrig gegriffen. Wenn ich nichtsdestoweniger auf einen durchschnittlichen Tagelohnsatz von einem Thaler komme, so stehe ich vor dem Räthsel, dass der Arbeiter im Allgemeinen hier keinen Thaler verdient. Das Räthsel wird dadurch, dass ich den Verdienst der Frau resp. der Kinder nicht veranschlagt habe, keineswegs vollständig gelöst, da ich auch wieder Arbeitsstörungen unberücksichtigt gelassen habe. Ich fürchte deshalb fast, dass die Zusammenstellung auf die Fährte unerlaubten Erwerbes, von welchem der Arbeitsherr nichts weiss, mich führen wird.“ Der Herr Director — er war auch auf den Eisenacher Kathedersocialisten-Congressen — gesteht also zu, dass die Arbeiter auf der Besitzung jenes Herrn so schlecht gestellt sind, dass sie mit Nothwendigkeit Spitzbuben werden müssen.

Der Jahresbericht des schleswig-holsteinischen Landwirthschaftlichen Generalvereins pro 1873, erstattet an das Präsidium des Königl. Landesökonomie-Collegiums in Berlin, sagt u. a.:

„Die Lage der Arbeiter ist eine unerfreuliche; ihr Verdienst ist vieler Orten unzureichend und überall mehr oder weniger precär; ihre Zukunft ist trübe, weil sie keine Aussicht haben, aus der Abhängigkeit vom Arbeitgeber sich zur Selbstständigkeit emporzuarbeiten. In vielen Fällen ist die Krankenkasse und das Arbeitshaus ihre letzte Zuflucht, nachdem ihre Kräfte erschöpft sind . . . Dass daher gerade in Schleswig-Holstein die Socialdemokratie so raschen Fuss gefasst hat, kann nicht überraschen. Es fehlt in dieser Provinz an geistigen Dispositionen oder Interessen, welche die Gemüther so stark bewegen, dass sie ein Gegengewicht gegen die socialistische Lehre abgeben könnten. Um die (protestantische) Kirche bekümmern sich die arbeitenden Klassen sehr wenig; die Kirche ist keine hervorragende Macht in dieser Provinz; fast nur in den besitzenden Klassen hat sie noch Boden. Aber auch das Vaterland ist in den unteren Kreisen kein Gegenstand der Liebe und Verehrung. Die Vorstellung von der Macht und Stetigkeit des Staates, von dem Respect, der ihm gebührt, ist in unsern Arbeiterkreisen verloren gegangen, da sie einen wiederholten Wechsel gesehen und erlebt haben, der ihnen mehr auf Willkür, als auf Vernunft und Recht zu beruhen scheint. Die Opposition gegen die Regierung fand einen fruchtbaren Boden; auch die Presse der besitzenden Klassen predigte Opposition von verschiedenen und wechselnden Standpunkten aus und ihnen schloss sich die Masse an, bis sie auf den Gedanken kam, die Opposition fortan für eigene Rechnung weiter zu führen . . Das aus früherer Zeit herübergenommene patriarchalische Verhältniss findet sich nur noch selten und nur, wo der Gutsherr eine besonders achtbare Persönlichkeit ist.“

Bemerkenswerth ist der Passus über die Ohnmacht der protestantischen Kirche. Wie kann das anders sein? Als ich noch jünger und optimistischer war, besuchte ich den General-Superin-

tendenten Herrn Büchsel in Berlin, der ein specieller Landsmann von mir ist, machte ihn auf die sociale Gefahr und auf die Aufgabe der Kirche ihr gegenüber aufmerksam, indem ich ihm die fleissige Bemühung der katholischen Geistlichen für die Arbeiter vorhielt und sie lobend als Muster hinstellte. Von einem jungen Redacteur einem hohen Würdenträger der Kirche und alten Manne gegenüber vielleicht sehr tactlos gehandelt. Aber solche Rücksichten habe ich in dieser Sache nie gekannt und glaube nur meine Schuldigkeit gethan zu haben, glaube aber auch, dass Herr Büchsel seine Schuldigkeit nicht gethan hat. Er meinte, ich sei ein junger Mann und voll Hoffnung, ich möge nur weiter arbeiten, aber helfen werde es nichts! Der allgemeine Zusammenbruch komme doch!

Die „Kreuz-Zeitung," zu deren dirigirendem Comité Herr Büchsel lange gehört hat, scheint diesen Pessimismus auch jetzt noch zu theilen, was um so bedauerlicher ist, als sie ja in letzter Zeit mehr und mehr den Charakter einer Kirchenzeitung angenommen hat und einen grossen Einfluss auf die evangelisch-orthodoxe Geistlichkeit übt. Ich schliesse das aus einer Stelle des Referates, welches ein Herr v. O. der „K.-Z." für die Nummer vom 4. October 1874 über den Protestantentag zu Wiesbaden geliefert hat. Darin heisst es wörtlich:

„Irgend ein Redner fordert von den Theologen „volkswirthschaftliche Studien," vielleicht damit sie wieder, wie die alten Rationalisten, zu Weihnachten über Stallfütterung predigen."

Wie unwichtig dem Referenten die Sache ist, erhellt schon daraus, dass er es nicht einmal für nöthig hält, uns mit dem Namen jenes Redners bekannt zu machen. Der Schlusssatz aber verräth doch geradezu eine fast unbegreifliche Stupidität! Wo hat denn der Mann seine Augen und Ohren? Hat er nie die „Chr.-soc. Blätter," die „Economie Chrétienne," die „Revue des Associations," die „Essener Blätter" u. s. w. gelesen? Hat er nie Kenntniss davon genommen, dass die katholischen Geistlichen jetzt mit so grossem Eifer „volkswirthschaftliche Studien" treiben, dass sie aber in Folge dessen keineswegs „über Stallfütterung" predigen? So lange man in einem Blatt, welches als das Hauptorgan der evangelischen Geistlichkeit gilt, solche bornirten Ansichten entwickeln darf, ohne dass aus dem Leserkreis sich ein Sturm der Entrüstung gegen eine Redaction richtet, die dergleichen ohne Randbemerkung aufnimmt, so lange darf man sich über die Ohnmacht der evangelischen Kirche nicht wundern, deren Diener wirklich ihre Kraft nicht aus dem Volke ziehen, wie die der katholischen Kirche, sondern aus der Stütze, welche ihnen der Staat zu gewähren für gut hält. Es ist deshalb auch komisch, wenn sie hie und da den Versuch machen, dem Staat gegenüber eine gewisse Selbstständigkeit zu beanspruchen. Sie sind gehorsame Diener des Staates und müssen es bleiben, auch wenn der Staat den Taufzwang der Gemeindeglieder abschafft, den Zwang zur Einziehung der Hebeammengebühr aber den Geistlichen lässt. Ohn-

mächtige Diener sind sie, weil, wenn sie den Versuch machen würden, sich gegen den Staat zu setzen, neun Zehntel von ihnen gleichgültig oder sogar mit Schadenfreude von ihrer Gemeinde fallen gelassen würden. Warum geschieht das den katholischen Priestern, wie wir täglich sehen können, nicht? — Einfach, weil sie ihre Hauptsorge nicht an Frau und Kinder — die sie nicht haben — sondern an ihre Gemeinde verwendeten und dabei ausser der eigentlichen Seelsorge auch die Sorge für deren materielles Wohl sich angelegen sein liessen. Zu letzterem Zwecke studirten sie Volkswirthschaft, nicht, um über Stallfütterung zu predigen. Gewöhnt, dass man mir gegenüber Sätze aus dem Zusammenhang reisst und mir Ideen unterschiebt, die ich nicht habe ausdrücken wollen, will ich mich hier sehr energisch dagegen verwahren, als neigte ich etwa im Geheimen zur katholischen Kirche. Ich habe mit ihr nichts zu schaffen, sondern gehöre durchaus der evangelischen an, deshalb aber suche ich gerade auf ihre Glieder zu wirken und namentlich auf ihre berufenen Diener. Innig betrübt hat es mich, wenn Geistliche, mit denen ich mich unterhielt, auf den „unchristlichen" Socialismus schimpften wie die Rohrsperlinge; wenn ich dann aber frug, was sie denn von den Theorien der grossen Socialisten wüssten und was denn davon so unchristlich sei — so mussten sie meist gestehen, dass sie nie eine Zeile der Werke jener Männer zu lesen für nöthig befunden hatten, deren Ideen sie so kühn verurtheilten. Sollte sich Büchsels pessimistische Ansicht darauf stützen, dass er, der die nationalökonomische tiefe Unwissenheit der meisten evangelischen Geistlichen natürlich kennt, auch glaubt, man werde sie nicht bewegen können, Etwas zu lernen und darnach zu handeln, so muss ich freilich das Wort, er habe seine Schuldigkeit nicht gethan, modificiren, indem ich es eben auf das Gros der Geistlichkeit anwende. Höchst komisch ist es mir erschienen, wenn solche Geistliche mir sagten: „Ja, die katholische Kirche kann eine sociale Thätigkeit entfalten bei ihrer straffen Organisation. Da befiehlt es der Bischof und alle Geistlichen müssen in der befohlenen Richtung arbeiten. Das geht bei uns nicht."

Liegt hierin nicht das beschämende Zugeständniss, dass die evangelischen Geistlichen überwiegend zu träge oder zu unwissend und zu wenig nach eigener Belehrung strebend sind, indem sie bei der so hoch gehaltenen evangelischen Freiheit nicht das leisten können, was die katholischen Geistlichen zu leisten gezwungen werden?

Ich glaube freilich nach der Erfahrung, die ich mit den Conservativen gemacht habe, dass Büchsel Recht hat. Ich bin Mitglied des Vorstandes jenes Vereins ländlicher Arbeitgeber und habe mit Wort und Schrift auf jenen Verein im Sinne humaner, christlicher Reform zu wirken gesucht. Und das Resultat? Siehe oben!

Mit Recht hat ein schottischer Geistlicher, Chalmers, den Ausspruch gethan, dass die sociale Frage in ihrer jetzigen Gestalt

die Quittung sei, welche die arbeitenden Klassen der Kirche über ihre Seelsorge ertheilen. Der Ausspruch hat viel Wahres, obschon er natürlich die Sache nicht erschöpft. Diese christlichen Arbeitgeber werden die Quittung für ihre Leistungen auch eines Tages erhalten.

A. Wagner hat in seiner Recension meines I. Bandes dieses Buches gesagt, es sei nicht wahrscheinlich, dass die Conservativen, bei ihrer grossen Lässigkeit, mein Reformprogramm acceptirten, meistentheils hielten sie mich wohl gar für wenig besser als einen Socialdemokraten. Bis jetzt scheint er Recht zu haben. Auch nicht ein Wort der Anerkennung ist mir aus diesem Lager bisher geworden und, wie es scheint, zieht man sich noch mehr von mir jetzt zurück, als schon vordem. Meine Politik ist nicht die des Augenblickes und ich habe in der Schule grosser, wirklicher Staatsmänner warten gelernt. Die Zukunft wird mich rechtfertigen und jene Kurzsichtigen und Egoisten strafen. Wenn Gott mein Leben bis auf die bekannte biblische Grenze verlängert, so wird diese Hand, die so warme Warnungen und so durchdachte Rathschläge für die deutschen Conservativen schrieb, auch noch die Geschichte ihres kläglichen, selbstverschuldeten Unterganges schreiben — wenn kein Wunder geschieht.

Zu dem oben gegebenen Jahresbericht macht die „Concordia“ eine Bemerkung, die hier noch folgen mag:

„Aus fast jedem Berichte der verschiedenen landwirthschaftlichen Vereine leuchtet die precäre Stellung des Arbeiters hervor. Wenn hier oder dort seine Lage als „gut“ etc. bezeichnet wird, so illustriren die beigegebenen Zahlen dieses Urtheil in eigenthümlicher Weise. Man hält den Tagelöhner offenbar genügend abgefunden, wenn er das Minimum dessen zu erwerben vermag, was zur „Erhaltung und Fortpflanzung“ nothwendig ist. In den meisten Fällen bringt es der ländliche Arbeiter nicht über 200 Thaler hinaus — was seine Familie aber thatsächlich zum Leben braucht, das sagt in groben Umrissen der Wilstermarsch-Verein (der die unumgänglich nothwendigen Ausgaben einer Arbeiterfamilie auf 292 Thaler taxirt; so dass also der Arbeiter durchschnittlich viel weniger verdient, als er nothwendig gebraucht, nicht Hunger zu leiden!!), dessen Rechnung im Ganzen für alle Theile Schleswig-Holsteins gilt. Erwägt man nun im Ernste die Situation der niederen Klassen, so ist es wahrlich eine zu starke Zumuthung, wenn man — wie die Phrase lautet — von dem „gesunden Sinn“ der Letzteren voraussetzen wollte: sie würden nicht auf Diejenigen hören, welche ihnen Besserung der Zustände versprechen. — In den ländlichen Districten liegen, wie die Berichte darthun, die socialen Verhältnisse am betrübendsten in den sogenannten Güterbezirken, in den Landen der alten Ritter. Dort vor Allem erweisen sich Contract- und Wortbruch an der Tagesordnung; dort vor Allem sind die Dinge darnach, dass sich ein Arbeiterstand, wie die sogenannten „Wochlöhner“ bilden kann; dort vor Allem ist es, woher die Klagen über schlechte Wohnungen etc. kommen, wo überhaupt die Herzenshärtigkeit der Arbeitgeber sich am meisten breit macht. Wir hören von dort her am seltensten von Reformen in dieser oder jener Richtung, wohl aber lasen wir kürzlich, dass von einem Herrn Grafen im östlichen Holstein 47 Arbeiter auf Grund ihrer Abstimmung bei den letzten Reichs-





tagswahlen ohne Umstände entlassen wurden und lesen noch heute in verschiedenen Blättern, dass dort die Kündigung socialistisch gesinnter Tagelöhner und Gutsangehöriger täglich fortgesetzt werde. Brauchen wir zu sagen, dass durch dies Verfahren, wenn sonst in keiner Weise den berechtigten Anliegen der Arbeiter Beachtung geschenkt wird, nur Oel ins Feuer gegossen wird? Hier thut wahrlich den Arbeitgebern eine Belehrung über ihre sociale Stellung nicht minder noth, als man dieselbe gegenüber den Arbeitnehmern empfehlen mag. Wer die „sociale Frage eine Bildungsfrage“ nennen will, der wolle das nimmer vergessen.“

Leider muss ich die Angaben der „Concordia“ aus eigener, vielfacher Erfahrung bestätigen. Nach dem Untergang der „Revue“ gezwungen, des billigeren Unterhaltes wegen vorläufig auf dem Lande zu leben, habe ich meine alte Ansicht immer mehr sich befestigen gesehen. Auf einem alten Familienbesitz des Ostens beispielsweise, fiel mir das „verbuttete“ Wesen der Kinder und die Hässlichkeit der Arbeiterfrauen bei noch nicht vorgerücktem Alter auf. Der Grund bestand darin, dass einmal die Wohnungen sämmtlich zu niedrige Fundamente hatten und ewig feucht waren, und dass Frauen und Kinder das Brennmaterial als Raff- und Leseholz aus dem Walde zusammen karren mussten, was im Winter, Herbst und Frühling hier bei Bekleidung der Füsse mit Holzpantoffeln und schlechten Strümpfen, ein immerwährender Grund zur Erkältung war. Der Besitzer war sehr christlich; aber er sorgte weder für gesunde Wohnungen, noch liess er den Arbeitern das Brennmaterial fahren. Das war so altes Herkommen, daran zu rütteln wäre ja nicht „patriarchalisch“ gewesen. Der Besitzer war aber, und das ist das psychologisch Merkwürdige, ein wirklich wohlwollender und sonst höchst ehrenwerther Mann und hatte nicht eine Ahnung davon, dass er an den Arbeitern — der freilich verpachteten Güter — sich versündige.

Noch ein Beispiel! Jenen Pact der rügenschen Arbeitgeber hat auch Wilhelm, Fürst zu Putbus, unterschrieben. Auf seinen 6 □ Meilen Fideicommissbesitzungen existiren wirklich ganz einzige Verhältnisse. Jene 6 □ Meilen sind meist in kleinen Bauernparzellen, weniger in grösseren Gütercomplexen, auf kurze Fristen, meist 14 Jahre, verpachtet. Den Pächtern gehören Inventar und die Gebäude. Dies erklärt, weshalb der Rügen-Reisende elende, aber schön angestrichene Bauerngehöfte, lauter Fachwerksbauten, sieht; nur die fürstlichen Privatgebäude, Förstereien etc. sind splendide gebaut. Zieht der Pächter nach 14 Jahren ab, so werden die Gebäude taxirt und vom neuen Pächter bezahlt. Neubauten werden nur vergütigt, wenn der Fürst den Bauconsens gegeben hat. Bei jeder Neuverpachtung überbieten sich die Pächter, die nirgends anders hin können und die sich ungern von dieser Scheinselbstständigkeit trennen. So hat man einen proletarischen Bauernstand daselbst.

Dies ist noch dasselbe System, welches vor der ersten Revolution in Frankreich als Mainmortage in Geltung war. Es ist natürlich absolut culturwidrig, denn jene Bettelbauern können nicht melioriren, nicht „gut“ wirthschaften.

Herr Professor Dr. v. d. Golz ist der Redacteur des Berichtes, welchen die Commission zur Untersuchung der Lage der ländlichen Arbeiter, eingesetzt 1872 auf den Antrag von Dr. Rodbertus-Jagetzow, Schumacher-Zarchlin und mir, im Jahre 1875 erstatten will. Er hat alles Material, welches ihm aus den verschiedensten Theilen Deutschlands zugegangen ist, zur Hand, hat bereits früher ein Buch über die Verhältnisse der Landarbeiter geschrieben, das von vielem Fleiss, einer im Allgemeinen gesunden Ansicht, wenn auch nicht gerade weitem politischen Blick und grosser Festigkeit in Theorie und reicher socialer Anschauung zeugt. Derselbe gehört der gemässigt liberalen Richtung an, nähert sich den Kathedersocialisten und betrachtet die Dinge vom entschieden evangelisch-christlichem Standpunkte. Er ist einer der reinsten Charaktere, die sich derzeit dieser Frage widmen, man kann auf sein Urtheil über concrete Dinge mit gutem Gewissen etwas geben. Dieser Herr nun hat in der „Concordia“ ab 25. Juli 1873 mehrere Artikel veröffentlicht, denen ich einige Stellen hier entlehne, weil sie durchaus unverdächtig socialdemokratischer Tendenz sind. Es heisst da:

„Die Art und Weise der Vertheilung des Grundeigenthums hat auf die ländlichen Arbeiterverhältnisse den grössten Einfluss. Schon eine oberflächliche Betrachtung der thatsächlichen Zustände muss uns hiervon überzeugen. Wo in Deutschland der Grossgrundbesitz vorherrscht, bestehen die ländlichen Arbeiter vorzugsweise aus contractlich gebundenen, auf dem Gute des Arbeitgebers wohnenden Leuten: Gesinde oder Dienstleute. Dies ist nicht zufällig, sondern in der Natur der Verhältnisse begründet. Das Interesse der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber erfordert es, dass erstere in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen. Bei grossen Gütern lässt sich dies aber nicht anders bewirken, als dass die Arbeiter auf diesen selbst wohnhaft sind, dass ihnen also der Gutsbesitzer auf dem eigenen Grund und Boden nicht nur eine Wohnstätte, sondern auch Beköstigung oder die zum Lebensunterhalt nöthigsten Naturalien in Form von Land, Viehfutter, Getreide u. s. w. gewährt. Damit ergiebt sich das Erforderniss der Abschliessung eines auf längere Zeit lautenden, für beide Theile bindenden Contractes von selbst. Nur dann könnten auf den grossen Gütern contractlich gebundene Arbeiter, vom eigentlichen Gesinde abgesehen, entbehrt werden, wenn der Umfang dieser Güter sich immer in gewissen mässigen Grenzen (etwa 500—750 Hektare) hielte, und wenn zwischen den grossen Gütern Dörfer, deren Insassen zum Theil aus ländlichen Arbeitern bestehen, regelmässig eingesprengt lägen. Beides ist aber im nördlichen Deutschland gewöhnlich nicht der Fall. Der Umfang vieler Güter ist erheblich grösser als 500—750 Hektare, die Dörfer sind sehr unregelmässig vertheilt und die Zahl der in denselben befindlichen Arbeiterbevölkerung ist relativ gering.

Anders dort, wo der mittlere und Kleingrundbesitz vorherrscht, wie im mittleren und südwestlichen, in etwas geringerem Masse auch im südöstlichen Deutschland. Hier finden sich, abgesehen vom eigentlichen Gesinde, die contractlich gebundenen Arbeiter nur in beschränkter Zahl; die meisten Arbeiter wohnen in den überall zerstreut liegenden Dörfern und sind selbst Besitzer oder doch wenigstens Pächter von einem Stück Land.

Wo der Grossgrundbesitz in vorwiegendem, der mittlere und kleine

Grundbesitz nur in untergeordnetem Masse vertreten ist, finden wir regelmässig eine grosse Kluft zwischen den einzelnen Klassen der ländlichen Bevölkerung; dieselben sondern sich scharf von einander, weil die verbindenden Mittelglieder fehlen. Dieser Zustand kann auf einer gewissen Stufe der allgemeinen Entwicklung als ein natürlicher und berechtigter gelten. So lang einerseits die niedere Bevölkerung, besonders die Arbeiter, die Bevorzugung der Grossgrundbesitzer hinsichtlich der Bildung, der materiellen Glücksgüter und der Macht als etwas Selbstverständliches betrachten und deshalb mit ihrer untergeordneten Stellung zufrieden sind und so lange andererseits die Grossgrundbesitzer die Pflicht der Fürsorge für das äussere und innere Wohl der Arbeiter anerkennen und ausüben, ich sage, so lange von beiden Seiten diese Voraussetzungen zutreffen, wird die scharfe Trennung der einzelnen Klassen der ländlichen Bevölkerung nicht als ein abnormer und bedenklicher Zustand betrachtet werden können. Die niedere ländliche Bevölkerung, der Unfähigkeit auf eigenen Füssen zu stehen sich bewusst, sucht und findet in dem Stande der grossen Grundbesitzer ihre nächste und beste Stütze und stellt dafür letzteren ihre Arbeitskraft ganz oder theilweise zu Gebote; dabei kann sowohl für die Gesammtheit dieser Bevölkerung wie für das landwirthschaftliche Gewerbe in bester Weise gesorgt sein.

Indessen jene beiden Voraussetzungen sind zu keiner Zeit allgemein zugetroffen und sind heutigen Tages nur noch in sehr geringem Grade vorhanden. Die niedere ländliche Bevölkerung hat zwar früher das Bewusstsein der Inferiorität im Verhältniss zu den Grossgrundbesitzern vollständig gehabt, aber letztere haben ihre Pflicht zur Fürsorge für jene stets nur sehr mangelhaft erkannt und noch mangelhafter erfüllt. Jetzt aber ist auch die Willigkeit der Unterordnung der unteren ländlichen Klassen unter die oberen in erheblichem Masse geschwunden. Der Unterschied in Bezug auf inneres und äusseres Vermögen wird von jenen als eine beklagenswerthe Thatsache, vielfach sogar als eine Ungerechtigkeit betrachtet. Dadurch gewinnt die ungleiche Vertheilung des Grundbesitzes eine ganz andere Bedeutung. Das contractlich gebundene Verhältniss der Arbeiter zu den grossen Grundbesitzern, welches früher beiden Theilen sehr erwünscht und vortheilhaft war, erscheint nun beiden als lästig. Der Arbeiter fügt sich mit Unlust in die für ihn daraus sich ergebende Beschränkung und Abhängigkeit, der Gutsherr möchte gerne die unzufriedenen und dabei theuren Arbeiter wenigstens von seinem eigenen Grund und Boden los sein und dieselben durch ausserhalb wohnende, blos im Tagelohn stehende Leute ersetzen. Beide Theile sind aber an einander gekettet, und zwar der Gutsbesitzer an den Gutstagelöhner noch mehr wie dieser an jenen. Denn dem Tagelöhner wird es viel leichter, wenn ihm das bisherige Lebensverhältniss nicht mehr behagt, nach der Stadt zu ziehen oder nach Amerika auszuwandern, als dem Gutsbesitzer, sein Gut zu verkaufen und sich einen anderen Lebensberuf zu suchen. So sehen wir denn in der That, dass dort, wo der Grundbesitz vorherrscht, die ländlichen Arbeiterverhältnisse am wenigsten günstig sind. Dort ist der Arbeitermangel am grössten, die Auswanderung von Arbeitern am stärksten, die geleistete Arbeit kommt dem Arbeitgeber am theuersten zu stehen und die gegenseitige Unzufriedenheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern macht sich am lautesten geltend. Alle diese Erscheinungen hängen eng mit der ungleichen Vertheilung des Grundeigenthums zusammen, wenn sie auch nicht als alleinige Folgen derselben zu betrachten sind. So lange jene in dem jetzigen Umfang fortbesteht, kann von einem normalen Zustande des socialen Lebens und besonders der Arbeiterver-

hältnisse auf dem Lande nicht die Rede sein. Die Wohlfahrt sowohl des landwirthschaftlichen Gewerbes wie aller Klassen der ländlichen Bevölkerung verlangt es, dass im nördlichen Deutschland der Umfang der grossen Güter zu Gunsten schon bestehender oder neu zu begründender, mittlerer, kleiner und kleinster Grundbesitzungen beschränkt werde.

Manche werden nun sagen, dass die Freiheit des Verkehrs mit Grund und Boden allmählich von selbst zu einer grösseren Zertheilung desselben führen werde. Indessen scheinen die bisherigen Erfahrungen dies keineswegs zu bestätigen."

Herr v. d. Golz weist dies mit statistischen Zahlen nach und untersucht nun, woher es kommt, dass wir im östlichen Preussen so wenig kleine Grundbesitzer haben. Er findet, dass Staat und Grossgrundbesitzer gleichmässig die Schuld daran tragen. Weshalb sie, wie mir scheint, beide zur Abhülfe sich verbinden müssten. Der Freiherr v. d. Golz sagt also:

„Schon bald nach dem Erlass des preussischen Edictes vom 14. September 1811 betreffend „die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse," welches die Umwandlung der früher nicht eigenthümlich besessenen bäuerlichen Höfe in volles und freies Eigenthum der jeweiligen Inhaber festsetzte, liefen zahlreiche Beschwerden gegen dasselbe Seitens der Kreisstände und einzelner grosser Grundbesitzer ein. Die Regierung gab denselben leider insoweit nach, als sie die Declaration vom 24. Mai 1816 erliess, welche viele nach dem Edict von 1811 regulirungsfähige Höfe von der Regulirung ausschloss und deren vollständige Einziehung zu dem Hauptgute gestattete. In Folge dessen sind viele bäuerliche Höfe eingegangen; am härtesten wurden aber die Kleinstellenbesitzer betroffen, da nach der Declaration von 1816 alle sogenannten Dienstfamilien-Etablissements, d. h. alle Kleinstellen, welche nicht als selbstständige Ackernahrung gelten konnten, für nicht regulirungsfähig erklärt wurden. Aehnliche, die Eigenthumsverleihung an die Inhaber kleinerer Grundstücke beschränkende Bestimmungen ergingen in den Jahren 1827 und 1836. In der ganzen Zeit von 1815 bis 1841 liess sich die preussische Regierung von der Befürchtung beherrschen, die Gesetzgebung von 1807—1811 könnte die Folge haben, dass der Grund und Boden sich zu sehr zersplitterte und dass den grossen Grundbesitzern die nöthigen Arbeitskräfte entzogen würden. Wiederholt versuchte die Regierung auch eine Beschränkung der freien Theilbarkeit der bäuerlichen Höfe und der Gründung neuer Ansiedelungen gesetzlich durchzuführen; sie scheiterte dabei aber an dem Widerspruch der Provinzialstände und namentlich der Vertreter der Landgemeinden.

Im Jahre 1837 und in den darauf folgenden Jahren liess die preussische Regierung umfassende statistische Untersuchungen über die Folgen der Gesetzgebung von 1807—1811 in Bezug auf den bäuerlichen und Kleinbesitz anstellen. Das Resultat derselben ergab, dass die freie Verfügbarkeit und Theilbarkeit des Grund und Bodens nirgends die Existenz und fortschreitende Entwicklung des Bauernstandes gefährdet hatte, dass aber vielfach „Bauerngüter zu grösseren Grundbesitzungen zusammengekauft oder ausgekauft und mit Rittergütern vereinigt worden waren;" es ergab ferner, dass, mit dem Anwachsen der Dörfer gleichen Schritt haltend, die bäuerlichen Besitzer den im Dorf sich niederlassenden Handwerkern, Kaufleuten, auch Tagelöhnern häufig kleine Parzellen ihres Grundeigenthums im Wege des freiwilligen Verkaufs überlassen hatten. Hierdurch, sowie durch die 1841 erstatteten Gutachten der Provinzialstände überzeugte sich die Staatsregierung davon, dass die freie Theil-

barkeit des Bodens dem Bauernstand keine Gefahr brachte und dass die Ansässigmachung von Kleingrundbesitzern in den Dörfern im Interesse der übrigen ländlichen Bevölkerung selbst liege. Sie änderte deshalb ihre Agrarpolitik und machte zunächst keine Versuche mehr, die normale Entwicklung der landwirthschaftlichen Besitzverhältnisse zu hemmen. In dem Gesetz vom 2. März 1850, „betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse,“ ging sie wieder ganz auf die Principien der Gesetzgebung von 1807—11 zurück, ohne jedoch den in den Jahren 1816—40 durch ihre reactionären Massnahmen angerichteten Schaden gut machen zu können.

Während der Jahre 1851—58 folgte abermals eine Periode, in der die preussische Regierung die freie Theilbarkeit des Bodens und die Ansässigmachung von Kleingrundbesitzern mit misstrauischen Augen betrachtete, auch einzelne schüchterne Versuche anstellte, der natürlichen, nach einer gleichmässigeren Vertheilung des Bodens drängenden Entwicklung entgegenzuarbeiten, indessen machte die im Jahr 1858 beginnende Umwandlung unserer Staatsverhältnisse allen derartigen Bestrebungen ein Ende.

Mit dieser, der Ausbreitung und Consolidirung des Standes der bäuerlichen und Kleingrundbesitzer im Ganzen ungünstigen Haltung der preussischen Regierung stimmte überein das Verfahren der Grossgrundbesitzer. Dieselben waren zwar dem eigentlichen Bauernstande ebenso wenig wie die Regierung principiell abhold, aber sie thaten auch nichts, um denselben zu heben und zu halten; sie verkannten die zwischen ihnen und den bäuerlichen Besitzern bestehende Solidarität der Interessen. Demzufolge setzten sie die erwähnten Regulirungsbeschränkungen zu Ungunsten der bäuerlichen Besitzer durch und benutzten sie die äussere Bedrängniss, in welcher der Bauernstand während der ersten Jahrzehnte nach Erlass der Regulirungsgesetzgebung sich befand, um recht viele Bauernhöfe auszukaufen und mit dem eigenen Gute zu vereinigen. In der Zeit von 1810 bis etwa 1835 befand sich ja überhaupt das landwirthschaftliche Gewerbe in Deutschland in übler Lage, theils in Folge der Kriege, theils in Folge andauernd niedriger Preise seiner Producte. Hierunter litten die Bauern aber sehr viel mehr als die Grossgrundbesitzer. Denn jene hatten meist noch bedeutende Ablösungsrenten zu zahlen, sie besassen auch nicht die geistigen und materiellen Mittel, um die durch Thaer und Andere angebahnten Fortschritte auf dem Gebiete ihres Gewerbebetriebes sich zu Nutze zu machen; ihr Credit war ferner ein sehr beschränkter; endlich legte ihnen die ja im Uebrigen sehr vortheilhafte Gemeinheitstheilung zunächst manche Kosten und sonstige Lasten auf, welche für viele schwer zu tragen waren. So konnte es nicht fehlen, dass eine grosse Zahl der ohnehin an selbstständiges Wirthschaften noch nicht gewöhnten Bauern ihren Verpflichtungen nicht wohl nachkommen konnte und dass es den Grossgrundbesitzern ein Leichtes wurde, viele bäuerliche Höfe auszukaufen.

Weit antipathischer als die Bauern waren aber den Grossgrundbesitzern die Inhaber der kleinen Grundstücke, die Eigenkäthner, Häusler, Colonisten oder wie dieselben sonst heissen mochten. Die Ansiedelung solcher in der Nähe ihrer Güter suchten sie möglichst zu hintertreiben, die bereits angesiedelten kleinen Leute möglichst auszukaufen. Zur Rechtfertigung dieser Massregel beriefen sie sich auf die allerdings nicht selten vorkommende Thatsache, dass die Kleinstellenbesitzer, obwohl der Ertrag ihres Grundbesitzes zur Befriedigung ihrer Lebensnothdurft keineswegs hinreichte, sich dennoch weigerten, auf Lohnarbeit zu gehen, vielmehr die

fehlenden Lebensbedürfnisse auf widerrechtliche Weise zum Schaden der umliegenden Gutsherrn sich zu verschaffen suchten. Es bestand und besteht zum Theil noch ein dauernder Kriegszustand zwischen den Grossgrundbesitzern und den Colonisten; jene gingen auf die Vertreibung dieser von ihrem Grundeigenthum aus und letztere nahmen von den landwirthschaftlichen Erzeugnissen jener widerrechtlicher Weise so viel an sich, als sie nur ungestraft vermochten. Wenn trotzdem die Zahl der Kleingrundbesitzer im Laufe der letzten Jahrzehnte fortwährend, obwohl langsam, gestiegen ist, so liegt dies daran, dass ein Theil der bäuerlichen Höfe zu Colonistenstellen zerschlagen wurde, oder dass Bauern einzelne Stücke ihres Areals an Colonisten abtraten. Das Bedürfniss nach Vermehrung der Kleingrundbesitzer war ein so starkes und in der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse so begründetes, dass sie auch trotz des Widerstandes der Grossgrundbesitzer und trotz der Seitens der Staatsregierung vorhandenen Abneigung erfolgte.

Noch im Jahre 1867 kam es in Ostpreussen vor, dass sämmtliche umliegende Rittergutsbesitzer dagegen Protest erhoben, als Herr Neumann-Posegnick auf seinem eigenen Grund und Boden alte verdiente Arbeiter ansiedelte, und dass der Landrath des Kreises, ebenfalls ein Rittergutsbesitzer, Herrn Neumann aufgab, die errichteten Arbeiterhäuser wieder fortzuschaffen. Der Landrath berief sich dabei auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Januar 1845, nach welchen Ansiedelungen untersagt werden können, wenn davon eine Gefahr für das Gemeinwesen zu besorgen ist. Auf die Beschwerde des Herrn Neumann hin wurde das Resolut des Landrathes durch die zuständige Regierung und, als der Landrath demnächst an den Minister des Innern recurrirte, auch von letzterem aufgehoben. Dieser Vorgang zeigt sehr deutlich, wie einmüthig und nachhaltig die Grossgrundbesitzer bis in die neuere Zeit hinein den Kampf gegen die Ansiedelung kleiner Grundbesitzer fortgesetzt haben.

Wäre die Stellung der preussischen Regierung und namentlich der Rittergutsbesitzer gegen die bäuerlichen und besonders gegen die nicht spannfähigen Grundeigenthümer eine andere gewesen, dann wäre jetzt die Zahl der beiden letztgenannten Klassen der ländlichen Bevölkerung im nordoestlichen Deutschland eine viel erheblichere, dann wäre auch der Mangel an landwirthschaftlichen Arbeitskräften ein weniger grosser."

Herr v. d. Golz behauptet nun, dass:

„1) die Vertheilung des Grundeigenthums mit den ländlichen Arbeiterverhältnissen in innigem Zusammenhang steht; 2) das Ueberwiegen der grösseren Güter gegenüber dem mittleren und kleinen Besitz an dem Mangel ländlicher Arbeiter, sowie an der äusseren und inneren Kluft, welche im nördlichen Deutschland zwischen den ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich findet, eine Hauptschuld trägt; 3) die preussische Staatsregierung und die grossen Grundbesitzer der natürlichen, auf eine gleichmässigere Vertheilung des Grundbesitzes hinzielenden Entwicklung hemmend entgegengetreten sind; 4) eine Aenderung in der Vertheilung des Grundeigenthums im nördlichen Deutschland im Interesse sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer durchaus nothwendig ist.

Es bleibt nur noch zu erörtern, in welcher Weise eine Aenderung der ländlichen Besitzverhältnisse durchführbar erscheint."

Hierüber habe ich mich in einer besonderen Broschüre: „Die ländliche Arbeiterfrage. Berlin bei Aug. Schindler," ausgesprochen, auf die ich verweise. Golz will die Arbeitercolonien an Bauerndörfer ansetzen. Er sagt:

„Wie ich schon früher bemerkte, müssen die Bauerndörfer den localen Mittelpunkt für die Gründung von Ansiedelungen grundbesitzender ländlicher Arbeiter abgeben. Die Arbeiter dürfen nicht, wie es wohl früher Seitens des Staates geschah, isolirt angesiedelt, sondern sie müssen gleich in engen Zusammenhang mit einem Gemeindeorganismus, welcher geistig und materiell ihnen überlegene Elemente in sich birgt, gebracht werden. Deshalb ist es auch nicht räthlich, in einem Bauerndorf einzelne bäuerliche Besitzungen zur Ansässigmachung von Arbeitern aufzukaufen und zu zerschlagen; es müssen vielmehr die vorhandenen Bauernhöfe conservirt und wo möglich noch vermehrt werden. Das Land zur Ansiedelung von Arbeitern müssen die benachbarten Grossgrundbesitzer hergeben und zwar an der Grenze der bäuerlichen Feldmark, damit es mit letzterer ein zusammenhängendes Ganzes bildet. Die Grossgrundbesitzer haben hiervon einen erheblichen Vortheil; sie erlangen nämlich einen Zuwachs von Arbeitskräften, auf welche sie mit ziemlicher Sicherheit rechnen können. Denn die angesiedelten Leute sind gezwungen, ihren Lebensunterhalt grösstentheils durch Lohnarbeit zu verdienen und der benachbarte Arbeitgeber ist immer im Stande, ihnen grössere Vortheile zu bieten als der entfernter wohnende.“

Und nun kommt eine Stelle, welche ich besonders zu beachten bitte, da sie weit radikaler ist, als alle meine Forderungen. Man sieht aber, wohin ein einsichtiger, obschon den Grossgrundbesitzern so höchst wohlwollender Advokat, wie Freiherr v. d. Golz es ist, kommt.

„Für den dem Grossgrundbesitzer somit erwachsenden Gewinn kann man von ihm auch ein Opfer verlangen. Es würde nicht zuviel sein, wenn man fordert, der Gutsbesitzer solle das nöthige Land an die Bauerngemeinde unter der Verpflichtung, dasselbe zur Ansiedelung von Arbeitern zu benutzen, unentgeltlich abtreten.“

Ich wollte es ihnen durch Rentenbriefe abkaufen. Aber man wird wohl weder Golz noch mir Gehör schenken — und so wird dann einst die „sociale Liquidation“ von anderen Leuten vollzogen werden, die weniger rücksichtsvoll für die jetzigen Besitzer sind, als der Königsberger Professor und der Berliner Redacteur.

Denn was soll man dazu sagen, dass auf der Conferenz ländlicher Arbeitgeber der Graf G. mir, als ich die Dotirung der Arbeiter mit Grundbesitz verlangte, mit Thränen in den Augen sagte, ich dürfe ihm glauben, dass er ein warmes Herz für seine Arbeiter habe, aber seine Besitzungen habe er von seinen Vorfahren ererbt und die heilige Pflicht, sie seinen Nachkommen ganz und ungeschmälert zu hinterlassen. Er könne und dürfe keinen Morgen Land an Arbeiter zu Eigenthum abtreten. Da hört aber die Discussion auf. Die Logik der Geschichte, der Thatsache, tritt an Stelle der des Wortes und löst solche Trugschlüsse in ihr Nichts auf.

Vor dem historischen Recht habe ich alle Achtung, allein wie dasselbe niemals stationär war, sondern fortgebildet wurde, so muss es, den Zeitbedürfnissen entsprechend, fortgebildet werden, wie der Conservative wünscht, mit allseitiger Zustimmung der Betheiligten. Die Zustimmung der Grundbesitzer zu unabweisbar gewordenen

agrarischen Reformen zu gewinnen, habe ich mich denn auch bemüht, bin aber überzeugt, dass zwar ich nicht, aber Andere, Gewaltigere und Gewaltthätigere das bestehende Recht einseitig umwandeln werden, wenn jene den Bedürfnissen der Zeit beharrlich sich widersetzen. Jene Ansicht des Herrn Grafen G. beruht zudem auf total falscher historischer Auffassung. Er nimmt den Moment zum Ausgangspunkt, in dem — wahrscheinlich war es das an Grafen so fruchtbare Jahr 1840 — ein Herr von G. ein Fideicommiss von so und soviel Morgen stiftete. Dieser Gentleman änderte aber in jenem Augenblick das specielle Recht für seine Familie und deren Besitz, freilich mit Zustimmung des Staatsoberhauptes Und das sollte einem Nachkommen verboten sein? Oder ist die Geschlossenheit der Besitzung des Herrn Grafen G. etwa ein vorhistorisches, ein Ur- und Naturrecht? Dann müsste das erste Buch Mosis corrigirt werden; „Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde und Adam und Eva, als Stammeltern der übrigen Menschheit, daneben den ersten Grafen und die erste Gräfin G. und gab ihnen die Herrschaft X. und so und soviel Arbeiterfamilien, aus etwas schlechterem Lehm geformt, darauf, die Herrschaft zu bauen für die Grafenfamilie, sie und ihre Nachkommen in Zeit und Ewigkeit." — Meines Erachtens ist der historische Verlauf der Dinge, in England überall fast, in der Mark meistentheils der, dass die Vorfahren der heutigen Arbeiter, Wenden, Besitzer des Grund und Bodens waren, dass die deutschen Eroberer ihnen den freien Besitz, der wohl auch ein collectivistischer war, nahmen, dass der Markgraf und seine Nachfolger den deutschen, mit ihm über die Elbe gekommenen Adel mit dem Grundbesitz belehnten, unter der Verpflichtung, gewisse Leistungen, namentlich militairische, dafür zu entrichten. Diese feudalen Rechtstitel, die weit entfernt davon waren, Privateigenthum an Grund und Boden im heutigen absoluten Sinne des Wortes zu schaffen, sind späterhin allerdings durch den Fürsten mit oder ohne Zustimmung des Adels mehr oder minder in Privatrechtstitel verwandelt worden. Die eingeborne, unterworfene Bevölkerung, die den Grundstamm unserer Landarbeiter bildet, ist aber weder bei der Schaffung jenes Feudalrechtes noch bei der des jetzigen Privatrechtes gefragt worden, wenigstens soweit sich diese Entwicklung vor 1848 vollzog. Nach Savigny hat es bezüglich des Grundbesitzes drei historisch auf einander folgende Systeme gegeben: Gemeingut und Gemeingenuss, Gemeingut und Privatgenuss und endlich Privatgut und Privatgenuss, welche Systeme ihre bestimmten geschichtlichen und wirthschaftlichen Bedingungen hatten. Aendern sich diese Bedingungen, so wird sich auch das System, welches jetzt herrscht, ändern müssen. Es handelt sich aber bei v. d. Golz und meinen Reformvorschlägen gar nicht um Aenderung des Systems von Privatgut und Privatgenuss, sondern nur um eine Reform innerhalb dieses Systems, das unterscheidet uns Social-Conservative eben von der Socialdemokratie. Wird die Reform nicht vollzogen, so sehe ich den Untergang des Systems durch die Re-

volution voraus und die Herrschaft eines neuen, communistischen Systems anbrechen.

Die Ansicht des Herrn Grafen G. hat aber weder eine historische Berechtigung, noch ist sie von politischer Klugheit dictirt. Die heutigen Zustände werden ebenso wenig stationär bleiben, wie es die früheren waren. Mangelnde historische Kenntniss und das Wohlbefinden unter den gegenwärtigen Verhältnissen verführt viele Besitzende dazu, das Gegenwärtige als das Ursprüngliche, Natürliche, einzig Berechtigte, deshalb Unabänderliche zu betrachten, während es doch nur eine Welle in dem ewig fortrauschenden Strom der geschichtlichen Entwicklung ist, und der Tropfen, der sich heute auf dem Kamm der Welle im hellsten Sonnenglanze schaukelt, morgen schon von der nächsten Welle verschlungen und auf den Grund des Wassers geschlagen werden kann."

Nun noch Eins. Die „Bildung" unserer Arbeiter, meinen Manche, werde sie auch vor der Neigung zum russischen Agrarcommunismus bewahren. Die „Concordia," indem sie von dem Agrarcommunismus der spanischen Internationalen, der 1873 praktisch wurde, spricht, sagt:

„Was in Spanien durch die herrschende allgemeine Unwissenheit und die harmlose Urtheilslosigkeit selbst der Führer erleichtert worden sein mag, das würde dafür bei uns voraussichtlich durch ein desto grösseres Raffinement verschärft. Wir müssen überhaupt von der Ansicht ganz zurückkommen, als ob es die grössere oder geringere Einsicht der Volksmassen sei, welche solche Dinge ermögliche oder unmöglich mache. Die Bildung ist in unserem Volke weiter verbreitet als in Spanien, das ist wahr; aber nicht nur lässt sie auch bei uns noch sehr viel, man möchte sagen fast Alles zu wünschen übrig, sondern auch ein bedeutend grösseres Mass von Bildung würde die Lage durchaus nicht wesentlich verbessern, wenn jene spanische Losgebundenheit einmal auch bei uns zur Herrschaft kommen sollte. Es ist gar nicht das Wissen, welches den Unterschied begründet. Nein, was dem deutschen Volke Vorschub leistet, und was unsere Hoffnungen auf unsere bessere Zukunft desselben, als die des spanischen sein dürfte, aufrecht erhält, das ist das Vorhandensein gewisser sittlicher Güter, gewisser, von den Gebildeten wie von den breiten Massen des Volkes anerkannter, gleichsam in Fleisch und Blut übergegangener Grundsätze. Zu ihnen rechnen wir vor Allem auch den neugewonnenen Staatsgedanken; und nicht minder rechnen wir zu ihnen jenen conservativen Sinn unseres Bürger- und Bauernstandes, welcher sich lieber misstrauisch und ablehnend verhält, als dass er errungene Culturgüter leichtsinnig auf's Spiel setze. Den Grundstein und Abschluss aber dieser sittlichen Ideen bildet der Ernst, mit dem das deutsche Volk in seiner grossen Mehrzahl die Religion als eine Herzenssache, als etwas, wodurch der Mensch erst in einem höheren und edleren Sinne zum Menschen wird, betrachtet.

Das Bischen mehr buchstabiren, welches unser Volk kann, würde uns nicht vor spanischen Zuständen schützen, und auch eine gründliche Verbesserung und Erweiterung der Volksschule — womit es übrigens der Natur der Dinge nach nur langsam gehen kann — würde uns gegen die heillosesten Vorgänge und Zerrüttungen nicht unbedingt sichern. Was uns, will's Gott, sichert, das sind die festen, in dem Gemüthe des Volkes wurzelnden Culturgrundlagen. Was uns also noth thut, das ist eine stete

Kräftigung dieser Grundlagen, eine stete Verlebendigung der Formen, welche ihre Träger sind. Die Cultur ruht nicht in den einzelnen Menschen, aus denen Staat und Gesellschaft jetzt zufällig bestehen, und mit Nichten hat jeder Staatsangehörige das Recht, diese allgemeine Cultur-Errungenschaften in Frage zu stellen. Nur die Gesammtheit ist vermöge der Ideen, welche in ihr zum Ausdrucke gelangt sind, der Träger der Cultur, und die Formen derselben pflegen nicht etwas Zufälliges, sondern etwas auch ihrerseits durch die Culturentwicklung Bedingtes zu sein. Halten wir also daran fest, dass die fortschreitende Entwicklung sich stets nur im Anschlusse an die sittlichen Ideen vollziehen kann, welche Gemeingut unseres Volkes geworden sind, und dass jede Zerstörung einer solchen Idee uns spanischen Zuständen näher bringt, jede Schaffung oder festere Begründung einer neuen uns von denselben weiter entfernt!"

Ja wohl, die Kräftigung der Grundlagen unserer Cultur, d. h. die Verbreiterung des Fundaments des Privateigenthums, namentlich auch am Grund und Boden, das kann allein uns vor spanischen Zuständen schützen. Vergessen wir nicht: Der freie, grundbesitzende Bauer und wohlhäbige Eigenkathner sind conservativ, der ländliche wie industrielle Proletarier verfallen mit Sicherheit dem Communismus. Letzteren macht man ungefährlich, wenn man die Zahl der Ersteren vermehrt, die der Letzteren auf ein Minimum reducirt. Dies ist das A und Ω social-politischer Weisheit für den, der auf dem Boden der heutigen Gesellschaft steht. Für den, der diesen verlassen hat, hat das Dogma Marx geschrieben.

Herr Professor Wagner sagte in seiner Kritik des I. Bandes dieses Buches, seine Disposition sei mangelhaft, und der freundliche Leser wird fragen, wie kommt diese Auseinandersetzung über die Lage ländlicher Arbeiter in Deutschland in das Capitel Russland? Nun, ich wollte bloss beweisen, dass Herr Wagner mit seiner folgenden optimistischen Auffassung irrt, die sein Buch abschliesst und lautet:

„Fällt, wie die Anhänger des Gemeindebesitzes behaupten, der Vergleich der wirthschaftlichen, geistigen und sittlichen Lage unserer ländlichen Bevölkerung und der russischen Bauern irgend zu Gunsten der letzteren aus? Besitzt der Westen wirklich ein so grosses, gefährliches ländliches Proletariat, von welchem Russland frei ist? Befindet sich dieses westeuropäische „Proletariat" in einer so elenden Lage? Nur Parteilichkeit und Blindheit kann diese Fragen bejahen und den russischen Zuständen irgend den Vorzug einräumen. Nur ein leerer Wortstreit ist es, von ländlichem Proletariat in West- und Mitteleuropa zu reden und das Vorhandensein solchen Proletariats in Russland zu läugnen. Wenn Derjenige Proletarier heisst, welcher auf dem platten Lande kein Grundeigenthum oder kein unentgeltliches Nutzniessungsrecht am Boden hat, so kann man freilich im Westen viele, im Osten nur sehr wenige ländliche Proletarier finden. Wenn dagegen mit viel besseren Gründen diejenigen Proletarier genannt werden, welche in kümmerlichster Weise von der Hand in den Mund leben, fast kein Capital zu eigener Wirthschaft haben, ihr Geschäft erbärmlich verstehen und noch erbärmlicher betreiben, auf sehr niedrer Stufe der Intelligenz, Bildung und Sittlichkeit stehen, sich im kleinsten besonderen Unglücksfall niemals selbst helfen können, jedes ernstlichen Strebens und Könnens im wirthschaftlichen und culturlichen und sittlichen Vorwärtskommen baar und ledig, kurz Leute,

welche so beschaffen sind, wie die früher mitgetheilten Aussprüche gebildeter Russen ihre bäuerlichen Landsleute schildern — so kann doch wahrlich nur die Verblendung und Entstellung läugnen, dass die ungeheuere Mehrzahl der russischen Bauern und somit des russischen Volks Proletarier der schlimmsten Art sind. Mittel- und Westeuropa bieten in irgend grösserer localer Ausdehnung auch nicht entfernt ein ähnlich zahlreiches, ähnlich schlimm gestelltes ländliches Proletariat, wie es in Grossrussland, nicht allein, aber wesentlich mit in Folge seines Gemeindeeigenthums am Boden oder seines fehlenden privaten Grundeigenthums zu finden ist."

Ich glaube, dass wir schon ein ebenso elendes Proletariat stellenweise haben. Jene oben geschilderten verkauften, wie Vieh importirten Arbeiter sind Proletarier schlimmster Art. Und es scheint, als würde die Arbeiterbevölkerung immer mehr dieser ähnlich. Dass in Russland vorläufig die Freigebung der Leibeigenen das Elend vermehrt hat, weiss ich wohl. Aber dasselbe war in Preussen nach der Bauernemancipation, sogar noch in den 20er Jahren der Fall, wo man oft einen Bauerhof umsonst erhalten konnte, wenn man sich verpflichtete, seine Abgaben zu tragen. Aber mit der Zeit werden sich die Russen, wie unsere Bauern, an den Besitz gewöhnen. Und dann wird Russland eine Armee, rekrutirt aus Besitzern, der unsrigen, die zum grössten Theil aus Proletariern rekrutirt sein wird, gegenüber stellen, wenn wir unser Wirthschaftssystem nicht ändern. Freilich stellen sich jetzt in Russland viele Uebelstände heraus, die namentlich in der Unbildung des Volkes, das seine Rechte nicht zu gebrauchen versteht, ihren Grund haben. Doch zweifle ich nicht daran, dass, da die Regierung viel für Unterricht thut, sich der Agrarcommunismus in Russland bewähren wird, und dann ist er eine eminente Gefahr für die Länder, welche der Capital- und Industrieherrschaft verfallen sind, eben wegen der agitatorischen Wirksamkeit, die die russische Regierung, gestützt auf ihn, gegen das Proletariat des Westens ausüben kann — und die eine Partei daselbst durch Bakunin bereits geübt hat.

Wagner, der immer nicht Bakunin, sondern nur die viel gemässigteren Beschlüsse von Basel im Auge hat, sagt:

„Der russische und der socialdemokratische Agrarcommunismus unterscheiden sich in manchen Punkten. Dort herrscht wenigstens vom einen zum anderen Theilungstermine Einzelbetrieb, ähnlich dem des schlecht und unsicher gestellten Pächters, während hier der genossenschaftliche Betrieb der Landwirthschaft in Aussicht genommen wird. Das russische System der Steuern und grundherrlichen Abgaben nebst der Haftung der Gemeinde würde im Betriebe durch die solidarisirten Gemeinden nach dem Baseler Congressplan wohl insofern wiederkehren, als diese Gemeinden, wie es scheint, an die Gesammtheit bestimmte Grundgefälle und dergleichen mehr (Grundrenten) für die Ueberweisung des „Bodenlehens" zu entrichten hätten. Aber die Staats- und Gemeindesteuern brauchen nach der Versicherung der Socialdemokratie dafür nur in viel geringerem Betrage als jetzt erhoben zu werden, da der grosse Aufwand fortfalle, welchen nur das jetzige ungerechte politische System mit seiner Militärwirthschaft und allen seinen Einrichtungen zu Gunsten des Capitalismus

bedinge. Auch dem bedeutsamen Einfluss der Verschiedenheit des Klima's, der niedrigeren Bildungs- und Gesittungsstufe des russischen, im Vergleich mit dem mittel- und westeuropäischen Bauern mag gern Rechnung getragen werden. Aber alle diese Unterschiede stören wohl die Vergleichbarkeit zwischen der russischen und der socialdemokratischen Agrarverfassung, heben sie jedoch durchaus nicht auf. Denn in dem einen entscheidenden Hauptpunkte treffen beide „Landsysteme" zusammen und unterscheiden sie sich gemeinsam gleichmässig von unserem geltenden System des privaten Grundeigenthums: dass beide das persönliche Privatinteresse, welches in unserem System den Eigenthümer und Bewirthschafter an seinen Boden fesselt, für entbehrlich zum Zwecke ordentlicher Bewirthschaftung und für positiv schädlich in allgemeiner ökonomischer und socialer Beziehung halten.

Nun kommt Wagner auf einen Hauptpunkt:

„Zudem, aus den verschiedenen politischen Parteien Russlands, Radicalen und Nihilisten, wie Slavophilen und Panslavisten recrutiren sich neuerdings mehrfach die Apostel und Führer der internationalen Socialdemokratie. In der grossrussischen Agrar- und Dorfgemeinde-Verfassung erkennen diese Russen mit starkem nationalen Selbstgefühl ein ökonomisches Princip, welches ihre Heimath, die grosse sarmatische Ebene, sicher und dauernd vor dem Elend westeuropäischen Proletariats bewahren soll... Mit der Propaganda für dieses Princip (des Gemeindeeigenthums an Grund und Boden) bedrohen moskowitische Slavophilen und Panslavisten den „verrotteten, altersschwachen" Occident. Mit Schadenfreude wiederholen sie das Wort Cavour's, der einst gegen einen Petersburger Diplomaten äusserte: „Der gleiche Antheil, den Ihr Russen jedem Eurer Bauern am Grund und Boden einräumt, ist uns gefährlicher als Eure Armee!"

Cavour war, wie es scheint, ein weitsichtiger Staatsmann! Wann wird Bismarck seinen „Colbert" finden?

Wagner fürchtete sich 1870, da er auch Bakunin's „Mission" nicht ahnte, noch nicht so sehr wie ich heute, dennoch aber schrieb dieser für einen Kathedersocialisten merkwürdig weitsichtige Mann:

„Aber immerhin ist auf den Zusammenhang zwischen den Wühlereien der Socialdemokratie und den moskowitischen Bestrebungen auch für die rein politische Seite der Frage Gewicht zu legen. Als Agitationsmittel zu specifisch grossrussischen politischen Zwecken lässt sich das communistische Agrarprincip wohl brauchen und unschwer in den socialdemokratischen Jargon übersetzen." (Ist, wie ich zeigen werde, bereits geschehen.) „In den deutschen Ostseeprovinzen dient die Drohung mit dem Agrarcommunismus gleichzeitig zur Störung und womöglich zur Zerstörung der vorhandenen Cultur und deren weiterer Entwicklung, sowie des germanischen und protestantischen Geistes der Deutschen, Letten und Esten . . . Russland hat immer im Trüben zu fischen verstanden, wenn „im verlebten Westen" die Revolution an die Thüre pochte oder die auf Zusammenhalten angewiesenen mittel- und westeuropäischen Culturvölker sich in Kriegen gegenseitig schwächten."

Diese Anschauung Wagner's theile ich durchweg und lege auf dessen Urtheil umsomehr Werth, als er die Russen genau durch das Leben unter ihnen kennt; war er doch Professor in Dorpat.

Ob nun Bakunin ein Abgesandter der russischen Regierung ist oder der panslavistischen Partei, ist in der Sache gleichgültig. Ich werde hier, besonders mit dem von der Internationalen des Herrn Marx gelieferten Material nachweisen, dass Bakunin 1. ein mächtiges Russland will, 2. dass er die Staaten des Auslandes zerrütten und ohnmächtig machen will, und 3. dass er ein socialistisches Programm aufgestellt hat, das im Wesentlichen nur ein Abklatsch des in Russland herrschenden Agrarcommunismus ist, also als Agitationsmittel für russische Eroberer dienen kann.

Bakunin ist russischer Edelmann. Er kam 1848 nach Breslau, wo er in die demokratische Partei aufgenommen wurde. Im selben Jahre betheiligte er sich am Slavencongress in Prag und gab in dessen Namen ein „panslavistisches Manifest" heraus, in dem er die Deutschen und Ungarn als Unterdrücker der Slaven hinstellte. Er reklamirte damals für Russland u. A. auch — Schlesien! Die „Neue Rheinische Zeitung", welche, wenn ich nicht irre, von K. Marx mitredigirt wurde — von da her also schon der Hass beider; stets hatte Bakunin den „deutschen Juden" angegriffen — brachte darauf eine öffentliche Warnung vor Bakunin, der in der revolutionären Partei doch nur ein Agent Russlands sei. Dies brachte die Breslauer Demokraten auf, und einer schrieb an den ersten Redacteur, den „Kasematten-Wolf", um Aufklärung. Dieser antwortete: „Lieber Freund! Welcher Reactionär hat Dir denn beim Schreiben in die Ohren geblasen. Die Redaction veröffentlicht keine Warnung, ohne sich vorher überzeugt zu haben. Willst Du aber die schriftlichen Beweise selbst einsehen, so wende Dich an die George Sand (Gräfin Dudevant); von der haben wir sie."

Bakunin erhielt die Antwort zur Kenntnissnahme, er unternahm n i c h t s zu seiner Rechtfertigung, er verschwand bald darauf aus Schlesien und zwar — nach Russland. Von da kehrte er zurück, um auf einmal öffentlich eine Rolle im Mai-Aufstande in Sachsen zu spielen.

Die Pester „Arb.-W.-Chronik" vom 10. October 1873 bringt nachfolgende Notiz über Bakunin, welche ich natürlich nicht verbürgen kann:

„Michael Bakunin, der anfänglich als Officier dem Artilleriecorps angehört hatte und in dieser Carriere pecuniär von einer Familie B... in Moskau unterhalten worden war, die ihn auch später nach seiner Entlassung aus der Haft dauernd unterstützt hat, hatte sich frühzeitig in revolutionäre Umtriebe eingelassen und war zum Hauptrepräsentanten jenes Bundes geworden, der jedem seiner Angehörigen die Zerstörung der heutigen Gesellschaft zur Pflicht machte. Wegen dieser Umtriebe wurde er sowohl in Sachsen, als auch in Oesterreich zum Tode verurtheilt, aber Russland reclamirte ihn und der Kaiser Nicolaus schien sich persönlich für ihn zu interessiren. (!) So wurde Bakunin zwar mit Ketten belastet durch Wilna geführt, um den Schein zu wahren; in seinem Gefängnisse zu Schlüsselburg dagegen wurde ihm jede mögliche Erleichterung zu Theil. Er ass stets an der Tafel des Gouverneurs, hatte sein eigenes Piano und alle Bücher und Zeitschriften wurden ihm zur

Disposition gestellt. Er konnte bei seiner Entlassung die russischen Gefängnisse, die sonst dem Gefangenen den Todeskeim einpflanzen, gesund und stark verlassen. Aber die Haft hatte seine Gesinnungen nicht geändert, sondern dieselben wurden im Gegentheil immer exaltirter. Er verband sich mit Herzen, der damals noch vertrauensvoll und unerfahren in der Politik war. Der „Kolokol“ war ausersehen, die ausschweifenden Ideen Beider aufzunehmen und zu verbreiten, bis dass Herzen und die Moskauer Freunde ihn immer unterstützen mussten. Auch von den polnischen Emigranten wurden ihm Geldsendungen übermittelt. Nach dem Tode Herzen's erhielt er von den russischen Sectionen 400 Francs monatlich. Sehr charakteristisch ist noch der folgende angeblich verbürgte Zwischenfall mit Garibaldi. Bakunin hatte persönlich Garibaldi aufgefordert, sich an dem letzten polnischen Aufstand zu betheiligen. Menotti Garibaldi hatte der Conferenz beigewohnt und fragte nach dem Weggange Bakunin's seinen Vater, was denn derselbe eigentlich durch diesen Kampf erreichen wolle; der General erwiderte: „Ein Paar neue Beinkleider.“

In Chemnitz gefangen genommen, wurde er von Sachsen und Oesterreich zum Tode verurtheilt, begnadigt, an Russland ausgeliefert. Dies schickte ihn 1856 nach Sibirien, nicht zur Zwangsarbeit, sondern zur einfachen Verbannung. Gouverneur von Sibirien war damals Graf Murawieff-Amurski, ein Verwandter des „Beruhigers“ von Polen und ein Vetter Bakunin's. Dank dieser Verwandtschaft, Dank auch seinen den Panslavisten erwiesenen Diensten, erfreute sich Bakunin einer ausnahmsweisen und begünstigten Stellung. Hier lebte er nicht nur ganz gut, sondern übte sogar durch seinen hohen Verwandten grossen Einfluss.

Versehen mit Geld und im Genuss der hohen Protection des Gouverneurs, konnte Bakunin seine Flucht auf die einfachste Weise ausführen. Nicht nur gab man ihm einen Pass zum Herumreisen in Sibirien auf seinen Namen, sondern obendrein die officielle Mission, das Land bis zur äussersten östlichen Grenze zu besichtigen. Einmal im Hafen von Nikolajeffsk angelangt, kam er ohne Schwierigkeit nach Japan, von wo er sich ruhig nach Amerika einschiffen und Ende 1861 in London anlangen konnte. Hier setzte er sich mit Herzen in Verbindung und wirkte offen als Panslavist. Seit 1867 dann in der bekannten Weise als Internationaler, so die denkbar grössesten Gegensätze vertretend! Er schrieb den ersten Theil eines langen Manifestes, veröffentlicht als Beiblatt zum „Kolokol“ vom 15. Februar 1862 unter dem Titel: „An die russischen, polnischen und sämmtliche slavischen Freunde.“ Der zweite Theil ist niemals erschienen.

Das Manifest führt sich ein mit folgender Erklärung: „Ich habe mir den Muth des allerobernden Gedankens bewahrt, und in meinem Herzen, meinem Willen und meiner Leidenschaft bin ich den Freunden, der grossen gemeinsamen Sache, mir selbst treu geblieben... Ich erscheine jetzt vor euch, meine alten erprobten Freunde, und vor euch, jungen Freunde, die ihr in demselben Gedanken, in demselben Willen lebt wie wir, und ich bitte euch: nehmt mich von neuem in eure Mitte auf; möge es mir vergönnt

sein, unter euch und zusammen mit euch den ganzen Rest meines Lebens zu weihen dem Kampfe für die russische Freiheit, für die polnische Freiheit, für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Slaven."

Wenn Bakunin diese demüthige Bitte an seine alten und jungen Freunde richtet, so thut er es, „weil es ein schlimmes Ding ist, seine Thätigkeit in fremdem Lande auszuüben. Ich habe dies nur zu sehr erprobt in den Revolutionsjahren; weder in Frankreich, noch in Deutschland habe ich Wurzel schlagen können. Und so widme ich auch ferner der fortschrittlichen Bewegung der gesammten Welt meine glühende Sympathie; um jedoch den Rest meines Lebens nicht zu vergeuden, muss ich von jetzt an meine directe Thätigkeit auf Russland, Polen und die Slaven beschränken. Diese drei heute getrennten Welten sind unzertrennbar in meiner Liebe und meinem Glauben. . .

„Bis zur Gegenwart hat das gross-russische Volk, man kann sagen ausschliesslich, von dem nach Aussen gerichteten Leben des Staates gelebt. Wie drückend auch immer seine Lage nach Innen sein mochte, wie sehr diese es auch zur äussersten Verarmung und Sclaverei führte, trotzdem blieb es erfüllt von Liebe für die Einheit, Grösse und Macht Russlands und für diese Principien war es zu allen Opfern bereit. So entwickelte sich im gross-russischen Volke das Staatsbewusstsein und ein Patriotismus, nicht der Phrase, sondern der That. Daher erhielt sich unter allen slavischen Nationalitäten allein das gross-russische Volk unversehrt, es allein erhielt sich aufrecht in Europa und liess dieses seine Macht fühlen. . . . Glaubt nicht, dass es den berechtigten Einfluss und die politische Macht verlieren werde, die es nur durch Kämpfe errungen hat, Kämpfe, geführt durch drei Jahrhunderte und mit der Selbstverleugnung des Märtyrers, nur um den unversehrten Bestand seines Staates zu retten. . . . Verweisen wir die Tataren nach Asien und die Deutschen nach Deutschland, und seien wir ein freies, ein rein russisches Volk." . . . . . . . . . . . . .

Zur besseren Beglaubigung dieser panslavistischen Propaganda, die im Kreuzzuge gegen die Tataren und Deutschen gipfelt, verweist Bakunin seine Leser auf den Kaiser Nicolaus:

„Man sagt, dass selbst der Kaiser Nicolaus kurz vor seinem Tode, als er sich anschickte, Oesterreich den Krieg zu erklären, alle österreichischen und türkischen Slaven, die Ungarn und die Italiener zum allgemeinen Aufstande aufrief. Er selbst hatte den orientalischen Krieg gegen sich heraufbeschworen und, um sich zu vertheidigen, hätte er sich fast aus einem despotischen Kaiser in einen revolutionären verwandeln mögen. Man sagt, dass seine Proclamationen an die Slaven, darunter ein Aufruf an die Polen, bereits unterzeichnet waren. Trotz all seines Hasses gegen Polen begriff er, dass ohne dasselbe der slavische Aufstand unmöglich war . . . . er bezwang seine Abneigung bis zu dem Grade, dass er bereit war, die unabhängige Existenz Polens anzuerkennen, aber . . . . nur jenseits der Weichsel."

Derselbe Mann also, der seit 1868 in Internationalismus macht, predigte noch 1862 den Rassenkrieg im Interesse der russischen Regierung. Der Panslavismus, heisst es in der Marx'schen Anklageschrift, die ich hier oft benutze, ist eine Erfindung des Petersburger Cabinets und hat keinen anderen Zweck als den, die europäischen Grenzen Russlands nach Westen und Süden vorzuschieben. Da man aber nicht wagt, den österreichischen, preussischen und türkischen Slaven ihren Beruf anzukündigen, im grossen russischen Reich aufzugehen, stellt man ihnen Russland als die Macht dar, welche sie vom fremden Joche befreien und in einer grossen freien Föderation vereinigen wird. Der Panslavismus ist demnach verschiedener Schattirungen fähig, vom Panslavismus des Kaisers Nicolaus bis zu dem Bakunin's; aber alle laufen sie auf dieselbe Tendenz hinaus und stehen im Grunde in inniger Harmonie.

Bei Gelegenheit der Aufhebung der Leibeigenschaft genügte dies der revolutionären Partei nicht und man forderte von da Herzen auf, sich gegen die Regierung zu erklären. Dies that aber weder Herzen noch Bakunin. Herzen erklärte, er sei bereit, in Gegenwart von allem Dem, was er die internationale Demokratie nannte, Mazzini's, Victor Hugo's, Ledru-Rollin's, Louis Blanc's etc., den Toast auf den grossen Czar und Emancipator auszubringen, und, fügte er hinzu, was auch die revolutionären Daniels in Petersburg sagen mögen, ihnen und ihren Schreiern zum Trotz: „Ich weiss, dass dieser Toast ein günstiges Echo im Winterpalast (Residenz des Czaren) finden wird.“

Bakunin übertraf Herzen. Gerade als die revolutionäre Partei in voller Auflösung war, veröffentlichte Bakunin seine Broschüre für den Bauernczar: „Romanoff, Pugatschoff, oder Pestel. Die Sache des Volks. Von Michael Bakunin. 1862.“

Manche fragen sich noch, ob es in Russland eine Revolution geben wird. Aber diese Revolution vollzieht sich schrittweise, sie herrscht überall vor, in allen Verhältnissen wie in allen Gemüthern. Sie bethätigt sich durch die Hand der Regierung noch erfolgreicher als in den Bemühungen ihrer eigenen Anhänger. Sie lässt sich nicht beschwichtigen noch aufhalten, bis sie die russische Welt wiedergeboren, bis sie neue slavische Welten geschaffen haben wird.

„Die Dynastie arbeitet selbst an ihrem Sturz. Sie sucht ihr Heil darin, nicht das erwachte Volksleben zu beschützen, sondern darin, ihm Halt zu gebieten. Würde dieses Volksleben verstanden, es hätte das kaiserliche Haus zu einer bis auf den heutigen Tag unbekannten Höhe der Macht und des Ruhmes erheben können... Es ist zu beklagen. Selten hatte das Schicksal dem czarischen Hause eine so grossartige, so segensreiche Rolle zugewiesen. Alexander II. konnte leicht der Abgott des Volkes werden, der erste Czar der Bauern, mächtig nicht durch die Furcht, sondern durch die Liebe, die Freiheit, das Glück seines Volkes. Indem er sich auf das Volk stützte, hätte er der Herr und Erlöser der gesammten slavischen Welt werden können....

„Hierzu freilich musste er ein russisches Herz haben, weit und stark in Hochsinn und in der Wahrheit. Die ganze lebende russische und slavische Gegenwart kam ihm mit offenen Armen entgegen, bereit, seiner historischen Grösse als Fussgestell zu dienen.“

Weiter verlangt Bakunin die Abschaffung des Staates Peter des Grossen, des deutschen Staates, und die Gründung des „neuen Russlands“. Alexander II. ist zu diesem Werk berufen. „Sein Anfang war herrlich; er verkündete die Freiheit des Volkes, die Freiheit und ein neues Leben nach tausendjähriger Sclaverei; es hatte den Anschein, als wollte er das Russland der Bauern (zemskuju Russiju) organisiren, weil im Staate Peter's ein freies Volk unmöglich ist. Am 18. Februar 1861 war Alexander II. trotz aller Fehler, aller absurden Widersprüche des Ukases über die Bauern-Emancipation, der grösste, geliebteste, mächtigste Czar, den Russland je gehabt.“ — Jedoch „widerspricht die Freiheit allen Instincten Alexander's II.“, weil er ein „Deutscher“ ist, und „ein Deutscher wird nie Verständniss oder Liebe für das Russland der Bauern haben . . . er hat nur daran gedacht, das Staatsgebäude Peter's zu befestigen . . . damit hat er ein verhängnissvolles und unmögliches Werk unternommen und arbeitet an seinem eigenen Untergang und dem seines Hauses; er steht auf dem Punkt, Russland in eine blutige Revolution zu stürzen.“

Alle Widersprüche des Emancipations-Ukas lassen sich nach Bakunin vollständig erklären „aus dem Mangel an russischem Geiste beim Czaren, an einem Herzen, das für das Volk schlägt, aus seinem thörichten Streben, koste es was es wolle, den Staat Peter's zu erhalten . . . und doch ist er es, er allein, der in Russland, ohne einen Tropfen Bluts zu vergiessen, die bedeutendste und wohlthätigste Revolution durchführen konnte. Er kann es noch jetzt; wenn wir am friedlichen Ausgange verzweifeln, so geschieht es nicht, weil es zu spät ist, sondern weil wir schliesslich allen Glauben aufgegeben haben, dass Alexander II. die Fähigkeit besitzt, einzusehen, auf welche Weise allein er sich und Russland retten kann. Die Bewegung des nach tausendjährigem Schlafe erwachten Volkes aufzuhalten, ist unmöglich. Aber stellte sich der Czar kühn und entschlossen an die Spitze der Bewegung, dann hätte seine Macht für das Wohl und den Ruhm Russlands keine Grenzen.“ Hierzu brauchte er nur den Bauern Land zu geben, und Freiheit und Selbstverwaltung zu gewähren. „Es ist nicht zu fürchten, dass die Selbstverwaltung der einzelnen Landestheile den Zusammenhang der Provinzen mit einander löse, dass die Einheit Russlands erschüttert werde; die Selbstständigkeit der Provinzen wird nur eine administrative, für die inneren Angelegenheiten gesetzgebende, juridische sein, aber keine politische. Und in keinem Lande, mit Ausnahme Frankreichs vielleicht, ist das Volk in solchem Grade wie in Russland durchdrungen vom Bewusstsein der Einheit, Harmonie und Untheilbarkeit des Staates und der nationalen Grösse.“

Zu jener Zeit verlangte man in Russland die Einberufung einer Nationalversammlung. Bakunin schloss sich diesem Verlangen an und beschwor den Czaren, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Der Czar solle nicht fürchten, dass man etwa den liberalen Schwindel der Staaten des Westens wolle: „Die Mehrheit unserer vorgeschrittenen Jugend weiss sehr wohl, dass die Abstractionen des Westens, sowohl die conservativen als die bürgerlichen, liberalen oder demokratischen, auf die russische Bewegung nicht anwendbar sind . . . das russische Volk bewegt sich nicht nach abstracten Principien . . . das Ideal des Westens ist ihm fremd und alle Versuche des conservativen, liberalen oder selbst revolutionären Doctrinarismus, ihm seine Tendenzen aufzudrängen, werden vergeblich sein . . . es hat sein Ideal für sich . . . es wird neue Principien in die Geschichte hineintragen, es wird eine andere Civilisation schaffen, eine neue Religion, ein neues Recht, ein neues Leben.“ *)

„Gegenüber dieser grossen, ernsten und selbst schrecklichen Erscheinung, dem Volk, wagt man keine Thorheiten zu begehen. Die Jugend wird die lächerliche und hochmüthige Rolle eines täuschenden Schulmeisters fallen lassen. . . . Was können wir das Volk lehren? Wenn man die mathematischen und Naturwissenschaften bei Seite lässt, wird das letzte Wort unserer Wissenschaft die Verneinung der angeblich unumstösslichen Wahrheiten der westlichen Doctrin sein, die vollständige Negation des Westens.“

---

*) In einer, während des Druckes dieses Capitels erschienenen Broschüre von Edgar Bauer: „Die Orientalische Frage und der europäische Frieden. München bei Huttler,“ führt der Verfasser Bakunin ein im Gespräch mit Graf O. (Orlof) zu St. Petersburg, und zwar Ende October 1870. Bakunin sei nach Petersburg gekommen, um sich seine Instruction zu holen für seine bekannte Thätigkeit zu Lyon. Natürlich ist dies Gespräch nur Ausgeburt von Bauer's bekannter geistvoller Phantasie, aber es ist ausgezeichnet durch die richtige Charakterisirung. Bauer schildert wirkliche Typen der russischen Gesellschaft. Bakunin und Orlof sprechen da von der Zukunft des revolutionär zerrütteten Westen und des einigen Russland. Bakunin: „Es klappt, es klappt. Es gestaltet sich meisterhaft. Der Minister scheint willkürlich bald hier, bald da zu klopfen, dass dem geehrten Publikum alle Besinnung schwindet; aber es bildet sich unter seinen Händen der Altar . . .“ Graf O. „„. . . auf welchem die Grösse des heiligen Russlands, die neue weltbeherrschende, unerschütterliche Macht bereitet wird. Wir machen die Revolution nicht; wir wollen sie gar nicht; wir benutzen sie, um nachher mit einer glänzenderen Glorie als Nicolaus das Scepter der heiligen Ordnung zu schwingen, nach welchem die unseligen Massen in der Bethörung sich drängen. Die Geschichte zimmert an einer ungeheuren conservativen Macht, und diese Macht sind wir.““ Bakunin: „Wehe mir!“ Graf O.: „„Sei ruhig, mein Söhnchen. Für Dich bleibt noch viel zu thun. Ueberdies kannst Du zu guter Letzt Staatsrath werden, Excellenz, Gouverneur von Sibirien. Du brauchst nur zu wählen.““ — Ist diese Unterhaltung auch erfunden, die Idee gewisser russischer Kreise ist treu gezeichnet. Der Westen durch die goldene Internationale, das Geldjudenthum in den oberen Kreisen entsittlicht, in den unteren durch die rothe Internationale erbittert, durch den Kirchenstreit im Gewissen beunruhigt, durch den Klassenkampf geschwächt — es wird sich nach Ruhe sehnen — sogar unter der Knute, meinen die mit europäischem Firniss übertünchten Mongolen — und senden ihren Höllenhund Bakunin nach dem Westen, dort die „Anarchie“ zu predigen und praktisch zu machen.

Und um den Czar zu beruhigen, verkündet Bakunin, dass „das Volk nicht für jene revolutionäre Partei ist . . . die ungeheure Mehrheit unserer Jugend gehört der Volkspartei an, der Partei, welche zum einzigen und alleinigen Zweck den Triumph der Volkssache hat; diese Partei hat keine Vorurtheile, weder für noch gegen den Czar, und wenn nicht der Czar, der das grosse Werk begonnen, das Volk verrathen hätte, man hätte ihn nie aufgegeben. Und auch jetzt ist es noch nicht zu spät für ihn, auch jetzt noch würde diese Jugend ihm mit Freuden folgen, vorausgesetzt, dass er an der Spitze seines Volkes schritte. Sie würde sich durch keines der revolutionären Vorurtheile des Westens behindern lassen. Es ist Zeit, dass die Deutschen nach Deutschland abziehen. Wenn der Czar begriffen hätte, dass er von nun an nicht mehr das Haupt einer Zwangs-Centralisation, sondern das einer freien Föderation freier Völker sein müsste, gestützt auf eine feste und neu gekräftigte Macht, im Bündniss mit Polen und der Ukräne, dass er alle so sehr verabscheuten deutschen Bündnisse lösen und kühn das panslavistische Banner erheben müsste — er würde der Heiland der slavischen Welt.

Wem ist es hiernach nicht klar, dass Alles, was Bakunin später von Anarchie gesagt hat, Schwindel ist, freilich ein sehr gefährlicher Schwindel. Anarchie wünscht er im Westen herzustellen, in Russland, meint er, werde dies „revolutionäre Vorurtheil des Westen“ nicht aufkommen. Sein Verhältniss zum Czar ist einfach. Namens der panslavistischen Partei ruft er ihm zu, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Deutschen zu bekriegen — oder — man werde den Thron stürzen und das Volk selbst werde jenen Kreuzzug für die heilige slavische Sache unternehmen. Für den staatsmännisch Geschulten kann es keinem Zweifel unterliegen, dass früher oder später der Czar sich in der That daran machen muss, dass Programm der Panslavisten zu vollziehen; wenn es Alexander II. nicht thut, aus Freundschaft für Kaiser Wilhelm, so ein Nachfolger; wie der König von Preussen, zwar nicht Friedrich Wilhelm IV., aber Wilhelm I., gezwungen war, die deutsche Idee zu verwirklichen, die sonst über ihn selbst zur Tagesordnung übergegangen wäre. Bismarck's unsterbliches Verdienst ist es, dass er diese Nothwendigkeit erkannte. Aber auch Russland wird seinen „Bismarck“ finden, wenn es sich gehörig „erholt“ hat und der Westen gehörig durch Parteikämpfe religiöser und socialer Natur zerrüttet ist. Mit inniger Freude sieht man in Russland, wie wir immer tiefer in den kirchlichen Streit gerathen und wie das arbeitende Volk immer mehr dem Socialismus verfällt. Darum rufe ich immer wieder den Staatsmännern zu: „Macht Frieden mit jenen beiden Parteien, noch geht es, bestehen sie doch aus Deutschen; aber wenn man sie fort und fort Reichsfeinde nennt und so behandelt, so werden sie es schliesslich, und Ihr arbeitet den Russen in die Hände, Ihr gefährdet alle Früchte der bis jetzt so glorreichen Politik des Kaisers und des Fürsten Bismarck!“

Bakunin schrieb damals weiter:

„Ja, in der That, der Krieg gegen die Deutschen ist für die Slaven ein gutes und unerlässliches Werk; es ist jedenfalls besser, als die Polen zum Vergnügen der Deutschen zu ersticken. Eine Nothwendigkeit und heilige Pflicht für das befreite russische Volk wird es sein, sich zur Befreiung der Slaven vom türkischen und deutschen Joche zu erheben."

In derselben Broschüre verpflichtet Bakunin die revolutionäre Partei, sich unter das Banner der Volkssache zu schaaren. Ich gebe hier einige Glaubensartikel des Programms dieser für den Czaren zugeschnittenen Volkssache: „Art. 1. Wir (d. h. Panslavisten) wollen die Selbstregierung des Volks in der Gemeinde, der Provinz, dem einzelnen Lande und endlich dem Gesammtstaate, ob mit oder ohne Czar, daran liegt uns wenig; das wird sich machen, je nachdem das Volk entscheidet. — Art. 2... Wir sind bereit, und die Pflicht gebietet es uns, Littauen, Polen und der Ukräne zur Hülfe zu kommen, um jede Vergewaltigung zu verhindern und diese Länder gegen ihre äusseren Feinde zu beschützen, besonders gegen die Deutschen. — Art. 4. Vereinigt mit Polen, Littauen und der Ukräne wollen wir unseren Arm allen unseren slavischen Brüdern leihen, die gegenwärtig unter dem Joche des Königreichs Preussen, des österreichischen und türkischen Reichs seufzen, und wir verpflichten uns, das Schwert nicht in die Scheide zu stecken, so lange noch ein einziger Slave Sclave der Deutschen, Türken oder wessen sonst sein wird. — Der Artikel 6 schreibt eine Allianz mit Italien, Ungarn, Rumänien und Griechenland vor; es waren gerade diese Allianzen, welche die russische Regierung damals suchte. — Art. 7. Wir werden mit allen übrigen slavischen Stämmen nach der Verwirklichung des theuern Traumes der Slaven streben, nach der Gründung der grossen und freien panslavischen Föderation, damit es nur eine einzige und untheilbare panslavische Macht gebe.

Das ist das grosse Programm der slavischen Sache, das ist das letzte unabänderliche Wort der russischen Volkssache. Wir haben unser ganzes Leben dieser Sache geweiht.

Und nun: wohin gehen wir, und mit wem werden wir gehen? Wir haben gesagt, wohin wir gehen wollen; wir haben auch gesagt, mit wem wir gehen wollen, mit Niemandem anders als mit dem Volke. Bleibt nur noch zu wissen, wem wir folgen werden. Werden wir Romanoff, Pugatschoff oder einem neuen Pestel, wenn sich ein solcher findet, folgen?

Sagen wir die Wahrheit. Wir würden es vorziehen, Romanoff zu folgen, wenn Romanoff sich aus einem Petersburger Kaiser in einen Bauern-Czar umwandeln könnte und wollte. (Wird seiner Zeit geschehen.) Wir würden uns gern unter seine Fahne stellen, weil das russische Volk sie noch anerkennt, und weil seine Macht bereits geschaffen und zum Handeln bereit ist und weil sie unbesiegbar würde, sobald er ihr die Volkstaufe gäbe. Wir würden ihm auch deshalb folgen, weil er allein die grosse friedliche Revolution durchführen kann, ohne einen Tropfen russischen oder

slavischen Blutes zu vergiessen. (Wie Kaiser Wilhelm 1871 jenes deutsche Reich friedlich gestiftet, das die Revolution 1848 nicht durch Blut gründen konnte.) Blutige Revolutionen, Dank der menschlichen Thorheit, werden oft nothwendig; nichtsdestoweniger sind sie ein grosses Uebel und ein grosses Unglück, nicht nur wegen ihrer Schlachtopfer, sondern auch hinsichtlich der Reinheit und Fülle des Zweckes, wozu sie sich vollziehen. Wir haben dies während der französischen Revolution gesehen.

So ist unsere Haltung gegenüber Romanoff klar. Wir sind nicht seine Feinde, wir sind eben so wenig seine Freunde. Wir sind die Freunde der russischen Volkssache, der slavischen Sache. Steht der Czar an der Spitze dieser Sache, so folgen wir ihm; stellt er sich gegen sie, so sind wir seine Feinde. Daher handelt es sich einfach darum: Will Romanoff der russische Czar, der Czar der Bauern sein, oder will er lieber der Petersburger, der Holstein-Gottorp'sche Kaiser sein? Will er Russland, will er den Slaven oder den Deutschen seine Dienste widmen?"

Da die Regierung nicht nach Bakunin's Wunsch verfuhr, denn noch war es nicht Zeit, verlegte er sich darauf, Verschwörungen anzuzetteln, die indess hier nicht interessiren. Dabei behielt er immer die Idee eines grossen mächtigen Slavenreiches im Auge.

Wir haben gesehen, wie er den romanischen Ländern die politische Enthaltsamkeit predigt, d. h. man soll nicht mitwählen, den gesetzlichen Boden nicht betreten zur Hebung der arbeitenden Klassen, sondern auf den Moment der Revolution warten. Das revolutionär zerrüttete Europa wird dann schnell eine Beute des einigen, mächtigen Slavenreiches, gleichgültig, ob dies Monarchie oder Republik ist. Dabei schürt er den Hass der Romanen gegen die Deutschen, weil Deutschland den ersten Stoss von Russland wird auszuhalten haben. Wenn also noch mehrere Kriege Deutschlands mit den Romanen ausbrechen, desto besser für Russland. Er schrieb 1871 „L'Empire knouto-Germanique et la Révolution Sociale," worin er besonders die Deutschen allesammt verächtlich macht und die Slaven herausstreicht, und zwar ist dies Buch auf die Arbeiter der romanischen Länder berechnet.

Bakunin verwendet einige Capitel seiner Broschüre über das „deutsche Knutenreich" darauf, seinen französischen Lesern zu erzählen, dass die deutsche Bourgeoisie tief unter der Bourgeoisie aller anderen Länder stehe, indem sie seit 300 Jahren nie, auch nicht in der Idee, der Freiheit, sondern stets nur dem Knechtsinn gehuldigt habe. Die Deutschen haben, entwickelt Bakunin, nicht nur ihre eigene, sondern auch die Sclaverei Russlands auf dem Gewissen. Denn die altrussische Sclaverei war ein naturwüchsiger Zustand, der sich unter dem Einfluss der Ideen des Westens in liberalem, demokratischem, humanem Sinn entwickeln konnte und musste, wenn er nicht von den Deutschen mit ihrer polizistischen, bureaukratischen und militärischen Wissenschaft zu einem förmlichen System ausgebildet worden wäre. Die Czaren sind Deutsche, und durch Deutsche herrschen sie. Die Russen aber, Volk wie

Adel und Popen, strengen sich an, das deutsche Joch abzuschütteln. „Um nur die bezeichnendsten Thatsachen anzuführen," sagt Bakunin zur Begründung dieser Anschauung, „so haben wir von 1818 bis 1825 mehrere Hundert Adlige, die Blüthe unseres Adels, der höchsten und reichsten Klasse Russlands angehörig, eine sehr ernste und sehr bedrohliche Verschwörung gegen den kaiserlichen Despotismus bilden sehen, mit dem Zweck, auf seinen Ruinen eine monarchisch-liberale Verfassung, wie die Einen wünschen, oder nach dem Wunsche der Mehrzahl, eine föderative und demokratische Republik zu gründen, welche beide zur Grundlage die vollständige Emancipation der Bauern mit Ueberlassung des Bodens als ihr Eigenthum hatten. Seither hat es keine einzige Verschwörung in Russland gegeben, an welcher sich nicht junge, oft sehr reiche Adelige betheiligt hätten. Anderseits weiss die ganze Welt, dass es besonders die Söhne unserer Priester sind, die Studirenden unserer Akademien und unserer Seminare, die die heilige Phalanx der socialistisch-revolutionären Partei in Russland bilden. Ja, die Herren deutschen Patrioten möchten mir doch Angesichts dieser unbestreitbaren Thatsachen, die selbst ihre sprüchwortliche Unaufrichtigkeit nicht zu beseitigen vermag, sagen, ob es je in Deutschland viele Adlige oder Studirende der Theologie gegeben hat, die gegen den Staat für die Emancipation des Volkes conspirirt haben? Und doch fehlt es ihm weder an Städten, noch an Theologen. In allen diesen respectablen Klassen aber, den Vertretern der deutschen Civilisation, ist der Servilismus nicht nur eine natürliche Wirkung natürlicher Ursachen, sondern er ist ein System, eine Wissenschaft, eine Art von religiösem Cultus geworden, und deshalb bildet er eine unheilbare Krankheit. Können Sie sich einen deutschen Bureaukraten oder einen Offizier der deutschen Armee denken, der conspirirt und revoltirt für die Freiheit, für die Emancipation der Völker? Gewiss nicht. Wir haben wohl neulich gesehen, dass Officiere und hohe Beamte gegen Hrn. v. Bismarck revoltirten, aber zu welchem Zweck? Um einen despotischen, einen legitimen König wieder auf seinen Thron zu setzen. Nun, die russische Bureaukratie und das russische Officiercorps zählen in ihren Reihen viele Verschwörer für das Volk. Das ist ihr Unterschied; er ist ganz zu Gunsten Russlands. — Natürlich musste die knechtende Wirkung der deutschen Civilisation, wenn es ihr auch nicht gelungen ist, die privilegirten und officiellen Körperschaften Russlands völlig zu corrumpiren, doch auf diese Klassen einen schlimmen Einfluss ausüben, und ich wiederhole, es ist ein grosses Glück für das russische Volk, dass es von dieser Civilisation verschont geblieben ist, so gut es verschont geblieben ist von der Civilisation der Mongolen. . . Die deutsche Bourgeoisie lebt in ihrer Knechtschaft ruhig und glücklich, wie eine Ratte in einem Käse; aber sie will, dass der Käse gross sei. Von 1815 bis heute hat sie nur einen einzigen Wunsch gehegt, aber diesen mit einer ausdauernden, energischen und einer besseren Sache würdigen Leidenschaft. Sie wünschte, unter der Hand eines

mächtigen Herrn zu stehen, wäre es auch eines wilden und brutalen Despoten, wofern er ihr nur, als Gegenleistung für ihre nothwendige Sclaverei, das gäbe, was sie ihre nationale Grösse nennt; wofern er nur alle Völker, das deutsche Reich mit eingeschlossen, erzittern mache im Namen der deutschen Civilisation. Man wird mir einwenden, dass die Bourgeoisie aller Länder heutzutage dasselbe Streben zeigt, dass sie überall bestürzt läuft, um sich unter den Schutz der Militärdictatur zu bergen, ihre letzte Zuflucht gegen die immer drohender werdenden Angriffe des Proletariats. Ueberall verzichtet sie auf ihre Freiheit, im Namen der Wohlfahrt ihrer Börse, und um ihre Privilegien zu wahren, verzichtet sie überall auf ihr Recht. Der Bourgeois-Liberalismus ist in allen Ländern eine Lüge geworden und existirt kaum noch dem Namen nach. Ja, das ist wahr. Aber wenigstens in der Vergangenheit hat der Liberalismus der italienischen, schweizerischen, holländischen, belgischen, englischen und französischen Bourgeois wirklich existirt, während der der deutschen Bourgeoisie niemals existirt hat. Sie finden weder vor noch nach der Reformation irgend eine Spur von ihm."

Dass die Franzosen ihre Provinzen zu einer „einen und untheilbaren Republik" verschmolzen haben, findet er in der Ordnung. Die Centralisation Russlands ist, nach seinen eigenen Worten, der einzige Schutz Europa's gegen einen uns angeblich drohenden Ueberfall Seitens der Millionen asiatischer Krieger. Auch dagegen sträubt sich sein Gemüth nicht, dass den Italienern ihr parmesanisches, neapolitanisches, kalabrisches, lombardisches oder sardinisches Vaterland zu klein war. Aber die „deutsche Einheit," die findet er unzulässig und nennt sie, den ihm mit Recht vorgeworfenen Panslavismus zurückgeben wollend, „Pangermanismus," indem er recht geschickt die Bezeichnung „Germanisch," wohl zwanzigmal abwechselnd, bald auf Preussen, bald auf Deutschland, bald auf die ganze germanische Rasse anwendet. Dieses Wortspiel dient nur dazu, wiederum darauf hinzuweisen, welche Dienste der Panslavismus der Cultur — der wahren, nicht der deutschen — leistet.

Indem er den romanischen Arbeitern schmeichelt, sucht er die deutschen Arbeiter in ihren Augen herabzusetzen.

Die deutschen Arbeiter — das ist eine Grundidee Bakunins, die er u. A. auf S. 81 des „Knuto-Germanischen Reichs" weitläufig ausspricht — sind Sclaven; sie haben weder ein locales, noch ein nationales Interesse; „das Einzige, was sie direct, reell, täglich, lebhaft interessirt, ist die Arbeits- und Lohnfrage." Aber sie sind auf falschem Wege. „Statt eine wahrhaft revolutionäre, negative, staatszerstörende Macht zu erstreben, die einzige, die nach meiner innigen Ueberzeugung die völlige Emancipation der Arbeiter und der Arbeit herbeiführen kann, lassen sie sich von ihren Führern verleiten, von der Gründung einer positiven Macht zu träumen, von der Errichtung eines nothwendig nationalen, patriotischen, pangermanischen Arbeiterstaats, Volksstaats; und

dies bringt sie in schreienden Widerspruch mit den Grundprincipien der Internationalen Association und in eine sehr zweideutige Stellung gegenüber dem preussisch-germanischen Junker- und Bourgeois-Kaiserreich des Herrn von Bismarck.

Sie (die deutschen Arbeiter) hoffen ohne Zweifel, auf dem Wege zuerst einer gesetzlichen Agitation, dann einer ausgesprocheneren und entschiedeneren revolutionären Bewegung sich dieses Reichs bemächtigen und es in einen reinen Volksstaat umgestalten zu können. Diese Politik prägt ihrer Bewegung einen reformatorischen und revolutionären Charakter auf, was vielleicht auch ein wenig an der besonderen Natur des deutschen Volkes liegt, das mehr zu schrittweisen Reformen als zur Revolution befähigt ist. Diese Politik hat noch einen anderen grossen Nachtheil, der übrigens nur eine Consequenz des Ersteren ist: sie liefert die socialistische Arbeiterbewegung Deutschlands ins Schlepptau der Bourgeois-Demokratie. Man hat später sogar die Existenz dieser Allianz läugnen wollen, aber sie ist nur allzugut constatirt worden durch die theilweise Annahme des bourgeois-socialistischen Programms des Dr. Jacoby, als Grundlage eines möglichen Einverständnisses zwischen den Bourgeoisdemokraten und dem deutschen Proletariat, sowie durch die verschiedenen Vermittelungsversuche, die man auf den Congressen zu Nürnberg und Stuttgart gemacht hat. Diese Allianz . . . hat viel dazu beigetragen, das socialistische Programm der deutschen Arbeiter zu verschrumpfen und zu fälschen. Das Programm der österreichischen Arbeiter zum Beispiel, bevor sie sich in die socialdemokratische Partei hatten lassen einreihen, war unendlich weitergehend und praktischer, als es heute ist.“

Das deutsche Volk ist, nach Bakunin, viel zu verkommen in seinem Hochmuth und in seinem echt deutschen Servilismus, als dass es sich selbst die Wohlthat erwiese, sein Staatswesen aufzulösen. Es müssen ihm also Andere den Gefallen thun auch wider Willen.

Die Anklage der Marxianer im „Volksstaat“ behauptet nun, „dass Bakunin die deutschen Arbeiter und Socialisten den Franzosen denunzirt und verleumdet, den Nationalitätenhass anstachelt und gleichzeitig die Czaren herausstreicht, ja Russland gegen die deutscherseits erhobene Anklage, es sei der Hort der Reaction, in Schutz nimmt und die Anklage — als ob sie gegen ihn gerichtet wäre — Deutschland zurückgiebt, Alles in schroffstem Widerspruch mit den Thatsachen und mit seinen eigenen früher geäusserten Ansichten, also wider besseres Wissen.

Was kann ein solcher Mann in der Internationalen Arbeiterassociation wollen?

Die Internationale ist und soll sein die bewusste und organisirte Cooperation des revolutionären Bestandtheils, nämlich des Proletariats aller Nationen. Was hat sie Anziehendes für Bakunin, der nur revolutionäre und reactionäre „Instincte“ der Völker und

der Parteien kennt und von keiner Organisation, in der ein Zwang, selbst auf eine Minorität, ausgeübt wird, etwas wissen will?

Während Bakunin in seiner literarischen Thätigkeit alle internationalen Grundsätze verläugnet, überspannt er, eingetreten in die Internationale, die Internationalität so weit, dass er die Franzosen und die Deutschen schulmeistert und den ganzen jahrhunderte langen Gang ihrer geschichtlichen Entwickelung für einen Holzweg erklärt, der nicht zum Ziele führt! Zum Ziele führt allein die „negative Macht", d. h. die Ohnmacht. Dies gilt aber nur für die „westliche Civilisation", nicht für Russland. Es ist vielmehr, nach Bakunin, das grösste Glück für Europa, seine einzige Rettung gegen das übervölkerte und gegen Europa heranrückende Asien, dass Russlands stramme militärische, centralisirte „positive Macht" die asiatische Fluth eindämmt. Die „positive Macht" Russlands, für welches Bakunin abwechselnd „le monde slave", „die slavische Welt" setzt, muss also, zum Heile Europas, erhalten, unter Umständen vergrössert werden! Das ist des Pudels Kern.

Und damit enthüllt sich uns denn glücklich Bakunin als noch genau derselbe, der schon 1848 als „russischer Patriot" im Namen des Prager Slavencongresses ein panslavistisches Manifest herausgab, in welchem er die Deutschen und Ungarn, nicht etwa Einzelne derselben, sondern Alle als die Unterdrücker der Slaven hinstellte.

Damit ist aber auch die ganze Taktik erklärt, die Bakunin zu dem häufigen chamäleonartigen Wechsel seines theoretischen Costüms nöthigt.

Bakunin handelt als nationaler Russe und nur als solcher. Er hat kein Verständniss für die „westliche Civilisation." Für ihn ist sie in der That werthlos. Wäre er international, so würde er, wie es die verschiedenen Sprachgruppen der Internationalen thun, seine Thätigkeit gegen die Zustände seines eigenen Landes wenden, dort, wo er die Verhältnisse kennt, die internationalen Principien verbreiten. Aber nein! In Russland ist bereits Alles in Ordnung, die Russen, selbst die Popen und Knase, sind bereits Kinder der „neuen Welt." Bakunin hat Besseres zu thun: er muss das westliche Europa nach dem russischen Muster revolutioniren."

Der „Volksstaat" hat vollkommen Recht, und Marx hat sich durch seine Enthüllungen über das verderbliche Treiben dieses Agenten der Panslavisten, die ich hier meist wörtlich benutzt habe, ein grosses Verdienst erworben, möge seine und meine Warnung beachtet werden!

Recht deutlich spricht sich Bakunin's perfide Tendenz in dem folgenden Briefe aus, den er beim Rücktritt von der Agitation an seine Freunde, die Jurassiens, richtete. Derselbe lautet:

„An die Kameraden der Féderation jurassienne!

Theure Kameraden!

Ich kann und darf das öffentliche Leben nicht verlassen, ohne ein letztes Wort des Dankes und der Sympathie an Euch zu richten. Seit den vier ein halb Jahren, welche wir uns ungefähr kennen, habt Ihr mir

Eure Achtung und Freundschaft bewahrt, trotz aller Kunstgriffe unserer gemeinsamen Feinde und der infamen Verleumdungen, welche sie gegen mich verbreitet haben. Ihr habt Euch nicht einmal durch die Bezeichnung Bakuninisten einschüchtern lassen, welche sie Euch ins Gesicht geworfen haben, denn Ihr wolltet lieber den Schein erregen, abhängig zu sein, als in Wahrheit ungerecht zu werden. Uebrigens habt Ihr stets und in hohem Grade die Ueberzeugung von der Unabhängigkeit und der vollständigen Selbständigkeit Eurer Meinungen, Bestrebungen und Handlungen gehabt; und die perfide Absicht unserer Gegner war andererseits so durchsichtig, dass Ihr ihre verleumderischen und beleidigenden Insinuationen nur mit der tiefsten Verachtung behandeln konntet. Ihr habt es gethan, und gerade weil ihr den Muth und die Beharrlichkeit hattet, es zu thun, tragt Ihr heute zum Vortheil der Freiheit des Proletariats und der ganzen Zukunft der Internationale einen so vollständigen Sieg über die ehrgeizige Intrigue der Marxisten davon. Mächtig unterstützt von Euren Brüdern in Italien, Frankreich, Belgien, Holland, England und Amerika (Deutschland lässt der Moskoviter bezeichnender Weise weg) habt Ihr die grosse internationale Arbeiterassociation auf denjenigen Weg gebracht, von welchem die dictatorischen Massnahmen des Marx sie beinahe abgelenkt hätten. Die beiden Congresse, welche zu Genf stattgefunden hatten, sind eine triumphirende und endgültige Demonstration der Gerechtigkeit und gleichzeitig der Macht Eurer Sache gewesen. Euer Congress, der der Freiheit, hat in seinem Busen die Delegirten aller hervorragenden Föderationen Europas vereinigt, mit Ausnahme der deutschen, und laut hat er proclamirt, breit etablirt und befestigt die Autonomie und die brüderliche Solidarität der Arbeiter aller Länder. (Der Panslavist unterschlägt, um die Arbeiter anderer Länder auch gegen die deutschen Socialdemokraten aufzuhetzen, dass die Berliner Socialdemokraten den autonomen Congress in Genf telegraphisch beglückwünscht hatten.) Der autoritäre oder Marxistische Congress war nur von deutschen und schweizerischen Arbeitern besucht, denen die Freiheit ein Ekel zu sein scheint (Was mag Bebel wohl dazu sagen?), und er hat vergeblich versucht, die gebrochene und von jetzt ab lächerliche Dictatur des Herrn Marx wieder herzustellen. Nachdem sie viele Beleidigungen nach links und rechts ausgestreut hatten, wie um ihre Genfer und deutsche Majorität gehörig zu constatiren, sind sie mit einem albernen Product niedergekommen, welches zwar nicht jene Autorität ist, von der Marx träumte, das aber noch weniger die Freiheit ist, und sie haben sich getrennt, vollständig entmuthigt und unzufrieden mit sich selbst und mit Anderen. Dieser Congress war eine Beerdigung. Deshalb ist Euer Sieg, der Sieg der Freiheit und der Internationale gegen die autoritäre Intrigue, vollständig.

Gestern, als er noch ungewiss erscheinen konnte, obgleich ich nach meiner Rechnung nie daran gezweifelt habe, gestern, sage ich, war es Niemandem erlaubt, eure Reihen zu verlassen; aber heute, da dieser Sieg eine vollendete Thatsache geworden, ist die Freiheit, nach persönlichen Neigungen zu handeln, einem Jeden gegeben.

Und ich benutze sie, werthe Kameraden, um Euch zu bitten, meine Demission als Mitglied der Féderation jurassien und als Mitglied der Internationale gefälligst annehmen zu wollen.

Für diese meine Handlungsweise habe ich viele Gründe. Glaubt nicht, es sei in Folge meines persönlichen Abscheus, mit dem ich während der letzten Jahre gesättigt bin. Ich sage nicht, dass ich durchaus dagegen gefühllos bin, doch ich würde noch Kraft genug in mir verspüren,

um zu widerstehen, wenn ich dächte, dass meine fernerweite Betheiligung an Eurer Arbeit, Euren Kämpfen, dem Siege der Sache des Proletariats einigen Nutzen bringen könnte. Ich aber glaube es nicht.

Meiner Geburt und meiner persönlichen Stellung nach, unzweifelhaft nicht nach meinen Sympathien und Tendenzen, bin ich nur ein Bourgeois, und als solcher würde ich unter Euch nur theoretische Propaganda zu machen wissen. Nun wohl, ich habe die Ueberzeugung, dass die Zeit der grossen theoretischen Discussionen, für den Druck oder für die Sprache, herangerückt ist. In den neun letzten Jahren haben sich im Busen der Internationalen mehr Ideen entwickelt, als nöthig sind, um die Welt zu retten, wenn Ideen allein sie retten könnten, ich fordere Jedweden heraus, dazu eine neue zu finden.

Die Zeit gehört nicht mehr den Ideen, den Thaten und Handlungen gehört sie.

Das, was heute vor allem noth thut, ist die Organisation der Kräfte des Proletariats. Aber diese Organisation muss das Werk des Proletariats selbst sein. Wäre ich jung, ich würde inmitten der Arbeiter mich heimisch machen, und, das arbeitsame Leben meiner Brüder theilend, würde ich gleichmässig theilhaben mit ihnen an der grossen Arbeit dieser nothwendigen Organisation.

Aber weder mein Alter, noch meine Gesundheit erlauben mir, es also zu machen. Sie befehlen mir im Gegentheil die Einsamkeit und Ruhe. Jede Anstrengung, eine Reise mehr oder weniger wird für mich eine sehr bedenkliche Sache. Moralisch fühle ich mich noch stark genug, aber physisch bin ich nur zu bald ermüdet, fühle ich nicht mehr die für den Kampf nöthige Kraft in mir. Ich würde mich auf dem Felde des Proletariats doch nur ein Hinderniss wissen, nicht eine Stütze.

Ihr seht wohl, werthe Kameraden, dass Alles mich verpflichtet, meinen Abschied zu nehmen; indem ich fern von Euch und der ganzen Welt lebe, welchen Nutzen würde ich für die Internationale im Allgemeinen und für die Féderation jurassien im Besonderen haben? Euer grosser und schöner Bund, einst durchaus streitend und praktisch, soll weder Sinecuren noch Ehrenstellen an seinem Busen dulden.

Ich ziehe mich also zurück, theure Kameraden, voll von Erkenntlichkeit für Euch und von Sympathie für Eure grosse und heilige Sache, die Sache der Menschlichkeit. Ich werde fortfahren, mit brüderlicher Sorge alle Eure Schritte zu überwachen, und glücklich werde ich jeden Eurer neuen Triumphe begrüssen.

Bis zum Tode werde ich der Eure sein. Aber bevor wir uns trennen, gestattet, dass ich Euch einen letzten brüderlichen Rath gebe. Freunde, die internationale Reaction, deren Mittelpunkt heute nicht in unserem armen Frankreich ist, das, komisch genug, dem „Heiligen Herzen“ gewidmet ist, sondern in Deutschland, zu Berlin, und die ganz eben so gut durch den Marx'schen Socialismus, als durch die Diplomatie des Herrn von Bismarck vertreten wird, diese Reaction, die sich als Endziel die Verdeutschung Europas gesetzt hat, sie droht Alles zu verschlingen und zu dieser Stunde Alles zu verderben. Sie hat einen Krieg auf Leben und Tod der Internationalen erklärt, welche heute einzig durch die autonomen und freien Föderationen repräsentirt wird. Wie die Proletarier aller andern Länder, seid Ihr, obwohl Ihr einer noch freien Republik theilhaftig seid, gezwungen, sie zu bekämpfen, denn sie hat sich gestellt zwischen Euch und Euer Endziel, die Emancipation des Proletariats der ganzen Welt.

Der Kampf, den Ihr zu erdulden haben werdet, wird schrecklich

sein. Aber lasst den Muth nicht sinken und wisst, dass ungeachtet der unermesslichen materiellen Kraft Eurer Gegner, der endliche Sieg Euch gesichert ist, zum Wenigsten, wenn Ihr diese beiden Bedingungen treu erfüllt:

1) Haltet fest am Princip der grossen und ausgedehnten Volksfreiheit, ohne welche die Gleichheit und die Solidarität selbst nur Lügen sein würden.

2) Organisirt immer mehr die internationale, praktische, streitende Solidarität der Arbeiter aller Metiers und aller Länder und ruft Euch in das Gedächtniss zurück, dass, so schwach auch immer das einzelne Individuum, der einzelne Ort oder das einzelne Land sein mag, Ihr eine unermessliche und unwiderstehliche Stärke in dieser universellen Gesammtheit finden werdet.

Lebt wohl! Euer Bruder

Michel Bakounine.

Bedarf es noch eines weiteren Beweises dafür, dass Bakunin nichts weiter ist als ein Agent, von den Panslavisten gesendet, den Deutschen überall Feinde zu machen?

Er geniesst jetzt den Lohn seiner Thätigkeit. In einer üppig eingerichteten Villa lebt er, gewiss nicht von „Arbeitergroschen", und freut sich der Folgen seiner Agitation. Auch er ist jetzt überflüssig für seine autonome Internationale wie Marx für die autoritäre. Der Stein ist in's Rollen gebracht und rollt nun ganz von selbst.

Es ist nur noch nachzuweisen, dass Bakunin im Grunde nur den in Russland bestehenden socialen Zustand empfiehlt.

Auf dem Congress der Friedens- und Freiheits-Liga zu Bern 1868 sagte Bakunin: „Weil ich die ökonomische und sociale Gleichmachung der Klassen und der Individuen fordere, weil ich mit dem Brüsseler Congress mich für das Collectiveigenthum erklärt habe, hat man mir vorgeworfen, Communist zu sein. Welchen Unterschied, hat man mir gesagt, machen Sie zwischen Communismus und Collectivismus? Ich bin wirklich erstaunt, dass Herr Chaudey, der Testamentsvollstrecker Proudhons, diesen Unterschied nicht kennt. Ich verabscheue den Communismus, weil er die Verneinung der Freiheit ist und ich nichts Menschliches denken kann ohne Freiheit. Ich bin kein Communist, weil der Communismus alle Kräfte der Gesellschaft concentrirt und aufgehen lässt im Staate, weil er nothwendig zur Centralisation des Eigenthums in den Händen des Staates führt, während ich die Abschaffung des Staates überhaupt will. Ich will die Organisation der Gesellschaft und des collectiven oder socialen Eigenthums von unten nach oben durch die Stimme der freien Genossenschaft, und nicht von oben nach unten durch irgend eine Autorität. Indem ich die Abschaffung des Staates will, will ich die Abschaffung des persönlichen Erbeigenthums, das nur eine Staatseinrichtung, nur eine Consequenz des Princips des Staates ist. In diesem Sinne, meine Herren, bin ich Collectivist und durchaus kein Communist.

Jetzt will ich sagen, was ich unter ökonomischer und socialer Gleichmachung der Individuen verstehe. Die politische Gleichheit,

die Gleichheit der politischen Rechte ohne die ökonomische, ist eine Lüge. Soll sie eine Wahrheit werden, dann müssen die ökonomischen Ursachen des Classenunterschiedes verschwinden, — es muss das Erbrecht abgeschafft werden, welches die beständige Quelle aller socialen Ungleichheiten ist. Es muss die Gesellschaft ein homogenes Ganzes darbieten, eine Organisation, geschaffen durch die Freiheit nach der Gerechtigkeit, in der es auch nicht den Schatten mehr von jener unseligen Trennung der Menschen in zwei Classen giebt. Es müssen alle Menschen zugleich intelligent und arbeitssam sein; keiner darf mehr leben können von der Arbeit des Andern; es müssen Alle in gleicher Weise in den Stand gesetzt und verpflichtet sein, ebenso gut von der Arbeit ihres Kopfes als von der ihrer Arme zu leben. Dann, meine Herren, aber nur dann, werden politische Freiheit und Gleichheit eine Wahrheit sein. Geben Sie allen Kindern, von ihrer Geburt an, dieselben Unterhalts-, Erziehungs-, Unterrichtsmittel, geben Sie dann allen so erzogenen Menschen dasselbe sociale Niveau, dieselben Mittel, ihre Lebensbedürfnisse durch ihre eigene Arbeit zu gewinnen, und Sie werden sehen, dass viele Unterschiede, die man für natürliche hält, verschwinden werden, weil sie nur die Wirkung einer ungleichen Vertheilung der Entwickelungsbedingungen sind. Verbessern Sie die Natur durch die Gesellschaft, machen Sie möglichst gleich für Alle die Entwickelungs- und Arbeitsbedingungen, und Sie werden viele Thorheiten, Verbrechen, Uebel zerstört haben. Wenn Alle nahezu dieselbe Erziehung, denselben Unterricht erhalten haben werden, wenn Alle, durch die Gewalt der Dinge selbst, gezwungen sein werden, sich zu associiren, um zu arbeiten, und zu arbeiten, um zu leben; wenn die Arbeit als das wahre Fundament jeder socialen Organisation anerkannt, der Gegenstand der öffentlichen Achtung geworden sein wird, dann werden die Böswilligen, die Schmarotzer, die Dummen sich rasch vermindern und schliesslich als Kranke betrachtet und behandelt werden. Das sage nicht nur ich, Herr Chaudey, sondern auch Ihr Lehrer Proudhon."

Endlich, in der letzten (5.) Sitzung, nachdem der Congress die Bakunin'sche Resolution (die „Gleichmachung der Classen und Individuen") abgelehnt hatte, erklärte Bakunin seinen und seiner Freunde Austritt aus der Friedensliga und legte bei der Motivirung dieses Schrittes nochmals seinen Standpunkt dar. Er sagte u. A.:

„Ich bin Collectivist. Ich bin kein Communist, weil der Communismus das Eigenthum und die Allmacht des Staates einschliesst und ich im Namen der Freiheit die Abschaffung des Staates, aller Staaten fordere. Aber ich bin für das Collectiveigenthum, weil ich überzeugt bin, dass, so lange das persönliche Erbeigenthum existiren wird, die Gleichheit des Ausgangspunktes, die Verwirklichung der ökonomischen und socialen Gleichheit unmöglich sind. . . . Die ökonomische und sociale Gleichheit, sagte ich, ist die Abschaffung der jetzt existirenden verschiedenen Klassen nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich des

Unterhalts, der Erziehung, des Unterrichts und der Existenz- und Arbeitsmittel, welche gleich sein müssen für Alle, damit Alle in gleicher Weise genöthigt seien, zu arbeiten sowohl mit dem Kopfe als mit den Händen, und damit die Gesellschaft, befreit von dem Geburtsrechte, das sich heutzutage gesellschaftlich im Erbrechte verwirklicht, nicht mehr wie jetzt, in Arbeiter und Herren getheilt sei."

Sehen wir uns nun den Kern des Pudels an! Dass er „alle Staaten" abschaffen wolle, lügt Bakunin den romanischen Arbeitern und Demokraten frech vor, denn in der Schrift an den Bauern-Czaren verlangt er den grossen slavischen Staat, sogar unter Umständen mit czarischer Allgewalt. Er gesteht sogar zu, dass, wenn der Czar eine Verfassung gebe, diese seine Macht nicht beschränken würde, falls der Czar nur aus dem „deutschen" sich in den „slavischen Bauern-Czar" verwandeln würde. Vielen russischen Revolutionären galt die Einberufung einer Nationalversammlung als eine Niederlage des kaiserlichen Hauses; Bakunin jedoch schneidet kurzweg ihre Hoffnungen ab und verkündet ihnen, dass „die Nationalversammlung gegen sie und für den Czaren sein wird. Und wenn die Versammlung dem Czaren feindlich wäre? — Das ist nicht möglich, ist es ja das Volk, welches seine Delegirten schicken wird, das Volk, dessen Vertrauen zum Czaren bis jetzt keine Grenzen kennt, und das Alles an ihm mit Ehrfurcht betrachtet. Woher sollte also die Feindseligkeit kommen? . . . Es ist kein Zweifel, dass, wenn der Czar jetzt (Februar 1862) die Nationalversammlung einberiefe, er sich zum ersten Male von Männern umringt fände, die ihm aufrichtig ergeben sind. Dauert die Anarchie noch einige Jahre, so kann die Stimmung des Volkes sich ändern. In unserer Zeit lebt man schnell. Aber gegenwärtig ist das Volk für den Czaren und gegen den Adel, gegen die Beamten und gegen Alles, was deutsche Tracht (d. h. europäische Tracht) trägt. Im Lager des officiellen Russlands ist Alles Feind des Volkes, Alles mit Ausnahme des Czaren. Wer sollte es also versuchen, zum Volke gegen den Czaren zu reden? Und wenn es selbst Jemand versuchen wollte, würde das Volk ihm glauben? War er nicht der Czar, welcher die Bauern gegen den Willen der Adeligen, gegen den allgemeinen Wunsch der Beamten emancipirt hat?

In seinen Abgeordneten wird das russische Volk zum ersten Male Angesicht zu Angesicht seinem Czaren gegenüberstehen. Das ist ein entscheidender, im höchsten Grade kritischer Moment. Werden sie an einander Gefallen finden? Von dieser Begegnung wird die ganze Zukunft des Czaren und Russlands abhängen. Das Vertrauen und die Ergebenheit der Abgeordneten für den Czaren werden keine Grenzen kennen. Stützt er sich auf sie, kommt er ihnen mit Liebe und Vertrauen entgegen, so wird er seinen Thron zu einer noch nie erreichten Höhe und Festigkeit erheben. Aber was wird geschehen, wenn die Delegirten in ihm statt eines emancipatorischen Czaren, eines volksthümlichen Czaren, einen

Petersburger Kaiser in preussischer Uniform, einen engherzigen Deutschen vorfinden? Was wird geschehen, wenn ihnen der Czar statt der erwarteten Freiheit Nichts oder fast Nichts giebt? . . . Dann, wehe dem Cäsarismus! Es wird dann geschehen sein mindestens um das Petersburger, Deutsche, Holstein-Gottorp'sche Kaiserthum.

Wenn in diesem verhängnissvollen Augenblick, da die Frage um Leben und Tod, Frieden oder Blut, für ganz Russland sich entscheiden soll, wenn da vor der Nationalversammlung der volksthümliche Czar erschiene, der gute und redliche Czar, voll Liebe für Russland bereit, dem Volke eine Organisation nach seinem Willen zu geben, was könnte der nicht mit einem solchen Volke machen! Wer würde wagen, sich gegen ihn zu erheben? Frieden und Vertrauen wären wie durch ein Wunder hergestellt, das Geld wäre gefunden und Alles ordnete sich einfach, natürlich, ohne Jemanden zu schädigen, zu allgemeiner Befriedigung. Unter Leitung eines solchen Czaren würde die Nationalversammlung ein neues Russland schaffen. Kein böswilliges Unternehmen, keine feindliche Macht wäre im Stande, gegen die vereinigte Macht des Czaren und des Volkes anzukämpfen. . . . Kann man hoffen, dass diese Vereinigung zu Stande kommt? Wir sagen geradezu nein."

Dies ist natürlich seine Herzensmeinung. Bakunin will den Staat abschaffen oder untergraben — nur im Westen Europas, beileibe nicht in Russland selbst.

Was ist nun, jenem politischen gegenüber, das sociale Programm?

„Organisation der Gesellschaft und des collectiven Eigenthums von Unten." Ist buchstäblich in der russischen Bauerngemeinde ausgeführt. Die Gemeinde hat collectives Eigenthum an Grund und Boden und die Verwaltung geschieht durch die Bauerngemeinde, also „von Unten", sie haben sogar eigene Gerichtsbarkeit.

Der „H. Corresp." schreibt darüber vom 10. Juni 1874:

„Eine eigenthümliche Organisation haben in Russland die Gemeindegerichte in den Dörfern und auf dem Lande. Die Dorfgemeinde als administrativer Begriff (Wolostj) umfasst nur Angehörige des Bauernstandes. Die Regierung hat nun bei Freilassung der Bauern und bei der späteren Reorganisation der Gerichte Bedenken getragen, an dem Gerichtswesen der Gemeinde etwas zu ändern. Die Gerichtspraxis der Bauern in den Gemeindegerichten war von jeher eine autonome, von alten Gewohnheiten ausgehende. Nun hat aber gerade diese autonome Praxis in manchen Gemeinden Härten hervorgerufen, welche mit den Traditionen der Regierung Alexanders II. nicht recht harmoniren wollen. Der Kaiser hat z. B. im Militär und in der Criminalpraxis die körperliche Züchtigung abgeschafft: in der gemeindegerichtlichen Praxis wird sie in einem beschränkteren Masse in diversen Bezirken noch immer ertheilt. Es ist schwer, da einzuschreiten, weil die Regierung directer Eingriffe in die „Gemeinde-Angelegenheiten", wo die Form nicht verletzt worden, sich gerne enthält.

Die Regierung konnte indess nicht unthätig bleiben, als einige Gemeinden mit ihren Gliedern zu hart auftraten. Vor zwei Jahren wurde

daher unter dem Vorsitz des Senators Lubostschinsky eine Commission niedergesetzt, welche den Zustand und die Praxis der Gemeindegerichte untersuchen sollte. Diese Commission hat constatirt, dass die gemeindegerichtliche Praxis so verschieden ist, als man sich das nur denken kann. Am besten und zeitgemässesten, und daher am meisten mit der Tendenz der gegenwärtigen Regierung harmonirend, ist die Praxis der Gemeindegerichte in Kleinrussland. Am übelsten, d. h. am härtesten, verfahren die Gemeindegerichte in den Gouvernements Wladimir und Moskau. Am besten und mildesten blieb die Praxis dort, wo die ländlichen Sitten nicht unter dem Einflusse des Stadtlebens oder der Fabrikthätigkeit alterirt wurden. Im Poltawaschen z. B. ward in manchen Bezirken gar nicht auf Prügel erkannt, in anderen Bezirken nur als Strafe auf Raufhändel und kleinen Diebstahl und auch das nur selten. Im Moskauischen dagegen wurden Bauern von den Gemeindegerichten, also von ihresgleichen, mit der Prügelstrafe sogar wegen rückständiger Abgaben belegt. Die Einwirkuug der Prügelstrafe vom Gemeindegerichte steht natürlich im Verhältniss zu ihrer Anwendung. Im Poltawaschen wird von dem Bauer die körperliche Züchtigung als eine unauslöschliche Schande angesehen, ebenso auch im Kiewschen, Charkowschen u. s. w., während man im Moskauischen die Sache leichter nimmt.

Das Volk ist im Ganzen genommen nicht sehr dafür, dass das bäuerliche Gemeindegericht umgestaltet würde. Das Princip eines alten, volksthümlichen Gerichts scheint nach den Ergebnissen der Untersuchungs-Commission den Bauern von hohem Werthe zu sein, wenn auch die Auswüchse der Praxis eingeschränkt zu werden verdienen."

Bakunin sagt: „Es müssen die Menschen zugleich intelligent und arbeitsam sein" — ist in der russischen Landgemeinde der Fall, denn wer so wenig arbeitsam ist, dass er seine Abgaben nicht bezahlt — wofür die ganze Gemeinde haftet — wird vom Bauerngericht — geprügelt. Hier zeigt sich, dass der Communismus wieder auf die Knute kommt, um Arbeitsamkeit zu erzwingen.

Bakunin will „die Abschaffung des persönlichen Erbeigenthums, das nur eine Staatseinrichtung ist." Ist in der russischen Dorfgemeinde vollständig durchgeführt, bezüglich des Grund und Bodens und bezüglich des beweglichen Eigenthums gilt der rein socialistische Grundsatz: „dass nur die Arbeit Eigenthum verleihe und dies so erworbene Eigenthum wird nicht nach Staatsgesetzen, sondern nach Billigkeits- und Gewohnheitsgrundsätzen vererbt. Der „H. C." meldet:

„Eigenthümliche Billigkeitsgrundsätze sind in der Praxis der Gemeindegerichte bei Vermögenstheilungen zum Vorschein gekommen. Die von dem einen Erben für das Bauerngut aufgewandte persönliche Arbeit wird angerechnet; der Antheil der Wittwe richtet sich nach der Dauer der Ehe, also nach der Anzahl der Jahre, wo sie dem Manne eine Gefährtin gewesen; Pflegekinder, die mit ihrem Pflegevater gearbeitet, erhalten Kindestheil; ebenso freundlich ist man auch für die unehelichen Kinder bedacht."

Die „Posener Ztg." vom 29. Juni 1874 schreibt über dasselbe Thema:

„Da nach dem Volksbewusstsein die Arbeit der Ursprung alles bäuerlichen Besitzthums ist, so wird nach der Volkssitte bei Erbtheilungen

die von dem Erben auf das zu theilende Eigenthum verwandte Arbeit besonders berücksichtigt. Die Wittwe, die nur ein Jahr die Arbeit des Mannes getheilt hat, erhält bei der Theilung nichts; die Wittwe, die ihr ganzes Leben der Wirthschaft des Mannes geweiht hat, erhält einen bedeutenden Antheil am Erbe. Stief- und Schwiegersöhne, welche bei dem Stief- oder Schwiegervater gelebt und mit ihm gearbeitet haben, werden bei der Theilung wie leibliche Söhne behandelt. In fast allen Gouvernements, in Kleinrussland, wie im Norden, werden die natürlichen Kinder ihrer Geburt halber nicht des Erbantheils beraubt. Solche Grundsätze, die dem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes entsprechen und kaum Missbilligung finden können, würden durch die Herrschaft des gedruckten Gesetzes verschwinden, da der Friedensrichter oder ein beliebiges Gericht jeder Wittwe ohne Ausnahme den gesetzlichen siebenten Theil zuerkennen und Schwieger- und Stiefsöhne und natürliche Kinder ohne alle Erbquote lassen würde. — In ähnlicher Weise giebt es ferner selbstständige Rechtsgewohnheiten hinsichtlich einer Remuneration der Vormünder, hinsichtlich des zeitweiligen Besitzes fremden Eigenthums, der Zufügung unvorsätzlichen Schadens etc."

Zu beachten ist, dass nur das wirklich „Erarbeitete". nicht etwa Grund und Boden, von den Hinterbliebenen getheilt wird, ein also sehr mässiges Erbrecht. Der Grund und Boden fällt immer wieder der Gemeinde zu. Und das Eigenthum ist auch bei Lebzeiten kein sicheres, sondern unter Umständen durch das Dorfgericht einer Confiscirung „wegen Unwürdigkeit" ausgesetzt. Die „P. Z." schreibt hierüber:

„Es kommt vor, besonders im Charkowschen Gouvernement, dass das Wolostgericht Frauen für angebliche Ehrlosigkeit doppelte Steuerbeiträge, Töchtern vierfache auferlegt, wobei gedruckte Paragraphen angeführt werden! Die Eltern verlangten in einem Falle, dass das Wolostgericht den Sohn aus dem Hause verjage, ohne ihm irgend einen Antheil am Vermögen zu geben, dass es ihm alle Steuern für die ganze Familie auferlege und ausserdem noch Ruthen geben lasse. Das Gericht, das die ganze Grundlosigkeit und Ungesetzlichkeit dieses Antrages kannte, mochte doch den Sohn gegen den Vater nicht in Schutz nehmen, erfüllte das sonderbare Verlangen in allen Punkten und schenkte dem unglücklichen Sohne nur die Ruthenstrafe wegen Krankheit desselben. Wie man überhaupt jene Verordnung handhabt, geht daraus hervor, dass unter Anderem ein Bräutigam, weil er seiner Braut das Verhältniss gekündigt, unter Berufung auf einen Gesetzesparagraphen zur Zahlung von 16 Rubel verurtheilt wurde."

Woraus denn schlagend hervorgeht, dass nicht einmal eine Eigenthumssicherheit für den Lebenden da ist, sondern die „Gemeinde" auch darüber souverän befindet, ganz, wie es die „autonomen" Collectivelemente der Bakunin'schen Zukunftsföderationen thun sollen.

Bakunin sagt: „Geben Sie allen Kindern, von ihrer Geburt an, dieselben Unterhalts-, Erziehungs-, Unterrichtsmittel" etc. — ist wirklich in der russischen Landgemeinde, in der durch die periodische Theilung des Grund und Bodens und das eigenthümliche Erbrecht am beweglichen Nachlass, sowie die Besteuerungswillkür eine durchschnittliche Gleichheit des Wohlstandes — oder der Armuth eintreten muss. Bakunin's Forderung vom 5. Congress-

tage: „Abschaffung der (bei uns) jetzt existirenden verschiedenen Klassen, nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich des Unterhalts, der Erziehung, des Unterrichts und der Existenz- und Arbeitsmittel, welche alle gleich sein müssen, damit Alle in gleicher Weise genöthigt seien, zu arbeiten“ etc. — ist in Russland in der Dorfgemeinde buchstäblich erfüllt! Wenn die Arbeiter des Westens nun, wie es in der That viele italienische, belgische, französische, spanische Arbeiter thun, dies Bakunin'sche Programm auf ihre Fahnen schreiben, so unterliegt es keinem Zweifel, dass sie der russischen Armee, wenn sie über die Weichsel hervorbricht über das revolutionär zerrüttete Europa, als der Befreiungsmacht von der Herrschaft des Capitals und des international alliirten Geldjudenthums entgegenjauchzen werden. Es ist also ganz klar, dass Bakunin direct im Interesse der russischen Eroberungspolitik handelt, und ich kann mich folgendem Urtheil des „Volksstaat“ nur anschliessen, soweit es Bakunin betrifft:

„Bakunin handelt offenbar nach Zweckmässigkeitsrücksichten. In Bern verabscheut er den Communismus, in Lyon ist er Communist. Im „Volksstaat“ ist er dankbarer Freund und Verehrer der deutschen Wissenschaft, in den „Briefen an einen Franzosen“ sind die Deutschen die ärgsten Feinde Europas. In Russland ist er Verehrer des starken Staats, den er in Europa abschaffen will. Die Slaven wollen und werden sich vereinigen, die deutsche Einheit ist eine Bedrohung. Solche Gegensätze sind nur aus einer ganz bornirten, stocknationalen Gesinnung erklärbar.

Wem kommen aber derartige Bestrebungen, die lediglich darauf gerichtet sind, die Kräfte der europäischen Culturstaaten zu desorganisiren, zu zersplittern und gegen einander zu kehren, wem kommen solche Bestrebungen zu Gute? Dem russischen Volke? Im Gegentheil. Das russische Volk kann nur frei werden und auf die gleiche Stufe mit den westlichen Nationen gelangen, wenn diese selbst die russischen Uebergriffe zurückdrängen, wenn sie Russland alles weitere Erobern unmöglich machen, wenn sie Polen wiederherstellen, und zwar ein lebensfähiges Polen, ein Polen mit Seehäfen, ein Polen, das Russland gewachsen ist. Dann erst kann Europa, dann erst kann auch Russland seine „häuslichen Angelegenheiten“ ordnen. Der Panslavist Bakunin handelt also, indem er die Franzosen und die Deutschen hintereinander hetzt und die Internationale zu desorganisiren sucht, deren erster Ruf bei ihrem Entstehen die Wiederherstellung Polens war, nicht einmal im Interesse seiner Nation, sondern einzig und allein im Interesse der herrschenden Klassen Russlands, der russischen Reaction.

Ob sich Bakunin dessen bewusst ist, oder nicht, mag die persönlichen Bekannten des Bakunin interessiren; für uns genügt es, die Thatsachen festgestellt zu haben, um aus ihnen den Schluss zu ziehen, dass innerhalb der Internationalen Arbeiterassociation weder für die angeblichen Theorien noch für die politischen Umtriebe des Bakunin Raum ist.“

**Bedenklich ist auch der Umstand, dass, nachdem Bakunin abgedankt hat, andere Agenten Russlands auftauchten, die zunächst die Polen gegen die Deutschen aufzuwiegeln suchen. Die „P. Z.“ vom 17. Juli 1874 berichtet darüber:**

„Vor einigen Tagen meldeten unsere Zeitungen, dass der russische Geheimerath Izdebski (dessen Name übrigens seine polnische Herkunft verräth) hier gewesen sei, um die Communicationen in unserer Provinz zu studiren. Es hat aber den Anschein, als ob der „tajnyi sowjetnik“, der Geheimerath, der übrigens in der russischen 14klassigen Hierarchie noch lange nicht so viel zu bedeuten hat, wie der preussische „Geheimerath“, nicht blos die Communication in unserer Provinz studiren, sondern auch Communicationen mit den Bewohnern anknüpfen sollte. Auf diesen Gedanken leitet sein Benehmen in Berlin, wo er nach dem „Dziennik Poznanski“ im sogenannten katholischen Verein, der hauptsächlich aus Polen besteht, am 13. d. M. eine fulminante Rede gehalten hat, in welcher er den jungen, heissblütigen Polen bewies, dass der enge Anschluss der Polen an die slavischen, besonders aber an die russischen Brüder, zum Heile Polens durchaus nothwendig sei. Die Polen müssen sich eben so solidarisch mit den anderen Slaven verbinden, um ein grosses, mächtiges Slavenreich zu bilden, wie dieses andere Stämme nicht slavischer Nationalität gethan haben, um ein grosses Reich zu schaffen. Izdebski unterstützte seine Rede durch ein gewichtiges Geschenk, das er der armen Vorschusskasse des Vereins in Höhe von 100 Rubeln machte. Ausser dem Geheimenrath Izdebski bereist noch ein anderer russischer Agent die Städte Deutschlands, um die in ihnen lebenden Polen unter das panslavistische Panier zusammenzuschaaren. Es ist dieses der im Posenschen gebürtige, seit sechs Jahren in Petersburg lebende Kaufmann Skorzewski, welcher ebenfalls in der am 13. d. M. in Berlin abgehaltenen Versammlung des katholischen Vereins eine Rede gehalten hat, in welcher er seinen Zuhörern das Glück schilderte, welches die Polen im eigentlichen Ausland geniessen. Da der russische Agent wohl fühlte, dass den meisten seiner Zuhörer das Verfahren der russischen Regierung im sogenannten Congresspolen sehr wohl bekannt ist, und dass sie die von ihr angewandten gewaltsamen Massregeln zur Russificirung der urpolnischen Provinzen genau kennen, bemühte er sich, die einstweilige Nothwendigkeit dieses Verfahrens so plausibel wie möglich darzustellen, indem er zugleich hervorhob, dass dieses Verfahren gewiss eingestellt werden wird, wenn die russische Regierung sehen wird, dass die Polen im Allgemeinen und die polnische Jugend im Besonderen, so viel an ihr, sich Russland anschliesst. Da Russland so untergeordneten Figuren, wie es dort ein „Geheimerath“ ist, nicht wichtige Missionen, wie eben die Untersuchung von Communicationsmitteln eine ist, anvertraut, dergleichen Herren auch gewöhnlich nicht so situirt sind, dass sie aus eigenen Mitteln Hundert-Rubelscheine schenken können, da überdies die von Izdebski gehaltene Rede offen panslavistischen Inhalts war, liegt der Verdacht nahe, dass er sowohl wie auch der Kaufmann Skorzewski panslavistische Apostel sind, welche, wenn nicht von der Regierung selbst, so doch gewiss vom panslavistischen Comité in Petersburg ausgesendet sind, um für die panslavistische Idee unter den Polen, vielleicht auch unter den Lausitzern und Böhmen, Proselyten zu werben.“

**Ich muss gestehen, dass ich stets mit grössestem Misstrauen die „Freundschaft“ Russlands für Deutschland betrachtet habe, wozu ich manche Gründe habe, die man besser für sich behält.**

Geradezu thöricht ist es nun, wenn wir hier sociale Zustände sich entwickeln lassen, die unsre Arbeiterklasse mit Neid nach Russland schauen machen; das geschieht aber thatsächlich. Denn allmählich wird die Erziehung der russischen Landleute ihren moralischen Zustand heben und ihr Wohlstand wird wachsen, ohne je zum Reichthum zu werden.

Man wird mir dies bestreiten und sich dabei auf den Bericht der russischen Agrar-Commission von 1873 berufen. Derselbe ist mir nicht unbekannt, vermag mich aber nicht zu überzeugen, wozu u. A. die Zusammensetzung der Commission beiträgt. Das russische System erinnert an das Lykurgische. Aber waren die Spartaner, obschon weit „uncivilisirter“ als die Perser und Athener, nicht viel bessere Soldaten als diese??

In der am Schlusse des I. Bandes ausgesprochenen Hoffnung, Fürst Bismarck werde eine social-conservative Reformpolitik einschlagen, habe ich mich bisher getäuscht gefunden. Ich hoffte auf den „Grossen Generalstab“ — und will ihm auch diesen Vergleich zwischen Spartanern und Persern zur Erwägung geben.

Nun will ich, um zu kennzeichnen, was für einen Höllenhund die Russen — ob eine Partei, was ich glaube, oder die Regierung, was mir doch nicht in den Sinn will — ist gleichgültig — in Herrn Bakunin gegen den Westen von Europa losgelassen haben, seinen „Revolutions-Katechismus“ aus der Marx'schen Anklage abdrucken, wie er, von Bakunins Hand geschrieben, bei einem seiner Jünger gefunden wurde:

„Pflichten des Revolutionärs gegen sich selbst.

§ 1. Der Revolutionär ist ein geweihter Mensch. Er hat keine persönlichen Interessen, Angelegenheiten, Gefühle oder Neigungen, kein Eigenthum, nicht einmal einen Namen. Alles in ihm wird verschlungen von einem einzigen ausschliesslichen Interesse, einem einzigen Gedanken, einer einzigen Leidenschaft — der Revolution.

§ 2. In der Tiefe seines Wesens, nicht nur in Worten, sondern auch in der That, hat er vollständig gebrochen mit der bürgerlichen Ordnung und mit der gesammten civilisirten Welt, mit den in dieser Welt landläufig anerkannten Gesetzen, Herkommen, Moral und Gebräuchen. Er ist ihr unversöhnlicher Gegner, und wenn er in dieser Welt fortlebt, so geschieht es nur, um sie desto sicherer zu vernichten.

§ 3. Ein Revolutionär verachtet jeden Doctrinarismus und verzichtet auf die Wissenschaft der heutigen Welt, die er den zukünftigen Generationen überlässt. Er kennt nur eine Wissenschaft: die Zerstörung. Hierzu und nur hierzu studirt er Mechanik, Physik, Chemie und vielleicht auch Medicin. Zu demselben Zweck studirt er Tag und Nacht die lebendige Wissenschaft — die Menschen, Charaktere, Verhältnisse, sowie alle Bedingungen der gegenwärtigen socialen Ordnung auf allen möglichen Gebieten. Der Zweck ist derselbe, die schnellste und sicherste Zerstörung dieser unfläthigen Weltordnung.

§ 4. Er verachtet die öffentliche Meinung. Er verachtet und hasst die gegenwärtige gesellschaftliche Moral in allen ihren Antrieben und allen ihren Kundgebungen. Für ihn ist Alles sittlich, was den Triumph der Revolution begünstigt, Alles unsittlich und verbrecherisch, was ihn hemmt.

§ 5. Der Revolutionär ist ein geweihter Mensch (der sich nicht mehr selbst angehört), er hat keine Schonung für den Staat überhaupt und für die ganze civilisirte Klasse der Gesellschaft und er darf eben so wenig Schonung für sich erwarten. Zwischen ihm und der Gesellschaft herrscht Krieg auf Tod und Leben, offener oder geheimer Kampf, aber stets ununterbrochen und unversöhnlich. Er muss sich daran gewöhnen, jede Marter zu ertragen.

§ 6. Streng gegen sich selbst, muss er es auch gegen Andere sein. Alle Gefühle der Neigung, die verweichlichenden Empfindungen der Verwandtschaft, Freundschaft, Liebe, Dankbarkeit müssen in ihm erstickt werden durch die einzige, kalte Leidenschaft des revolutionären Werks. Für ihn existirt nur ein Genuss, ein Trost, ein Lohn, eine Befriedigung: der Erfolg der Revolution. Tag und Nacht darf er nur einen Gedanken, nur einen Zweck haben — die unerbittliche Zerstörung. Während er diesen Zweck kaltblütig und unaufhörlich verfolgt, muss er selbst zu sterben bereit sein und ebenso bereit, mit eigenen Händen Jeden zu tödten, der ihn an der Erreichung dieses Zieles hindert.

§ 7. Die Natur des wahren Revolutionärs schliesst jede Romantik, jede Empfindsamkeit, jeden Enthusiasmus und jede Hinreissung aus; sie schliesst sogar persönlichen Hass oder Rache aus. Die revolutionäre Leidenschaft, bei ihm zu einer alltäglichen und beständigen Gewohnheit geworden, muss mit kalter Berechnung gepaart sein. Immer und überall muss er nicht seinen persönlichen Trieben, sondern nur dem gehorchen, was ihm das allgemeine Interesse der Revolution vorschreibt.

### Pflichten des Revolutionärs gegen seine Revolutions-Genossen.

§ 8. Der Revolutionär kann Freundschaft und Zuneigung nur zu Dem hegen, der durch Thaten bewiesen hat, dass er gleichfalls Agent der Revolution ist. Der Grad der Freundschaft, Ergebenheit und sonstiger Verbindlichkeiten gegen einen solchen Gefährten bemisst sich nur nach dessen Nützlichkeit in dem praktischen Werke der allzerstörenden Revolution.

§ 9. Es ist überflüssig, von der Solidarität unter den Revolutionären zu reden, auf ihr beruht die ganze Macht des revolutionären Werks. Die Revolutionsgenossen, welche auf gleicher Höhe revolutionären Verständnisses und revolutionärer Leidenschaft sich befinden, müssen so viel wie möglich über alle wichtigen Angelegenheiten gemeinschaftlich berathen und ihre Beschlüsse einstimmig fassen. Bei Ausführung einer so beschlossenen Sache muss Jeder möglichst nur auf sich selbst rechnen. Wo es sich um Ausführung einer Reihe zerstörender Handlungen handelt, muss Jeder auf eigene Hand thätig sein und Hülfe und Rath von seinen Gefährten nur beanspruchen, wo es für den Erfolg unumgänglich ist.

§ 10. Jeder Revolutionsgenosse muss mehrere Revolutionäre zweiter oder dritter Ordnung, d. h. solche, die noch nicht vollständig eingeweiht sind, in seiner Hand haben. Er muss dieselben als einen, seiner Verfügung anvertrauten Theil des allgemeinen revolutionären Capitals betrachten. Er muss ökonomisch mit seinem Capitalantheil wirthschaften und möglichst grossen Nutzen aus demselben herausschlagen. Er hat sich selbst auch nur als ein Capital zu betrachten, das für den Triumpf des Revolutionswerkes verwendet wird, als ein Capital jedoch, über das er nicht allein und ohne Zustimmung sämmtlicher vollständig eingeweihter Genossen verfügen kann.

§ 11. Wenn sich ein Kamerad in Gefahr befindet, so darf der Re-

volutionär bei der Frage, ob er ihn retten soll oder nicht, kein persönliches Gefühl zu Rathe ziehen, sondern einzig und allein das Interesse der Sache der Revolution. Demnach muss er auf der einen Seite den Nutzen, welchen sein Kamerad gewährt, auf der anderen den Aufwand an Revolutionskräften, den seine Befreiung erfordert, gegen einander abwägen, und handeln, je nachdem sich die Wage zur einen oder andern Seite neigt.

### Pflichten des Revolutionärs gegen die Gesellschaft.

§ 12. Ein neues Mitglied kann, nachdem es seine Proben nicht in Worten, sondern in Thaten abgelegt hat, nur mit Einstimmigkeit in die Association aufgenommen werden.

§ 13. Ein Revolutionär tritt in die Welt des Staates, in die Welt der Klassen, in die sich civilisirt nennende Welt und lebt in derselben einzig aus dem Grunde, weil er an ihre nahe und vollständige Vernichtung glaubt. Er ist kein Revolutionär, wenn er noch an irgend etwas in dieser Welt hängt. Er darf nicht zurückbeben, wo es sich darum handelt, irgend ein jener alten Welt angehöriges Band zu zerreissen, irgend eine Einrichtung oder irgend einen Menschen zu vernichten. Er muss Alles und Alle gleichmässig hassen. Um so schlimmer für ihn, wenn er in jener Welt Bande der Verwandtschaft, Freundschaft oder Liebe hat; er ist kein Revolutionär, wenn diese Bande seinen Arm aufhalten können.

§ 14. Um der unerbittlichen Zerstörung willen kann der Revolutionär, und muss er sogar oft, mitten in der Gesellschaft leben und den Schein bewahren, er sei ein ganz Anderer als er wirklich ist. Ein Revolutionär muss sich überall Eingang verschaffen, in der höheren Gesellschaft wie beim Mittelstand, im Kaufmannsladen, in der Kirche, im aristokratischen Palast, in der bureaukratischen, militärischen und literarischen Welt, in der dritten Section (geheime Polizei) und selbst im kaiserlichen Palast.

§ 15. Jene ganze unfläthige Gesellschaft theilt sich in mehrere Kategorien. Die erste besteht aus Denen, die unverzüglich dem Tode geweiht sind. Die Genossen mögen Listen dieser Verurtheilten aufstellen, nach dem Grade ihrer verhältnissmässigen Bösartigkeit und mit Rücksicht auf den Erfolg des Revolutionswerkes geordnet, und zwar so, dass die ersten Nummern vor den übrigen abgefertigt werden.

§ 16. Bei der Aufstellung dieser Listen, bei der Feststellung der Kategorien darf nicht die individuelle Verderbtheit eines Menschen entscheiden oder gar der Hass, den er den Mitgliedern der Organisation oder dem Volke einflösst. Können doch selbst diese Verderbtheit und dieser Hass gewissermassen nützlich sein, indem sie zum Volksaufstand reizen. Man darf nur den Massstab des Nutzens berücksichtigen, der aus dem Tode einer bestimmten Person für das Revolutionswerk hervorgehen kann. An erster Stelle müssen Die vernichtet werden, die für die revolutionäre Organisation am verderblichsten sind und deren gewaltsamer und plötzlicher Tod am geeignetsten ist, die Regierung zu erschrecken und ihre Macht zu erschüttern, indem er sie der energischsten und intelligentesten Agenten beraubt.

§ 17. Die zweite Kategorie besteht aus Denen, welchen man provisorisch das Leben lässt, damit sie durch eine Reihe empörender Thaten das Volk zum unvermeidlichen Aufstand treiben.

§ 18. Zur dritten Kategorie gehört eine grosse Anzahl hochstehender Bestien, die weder durch Geist noch durch Energie sich auszeichnen, die

aber vermittelst ihrer Stellung Reichthum, hohe Verbindungen, Einfluss und Macht besitzen. Man muss sie auf alle mögliche Art ausbeuten, man muss sie umgarnen und verwirren, und, indem man sich zum Herrn ihrer schmutzigen Geheimnisse macht, sie zu unseren Sclaven machen. Auf diese Weise werden ihre Macht, ihre Verbindungen, ihr Einfluss und ihr Reichthum zu einem unerschöpflichem Schatze und zu einer kostbaren Hülfe bei mannigfaltigen Unternehmungen.

§ 19. Die vierte Kategorie besteht aus allerlei ehrgeizigen Beamten und aus den Liberalen der verschiedenen Schattirungen. Mit diesen kann man nach ihrem eigenen Programm conspiriren, indem man thut, als ob man ihnen blindlings folge. Man muss sie in unsere Hand bringen, sich ihrer Geheimnisse bemächtigen, sie vollständig compromittiren, so dass ihnen der Rückzng unmöglich wird, und sich ihrer zur Herbeiführung von Unruhen im Staate bedienen.

§ 20. Die fünfte Kategorie bilden die Doctrinäre, Verschwörer, Revolutionäre, alle diejenigen, welche in Versammlungen oder auf dem Papier Geschwätz machen. Man muss sie unaufhörlich zu praktischen und gefahrvollen Kundgebungen treiben und fortreissen, deren Erfolg sein wird, dass der grösste Theil von ihnen verschwindet, während Einige von ihnen sich zu ächten Revolutionären entwickeln.

§ 21. Die sechste Kategorie ist von grosser Bedeutung; es sind die Frauen, die in drei Klassen einzutheilen sind. Zur ersten gehören die oberflächlichen Frauen, ohne Geist und Herz, deren man sich in derselben Weise bedienen muss, wie der Männer der dritten und vierten Kategorie. Zur zweiten Klasse gehören die leidenschaftlichen, hingebenden und befähigten Frauen, die jedoch nicht zu uns gehören, weil sie noch nicht zum praktischen und phrasenlosen revolutionären Verständniss emporgedrungen sind; man muss sie benutzen wie die Männer der fünften Kategorie. Endlich kommen die Frauen, die ganz und gar zu uns gehören, das heisst, die vollständig eingeweiht sind und unser gesammtes Programm angenommen haben. Sie müssen wir als den kostbarsten unserer Schätze betrachten, ohne dessen Beistand wir nichts auszurichten vermögen.

### Pflichten der Association gegen das Volk.

§ 22. Die Association hat keinen anderen Zweck, als die vollständige Emancipation und das Glück des Volkes, das heisst der hartarbeitenden Menschheit (tschernorabotschii ljud). Aber von der Ueberzeugung ausgehend, dass diese Emancipation und dieses Glück nur vermittelst einer Alles zerstörenden Volksrevolution erreicht werden können, wird die Association alle ihre Mittel und Kräfte anwenden, um die Uebel und Leiden zu erhöhen und zu vermehren, die endlich die Geduld des Volkes zerreissen und seinen Massenaufstand anfachen werden.

§ 23. Unter Volksrevolution versteht unsere Gesellschaft nicht eine nach dem klassischen Muster des Westens geregelte Bewegung, die stets vor dem Eigenthum und der überlieferten gesellschaftlichen Ordnung der sogenannten Civilisation und Moralität Halt macht und sich bisher darauf beschränkt hat, den Wegfall einer politischen Form auszusprechen, um sie durch eine andere zu ersetzen, und einen sogenannten revolutionären Staat zu schaffen. Die einzige Revolution, die dem Volke zum Heil gereichen kann, ist die, die jeden Staatsbegriff durch und durch vernichtet und alle Ueberlieferungen, Ordnungen und Klassen des Staats in Russland umstürzt.

§ 24. Bei diesem Ziel hat die Gesellschaft nicht die Absicht, dem

Volke irgend eine von oben kommende Organisation aufzudrängen. Die zukünftige Organisation wird ohne Zweifel aus der Bewegung und dem Leben des Volkes hervorgehen, aber das ist die Sache künftiger Generationen. Unsere Arbeit ist die schreckliche, totale, unerbittliche und allgemeine Zerstörung.

§ 25. Deshalb müssen wir, indem wir uns dem Volke nähern, uns vor allem mit den Elementen des Volkslebens verbinden, welche seit Gründung des moskowitischen Staats unaufhörlich, nicht nur in Worten, sondern auch in Thaten gegen Alles protestirt haben, was direct oder indirect mit dem Staat verbunden ist, gegen den Adel, die Bureaukratie, die Priester, die grosse Handelswelt und die Kleinhändler, gegen alle Ausbeute des Volkes. Wir müssen uns mit der abenteuernden Welt der Räuber verbinden, die die einzig wahren Revolutionäre Russlands sind.

§ 26. Diese Welt zu einer einzigen allzerstörenden und unbesiegbaren Macht zusammenzufassen, darin besteht unsere ganze Organisation, unsere ganze Verschwörung und unser ganzes Unternehmen."

Bakunin richtete 1870 eine Proklamation „An die Officiere der russischen Armee", worin er ankündigte, dass „die Stunde des letzten Kampfes zwischen den Romanoff-Holstein-Gottorp und dem russischen Volke, der Kampf zwischen dem tartarisch-deutschen Joche und der weiten slavischen Freiheit herannaht. Der Frühling ist an unserer Schwelle und in den ersten Tagen des Frühlings wird der Kampf beginnen . . . die revolutionäre Gewalt ist bereit und bei der tiefen und allgemeinen Unzufriedenheit der Massen, welche in diesem Augenblick in Russland herrscht, ist sie ihres Triumphes sicher." Eine Organisation ist vorhanden, um die bevorstehende Revolution zu leiten, denn „eine geheime Organisation ist wie der Generalstab einer Armee, und diese Armee ist das ganze Volk."

„In meinem Aufruf an die jungen russischen Brüder sagte ich, dass der Stenka Rasin, der sich während der so sichtbar nahen Vernichtung des russischen Reiches an die Spitze der Volksmassen stellen wird, nicht mehr der individuelle Held, sondern ein Gesammt-Stenka Rasin sein wird. Wer kein Thor ist, wird leicht begriffen haben, dass ich von einer vorhandenen und bereits in diesem Augenblick thätigen Organisation sprach, die in ihrer Disciplin, in der leidenschaftlichen Hingebung und Selbstverleugnung ihrer Mitglieder und in dem blinden Gehorsam gegen ein einziges allwissendes, doch von Niemandem gekanntes Comité seine Stärke findet. Die Mitglieder dieses Comités haben vollständig auf ihre eigene Persönlichkeit Verzicht geleistet; dies giebt ihnen das Recht, von allen Mitgliedern der Organisation eine gleiche absolute Entsagung zu verlangen. Sie haben in solchem Grade auf Alles verzichtet, was sonst den Gegenstand der Begierde eitler, ehrgeiziger und machtgieriger Leute bildet, dass sie ein für allemal auf den individuellen Besitz der Gewalt, auf jede öffentliche oder officielle Macht, ja im Allgemeinen selbst auf das Bekanntwerden ihres Namens in der Gesellschaft verzichten und sich einer ewigen Verborgenheit hingeben, und, während sie anderen den offenkundigen Ruhm und Glanz des Werkes überlassen, für sich nur, doch immer als Gesammtheit, das Wesen des Werkes aufheben. Wie die Jesuiten, aber nicht zum Zwecke der Knechtung, sondern der Emancipation des Volkes, hat Jeder von ihnen selbst auf den eigenen Willen verzichtet. In dem Comité wie in der ganzen Organisation ist es nicht das Individuum, welches denkt, will und handelt, sondern die Gesammtheit. Ein solcher Verzicht auf eigenes Leben,

Denken und Wollen wird Vielen unmöglich, ja selbst empörend scheinen. Es ist in der That schwer, ihn durchzusetzen, aber es ist unumgänglich nothwendig. Besonders den Neulingen wird es schwer erscheinen, die kaum in die Organisation eingetreten sind, denn Leuten, die noch nicht die Gewohnheit geschwätziger und eitler Prahlerei abgelegt haben, Leuten, die nach Ehre, nach persönlicher Würde und nach Recht streben, und von allen denen, die sich von den jämmerlichen Phantomen einer erdichteten Humanität lenken lassen, Phantomen, hinter denen in der russischen Gesellschaft eine allgemeine Servilität gegenüber der gemeinsten und verworfensten Wirklichkeit sich zeigt. Dieser Verzicht wird denen peinlich erscheinen, die in dem grossen Werke nur die Befriedigung ihrer Eigenliebe, nur eine Gelegenheit zum Phrasendrechseln suchen und die nicht das Werk um des Werkes willen lieben, sondern wegen der theatralischen Aufspreizung ihrer eigenen Person. Jedes neue Mitglied tritt aus freien Stücken in unsere Organisation ein und weiss im voraus, dass es, einmal eingetreten, nicht mehr sich, sondern ganz ihr angehört. Der Eintritt in die Organisation ist frei, der Austritt aber unmöglich, denn jedes austretende Mitglied würde die Existenz der Organisation selbst unzweifelhaft gefährden, und diese darf nicht von dem Leichtsinn und der Laune oder der grösseren oder geringeren Zuverlässigkeit, Ehrenhaftigkeit und Macht eines oder mehrerer Individuen abhängen.... Wer ihr daher angehören will, muss im voraus wissen, dass er sich ihr vollständig hingiebt mit Allem, was er an Kräften, Mitteln und Wissen besitzt, ja mit seinem ganzen Leben und das unwiderruflich. Es ist dies klar und deutlich in ihrem Programm auseinander gesetzt; dasselbe ist veröffentlicht und ist bindend für alle Mitglieder des Comités sowie für Alle, die nicht zum Comité gehören.... Ist ein Mitglied wirklich von der (revolutionären) Leidenschaft durchdrungen, so wird ihm Alles leicht erscheinen, was die Organisation von ihm verlangt. Es ist eine bekannte Sache, dass es für die Leidenschaft keine Schwierigkeit giebt; sie kennt keine Unmöglichkeit; je grösser die Hindernisse sind, desto stärker wird auch der Wille, die Kraft und das Geschick des Leidenschaftlichen angespannt. Die kleinen persönlichen Leidenschaften finden bei dem von der (revolutionären) Leidenschaft Besessenen nicht einmal Raum, er brauchte jene nicht einmal zu opfern, weil sie bei ihm nicht mehr vorhanden sind. Ein zuverlässiges Mitglied der Association hat bereits jedes Gefühl der Neugier in sich erstickt und verfolgt diesen Fehler unbarmherzig bei allen Anderen. Obgleich er sich jedes Vertrauens würdig weiss und gerade weil er desselben würdig ist, d. h. weil er ein zuverlässiger Mann ist, strebt er nicht danach, ja wünscht nicht einmal, mehr zu wissen, als für ihn zur möglichst guten Ausführung der ihm anvertrauten Aufgabe nothwendig ist. Er spricht über die Geschäfte nur mit den ihm bezeichneten Personen und sagt nur das, was ihm in den erhaltenen Befehlen vorgeschrieben ist; überhaupt richtet er sich streng und unbedingt nach den von oben ihm zugehenden Befehlen und Verfügungen, ohne zu fragen oder auch nur sich zu erkundigen, in welchem Grade der Organisation er sich befinde; er wird natürlich den Wunsch hegen, dass ihm so viel Geschäfte als möglich übertragen werden, jedoch nichtsdestoweniger mit Geduld den Augenblick abwarten, wo man ihm eins anvertraut. Eine so starre und absolute Disciplin mag einem Neuling wunderbar vorkommen und ihn selbst erstaunen; ein zuverlässiges Mitglied, einen wirklich starken und verständigen Mann wird sie weder überraschen noch verletzen, sie wird ihm im Gegentheil Freude machen und ihm eine Bürgschaft für seine Sicherheit sein, vorausgesetzt,

dass er unter dem Einflusse jener alles absorbirenden Leidenschaft des Volkssieges steht, von der ich oben gesprochen. Ein ernsthaftes Mitglied wird begreifen, dass solche Disciplin das nothwendige Unterpfand für die verhältnissmässige Unpersönlichkeit jedes Mitgliedes ist, die wiederum die conditio sine qua non des gemeinschaftlichen Triumphes ist; es wird begreifen, dass diese Disciplin allein im Stande ist, eine wirkliche Organisation zu bilden und eine vereinigte Revolutionsmacht zu schaffen, die, gestützt auf die elementare Macht des Volkes, im Stande sein wird, die furchtbare Gewalt der Staatsorganisation zu besiegen. Man wird vielleicht fragen, wie kann man sich der dictatorischen Leitung eines uns unbekannten Comités unterwerfen? Aber das Comité ist euch bekannt, und zwar zunächst durch das Programm, welches es veröffentlicht hat, das mit solcher Klarheit und Bestimmtheit abgefasst ist und das jedem in die Organisation eintretenden Mitgliede noch mehr im Einzelnen auseinander gesetzt wird. Das Comité empfiehlt sich euch aber zweitens durch das blinde Vertrauen, welches ihm Personen, euch bekannte, von euch geachtete, schenken, dasselbe Vertrauen, das euch dieser Organisation den Vorzug geben lässt vor jeder anderen. Das Comité giebt sich den thätigen Mitgliedern der Organisation noch weiter zu erkennen durch seine unermüdliche entschlossene Thätigkeit, die sich überallhin erstreckt und stets dem Programme und dem Zwecke der Organisation entspricht. Und Jedermann unterwirft sich gern seiner Autorität, indem er durch die Praxis selbst mehr und mehr einentheils von seiner wahrhaft staunenerregenden Voraussicht überzeugt wird, von seiner Wachsamkeit, von seiner mit Vorsicht gepaarten Energie und von seinem Geschick, die zu treffenden Massregeln dem Zwecke anzupassen, und anderntheils von der Nothwendigkeit und heilsamen Wirkung einer solchen Disciplin. Man könnte an mich die Frage stellen: wenn der Personenbestand des Comités ein undurchdringliches Geheimniss für alle Welt bleibt, wie hast du dich denn über dasselbe unterrichten und dich von seinem wirklichen Werthe überzeugen können? — Ich antworte freimüthig auf diese Frage. Ich kenne kein einziges von den Mitgliedern dieses Comités, nicht einmal ihre Zahl oder ihren Sitz. Ich weiss nur Eins, dass es sich nicht im Auslande befindet, sondern in Russland, wie es sein muss, denn ein russisches revolutionäres Comité, das im Auslande seinen Sitz hat, ist ein Unsinn, den nur das Gehirn sinnloser und dumm ehrgeiziger Phrasenschmiede ausbecken kann, die zur Emigration gehören und ihren lächerlich eitlen und boshaft intriganten Müssiggang unter dem volltönenden Namen der „Volkssache“ verbergen.

Nach der Adelsverschwörung der Decembristen (1825) wurde der erste ernste Versuch einer Organisation von Ischutin und Genossen gemacht. Die gegenwärtige Organisation ist die erste Organisation der revolutionären Kräfte von ganz Russland, die wirklich gelungen ist. Sie hat alle Vorbereitungen, alle Erfahrungen benutzt; keine Reaction wird sie zur Auflösung zwingen; sie wird alle Regierungen überleben und ihre Thätigkeit erst dann enden, wenn ihr Programm zum Alltagsleben der Russen und der gesammten Welt geworden ist.

Vor nahe einem Jahre hielt es das Comité für nützlich, mich von seiner Existenz zu benachrichtigen, und schickte mir sein Programm nebst einer Darlegung des allgemeinen Plans für die revolutionäre Thätigkeit in Russland. Da ich mit beiden vollständig übereinstimmte und mich überzeugt hatte, dass das Unternehmen eben so gut wie die Männer, welche die Initiative ergriffen haben, einen durchaus ernstlichen Charakter hat, so that ich, was nach meiner Meinung jeder ehrenhafte Flüchtling

thun musste: ich habe mich der Autorität des Comité's als des einzigen Vertreters und Leiters der Revolution in Russland bedingungslos unterworfen. Wenn ich mich heute an Euch wende, so gehorche ich damit nur den Befehlen des Comité's. Mehr kann ich Euch nicht sagen. Ich will nur noch ein Wort in dieser Sache hinzufügen. Der Plan der Organisation ist mir genügend bekannt, um mir die Ueberzeugung zu gewähren, dass keine Macht mehr im Stande ist, sie zu vernichten. Selbst wenn die Volkspartei eine neue Niederlage im nächsten Kampfe erleiden sollte, was Niemand unter uns befürchtet, wir glauben sämmtlich an den nahe bevorstehenden Triumph des Volks — ja, wenn selbst unsere Hoffnung getäuscht würde, so würde dennoch unter den schrecklichsten Unterdrückungsmassregeln, inmitten der wildesten Reaction die Organisation wohlbehalten und ungeschädigt bleiben ....

Die Grundlage des Programms ist die breiteste, die humanste: vollständige Freiheit und vollständige Gleichheit aller Menschen, gegründet auf gemeinsamem Eigenthum und gemeinsamer Arbeit, die gleich obligatorisch für Alle ist, mit Ausnahme natürlich derjenigen, welche es vorziehen, ohne Arbeit zu verhungern.

Dies ist auch das gegenwärtige Programm der Arbeiterwelt aller Länder, und dieses Programm entspricht den hundertjährigen Forderungen und Instincten unseres Volkes.... Als die Mitglieder unserer Organisation dies Programm den Leuten aus niederem Volke vorlegten, waren sie ganz erstaunt, zu sehen, wie schnell und überall diese es begreifen und mit welcher glühenden Begeisterung sie es annehmen. Also das Programm ist fertig, es ist unveränderlich. Wer für dieses Programm ist, wird mit uns gehen. Wer wider uns ist, der ist der Freund der Gegner des Volks, der Gensd'arm des Czaren, der Henker des Czaren, unser Feind....

Ich habe euch gesagt, dass unsere Organisation so fest gegründet ist, und ich füge jetzt hinzu, dass sie so tief im Volke Wurzel geschlagen hat, dass, selbst wenn wir eine Niederlage erleiden, die Reaction ohnmächtig ist, sie zu zerstören....

Die servile Presse, den Befehlen der dritten Section gehorsam, giebt sich Mühe, dem Publicum einzureden, dass es der Regierung gelungen, die Verschwörung an ihrer Wurzel selbst zu fassen. Man hat durchaus nichts gefasst. Das Comité und die Organisation sind unangetastet und werden es stets bleiben; die Regierung wird sich bald davon überzeugen, denn der Ausbruch des Volksaufstandes steht nahe bevor. Er ist so nahe gerückt, dass Jeder sich jetzt entscheiden muss, ob er unser Freund, der Freund des Volkes, oder unser Feind und der des Volkes sein will. Allen Freunden, welchen Platz oder welche Stellung sie auch einnehmen mögen, stehen unsere Reihen offen. Aber wie soll man uns finden, werdet ihr fragen. Die Organisation, welche euch von allen Seiten umgiebt, die unter euch zahlreiche Anhänger zählt, wird von selbst denjenigen herausfinden, der sie sucht mit dem aufrichtigen Wunsche und dem festen Willen, der Sache des Volkes zu dienen. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns. Wählt!"

Natürlich hatte diese Verschwörungsgeschichte keine Gefahr für Russland. Aber ich habe diese Actenstücke abgedruckt, um den Leser einen Einblick in das Herz des russischen Volkes thun zu lassen: Welch barbarisches Volk, bei dem solche Proclamationen Anklang finden, und, wie der Process Netschajeff gelehrt hat, bei den Gebildeten, bei Studenten, Officieren und Beamten,

und welch' ein Volk, das einen solchen Höllenhund, nachdem es ihn glücklich in Sibirien hat, entlaufen lässt oder erst gar auf das civilisirte Europa hetzt. Was haben wir zu erwarten, wenn sich Napoleons I. Wort vom „kosakischen Europa“ erfüllen sollte!

Darum Wachsamkeit und — Opfer, ihr Besitzenden in Deutschland! Versöhnt die Arbeiter Deutschlands durch Reformen, die ihnen das Vaterland theuer machen — keine Verschwörungen „auf Gewissen“, kein Arbeitervieh-Import. Gebt ihnen eigenen Grundbesitz und Wohlstand, so werden „eure Kinder euch in eurem Erbe folgen“, wie Napoleon III. sagte, so werden eure Arbeiter, zugleich mit ihrem eigenen Herd auch den eurigen vertheidigen — andernfalls jauchzen sie einst den Russen als „Befreiern“ entgegen, und der russische Czar wird eine letzte „Abfindung“ und „Ablösung“ eintreten lassen, wenn nicht die Commune euch bereits auch schon „mit dem Leben“ abgefunden hat. Wenn ihr aber zu kurzsichtig in eurem Egoismus seid, so mag Gott das Herz des Kaisers für sein Volk erwärmen und ihn erleuchten, dass er euch das Nothwendige für das Wohl und die Erhaltung des Reiches abzwinge, und das wird ihm, aufs Volk gestützt, so leicht sein, wie Alexander II. die Bauernemancipation wurde, trotz des Widerstandes des Adels. Borkheim sagt darüber:

„Für die Zwecke des Krimkrieges hatte Nicolaus den religiösen Fanatismus aufgestachelt und dem alten russischen Adel erlaubt, die Zügel der Regierung zu ergreifen. Dieser gedachte, auch unter Alexander seinen Einfluss zu bewahren, umsomehr als der Czar bei der Thronbesteigung geneigt schien, den Krieg „bis auf den letzten Mann und die letzte Flinte“ fortzuführen. Der verblendete Adel bemerkte kaum, wie die Regierung während der letzten Periode des Krieges einer Klasse des politischen und socialen Körpers nach der andern Zugeständnisse gemacht hatte, um die ganze Kraft und alle Hülfsquellen der Nation für die Anforderungen des Kampfes in Fluss zu setzen. Das Ergebniss dieser Massregel setzte die Regierung sogleich in den Stand, sich von dem moskowitischen Adel unabhängig zu machen, und der Kaiser konnte, sogar gegen den Willen der nationalen Aristokratie, Frieden schliessen. Er wurde vom Volke gestützt. Das Volk hatte im Verhältniss stärker, als die Adeligen gelitten und war des Krieges durchaus satt; aber es besass noch hinlängliche Kraft und Elasticität, um die neue Aera versprochener Freiheit auf den Trümmern des alten Lebens aufbauen zu können. Es gab in der That keine Lebenssphäre, keine Klasse, keinen Bruchtheil des Volkes, dessen Theuerstes sich nicht in vollem Verfalle befand, so dass es sogar unter gewöhnlichen Umständen langer Zeit bedurft hätte, um den alten Gang wieder herzustellen. Und ausserdem gab es kaum ein einziges Territorium, dem die Regierung während des Krieges nicht irgend eine Aufbesserung oder Gnade in liberalem Sinne zugesagt hätte. Also überall nährte man unbestimmte Hoffnungen, und je unbestimmter diese waren, um so sicherer versahen sich die unwissenden und abhängigen Massen der schöpferischen und erlösenden Massregeln der Regierung. Ihr war andererseits die grosse Verschiedenheit der Bedürfnisse, Hoffnungen, Ziele und Interessen der zahlreichen Nationalitäten bekannt; daher war sie nahezu sicher, die eine durch die andere zügeln zu können, bis es ihr passend erscheinen dürfte, das Werk der Reform zu unternehmen. So hielt sie gleich nach dem Pariser Frieden die Geschicke

des Reichs wieder in ihren Händen, und konnte, sogar schon vor der Moskauer Krönung, die auswärtige Politik ohne Störungen von innen bezeichnen und vorbereiten; ja sie fühlte sich hinlänglich stark, die Adeligen zu bedrohen, falls diese etwa ihre Pläne zu durchkreuzen wagen sollten.

Die Reformen wurden mit grossem Vorbedacht eingeleitet, um bei jedem Schritte auf die Sympathie der Massen rechnen zu können. Die Massregeln folgten einander in stetiger Reihe und waren vom Beginn so genommen, dass sich die Elemente, welche man der neuen socialen und politischen Ordnung feindlich hielt, für vereinsamt halten mussten. Seit dem Regierungsantritte Alexanders stellte man die Adeligen als eine von der Slavenemancipation bedrohte Klasse hin. Diese geriethen natürlich, bei der Aussicht auf bedeutenden materiellen Verlust, in Unruhe. Der Werth ihres Eigenthums verminderte sich bereits, und schon nach dem Friedensschluss, als das Emancipations-Decret noch nicht veröffentlicht war, konnten sie von ihren Insassen keinerlei Dienstleistung mehr erzwingen. Ferner erschien inmitten der nationalen Freudenbezeigungen über die Achtung, welche dem Czaren von den Westmächten zur Krönung gezollt wurde, und über die kaiserliche Gnade ein Manifest der Regierung, welches die Bestechlichkeit der öffentlichen Beamten verdammte und die Ergebenheit des Volkes gegen sie anrief. Und während man die Menge, die bisher nur eine „misera contribuens plebs“ gewesen war, ihre Sicherheit dem Czaren anzuvertrauen lehrte, strebte eine wohlorganisirte Presse, die mehr declamatorisch, als praktisch auftrat, die bestehenden socialen Kämpfe noch zu verbittern, und säete überall tiefe Verachtung gegen die Institutionen der Vergangenheit. Die wenigen Privilegirten wurden auf diese Weise mit Besorgniss vor Verlust erfüllt; die bedürftige und entfesselte Masse lebte der Hoffnung auf Gewinnst.“

So lag der Adel ohnmächtig vor dem Throne und musste Gott danken und dem Czaren, dass Letzterer ihm nicht Alles nahm — zu Gunsten der Bauern.

Und wenn sich so bei uns der Kaiser auf das Volk stützt, so wird er den Capitalisten und Grossgrundbesitzern mit Leichtigkeit dasjenige abpressen können, was nothwendig für die Reform ist. Soll das Privateigenthum auf die Dauer dem socialistischen Ansturm standhalten, so muss es generalisirt werden, man muss viele kleine Besitzer schaffen, interessirt, das Princip des Privateigenthums zu vertheidigen. Das, und nur das ist heute conservativ. Sonst kommt die Zeit, in der es fällt. Glaubt man, die Russen würden als Eroberer zarter mit den deutschen Grundbesitzern umgehen, als sie es mit dem heimischen Adel gethan haben? Der Hohenzoller wird die sociale Reform in Deutschland schmerzloser, weil rücksichtsvoller, vollziehen als der Romanoff.

Die Russen aber würden sicherlich sich die Sympathien der „Enterbten auf dem Lande“ in Deutschland erwerben, denn es ist kein vernünftiger Grund da, weshalb sie nicht denselben Agrarcommunismus im eroberten Lande einführen sollten, den sie in der Heimath haben. Wahrscheinlich aber würden sie dem Proletariat den ganzen Besitz der Grundeigenthümer als Beute hinwerfen. Meint man, der deutsche Proletarier werde lieber Proletarier unter deutschem Herrscher und deutschem Grundherrn oder

— jüdischem sein als „collectiver“ Mitbesitzer unter dem Czaren? Ich nicht. Er denkt heute so, wie zu Anfang des Jahrhunderts die aufgeklärte Bourgeoisie, deren Ansicht Fichte also zusammenfasste: „Wenn nun der unterjochte Fürst (damals Friedrich Wilhelm III.) an sein Volk appellirt, so heisst das: Wehret euch, damit ihr nur meine Knechte seid und nicht eines Fremden.... Wenn wir daher nicht im Auge behielten, was Deutschland zu werden hat, so läge an sich nicht viel daran, ob ein französischer Marschall, ein Bernadotte, an dem wenigstens früher begeisternde Bilder der Freiheit vorübergegangen sind, oder ein deutscher aufgeblasener Edelmann ohne Sitten und mit Rohheit und frechem Uebermuth über einen Theil von Deutschland gebiete.“

Wer dem Kathenmann seine Kathe und ein anständiges Stück vom Gutsacker giebt, dem hilft er den Gutsherrn einst erschlagen, und wenn's der Teufel selbst wäre, der ihm dies bietet. Und annähernd ein Teufel ist der Bakunin. Bekanntlich wollte er 1871 in Lyon die Commune proclamiren, und in der Broschüre über das deutsche Knutenreich hatte er seinen Feldzugsplan entworfen. Er rechnete auf die Erhebung des Landvolkes in Frankreich und hatte auch seine Mittel zur Hand, sie für sich zu enthusiasmiren. Er sagte, der Bauer sei schon halb Bakuninist:

„Der Bauer hasst, jede Regierung. Er erträgt sie aus Klugheit; er bezahlt ihr regelmässig die Steuern und duldet, dass sie ihm seine Söhne nehmen, um sie zu Soldaten zu machen, weil er nicht sieht, wie er es ändern kann, und er bietet zu keiner Veränderung die Hand, weil er sich sagt, dass die eine Regierung soviel taugt wie die andere, und dass die neue Regierung, wie sie sich auch nenne, nicht besser sein wird, als die alte.“

Was ist da zu machen, um die allgemeine Volkserhebung zu Stande zu bringen?

Bakunin beginnt die levée en masse, die Revolution des Landes, damit, dass er alle Beamten abschafft. Dann müssen Arbeiter in alle Dörfer geschickt werden, nicht mit der Autorität repubikanischer Commissäre, sondern als revolutionäre Agenten auf eigene Faust, und nicht einzeln, sondern in Freicorps vereinigt. Diese „Corps-Francs propagateurs“ müssen „revolutionär inspirirt und organisirt sein.“ „Sie müssen die Revolution in ihrem Busen tragen, um sie unter den Bauern hervorrufen und anregen zu können.“ „Eine aufgenöthigte (imposée) Revolution, sei es durch officielle Decrete, sei es mit bewaffneter Hand, ist nicht mehr die Revolution, sondern ihr Gegentheil, denn sie ruft nothwendig die Reaction hervor.... Gleichzeitig müssen sich diese Freicorps dem Landvolk als eine achtunggebietende Gewalt (force) präsentiren, die im Stande ist (capable), sich Achtung zu erzwingen (de se faire respecter); gewiss nicht, um ihm Gewalt anzuthun, sondern um ihm die Lust zu benehmen, sie auszulachen und zu misshandeln, bevor sie sie angehört hätten, was vereinzelten und nicht von einer respectabeln Gewalt begleiteten Agitatoren (propagateurs) wohl widerfahren könnte. Die Bauern sind ein wenig einfältig (quelque peu grossiers) und einfältige Naturen lassen sich leicht durch das prestige und die Kundgebungen der Gewalt hinreissen, freilich um später sich gegen sie zu erheben, wenn diese Gewalt ihnen Bedingungen auferlegt, die ihren Instincten und ihren Inter-

essen zu sehr widerstreite. Davor müssen sich die Freicorps wohl hüten. Sie dürfen nichts auferlegen und müssen Alles aufregen."

Es müssen Leute sein, sagt Bakunin, „die den Teufel im Leibe haben." Bakunin definirt uns an einer anderen Stelle, was er unter dieser von ihm oft und gern gebrauchten Redensart versteht: „den Instinct der Freiheit, die Leidenschaft der Gleichheit, die heilige Revolte." — Doch genügt es keineswegs, dass diese Freicorps hinlängliche Stärke, gute Waffen und gute Instincte besitzen. Sie haben Aufgaben zu erfüllen, die grosse Klugheit und Geschicklichkeit erfordern.

„Zu allererst müssen sie wegräumen, was den Erfolg der Propaganda verzögern könnte. So müssen sie damit beginnen, die ganze Gemeindeverwaltung, die nothwendig vom Bonapartismus oder gar vom Legitimismus oder Orleanismus angesteckt ist, zu zerbrechen; die Herren Communalbeamten, sowie alle grosse reactionären Grundeigenthümer, und den Herrn Pastor dazu, angreifen, verjagen und nöthigenfalls verhaften, aus keinem anderen Grunde, als wegen geheimen Einverständnisses mit den Preussen. Die gesetzliche Gemeindevertretung muss ersetzt werden durch ein revolutionäres Comité, gebildet von einer kleinen Zahl der energischsten und am aufrichtigsten zur Revolution bekehrten Bauern."

„Aber bevor man dies Comité einsetzt, muss man eine reelle Umwälzung in den Gesinnungen wo nicht aller, so doch der meisten Bauern hervorgebracht haben. Sie müssen sich für die Revolution begeistern. Wie dieses Wunder (miracle) bewirken? Durch das Interesse. Der französische Bauer ist habsüchtig (cupide); wohlan! seine Habsucht selbst muss sich für die Revolution interessiren. Man muss ihm grosse materielle Vortheile anbieten und sofort geben."

Und nun wiederholt Bakunin die schon in seinen „Lettres à un Français" gemachten Vorschläge:

„Man muss die Reaction auf dem Lande so gut wie in den Städten vertilgen, aber man muss sie in Thatsachen treffen und nicht mit Decreten bekämpfen. Mit Decreten kann man nichts ausrotten. . . . Statt den Bauern den Boden, den sie jetzt besitzen, wegzunehmen, lasst sie ihrem natürlichen Instinct folgen! Und wisst Ihr, was dann kommt? Der Bauer will allen Boden haben."

Und da hat Bakunin vollkommen Recht. Der deutsche Bauer gäbe ein gut Stück seiner Seligkeit darum, wenn er dafür ein Stück vom Gutsacker abschneiden dürfte.

„Er betrachtet den grossen Herrn und reichen Bourgeois, deren grosse, durch Lohnarbeiter bebaute Güter sein Feld schmälern, als Fremde und Usurpatoren. Die Revolution von 1789 hat den Bauern die Güter der Kirche gegeben; sie werden von einer neuen Revolution den Vortheil haben wollen, die Güter des Adels und der Bourgeoisie zu bekommen."

„Aber wenn dies geschähe," fährt Bakunin fort, „wenn die Bauern den ganzen Theil des Bodens in Besitz nehmen, der ihnen noch nicht gehört, hätte man dadurch nicht das Princip des Privateigenthums sich in entsetzlicher Weise verstärken lassen, und würden sich nicht die Bauern gegen die socialistischen Arbeiter der Städte feindseliger als je erweisen?"

„Ganz und gar nicht; denn ist einmal der Staat abgeschafft, so wird ihnen die juridische und politische Weihe und Garantie des Eigenthums durch den Staat fehlen. Das Privateigenthum wird nicht mehr ein Recht sein, es wird auf den Zustand einer einfachen Thatsache reducirt sein."

Gewiss werden anfangs die Dinge nicht ganz friedlich ablaufen; es

wird Kämpfe geben; die „öffentliche Ordnung“ wird gestört werden und die ersten Thatsachen, die aus einem solchen Stand der Dinge hervorgehen, werden Das herstellen, was man gewohnt ist, einen Bürgerkrieg zu nennen.

Fürchten Sie übrigens keineswegs, dass die Bauern einander auffressen werden. Wenn sie anfangs versuchen, dies zu thun, so werden sie bald sich von der materiellen Unmöglichkeit, auf diesem Wege zu verharren, überzeugen und werden sich miteinander verständigen und organisiren. Das Bedürfniss, sich und ihre Familien zu ernähren, und daher die Nothwendigkeit, die Landarbeiten fortzusetzen, die Nothwendigkeit, ihre Häuser, Familien und ihr Leben gegen unvorhergesehene Angriffe zu schützen — alles Das wird sie unfehlbar zwingen, bald zu gegenseitigen Vereinbarungen zu schreiten. . . . . Ich behaupte nicht, dass das Land, welches sich so von unten nach oben reorganisirt, mit dem ersten Schlage eine ideale, in allen Punkten der von uns geträumten entsprechende Organisation schaffen wird. Aber es wird eine lebendige und deshalb der jetzigen tausendmal vorzuziehende sein.

Natürlich wird sich eine grosse Verschiedenheit in der Entwickelung der einzelnen Gemeinden, in die der Staat zersetzt wird, ergeben; aber das gegenseitige Verständniss, die Harmonie, das Gleichgewicht einer gemeinsamen Uebereinstimmung werden die künstliche und gewaltsame Einheit der Staaten ersetzen. Es wird ein neues Leben und eine neue Welt geben. . . .“

Aber in Frankreich existirt kein grundbesitzender Adel mehr, woher also Land nehmen, um es den dortigen Kleinbauern zu geben?

„Hier erhebt sich eine Frage. Die Revolution von 1792 konnte den Bauern die durch den Staat confiscirten Güter der Kirche und des emigrirten Adels geben. Aber heute, wendet man ein, hat sie nichts mehr zu vergeben, Ei und ob! Sind nicht die Kirche und die religiösen Orden beider Geschlechter, Dank der verbrecherischen Gefälligkeit der Monarchie, wieder sehr reich geworden? Sie besitzt, besonders im Süden Frankreichs, immenses Eigenthum in Land und Häusern, sowie Schmucksachen und Cultusutensilien, wahre Schätze in Gold, Silber und Edelsteinen. Wohlan, alles dies kann und muss confiscirt werden, nicht zu Gunsten des Staats, sondern durch die Gemeinde. . . .

Ferner sind da die Güter von den Tausenden bonapartistischer Grundbesitzer, die sich während der 20 Jahre der kaiserlichen Regierung durch ihren Eifer ausgezeichnet haben und durch das Kaiserthum auffällig begünstigt worden sind. Diese Güter zu confisciren wäre nicht nur ein Recht, sondern wäre und bleibt eine Pflicht. Denn die bonapartistische Partei ist keine gewöhnliche Partei, sondern . . . eine Räuberbande.“

Auf diese Weise wollte sich Bakunin in Frankreich helfen, wo er den Bauern keine Güter des Adels mehr als Beute hinzuwerfen hatte. Das würde in Deutschland anders sein. Er hätte hier Grossgrundbesitz, Domainen, Kirchengüter für das ländliche Proletariat und die Fabriken für die Industrieproletarier. Und wenn Russland, das sich immer noch „erholt“, die Stunde nahen sieht, in der es den Kampf gegen das Deutschthum unternehmen will oder muss, wird es da nicht einen zweiten Bakunin finden, der dem deutschen Proletariat dieselben Versprechungen Namens der „russischen Emancipation“ macht, die Bakunin I. von Lyon aus den französischen Bauern machte?

Schon aber wirken die Lehren Bakunin's in den romanischen Ländern, und wenn man das Capitel „Spanien“ in diesem Buche nachliest, wird man finden, dass die dortigen Internationalen bereits 1873 den Versuch machten, sie durchzuführen. Freilich unterlagen sie. Allein solche Lehren sind unüberwindlich mit einem heimischen Proletariat im Lande und der russischen Armee an der Grenze.

Man täusche sich nicht. Bakunin hat Recht, wenn er sagt, der Deutsche wollte den heimischen Käse gross haben. Jetzt ist er ihm gross genug. Die nationale Begeisterung ist einmal als Trumpf ausgespielt und hat ihre Schuldigkeit als solche gethan. Zweimal zieht dasselbe Mittel nicht. Das deutsche Volk verlangt jetzt Volkswohlfahrt und hört auf die Lockung des Ruhmes nicht mehr.

Charakteristisch für die erfolgte Abschwächung des nationalen „Chauvinismus“, der nach 1871 in Deutschland sich bemerkbar machte, ist das Verhalten der beiden oppositionellen Parteien, der Katholiken und Socialdemokraten bei der projectirten Nationalfeier des 2. September 1874. Die „Germania“ benutzt die Gelegenheit zu folgendem Blick auf das Innere Deutschlands:

„Reichsfeinde“ an allen Ecken und Enden! Die Dänen und die Polen opponiren zum Schutze ihrer Nationalität, die grosse Mehrheit des bayerischen Volkes und ein Theil seiner Grossen stehen argwöhnisch und misstrauisch der Reichsregierung gegenüber und schaaren sich um das angestammte Herrscherhaus; in den katholischen Provinzen Preussens erhebt sich von Tag zu Tag lauter der Jammerschrei des Volkes, dem man rücksichtslos sein Heiligstes antastet; in den Provinzen, die 1866 annectirt sind, erträgt eine starke Partei mit Widerwillen das neue Regiment und reclamirt das Recht ihres angestammten entthronten Fürstenhauses. Elsass-Lothringen steht uns nach wie vor fremd, kalt und abstossend gegenüber; die erprobten königstreuen Preussen der alten Provinzen sehen mit banger Besorgniss der neueren Entwickelung zu und manches Herz ist durch den Zwiespalt zwischen den conservativen Principien und der Ergebenheit gegen das Herrscherhaus traurig bewegt; durch alle Industriebezirke Deutschlands zieht sich wie eine pulvergefüllte Mine die socialdemokratische Verbindung. So kommt es, dass bei den Wahlen die Opposition fast genau so viel Stimmen aufweisen kann, als die Anhänger der Regierung, so dass die Zahl der wirklichen oder angeblichen „Reichsfeinde“ der Zahl der „Reichsfreunde“ kaum nachsteht. Wo ist die Einheit geblieben, die im Jahre des Sieges die Fürsten, die Armee und das Volk beseelte? Sie ist nicht befestigt, sondern sie ist wieder vernichtet worden, und die neue Zwietracht ist schlimmer, als die alte!

Oder ist etwa die materielle Lage der einzelnen Gesellschaftsschichten oder der Individuen so verbessert worden, dass wir Grund zum Jubel haben! Keineswegs. Die Klagen des Arbeiterstandes erschallen laut genug, um endlich sogar von den Manchestermännern gehört zu werden. Die Grossindustrie liegt nach der mit Mühe und Noth überstandenen Krisis matt und lahm darnieder, der Handelsstand klagt über die trostlosen Zeiten, viele Bureaux sind geschlossen, tausend Hände feiern unfreiwillig. Ueberall Klagen, überall Besorgniss, Stockung, Unsicherheit, Muthlosigkeit!“

Und das Blatt kommt zu dem Schlusse, das katholische Volk werde den Sieg von Sedan nicht feiern. Der „N. Social-Demokrat“ motivirt denselben Entschluss folgendermassen:

„Was? Der Arbeiter soll ein Siegesfest begehen, seine Kinder will man mit Zucker und Bretzeln anlocken, wenn er von dem Thore der Fabrik hinweggetrieben wird mit dem kalten Wort: Wir haben keine Arbeit, wenn seine Kinder jammern: wir haben kein Brot! Durch Sedan sind die Franzosen wenigstens ihren Tyrannen losgeworden; aber die deutschen Sieger, ihnen geht es augenblicklich wie den römischen Welteroberern, von denen Tiberius Gracchus sprach: „Sie haben nicht eine Erdscholle zum Eigenthum, wohin sie ihr Haupt legen können.“ Die deutschen Arbeiter werden daher am 2. September wohl nicht viel Lust zum Triumphiren haben. Sie werden sich wahrlich lieber mit den Lehren des Socialismus befassen, der die Völker nicht verhetzt, sondern verbindet. Sie werden auch sicherlich ernsthaft daran denken, wie sie zu Freiheit und Brot kommen! Das wäre eine recht fruchtbringende „Sedanfeier“.

Und diese beiden Parteien, incl. der Polen, erhielten — wie wir sehen werden — bei den letzten Wahlen 40 pCt. aller Stimmen! Auch diese Wahlen sollten unseren Staatsmännern die Gefahr der Situation klar machen. Vor der Reichstagswahl sagte die „Provinzial-Correspondenz“ so ziemlich das dummste Wort von all’ den Dummheiten, die sie schon, namentlich über sociale Dinge, in die Welt gesetzt, nämlich, die Wahlen würden der Ausdruck der Zufriedenheit des deutschen Volkes sein. Gleichzeitig hatte die officiöse Presse einen anderen colossalen Fehler begangen, indem sie ganze Volksklassen und grosse Parteien für „Reichsfeinde“ erklärte.

Nun haben die Wahlen allerdings eine Majorität für die Regierung ergeben, aber wie? Keineswegs leuchtet aus ihnen „Zufriedenheit“ des Volkes hervor. Die „Germania“ brachte denn auch am 15. August folgenden bezeichnenden Artikel:

„Die Zahl der „Reichsfeinde“.

Wir haben schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Officiösen ein sehr gefährliches Spiel treiben, wenn sie alle dem jetzigen Regierungssystem opponirenden Parteien als Staats- und Reichsfeinde bezeichnen. Denn die Zahl dieser „Staats- und Reichsfeinde“ wird nachgerade so gross, dass Jeder, der mit seinem Glauben an die officiösen Schreckworte noch etwas gesunden Menschenverstand verbindet, über die sonderbare Erscheinung, dass fast die Hälfte der Einwohnerschaft der deutschen Staaten und des Reiches aus „Feinden“ dieses Staates und dieses Reiches besteht, in höchliche Verwunderung und grösste Besorgniss gerathen muss. Diese Besorgniss muss sich noch steigern, wenn man beachtet, dass die „reichsfeindlichen Elemente“ in ganzen Staaten und Provinzen die entschiedene Majorität ausmachen, so z. B. in dem zweitgrössten Staate des Reiches, in Westfalen-Rheinland, in Posen und in Elsass-Lothringen.

Schon die Zusammensetzung des jüngst gewählten Reichstags weist in der bedenklich kleinen Majorität der unbedingt „reichsfreundlichen“ Parteien ein sehr beunruhigendes Symptom auf. Noch greller wird die

fatale Lage, zu welcher die Theorie von der Staats- und Reichsfeindlichkeit führt, durch die Zahl der abgegebenen Stimmen illustrirt. Da nämlich die Vota der Minoritätsparteien bei dem geltenden Bezirkswahlsystem viel weniger zur Geltung gekommen sind, als die der Majorität, so wird durch Zurückgehen auf die Stimmlisten die Differenz zwischen der Zahl der „Reichsfreunde" und „Reichsfeinde" in ganz überraschender Weise verkleinert.

Unbedingt reichsfreundlich sind laut Versicherung der Officiösen nur die Conservativen der verschiedenen Schattirungen und die Nationalliberalen. Nach Ausweis der amtlichen Statistik sind nun bei den letzten Reichstagswahlen im Ganzen abgegeben worden:

| | | |
|---|---|---|
| für die conservative Partei . . . | 375,117 | Stimmen, |
| „ „ deutsche Reichspartei . . | 360,977 | „ |
| „ „ liberale Reichspartei . . | 56,015 | „ |
| „ „ nationalliberale Partei . . | 1,616,440 | „ |

Sa.: Unbedingt reichsfreundliche Stimmen: 2,408,549.

Unbedingt reichsfeindlich sind laut Versicherung der Officiösen die Ultramontanen, die Polen, die Particularisten, die Demokraten, die Protestler und die Socialdemokraten. Nun sind aber abgegeben worden:

| | | |
|---|---|---|
| für das Centrum . . . . . . . . | 1,564,999 | Stimmen, |
| für die polnische Partei . . . . | 199,273 | „ |
| für die particularistische Partei . | 127,402 | „ |
| für die Volkspartei . . . . . . | 23,908 | „ |
| für die Protestpartei . . . . . | 78,616 | „ |
| für die socialdemokratische Partei. | 339,738 | „ |

Sa.: Unbedingt „reichsfeindliche" Stimmen: 2,333,936.

Also 2,333,936 entschiedene „Reichsfeinde" gegen 2,408,549 entschiedene Reichsfreunde! Also nur die verschwindende Majorität von 74,613 Stimmen auf Seiten der Reichsvertheidiger!

Ein versöhnender Uebergang zwischen diesen beiden streitenden Mächten von gleicher Stärke wird durch die Fortschrittspartei hergestellt, ein Zwitterwesen, das die Merkmale der Reichsfreundlichkeit und der Reichsfeindlichkeit in sich vereinigt. Auf diese Partei sind 479,151 Stimmen entfallen. Da die „Prov.-Corr." und die anderen officiösen Blätter seiner Zeit haarscharf bewiesen haben, dass das Gros dieser Partei, in specie der linke Flügel, durch und durch reichsfreundlich sei, so thun wir wohl kein Unrecht, wenn wir die Stimmen der Fortschrittspartei zu gleichen Hälften auf die reichsfreundliche und die reichsfeindliche Seite vertheilen.

Es bleibt dann die Differenz dieselbe: 2,648,124 Reichsfreunde gegen 2,573,511 Reichsfeinde, lässt dem Reiche einen Ueberschuss von 74,613 Freunden.

Wenn von diesen 70,000 Votanten nicht jeglicher ein kleiner Herkules ist, dann könnte leicht eines guten Tages die Reichslast den wenigen Schultern zu schwer werden! — Wenn in der That das Reich nur 70,000 Mann mehr ins Feld zu stellen vermag, als seine „inneren Feinde" — wird dann noch wohl irgend eine solide Lebensversicherung die Bismarck'sche Schöpfung in Assecuranz nehmen? — Hat je ein Staatengebilde den Anblick geboten, wie das unsrige, in welchem an allen Ecken und Enden Reichsfeinde hausen und in ganzen Ländern in unbezwingbarer Uebermacht dastehen?

Der Schöpfer des deutschen Reiches kann sich gratuliren, dass nicht alle seine Gegner so reichsfeindlich sind, wie er sie schildern lässt!"

Obige Rechnung stellt sich übrigens noch ungünstiger, wenn man sie auf die Volksstimmung bezüglich der inneren Politik anwendet, denn, obschon „reichsfreundlich", stehen die Conservativen meist in schroffem Gegensatz zur inneren Politik sowohl des Herrn Falck, wie der Herren Achenbach, Delbrück, Camphausen und Michaelis. Was die abgegebenen Stimmen anlangt, ist die innere Politik, welche, ich will nicht sagen, der Reichskanzler macht, aber duldet, dass sie die Minister machen, bereits in der Minorität.

Ich zweifle sehr, dass eine Neuwahl ein günstigeres Resultat ergeben würde, da seit der vorletzten Wahl eine entschiedene Verschlechterung der Stimmung eingetreten ist. Dies ergiebt sich aus folgender von selbem Blatte gemachten Zusammenstellung:

| Parteistellung. | Anzahl der Abgeordneten. | Anzahl der auf sie gefallenen Stimmen. | Anzahl der im Reiche für die betreffende Partei überhaupt abgegebenen Stimmen. |
|---|---|---|---|
| Conservativ | 22 | 136,861 | 375,117 |
| Deutsche Reichspartei | 33 | 261,496 | 360,977 |
| Liberale Reichspartei | 3 | 26,675 | 56,015 |
| Nationalliberal | 155 | 1,246,394 | 1,616,440 |
| Fortschrittspartei | 49 | 377,219 | 479,151 |
| Volkspartei | 1 | 7,185 | 23,908 |
| Socialdemokrat | 9 | 80,893 | 339,738 |
| Centrum | 101 | 1,203,529 | 1,564,999 |
| Particularist | 4 | 35,067 | 127,402 |
| Pole | 14 | 142,914 | 199,273 |
| Protestpartei | 6 | 76,559 | 78,616 |
| Dazu auf Candidaten unbestimmter Parteistellung gef. Stimmen | — | — | 37,519 |
| Summa | 397 | 3,594,792 | 5,259,155 |

Von den 5,259,155 abgegebenen giltigen Stimmen sind 3,594,792, d. h. 68,4 Procent auf Abgeordnete gefallen, während der Rest von 31,6 Procent in der Minorität verblieb. In ca. 39 Wahlkreisen erhielt der Gewählte über 90 Procent aller giltigen Stimmen; in 140 Wahlkreisen nur zwischen 50 und 60 Procent, in allen übrigen zwischen 60 und 90 Procent. Wie die Wahlbetheiligung, so war auch die Majorität in den Wahlkreisen der oppositionellen Parteien am grössten. Für die 101 Abgeordneten des Centrums sind nahezu eben so viel Stimmen abgegeben, wie für die 155 Abgeordneten der nationalliberalen Partei (1,203,529 : 1,246,394), die nationalliberale Partei hat also mit derselben Anzahl Stimmen um die Hälfte mehr erreicht, als das Centrum. Wenn man die Anzahl der für eine Partei abgegebenen Stimmen durch die Anzahl der durchgesetzten Abgeordneten dividirt, so ergiebt sich, dass auf je einen Abgeordneten gefallen sind: bei den Nationalliberalen 10,429, beim Fortschritte

9,779, beim Centrum 15,495, bei den Particularisten 31,850, bei den Socialdemokraten 37,749. Von den für die Particularisten abgegebenen Stimmen sind 72,5 Procent, von den für die Socialdemokraten abgegebenen sogar 76,2 Procent in der Minorität geblieben. Die Gefahr der Socialdemokratie zeigt sich durch diese Zahlen in einem viel grelleren Lichte, als durch die neun Wahlsiege. Von 1871 bis 1873 ist die Summe der für die Socialdemokratie abgegebenen Stimmen von 120,108 auf 339,738 gestiegen. Schwächer sind die Socialdemokraten nur in den Provinzen Schlesien, Hannover und Rheinland geworden, überall sonst haben sie zugenommen, am stärksten in Braunschweig und Anhalt, sodann in den Provinzen Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen, im Königreich Sachsen und in den freien Städten. Die grösste Stärke überhaupt haben sie im Königreich Sachen, wo 36,2 pCt. der abgegebenen Stimmen auf die Candidaten ihrer Richtung gefallen sind. Um so auffallender ist es, dass in denjenigen sächsischen Bezirken, in welchen die Socialdemokraten den Sieg davon getragen, keineswegs eine aussergewöhnlich starke Wahlbetheiligung zu entdecken ist. Die höchste, im Wahlkreise Mottelers, beträgt 64,7 Procent der Wahlberechtigten; im Wahlkreise Geib's erschienen nur 53,8 Procent, in denjenigen Bebel's sogar nur 38,7 Procent an der Urne, während die durchschnittliche Wahlbetheiligung im ganzen Reiche 62,1 Procent betrug. Wenn die Stimmen der Socialdemokraten nach dem Durchschnittssatze zur Geltung gelangt wären, so hätten sie 25 oder 26 Abgeordnete durchbringen müssen. — Ueber das Anwachsen des Centrums giebt folgende Tabelle Auskunft:

| Staaten, Provinzen und Deutsches Reich. | Anzahl der Wahlkreise. | Zahl der Abgeordneten der betreffenden Partei. | | Wahlkreise | | Von 100 giltigen Stimmen sind für die betreffende Partei abgegeben. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1874 | 1871 | gewonnen | verloren | 1874 | 1871 |
| Provinz Preussen | 30 | 2 | 2 | — | — | 11,7 | 7,2 |
| „ Posen | 15 | — | — | — | — | 4,7 | 0,1 |
| „ Schlesien | 35 | 10 | 3 | 7 | — | 32,5 | 14,7 |
| „ Sachsen | 20 | 1 | 1 | — | — | 6,1 | 3,2 |
| „ Hannover | 19 | 1 | 2 | — | 1 | 10,9 | 15,6 |
| „ Westfalen | 17 | 8 | 8 | — | — | 53,9 | 41,5 |
| „ Hessen-Nassau | 14 | 2 | 2 | — | — | 23,0 | 26,2 |
| Provinz Rheinland | 35 | 27 | 22 | 5 | — | 64,8 | 45,7 |
| Dazu Hohenzollern | 1 | 1 | — | 1 | — | 54,6 | — |
| Baiern | 48 | 32 | 18 | 14 | — | 59,5 | 38,0 |
| Sachsen | 23 | — | — | — | — | 1,0 | — |
| Württemberg | 17 | 3 | 1 | 2 | — | 19,9 | 9,8 |
| Baden | 14 | 2 | 2 | — | — | 41,5 | 23,2 |
| Hessen | 9 | 1 | — | 1 | — | 23,4 | 9,8 |
| Oldenburg, Braunschweig, Anhalt etc. | 11 | 1 | 1 | — | — | 10,4 | 10,8 |
| Elsass-Lothringen | 15 | 10 | . | 10 | — | 50,6 | . |
| Deutsches Reich | . | 101 | 62 | 40 | 1 | 29,8 | 17,8 |

Diese Tabellen enthalten eine für Herrn Falck sehr betrübende Lehre. Centrum und Polen stehen ihm geschlossen gegenüber; hier hat man es nun nicht mit einer Opposition eines kleinen Theils der katholischen Bevölkerung, wie sie etwa auf die Hetzerei der Presse und gewisser Geistlichen zurückzuführen wäre, sondern mit der Opposition fast aller Katholiken des deutschen Reiches zu thun! Wir haben in Deutschland 14,8 Millionen Katholiken, ca. 36,2 Procent der Gesammtbevölkerung. Abgegeben wurden 5,295,000 Stimmen, davon für Centrum und Polen 1,763,000 gleich 33 · Procent! Nur 3 Procent der abstimmenden Katholiken von jenen 36,2 Procent, also nur der zwölfte Theil, hat für eine andre Fraction gestimmt! Mögen sie heute ihre Friedfertigkeit betonen, ein so grosser Theil des Volkes lässt sich nicht Gesetze aufzwingen, die er für ungerecht hält, ob mit Recht oder Unrecht, ist ganz gleichgültig, er kämpft ob seiner Meinung, und wir stehen, meine Herren Conservativen, vielleicht vor einem socialen Religionskriege.

Noch trüber gestaltet sich die Rechnung für die dermalige innere Politik, wenn man auf die Natur der Stimmen eingeht. Das eigentliche „Volk“ ist in der Opposition, die liberale und jüdisch-demokratische Bourgeoisie in der Regierungspartei. Fürst Bismarck hat dermalen gerade die Leute für sich, welche ihm in Preussen zur Zeit des Militair-Conflicts eine so heftige, aber bedeutungslose Opposition machten. Herr von Bismarck wusste damals recht gut, dass das Volk nicht hinter der Majorität stand — das thut es heute wieder nicht, und damals verachtete er die Majorität und stützte sich auf König, Heer und — Volk. Heute steht die Majorität im Parlament zu ihm, im Volk nicht mehr. Sollte der Fürst Bismarck sich heute auf jene Majorität gegen das Volk stützen wollen, die Herr von Bismarck einst so ganz verächtlich behandelte? Der Fürst wird sich doch nicht durch den Adressensturm von Zustimmungen aus allerhand Stadtverordneten-Versammlungen und Corporationen oder wohl gar auf die Beistimmung der Presse verlassen? Weiss er doch genau, „wie's gemacht wird.“ Er wird nicht dem Manne gleichen, der einen Kampf aufnahm an einer Stelle, die ein vielfaches Echo hatte, weil, da er seinen Schlachtruf ausstiess, derselbe vielfach widerhallte, weshalb er auf allseitig heranrückende Freunde rechnete. Natürlich wurde er erschlagen, denn das Echo hat kein Fleisch und Blut und kämpft nicht. Der Fürst weiss ja, dass die Wilhelmsstrasse ein sehr künstliches Echo hat.

Dieser Staatsmann weiss ferner, dass am 4. September 1870 Gambetta, Favre und die Hand voll Advokaten mit ihnen das Kaiserthum nicht stürzen konnten, wenn die Arbeiter von Paris nicht voll Hass gegen Napoleon III. gewesen wären. Er weiss genau, wo die lebendige Volkskraft ist, und kennt den Werth der leeren liberalen Phrase wohl.

Auch weiss er recht gut, wer eigentlich der Wortführer des Liberalismus ist: das Judenthum, jenes Judenthum, das, wo es sich breit macht, stets als Vorläufer einer Katastrophe auftritt,

Freilich jubelt das Judenthum dem „Culturkampf" zu, weil es alles Christenthum hasst; freilich macht es die liberalen Wirthschaftsgesetze, weil es den grössesten Vortheil davon hat. Aber der Fürst weiss wohl, dass die heutigen Juden keine Maccabäer sind und das Reich nicht vertheidigen können, und auch die Juden sollten bedenken, was Constantin Franz ihnen zuruft:

„Wahrlich, die Juden spielen ein gewagtes Spiel, wenn sie durch den Einfluss, den sie auf die Presse und die gesammte Literatur gewonnen, den christlichen Glauben zu zerstören und zu beseitigen gedenken, um die entchristlichten Völker dann um so gewisser ihrer Börsenherrschaft unterwerfen zu können. Es mag das eine Weile lang von unbestreitbarstem Erfolge sein, in demselben Maasse aber, als das neue Börsenreich fortschreitet, ist auch der Boden seiner eigenen Existenz schon untergraben.

Könnten die Juden, weil für sich allein ein allzu kleines Häuflein bildend, ihr Ziel nur dadurch zu erreichen hoffen, dass sie so viel als möglich die christlichen Geschäftsleute in ihre Interessen hineinzuziehen und hinterher von sich abhängig zu machen suchen, — was ist die unvermeidliche Folge davon, als dass der Mammonscultus dadurch um so allgemeiner wird? Nun aber kann doch der Mammon selbst nicht allgemein werden, im Gegentheil, sein Wesen besteht vielmehr darin, nur wenigen anzugehören. Denn das allein giebt dem Reichthum wirkliche Bedeutung, dass er die grosse Masse der Besitzlosen sich dienstbar macht. Allein was kann diese grosse Masse noch davon abhalten, anstatt den Reichen zu dienen, vielmehr über dieselben herzufallen und den Mammon unter sich zu theilen, sobald nur erst der moralische Zügel, welchen die christliche Religion bildete, verschwunden sein wird? Und wäre es nicht die gerechte Nemesis, wenn sich dann das Plünderungssystem der Massen zu allererst gegen diejenigen richtete, die am meisten dazu beigetragen, ihnen den christlichen Glauben zu nehmen, und die doch andrerseits den grössten Mammon besitzen, und denselben am allerwenigsten durch productive Arbeit erwarben, so dass er wirklich am allerwenigsten moralischen Respect verdient?

Die Zeit wird lehren, ob das blosse Gespenster sind."

Woran ist Louis Philipp, woran Napoleon III. zu Grunde gegangen? An dem Bündniss mit dem Geld-Judenthum. Sie wollten „das Reich der hohen Course" schaffen, und mit dem Course fielen sie selbst. Welch elendes System, das alltäglich ängstlich im Courszettel nachliest, wie lange es noch über pari steht!

Und das Judenthum wird von Tag zu Tage mächtiger. Lange schon wurde das Parlament von dem Juden Lasker — Bamberger hinter sich — beherrscht. Durch Friedenthal's Ernennung zum Minister dringt das semitische Element — denn auf die Rasse in ihrer Eigenthümlichkeit, nicht auf die nach der Beschneidung erfolgte Taufe kommt es an — in das Ministerium, um daselbst die dominirende Rolle zu spielen, wie im Parlament, denn Friedenthal ist bei Weitem der Begabteste der Minister, von denen Fürst Bismarck einst stolz fragte: „Wie gefallen Ihnen meine Minister?" Früge er mich, könnte die Antwort nicht zweifelhaft sein.

Ein totaler Systemwechsel ist nothwendig, und weshalb sollte der Fürst nicht vom Liberalismus zum Conservatismus überge-

hen? War der Weg, den der Graf vom Conservatismus zum Liberalismus machte, weiter?

Worin beruhte die wunderbare Genialität der Bismarckschen Politik? Darin, dass er die in der Nation lebendigen und mächtigen Ideen richtig erkannte und von Oben her sie zur Ausführung brachte.

Wohlan, durch die Herren Falck und durch die Manchesterleute ist constatirt, dass die religiösen und socialen Ideen lebensfähig und mächtig sind, denn jene Herren streben vergebens, mit der ganzen Regierungsmacht ausgerüstet, sie sich zu unterwerfen, so schliesse der Fürst Frieden mit jenen Ideen und festige das Reich innerlich, das er nach Aussen gross gemacht hat, das aber dem Anprall der äusseren Feinde nicht widerstehen kann, wenn die Majorität des Volkes aus „Reichsfeinden“ — ich bin nicht verantwortlich für den abscheulichen Ausdruck — besteht.

Das Volk muss befriedigt, seine Stimmung verbessert werden, dann wird auch das allgemeine gleiche Wahlrecht ein gutes Resultat geben, denn ich bin nicht der Ansicht, dass man die Stimmung verbessert durch Strafgesetze, auch nicht der, dass man wohlthut, das Sicherheitsventil des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu verengen durch ein anderes Wahlsystem. Wenn es irgend möglich ist, wünsche ich, dass mit der katholischen Bevölkerung Friede gemacht werde, und für unmöglich halte ich das nicht, obschon auch ich nicht nach Canossa will. Eine grosse deutsche Nationalkirche schaffen zu wollen, wie sie in Russland existirt, ist eine Thorheit, und der Bischof Reinkens glaubt selber nicht daran, dass er die „Neu-Katholiken“ unter seinem Krummstabe weiden wird. Zweitens wünsche ich eine Vernichtung der Socialdemokratie, d. h. nicht durch die Mittel des Herrn Madai und Tessendorff, die sie nur kräftigen, sondern durch Reformen, die das arbeitende Volk befriedigen, durch wirkliche Verbesserung seiner Lage, indem man ihm Antheil am zunehmenden Nationalreichthum gewährt.

Wenn die Conservativen dieses Wunsches wegen zum Theil mich für einen verkappten Socialdemokraten halten, so liegt das bloss an ihrer Unwissenheit in socialen Dingen. Ich werde hier beweisen, dass die Socialdemokraten einzig und allein das fürchten, die conservative Partei oder die Regierung möchte auf unser Reformproject eingehen, der Verfolgungen aber freuen sie sich, da bekanntlich das Märtyrerthum jeder Partei nützt.

In dem bei Ihring in Berlin gedruckten Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für 1874 steht wörtlich Seite 34: Tölcke: „Was den Verein betrifft, mit den Gefahren, in denen derselbe augenblicklich schwebt, so ist es nach meiner Auffassung die conservative Partei, welche damit umgeht, die Arbeiterbewegung in die Corporativ-Vereine hineinzubringen, und damit hängen, meiner Ansicht nach, auch die Polizei-Massregelungen zusammen. Die Polizeischwierigkeiten ziehen sich schon in die Provinz Hannover hinein, und

zwar derart, dass man den ganzen Verein nicht auf einmal auflöst, sondern hier und dort bei einer Mitgliedschaft, z. B. Nieder-Lausitz etc., dies ausführt, um uns dadurch ganz besonders zu schädigen; es ist den aufgelösten Mitgliedschaften dadurch unmöglich gemacht, sich zu versammeln und über Vereinszwecke zu berathen; ich habe jedoch einen Modus ausfindig gemacht, nach welchem sogar die aufgelösten Mitgliedschaften sich versammeln können, ohne dass ein Staatsanwalt oder Jurist etwas ausfindig machen könnte, wodurch sie in Strafe gezogen werden könnten; ich werde dies bei einer späteren Debatte erörtern."

Tölcke hat ganz Recht bezüglich der Corporativbewegung. Wir wollen die Gewerke von Staatswegen organisirt wissen, ihre Alterversorgungs-, Pensions- und Krankenkassen unter Staatsaufsicht geben und sorgen, dass der Lohn mit der steigenden nationalen Productivität mitsteigt. Die Pensionen der „Invaliden der Arbeit" sollen reichlich bemessen werden, etwa in der Art, wie die der Reichsbeamten, steigend mit den Jahren und im Verhältniss stehend zum bezogenen Lohn. Tölcke hat Unrecht, die Conservativen solcher Pläne zu beschuldigen. Erstens giebt es nur noch Trümmer einer solchen Partei, zweitens hat sich noch kein Parteifetzen für uns erklärt. Er hat ferner Unrecht, wenn er meint, die Polizeimaassregelungen hingen mit unseren Plänen zusammen. Wir haben mit der Polizei so wenig Verbindung, wie mit irgend einer Behörde und befinden uns seit 1869, seit der Sanctionirung der neuen Gewerbeordnung, in der entschiedensten socialen Opposition zum herrschenden System, wovon jedes Heft der „Revue" Zeugniss ablegt. Die Polizeimaassregelungen halte ich für verderblich, da sie bereits beide socialdemokratische Parteien vereinigt haben, beide in's Lager der katholischen und particularistischen Opposition getrieben haben, nicht auf Verabredung, sondern aus Nothwehr, und weil sie somit jede dieser Parteien fort und fort mehr stärken.

Seite 35—36 Richter:

„Herr Tölcke hat wörtlich gesagt, dass die Gewerkschaftsbewegung von den Conservativen resp. der Regierungspartei befördert wird (den Beweis dafür überlasse ich Herrn Tölcke selbst), aber wenn dieses der Fall ist, so erblicke ich gerade darin einen Grund mehr, die Gewerkschaftsbewegung aufrecht zu erhalten. Wer wollte wohl eine von den Gegnern selbst als gut anerkannte Waffe gerade im Augenblick der Gefahr sich aus den Händen winden lassen?"

Herr Richter hat Recht, wenn er die Gewerkschaftsbewegung für eine gute Waffe hält. Auch die Internationale hat, wie ich weitläufig bewiesen habe, sich zu ihr bequemen müssen, und auch wir müssen es thun, denn die atomisirte Arbeiterschaft verlangt nach neuer Organisation, und klug ist es, sie officiell so zu gestalten, dass sie sich in ihrem Rahmen wohl fühlt. Eindämmen lässt sich das berechtigte Verlangen nicht. Herr Hirsch hat mit seinen Vereinen, auf welche die Kathedersocialisten reingefallen

sind, die bekannte Mühlendammer Shoddy-Waare geliefert, die nicht probehaltig ist, und die Gewerkvereine der Socialdemokraten vertragen sich mit dem monarchischen Staat nicht.

Auf einen Einwurf Dohne's antwortet Tölcke Seite 42:

„Es ist vollständig unrichtig, dass ich gesagt haben soll, die Conservativen wollten die Gewerkschaften vollständig in die Hände haben. Die Conservativen wollten die social-politische Bewegung durch Beförderung der gewerkschaftlichen beseitigen."

„Selten habt Ihr mich verstanden" — auch Herr Tölcke hat es nur halb gethan. Die Organisirung der Gewerke ist ein Theil eines das ganze wirthschaftliche Leben umfassenden Reformplanes.

Seite 45. Der Präsident Hasenclever:

„Als auf der Generalversammlung in Hamburg 1868 zuerst die Corporativ-Vereine angeregt wurden, missbilligte ich diese Anregung principiell. Ich habe mich aber überzeugt, weil die Corporativbewegung aus den gesellschaftlichen Culturverhältnissen entspringt, und weil sie immer mächtiger wird, dass wir dieselbe beherrschen müssen, wiewohl sie verhältnissmässig wenige Rekruten für die politische Bewegung liefert. Auch bin ich der Ansicht, dass wir sie deshalb beherrschen müssen, damit die Gewerkschaftsbewegung nicht in ein feindliches politisches Fahrwasser hineintreibt. Dazu kommt noch, dass die Gewerkschaften eine Finanzquelle für die Partei sind. Man darf jedoch nie bei den Corporativ-Vereinen Particularist sein, man muss die Gemeinsamkeit und vor Allem stets das socialistische Endziel im Auge haben."

Welches Fahrwasser Herr Hasenclever meint, sagt er Seite 56 mit folgenden Worten des Protokolls:

„Meyer sei ein entschiedener Gegner von ihm."

Und Seite 107 steht geschrieben:

„Hasselmann bemerkt, dass Tölcke gesagt habe, in Berlin ginge das Gerücht, die Redaction stehe mit Meyer in Verbindung; es sind das solche Behauptungen, an welche selbst der „Volksstaat" zu Schanden geworden."

Hierauf antwortet Tölcke auf derselben Seite des Protokolls:

„Er habe das betreffende Gerücht nicht angeführt, um Hasselmann zu verdächtigen, sondern nur, um darauf hinzuweisen, dass die Conservativen sich um die gewerkliche Bewegung bekümmerten."

Dies dürfte den Conservativen wohl genügen. Was die Gegnerschaft zu Hasenclever anlangt, will ich nur bemerken, dass ich natürlich ein Gegner jedes Socialdemokraten bin, aber nicht daran denke, sie anzugreifen und zu bekämpfen, bis ich nicht die Gewissheit habe, dass ein grosser Theil der conservativen Partei oder die Regierung den meiner Ansicht nach gerechten Wünschen der Arbeiter voll und aufrichtig Rechnung tragen will. Dann werde ich diese Partei oder diese Regierung nach schwachen Kräften unterstützen. Sonst werde ich mich, wie zur Zeit, darauf beschränken, die Geschichte der Zersetzung der Gesellschaft in Deutschland — und vielleicht einst mit blutendem Herzen ihres Unterganges — zu schreiben, gelegentliche Warnungsworte abge-

rechnet. Zwistigkeiten unter den Socialdemokraten zu säen, wäre reine Dummheit, denn sie einigen sich doch wieder; einzelne Führer zu kaufen, habe ich kein Geld, und hätte ich es, würde ich es nicht so fruchtlos wegwerfen, denn man hat dann stets nur einen Lump gekauft, der sofort allen Einfluss verliert. Solche albernen Polizeikunststücke mir zuzutrauen, heisst mich in der That beleidigen. Dazu sollten mir doch wohl selbst die Socialdemokraten zuviel Einsicht zutrauen. Zudem halte ich sowohl Lassalle, wie Marx, Hasenclever, wie Bebel für Leute, die einer inneren Ueberzeugung folgen und wirklich das Wohl des Volkes wollen, obschon ich ihre Mittel und Wege nicht billige. Aber auf Seiten der besitzenden Klassen vermisse ich dieses aufrichtige, christliche Wohlwollen und vor Allem die werkthätige, opfermuthige Liebe, und für die Vertheidigung ihrer egoistischen Klasseninteressen rühre ich keinen Finger. Für's Wohl des ganzen Volkes, Besitzende und Arbeiter, wenn's sein muss, das Leben; für das Interesse des Geldsackes, für das Recht des Wucherers — keinen Handschlag. Möge Bebel und Hasenclever und — Bakunin über sie kommen, wenn sie nur an sich, nicht an das Volk denken. Ich bin so lange nicht Hasenclever's, nicht Bebel's Gegner, als sich nicht eine leistungsfähige, opfermuthige Reformpartei unter den Besitzenden gebildet oder die Regierung die Reform in ihr Programm aufgenommen hat.

Diese Socialdemokraten haben von Gott die Mission erhalten, die in Hartherzigkeit und Genusssucht versunkenen besitzenden Klassen wieder an die Grundwahrheiten, an den socialen Gehalt des Christenthums zu erinnern, wonach der Reiche nur ein Verwalter des Reichthums, nicht sein lüsterner Nutzniesser ist. Und nützt die Erinnerung nicht, so wird ihnen die Mission der Strafe anheimfallen. Denen aber, welche Gott zu Vollstreckern seines Zornes sich ausersehen hat, in den Arm fallen, bevor nicht die zu Züchtigenden sich gebessert haben, wäre Frevel.

Noch eine Stelle will ich aus jenem Protokoll anführen. Klein sagt Seite 46, Tölcke habe gesagt: „die Bewegung gerathe langsam in die Hände der Regierung, diese werde dadurch, dass sie den Normalarbeitstag einzuführen sich bestrebe, schliesslich die Arbeiterbewegung in ihre Hände zu bekommen suchen.“

Organisirung der Gewerke, Normalarbeitstag und Erfüllung der übrigen Punkte unseres Programms wird nicht die Arbeiterbewegung der Regierung in die Hände liefern, sondern ihr überhaupt ein Ende machen, den socialen Frieden herstellen, und dann fürchte ich keine Internationale, keine Bakunin's und keine Russen!

Wenn man indess die Erfahrungen — auch der preussischen — Geschichte zusammenhält mit der Zeitströmung von heute in „massgebenden Kreisen“, so muss man befürchten, meine Hoffnung werde nicht Wahrheit werden. Es scheint, als sollten Völker und Dynastien stets erst durch die Schule des Unglücks klug werden. Wir sind jetzt so gross und mächtig und bewundert und auch so

stolz wie das Preussen Friedrichs des Grossen nach dem siebenjährigen Kriege, und vielleicht ebenso nahe vor dem jähen Fall. Friedrich Wilhelm III. hätte auch sehr klug gehandelt, wenn er die Bauern 1798 anstatt 1811 emancipirt hätte. Vielleicht verlor er dann die Schlacht von Jena nicht, die man heute wohl allgemein für eine ebenso wohlverdiente, wie in ihren Folgen wohlthätige Züchtigung hält. Möge uns ein Jena erspart werden, wir möchten uns nicht davon erheben. — General von Voigt-Rhetz sagte wenigstens im Reichstage bei der Militärdebatte, „wir dürften nur mit dem Siege rechnen.“ Der Mann muss es wissen. Indess, stolz wie ich auf unser Heer bin, habe ich den schönen Vers des Preussenliedes nicht vergessen:

„Nicht Ross, nicht Reisige“ etc.

Schön wäre es, wenn nicht die Russen erst uns ein Jena bereiten müssten, damit wir unserer Schuldigkeit gegen den „vierten Stand“ uns bewusst werden.

Man preist mit Recht die Politik des Fürsten Bismarck, und bis 1871 bin ich ein grosser Bewunderer desselben gewesen. Aber: „Nemo ante mortem beatus!“ Napoleon I. war Anfangs des Jahres 1812 wohl ebenso gepriesen. Wir haben eben seit 1871 einen Wechsel in der inneren Politik erlebt, der Alles in Frage stellen kann, was wir bis dahin errungen. Diese Politik, durch Krieg, oder besser durch Friedensschluss, kann nur der Mann zu Ende führen, der sie begonnen hat. Die Sache liegt heute schon so, dass der Fürst wirklich unersetzlich geworden ist. Er muss gesund und muss Reichskanzler bleiben, soll nicht ein Stern erster Grösse am deutschen Himmel unter eine dunkle und bleibende Wolke treten. Möglich, dass er auf einen baldigen Sieg über Rom und den Socialismus rechnet. Aber darüber darf man sich nicht täuschen, erficht er ihn nicht selbst, so wird er nie erfochten, und den Fürsten wird man für die Niederlage des Nachfolgers verantwortlich machen, denn seine Erbschaft kann nicht cum beneficio inventarii angetreten werden. Aber sollte er nicht lieber Frieden machen wollen? Sollte er es nicht noch, ohne der Ehre des Staates etwas zu vergeben, können? Ich glaube, dass dies möglich ist, und zwar ohne, dass man nach Canossa gehe und ohne, dass man ein socialdemokratisches Ministerium macht. Wenn es möglich ist, so beschwören ihn seine treuesten Anhänger durch meinen Mund, es zu thun. Religiösen Frieden und sociale Reformen, das ist es, was wir brauchen. Soll aber und muss Krieg geführt werden, so sind andere Waffen nöthig, als sie Falck, als sie Tessendorff anwendet. Mit Executor und Strafrichter Ideen bekämpfen wollen, das ist ja geradezu komisch.

Habe ich mich so lange mit der Gefahr beschäftigt, welche uns von Russland droht durch die Entfesselung der communistischen Gewalten in Deutschland und Europa Seitens der Russen, so habe ich nur noch wenige Worte über die socialistischen Umtriebe in

Russland zu sagen, soweit sie dem officiellen Agrarcommunismus nicht dienstbar oder fremd sind.

Jaeger hebt in seinem „Der moderne Socialismus“ treffend hervor, dass der Nihilismus unter den oberen Ständen sehr verbreitet und diese zu Verschwörungen geneigt seien. Ich halte das für ganz ungefährlich, weil das Volk nicht hinter den aristokratischen Verschwörern steht. Gegen solche Verschwörungen ist die Polizei am Platze, und die ist in Russland gut. Renan vergleicht aristokratische und demokratische Verschwörungen mit Park und Grasplatz. Er sagt, wie man im Park die Bäume mit leichter Mühe abhauen kann, so vernichtet man die aristokratische Verschwörung durch Enthaupten der Führer Je mehr und öfter man aber das Gras abmäht, desto dichter und schneller wächst es, so auch düngt das bei Unterdrückungsversuchen von demokratischen, von Volksverschwörungen vergossene Blut den Boden derselben. Sie sind unsterblich.

Auch die socialistisch-religiöse Sectenbildung in den unteren Schichten halte ich für unbedenklich, da sie alle eine communistische Tendenz haben, also nur Modificationen des officiellen Agrarcommunismus darstellen können, keinen principiellen Gegensatz.

Industrieproletariat existirt noch kaum, und wird wahrscheinlich die Industrie dort auch ein System sich schaffen, das dem Agrarcommunismus nicht allzu unähnlich ist, weil es undenkbar ist, dass für Ackerbau und Industrie diametral verschiedene Wirthschaftssysteme dauernd nebeneinander bestehen können. Es wird aber, da der Ackerbau so sehr vorwiegt, die Industrie sich dem System der Bodenwirthschaft ähnlich gestalten müssen, wodurch das Aufkommen des Industrieproletariats unmöglich wird.

Ist so kein Grund für eine gefährliche sociale Bewegung da, so wird umsomehr die politische Idee das Leben der Nation für die nächsten Generationen in Anspruch nehmen, d. h. die Idee des Panslavismus. Auch die gebildeten Nihilisten lassen, wie Bakunin, alle revolutionären Bestrebungen bei Seite, sobald nur der absolute Czar im Sinne der Panslavisten handelt. Sie sind so gut wie die Bauern nationale Fanatiker.

Keine Freundschaft des Kaisers für das verwandte hohenzollernsche Haus wird hiergegen Stich halten, und der künftige Czar verspricht schon jetzt, mit den Traditionen Alexanders II. zu brechen. In einem Kriege gegen Deutschland wird der Czar allemal das ganze Volk für sich haben, und wir werden wohl thun, uns auf einen solchen zu rüsten, aber nicht bloss dadurch, dass wir unsere Officiere Russisch lernen lassen.

Auf die albernen Verschwörungsgeschichten, die Bakunin und Andere angezettelt, gehe ich, als ganz bedeutungslos, nicht ein.

Im Jahre 1870 bildete sich in Genf eine russische internationale Section, die den Panslavismus bekämpfen wollte. Sie ist entschlafen. Marx nannte sich auch Generalsecretär für Russland. Es ist nie klar geworden, mit wem er daselbst correspondirt hat.

Mir bleibt noch übrig, mich gegen einen Vorwurf der „Tagwacht“ zu vertheidigen, die meint, ich hätte im I. Bande die russischen Studentinnen der Schweiz verleumdet. Die betreffende Notiz ist der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnommen. Ich habe sodann an den Rector der Berner Universität geschrieben, wohin sich 18 jener Damen gewendet, um mich über ihr Thun und Treiben zu erkundigen. Der damalige Rector, Herr Professor Dr. von Scheel, schrieb mir, sie seien fleissig, lebten zurückgezogen und hätten der Universitätsbehörde nicht den geringsten Grund gegeben, den Entschluss zu bedauern, dass man ihnen den Besuch der Universität gestattet habe. Von unsittlichem Lebenswandel sei ihm nichts bekannt geworden. Mit grosser Genugthuung gebe ich dieser Ehrenerklärung aus berufenstem Munde hier Raum.

# Frankreich.

Die Ideen der ersten französischen Revolution, liberté, égalité, fraternité, haben den modernen Socialismus geboren. Die bürgerliche Gesellschaft realisirte nur die Hälfte jenes Programms; sie gab die liberté und die politische égalité — allerdings auch erst seit 1848, seit der ersten socialen Revolution.

Der Socialismus strebt nun danach, die zweite Hälfte jenes Programms zu realisiren, die fraternité, welche zur socialen égalité übrigens auch noch nicht führt, da, wenn schon bei gleichem Erbrecht die frères gleichviel — oder gleich wenig Glücksgüter materieller Art von den Eltern erben, immer noch die angeborene geistige Verschiedenheit bleibt, die sich Geltung im Leben verschafft. Deshalb will der Collectivist Bakunin selbst diese fortschaffen.

Frankreich hat denn auch gezeigt, dass die liberale Oekonomie politisch zum centralisirenden Cäsarismus führt, also die liberté selbst wieder aufhebt. Ihre letzte gesellschaftliche Erscheinung ist der Kaiserpalast, zur Rechten die Kasernen, zur Linken die Fabrik.

Die Galvanisirungsversuche, welche man jetzt mit der legitimistischen Monarchie und deren Erben, der bürgerlich-constitutionellen macht, sind absurd. Die Weltgeschichte wiederholt sich nicht in demselben lokalen Rahmen.

Die Geschichte Frankreichs ist auch deshalb lehrreich, weil sie evident nachweist, dass der Socialismus durch Repression stets mächtiger wird. Und endlich ist Frankreich bereits so weit gekommen, dass darin der christliche und conservative Socialismus eine Unmöglichkeit geworden ist. Die katholische Kirche hat dort nicht mehr die Macht, auch nur einen bedeutenden Arbeitertheil latent zu halten. Nur der stark vertheilte Grundbesitz bietet noch einen kleinen reellen Rückhalt.

Aber Frankreich hat sogar schon in der letzten Zeit den misslungenen Versuch gemacht, durch den cäsaristischen Socialismus die Bourgeoisie-Gesellschaft über Wasser zu halten. Das Empire war das Regime der „hohen Course“ und der „öffentlichen Arbeiten.“ Aber kein Monarch kann stets hohe Course halten, und bei deren Fall fällt auch die Möglichkeit, dem Proletariat panem et circenses, auf Französisch: du pain et gloire, zu gewähren.

Ungeheuer lehrreich ist diese Geschichte! Nur nicht für die Franzosen!

Aber für uns sollte sie lehrreich sein.

Wie die alten Stände in Frankreich, Adel und Priesterschaft, dem Wohle des Ganzen keine Opfer bringen wollten und die Krone zu schwach war, sie ihnen abzuringen, so zogen sie sich die radikale Revolution zu, welche Königthum, Adel und Kirche vernichtete. Auch die letzte hat sich nie zu ihrem alten Einflusse erhoben.

So bringt jetzt die herrschende Klasse kein Opfer und versucht abermals die Repression, und wird dafür eine sie vernichtende sociale Revolution ernten, um so mehr, da eine Krone, die sie zur Nachgiebigkeit zwingen könnte, nicht mehr existirt.

In Preussen hat man die erste französische Revolution durch den Machtspruch des Königs umschifft, der dem ersten Stande des Landes die nöthigen Opfer — auch nicht ohne dessen Protest — abzwang. Die 1848er hat man schon nicht ganz vermieden. Man liess sich abzwingen, was man vorher Stück für Stück hätte geben sollen.

Und die dritte können wir auch nur vermeiden, wenn das Königthum der liberalen Bourgeoisie abzwingt, was es ehemals dem Adel — zu dessen eigenem Vortheil — abzwang.

Ein Mann, welcher eine allzu einflussreiche Stellung in verderblicher Weise ausfüllt, hat von mir gesagt, ich schreibe im conservativen Barrikadenstyl. Ich und Meinesgleichen werden nie Barrikaden bauen; aber verhindern möchten wir, dass sie gebaut werden im deutschen Vaterlande, und Feigheit wäre es, mit dem harten Worte der Verurtheilung zurückzuhalten gegen ein System — an dessen Ende die Barrikade steht. Liebe zum Vaterlande und seiner glorreichen Kaiserdynastie ist es, die mich diese Einleitung zu diesem Capitel länger machen lässt, als die zu den andern geworden ist. Noch kann der deutsche Kaiser auf der Bahn seiner Ahnen fortwandeln, wenn er will. Die Lehre von dieser Bahn findet sich in Lorenz von Stein's Lehre vom „Königthum". Dieser tiefe Denker, der mit mehr Recht von seinem Fürsten geadelt ist, als viele, viele Andere, wird es mir nicht übel nehmen, wenn ein Schüler, der es tief bedauert, dass Umstände es ihm nicht gestatteten, in seinem Hörsaale sitzend, von seinem Munde Worte der Wahrheit, mit mannhaftem Muthe gesprochen, zu hören, in diesem Capitel seine „Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich, Leipzig, bei Otto Wigand," als theoretische Einleitung wiederholt benutzt. Sind die grossen Gedanken sein, soll mein sein die Nutzanwendung auf das Vaterland in seiner gegenwärtigen Lage. Möge die Partei, welcher ich entstamme, und der Fürst, dem ich dienen werde, so lange mein Fuss deutschen Boden in Freiheit tritt, die Form wegen der Gesinnung vergessen, und wäre es conservativer Barrikadenstyl!

Nachdem ich die Stein'sche Theorie vom Königthum entwickelt, wird man leichter verstehen, wie in Frankreich das legitime, das bürgerliche Königthum und das Cäsarenthum durch denselben Fehler fielen — weil sie sich nicht an die Spitze der socialen Reform stellen wollten. Diese Abschweifung ist nothwendig, um diesen vollendet verwesten Leichnam Frankreich kunstgerecht seciren zu können.

Von allen Institutionen des germanischen Staatslebens, deducirt Stein, ist das Königthum das älteste und allgemeinste, und dennoch zugleich dasjenige, welches sich allein in allem Wandel erhalten hat als die oberste Spitze des ganzen Staatslebens. Für die grosse Masse des Volkes ist es verschmolzen mit der Idee des Staates selber. Indess, bisher über jeder Frage nach der künftigen Gestalt der Staaten stehend, ist es jetzt bereits zu einem Gegenstand des Nachdenkens, der Erörterung, der Untersuchung geworden.

Das Wesen des Staates beruht darauf, dass das höchste Mass der persönlichen Entwickelung jedes Einzelnen erst das höchste Mass der Entwickelung des Ganzen ist; sein Princip ist also die Freiheit. Dagegen ist das Princip der Gesellschaft das Interesse, die Grundlage der Gesellschaftsordnung der Besitz. Der Besitz erzeugt die Abhängigkeit der Nichtbesitzenden von den Besitzenden. Seine Verwaltung ordnet diese Abhängigkeit. Die Gesellschaft ist also die Herrschaft einer Klasse über die andere. So widerspricht sich das Princip des Staates und das der Gesellschaft. Die herrschende Klasse sucht überall sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, um ihre Klassenherrschaft durch Gesetze und Verwaltung zu befestigen. Soll die Staatsidee mit ihrem Princip der Freiheit sich der Herrschaft einer Klasse entziehen können, so muss sie selbst über alles Klasseninteresse erhaben sein, und das ist nur möglich, wenn sie in einem erblichen Könige verkörpert ist. Indem der König erhaben ist über die Interessen und Gegensätze der Gesellschaft, wird sein einziges Interesse, das ihn noch beseelt, der Staat selber. So ist es mit den Hohenzollern gewesen. So lange ein Staat einen solchen erblichen Monarchen hat, kann eine absolute Herrschaft einer Klasse über die andere nicht entstehen, da sie das Interesse des Monarchen selbst beeinträchtigen würde. Das ist auch allein Gewähr für das Gedeihen der Staaten, die durch Klassenherrschaft sicher zu Grunde gehen, wie Griechenland am Siege der unteren Klassen über die oberen, Rom am Siege des Patriciats über die niedere Klasse zu Grunde gegangen ist. Die germanischen Staaten haben sich, gegenüber dem jetzt im gänzlichen Verfall befindlichen romanischen — Italien führt nur eine Scheinexistenz — mächtig gehalten, weil bisher das Königthum die Staatsgewalt als eine selbständige über die Klassen der Gesellschaft hinstellte. Es schwebt jetzt in Gefahr, in Abhängigkeit von der Plutokratie zu gerathen.

Diese, oder die Bourgeoisie, sucht sich der Verfassung und der Verwaltung in ihren Organen zu bemächtigen. Das König-

thum muss sich ihrem Willen unterwerfen, sich mit ihren Mitgliedern oder — Stipendiaten, legistes nennt sie St. Simon — umgeben und die Staatsgewalt ihr dienstbar machen, oder es muss versuchen, sie ihr zu entziehen. Also entweder unterwirft die Gesellschaft das Königthum oder das Königthum die Gesellschaft.

Der erste dieser beiden Fälle ist, sagt Stein, der natürliche und gewöhnliche. Denn nach dem Gesetze der Bewegung aller Gesellschaft gewinnt die herrschende Klasse nicht so sehr durch Gewalt, als durch den Druck ihrer eigenen Natur die Staatsgewalt, und das Königthum, indem es in ihrem Sinne handelt, vollzieht damit nur eine einfache Anerkennung der allgemeinen Thatsache des öffentlichen Lebens. Der König, wenn er geboren wird, findet diese Herrschaft vor als die gegebene Form des öffentlichen Rechts; sie umgiebt seine Person von der Wiege bis zum Grabe; sie herrscht in so natürlicher und einfacher Weise, dass der König durch sie endlich mit seinem persönlichen Wissen und Wollen ganz aus der wirklichen Verfassung und Verwaltung hinausgedrängt wird, und zuletzt nur noch die abstracte Majestät des Staates repräsentirt, ohne Fähigkeit, einen Willen des Staates neben dem der herrschenden Klasse durchzusetzen. Diese Identität des Königthums mit der herrschenden Klasse ist stets eine Zeit der inneren Ruhe der Völker, nicht gerade des Glücks. Und darum dauert sie auch nur bestimmte Zeit.

Denn in keinem frei geborenen Volke ist die Herrschaft einer bestimmten Klasse eine ewige. In mehr oder weniger grossen Zwischenräumen entsteht eine Bewegung, durch welche die bisher beherrschte Klasse nun für sich nach der Herrschaft strebt. Allein so wie dies eintritt, wird die oben bezeichnete Stellung des der Gesellschaft unterworfenen Königthums stets eine verkehrte, und hier rächt sich dies Hingeben der Staatsgewalt, die allen Klassen der Gesellschaft gehört, an einer derselben in ernster, oft furchtbarer Weise.

Da nämlich die Fürsten, unter der Herrschaft Einer Klasse erzogen, nur diese, und mithin auch nur die auf dieser Herrschaft begründete Verfassung und Verwaltung kennen, und da sie endlich nur mit solchen Personen umgeben sind, die ihr angehören, so werden sie bei solchen von den bisher beherrschten Klassen ausgehenden Bewegungen stets mit fast unvermeidlicher Nothwendigkeit zu Vertheidigern der Herrschaft der alten herrschenden Klasse. Es entsteht ihnen damit die Vorstellung, dass ein Angriff der niederen Klassen auf diese ein Angriff auf den Staat selber und mithin auch auf das Königthum und ihre eigene Person sei. Diese Vorstellung wird von den bisherigen Gewalthabern eifrigst genährt, denn diese hoffen, vermöge derselben die Fürsten und mit den Fürsten die ganze Staatsgewalt im Kampfe gegen die niedere Klasse verwenden zu können. Dabei aber verliert das Königthum ganz seine wahre Stellung. Denn statt über den Klassen der Gesellschaft zu stehen und keiner von ihnen die Staatsgewalt in die Hände zu geben, wird das Königthum selber Partei;

es wird ein Theil und Moment des gesellschaftlichen Gegensatzes und macht damit natürlich das Schicksal der angegriffenen Klasse zu dem seinigen. Alsdann beginnen die Angriffe der von unten emporsteigenden Bewegungen mit ganz unvermeidlicher Nothwendigkeit gegen das Königthum selber zu gehen, weil dasselbe der herrschenden Klasse die grösste Stärke verleiht, und weil zugleich das Gefühl der niederen Klasse sagt, dass es Wesen und Aufgabe der Staatsgewalt selber verkehrt hat. Daher die in solchem Falle sich stets wiederholende Erscheinung, dass im Anfange der gesellschaftlichen Bewegung das Königthum von den niederen Klassen unter allen Dingen am meisten gepriesen und geliebt wird, während in der Mitte derselben dasselbe mit Zweifel betrachtet, am Ende aber von allen am meisten gehasst ist. Man lese die so zahlreichen socialdemokratischen Blätter Deutschlands und man wird mir zugeben, dass wir mitten im zweiten Stadium uns befinden. Siegt alsdann die niedere Klasse, sagt Stein, so wird dieselbe fast unbedingt das Königthum stürzen und selten den König selber verschonen, weil er für sie die Herrschaft der höheren Klasse personificirt, und der Sieg erst mit seinem Tode oder seiner Verbannung gesichert erscheinen kann. Siegt dagegen die höhere Klasse, so steht freilich das Königthum fest, aber da in seinem Namen der Kampf gekämpft und die dann unbedingt folgende gesellschaftliche Bedrückung ausgeübt wird, so fällt der schwer wiegende Hass der besiegten niederen Klasse vor allen Dingen auf das Königthum, und die Königslosigkeit erscheint ihr dann erst recht als die erste Bedingung ihrer gesellschaftlichen Befreiung. Dies ist der Ursprung der republikanischen Idee bei der Masse.

Der zweite Fall, in dem der König, obschon eine herrschende Klasse nach der Staatsgewalt strebt, dennoch diese Staatsgewalt für sich in Verfassung wie Verwaltung behalten will, führt zur Herrschaft durch die Bureaukratie und zum Scheinconstitutionalismus, der schliesslich die besitzende Klasse antreibt, das Königthum zu stürzen.

So wie nun jene Frage entsteht nach der Königslosigkeit, so beginnt sich die bisher herrschende Klasse, da sie durch das Königthum und seinen Schein-Constitutionalismus politisch eben so gut eine beherrschte ist, als die niedere sociale Klasse, mit dieser allmählich zuerst auf eine und dieselbe Stufe gestellt zu fühlen, dann sich mit ihr mehr oder weniger offen zu verbinden, und zwar vorzüglich in der gemeinsamen Opposition gegen das herrschende Königthum. Allerdings gehen beide Theile dabei stets von ganz verschiedenen Grundansichten aus. Die herrschende Klasse der Gesellschaftsordnung will das Königthum stürzen, um die ihr zukommende politische Gewalt zu erringen, die beherrschte Klasse will es stürzen, um mit dem Antheil, den sie dabei an der politischen Gewalt erringt, ihre gesellschaftliche Lage zu verbessern. Dieser Gegensatz zwischen beiden Elementen ist da und wird immer sehr lebhaft gefühlt. Er wird natürlich um so

schwieriger überwunden, je deutlicher er sich im gesellschaftlichen Leben herausgestellt hat. Deshalb ergiebt sich der Grundsatz, dass das Königthum gegen die Gesellschaft um so sicherer ist, je entschiedener der Gegensatz der socialen Klassen im Volke zum Bewusstsein gekommen ist. Dies ist heute in Deutschland in hohem Grade der Fall, das Königthum also thatsächlich in der Lage, das Joch der Bourgeoisie mit einem Ruck abzuschütteln.

Die höhere Klasse weiss alsdann recht gut, dass der Sturz des Königthums der Beginn des socialen Kampfes sein wird. Allein dennoch giebt es einen Punkt, wo diese Verbindung um jeden Preis von ihr eingegangen wird. Denn sie mag sich noch so sehr bedroht fühlen durch die niedere Klasse, so weiss sie dennoch nicht weniger, dass sie dieser Herr werden wird, während sie im Königthum einen schon durch sein Princip unangreifbaren Feind sieht. Sobald sie also den entschiedenen Sieg des Königthums über die Volksvertretung erkennt, wird sie sich unausbleiblich mit der niederen Klasse zum Angriffe auf das Königthum verbinden.

Diese Verbindung wird nie eine offene und ausdrückliche sein, sondern sie wird nur in der Uebereinstimmung der Bewegungen, die von beiden Theilen gegen die bestehende Verfassung geschehen, bestehen. Beiden Theilen steht nun das Königthum mit seiner Bureaukratie isolirt gegenüber. Es rüstet sich nun für den Kampf und sieht die Möglichkeit seines Sieges nur in der Gewalt, im Heer. Daher die sich stets wiederholende Erscheinung, dass das Königthum in allen Staaten und Ländern, sowie es die herrschende Klasse aus der Staatsgewalt verdrängt hat und mithin die Verbindung derselben mit der niederen erwarten muss, fast instinktartig das Heer vermehrt und an sich zieht. Die herrschende Klasse ihrerseits sucht verfassungsmässig dem Königthum die Disposition über das Heer zu beschränken und zu nehmen, theils durch Beeidigung auf die Verfassung, theils durch die Anwendung des jährlichen Steuerbewilligungsrechts, theils durch Aufstellung einer tüchtigen Bürgerwehr. Wo dies gelingt, wie in England, da ist die Herrschaft der oberen Klasse über das Königthum entschieden. Wo dies nicht gelingt, wie in Frankreich und Deutschland, da naht sich die Entscheidung des äusseren Kampfes.

Ich will an diese, 1850 von Stein aufgestellten allgemeinen Grundsätze nicht die Folgerungen knüpfen, die sich aus dem Militärconflict in Preussen und sogar aus den letzten Debatten im Reichstage über das Armeebudget auf sieben Jahre ziehen lassen, da sie wirklich zu sehr auf der Hand liegen.

Stein sagt weiter:

Und hier nun begeht das Königthum gewöhnlich den folgeschweren Irrthum, zu meinen, dass sein Sieg über die Gesellschaft durch die Besiegung einer Empörung dem Königthum eine definitive Sicherung gegen die ihm gegenüber verbundene Gesellschaft gebe. Auf diesem Irrthum beruht das verderbliche Vertrauen auf

das Kriegsheer, das nie zum Heile führen kann. Denn da in der That das allein herrschende Königthum nicht mit den einzelnen Personen, welche die Gesellschaftsklassen bilden, und auch nicht mit der materiellen Macht der Letzteren im Widerspruch steht, sondern vielmehr mit dem Gesetze der gesellschaftlichen Bewegung selber kämpft, da die Gesellschaft, so lange sie überhaupt existirt, ganz nothwendig und unausbleiblich nach der Staatsgewalt ringen muss, so folgt, dass jeder äussere Sieg des Königthums so lange ein vorübergehender bleiben, dass sich sein Kampf gegen die verbündete Gesellschaft so lange mit unabwendbarer Nothwendigkeit wiederholen muss, als es überhaupt noch eine vom Königthume unabhängige Gesellschaftsordnung giebt.

Der äussere materielle Sieg des Königthums nützt daher demselben auf die Dauer zu gar nichts; und wehe dem Königthume, das auf diesen Sieg allein seine Hoffnung baut. Denn sobald nach ihrer Niederlage die herrschende Klasse wieder zu ihrer Kraft kommt, wird sie mit desto grösserem Nachdruck den Kampf aufs Neue beginnen und dann ihren Sieg um so nachdrücklicher benutzen. Denn sie kann nicht anders; und weil sie nicht anders kann, wird sie zuletzt Alles an ihren Sieg setzen.

Es folgt mithin, dass Bureaukratie und Scheinconstitutionalismus nach dem Gesetz der Gesellschaft zur Entwickelung immer grösserer Heeresmacht, zum äusseren Kampfe, vielleicht zum augenblicklichen Siege des Königthums und zum Despotismus, gewiss aber zur endlichen Bewältigung desselben durch die Gesellschaft und damit zur Königslosigkeit führen müssen.

Giebt es denn kein Mittel für das Königthum, dieser Alternative zu entgehen, wenn es nicht, wie das englische, sich der herrschenden Gesellschaftsordnung unterwerfen will?

Allerdings giebt es zwei Auswege. Allein die Geschichte zeigt, dass der Regel nach der erste mehr vom Königthum verlangt, als es leisten kann, der zweite mehr, als es leisten mag.

Wenn nämlich unvermeidlich die herrschende Gesellschaftsklasse nach der Staatsherrschaft strebt, so kann diesem Streben nur dadurch definitiv vorgebeugt werden, dass das Königthum die Bildung der Gesellschaft selber zerstört. Kann es erreichen, dass die Elemente, welche die Gesellschaft bilden, nicht dazu gelangen, eine feste Ordnung der Gesellschaft zu gestalten, so hat es die Kraft der Gesellschaft selber und mit ihr seinen wahren und sonst unüberwindlichen Feind gebrochen.

Ist dies nun möglich, und wie ist es möglich?

Das Gebiet, welches wir hier betreten, ist das dunkelste des ganzen staatlichen und sittlichen Lebens einer Nation. Es ist der grösste Beweis der ungeheuren Gewalt, welche der Mensch durch die Mächte des Bösen in seiner Hand hat, dass es ein solches Gebiet in der Geschichte giebt, und nirgends erscheint die furchtbare Wahrheit deutlicher, dass das Böse in wachsendem Fortschritt Böses gebärt.

Stein begiebt sich nun auf das Gebiet der Corruption der Gesellschaft durch den Monarchen, auf das wir ihm nicht folgen wollen, weil es in Deutschland durch den Charakter der herrschenden Dynastie ausgeschlossen ist. Napoleon III. hat es angewendet. Mit welchem Erfolge, davon zeugt der 4. September 1870. Stein sagt denn auch, dass, betritt der Monarch diesen Weg, es unaufhaltsam auf demselben bis zur gänzlichen Auflösung des Staates fortgeht. Er schliesst:

So kommen wir denn zu dem entscheidenden Satze für alles Königthum: Wenn das Königthum nicht die herrschende Klasse der Gesellschaft innerlich auflösen kann, so muss es trotz aller vorübergehender einzelner Siege sich dieser Klasse in einer gegebenen Zeit entweder unterwerfen, oder es wird von dieser Klasse besiegt und unterjocht, der Regel nach vertrieben werden.

Wie aber kann das Königthum siegen? Hier giebt es nur einen Weg, aber er führt auch sicher zum Ziele.

Weil das Princip der Gesellschaft die Klassenherrschaft, das des Staates die Freiheit ist, so ergiebt sich in natürlicher Weise, dass der beherrschte Theil der Gesellschaft sich bald aus unmittelbarem Gefühl, bald mit Bewusstsein an das Königthum als seinem natürlichen Schutzherrn und Helfer wendet.

Da auf der anderen Seite das Königthum, in seiner Stellung als Vertreter des Staates, erst in der Erhebung der bisher unterworfenen, armen und mittellosen Klasse die Entwickelung der Staatsidee in ihrem ganzen Umfange erkennt, so ist es gleichfalls natürlich, dass das Königthum, der besitzenden Klasse ihre eigene Ausbildung überlassend, Arbeit und Kraft seiner hohen Stellung wesentlich der Wohlfahrt dieser Klassen zuwendet, die in sich selber nicht die Mittel haben, vorwärts zu kommen, und die von Denen, welche diese Mittel besitzen, vielmehr in immer grössere Abhängigkeit gebracht werden.

Nun steht fest, dass die herrschende Klasse ihrem nächsten Interesse nach dahin mit mehr oder weniger Bewusstsein arbeiten wird und muss, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln diese niedere Klasse in entscheidender Weise in beständiger Abhängigkeit von sich zu erhalten. Sie wird dazu ihre gesellschaftliche Macht, sie wird dazu aber auch den Antheil an der Staatsgewalt benutzen, den sie vermöge der erstern sich erworben hat. Dieser ist sehr gross; unter günstigen Umständen so gross, dass gar keine andere Gewalt neben ihm gilt; der Regel nach aber stets der grösste im ganzen Staate. Daraus folgt denn, dass die niedere Klasse weder in Gesellschaft noch im Staate ein Organ für ihre Erhebung zu einer besseren Lage, für ihre Entwickelung zur Freiheit findet. Nur ein einziges giebt es, welches, über allen gesellschaftlichen Interessen stehend, keine andere Aufgabe seinem Wesen nach hat, als eben die Entwickelung aller Elemente der Volkswohlfahrt. Und dieses Organ des Staates ist das Königthum.

Mithin ist bei diesem Charakter des Gegensatzes der Klassen in der Gesellschaft das Königthum nicht mehr bloss die ruhende,

selbstthätigkeitslose Vertretung der Staatsidee, sondern seine Bestimmung ist es, selbstthätig, gegen den Willen und die natürliche Tendenz der herrschenden Klasse, für die Hebung der niederen, bisher gesellschaftlich und staatlich unterworfenen Klasse aufzutreten, und die ihm anvertraute höchste Staatsgewalt in diesem Sinne zu gebrauchen. Keine höhere und göttlichere Mission auf Erden giebt es, keine freilich, die schwerer zu vollziehen ist, aber auch keine, die des inneren Segens und der äusseren Vortheile reicher und gewisser wäre.

Denn indem das Königthum dies thut, wird es bei weiser Leitung zunächst die ganze bisher unterworfene Klasse der Gesellschaft nicht bloss im Allgemeinen für sich gewinnen, sondern es wird im Geiste derselben ihre ganze Zukunft, das Glück des Staats, die Liebe und das Vertrauen des eigentlichen Volkes mit dem Dasein des Königthums überhaupt verbinden. Denn das Volk begreift, dass es ohne ein solches Königthum auf ewig an seine Unterworfenheit gefesselt sein würde, und es weiss mit seinem richtigen Gefühl sehr wohl die erhabene Grösse der Geister zu schätzen, die, obwohl auf die höchste Stufe menschlicher Dinge gestellt, dennoch ihre höchste Befriedigung gerade in dem Glück Derer finden, welche sonst verlassen und hoffnungslos bleiben müssen. Darum aber giebt es keinen reicheren, tieferen, dauernderen Dank, keine treuere und aufopferndere Liebe, als die des niederen Volkes für einen Fürsten, der sich eben dieses niederen Volkes annimmt. Aber es wird das Königthum alsdann sogar den Thron mit der Idee der Freiheit identificiren und ihm damit die sicherste Stütze geben, die menschliche Dinge finden können. Denn gerade das ist die wahre Freiheit, dass nicht bloss die gesellschaftlich höchste Klasse derselben geniesst, sondern dass sie auch der niedern wird, und zwar indem eben die Bedingungen dieser Freiheit dieser Klasse gegeben werden. So wird das Königthum, indem es seiner wahrhaft göttlichen Bestimmung in seinem Volke entspricht, eine doppelte Krone tragen!

Aber auch die höhere Klasse wird es dem Königthum Dank wissen, dass es ohne Sonderinteresse der Staatsgewalt jene volksthümliche Richtung giebt, denn nicht nur hebt es den Streit unter den verschiedenen Abtheilungen der herrschenden Klassen über den Besitz der Staatsgewalt, wie er in Deutschland jetzt zwischen der Agrarpartei und der des industriellen und commerziellen Capitals existirt, auf, sondern es wird auch den wahren Vortheil der besitzenden Klassen, einmal schon durch die sichere Garantie des Besitzes an sich, am besten wahren, und die sich durch Hebung der unteren Klassen hebende nationale Production wird auch die besitzende Klasse noch wohlhabender machen, als sie es bei alten Zuständen geworden wäre. Der preussische Adel wurde durch die Bauern-Emancipation eher reicher als ärmer.

Es ist, sagt Stein, eine entschiedene Thatsache, dass niemals das Königthum mächtiger ist, als dann, wenn es das Volk in engerem Sinne für sich hat. Das wahre, mächtigste, dauerhafteste

und geliebteste Königthum ist das Königthum der gesellschaftlichen Reform.

Stein recapitulirt sich also:

„Das Königthum, als Träger der reinen Staatsidee, steht über den Klassen der Gesellschaft und ihren Gegensätzen. Als persönliche Vertretung der Persönlichkeit des Staates sucht es nothwendig nach einem selbstthätigen Eingreifen in die Bewegung des Staates. Die herrschende Gesellschaftsklasse aber tritt ihm entgegen, und will den Staat von sich aus und für sich leiten. Der Kampf, der daraus zwischen dieser Klasse und dem Königthum entsteht, kann eine Zeit lang unentschieden und mit wechselndem Glücke dauern. Allein in diesem Kampfe wird das Königthum am Ende immer besiegt, und dann wird es vertrieben oder zu einem selbstthätigkeitslosen Repräsentanten des Staates gemacht. Oder es muss die Gesellschaftsordnung innerlich durch unsittliche Mittel vernichten, und dann geht mit der Moralität und der Freiheit Gesellschaft und Staat zugleich allmählich zu Grunde. In diesem Kampfe hat das Königthum für die Erhaltung seiner Selbstthätigkeit und seiner hohen Stellung nur Einen sichern Ausweg; es ist der, sich mit all der Besonnenheit, Würde und Kraft, welche der höchsten Gewalt im Staate geziemt, im Namen der Volkswohlfahrt und der Freiheit an die Spitze der socialen Reform zu stellen. Alles Königthum wird fortan entweder ein leerer Schatten oder eine Despotie werden, oder untergehen in Republik, wenn es nicht den hohen sittlichen Muth hat, ein Königthum der socialen Reform zu werden."

Dies ist in Deutschland noch möglich, aber es wird hohe Zeit, dass man das jetzt herrschende System ändert. Der Krach einer-, die Socialdemokratie andererseits, um bloss die Extreme zu nennen, bezeugen dies.

Sehen wir jetzt, wie das Königthum in Frankreich unterging, da es sich mit der Herrschaft der oberen Klassen identificirte, wie der Cäsarismus Napoleons III., wie das Bürgerkönigthum unterging, die durch die Corruption herrschen wollten, und wie endlich nach Beseitigung jeder Art von Königthum beide Klassen sich zum unerbittlichen Kampfe gegenüberstehen; und endlich, sehen wir, welche Vorpostengefechte beide Kriegsparteien sich bereits geliefert haben. Wir müssen wieder bis auf die Zeit zurückgehen, welche der Revolution voraufging, denn wie sich damals der dritte Stand emancipirte, genau so sucht es jetzt der vierte zu thun, und die ersten Lebensregungen des Letzteren datiren bis in jene Periode zurück. Ich folge dabei Stein, soweit er uns durch jenes Labyrinth führt, ihn bis auf heute ergänzend und die Nutzanwendung für Deutschland ziehend.

Das alte Reich Karls des Grossen hatte sich besonders durch eine Thatsache aufgelöst, die sich in allen Theilen desselben wiederholte. Das war die Verleihung von Grundbesitz in Verbindung mit den Hoheitsrechten des Staats an die tapfersten oder mächtigsten Krieger der Fürsten. Diese erhielten dadurch die staat-

lichen Rechte in Privateigenthum; diese Rechte wurden damit erblich in ihren Familien; durch jene Rechte beherrschten diese Letzteren die Familien der Hintersassen, der Bürger und Bauern im Namen des Staats, und so entstand in ihnen eine durch die Geburt abgeschlossene herrschende Klasse in der Gesellschaft, die sich, da sie in ihrem Grundbesitz zugleich die staatlichen Rechte und alle nur denkbaren Privilegien besass, als die ausschliesslich zur Theilnahme an der Verwaltung der Staatsgewalt berufene betrachtete. Diese Klasse der Gesellschaft war der Adel.

Als das Königthum in Frankreich, das Fürstenthum in Deutschland auftrat, hatten beide zuerst einen harten Kampf mit diesem Adel zu bestehen. Nachdem sie ihn aber überwunden, schloss er sich offen an die Throne an. Herr eines sehr grossen Theiles des Grundbesitzes — in Frankreich besass er mehr als die Hälfte des ganzen Landes — waffenkundig, tapfer, in Staatsgeschäften erfahren, reich, glänzend, mit ritterlicher Sitte auftretend, ward er von den Fürsten mit offenen Armen aufgenommen. Aus dem Feinde des Thrones ward er die Stütze und der Glanz desselben. Um desto ungestörter seine eigenen „Leute“ beherrschen zu können, liess er sich unbedingt von den Fürsten beherrschen; absoluter Herr auf seinen Gütern, war er absoluter Diener am Hofe.

An den Adel schloss sich die fast nicht minder mächtige Geistlichkeit. Diese hat eine eigenthümliche Geschichte durchgemacht. Im Anfange des Lehnswesens, vom 10. bis zum 13. Jahrhundert, ward sie aus allen Theilen der Bevölkerung gebildet; der Leibeigene wie der Freiherr fanden in ihr die Gleichheit als Menschen wieder, welche die christliche Religion den Seelen vor dem Herrn verhiess. Die höchsten Stellen in ihr konnten von dem Niedrigsten erreicht werden, und diese höchsten Stellen standen fast den fürstlichen Thronen gleich. Sie bot daher ein freies Feld für jeden aus den unteren Klassen, um mit eigner Tüchtigkeit sich eine machtvolle und glänzende Zukunft schaffen zu können; denn damals entschied nur die persönliche Fähigkeit über das Fortkommen im geistlichen Stande. Derselbe bildete auf diese Weise die natürliche Vermittelung zwischen der höchsten und niedrigsten Klasse, und darin lag ein Grund der grossen Gewalt, mit der die Kirche im Volke feststand.

Als aber diese Geistlichkeit allmählich ungeheuren Grundbesitz und ungemeinen Einfluss gewann, dachte der Adel bald daran, auch hier den besseren Theil davon zu tragen. Er liess seine jüngeren Söhne in die Kirche eintreten, und seinen mächtigen Verbindungen gelang es bald, die höchsten und höheren Stellen fast ausschliesslich für Adelige zu gewinnen. Die eigentliche Arbeit der Kirche ward den niederen Stellen überlassen, den Pfarrern und untergeordneten Geistlichen; die Würden und den Genuss trugen diejenigen davon, welche am wenigsten für die heilige Mission der Kirche thaten. Schon mit dem 16. und 17. Jahrhundert begannen sich daher in der katholischen Kirche ihre beiden Hauptelemente zu scheiden, das aristokratische, vertreten durch

die Prälaten, und entschieden mit dem Adel stehend, aus dem es hervorgegangen, und das demokratische, der eigentliche Pfarrerstand, auf der Seite des Volkes stehend, dem er angehörte. Dies war auch der Zustand der Dinge im vorigen Jahrhundert.

Alles nun, was nicht Adel und Geistlichkeit war, gehörte dem sogenannten dritten Stande, in dem der heutige Gegensatz zwischen Capital und Arbeit noch schlummerte. Er umfasste die verschiedensten Volkselemente. Es gehörten ihm die reichsten Kaufleute, die grössten Fabrikanten und Unternehmer, die grossen Bauern, die Gelehrten, die Schriftsteller und Künstler und ebensowohl die kleinsten Krämer, der Tagelöhner, der Arbeiter, der Leibeigene, der Nichtsthuer, denn dieser ganze Stand hatte entweder überhaupt keinen Besitz, oder dieser Besitz gab ihm doch, und mochte er noch so gross sein, durchaus kein staatliches Recht. Er war ausgeschlossen von allen hohen Aemtern, ausgeschlossen von den Officiersstellen in der Armee, ausgeschlossen von der Verwaltung des Staates, ausgeschlossen von dem ganzen geselligen Kreise der höheren Klassen. Nur in der absoluten Unterordnung unter die letzteren waren sich die Elemente dieses Standes gleich; sie bildeten aber die ungeheure Ueberzahl über die anderen, und aus dieser Ueberzahl wurde die Uebermacht, sobald mit dem 18. Jahrhundert Handel und Gewerbe sich hoben, die Bildung zunahm, und der Reichthum an geistigen wie an materiellen Gütern in seine Hände kam. Ein verhängnissvoller Irrthum, den Stein nicht erwähnt, ist es, als ob eine Klasse, der es materiell wohl geht, sich mit diesem Wohlsein genügen liesse. Sie verlangt vielmehr dann Antheil am Staatsleben, Einfluss auf die Staatsverwaltung. Umgekehrt benutzt jede Gesellschaftsklasse, die solchen politischen Einfluss hat, diesen, sich eine bessere materielle Lage zu verschaffen. So ist es heute mit dem vierten Stande auch. Hebt sich seine Bildung, verbessert sich seine materielle Lage irgendwo, so sucht er, politische Geltung zu erlangen — siehe England, wo man nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht ruft. Hat er das höchste politische Recht, wie im deutschen Reich, in Amerika, der Schweiz, so sucht er seine materielle Lage durch Hülfe der Gesetzgebung zu bessern. Er fordert Productivassociation mit Staatshülfe, Normalarbeitstag u. dgl.

So war es nur einestheils die materielle Noth der Majorität des dritten Standes in Frankreich vor der Revolution, die zur Revolution führte. Vielmehr war es noch der Reichthum einer Minorität desselben, die staatliche Geltung suchte. Auch damals wirkten, wie meist auch heute, beide Motive gleichzeitig.

Adel und Geistlichkeit waren mächtig geworden durch ihren Grundbesitz. Für ihn hatten sie Privilegien erhalten vor der Arbeit überhaupt, sowie vor dem durch Arbeit erworbenen Besitz. Dies Vorrecht bestand in zwei Hauptpunkten: erstlich darin, dass dieser geschichtliche Grundbesitz des Adels nicht von der Arbeit oder dem erarbeiteten Besitze erworben werden konnte, sondern stets in den Händen des Adels bleiben musste; zweitens darin,

dass dieser Besitz nicht oder nur in geringem Masse belastet werden durfte, um nicht das arbeitslose Einkommen des Adels zu beeinträchtigen. Beide Vorrechte waren im Widerspruch mit der Natur der Sache; der erste mit dem wirthschaftlichen Verhältniss von Arbeit und Besitz, der zweite mit der Natur der Abgaben. Wie jeder solcher Widerspruch zeigten sie ihre innere Unmöglichkeit in ihren verderblichen äusseren Folgen. Da die Arbeit nämlich doch nicht zum Besitz gelangen konnte, so ward sie schlecht betrieben; und da mit der Arbeit das Einkommen hervorgehen soll, so sank das Einkommen des Adels von Jahr zu Jahr, während seine Verschwendung nicht aufhörte. Daraus ergab sich denn eine grosse Verschuldung der unveräusserlichen Grundbesitzungen, und mit ihnen ein neuer Widerspruch: denn der Werth der Besitzungen kam in die Hände der Gläubiger, die doch die Besitzung selber nicht angreifen durften. Alle diese Widersprüche musste das Recht aufrecht halten; es erschien aber dadurch zuerst als ein Vorrecht, dann als ein Unrecht. Und demnach war es vollkommen klar, dass nicht auf der Natur seines Besitzes, sondern nur auf diesen Privilegien die ganze gesellschaftliche Stellung des Adels beruhte. So stand von dieser Seite die Grundlage der französischen Gesellschaft in dem Widerspruch: dass der geschichtliche, arbeitslose Besitz über die Arbeit auf diesem Besitze fast unumschränkt herrschte, und dass diese Herrschaft nur durch das Privilegium, nicht durch die Natur der Sache erhalten ward; und zwar so, dass die unablässigste Arbeit nie zum Besitze, die unmässigste Verschwendung nie vom Besitze bringen konnte. Die Besitzenden aber waren der Adel, die Arbeitenden gehörten dem dritten Stande. Das Verhältniss zwischen Adel und drittem Stande war daher eben selber gerade dieser unnatürliche Widerspruch.

Indessen gehörte nicht bloss der Arbeiter zum dritten Stande. Mit dem Entstehen der Industrie war auch das Product und die Voraussetzung derselben, das Capital entstanden, welches für sich dieselbe Geltung im Staate suchte, wie sie der Grundbesitz hatte, oder doch ihm keine höheren gönnte, als man sie dem Capital gewähren wollte.

Dem gerade entgegen stand der Adel mit seinem geschichtlichen Besitz. Er schloss durch seine Herrschaft in Staat und Verwaltung den erworbenen Besitz, das Capital, gänzlich von der Theilnahme an der Herrschaft aus, und wies ihm eine unfreie gesellschaftliche Stellung an. Zugleich aber beherrschte er das Capital wie das Einkommen aus demselben, indem er die Staatsabgaben fast ausschliesslich auf das Capital wälzte. Ohne einen Vortheil von dem Besitze zu haben, trug daher der Capitalist die schwersten Lasten des Staates. Daher die Feindschaft der Capitalisten gegen den grundbesitzenden Adel.

Ein anderer Theil des dritten Standes, dessen Leben, Einkommen und Bedeutung auf dem Besitz geistiger Güter beruhte, die Gelehrten, Künstler und alle Klassen der bürgerlichen Gebildeten forderte persönliche Achtung in der Gesellschaft und Beach-

tung in allen öffentlichen Dingen. Sie wollte nicht, dass ihr der Weg zum Höchsten, was anderen Klassen erreichbar war, abgeschnitten sei. Der Adel aber, ohne Arbeit die höchsten Stufen innehabend, verachtete vielmehr die Wissenschaft; und in dem dunklen Gefühle, dass in der freien Bewegung der Geister der Kampf gegen den unfreien Zustand der Gesellschaft vorbereitet werde, verfolgte er die Entwicklung der Ideen, wo er sie erreichen konnte. Wo aber ist der Widerspruch gegen die Freiheit grösser als da, wo selbst der freie Gedanke nicht geduldet wird? Und wenn man ihn zuliess, was hätte er in jenem Zustande lehren müssen, und was lehrte er, obgleich man ihn nicht zuliess? Dass der ewigen Bestimmung der freien Persönlichkeit, ihrer Entwickelung zur Verwirklichung ihrer Individualität, kein Vorrecht ein wahres Recht sein könne. Gerade auf diesem Vorrecht aber beruhte die Stellung des arbeitslosen Adels. Und so musste er, um den Zustand der Gesellschaft zu erhalten, die Lehre der Wahrheit aus ihr verbannen. Das war ein weiterer, nicht minder wichtiger Widerspruch in der Gesellschaft jener Zeit.

Somit fasste sich der Zustand jener Zeit in dem Satze zusammen, dass die Ordnung der Gesellschaft und mit ihr der Besitz der Staatsgewalt auf der absoluten Herrschaft des geschichtlichen und arbeitslosen Besitzes über die Arbeit, das Capital und die geistigen Güter beruhte; dass die Klassen dieser Gesellschaft für die einzelne Persönlichkeit durch das rein zufällige Moment der Geburt, und dass die Elemente dieser Klassen durch Vorrechte, welche mit der Natur der Persönlichkeit wie des Besitzes in Widerspruch standen, geschieden waren.

Als der gesellschaftliche Widerspruch immer grösser ward, wandten sich die Blicke der Verständigen und Besonnenen zunächst der Gewalt zu, welche Macht und Beruf hat, in solcher Noth einzugreifen, der Staatsgewalt.

Der Staat, als die Einheit aller einzelnen Persönlichkeiten, und vor allem seine Bedürfnisse aus den Mitteln dieser Einzelnen nehmend, empfindet zuerst und am meisten jeden Mangel, der die Lust zur Arbeit und damit das Einkommen aller Einzelnen vermindert, indem in dem Masse, als die Einzelnen ärmer werden, er selber ärmer wird. Die Finanzen des Staates gaben ein treues Bild dieser Thatsache. Während die Ausgaben stiegen, sanken die Einnahmen in unglaublichem Verhältnisse. Die Noth klopfte, heimisch seit langer Zeit in der Hütte des Arbeiters, nun auch an die Thore der Staatsverwaltung. Niemand konnte mehr läugnen, dass die Verwaltung ihrem Untergang entgegengehe. Die Finanzmänner wussten es längst; endlich konnte auch die Regierung es nicht mehr abläugnen.

Sie hatte hier, wie immer in solchen Fällen, eine ganz bestimmte Aufgabe. Steht die Form des Staates der Entwickelung des Wohlseins dieser letzteren entgegen, so muss der Staat die Form opfern, um sich selber zu retten. Diese Form aber ist nichts anderes, als das bestehende öffentliche Recht. Er muss also kraft

seiner höchsten Gewalt das bestehende Recht aufheben und ein neues bilden. Dies neue öffentliche Recht wird gefordert von der leidenden Gesellschaft; es wird daher, wenn es zum Bestehen kommt, auch die neuen Elemente der Gesellschaft zur Theilnahme an der Herrschaft bringen; es wird die alte Gesellschaft vernichten, und zwar indem es zunächst ihre Vorrechte angreift. Thut der Staat dies nicht, so thut er das an sich Widersprechende; er hält mit der Gewalt, welche für das Wohl des Ganzen da ist, das Wohl Einiger auf Kosten des Ganzen aufrecht, und entzieht sich selber die Mittel seiner Existenz durch eine verkehrte Anwendung seiner Gewalt; dadurch wird er der Feind der Majorität seines Volkes, und selbst die Intelligenz lernt an ihm zweifeln; er wird Partei. Thut er es aber, so gewinnt er die einzige Grundlage, auf der er dauernd ruhen kann, das Gemeinwohl, dessen Stütze er ist, und die feste Ueberzeugung seiner Bürger, dass er die Bedingung alles wahren Fortschrittes bleibt. Die Alternative ist nicht zu umgehen; der höchste Begriff des Staates stellt sie ihm, die äussere Noth der Finanzen macht sie ihm zur gegenwärtigen; er muss wählen zwischen der Reform seiner Verfassung und der sie ergänzenden gesellschaftlichen Ordnung, und zwischen dem Kampfe in der Gesellschaft, in welcher er Partei, und damit besiegt oder Despot werden muss.

Ein solcher Augenblick war in Frankreich gekommen, als Ludwig XVI. den Thron bestieg. Die Finanzen des Staates waren auf das Furchtbarste zerrüttet; das Deficit stieg von Jahr zu Jahr; die Einnahmen sanken, die Ausgaben mehrten sich. Der Staat war durch den Mangel an Geld ohnmächtig; er hatte seinen alten Glanz eingebüsst. Die Zerrüttung der Finanzen aber beruhte in der That nicht so sehr auf der allerdings schlechten Verwaltung, sondern war hauptsächlich eine Folge von dem auf Privilegium und Monopol gebauten Zustand der Gesellschaft, dem wir nun einen Moment schenken müssen.

Die Bevölkerung Frankreichs damals war: 24,466,000; davon waren 150,000 Adelige, 316,000 Geistliche und 24,000,000 Gemeine.

1. Die Einnahmen

a. der Geistlichen betrugen an Grundeinkommen 70 Mill. Frcs., an anderem Einkommen 300 Mill. Frcs., Gesammteinkommen 370 Mill. Frcs.;
b. der Adeligen an Grundeinkommen 170 Mill. Frcs., an anderem Einkommen 216 Mill. Frcs., Gesammteinkommen 386 Mill. Frcs.;
c. der Gemeinen an Grundeinkommen 960 Mill. Frcs., an anderem Einkommen 505 Mill. Frcs., Gesammteinkommen 1465 Mill. Frcs.

2. Die Abgaben

a. der Gemeinen an Grundsteuer 296 Mill. Frcs., an Verbrauchsteuer 240 Mill. Frcs., an anderen Abgaben 400 Mill. Frcs., zusammen 936 Mill. Frcs.

b. der Adeligen an Grundsteuer 18½ Mill. Frcs., an Verbrauchsteuer 42½ Mill. Frcs., zusammen 61 Mill. Frcs.;
c. der Geistlichen an Grundsteuer 10 Mill. Frcs., an Verbrauchsteuer 17½ Mill. Frcs., zusammen 27½ Mill. Frcs.

3. Einnahmen und Abgaben

a. der Adeligen: Einnahmen 386 Mill. Frcs., Abgaben 61 Mill. Frcs. (Reineinkommen 325 Mill. Frcs., für jeden also 2160 Frcs.);
b. der Geistlichen: Einnahmen 370 Mill. Frcs., Abgaben 27½ Mill. Frcs. (Reineinkommen 342½ Mill. Frcs., für jeden also 1100 Frcs.);
c. der Gemeinen: Einnahmen 1465 Mill. Frcs., Abgaben 936 Mill. Frcs. (Reineinnahmen 529 Mill. Frcs., für einen Gemeinen blieben also nur — 22 Frcs.

Gesammteinnahmen 2221 Mill. Frcs., Gesammtabgaben 1024 Mill. Frcs. Im Verhältniss mit dem Einkommen zahlten die Adeligen $^1/_{10}$, die Geistlichen $^1/_7$ und die Gemeinen $^1/_3$ an Grundsteuer; Gesammtabgaben: die Geistlichen $^1/_{14}$, die Adeligen $^1/_6$ und die Gemeinen $^2/_3$ des Einkommens.

Die Gemeinen besassen in Liegenschaften in den Städten und auf dem Lande im Ganzen bei 19.200 Mill. Frcs., Einkommen daraus 960 Mill. Frcs., Gewerbeeinkommen 505 Mill. Frcs., zusammen 1465 Mill. Frcs. Einkommen.

Davon mussten sie 296 Mill. Frcs. Grund- und andere Steuern und 240 Mill. Frcs. Verbrauchssteuer entrichten; weiter mussten sie von ihrem Land- und Gewerbeeinkommen jährlich noch zahlen: der Geistlichkeit bei 90 Mill. Frcs. Zehenten und 210 Mill. Frcs. Nebeneinkünfte, dem Staate 100 Mill. Frcs. Milizabgaben.

Die Gemeinen hatten also für die 960 Mill. Frcs. Grundeinkommen 536 Mill. Frcs., oder mehr als die Hälfte Abgaben; und vom Uebrigen zahlten sie, mit Einschluss der Steuern vom Ertrag ihrer Gewerbthätigkeit, noch 400 Mill. Frcs. Die Gesammtsumme aller von ihnen bezahlten Abgaben belief sich also auf 936 Mill. Frcs.; von den 1465 Mill Frcs. Gesammteinkommen blieben ihnen also nur 529 Mill. Frcs., d. h. sie zahlten von je 100 Frcs., welche sie durch Ackerbau und Gewerbthätigkeit gewannen, dem Staate, dem Adel und der Geistlichkeit 62 Frcs. oder $^2/_3$ Steuer.

Der Adel besass in liegenden Gütern 3,400,000,000 Frcs. Capital und hatte ein Einkommen daraus von 170,000,000 Frcs.; die Gemeinen bei 19,200,000,000 Frcs. und Einkommen daraus bei 960,000,000 Frcs. Gemeine waren 24,000,000, Adelige 150,000. Ein Adeliger allein hatte also so viel Grundbesitz, als 28 Gemeine zusammen und zahlte nur einen ganz geringen Beitrag zur Grundsteuer, nämlich nur 18½ Mill. Frcs., oder ungefähr 10 pCt., während die Gemeinen nahe 60 pCt. zu zahlen hatten; und weiter hatten sie nur noch die Verbrauchsteuer, die sich auf 42½ Mill. Frcs. belief; so zahlten sie im Ganzen nur 61 Mill. Frcs. von ihrem ungeheuren Einkommen. Das war aber noch nicht Alles; sie hatten noch anderes, und zahlten unbesteuertes Einkommen an

Feudal- oder Herrschaftsrechten jährlich 52,000,000 Frcs., weiter 36,000,000 Frcs. von der Civil- oder Abfindungsliste und dann noch 28,000,000 Frcs. in Gnadengehalten, also 286,000,000 Frcs. jährliches Einkommen ihrer 150,000. Da sind noch die Amtsbesoldungen nicht mitinbegriffen. Der Adel hatte den fast ausschliesslichen Besitz aller höheren Aemter.

So waren 130 Adelige Erzbischöfe und Bischöfe, 1350 Adelige Prälaten, 550 Adelige Aebtissinnen, 12,000 Adelige Priore, 12,000 Adelige Chorherren, 14,000 Adelige Pfründner, 30 Adelige Minister, 42 Adelige Staatsräthe, 78 Adelige Requetenmeister, 34 Adelige Statthalter, 300 Adelige königliche Secretäre und es waren die Meisten der 52 Finanzpächter Adelige; es waren 217 Adelige Reichsräthe, 1266 Adelige Generale und bei 24,000 Adelige Oberste und Officiere etc., 62 Adelige Admiräle und 1000 andere Schiffs-Officiere.

## Die Geistlichkeit.

Dieses Standes Güter waren ungefähr wie folgt vertheilt: 136 Erzbischöfe und Bischöfe besassen 980,000,000 Frcs. Capital, 49,000,000 Frcs. Einkommen; 622 Pfründen-Inhaber 88,840,000 Frcs. Capital, 4,442,000 Frcs. Einkommen; 280 Maltheserritter 34,960,000 Frcs. Capital, 1,748,000 Frcs. Einkommen; 315,000 Welt- und Kloster-Geistliche besassen 296,200,000 Frcs. Capital, 14,810,000 Frcs. Einkommen; 316,000 Geistliche besassen in Liegenschaften 1,400,000,000 Frcs. Capital, 70,000,000 Frcs. Einkommen; dazu noch: an Gebäuden ohne Geldertrag 700,000,000 Frcs. Capital, 35,000,000 Frcs. Einkommen; an geistlichen Zehnten 1,800,000,000 Frcs. Capital, 90,000,000 Frcs. Einkommen; an Neben-einkommen und Gaben 4,200,000,000 Frcs. Capital, 210,000,000 Frcs. Einkommen. Gesammtsumme der geistlichen Güter und des Einkommens vor 1789 8,170,000,000 Frcs. Capital, 405,000,000 Frcs. Einkommen.

Nach Necker's Berechnungen zählte man vor 1789 in Frankreich jährlich 963,000 Taufen, 820,000 Begräbnisse, 240,000 Trauungen, im Ganzen 2,023,000 feierliche Handlungen, die ohne den Beistand der Geistlichkeit nicht stattfinden konnten, und wovon sie sehr bedeutende Nebeneinkünfte bezog. Es gab damals 64,000 Pfarrsprengel in den Städten und auf dem Lande, 1000 Abteien, 12,000 Probsteien, 15,000 Klöster; im Ganzen also 92,000 Kirchen, der Kapellen nicht zu gedenken.

Obige 2,023,000 feierliche Handlungen wie damals zu 6 Frcs. jede im Durchschnitt berechnet, machten jährlich 12,138,000 Frcs.; 92,000 Kirchen, zu 5 Messen täglich jede 1 Frc., machten 167,900,000 Frcs., Sammlungen, Gaben etc. machten bei 30,000,000 Frcs., im Ganzen 210,000,000 Frcs.

Die Geistlichkeit in Frankreich besass also vor 1789 in liegenden Gütern, in Zehenten, in Nebeneinkünften, Sammlungen und Gaben ein jährliches Einkommen von wenigstens 405,000,000 Frcs. Das machte im Durchschnitt auf jeden Geistlichen 1300 Frcs. und

im Ganzen mehr als ein Drittel des Bodenertrages des ganzen Königreichs vor Abrechnung der Abgaben.

Nach Lavoisier's im Jahre 1791 dem Finanzausschusse der volksvertretenden Versammlung vorgelegten Nachforschungen belief sich der Bodenertrag des Königreichs auf 2,750,000,000 Frcs., mehr als die Hälfte waren Bebauungskosten, so dass der Reinertrag nicht 1,200,000,000 Frcs. überstieg, was ein wenig mehr als 6 Frcs. für den Morgen machte.

Nach Turgot's und Lavoisier's Angaben findet man, dass das Einkommen der grossen privilegirten Eigenthümer auf 1,000,000,000 Frcs. und das der kleinen Eigenthümer auf 200,000,000 Frcs., Reineinkommen des Königreichs 1,200,000,000 Frcs. sich belief.

Davon erhob die Regierung an directen und indirecten Abgaben über 600,000,000 Frcs.

Hätte diese Abgabenerhebung verhältnissmässig mit dem Einkommen, von allen gleichmässig stattgefunden, würde dieselbe sich nur auf die Hälfte für jeden Steuerpflichtigen belaufen haben. So aber, da Adel und Geistlichkeit von den schwersten Abgaben befreit waren, kamen auf die Gemeinen zwei Drittel der Steuern zu zahlen!

Diese unendliche Steuerlast wurde zwar von den Capitalisten mitgetragen, lastete aber am drückendsten auf dem arbeitenden Volke, dessen Lage eine entsetzliche war. Beschreibungen der englischen, holländischen und deutschen Reisenden des vorigen Jahrhunderts sind darin einig, dass man, sobald man aus Paris herauskam, bloss auf traurige, öde, nackte Felder stiess, auf denen eine halb verhungerte, jämmerliche Bevölkerung von mageren, feig und zaghaft aussehenden Menschen herumschlich, deren Lebensweise eine solche war, dass man sich nur darüber wundern musste, was der Mensch vertragen könne, ohne zu sterben. Auf welche Weise das 17. Jahrhundert in Frankreich endigte, kann man am besten aus einer Schilderung des Marschall de Vauban, die im Jahre 1698 geschrieben wurde, entnehmen. Der Marschall schrieb, dass er seit vierzig Jahren alle Provinzen Frankreichs vom ersten bis zum letzten Flecken bereist und gefunden, dass das Elend seine höchste Grenze erreicht habe und dass alle Landstrassen und Gassen in den Städten und Flecken voll von hungrigen, nackten Bettlern seien. Er fügt hinzu, dass Untersuchungen, die er seit mehreren Jahren angestellt, ihn davon überzeugt hätten, dass beinahe der zehnte Theil der Bevölkerung Frankreichs aus wirklichen Bettlern bestehe, und dass von den neun anderen Theilen fünf nicht im Stande seien, das mindeste Almosen zu ertheilen, weil sie sich selbst fast im gleichen Elende befänden, dass von den vier Theilen, welche noch übrig, drei sehr bedrängt lebten und von Schulden und Prozessen gedrückt seien, und dass das letzte Zehntel keine zehntausend Familien zähle, von denen man sagen könnte, dass sie im vollen Wohlstande lebten. In der Ausgabe des Project d'une dixme royale von 1707 sagt der Marschall Vauban wörtlich: „Das Salz ist wegen seines hohen Preises so

selten, dass eine Art Hungersnoth im Königreiche herrscht, das gemeine Volk kann sein Fleisch nicht salzen, jede Wirthschaft könnte ein Schwein ernähren, aber sie thut es nicht, weil sie es nicht einsalzen kann."

Im Jahre 1737 zeigte man Ludwig XV. das Brod der Armen, Brod aus Farrenkraut und Gras! Der Bischof von Chartres sagte ihm, dass die Leute in seiner Diöcese mit den Schafen auf die Weide gingen und Gras ässen. Ludwig XV. sagte: „Wenn ich ein Unterthan wäre, so würde ich revoltiren. Das Volk hat Recht, es ist zu gut, so viel zu dulden." Das Elend während der Herrschaft Ludwigs XV. war so gross, dass Quesnay seinem Buche als Motto die Worte vorsetzte: „Pauvres paysans, pauvre royaume, pauvre roi." Michelet in seiner Geschichte der französischen Revolution sagt: „Je mehr man sich 1789 näherte, desto weniger brachte die Erde hervor. Wie das Thier, das zu sehr ermattet wurde, nicht mehr vorwärts gehen will, sondern sich lieber auf die Erde niederlegt und stirbt, so wartet sie und producirt nicht mehr. Freiheit ist nicht bloss das Leben der Menschen, sondern auch das Leben der Natur." „Im 17. Jahrhundert producirte Frankreich mehr Getreide als im 18. Die Bauern können keine Steuern mehr bezahlen, und man nimmt ihr Vieh; Männer, Weiber, Kinder spannen sich vor den Pflug und ackern das Feld auf diese Weise. Der Dünger wird eine Seltenheit. An vielen Orten reisst man sogar die Weinstöcke aus der Erde."

Am Vorabend der Revolution war Frankreich so elend, dass Mably 1784 seufzend schrieb: „Wir sind zu tief gesunken und zu geschwächt. Nie, nie wird die Revolution kommen!" Und wie bald kam sie!

Massillon schrieb: „Das Volk auf dem Lande lebt in einem schrecklichen Elend, ohne Betten und ohne Meubles. Die Mehrzahl hat die Hälfte des Jahres nicht einmal Brod zu essen.

Adam Smith: „Hemden und Schuhe sind Dinge, welche für den englischen, aber nicht für den französischen Bauer nothwendig sind."

Herzog von Lesdignières schrieb an Colbert: „Es ist gewiss, und ich sage die volle Wahrheit, wenn ich Ihnen mittheile, dass die grösseste Anzahl der Bewohner der Provinz während des Winters bloss von Brod, Eicheln und Wurzeln gelebt haben, und dass man sie Gras und Baumrinde essen sieht." .

La Bruyère war von diesem allgemeinen Elend des Volkes nicht minder ergriffen; er sagt: „Man sieht auf dem Lande gewisse wilde Thiere, Männchen und Weibchen, schmutzig, bleifarbig, nackt und sonneverbrannt, welche sich an die Erdscholle klammern und sie aufwühlen und mit einer unersättlichen Hartnäckigkeit durchsuchen. Sie besitzen beinahe eine articulirte Stimme, und wenn sie auf ihren Füssen stehen, zeigen sie ein menschliches Antlitz und es sind in der That Menschen. Des Nachts ziehen sie sich in ihre Höhlen zurück, wo sie von Schwarzbrod und Wurzeln leben. Sie ersparen den anderen Menschen die Mühe zu säen,

zu ackern und zu ernten und erwerben auf diese Weise die Möglichkeit, Etwas von dem Brode zu geniessen, das sie erzeugt haben." Im 18. Jahrhundert allein gab es zehnmal eine Hungersnoth in Frankreich, von der man sich jetzt nicht einmal mehr eine Vorstellung machen kann, und zehnmal ging der Preis des Hectoliters Korn über 50 Frcs. hinauf. Im Jahre 1794 belief sich derselbe auf 72 Frcs.! In den vielen Jahren der Regierung Ludwigs XVI. kam man endlich zu dem Punkte, auf dem Alle sich einbildeten, das Elend wegdecretiren zu können, weil man schon gar nicht mehr wusste, wie man dasselbe los werden sollte. Eine Ordonnanz, die das Datum des 13. Juli 1777 trägt, befahl, dass jeder gesunde Mann in einem Alter von 16—60 Jahren, der kein Vermögen besitzen und nicht von seiner Arbeit leben wolle, auf die Galeere geschickt werden solle! Das Elend sollte daher als Verbrechen betrachtet werden!

Zur Zeit, als Necker Minister war, fand man das Elend des Volkes so gross, dass er erzählt, er habe eines Tages im Hofe des königlichen Schlosses eine Menge Couriere aus allen Theilen des Königreichs vorgefunden, deren Depeschen alle meldeten, dass das Volk von einem Ende Frankreichs bis zum anderen dem Hungertode nahe sei. Die Idee, dass das Volk von Paris eines Morgens aufstehen und kein Brod in der Hauptstadt vorfinden werde, verfolgte ihn jede Nacht, weckte ihn aus seinem Schlummer, liess ihn zittern und beben und erzeugte ihm zuletzt eine Herzkrankheit.

In den Städten war die Lage der Arbeiter eine höchst traurige; dies kam, wie das Elend der Landarbeiter von der Unterthänigkeit unter die Grundbesitzer, von der Abhängigkeit der Arbeiter von der Meisterschaft. Auch im Handwerk herrschte ein vollständiger Feudalismus. Bis zur französischen Revolution konnten nur Leute, die einiges Vermögen besassen, irgend eine Profession erlernen und noch mehr war dies nothwendig, um dieselbe als Meister ausüben zu können.

Jeder Lehrling musste acht volle Jahre bei einem Meister zubringen, um ein Handwerk zu erlernen, das er in einer weit kürzeren Frist sich hätte aneignen können.

Der Eintritt in jeden Zweig der Industrie war mit den grössten Hindernissen verbunden. Das erste Hinderniss bestand darin, dass jeder Meister den bestehenden Gesetzen gemäss nur einen Lehrling halten durfte, und man daher vor allen Dingen einen Meister suchen musste, wenn man sich einer Industrie widmen wollte. Während der ganzen Lehrlingszeit war der Lehrling das Eigenthum des Meisters, der ihn selbst durch Stockstreiche zur Arbeit anhalten durfte. Erst nachdem der Lehrling einige Jahre bei seinem Meister zugebracht hatte, war derselbe verpflichtet, ihn zu unterhalten, aber Bezahlung bekam der Lehrling nie.

Die grossen Kosten, die mit den Lehrlingsjahren verbunden waren, bildeten ein zweites Hinderniss. Die Lehrlingsschaft bei den untergeordneten Handwerkern kostete ca. 500 Livres, bei Tuchfabrikanten 1270, bei Gewürzkrämern 1064 Livres. Die Ge-

sellenjahre, sagt Engländer, dessen „Geschichte der französischen Arbeiterassociationen" ich diese Notizen entnehme, bildeten einen neuen Zwangsdienst, der sich bloss darin von dem bisherigen unterschied, dass der Geselle eine Bezahlung erhielt; aber er musste zweimal und mitunter dreimal so lange dienen als der Lehrling. Was die Kosten der Meisterschaft betrifft, so beliefen sich dieselben mindestens auf 2000 Livres.

Trotz der grossen Gebühren, welche auf diese Art an die Gilden bezahlt werden mussten, hatten dieselben kein Geld und waren sogar verschuldet. Ihre innere Verwaltung sogar verschlang einen grossen Theil der Gebühren, die Interessen der Anleihen. Die grossen Geschenke an die Geschwornen und namentlich die fortwährenden Prozesskosten, welche sich der Angabe Forbonnais' zufolge jedes Jahr auf eine Million beliefen, erklären ausserdem, wie die Innungen sogar noch Schulden haben konnten.

Die Eifersüchtelei zwischen den verschiedenen Innungen geht bis zu den ältesten Zeiten zurück und äusserte sich namentlich in endlosen Streitigkeiten über das Recht des ersten Platzes.

Viele Vorschriften lähmten jeden Gesellen, der sich als Meister niederlassen wollte, nachdem er alle Förmlichkeiten bereits überstanden hatte! Er durfte sich bloss in jener Stadt etabliren, in der er seine Lehrlingsjahre zugebracht hatte. Auf diese Art waren ihm fast alle grossen Städte verschlossen, ausser wenn er sich dazu entschliessen wollte, die Lehrlingsschaft daselbst zu wiederholen. Die Städte Paris, Lyon, Lille und Rouen besassen noch besondere Privilegien. Fremde wurden nirgends zur Meisterschaft zugelassen, selbst wenn sie die grösste Geschicklichkeit besassen.

Die alten Innungen, die bis zur Revolution bestanden, waren überhaupt eben so viele Kasten. Jedermann, der sich der Industrie widmen wollte, musste sich einer dieser Kasten anschliessen. Nicht bloss die Fabrikation, sondern auch der Verkauf von Waaren war ausschliesslich den Meistern der Gilden vorbehalten. Ging eine Industrie zu Grunde, oder herrschte in derselben zeitweiliger Stillstand, so war es dem Arbeiter nicht gestattet, seine Thätigkeit irgend einem anderen Handwerke zuzuwenden. Man durfte bloss ein einziges Handwerk erlernen und ausüben. Hatte ein Arbeiter zu spät erkannt, dass seine Intelligenz, Geschicklichkeit und Neigung ihn für eine andere Sphäre bestimmten, als diejenige, die er zuerst gewählt hatte, so hielt ihn eine eiserne Hand in dem Kreise zurück, in den er einmal getreten war. Selbst die Zahl der Gewerke wurde auf eine künstliche Weise beschränkt, um einigen Privilegirten die Vortheile des Meisterrechts zu sichern. Jede Innung hatte ihre eigenen Privilegien, die sogar bei manchen Gewerken fast in jeder einzelnen Stadt verschieden waren. Bizarre, tyrannische, willkürliche Bestimmungen charakterisirten die Statuten aller Innungen, und es ist, als ob man in eine verzauberte oder versteinerte Welt blickte, wenn man die Sammlungen aller dieser Reglements vor sich hat. In einigen Innungen ging das Monopol so weit, dass ausdrücklich bestimmt wurde, dass bloss Söhne von

Meistern und solche Arbeiter, welche die Wittwen ihrer Meister heiratheten, zum Meisterwerden zugelassen werden konnten. Die Wittwe, welche ausser dem Gewerbe ihres verstorbenen Mannes heirathete, verlor das ererbte Meisterrecht. Uebrigens wurden die Weiber, wenn sie nicht durch ihre Verheirathung in den Kreis eines Gewerbes gebracht würden, von den meisten Gewerken und sogar von jenen, die ihrem Geschlechte besonders angemessen waren, wie z. B. Sticken, ausgeschlossen. Man stelle sich diese Tausende und Tausende von Schranken vor, welche die Arbeit bis 1789 in Frankreich umgaben, und vergleiche hiermit die plötzliche Freiheit der Arbeit, welche hierauf folgte! Nicht bloss die Arbeiter, sondern auch die Consumenten mussten sich dieses gewaltigen Unterschiedes wie eines Signals einer neuen Epoche bewusst werden.

Es gab bis 1789 keine einzige grosse Fabrik in Frankreich, sondern jeder Meister arbeitete bloss auf Bestellung und für die ihm bekannten Kunden, so dass es auch keine Magazine mit grossen Waarenvorräthen gab.

In den ersten Zeiten der französischen Industrie waren sogar die Absatzquellen durch künstliche Hindernisse beschränkt worden. Jede Provinz war von der andern durch eine Zolllinie getrennt, so dass die Handwerker nur innerhalb der einzelnen Zollbezirke ihre Waaren verkaufen konnten. Der Geist der Beschränkung; welcher durch die Reglements ging, machte den Bestand gewisser Industriezweige ganz unmöglich. So war die Fabrication lackirten Eisenblechs bis zur Revolution eine Unmöglichkeit, weil sie Arbeiter und Werkzeuge erforderte, welche verschiedenen Innungen angehörten, und man diese Fabrication nicht hätte ausüben können, ohne gleichzeitig mehreren Corporationen anzugehören, was gesetzlich nicht gestattet war. Welch ein Sprung aus der Kindheit in's Mannesalter musste daher die gewaltige Veränderung in allen diesen Zuständen, welche die Revolution herbeiführte, für den Arbeiter sein! In Frankreich war also auf diese Art die Industrie bis 1789 ein Privilegium im Besitze von Wenigen gewesen. Die wenigen Meisterschaften waren beinahe erblich geworden, und die Meister vergaben dieselben beinahe bloss an ihre Kinder und an ihre Freunde. Die sogenannten Meisterstücke, welche gefordert wurden, um einen Gesellen zur Meisterschaft zuzulassen, waren bloss ein Mittel, die Monopole der Industrie in gesetzlichen Formen aufrecht zu erhalten, weil missliebigen Personen nie zugestanden wurde, das Meisterstück richtig und genügend gemacht zu haben. Gesellen durchzogen auf diese Art Frankreich von einem Punkte zu dem andern, ohne eine Stadt zu finden, in der es ihnen gestattet worden wäre, sich niederzulassen, bis sie endlich des Kampfes müde, sich nach ihrer Heimath zurückzogen, und wenn sie nirgends das Meisterrecht hatten erlangen können, sich dort gewöhnlich mit einem Meister verständigten, um gegen eine Entschädigung, die sie ihm dauernd zu bezahlen hatten, unter seinem Namen ihr Handwerk auszuüben. Aber da

sie keinen Laden eröffnen durften, und aus Furcht vor Confiscation ihre Industrie nur verstohlen ausüben konnten, so gingen oft die talentvollsten Arbeiter im Elende unter. Das eigentliche Volk war daher vor der Revolution von der Industrie ausgeschlossen und bloss die Bourgeoisie hatte faktisch das Privilegium zur ausschliesslichen Ausübung des Handwerks.

Mit welchen Gefühlen musste sich der Arbeiter nach der Revolution an die Zeit erinnern, in welcher eine so grosse Summe für das Eintreten in irgend eine Innung bezahlt wurde, dass alles Geizen, Sparen und Hungern eines Gesellen, der nicht zu einer privilegirten Klasse gehörte, sein selbstständiges Auftreten als Meister unmöglich machte. Mit der Aufhebung der Innungen durch die Revolution begann eine bessere Zeit; das Volk betrat von diesem Augenblicke an den Schauplatz.

Bis zur Revolution war in Paris die Industrie des Volkes bloss in einem Winkel, in einem jener Asyle, wie sie in früheren Zeiten oft durch eine Ironie und Selbstauflösung des Jahrhunderts im Gegensatze zu den herrschenden Ideen bestanden, möglich gewesen. So wie es für Schuldner und selbst für Verbrecher Asyle gab, in welchen die Herrschaft der Gesetze aufhörte, so gefiel sich das vorige Jahrhundert darin, Asyle für die verfolgte, heimathlose, rechtlose Arbeit zu schaffen. Es gab in Paris vorzüglich zwei solche privilegirte Plätze. Diese beiden waren die Vorstadt St. Antoine und der Bezirk des Temple, und nirgends hatte die Industrie sich zu einer solchen Höhe entwickelt, als in diesen ihren Freistätten. Unmittelbar vor der Revolution hatten sich nach und nach 70,000 Arbeiter im Faubourg St. Antoine niedergelassen, jeder Winkel, jede Ecke dieser Vorstadt war übervölkert von Arbeitern, die auf dem gewöhnlichen Boden der Gesellschaft keinen Raum finden konnten. Kein Wunder, dass diese Vorstadt während der Revolution eine solche Berühmtheit erlangte, und dass noch jetzt ihre Bewohner von jeder Regierung in Frankreich mit Furcht und Schreck betrachtet werden. Aber so wie die Kinder der Liebe aufgeweckter sind, als die Kinder legitimer Ehen, so war die ungesetzliche Arbeit im Faubourg St. Antoine, die nicht durch Zunftreglements oder irgend andere Fesseln in ihren Productionen beschränkt war, auch am genialsten in ihren Erfindungen und die Arbeiter, welche nach der Revolution sich am meisten bemerkbar machten, waren aus dieser Pflanzschule hervorgegangen.

Uebrigens hatte man in England, während das Innungswesen daselbst bestand, ganz dieselbe Erscheinung wahrnehmen können. Während jener Epoche war nämlich Halifax die einzige Stadt gewesen, in welcher die Herrschaft der Gilden nicht auf der Industrie lastete, und während eines Zeitraums von vierzig Jahren vervierfachte sich die Zahl ihrer Bewohner, während die Einwohnerzahl anderer Städte in derselben Epoche abnahm. Auch Westminster und Southwark, zwei Viertel der Stadt London, welche ehemals ähnliche Ausnahmsrechte genossen, wie das Faubourg

St. Antoine und das Temple in Paris, kamen zu einer ähnlichen Entwickelung ihrer Industrie. In Frankreich gab es übrigens ausser dem Faubourg St. Antoine und dem Enclos du Temple noch andere Orte, in denen Freiheit der Arbeit wie ein Ventil für die comprimirte Luft gewährt worden war. So hatten schon Ordonnanzen vom 22. December 1602 Personen, die nicht das Meisterrecht erlangen konnten, wenn sie in den Galerien des Louvre Raum für ihre Industrie zu finden im Stande waren, gestattet, dort ihr Gewerbe auszuüben, ohne dass die Syndics, Gardes und Adjoints der Innungen sie daselbst belästigen durften. Auch besassen viele geistliche und weltliche Herren in vielen Städten, und namentlich in Paris, das Privilegium, Arbeitern, die auf ihrem Grund und Boden wohnten, die „Franchise“ zu ertheilen. Auf diese Art waren denn in Paris auch noch Saint Jean de Latrone, ein Theil der Rue de Loursine, das Faubourg Saint Marceau, das Enclos de Saint Denis, das Enclos de la Châtre, de Saint Germain, de Près, de Saint Martin de Champs etc. etc. Zufluchtsstätten für die freie Arbeit, so weit die letztere in jener Zeit überhaupt möglich war. Alle diese Orte waren verschlossen und durch Gitterthore von den übrigen Theilen der Stadt getrennt, als ob dieselben von der Pest heimgesucht wären. Es war Sitte, dass die Arbeiter, welche nicht auf den Listen der Innungen figurirten und sich daher nach diesen Asylen begeben mussten, den Namen Faux ouvriers führten und als eine Art Parias der Production betrachtet wurden. Auch waren die Producte, die von ihren Händen ausgingen, meist besser, als jene der privilegirten Industrie. Die Gesellen der Innungen durften nicht auf eigene Rechnung arbeiten und durften bloss in dem Laden ihres Meisters beschäftigt werden. Das Geschick jedes Einzelnen war schon im Voraus bestimmt, die Reglements waren seine Vorsehung.

Uebrigens bestand die Freiheit der Arbeit selbst in den wenigen abgeschlossenen Plätzen der Stadt, in welche die Herrschaft der Innungen nicht drang, doch nicht in vollem Umfange. Die Handwerker und Arbeiter, die in diesen eng bevölkerten Asylen der Arbeit kümmerlich lebten, mussten in Folge eines Edicts vom August 1776 sich in die Register der Polizei eintragen lassen. Da auch für diese Ausnahmeplätze gewisse Polizeivorschriften bestanden, so fanden auch daselbst Haussuchungen durch die Gardes, Syndics und Adjoints der verschiedenen Innungen statt, und in Uebertretungsfällen wurden Geldstrafen auferlegt, von denen die eine Hälfte dem Könige und die andere dem „Seigneurs Hauts Justiciers“ der Localität zufiel. Das Publicum konnte die Waaren, die in den Asylen fabricirt wurden, nur kaufen, wenn es sich nach denselben begab, was die bemittelten Klassen nie thaten, so dass es daselbst nur arme Kunden gab. Alle Waaren, welche von den Arbeitern, die in diesen Asylen lebten, nach anderen Theilen der Stadt gebracht wurden, waren der Confiscation ausgesetzt, ausser wenn gewisse Abgaben an die Innungen entrichtet waren.

Auf diese Art war die Industrie bis zum Ausbruche der Revolution ein Privilegium weniger Personen, und es bedurfte einer allgemeinen Umwälzung, um dieselbe zum Gemeingut zu machen.

Aus all' dem folgt, dass auch im Handwerk eine sclavische Abhängigkeit der Arbeiter von den privilegirten Meistern bestand. Alles, was ausserhalb der Profession stand, war vollkommen vogelfrei. Die Bettler bildeten sogar besondere Corporationen. Rossbach fasst in seiner „Geschichte der Gesellschaft" den Zustand Frankreichs folgendermassen zusammen:

„Im Zeitalter der Reformation tranken die Bauern Wasser, assen Erdäpfel, Roggenbrod und kannten die Fleischnahrung noch gar nicht. Handwerker und Arbeiter bewohnten elende Häuschen ohne Fenster gegen Wind und Kälte; von Hemden, Strümpfen, Schuhen, Halsbinden wussten sie gar nichts. Der Gendarme, der Steuererheber, der Soldat, Gerichtsdiener zogen von Haus zu Haus, um Auspfändungen vorzunehmen. Die Geschichte dieser Zeit spricht nur von erschöpften Provinzen, zerstörten Häusern, irrenden Unglücklichen. Das Zeitalter Ludwig XIV. (1643—1715), das grosse Jahrhundert des Ruhmes und des Wohlstandes ist auch das Zeitalter des Elends. Vauban sagt von dieser Zeit: ein Zehntheil des Volkes bettelt; von den neun andern Zehntheilen sind es fünf, die an jenes Zehntheil nicht einmal Almosen verabreichen können, weil sie selbst in einer unglücklichen Lage sind; von den folgenden vier Zehntheilen sind drei durch Schulden und Processe herabgekommen und haben dieselben nur ein beschränktes Einkommen; zu dem letzten Zehntheil gehören die Ritter, Magistrate, der hohe Clerus, der gesammte Adel, die Angestellten im Civil- und Militairdienste, wohlhabende und Renten beziehende Grossbürger."

Solche Zustände hatten im Anfang des 18. Jahrhunderts fast überall in Europa bestanden, allein der Verlauf der Dinge war in Frankreich allein ein so verhängnissvoller, weil hier allein das Königthum sich verleiten liess, der Einflüsterung der herrschenden Klasse Gehör zu geben — zu seinem und ihrem Verderben.

Als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts sich die materielle Unmöglichkeit des Fortbestandes der alten Zustände in der steigenden Noth der Verwaltungen offenbarte, da sahen wir in den Hauptstaaten eine gewaltige, fast gleichzeitige Erscheinung entstehen. Allenthalben gebraucht plötzlich das Fürstenthum seine Macht, um von oben herab der fürchterlichen Unordnung zu steuern, die durch die Adelsherrschaft in Gesellschaft und Staat eingerissen war. Preussen ging hier voran; der ganze Staat bestand innerlich nur aus seiner Verwaltung, aber diese Verwaltung hatte das unabweisbare Interesse, auf Kosten aller Einzelrechte den Wohlstand des Ganzen zu heben, denn Preussen konnte durch Masse und Gebiet nicht ersetzen, was ihm an Tüchtigkeit und Kraft des Einzelnen abging. Es war durch seine Verwaltung mächtig, ehe es durch seine Siege gross ward. Nicht der geringste Grund seiner Geltung war es, dass es auf diese Weise

zum Muster für die übrigen Staaten wurde. Bald folgte die Erkenntniss des Erfolges, die Nachahmung des eingeschlagenen Weges. In Oesterreich, in Russland sogar, in Schweden, in Dänemark, in anderen kleineren Staaten stellte sich das Fürstenthum an die Spitze der Reformen, theils in der Person seiner Fürsten, wie in Joseph II., Gustav III., Katharina, theils in der Person der Minister, wie in Pombal und Struensee. Es ist wahr, dass viele Massregeln, die in dieser Zeit unternommen wurden, theils fehlerhaft, theils nur halbe waren; viele auch blieben unausgeführt, noch andere wurden umgestossen. Es ist ferner wahr, dass nur sehr wenige derselben im Sinne politischer Freiheit und Selbstregierung durch das Volk, sondern nur in dem einer besseren Verwaltung des Staates durchgeführt wurden. Allein auch dies war nie möglich, als indem die starre Herrschaft der privilegirten, auf dem historischen Besitz fussenden Klasse der Gesellschaft durch die Staatsgewalt gebrochen, eine gewisse Gleichheit des Rechts und der Abgaben eingeführt, und der grossen noch nicht in zwei Klassen geschiedenen Masse der Nation somit eine bessere Zukunft eröffnet wurde. Das war damals Alles was man verlangte.

So ergab sich durch die vernünftigen Anstrengungen der Staatsregierung das für die nächste Zukunft entscheidende Resultat, dass die Masse des Volkes in der Staatsgewalt, im Königthum, das Gegengewicht gegen die gesellschaftliche Herrschaft des Adels und des Privilegiums zu achten und zu lieben fortfuhr. Das Königthum schützte den dritten Stand vor Verzweiflung und öffnete seinem besitzenden und gebildeten Theile den Zugang zu Höherem, und daher bewahrte ihn der dritte Stand seinerseits vor der Revolution. In Preussen und den andern angeführten Ländern herrschte eben der aufgeklärte Absolutismus, in Frankreich der bornirte.

Auch in Frankreich verlangte und hoffte man Hülfe vom Königthum.

Frankreich besass schon seit dem Anfange des 18. Jahrhunderts eine Reihe der ausgezeichnetsten Männer, die auf die unabweisbare Nothwendigkeit einer Aenderung hinwiesen, wie Fenelon, Bernardin de St. Pierre, Montesquieu. Sie hatten aber allein gestanden; die Zeit war nicht reif für sie. Als Ludwig XVI. den Thron bestieg, standen auch ihm nicht weniger redliche und tüchtige Räthe zur Seite. Es schien ein Glück, dass der alte Maurepas, schlau genug rechnend, kein Hofministerium, sondern nur ein Volksministerium wollte; darum stürzte ihn wenigstens die Camarilla nicht. So sah man denn die beiden Männer, die jene Zeit in Frankreich vertraten, Turgot und Malesherbes, einen Augenblick allmächtig in der Regierung, wenn auch nicht am Hofe.

Diese Periode der französischen Geschichte ist für Deutschland, wie es heute ist, sehr lehrreich. Turgot war der „Social-Conservative“ seiner Zeit. Aus der feudalen Partei hervorgegangen, ragte er sowohl an national-ökonomischer Bildung wie an

politischem Scharfblick weit über seine Standesgenossen hervor. Der richtige Staatsmann darf kein Empyriker sein. Er muss die Theorie beherrschen. Das that Turgot. Er hatte auch den Muth, von seinen Standesgenossen diejenigen Opfer zu fordern, welche das Wohl des Ganzen unumgänglich erforderte. Endlich besass er den Freimuth, seinem Monarchen die ganze Wahrheit zu sagen.

Ueber Turgot's Bedeutung als Gelehrter, als National-Oekonom hat Herr von Sivers eine sehr lesenswerthe Skizze in den tüchtigen Hildebrand'schen Jahrbüchern, Jahrgang 1874, veröffentlicht, die er mit folgendem Urtheil abschliesst:

„In den hier untersuchten Schriften erscheint Turgot nicht als Physiokrat im gewöhnlichen Sinn des Wortes. Die grosse Masse der Bevölkerung Frankreichs bestand aus Ackerbauern, in den ländlichen Verhältnissen herrscht das grösste Elend; die Reform der ländlichen Verhältnisse war daher die nächste, aber nicht die einzige Aufgabe. Turgot sieht tiefer und weiter, als seine Zeitgenossen. Obgleich in der Methode seiner Zeit befangen, vertieft er die Begriffe des Werthes, des Eigenthums und der Rente bis zu dem Problem, das von dem auf ihn folgenden Jahrhundert nicht gelöst werden konnte. So überragt er sein Jahrhundert, obgleich er nur für sein Zeitalter thätig war.

In die kurze Lebenszeit eines Individuums gezwängt, scheitert sein Reformplan und wird erst von der Revolution wieder aufgenommen und verwirklicht."

Ja, sein Reformplan scheiterte, aber nur, weil sein Monarch kein Hohenzoller — sondern ein schwacher Bourbon war.

Seine Denkschriften und Gutachten, die er an den König und die Minister richtet, sind in einem Styl gehalten, in welchem wohl nie Beamte an Könige und Minister schrieben.

Das ist „conservativer Barrikadenstyl"!

Es spricht aus diesen Schriften die felsenfeste Ueberzeugung, dass das vom Verfasser Gewollte nothwendig geschehen muss; sie zeigen die souveraine Ueberlegenheit eines Kopfes, der sich bewusst ist, die Frage nach allen Seiten so zu beherrschen, dass Keiner im Stande ist, ihn zu widerlegen. Allerdings setzen diese Schriften ein geschlossenes vollständig durchdachtes System voraus. Aber dieses System ist kein dem Verfasser eigenthümliches, das er erst beweisen müsste, sondern das bereits vorhandene, welches vollständig begriffen zu haben Turgot sich bewusst ist. Er weiss, dass er nur die Consequenzen zieht und schreibt daher nicht für die gelehrte Welt, sondern nur gelegentlich, wenn es gilt, einen Reformplan durchzusetzen. Er wiederholt oft in einer Schrift, was er in anderen schon gesagt hat, weil er immer nur für ganz bestimmte Personen schreibt, die nicht immer dieselben sind. Er legt keinen Werth auf seine eigenen Schriften, weil diese keinen andern Zweck hatten, als die eine machthabende Person von der Nothwendigkeit einer bestimmten Handlung zu überzeugen.

So auch werden die deutschen Social-Conservativen, wenn es ihnen nicht gelingt, warum sie unausgesetzt noch werben, die eigentlichen Conservativen, die Schüler Stahl's und Wagner's, zu sich herüberziehen, sich einzig an den Inhaber des Thrones wenden mit ihren bewegtesten Beschwörungen, in respectvoller aber ganz unerschrockener und offener Sprache.

Weil von Turgot jeder einzelne Fall unter die Gesichtspunkte gebracht war, welche das ganze Zeitalter beherrschten und schon Gemeingut wurden, waren diese Schriften dem grossen Publicum verständlich, und konnten es mit den nothwendigen Reformen vertraut machen, welche die Zeit verlangte. Turgot gestattet daher seinem Freunde Dupont die Veröffentlichung seiner Schriften in dessen Zeitschrift.

Turgot erkannte die Nothwendigkeit der Umgestaltung, die vor sich gehen sollte, früher als alle Anderen, er sah die Gefahr, welche der Fortentwickelung des ganzen Culturlebens drohte, wenn die neue Bewegung planlos und unvorbereitet hereinbrechend, die Macht an sich reissen würde, er fürchtete, den Kern der ganzen Bewegung vernichtet zu sehen, sobald des Regierens unkundige Männer mit Hülfe der rohen Massen die Umgestaltung zu erzwingen suchten. Die vorbeugende Reform erschien ihm als der einzig mögliche Weg zur Lösung. Aber er fühlte zugleich, dass er der Einzige war, der die Kraft dazu besass, er durfte auf keinen Nachfolger rechnen. Nicht nur, weil solche Geister selten sind, wie er einer war, sondern auch, weil der Moment herankam, in dem keine Staatskunst das Königthum mehr retten konnte. Denn wenn sich erst in der beherrschten Klasse der Glaube festgesetzt hat, das Königthum habe entschieden Partei für die herrschende Klasse ergriffen, so ist das Königthum verloren.

In seinem berühmten „Memoire au roi" entwarf er einen vollständigen Reformplan. Nicht nur wollte er eine ständische Vertretung des Volkes schaffen, sondern auch besonders die Steuer-Privilegien aufheben. Nach der Steuerleistung sollte sich das politische Recht richten. Er legte dem Könige einen Finanzplan vor, dessen Grundlage die Freiheit des Getreidehandels, die Aufhebung der Zünfte und Innungen und die Vertheilung der Grundsteuer auf alle Grundstücke, mithin die Gleichheit des geschichtlichen und privilegirten Besitzes mit dem erworbenen, die Gleichheit und Freiheit des Erwerbes und die Eröffnung der Concurrenz im Handel war.

Dieser Plan war die formulirte Aufforderung an das Königthum, sich an die Spitze der gesellschaftlichen Reform zu stellen, ohne welche der Staat untergehen musste, wie er unterging und wie jeder untergehen wird, in dem das Königthum es versäumt, solcher zeitgemässen Aufforderung Gehör zu geben. Der Weg für die innige Vereinigung des Königthums mit dem dritten Stande, mit dem Leben des ganzen Volkes war gezeigt; die Möglichkeit des Fortschrittes ohne Umwälzung war geboten. Denn hob man ein Privilegium des adligen Grundbesitzes auf, so schützte nichts

die übrigen vor einem zweiten Gesetze; geschah das, so musste man, um der Krone Halt zu geben, die alten Stände und mit ihnen die Selbstregierung des Volkes in's Leben rufen; Turgot und Malesherbes wiesen schon selber darauf hin; der alte Zustand hätte sich allmählich umgestaltet, und das Königthum wäre der Retter im scheinbar unauflöslichen gesellschaftlichen Widerspruch gewesen. Geschah das nicht, so musste das Volk die Hoffnung aufgeben, durch seinen Fürsten zur Freiheit zu kommen, nachdem es durch ihn zur Einheit gelangt war. Was wollte man erwidern, wenn das Volk sagte: Wir gehen unter, wenn der Zustand nicht geändert wird; unsere Minister gestehen es ein; der König kann uns helfen, er will nicht, er will lieber den Adel aufrecht halten. als die fünfundzwanzig Millionen vor offenem Verderben bewahren; er hält die Missbräuche aufrecht; das ist nur denkbar, weil das Königthum selber ein Missbrauch ist. Und schon sagte man das offen; der Glaube an das Königthum konnte mit einer kräftigen Massregel für Jahrhunderte befestigt werden; aber zum ersten Male und damals das einzige Beispiel in Europa, siegte der Hof über das Königthum, und beide waren verloren.

Ludwig XVI. hatte den Instinct des Richtigen. Er gab wirklich den Kornhandel frei; Strassenunruhen wurden angezettelt; noch unterdrückte er sie. Er gab sogar Turgot nach und hob die Zünfte und Innungen auf; da widersetzte sich das Parlament; der König musste die Einregistrirung der Ordonnanz befehlen; die Königin ward vom Hofe gereizt, gegen Turgot zu machiniren; der ganze Adel erhob sich; umsonst rief ihnen der König zu: „Nur ich und Turgot lieben das Volk“ — man warf ihm vor, dass er das geheiligte Erbtheil seiner Kinder angreife, dass er den Thron durch bürgerliche Institutionen entwürdige; hätte Ludwig XVI. so viel Kraft in der Vollziehung des Guten bewiesen, als er in der Ertragung des Unglücks bewies, er wäre gerettet gewesen; allein er widerstand nicht; Turgot nahm seine Entlassung; er schied von dem Könige mit dem ernsten Worte: „Das Schicksal der Könige, die von Höflingen beherrscht werden, ist das Karl's I.“

Der König schloss diesen merkwürdigen Brief in ein Couvert und versiegelte ihn mit dem kleinen königlichen Siegel. So wurde diese Warnung des treuesten Dieners und patriotischesten Edelmannes später vom Volk im Königsschloss gefunden. Der Adel jubelte in kurzsichtiger Freude, aber das Volk warf das Königthum in seinem Herzen zu den Todten. Was half es, dass Ludwig XVI. die Bauern auf seinen Privatgütern befreite — hatte er doch Partei genommen für die herrschende Klasse gegen die unterdrückte, wenn auch mit blutendem Herzen. Er war zu schwach, sich von seiner Umgebung zu emancipiren. Als das Königthum den Bürgerstand aufgab, gab der Bürgerstand das Königthum auf, und seit Turgot's Sturz war der entscheidende Schritt zur Verbindung des Capitals, der Intelligenz und der Masse zum Kampf gegen das Königthum gethan.

Das Königthum konnte sich von da ab auch nicht mehr retten. Turgot starb bald, und Necker reichte bei weitem nicht an seine geistige Bedeutung heran. Der Adel aber blieb verstockt wie er es gewesen — und erntete, was er gesäet. Unwissende Aristokraten lösten zunächst Turgot ab, konnten aber nicht einmal der Finanzmisère abhelfen, geschweige denn der Noth des Volkes.

In Deutschland befindet sich das Königthum in derselben Lage wie das Ludwig's XVI. zu Turgot's Zeit. Noch kann es den vierten Stand für sich gewinnen. Aber wie die Königin Marie Antoinette ganz erstaunt fragte: „Was weint denn das Volk?“ — so scheint man auch heute kaum zu ahnen, weshalb die Arbeiterschaft und auch der Grundbesitz klagt. Die Rathgeber der deutschen Fürsten und des Fürsten Bismarck haben wohl auch kaum ein richtiges Verständniss von dem tiefen Ernst der Lage. Man muss nicht ungerecht sein, woher sollten sie auch!

Professor Schmoller sagte 1874 in der Singakademie, „die sociale Frage könne nur gelöst werden durch den König und sein Beamtenthum.“ Nur der erste Theil ist richtig. Das deutsche Beamtenthum ist zur Zeit ein Hinderniss für das Königthum auf dem Wege zur Reform.

Ein Minister der Reform muss, wie Turgot, auf der Höhe der Wissenschaft stehen. Von keinem der unsrigen ist das zu vermuthen. Die National- und Social-Oekonomie — beides bildet jetzt eine Wissenschaft, und in sie gehört die Lehre von A. Smith sowohl, wie die von K. Marx — war der Aschenbrödel der Universität zur Zeit, als diese Herren studirten. Die Werke von Stein und Rodbertus gingen unbemerkt fast vorüber. Der theoretische deutsche Socialismus ist, in seiner radikalen Gestalt allerdings, erst zehn Jahr alt. Trotzdem wirft er einen grossen Theil, eigentlich das Fundament der alten Wissenschaft, über den Haufen. Karl Marx' Theorie vom Werth und seine Entwickelung des Processes der Capitalbildung in der modernen Productionsweise ist noch nicht widerlegt, und, es offen zu gestehen, ich glaube auch nicht an ihre baldige Widerlegung. Nun hat aber dieser Mann geradezu alle Wissenschaft auf den Kopf gestellt. Das, was unseren jüngeren Beamten von der Nationalökonomie gelehrt wurde — die älteren wurden wohl meist ganz damit verschont — gipfelt in dem Satz: „Arbeit ist Waare.“ Der Satz heisst heute: „Arbeit schafft Waare.“

Unsere hohen Beamten kennen einfach die moderne Wissenschaft nicht. Wie sollten sie Zeit gehabt haben, neben ihren Amtsgeschäften die Studien zu machen, welche nothwendig sind, den radikalen Umschwung in der socialen Wissenschaft zu begreifen, den die letzten zehn Jahre allein gebracht haben? Meist kennen sie wohl nicht einmal die älteren Arbeiten von List und Carey. Haben sie die moderne Wissenschaft nicht gelernt, so ist ihnen bei der Reform das ein Hinderniss, was sie von der alten wissen. Erst die jetzt studirende Jugend lernt zusammen mit

ihren Lehrern, den Katheder-Socialisten, die neue Wissenschaft; wenn die aber Geheime Räthe sein werden, welche heute studiren — dann ist dies jetzige System bereits durch Reform oder Revolution beseitigt. So lange geht es auf diesem Wege nicht mehr fort.

Wie ist da zu helfen?

Nur auf eine Art: Die deutschen Fürsten müssen selbst den Socialismus studiren. Sie müssen Stein's Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich, Rodbertus' Sociale Briefe, Marx' Capital, Lassalle's Bastiat-Schulze lesen — dann, aber dann auch sicher wird in Deutschland das Königthum der socialen Reform dem der socialen Reaction Platz machen. Dann werden sie auch Beamte finden, fähig, das von ihnen, den Fürsten selbst, als nothwendig Erkannte durchzuführen.

Noch ist es Zeit. Noch kann ein deutscher Turgot das deutsche Königthum nicht bloss retten, sondern grösser machen, als es je war.

Als Turgot entlassen war, jubelte der Adel, ein Mandatar desselben ersetzte ihn. Der König seufzte. Das Volk — wartete auf den Moment der höchsten Noth, um Königthum und Adel zu vernichten.

Die Inhaber der Staatsgewalt wollten das, was sie besassen, nicht mit den anderen Klassen der Gesellschaft theilen. Auch war Niemand da, der es gefordert hätte. Es schien, als brauche man jenem dritten Stande nur seine Organisation zu verweigern, um ihn selber machtlos zu machen. So denken einige unserer Staatsmänner daran, die selbstgeschaffene Organisation des vierten Standes, seine Vereine, ihm zu nehmen und auch das Recht, was sie ihm doch selbst gaben, das Wahlrecht. Sie sind genau so klug wie die Höflinge von Marie Antoinette.

Unterdessen stieg das Deficit. Man musste, da der adlige Finanzmann nicht aus noch ein wusste, Necker berufen, einen Mann, der Turgot nicht das Wasser reichte. Trotzdem erschien sein Eintritt in das Ministerium dem Hofe als eine grosse Concession gegen jenen noch so gestaltlosen aber dennoch gewaltigen dritten Stand. Necker wagte es zuerst, eine Rechnungsablage der Staatsfinanzen zu veröffentlichen. Sein Comte rendu von 1781 war eine grosse Mystification, vielleicht seiner selbst; aber auch so war das Endresultat desselben, dass mit dem bestehenden Steuersystem keine Aussicht auf Besserung sei. Und was war dies bestehende Steuersystem? Es war das Vorrecht des adligen Besitzes, keine Steuern zu zahlen. Auf diesem Vorrecht beruhte die ganze gesellschaftliche Macht des Adels. Turgot's Grundgedanke, von diesem Minister aus staatswirthschaftlichen Gründen aufgestellt, ward jetzt von Necker auch zum Princip der Finanzwirthschaft gemacht. Es ward zum zweiten Mal, wenn auch nicht wörtlich, so doch der Sache nach die Wahrheit von der Staatsgewalt öffentlich anerkannt, dass die Ordnung der Gesellschaft gebrochen werden müsse, um den Staat zu erhalten. Aber noch

herrschte der Adel unumschränkt, und Necker erhielt, wie Turgot, seine Entlassung.

Aber damit war der Noth nicht abgeholfen. Nicht bloss das ganze Vermögen, auch der Credit des Staates ward nun erschöpft. Nach dem Berichte von Calonne an die Notabeln von 1787 waren von 1776 bis 1786 nicht weniger als 1200 Millionen Livres theils geliehen, theils vorweg genommen. Das Mass des Möglichen war erschöpft. Selbst der adelige Minister des absoluten Königthums musste endlich gestehen, dass entweder der Staat selber oder das Privilegium des Adels untergehen müsse. Was die höchsten Ideen der Philosophen, die eindringlichsten Mahnungen und Beweise der Staatsmänner, das tiefste Leiden des in seiner Unfreiheit schmachtenden Volkes nicht vermocht hatte, das vermochte das Geld. Es war zum ersten Mal, dass es seine gewaltige Macht äusserte; es zwang die Staatsgewalt, die Ordnung der neuen Gesellschaft in die Hand zu nehmen; es war der Beginn seiner Macht.

Calonne überreichte dem Könige, den doch die Vorstellungen von Turgot und Necker schon empfänglich gemacht hatten, endlich gegen das Ende des Jahres 1785 sein „Memoire de Mr. Calonne au roi." Der wesentliche Inhalt desselben ging dahin, dass die Grundsteuer auf alle Grundstücke ausgedehnt und der dritte Stand von den drückendsten Abgaben, der Taille, der Salzsteuer, den Frohnden befreit werden müsse; ohne solche Massregeln sei keine Hilfe. Um diese Gesetze erlassen zu können, sollte der König die Notabeln berufen.

Diese Notabeln, seit 1614 nicht berufen, waren nichts weiter, als die Vertretung der alten feudalen Gesellschaft; das war der Grund, der sie auch dem Adel und der Geistlichkeit annehmbar erscheinen liess. Ihnen nun ward der Zustand der Dinge vorgelegt; es ward dieser Repräsentation der Elemente jener alten Gesellschaft von der Staatsgewalt nachgewiesen, dass mit ihnen der Staat selber nicht länger bestehen könne. Der Staat erklärte, dass er aus eigener Machtvollkommenheit den öffentlichen Rechtszustand nicht zerbrechen wolle; er legte es in die Hand der alten Gesellschaft selber, ihre Privilegien wenigstens so weit aufzugeben, als die unabweisbaren Bedürfnisse des Staates gingen; er forderte sie auf, sich freiwillig ihrer Berechtigung zu berauben, und die neuen Elemente der Gesellschaft neben sich als gleichberechtigt anzuerkennen. Es war einer jener feierlichen Momente, in welchen einem Volke noch einmal die Möglichkeit geboten wird, durch freiwilliges Opfer einer unmöglich gewordenen Stellung, einer gewaltsamen Revolution zu entgehen. Allein die alte Gesellschaft stiess die dargebotene Hand zurück; die Notabeln von 1787 und 1788 bewiesen den Satz, der fast als Gesetz gelten kann, dass eine Gesellschaft, welche die Staatsgewalt beherrscht, selten freiwillig ihre Ordnung aufzugeben weiss, und dass sie es regelmässig lieber auf eine gewaltsame Umwälzung ankommen lässt, als dass sie auf Kosten der bevorrechteten Theile die niedere Klasse

an ihren natürlichen Platz gelangen liesse. Dieser Satz, die Quelle aller Revolutionen, bewährte sich in jenen beiden Jahren in Frankreich.

Und heute sehen wir die Bourgeoisie, welche den Adel als herrschenden Stand abgelöst hat, man werfe nur einen Blick auf die Majorität des deutschen Reichstages, wie er die Verbote des Wuchers aufhebt und die Einführung des Normalarbeitstages verweigert, nach demselben Grundsatze handeln. Wenn die Arbeitervertreter stürmisch fordern — antwortet Lasker, der „Knüppel“, Baron Minnigerode, die „Granate“ werde sie zur Ruhe bringen. Lasker liest den Richtern den Text, dass sie das Minimum der gesetzlichen Strafen gegen Socialisten anwendeten — und die Richter wenden jetzt höhere Strafsätze an.

Alles so, wie damals in Frankreich!

Calonne legte den Notabeln die Hauptforderung der Staatsgewalt vor: die Besteuerung alles Grundbesitzes. Sofort erhob sich ein wüthender Sturm. Statt auf die Sache einzugehen, griff man den Minister an. Es ergab sich, dass das Deficit 112 Millionen betrug. Calonne musste abtreten. An seine Stelle trat Brienne. Die Lage der Dinge ward dadurch nicht geändert. Statt das Privilegium der Steuerfreiheit aufzugeben, wollten die Notabeln nichts als Verwaltungsreformen. Endlich ward es klar, dass sie der Staatsgewalt durchaus ihre Hilfe gegen die Zustände der alten Gesellschaft verweigerten. Brienne löste sie auf. Der Würfel war gefallen. Der alte Staat war schwächer als diese alte Gesellschaft; sie hatte ihn bewältigt; der Weg der Reform durch die ständische Vertretung war verschlossen, es war klar, dass die alte Gesellschaft unfähig war, ihre eigene Umgestaltung zu begreifen und zu leiten.

Jetzt entstand die Frage, was man nunmehr beginnen solle. Während der Debatten der Notabeln war das Wort der Etats généraux ausgesprochen. Lafayette hatte sie gefordert. Man wusste eigentlich nicht genau, was man wollte; dem Principe nach aber wollte man eine aus dem Volke hervorgegangene Vertretung. Der Sinn dieser Forderung war ein tiefer; man ahnte ihn mehr, als man ihn verstand; es darf das nicht wundern; immer wird in solchen Verhältnissen der rechte Inhalt des Neuen erst durch die lebendige Function des Neuen selber gegeben. Doch leitete der Instinct die öffentliche Stimme richtig. Hier war allerdings der einzige Weg, der zur Hilfe führte. Doch war man weder über das Mass noch das Recht des neuen Instituts einig. Man hätte es gern in organischer Ordnung an die bisherige Entwickelung angeknüpft, und wollte die neue Vertretung des Volkes feindlich aus der alten hervorgehen lassen.

Ehe man daher an die Berufung der Etats généraux ging, versuchte man noch einmal, die Zustimmung der Notabeln zu erhalten. Sie wurden 1788 berufen, um über die Art und Weise der Berufung ihre Stimmen abzugeben. Necker, abermals Minister, forderte die doppelte Stimmenzahl für den dritten Stand. Die

Notabeln verwarfen auch diese Forderung. Jetzt berief der König aus eigener Machtvollkommenheit die Etats généraux nach dem System Necker's. Zuletzt also musste der Monarch die herrschenden Stände ihren Feinden opfern. Aber es war zu spät. Sie hatten ihn mit compromittirt und mit ihnen fiel er.

Die Geschichte dieses Falles zu schreiben ist natürlich nicht meine Absicht. Ich bin auch hier nur so ausführlich gewesen, meist mit Stein's Worten, weil ich die Nutzanwendung für das deutsche Königthum aus jenen geschichtlichen Thatsachen ziehen wollte.

Es ist nun nothwendig, zu verfolgen, wie die neue Gesellschaft aussah, welche die Revolution schuf.

Die Déclaration des droits de l'homme hatte die Gleichheit der Franzosen im Princip zwar ausgesprochen, aber an der Grundlage der alten Gesellschaft nichts geändert. Diese war der Grundbesitz und seine Vertheilung. So lange zwei Drittel des Grundbesitzes noch in den Händen des Adels blieben, so lange der kleine Landbesitz mit feudalen Abgaben aller Art besteuert war, so lange Millionen von nichts als von ihrer Abhängigkeit von dem Gutsherrn lebten, so lange war die Gleichheit ein Princip und ein Wunsch, aber als Thatsache war sie unmöglich. Man hatte die Gesellschaft selber nicht in ihrer Grundlage erfasst, wenn man diesen Punkt unberührt liess; war die neue Gesellschaft identisch mit der neuen Staatsform, an deren Spitze sich die Constituante stellte, so musste die Dauer dieser Staatsform von der Art und Weise abhängen, wie die Assemblée jenes Verhältniss entschied. Und hier betrat sie die Bahn, auf der allein die Revolution zum Ziele gelangen konnte.

Die Nacht des 4. August hatte eigentlich keine gesetzliche Umgestaltung der Verhältnisse des Bauernstandes herbeigeführt; sie hatte nur Principien aufgestellt. Es kam darauf an, diese Principien nun zur Ausführung zu bringen. Die Aufgabe der Versammlung war durch jene Verhältnisse nach den grossen Richtungen hin bestimmt. Zuerst gab es eine grosse Klasse völlig leibeigener Hintersassen der Lehnsherren, die an die Scholle gebunden, mainmortables hiessen; das Lehnrecht unterschied zwischen der mainmorte personelle, réelle et mixte; es waren dies verschiedene Stufen derselben Hörigkeit. Schon Ludwig XVI. hatte in seinen Domainen durch das Edict von 1779 diese mainmorte aufgehoben, allein die grossen Lehnsherren waren dem königlichen Beispiele nicht gefolgt. Als die Revolution ausbrach, gab es noch Millionen von Hörigen; zu dem Rechte der Hörigkeit, als Abstufungen, rechnete man ausserdem die Bannrechte (banalités) und die Frohnden aller Art (die corvées). Alle diese furchtbaren Bedrückungen machten den Aufschwung der Landwirthschaft unmöglich; in einer Gesellschaft, wo diese Leibeigenschaft fortbestand, war das Princip der Gleichheit eine leere Redensart. Die Assemblée stellte sofort den Grundsatz auf, dass alle diese Rechte, als durch die Gewalt eingeführt und der Freiheit absolut widersprechend, ohne Entschädigung aufzuheben seien. Mit dieser Er-

29*

klärung war ein wahrer und grossartiger Fortschritt geschehen; nicht bloss, dass die ganze Klasse der Leibeigenen, frei aufathmend unter dem neuen Rechte, jetzt dem Erwerb und der Arbeit wiedergewonnen wurde, sondern die neue Ordnung der Dinge fand in ihnen auch von da an die entschiedensten, glühendsten Anhänger; erst dieses Gesetz erklärt die Begeisterung der untersten Klassen für Principien, deren segensreichen Einfluss sie zugleich mit dem Namen derselben vielleicht zum ersten Male vernahmen. Fast eben so wichtig war die zweite Gruppe von Verhältnissen, die sofort in Folge der Beschlüsse vom 4. August geändert wurden. Sie umfasste die unablösbaren Lehnsabgaben der alten Zeit, die droits féodaux et censuels, rentes seigneuriales, champarts, agriers u. a. m., die unter verschiedenen Namen in ganz Frankreich vorkamen. Bei der Aufhebung dieser Abgaben ging die Versammlung von dem Grundsatze aus, dass sie contractmässig eingeführt seien und daher nicht ohne weiteres vernichtet werden könnten; sie erklärte sie durch das Decret vom 11. August 1789 für einfache Grundabgaben, die der Ablösung unterlägen, und ordnete dies wieder durch eine Reihe von Decreten, von denen wir hier nur das Decret vom 11. März, vom 15. März und vom 22. December 1790 anführen. Endlich wurde nicht bloss die Thatsache der unablösbaren Grundrenten, sondern auch das Princip derselben aufgehoben, und jede Grundrente ablösbar erklärt, Decret vom 18. December 1790. — Durch diese Decrete schuf die Assemblée erst einen Bauernstand und eine Landwirthschaft in Frankreich. Ihr Einfluss ist ein ganz ungeheurer gewesen. Allein noch bestand die ungeheure Ungleichheit des Grundbesitzes, wenn auch der kleinste so frei jetzt war wie der grösseste. So lange der Adel seine Güter ungetheilt auf den Erstgebornen vererbte, lag hier eine sociale Ungleichheit vor, die späterhin ihren politischen Ausdruck finden musste. Am 8. April 1791 wurde also ein Decret angenommen, wonach alle Erben desselben Grades gleiche Theile erhalten sollten. Die grossen adeligen Gütermassen wurden dadurch unaufhaltsam der Auflösung entgegengeführt, und immer mehr sich verkleinernd, brachten sie den Sohn des grossen adeligen Herrn mit jeder Generation den Bauern um einen Schritt näher. So drückte man das Uebermass des Grundbesitzes herab, während man den kleinen Grundbesitz befreite und erhob. Wenige Gesetze haben tiefer in die sociale Entwickelung Frankreichs hineingegriffen, als dies Decret; langsam in seiner Wirkung, hat es um so gewaltiger gewirkt; es ist die Grundlage der Gleichheit im Stande der Landwirthschaft geworden. — An dasselbe schloss sich ein anderes an. Es blieb die Möglichkeit für den grossen Gutsherrn, seine Güter testamentarisch als Ganzes zu vererben. Schon die Constituante arbeitete daran, demselben auch dies Recht zu nehmen, um nicht die Umgehung des gesetzlichen Princips in die Willkür des Einzelnen zu legen. Petion und Robespierre wollten darum die Testirbarkeit ganz aufgehoben wissen; Mirabeau schlug vor, dem Erblasser nur ein Zehntel zur freien Verfügung

zu lassen; es ward später angenommen, dass der Vater, wenn er Einen Descendenten habe, nur über die Hälfte, wenn er zwei habe, über ein Dritttheil, wenn er mehrere habe, nur über ein Viertheil testamentarisch verfügen könne, diese Bestimmung wurde im Code Civil Art. 913 festgestellt. Auf diese Weise war der Erneuerung der alten, unverhältnissmässigen Gütervertheilung vorgebeugt; und jene Gesetze, indem sie die adeligen Grundherrn allmählich den Bauern näherten, gewannen für die Revolution zugleich die ganze Klasse der jungen Abkömmlinge der höheren Stände, die durch sie allein Hoffnung auf die Theilnahme an den Grundbesitz ihrer Familie gewannen.

Nun blieb noch Eins. Eine grosse Zahl von Staatsbürgern war bei alledem dennoch ausser Stande, sich einen Grundbesitz zu verschaffen, weil eben keiner da war. Die Noth des Staates, die schon so Vieles vermocht, half auch hier. Die Hülfsquellen des Staatsschatzes blieben trotz aller Principien nach wie vor erschöpft; die Schulden sollten bezahlt werden, und so beschloss man den Verkauf der auf 2450 Millionen geschätzten Staatsdomänen. Jetzt associirten sich die kleinen Leute auf dem Lande, kauften Domänen an und theilten sie später. Hier entstand nun eine Menge grösserer und kleiner Grundbesitzungen.

Soweit hatte man wenigstens den Privatbesitz geschont, wenn man seine Rechte auch wesentlich modificirt hatte. Aber ist einmal eine beherrschte Klasse zur Macht gelangt, so hört alle Mässigung auf. Zunächst legte man, wie bei allen Staatsumwälzungen fast, die Hand an die Güter der todten Hand.

Schon die Constituante hatte am 18. Februar 1790 erklärt, dass sie die katholische Religion nicht als Staatsreligion anerkenne; am 12. Juli theilte sie die Kirchenverfassung nach der neuen Landesordnung, und am 27. November decretirte sie, dass die Priester den bürgerlichen Eid zu leisten hätten. Mit diesen Decreten hob man die Geistlichkeit zunächst als besondern Stand auf; dann aber wollte man damit auch die Güter der Geistlichen, auf welche ein grosser Theil der Assignaten angewiesen war, verkäuflich machen. In der That gelang dies wenigstens zum Theil. Die Geldbesitzer fingen an, jene Güter zu kaufen und sie wieder zu parcelliren; auch hier entstand eine neue Klasse von Grundbesitzern.

Endlich legte man Hand an das Privateigenthum der Individuen. Ein grosser Theil des Adels war emigrirt und conspirirte im Auslande gegen die dermalige Regierung Frankreichs. Man that, was Preussen mit dem Besitz des Kurfürsten von Hessen und des Königs von Hannover auch gethan, nur ging man einen Schritt weiter. Preussen bezieht vorläufig das Einkommen der Güter jener Fürsten und reservirt ihnen den Besitz, wie es Napoleon III. mit den Gütern der Familie Orleans auch gethan. Die Assemblée confiscirte gleich die Güter selbst. Sie that es aus politischen Gründen, denn sie wollte sowohl der Geistlichkeit als dem Adel für immer ihre Sonderstellung in der neuen Gesell-

schaft unmöglich machen. Sie nahm dieser Gefahr gegenüber zwei Decrete an, welche definitiv den Besitz mit der Revolution verbinden musste; das erste gegen die Emigrirten, dass alle Franzosen, die sich am Rhein versammelt hatten, der Verschwörung verdächtig seien; kehrten sie nicht zum 1. Januar 1792 zurück, so sollten sie selber des Hochverraths überwiesen gelten, ihre Güter aber zum Besten der Nation confiscirt werden (9. November 1791); — das zweite gegen die Priester, die den constitutionellen Eid nicht geleistet: dass sie ihren Gehalt verlieren und unter Aufsicht der weltlichen Behörden gestellt werden sollten (29. November 1791). Beide Decrete wurden dem König vorgelegt; sie waren entschieden wichtiger, als die Annahme der ganzen Constitution, denn sie erst hoben wirklich Adel und Geistlichkeit als besondere Stände auf, indem sie beiden ihren Besitz nahmen; man wusste wohl, dass weder die Emigrirten zurückkehren, noch die Masse der Priester den Eid leisten würden. Es war die letzte Frage. die an das Königthum gestellt ward, ob es sich mit der neuen Ordnung der Dinge verbinden wolle oder nicht. Der König aber schlug diese Aufforderung, ein staatsbürgerliches Königthum anzunehmen, aus. Er interponirte beiden Decreten sein Veto. Und von jetzt an war für die nach dem neuen Besitze sich hindrängende Klasse der Gesellschaft kein anderes Mittel auf Erfolg, als der Sturz des Königthums.

Es folgte nun die Absetzung des Königs.

Jetzt wurden die beiden Decrete über die Priester und die Emigrirten ausgeführt, die Güter des Adels eingezogen und veräussert, 4000 Priester deportirt, der 23. September für die Convocation der neuen Versammlung bestimmt, und der König gefangen nach dem Temple gebracht. Das war die berühmte Nacht des 10. August 1792. Wie der 4. August 1789 nur die Ideen der staatsbürgerlichen Gesellschaft zur Erfüllung brachte, so erfüllte diese Nacht die Ideen der Republikaner; das Königthum war gestürzt, und der nun folgende Process des Fürsten und sein Tod waren ohne weitere Bedeutung für die Geschichte der Gesellschaft.

Durch jene Gesetze war der Grund gelegt zu denjenigen agrarischen Verhältnissen, die wir in Frankreich heute noch haben. Es entstand das Kleinbauernthum. Dieses war zunächst interessirt, das durch die Revolution Gewonnene sich zu sichern. Deshalb kämpften die Soldaten der Republik so begeistert für dieselbe, da sie, unterlag die Republik, fürchten mussten, den jungen Besitz an die alten Herren abzugeben.

Als die Bourbonen zurückkamen, war es unmöglich, die alten Besitzer wieder in den ursprünglichen Besitz einzusetzen, und die ihnen gewährte Milliarde war vielleicht nur das einjährige Einkommen dessen, was die confiscirten Güter zur Zeit der Entschädigung brachten.

Den Conservativen Deutschlands mag dies eine Warnung sein. Sie mögen mich nicht verkennen: Ich rechtfertige nicht, was die

Revolution that, allein auch bei uns wird Aehnliches geschehen, wenn sie sich nicht auf die Bahn der Reform auch der Grundbesitzverhältnisse von uns, den Socialconservativen, leiten lassen, wie sich der französische Adel nicht von Turgot leiten liess.

In dem freien Bauernstande hat Frankreich heute noch ein conservatives Element, das zeitweise eine feste und ruhige Regierung möglich macht. Allein seit einigen Jahrzehnten leidet dies Element, da es aus der Feudalherrschaft unter die Capitalherrschaft gelangt ist. Doch davon später.

Wir haben nun noch zu betrachten, was in der städtischen Gesellschaft vorging, während die ländliche Gesellschaft durch die Revolution so gründlich geändert wurde. Der Gegensatz zwischen Capital und Arbeit, der sich auf dem Lande eigentlich erst jetzt fühlbar macht, trat hier schon früher ein, doch Anfangs sehr vereinzelt gefühlt.

Turgot, dieser grosse Mann, den sein Streben und sein Wissen so hoch über seine Standesgenossen stellt, war auch der erste Mann, der in Frankreich das natürliche Recht der Arbeit verkündete. Auch folgte anfangs Ludwig XVI. seinem Rath. Unter umständlicher Entwicklung der ökonomischen Doctrinen wurden 1776 sämmtliche handwerksrechtliche Corporationen aufgehoben. Allein nach Turgot's Entlassung trat der alte Zustand wieder in Geltung.

Die Revolution hob alle Zünfte definitiv auf.

Engländer sagt in dem genannten Werk, dem ich bezüglich der Associationen von vor 1848 folge, ungefähr:

Der erste Eindruck, den die ungewohnte, freie, unermessliche Aussicht auf den erstaunten Arbeiter machte, rief Jubel über seine Selbständigkeit und Freiheit hervor.

Nicht bloss die bisherige Organisation mit ihrem geschlossenen Kastensystem von Meistern, Gesellen und Lehrlingen war abgeschafft, sondern auch die sociale Stellung des Arbeiters war in unerhörter Weise gehoben.

Bis zur Revolution hat in dem 18. sogenannten philosophischen Jahrhundert die grösste Verachtung gegen die arbeitende Klasse geherrscht. Rousseau allein hatte mehrere Male mit Liebe von den Handwerkern gesprochen; aber die Encyclopädisten, Diderot an der Spitze, waren jeder Berührung mit dem Volke ausgewichen und hatten sich mit dem Adel anstatt mit den Arbeitern verbrüdert. Seit der Revolution haben sich diese Zustände ganz geändert, die Blouse ist durch die allgemeinen politischen Verhältnisse zu den höchsten Ehren gekommen und die Arbeit wird in dem Masse mehr geachtet, als sie zu einem grösseren Bedürfniss wird.

Zwar ist, wie wir sehen werden, das politische Recht am Besitz gebunden, allein Besitz war leicht zu erlangen, auf dem Lande Grundbesitz, wie wir gesehen, und durch die Industrie war damals auch dem Fleissigen und Intelligenten es möglich, Capital zu erwerben, und zwar nicht, wie heute, ausnahmsweise, sondern durch-

schnittlich. Wo das aber der Fall ist, wird das Capital vom Arbeiter nicht gehasst, sondern durch Arbeit gesucht. — Solche Zustände gilt es auch heute wieder zu schaffen. Wer verdammt ist, stets zu arbeiten für den Lebensunterhalt, der ruft: Weg mit dem Capital!

Zwar entstand anfangs Noth genug unter den Arbeitern der grossen Städte. Die Nationalversammlung errichtete deshalb 1790 National-Werkstätten, in denen der Arbeiter an eine gemeinsame Arbeit, die von den bisherigen Bedingungen der Arbeit ganz abwich, gewöhnt ward. 15,000,000 Francs wurden von der Nationalversammlung, welche die Aufhebung des Elends decretiren zu können wähnte, und in deren ökonomischem System das Almosengeben die erste Stelle einnahm, für diesen Zweck votirt. — Jedes Departement erhielt ausserdem 30,000 Francs als Aufmunterung zur Nachahmung dieser Einrichtungen. Bald strömten Arbeiter aus allen Departements nach Paris, um dieses maskirte Almosen in Empfang zu nehmen. Niemand wurde zurückgewiesen, nicht einmal Jene, die gar nicht arbeiten konnten.

Die grosse Menge der Arbeiter veranlasste manche Unruhen in Paris, und Lafayette musste sich einmal in eins dieser Atelier de Charité, in dem 17,000 Arbeiter sich widerspenstig gezeigt hatten, begeben, um diese zu beschwichtigen.

Das Gesetz vom 24. Vendemiaire des Jahres XII regelte später diese Ateliers de Charité, und die Verpflichtung des Staates, den brodlosen Arbeitern Arbeit zu geben, musste sowohl in die Constitution von 1791 als in die von 1793 aufgenommen werden.

Obschon aber in dem Rechte auf Arbeit der vollständige Keim einer socialen Revolution liegt, und dann auch die Februar-Revolution diese Formel als Mutter-Idee der Befreiung des Arbeiters erneuert hat, so behielt dennoch die erste französiche Revolution einen ausschliesslich politischen Charakter. Mit Ausnahme von mehreren Arbeiter-Coalitionen, bei denen sich Tausende auf öffentlichen Plätzen zusammenrotteten und ihre Kameraden aus den Werkstätten verjagten, bis ihnen ein höherer Tageslohn zugestanden wurde, findet man kein gemeinsames Auftreten und keine socialistische Tendenz unter der Masse der Arbeiter.

Der Krieg, in den Frankreich mit fast allen Nachbarstaaten gerieth, ruinirte die alte Industrie, welche Europa mit Luxuswaaren versorgt hatte. Dagegen entstand nun eine neue. Auf ihren Trümmern bemächtigten sich die Arbeiter, welche bisher in den Fabriken angestellt waren, der aufgegebenen Geschäftsverbindung derselben, stellten sich an die Spitze vieler neuen industriellen Unternehmungen, brachten die Hoffnungen und die Kraft der Befreiten in dieselben mit, und retteten dadurch die französische Industrie, deren bisherige Chefs dieselbe aufgegeben hatten.

So wie der Territorialbesitz durch den Verkauf der Nationalgüter in die Hände der Proletarier kommt, und in manchen Dörfern oder kleinen Provinzen die armen Leute, die bisher garnichts besessen hatten, sich associiren und gemeinschaftlich grosse Län-

derstrecken ankaufen, die sie sodann unter sich vertheilen, — ebenso wurden in den Städten arme rechtlose, fast durchgehends zu lebenslänglicher Dienstbarkeit verurtheilte Arbeiter Directoren grosser Fabriken. So kam es, dass trotz der Störungen, welche die Revolution herbeiführte, die Production sich in jeder Richtung unendlich vermehren und die erhöhte Gesellschaftsthätigkeit einen grösseren Nationalwohlstand vorbereiten konnte.

Die Arbeiter fühlten sich von der Hoffnung belebt, dass sie nun nicht mehr wie Maschinen exploitirt werden konnten, und dass die Zeit ihrer Emancipation gekommen sei. Der Arbeiter wurde zum Bürger. Der Genius der Industrie und der befreiten Arbeit strahlte über Frankreich, und die Geister, die bisher durch Hemmnisse aller Art gebunden waren, konnten nun ungehindert sich geltend machen.

Hier zeigt sich nun, wie bei Abschliessung eines Landes vom Auslande die Lebenskraft eines Volkes eine Industrie schafft.

Russland und Amerika schliessen sich künstlich durch den Schutzzoll ab, um eine nationale Industrie zu schaffen, wie List und Carey es gelehrt haben. Die französische Republik war durch Krieg von den Nachbarstaaten abgeschlossen und die Bedürfnisse dieses Krieges, sowie des Volksconsums erzeugten bald eine blühende Industrie. Wir werden sehen, dass Napoleon I. mit seinem Continentalsperr-System Aehnliches wollte.

Die Aera der industriellen Erfindungen begann in Frankreich.

Vor der Revolution war keine Erfindung privilegirt worden, und gerade dadurch blieben die Erfindungen oft ein Monopol, weil die Vorgänge unbekannt blieben und mit dem Tode des Erfinders wieder verschwanden. Durch die Gesetze vom 7. Januar und 25. Mai 1791, welche die industriellen Privilegien, die höchstens auf 15 Jahre verliehen werden können, in's Leben gerufen, wurde der Erfindungsgeist angestachelt, und die Arbeiter erhielten trotzdem die Bürgschaft, dass jede Erfindung nach einer kurzen Zeit ein Gemeingut werden musste.

Der Aufschwung, welchen die Industrie nahm, war ungeheuer, und die Republik feierte 1799 den Sieg der nationalen Industrie in der ersten Industrieausstellung, welche die Welt gesehen.

Die erste Fabrikgesetzgebung wurde 1799 ins Auge gefasst.

Der Minister des Innern ernannte zu diesem Behufe ein Comité, und Costaz legte einen Entwurf vor, in welchem zum ersten Male der Versuch einer allgemeinen industriellen Gesetzgebung gemacht wurde, die von den bisherigen kleinlichen Bestimmungen ganz und gar abwich. Costaz, der mit Molard und Conté auch das Conservatoire des Arts et Métiers und einige Zeit hierauf mit Chaptal die Societé d'encouragement begründete, konnte hier seinen ganzen praktischen Verstand geltend machen. Ihm verdankte man auch das einige Zeit hernach erlassene Gesetz vom 22. Germinal des Jahres XI, das allgemeine Vorschriften über das Verhältniss der Lehrlinge, Arbeiterwerkstätten etc.

feststellt, und Kammern, welche in Streitfällen zwischen Arbeitern und Meistern entscheiden sollten, einführte.

Prämien wurden denjenigen Fabrikanten zuerkannt, welche sich der in England neuerfundenen Maschinen für Spinnereien bedienten. Die Arbeiter wurden mit grossen Geldopfern in den Stand gesetzt, diese und andere neue Maschinen zu benutzen. Nützliche Erfindungen wurden von der Regierung angekauft, um sie sofort zum Gemeingut zu machen. Die besten neusten Methoden wurden den Werkstätten mitgetheilt, die Vorurtheile gegen die industrielle Arbeit schwanden und Männer aus den höchsten Ständen wandten ihre Wirksamkeit derselben zu.

Nun geschah es allerdings, dass fleissige und arbeitsame Arbeiter massenhaft zu Wohlstand kamen, allein bald trat ein Concurrent für die menschlichen Arbeiter überhaupt auf, die Dampfmaschine, dieser „Blutsverwandte und Vetter der französischen Revolution", wie sie Engländer in „die Arbeiter-Association in Frankreich", dem ich hier gefolgt bin, nennt. In ihrem Gefolge kam die Macht des Capitals über den Arbeiter und die Arbeit, und hier stellt sich nun der Widerspruch ein in den industriellen Bestandtheilen des dritten Standes.

„Nachdem die Arbeit befreit war," sagt Engländer, „hatte der Arbeiter kaum einige Schritte gemacht, und das Leitseil, an dem sein Meister ihn bisher geführt hatte, abgeschnitten, und die Reglements, die seine Thätigkeit niedergedrückt hatten, abgeschüttelt, als er neben sich zwei schreckliche Gespenster langsam immer höher und höher aufsteigen, immer fürchterlicher und fürchterlicher ihn anstarren sah. Er wurde von einer Furcht und Angst erfüllt, die er in seinem frühern engen Kreise nicht gekannt hatte. Diese beiden Gespenster, welche neben dem Arbeiter von dem Augenblicke an erschienen, in dem die Freiheit der Arbeit verkündigt worden war, diese beiden Gespenster, die ihn noch jetzt erschrecken, obschon gerade sie der Segen der Arbeit sind oder werden können, heissen Capital und Maschinen. Um diesen Schreckensbildern zu entrinnen, verfiel der Arbeiterstand auf seltsame Dinge; er dachte an Communismus, an Recht auf Arbeit und Organisation der Arbeit, an Coalitionen, Bestimmung des Arbeitslohns, Associationen und politische Umwälzungen, um sich zu retten. Die Arbeit, welche künftig die Welt beherrschen soll, ist eine Macht, welche noch nicht für sich Platz gefunden hat, sie steht noch ausserhalb des Staates als eine ernste Betrachterin der officiellen Verhältnisse, welche sie umzugestalten hat. Die Bourgeoisie, welche lange Zeit allein die Trägerin der Cultur war, und noch immer im Fortschreiten lebt, war nicht im Stande, die alte Welt vollständig aufzulösen, sie hat der Aristokratie die Krämerei entgegengesetzt und den Feudalismus in Düten stecken wollen. Sie hat trotz ihrer unsterblichen Kämpfe und Verdienste doch kein neues geschichtliches Princip realisirt, sondern die alte feudale Welt bloss verwässert, nüchtern, platt und principlos gemacht, da sie die grossen Ideen der ersten Revolution, für die sie

geblutet, nicht ins Leben rufen konnte, so ist sie in der Ordnung und Reaction, der Furcht der Blinden vor jeder Bewegung erstarrt und eingefroren."

Die Arbeiter, soweit sie sich ihrer Schutzlosigkeit gegen das Capital damals schon bewusst wurden, verfielen auf die Idee der Coalition und Association.

Einen der interessantesten Abschnitte der neuesten Geschichte der Arbeiter Frankreichs bilden ihre Bemühungen, durch industrielle Associationen sich unabhängig zu machen. Dieselben spiegeln nicht nur den Geist des französischen Arbeiterstandes überhaupt, sondern auch die Einflüsse ab, welche alle socialistischen Secten auf denselben geübt haben. Sämmtliche socialistische Systeme beschäftigen sich nämlich von jeher mit zwei Hauptfragen: wie die Production und wie die Consumtion zu organisiren sei. Das Princip der Association gehört keiner einzelnen socialistischen Schule an, sondern ist von jeher die Waffe aller Socialisten gewesen. Die Association und mit ihr die Frage nach der Vertheilung des Arbeitsertrages hat alle französischen Socialisten beschäftigt.

Die Arbeiterassociation, wie sie sich historisch entwickelt hat, unterscheidet sich wesentlich von der commerziellen Association, mit der sie nur das gemein hat, dass eine bestimmte Anzahl von Personen sich vereinigen, um gemeinschaftlich eine gewisse Industrie auszubeuten und den Gewinn unter sich zu vertheilen. Die Arbeiterassociation hat sich in Frankreich eine weit höhere Aufgabe gestellt. Sie will nicht so sehr Arbeiterassociation als Arbeitergesellschaft werden. Es liegt in ihr ein sociales Element, und es ist bedeutsam, dass alle Verträge zur Begründung von Arbeiterassociationen ausdrücklich feststellten, dass die Association nicht bloss zum Besten der Begründer derselben ins Leben gerufen worden sei, sondern zur Befreiung des gesammten Arbeiterstandes beitragen solle. Die Arbeiterassociation, wie sie seit 1831 in Frankreich aufgefasst wird, darf nicht den ganzen Gewinn der gemeinschaftlichen Arbeit unter die Mitglieder vertheilen, wie dies bei gewöhnlichen industriellen Compagnien der Fall ist. Jede Arbeiterassociation hat vielmehr in ihrem Statut einen Artikel, demzufolge ausser dem Reservefond, welcher für den Fall gebildet wird, dass die Gesellschaft Verluste erleiden sollte, gewisse Procente des Gewinns als collectives Ersparniss und gemeinschaftliches, untheilbares Eigenthum zurückgelegt werden müssen. Die Arbeiterassociation unterscheidet sich auch darin von den gewöhnlichen commerziellen Compagnien, dass sie nicht für eine bestimmte Anzahl von Jahren begründet ist, sondern sich als permanent bestehend erklärt, ferner darin, dass sie nicht auf eine gewisse Anzahl von Mitgliedern beschränkt ist, sondern dieselbe fortwährend vermehren kann, und endlich darin, dass das erwähnte untheilbare Capital der Association als solche aber nicht den Associirten als Personen gehört. Die Association hört durch den Tod oder den Rücktritt der Begründer nicht auf, und weder

zurücktretende Mitglieder noch deren Erben können auf einen Theil des untheilbaren Capitals, das durch zurückgelegte Procente gebildet wurde, einen Anspruch erheben. Dieser gemeinsame Fond führt stets in den Begründungsakten den Namen des untheilbaren Capitals und soll verhindern, dass, wenn in einer späteren Epoche andere Arbeiter eine Association begründen wollen, sie mit ähnlichen Hindernissen zu kämpfen haben mögen. Es wird ferner bestimmt, dass jeder Associirte, was auch immer die Zeit seines Eintritts in die Association sein mag, einen gleichen Anspruch auf die unentgeltliche Benutzung des Geschäftscapitals, soweit dasselbe in Arbeitswerkzeugen u. s. w. besteht, besitzt. Wem fällt da nicht das Gleichniss des Evangeliums ein von den Arbeitern, welche, zu verschiedenen Stunden in Arbeit getreten, vom Herrn denselben Lohn empfingen? Die Associirten können sich daher nach und nach erneuen und das untheilbare Capital, das sich fortwährend vermehrt, kann einer Generation nach der anderen dienen. Jede Association kann nach und nach die Mehrzahl derselben Professionen in sich aufnehmen, darf aber andere Personen bloss ausnahmsweise als bezahlte Arbeiter beschäftigen. Jeder Arbeiter soll nach seiner Arbeit vom Gewinn belohnt werden. Die Association ist auch nicht eine Vereinigung kleiner Capitalien, sondern sie muss als eine Vereinigung von Arbeitern aufgefasst werden, welche auf einen Theil ihres Gewinnes zu Gunsten der zukünftigen Befreiung des Arbeiterstandes Verzicht leisten, und hierdurch ein Capital begründen, das der Arbeit selbst angehören, in Geld, Fabriken, Werkzeugen, Häusern u. s. w. bestehen, aber nie von einzelnen Arbeitern in Anspruch genommen werden darf. Fast alle Begründungsurkunden der Arbeiterassociationen, die sich in Frankreich gebildet haben, bestimmen, dass jedes Jahr der siebente Theil des gemeinschaftlichen Gewinnes zu diesem untheilbaren Fond der Gesellschaft hinzugefügt werden müsse, und dass kein Associirter, selbst bei Auflösung der Gesellschaft, die Theilung dieses Fonds beanspruchen könne. Für den Fall, dass sich die Association auflösen und sich binnen zwei Monaten eine neue Association bilden sollte, welche mindestens aus der Hälfte der früheren Mitglieder bestände, bestimmen die Statuten, dass der untheilbare Fond der neuen Gesellschaft angehören müsse. Ausserdem ist festgesetzt, dass, falls eine neue Association sich binnen der erwähnten Frist nicht bilden sollte, das untheilbare Capital den Gemeindebehörden übergeben werden müsse.

Die Idee der Arbeiterassociation ist daher, sagt Engländer, etwas Erhabenes. Das untheilbare Capital ist gleichsam das Blut, das die Arbeiterassociation für die Befreiung der Arbeiter vergiesst. Es ist erhaben, die ererbte Staats- und Gesellschaftsform nicht als eine Art Naturnothwendigkeit, nicht als eine unwandelbare Institution zu betrachten, sondern an deren Verbesserung zu denken. Es ist noch erhabener, wenn diese Reformversuche von den armen ungebildeten Arbeitern ausgehen und sich nicht durch blosses Zerstören des Bestehenden, sondern durch gedankenvolles

und mit Selbstaufopferung verbundenes Streben äussern. So weit ist die Geschichte der Arbeiterassociation in Frankreich eine Geschichte der Tugend, der menschlichen Würde, der Brüderlichkeit und Barmherzigkeit, und man erblickt in ihr mehr als einen Gedanken der Zukunft. Der Arbeiter, welcher im Namen seiner Brüder nach der Februar-Revolution im Hôtel de Ville zur provisorischen Regierung sagte: „Der Arbeiter verzeiht Euch drei Monate Elend“, war bloss ein Repräsentant der Tausende von Arbeitern, welche wirklich das Elend mit Fassung ertrugen, um Zeit für die Lösung des socialen Problems zu geben.

Natürlich trat die Idee der Arbeiterassociation nicht sofort mit ihrer ganzen Reinheit und Vollendung auf, allein die ersten Versuche mit Arbeiterassociationen wurden von den Arbeitern selbst und schon zu Anfang der Revolution gemacht. Allein sie kamen nicht zur Entwicklung, denn schon fühlte sich die Klasse der Capitalisten im socialen befreiten dritten Stande und riss an sich die Herrschaft über die Capitallehre. Freilich, Königthum und Adel waren unterlegen.

Liberté, égalité, fraternité! waren proclamirt. Alles das sah sich in der Theorie ganz hübsch an, aber in der Praxis war es leider ganz anders. Das Volk, das in Gemeinschaft die Bastille gestürmt, das Königthum gestürzt, war vor dem Gesetze, das der bürgerliche Herr fabricirt, nicht gleich. Kaum sassen die ehemaligen Gemeinen Frankreichs auf den Stühlen der Aristokratie, da kamen schon Massregeln. Schatzungen, Wahl- und Pressgesetze gegen Nichtbesitzende. Die Wahlfähigkeit war auf so und so viele Franken Steuern beschränkt.

So blieb die politische égalité bis 1848 eine Illusion.

Die liberté hatte in socialer Beziehung die Wirkung der Zerstörung der alten corporations.

Sehr bald sahen die Arbeiter ein, dass diese zwar sehr beschränkend gewesen, aber doch auch manchen nützlichen Schutz gewährt hatten. Schon seit 1791 suchten sie allgemeine Coalitionen nach Hankwerken zu gründen.

Das „Atelier“ vom Jahre 1843 sagt hierüber: „Es giebt bei allen Arbeitern, welche eine Organisation besitzen, sie sei auch noch so unvollkommen, die feste Ueberzeugung ihrer moralischen Ueberlegenheit über ihre durch den Egoismus isolirten Brüder, isolirt durch ein schlecht verstandenes Interesse.“

Also suchten die von den Corporations befreiten Arbeiter in Gewerkscoalitionen diese neue Organisation. Der Staat hätte diese Bildung lieben müssen, — wie er es heute in Deutschland thun sollte, er that es nicht. Er unterdrückte sie, wozu man heute in Deutschland hie und da auch Lust hat.

Schon 1791, im 3. Jahre der Revolution, erschien eine Verordnung, in welcher es hiess: „Es ist gegen die französische Constitution, wenn sich Stände und Professionen vereinigen und ist daher verboten, dass sich solche Körperschaften, zu welchem Zwecke es auch immer sein möge, verbinden.“ Ein anderer

Artikel erklärt es als Staatsverbrechen, wenn Professionisten oder im Allgemeinen Arbeiter sich verabreden über gewisse ihr Geschäft betreffende Einrichtungen. — Da haben wir ein französisches Verschwörungsgesetz (Conspiracy law), da haben wir die Bourgeoisie: sie sass noch mitten in der Verschwörung als Jakobiner, Girondisten u. s. w., aber sie verbot den unter ihnen Stehenden, den ganz Besitzlosen, sich um ihr nächstes Interesse zu kümmern; es soll Staatsverbrechen sein, wenn die Arbeiter sich besprechen und verbinden, Verbesserungen in ihrem Gewerbe einzuführen.

Die Arbeiter von Frankreich hatten durch die Revolution das Associationsrecht miterobert; es sollte für Alle sein, wozu denn die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit? So verstand es die Bourgeoisie nicht. Das Decret vom 14. Juni 1791 erklärt alle Arbeitercoalitionen für ein „Attentat auf die Freiheit und die Erklärung der Menschenrechte", strafbar mit 500 Livres nebst einjähriger Entziehung der activen Bürgerrechte.

Die Freiheit und die Menschenrechte, die das ganze französische Volk eroberten, waren also nur für die bürgerliche, die besitzende Klasse, welche eben noch im Begriff war, das feudale, das adelige Eigenthum zu expropriiren und zu annectiren.

Das Gesetz gegen die Coalition der Arbeiter, welches den Concurrenzkampf zwischen Capital und Arbeit staatspolizeilich innerhalb der dem Capital bequemen Schranken einzwängt, überlebte Revolution und Dynastiewechsel.

Selbst die sog. Schreckensregierung, in welcher die Radikalsten der radikalen Bourgeoisie am Ruder waren, liess es unangetastet, und erst in letzter Zeit wurde es aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Sehr charakteristisch für das freiheitsbegeisterte Capitalistenthum.

Chapelier, der Berichterstatter des Convents über obiges Gesetz, sagte: „Obgleich es wünschenswerth ist, dass der Arbeitslohn höher steige, als er jetzt steht, damit der, der ihn empfängt, ausserhalb der absoluten Abhängigkeit sei, welche die Entbehrung der nothwendigen Lebensmittel erzeugt und welche fast die Abhängigkeit der Sclaverei ist, dürfen dennoch die Arbeiter sich nicht über ihre Interessen verständigen, gemeinsam handeln und dadurch ihre absolute Abhängigkeit, welche fast die Sclaverei ist, mässigen, weil sie dadurch die Freiheit der jetzigen Unternehmer verletzen, und weil eine Vereinigung der Arbeiter gegen den Despotismus ihrer Meister eine Herstellung der durch die französische Constitution abgeschafften Corporationen ist."

Sie hatte schon vergessen, was sie eben dem Adel angethan, diese Bourgeoisie. Sie unterdrückte. Sie erntete dafür — die Geheimbündelei, die Verschwörung.

Auch diese wurde unterdrückt. Baboeuf und seiner Anhänger Häupter fielen unter der Guillotine schon 1796.

Arbeiterverbindungen existirten nun im Geheimen unter dem Namen „Compagnonnage" bis 1830 hin.

Unter dem Kaiserthum wurde der Ruf nach Organisation der Arbeit von anderer Seite laut. Die Kleinmeister erhoben ihn und nicht ohne einen Anschein von Erfolg. Im Jahre 1812 waren die Pariser Meister soweit gelangt, dass der Staatsrath unter Vorsitz des Kaisers beschloss, die handwerksrechtlichen Corporationen wieder herzustellen, ein wenig bekanntes oder eigentlich ganz unbekanntes Factum. Es kam aber der russische Feldzug und so vieles andere Kriegshandwerk dazwischen, dass die Sache des Friedenshandwerks gar nicht mehr beachtet wurde. Nach der Rückkehr der Bourbonen erneuerten die Meister ihre Anstrengungen; und es fand eine Reihe von Verhandlungen statt, bei denen die Meister mit sachlichen Gründen, ihre Gegner aber, die Handelskammern, mit ökonomisch-doctrinären Phrasen ihre Sache verfochten. Dieser Streit dauerte bis 1824. Die Meister hatten es in ihren Eingaben dem König vorhergesagt, dass das Resultat des herrschenden Systems die Revolution sein werde, wurden aber natürlich mit Achselzucken abgewiesen. 1830 gab dann die desorganisirte Masse die praktische Illustration zu den Vorstellungen der Meister.

Gegen die Arbeitercoalitionen war das erste Kaiserthum so strenge wie die Republik. Der Code Napoleon bestrafte jede Coalition der Arbeiter — für die Einstellung von Arbeiten, um eine Erhöhung des Arbeitslohnes zu erlangen — mit fünfjähriger Gefängnissstrafe und fünfjähriger polizeilicher Aufsicht, während eine Coalition der Meister, um den Arbeitslohn herabzudrücken, bloss mit Gefängniss von sechs Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 200—3000 Frcs. bedroht wurde, und auch dies bloss, falls der Richter in dem Benehmen der Meister eine Ungerechtigkeit und einen Missbrauch erblickt.

Jedes Gewerbe wurde einem Reglement unterworfen, und musste eine vorläufige Autorisation einholen. Durch die Einsetzung der Conseils des Prudhommes 1809 suchte Napoleon eine Organisation der Industrie herzustellen. Schon am 1. December 1803 wurde das durch die Revolution abgeschaffte Wanderbuch (Livret) wieder eingeführt. Auch Reglements für die Industrie im Sinne des alten Merkantilstaates wurden erlassen zur Ordnung der Industrie, welche mittelst des Systems der Continentalsperre treibhausartig gezüchtet wurde. Die Präventiv-Reglements wurden für alle Gewerbe eingeführt. Die Centralisation wurde auf dem Gebiet der Industrie wieder hergestellt und durch Schaffung der Bank von Frankreich auch bezüglich der finanziellen Seite durchgeführt.

Schon unter der Republik, als plötzlich die Eheschliessung der Arbeiter frei wurde, entstand neben grossem und schnell wechselndem Wohlstande vieler Emporkömmlinge — der Pauperismus.

Wir haben gesehen, dass 1793, während früher, wie es in einer Ordonnanz Heinrich III. hiess, die Arbeit ein „droit royal et domanial“ war, das „Recht auf Arbeit“ proklamirte. Der Con-

vent proklamirte in Consequenz dessen, dass jeder arme Bürger das „Recht auf Unterstützung“ habe. Es wurde ferner gesetzlich bestimmt, dass die Unterstützungen, welche Eltern, die zahlreiche Kinder zu erhalten hatten, oder Kindern, die von ihren Eltern verlassen worden waren, oder Greisen oder Kranken vom Staate zu Theil wurden, als Staatsschuld zu betrachten seien. Alle bestehenden Wohlthätigkeits-Anstalten mussten ihre Activa und Passiva an den Staat übergeben, weil dieser allein die Wohlthätigkeit besorgen müsse. Der Convent befahl, dass ein grosses Buch der öffentlichen Wohlthätigkeit angelegt werde.

Ein Auszug aus diesem Buche sollte den Armen ebenso als ein Rechtstitel für den Empfang von Unterstützung dienen, wie ein Auszug aus dem grossen Buche der Staatsschuld dem Staatsgläubiger einen Anspruch auf die Bezahlung seiner Rente gab. Jedes Jahr sollte ein Nationalfest gefeiert werden, um das Unglück zu ehren, und an diesem Tage sollte das grosse Buch der Wohlthätigkeit öffentlich vorgelesen werden.

Dieses gigantische System der öffentlichen Wohlthätigkeit, eingeführt von einer Regierung, die nicht einmal genügende Geldmittel hatte, um die übrigen Zweige der Verwaltung durchzuführen, und zu einer Zeit, in der äussere und innere Gefahren den Staat bedrohten, konnte natürlich nicht ausgeführt werden. Aber man that doch so, als geschähe es.

Es lag in dem centralistischen System Napoleons, dass er auch die Armenpflege — ein anderes Mittel, die in ihrem Keime sich entwickelnde sociale Frage unserer Zeit zu lösen, kannte er nicht — im Sinne des Convents von Staatswegen ordnen wollte; es lag in seinem despotischen Charakter, dass er glaubte, das Elend durch Decret abschaffen zu können. Aehnlich wie Franz Joseph glaubte, die Staatsbilanz durch das merkwürdige Wort herstellen zu können, das so viel belacht ist: „Das Deficit soll aufhören!“

Napoleon befahl seinen Ministern, einen Plan auszuarbeiten, dessen Ausführung das Elend und die Bettelei in ganz Frankreich auf einmal verschwinden machen sollte. Es ging ihm, dieser Frage gegenüber, wie Personen, die bloss an das Greifbare, Positive, an Dasjenige, was mathematisch berechnet, vorausgesetzt und begriffen werden kann, glauben, und plötzlich, wenn sie das ganze Weltall auf diese Weise überwunden zu haben wähnen, in ihrem Lebensgange auf ein Phänomen stossen, das ihr Verstand nicht zurecht legen kann, das sie nicht abzuleugnen vermögen, aber das sich gegen alle Gesetze der Natur stemmt, und in dem sie eine dämonische Macht erkennen, welche sie verwirrt und stutzig macht. Es ging ihm gerade so wie Demjenigen, der plötzlich, nachdem er sein ganzes Leben hindurch Clairvoiyance oder Geistererscheinungen und dergleichen verspottet hat, durch eine Thatsache, die er selbst wahrnimmt, in seinem Leugnen irre gemacht wird.

Auch der Kaiser Napoleon, der die politische Welt Europas knutete, dessen Decreten kein Thron widerstand, dem seine Armeen

das Gefühl der Allmacht gaben, stand plötzlich überrascht vor dem Problem des Elends — dem Gespenst des 19. Jahrhunderts. — Er hieb mit seinem Degen nach diesem Gespenst, aber er fühlte, dass er bloss Luft durchschnitt und dass er dasselbe auf eine ganz andere Weise bekämpfen müsse.

Napoleon hatte die Gewohnheit, zu sagen: „Es giebt nichts, was man nicht mit einer starken Armee durchsetzen könnte.“

Er wollte daher auch das Elend gewaltsam aus Frankreich verbannen. Bis zum Ende seines Lebens war er mit dem Eigensinn des Despoten bemüht, eine dictatorische Lösung der socialen Frage durchzusetzen. Als seine Minister ihm den verlangten Plan zur augenblicklichen und totalen Ausrottung des Elends nicht vorlegen konnten, wurde er ungeduldig wie ein Kind, das nach dem Himmel greift, und ihn nicht fassen kann. Er schrieb an seinen Minister des Innern, Crétet, einen Brief, datirt vom 24. November 1807, worin er ihm befahl, „binnen einem Monat das Elend in Frankreich auszurotten!“ Man staunt darüber, wie wenig Napoleon die Ungeheuerlichkeit dieser Sphynx begriff, so wie er denn auch die Kraft des Dampfes nicht begreifen konnte. Man staunt über seine Verblendung, wenn man in diesem Briefe liest: „Man muss nicht über diese Erde gehen, ohne Spuren hinter sich zurück zu lassen, die unser Andenken der Nachwelt theuer machen. Verlangen Sie nicht wieder drei oder vier Monate Frist, um Nachforschungen anstellen zu können. Sie haben junge Auditoren, intelligente Präfecten, unterrichtete Ingenieurs zu Ihrer Verfügung. Lassen Sie alle diese Leute rennen und schlafen Sie nicht in dem gewöhnlichen Schneckengange der Bureaukratie ein!“

Der Minister gehorchte. Das Gesetz vom 5. Juli 1807 erklärte das Elend für ein Verbrechen und glaubte, es damit abgeschafft zu haben. Die Arbeit sei eine Pflicht, und wer nicht zu arbeiten im Stande sei, müsse vom Staat unterstützt werden. Es wurden daher 59 neue Armenhäuser, welche 22,550 Arme aufnehmen konnten, zu den bereits bestehenden Depôts de Mendicité hinzugefügt. Die Behörden machten es wie Potemkin mit der Kaiserin Catharina. Sie versteckten das Elend hinter schönen Theater-Decorationen.

Bettler, Vagabonden, öffentliche Mädchen, sowie kranke, alte arbeitsunfähige Personen, krätzige und epileptische Leute, mit einem Worte: Alles, was auf den Strassen dem Auge unangenehm sein konnte, wurde in diese Häuser gesteckt, welche zugleich Spitäler, Gefängnisse, Besserungs-Anstalten, Armenhäuser und Rumpelkammern für alle unbrauchbaren Individuen waren.

Die Schmeicheleien, welche Noailles du Gard, Mitglied des gesetzgebenden Körpers, in seinem Berichte über die Abschaffung des Elends durch den Kaiser dem Letzteren sagte, enthielten unter Anderem die Stelle: „Ewige Dankbarkeit muss der Wohlthätigkeit des Helden gezollt werden, welcher der Armuth eine Zufluchtsstätte verschafft und das Elend aufgehoben hat! Von nun an werden die Waisen nicht mehr verlassen sein, die dürftigen Fa-

milien werden nicht mehr nach Hülfe schmachten und die Arbeitslosigkeit wird aufhören! Unsere Schritte werden nicht mehr durch den ekelhaften Anblick der Krankheiten und des Elends aufgehalten werden!"

In diesen Workhouses wurde das Elend — versteckt. Aber das genügte nicht, und so wurde er schon gezwungen, wie die alten Cäsaren Roms, panem et circenses selbst dem Volke zu schaffen. Das Brod schuf er durch öffentliche Arbeiten, den circenses unterschob er — dem Kriegsruhm. Sein Neffe hat diese napoleonische Idee gehorsam weiter befolgt.

Um den Arbeitern Beschäftigung zu geben, war Napoleon I. schon genöthigt, alle möglichen öffentlichen Arbeiten anzuordnen.

Die kaiserlichen Schlösser wurden in allen ihren Theilen restaurirt, deren Geräthschaften durch moderne Möbeln ersetzt, die öffentlichen Strassen und Landwege mit ungeheuren Kosten verbessert, unzählige öffentliche Bauwerke, Wasserleitungen, Brunnen, Quais, Kirchen u. s. w. namentlich in Paris errichtet, und die Künste durch Bestellungen bei den Künstlern, Errichtung von Schulen und öffentliche Preise gepflegt. So wie das zweite, so musste auch das erste Kaiserthum künstlich die Production des Landes aufrecht erhalten und gleichsam eine falsche Dividende des socialen Capitals auszahlen. Der Glaube an die natürliche Blüthe der nationalen Industrie ward dadurch hervorgerufen, dass fortwährend Arbeiten aus der Staatskasse bezahlt wurden.

Napoleon I. war klüger als manche Monarchen nach ihm. Nie verlor er bei seinen Kriegen die Lage des arbeitenden Volkes aus den Augen — wie sein Neffe auch nicht. Als er von Moskau zurückkehrte, war sein Erstes, den Baron Pasquier, der damals sein Polizei-Präfect war, zu beauftragen, ihm einen Bericht über den Zustand der Arbeiter in Paris abzustatten.

Baron Pasquier richtete sogleich einen vertraulichen Brief an den Kaiser, in dem es hiess: „In der Vorstadt St. Antonie und den angrenzenden Stadttheilen giebt es Arbeiter, welche in die Läden treten und „Arbeit oder Brod" fordern. Die Geister erhitzten sich, und am hellen Tage werden Plakate gegen den Kaiser angeschlagen. Ich glaube, dass die Verhaftung der ärgsten Rädelsführer ein gefährliches und ohnmächtiges Mittel wäre. Es wäre besser, die Commissaire der Wohlthätigkeitsbüreaux zu autorisiren, die Vertheilung von Almosen zu verdoppeln oder zu verdreifachen, und sie auf Jene auszudehnen, welche en garni wohnen, ja sogar auf Jene, die gar keine Wohnung haben. Aber Alles dies muss geschehen, ohne Aufsehen zu erregen."

Gleichzeitig übergab Baron Pasquier dem Kaiser eine Statistik aller Arbeiter von Paris, welche seitdem ebenso wie der eben erwähnte Bericht bekannt geworden ist, und deren detaillirte Genauigkeit überrascht. Von jedem einzelnen Handwerke wusste Pasquier, wie viele Arbeiter beschäftigt oder brodlos waren, und als Resultat ging daraus hervor, dass die Gesammtbevölkerung von Paris sich damals auf 650,000 Seelen belief, von denen die

Zahl der männlichen 66,850 betrug, und dass 21,950 der letzteren ohne Arbeit waren. Napoleon wollte die Arbeiter bestechen und nahm den Vorschlag Pasquiers, ihnen heimlich Unterstützungen zukommen zu lassen, an.

Aber selbst die ausserordentlich detaillirte Statistik aller Arbeiter von Paris genügte ihm nicht. Er befahl dem Polizei-Präfecten ausserdem noch, ihm einen in alle Details eingehenden Bericht über jene Klassen der Arbeiter zu liefern, welche wahrscheinlich im nächsten Winter ohne Arbeit sein würden. In dem Berichte Pasquiers wurden diejenigen Arbeiter, welche gewöhnlich im Winter Paris verlassen und nach ihren Departements zurückkehren, wie z. B. die Maurer zuerst aufgeführt. Pasquier drückt dann Besorgnisse in Bezug auf die Schlosser und Tischler aus und empfiehlt, gewisse Arbeiten für den Winter im Louvre in Reserve zu halten, um denselben Arbeit zukommen lassen zu können.

Er berechnet, wie viele Schneider, Schuster, Hutmacher u. s. w. wahrscheinlich ohne Arbeit sein werden, und welche Bestellungen das Kriegsministerium im Winter in diesen Gewerbskreisen machen müsse. Auf diese Weise geht er in seinem Bericht in die kleinsten Details über die wahrscheinlichen Zustände aller Professionen von Paris ein. Napoleon befolgte den Rath seines Ministers. Er wusste recht gut, dass man auch mit der besten Armee keinen Krieg führen kann, hungernde und grollende Arbeiter im Rücken lassend — was man heute eben vergessen hat. Auch erreichte er sein Ziel: kein Arbeiteraufstand erschwerte ihm die Regierung. Den Ueberschuss junger Mannschaft beschäftigte er im Kriege, die anderen fanden Beschäftigung und Brod in der Industrie oder ein verstecktes Almosen bei öffentlichen Werken. Ueberall hielt er das Princip der socialen Gleichberechtigung aufrecht. Jeder Soldat konnte Marschall, jeder Arbeiter Industriechef werden. Im Salon galt nur persönliche Tüchtigkeit, nicht der Stammbaum.

Es lässt sich viel gegen Napoleon I. System sagen — aber für einen Monarchen, der Krieg führen musste oder wollte, war es das einzig richtige. Die sociale Frage — und auch die kirchliche wusste er für seine Zeit in angemessener Weise zu ordnen. Er brachte System und Ordnung in die Productionsverhältnisse und schloss den Kirchenstreit. Erst nachdem er dies gethan, hörte der bis dahin nie erlöschende Bürgerkrieg in den Provinzen auf. Es stellte sich die bemerkenswerthe Thatsache hierbei heraus, dass von allen alten Institutionen nur die Kirche die Revolution überdauerte, wie sie sich denn, obschon in ihrem Einfluss sehr geschwächt, bis heute hält. Auch in Deutschland hat sie nach 1848 eine ähnlich beruhigende Action geübt als nach 1801 in Frankreich.

Bezüglich der socialen und kirchlichen Frage hat sich Napoleon I. als ein kluger Staatsmann bewährt, klüger als alle seine Nachfolger. Wenn er schliesslich unterlag, so geschah es bei

Leipzig, nicht in Paris. Napoleon III. aber unterlag am 4. September in Paris, nicht am 2. bei Sedan.

Seine missglückten Versuche, einen Adel zu schaffen, gehören nicht hierher. Man ist auch heute noch nicht von solchen Experimenten zurückgekommen, die gar nichts nutzen und, sofern sie Plutokraten zu Gute kommen, nur eine missliebige Kritik der unteren Klassen hervorrufen, die in solchen Acten Bestätigung des Bündnisses des Königthums mit der Plutokratie sehen.

Napoleon I. hatte, indem er in seiner Weise die religiösen und die materiellen Bedürfnisse des arbeitenden Volkes befriedigte, und durch Festhalten des Princips der socialen Gleichheit, sowie Offenhaltung der Möglichkeit des Emporkommens für den Intelligenten und Fleissigen sowohl in der Industrie als in der Commune und Verwaltung, dieses eigentliche Volk in Ruhe gehalten und konnte seine Pläne ohne Rücksicht auf dasselbe verfolgen. Von dieser Seite drohte ihm keine Gefahr. Aber er hatte, da er alle Gewalt in sich concentrirte, die täglich mächtiger werdende Klasse der Capitalisten, welche nach der Herrschaft im Staat strebte, um die Zügel, mit denen sie schon die Arbeiter lenkten, straffer anziehen zu können, sich entfremdet, und dieselbe war ihm im Herzen gram. Ja, sie wünschte den Alliirten den Sieg und rührte keine Hand für ihn, als seine äusseren Feinde seine einzige Waffe, die Armee, zerbrochen hatten. Das „Volk" aber hatte der Kaiser ohne jede Organisation gelassen, ja solche eifrig unterdrückt, aus diesem nur auf Erwerb sinnenden amorphen Haufen konnte er eine neue Stütze sich nicht schaffen, und so fiel er.

Er ist der erste Herrscher, an dessen Fall die junge Börse, wenn nicht ihren erheblichen Antheil, so doch ihre innige Freude hatte. Seit die Börse eine Weltmacht geworden ist, verschwinden die Unterschiede der Staaten vor ihren Augen, Alles, was sie verlangt, ist Ruhe und Freiheit für ihre Entwicklung. Welcher Regent ihr die nicht mehr bietet, den hilft sie stürzen. Welcher Staat nicht mächtig genug mehr ist, ihr diese Ruhe zu garantiren, den hilft sie erst finanziell, nachher auch direct durch Krieg ruiniren. Die Börse vergötterte Napoleon I., so lange er mächtig war, sie freute sich seines Sturzes, trat doch ein anderer Garant der Ruhe an seine Stelle, den alle anderen Souveräne ihrerseits garantirten. So war Ludwig der XVIII. mächtiger als Napoleon I. Die Börse warf späterhin Napoleon III. mit Hohn zu den Todten, der sie doch so gross gemacht hatte, als ein Mächtigerer ihr Schutz bot. Sie bejubelt jetzt die Politik des Reichskanzlers. Jeder Schnupfen desselben drückt die Course — so lange er mächtig genug sein wird, die Börse zu schützen.

Das Verhalten der französischen Bourgeoisie, welche 1814—15 dem Landesfeinde sympathisirte, ist bezeichnend für den Patriotismus dieser Klasse. Dasselbe unpatriotische Gefühl beseelte die Männer des 4. September 1870, als sie, da der Feind im Lande stand, die bestehende Herrschaft stürzten, die allein, sei es durch Concentration aller Kräfte den Feind besiegen, sei es durch Hülfe

und Sympathie der sie anerkennenden Mächte, ihm einen weniger harten Frieden abnöthigen konnte. Die Septembermänner verriethen das Vaterland, als sie ihre Herrschaft im Lande begründeten und das Kaiserthum stürzten, Angesichts des Feindes. Wer, frage ich, verdenkt es den Communards, den Vertretern des Theils der Gesellschaft, deren bester Schutz in Napoleon III. gefallen war und die sich nun, an Händen und Füssen gebunden, der Herrschaft der Bourgeoisie überliefert sah, wenn sie, auch Angesichts des Feindes, ihre Herrschaft im März 1871 zu etabliren suchten? Die Schuld ist hier so gross wie da. Aber die Bourgeoisie war auf dem Wege des Vaterlandsverrathes vorangegangen. Wie anders die Gesellschaft in Preussen 1806! Wo Friedrich Wilhelm III. war, da war Preussen. Möge es immer so bleiben. Allein ich fürchte, ich fürchte, es ist schon nicht mehr so. Indess noch ist nichts verloren, noch kann Alles gut werden, aber man muss nicht, wie der König im Hamlet, die Hände in den Schoos legen und jammern: „Vielleicht wird Alles gut!" Sicher geht das Verhängniss seinen Weg und Nichts wird gut, wenn nicht der Fürst energisch eingreift und die Herrschaft der Bourgeoisie und Börse bei uns vernichtet.

Die auf Napoleon folgende Restauration zeigte die Impotenz der alten feudalen Elemente der Gesellschaft, die plötzlich wieder zur Herrschaft kamen, sich in eine conservative Reformpartei zu verwandeln. In sofern können die deutschen Conservativen daraus lernen. Ich halte eine conservative Periode in Deutschland für nahe bevorstehend. Wird sie ebenso fruchtlos sein, wie es die Restauration, ja, wie es die Periode Hohenwarth in Oesterreich noch neuerdings war? Ich hoffe, nein, weniger aus Vertrauen auf die Weisheit der Conservativen, die ich nicht zu überschätzen leider die triftigsten Gründe habe, sondern aus Zutrauen zu der noch ungeschwächten energischen Dynastie der Hohenzollern und zur Klugheit Bismarck's. Die Bourbons waren eben altersschwach. Die Periode der Restauration trug durchweg den Charakter der Mittelmässigkeit an sich. Sie hat auf keinem Gebiet Grosses geschaffen. Von Napoleon erbte sie die Abschaffung der Feudalität, und sie vermochte daran nichts zu ändern. Sie erbte ferner die ausgebildete volkswirthschaftliche Gesellschaft, wonach der freie Besitz die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung ist. Dieser Besitz begründet die Geltung in der Gesellschaft und fordert Anerkennung in der Verfassung und findet sie in dem Census bei der Zusammensetzung der Volksvertretung. Hierdurch wird die blosse Arbeitskraft vom Capital geschieden und erst der Besitz berechtigt zur Theilnahme am Staatswillen. Somit ist abermals die Gesellschaft in zwei Klassen geschieden, von denen die eine an der Herrschaft Theil nimmt, die andere bloss Unterthanen enthält. Dies Verhältniss entspricht dem damaligen Zustande der Gesellschaft, soweit sie eine industrielle war, und der bestand in der Unterordnung der Arbeit und der Arbeiter unter das Capital und die Capitalisten. Ein Verhältniss, welches von da bis heute „die Ordnung" heisst. Jene

Ordnung, die jeder Gewalthaber, Napoleon III., Thiers und Mac Mahon, in seinen Proclamationen garantirt hat. Auch das Königthum anerkannte diese Ordnung, es verlieh durch den Census der herrschenden Klasse Antheil an der Staatsgewalt. Als es den Versuch machte, ihr diesen Antheil zu verkümmern, fiel es, weil es diesen Theil der Gesellschaft gegen sich aufgebracht hatte, ohne den anderen zu gewinnen. Es machte dem Königthum Louis Philipps Platz, das die Charte zur Wahrheit machen, d. h. die Herrschaft der besitzenden Klasse im Staat zur Anerkennung bringen wollte.

Sehr bezeichnend ist es, dass die socialen Theoretiker jener Periode sich an das Königthum wendeten, mit der Aufforderung, sich der unteren Klassen anzunehmen. St. Simon wollte den König von Frankreich an die Spitze der socialen Bewegung stellen, ihn zum industriellen Papst machen, ähnlich wie wir Social-Conservativen vom deutschen Social-Kaiser, dem Kaiser sprechen, der die sociale Frage in die Hand nehmen soll. Auch Fourier wendete sich 1829, also dicht vor dem Sturz der Bourbonen, an Polignac und suchte ihn für seine Idee der Association zu gewinnen. Ja, einer der bekanntesten St. Simonisten, Enfantin, widmete 1858 noch Napoleon III. sein Werk, die „Science de l'Homme," in ähnlicher Absicht. Wir werden nachher noch auf einen ähnlichen Mann stossen, Toussenel, der Louis Philipp beschwor, die Finanzherrschaft der Juden abzuschütteln. — Aber alle diese wohlgemeinten Versuche waren fruchtlos. Das wieder galvanisirte Königthum war unfähig, die Rolle des Reformkönigthums zu übernehmen, und alle drei Kronenträger sind deshalb um die Krone gekommen.

Die Restauration hat die Industrie nicht befördert, aber sie hat ihre Entwicklung auch nicht gehindert. Für die Arbeiter war es wichtig, dass die Gewerbeschulen mehr Bildung unter ihnen verbreiteten und die Aufklärung, auch durch die Presse, unter sie getragen wurde. Dies war weit entfernt, sie zufriedener zu machen, denn, sagt Engländer, der Arme wird um so ärmer, je gebildeter er wird, und das Elend wird um so sichtbarer, je mehr die Aufklärung fortschreitet. Man fühlt seine Nacktheit nicht in der Finsterniss, allein sobald die Nacht vergeht, wird man sich derselben bewusst. Das Licht hasst das Unschöne und Unglückliche. Und an Elend fehlt es um so weniger, als 1821 die dem jetzigen System immanente Krankheit, die Krisis, zuerst in Frankreich auftrat.

Die ersten Anzeichen einer Krisis zeigten sich im Jahre 1821, um welche Zeit die grossen Bestellungen, welche nach dem Falle Napoleons begonnen hatten, abzunehmen anfingen.

Die Ausfuhr, die 1820 noch 292 Millionen Francs betrug, nahm von diesem Jahre an fortwährend ab und betrug schon 1823 nur noch 227 Millionen Francs. Die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter stieg jedes Jahr und die Vorboten einer industriellen und

commerciellen Krisis stellten sich neben den Anzeichen einer politischen Revolution ein.

Die Restauration hatte keinen einzigen grossen Gedanken, mit dem sie dieser Krisis hätte entgegen treten können; sie war in allen Dingen kleinlich, sie konnte nur auslöschen und verfinstern und glaubte durch Polizeiherrschaft im Innern, und ein Prohibitiv-System nach Aussen hin wirken zu können.

Das Kaiserreich hatte mindestens politische Gründe für seine Prohibitivmassregeln gehabt, aber die Restauration, welche durch das Gesetz vom Jahre 1816 dieses System auf seinen Höhepunkt brachte, hatte bloss in Unkenntniss der wahren Bedingung des National-Reichthums gehandelt.

Der König und die Kammern wollten dem Volk nicht die geringste Freiheit, in associativer so wenig wie in politischer Beziehung geben, nur eins sollte es haben, die Arbeit.

In Bezug auf die sociale Frage ist die Restauration also einer grossen Auffassung unfähig gewesen und sie hat in dieser Hinsicht geglaubt, den socialen Riss ebenso ignoriren zu können, wie die Regierungen vor der Revolution es gethan hatten. Obschon nämlich das sociale Elend in früheren Jahrhunderten vielleicht in einem höheren Grade bestand, als jetzt, so kümmerte man sich des ungeachtet ehemals nicht um dasselbe. Menschen verhungerten, aber Niemand dachte daran, ob es denn anders werden könnte. Erst als die französische Revolution den Vorhang aufhob, welcher die Gesellschaft knapp von einem Abgrunde trennte, entstand dasjenige, was man jetzt gewohnt ist, die sociale Frage zu nennen. Larochefaucault, Liancourt, der Berichterstatter der Constituante, rief: „das Elend ist die Schuld der Regierungen!" und damit war allen späteren politischen Revolutionen, welche als letztes Resultat sociale Verbesserungen anstrebten, ein Motto gegeben. Die Revolutionen kamen, weil die Regierungen unfähig waren, sich an die Lösung der socialen Frage zu machen, und deshalb das Volk selbst nach derselben suchte.

Die Restauration hat mehr als jede andere moderne Regierung die ganze Bedeutung der socialen Frage auf die Abschaffung der Bettelei herabzuwürdigen versucht.

Da die Arbeiter keinerlei Vereinsfreiheit sich erfreuten, musste die Geheimbündelei Platz greifen. Schon 1820 gründete der Vater der französischen modernen Associations-Idee, Buchez, eine geheime Gesellschaft, „Les amis de la verité", die mit den Carbonaris in Italien in Verbindung stand. Die geheimen politischen Verbindungen unter Louis Philipp nahmen die Formeln des Socialismus auf, um auf die Arbeiter wirken zu können. So war auch hier es der politische Radicalismus, der den Socialismus unter die Massen trug.

Während der Regierung Louis Philipp's war das Wort „Organisation der Arbeit" das Schlagwort des Tages. Viele Socialisten wollten, dass der Staat die Organisation der Arbeit realisire, wie ich das auf dem Katheder-Socialisten-Congress 1872 for-

derte. Da es nicht geschah, versuchten es die Arbeiter selbst, und da sie der Staat daran hinderte — kam die Revolution. Warum studiren unsere Staatsmänner Geschichte, wenn sie doch nichts aus ihr lernen?

Im Jahre 1832 entstand in Lyon auch der erste Arbeiteraufstand. Die Arbeiter hatten sich der Stadt bemächtigt. Auf ihren Fahnen stand „Leben in der Arbeit oder sterben im Kampf.“ Aber noch wussten die Arbeiter nicht, was sie mit der augenblicklich erlangten Macht thun sollten. Jetzt wissen sie es. Marx hat ihnen die Formel des Zukunftsstaates verrathen. Solche Insurrectionsversuche wiederholen sich. Die Processe, welche folgten, machten plötzlich es Jedermann klar, dass ein ähnlicher Gegensatz in der Gesellschaft entstanden war zwischen dem dritten und vierten Stande, wie er vor 1789 zwischen den beiden ersten und dem dritten Stande existirt hatte. In dem Process von 1832 sagte Blanqui zu den Richtern:

„Dies ist der Krieg zwischen den Reichen und den Armen; die Reichen haben ihn hervorgerufen, weil sie die angreifende Partei waren; die Privilegirten mästen sich an dem Schweisse der Armen. Die Deputirtenkammer ist eine Maschine, welche auf unbarmherzige Weise 25 Millionen Bauern und 5 Millionen Arbeiter unerbittlich zermalmt, um aus denselben den Lebenssaft zu pressen, der in die Adern der Privilegirten übertragen werde.“

Jetzt fing die wissenschaftliche Welt an, sich mit dem neuen Gegensatz der Gesellschaft zu beschäftigen. Man suchte die Kluft zu überbrücken.

Die Schüler Sismondi's forderten, was schon ihr Meister für nothwendig erachtet hatte, dass die Gesetzgebung intervenire und die Production innerhalb gewisser Grenzen beschränke, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn im Interesse der arbeitenden Bevölkerung regele und den Arbeitgeber verpflichte, seine Arbeiter zu unterstützen, selbst, wenn die Arbeit mangeln sollte. Mehrere Nationalökonomen aus der Schule des Dr. Chalmers bestanden gleichfalls darauf, dass die Meister verpflichtet würden, den Arbeitern zu jeder Zeit eine Bezahlung zukommen zu lassen, und dass die Gesetzgebung ebenso die Production beschränke, wie sie bereits die Arbeitsstunden beschränkt habe. Villeneuve de Bargemont schlug vor, dass die Regierung einen Theil der Arbeiter nöthige, sich dem Ackerbau zu widmen.

Morogues, welcher als Grund des Uebels zeigte, dass die grosse Industrie mehr und mehr die kleine Industrie verdränge, forderte die Regierung auf, Alles zu thun, um die letztere zu unterstützen. Er verlangte also, dass die Einfuhr von fremden durch Maschinen erzeugten Producte durch Prohibitivmassregeln verhindert werde. Prosper Farbé schlug vor, dass in jedem Manufacturdistricte ein Haus eröffnet werde, in dem die unbeschäftigten Arbeiter sicher wären, Arbeit zu finden. Lafarelle wollte die arbeitenden Klassen, Meister und Arbeiter, unter gewisse Vorschriften gestellt wissen. Emile de Girardin entwickelte, dass die

ganze Frage darauf beruhe, dass Mittel gefunden werden müssten, die Arbeit vom Capitale zu befreien, was bloss dadurch geschehen könne, dass der Credit auf eine neue Art organisirt und der Staat der allgemeine Creditgeber werde. Eine Idee, die sich bei Proudhon wiederfindet und den französischen Socialismus charakterisirt, zum Theil von L. Blanc und auch dem von Lassalle entnommen ist. Fix wollte, dass man bloss Mittel suche, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern, ohne das jetzige Verhältniss zwischen Arbeit und Capital anzutasten.

Duveyrier, ein anderer Nationalökonom, sprach aus, dass der Staat auf eine administrative Weise in der Industrie interveniren, dass der Staat, welcher die Apotheken, gefährliche Industrien, Kirchhöfe, Märkte, ja die Orte der Prostitution überwache, auch das Monopol der Industrie reclamire und den Gewerbsleuten sage: Ich bemächtige mich dieser Industriezweige, ich behalte mir deren Monopol vor, weil Ihr Industriellen bloss Gewinn und Verlust in Rechnung bringen könnt, während ich das Leben der Menschen in Anschlag bringe.

Dem socialistischen Standpunkte am nächsten kam E. Buret, dessen Werk La Misère des classes laborieuses so grossen Beifall gefunden. Er war einer der grössten Vertheidiger des Princips der Association. Er erklärte dieses Wort für den Schlüssel des socialen „Räthsels", für das „Zauberwort, welches die Fesseln, unter welchen die arbeitenden Klassen schmachten, fallen machen werde. Er behauptete, dass aus dem Rechte, zu leben, das jeder Arbeiter besitze, sein Recht folge, einen Anspruch auf die Producte und selbst auf das Eigenthum der Arbeitswerkzeuge zu besitzen. Buret sagte, dass dasjenige, was man gewöhnlich Grundeigenthum nennt, blosse „Nutzniessung" sei. Das Erbrecht wollte er nicht bloss für einzelne Individuen, sondern für die ganze Gesellschaft von Nutzen werden lassen. Er wollte sogar, dass die Gesellschaft an den Erbschaften in directer Linie Theil nehme, und dass der Antheil eines Kindes auf die Gesellschaft übergehe. Auf diese Art, durch solche vorbereitende Massregel, zeigte Buret, dass die Gesellschaft endlich zur Association gelangen würde. Er wollte ausserdem die ganze Industrie bestimmten Syndicalkammern überweisen, welche den Arbeitslohn feststellen, die Verträge zwischen Arbeitern und Meistern regeln, die Wohlthätigkeitsfonds verwalten und Zwistigkeiten zwischen Meistern und Arbeitern entscheiden sollten. Jeder Canton sollte eine solche Arbeiterkammer haben und eine jede Kammer einen Abgeordneten wählen, welche zusammen eine Central-Versammlung bilden sollten.

Ein Mädchen, Namens Flora Tristan, wollte im Jahre 1843 einen Versuch machen, eine allgemeine Vereinigung aller Arbeiter zu Stande zu bringen. Ihr Project beruhte darauf, dass jeder der acht Millionen Arbeiter Frankreichs zwei Francs in eine gemeinschaftliche Kasse zahlen, und dass das Capital, welches auf diese

Weise zusammengebracht würde, zur Emancipation des Arbeiterstandes verwandt werden sollte.

Viele andere ähnliche Vorschläge wurden in Schriften, die in jener Zeit erschienen, gemacht. Uebrigens waren die Forderungen, welche die kühnsten Vertheidiger der Arbeiterinteressen vor 1848 aufstellten, zum Theil noch ziemlich unklarer Natur.

Im Jahre 1839 begründeten einige Arbeiter in Paris eine Zeitung unter dem Titel, „La Ruche populaire“, welche unter der Direction eines Arbeiters, Namens Duquenne, mehrere Jahre hindurch erschien. Diese Zeitschrift fordert in jeder Nummer zur Arbeiterassociation auf. Ihrem Systeme zur Folge sollten die Arbeiter monatliche Beiträge leisten, durch welche ein Comité in Stand gesetzt würde, den Associirten Brot, Holz und die übrigen wichtigsten Lebensbedürfnisse zu den billigsten Preisen zu liefern. Das Bureau dieser Zeitschrift befand sich im ärmsten Stadttheile von Paris, in der Rue des quartre fils. Es war eine der wenigen von Arbeitern redigirten Zeitungen, welche in das Volk drangen, was durch die von ihr verfolgte Tendenz erklärt wird. Sie hatte nämlich als ihr Programm aufgestellt, das verborgene Elend zur Kunde der reichen Wohlthäter zu bringen und für die Arbeiter eine Tribüne zu eröffnen, von der aus ein jeder seine gerechten Reclamationen vernehmen lassen, seine begründeten Wünsche und Hoffnungen ausdrücken könne. Im Bureau dieses Journals war ein Register des Elends aufgeschlagen, in das ein jeder Hungernde sich einschreiben konnte. Es war stark, dieses Register des Unglücks, und da um diese Zeit die Geheimnisse von Paris von Eugène Sue die Wohlthätigkeit der feinen Welt in Mode gebracht hatte, so fuhren oft Equipagen vor das schmutzige Redactionslokal, wo sich blasirte Damen die Adressen von Unglücklichen holten, um denselben persönlich Almosen zu bringen und auf diese Art die abgestumpften Nerven wieder aufzureizen. Jede Nummer dieser Arbeiter-Revue begann mit einer summarischen Aufzählung der armen Leute, die sich bei dem Redacteur gemeldet hatten. Details über ihr Unglück fand man in dem Register. Man liest oft entsetzliche Dinge unter dieser Rubrik, und sicher konnte Nichts eine fürchterlichere Wirkung hervorrufen, wie dieses einfach und kurz angegebene Elend, die schreiende Thatsächlichkeit, gegen welche kein Beweis aufkam.

Es ist erstaunlich, mit welcher auffallenden Ruhe und Leidenschaftslosigkeit diese Artikel geschrieben sind. Selbst das Heft, welches unmittelbar nach der Februarrevolution erschien, unterschied sich in seinem Inhalte durchaus nicht von den früheren Lieferungen. Nur wenige Zeilen am Beginne desselben zeigen die Thatsache an, dass Frankreich die republikanische Regierungsform angenommen habe, und erinnern daran, dass das Journal von jeher republikanische und socialistische Grundsätze ausgesprochen und sich insbesondere mit der Frage der Organisation der Arbeit beschäftigt habe.

Diese Zeitung hat bereits im Jahre 1844 praktische Schritte zur Errichtung einiger Associationen der Arbeiter und Meister veranlasst. So findet man schon im Februarhefte des Jahrgangs 1844 einen bemerkenswerthen Plan für eine Association zwischen Schustergesellen und ihren Meistern, auf den wir hier leider nicht näher eingehen können.

Schon während des ersten Jahrganges dieser Arbeiterzeitung hatte die legitimistische Partei in derselben ein Mittel gesehen, sich einen Einfluss auf das Volk zu verschaffen. Dies veranlasst uns zu der Bemerkung, dass vor der Februarrevolution alle Fäden nach dem Versuche einer gewaltsamen Lösung der socialen Frage hinführten, und dass selbst die conservativen Parteien unbewusst ihr Scherflein beitrugen, um diese Frage in den Vordergrund zu bringen. Die conservativen Parteien suchten sich der Associationsbestrebungen der Arbeiter zu bemächtigen, um dieselben in ihrem Sinne zu lenken. Selbst die legitimistische Partei begünstigte diese Tendenz der arbeitenden Klassen. Henry de la Rochejaquelin, der mit Genonde Leiter jener Fraction der Legitimisten war, welche in dem allgemeinen Stimmrecht den Sieg ihrer Partei suchten, hatten unter Louis Philipp zuerst im Departement der Loire und später in Paris eine Arbeiterassociation zu begründen gesucht. Allein da er fürchtete, dass sich die Regierung seines Projects bemächtigen könnte, oder was wahrscheinlicher ist, weil die letztere aus Misstrauen schon seinen ersten Schritten Hindernisse in den Weg legte, so kam er erst nach der Februarrevolution dazu, sein Project der Oeffentlichkeit zu übergeben. Er liess unter dem oben angeführten Titel eine Broschüre in einer Million von Exemplaren drucken, welche in Dachkammern so wie in Palästen umsonst vertheilt wurden. Aber seine Idee fasste nirgends Wurzel. Er hatte die Statuten seines Projects gemeinschaftlich mit seinem Freunde, dem Advocaten Dessauret, ausgearbeitet und dabei mehrere Arbeiter zu Rathe gezogen. Die Absicht der Begründer lag zu offen am Tage, indem es ausser den associirten Arbeitern auch noch Associés de Patronage geben sollte, welche Geldbeiträge zu leisten hatten, aber dadurch ein Recht der Leitung der Angelegenheiten der Association erhalten sollten. Wir haben bei Belgien gesehen, dass die katholische Kirche ganz nach demselben Plane verfährt. — Die Sache hatte damals keinen Erfolg.

Den Charakter der Associationen, welche Buchez ihre Entstehung dankten, habe ich schon geschildert. Engländer, dem ich hier überall folge, und der selbst wieder Stein vielfach benutzt hat, sagt:

Die Schule des Buchez hat das grosse Verdienst, einen Geist der Brüderlichkeit und Selbstaufopferung im französischen Arbeiterstande geweckt und darauf hingewiesen zu haben, wie bloss der evangelische Geist und die Liebe zur Lösung des socialen Problems führen können. Buchez gab den modernen revolutionären Parteien die Formel: Liberté, Egalité, Fraternité, welche später

von der Republik als Devise angenommen wurde. Er erklärte diese Formel als das Ziel, das die französische Nation seit 1789 verfolgt. Dieser Geist wurzelt noch tief im französischen Arbeiterstande.

Buchez und seine Freunde haben von 1828 bis 1848 jenen moralischen, tugendhaften Geist im französischen Arbeiterstande zu wecken gewusst. Buchez verdiente es, wegen seiner früheren Verdienste, im Jahre 1848 zum Präsidenten der constituirenden Versammlung gewählt zu werden, obschon er nach der Februar-Revolution erschlaffte und der Grösse des Moments und der Situation nicht zu entsprechen wusste. Die wichtigsten seiner Schüler waren ausser Ott noch Corbon und Pascal, die Redacteure des „Atélier", welche Zeitschrift Jahre lang unter der Herrschaft Louis Philipp's den Socialismus auf eine gemässigte Weise predigte, ferner Chevé, der sich nach der Februar-Revolution als Mitarbeiter des „Voix du Peuple" durch die Kühnheit seiner Folgerungen bemerkbar machte, der Abbé Chaulôme, der ein religiös-radikales Journal „Le drapeau du Peuple" begründete u. s. w. Buchez und seinen Schülern fehlte nur Eins, sie schrieben ihre Ideen mit blasser Dinte nieder, während Schriftsteller von weit geringerer Bedeutung mehr Epoche machten, weil sie ihre unbedeutenden Ideen mit rother Dinte niederschrieben.

Die Buchezisten waren sanfte, ruhige, stille Männer, welche sich als Mitglieder einer neuen religiösen Gemeinde betrachteten. Sie nannten das System ihres Meisters „la doctrine du dévouement".

Jahrelang hatte die Schule bestanden, bis sie endlich am Vorabende der Februarrevolution eine wichtige Initiative ergriff. Im Jahre 1847 machten nämlich die Redacteure des „Atélier" den Vorschlag, dass eine Versammlung stattfinden solle, in welcher die verschiedenen Formen zur Lösung des socialen Problems untersucht werden sollten. Mehrere Sitzungen fanden in Folge dieser Einladung bei Herrn Marie statt, über welche Garnier-Pagès einen Bericht mitgetheilt hat, der die nachstehenden Details enthält. Ausser Garnier-Pagès waren noch die Deputirten Marie, Carnot, Courlais, Chapuis-Montlaville u. s. w. gegenwärtig, ferner Marrast, Dornès, Goudchaux, vom „National" Ledru-Rollin, L. Blanc von der „Reform", Corbon, Dangny, Pascal vom „Atélier", Leroy und Thibault von der von Buchez begründeten Arbeiter-Association, ferner die Repräsentanten der „vereinigten Industrie": Lenoir, Antoine und einige andere Arbeiter. Es wurden in dieser Versammlung vorzüglich zwei Richtungen discutirt: das Princip der freiwilligen Association, das im Namen der Buchezisten von Corbon vertheidigt wurde, und das System der Zwangs-Association, das Louis Blanc zum Vertheidiger hatte.

Corbon behauptete, dass die freie Association die einzige gerechte und wirksamste sei. Freiheit des Individuums innerhalb der Association, Freiheit der Association innerhalb der Nation müsse bestehen. Jede einzelne Association müsse unabhängig sein und die Freiheit besitzen, sich anderen Gruppen anzuschliessen

oder sich von ihnen zu trennen. Jeder müsse nach seiner Arbeit bezahlt werden. L. Blanc dagegen behauptete, die Association sei Pflicht der Arbeiter. Es sei nothwendig, dass alle Associationen mit einander zusammenhingen und alle von einander abhingen. Das Band zwischen den einzelnen Arbeiterassociationen müsse die Centralgewalt, den Staat, abgeben. Derselbe müsse alle Bewegungen dirigiren, alle Interessen vertreten, alle Arbeiter anweisen und alle Früchte der gemeinschaftlichen Arbeit vertheilen. Der Arbeitslohn müsse für Alle gleich sein.

Corbon erwiderte hierauf, dass er die Uebelstände der Concurrenz anerkenne, aber es wäre unsinnig, das Princip derselben zerstören zu wollen, um ihre Missbräuche abschaffen zu können, da dieses Princip selbst die Freiheit ausmache.

L. Blanc wandte hierauf seinerseits ein, dass alle Uebel der Gesellschaft von der freien Concurrenz herrühren, dass sie es sei, die alle materiellen und moralischen Kräfte der Arbeiter vernichte, dass sie Arbeitseinstellungen, Arbeitslosigkeit, Fallen des Arbeitslohnes, und in Folge dessen alle Krankheiten, Laster und Verbrechen erzeuge, und dass man mit der Ausrottung der Concurrenz beginnen müsse.

Corbon sagte hierauf: „Sie nehmen an, dass alle Menschen auf gleiche Weise gut, aufopfernd und arbeitsam seien, Sie nehmen an, dass es keine Laster, keinen Egoismus, keine Trägheit gebe. Aber unglücklicher Weise ist dies bloss eine chimärische Annahme.

„Heutzutage kann dies sein," sagte L. Blanc, „aber sind diese Laster in der Natur des Menschen begründet? Nein, sie sind bloss das Resultat einer fehlerhaften Einrichtung der Gesellschaft. Verändern Sie das jetzige Princip der Gesellschaft, und Sie werden den jetzigen Menschen geändert haben, der nur Ihr Product ist. Die Solidarität wird alle Uebel, alle Laster, alle Verbrechen zerstören, welche der Antiorganismus bis jetzt erzeugt hat."

Man sieht, dass Bakunin nur die Idee von L. Blanc wiederholt.

Die Conferenzen hatten keinen Erfolg, da die Revolution hereinbrach.

Den wichtigsten Einfluss auf die Arbeiterbewegungen in Frankreich haben von 1830 bis 1848 die communistischen Systeme ausgeübt.

Die communistische Bewegung entstand in Frankreich, nachdem alle rein politischen Insurrectionsversuche niedergeschlagen worden waren. Im Mai 1839 hatte man den politischen Gefangenen in der Pairskammer communistische Tendenzen vorgeworfen, und nach diesem letzten Processe wegen stattgefundener Insurrectionsversuche warf sich die ultra-revolutionäre Partei auf die communistische Agitation. Philippo Buonarotti, ein Greis, welcher in seiner Jugend in die Verschwörung Baboeuf's verwickelt gewesen, war um die Zeit gestorben. Einige Exemplare seiner Geschichte der Verschwörung Baboeuf's, welche er in Brüssel veröffentlicht

hatte, waren zufällig in die Hände einiger der politischen Verschwörer gefallen, und bald hatten die communistischen Traditionen neue Formen gewonnen. Von diesem Zeitpunkte, nämlich von dem Maiprocesse des Jahres 1839 an, der durch den socialistischen Aufstand der Societé des saisons veranlasst war, datirt der Bruch zwischen dem Arbeiterstande und der Bourgeoisie, der seitdem nicht geheilt worden ist. Die Attentate von Darmès auf den König und von Genèsset auf die königlichen Prinzen veranlassten Processe, welche die Bourgeoisie in die Welt des Communismus blicken liess. Genèsset, der selbst zu der Gesellschaft der Travailleurs égalitaires gehörte, gab über deren Programm (Aufhebung der Familie und Ehe, des Eigenthums, des Luxus und der Städte) alle erforderlichen Aufschlüsse, und man erfuhr unter Anderem, dass dieselben Nationalwerkstätten begründen wollten, in denen ein jeder Arbeiter acht Stunden des Tages zu arbeiten haben würde, was ein Fortschritt im Vergleich zu dem ersten Communismus Baboeuf's war.

Henry Cellier, Th. Ferd, Felix Avril, L. Cahaigne, H. Bonnias u. s. w. suchten, nachdem dieser Process die Aufmerksamkeit der Republikaner auf die Communisten gezogen hatte, deren Führer G. Cavaignac, V. Schölcher und einige andere Mitarbeiter der „Revue du Progrès“ zu einer Coalition zwischen den Communisten und den Republikanern zu bewegen. Cellier veröffentlichte ein Buch unter dem Titel: Le devoir de Revolutionaires, durch welches die „jeune démocratie“ begründet werden sollte. Celliers wiederholte in diesem Buche den Grundgedanken Rousseau's, dass „jeder Mensch auf Alles einen Anspruch erheben könne, was ihm nothwendig sei.“ Thoré ging noch weiter; er publicirte eine Broschüre, in der er offen mit der Demokratie brach und im Gegensatze zur politischen und bürgerlichen Gleichheit, welche dieselbe anstrebe, die sociale Gleichheit verlangte.

Ein weiterer Schritt zur Entwickelung des Communismus wurde durch ein von Pillot, Desamy und Dutilloy organisirtes communistisches Banquet gemacht. Zwölfhundert Communisten waren auf diesem Banquet gegenwärtig, und nie zuvor hatte das Proletariat kühnere Ansprüche an die Gesellschaft erhoben, als es bei dieser Gelegenheit durch die Reden, welche gehalten wurden, geschah. Desamy war der vorzüglichste Führer dieser communistischen Arbeiter. Er schrieb in seinem Buche „Code de la Communauté“ alle bitteren Klagen des Proletariats nieder und decretirte die Gleichheit, ohne sich damit abzugeben, ein System zu deren Realisirung aufzustellen. Die einzigen Mittel, die er vorschlug, waren in dem von ihm begründeten „Journal des droits de l'homme“ verzeichnet und bestanden in Vorschlägen einer progressiven Besteuerung der Capitalisten und namentlich einer Steuer von 50 Procent auf alle an Seitenverwandte fallende Erbschaften. J. J. May, der den „Humanitaire“ begründet hatte, begegnet sich in mehreren Punkten mit Desamy. Die erste Nummer des „Humanitaire“ sprach sich mit einer grossen Entschiedenheit gegen

die Ehe und Familie aus. May entwickelte, dass jeder Mensch das Recht haben müsse, seine Fähigkeiten zu entwickeln. Die erste Bedingung hierzu sei die sociale Einheit. Diese Einheit sei aber nichts Anderes, als Gütergemeinschaft, weil diese allein nur Gleiche kenne.

So weit gingen die Humanitaires Hand in Hand mit den Babouvisten, insofern beiden Systemen dieselben Theorien in Bezug auf Gemeinschaft der Güter, der Arbeit, der Erziehung u. s. w. zu Grunde lagen. Aber die Humanitaires dehnten den Communismus noch viel weiter aus, indem sie auch die Weiber in diesen Kreis zogen. Bloss zwei Nummern des „Humanitaire" erschienen, als die dritte erscheinen sollte, wurden alle Humanitaires verhaftet, vor Gericht gestellt und verurtheilt. Nur May konnte sich nach England retten. Was ihn besonders bemerkbar macht, ist nicht sein Plan der Gütergemeinschaft, sondern dass er der Erste gewesen, welcher die Abschaffung aller Regierung und allen Regierens vorschlug und welcher forderte, die demokratische Einrichtung der Gesellschaft müsse anarchisch sein, d. h, dass die Republik ohne Präsidenten, ohne Dictator, Executivgewalt, ohne eine parlamentarische Versammlung bestehen müsse, dass alle Associationen und Gemeinden sich selbst zu regieren hätten und der individuelle Wille dadurch am besten zur Geltung kommen werde. Dieser Idee werden wir später als eines der bedeutendsten Resultate der Februarrevolution wieder begegnen. Aber sie lag schon im Keime in den Betrachtungen, welche May über die Reform der Gesellschaft anstellte.

Wir haben hier wieder die Hülle einer andern Idee Bakunin's, die in Spanien bereits ein klägliches Fiasko gemacht hat.

Unter denen, welche May folgten, befand sich Gay, welcher ein eigenes Journal unter dem Titel „Le Communiste" begründete. Bemerkenswerth war bei ihm namentlich, dass er die Ansicht vertrat, der Communismus sei unmöglich durchzuführen, wenn er nicht eine gänzliche Umgestaltung der geschlechtlichen Beziehungen mit sich führe. Er sagte, dass „die ausschliessliche, unmässige, unbrüderliche Freundschaft zwischen Personen verschiedenen Geschlechts, welche den Namen Liebe annehme, bloss in der jetzigen Gesellschaft anzutreffen sei, weil der Individualismus der Interessen sich der Knüpfung von Freundschaftsbündnissen entgegenstelle, aber in der communistischen Gesellschaft, wo das Leben zwischen einer ungeheuren Menge von Brüdern dahinfliessen werde, werde es unmöglich sein, dass sich exclusive Freundschaften dieser Art, welche man heut zu Tage Liebe nenne, bilden. Im Gegentheil würden alle Personen verschiedenen Geschlechts nicht nur sehr zahlreiche intime Verhältnisse eingehen, sondern beim ersten Zusammentreffen würde sich bereits zwischen ihnen eine wahre Sympathie heranbilden." Er sagte auch, dass keine andere Familie bestehen dürfe, als die eine menschliche Familie, und dass es in dieser grossen Familie keine kleinere Familie geben dürfe.

Wir haben schon oben bemerkt, dass die Babouvisten sich von dieser Richtung des Communismus, welche die Humanitaires befolgten, trennten und die reine Lehre Baboeuf's wieder herstellen wollten. Die Babouvisten hatten das Journal „La Fraternité", das anfänglich von Lahautière und später von Billon, Brige, Savary u. s. w. redigirt wurde, zum Organe. Sie gingen von dem Grundsatze aus, dass jeder Mensch alle seine Fähigkeiten der Gesellschaft zur Verfügung stellen und an allen ihren Genüssen und Arbeiten einen gleichen Antheil haben müsse. Ein ganzes Jahr fanden Conferenzen zwischen ungefähr 15 Arbeitern statt, welche an der Spitze dieser Bewegung standen und alle Details der beabsichtigten Reorganisation der Gesellschaft discutirten. Man war der Ansicht, dass, obschon unsere Sitten sich jetzt in vielen Punkten einer solchen Umgestaltung widersetzen, die Gesellschaft sich endlich doch fügen, dass unsere Gewohnheiten sich von selbst modificiren, und dass man durch die Revolution, fast ohne es zu merken, in eine andere gesellschaftliche Ordnung eintreten werde.

Richard de Lahautière, welcher die „Fraternité", das Organ dieser Secte, begründet hatte, verdient noch mit einem Worte erwähnt zu werden. Er hatte schon in den ersten Jahren nach der Juli-Revolution mit Laponneraye in dem Journale „L'Intelligence" communistische Ansichten entwickelt. Im Jahre 1841 begründete er die „Fraternité", in der er zuerst offen die Humanitaires oder Egalitaires angriff, und dadurch Gelegenheit gab, die übrigen Babouvisten unter einer gemeinschaftlichen Fahne zu vereinigen. Später erklärte sich Lahautière in einer Broschüre „De la loi sociale" für einen Anhänger des philosophischen Communismus von Pierre Leroux, zu welchem sich ausserdem noch Raisaut, Thoré, Maillard, Théodore Bac, Pelletier, Robert du Var, Armand u. s. w. hielten.

Auch Charassin und Savary gehören zu dieser Gruppe der Communisten, Savary war seinem Handwerke nach ein Schuhmacher und hatte schon 1832 in der Rubrik, welche das von L. Blanc redigirte Journal „Le bon sens" den Arbeitern öffnete, entschieden communistische Grundsätze ausgesprochen, die er später im Jahre 1845 als Redacteur der „Fraternité" bis zum höchsten Materialismus entwickelte. Er wollte namentlich beweisen, dass Volkssouverainetät und Gütergemeinschaft sich gegenseitig voraussetzen.

Die Communisten konnten sich nie als eine disciplinirte Partei constituiren, und so kam es, dass auch Villegardelle, der nicht nur durch seine Wiederveröffentlichung des Campanella und Morelly, sondern auch durch seine Schriften grossen Einfluss auf die Communisten gewann, nicht dahin gelangen konnte, die eigentliche Leitung der Partei zu übernehmen.

Die Babouvisten erkannten bloss Buonarotti, Voyer d'Argenson und Charles Teste als Autoritäten an. Die beiden Letzteren hatten den Grundsatz der Nationalökonomisten, dass die Arbeit

die Quelle des Nationalreichthums sei, dahin gedeutet, dass die Arbeiter einen Anspruch auf einen Theil dieses Reichthums haben, weil sie ihn produciren, und dass ihr Arbeitslohn diese Ansprüche nicht völlig decken könne. Das Hauptargument Voyer d'Argenson's, das derselbe angeführt hatte, und auf das sich die Schule Jahre lang hindurch wie auf einen Bibelspruch berief, war die Berechnung, dass von all' den Millionen, welche die Proletarier durch ihre Arbeit erzeugen, dem Arbeiter Nichts übrig bleibe. D'Argenson und Charles Teste wurden von den Babouvisten auch deshalb oft citirt, weil dieselben gesagt hatten, „dass der Arme alle Steuern bezahle, während der Reiche nichts bezahle." Die Babouvisten beriefen sich auch häufig auf eine Berechnung von Martin de Saint Leon, wonach die verschiedenen Taxen, welche bloss auf den Armen von Paris lasten, von 1797 bis 1835 sechshundert Millionen ertragen haben, eine enorme Summe, die bloss zur Erhöhung des Werthes des Grundeigenthums, also zum Vortheile der Reichen gedient habe. Die Asche Buonarotti's, Voyer d'Argenson's und Charles Teste's ruht in demselben Grabe, nach welchem noch jetzt die Communisten Frankreichs mitunter wallfahrten.

Mehr oder weniger haben alle Republikaner während der Juli-Regierung an den Communismus in der gemässigten Auffassung der Babouvisten gestreift.

Raspail, eine der merkwürdigsten und interessantesten Figuren in der Arbeiterbewegung, sprach die Ansicht aus, dass der Staat nach und nach alles Eigenthum auf Rechnung der Eigenthümer exploitiren werde, und dies sah gewiss dem Communismus, gegen den Raspail sich verwahren wollte, sehr ähnlich. Ja, sogar Ledru-Rollin, der, als er vor die Assisen von Angers gestellt wurde, sich von den Socialisten lossagte und ausrief: „Ich hasse die Communisten!" verfolgte doch Jahre lang vor der Februar-Revolution die Taktik durch Schlagwörter, wie „Frage des Arbeitslohns, Organisation der Arbeit" u. s. w., die er auf eine geschickte Weise in seine Reden einfliessen liess, mit den Socialisten zu coquettiren. Mehrere Agenten der „Reforme" wurden von ihm sogar bei gewissen Gelegenheiten zu den Babouvisten und Egalitaires geschickt, um dieselben zu überzeugen, dass seine Angriffe gegen den Communismus eine blosse Taktik seien, um besser zum Ziele zu gelangen, und dass er im Herzen Communist sei.

Raspail finden wir im Frühjahr 1874 wieder, und zwar wurde er, 82 Jahre alt, nebst seinem Sohn zu 2 Jahren Gefängniss verurtheilt wegen Herausgabe eines republikanischen Kalenders. Hier einige Auszüge aus diesem Kalender:

22. Januar 1871: Jules Favre, Thiers u. Comp. stellen die Präliminarien zu der schmachvollsten aller Capitulationen. Das Volk von Paris, entrüstet über den Verrath Trochu's, drängt sich zum Stadthause. Die in den Kellern postirten Bretonen Trochu's geben Feuer; zwanzig Agenten der Polizei erwidern dieses Feuer aus einem gegenüberliegenden Café. Keiner dieser Agenten wird

getroffen, aber etwa hundert Frauen, Kinder und Greise sind massakrirt.

8. Februar 1871. Erwählung der Nationalversammlung, welche Friede macht mit Preussen — aber um welchen Preis! Fünf Milliarden, Abtretung von Elsass und Lothringen und Occupation bis zur vollständigen Zahlung; und alles dies um die Fehler eines blödsinnigen Kaisers und seiner Vorzimmer-Generale zu sühnen.

1. März 1871. Absetzung des Sohnes der Königin Hortense und des Bruders des Herrn von Morny, welcher sich den Titel Napoleon III. angemasst hatte.

Vor Gericht sagte Raspail u. A. zum Staatsanwalt: „Der Herr Staatsanwalt hat Ihnen, meine Herren, viel über meine Vergangenheit gesagt. Ich bin alt und er konnte sich nicht aller meiner Vergehen erinnern. Meine erste Verurtheilung fällt in das Jahr 1815, ich danke sie den Jesuiten. Im Jahre 1815 wurde ich zum ersten Male zum Tode verurtheilt." ... Das Alles erzählte er ruhig, fast gleichgültig, nur bei der Ziffer scheint er einen Augenblick leicht zu schwanken. Er erzählt von seinen Kämpfen gegen Louis Philipp. „Ich weiss nicht, ob mein Gedächtniss nicht trügt, Sie müssens ja wissen, Herr Staatsanwalt, Sie waren damals Anwalt des Königs." Der Angeklagte erzählt dann von seiner Stellung in der Republik. „Hier kann ich mich kühn auf Ihre Zeugenschaft berufen, Herr Staatsanwalt, denn ich war Mitglied des Regierungsrathes, der Sie auf Ihr Ansuchen zum Procurator der Republik ernannte. Es kam das Kaiserreich. Ich litt wieder von dem Kaiser — von Ihrem Kaiser, Herr Staatsanwalt, dem Sie so treu gedient, — und nun, Herr Procurator der Republik, formuliren Sie Ihren Strafantrag."

Der alte boshafte Revolutionär hat so ganz treffend die demoralisirende Wirkung der Regierungs- und Systemwechsel auf den Beamtenstand charakterisirt.

Zu all' diesen Agitationen der Reformer, der Republikaner und der Communisten kam noch die des originellen Communisten Cabets, des Verfassers des Romans „Ikarien", der den Communismus auf friedlichem Wege einführen wollte, zum Zweck der Propaganda den „Populaire" gründete und schliesslich mit seinen Anhängern 1847 nach Amerika auswanderte und dort eine communistische Gemeinde gründete. Er selbst war ein reiner Charakter und starb in New-Orleans im Elend. Die von Arch 1874 betriebene Auswanderung englischer Landarbeiter erinnert an diesen Vorgang.

Diese Agitation hätte wohl weniger Gefahr gehabt, wenn die Lage der Arbeiter eine befriedigende gewesen wäre. Dies war nun keineswegs der Fall.

Die Academie des sciences morales et politiques hatte in den ersten Jahren der Juli-Monarchie zwei Mitglieder, Benoiston de Châteauneuf und Dr. Villermé, beauftragt, einen genauen Bericht über die Zustände der Arbeiter in allen Departements von Frank-

reich abzufassen. Dies thaten sie in sehr fleissiger und gründlicher Weise.

Der Bericht, den Dr. Villermé über seine Reise veröffentlichte, musste für die reichen Leute, die gute Geschäfte machten und sich amüsirten und im steten Luxus lebten, eine schreckliche Ueberraschung sein. Es war, als ob in einer reichen Familie, die jahrelang glücklich und friedlich gelebt, ein alter Schrank geöffnet und in demselben ein Skelett gefunden wird, das zur Entdeckung eines unheimlichen Familiengeheimnisses führt.

Der Bericht enthüllte die sehr traurige Lage der Arbeiter, und da er natürlich zur Kenntniss derselben kam, so erfuhren sie, dass nicht bloss Einzelne, sondern dass die ganze Klasse litt.

Aus diesem Bewusstsein der Solidarität des Elends ging die Einsicht hervor, dass die Lage des Volkes unausstehlich geworden sei, dass eine Aenderung eintreten müsse, und dass diese bloss durch eine sociale Reform bewirkt werden könne.

Da diese Reform nicht von Oben kam — suchte man sie von Unten — durch die Revolution — zu bewerkstelligen. Nicht bloss unter den Industriearbeitern herrschte diese Noth, sondern schon fiel auch ein Theil der kleinen Bauern unter die Herrschaft des Schuldcapitals, es wurde hier eine überzählige Bevölkerung geschaffen, die in die Städte ging und mit ihren gesunden Gliedern zunächst geschwächte Stadtproletarier aus Arbeitsstellen warf, bis sie ihrerseits, entnervt, neuen Ankömmlingen vom Lande Platz machen musste — wie wir das heute in Deutschland täglich sehen. Wir sehen damals, wie heute im Osten Preussens, Abnahme der ländlichen, Wachsthum der städtischen Bevölkerung. Die städtische Bevölkerung betrug 1846 in Frankreich 24,42, die ländliche 75,58 pCt.; 1861 schon 28,86, resp. 71,41 pCt. Schon 1846 sang, wie Marx in seinem „Capital“ anführt, Pierre Dupont in seinen „Ouviers“:

> „Mal vêtus, logés dans les trous,
> Sous les combles, dans les décombres,
> Nous vivons avec les hiboux
> Et les larrons, amis des ombres.“

Die fortwährende Herabsetzung des Arbeitslohnes hatte zahlreiche Arbeitseinstellungen zur Folge, die nicht nur zu Verhaftungen und Bestrafungen führten, sondern an manchen Orten wurde sogar auf die versammelten Arbeiter, welche eine Coalition zur Einstellung der Arbeit gebildet hatten, geschossen.

Diese Coalitionen sind nicht mit den Associationen zu verwechseln, die Buchez stiftete, und die Productiv-Genossenschaften waren. Coalitionen waren vielmehr temporäre, nicht dauernde Vereinigungen von Arbeitern desselben Gewerkes zum Zweck besserer Arbeitsbedingungen, sei es, dass sie defensiv Lohnherabsetzungen verhindern, sei es, dass sie offensiv höhere Löhne erzwingen wollten. Das Mittel war natürlich der Strike. Gegen diese Coalitionen waren sowohl das Gesetz von 1791, wie auch die Strafbestimmungen des Code Napoleon erlassen. Die Bestim-

mungen des letzteren trafen die sich vereinigenden Arbeiter mit härteren Strafen, als die sich verbindenden Arbeitgeber. Ferner konnten letztere, da sie weniger zahlreich waren, sich fast stets coaliren, ohne mit dem Gesetz in Conflict zu gerathen.

Schon unter der Restauration verfloss kaum ein Jahr, dass die Gerichte nicht mehrere Coalitions-Processe gesehen hätten. Dieselben vermehrten sich sehr unter der Julimonarchie. Jeder derartige Process erregte grosses Aufsehen und machte unter der Arbeiterwelt böses Blut.

Unter der Februarrepublik, um dies gleich zu erwähnen, hob man die Coalitionsverbote nicht auf, aber man wendete sie zunächst nicht an. Vom Jahre 1849 ab aber geschah dies wieder, und Levasseur berichtet, dass jährlich 75 Arbeiter-Coalitionen und 8 Arbeitgeber-Coalitionen vor Gericht kamen.

Diese Processe brachten es ans Licht, dass auch unter Louis Philipp sich schon Coalitionen im Geheimen gebildet hatten, und zwar natürlich gewerksweise. Zuweilen versteckten sie sich unter fremdem Namen und traten so als Vereine zur gegenseitigen Unterstützung oder Unterrichtung auf, die einzigen, welche erlaubt waren. Wir haben hier den Anfang der Trades-Unions. Ihre Entstehung ist dunkel geblieben, da die Angeklagten regelmässig die Existenz solcher Gewerkvereine läugneten. Die Schriftsetzer, die ja auch in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz vorangingen, sollen zuerst solche T.-Us. gebildet haben, deren Zweck, erst defensiv, bald ein offensiver wurde. Nach und nach verbreiteten sich diese geheimen T.-Us. über Frankreich. Bald näherten sie sich einander, traten zusammen, bildeten grosse, dasselbe Gewerk in zerstreuten Orten umfassende Vereinigungen, die mit solchen anderen Gewerken sich in Beziehung setzten. Als Napoleon III. 1864 die Coalitions-Paragraphen des Code Napoleon aufhob, traten sie plötzlich ans Licht — und auch sofort mit den Vereinen anderer Nationen in der Internationale zusammen.

So bereitete sich der Zustand der Periode Napoleons III. schon unter L. Philipp vor.

Die Arbeits-Einstellungen unter L. Philipp waren in politischer Beziehung eine Vorbereitung zu den geheimen Gesellschaften und in socialistischer Beziehung waren sie eine Vorschule der Arbeiter-Associationen. Der Arbeiterstand fühlte instinctmässig, dass er bloss durch Vereinigung gegen das Capital kämpfen könne. Allein Vereinigungen der Arbeiter waren verboten, und so wendete sich das Herz des Volkes von der Regierung ab und sah in ihr den nächsten Feind.

Sie wurde es um so mehr, als die Regierung L. Philipps mit Recht die der allgemeinen Corruption genannt worden ist und vom Volk als solche verachtet wurde.

Die Gesellschaft kannte kein anderes Ideal als „Geld“ zu machen. Alles wurde käuflich.

Stein hat meisterhaft in dem Capitel über das Königthum geschildert, dass dieses, um die Macht der Gesellschaft zu brechen,

entweder die unteren Klassen heben oder — die oberen corrumpiren müsse. L. Philipp hat das letztere Mittel angewendet, Napoleon III. zum Theil beide. Engländer sagt:

„Die Wähler verkauften ihre Stimmen, die Kammer war der Ausdruck dieser allgemeinen Corruption und Käuflichkeit. Man bezahlte die Wähler, um, sobald man Deputirter würde, irgend eine Concession von der Regierung zu erhalten, die man wieder verkaufen könnte.

Alles wurde zum Gegenstand des Schwindels und der Speculation. Gegen das Ende dieser Herrschaft des goldenen Kalbes zeigte sich die schmutzige Blösse dieser Gesellschaft dadurch, dass ein Höfling wegen begangenen Diebstahls entfloh, dass ein Prinz wegen Fälschung angeklagt wurde, dass ein Minister der Bestechung überführt und ein Pair von Frankreich eines Mordes halber verurtheilt ward! Geht doch selbst ein geheimnissvoller, dunkler, blutiger Schatten, der Tod des Herzogs von Condé, der einem Verbrechen zugeschrieben wurde, durch die Regierungs-Epoche L. Philipps, und will man doch auf seinem Purpurmantel das Blut des unglücklichen Prinzen, dessen Erbschaft an einen der Söhne des Königs fallen sollte, wahrgenommen haben. War doch der Durst nach Gewinn und nach Geld in der Seele des Königs so stark, dass er, alle Würde vergessend, trotz der ablehnenden Voten der Kammer stets von Neuem um Dotationen für seinen Sohn bettelte, dass er die Civilliste zum Ankauf von Renten benutzte, und bei allen Personen, mit denen er in Berührung kam, dieselbe Moral der materiellen Interessen aufzustacheln wusste. Handel und Gewerbe entwickelten sich mehr als je, aber bloss als eine Folge der allgemeinen Gewinnsucht, als deren Priester Louis Philipp functionirte.

Napoleon hatte durch die Soldaten die Reaction zu bewirken gesucht, während L. Philipp den Rückschritt mit Hülfe der Bourgeoisie bewirken wollte. L. Philipp hatte keine Liebe für das Volk, er begriff nicht seine Leiden, er betrachtete das Volk wie ein wildes Element, das man niederhalten müsse. Er wähnte, alles Edle im Menschen könne man durch Bestechung oder durch Gewalt bezwingen, oder durch Verwaltungsmassregeln zum Schweigen nöthigen. Er wollte, wie einer der Redner seiner Zeit sagte, die Hand der Polizei auf den Mund des Landes legen.

Das Elend existirte nicht für die Juli-Regierung. Bis zum 22. Februar 1848 spöttelte man in den Regierungskreisen über den Socialismus und die Organisation der Arbeit. Der Abgrund zwischen Capital und Arbeit erweiterte sich mit jedem Tage, die Regierung wusste nicht, dass er überhaupt bestehe, und ihre Anhänger suchten zu beweisen, dass die socialistischen Führer bloss Hanswürste seien. Die Verblendung war allgemein. Als man die petition du travail den Deputirten überreichte, lachte die Majorität bloss. Und Guizot sagte: „Ihr habt nur eine einzige wirksame mächtige Garantie gegen die revolutionaire Stimmung der armen Klasse: Die Arbeit, die fortwährende Nothwendigkeit zu arbeiten.“

Ein solcher Mann war Minister, nennt sich Historiker und wird ein Staatsmann genannt. Wahrlich, ein König, dem sein Minister irgend einen Vorschlag macht, der in seinen Consequenzen dahin führt, dass ein grosser Theil des Volkes der Regierung grollen muss, und der dem Monarchen auf die Frage: „Was dann?“ antwortet: „Dann, Majestät, haben wir Polizei, den Staatsanwalt, Gefängnisse und schlimmsten Falls die Armee.“ — Einen solchen Minister sollte der König sofort durch die Haiducken die Treppe des Palastes hinunter werfen lassen, denn entweder will er seinen Monarchen ans Messer der Revolution liefern und ist ein Verräther, oder er ist ein so grosser Tropf, wie Guizot — und Thiers es sind. Die Armee ist für den Feind da. Aber eine Regierung muss so sein, dass sie im Lande keine grosse Partei sich zum unversöhnlichen Feinde macht. Kann sie das nicht, so ist sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen und der Monarch muss ein anderes System adoptiren. Das kann der Monarch. In der Republik ist das unmöglich. Thut es der Monarch nicht, so ist er überflüssig, weil er seine Aufgabe nicht versteht.

Ich habe der Verjagung der Könige, kein seltenes Schauspiel in unserem Jahrhundert, besonderes Studium gewidmet, nicht wie der heutige loyale — Mann und alte Achtzehnhundertachtundvierziger meint, um durch Schriften im „Barrikadenstyl“ zum Sturz auch meines Monarchen mit zu helfen, sondern um seinen Thron fester zu machen, um ihn vor den falschen Freunden zu warnen, die sich um den Thron drängen und ihn compromittiren könnten. Der Redacteur Cremer hatte nicht Unrecht, als er, da die Liberalen bei feierlicher Gelegenheit ihre Loyalität betheuerten, sagte: „Wenn sie aufrichtig wären, diese Liberalen, müssten sie nicht sagen: Wir pfeifen auf die Loyalität und auf die Legitimität!“ Dasselbe Gefühl hatte ich, als auf dem Commers, den die alten Corpsburschen in Berlin zur Feier der Wiederherstellung des Kronprinzen abhielten, der Rector, Professor Gneist, der früher „mit einem Fuss auf der Tribüne, mit dem andern auf der Barrikade stand,“ das Geschlecht der Hohenzollern in die Wolken erhob. Die plötzliche Loyalität der Revolutionäre von gestern ist mir nicht verdächtig, weil ich sie einfach für Heuchelei halte. Und sie wird auch nicht probehaltig sein, denn „on revient toujours à ses premiers amours.“

Das einzige Gesetz der Regierung Louis Philipps zu Gunsten der Arbeit, das Fabrikgesetz von 1841, wurde, weil keine Fabrikinspectoren ernannt wurden, nicht ausgeführt. Es setzte 8 Stunden Arbeit für Kinder von 8—12, 12 Stunden für solche von 12—16 Jahren fest. Nachtarbeit war sogar für Kinder erlaubt.

Im Uebrigen beschränkte sich die Regierung auf Verfolgung und Verdächtigung und Unterdrückung, wozu die officielle Presse den Ton angab.

Die ministeriellen Journale hatten lange Zeit hindurch die Weisung, jede Fraction der Opposition in den Geruch des Communismus zu bringen und bei jeder Schlägerei die Bourgeoisie vor

der communistischen Plünderung bange zu machen. Als in Buzançois und einigen andern Orten Frankreichs gleichzeitig Ruhestörungen und in Folge derselben Verhaftungen vorfielen, schrieben die Generalprocuratoren vor den Assisen dieselben den Communisten zu. Die Correspondants des „Populaire“ wurden vor die Friedensrichter gestellt, man belegte deren Bücher und Coupons mit Beschlag, ja man dehnte dieses Verfolgssystem sogar auf die Abonnenten des „Populaire“ aus. Brigadiers der Gensdarmen durchsuchten einzelne Häuser auf dem Lande und confiscirten die communistischen Schriften, die in Paris frei verkauft wurden. Als in einigen Gemeinden ein Plakat mit dem Titel: „Tod den Reichen, die uns vor Hunger sterben lassen,“ angeschlagen wurde, gab dies den Anlass zu häufigen Hausdurchsuohungen, Verhaftungen und Quälereien. Die Meister entliessen ihre Gesellen, welche communistische Grundsätze äusserten, und in einzelnen Berichten der Correspondants aus dieser Zeit liest man von Misshandlungen, welche Arbeitern von ihren Patronen zu Theil wurden, weil sie mit communistischen Agenten Umgang hatten.

Der Abgrund zwischen „Peuple“ und „Bourgeoisie“ klaffte in Frankreich bereits lange Zeit, als der Blitz der Februar-Revolution ihn erhellte und der übrigen Welt zeigte.

Ich habe gesagt, dass Cabet allerdings Communist war, aber den Communismus auf friedlichem Wege, durch Associirung der Arbeiter, durchführen wollte und, da dies in Frankreich nicht zulässig war, auswanderte. Die Regierung wollte auch dies hindern und machte, sie, die Regierung der officiellen Corruption, dem Manne, der sein grosses Vermögen opferte nnd den Hungertod starb, Cabet machte sie den Prozess wegen Betruges — an seinen Anhängern angeblich verübt. Natürlich wurde Cabet freigesprochen.

Ein Baumeister in Paris, Leclaire, gab seinen Arbeitern Antheil am Geschäftsgewinne. Also dieselbe Geschichte, die Geh. Rath Engel und Herr Borchardt vor einigen Jahren in Berlin zur Lösung der socialen Frage in Scene setzten. L. Philipp fand auch dies so bedenklich, dass die Polizei dem Herrn Leclair verbieten musste, den Arbeitern solchen Antheil am Geschäftsgewinn zu geben.

Um Cabets friedfertige Absicht zu kennzeichnen, genügt es, darauf hinzuweisen, dass er, als die Revolution ausgebrochen war, am 25. Februar eine Proclamation veröffentlichte, in der er die Arbeiter aufforderte, die provisorische Regierung zu unterstützen, keinen Angriff auf deren Eigenthum zu machen und sich vor Allem zu hüten, eine unmittelbare Einführung des Communismus zu fordern.

Emile de Girardin sagte von dieser Proclamation, dass vielleicht nie zuvor der Gesellschaft ein grösserer Dienst geleistet worden sei.

L. Philipp ist nicht ungewarnt um seinen Thron gekommen. Im Jahre 1847, also ein Jahr vor seinem Sturz, erschien ein Buch:

„Histoire de la Féodalité financière par A. Toussenel.“ Der Autor wendet sich darin in seinem Schlusscapitel direct an den König. Da es offenbarer Blödsinn gewesen wäre, dem König des Systems der Corruption Reformen anzurathen, so beschwört er den Schatten des verstorbenen präsumtiven Thronfolgers herauf:

„Sire,“ sagte er, „Ihre Regierung wird die Aera der auswärtigen Kriege und politischen Umwälzungen abschliessen, die Ihres Nachfolgers wird ihrerseits die Keime der socialen Revolution verlöschen sehen durch die Emancipation der Arbeit und die Unterdrückung des Judenthums. . . Sire, der königliche Prinz, Ihr vielgeliebter Sohn, seufzte bitter über die Eingriffe dieser unersättlichen Macht der Juden, dieser Juden, sagte er, welche die Macht verletzen, das Land aussaugen und zum schuldlosen Throne die Verwünschungen des verschuldeten Arbeiters aufsteigen lassen. Er dachte, in seinen Träumen vom künftigen Königthum, sich von einer schändlichen Lehnspflicht zu befreien, diese neue, für die Könige und für die Völker so erdrückende Herrschaft zu stürzen; aber er verschwieg sich nicht die Gefahren des Kampfes. Vielleicht wird das Königthum in diesem Kampfe unterliegen, sagte er eines Tages Einem von uns; denn diese Banquiers werden noch lange gegen den König eine Waffe aus der Unwissenheit desselben Volkes für sich machen, welchem der König hat dienen wollen. Sie werden diese Leute durch ihre lügnerische Presse irre führen, sie werden von Neuem ihre Werkstätten auf öffentlichem Platze plündern; sie werden gegen den Pallast ihre unbeschäftigten Arbeiter hetzen und, um die Wuth dieses Volkes einzuschläfern, nachdem sie es entfesselt haben, werden sie ihm ein Königreich mehr zu verschlingen überlassen. Ich weiss, dass uns rauhe Vorkommnisse erwarten; aber es gilt schon nicht mehr vor den Gefahren des Krieges zurückzuweichen, denn die Gefahren des Friedens sind uns noch näher. Es gilt, ohne länger zu zögern, dass das Königthum von heute das Volk den Juden entreisse, wenn diese Regierung nicht durch seine Juden sterben will, wie das eine durch seine Priester gestorben ist, das andere durch seine Soldaten.

Sire, schon erfüllen sich die Besorgnisse des königlichen Prinzen und die vom Capital Geschundenen, die vom Geschick Verstossenen nehmen in ihrem Elende zum Könige ihre Zuflucht. Die Stunde für Alle ist gekommen, für Sie, wie für uns, Sire, mit Juda zu brechen!

Sire, bringen Sie dem Sohne die Worte des Vaters zurück; sagen Sie ihm das Mittel, das Volk den Juden zu entfremden, damit nicht mehr die Juden das Volk und die, welche dulden, gegen den Thron aufreizen; sagen Sie ihm auch, dass in diesem edlen Lande Frankreich alle hervorragenden Geister, alle edelmüthigen und ergebenen Herzen ihm gehören werden, um ihn in seinem Vorhaben zu unterstützen.“

Dieser beredte Appell an den König war in einem zweibändigen Werke motivirt. Der Verfasser wendet seine Angriffe auf

das Judenthum als den geborenen Repräsentanten der Capitalherrschaft. Ich will einige Auszüge aus dem in Deutschland fast unbekannten Werke folgen lassen, weil auch ich die Capitalherrschaft hauptsächlich durch das Judenthum getragen sehe und das Ueberwuchern des deutschen durch das semitische Element für den Anfang vom Ende halte.

Ohne mich also mit allen seinen Urtheilen in ihrer ganzen Härte zu identificiren, übersetze ich folgende Gedanken des Verfassers:

„Ich erkenne nicht den Titel eines grossen Volkes einer Horde von Wucherern und Aussätzigen zu, seit dem Beginn der Jahrhunderte der ganzen Menschheit zur Last, die ihren Hass gegen die anderen Völker und ihren unverbesserlichen Stolz über die ganze Erde mit sich schleppt; eine Rasse, die immer besiegt, gezüchtigt und unterjocht war als Beweis des ganz besonderen Schutzes des Schöpfers, die Sclaverei und die Zwiebeln Aegyptens bereut und immer bereit ist, zur Anbetung des goldenen Kalbes zurückzukehren, ungeachtet der Zeichen des göttlichen Zornes. Fragt ein wenig diese Juden, die von uns hundert Millionen in einem Jahre verdienen, ob sie übertrieben darauf bestehen, die so viel beweinten Mauern Zions wieder zu sehen.

Und wäre das jüdische Volk wirklich das Volk Gottes, es hätte den Sohn Gottes nicht zum Tode geführt, es würde nicht fortfahren, durch Schmarotzerei und Wucher alle die Arbeiter auszubeuten, welche Christus hat erlösen wollen.

Wo auch diese Rasse lebt, ich fordere Jeden auf, dass er sie mir zeige, beschäftigt in einer nützlichen oder fruchtbaren Function, beschäftigt mit etwas Anderem, als die Nation auszusaugen und zu berauben, welche sie in ihrem Schoosse aufgenommen hat.

Also allen falschen Philanthropen und allen Quacksalbereien des Liberalismus zum Trotz wiederhole ich, dass Frankreich grausam das Unrecht seines Mitleids für den Juden büssen wird.

Schon Fourier sagte: „„Um die Herrschaft des Betruges sicher zu stellen, muss man das Volk der Wucherer, die patriarchalischen Faullenzer zu Hilfe holen. Das jüdische Volk ist nicht gesittet, es ist patriarchalisch, indem es keinen Herrscher hat, Keinen im Geheimen anerkennt und jede Betrügerei für löblich hält, sobald es sich darum handelt, diejenigen über's Ohr zu hauen, die nicht ihrer Religion angehören.

Jede Regierung, die auf gute Sitten hält, sollte die Juden zur ordentlichen Arbeit zwingen, sie nur im Verhältniss von einem Procent zur Masse zulassen, eine Kaufmanns-Familie auf hundert Familien der Landwirthschaft und Industrie; aber unser philosophisches Jahrhundert lässt leichtsinniger Weise Legionen von Juden zu, alles Schmarotzer, Schacherer, Wucherer.““

Die Juden sind eine Nation in der französischen Nation, und was sie auch thun und sagen mögen, sie werden dort die erobernde und herrschende Nation sein.

Entrüstung und Zorn überfallen mich bei dem Gedanken, dass Brillenhändler oder Wechsler, von denen man nicht weiss, woher sie gekommen, berufen sein könnten, die Gesetze unseres Landes zu machen, wenn selbst die berühmtesten Kinder Frankreichs, Männer, die sich Beranger, Fourier, Lamannais nennen, aus Mangel an Geld nicht dazu gelangen, ihre Abgeordneten zu wählen.

Begünstigt dieses System der ausschliesslichen Geldherrschaft bis zu seinen letzten Consequenzen, erhöht doch den Zins und ihr werdet sehen, dass die Juden überall die parlamentarischen Majoritäten bilden werden. Ein Jude — französischer Bürger! Die Verschmelzung dieser beiden Namen erscheint mir ungeheuer. Aber der reichste von allen Juden des Zeitalters verdankt Waterloo sein Glück.

Dank dieser parlamentarischen Ohnmacht, Dank dieser Trägheit der Krone und der Schlaffheit der Geister, gewinnt die schachernde Feudalität im Herzen unserer Institutionen reissend an Boden. Mit Geschicklichkeit von der Spaltung profitirend, welche die Presse zwischen Königthum und Volk begünstigt, pflanzt sie sich jeden Tag tiefer in den Boden, seine beiden Füsse dem Königthum und Volk auf die Gurgel setzend. Heute ist sie noch nicht vollständig organisirt, morgen wird sie es sein; den Producenten wie den Consumenten hält sie bereits in Abhängigkeit von sich. Der Jude regiert und herrscht in Frankreich.

Indem ich den Ursprung, die Tendenzen und die allmähligen Ausschreitungen der Geldherrschaft zeigte, die Gefahren der gegenwärtigen Situation aufdeckte und die Mittel angab, ihr zu entrinnen, liess ich zugleich erkennen, dass es noch möglich ist, die unverschämte Macht der Thaler zu brechen. Das Königthum und das Volk rufe ich auf, um sich zur Befreiung von der Geldaristokratie zu vereinigen, wie Krone und Volk schon unter Richelieu es thaten, um die Standesaristokratie nieder zu werfen. Ich beweise, dass das Königthum nur zu wollen hat, um noch einmal die Freiheiten des Volkes zu retten und in seinen Augen glorreich sich zu erklären.

Und jetzt antworte ich denen, welche versucht sein sollten, mich zu fragen, wer ich bin: Ich bin einer von denen, welche man Männer des Tages würde nennen können, zum Unterschiede von denen, die man Männer der Zukunft nennt; ich bin einer von den ergebenen und ungeschickten Leuten, denen man im heissesten Handgemenge der stürmischen Verhältnisse zu begegnen sicher ist, die aber gern vergessen, ihre Bedingungen am Vorabend des Kampfes zu stellen und ihren Antheil an der Beute den Tag nach dem Siege einzuziehen. Ich habe der Sache der Krone zehn Jahre gedient mit einer Kraft der Aufopferung, welche die Gefahren des Kampfes keinen Augenblick abschwächten. Und dieser Sache der Ordnung und der Autorität würde ich noch dienen, wenn es einem Manne von Herz erlaubt wäre, sich zum Helfer dieser entehrenden Politik zu machen, welche man bescheiden nennt und deren wahrer Name servil heisst. Als ich sah, dass die Minister, welche mich beauftragten, sie zu vertheidigen, die Krone verriethen und Frankreich den Juden verkauften, da verliess ich ihre Fahne, um nicht mit ihnen zum Feinde überzugehen.

Ja, der König soll wissen, dass das Glück des Juden sich nur auf dem Ruin des Volkes errichten kann; der König soll wissen, dass das Elend des Arbeiters niemals schreckenerregender war als heute. Dann wird er begreifen, dass die Arbeiter, zu Ende mit Muth und Hoffnung, ihn dafür verantwortlich machen. Der König, um diesen kopfabschneidenden Juden sich gefällig zu zeigen, ist verpflichtet, jedes Jahr bei einer feierlichen Gelegenheit zu den stets wachsenden Fortschritten des öffentlichen Wohlergehens sich gratuliren zu lassen. Und diese Juden lassen ihn es aussprechen, dass die Verhältnisse aller Klassen sich bessern und im Aufschwunge begriffen sind, wenn die Gefängnisse überall vor Vollblütigkeit bersten.

Das Königthum der Juden kennzeichnet sich darin, dass der Jude

im Besitz aller derjenigen Privilegien ist, die sonst das Vorrecht des Königthums bildeten.

Bevor das Gesetz die Eisenbahnen den Juden übertrug, konnte jeder Reisende unbeschränkt auf den grossen Verkehrswegen sich bewegen; seit aber alle Communicationswege, Kanäle und Flüsse den Juden gehören, kann Keiner mehr passiren, ohne ihm seinen Tribut zu zollen. Wer besitzt das Monopol der Bank und das der Transportmittel, die beiden Arme des Handels? der Jude.

Ein Deutscher schrieb vor Kurzem: Fünfzehn Jahre sind es, dass König Louis Philipp diesen Thalerschacherern, welche in Frankreich regieren und herrschen, als revolutionärer Blitzableiter dient. Nun wohl! lässt man allen diesen geldschluckenden Bourgeois hören, dass sie nur ein halbes Procent verdienen würden, wenn sie ihren constitutionellen König gegen einen Präsidenten der Republik umtauschen: der Umtausch wird auf der Stelle vollzogen sein."

Die Regierung ist nichts mehr, als der unterthänige Vasall der Finanzherrschaft und der servile Vollzieher ihres hohen Willens.

Entgegen dem absurden Grundsatz, dass die Monarchen die geborenen Feinde der Völker sind, ist im Gegentheil das Interesse des Volkes in Frankreich mit dem Interesse des Königthums immer solidarisch gewesen. (Sehr wahr!) Die Schwächung der Autorität hat die Schwächung des Schwachen, des Arbeiters, im Gefolge.

Wenn das Capital nicht mehr gehindert ist, die Krone, die providentielle und natürliche Beschützerin des Arbeiters zu fürchten, beraubt es ohne Mitleiden die Arbeit und das Talent ihrer Rechte oder es belohnt sie nach seinem Belieben. Dieses Belieben ist Gesetz geworden für die industriellen Transactionen.

Der Capitalist hat dem Consumenten und Producenten den Fuss auf den Nacken gesetzt. Er hat sie alle beide auf gehässige Art geprellt. Er hat für drei Francs gekauft, was sechs werth ist, und für sechs Francs verkauft, was drei werth ist.

Die ausrottende Concurrenz, durch die Anarchie erzeugt, hat das Salair des Künstlers unter das Minimum herabgesetzt, welches genügt, um ihn zu ernähren. Die Arbeiter haben selbst dieser Herabsetzung in die Hände gearbeitet, indem sie sich selbst Concurrenz machten und gleichzeitig hatten sie die Concurrenz der Meister zu ertragen. Die der Maschinen kam, um dem Arbeiter den Gnadenstoss zu geben. Alle Fortschritte der Industrie und der Wissenschaft, welche im Allgemeinen eine Wohlthat für die Menschheit sein sollten, indem sie die Quellen der Production in Thätigkeit setzen und die Arbeit des Menschen erleichtern, sie haben sich für den Arbeiter in Werkzeuge der Unterdrückung und des Ruins verwandelt. Die Friedensmaschinen sind unter den Händen der Capitalisten zu Kriegsmaschinen geworden, deren sie sich bedienen, um ihre unglücklichen Concurrenten niederzuschmettern, und das Monopol der einträglichen Industrie hat sich unter den Händen der Reichen herangebildet.

Die Fortschritte der Zerstückelung und des Wuchers gingen mit den Eingriffen des Capitals Hand in Hand, welches der Zaum des Gesetzes nicht mehr bändigt; denn die Freiheit und die freie Concurrenz, welche die Oekonomisten predigten, sie erzeugten das Monopol und seine Folgen.

Eine erschreckende und fortschreitende Dürftigkeit hat sich über die Manufacturdistricte ausgebreitet und hat wie ein Trauerschleier die letzten Strahlen religiösen Gefühls, welches noch die Hoffnung des Armen

neu belebte und seinen Muth in seiner Trübsal stählte, aufgefangen. Beim Anblick der Ungleichheiten, deren Opfer er war und das Gott und die Regierung auf der Erde duldeten, fing der Arbeiter an, an die Gerechtigkeit Gottes und die der Könige zu zweifeln, und in seiner Verzweiflung vergriff er sich an die Altäre und Throne, die ihn schützten. Die Unzulänglichkeit des Lohnes hat die Arbeit widersetzlich gemacht und den Künstler aus dem Atelier gejagt, sie hat ihn auf die offene Strasse geworfen und ihn allen Verlockungen des Lasters überliefert. Alsdann haben die Regierung und die Reichen ihre Gefängnisse erweitert und ihre Armeen vermehrt, um der neuen Invasion der Barbaren zu widerstehen.

Gefängnisse und Soldaten, deren Unterhalt man aus der Arbeit des Volkes nehmen muss, sie sind es, welche die Gelehrten und Staatsmänner zu erfinden gewusst haben, um dem Ausbruche der revolutionären Bewegung zuvor zu kommen, erzeugt durch das Elend, die Verzweiflung und die Demoralisation der arbeitenden Klassen.

Gefängnisse! Wenn es Unglückliche giebt, die es als Gnade ansehen, bis an das Ende ihres elenden Daseins dorthin gebracht zu werden, um eines schlechten Bettes und der täglichen Nahrung sicher zu sein!

Die Regierung und die Reichen haben auch den Gebrauch der Sparkassen für diejenigen beschlossen, welche um Arbeit und Brod bitten. Sie haben Bücher über Sittlichkeit den armen Mädchen geschickt, die nicht lesen können, um das Umsichgreifen der Prostitution zu bannen, welche auf dem Pflaster der grossen Städte dahin rauscht.

Und wie die Wechsel und Stürme der Jahreszeiten eine traurige Epidemie zuweilen in ihrem Gefolge mit sich führen, welche die Bevölkerung decimirt, also haben die Handels-Anarchie, sowohl die Thorheiten der Regierten, als auch die entehrende Kleinmüthigkeit der Regierenden, die Geissel der industriellen und Finanzherrschaft herbeigeführt, eine der unedelsten Geisseln, welche die Nationen heimsuchen konnten.

Man hat seit zehn Jahren geschrieben, dass König L. Philipp seine Krone von einem Dutzend Bankiers erhielt, welche eine Einstellung der Zahlung befürchteten. Der grosse Bankier und der grosse Industrielle sind ebenso treue Anhänger der Revolution, wenn ihre finanziellen Speculationen eine schlechte Wendung nehmen. . .

Die Organisation der Arbeit ist die Frage des Tages, die Heilsfrage für alle alten Staaten Europas, deren Constitutionen von allen Seiten in ihren wurmstichigen Fugen krachen. Aber man würde sagen, „dass diese alten Staaten es vorgezogen haben, ihren Schmerz bei den Gefahren, welche sie bedrohen, zu betäuben, und dass die Souveräne in ihrem dynastischen Egoismus das System Ludwig XV. adoptirt haben: Es wird wohl eben so lange dauern wie wir.“

Eben so lange wie ihr, ach! das Ding ist nicht sehr sicher, denn der Tag der Abbüssung nähert sich schnell für alle unterdrückten Mächte und der Ruin der Schuldigen kann den der Unschuldigen nach sich ziehen und die Drohung der Strafe rückt heran am fernen Horizont, wo diese blinden Mächte nicht bemerken, dass der Orkan im Anzuge ist.

Denn es ist der sociale Krieg, welcher beginnt, ich sage es euch, der Krieg derer, welche nichts haben, gegen diejenigen, welche besitzen, der Krieg der Hungrigen gegen die Gesättigten, ein unerbittlicher Krieg der Reaction und der Vertilgung. Die nationalen Rivalitäten sind eingeschläfert, wenn nicht erloschen; die Intelligenz ist zu den Unterdrückten gekommen nach dem Mass der Unterdrückung; sie berechnen ihre Stärke und ihre Zahl; sie fordern nicht mehr allein von ihren Herren

und Meistern Rechenschaft über den Missbrauch, der Ausbeutung; ihre Rache und ihr Hass reichen weiter hinauf.

Die civilisirten Nationen, befreit von der Geissel des äusseren Krieges, haben sich mit kopfüber auf den Industriealismus geworfen. Der Industriealismus hat das Elend des Individuums erzeugt, die Entnervung der Rasse und die Verpestung der Städte, Herde der Aufstände und der Revolutionen.

Der Weber Schlesiens legt Feuer an seine Werkstätten, wie der von Manchester, der von Lyon. Lieder des „Proletariats," der „Kartoffel" oder des „Hemdes," alle diese Proteste der unterdrückten Arbeiter sind ein und dasselbe Aufruhr- und Kriegsgeschrei, denen auf ein gegebenes Zeichen alle Leibeigenen des europäischen Industriealismus antworten können: Discite justitiam moniti . . .

Aber wenn alle diese alten europäischen Gesellschaften sich um dasselbe Uebel abgearbeitet haben, wie ist dann noch nicht der Gedanke zu den Berathungen der europäischen Mächte gekommen, sich zu hören und in Einklang zu setzen, um die Gefahr zu beschwören und der Explosion zuvor zu kommen? . . . Mögen die Cabinette von Paris Neapel, Deutschland sich im Congress vereinigen, um (die sociale) Frage im gemeinsamen christlichen Interesse zu lösen.

Wenn sie diese Congresse abgehalten haben, um sich den Verheerungen der revolutionären Ideen entgegen zu setzen, warum nicht einen ansetzen, um die Verheerungen des Elends und des Hungers in ihrem Laufe aufhalten, diese von den Regierungen ganz anders zu fürchtenden Geisseln, als alle Fortschritte der liberalen Ideen. . . .

Anstatt die Abschaffung des Almosens und das Recht Aller zur Arbeit zu proclamiren, überlässt der Staat den Ertrag der Arbeit dem schmarotzenden Bankier. Er wendet die Einkünfte der nationalen Arbeit an, um die Staatsgefängnisse gegen die Freiheiten der Nation zu erbauen. Und wenn irgend ein edelmüthiger Redner diese Regierung aufforderte, den Boden Amerikas oder des französischen Afrika allen Parias der europäischen Civilisation zu öffnen und ihnen allen dort ein neues Vaterland zu schaffen, indem die verschiedenen Nationalitäten der Ausgestossenen in der heiligen Nationalität des Unglücks aufgehen, es würden sich müssiggängerische Minister alsbald erheben, um zu sprechen, dass ihre Regierung sich nicht mit solchen utopeischen Träumereien zu beschäftigen habe, und den folgenden Tag würden die schamlosesten Schreiber dieser herzlosen Minister den Redner als einen Marat oder einen Poeten abfertigen: Hört, Pharisäer und Scribenten, ihr täuscht euch über die Macht und Langmuth einer edelmüthigen Nation, der Cultus des goldenen Kalbes wird nicht bei uns aushalten. Ihr sprecht von Zukunft; ich selbst weiss es nicht, ob die Zeit zu arbeiten euch bleibt, um eure Thorheiten abzulegen.

Und auch ihr, seid verflucht, falsche Lehrer des Oekonomismus, die ihr für Gold die wahre Wissenschaft und das Volk verrathen habt; die ihr für Gold den Diebstahl und Raub glorificirt habt; die ihr habt das Uebel geleugnet, um euch zu dispensiren, ein Mittel dagegen zu suchen."

An die Minister wendet sich Verfasser mit folgender Rede:

„Der Name, der euch am besten ansteht, ist der „Nichtsthuer." Und irrt euch nicht über die Milde des Epithetons, denn in meinen Augen und in den Tagen, in denen wir leben, ist Nichtsthun schlimmer als Verrath. . . .

Ich halte dafür, dass kein Schuldiger Frankreich mehr verrathen hat, als der Minister des Innern, welcher einmal die Frage des Lohnes für zu

schwierig erklärte, als dass die Regierung das Recht hätte, sich darein zu mischen.

Nichtsthuer — denn Alles vom Fuss bis zum Gipfel war in eurem socialen Gebäude wieder aufzubauen, wo eure Vorgänger vergessen hatten, den Ehrenplatz der Arbeit und der Fähigkeit anzuweisen. Nichtsthuer, denn ihr seid zu Ministern gemacht worden, um diese Vergessenheit zu repariren und ihr seid schamlos vor der Arbeit zurückgewichen, jedes Mal, wenn man euch in den Stand setzte zu handeln. . . .

Aber, nachdem die Ruhe zurückgekehrt, die Regierung befestigt ist, hatte diese Faulheit keine Entschuldigung mehr. Dann habt ihr die Unbeweglichkeit zu einem System erhoben und gegen die Idee die Waffen gewandt, welche ihr euch in den Tagen des Aufruhrs hattet geben lassen, um die öffentliche Ordnung zu vertheidigen und ihr habt den Namen verdient, welchen euch der Dichter auferlegt hat — Chefs der Partei der Bornirten: das ist euer Verrath.

Turgot hatte euch vor sechzig Jahren gesagt, „das heiligste von allem Eigenthum, das heiligste von allen Rechten hätte der Arme, das Recht zur Arbeit, das Recht zu leben.“ — Die Insurgenten von Lyon haben euch die Formel Turgots vergeblich wiederholt; vergeblich sind die Strikes auf allen Punkten Frankreichs ausgebrochen, um euch die Wichtigkeit der Lohnfrage zu zeigen und die dringende Nothwendigkeit der Organisation der Arbeit.

Ihr habt durch eure Scribenten insultiren und als Unsinnige Turgot und diejenigen behandeln lassen, welche dachten wie er.

Ihr habt vor der Lohnfrage, welche im Keim die Emancipation des Arbeiters enthielt, abgedankt, überall die Sorge über sie zu beschliessen, den Musketen eurer Soldaten und den Kanonen eure Forts überlassend.

Ohne Zweifel wäre es besser gethan, den Arbeitern, welche wir von den Revolutionen zurückhalten wollen, begreiflich zu machen, dass sie von der Initiative der Macht nichts zu erwarten haben, dass sie nur auf sich selbst zählen sollen. Und ihr schämt euch nicht, die Hülfe der Macht herbeizurufen, bejammernswerthe Geschichtsschreiber, die ihr so gut die Lehren Turgots und die Forderungen der Zeit versteht!

Aber ihr habt an euren Staatsgefängnissen gegen die Lohnfrage noch nicht genug. Unter dem Vorwande, dass jede Arbeiter-Vereinigung eine Drohung gegen die Ordnung sei, habt ihr ihnen das Recht untersagt, sich zu versammeln, um ihr Leben gegen die autorisirte Coalition der Herren zu vertheidigen; ihr habt die Arbeit, an Füssen und Händen geknebelt, dem Capital überliefert, ihr Judasse der Revolution und der Gesellschaft von der Firma: „aide-toi.“

Judasse der Revolution, denn dieser Name kommt euch fast eben so gut zu, wie der andere, denn seit dem Tage eurer Installation in die Regierung, nach 1830, schiedet ihr schon die Nation in zwei Felder, zum Besten einer unverschämten Theorie, von England entlehnt. Ihr stelltet auf die eine Seite zweihunderttausend Zinsmänner mit zweihundert Francs Auflage, welche ihr das „legale Land“ nanntet; auf die andere dreiunddreissig Millionen Bürger und ihr sagtet, dass das legale Land Alles sei, der Rest aber zu nennen sich nicht der Mühe lohne. (Census.)

Es war doch wohl, wenn ich ein gutes Gedächtniss habe, das wahre Volk, das Volk der Arbeiter mit den nackten Armen und nicht das legale Land, welches euch auf den Schild der Macht hob, nach dem euch so lange gelüstet: Das legale Land versteht sich wenig darauf, die Throne zu stürzen und die Wälle der Bewaffneten umzustürzen.

Judasse der Revolution . . . . Ihr waret es wieder, die Kinder von



89, welche den Tag nach dem Sturze des alten Regimes und mehr als fünfzig Jahre nach der Nacht des 4. August, Fürsten und Grafen einsetztet, indem ihr aus dem vermoderten Nachlass der Vorfahren elende Fetzen Flittergold herausrisset, um dahinter den Namen zu verbergen, welchen eure Väter getragen hatten. Kleine eitle Bourgeois, kleine Geschichtsschreiber, verruchte Abschaffer der Privilegien, welches Mitleid flösst ihr mir ein! Und wie die Stunde bewunderungswürdig gewählt war, seht doch, um eine neue Fabrik von Edelleuten herzustellen, als die Fürsten von altem Stammbaum ihre alten Wappen den Juden verkauften, um als Schilder vor den Eisenbahn-Werkstätten zu dienen. . . .

Ich frage euch, welche Sorge habt ihr für das Wohlergehen des Volkes gehabt? Eure Handlungen antworten mir, dass ihr mit unserem Golde so reichlich überladen habt den Verräther und den Juden, so dass nicht ein Centime in der Staatskasse geblieben ist, um dem Ausbruch der Hungersnoth zu steuern. . . .

Das Brot kostet zehn Sous, das Volk wehklagt, die Dürftigen erdrücken sich an der Thür der billigen Brotläden, welche das städtische Mitleid errichtet hat. Wo sind eure Ueberfluss-Speicher? Der Mangel kündigt sich sechs Monate im voraus an und ihr habt ihn voraussehen müssen. . . .

Es giebt kein überflüssiges Getreide; was wollt ihr, — der Ackerbau-Minister, welcher von Metier ein Cashmir-Fabrikant ist, war nicht verpflichtet zu wissen, dass eine brennende Dürre die Ernte compromittiren könnte. . . .

Ich habe euch gebeten, mir zu sagen, welche Sorge ihr für die Sittlichkeit des Volkes gehabt habt, und für die Wunden seiner Seele, welche ihr geheilt hattet. Nun, ich durchblicke die Tagesgeschichte, um dort eure Antwort und eure verborgenen Verdienste zu suchen und ich finde euch immer die Hände in der Corruption, aufmunternd durch alle Mittel den hochfürstlichen Betrug, verhandelnd die Gewissen, anschürend die Wuth des öffentlichen Spiels durch die Unterstützung der Regierung und der den Glücklichen vorbehaltenen Ehren; einimpfend den Massen den Durst nach Gold und den materiellen Genüssen, den Abscheu vor jeder anständigen Arbeit und vor jeder Rechtschaffenheit! . . .

Ich hatte indessen gehofft, dass dieses letzte Jahr 1846 euch Rath bringen würde. Es ist so reich gewesen an Geisseln aller Art, unbändigem Wucher, Epidemien, Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen, Noth, und diese Geisseln tragen aus Gewohnheit so viele schreckliche Lehren mit sich. Das ist sehr schade, in der That, dass ihr so tief schlafet, so tief, dass das Wehegeschrei und das Wuthgeheul von so viel Völkern, welche dulden, euch nicht erwecken können."

An das Volk wendet sich dieser erbarmunglose aber scharfsichtige Strafprediger:

„O Volk! es ist vortheilhafter und leichter, deine Leidenschaften herauszufordern, als deiner Sache zu dienen und deine Vergehen sind die beste Rechtfertigung der Despoten. Volk, deine falschen Freunde missbrauchen deine Unwissenheit und deine Fehler, wenn sie dich in den politischen Agitationen und in dem Umreissen der Throne eine Erleichterung an deinem Elende suchen lassen. Die Wohlthaten, welche dir aus deinen fünfzig Jahren Revolution und Schlachten zugefallen sind, beschränken sich auf Vermehrung der Abgaben, deren grösster Theil auf dich allein zurückfällt, wie die Blutsabgabe; und die Geldabgabe, allein durch deine Arbeit aufgebracht, wird unmässig durch jeden deiner unsinnigen Aufstände erhöht. Indessen spare du noch deine Liebe und deine fana-

tische Bewunderung für die Henker der Nation auf, welche die Knochen deiner Kinder auf alle Schlachtfelder aussäen, und hasst nur Verachtung und Wuthgeschrei für die liebreichen Fürsten, welche dir den Frieden bringen. Dein Unglück ist dein Werk, o Volk!

Eine neue Aristokratie hat sich auf die Trümmer aller Regierungen erhoben, welche sie dich hat stürzen lassen, und sie hat aus deinen Siegen Nutzen gezogen, um deine Ketten fester zu schliessen und dich, wie ehemals deine Herren, auszupressen.

Schamlos lügen diejenigen, welche dir von deiner unbesiegbaren Macht, deinen Eroberungen und deinen Freiheiten sprechen.

Diejenigen lügen, welche sagen, dass jeder deiner Söhne in seinem Tornister den Marschallstab trage! Grausamer Spott! denn diese künftigen Marschälle Frankreichs würden selbst nicht daran denken, ihren Pflug für den Ruhm zu verlassen, wenn sie dazu nicht gezwungen würden.

Schöne Freiheiten, welche den Arbeiter nicht von seinem Elend befreien und seine Tochter nicht vor der Prostitution bewahren!

Volk, wenn einige Erleichterungen in den Verhältnissen deines materiellen Lebens unverhofft eintreten, dann entspringen diese seltenen Erleichterungen lediglich der Wissenschaft; und der Beweis dafür ist, dass die Völker der absoluten Monarchien diese Erleichterungen vor dir genossen haben und in ausgedehnterem Masse als du. Die Kriege und die Revolutionen haben Verbesserungen nur in den Werkzeugen herbeigeführt, die Menschen auszurotten, und die einzige unschuldige Industrie, welche aus diesen Kämpfen uns überkommen ist, ist eine nicht lebensbeständige Industrie, welche auf den Besteuerten lastet, wie die Geisseln, aus denen sie geboren ist.

Ueberdies, die Geldherrschaft vergiftet für deine Kinder alle Früchte des wissenschaftlichen Genies: sie vernichtet dich mit ihren Maschinen, welche deine Arbeit erleichtern sollten, und jedes neue Erzeugniss der Industrie oder der Wissenschaft, bestimmt dir Wohlergehen zu bringen, bildet sich in ihren Händen zu einer giftigen Substanz um.

Der Luxus ist zu dem Bourgeois herabgestiegen, aber er hat das Elend der arbeitenden Klassen nur lebhafter und schmerzhafter gemacht durch den Stachel der Bedürfnisse und des Vergleichs.

Volk, deine falschen Freunde lügen, wenn sie die Fortschritte deiner Moralität rühmen, wie die Scribenten müssiggängerischer Minister, wenn sie deinen Reichthum preisen. Die Fortschritte der öffentlichen Sittlichkeit haben niemals die Gefängnisse zu eng gemacht.

O Volk, wisse endlich Revolutionen nach ihren Früchten zu beurtheilen und lerne endlich klar sehen.

Volk, zieh dich von denen zurück, welche dich betrogen haben und schüttle deine falschen Dogmen ab. Volk, das du von der Arbeit lebst, deine wahren Feinde, deine einzigen Feinde sind die Wucherer, die Verkäufer von verfälschten Lebensmitteln, die Monopolisten, deren Schmarotzerthum alle Erzeugnisse deiner Arbeit aufzehrt.

Jeder Schlag, welchen du der Staatsmacht versetzest, bringt der Macht dieser Schmarotzer ein Knechtungs-Element mehr zu und bringt ausschliesslich der Geldherrschaft Nutzen, dem Feinde der Monarchie und der Freiheit.

Indem sie dich gegen die Krone bewaffnen, zwingen die Betrüger, die dich leiten, tagtäglich die Krone, sich gegen dich zu kräftigen; sie erklären in irgend einer Weise ihre Gleichgültigkeit für deine Rechte und ihre schuldige Trägheit in der Herbeiführung von Reformen für recht-

mässig, und der Jude, der dich vernichtet, hat sich zum Könige gemacht durch dein Vorurtheil gegen die Autorität.

Arbeiter, hört: die Krone allein kann euch heute gegen die Unterdrückung und die Gier eurer unersättlichen Herren schützen; möge euer Hass für einen Tag die Krone vergessen; thut mehr, reicht ihr die Hand, damit sie ihrerseits ihre Furcht ablege und uns hören könne, uns, die wir dienen euren Rechten und wollen, dass sie wieder anerkannt werden! Möge die Proclamirung des Rechtes von Allen auf die Arbeit das erste Pfand eurer ernsten Versöhnung sein. Ohne dieses Bündniss, denkt daran, keine Freiheit, keine Reform, kein Heil.

Macht für die Krone! Tod dem Schmarotzerthum! Krieg den Juden! Das ist die Devise der neuen Revolution!"

Ungerecht in dieser Predigt ist, dass der Strafprediger alle Schuld auf das Judenthum wälzte. Einen grossen Theil der Schuld am Unglück Frankreichs trägt es allerdings.

Sehr richtig, und vor L. v. Stein noch, hat Verfasser den Monarchen den Schirmer der Freiheit und den Schutz der Armen genannt. Aber er hatte den Monarchen im Auge, wie er sein soll — keinen L. Philipp. Seine Warnung ging ungehört hin. Der König hörte und beachtete sie nicht — und er fiel. Das arbeitende Volk beachtete sie nicht, es liess sich von der Bourgeoisie gegen den König missbrauchen, zerbrach den Thron — und es erntete eine noch schlimmere Ausbeutung, eine noch ärgere Capitalherrschaft.

Wie es zur Revolution kam, ist sattsam bekannt.

Der „Bürgerkönig" Ludwig Philipp, von der besitzenden Klasse auf den Thron gesetzt, konnte wohl nicht, wie seine Vorgänger aus dem Hause Bourbon, versuchen, die alte ständische Gesellschaftsordnung wieder einzuführen; aber er wollte nicht ganz eine Puppe sein. Das Thiers'sche „Le roi règne mais ne gouverne pas" passte ihm nicht. Er wollte dem Königthum einige Macht wieder erwerben. Diese Neigung des Bürgerkönigs führte seinen Sturz herbei. Das besitzende Bürgerthum leistete Widerstand. Es machte die Wahlreform zu seinem Losungsworte und als das Ministerium Guizot, unterstützt durch die grosse Majorität der Kammer, auf dem reactionären Wahlgesetze bestand, sahen die Deputirten der Linken ein, dass die Zeit gekommen sei, um der Regierung zu zeigen, auf wessen Seite die Macht liege. Schon seit dem Jahre 1847 hatte die Bourgeoisie in allen Theilen Frankreichs Reformbanquette veranstaltet, die gewissermassen als Demonstration für die Wahlreform angesehen werden konnten. Anfangs Februar 1848, nach dem Siege der Regierung in der Kammer bezüglich des Wahlgesetzes, würden diese Reformbanquette verboten. Als Antwort auf dieses Verbot veranstaltete der 12. Bezirk von Paris ein grossartiges Reformbanquett. Zehntausend Nationalgardisten sagten den Veranstaltern des Banquetts ihre Unterstützung zu. Die Regierung begann nun ihre in Paris befindlichen Streitkräfte, 37 Bataillone Infanterie, 20 Schwadronen Cavallerie, 9 Batterien Artillerie etc. — 40,000 Mann standen in der Nähe von Paris — zu zeigen. Die Mehrzahl der revolutio-

nären Bourgeois-Deputirten verlor dabei den Muth und trat vom Banquett zurück. Am 21. wurde von der Regierung der Befehl gegeben, die Anstalten zum Banquett wegzuräumen. Aber schon am 22. erhob sich das gereizte Volk, die Strassenschlacht begann. Am 23. war ganz Paris in den Aufstand verwickelt. Sein Losungswort war: „Es lebe die Reform. Nieder mit Guizot!"

Das war der Inhalt des Kampfes im Sinne des eigentlichen Bürgerstandes; man liess Königthum und Verfassung bestehen; man wollte eine Regierung, deren Princip es sei, die besitzende Klasse unter dem Schutze des Königsthums herrschen zu lassen. Das Militair wankte. Es schoss nicht auf die Bürgerwehr. Der Aufstand rückte dem Schlosse näher. Der König, noch immer starrsinnig und ungläubig, sah doch endlich, dass es Zeit sei zum Nachgeben. Das Ministerium Guizot ward entlassen. Er begann an die Bildung eines neuen zu denken. Auch jetzt noch verstand der König die Bewegung nicht. Er glaubte, ein Ministerwechsel genüge. Am Abend des 23. Februar hatte die besitzende Klasse entschieden gesiegt. Es handelte sich nur noch um den Hauptpunkt, die Reform. Der König hatte auf diesem Punkte nicht nachgegeben. Er wollte lieber das Aeusserste versuchen. Doch war es schon damals klar, dass die besitzende und siegreiche Klasse dem König auch dieses Gesetz aus den Händen reissen werde. Im Wesentlichen war mit dem 23. Februar die Schlacht der Bourgeoisie geschlagen, der Sieg gewonnen.

Weiter wollte die Bourgeoisie nicht gehen, aber — die Leitung entfiel ihren Händen, der vierte Stand trat plötzlich, unerwartet auf und machte die révolution des dupes, die Revolution, bei der die Bourgeoisie dupirt wurde, die erste sociale Revolution, ganz gegen die Absichten der liberalen Urheber.

Um 10 Uhr Abends etwa war es, als ein neuer Zug von Arbeitern und Bürgerwehrmännern, vor dem Hotel Guizot's anlangend, auf jenes Bataillon des 14. Regiments stiess, das ihn mit einer furchtbaren Salve empfing und den halb beruhigten Kampf auf's Neue erweckte. Es war sehr leicht möglich, dass in solcher Zeit Unglück oder Missverständniss ein solches Ereigniss herbeiführen konnte. Allein gerade in diesem Augenblick musste es entscheidend werden.

Mit jenem Augenblick schliesst das zweite Stadium des Kampfes, der Sieg der besitzenden Klasse. Der Kampf um die Reform tritt zurück und mit dem 24. Februar fängt die Masse des Volkes an, das Königthum und in dem Königthum die Herrschaft des grossen Capitals über die übrigen Klassen, das heisst: die gegebene Ordnung der Gesellschaft selber anzugreifen.

Das ist der dritte Tag jener Revolution. In ihm tritt das zweite grosse Element der industriellen Gesellschaft, die capitallose Arbeit, das Proletariat, in den Vordergrund. — Es sah ein, dass ein unconstitutioneller Monarch beide Klassen der Gesellschaft unterdrücken kann; sie begreift nicht weniger, dass ein constitutioneller Monarch, der herrschenden, besitzenden Klasse gehorchend,

wenigstens die unterworfene, bloss arbeitende Klasse unterdrücken muss. Es sagte sich daher, dass unter jeder Form das Königthum sein Feind ist. — Es erkennt, dass durch die Besiegung der besitzenden Klasse das Königthum stärker geworden wäre, und darum hat es der besitzenden Klasse geholfen; es weiss aber nicht weniger, dass durch die Bewältigung des Königthums im Sinne der besitzenden Klasse die Herrschaft der letzteren über sie selber unendlich viel stärker wird, und darum will es bei diesem Siege nicht stehen bleiben. — So lange daher der erste Theil des Kampfes gekämpft wird, hält es sich zurück; so wie mit dem 24. der zweite beginnt, tritt es allein voran. — So kam es, dass das Bourgeois-Königthum fiel, nicht weil seine Feinde so mächtig waren, sondern, weil es seine natürlichen Freunde, die besitzenden Klassen, sich entfremdet hatte.

Das unterscheidet eben die durch eine Revolution gemachte Monarchie von der altangestammten, dass ersteres jünger ist, als die Volksklassen, und dass es von der einen gemacht wurde — um ihr, ihren Interessen, zu dienen. Das angestammte Königthum ist älter als die Klassen, ist nicht das Geschöpf der einen, und deshalb in der Lage, wenn es sich die Macht nicht durch eigene Schuld entwinden lässt, zu verhüten, dass die eine Volksklasse die andere unterdrückt, beherrscht. Nur in dieser Monarchie kann die Freiheit herrschen. Ausser ihr existirt stets die Herrschaft einer Klasse, die sich in der Majorität der gewalthabenden Körperschaft — Kammer etc. — ausspricht.

Die Arbeiter von Paris verjagten den König, verbrannten den Thron auf dem Bastillenplatz, sprengten die Deputirtenkammer und proklamirten die Republik.

Den Arbeitern war der Sieg zu danken; das republikanische Bürgerthum entriss ihnen die Früchte desselben und bemächtigte sich der Staatsgewalt. Die provisorische Regierung bestand aus den Bourgeois-Republikanern des „National“, denen der Löwenantheil zufiel (Cremieux, Arago, Garnier-Pages, Marrast, Marie); aus den kleinbürgerlichen Republikanern der „Reform“ (Ledru-Rollin, Flocon); und dazu als Anhängsel, zur Abspeisung der Proletarier, aus dem Socialisten Louis Blanc und dem Arbeiter Albert. Den Vorsitz erhielt Lamartine — ein echter Franzose, der Mann der Phrase.

Da der Anstoss zur Revolution nicht aus dem Bewusstsein der arbeitenden Klasse hervorgegangen war, so konnte der Erfolg für die Arbeiter nicht bedeutender sein, als er sich damals zeigte. Die provisorische Regierung, deren Oberhaupt der Dichter Lamartine war, wurde von den Anforderungen der beiden Klassen der industriellen Gesellschaft hin und her gezogen, sie konnte die Streitenden nicht versöhnen, noch weniger die eine Partei zu Gunsten der anderen unterwerfen. Eine Entscheidung sollte aber bald fallen, und wie die Verhältnisse lagen, mit Nothwendigkeit zu Ungunsten der besitzlosen Klasse, die im grossen Ganzen über

das, was im Interesse der Arbeiter geschehen musste, noch unklar war.

Dies ist das Unterscheidende der ersten socialen Revolution von der zweiten des Jahres 1871. Dank der „Internationale“, wissen jetzt die Arbeiter der ganzen Welt, was sie im gegebenen Augenblicke zu thun haben. Diese fürchterliche geschichtliche Aufgabe hat sie gelöst, sie hat den Arbeitern aller Culturstaaten Klassenbewusstsein und bestimmte Actionsziele gegeben und — wird nun verschwinden und kann es thun.

Einen kurzen Blick kann man immerhin auf diese erste Revolution der noch unorganisirten und unbewussten Arbeiter werfen.

Die provisorische Regierung der französischen Republik hatte alle politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt, unter ihnen namentlich Blanqui und Barbès. Beide hatten in ihren Gefängnissen die alten Ideen nicht aufgegeben. Wieder hineingeworfen in das öffentliche Leben, Hauptvertreter der alten, so lange besiegten Ideen, waren sie dennoch von aller Theilnahme an Macht und Einfluss ausgeschlossen. Das trieb sie sofort wieder mitten in die Bewegung hinein. Sie traten an die Spitze des Clubs der Menschenrechte, und sofort schlossen sich alle Reste der geheimen Verbindungen, von denen wir früher geredet haben, an sie als erprobte Führer an. Der Zudrang zu diesem Club war ganz ungeheuer; durch ihn stellten sich Blanqui und Barbès gleichsam von selber an die Spitze der Masse des Proletariats; in ihnen hatte dasselbe erst seinen Ausdruck gefunden, und während Louis Blanc und Ledru-Rollin die Bewegung in der Regierung vertraten, waren Barbès und Blanqui die Häupter der Strassengewalt.

Die provisorische Regierung versuchte unterdessen durch einige provisorische Decrete die Arbeiter zu befriedigen und so Herr der Bewegung zu werden. Die Arbeitszeit wurde von elf auf zehn Stunden herabgesetzt, die Steuer auf die Volksnahrungsmittel (Fleisch, Brot, Salz, Getränke) aufgehoben, als Ersatz aber für den in Folge dieser Massregeln entstehenden Ausfall der Einnahmen die Erhöhung der Grundsteuer und die Besteuerung der hypothekarischen Forderungen angeordnet.

Wie immer, musste auch hier der Grundbesitz die Zeche bezahlen. Jene Steuern trägt er heute noch.

Die alte Pariser Nationalgarde wurde im Sinne des allgemeinen Wahlrechts reformirt. Die Regierung decretirte, dass jeder mündige und ehrenhafte Franzose Mitglied der Nationalgarde sei und dass die Officiere von den neugebildeten Mannschaften gewählt werden sollten. Eine Arbeiterkammer wurde errichtet, welche sich mit der Discussion der Arbeitsverhältnisse befasste. Für die unbeschäftigten Arbeiter wurden National-Werkstätten geschaffen, deren Verwaltung aber von Beginn an in die Hände der Gegner der Arbeiter gerieth. Diese National-Werkstätten waren nur Versorgungsanstalten, sie beschäftigten sich ausschliesslich mit werthlosen Erdarbeiten. Die Arbeiterkammer forderte dagegen Productivassociationen. Man hatte geglaubt, mit der Errichtung von

National-Werkstätten dem am 25. Februar von der Regierung erlassenen Decret, welches das Recht auf Arbeit garantirte, Genüge geleistet zu haben. Wie wenig aber diese Art der Ausführung mit dem Inhalt des Decrets harmonirte, wird einleuchten, wenn man den Wortlaut desselben betrachtet.

Die Art, wie dies Decret zu Stande kam, ist sehr bezeichnend für den Leichtsinn, mit dem in Revolutionszeiten Gesetze gemacht werden.

Am 25. Februar, als noch der ganze Zustand der Dinge im höchsten Grade aufgelöst, die Armee desorganisirt, die Bürgerwehr zerstreut, der König noch im Lande, die Stimme der Provinzen noch nicht gehört, die provisorische Regierung noch nicht allgemein anerkannt und schutzlos im Stadthaus residirte, erschien plötzlich ein verhältnissmässig kleiner, aber offenbar höchst entschlossener Zug von bewaffneten Arbeitern vor dem Stadthaus, geführt von einem Arbeiter, Namens Marche, der mit seiner Büchse bewaffnet, in das Sitzungszimmer der Regierung hineindrang und im Namen des Volkes die Anerkennung des Rechts auf Arbeit forderte. Die Regierung hörte den Mann schweigend an; Niemand ergriff das Wort, als plötzlich Louis Blanc aufstand, mit ihm in eine Fensternische trat und folgendes Decret entwarf:

„Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, dem Arbeiter seinen Unterhalt durch die Arbeit zu garantiren; sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu gewähren; sie erkennt an, dass die Arbeiter sich unter einander associiren müssen, um den rechtmässigen Ertrag ihrer Arbeit zu geniessen." Ledru-Rollin setzte hinzu: „Die provisorische Regierung giebt den Arbeitern, denen sie gehört, die fällige Million der Civilliste des Königs zurück." Das Decret wurde ausgefertigt, erlassen und bekannt gemacht. In Verbindung mit der Institution der Arbeiterkammer war es die Erklärung, dass die Revolution einen socialen Charakter angenommen habe.

Selbstverständlich durchaus gegen die Absicht der Dupes vom Reformbanquett, die die ganze Geschichte eingerührt hatten. Und wie viel Blut hat es gekostet, diesen „socialen" Charakter wieder zu — deprimiren — auf Zeit natürlich nur.

Ueber jenes Decret schrieb später Louis Blanc: „Ich wusste sehr wohl, wie tief dieses Decret die Regierung verpflichtete; ich wusste genau, dass es nur ausführbar sein würde vermittelst einer socialen Reform, welche die Association als Princip und die Aufhebung des Proletariats als Ziel aufstellte. Aber das war in meinen Augen gerade der Werth des Decrets."

Der Gang der Dinge entwickelte sich kurz also: Es handelte sich für die überraschte Bourgeoisie darum, Zeit zu gewinnen. Deshalb beschloss man, eine Commission zum Studium der ökonomischen Lage im Luxembourg einzusetzen und ihr L. Blanc zum Präsidenten zu geben. Hier hatte er Gelegenheit, seine Phrasen an den Mann zu bringen, und das war unschädlich. Am 1. März fand die erste Sitzung statt.

Es wurde bestimmt, dass jedes der Pariser Gewerbe drei Arbeiter als Vertreter nach diesen „Generalstaaten des Volkes", wie Louis Blanc sie nannte, schicken solle.

Am 10. März fand sich die Versammlung vollständig constituirt, 250 Arbeiter, die Vertreter von 88 Professionen, waren an diesem Tage zugegen, bis spätere Wahlen diese Anzahl am 20. März auf 500 Mitglieder brachten.

Auch drei Arbeiterinnen befanden sich schon in der Eröffnungssitzung unter den Mitgliedern, die in diesem glänzenden Palaste vereinigt waren.

Man lud auch die Meister ein, Delegirte zu diesen Verhandlungen zu schicken, wodurch die Industrie reformirt werden sollte. Nur 77 Gewerbe entsprachen dieser Anforderung und schickten 150 bevollmächtigte Vertreter nach dem Luxembourg, welche sich übsigens nie mit den Arbeitern verschmolzen und ein separirtes Element im Luxembourg bildeten.

Die einzigen praktischen Massregeln, die von diesem Redeclub ausgingen, waren die Abschaffung der Arbeiten durch Vermittelung der Werkmeister und die Herabsetzung der Arbeitszeit in Paris auf 10, in den Departements auf 11 Stunden täglich. Ueberall, wo die Arbeiter von jetzt ab einen Moment die Gewalt haben, wird man einen ähnlichen Normal-Arbeitstag decretiren.

Ausser diesen beiden Massregeln wurden noch einige andere Palliativmassregeln angeordnet, worunter sich die Errichtung von unentgeltlichen Auskunfts-Bureaux für Arbeiter und Arbeitgeber, das Verbot der Concurrenz durch Gefängniss- und Klosterarbeit, das Project, billige und gesunde Wohnungen für Arbeiter zu begründen, gehören.

Nun entwickelte L. Blanc seine Ideen der Organisation der Arbeit. Es bestand darin, dass der Staat alle Fabriken und Werkstätten ankaufen solle, und dass die Arbeiter sich unter einander associirten, um diese Etablissements auszubeuten. Der Gewinn sollte in vier Theile getheilt werden, nämlich ein Viertel für den Ankauf der Fabriken und Werkstätten, ein Viertel zur Unterstützung der alten und kranken Arbeiter, ein Viertel zur Vertheilung unter die gesunden Arbeiter, und ein Viertel, um einen Reservefond zu bilden. Er wollte ausserdem, dass der Preis aller Waaren durch den Staat bestimmt werde, um jede Concurrenz zu verhindern. Er schlug ferner vor, dass alle Gewerbe solidarisch unter einander verbunden würden, damit auf diese Weise eine allgemeine Solidarität entstehe.

Während L. Blanc, dem alle Arbeiter von Paris fast anhingen, seine Zeit mit Debatten über dies Project verlor, entzog man ihm klüglich die Unterstützung der Arbeiter, indem man die National-Werkstätten schuf.

Schon 1790 waren solche eingerichtet worden, und da durch das famose Decret von L. Blanc den Arbeitern die Arbeit garantirt war, so musste man sich schon dazu entschliessen, dies zu thun. Anfangs liess man die einzelnen Maires an solche Arbeiter,

die sie in ihren Mairien beschäftigten, 2 Francs, an solche, die sie nicht beschäftigen konnten, 1 Fr. 50 C. täglich vertheilen. Doch ging das bald nicht mehr an, und so ernannte der Minister Marie den Ingenieur Emile Thomas zum Director der zu schaffenden National-Werkstätten. Thomas theilte die Arbeiter in Brigaden und Compagnien ein, die sich ihre Führer selbst wählten. Hiermit pflanzte er Bäume, baute Brücken und führte Erdarbeiten aus. Bald hatte er eine Armee von 150,000 Mann. Noch hielten viele Arbeiter zu L. Blanc. Aber die Regierung, welche Blanc und Albert im Luxembourg unschädlich gemacht hatte, glaubte, sie könne die Armee des Thomas allenfalls gegen die L. Blanc's gebrauchen, und so sagte Marie im Mai zu Thomas: „Beunruhigen Sie sich nicht darüber, dass die Zahl der Arbeiter in den National-Werkstätten zunimmt, vorausgesetzt, dass sie gewiss sind, sie beherrschen zu können. In diesem Fall kann die Zahl nicht zu gross sein. Trachten Sie, sich derselben zu versichern, sparen Sie kein Geld; nöthigenfalls wird man ihnen geheime Fonds bewilligen. Glauben Sie, dass Sie diese Leute commandiren könnten? Vielleicht ist der Tag nicht fern, an dem wir sie in der Strasse brauchen werden. — Trachten Sie, dass sie bewaffnet seien."

Ausser diesen Worten des Ministers giebt es noch viele andere Anzeichen, welche darauf hinweisen, dass die gemässigte republikanische Partei einen Kampf mit den rothen Republikanern voraussah, wenn auch nicht hervorzurufen suchte. Man sah das Gewitter kommen und wiegte sich in der Illusion, dass man im Stande sein könnte, es zu vertheilen. So lange es sich nur darum handelte, kleinliche Eifersüchteleien zwischen den Arbeitern des Luxembourg und den Arbeitern der National-Werkstätten zu nähren, bei Processionen ihre Abgeordneten in Zänkereien zu verwickeln und eine Vereinigung zwischen beiden Gruppen zu verhindern, konnte man reussiren.

Allein bald begriff man, dass die Arbeiter von Thomas nicht gegen die von Blanc kämpfen würden, und nun beschloss man, die National-Werkstätten aufzulösen. Vorher jedoch wollte man sich eine legale Position schaffen.

Als die Majorität der provisorischen Regierung einsah, dass sie den herrschenden Zwiespalt nicht zu beseitigen vermochte, suchte sie sich ihrer Gewalt zu entledigen und schrieb die Berufung eines constituirenden Parlaments auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts aus.

Bei der Stimmung, die in den Provinzen herrschte, war vorauszusehen, welches Resultat bei den Wahlen erzielt wurde. Da die Socialdemokratie in den Provinzen nur eine verschwindende Anzahl von Anhängern hatte, da sie selbst in Paris noch nicht gute Kräfte genug besass, so half es nichts, dass der Minister des Innern Commissarien in die Provinzen sendete und alles aufbot, um wenigstens der entschiedenen Demokratie die Majorität zu sichern.

In Paris wurde dies von den Arbeitern begriffen. Sie veranstalteten deshalb Manifestationen, um die Aussetzung der Wahlen zu erlangen. Es war vergebens. Louis Blanc und Ledru-Rollin, die bereits von den Arbeitern mit Misstrauen betrachtet wurden, sprachen selbst gegen die betreffenden Anträge der Arbeiter-Deputation, jedenfalls in der Ueberzeugung, dass der Kampf, welcher bei Annahme der Anträge entbrennen würde, für die Arbeiter nutzlos sein werde.

Am 27. April wurde das Resultat der Wahlen bekannt gemacht. Nur wenige Vertreter der socialistischen Ideen waren gewählt worden. Ein Theil der Socialisten war nunmehr für die ruhige Entwickelung der Dinge, ein anderer Theil beleidigte die Kammer durch unsinnige und drohende Manifeste. Louis Blanc erstattete am 10. Mai Bericht über seine Thätigkeit und verlangte noch einmal das Arbeits-Ministerium. Sogar ein Arbeiter-Deputirter sprach gegen ihn und der Antrag ward fast einstimmig verworfen. Die Macht war thatsächlich nicht auf Seite der Arbeiter. Jedes gewaltthätige Auftreten derselben war daher vom Uebel.

Am 15. Mai wurde ein Aufstandsversuch gemacht. Es gelang der Nationalgarde leicht, denselben rasch zu bewältigen. Die Führer der Arbeiter hatten sich dabei unfähig gezeigt. Die Reaction begann. Am 20. Juni ward der Entwurf zu einer neuen Verfassung publicirt.

Man verhaftete die Rädelsführer des Aufstandes vom 15. Mai und ging nun ernstlich gegen die National-Werkstätten vor. Diese hatten während der wenigen Wochen ihres Bestehens bereits vierzehn Millionen viermalhundert achtundsiebenzig Tausend Francs gekostet, ohne dass eine einzige nützliche Arbeit vollzogen worden wäre. Da jedoch die Republik einem jeden Bürger Brod und Arbeit garantirt hatte, so wusste man nicht, wie man diesen Gordischen Knoten zerhauen könne. Endlich verfiel man auf die Idee, die Arbeiter der National-Werkstätten in's Militair einzureihen, da das letztere durch fortwährende Desertionen ganz desorganisirt worden war; diejenigen Arbeiter, welche nicht Soldat werden wollten, sollten entlassen werden. Thomas, der Director der National-Werkstätten, welcher sich nicht dazu hergeben wollte, diese Massregel auszuführen, wurde verhaftet und nach Bordeaux geführt; Salanne, ein Ingenieur der Regierung, ersetzte ihn.

Die unmittelbare Folge dieser Vorgänge war, dass sich die Arbeiter der Partei des Luxembourg mit denen der National-Werkstätten verständigten. Eine Deputation wurde von ihnen an den Minister der öffentlichen Arbeiten geschickt, welche ihn ersuchte, die Regierung möge neue National-Werkstätten für jede Profession errichten. Damit wäre der Plan L. Blanc's in Ausführung getreten, den man nicht für die Wirthschaft in den Thomas'schen Werkstätten verantwortlich machen kann, welche letztere nur geschlossen wurden, einmal Blanc unschädlich zu machen, zweitens die ganze Idee zu discreditiren. Lassalle hat dies übrigens in seinem „Bastiat-Schulze“ schlagend nachgewiesen.

Nachdem jener Vorschlag der Arbeiter abgelehnt war, bewilligte die Nationalversammlung 3 Millionen, um einem jeden Arbeiter in den National-Werkstätten eine Entschädigung von 30 Frcs. zu ertheilen.

Ausserdem wurde allen Arbeitern zwischen 17 und 25 Jahren angeboten, in die Armee einzutreten.

Tags darauf, am 22. Juni, begaben sich 1500 Arbeiter unter Pujol's Führung zum Luxembourg und verlangten Herrn Marie zu sprechen. Hier die Unterredung:

„Bürger Marie, vor der Februar-Revolution“ — ‚Pardon‘, unterbrach Marie den Redner, ‚das scheint mir etwas weit zurückgegriffen; bedenken Sie, dass meine Zeit kostbar ist.‘ „Ihre Zeit gehört nicht Ihnen, sondern dem Volk.“ ‚Bürger Pujol, wir kennen Sie schon lange, und haben ein Auge auf Sie!‘ „Thut nichts, seit dem Tage, da ich mich der Volkssache gewidmet, habe ich mich gewöhnt, vor keiner Drohung zurückzuweichen. Sie drohen mir also umsonst. Genug! Wollen Sie uns hören?“ ‚Da Sie hier sind, mögen Sie reden!‘ Pujol entwickelte nun die Gründe der Arbeiter gegen das Decret vom vorhergehenden Tag und protestirte energisch gegen dasselbe. Worauf Marie: ‚Ich verstehe. Aber merken Sie auf: wenn die Arbeiter, die nicht Soldaten werden wollen, sich weigern, in die Provinz abzureisen, so werden wir sie mit Gewalt dazu zwingen. Mit Gewalt! Verstehen Sie!‘ „Mit Gewalt! Wohlan, wir wissen jetzt, woran wir sind. Adieu, Bürger!“

Ungeduldig hatten die Arbeiter vor dem Luxembourg-Palast der Rückkunft ihres Abgesandten geharrt. Mit dumpfem Schweigen hörten sie die Botschaft. Pujol führte die Schaar nach dem Saint Sulpice-Platz, wo er eine kurze Ansprache hielt, die sich in den Worten zusammenfasste: „Die Regierung hat uns verrathen, wir haben nichts mehr von ihr zu erhoffen. Wir müssen uns selber helfen!“ Er schloss mit der Einladung: „Heut Abend um 8 Uhr bei dem Pantheon!“

„Wir werden da sein!“

Und an fünf Tausend waren da. Wild wogten die Reden durcheinander. „Man wird uns betrügen, wie man uns 1830 betrogen hat! Aber wir werden nicht gutwillig die Schmach auf uns nehmen! Lieber kämpfend sterben, als langsam verhungern! Arbeit oder Tod!“ „Schwört Ihr, für Euer Recht zu kämpfen?“ rief Pujol mit dröhnender Stimme. — „Wir schwören es!“ — „Wohlan, morgen früh um 6 Uhr hier zur Stelle!“

Freitag, den 23. Juni 1848, Morgens 6 Uhr waren 8- bis 10,000 Arbeiter auf dem Rendezvous-Platz. Von den Stufen des Pantheon herab redete Pujol sie an: „Bürger, Ihr habt Wort gehalten. Ich danke Euch! Vorwärts!“

Die Menge ordnete sich nach der Weisung von Führern, die ein um den linken Blousenärmel geschlungenes Band kenntlich macht, und mit wehenden Bannern — schon liessen sich rothe Fahnen erblicken — ging es nach dem Bastilleplatz. In fried-

licher Stille marschirte die Colonne um die Säule der Freiheitsgöttin. Wie die in die Arena ziehenden Gladiatoren den Cäsar, der ihren Todeskampf schauen wollte, stolz zu begrüssen pflegten, so brachten die in den Tod ziehenden Proletarier ihren Gruss noch der Freiheitsgöttin.

Als der Umzug vollbracht war: „Marsch nach der Rue Saint Denis!"

In wenigen Stunden waren die Arbeiterquartiere und die für die Insurgenten militairisch wichtigsten Punkte mit Barrikaden bedeckt und allmählich entspann sich der Kampf, welcher drei Tage lang raste. Drei Tage lang wehte von den Barrikaden herab die rothe Fahne der Gleichheit, die schwarze Fahne des Hungers, bis zum Morgen des 26. Juni, wo die letzte Position des Proletariats fiel!

Es rächte sich, dass die Bourgeoisie durch Marie den Arbeitern der Werkstätten thörichter Weise die Waffen in die Hand gegeben, denn 10,000 Leichen kostete diese erste Niederlage des französischen Proletariats. Aber die Bourgeoisie lernt nichts. Thiers hat 1871 denselben groben Fehler gemacht, als er bei den Preussen es durchsetzte, dass die Nationalgarde ihre Waffen behalten dürfe.

Der Kampf war mit ungeheurer Erbitterung geführt worden. Von allen Seiten rückten nach Paris die Nationalgarden der Provinzen, die bewaffnete kleine Bourgeosie. Als der Sieg entschieden war, kannten die Sieger kein Erbarmen. Es war, wie die Soldaten Tilly's in Magdeburg, so fielen die Nationalgarden über die besiegten Socialisten her. Und da war nicht einmal ein Tilly, der Einhalt gebieten konnte, denn nur das reguläre Militär gehorchte dem Dictator Cavaignac.

Scenen, wie sie seit dem dreissigjährigen Kriege nicht gesehen worden, kamen vor. Man träumt sich in die Schreckenszeit zurück, wenn man die Beschreibung liest. Und das, man beachte es in Deutschland wohl, wird alle künftigen socialen Kämpfe auszeichnen, zumal sie möglicherweise einen stark religiösen Beigeschmack erhalten werden. Ich fürchte, eine Aera mittelalterlicher Rohheit beginnt, in der die Parteien sich ohne Erbarmen bekämpfen bis zur Erschöpfung, und ich fürchte ferner, dass die Errungenschaften unserer Cultur dabei verloren gehen werden. Ich sehe wirklich eine Zeit kommen, wie die des dreissigjährigen Krieges, in dem Deutschland sich zerfleischt — damit der Russe es beherrsche.

Schon Engländer sagte 1864: „Heutzutage ist das Gesetz nur noch das Schlachtmesser der Parteien, das eine der anderen zu entringen versucht, es ist das Mittel der Herrschaft und der Unterdrückung, das Kind der Ungerechtigkeit und des Ehrgeizes. — Der grosse politische Kampf, den wir jetzt wahrnehmen, ist der Streit der Parteien um die Waffe des Gesetzes."

Möchten doch die deutschen Fürsten diese Waffe nicht ganz und gar dem ungläubigen Manchesterliberalismus in die Hand

fallen lassen, sondern ihre Macht gebrauchen, die Parteien zum Frieden zu zwingen.

Ich wünsche wahrhaftig nicht die Preisgebung der Reichsmacht an extreme Parteien, aber wie man heute mit ihnen umgeht, das halte ich für nicht klug. Und das hat seine Gefahren. Man beschuldigt in den angegriffenen Parteien namentlich, wie 1847 Toussenel, die Juden, dass sie den Parteikampf schüren und verbittern. Die Juden spielen ein gefährliches Spiel. Den deutschen Socialismus kenne ich wohl so genau, wie irgend ein Schriftsteller in Deutschland, und ich blamire mich sicher nicht mit der Prophezeiung, dass, kommt einmal die jetzt verfolgte Partei auch nur auf Tage irgendwo zur Gewalt, die Juden an den Laternenpfählen hängen werden, wie die Krammetsvögel im October im Dohnenstrich. Nicht ich werde sie hängen, aber hängen sehen werde ich sie. Dann mögen sie sich bei dem Knüppelhelden Lasker bedanken. — So ist heute schon die Stimmung der Socialdemokratie.

Die Verbitterung der Parteien hat bei uns einen erschreckenden Grad erreicht. Möge Gott das Herz des Kaisers rühren, dass er mit mächtiger Stimme Frieden gebiete! Es könnte eine Zeit kommen, in der auch er es nicht mehr kann. Aber jetzt kann er es noch.

Eine solche Macht fehlte natürlich 1848 in Paris.

Die Nationalgarde selbst hatte wohl die Februar-Revolution gemacht, allein es fiel ihr nicht ein, Diejenigen, die gegen einen König kämpften, Insurgenten zu nennen. Bloss Diejenigen, die sich gegen das Eigenthum in seiner jetzigen Form aufgelehnt hatten, hiessen Insurgenten.

Die Insurgenten fürchteten weit mehr die Nationalgarde, die Vertheidiger des Eigenthums, als die Soldaten, die Vertheidiger der Ordnung. Bloss die Nationalgarde begriff die wahre Bedeutung des Juni-Kampfes. Während die Soldaten in ihm bloss eine politische Insurrection wahrnahmen, wie sie deren bereits mehrere bekämpft hatten, stand die Juni-Insurrection vor der Nationalgarde, welche die bewaffnete besitzende Klasse ist, wie ein schrecklicher Traum von einem allgemeinen Angriff auf das Eigenthum; und dies erklärt die blinde Wuth, mit welcher die Garde sich auf Diejenigen warf, welche sie als die Erzfeinde der Gesellschaft betrachtete.

So standen sich in der Juni-Revolution der Wahnsinn der Ordnung und der bis zum Wahnsinn getriebene Socialismus gegenüber, und dies erklärt, dass so schreckliche Dinge zum Vorschein kamen.

An 15—20,000 Gefangene wurden eingebracht, nachdem die Nationalgarden massenhaft die Aufgegriffenen füsilirt hatten. Zahlreiche Verhaftungen folgten.

Anfänglich wollte man die Insurgenten vor Kriegsgerichte stellen. Allein deren Zahl war zu gross, man entliess daher ohne genaue Untersuchung und oft bloss nach dem Aussehen urtheilend,

oder je nach dem Grade der Protection, deren Gefangene sich zu erfreuen hatten, gegen elftausend Gefangene, und transportirte den Rest, nämlich 4348 nach den überseeischen Besitzungen Frankreichs, wo dieselben noch nach Jahren vergebens nach Richtern schrieen und so lange im Gefängniss blieben, bis endlich später Louis Napoleon einen Theil derselben amnestirte.

Pierre Leroux, Caussidière, Lammenais und Proudhon waren die einzigen Personen in Paris, die gegen die von der Nationalgarde verübten Greuel auftraten und nach Amnestie riefen.

Es machte einen gewaltigen Eindruck, als Lammenais, ein Greis und ein Priester, in der Nationalversammlung ausrief: „Es giebt einen Gott und er wird von Euch Rechenschaft über das vergossene Blut fordern!“ Lammenais redigirte auch den „Peuple constituant“, und obschon alle socialistischen Journale von Cavaignac unterdrückt worden waren, so wagte man doch nicht, den „Peuple constituant“, das Journal Lammenais', zu unterdrücken. Lammenais veröffentlichte daher eine Erklärung, dass er freiwillig die Veröffentlichung seines Journals einstelle, in der es hiess: „Der „Peuple constituant“ hat mit der Republik begonnen, und er endigt mit der Republik: denn was wir vor uns sehen ist nicht die Republik, es ist nicht einmal Etwas, was einen Namen hat. Paris ist im Belagerungszustand, einer Militärmacht überliefert, welche selbst einer Partei angehört, die sie zu ihrem Werkzeuge macht. Die Gefängnisse und die Festungswerke Louis Philipp's sind von 14,000 Gefangenen angefüllt worden, nachdem durch die dynastischen Verschwörer eine schreckliche Metzelei veranstaltet worden ist, nachdem massenhafte Transportationen und Proscriptionen, wie sie selbst 1793 nicht gesehen worden waren, angeordnet worden sind. Gesetze haben das Vereinigungsrecht aufgehoben, die ärgsten Verordnungen der Monarchie gegen die Presse sind erneuert, die Nationalgarde ist theilweise entwaffnet, das Volk decimirt und in ein Elend zurückgeworfen, das schrecklicher ist als je! Nein, nein, das ist gewiss nicht die Republik, sondern es sind die Saturnalien der Reaction, der wir beiwohnen.“

Auch Proudhon, Mitglied der Nationalversammlung, veröffentlichte eine Proclamation, in der es hiess:

„Es handelt sich nicht mehr darum, den Proletarier zu retten; der Proletarier existirt nicht mehr, man hat ihn auf den Schindanger geworfen. Man muss die Bourgeoisie retten, die Frage steht unmittelbar nach der Juni-Schlacht so für die Bourgeoisie, wie sie am 23. Juni für das Proletariat gestanden.“

Der Belagerungszustand unterdrückte jede Regung, und die Partei der Sieger, die herrschende Klasse, konnte die Ordnung ihrer Herrschaft befestigen. Louis Napoleon, der Cavaignac ablöste, traf den richtigen Ton, als er in seiner Botschaft vom 12. November 1850 an die Nationalversammlung sagte: „Frankreich verlangt vor allem Andern Ruhe.“

In der Zwischenzeit von der Juni-Schlacht bis zum 2. December 1851 warf sich das niedergeworfene industrielle Proletariat

in die Idee des unpolitischen Socialismus. Auf dem Wege der Selbsthülfe, mittelst der Association zur Production und Consumtion wollte man sich erheben. Die Nationalversammlung bewilligte am 25. Juli 1848 einen Credit von 3 Millionen zur Förderung solcher Associationen. Die Arbeiter hofften, den ganzen Arbeiterstand in ihren Associationen zu vereinigen. Allein die Hoffnung war trügerisch. Nach kurzem Aufblühen gingen die meisten zu Grunde. Unfähigkeit der Dirigenten, welche mit der Eifersucht der Associirten zu kämpfen hatten, sowie die Missgunst der selbstständigen Unternehmer, die ihnen Schwierigkeiten aller Art bereiteten, und endlich polizeiliche Chikanen machten ihnen das Leben schwer. Vom Staatsstreich ab wurde kein neues Mitglied mehr in eine Association aufgenommen. Die meisten Associationen lösten sich sogar freiwillig auf. Von 56 mit Hülfe jener 3 Millionen entstandenen Associationen waren 1852 schon 30 zu Grunde gegangen. 1850 nannte das „Atélier“ 180 Associationen, von denen 1867 nur noch 10 bestanden.

Nach dem 2. December wurden Productiv- und Consumvereine und solche zu gegenseitiger Hülfeleistung unterdrückt, wo es der Polizei irgend möglich war. Späterhin verfolgte Napoleon III. eine andere Taktik, die mit seinem System zusammenhing.

Doch muss noch ein Blick auf die Grundlage geworfen werden, auf welcher Louis Napoleon seinen Kaiserthron baute.

Bei der Wahl des Präsidenten der Republik stellte sich heraus, wo die Entscheidung bei allgemeinem Stimmrecht lag. Sie lag bei den 11 Millionen Landeigenthümern. Diese verabscheuten Socialismus und Communismus, weil sie in ihm den Angriff auf ihr, wenn auch nur kleines, Eigenthum sahen. Die Erhöhung der Grundsteuer um 25 pCt. hatte sie gegen die Nationalversammlung aufgebracht. Verschuldet waren sie zumeist und bedurften der Ruhe um jeden Preis, sollten sie nicht ganz zu Grunde gehen. Sie verabscheuten sowohl den Candidaten der Socialisten, Ledru Rollin, wie den der doctrinären Demokraten, Cavaignac. Sie wollte eine selbstständige, über den Parteien stehende Staatsgewalt, die im Stande sei, alle Parteien zu zwingen, Ruhe zu halten. Ein solcher ausserhalb der oder über den Parteien stehender Mann war Louis Napoleon, daher wurde er mit so grosser Majorität gewählt.

Ganz richtig schildert K. Marx in seinem „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ diese Bedeutung Napoleons.

Ohne natürlich mich mit Marx' Ansichten solidarisch zu erklären, lasse ich einige Auszüge aus dem Buch des geistvollen Socialisten — oder Communisten, wie seine Anhänger ihn lieber nennen — folgen.

Die Schrift beginnt wie folgt:

„Die sociale Republik erschien als Phrase, als Prophezeiung an der Schwelle der Februarrevolution. In den Junitagen 1848 wurde sie im Blute des Pariser Proletariats erstickt, aber sie geht in den folgenden Acten des Dramas als Gespenst um. Die demokratische Republik kündigt sich an. Sie verpufft am 13. Juni 1849

mit ihren davon gelaufenen Kleinbürgern, aber im Fliehen wirft sie doppelt renommirende Reclamen hinter sich. Die parlamentarische Republik mit der Bourgeoisie bemächtigt sich der ganzen Bühne, sie lebt sich aus in der vollen Breite ihrer Existenz, aber der 2. December 1851 begräbt sie unter dem Angstschrei der coalisirten Royalisten: „Es lebe die Republik!"

Die französische Bourgeoisie bäumte sich gegen die Herrschaft des arbeitenden Proletariats, sie hat das Lumpenproletariat zur Herrschaft gebracht, an der Spitze den Chef der Gesellschaft vom 10. December. Die Bourgeoisie hielt Frankreich in athemloser Furcht vor den zukünftigen Schrecken der rothen Anarchie; Bonaparte escomptirte ihr diese Zukunft, als er am 4. December die vornehmen Bürger des Boulevard Montmartre und des Boulevard des Italiens durch die schnapsbegeisterte Armee der Ordnung von ihren Fenstern herabschiessen liess. Sie apotheosirte den Säbel; der Säbel beherrscht sie. Sie vernichtete die revolutionäre Presse; ihre eigene Presse ist vernichtet. Sie stellte die Volksversammlungen unter Polizeiaufsicht; ihre Salons stehen unter der Aufsicht der Polizei. Sie löste die demokratischen Nationalgarden auf; ihre eigne Nationalgarde ist aufgelöst. Sie verhing den Belagerungszustand; der Belagerungszustand ist über sie verhängt. Sie verdrängte die Jurys durch Militärcommissionen; ihre Jurys sind durch Militärcommissionen verdrängt. Sie unterwarf den Volksunterricht den Pfaffen; die Pfaffen unterwarfen sie ihrem eigenen Unterricht. Sie transportirte ohne Urtheil; sie wird ohne Urtheil transportirt. Sie unterdrückte jede Regung der Gesellschaft durch die Staatsmacht; jede Regung ihrer Gesellschaft wird durch die Staatsmacht erdrückt. Sie rebellirte aus Begeisterung für ihren Geldbeutel gegen ihre eignen Politiker und Literaten; ihre Politiker und Literaten sind beseitigt, aber ihr Geldbeutel wird geplündert, nachdem sein Mund geknebelt und seine Feder zerbrochen ist. Die Bourgeoisie rief der Revolution unermüdlich zu, wie der heilige Arsenius den Christen: „Fuge, Tace, Quiesce! Fliehe, Schweige, Ruhe!" Bonaparte ruft der Bourgeoisie zu: „Fuge, Tace, Quiesce! Fliehe, Schweige, Ruhe!"

Die französische Bourgeoisie hatte längst das Dilemma Napoleons gelöst: „Dans cinquante ans l'Europe sera republicaine ou cosaque". Sie hatte es gelöst in der „republique cosaque". Keine Circe hat das Kunstwerk der bürgerlichen Republik durch bösen Zauber in eine Ungestalt verzerrt. Jene Republik hat nichts verloren als den Schein der Respectabilität. Das jetzige Frankreich war fertig in der parlamentarischen Republik enthalten. Es bedurfte nur eines Bajonnetstichs, damit die Blase platze und das Ungeheuer in die Augen springe.

Warum hat sich das Pariser Proletariat nicht nach dem 2. December erhoben?

Noch war der Sturz der Bourgeoisie erst decretirt, das Decret war nicht vollzogen. Jeder ernste Aufstand des Proletariats hätte

sie sofort neu belebt, mit der Armee ausgesöhnt und den Arbeitern eine zweite Juniniederlage gesichert.

Am 4. December wurde das Proletariat von Bourgeois und Epicier zum Kampfe aufgestachelt. Am Abende dieses Tages versprachen mehrere Legionen der Nationalgarde bewaffnet und uniformirt auf dem Kampfplatze zu erscheinen. Bourgeois und Epicier waren nämlich dahinter gekommen, dass Napoleon in einem seiner Decrete vom 2. December das geheime Votum abschaffte und ihnen anbefahl, in den officiellen Registern hinter ihren Namen Ja oder Nein einzutragen. Der Widerstand vom 4. December schüchterte Napoleon ein. Während der Nacht liess er an allen Strassenecken von Paris Plakate anschlagen, welche die Wiederherstellung des geheimen Votums verkündeten. Bourgeois und Epicier glaubten ihren Zweck erreicht zu haben. Wer nicht am andern Morgen erschien, waren Epicier und Bourgeois.

Das Pariser Proletariat war durch einen Handstreich Bonaparte's während der Nacht vom 1. auf den 2. December seiner Führer, der Barrikadenchefs, beraubt worden. Eine Armee ohne Officiere, durch die Erinnerungen vom Juni 1848 und 1849 und vom Mai 1850 abgeneigt, unter dem Banner der Montagnards zu kämpfen, überliess es seiner Avantgarde, den geheimen Gesellschaften, die Rettung der insurrectionellen Ehre von Paris, welche die Bourgeoisie so widerstandslos der Soldateska preisgab, dass Bonaparte später die Nationalgarde mit dem höhnischen Motive entwaffnen konnte: er fürchte, dass ihre Waffen gegen sie selbst von den Anarchisten missbraucht werden würden!

„C'est le triomphe complet et definitif du Socialisme!“ So charakterisirte Guizot den 2. December. Aber wenn der Sturz der parlamentarischen Republik dem Keime nach den Triumph der proletarischen Revolution in sich enthält, so war ihr nächstes handgreifliches Resultat der Sieg Bonaparte's über das Parlament, der Executivgewalt über die Legislativgewalt, der Gewalt ohne Phrase über die Gewalt der Phrase. In dem Parlamente erhob die Nation ihren allgemeinen Willen zum Gesetze, d. h. das Gesetz der herrschenden Klasse zu ihrem allgemeinen Willen. Vor der Executivgewalt dankt sie jeden eignen Willen ab und unterwirft sich dem Machtgebot des fremden, der Autorität. Die Executivgewalt im Gegensatz zur Legislativen drückt die Heteronomie der Nation im Gegensatz zur Autonomie aus. Frankreich scheint also nur der Despotie einer Klasse entlaufen, um unter die Despotie eines Individuums zurückzufallen und zwar unter die Autorität eines Individuums ohne Autorität. Der Kampf scheint so geschlichtet, dass alle Klassen gleich machtlos und gleich lautlos vor dem Kolben niederknieen.

Aber die Revolution ist gründlich. Sie ist noch auf der Reise durch das Fegefeuer begriffen. Sie vollbringt ihr Geschäft mit Methode. Bis zum 2. December 1851 hatte sie die eine Hälfte ihrer Vorbereitung absolvirt, sie absolvirt jetzt die andere. Sie vollendete erst die parlamentarische Gewalt, um sie stürzen zu

können. Jetzt, wo sie dies erreicht, vollendet sie die Executivgewalt, reducirt sie auf ihren reinsten Ausdruck, isolirt sie, stellt sie sich als einzigen Vorwurf gegenüber, um alle ihre Kräfte der Zerstörung gegen sie zu concentriren. Und wenn sie diese zweite Hälfte ihrer Vorarbeit vollbracht hat, wird Europa von seinem Sitze aufspringen und jubeln: Brav gewühlt, alter Maulwurf!

Diese Executivgewalt mit ihrer ungeheuren bureaukratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half. Die herrschaftlichen Privilegien der Grundeigenthümer und Städte verwandelten sich in eben so viele Attribute der Staatsgewalt, die feudalen Würdenträger in bezahlte Beamte und die bunte Mustercharte der widerstreitenden mittelalterlichen Machtvollkommenheiten in den geregelten Plan einer Staatsmacht, deren Arbeit fabrikmässig getheilt und centralisirt ist. Die erste französische Revolution mit ihrer Aufgabe, alle localen, territorialen, städtischen und provinziellen Sondergewalten zu brechen, um die bürgerliche Einheit der Nation zu schaffen, musste entwickeln, was die absolute Monarchie begonnen hatte, die Centralisation, aber zugleich den Umfang, die Attribute und die Handlanger der Regierungsgewalt. Napoleon vollendete diese Staatsmaschinerie. Die legitime Monarchie und die Julimonarchie fügten nichts hinzu, als eine grössere Theilung der Arbeit, in demselben Masse wachsend, als die Theilung der Arbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft neue Gruppen von Interessen schuf, also neues Material für die Staatsverwaltung. Jedes gemeinsame Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, allgemeines Interesse ihr gegenüber gestellt, der Selbstthätigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungsthätigkeit gemacht, von der Brücke, dem Schulhaus und dem Communalvermögen einer Dorfgemeinde bis zu den Eisenbahnen, dem Nationalvermögen und der Landesuniversität Frankreichs. Die parlamentarische Republik sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmassregeln die Mittel und die Centralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Sieges.

Erst unter dem zweiten Bonaparte scheint sich der Staat völlig verselbstständigt zu haben. Die Staatsmaschine hat sich der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber so befestigt, dass an ihrer Spitze der Chef der Gesellschaft vom 10. December genügt, ein aus der Fremde herbeigelaufener Glücksritter, auf das Schild gehoben von einer trunkenen Soldateska, die er durch Schnaps

und Würste erkauft hat, nach der er stets von Neuem mit der Wurst werfen muss. Daher die kleinlaute Verzweiflung, das Gefühl der ungeheuersten Demüthigung, Herabwürdigung, das die Brust Frankreichs beklemmt und seinen Athem stocken macht. Es fühlt sich wie entehrt.

Und dennoch schwebt die Staatsgewalt nicht in der Luft. Bonaparte vertritt eine Klasse und zwar die zahlreichste Klasse der französischen Gesellschaft, die Parzellenbauern.

Wie die Bourbons die Dynastie des grossen Grundeigenthums, wie die Orleans die Dynastie des Geldes, so sind die Bonapartes die Dynastie der Bauern, d. h. der französischen Volksmasse. Nicht der Bonaparte, der sich dem Bourgeoisparlamente unterwarf, sondern der Bonaparte, der das Bourgeoisparlament auseinanderjagte, ist der Auserwählte der Bauern. Drei Jahre war es den Städten gelungen, den Sinn der Wahl vom 10. December zu verfälschen und die Bauern um die Wiederherstellung des Kaiserreichs zu prellen. Die Wahl vom 10. December 1848 ist erst erfüllt worden durch den coup d'état vom 2. December 1851.

Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zu einander zu treten. Ihre Productionsweise isolirt sie von einander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. Die Isolirung wird gefördert durch die schlechten französischen Communicationsmittel und die Armuth der Bauern. Ihr Productionsfeld, die Parcelle, lässt in seiner Cultur keine Theilung der Arbeit zu, keine Anwendung der Wissenschaft, also keine Mannigfaltigkeit der Entwicklung, keine Verschiedenheit der Talente, keinen Reichthum der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Jede einzelne Bauernfamilie genügt beinahe sich selbst, producirt unmittelbar selbst den grössten Theil ihres Consums und gewinnt so ihr Lebensmaterial mehr im Austausche mit der Natur, als im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Parcelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andere Parcelle, ein anderer Bauer und eine andere Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf und ein Schock von Dörfern macht ein Departement. So wird die grosse Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Grössen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet. Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der andern Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur localer Zusammenhang unter den Parcellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen, keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eignen Namen, sei es im Parlament, sei es durch ein Convent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muss zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als

eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den andern Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluss der Parcellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, dass die Executivgewalt sich der Gesellschaft unterordnet.“

Diese Schilderung von Marx ist geradezu meisterhaft. Auch in Deutschland muss der Kleinbesitz gestärkt werden, will der Monarch ein Gegengewicht gegen den Liberalismus haben. Marx fährt fort: „Durch die geschichtliche Tradition ist der Wunderglaube der französischen Bauern entstanden, dass ein Mann Namens Napoleon ihnen alle Herrlichkeit wiederbringen werde. Und es fand sich ein Individuum, das sich für diesen Mann ausgiebt, weil es den Namen Napoleon trägt, in Folge des Code Napoleon, der anbefiehlt: La recherche de la paternité est interdite. Nach zwanzigjähriger Vagabundage und einer Reihe von grotesken Abenteuern erfüllt sich die Sage, und der Mann wird Kaiser der Franzosen. Die fixe Idee des Neffen verwirklicht sich, weil sie mit der fixen Idee der zahlreichsten Klasse der Franzosen zusammenfiel.

Aber wird man mir einwerfen, die Bauernaufstände in halb Frankreich, die Treibjagden der Armee auf die Bauern, die massenhafte Einkerkerung und Transportation der Bauern?

Seit Ludwig XIV. hat Frankreich keine ähnliche Verfolgung der Bauern „wegen demagogischer Umtriebe“ erlebt.

Aber man verstehe wohl. Die Dynastie Bonaparte repräsentirt nicht den revolutionären, sondern den conservativen Bauer, nicht den Bauer, der über seine sociale Existenzbedingung, die Parcelle hinausdrängt, sondern der sie vielmehr befestigen will, nicht das Landvolk, das durch eigne Energie im Anschluss an die Städte die alte Ordnung umstürzen, sondern umgekehrt dumpf verschlossen in dieser alten Ordnung sich mitsammt seiner Parzelle von dem Gespenste des Kaiserthums gerettet und bevorzugt sehen will. Sie repräsentirt nicht die Aufklärung, sondern den Aberglauben des Bauern, nicht sein Urtheil, sondern sein Vorurtheil, nicht seine Zukunft, sondern seine Vergangenheit, nicht seine modernen Cevennen, sondern seine moderne Vendee.

Die dreijährige harte Herrschaft der parlamentarischen Republik hatte einen Theil der französischen Bauern von der napoleonischen Illusion befreit und wenn auch nur noch oberflächlich revolutionirt, aber die Bourgeoisie warf sie gewaltsam zurück, so oft sie sich in Bewegung setzten. Unter der parlamentarischen Republik rang das moderne mit dem traditionellen Bewusstsein der französischen Bauern. Der Process ging vor sich in der Form eines unaufhörlichen Kampfes zwischen den Schulmeistern und den Pfaffen. Die Bourgeoisie schlug die Schulmeister nieder. Die Bauern machten zum ersten Male Anstrengungen, der Regierungsthätigkeit gegenüber sich selbstständig zu verhalten. Es erschien dies in dem fortgesetzten Conflicte der Maires mit den Präfecten. Die Bourgeoisie setzte die Maires ab. Endlich erhoben sich die Bauern verschiedener Orte während der Periode der parlamenta-

rischen Republik gegen ihre eigne Ausgeburt, die Armee. Die Bourgeoisie bestrafte sie mit Belagerungszuständen und Executionen. Und dieselbe Bourgeoisie schreit jetzt über die Stupidität der Massen, der vile multitude, die sie an Bonaparte verrathen habe. Sie selbst hat den Imperialismus der Bauernklasse gewaltsam befestigt, sie hielt die Zustände fest, die die Geburtsstätte dieser Bauernreligion bilden. Allerdings muss die Bourgeoisie die Dummheit der Massen fürchten, so lange sie conservativ bleiben, und die Einsicht der Massen, sobald sie revolutionär werden.

In den Aufständen nach dem coup d'état protestirte ein Theil der französischen Bauern mit den Waffen in der Hand gegen sein eigenes Votum vom 10. December 1848. Die Schule seit 1848 hatte sie gewitzigt. Allein sie hatten sich der geschichtlichen Unterwelt verschrieben, die Geschichte hielt sie beim Worte und noch war die Mehrzahl so befangen, dass gerade in den rothesten Departements die Bauernbevölkerung öffentlich für Bonaparte stimmte. Die Nationalversammlung hatte ihn nach ihrer Ansicht am Gehen verhindert. Er hatte jetzt nur die Fessel gebrochen, die die Städte dem Willen des Landes angelegt. Sie trugen sich stellenweise sogar mit der grotesken Vorstellung: neben einem Napoleon ein Convent.

Nachdem die erste Revolution die halbhörigen Bauern in freie Grundeigenthümer verwandelt hatte, befestigte und regelte Napoleon I. die Bedingungen, worin sie ungestört den eben erst ihnen anheim gefallenen Boden Frankreichs ausbeuten und die jugendliche Lust am Eigenthum büssen konnten. Aber woran der französische Bauer jetzt untergeht, ist seine Parcelle selbst, die Theilung des Grund und Bodens, die Eigenthumsform, die Napoleon I. in Frankreich consolidirte. Es sind eben die materiellen Bedingungen, die den französischen Feudalbauer zum Parcellenbauer und Napoleon I. zum Kaiser machten. Zwei Generationen haben hingereicht, um das unvermeidliche Resultat zu erzeugen: progressive Verschlechterung des Ackerbaues, progressive Verschuldung des Ackerbauers. Die „Napoleonische“ Eigenthumsform, die im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts die Bedingung für die Befreiung und die Bereicherung des französischen Landvolkes war, hat sich im Laufe dieses Jahrhunderts als das Gesetz ihrer Sclaverei und ihres Pauperismus entwickelt. Und eben dies Gesetz ist die erste der „idées napoleoniennes,“ die der zweite Bonaparte zu behaupten hat. Wenn er mit den Bauern noch die Illusion theilt, nicht im Parcelleneigenthum selbst, sondern ausserhalb im Einflusse secundärer Umstände die Ursache ihres Ruins zu suchen, so werden seine Experimente wie Seifenblasen an den Productionsverhältnissen zerschellen.“

Dies hat sich buchstäblich verwirklicht. Napoleon schuf den Credit foncier, um die Schuldenlast der Bauern zu beseitigen. Der Herzog von Morny sagte bei seiner Gründung: „Majestät, Dank Ihrer Weisheit wird in 20 Jahren der Bauernstand schuldenfrei sein“ — so ungefähr wenigstens, ich citire aus dem Gedächtniss.

Von Rodbertus aber wissen wir, dass diese, auf Amortisation beruhende Capitalhypothekenbank nicht die progressive Verschuldung aufheben kann.

Man sage nicht, dies sei so überall, auch in Russland werde bei dem dortigen System Aehnliches eintreten. Falsch, denn in Russland bleibt der ganze Stamm im Dorf, geht kein abgefundener Sohn, mit einer Hypothek in der Tasche, davon. Es bleibt seine Arbeitskraft und der ganze Rentenfonds im Dorfe, wenn auch nicht auf demselben Hofe, und die vermehrte Arbeitskraft gewinnt der kleineren Parcelle den Unterhalt der vermehrten Dorfgemeinde ab. In Frankreich wie bei uns vermindert sich die Arbeitskraft absolut und jeder Abziehende nimmt fälschlich in Capitalform umgewandelten Rentenfonds heraus aus dem Hofe und aus dem Dorfe. Da muss zuletzt Hof und Dorf bankerott werden.

Marx sagt weiter:

„Die ökonomische Entwickelung des Parcelleneigenthums hat das Verhältniss der Bauern zu den übrigen Gesellschaftsklassen von Grund aus verkehrt. Unter Napoleon ergänzte die Parcellirung des Grund und Bodens auf dem Lande die freie Concurrenz und die beginnende grosse Industrie in den Städten. Die Bauernklasse war der allgegenwärtige Protest gegen die eben erst gestürzte Geldaristokratie. Die Wurzeln, die das Parcelleneigenthum in den französischen Grund und Boden schlug, entzogen dem Feudalismus jeden Nahrungsstoff. Seine Grenzpfähle bildeten das natürliche Befestigungswerk der Bourgeoisie gegen jeden Handstreich ihrer alten Oberherren. Aber im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts trat an die Stelle der Feudalen der städtische Wucherer, an die Stelle der Feudalpflichtigkeit des Bodens die Hypothek, an die Stelle des aristokratischen Grundeigenthums das bürgerliche Capital. Die Parcelle des Bauern ist nur noch der Vorwand, der dem Capitalisten erlaubt, Profit, Zinsen und Rente von dem Acker zu ziehen und den Ackerbauer selbst zusehen zu lassen, wie er seinen Arbeitslohn herausschlägt. Die auf dem französischen Boden lastende Hypothekarschuld legt der französischen Bauernschaft einen Zins auf, so gross wie der Jahreszins der gesammten britischen Nationalschuld. Das Parcelleneigenthum in dieser Sclaverei vom Capital, wozu seine Entwicklung unvermeidlich hindrängt, hat die Masse der französischen Nation in Troglodyten verwandelt. Sechzehn Millionen Bauern (Frauen und Kinder eingerechnet) hausen in Höhlen, wovon ein grosser Theil nur eine Oeffnung, der andere nur zwei, und der bevorzugteste nur drei Oeffnungen hat. Die Fenster sind an einem Hause, was die fünf Sinne für den Kopf sind. Die bürgerliche Ordnung, die im Anfange des Jahrhunderts den Staat als Schildwache vor die neu entstandene Parzelle stellte und sie mit Lorbeeren düngte, ist zum Vampyr geworden, der ihr Herzblut und Hirnmark aussaugt und sie in den Alchymistenkessel des Capitals wirft. Der Code Napoleon ist nur noch der Code der Execution, der Subhastation und der Zwangsversteigerung. Zu den vier Millionen

(Kinder u. s. w. eingerechnet) officieller Paupers, Vagabunden, Verbrecher und Prostituirten, die Frankreich zählt (1852 geschrieben) kommen fünf Millionen hinzu, die an dem Abgrunde der Existenz schweben und entweder auf dem Lande selbst hausen oder beständig mit ihren Lumpen und ihren Kindern von dem Lande in die Städte und von den Städten auf das Land desertiren. Das Interesse der Bauern befindet sich also nicht mehr, wie unter Napoleon I., im Einklange, sondern im Gegensatze mit den Interessen der Bourgeoisie, mit dem Capital. Sie finden also ihren natürlichen Verbündeten und Führer in dem städtischen Proletariat, dessen Aufgabe der Umsturz der bürgerlichen Ordnung ist. Aber die starke und unumschränkte Regierung, — und dies ist die zweite „idée napoleonienne," die der zweite Napoleon auszuführen hat, ist zur gewaltsamen Vertheidigung dieser „materiellen" Ordnung berufen. Auch giebt dieser „ordre materiel" in allen Proclamationen Bonaparte's gegen die aufrührerischen Bauern das Stichwort ab."

Marx' Scharfblick reicht über unsere Zeit hinaus. Schon macht die Socialdemokratie Anstrengungen, das städtische Proletariat mit dem kleinen Grundbesitzerstande auszusöhnen. Wenn ihm das gelingt, stürzt die Gesellschaft zusammen. Man muss also das städtische Proletariat befriedigen, indem man ihm — siehe Rodbertus — Antheil an der wachsenden nationalen Productivität schafft, und muss die kleinen Grundbesitzer vermehren — siehe abermals Rodbertus — und sie vor Ueberschuldung sichern.

Marx sagt weiter:

„Neben der Hypothek, die das Capital ihr auferlegt, lastet auf der Parzelle die Steuer. Die Steuer ist die Lebensquelle der Bureaukratie, der Armee, der Pfaffen und des Hofes, kurz des ganzen Apparats der Executivgewalt. Starke Regierungen und starke Steuern sind identisch. Das Parcelleneigenthum eignet sich seiner Natur nach zur Grundlage einer allgewaltigen und zahllosen Bureaukratie. Es schafft ein gleichmässiges Niveau der Verhältnisse und der Personen über der ganzen Oberfläche des Landes. Eine enorme Bureaukratie, wohlgenährt und wohlgalonirt, ist die zweite „idée napoleonienne." Eine dritte die Geistlichkeit, eine vierte die Armee."

Hören wir, wie Marx über die Ausführbarkeit dieser Ideen urtheilte, 1852; es ist ungeheuer interessant, diese Prophezeiung mit dem uns ja vorliegenden Resultat zu vergleichen.

„Man sieht, alle „idées napoleoniennes" sind Ideen der unentwickelten, jugendfrischen Parcelle, sie sind ein Widersinn für die überlebte Parcelle. Sie sind nur die Hallucinationen ihres Todeskampfes. Worte, die in Phrasen, Geister, die in Gespenster verwandelt. Aber die Parodie des Imperialismus war nothwendig, um die Masse der französischen Nation von der Wucht der Tradition zu befreien und den Gegensatz der Staatsgewalt zur Gesellschaft rein herauszuarbeiten. Mit der fortschreitenden Zerrüttung des Parzelleneigenthums bricht das auf ihm aufgeführte Staatsge-

bäude zusammen. Die staatliche Centralisation, deren die moderne Gesellschaft bedarf, erhebt sich nur auf den Trümmern der militärisch-bureaukratischen Regierungsmaschine, die im Gegensatz zum Feudalismus geschmiedet ward.

Die französischen Bauernverhältnisse enthüllen uns das Räthsel der allgemeinen Wahlen vom 20. und 21. December, die den zweiten Bonaparte auf den Berg Sinai führten, nicht um Gesetze zu erhalten, sondern um sie zu geben.

Die Bourgeoisie hatte jetzt offenbar keine andere Wahl, als Bonaparte zu wählen. Als die Puritaner auf dem Concile von Constanz über das lasterhafte Leben der Päpste klagten und über die Nothwendigkeit der Sittenreform jammerten, donnerte der Cardinal Pierre d'Ailly ihnen zu: „Nur noch der Teufel in eigner Person kann die katholische Religion retten und ihr verlangt Engel." So rief die französische Nation nach dem coup d'état: Nur noch der Chef der Gesellschaft vom 10. December kann die bürgerliche Gesellschaft retten! Nur noch der Diebstahl das Eigenthum, der Meineid die Religion, das Bastardthum die Familie, die Unordnung die Ordnung!

Bonaparte, als die verselbstständigte Macht der Executivgewalt fühlt seinen Beruf, die „bürgerliche Ordnung" sicher zu stellen Aber die Stärke dieser bürgerlichen Ordnung ist eine Mittelklasse. Er weiss sich daher als Repräsentant der Mittelklasse und erlässt Decrete in diesem Sinne. Er ist jedoch nur dadurch etwas, dass er die politische Macht dieser Mittelklasse gebrochen hat und täglich von Neuem bricht. Er weiss sich daher als Gegner der politischen und literarischen Macht der Mittelklasse. Aber indem er ihre materielle Macht beschützt, erzeugt er von Neuem ihre politische Macht. Die Ursache muss daher am Leben erhalten, aber die Wirkung, wo sie sich zeigt, aus der Welt geschafft werden. Aber ohne kleine Verwechselungen von Ursache und Wirkung kann dies nicht abgehen, da beide in der Wechselwirkung ihre Unterscheidungsmerkmale verlieren. Neue Decrete, die die Grenzlinie verwischen. Bonaparte weiss sich zugleich gegen die Bourgeoisie als Vertreter der Bauern und des Volkes überhaupt, der innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die unteren Volksklassen beglücken will. Neue Decrete, die die „wahren Socialisten" im Voraus um ihre Regierungsweisheit prellen."

Hierhin gehört die Gründung des Credit-foncier, die Erbauung der Vicinalwege auf Staatskosten für die Bauern und die Beschäftigung der Arbeiter bei den Regierungsbauten.

„Aber Bonaparte weiss sich vor Allem als Chef der Gesellschaft vom 10. December, als Repräsentanten des Lumpenproletariats, dem er selbst, seine entourage, seine Regierung und seine Armee angehören, und für das es sich vor Allem darum handelt, sich wohlzuthun und kalifornische Loose aus dem Staatsschatz zu ziehen. Und er bestätigt sich als Chef der Gesellschaft vom 10. December mit Decreten, ohne Decrete und trotz der Decrete.

Diese widerspruchsvolle Aufgabe des Mannes erklärt die

Widersprüche seiner Regierung, das unklare Hin- und Hertappen, das bald diese, bald jene Klasse zu gewinnen, bald zu demüthigen sucht und alle gleichmässig gegen sich aufbringt, dessen praktische Unsicherheit einen hochkomischen Contrast bildet zu dem gebieterischen kategorischen Style der Regierungsacte, der dem Onkel folgsam nachcopirt wird. Industrie und Handel, also die Geschäfte der Mittelklasse, sollen unter der starken Regierung treibhausmässig aufblühen. Verleihen einer Unmasse von Eisenbahnconcessionen. Aber das bonapartistische Lumpenproletariat soll sich bereichern. Tripotage mit den Eisenbahnconcessionen auf der Börse von den vorher Eingeweihten. Aber es zeigt sich kein Capital für die Eisenbahnen. Verpflichtung der Bank, auf Eisenbahnactien vorzuschiessen. Aber die Bank soll persönlich exploitirt und daher cajolirt werden. Entbindung der Bank von der Pflicht, ihren Bericht wöchentlich zu veröffentlichen. Leoninischer Vertrag der Bank mit der Regierung. Das Volk soll beschäftigt werden. Anordnungen von Staatsbauten. Aber die Staatsbauten erhöhen die Steuerpflicht des Volkes. Also Herabsetzung der Steuern durch Angriff auf die Rentiers, durch Convertirung der fünfprocentigen Renten in 4½procentige. Aber der Mittelstand muss wieder ein Douceur erhalten. Also Verdoppelung der Weinsteuer für das Volk, das ihn en detail kauft und Herabsetzung um die Hälfte für den Mittelstand, der ihn en gros trinkt. Auflösung der wirklichen Arbeiter-Associationen, aber Verheissung von künftigen Associationswundern. Den Bauern soll geholfen werden. Hypothekenbanken, die ihre Verschuldung und die Concentration des Eigenthums beschleunigen. Aber diese Banken sollen benutzt werden, um Geld aus den confiscirten Gütern des Hauses Orleans herauszuschlagen. Kein Capitalist will sich zu dieser Bedingung verstehen, die nicht in dem Decrete steht, und die Hypothekenbank bleibt ein blosses Decret u. s. w., u. s. w. (Wurde später realisirt). Bonaparte möchte als der patriarchalische Wohlthäter aller Klassen erscheinen. Aber er kann keiner geben, ohne der andern zu nehmen. Wie man zur Zeit der Fronde vom Herzog von Guise sagte, dass er der obligeanteste Mann von Frankreich sei, weil er alle Güter in Obligationen seiner Partisanen gegen sich verwandelt habe, so möchte Napoleon der obligeanteste Mann von Frankreich sein und alles Eigenthum, alle Arbeit Frankreichs in eine persönliche Obligation gegen sich verwandeln. Er möchte ganz Frankreich stehlen, um es an Frankreich verschenken oder vielmehr um Frankreich mit französischem Geld wieder kaufen zu können, denn als Chef der Gesellschaft vom 10. December muss er kaufen, was ihm gehören soll. Und zu dem Institute des Kaufens werden alle Staatsinstitute, der Senat, der Staatsrath, der gesetzgebende Körper, die Ehrenlegion, die Soldatenmedaille, die Waschhäuser, die Staatsbauten, die Eisenbahnen, der état major der Nationalgarde ohne Gemeine, die confiscirten Güter des Hauses Orleans. Zum Kaufmittel ward jeder Platz in der Armee und der Regierungsmaschine. Das Wichtigste aber bei diesem Processe,

wo Frankreich genommen wird, um ihm zu geben, sind die Procente, die während des Umsatzes für das Haupt und die Glieder der Gesellschaft vom 10. December abfallen. Das Witzwort, womit die Gräfin L., die Maitresse des Herrn de Morny, die Confiscation der Orleans'schen Güter charakterisirte: „C'est la premier vol de l'aigle,“ passt auf den Flug des Adlers, der mehr Rabe ist. Er selbst und seine Anhänger rufen sich täglich zu, wie jener italienische Karthäuser und Geizhals, der prunkend die Güter aufzählte, an denen er noch für Jahre zu zehren habe: „Tu fai conto sopra i beni, bisogna prima far il conto sopra gli anni.“ Um sich in den Jahren nicht zu verrechnen, zählen sie nach Minuten. An den Hof, in die Ministerien, an die Spitze der Verwaltung und der Armee drängt sich ein Haufe von Kerlen, von deren Bestem zu sagen ist, dass man nicht weiss, von wannen er kommt, eine geräuschvolle, anrüchige, plünderungslustige Bohème, die mit derselben grotesken Würde in galonirte Röcke kriecht, wie Soulouque's Grosswürdenträger. Man kann diese höhere Schichte der Gesellschaft vom 10. December sich anschaulich machen, wenn man erwägt, dass Veron-Crevel ihr Sittenrichter ist und Granier de Cassagnac ihr Denker. Als Guizot zur Zeit seines Ministeriums diesen Granier in einem Winkelblatte gegen die dynastische Opposition verwandte, pflegte er ihn mit der Wendung zu rühmen: „C'est le roi des droles;“ „das ist der Narrenkönig.“ Man hätte Unrecht, bei dem Hofe und der Sippe Louis Bonaparte's an die Regentschaft oder Ludwig XV. zu erinnern. Denn „oft schon hat Frankreich eine Maitressenregierung erlebt, aber noch nie eine Regierung von hommes entretenus.“

Von den widersprechenden Forderungen seiner Situation gejagt, zugleich wie ein Taschenspieler in der Nothwendigkeit, durch beständige Ueberraschung die Augen des Publikums auf sich als den Ersatzmann Napoleon's gerichtet zu halten, also jeden Tag einen Staatsstreich en miniature zu verrichten, bringt Bonaparte die ganze bürgerliche Wirthschaft in Wirrwarr, tastet Alles an, was der Revolution von 1848 unantastbar schien, macht die Einen revolutionsgeduldig, die Andern revolutionslustig und erzeugt die Anarchie selbst im Namen der Ordnung, während er zugleich der ganzen Staatsmaschine den Heiligenschein abstreicht, sie profanirt, sie zugleich ekelhaft und lächerlich macht. Den Cultus des heiligen Rocks zu Trier wiederholt er zu Paris im Cultus des napoleonischen Kaisermantels. Aber wenn der Kaisermantel endlich auf die Schultern des Louis Bonaparte fällt, wird das eherne Standbild Napoleons von der Höhe der Vendomesäule herabstürzen.“

Mein Gott, wenn man dies liest, was Marx 1852 schrieb und was 1870—71 eingetroffen ist, wörtlich eingetroffen, so stockt einem der Athem! Ein Mann, der so wahr prophezeit hat bis 1871, sollte der von da ab plötzlich Närrisches faseln? Ich bin kein Anhänger des Herrn Marx, aber ich bewundere ehrlich ein Genie, einen Fleiss, eine Ueberzeugungstreue, wie sie so selten ist und mir selten vorgekommen. Wollte Gott, die conservative

Partei hätte solche Männer! — Ich komme nun zu dem Hauptabschnitt meiner Arbeit über Frankreich, zur Entwickelung der Internationale daselbst.

Man wird mir, hoffe ich, diese skizzenhafte Einleitung verzeihen, welche sich viel mehr auf fremde gute Vorarbeiten, als Quellstudium stützt. Ich hielt es für nothwendig für das Verständniss nicht von ein paar Fachgelehrten, sondern des grossen Publicums, den Boden zu zeichnen, auf welchem sich das Folgende aufbaut. Für die Geschichte der Entwickelung des Socialismus seit Gründung der Internationale nehme ich aber in diesem, sowie in allen andern Capiteln die Ehre in Anspruch, ein auf unanfechtbare, fleissig gesammelte, gewissenhaft und tendenzlos gesichtete — und jetzt zum Theil nicht mehr zugängliche Documente gestütztes Quellwerk geliefert zu haben.

Wenn ich in der Folge zu anderen Resultaten über die Entwickelung der Dinge in Frankreich, namentlich auch über die Schuld am Commune-Aufstande und über die Natur der Commune komme, als sie sonst allgemein getheilt werden, so kommt das vielleicht daher, dass ich hierüber mehr erfahren und mehr nachgedacht habe, als die Menge.

Es ist erwähnt worden, dass Napoleon Anfangs alle Arbeiterverbindungen unterschiedslos verfolgen liess. Die besitzende Klasse, namentlich auch die Landleute, sahen in ihnen Angriffe auf die bestehende Ordnung, und Napoleon musste zunächst diese mächtige Klasse befriedigen, beruhigen. Je energischer er gegen die Arbeiter vorging, desto dankbarer waren ihm jene Klassen. Ja, 1852 suchte er sogar den Normalarbeitstag anzugreifen, allein die Aufregung, in welche die gesammte Arbeiterschaft gerieth, erschreckte ihn, und er unterliess es. Die Arbeiter sagten, dies Gesetz sei das einzige Gute, was ihnen von der Republik geblieben sei. Am 5. September 1850 war nämlich das Decret des Jahres 1848, das die Arbeitszeit in Paris auf 10, in den Departements auf 11 Stunden herabsetzte, aufgehoben und durch die Bestimmung ersetzt worden, wonach die tägliche Arbeit in den Fabriken und Werkstätten auf 12 Stunden beschränkt wurde. Dies Gesetz gilt heute noch. Wir haben also in Frankreich einen gesetzlichen Normalarbeitstag für Erwachsene.

Durch die Wiederbelebung der „Conseils de Prud'hommes" suchte Napoleon Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern auf den gesetzlichen Boden zu verpflanzen. Es waren Schiedsgerichte und gewissermassen auch Einigungsämter. Der Uebersetzer von Thornton's Werk die „Arbeit", Schramm, sagt über diese Institution:

„Die Conseils de Prud'hommes bilden eine Art von Handelskammern, insofern sie Handel und Verkehr überwachen; da sie aber auch bestimmte Rechte und Privilegien besitzen und innerhalb gewisser Grenzen juristische Macht ausüben, haben sie Aehnlichkeit mit staatlich anerkannten Corporationen. Ein Prud'homme ist nicht bloss ein kluger Mann, sondern ein durch Rechtschaffenheit und Erfahrung allgemein anerkannter Geschäftsmann, eine Art industrieller Patriarch, dessen Urtheil und Entscheidung

juristische Kraft hat. In manchen Gemeinden führen diesen Namen Municipalbeamte, welche die praktischen Interessen zu leiten haben und wegen allgemeiner Achtung und Erfahrung dazu gewählt wurden. Schon vor vielen Jahren wählte die Stadt Paris vierundzwanzig Prud'hommes zur Unterstützung des Maires bei Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, zur Inspection der Märkte und aller öffentlichen Arbeiten. Jeder hatte, je nach seiner besonderen Erfahrung, ein besonderes Departement. In Marseille wählten die Fischer vier ihrer besten Genossen zu Prudhommes Pêcheurs, welche besonders vereidigt wurden, um als oberste Wächter in allen Angelegenheiten der Fischer zu entscheiden. Unter dem Consulate des ersten Napoleon wählten die Seidenfabrikanten von Lyon einen solchen „Conseil de Prud'hommes", der aus neun Mitgliedern bestand, welche nicht nur alle Interessen der Seiden-Industrie zu überwachen, sondern auch Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und Arbeitern und der Arbeiter selbst in ähnlichen Industrien zu schlichten hatten, und zwar innerhalb gewisser Grenzen ohne alle Appellation. Später ward dieses Schiedsgericht auf siebzehn Mitglieder erhöht, von denen neun von Herren und Meistern und acht von Arbeitern gewählt wurden. Es hielt seine Sitzungen immer des Abends nach des Tages Arbeit und entschied immer sofort endgültig über Streitigkeiten, wobei es sich um nicht mehr als hundert Francs handelte. Bei grösseren war eine Appellation an das Handelsgericht zulässig. Es hatte zwar auch die Gewalt, gerichtlich vorzuladen, zu pfänden und bis auf drei Tage Gefängniss zu erkennen, zunächst handelte es aber immer als Friedensgericht, um kostspieliges Processiren zu verhüten. Erst wenn friedliche Vermittelung sich als vergeblich erwiesen hatte, schritt man zu richterlicher Thätigkeit. Nach und nach entstanden in allen grösseren Fabrikstädten Frankreichs solche Gewerberäthe, deren Organisation in manchen Einzelheiten nach localen und industriellen Eigenthümlichkeiten von einander abwich. Im Jahre 1848 wurde ihnen grössere gesetzliche Autorität verliehen, welche 1853 zum Theil noch weiter ausgedehnt ward. Etwa acht Jahre später besass Paris in den meisten Industrien dergleichen Conseils."

Es ist bekannt, dass sie in Frankreich weder grossartige Strikes noch schliesslich die Commune haben hindern können, und wenn die Kathedersocialisten in Deutschland kein anderes Mittel zur Sicherung des socialen Friedens haben, so steht es darum traurig genug.

Auch die Bestimmung über die „Livrets" wurde wieder strenge gehandhabt. Brentano sagt über diese Arbeitsbücher in seinem Werk über englische Gewerkvereine:

„Jeder Arbeiter musste ein Buch führen, in welches sein Arbeitgeber bei seiner Entlassung Bemerkungen zur Charakterisirung des Arbeiters eintrug. Es ist dies eine Art Steckbrief, den jeder Arbeiter gegen sich selbst verbreiten muss. Diesem gesetzlichen Erforderniss schrieben die französischen Arbeitgeber vor 1867 die Seltenheit von Arbeitseinstellungen in Frankreich zu. ... Der Fabrikant Schneider antwortete auf die Frage: „Haben Sie jemals eine Arbeitseinstellung in Creusot gehabt?" „Nein." „Ich sollte denken, dass Sie mit der Zeit solche haben werden." „Nein. Die Arbeiter arbeiten hier in der Regel ihr Leben lang." „Gehen sie häufig anderswo hin?" „Nein, dies hindert das Livret."

Auf die Dauer hielt dies Mittel freilich auch nicht Stich — indess unsere deutschen Arbeitgeber scheinen es doch für probat

zu halten, da sie vielfach den Versuch ihrer Einführung machen. Man wird eben immer, scheint es, erst durch eigene Erfahrungen klug.

Es gelang Napoleon durch solche Massregeln das Zutrauen der besitzenden Klasse zu gewinnen. Mit seiner Hülfe hatte die besitzende Klasse das bezweckt, was ihr vor allem nöthig dünkte, den Arbeiter politisch zu entrechten, ihn aus den Clubs, den Versammlungen, von der Strasse in die Arbeitslocale zu bannen. Die öffentlichen Angelegenheiten, das Volkswohl, die Steuern und sonstigen Einkünfte und Ausgaben, das wollte sie schon alles besorgen; für den Arbeiter genügt es, seine tägliche Arbeit zu leisten und dem Arbeitgeber ein ruhiger und fleissiger Arbeiter zu sein. Die Arbeiter waren decimirt, aller ihrer fähigen Köpfe beraubt; eine Zeit lang ging es daher ganz nach dem Wunsche der Machthaber. Wenn irgendwo Arbeitsstockung und Unzufriedenheit vorhanden war, dann half der Fiscus mit seinem Gelde oder öffentlichen Arbeiten aus. Selbst die „fromme" Frau des „ältesten Sohnes der Kirche" war so grossherzig, eine ganz neue Art von Seidenstoffen auszudenken, damit die Seidenweber Frankreichs beschäftigt werden könnten.

Hatte so Napolean die Arbeiter wieder anscheinend den Arbeitgebern definitiv unterworfen, so galt es, erstens den besitzenden Klassen viel Verdienst, hohe Procente zu schaffen. Die Geschichte dieser Bestrebungen gehört nicht hierher. Der englische Handelsvertrag hob in der That die französische Industrie und den Nationalreichthum. Es galt ferner, der Armee Gloire zu verschaffen und die überflüssige Kraft der Nation durch gelegentliche Aderlässe abzuzapfen. Seine Kriege in der Krim, in Italien hatten den gewünschten Erfolg, in Mexico kam der erste Rückschlag. Aber Napoleon hatte das allgemeine gleiche Wahlrecht bestehen gelassen.

Stein sagt sehr richtig in seinem hier oft benutzten Werke:

„Wir wiederholen noch einmal, dass wir Den nicht für einen wahren Staatsmann halten können, der die Frage nach dem allgemeinen Stimmrecht aus Rücksichten und Gründen der gewöhnlichen Staatsklugheit oder Nützlichkeit zu beantworten unternimmt. Das allgemeine Stimmrecht hat seine Bedeutung niemals in seinem Verhältniss zum abstracten Begriff der Persönlichkeit, ihrem Rechte, ihrer Freiheit, oder wie die abgeleiteten Begriffe der reinen Demokratie sonst bezeichnet werden mögen. Es ist vielmehr durchaus ein sociales Recht, und wer sich nicht mit offenen Augen täuschen will, der muss sehen, dass jedes Volk, eben weil jedes Volk eine Gesellschaft ist, dies allgemeine Stimmrecht als ein durchaus sociales Recht auffasst. Und zwar einfach als dasjenige Recht, durch welches die niedere, nichtbesitzende Klasse allein ihren, dem der besitzenden gleichen Antheil an der Staatsgewalt hat.

Wo nun in einer Gesellschaft die besitzende und die nichtbesitzende Klasse einander feindlich gegenüber getreten sind, und

wo in Folge dessen nach ausgebrochenem offenen Kampfe die eine Klasse der Gesellschaft die andere besiegt hat, da ist die Gleichheit der beiden Klassen nicht bloss innerlich in gegenseitigem Hass untergegangen, sondern auch äusserlich vernichtet. Wenn es nun wahr ist, dass die Ordnung der Gesellschaft die Verfassung des Staates bedingt, so muss, wenn jene sociale Gleichheit aufgehoben ist, das allgemeine Stimmrecht als politische Gleichheit, bei dem Mangel ihrer socialen Voraussetzung, untergehen, oder es muss die sociale Gleichheit wieder hergestellt werden.

Nun war in Frankreich zu derselben Zeit, wo die Constitution das allgemeine Stimmrecht einführte, die Gleichheit der beiden Klassen der industriellen Gesellschaft, die wir als Arbeit und Capital bezeichnet haben, bereits aufgehoben. Es stand daher in der That die Verfassung des Staates mit der Ordnung der Gesellschaft im Widerspruche. Und zwar so, dass die niedere Klasse der Gesellschaft ein politisches Recht hatte, welches sie durch ihre sociale Stellung nicht ausfüllte."

Stein meinte nun, es werde sofort der Streit um das allgemeine Wahlrecht zur Entscheidung gebracht werden, und sagte:

„Wenn die industrielle Reaction siegt, so wird eine definitive Herrschaft des Capitals und eine auch rechtliche Unterwerfung der Arbeit daraus hervorgehen; siegt die sociale Demokratie, so beginnt — vielleicht freilich erst nach sehr blutigen Zeiten — die Gesellschaftsordnung des gegenseitigen Interesses."

So kam es nun nicht, weder die eine noch die andere Partei siegte, sondern Napoleon unterwarf beide.

Aber er kannte besser die Bedeutung des allgemeinen Stimmrechts, als heute mancher Politiker in Deutschland, und wusste, dass dieses Recht, wenn man auch durch Wahlcorruption es Jahre, ja Jahrzehnte lang illusorisch machen kann, sich endlich doch Geltung verschafft. Er hätte es zweifellos 1852 beseitigen können. Die besitzende Klasse würde es ihm innigen Dank gewusst haben. Aber er hätte sich durch Einführung des Census unbedingt in die Hände dieser Klasse gegeben. Napoleon war gewiss kein Dummkopf. Er wusste recht gut, dass nach kurzer Zeit die besitzende Klasse wieder ihren, wie sie meinte, legitimen und zur Behauptung ihrer socialen Herrschaft über die Arbeiter auch nothwendigen Einfluss auf die Staatsleitung beanspruchen werde. Hatte er durch den Census ihr die Macht in die Hand gegeben, so gab es keine verfassungsmässige Möglichkeit, sich ihrer Herrschaft zu erwehren. Er hütete sich also wohl, das allgemeine Stimmrecht aufzuheben und beabsichtigte augenscheinlich, sich späterhin, wenn jener Kampf zwischen ihm und der besitzenden Klasse ausbrach, auf die besitzlose zu stützen. Deshalb musste er sich dieselbe allmälig zu Freunden machen, aber vorsichtig, ganz vorsichtig, damit er nicht vorzeitig den Argwohn der besitzenden Klassen erregte.

Hier hat er denn gar nicht unschlau operirt. Schon 1849 stiftete er eine Wohlthätigkeitsgesellschaft in Paris, d. h. er orga-

nisirte ihm ergebene Arbeiter, denen Unterstützungen zukamen, die von geheimen Agenten geliefert wurden, und bei seinen Reisen und Staatsactionen gewissermassen den officiellen Corus machen mussten. Es waren die Claqueurs der Kaiserposse, die er in Frankreich aufgeführt hat. Man nannte später diese Leute „Weisse Blousen."

Indess, wenn er diese Claque auch recht geschickt benutzte, um seiner officiellen Presse — und das war fast die ganze Presse, Gelegenheit zu geben, ihn als den populären Mann hinzustellen, so täuschte er sich doch nicht über den Werth dieser Decoration.

Er verschaffte also zunächst den Arbeitern Verdienst und hatte dazu ein probates Mittel. Die Industrie wurde eifrig von ihm gefördert. Handelsverträge, Weltausstellungen, Bestellungen für das Heer und die Flotte schafften Arbeit. Gleichzeitig liess er seine Minister öffentliche Arbeiten in noch nie dagewesenem Umfange unternehmen und verleitete die Communen zu ähnlichen Unternehmungen. Der Name Hausmann ist bezeichnend für ein System. Bei diesen Arbeiten wurden die Arbeiter gut bezahlt und die Concurrenz zwang die Industriellen, ebenfalls die Löhne zu erhöhen. Das Mittel gab ihm die Anleihe, und die Anleihe für Staat und Commune war leicht, da das Kaiserthum bekanntlich „der Friede" war.

In der That lebten die Arbeiter in den fünfziger Jahren in Frankreich besser denn je.

Allein die blosse materielle Zufriedenheit der Arbeiter nutzte nichts für den Zweck, den sie hatten, in dem voraus gesehenen Kampf Napoleons mit der besitzenden Klasse um die Herrschaft. Dazu mussten sie organisirt werden und auch hierzu machte Napoleon den Versuch.

Die alten Arbeiter-Associationen, die Kinder der Revolution, revolutionär durch und durch, hatte er fast alle zerstört. Jetzt galt es, Associationen zu schaffen, die dem Kaiser ergeben wären. Die konnte man später gegen die besitzende Klasse als Trumpf ausspielen.

1863 gründete Béluze, natürlich mit kaiserlicher Bewilligung, die „Société du crédit au travail," welche bestehenden Associationen Credit geben und die Gründung neuer begünstigen wollte. Mit ihrer Beihülfe entstanden zahlreiche Productiv-Associationen. Léon Say und Walras gründeten die „Caisse d'escompte des associations populaires." Beide Kassen hatten guten Erfolg. Napoleon gab schliesslich 500,000 Frcs. her zur Gründung einer „Caisse des associations coopératives" und begünstigte ähnlich die Entstehung von noch etwa 5—6 solcher Kassen in den Departements in den Jahren 1864—67. Im Jahre 1866 zählte man in Paris 12 gegenseitige Creditgesellschaften, 7 Consumvereine, 51 Productivgenossenschaften und noch mehr in den Departements.

Alle diese Gesellschaften waren von den grossen Kassen abhängig und diese wieder von der Regierung.

Allein Napoleon wurde mit den Jahren krank und verlor die

Energie, die seine ersten Jahre auszeichnete. Er führte seine Gedanken und Pläne nur halb aus. So liess er auch diese Bewegung aus den Augen, und sich selbst überlassen, konnten diese Vereine mit den mächtigen Unternehmungen des Grosscapitals nicht concurriren. Sie waren auch oft schlecht verwaltet und so ging eine nach der anderen unter, andere führten einen bescheidenen Austrag. Dieser auf halbem Wege aufgegebene Versuch, regierungsfreundliche Associationen zu schaffen, nutzte zu nichts.

Wichtiger wegen der praktischen Bedeutung ist es, dass Napoleon, der den Capitalisten, sowohl den Kaufleuten als den Industriellen, es gestattet hatte, sich zu vereinigen und Syndikate zu wählen, zur Vertretung ihrer Interessen, dieses Recht, allerdings reglementirt, auch den Arbeitern einräumte. Dadurch erhielten die Gewerke eine Organisation. Zwar standen an der Spitze unverdächtige Leute, denn sie mussten ja der Regierung genannt werden, allein späterhin zeigte sich, dass innerhalb des officiellen Rahmens eine geheime Organisation entstanden war, dass geheime Obere neben den officiellen fungirten, die, sei es mit der republikanischen, sei es mit der socialistischen Partei und deren Führern in Verbindung standen. Man nimmt an, dass Napoleon in diesen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, welche von der Regierung controlirt wurden und deren Beamte der Bestätigung derselben bedurften, ein Gegengewicht gegen die Organisation der herrschenden Klasse sich schaffen wollte.

Aus demselben Grunde gestattete Napoleon 1864 die Aufhebung der Coalitionsverbote, auf die ich weiterhin nochmals zu sprechen komme.

Endlich begünstigte er geradezu das öffentliche, organisirte Auftreten der Arbeiterschaft als solcher, wie wir gleich sehen werden, und suchte gewissermassen um Anerkennung seiner väterlichen Fürsorge nach. Erst nachdem die Arbeiter, durch ihren Eintritt in die Internationale zu hohem Selbst- und Kraftbewusstsein gelangt, diese Anerkennung höhnisch verweigert hatten, gab er es auf, sie als eine Waffe gegen die herrschende Klasse zu gebrauchen und capitulirte mit derselben, suchte sie durch das Ministerium Ollivier zu versöhnen und konnte doch, da er nicht alle Macht in ihre Hände legen wollte, auch dies nicht erlangen So fiel er am 4. September 1870, weil sich beide Parteien gegen ihn kehrten.

Verfolgen wir es zunächst, wie die französischen Arbeiter mit Hülfe der kaiserlichen Regierung wieder auf der öffentlichen Bühne erschienen.

Es ist erwähnt worden, dass Arbeiter-Coalitionen, obschon durch den Code Napoleon verboten, bereits seit der Restauration im Geheimen gewerksweise bestanden. Auch unter Napoleon wurden bis 1864 zahlreiche Processe gegen coalirte Arbeiter angestrengt. Der Kaiser liess diese Processe vor sich gehen, um sich der Bourgeoisie zu verpflichten, aber er begnadigte in der Regel die Verurtheilten bald, um sich auch die Herzen der Arbeiter zu

gewinnen. Seine eigenen Minister missbilligten dies Schaukelsystem, das „weder die Vortheile einer strengen Strafgesetzgebung, noch die Ehre und den Nutzen einer liberalen Gesetzgebung hatte," wie sie sagten. Unter Herrschaft dieses Verfahrens wurden aus Coalitionen ad hoc dauernde und zahlreiche.

Vor der Weltausstellung zu London 1862 tauchte in Bourgeoisieblättern das Project auf, Arbeiter dorthin zu senden, welche daselbst lernen und ihre Collegen im Lande belehren sollten. Am 29. September 1860 rieth der „Progrès de Lyon" den Arbeitern, Abgesandte zwecks solcher Studien nach London zu senden. Sogleich bemächtigte sich der Kaiser des Gedankens. Hier konnte er gefahrlos, wie er meinte, die Arbeiter an öffentliche Action, die ja nichts Politisches hatte, gewöhnen. Der Chef der kaiserlichen Ausstellungs-Commission, Herr Dufour, erklärte, „dass die kaiserliche Commission nichts vernachlässigen werde, damit die Eisenbahn-Compagnien die Fahrpreise für die Delegirten ausnahmsweise niedrig stellten."

Die „Opinion nationale" schrieb: „Der Besuch, welchen unsere Arbeiter ihren Cameraden in England machen würden, würde für alle in jeder Beziehung nützliche Beziehungen herbeiführen. Während sie sich Rechenschaft gäben von den künstlerischen und industriellen Arbeiten, die in London eine Rolle spielten, würden sie gleichzeitig besser die Solidarität empfinden, welche sie verbindet; der alte Sauerteig internationaler Zwietracht werde an Kraft verlieren und die Eifersucht der Rivalen werde den heilsamen Anstrengungen brüderlichen Wetteifers Platz machen."

Ahnungslos hatte das liberale Bourgeoisieblatt die Phrase der „Solidarität" hingeworfen, welche in so ganz anderem Sinne sich verwirklichen sollte.

Der „Temps" schlug vor, eine National-Subscription zu eröffnen, um den Delegirten der grossen Industrie-Centren die Kosten der Reise zu ersetzen. Die ganze Presse fast unterstützte diesen Vorschlag und er wurde ins Werk gesetzt. Die Arbeiter durften ihre Abgeordneten selbst wählen, und dies war ihre erste gemeinsame öffentliche Thätigkeit seit 1848.

Obschon gewiss die geheimen Chefs der Coalitionen gewählt wurden, so waren die Abgesandten doch der Mehrzahl friedliche, fleissige Arbeiter, die eifrig Studien machten und meist auch nachher weder der I. A.-A. noch der Commune angehörten. Aber die Berührung mit den Engländern und mehr noch mit den Exilirten von 1848 brachte sie bald auf andere Wege.

Während 1848 die Arbeiter-Commission im Luxembourg debattirte, wiederhallte der Ruf nach „Organisation der Arbeit" von jenseits des Canals. Bald floh Blanc und viele seiner Anhänger nach der Junischlacht nach London. Hier vereinigten sich die Flüchtlinge der Revolution von 1848 aus allen Ländern. Hier gaben diese internationalen Revolutionäre 1852 ein Banket zu Ehren L. Blanc's, Pierre Leroux' und Cabet's. Von da ab war eine Gemeinsamkeit hergestellt. Allwöchentlich kamen diese Leute

in Meetings mit englischen Demokraten zusammen. Einer der letzteren, O'Bright, feierte seit 1832 regelmässig mit Gesinnungsgenossen den Geburtstag von Robespierre. Die alten Chartisten Ernst Jones und Vincent gehörten zu den Stammgästen.

Diese alte Gesellschaft sah zwar voll Verachtung auf die Arbeiter- oder Corporationsbewegung herab, welche erklärte, dass die Form der Regierung ihnen gleichgültig sei. Sie begriffen ebenso wenig, wie die Kathedersocialisten in Deutschland heute, dass die Gewerkvereine nur die Organisirung der politischen Arbeiterarmee bedeuten, wie die französischen Corporations-Abgesandten bald, wenigstens zum Theil, Internationale wurden.

Am 5. August 1862 feierten die englischen und französischen Arbeiter in der Freimaurer-Taverne das „Fest der internationalen Verbrüderung." Villetard giebt Bruchstücke einer dort vorgelesenen Adresse englischer Arbeiter an ihre Gäste:

„Wir englische Arbeiter ergreifen mit Vergnügen die Gelegenheit eurer Anwesenheit in London, um euch die Bruderhand zu reichen und rufen euch von Herzen „Willkommen" zu! . . In den Jahrhunderten der Unwissenheit und des Obscurantismus haben wir uns nur zu hassen verstanden; es war die Herrschaft der Gewalt und der brutalen Macht. Heute begegnen wir uns unter der Aegide der civilisatorischen Wissenschaft als Kinder der Arbeit; die Herrschaft der moralischen Gewalt ist gekommen. . . Obschon die Zukunft unseren Hoffnungen und Rechten Genugthuung zu versprechen scheint, so dürfen wir uns nicht verhehlen, dass wir nicht dahin gelangen werden ohne ernste Kämpfe. Der Egoismus macht die Menschen zu oft blind für ihre wahren Interessen und erzeugt Spaltung und Hass, wo es nur Liebe und Solidarität geben sollte. Wie unsere nationalen Zwistigkeiten für unsere gegenseitigen Vaterländer ruinös gewesen sind, so werden auch unsere socialen Zwistigkeiten fatal werden für diejenigen, welche die Concurrenz gegen ihre Brüder ziehen sollte. So lange es Meister und Arbeiter, so lange es Concurrenz zwischen den Meistern und Lohnstreitigkeiten geben wird, wird die Union der Arbeiter das einzige Mittel zum Heil sein. Die Eintracht zwischen uns und unseren Patronen ist das einzige Mittel, die Schwierigkeiten zu vermindern, von denen wir umgeben sind. Die Vervollkommnung der Maschinen, welche wir sich auf allen Ecken und Enden vermehren sehen, und die gigantische Production, welche die Folge der Anwendung des Dampfes und der Electricität ist, ändern täglich die Bedingungen der Gesellschaft. Ein immenses Problem ist zu lösen, das der Entlöhnung der Arbeit. Im Masse des Wachsthums der Maschinen muss menschliche Arbeit weniger nothwendig werden. Was wird man mit jenen thun, die ohne Arbeit sind? Sollten sie unproductiv und Elemente der Concurrenz bleiben? Wird man sie Hungers sterben lassen oder wird man sie auf Kosten der Arbeitenden ernähren? . . Manche Systeme sind zur Lösung dieses Problems vorgeschlagen worden. Die meisten waren prächtige Träume, aber der Umstand, dass wir es noch suchen, beweist, dass die Wahrheit noch nicht gefunden wurde. Indem wir unsere Gedanken und Beobachtungen mit denen der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten austauschen, werden wir schneller die ökonomischen Geheimnisse der Gesellschaft entdecken" u. s. w.

In dieser merkwürdigen Adresse ist zwar noch von Herren und Arbeitern die Rede, allein es ist die ganze sociale Frage als ein

der Lösung harrendes Problem hingestellt und diese Lösung eine Aufgabe der Arbeiter aller Nationalitäten genannt. Ein Grundgedanke der Internationale.

Die französischen Delegirten erklärten durch Melville-Glover, dass sie wünschten, es möchten Arbeiter-Comité's entstehen, um „Correspondenzen über die Frage der internationalen Industrie“ auszutauschen. Hier haben wir die Idee des „General-Rath“ als Correspondenz-Bureau.

Die Einrichtung solcher Correspondenz-Mittelpunkte machte sich zwanglos. Mehrere französische Arbeiter-Delegirte fanden vortheilhafte Anstellungen in englischen Werkstätten und kehrten nicht in die Heimath zurück, correspondirten aber natürlich dorthin. Die anderen Delegirten kehrten nach Frankreich zurück, erfüllt von neuen Ideen.

Unter der Bedeutung dieses Besuches sagt Nadaud: „Das Jahr 1862 wird in den Annalen der Arbeit als eins der merkwürdigsten des Jahrhunderts verzeichnet bleiben. Es war das erste Mal, dass Elite-Arbeiter, frei gewählt von Ihresgleichen, officiell berufen wurden zum Nutzen ihres Landes und ihrer Kameraden, die Meisterwerke der Industrie zu studiren. Ihre Aufgabe war eine doppelte: Repräsentanten einer unterdrückten Klasse, war ihre erste Pflicht, sich zu unterrichten, ob die Lage der englischen Arbeiter, die sie besuchten, schlechter oder besser als die ihrige sei. Diese Mission haben die französischen Arbeiter würdig ausgeführt. Meiner Ansicht nach waren die Cahiers des dritten Standes 1789 weder klarer noch wahrer als die Cahiers der Proletarier von 1862.“

Nadaud meint, die französische Arbeiterschaft habe durch ihre Delegirten erfahren, dass die Engländer weniger Stunden täglich arbeiteten und doch ein Drittel mehr Lohn verdienten. Er vergleicht die Lage der Bauhandwerker in Paris und London. Der Pariser arbeitet 60 Stunden wöchentlich für 31,50 Frcs. Der Londoner arbeitet 56 Stunden für 40,80 Frcs. In den Provinzen Frankreichs arbeitet man überall wöchentlich 72 Stunden, in Cheshire nur 55½, in Cumberland 58, Derbyshire 55½ u. s. w., durchschnittlich in den englischen Provinzialorten 56 Stunden. Die Löhne in England waren bis um die Hälfte höher als in Frankreich.

Diese Berichte fachten also den Streit um höhere Löhne resp. geringere Arbeitszeit in Frankreich erheblich an.

Die Delegirten berichteten ferner über die schon damals erstaunlich mächtige Organisation der Trades-Unions und ihre gewaltigen Kassen. Sie berichteten, dass die Coalitionsverbote, welche in Frankreich die Entwickelung der T.-Us. verhinderten, in England bereits seit fast 40 Jahren aufgehoben seien, ohne der englischen Industrie Schaden zugefügt zu haben. Deshalb verlangten nun auch die französischen Arbeiter die Aufhebung der Coalitionsverbote.

Im I. Bande habe ich von Seite 100 ab die Theilnahme fran-

zösischer Arbeiter bei Gründung der I. A.-A. geschildert und vervollständige hier bloss jene sonst correcte Darstellung. Daselbst ist geschildert, wie es kam, dass 1863 abermals französische Arbeiter nach London gingen.

Wir sehen nun sofort die französischen Arbeiter die Bahn der Politik betreten.

Im Jahre 1863 hatten die Deputirten-Wahlen zum Gesetzgebenden Körper in Frankreich stattgefunden. In Folge von Doppelwahlen mussten im März 1864 in Paris zwei Neuwahlen stattfinden. Die Linke und die äusserste Linke stritten sich um diese beiden Sitze, als plötzlich ein von 60 Arbeitern unterzeichnetes Manifest erschien, welches einen der Plätze für einen „Arbeiter" reklamirte. Das war unerhört in Frankreich seit 1848. Weder die Bourgeoisie noch Napoleon in seinen officiellen Candidaturen hatten je einen „Arbeiter" nominirt.

Es hiess in dem Manifest:

„Das allgemeine Stimmrecht hat uns politisch für majorenn erklärt, aber wir müssen uns in socialer Beziehung nun mehr emancipiren. . . . Diejenigen, welche keinen Theil haben an der Institution des „Capitals", können durch Freiheit und Solidarität nicht den egoistischen und unterdrückerischen Anforderungen widerstehen; sie unterliegen der „Capitalsherrschaft." Deshalb verlangte man vor Allem die Aufhebung des Paragraphen des Code Napoleon, der die Coalitionen verbot. Der „Tiers-état" sagte: „Was ist der Tiers-état? Nichts. Was soll er sein? Alles." Wir werden nicht sagen: „Was ist der Arbeiter?" Nichts. Was soll er sein? Alles." Sondern wir werden sagen: „Die Bourgeoisie, unser älterer Bruder, verstand 1789 die Noblesse zu absorbiren und die Ungerechtigkeit der Privilegien zu zerstören. Für uns handelt es sich nicht um Zerstörung der Rechte, deren mit Recht die mittleren Klassen sich erfreuen, sondern um Eroberung derselben Actionsfreiheit. Man klage uns nicht an, Agrargesetze zu träumen, eine chimärische Egalität, welche Jedermann auf das Prokrustesbette strecken würde, Theilung, Maximum, Zwangsabgabe u. s. w. Nein! Es ist hohe Zeit, diesen Verläumdungen ein Ende zu machen, welche von unseren Feinden verbreitet und von Ignoranten geglaubt werden. Freiheit der Arbeit, Credit, Solidarität, das sind unsere Träume" etc. Schliesslich erklärte man, dass man, gemeinsam mit der republikanischen Bourgeoisie, verlange: „Befreiung des allgemeinen Stimmrechts von jeder Fessel, Freiheit der Presse, der Vereine, complete Trennung von Kirche und Staat, Gleichgewicht des Budgets, municipale Freiheit, ausserdem freien und obligatorischen Unterricht und Freiheit der Arbeit."

Unter den Unterzeichnern befanden sich von späteren Mitgliedern der I.: Murat, Limousin, Camélinat und Tolain, der 1863 nach London zum Polenmeeting gesendet war.

Dies Manifest überraschte die blaue Demokratie sehr peinlich. Man trommelte eine Anzahl „zuverlässiger" Arbeiter zusammen, welche ein Gegenmanifest publicirten, worin sie sich gegen die Vermengung socialer und politischer Wahlen erklärten. Da die Arbeiter noch nicht genügend organisirt waren, so erhielt ihr Candidat, Tolain, nur 380 Stimmen.

Diese Niederlage schreckte die Arbeiter nicht ab. Anderer-

seits verfolgte der Kaiser die entstehende Bewegung mit wachsamem Auge und beschloss, ihr mehr Luft zu geben. Er hoffte, in den grossen Städten die Arbeiter gegen die Bourgeoisie und Republikaner gebrauchen zu können. Emil Olivier hatte sich schon mit Napoleon verständigt. Die Regierung legte dem Gesetzgebenden Körper 1864 einen Entwurf vor, der die §§ 414, 415, 416 des Code pénal aufhob, Arbeiter-Coalitionen gestattete und nur solche bestrafte, welche strafbare Manöver anwendeten, die die Rechte und Freiheit der Patrone oder der Arbeiter angriffen. Olivier musste die Vorlage als Referent vertheidigen. Es war eine Massregel, die auf keiner Seite Befriedigung erregte. Die Grosscapitalisten und Fabrikanten griffen durch Seydoux und Kolb-Bernard den Entwurf an als gefährlich für die Gesellschaft. Die Linke machte den Versuch, mit den Arbeitern zu liebäugeln, und Jules Simon, sowie Jules Favre nannten den Entwurf unvollständig und unzureichend. Sie hatten 1871 als Minister Anlass, ihre Reden als Abgeordnete durch Thaten zu dementiren. Trotz dieser Angriffe der Demokratie und der Fabrikanten wurde das Gesetz mit 222 gegen 36 Stimmen angenommen. Die Regierung erntete nicht den Dank der Arbeiter, denen es nicht genügte; die Internationale aber, die wenige Monate darauf entstand, konnte sich nun in Frankreich ausbreiten, und viele und grosse Strikes waren die nächste Folge dieses Gesetzes. Die geheimen Gewerkvereine traten nun ans Licht und organisirten sich öffentlich. Es fehlte nur die Centralisation und die Anknüpfung internationaler Beziehungen. Beides brachte die I.

Im I. Bande habe ich ausführlich der Theilnahme der französischen Arbeiter bei Gründung der I. A.-A. im September 1864 zu London gedacht, auch der Beziehungen des G.-R. zu Frankreich bis 1865.

Im Januar 1865 wurde, Rue Gravilliers No. 44, zu Paris die erste Section der I. in Frankreich gegründet. Man beschloss, die Propaganda auf die nach Aufhebung der Coalitionsverbote ans Licht getretenen Corporationen zu richten und forderte durch die Presse öffentlich zum Beitritt auf.

Napoleon, der die beiden ersten Missionen der Arbeiter von 1862 und 1863 mindestens begünstigt hatte und dem das Auftreten der Pariser Arbeiter gegen die Pariser blaue Demokratie bei den Nachwahlen 1864 sehr gefallen hatte, liess die I. sich in Ruhe organisiren.

Es bildete sich in Paris eine Unter-Commission, die einerseits mit dem G.-R. correspondirte, andererseits den Congress von 1865 präpariren wollte. Da indess die Entwickelung der I. nur langsam vor sich ging, so hielt man den projectirten Congress nicht in Brüssel ab, wie beabsichtigt war, sondern in London im September 1865 nur eine Conferenz für die Häupter.

Nadaud erzählt, dass auf dieser Conferenz schon die Franzosen sich in einer Hauptfrage von den Internationalen anderer Länder trennten. Sie wollten nur Handarbeitern, nicht „Kopfarbeitern", den Zutritt zur I. gestatten und haben in Frankreich an

diesem Grundsatze festgehalten. Auch die Frauen schlossen sie aus, indem sie sich auf die Worte Proudhons, dessen Ideen noch immer in Frankreich und Belgien spuken, beriefen: „die Frau gehört hinter den häuslichen Herd und nicht auf das Forum.“

Die Franzosen haben überhaupt den Leitern der I. viel Mühe gemacht. Der alte Joh. Ph. Becker schrieb über diese und namentlich die von Bakunin abhängigen Elemente, welche wir späterhin auch in Frankreich agitiren sehen werden, 1872 im „Volkswille“:

„Von solchen Elementen, voll Scheu gegen alles Reale und voll Himmelsseligkeit für's Abstracte, die zwischen Normalwerthen und Nominalwerthen kaum zu unterscheiden verstehen, sich Wesenhaftes nicht ohne metaphysische Troddeln und Zotteln vorstellen können, waren unsere, namentlich die ersten Congresse, stark heimgesucht. Wie kamen da die bemosten Häupter aller Erlösungsschulen mit ihren von Menschheits-Beglückungsplänen überfüllten Tabernakeln in stolzester Zuversicht angerückt, die ganze alte Welt aus den Angeln zu heben. Wie kam es da beim Anfluge eines Schwarmes Weltbeglücker Manchem so gut, von früherher an Moskiten und Rheinschnaken gewöhnt gewesen zu sein. Und wie hat da fast jedes der edlen Löwenhäupter, in seinen Lehrsätzen gut eingedrillt, auch gut gebrüllt und — obwohl in fünf Minuten mehr rednernd, als der gesunde Menschenverstand in fünf Jahren begreifen kann, dennoch täglich stundenlang — geschwatzt. Mit Entsetzen denke ich heute noch daran, wie auf dem Genfer Congress ein, die Millionen Menschenbrüder umschlingender Franzose, der die Möglichkeit der Lösung der socialen Frage nur in der Einführung einer Universal-Sprache erblickte, ein Viertel-Ries Papier, auf welchem der von ihm erfundene Plan dazu niedergeschrieben war, mit verklärter Miene aus dem Reisekoffer zog und ernstlich den Congress mit dessen Vorlesung bedrohte. Aber auch ein deutscher Bruder (München), der nur in der Organisation der Auswanderung das Erlösungsheil für das „faule“ Europa erkannte, hatte sich alsbald, mit einem schweren Pack Beweggründe unter dem Arm, in der unerbittlichen Absicht eingefunden, die geplagte Versammlung durchaus nicht mit seinen Herzensergiessungen zu verschonen. Welche Höflichkeiten mussten da an die guten Leutchen verschwendet werden, um anständig der Gefahr ihrer Beglückungssturmläufe zu entrinnen! Aber ausser solchen wandelnden Glückssternen glänzten auch noch andere fixe in dem süssen Glauben am Congresshimmel, als werde sich bald die ganze Welt nur um sie herumdrehen. Da waren Fourieristen, Cabetisten, Considerantisten, Proudhonisten, Schulze-Delitzschianer u. s. w., also Communisten, Phalansterianer, Libre-Echangisten, Mutualisten und Selbsthilfler, deren Geistesmägen alle vortrefflich zum Wiederkäuen der Producte ihrer „genialen“ Meister und Sectengründer eingerichtet sein mussten. Darunter befanden sich jedoch auch Blanquisten, die ausser ihrem Schul-Socialismus auch in Jakobinismus und Carbonarismus machen und noch mehr als die vorhergenannten Doctrinenkutscher ihr Fuhrwerk mit Chauvinismus salben, jedoch unstreitig die revolutionärste der socialistischen Glaubenszünfte bilden, die Revolution auf dem Verschwörungswege zu organisiren, alle herkömmliche politische und ökonomische Macht zu stürzen, auf deren Trümmern die Zustände ihres Ideals herzustellen und von Frankreich aus die übrige Welt zu erlösen hoffen. Doch haben sich erfreulicher Weise von Congress zu Congress die Secten-Vertretungen verringert und wurden nacheinander die edlen Bürger Fribourg, Tolain, Müret, Langlois u. s. w. (der Gauner Vesinier, Richard Blank und Dürand nicht zu gedenken)

abgerieben und weggetrieben — die freilich als von uns verkannte Grössen sich meistens im feindlichen Lager zu verwerthen suchen und racheschäumend uns von dort her begeifern."

Mit diesen Querköpfen wusste indessen Marx in den ersten Jahren fertig zu werden. Sie machten sich aber, wie gesagt, schon 1865 lästig.

Nach einer Feier des Jahrestages der Gründung der I. kehrten die Pariser Abgeordneten zurück und arbeiteten ernstlich an der Ausbreitung der I.

Man operirte Anfangs mit grosser Klugheit, indem man die politische Neutralität proclamirte. Aus zwei Gründen. Die alten Parteien, Legitimisten, Orleanisten und blaue Republikaner, welche in der Opposition waren, konnten keine Bundesgenossen der I. sein, da sie alle die Interessen entweder der noch existirenden Grossgrundbesitzer oder der Bourgeoisie vertraten. Die extremen Republikaner, die Jakobiner, Montagnards, Hébertisten, genug die Radikalen, gehörten meist von Geburt den mittleren Klassen an, waren Advocaten, Literaten, kurz, „Kopfarbeiter" oder „Déclassirte," wie sie Marx nennen lässt, und mit ihnen wollten die französischen Arbeiter ja nichts zu thun haben. Ausserdem waren sie zur Zeit in Frankreich ganz machtlos. Sich ihnen anschliessen, hiess, sich sofort die Verfolgung der kaiserlichen Regierung zuziehen. Das Kaiserreich aber war 1865 noch auf dem Gipfel seiner Macht. Es konnte damals die öffentliche Entwickelung der I. unter dem Beifall der Opposition — mit Ausnahme der machtlosen Radikalen — unmöglich machen. Andererseits wussten die Leiter der I. recht gut, dass Napoleon hoffte, die nun entstehende Organisation der Arbeiter als Schreckmittel gegen die ihm die Herrschaft streitig machende Bourgeoisie benutzen zu können. Sie waren sicher entschlossen, dem Kaiserthum keinen ernstlichen Dienst zu leisten, allein sie fanden es sehr vortheilhaft, den Traum Napoleons nicht vorzeitig zu unterbrechen, um sich in Ruhe entwickeln zu können. Wir werden sehen, wie sie 1867 gezwungen wurden, ihre Taktik, sehr gegen ihren Willen, zu ändern.

Sie hüteten sich wohl, die Protection Napoleons zu suchen oder anzunehmen, aber sie behaupteten, nur sociale Zwecke zu haben, und enthielten sich jedes Politiktreibens.

Murat, einer ihrer Führer, sagte später, als er angeklagt war: „Die Pariser Correspondenten, Mitglieder des G.-R. und in London, glaubten keine Autorisation der gegründeten I. einholen zu brauchen. Sie schufen ja keine inländische Association, sondern forderten zum Anschluss an eine internationale Association auf, welche ihren Sitz im Auslande hatte. Um zu attestiren, dass sie trotzdem die Verantwortlichkeit für die Handlungen dieser Association in Paris übernehmen wollten, machten sie dem Präfecten der Polizei und dem Minister des Innern eine Anzeige von der Eröffnung des Bureaus in Paris und sandten ein Exemplar der in London 1864 angenommenen provisorischen Statuten der I. ein."

Der Polizeipräfect und der Minister des Innern antworteten

auf diese Eingabe nicht, und so hatte die Internationale sich nach beiden Seiten gedeckt. „Nie,“ sagt Murat, „hätten wir uns die Demüthigkeit auferlegt, um die Autorisation zu bitten.“

Die Regierung aber liess den Dingen vor der Hand ihren Lauf.

Im Januar 1866 meldete der „Vorbote“, dass das Central-Comité für Frankreich in Paris als Organ der Association die „Fourmi“ herausgebe. Eine deutsche und eine schweizerische Section sei daselbst in Bildung. Dasselbe Blatt meldete im Februar 1866, dass die Sectionen zu Paris, Lyon, Marseille, Rouen, St. Etienne, Caen, Elbqeuf, Bordeaux, Limoges Zuwachs erhalten hätten. Im April wird wieder Vermehrung der Mitgliederzahl und Gründung der „Mutualité“ in Paris gemeldet. Im Mai meldet der „Vorbote“ den guten Absatz des Blattes „L'Association“ zu Paris. Im November wird das Entstehen einer Section in Vienne gemeldet, im December spricht Becker schon von Polizeimassregelungen.

Ich folge überall lieber dem „Vorbote“ und anderen zuverlässigen Quellen, als Testut, der nur mit dem grössten Misstrauen zu gebrauchen ist. Er kennt z. B. so wenig wie 1871 noch Jules Favre den Unterschied zwischen der Internationale und der Alliance. Trotzdem muss bis jetzt jeder Schriftsteller einige seiner Daten anführen.

Indem ich zunächst also dem „Vorbote“ folge, werde ich weiterhin die Testut'sche Schilderung der einzelnen Föderationen aufnehmen, aber berichtigen und aus eigenen Quellen vervollständigen.

Auf dem Congresse zu Genf am 4. September 1866 waren folgende französische Delegirte anwesend: Murat, Varlin, Bourdon, Tolain, Guillard, Malon, Perrachon, Camelinat, Culin, Chémalé, Fribourg von der Section Paris; Aubry von der Section Rouen; Schettel, Secrétan, Bondy und der spätere Schüler Bakunin's, Richard, von Lyon; Bocquin von Montreux.

Die Haltung der französischen Delegirten auf dem Congress ist interessant. Tolain und Fribourg schlugen, als die „Organisation“ der Internationale festgestellt wurde, vor: „Nur Handarbeiter können als Mitglieder in die internationale Arbeiter-Association aufgenommen werden.“ Der Antrag wurde aber abgelehnt, wie schon auf der Conferenz 1865.

Als die Frauenfrage debattirt wurde, kam der Antrag Tolain-Chémalé-Fribourg zur Annahme:

„In physischer, moralischer und socialer Beziehung muss die Arbeit der Frauen als Princip der Entartung und eine der Triebfedern der Demoralisation der Capitalistenklasse, verdammt werden. Die Frau hat von der Natur bestimmte Aufgaben erhalten: ihr Platz ist in der Familie; es ist an ihr, den Kindern die erste Erziehung zu geben. Die Mutter allein ist fähig zu dieser Leistung.“

Auch die Bankidee brachten sie aufs Tapet, und der Congress nahm ihren folgenden Antrag an:

Organisaton internationaler Creditanstalten.

„Erstens, der Congress empfiehlt allen Sectionen, Studien über den internationalen Credit zu machen und die betreffenden Arbeiten dem Generalrath einzusenden, der sie in seinen Bulletins derart allen Mitgenossen zur Kenntniss bringt, dass auf dem nächsten Congresse bestimmte Entschliessungen darüber gefasst werden können. — Zweitens, der Congress empfiehlt sofort die Studien der Idee der genossenschaftlichen Vereinigung aller gegründeten und noch zu gründenden Arbeiter-Creditanstalten zu einer späteren Creditbank der Internationalen Arbeiterassociation.“

Sie erklärten sich endlich gegen eine Resolution zu Gunsten Polens und erzwangen deren Absetzung. So wahrten sie sich eine „unpolitische“ Haltung. Ebenso erzwangen sie es, dass eine Resolution abgelehnt wurde, welche sich principiell gegen die Religion erklärte. Sie traten überhaupt mit äusserster Vorsicht und Mässigung auf, denn noch durften sie in Frankreich nicht die Verfolgung provociren.

Die französische Regierung aber glaubte jetzt die Zeit gekommen, in der die erstarkende Internationale ihr zu Willen sein sollte. Deshalb begann man, sie die Macht der Regierung fühlen zu lassen, doch zunächst nur sanft, um die Brücke zur Versöhnung nicht abzubrechen.

Einem der Delegirten wurden auf der französischen Grenze Documente abgenommen, welche der Internationalen gehörten. Der Generalrath schrieb an den Minister des Innern in Frankreich, um sie zurück zu erhalten. Da dieser nicht antwortete, wandte sich der Generalrath an den englischen Minister des Auswärtigen, Lord Stanley, der sie durch den englischen Gesandten in Paris zurückfordern liess und dem Generalrath übergab. Im Jahresbericht des Generalraths, welcher 1867 auf dem Congress zu Lausanne verlesen wurde, heisst es über Frankreich:

„Der G.-R. hat in denjenigen Ländern, wo in den Gesetzen ein Hinderniss liegt, mit Sicherheit ein Centrum der Thätigkeit zu bilden, die Aufgabe, sich mit den einzelnen Zweigvereinen in Verbindung zu setzen. In diesem Zustand befindet sich namentlich Frankreich. . . . Alle vom G.-R. gemachten Versuche, die Hefte mit den Statuten und Reglements der internationalen Association nach Frankreich zu schaffen, scheiterten an dem Entgegenwirken der französischen Autorität, die sich unseres Eigenthums bemächtigte, ohne dass irgend ein Grund diese Rechtsverletzung rechtfertigte. Aber die von der französischen Regierung bereiteten Hindernisse blieben nicht dabei stehen. Vergeblich baten unsere Correspondenten um die Erlaubniss, unsere Statuten und Reglements drucken zu lassen: sie erhielten stets die hartnäckigsten Abweisungen als einzige Antwort.

Der Lyoner Ausschuss, der 1866 hatte Versammlungen von mehr als 500 Mitgliedern halten dürfen, konnte nach dem Genfer Congress keine allgemeine Versammlung mehr abhalten. Die muthige Ausdauer der Lyoner Mitglieder im Dringen bei den Agenten der Verwaltung legte auch den Blinden klar, bis zu welchem Punkt die französische Regierung die Befreiung des Arbeiters haben wollte. Dennoch haben, merkwürdig genug, diese Hemmungen, diese kleinlichen Plackereien nicht einen Augenblick den Fortschritt unserer Association aufhalten können.

Vienne (Isère), das kaum 80 Mitglieder zählte, hat deren jetzt über 500. Zu Neuville-sur-Saonne hat einer unserer Zweigvereine eine cooperative Consumgesellschaft gebildet, und durch diese Thatsache das Landvolk in die Praxis des socialen Lebens hineingezogen, obwohl man sie bisher demselben als feindselig ansah. Aus Caen meldet unser Correspondent, dass sich in dieser Stadt die Einigung der Arbeiter jeden Tag mehr befestige. In Folge dieses Einverständnisses ist es einigen Gewerken gelungen, die Herabminderung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde ohne Verminderung des Lohnes zu erlangen. Zu Fuveau zählt die internationale Association zahlreiche Anhänger unter den Grubenarbeitern, deren neuerlicher Strike so viel Aufsehen gemacht hat. — Am letzten 5. August erhielt der G.-R. die Nachricht von der Bildung eines Ausschusses zu Fuveau selbst. Dieses Ergebniss ist dem muthigen Eifer des Bürgers Vasseur zu danken, der dem Ausschuss zu Marseille angehört. Derselbe schrieb uns am letzten 21. Juli: „Es hat sich ein Kampf zwischen dem Capital und der Arbeit entsponnen, der zugleich traurig und komisch ist: auf der einen Seite eine Rotte von Beamten und Angestellten, die im Wagen die Runde machen, um die Arbeiter von der internationalen Association abwendig zu machen, und auf der anderen eine Hand voll energischer Männer voll Hingebung, die unablässig gegen die Angriffe unserer Gegner ankämpfen und die Ideen der Unabhängigkeit und Gerechtigkeit in den Reihen der Arbeiter verbreiten.“ Er schliesst mit den Worten: „Keine menschliche Macht könnte die Ideen der Befreiung, welche wir in dem Lande verbreitet haben, wieder austilgen, denn unsere Gegner haben mit zwei Dingen zu kämpfen, die sehr schwer zu besiegen sind: dem Recht und dem Willen.“ — Kurz, der Arbeiter begreift, dass Wollen Können ist, und dass er nur auf sich selbst zu zählen hat, um seine politische und sociale Befreiung vollständig zu erzielen.

Zur Zeit des vorigen Congresses bestanden folgende Zweigvereine: Paris, Caen, Lyon, Bordeaux, Rouen, Guadaloupe, Vienne, Neuville-sur-Saonne, Pantin, St. Denis, Puteaux, Neufchâteau, Lisieux, Condé-sur-Noireau, Harcourt-Thierry, Granville, Argentan. — Seit dem Congress wurden neue gebildet zu Castelnaudary, Auch, Orleans, Nantes, Villefranche, Marseille, Fuveau, Havre, Algier.

Von den votirten Beiträgen war aus Frankreich ein äusserst kleiner Betrag eingegangen und das Bureau zu Paris zeigte am wenigsten Eifer, so dass E. Dupont in London beständig darauf dringen musste.“

Aus den Berichten der Sectionen an denselben Congress geht hervor, dass die Section Paris am 1. December 1866 erst sechshundert Mitglieder hatte.

Der „Vorbote“ meldete im März 1870, dass das Central-Comité zu Paris aus folgenden Mitgliedern bestehe: Heligon, Lamperiere, Miard, Morou, Murat, Perrachon, Tolain und Varlin.

Der Strikes der Broncearbeiter zu Paris und ihrer Unterstützung durch die Internationale ist schon im I. Bande Seite 110 gedacht.

Man erinnert sich, dass 1867 die Luxemburg-Frage Deutschland und Frankreich mit einem Kriege bedrohte. Die Internationale sprach sich gegen jeden Krieg aus. Die Maschinenbauer zu Berlin hatten an die Pariser Arbeiter eine Adresse in diesem

Sinne erlassen. Das Pariser Central-Comité antwortete folgendermassen:

„Arbeiter von Berlin!

Mit Freuden haben wir euren Friedensgruss empfangen; wie ihr, so wollen auch wir nur Friede und Freiheit. Freilich lieben wir als Bürger das Vaterland; allein wenn der Geist vergangener Zeiten die Vorurtheile zu verewigen sucht, wenn die Bewunderer der Gewalt den Nationalhass wieder erwecken wollen, dann, Arbeiter, vergessen wir niemals, dass die Arbeit, die uns alle gesammt-verbindlich (solidaires) macht, sich nur durch Friede und Freiheit entfalten kann. — Es handelt sich nicht darum, durch Waffengewalt die Nationalität eines Stückchen Bodens zu entscheiden, wohl aber, was dort gerecht und billig, zur Geltung zu bringen. — Haben wir nicht genug Ursachen der Leiden und des Elends, genug unverdienten Unglücks zu bekämpfen, ohne dass wir mit unseren eigenen Händen zur Verheerung und Zerstörung ausziehen, das Feld brach liegen und die Maschine stillstehen lassen? Ob Sieger, ob Besiegte, immer sind wir die Opfer! — Die Arbeit ist das Recht und die Pflicht, ist das Gesetz des Menschen der neuen Zeit! — Der Krieg unter Völkern kann nur als Bürgerkrieg, als Rückschlag der Gesittung betrachtet werden. — Arbeiter Deutschlands und Frankreichs, wir haben bei all' unserer Kraft und Energie nicht davon im Ueberfluss zur Organisation der Arbeit und des Austausches. — Wir wollen den Frieden und die Freiheit! — Den Frieden, um mit einander zu erzeugen und auszutauschen. — Die Freiheit, um immer innigere und vertraulichere Beziehungen zwischen uns herzustellen; denn nach dem Masse, als wir uns besser kennen, werden wir uns mehr schätzen. — Brüder von Berlin! Brüder Deutschlands! es geschieht im Namen der allgemeinen Gesammtverbindlichkeit, angerufen von der „Internationalen Genossenschaft", dass wir den Friedensgruss, der die unauflösliche Allianz der Arbeiter von Neuem zusammen kittet, mit euch auswechseln.

Für die Pariser Commission der Internationalen Arbeiterassociation.
Die Correspondenten: Tolain, Fribourg, Varlin.

Die vereinigten Sectionen von Lyon, Vienne und Neuville sandten folgende Adresse:

„Nochmals ist Europa aus Furcht vor einem Kriege zwischen den zwei mächtigsten und gebildetsten Völkern der Erde in schauerige Aufregung gebracht. Von der einen und der anderen Seite des Rheins lässt sich ein Hetzgeschrei von Canibalen vernehmen: man will den alten abgeschmackten Nationalgroll, der den Völkern stets Unglück gebracht, wieder auferwecken. Wie lange sollen wir noch das Spielzeug der Vorurtheile sein? Wie lange noch sollen wir unsere Söhne und Brüder mit ihrem Blute und mit ihren Knochen die Schlachtfelder düngen lassen, damit die Tyrannei und das Elend blühen? Erheben wir unsere Stimmen und unsere Herzen, o, Arbeiter Deutschlands! die wir alle an den gleichen Uebeln leiden und die gleichen Rechte begehren, damit die ganze Welt erfahre, dass nicht wir, der grösste und nützlichste Theil der Bevölkerung es sind, die den Krieg wollen. Und hinab mit der Ruhmsucht der Grossen, der Zorngier der Feigen, dem Fanatismus der Dummen! Reichen wir uns die Hände zu feierlichem Verruf aller Kriegsgelüste und machen wir den Tag kommen, wo wir auf dem fruchtbaren Felde der Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit brüderlich zusammen wirken."

Die Section von Cosne (Loire) sagt in ihrem Zurufe an die „Brüder in Deutschland“, nachdem sie zuerst ihren social-demokratischen und völkerbrüderlichen Standpunkt festgestellt, zum Schlusse Folgendes:

„Und ihr Brüder Deutschlands! was Frankreich längst und Italien jetzt hat, das wollt ihr auch — die Einheit des deutschen Vaterlands gründen. Nichts ist billiger und berechtigter; und wie könnte Frankreich verdammen, was es für sich selbst als gut befunden? Warum sollte dies seine Grösse in der Schwäche der Nachbarvölker suchen? Wir können euch nur zurufen: Fahret muthig fort, euer Werk mit freisinnigen und demokratischen Institutionen zu vollenden, damit wir alle zusammen die grosse freie Eidgenossenschaft der Völker begründen können. Zählet auf unsere Sympathie und lasst euch nicht beirren durch den Hass vergangener Zeiten. Lasst uns diesseits und jenseits des Rheins in den Ruf einstimmen: Weg mit den Waffen! Es lebe die Arbeit und die Freiheit!“

Dies Eingreifen der Arbeiter in das Recht des Souveräns über Krieg und Frieden gefiel Napoleon wenig, und so legte man der Internationalen immer mehr Schwierigkeiten in den Weg. Die Regierung verbot die Abhaltung des II. Congresses in Paris, und so fand er denn in Lausanne statt.

Auf diesem Congress waren folgende französische Delegirte anwesend: Marly, Fribourg, Garbe, Pioley, Reymond, Chémalé, Murat, Tolain, de Beaumont von der Section Paris; Longuet von Caen; Schette und Palix von Lyon; Ribaud von Neuville; Chassin von Villefranche; Ailloud von Vienne; Vézinaud von Bordeaux; Aubry von Rouen, Vasseur von Marseille. Diese Abgeordneten gehörten meist ebenfalls hier der gemässigten Richtung an. Tolain meinte, es sei zu weit gegangen, den Strike eine gerechte Sache zu nennen. Dagegen vertheidigte ihn de Beaumont. Bei der Creditfrage kehrten sie wieder die Proudhon'sche Seite heraus. Tolain erklärte sich gegen den unentgeltlichen Unterricht. Auch in der religiösen Frage widersetzten sich die Franzosen den Radikalen. Perron von Genf hatte folgende Resolution vorgeschlagen:

„In Erwägung, dass die Bücher, welche heute noch als Grundlage der Erziehung zur Moral im Gebrauch sind, Irrthümer aller Art und viele der Moral, Wahrheit und Gerechtigkeit widersprechende, gefährliche Verhaltungsmassregeln enthalten, dass durch die bisherige religiöse und politische Erziehung die Unsittlichkeit, die Lüge und Ungerechtigkeit geheiligt ist, dass eine Gesellschaft, die ihre Regenerirung anstrebt, klar und bestimmt erläuterte Lehrsätze über Rechte und Pflichten Aller und Jedes als Grundlage der neuen Ordnung der Dinge haben muss; in Erwägung, dass diese Lehrsätze nicht existiren, beschliesst der Congress: Dass ein allen Völkern gemeinschaftliches Lehrbuch der Moral eine unbestreitbare Nothwendigkeit ist. Er empfiehlt diese Arbeit allen seinen Mitgliedern, wie allen Denen, welche die Principien der französischen Revolution anerkennen und mit jedem religiösen Glauben gebrochen haben.“

Dieser Antrag veranlasste lange und warme Debatten. Chémalé meinte, da wir eben eine Resolution angenommen haben,

wodurch der Religionsunterricht von der Schule ausgeschlossen sei, so scheine ihm dies zu genügen, da die Lehre der Moral Sache der Familie wäre. Tolain sprach in gleichem Sinne und er glaubte, dass es genüge, wenn dem Kinde nicht solche der Gerechtigkeit und Moral entgegengesetzte Ideen eingeimpft würden.

Der Antrag, durch den sich die Internationale officiell für atheistisch erklärt haben würde, fiel denn auch. — Als die Frage nach dem Eigenthum an Grund und Boden debattirt wurde, setzte Longuet auseinander, dass er Parteigänger des Privateigenthums des Bodens vornehmlich aus politischen Gründen sei, er befürchte den nachtheiligen Einfluss des Staates, wenn aller Boden Nationaleigenthum sein sollte; dagegen wolle er Vorkehrungen getroffen wissen, dass nicht jeder Grundeigenthümer seinen Boden nach Belieben bebauen oder auch brach liegen lassen könnte. Er gab zu, dass in diesen Verhältnissen viel zu ändern und zu verbessern sei. Indessen gehöre nicht der Boden, sondern nur das Erzeugniss dem Feldarbeiter, den Boden habe er von der Gesellschaft als Gabe erhalten, wofür er an den Staat die Steuern zahle. Tolain stellte sich auf die Seite Longuet's mit der Formel seiner Theorie: „Die Erde gehört dem Ackerbauer und der Credit dem Arbeiter."

Die Sache wurde vertagt.

Gefährlicher war die Betheiligung vieler französischer Delegirten an der Friedens- und Freiheits-Liga zu Genf am 9. September 1867, wo man beschloss, die Arbeiter sollen der Bourgeoisie bei Erlangung der bürgerlichen Freiheit behülflich sein. Man lese nach Band I. Seite 112.

Die erleuchtetsten Führer der Internationale haben gegen ein Bündniss der Arbeiter mit der radikalen Bourgeoisie sich ausgesprochen. Folgende Auslassung von Becker im Septemberheft 1867 ist so charakteristisch für ihre Auffassung, dass ich sie folgen lasse:

„Genf, den 14. September 1867.

Zwei geschichtliche Erscheinungen sind diesen Monat unsern Augen vorübergegangen: der Congress der Internationalen Arbeiterassociation in Lausanne (2.—8. September) und der Internationale Friedenscongress in Genf (9.—12. September). Wir wollen versuchen, von jedem derselben in kurzen Umrissen ein Bild zu entwerfen und sie vergleichend einander gegenüberstellen. Der eine wie der andere dieser Congresse erstrebte die Verbrüderung — den Frieden — der Völker. War die Versammlung in Lausanne die Folge eines schon seit drei Jahren bestehenden Friedensbundes, so hatte die in Genf sich die Gründung eines solchen Bundes erst zur Aufgabe gemacht, und bezwecken beide Bünde die Erringung ganzer Freiheit, zur Sicherstellung aller Errungenschaften und Erfüllung des culturgeschichtlichen Berufs der Menschheit. Dass man nicht an gleichem Orte, zur gleichen Zeit und gemeinschaftlich tagte, beweist, dass zweierlei Interessen obwalten, dass sich die Gesellschaft in zwei Gruppen geschieden und dass man hier durch andere Mittel und auf anderem Wege, wie dort, zum Ziele zu gelangen gedenkt. Wie in Genf die politische Demokratie und Bourgeoisie tonangebend war, so

brachte in Lausanne die Socialdemokratie — das Proletariat — ihre Stimme allein zur Geltung. Zwischen diesen gegensätzlichen, von geschichtlich wirkenden Ursachen erzeugten Richtungen, liegt eine tiefe, durch ökonomische Ungleichheit und sociale Ungerechtigkeit sich fortwährend erweiternde Kluft. Sowohl bei der Gründung, wie auf den Conferenzen und Congressen der Internationalen Arbeiterassociation, galt die Anerkennung der Principien der Revolution des achtzehnten Jahrhunderts als selbstverständlich und deren erneute Proclamirung und Declamirung als überflüssig. Während die einseitig politische Demokratie die in's Stocken gerathene Revolution zu vollem Durchbruch und in der Bourgeois-Republik zum Abschluss bringen will, will die Socialdemokratie diesen Abschluss beschleunigen helfen, um sofort darüber hinauszugehen und durch die Gründung eines freien Volksstaats eine neue Culturepoche — die sociale — einzuweihen. Es sind also bei solcher Sachlage immerhin noch einige Anhaltspunkte zu gemeinsamer Wirksamkeit beider Richtungen vorhanden. Wie es der freisinnigen Bourgeoisie täglich mehr zum Bewusstsein kommt, dass sie ohne die kräftige Stütze des Proletariats die Revolution nicht vollenden, den Frieden unter den Völkern nicht bewahren kann, so wird es dem Proletariat immer klarer, dass ohne Eroberung der politischen Gewalt und Herstellung ganzer Freiheit die Lösung der socialen Frage undenkbar ist und dass es der Bourgeoisie, wenn diese wirklich sich noch einmal zu einer geschichtlichen That ermannen sollte, allen mittelalterlichen Plunder in Kirche und Staat begraben helfen muss. Dennoch darf man sich die Frage aufwerfen: ob es bei den sich historisch entwickelten, stets schroffer gestaltenden Gegensätzen überhaupt noch zu einer gemeinschaftlichen That kommen kann? ob nicht die Bourgeoisie ökonomisch befriedigter Lage, sobald ihre Sache von der Rednerbühne auf das Feld der That getragen, der Rausch der Begeisterung durch den Schrecken vor dem „rothen Gespenst“ ernüchtert wird, es lieber beim Alten lassen möchte, und sich zur (freilich illusorischen) Rettung ihrer bevorzugten Stellung in die Arme der constituirten Gewalt wirft, um als ordnungssüchtige Bürgerwehr oder Nationalgarde das Proletariat mit neuen Wunden bedecken und in das alte Elend zurückstossen zu helfen? Die neuere Geschichte führt uns mahnende Beispiele vor. So oft es bisher der Erringung der höchsten Güter der Menschheit galt, ging die Arbeiterklasse bedingungslos in's Feuer; sobald sie aber den ihr gebührenden Antheil an den Errungenschaften verlangte, hat man sie mit Kartätschen abgespeist, mit Kolbenstössen und Bayonnetstichen zur „Ruhe und Ordnung“ gebracht. Deshalb können arbeiterfreundliche Redensarten von der Tribüne eines Friedens-Congresses nicht mehr verfangen; es müssen Thaten — Gewährschaften — her! Weil die Demokratie der Bourgeoisie die veränderte Lage, aber nicht die tiefliegende Ursache dazu begreift, möchte sie gar gerne der Arbeiterklasse „gnädig“ sein, doch nimmermehr an der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft gerüttelt haben; sie will dem naturgemäss sich fortwährend mehr concentrirenden Privatcapital die gleiche Seele lassen und in der socialen Frage nicht den Gegenstand einer neuen, alles Leben umfassenden Wissenschaft, erkennen. Sie ahnt kaum, dass der folgerichtige Entwickelungsprocess des Privatcapitals den Auflösungsprocess aller gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse in sich einschliesst, dass die Herrlichkeit der Bourgeoisie — jedes „in's Trockene gebrachte Schäfchen“ — allmählich auf die dürre Haide des Proletariats hingeschoben, sammt aller Cultur der Verwesung preisgegeben wird; ja, sie begreift nicht und wird es bei den sie zersplitternden Privatinteressen

nie begreifen lernen, dass die Rettung nicht durch Reformen auf alter Grundlage, sondern nur durch Schaffung einer neuer Grundlage — wo die Oekonomie und die Politik, die Gesellschaft und der Staat in Eins zusammenfallen — bewerkstelligt werden kann. Freilich kann der radikale Umschwung der Dinge nicht ohne den Umschwung der Gewissen, wozu die Freiheit unentbehrlich, und immerhin nur ganz allmählich stattfinden. Der Entwickelungsprocess des Privatçapitals wird dabei, wenn auch nur negativ, der beste Lehrer und Führer sein, wird uns zeigen, dass in den von ihm erzeugten Gegensätzen die Wahrheit und mit dieser der Weg zur Erlösung allein nur gefunden werden kann; kurz er wird beweisen, dass das Privatcapital selbst der rücksichtsloseste und kühnste socialistische Revolutionär ist. Indem das Capital in immer weniger grosse Säcke fliesst, das arbeitende Volk enterbt, die ökonomische Gleichstellung der Individuen massenhaft bewirkt, bereitet es unbewusst die collective Bewirthschaftung, die eigentliche Volkswirthschaft — den socialen Staat — vor, bringt es die Interessen der Gesammtheit — der Menschheit — in Uebereinstimmung. Es ist doch gewiss ein bedeutungsvolles Zeichen der Zeit, dass die Arbeiterklasse, die keine Vorrechte, sondern Gleichberechtigung für alle in der Gesellschaft etwas Nützliches leistende Menschen beansprucht, sich nun auf eigene Füsse gestellt hat und, als Mittelpunkt einer jugendkräftigen Regenerationspartei, der Culturgeschichte in selbstständiger Weise aus den letzten politischen Schranken des Mittelalters und der ökonomischen Willkür der modernen Zeit heraus, eine neue Bahn zu brechen sucht. Diese Partei kann nicht mehr abdanken und sich in das Schlepptau der bürgerlichen Demokratie nehmen lassen; sie kann freilich zwischen dem Alles corrumpirenden Cäsarismus und der durch tausendfache Interessen zersplitterten, die Gesellschaft in Atome auflösenden, alle Moral verschlammenden Bourgeoisie zu Grunde gehen; aber die Cultur wird mit ihr stehen oder fallen. Es bleibt den gesunden Elementen der Demokratie nur übrig, sich, wie es bereits theilweise geschehen ist, ihr entschieden anzuschliessen, wenn sie sich nicht nutzlos verbrauchen lassen wollen.

Wir müssen gestehen, wie uns nie eine lehrreichere, durch Thatsachen überzeugende Gelegenheit, dass die alten Parteien wohl noch viel Gutes verderben, aber nie mehr allein etwas Heilsames zu Stande bringen können, geboten wurde, als durch den eben geschlossenen Friedens-Congress. Man konnte alsbald herausfinden, dass die Alten, mit wenigen Ausnahmen, seit 1848 nichts gelernt und nichts vergessen und dass die Jungen in der gleichen Schule waren. Je länger wir die heissbegeisterten Reden, neue Variationen auf alte Themata anhörten, die Effecthascherei, den Götzendienst ob einer hervorragenden Persönlichkeit wahrnahmen, desto kühler wurde es uns ums Herz und verloren wir Lust und Geschmack, auch ein Wörtchen dabei mitzureden. Manchem unserer Freunde wurde es leicht gemacht, sich mit der Rolle des stummen Beobachters zu begnügen. Hatte der Congress auch seine Glanzpunkte, und trat einem zuweilen die erhabene Idee der Völkerverbrüderung und Befreiung mit strahlender Hoffnung vor die Seele, so bedurfte es neben den sonstigen Schattenseiten wahrlich nicht noch des Parteiunflaths, womit die Genfer Bourgeoisie die Scene überschüttete, um auch das bescheidenste Resultat eines mit so grossen Erwartungen begonnenen Werkes zu verkümmern, und sich mit der hochgepriesenen „Hospitalität des freien Worts“ in Genf selbst in's Gesicht zu schlagen. Nur der festen Haltung eines Kerns tüchtiger Männer verschiedener Nationalitäten hatte man es zu danken, dass der Congress nicht ganz und gar ausging, wie

das „Hornberger Schiessen". Und wie hat die Bourgeoisie-Presse der ganzen Schweiz, in nationaler Selbstüberhebung, spiessbürgerlicher Engherzigkeit, religiöser Feigheit, wenn nicht Beschränktheit, den Schmäheton ihrer Schwesterpresse in Genf angestimmt und mit Entstellung der Thatsachen die neu erfundene Ausübung schweizerischer Gastfreundschaft zu rechtfertigen versucht. Die Schwatzschweifigkeit, Effecthascherei, persönliche Götzendienerei und Lobhudelei, die Tumulte und der Zeitungsklatsch entspringen alle einer und derselben Quelle — dem verkommenen Parteiwesen des modernen Bürgerthums.

Der socialen Frage gegenüber charakterisirt nichts deutlicher die Haltung des Friedenscongresses, als die Rede des Bürgers Gustav Chaudey (Advocat in Paris), die zwar in Betreff der politischen und nationalen Stellung Frankreichs und Deutschlands erleuchtete Worte enthielt, und in dieser Beziehung alle Anerkennung verdient. Nachdem der geehrte Redner den Satz ausgesprochen: „die ökonomische Frage ist unzertrennlich von der politischen, wie die politische unzertrennbar von der ökonomischen ist," wandte er sich gegen den ihm vorausgegangenen Redner der Arbeiter, Bürger Chémalé und dessen Freunde, dessen Freund auch er (Chaudey) zu sein vorgab, mit folgenden Worten:

„Was verlangt ihr (die Arbeiter) von uns (den Bourgeois), damit ihr euch uns anschliesset? Dass wir uns für eure Beschlüsse, die ihr in Lausanne gefasst, interessiren, kann ich euch in meinem Namen sagen, sagen, dass man sich nicht stärker dafür interessiren kann. Ja wohl, es ist für die Gesellschaft ein Interesse erster Linie, dass die Arbeiter mit uns zusammengehen. Man kann nichts gründen ohne die Unterstützung der Arbeiter. Was habt ihr zu dieser Allianz mehr von uns zu verlangen, als dass wir uns für euch interessiren und die ökonomische Reform, ohne welche man nichts organisiren kann, unterstützen? Eine Republik ohne solche Grundlage würde ihre Pflicht verfehlen.

Nun komme ich meinerseits, um an euch, wozu mich meine Zuneigung berechtigt, die Frage zu stellen: wenn wir uns so für eure Sache interessiren, interessirt ihr euch auch ein Wenig für die unsrige?"

Wir machen nun vor Allem darauf aufmerksam, wie Bürger Chaudey mit seinem „Wir" und „Ihr" die beiden Gegensätze, die zwei sich gegenüberstehenden Lager der Gesellschaft anerkannte. Hat nun auch kein Friedenscongressredner sich so „arbeiterfreundlich", wie er, ausgesprochen, und wurde seine schliessliche Anfrage mit staunendem Schweigen hingenommen, so wollen wir nun hiermit ihm und seinen Freunden, die muthmasslich ebenfalls „Arbeiterfreunde" sind, ganz bürgerfreundlich, aber kategorisch antworten:

1) Die europäische Arbeiterklasse ist durch die Organisation der Internationalen Arbeiserassociation in der Verwirklichung der Idee der Völkerverbindung und somit der Bestrebung zur Erhaltung des Weltfriedens vorausgegangen.

2) Die europäische Arbeiterklasse hat durch ihre vor- und diesjährigen Friedensmanifestationen der Bourgeoisie den Impuls zur Veranstaltung des internationalen Friedenscongresses gegeben.

3) Die europäische Arbeiterklasse hat, wie es die Acten erweisen, massenhafter ihre Zustimmung zum Friedenscongresse, als die Bourgeoisie, ausgesprochen und auch mehr als diese zur Deckung der Kosten beigetragen. (Der Schreiber dieses musste ausser den früher angegebenen noch zehn in warmer Begeisterung abgefasste Adressen von Arbeitervereinen und allgemeinen Arbeiterversammlungen stumm zu den Acten legen, um nicht durch deren Vorlesung den Schluss der Verhandlungen noch

mehr zu verzögern und bei der eingetretenen Tumultsucht praktische Beschlussnahmen ganz und gar in Frage zu stellen.)

4) Die Internationale Arbeiterassociation, die einige hunderttausend Genossen zählt, hat durch ihren Congress in Lausanne eine Zuschrift an den Friedenscongress gerichtet, worin sie diesem zur Beseitigung der stehenden Heere, Bewahrung des Friedens und Herstellung eines europäischen Freistaatenbundes die energischste Unterstützung zusichert.

5) Der Internationale Arbeitercongress in Lausanne hat aus seiner Mitte 26 Delegirte, deutscher, französischer, schweizer, englischer und italienischer Nationalität zum Friedenscongress nach Genf beordert, zu welchen sich noch im Verlaufe desselben 15 weitere Abgeordnete der Internationalen Arbeiterassociation, worunter zwei Mitglieder des Generalrathes dieser Association, Odgars und Cremer aus London, sich hinzugesellten und wodurch die Zahl der Vertreter dieser einen Genossenschaft auf 41 stieg, ohne die zahlreichen Mitglieder der Genfer-Sectionen zu rechnen, welche ohne Mandat, nur auf persönliche Verantwortlichkeit, den Verhandlungen beiwohnten.

6) Bloss durch die feste Haltung und Stimmabgabe der schweizer, deutschen und französischen Arbeiter Genfs konnten die vom leitenden Comité vorbereiteten Anträge zu Beschlüssen erhoben werden.

Das hat Alles die von „Euch" ausgebeutete Arbeiterklasse für „Euch" und zwar, in Berücksichtigung ihrer ärmlichen Lage, mit ausserordentlich grossen Opfern gethan.

Und nun, Bürger Chaudey, der Sie mit Ihrem „Wir" die Miene angenommen, als habe die Bourgeoisie den Friedenscongress in Pacht gehabt, erlauben Sie auch unsererseits zu fragen: was habt „Ihr" für uns gethan? und was dürfen wir in Zukunft von Euch erwarten?

Weil wir dies am besten selber wissen, so wollen wir es Ihnen sagen:

Ihr (Bourgeoisie) habt euch nicht um unseren Congress bekümmert, habt uns keine Zustimmungsadressen und Glückwünsche, Ermuthigungsworte und Beistandsversicherungen übersendet. Das sind zwar bloss Unterlassungssünden, und können wir euch auch Begehungssünden in Rechnung bringen: Eure Oekonomisten, die Herren Jausserendot, Molinari (Redacteur des „Oeconomist" in Brüssel) und Dameth, so wie auch Schmidlin und andere Herren, haben ja auf dem Friedenscongress gegen unsere Congressbeschlüsse in Lausanne protestirt und declamirt. Ihr habt unsere Redner, die mit Mühe zum Wort gelangen konnten, mit Zeichen des Unwillens angehört und theils sehr tumultarisch unterbrochen. (Selbst Vicepräsidenten des leitenden Comités haben links und rechts neben dem Schreiber Dieses mit den Füssen gestampft, so oft sie ein entschiedenes Wort über die Capitalherrschaft und ökonomischen Missstände vernahmen.) Eure Sprecher haben bei ihrer grossen Redseligkeit nur gegen, aber nicht für unsere Bestrebungen schöne Worte gefunden, und nur Sie, Bürger Chaudey, haben der Arbeitersache einige wohlwollende Redensarten gewidmet und uns eine ökonomische Reform versprochen, ein Versprechen, das, wenn es auch in Erfüllung gehen sollte, Sie und andere Arbeiterfreunde nur von einer Illusion, die Arbeiterklasse aber nicht von ihrer Noth erlösen würde, und das unter bewandten Umständen kaum mehr werth ist, als das Versprechen, das ein König ablegt, wenn die Revolution siegreich in seinen Schlosshof eingedrungen ist.

Sie sehen, cher citoyen Chaudey, dass Sie sich mit Ihrer Fragestellung sehr übereilt haben und unbedachtsam und keck waren, dass Ihre Bourgeoisieklasse sich noch ausserordentlich anstrengen muss, wenn sie

in unseren gegenseitigen Rechnungen auf dem Friedenscongress ihr „Soll“ mit unserm „Haben“ ins Gleichgewicht bringen will. Fragen wir euch hierbei, um auch etwas zudringlich zu sein: was habt ihr denn, wenn ihr nicht etwas für, sondern gegen uns und Alles für euch gethan, auch durch und für euch allein vollbracht? Ihr, die reichbegüterte Klasse, habt kaum über 100 Vertreter, die ausserhalb Genf hergekommen, auf dem Friedenscongress zusammenbringen können und sind selbst diese beziehungsweise sehr wenigen Leute, meist ohne Mandat einer Gesellschaft, auf persönliche Verantwortlichkeit dagewesen, wobei theils noch Neugierde und Reiselust mitbestimmend waren — und endlich die Genfer Bourgeoisie, und nur die Bourgeoisie, in ihrem parteiconfusen Klassen-Interesse, ihren Widersinn und Poltergeist als gastfreundliche Zulage einbrachte.

Wenn ihr euch das Alles ernstlich überlegt und eure Rechnung kaltblütig abschliesst, so dürft ihr in ganzer Zuversicht mit eurem Klassengenossen, Gustav Chaudey, ausrufen: „Man kann nichts gründen ohne die Unterstützung der Arbeiterklasse.“

Die Bourgeoisie kann eben als solche keinen heilsamen Einfluss auf den Entwickelungsgang mehr üben; sie ist der Natur der Dinge nach conservativ; sie will, um ihre Lebensgüter in Ruhe zu geniessen, den Frieden um jeden Preis — in politischer, religiöser und namentlich social-ökonomischer Beziehung Alles beim Alten lassen. Hierzu kommt noch, den inneren Widerspruch zu vermehren, dass die an ihrer Spitze stehende hohe Finanz ihre Herrlichkeit auf die Staatsschuldenmacherei stützt und zur Erhaltung der stehenden Heere, so lange es in der Bourgeoisie noch Gimpel zu fangen giebt, die Mittel verschafft und die Ursachen des Krieges conservirt. Dass hierbei von selbstsüchtigen Interessen unberührte, aus Ideologen zusammengesetzte, naturgemäss an Zahl stets geringe, initiative revolutionäre Element, wird überall, sei's in Genf oder sonstwo, sobald es Farbe bekennen und Trumpf ausspielen will, vom Gros der Bourgeoisie erdrückt werden, wenn ihm die Arbeiterklasse nicht aus der Patsche hilft.

Jeder Friedenscongress wird, sofern die hohe Polizei je noch einen solchen zu Stande kommen lässt, die „heilige Allianz“ nicht mit „Karlsbader Beschlüssen“ antwortet, nur dazu dienen, diesem Element endlich völlig zum Bewusstsein zu bringen, dass die alten Parteien mit ihrer Mission zu Ende sind, dass die Zukunft nur der Socialdemokratie, der Arbeit gehört, und man sich ihr anschliessen muss, wenn man ein Dasein gemeinnützlichen Strebens fristen will.

Um die Bedingungen des Friedens zu erfüllen, darf man nicht von Ruhe träumen; denn wer den Frieden unter den Völkern will, der muss den Krieg gegen alle Tyrannei und den Kampf gegen jedwede politische, religiöse und sociale Vorurtheile wollen. Wer aber den Krieg gegen alle Tyrannei will, der muss vor allen Dingen den Frieden innerhalb der Gesellschaft herstellen helfen und zu allen Opfern bereit sein, die er erheischt. Die Herstellung dieses inneren Friedens kann sich aber nur durch die Gerechtigkeit ergeben und diese sich nur durch die thatsächliche Gleichberechtigung aller werkthätigen Menschen am Lebensgenuss verwirklichen. Die Verwirklichung dieser Gleichberechtigung bedeutet aber die völlige Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Wer diese Umgestaltung nicht will, der muss sich auch trotz aller Freiheits-, Friedens- und Gerechtigkeitssucht die Tyrannei, den Krieg und die Ungerechtigkeit gefallen lassen.

Um der herrschenden gesetzlich gemachten Ungerechtigkeit zu entrinnen, flüchten sich die Hunderttausende Proletarier in die Armeen der Cäsaren, wohin sie kein anderes Gefühl bringen, als sich bei allen Gelegenheiten für das erlittene Unrecht an der Gesellschaft in kannibalischer Wollust zu rächen. Das ist die Unterlage, aus der der Prätorianismus herauswächst, der nur Zerstörung hinter sich lässt und auf dem Grabe der Cultur sein eigenes Ende feiert.

Sind denn die Erfahrungen der Geschichte alter und neuerer Zeit ganz verloren gegangen? Ist nicht aus dem Conflict zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat das zweite französische Kaiserreich hervorgegangen? die Bourgeoisierepublik im Arbeiterblut ertrunken? Und Ihr, Herren Jausserandot, Molinari und Consorten, wollt glauben machen, dass ohne die radikale Aufhebung der Ursache solchen Conflicts, die Freiheit wieder auferstehen und der Weltfrieden zur Herrschaft gebracht werden könne. O, Aberglaube!

Die Gesellschaft ist im Herzen krank und nur dort muss man sie heilen und nicht äusserlich an ihrem Gewand herumflicken bis es zu ihrem Todtenhemd wird!“

So der alte scharfsichtige deutsche Socialdemokrat. Anders die Franzosen. Sie gingen dies Bündniss ein und thaten es aus zwei Gründen.

Napoleon hatte nach langem Schwanken seine Partei ergriffen. Er machte den albernen Versuch die Bourgeoisie mit dem Kaiserthum durch liberale Concessionen auszusöhnen. Die „Krönung des Gebäudes“ wurde vorbereitet. In einem Schreiben vom 19. Januar 1867 an Rouher kündigte er an, dass er ein reglementirtes Interpellationsrecht gewähren wolle. Vermehrung der Vereins- und Pressfreiheit wurde verheissen. Stützte er, dessen Ansehen durch die Erfolge Preussens einen argen Stoss erlitten, sich nun auf die Bourgeoisie, so musste er die Zügel, an denen er die Arbeiter, welche durch ihre Organisation und mehr noch durch ihre Strikes die Bourgeoisie erschreckten, hielt, straffer anziehen. Alle Anzeichen liessen auf nahe Verfolgung schliessen. Die Internationalen rüsteten sich also zum Kampf gegen das Empire. Sie wurden auch dazu durch die öffentliche Stimmung, selbst unter den Arbeitern, gezwungen.

Die Radikalen, die Anhänger von Blanqui und Ledru-Rollin, verdächtigten die Führer der Internationalen als verkappte Bonapartisten, umsomehr, als sie sich bei einem revolutionären Putsch im Januar 1867 zu Paris nicht betheiligt hatten. Wie die Eisenacher in Deutschland die Lassalleaner durch die immer wiederholte und obzwar grundlose aber doch von Arbeitern vielfach geglaubte Beschuldigung, sie ständen in Bismarcks Sold, zwangen, immer radikaler zu werden und zuletzt ganz international, was allerdings durch die Vereinsauflösung Seitens der Regierung 1874 erst zum vollständigen Abschlusse kam, so trieben die Verdächtigungen der Radikalen die französischen Internationalen zuerst zu Demonstrationen gegen das Empire, und als die Regierung ihnen den Process machte, endlich vollständig in das Lager der bürgerlichen Revolutionäre, die endlich mit ihrer Hülfe den 4. September

1870 machten, sich aber am 18. März 1871 ihnen meist wieder feindlich gegenüber sahen.

In Folge des in Genf auf dem Friedenscongress geschlossenen Bündnisses betheiligte sich die Internationale am 2. November 1867 an der Demonstration der 1848er Demokratie am Grabe Manins und acht Tage darauf an dem Protest gegen die Occupation Roms durch französische Truppen.

Da sich die Deputirten der Seine nicht an dieser Demonstration betheiligten, forderten die Internationalen und Radikalen sie auf, ihre Mandate niederzulegen und sich einer Wiederwahl zu unterziehen. Was sie natürlich weislich bleiben liessen. Jules Favre soll ihnen gesagt haben: „Ihr habt das Kaiserreich gemacht, an Euch Arbeitern ist es also allein, es wieder zu stürzen!“

Noch einen Versuch hatte Napoleon gemacht, die Internationalen für sich zu gewinnen. Ein auf dem Genfer Congress verlesenes Manifest der Pariser war an der Grenze weggenommen worden. Das Central-Bureau zu Paris fragte bei dem Minister des Innern um die Gründe der Confiscation an. Rouher erbat sich eine Besprechung mit den Mitgliedern und versprach, wenn einige Aenderungen vorgenommen würden, die Zulassung der Publication. Auf die Weigerung der Pariser Mitglieder fügte er hinzu: „Wenn Sie jedoch einige Dankesbezeugungen an den Kaiser, der so viel für die Arbeiterklasse gethan hat, in dieselben aufnehmen wollen, würde man sehen können.“ Diese Anerkennung des Bonapartismus lehnten die Arbeiter ab.

Napoleon entschied sich nun umsomehr für die Verfolgungen, als ihm auch die Erklärung gegen den Krieg unangenehm war und die Industriechefs, welche er ja durch liberales Regiment gewinnen wollte, über die Strikes heftige Klage führten, deren Unterstützung durch die I. notorisch war.

Am 16. März 1867 war zu Roubaix ein Strike ausgebrochen, weil nach Einführung Arbeit ersparender Maschinen kein höherer Lohn bewilligt, vielmehr eine strengere Fabrikordnung eingeführt war. An die 25,000 Mann durchzogen die Stadt, plünderten und verwüsteten sieben Werkstätten und zerstörten Maschinen und die Webstühle. Die Wohnungen zweier besonders verhasster Fabrikanten wurden ebenfalls geplündert und man legte Feuer an zwei der verwüsteten Fabriken Als das von Lille requirirte Militair ankam, empfing man es mit dem seit 1848 populären „Vive la ligne“ — allein die Truppen blieben unerschüttert und sprengten die Tumultuanten auseinander.

Der Strike folgte. Die I. erliess durch Tolain, Fribourg und Varlin ein Manifest, worin sie das Recht der Arbeiter auf Lohnerhöhung bei Einführung besserer Maschinen und auf menschenwürdige Fabrikordnung in Anspruch nahm, die Gewaltthaten zwar tadelte, allein die Internationalen zur Unterstützung der Strikenden aufforderte.

Solche Gewaltthaten, welche das „rothe Gespenst“ wieder heraufbeschworen, erschreckten die Unternehmer, und sie verlang-

ten Schutz vom Kaiser. Auch in Paris war, kurz nachdem die Broncearbeiter ihren Strike mit Hülfe der I. siegreich beendet hatten, wieder ein Strike, an dem sich nach Angabe des „Vorbote“ 20,000 Schneider betheiligten, in Scene gesetzt worden.

Die Polizei hielt nun Haussuchungen bei den Chefs der I. in Paris und klagte die Mitglieder der Central-Bureaus an — einer nicht autorisirten Vereinigung von über 20 Personen angehört zu haben. Offenbar hätte man dies Vergnügen schon seit drei Jahren haben können, denn so lange schon war es her, dass diese Leute dem Polizeipräfecten ihre Constituirung angezeigt hatten, ohne dabei um Autorisirung zu bitten. Es hiess, man habe sie wegen Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft belangen wollen, was man im dritten Process gegen die I. 1870 that. Dies ist aber gewiss unrichtig und wurde nur als Schreckschuss verbreitet. Man wollte die I. nur sanft durch diese Anklage züchtigen. Vielleicht bekehrte sie sich doch noch zum Bonapartismus.

Die fünfzehn Angeklagten waren sämmtlich Arbeiter. Ich lasse hier und später die Namen folgen und lasse jene gesperrt drucken, die 1871 Mitglieder der Commune oder des Central-Comité's der National-Garde waren: Chémalé, Tolain, Héligon, Camélinax, Murat, Perrachon, Fournaise, Gauthier, Dauthier, Bellamy, Gérardin, Bastien, Guyard, Delahaye, Delorme.

Dieser erste Process gegen die I. kam am 6. und 20. März 1868 vor dem Gerichtshof zu Paris zur Verhandlung. Die Anklage fasste die Angeklagten mit Sammethandschuhen an und auch Tolain, der die Angeklagten vertheidigte, that dies mit grosser Mässigung. Man wollte sich gegenseitig noch nicht allzusehr über den Fuss spannen. Die Verurtheilung fiel auch sehr milde aus, zu 100 Frcs. Strafe pro Mann. Das Urtheil wurde in zwei Instanzen noch bestätigt.

Die I. ignorirte dies gerichtliche Verfahren vollständig und — organisirte ihr Büreau schon zwischen der ersten und zweiten Verhandlung der ersten Instanz, am 8. März. Da die Anklage so rücksichtsvoll gewesen war, glaubte man, dies ungestraft thun zu können. Aber das zweite Central-Comité war schon aus weit radikaleren Elementen zusammengesetzt als das erste, wie denn parallel mit den Massregelungen der I. in Frankreich ein Ueberhandnehmen der radikalen Elemente läuft. Diesen Hohn konnte sich die Regierung nicht gefallen lassen. Auch die Mitglieder des zweiten Comité's wurden angeklagt. Am 22. Mai erschienen Varlin, Malon, Humbert, Granjon, Bourdon, Charbonneau, Combault, Landrin und Molin vor demselben Gerichtshofe unter derselben Anklage. Jetzt erfolgte schon eine Verurtheilung zu drei Monaten Gefängniss.

Varlin vertheidigte die Angeklagten in einer höchst heftigen Rede, die ich auszüglich folgen lasse. Fribourg meint, die I. habe den Radikalen ein Pfand der Treue und Anhänglichkeit an den neuen mit ihnen geschlossenen Bund geben wollen. Die Sache liegt wohl so, dass die I., nachdem das Kaiserreich nicht mit der

Verfolgung nachliess, ihm einmal auch die rauhe Seite zeigen und gleichzeitig durch eine heftige Vertheidigungsrede, die natürlich den Arbeitern sofort bekannt wurde, auf diese agitatorisch wirken wollte, was ja der Hauptzweck der Reden deutscher Socialdemokraten im Reichstage ebenfalls ist. Endlich war, wie gesagt, auch schon das zweite Comité an sich aus radikaleren Elementen zusammengesetzt als das erste.

Varlin also sagte u. A.:

„Die Arbeitseinstellung ist in unsern Augen nur ein rohes Mittel, um den Arbeitslohn zu bestimmen; wir wenden es nur wider Willen an, denn es setzt den Arbeiter und seine Familien Wochen, Monate lang empfindlichen Entbehrungen aus, ohne ihm die Sicherheit zu bieten, endlich einen gerechten Lohn zu erhalten. Die I. A.-A. stellte es sich zur Aufgabe, durch das Studium der ökonomischen Fragen eine gütliche Regulirung des Arbeitslohnes zu erzielen; aber da man unsern Studien Hindernisse in den Weg legt und dadurch die Lösung der socialen Frage verzögert, so werden wir noch oft, um unser Brod zu schützen, zur Arbeitseinstellung greifen müssen.

Ich muss aber noch einen andern Punkt berühren.

Vor dem Gesetze sind Sie Richter und wir Angeklagte; aber vor den Principien sind wir zwei Parteien, Sie die Partei der Ordnung um jeden Preis, des Stillstandes, wir die Partei der Reform, des Socialismus. Untersuchen wir denn einmal ehrlich: welches ist dieser gesellschaftliche Zustand, an dessen Vollkommenheit gezweifelt zu haben, unser Verbrechen ist? Von der Ungleichheit bis auf's Mark zerfressen, von der Selbstsucht am Leben bedroht, verröchelt er unter den eisernen Krallen der antisocialen Vorurtheile. Trotz der Erklärung der Menschenrechte, trotz kurzer Siege des Volkswillens, hängt es doch nur von wenigen Machthabern ab, im brudermörderischen Kampfe von Nation gegen Nation stromweise das Blut des Volkes zu vergiessen, des Volkes, das, unter gleichem Drucke seufzend, nach gleicher Befreiung sich sehnt.

Genüsse giebt es nur für eine kleine Minderheit, die sich deren denn auch im vollsten Masse und in raffinirtester Weise erfreut; die grosse Masse verkümmert in Elend und Unwissenheit, hier unter unerbittlichem Drucke stöhnend, dort vom Hunger hingerafft, überall aber in der Nacht der Vorurtheile und des Aberglaubens tappend, dass ihrer Sclaverei kein Ende werde.

Wollen Sie Einzelnes, nun, so sehen Sie, wie die Operationen an der Börse Verwirrung und Unheil erzeugen, wie Ueberfluss oder Hungersnoth in den Händen der Finanz-Pascha's liegen, neben deren Goldhaufen Lüge, Ruin und der scheussliche Bankerott lagern. Im Gewerbsstande eine masslose Concurrenz, die den Arbeiter erdrückt und jedes vernünftige Verhältniss zwischen Production und Verbrauch aufgehoben hat. Für das Nothdürftige fehlt es an Armen, aber das Unnöthige ist im Ueberfluss da; während Millionen armer Kinder nackt gehen, glänzen auf den Weltausstellungen Shawls zu fabelhaften Preisen, die über zehntausend Arbeitstage gekostet haben. Der Arbeiter erschwingt nicht das Nöthigste, aber von reichlich gefütterten Nichtsthuern wimmelt es.

Das Alterthum musste untergehen, weil ihm der Pfahl der Sclaverei im Fleisch stak; wenn die Neuzeit sich eben so wenig um die Leiden der Massen kümmert, wenn sie die Gesammtheit zwingen will, fortwährend zu arbeiten, zu leiden, zu entbehren, nur damit Einzelne in Herrlichkeit und Freuden leben können, wenn sie nicht einsehen will, dass ein solcher

gesellschaftlicher Zustand geradezu empörend ist, dann wird auch ihr Ende nicht mehr ferne sein.

Dr. W. Palley, von der Oxforder Universität, sagt im Blatte: „La Coopération" vom Mai d. J.:

„Denkt euch einen Flug Tauben auf einem Kornfelde. 99 Tauben, statt frisch loszupicken, nehmen für sich nur das Stroh und den Abfall, die Körner aber sammeln sie zu einem grossen Haufen, allein bestimmt für eine einzige Taube, oft die schwächste und erbärmlichste von allen; diese stolziert glucksend, fressend, zertretend und verderbend einher, während die fleissigen Tauben gutmüthig zusehend im Kreise sitzen; da wagt es auf einmal eine andere Taube, vielleicht muthiger, vielleicht hungriger als ihre Mitschwestern, ein Körnchen wegzuschnappen; nun stürzen aus blindem Gehorsam alle übrigen auf die Missethäterin los, um sie zu zerzausen, ihr den Raub abzujagen, und aus der Gesellschaft auszuschliessen."

Betrachten Sie dieses Bild, so finden sie freilich, dass es in der Natur nicht vorkommen kann, dafür aber tagtäglich sich hundertfach wiederholt bei den mit Vernunft begabten Menschen. Die Folgerung aber ist zweifach; Sie folgern daraus: dafür stehe der Mensch durch Vernunft über dem Thiere. Ich aber sage Ihnen: der Mensch kann trotz seiner Vernunft noch bei dem Thiere in die Schule gehen!

Und gehört es vielleicht nicht zu den 99, jenes Wesen, das im Elende geboren seine Mutter kaum sieht, weil die zur Arbeit gehen muss, das Hunger und Kälte erduldet, jedem Unfall ausgesetzt im Schmutze gross wird und schon in der Kindheit den Keim zu einer Krankheit legt, die ihm bis zum Grabe folgen wird? Kaum ist es acht Jahre alt, kaum ist nur die geringste Kraft da, so heisst es: arbeiten! Arbeiten in dünner ungesunder Luft, misshandelt, zur Unwissenheit verdammt und durch die bösen Beispiele jeder Verführung Preis gegeben. So geht das fort bis in's Jünglingsalter. Nun, mit 20 Jahren, muss der Bursche die Eltern, die seiner bedürfen, verlassen, um in irgend einer Caserne entmenscht oder auf irgend einem Schlachtfelde todt geschossen zu werden. Kommt er mit dem Leben davon, so kann er heirathen (falls es anders der englische Philantrop Malthus und der französische Minister Duchâtel erlauben, die übrigens meinen, der Arbeiter brauche weder Frau noch Familie, und kein Mensch zwinge ihn, am Leben zu bleiben, sobald er nichts mehr habe, sein Leben zu fristen). Also er heirathet, und bald halten Armuth, Theurung, Arbeitslosigkeit, Krankheiten und Kinder ihren Einzug in sein Haus. Wenn er nun, im Hinblick auf die Noth der Seinen, einen gerechteren Lohn für seine Arbeit verlangt, dann fesselt man ihn durch den Hunger, wie in Preston, man schiesst ihn nieder, wie zu la Fosse-Lépine, man kerkert ihn ein, wie zu Bologna, man überliefert ihn dem Belagerungszustand wie in Catalonien, man schleppt ihn vor's Gericht, wie in Paris. . . .

So geht dieser Unglückliche weiter auf der Bahn der Leiden und der Kränkungen; im reifen Mannesalter, ohne eine versöhnende Rückerinnerung an seine Jugendzeit, sieht er mit Schrecken das Alter herannahen; hat er keine, oder nur eine arme Familie, so stirbt er endlich, wie ein Uebelthäter, in einer Anstalt für Bettler.

Und doch hat dieser Mann viermal mehr producirt, als verzehrt. Was hat denn die Gesellschaft mit dem Ueberschuss gemacht? Eben die hundertste Taube . . . die nichts hervorbringt, sondern von der Arbeit der 99 andern lebt.

Die Geschichte zeigt uns, dass jedes Volk oder Gesellschaftswesen,

das, vom Wege der strengen Gerechtigkeit abweichend, sich auf's Unrecht stützte, der Zersetzung und Auflösuug verfielen; und gerade das ist unser Trost in dieser Zeit des Luxus und des Elendes, der Gewalt und der Sclaverei, der Unwissenheit und Verdummung, der Entsittlichung und Fäulniss, dass wir mit Sicherheit aus den Lehren der Vergangenheit den Schluss ziehen können: so lange noch ein Mensch an der Schwelle eines von allen Schätzen strotzenden Palastes verhungern kann, so lange haben die staatlichen Einrichtungen keinen Bestand.

Fühlt unserer Zeit den Puls, und Ihr werdet einen dumpfen Groll entdecken zwischen der Klasse, die Alles behalten und der, die die Frucht ihres Fleisses wieder gewinnen will. Der krasse Aberglaube, den unserer Meinung nach das 18. Jahrhundert vernichtet hatte, wird wieder hervorgeholt; überall zügellose Selbstsucht und Sittenlosigkeit: das sind Zeichen des Verfalls; der Boden wankt und entschlüpft unter Euern Füssen; seid auf der Hut!

Eine Klasse, die bisher auf der Weltbühne nur hin und wieder erschien, um einen grossen Act der Gerechtigkeit auszuüben, die zu allen Zeiten und unter allen Regierungen unterdrückt war, die Klasse der Arbeit, sie bietet Euch jetzt ein Mittel zur Wiedergeburt; es wäre weise, ihre vernünftige Berechtigung anzuerkennen, ihr gemeinnütziges Werk nicht zu stören. Ein Hauch absoluter Freiheit kann allein diese Luft reinigen, die Unwetter verscheuchen, die uns drohen. . . .

Wenn eine Klasse das moralische Uebergewicht, das ihr zur Herrschaft verholfen, verloren hat, so muss sie vom Schauplatz verschwinden, wenn sie nicht zu Grausamkeiten, dem letzten Mittel aller untergehenden Gewalten greifen will. Möchte die Bourgeoisie begreifen, dass ihr Streben nicht gross genug ist, um alle Bedürfnisse der Zeit zu umfassen, und dass ihr deshalb nichts anderes mehr übrig bleibt, als in der jungen Klasse aufzugehen, die ihr eine mächtige politische Wiedergeburt, die Gleichheit und die Solidarität durch die Freiheit, entgegen bringt!“

Die Angeklagten appellirten gegen das Urtheil, in dem ein sehr merkwürdiger Passus vorkommt. Combault vertheidigte die Angeklagten vor dem Appellhofe, und ich lasse auch seine Vertheidigungsrede folgen, weil sie eine Kritik des Verfahrens der Bourgeoisie enthält, welche die Consequenzen der Grundsätze von 1789, denen sie ihre Herrschaft verdankte, nie, unter keiner der wechselnden Regierungsformen, ziehen wollte, und weil der Angeklagte die Motivirung des Urtheils erster Instanz so äusserst geschickt benutzte, um das Kaiserreich als einen Feind des Strebens der Arbeiter, ihre Lage durch Cooperation zu verbessern, darzustellen. Der Angeklagte sagte:

„Meine Herren!

Wir haben gegen das wider uns erlassene Urtheil Berufung eingelegt, weil der Gerichtshof, statt unsern Folgerungen mit Gründen entgegen zu treten, einfach nur das Gegentheil behauptet hat. Wir bleiben dabei, dass durch unsere Verurtheilung eines der schönsten Rechte, welche die grosse Revolution uns gebracht, verletzt wird: die Gleichheit vor dem Gesetze. In der Voraussetzung, dass wir früher missverstanden worden, tragen wir unsere Gründe jetzt diesem Hofe vor.

Zuerst muss zugegeben werden, dass ein Gesetz, welches so sehr dem Zeitgeiste widerspricht, dass man es durchgängig nicht mehr anwenden kann, als abgekommen, veraltet und thatsächlich abgeschafft zu betrachten ist.

Und nun, meine Herren, wenn Sie das vorliegende Gesetz in seiner ganzen Ausdehnung anwenden wollten, so müssten Sie alle hier zu Lande bestehenden Cooperativ-Gesellschaften auflösen und erklären, dass die französische Rechtspflege, fast allein in Europa, sich der grossen socialistischen Bewegung entgegen stemmt, die überall durchbricht als das Element, welches die neue Ordnung der Dinge schaffen soll, die alles Volk ersehnt. Das haben Sie bis jetzt noch nicht gethan, und wir zweifeln, ob Sie es thun wollen. Indessen sind die Arbeitervereine, die alle nicht autorisirt sind und trotzdem am hellen lichten Tage existiren, ein handgreiflicher Beweis für die Unanwendbarkeit des Gesetzes von 1834. Es müssen demnach Umstände, die wir nicht erklären können, zusammengetroffen sein, um zu bewirken, dass die Genossenschaft der Schneider und die Internationale Genossenschaft allein getroffen wurden, und wir fragen uns heute noch, wie wir zu der Ehre gekommen sind.

Bei den verschiedenen Urtheilen, die in dieser Sache gefällt wurden, blieb der Anklage schliesslich nur übrig, die Verletzung des Art. 291 des Strafgesetzbuches und des Gesetzes von 1834 zu behaupten, und unter dieser Anklage, meine Herren, stehen auch wir heute vor Ihnen.

Es handelt sich in Wahrheit nicht um unsere Personen und nicht um die Verurtheilungen, die der Gerichtshof gegen uns ausgesprochen, sondern vielmehr um die Behauptung des Vereinigungsrechtes; es handelt sich darum, festzustellen, ob die französische Gesetzgebung den Bürgern erlaubt, sich zu vereinigen, oder nicht; ob die Arbeiter sich zusammen thun und gemeinschaftlich dahin streben und dafür wirken dürfen, ihre Lage zu verbessern, oder ob sie das nicht dürfen.

Durch welche Reihe verhängnissvoller Umstände ist es dahin gekommen, dass wir im Lande der Gleichheit, im Lande, wo kraft des allgemeinen Stimmrechtes das Volk allein Herrscher von Rechtswegen ist, dass wir in diesem Lande heute vor Gericht das Vereinigungsrecht vertheidigen müssen?

Ich will es Ihnen sagen. Seit der Verkündigung der Menschenrechte hat Frankreich verschiedene Regierungen erlebt, von denen, wenn nicht alle, doch die meisten zwar die unsterblichen Grundsätze von 1789 in ihre Charte oder Verfassungsurkunde aufnahmen, sie aber wieder durch ihre Gesetze verletzten; daher der unbegreifliche Widerspruch, dass man, statt jene alten Gesetze, die nicht mit der Charte oder der Verfassungsurkunde in Einklang standen, abzuschaffen oder für abgeschafft zu erklären, vielmehr die widersprechendsten, von den verschiedensten Regierungen ausgegangenen Gesetze beibehalten will, um sich gelegentlich derselben zu bedienen.

Die Revolution von 1789 befreite das Volk von Jahrhunderte langer Unterdrückung; sie verkündet, dass alle Menschen frei und gleich seien; sie giebt ihnen das natürliche Recht zu denken, zu schreiben, sich zu versammeln und sich zu vereinigen, wieder; sie bestimmt, dass die Gesetze, anstatt Wenigen gegen Alle zu dienen, fortan der Schutz Aller sein soll gegen Jeden, der eines Andern Recht antastet; mit einem Worte, sie giebt Jedem die Freiheit, eine Freiheit, deren einzige Schranke die Freiheit des Andern ist.

Wir wollen nicht untersuchen, welchen Angriffen diese Rechte seit jener Zeit ausgesetzt waren, sondern uns nur mit dem beschäftigen, das uns hier zunächst angeht, mit dem Vereinigungsrechte.

Das erste Kaiserreich, auf Macht und Unterwerfung beruhend, wollte die Bürger als Soldaten behandeln und ihr Benehmen und Handeln vom Belieben des Vorgesetzten abhängig machen; diesem System verdanken

wir die Artikel 291 und 292 des Strafgesetzbuches, wonach das Vereinigungsrecht von der vorherigen Genehmigung der Regierung und von den Bedingungen abhängig gemacht ist, welche der Behörde zu stellen belieben wird. Ganz im Geiste jenes Systems! Indessen zeigt die Art der Strafe, womit die Zuwiderhandelnden bedroht werden, immerhin deutlich genug, dass man es eben nur mit einer Disciplinar-Massregel zu thun hat. Die wirkliche Vereinigung ist noch kein Vergehen, und nur die Urheber verfallen, wenn sie die vorgeschriebenen Förmlichkeiten nicht erfüllt haben, in eine Geldbusse. — Erst der bürgerlichen sogenannten liberalen Monarchie haben wir jenes Gesetz vom 10. April 1834 zu verdanken, welches den Act der Vereinigung selbst zum Vergehen stempelt; alle Theilnehmer sind schuldig, und verfallen nicht mehr leichten Geldbussen, sondern schwerer körperlicher Strafe, die bis zu einem Jahr Gefängniss gehen kann, im Wiederbetretungsfalle sogar bis zu zwei Jahren, und in letzterem Falle kann ausserdem noch auf vier Jahre Polizeiaufsicht erkannt werden.

Betrachten wir nun, was für ein Regierungssystem dasjenige war, das zum Erlasse eines solchen Gesetzes fähig war. Es war das System des Census, die Regierung der Besitzenden. Wir begreifen nun dieses volksfeindliche Gesetz; die Bourgeois werden sich immer das Recht beilegen, sich nach ihrem Belieben und zu ihrem Vortheil zu vereinigen; aber die Arbeiter, denen es hauptsächlich Bedürfniss ist, durch gemeinsames Ertragen die Last der traurigen Folgen ihrer unglücklichen Lage sich zu erleichtern, die sollen sich nicht vereinigen dürfen, oder nur insofern es den Regierenden beliebt und der anzustrebende Zweck nicht ihre Macht und ihre Herrschaft bedroht.

Die Revolution von 1848 verjagt diese oligarchische Regierung, dieses Regiment der Wenigen, und setzt an seine Stelle die Republik mit dem allgemeinen Stimmrecht. Die Verfassung erkennt das Recht der Vereinigung an, hebt folglich das Gesetz von 1834 und die Art. 291 und 292 des Strafgesetzbuches auf.

Nachher kommt der Staatsstreich. Die Verfassung wird in Stücke zerrissen und die Arbeitervereine werden von der rohen Gewalt der Militärbehörden aufgelöst. Hier tritt die Willkür offen auf; sie sucht sich nicht den Schein der Gerechtigkeit zu geben; es herrscht das Säbel- und Kanonengesetz, das die Vereine schliesst und die Mitglieder ächtet. Gehen wir über diese traurige Seite unserer Geschichte hinweg, und kehren wir zum Gesetze von 1834 zurück. Sehen wir, welchen besondern Umständen es seine Entstehung verdankt. Es tritt in die Welt unmittelbar nach einer fürchterlichen Empörung, zum Zwecke, Aufständen vorzubeugen. Es liegt also auf der Hand, dass dieses Gesetz mit dem jetzigen Zeitgeiste in Widerspruch steht, und dass seine vollständige Anwendung vielleicht hinreichen würde, die Gährung im Volke zum Ausbruch zu bringen, dass es, mit den beschämendsten Resten unserer Zeitgeschichte in die Rumpelkammer verwiesen werden muss; denn wollte man es nur ein Mal alle zehn Jahre anwenden, wenn auch noch so gelinde, es wäre doch immer Willkür und müsste die Gemüther erbittern.

Man könnte zuvörderst die Frage aufstellen, ob die Gesetzgeber überhaupt das Recht haben, ein Gesetz zu machen, welches die unveräusserlichsten Rechte einer Volksverfassung verletzt. Wir erinnern aber nur daran, dass Guizot dieses Gesetz nur mit dem äussersten Vorbehalte vorlegte, und dass derselbe Guizot auf eine Interpellation Salveste's erklärte, seine früheren Aeusserungen aufrecht zu erhalten, welche da lauteten:

„Der Art. 291, ich sage es aus vollster Ueberzeugung, ist schlecht; er darf nicht lange in dem Gesetzbuche eines freien Volkes stehen. Die Bürger haben zweifelsohne das Recht, sich zu versammeln und die Staatsangelegenheiten zu besprechen; es ist das sogar gut, und nie werde ich dieses Recht bestreiten.“

Und doch kann der Minister Guizot, den die Februarrevolution verjagte, nicht im Verdachte zu grosser Freisinnigkeit stehen. Trotzdem aber lastet dieses Gesetz, das nach Guizot's Erklärung nicht fortbestehen sollte, noch heute auf uns, ungeachtet das Volk 1848 siegte und das allgemeine Stimmrecht eroberte, unsere letzte und einzige Errungenschaft.

Hören Sie noch, was de Ludre sagt:

„Die Regierung hat stets Gold und Gunstbezeugungen gehabt für alle Feinde der Revolution. Dem Volk ist auch sein Theil geworden: Noth und Elend, wenn es schwieg, und Kartätschen, wenn es sich erkühnte, zu klagen.“ Und weiter: „Handel, Gewerbfleiss, Wissenschaft, Moral, Alles wird einer mass- und regellosen Willkürherrschaft überliefert werden.“

Hören wir noch Portalis, dessen Charakter und Befähigung in solchen Sachen an diesem Orte nicht in Zweifel gezogen werden können. Er sagt: „Das Recht, sich zu vereinigen, ist eben so heilig wie das Recht, zu denken; es ist ein ebenso inneres wie unantastbares Recht; es ist die edle und rührende Sympathie, welche die tugendhaften Gemüther vereint; es ist jener Instinct der Ehre, welcher die Geister erhellt und sie zum gleichen Ziele hindrängt. Nie, ausgenommen in den Zeiten religiöser Tyrannei, ist es Jemanden eingefallen, Hand an's Vereinigungsrecht zu legen. Unter den schlechten Regierungen ist die Ausübung dieses Rechtes mehr oder weniger eingeschränkt worden; aber, wenn man gleich den Bürgern verbot, sich zu versammeln, so hat man ihnen doch nie verboten, sich zu vereinigen. Sie denken vielleicht, es hat nicht viel auf sich, wenn man den Leuten untersagt, sich zu versammeln, so hat man ihnen doch nie verboten, sich zu vereinigen. Ich aber denke im Gegentheil, es sei das eine That der gehässigsten und verabscheuungswürdigsten Tyrannei. Ein solches Gesetz — setzt Portalis hinzu — wäre ein Treubruch (félonie).“

Wir dürfen wohl sagen, meine Herren: Wenn der Richter von 1834, der sich so äusserte, auf der Richterbank gesessen hätte, seine Stimme würde man schwerlich erhalten haben zu Gunsten des Urtheils, gegen welches wir Berufung eingelegt haben.

Es giebt einen zweiten, wichtigeren Punkt, der die Vernichtung dieses Urtheils nicht nur begründet, sondern gebieterisch erheischt. Er ist erhalten in folgendem Erwägungsgrunde:

„In Erwägung, dass laut ihrer Erklärungen, deren völlige Genauigkeit zu untersuchen unnöthig ist, sie die Verbesserung der Lage aller Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität, und zwar auf dem Wege der Cooperation, der Production und des Credits bezweckten.“

Das also, meine Herren, ist der wahre und ächte Grund zu der gegen uns erhobenen Anklage. Wir sind angeklagt, nicht weil wir an einer nicht genehmigten Gesellschaft Theil genommen (dieser Vorwand liess sich angesichts der zahlreichen Ermunterungen der Regierung an die Arbeiter nicht aufrecht halten), auch nicht, weil wir die Verwaltung der Gesellschaft während des Processes fortgeführt haben, denn das zu thun, war unser Recht und unsere Pflicht; nein, wir sind angeklagt und verur-

theilt worden, weil wir in der That die Verbesserung der Lage aller Arbeiter anstrebten. Hierüber kann nach aufmerksamer Lesung des obigen Erwägungsgrundes kein Zweifel mehr sein. Ein solches Eingeständniss aber ist zugleich grausam und unumwunden, aber es ist durchaus wahr. Es ist der Krieg gegen die socialen Ideen. Wollen Sie den heiligen? Wollen Sie erklären, dass der Arbeiter, trotz des allgemeinen Stimmrechts, das ihn zum Staatsbürger erhebt, doch zur Unterordnung unter die andern Klassen verurtheilt, dass er unwiderruflich und wie durch Schicksalsspruch zur Noth, zum Elende verdammt sei? Wollen Sie erklären, dass er keine bessere Zukunft zu erwarten hat, ja, dass ihm bei Geld- und Gefängnissstrafe sogar der Versuch verboten ist, für seine Kinder jene Zukunft der Gerechtigkeit anzubahnen, der er heute seine Nachtwachen, seine Mühe und Arbeit, seine ganze Existenz opfert? Wollen Sie, mit einem Worte, erklären, dass die Arbeit eine Zuchtruthe ist, unter der er sich krümmen soll, stumm, ohne Recht, ohne Gewissen, ohne Menschenwürde, gleich dem Sclaven? In früherer Zeit, und es ist noch gar nicht lange her, verurtheilte man auch die Socialisten als verdächtige und unwürdige Menschen; man beschuldigte sie gemeiniglich, das Wohl des Volkes zum Vorwand für ihre Theorien zu nehmen, und unter dieser menschenfreundlichen Aussenseite ihre blutigen Umsturzpläne zu verbergen. Die unwissende und leichtgläubige Menge liess sich durch diese Vorspiegelungen blenden und verfluchte selbst die Männer, die für ihre Erlösung wirken wollten. Die Beschuldigung war falsch, aber immerhin erklärt sie den Irrthum der Menge. Heutzutage steht die Sache anders, man glaubt uns auf's Wort, man will nicht einmal die Genauigkeit unserer Versicherungen untersuchen, und man verurtheilt uns, mit vollster Kenntniss der Sachlage, weil wir die Verbesserung der Lage derjenigen Klasse anstrebten, der wir angehören. Sie sehen, die Frage ist in aller Schärfe hingestellt, ohne Dunkel, ohne Rückhalt.

Wenn Sie das Urtheil erster Instanz bestätigen, so verkünden Sie damit angesichts der ganzen Welt, dass französische Richter Arbeiter zur Kerkerstrafe verurtheilt haben, weil diese ihre Lage verbessern gewollt.

Und bemerken Sie wohl — denn das ist wichtig — bei einer theilweisen Ungültigkeitserklärung des Urtheils würde immer noch jener Erwägungsgrund aufrecht erhalten, der ein Irrthum und ein Fehler ist. Damit er ausgelöscht werde, müssen Sie die Entscheidung der ersten Richter einfach für nichtig erklären. Sonst, meine Herren, tritt offenbar das Gericht nach Form und Ansehen in den Dienst einer Verfolgung, die schon zu lange gewährt hat.

Endlich noch fragen wir: Durch welchen Widerspruch unserer Zeit erscheinen hier Arbeiter vor Gericht, deren Sittlichkeit die Anklage selbst anerkennt?

Antwort: Weil diese Männer der Arbeit Socialisten sind, gegründet auf rechtliche freie Vereinbarung unter allen Betheiligten, gestützt auf Freiheit, Gleichheit, Allbürgschaft, Gegenseitigkeit und Achtung der Menschenwürde in jedem Einzelnen. Sie wollen eine Gesellschaft, in der die Arbeit die einzige Quelle des Reichthums sei. Sie brandmarken mithin jene abscheulichen Lotterien, deren gewöhnlicher und unsterblicher Schauplatz die Börse und die Rennbahn sind. Während die Söhne jener sich vornehm dünkenden Klasse ihren Namen beflecken durch die Gesellschaft der schamlosesten Buhlerinnen, während ihr frühzeitiges Verkommen die Entartung einer ganzen Klasse der Nation bezeugt, — eine Entartung, die zur Fäulniss reifen muss, wenn nicht jene abgelebten, morschen

Elemente Verjüngung und neues Leben aus dem kräftigen Blute des Volkes schöpfen wollen — während so jene Klasse in Genüssen schwelgt, plagen sich die Arbeiter von ihrem achten Lebensjahre an ab, dieser Jugend, die davon oft einen so edlen Gebrauch macht, Bildung und Musse zu verschaffen; und nun haben solche Arbeiter versucht, Gerechtigkeit und Billigkeit in den gesellschaftlichen Beziehungen herbeizuführen, und zwar durch die Wissenschaft, durch das freie Studium der volkswirthschaftlichen Fragen und durch die unabhängige Vereinigung. Sie arbeiteten an der Ausführung dieser Ideen, als die Anklage sie überraschte. Seitdem sind sie verurtheilt worden. Sollte das nur deshalb geschehen sein, weil sie jener grossen Masse angehören, die Hr. Ségur-d'Aguesseau, Hrn. Thiers nachplärrend, vor Kurzem noch so höflich mit dem Namen „die elende Menge" belegte? Nein, es geschah, weil wir, Republikaner aus Ueberzeugung und grundsätzliche Gegner des Autoritäts-Wesens, jede Gunst und Gönnerschaft abgelehnt haben; weil wir, nur mit uns selbst zu Rathe gehend, die Fähigkeit der arbeitenden Klassen beweisen wollten; weil wir alle Retter zurückgewiesen haben, da wir uns stark genug glaubten, uns selbst zu retten durch die Freiheit, die Vereinigung und die Ausübung der Gerechtigkeit. Natürlich erklärte das System der Autorität, das, um den Massen zu schmeicheln, den Staat zur Versicherungsanstalt machen zu wollen vorgab, dem Socialismus den Krieg, weil dieser die Befreiung der Arbeit durch die Arbeiter selbst will, auf den Trümmern aller geschäftslosen Stellen, aller Vorrechte, aller Hindernisse und aller Ungleichheiten in Bezug auf Rechte und Pflichten.

Wir werden uns nicht weiter über die Punkte unserer Vertheidigung auslassen. Wir erscheinen nicht als Angeklagte, die sich für zu schwer betroffen erachten und um Strafmilderung bitten; wir kommen, als in ihrem Rechte verletzte Bürger, um die vollständige Ungültigkeitserklärung eines Urtheils zu verlangen, welches uns eines Rechtes beraubt, das eine 79jährige Revolution uns gesichert haben sollte. Wir sagen Ihnen noch zum Schluss: Ihre ohnmächtigen Bedrückungen werden nur den grossen geistigen Strom der internationalen Allbürgerschaft erweitern, der die Grenzschranken niederreisst und alle Geister der Verwirklichung eines gleichen Zweckes zuführt: die Wiederherstellung der Menschenwürde und der Einführung der Gerechtigkeit in den gesellschaftlichen Beziehungen.

Mit Stolz würden wir uns verurtheilen hören wegen unserer Liebe zur hehren Sache der Freiheit, wenn wir nicht erwägen müssten, dass unsere Verurtheilung die Verleugnung jener grossen Freiheiten wäre, für die unsere Väter 1793 gefallen sind. Wir werden Ihnen wenigstens die Kraft der Ueberzeugung und der Beständigkeit entgegenstellen. Wie hoch Sie auch immer Ihre Verurtheilung hinaufgipfeln mögen, sie werden nie die Höhe der persönlichen Opfer erreichen, welche wir zu bringen bereit sind, auf dass einst der Tag anbreche, wo wir im Schatten der Freiheit den Grundstein zu einer gerechten Gesellschaft legen können. Wenn wir in den politischen Gefängnissen das Verbrechen büssen werden, Socialisten zu sein, so werden wir wenigstens einen Trost haben, den uns Niemand rauben kann: das Bewusstsein, als Männer gehandelt zu haben, die es werth sind, ein freies Vaterland zu haben."

Am Urtheil änderte diese Rede nichts, aber da sie durch die ganze Welt, wie auch die Varlins, verbreitet wurde, nutzte sie der Internationale für ihre Agitation vortrefflich. Zustimmungs-

adressen der Internationalen kamen aus allen Theilen der Welt, aus Genf, Newyork u. s. w.

Die Radikalen in der französischen Internationale gewannen nun ganz die Oberhand.

Während Tolain in seiner Vertheidigungsrede noch versicherte, dass die Pariser Section sich niemals mit politischen Fragen beschäftigt habe, las Vésinier, später Mitglied der Commune, am 26. October 1868 bei einem vom französischen Zweig der Internationale veranstalteten Meeting zu London eine Adresse vor, in der es nach der Einleitung hiess:

„In Betracht, dass der im September 1867 zu Lausanne versammelte Congress erklärt hat:

1) Dass die sociale Emancipation der Arbeiter unzertrennlich ist von ihrer politischen Emancipation,

2) Dass die Feststellung der politischen Freiheit eine erste, unbedingt nothwendige Massregel ist.

Aus diesen Gründen erklärt der französische Zweigverein zu London, dass die internationale Arbeiterverbindung angesehen werden muss, als sei sie eine wesentlich politische Gesellschaft, welche neben den volkswirthschaftlichen Fragen die politischen zur Aufgabe stellen muss, um sie niemals zu trennen und stets neben einander gehen zu lassen.

Der französische Zweigverein, in Erwägung ferner . . .

In Betracht, 1) dass die Monarchie, welcher Art sie auch sein mag, gleichwie alle Oligarchieen, Aristokratieen, Theokratieen und alle despotischen Regierungen unverträglich sind mit der Wahrheit, der Gerechtigkeit und Moral, den Rechten des Menschen und Bürgers, und der völligen Befreiung der Arbeiterklasse (was als die Grundlage und der Zweck der internationalen Arbeiterverbindung anerkannt und kund gegeben ist;

2) Dass die republikanische, demokratische und sociale Form allein in vollständiger Harmonie mit den Grundsätzen und dem Zweck der internationalen Arbeiterverbindung ist.

Aus diesen Gründen erklärt der französische Zweigverein, dass die internationale Arbeiterverbindung eine republikanische, demokratische, sociale und universale Gesellschaft ist, welche die Grundsätze, den Zweck und die Mittel theilt, die von der revolutionären Commune zu Paris in ihren Manifesten kundgegeben wurden.

In Folge dessen protestirt der französische Zweigverein gegen das Verhalten einiger Mitglieder der Internationale, die in politischen Dingen absolute Gleichgültigkeit predigen; die laut erklären, die internationale Arbeiterverbindung dürfe nicht republikanisch sein; die den Royalisten und Monarchisten aller Nuancen beide Thorflügel öffnen und bei den Congressen ihnen die Verbreitung von Lehren erleichtern, welche dem Geiste der Statuten der Association zuwider sind; die denen Schutz gewähren und Beifall spenden, welche die republikanischen Grundsätze angreifen und verachten, die doch zur Grundlage der Association gehören, und welche, wie das beim Brüsseler Congress geschah, die Revolution verhöhnen.“ etc.

Hier taucht zuerst seit der grossen französischen Revolution wieder das Wort „Commune“ auf, das bald eine so grausige Bedeutung erhalten sollte.

Bevor ich den Gang der Dinge in Frankreich weiter verfolge, muss ich mich zum Congress von Brüssel, 6. bis 13. September 1868, wenden, dessen in jener Adresse Erwähnung geschieht.

Frankreich war vertreten durch Tolain, Murat, Theiz, Roussel, Durand, Pindy, Ansel, Delacour, Dauthier, Dosbourg, Flahaut, Tartaret, Henry, alle aus Paris, Lemonnier aus Marseille, Grinaud und Richard aus Lyon, Aubry aus Rouen, Longuet aus Caen. Die gesperrten Namen gehören Leuten an, die in der Commune eine Rolle spielten.

Ich habe im I. Bande Seite 114 gesagt, dass hier die communistischen Ideen zu einem vollständigen Siege gelangt seien. Man meint sonst ziemlich allgemein, dass dies erst auf dem folgenden Congress zu Basel geschehen sei, allein dies ist ein Irrthum. Man vergleiche gefälligst die Resolutionen I., II., III. und IV. (Seite 114—115) des Congresses zu Brüssel mit der Resolution über das Grundeigenthum (Seite 121) zu Basel, und man wird finden, dass das Princip dasselbe ist. Man specialisirte in Brüssel und generalisirte in Basel, das ist der ganze Unterschied.

Allein die meisten Franzosen sprachen sich in Brüssel gegen diese Resolutionen aus. Sie waren von einer Commission unter des Belgiers de Paepe Vorsitz vorgeschlagen und wurden mit 30 gegen 4 Stimmen gefasst; 15 Delegirte enthielten sich der Abstimmung. Die Gegner waren meist Franzosen.

Tolain motivirte die Haltung der Franzosen folgendermassen:

„Auf alle in dem umfangreichen Bericht des Bürgers de Paepe dargelegten Gründe einzugehen, reicht die mir zugemessene Zeit nicht aus; ich wende mich daher gleich zu dem Hauptpunkt mit der Erklärung: Ich glaube nicht, dass wir in Abwesenheit der Repräsentanten des Ackerbaues berechtigt sind, das Gesammteigenthum des Bodens zu beschliessen.

Sie werden mir zugeben, dass die Gesellschaft aus Individuen besteht, die Gesammtheit ein abstractes Ding ist, etwas, das dem Menschen nicht gleicht, das man uns aufnöthigt, etwas Unbekanntes, das man jedoch sich gefallen lassen soll. Das Individuum dagegen ist leibhaftig, macht sich in allen Richtungen der menschlichen Thätigkeit geltend; man braucht es nur in Hinsicht auf die drei Gesichtspunkte, der Religion, Politik und Volkswirthschaft ins Auge zu fassen, um sich zu überzeugen, dass von allen Bestrebungen nur diejenigen irrig sind, welche mit der Manifestation des Individuums in Widerspruch sind; und Sie werden überall anerkennen, dass jeder Mensch den Wunsch hat, sein eigener König, ein freies, unabhängiges Wesen zu sein.

Wenn der Mensch seinen Beitrag zur Organisation des öffentlichen Dienstes geleistet hat, wenn er den Bürgschaften, welche die Gesellschaft von ihm fordert, entsprochen hat, kann ich der Gesammtheit kein Recht einräumen, an das Product seiner Arbeit Hand anzulegen; so fordert's die menschliche Freiheit."

Auf das Eigenthum selbst übergehend, wirft der Redner seinen Gegnern vor, dass sie die Wirkung mit der Ursache verwechseln, indem sie dem Recht, zu besitzen, das Motiv des menschlichen Elends unterlegen. „Man muss es vom Gesichtspunkt der Abschaffung der Miethen und

Löhne betrachten, und deren Ersatz durch den Kaufcontract und den reorganisirten Credit. Fragen wir uns nun, ob als Intelligenz die Gesammtheit höher oder niederer steht, als das Individuum. Nun, wer hat denn alle die grossen Fortschritte, worauf die Menschheit stolz ist, zu Stande gebracht? Sind es nicht Individuen gewesen, welche an Wissen und Geschick höher standen als die Gesammtheit, welche sogar oft sie verfolgte und verhöhnte? Columbus, Stephenson, Galiläi und viele Andere dienen hinlänglich als Beweis für die Ueberlegenheit des Individuums.

Die Gesammtheit hat auch den Nachtheil, dass sie die Theilung der Arbeit beeinträchtigt, welche vorzugsweise das Gedeihen fördert. Die Eigenthumsfrage gehört in den Bereich der Wissenschaft, welche allein sie zu lösen im Stande ist. Alle unsere Stimmen zusammen können nichts dafür thun.

Endlich, Bürger, unter allen Systemen, welche uns vom Collectivismus empfohlen werden, ist nicht ein einziges frei von hierarchischer und autoritärer Organisation; und insoweit als diese Systeme sich nicht mit der Freiheit und Gleichheit vertragen, will ich Anhänger der individuellen und Grundeigenthums bleiben."

Liebknecht sagt in einer Broschüre „die Grund- und Bodenfrage", dass die Masse der französischen Bauern den Socialismus noch immer mit geheimem Grauen betrachte, und dass die socialistische Propaganda mit einem schwer zu überwindenden Misstrauen zu kämpfen habe. „Diesem Misstrauen trugen die französischen Delegirten des Baseler Congresses (die des Brüsseler auch) Rechnung, als sie gegen den Grundeigenthumsbeschluss stimmten oder sich der Abstimmung enthielten. So tief eingewurzelte Vorurtheile lassen sich nicht mit einem Male ausrotten, und ehe sie ausgerottet sind, erheischen sie Schonung, sollen nicht schlimme Folgen eintreten. . . . Bei einem Theile der Vertreter kamen allerdings auch proudhonistisch-kleinbürgerliche Flärren hinzu: die naive Hoffnung, den Kleingrundbesitz durch scheinsocialistische Reformen von dem ihm jetzt anklebenden Elend zu befreien — als ob dies Elend nicht dem Wesen des Kleingrundbesitzes entsprosste! Wo das Princip falsch ist, giebt es keine Reform, können Reformversuche nur schädlich sein!"

Diese Frage ist nun so wichtig, und auch für uns in Deutschland wichtig, dass ich einen Augenblick bei ihr verweilen will. Gerade Herr Liebknecht, so ziemlich der einzige Vertreter der Marx'schen Ideen in Deutschland mit gründlicher Bildung, spricht sich über Vergangenheit und Zukunft der französischen Parcellenbauern, sowie über die volkswirthschaftliche Wirkung jenes Systems sehr interessant aus. Er sagt:

„In Frankreich haben wir, nach dem letzten Census von 1861, bei einer Bevölkerung von ungefähr 38 Millionen Einwohnern, 7,846,000 Grundeigenthümer. Wenn auch die Familien in Frankreich durchschnittlich kleiner sind, als in Deutschland und England, so dass auf je zwei Familien bloss 9 Köpfe kommen, gegen 11 in England, — und wenn wir auch annehmen müssen, dass ein nicht unbeträchtlicher Theil der Landbesitzer unverheirathet ist, so ergiebt sich doch immerhin, dass die grosse Mehrheit der Gesammt-

bevölkerung Frankreichs Grundbesitz hat. Dass die Franzosen fleissig und intelligent sind, ist ihnen noch niemals abgesprochen worden, so viel Schlimmes unsere verbohrten Deutschthümler ihnen sonst nachsagen. Dem französischen Bauer ins Besondere wird allseitig das Zeugniss unverdrossenster Arbeitsamkeit ausgestellt. Dazu kommt, dass er mit einer fast fanatischen Zähigkeit an seinem Grund und Boden hängt — weit mehr als der deutsche Bauer —, wie schon aus der einfachen Thatsache erhellt, dass er nur in den seltensten Fällen sich zur Auswanderung entschliesst. Verglichen mit Deutschland, hat Frankreich kaum eine Auswanderung. Der stärkste Kitt bindet den französischen Bauer an sein Land: Schweiss und Blut; der Schweiss, den er und seine Vorfahren hinter dem Pflug — das Blut, das seine Väter und Grossväter auf den Schlachtfeldern der Republik und des Kaiserreichs dafür vergossen haben.

Das Parcellensystem — so genannt von dem französischen Wort parcelle, kleiner Theil, kleines Stück — das Parcellensystem ist das Kind der grossen Revolution. Kleine Pachtgüter bestanden schon vor der Revolution, freie Bauernhöfe waren fast unbekannt; aber die Revolution, welche die alte Feudalgesellschaft in Trümmer schlug, verwandelte den Kleinpächter in einen Kleingrundbesitzer, errichtete auf den ungeheuren Gütern des landesverrätherischen Adels und Clerus, die zum Nationaleigenthum erklärt und parcellirt wurden, einen Stand von freien Kleinbauern und schuf so eine Klasse von Staatsbürgern, deren ökonomische und politische Existenz an die neue Ordnung der Dinge gekettet war, die mit der Revolution stehen und fallen musste. Alle Gesetze des Feudalstaates, welche zum Zweck hatten, das Land und damit den Urquell der Macht und des Reichthums zum Monopol einer privilegirten Klasse zu machen; das Erstgeburtsrecht, die Gesetze gegen die Zerstückelung der Adels- und der Kirchengüter, wurden aufgehoben, und die gleiche Erbvertheilung eingeführt. Man hat gesagt — und in gewissem Grade ist es richtig —, die französische Revolution war die Revolution der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hatte fast ununterbrochen die geistige Leitung der Revolution, und hat die Revolution erfolgreich zu ihren Sonderzwecken ausgebeutet. Dass die Revolution aber siegte, dass sie nicht dem Ansturm des verbündeten monarchisch-reactionären Europa unterlag, das ist dem Proletariat und den Bauern zu verdanken. Das Pariser Proletariat warf die Contrerevolution im Innern zu Boden, zertrümmerte den Thron der corrupten, Corruption aushauchenden Bourbonendynastie, trieb die Nationalversammlung, den gesetzgebenden Körper und den Convent rastlos voran auf dem Pfade der Revolution — der französische Bauer, nachdem er die Macht des Adels in den Provinzen unter dem Rufe: „Friede den Hütten, Krieg den Schlössern!“ vernichtet hatte, schlug die Schlachten der Revolution gegen die bewaffnete Contrerevolution des Auslandes und gegen die Rebellen der Vendée. Natürlich stellten auch die Arbeiter ihr Contingent zu den

Armeen der Republik — sind doch im ereignissvollen September des Jahres 1792 nach den Angaben des damaligen Kriegsministers Servan bloss aus Paris, das zu jener Zeit nicht die Hälfte der heutigen Einwohnerzahl hatte, 50,000 Freiwillige, grösstentheils der Arbeiterklasse angehörig, ausgezogen! — doch die Arbeiter bildeten verhältnissmässig einen geringen Procentsatz der Bevölkerung; an den Bauern war es, die Republik zu retten. Ihre Parcelle, das war die Republik, das war die Revolution. Die Revolution hatte ihnen die Parcelle gegeben, die Contrerevolution wollte sie ihnen nehmen. Siegte die alte Monarchie, siegte das Ausland, so kehrten die alten Grundeigenthumsverhältnisse zurück; der freie Bauer der Republik wurde entweder von Haus und Hof gejagt, oder er musste den Nacken wieder unter das Joch beugen, das ihn so lange gedrückt. Um seine Parcelle zu retten, musste er der Revolution zum Siege verhelfen. Der Bauer kämpfte für die Parcelle und rettete die Revolution. Man kann in Wahrheit sagen: die Parcelle hat das monarchische Europa besiegt. Nie hat der menschliche Eigennutz grösseren Zwecken gedient, die Sache der Menschheit mächtiger gefördert.

Fast ein Vierteljahrhundert dauerten die Kämpfe der Revolution; Millionen französischer Bauern düngten mit ihrem Blut und ihren Knochen die Erde in Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Russland, Aegypten, Syrien — und als 1814 und 1815 die Bourbonen unter dem Schutz der preussischen, englischen, russischen, österreichischen Bajonette in Paris einzogen, war der Feudalismus in Frankreich so gründlich zerrieben, die altadlige Gesellschaft so vollständig aufgelöst, dass der dynastischen Restauration keine politische und sociale Restauration folgen konnte, und an den Grundeigenthumsverhältnissen, wie sie der Revolution entsprungen, von ihr festgestellt waren, nicht gerüttelt werden konnte. Der Parcellenbauer hat sein Ziel erreicht: die Parcelle konnte ihm nicht mehr gewaltsam entrissen werden.

Die dritte Generation wohnt nun auf den französischen Parcellen. Das System hat, um einen englischen Ausdruck zu gebrauchen, nach jeder Richtung hin einen fair trial gehabt, d. h. durchaus günstige Existenz- und Entwickelungsbedingungen. Die Kriege zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts haben allerdings den französischen Parcellenbauern eine unerhörte Blutsteuer auferlegt, aber der Ackerbau blühte dabei, das Getreide stand hoch im Preis, und die Blutsteuer hatte den ökonomischen Vortheil, die Parcellen zusammen zu halten und der, dem System innewohnenden Tendenz der Güterzersplitterung entgegen zu wirken. Kurz: vor 80 Jahren gelangte das System des kleinen Privatgrundbesitzers in Frankreich zur Herrschaft; es ist seitdem an der Herrschaft gewesen. Und das Resultat?

Wohlan, der französische Parcellenbauer hat in diesen achtzig Jahren einen Irrgarten durchwandert — ein fool's paradise, Narrenparadies nennen's die Engländer — und steht heute in Bezug auf sein ökonomisches und physisches Wohlergehen, genau auf

dem Punkt, von welchem er 1789 ausging! Umsonst hat er 1789 die Schlösser der Adligen mitsammt den Pergamenten der Knechtschaft und des Unrechts in Rauch aufgehen lassen! Umsonst hat er in tausend Schlachten drei Welttheile mit seinem Blut gefärbt! Umsonst hat er durch dritthalb Generationen gekämpft, gearbeitet, gedarbt, sich das Brod vom Mund abgespart. Umsonst! Es ist kein hässlicher Traum; es ist die wirkliche, bittere, harte Wahrheit: die Parcelle, die er so heldenmüthig vertheidigt, dass selbst der siegreiche Feind sie nicht anzutasten gewagt, sie ist ihm eine Bürde geworden, ein Fluch, eine Fessel, ein Strick, der ihn erdrosselt. Die alte Misère der Vorfahren, der er für immer entronnen zu sein glaubte, ist wieder eingezogen; er steht wieder auf demselben Punkt, von dem er 1789 ausging.

Stellen wir die Bilder neben einander: den französischen Bauer vor der Revolution und den französischen Bauer von heute! Bekanntlich ist es ein Irrthum, dass die Leibeigenschaft in Frankreich durch die Revolution aufgehoben worden sei — diesen Schandfleck hatte schon die legitime Bourbonen-Monarchie beseitigt, die überhaupt, so schwer sie auch gesündigt und so reichlich sie ihr Schicksal verdient hat, immerhin durch einen Vergleich mit den übrigen Monarchien des europäischen Festlandes nicht verlieren, weit eher gewinnen kann, weshalb denn das landläufige Geschwätz, sie habe durch besondere Verdorbenheit und Kurzsichtigkeit das Strafgericht der Revolution heraufbeschworen, in gröblicher Unkenntniss der Geschichte seinen Grund hat. Die französische Monarchie vor der Revolution war aufgeklärter und liberaler als alle anderen gleichzeitigen Regierungen des Continents; ihr Unglück war, dass sie über ein Volk herrschte, welches politische Ideale hatte und um jeden Preis mit dem Feudalismus brechen wollte, während die anderen Völker sich noch wohl fühlten in dem Schlamm des patriarchalisch-gottesgnadlichen Fürstenregiments. Trotz der Aufhebung der Leibeigenschaft war die Lage der französischen Landbevölkerung aber eine höchst traurige. Eigenen Grundbesitz hatten sie nicht; sie hatten die Aecker des Adels und des Clerus zu bestellen, und wurden von ihren „Seigneurs“ (Grundherren) auf das Empörendste misshandelt, unterdrückt und geschunden. Ihre ökonomische Lage war die jammervollste, die man sich denken kann. Ich will einen Mann reden lassen, der gewiss ein unverdächtiger Zeuge ist: den gut nationalliberalen Geschichtsschreiber, freilich auch Geschichtsfälscher zu Gunsten des Hauses Hohenzollern: Professor Sybel. Derselbe schreibt:

„Während die Herren den Ertrag ihrer Güter in vornehmem Glanze aufgehen liessen, waren die Aecker in Parcellen von etwa 10, höchstens 15 Hektaren an sogenannte Meier (métayers) ausgethan, welche nicht einen festen jährlichen Geldzins, sondern in der Regel die Hälfte des Rohertrages als Pacht entrichteten, und dafür von dem Herren die erste Saatfrucht, Vieh und Geräth

empfingen. Dies ergab ein jammervolles Dasein für sie selbst, einen kümmerlichen Zustand der Güter und eine hohe, aber unsichere Einnahme für die Herren. Die Letzteren, welche ihr Gut fast nur als Reisende sahen, pflegten die Erhebung der Gefälle zu verpachten, gewöhnlich an einen Notar oder Advocaten, welcher die Bauern mit unbarmherziger Härte behandelte. Diese vernachlässigten den Kornbau, von dem sie die Hälfte abzugeben hatten, um jeden Nebenverdienst, der ihnen allein zufiel, brauchten die Ochsen lieber zu Fuhren als zum Pflügen, mästeten im eigenen Weizenfeld die Gänse, vor Allem aber führten sie mehr und mehr eine Zweifelderwirthschaft ein, um eine grosse Hutung und dadurch eine Vermehrung des Viehstandes zu gewinnen, der ihnen persönlichen Vortheil, dem Acker aber in solcher Weise offenbar keinen Nutzen brachte. Es war also eine Landwirthschaft ohne Fleiss, ohne Wissenschaft und vor Allem ohne Capital. Man hat gefunden, dass damals in den französischen Meiereien durchschnittlich ein Capitalaufwand von 40 bis 60 Livres (gleich Francs à 8 Gr.) auf die Hektare verwandt wurde, während in England schon in jener Zeit der Durschschnitt auf 240 stieg. So war denn das Ergebniss erbärmlich. Man rechnete bei Weizen eine Ausbeute von 7 bis 8 Hektoliter auf die Hektare, bei fünf- bis sechsfachem Ertrage der Aussaat, während der Engländer damals den zwölffachen erzielte. Der Bauer konnte dabei nicht bestehen; die Ausbeute von 10 Hektaren reichte kaum hin, seine Familie zu ernähren; an Verkauf und Gewinn war nicht zu denken. Wer auf solche Art sein Leben lang zum Hunger verurtheilt ist, pflegt bald die Hände in den Schooss zu legen. Allmählich blieben immer weitere Ackerstrecken wüst liegen (— was jedoch, wie hier einschaltend gegen Hrn. Sybel bemerkt sei, nicht, weder direct noch indirect, die Schuld der französischen Bauern war, deren Fleiss auch damals von keinem Beobachter in Zweifel gezogen wurde, sondern ausschliesslich des unsinnigen, ruinirenden Landsystems); ein Viertel des pflugfähigen Bodens, sagt Quesnay 1750, mehr als 9 Millionen Hektaren, Arthur Young 1790. Millionen ländlicher Wohnhäuser hatten keine Oeffnung als die Thür oder doch nur ein Fenster; es gab keine Kleidung, als ein selbstgefertigtes grobes und doch nicht dichtes Wollentuch, in vielen Provinzen ging alle Welt barfuss, in anderen waren nur Holzschuhe bekannt. Die Nahrung war Mehlsuppe mit etwas Schweinefett, Abends ein Stück Brod, wenn es hoch kam, mit Speck, sonst Monate lang kein Fleisch, in vielen Gegenden niemals Wein (der in Frankreich ausserordentlich wohlfeil ist). — So verging das Dasein dieser Menschen ohne Inhalt als Arbeit und Entbehrung, ohne Freude, als den bunten Putz einiger Kirchenfeste, ohne Wechsel, wenn nicht der Hunger den Einen zum städtischen Tagelohn oder zum Militärdienst führte. Nicht leicht kam er dann jemals in das Vaterhaus zurück, die Genossen seines Dorfes empfingen keinen Gewinn aus seinen Erfahrungen.“

Dies ist die Lage des französischen Bauern vor der Revolu-

tion, nach der Schilderung eines Mannes, der die grellen Farben der Wirklichkeit wesentlich gemildert hat.

Und heute? In der französischen Gesetzgebenden Versammlung sagte der Abgeordnete de Beance im Jahre 1866: „Nach dem Census von 1851 betrugen die Hypothekenschulden, welche auf dem Grundbesitz hafteten, 10,000,000,000, in Worten Zehntausend Millionen Franken. Die Sache hat sich seitdem bedeutend verschlimmert; aber alle Versuche, die Regierung zur Veröffentlichung der Berichte des Census von 1861 zu bewegen, sind gescheitert. Die, die ihre Güter gerne verkaufen würden, können keine Käufer finden. Werden dagegen grössere Güter, hauptsächlich in der Nachbarschaft von grossen Städten in kleine Stückchen zertheilt, so wird jedes zu einem hohen Preise verkauft (zu Bauplätzen! zum Wucher mit Häusern!). Um einen Streifen Landes zu kaufen, borgen die Leute oft doppelt so viel, als sie selbst besitzen, in der Absicht, die Schuld nach und nach abzutragen. Diese Käufe im Kleinen führen nur zu neuen Hypotheken. Von den 7,846,000 Grundbesitzern in Frankreich ist nicht viel weniger als 3,600,000 von den Gemeinderäthen attestirt worden, dass sie sich in einem solchen Zustande der Dürftigkeit befinden, dass sie keine persönlichen Steuern bezahlen können.“ So ein conservativer Abgeordneter! Bis auf den heutigen Tag hat die französische Regierung nicht den Muth gehabt, die Ergebnisse des letzten Census mit Bezug auf den Zustand der ländlichen Grundbesitzer zu veröffentlichen — ein Schweigen, welches den Beweis liefert, dass die Wirklichkeit die schlimmsten Vermuthungen in Schatten stellt. Jedenfalls sind wir zu der Annahme berechtigt, dass jetzt mindestens die Hälfte sämmtlicher französischer Parcellenbauern dem Pauperismus verfallen ist.

Welches Leben die französischen Bauern führen, das lassen folgende, der Censusstatistik von 1851 entnommene Ziffern errathen: 346,000, sage dreimalhundertsechsundvierzigtausend Bauernwohnungen hatten keine andere Oeffnung als die Thüre; und 1,817,535, nahezu zwei Millionen Wohnungen hatten nur ein einziges Fenster!

Wenn wir nun berücksichtigen, dass in diesen Wohnungen oft mehrere Familien zusammengepfercht sind: die Eltern nebst den Familien der verheiratheten Söhne, so gelangen wir zu dem Ergebniss, dass fast die Hälfte der französischen Parcellenbauern in Löchern vegetiren, um welche sie von den Höhlenbewohnern der Urzeit kaum würden beneidet werden, — in Löchern, die den einfachsten Anforderungen der Bequemlichkeit, der Gesundheit und des Anstandes Hohn sprechen, und ein Familienleben zur Unmöglichkeit machen!

Und die „Moral“ des Parcellensystems, da die Verehrer der heutigen Gesellschaftsordnung die „Moral“ so gern im Munde führen? Die „Moral“ des Parcellensystems nennt sich „Zweikindersystem“. Ich will in die Tiefen dieses dunkeln Themas nicht hinabsteigen: genug, in den meisten Gegenden Frankreichs hat

eine Parcellenbauernfamilie durchschnittlich nur zwei Kinder. Das, im Vergleich mit Deutschland und England, so langsame Wachsthum der französischen Bevölkerung ist hauptsächlich auf diesen Grund zurückzuführen, und wir sind daher vollkommen berechtigt, zu sagen: das Parcellensystem entvölkert Frankreich.

Aber das Parcellensystem entvölkert nicht bloss, es pauperisirt Frankreich, indem es dem Boden weit weniger Frucht abgewinnt, als bei rationeller Bewirthschaftung möglich wäre, und ihn obendrein aussaugt und unfruchtbar macht, wodurch der Grund zu weiterer Entvölkerung und absolutem Ruin des Staates gelegt wird. Der französische Parcellenbauer seufzt unter dem ganzen Fluch des Kleinackerbaus, der Kleinproduction. Zu arm, um sich die für den modernen Ackerbau nothwendigen kostspieligen Arbeitsinstrumente zu verschaffen, erschöpft er, in hoffnungslos tantalischer Arbeit — und er arbeitet, dass ihm das Blut unter den Nägeln hervorspritzt! — erschöpft er die Erde und sich selbst.

Geringer Bodenertrag bei Arbeitsverschwendung, und obendrein Aussaugung des Bodens: das ist die ökonomische Signatur des Parcellensytems im Gegensatz zu dem Grossackerbau.

Stellen wir Frankreich neben England!

Nach einer statistischen Berechnung, die Eccarius in seiner Schrift gegen Mill, S. 52 mittheilt, betrug der Werth der Bodenerzeugnisse im Jahre 1850 in

| | Frankreich | England |
|---|---|---|
| pro Kopf der Bevölkerung | 133 Frcs. | 235 Frcs. |
| pro Kopf der Ackerbauer | 215 „ | 715 „ |
| Bushel Weizen pro Acker | 18 „ | 30 „ |
| Ochsen | 2,367,864 „ | 3,937,676 „ |
| Schafe | 32,151,000 „ | 57,200,000 „ |

Die kleinere Anzahl von Hausthieren hatte in Frankreich 43, in England bloss 23 Mill. Hektaren zu düngen.

Resultat des Vergleichs: bei aller Plackerei des französischen Parcellenbauers übersteigt der Bodenertrag Englands den französischen um sechsundsechzig Procent, und verrichten in England zwei Menschen die Arbeit, zu welcher in Frankreich sieben erforderlich sind.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ — die Menschen und die Systeme!“

Man wird mir hoffentlich die Gerechtigkeit widerfahren lassen, mir nicht persönlich die Ideen unterzuschieben, welche in solchen Auslassungen, wie die Liebknecht's, enthalten sind. Ich halte die wörtliche Wiedergabe solcher Stellen in einem grossen Werk, das schon durch Umfang und Preis den Arbeitern unzugänglich ist, für unbedenklich, andererseits zur Belehrung der besitzenden Klassen über die Art und Weise, wie man den Arbeitern Geschichte schildert, hier sehr nützlich.

Auch stimme ich Liebknecht darin bei, dass das Parcellensystem unter heutigen Verhältnissen unhaltbar ist. Noch aber hat selbst die verschuldete Parcelle so viel Reiz, dass der

Socialismus vom Parcellenbauer als Todfeind angesehen wird, und die Parcellenbauern haben die Kammer der rureaux gewählt, ihre Söhne haben 1871 die Commune niedergeschlagen. Die französischen Internationalen wussten also sehr gut, was sie thaten, als sie in Brüssel und Basel gegen jene Resolutionen stimmten. Noch ist der französische Bauer nicht reif für den Communismus. Aber er wird es werden, da die Verschuldung stetig zunimmt und die Kleinwirthschaft wirklich nach Erfindung des Dampfpfluges und der Anwendung künstlicher Düngemittel eventuell ein Unding ist. Creditoperationen aber, wie sie Napoleon III. mit den Credit-Foncier ja versucht hat, sind nur ein schwaches Palliativmittel.

Wir paar deutschen Social-Conservativen wussten wohl, weshalb wir grundbesitzende Arbeiter schaffen wollten. Arbeiter, nicht kleine Ackerbauer, wie v. d. Goltz will, weil wir den Grossbetrieb als volkswirthschaftlich allein richtig anerkennen und erhalten wollen. Grundbesitzende Arbeiter, weil wir principielle Vertheidiger des Grundbesitzes schaffen wollen. Bei steigender Productivität mit steigendem Lohn, weil der kümmerlich lebende grundbesitzende Arbeiter, mit Schulden und Sorgen kämpfend, doch Communist wird. Nur ein solcher Arbeiter, der mit seiner Lage zufrieden ist, wird das Princip des Besitzes vertheidigen helfen. Anderenfalls wird der Tagelöhner und Knecht ganz gewiss Socialdemokrat, und dann bedarf es nur des leisesten Anstosses, und die Beschlüsse des Baseler Congresses werden Wahrheit — oder der russische Agrarcommunismus. Man sieht, dasselbe System ist in der despotischen Monarchie und im „freien Volksstaat“ durchführbar. Wie es denn eine grobe Unwissenheit ist, zu behaupten, das Königthum ertrüge sociale Reformen nicht. Vielmehr ist es nur möglich, auf die Dauer nämlich, bei Durchführung socialer Reformen.

Waren die Franzosen in dieser Frage unterlegen, so siegten sie in der über Arbeiter-Creditanstalten. Ich habe die betreffende Resolution nicht im I. Bande gegeben, weil sie einmal keine praktische Folge hatte, gegen den ins Protocoll aufgenommenen Protest der Deutschen und Engländer nur durchging und lediglich zur Kennzeichnung der Haltung der Franzosen dient. Sie schien mir also in dies Capitel zu gehören, und lasse ich sie hier folgen:

„In Erwägung: 1) dass die vom Capital, unter welcher Form es auch sein mag, erworbenen Zinsen und Gewinne ein von der Arbeit von heute erhobener Werth zum Vortheile desjenigen sind, der schon durch die Arbeit von gestern bereichert ist und dass, wenn dieser auch das Recht der Aufhäufung hat, er doch nicht das Recht haben kann, dies auf Kosten eines andern zu thun;

2) dass in Folge dessen die Zinsnahme eine permanente Quelle der Ungerechtigkeit und Ungleichheit ist, und dass die Productivgenossenschaften, welche dieselbe beibehalten, einfach das Princip des Egoismus, welches der Krebsschaden der jetzigen Gesellschaft ist, von der Individualität in die Collectivität übertragen;

3) dass die Durchführung des Solidaritätsprincips in grossem Massstabe durch die Arbeiter das einzige Mittel ist, worüber diese jetzt zur

Bekämpfung der finanziellen Feudalherrschaft verfügen können, spricht sich der Congress für Gründung von Tauschbanken aus, welche zum Kostenpreis bedienen, die Demokratisirung und Egalisirung des Credits zum Zweck haben und den Verkehr zwischen dem Producenten und Consumenten vereinfachen, d. h. die Arbeit der Capitalherrschaft entziehen und dem Capital seine natürliche und berechtigte Rolle anweisen, welche die des Agenten der Arbeit ist.

In Erwägung jedoch, dass es nicht möglich ist, sich sofort über den praktischen Werth einer so complizirten Frage, wie die einer Tauschbank ist, zu entscheiden, verlangt der Congress, indem er an der theoretischen Begutheissung gegenseitigen Credits festhält, dass der von der Brüsseler Section vorgelegte Statutenentwurf an alle Sectionen zu schicken sei, um dort Gegenstand einer gründlichen Discussion und beschlussreif für den nächsten Congress zu werden."

**Becker sagt über die einschlagenden Debatten:**

„Die zehnte und zwölfte öffentliche Sitzung wurde der Creditfrage gewidmet, welche eine Polemik hervorrief zwischen den Anhängern der alten Proudhon'schen Theorie, zu welcher sich mehr oder weniger sämmtliche Berichterstatter, nämlich die französischen und einige belgische Delegirten, bekannten, und welche von den englischen und deutschen Delegirten bekämpft wurden. Proudhon, der nur die kleine Industrie im Auge hatte, und dessen System des „unentgeltlichen Credits" und der „Tauschbank" stets den individuellen Austausch, d. h. den heutigen bürgerlichen Commerce, zur Voraussetzung hat, Proudhon, ohne daran zu denken, dass es die grosse Industrie und das grosse Capital ist, welches die Creditfrage, wie die ganze heutige Oekonomie beherrscht, Proudhon, sagen wir, bildete sich ein, die Arbeiter der kleinen Industrie brauchten sich nur zum Zwecke des directen Austausches ihrer Producte zu verständigen, um auf Grundlage ihrer Arbeitsproducte und ihrer Arbeitskraft ein Papiergeld zu schaffen, welches ihnen das Capital ersetzt. Selbst wenn man annehmen wollte, dass eine solche Creditorganisation sich über ganze Länder ausdehnte, so könnte doch das nur auf vorhandene oder gar erst zu schaffende Producte basirte Papiergeld, nach der heutigen, den individuellen Austausch voraussetzenden Oekonomie, keineswegs das allgemeine Tauschmittel vertreten, welches, so lange der individuelle Austausch besteht, die edlen Metalle allein, die in aller Welt Cours haben, sein können. Die Capitalistenbanken haben nur deshalb die Macht, Papiergeld ausgeben zu können, weil dieses als jeder Zeit gegen edle Metalle austauschbar vom Publikum angesehen wird. Auch die grössten Banken sind, wenn sie, wie dies in Zeiten der Geld- und Handelskrisen der Fall ist, beim Publikum dieses Vertrauen zu ihrem Metallvorrath nicht mehr haben, dem Bankrotte verfallen. Will man die Capitalherrschaft bekämpfen, so muss man den Stier bei den Hörnern fassen, so müssen die Arbeiter sich der grossen Industrie bemächtigen, welche die Quelle des Capitals ist. Um dies zu können, müssen sie die politische Herrschaft haben, die Staatsmacht bilden. Solche und ähnliche Gründe wurden den Proudhonisten entgegen gesetzt. Eccarius führte aus, wie man in England und Nordamerika von der Proudhon'schen Theorie des „unentgeltlichen" Credits wenig wisse und sich in der Praxis gar nicht um sie kümmere. Dort dränge der Arbeiter darauf, dass die Privatbanken aufgehoben und ersetzt werden durch eine einzige, zu Gunsten Aller fungirenden Staatsbank, in derselben Weise verwaltet wie Posten, Eisenbahnen und Telegraphen. Er lächelte über die Furcht,

die in Frankreich und auf dem europäischen Continente der „Staat“ den social-demokratischen Parteien einflösse. Dieser „Staat“ sei eben erst in den letzten Jahrhunderten das geworden, was er heute ist, nämlich ein Institut, in welchem sich, selbst in den despotisch regierten Ländern, die Herrschaft der Bourgeoisie verkörpert habe. Sobald aber das ganze arbeitende Volk sich des „Staates“ bemächtigt habe, so würden die Staatsbanken, wie alle grossen Unternehmungen, zum Nutzen Aller exploitirt werden. Es sei daher ganz und gar müssig, dass sich die Internationale mit solchen Theorien befasse, man solle vielmehr bei den praktischen Mitteln zur Bekämpfung des Capitals bleiben. Zu demselben Schlusse gelangte Hess, der ausserdem darauf aufmerksam machte, dass die Proudhon'schen Theorien schon vor mehr als zwanzig Jahren von Karl Marx in seinem Werke misère de la philosophie endgültig widerlegt worden seien. — Cohn, von London, und die andern englischen Delegirten schlossen sich den deutschen Gegnern Proudhon's an. — Aber das fast vornehmlich französisch sprechende und diese Sprache verstehende Publikum wurde von den zahlreichen französischen Rednern dermassen beeinflusst, dass die deutschen und englischen Delegirten in dieser Frage in der Minorität blieben und sich damit begnügen mussten, ein Separatvotum abzugeben. Die Resolution des Congresses in Ansehung der Creditfrage erkennt die Nützlichkeit der „Tauschbank“ an, giebt aber zu, dass die Frage noch nicht spruchreif sei.“

Soweit von dem Verhalten der französischen Delegirten auf dem Congress der I. zu Brüssel! In dem Bericht des G.-R. an diesen Congress heisst es: „Die Plackereien der (französischen) Regierung, weit entfernt, die I. zu tödten, geben ihr einen neuen Aufschwung, indem sie die faulen Koketterien des Kaiserthums mit der Arbeiterklasse beseitigten.“

Dies ist richtig. Auch Tolain sagt, dass seit jenen beiden Processen ein neuer Abschnitt in der Geschichte der I. in Frankreich beginnt. Sie machte sich ernsthaft mit dem Gedanken an die Revolution vertraut.

Bei den Neuwahlen am 3. Mai 1869 suchte die I. abermals, ihre Candidaten durchzubringen. Sie erliess folgendes Programm:

„An die Wähler von 1869.

Bürger, es ist der Zeitpunkt gekommen, wo die demokratische und socialistische Partei sich befestigen muss. Die Epoche der Wahlen ist in der Nähe; wir werden abermals berufen, die Bevollmächtigten zu wählen, welche uns repräsentiren sollen. Machen wir's nicht, wie früher. Anstatt sich an Candidaten anzuschliessen, die sich ihren Wählern nur durch eine mehr oder minder feststehende Notarietät empfehlen, muss das souveräne Volk selbst sein Programm entwerfen, ein Verzeichniss der Reformen, welche es bedarf, aufstellen, und hernach unter den Bürgern diejenigen auswählen, welche es für die geschicktesten hält, um seinem Willen Ausdruck zu geben. Dem absoluten Princip nach sollten die Vollmachtträger stets widerruflich sein, jeden Augenblick, sobald sie ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen; doch unter den gegenwärtigen Schwierigkeiten müssen wir mindestens verlangen, dass sie sich standhaft in Beziehung zu ihren Mandaten halten, und dass sie alljährlich sich durch das allgemeine Stimmrecht wieder bestätigen lassen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Es ist nöthig, dass alle socialistischen Gruppen

schleunigst ihr Programm formuliren, und dass sie sich einander nachgeben, damit ein Einvernehmen sich bilden könne, um ein gemeinsames Programm aufzustellen. Was uns betrifft, so halten wir folgende Reformen für dringend geboten: 1) Abschaffung der stehenden Heere: Bewaffnung aller Bürger. 2) Abschaffung des Budgets für den Cultus; Trennung von Kirche und Staat; Freiheit der religiösen und philosophischen Besprechung. 3) Allgemeine Reform der Gesetzgebung; Wahl der Magistrate auf bestimmte Zeit und durch allgemeines Stimmrecht; Errichtung von Schwurgerichten für bürgerliche und Criminalsachen. 4) Der Unterricht sei weltlich und integral, obligatorisch für Alle, auf Kosten der Nation; Vergütung der Kosten für Alimentation aller Kinder während ihrer Studienzeit. 5) Abschaffung der mit den Universitätsgraden verbundenen Privilegien. 6) Associationsfreiheit. 7) Freiheit der Versammlungen ohne Einschränkung. 8) Freiheit der Presse, der Buchdruckerei und des Buchhandels; Abschaffung des Stempels und der Cautionen. 9) Garantie der individuellen Freiheit durch die wirkliche und beständige Verantwortlichkeit aller Beamten jedes Ranges. 10) Errichtung der progressiven Besteuerung; Abschaffung aller indirecten Auflagen, Octrois oder sonstige. 11) Liquidation der Staatsschulden. 12) Expropriation aller finanziellen Gesellschaften und Appropriation von Seiten der Nation, um sie in Staatsanstalten zu verwandeln, der Bank, der Canäle, Eisenbahnen, Transport, Versicherungen, Minen. 13) Die Gemeinden, Departements und Colonieen frei von jeder Bevormundung in Betreff ihrer Localinteressen, und durch frei erwählte Bevollmächtigte verwaltet.

Avizard, Bourdon, Collot, Delacourt, Doudeau, Drosse, Durand, Fruneau, Gauthier, Clerome, Harle, Heligon, Levy-Lazare, Lucie, Minet, Parent, Sylvestre, Sauva, Terret, Varlin."

Zwar setzten sie keinen ihrer Candidaten durch, allein sie hatten sich doch bemerkbar gemacht. Das Kaiserreich erhielt für die officiellen Candidaten 4,467,720 Stimmen, auf die von den Präfecten als „regierungsfeindlich" bezeichneten Candidaten waren 3,258,777 Stimmen gefallen. Das gab zu denken. Es dürfte wohl immer fehlerhaft sein, wenn eine monarchische Regierung sich so stellt, dass sie von „regierungsfeindlichen" Abgeordneten sprechen muss. Sie soll eben über den Parteien stehen. Die republikanische Regierung freilich, als Parteiregierung, kennt auch regierungsfeindliche Abgeordnete. Wieder suchte Napoleon die Bourgeoisie durch Concessionen zu gewinnen. Rouher wurde am 2. August entlassen. Als Senatspräsident sagte er darauf „Einem erhabenen Ausspruch zufolge ist das Kaiserreich populär genug, um sich mit der Freiheit zu verständigen, und stark genug, um die Freiheit vor der Anarchie zu bewahren."

Der erste Theil jenes Satzes ist eine Albernheit. „Freiheit" hiess in der „öffentlichen Meinung" damals wie seit 1789 Herrschaft der Bourgeoisie. Der zweite Theil bezieht sich direct auf die I. Sehen wir, weshalb Rouher sie erwähnte!

Auf dem Baseler Congress sagte Murat:

„Nach der Auflösung des Bureau zu Paris durch die französische Justiz hat sich der Geist der Internationale durch alle Arbeitergesellschaften verbreitet. Obgleich die Pariser Gesellschaften unsere Prin-

cipien theilen, sind sie doch noch nicht wirklich der Internationale beigetreten, weil sie mit einander in einen Verband treten wollen; und dies wäre bereits geschehen, wenn nicht zur Zeit der letzten Wahlen die Polizei dazwischengetreten wäre, wie das Manifest, welches sie eben veröffentlicht haben, versichert; sonst hätten sie in Masse ihren Beitritt vollzogen."

Varlin ergänzte Murats Aussage. Er hob hervor, wie die gewaltsame Auflösung des Bureaus günstige Folgen gehabt habe, unterm Gesichtspunkt der Propaganda zu Gunsten der I. „Für alle Arbeiter bestand die Association fort: ihre Idee verbreitete sich dauernd unter den Massen, wie in den Augen der beunruhigten Bourgeoisie. Alle Mitglieder des Pariser Bureaus thaten alles Mögliche, um die Principien zu verbreiten, und die internationale Solidarität zu befestigen; überall trachteten sie neue Verbindungen unter allen Arbeitergesellschaften zu knüpfen; und die Arbeiter verkehrten mit ihnen nicht als dem Bureau, das ja verboten war, sondern als den vormaligen Mitgliedern dieses Bureaus."

Das wird aber überall so der Fall sein; nachdem der Socialismus erst Tausende von Anhängern gewonnen hat, nutzt die Vereinsauflösung gar nichts. Sie macht es der Regierung nur unmöglich, das Wachsthum und die Anhäufung der Socialisten in diesem oder jenem Ort zu controliren. Die I. dachte nicht daran, gehorsam den beiden Urtheilssprüchen zu verschwinden.

Es gab ja Arbeitergesellschaften aller Art: „Sociétés de résistance" (Gewerkvereine oder Strikevereine), Syndicate etc., welche autorisirt waren. Die I. schickte ihre Anhänger in jene Vereine, deren Mitglieder leicht für die I. gewonnen wurden. Nun beschloss man, diese autorisirten Gesellschaften durch eine Chambre fédérale zu centralisiren, wie man das 1874 in Dänemark wiederholt, die öffentlich nichts mit der I. zu thun hatte, aber aus Mitgliedern der I. bestehen sollte — was also ganz dasselbe ist wie früher das Central-Comité. Man hielt nun massenhafte Versammlungen ab, besprach Angelegenheiten der Gewerke, namentlich die Strikes, deren grosse und gefährliche ausbrachen, sammelte Beiträge zu ihrer Unterstützung. Die Regierung untersagte Ende September 1869 diese Versammlungen. Hiergegen protestirten die betroffenen, autorisirten Vereine als solche, und die Presse der Opposition sowie die Abgeordneten derselben machten der Regierung wegen dieses Vergehens Vorwürfe. Gambetta und Esquiros interpellirten die Regierung auf die „Sommation" dieser verkappten Internationalen, die sie dafür verhöhnten. So schrieb Bastelica am 2. Februar 1870 an Varlin, nachdem er jene Thatsache erwähnt hat: „Die Radikalen steigen herab, steigen herab! Die seichte Pfütze der Opposition wird bald den abgetakelten Rumpf dieses alten abgenutzten Kutters aufsitzen lassen."

Ueber zwei für die I. sehr nützliche Strikes heisst es im Bericht des G.-R. an den Baseler Congress:

„Einer der bedeutendsten Strike, die zu Ende 1868 vorkamen, ist der zu Sotteville-lez-Rouen. Die Fabrikanten des Departements der Saone hatten kurz zuvor in einer Versammlung zu Amiens darüber berathen, wie sie ihren englischen Rivalen auf ihrem eigenen Markt einen

Schlag versetzen könnten. Man fand, dass der Schutz der französischen Kattune, ausser dem Schutztarif, den verhältnissmässig niederen Lohnsätzen in Frankreich zu danken war, und zog natürlich den Schluss, dass man durch eine weitere Herabsetzung der Löhne im Stande sein würde, mit französischen Kattunen in England einzudringen. Man zweifelte gar nicht, dass die französichen Arbeiter stolz darauf sein würden, die Kosten des Eroberungskriegs zu tragen, zu welchem die Herren so patriotisch sich entschlossen hatten. Bald vernahm man, dass die Kattunfabrikanten zu Rouen und Umgegend dieselbe Linie des Verfahrens angenommen hatten. Darauf wurde plötzlich eine bedeutende Lohnherabsetzung zu Sotteville-lez-Rouen proclamirt, und die Weber empörten sich gegen die Erpressungen des Capitals. Sie folgten dem Antrieb des Moments, ohne Stütze, weder durch Trades-Unions noch sonst ein Widerstandsmittel. In ihrer Noth wendeten sie sich an das internationale Comité zu Rouen, das ihnen augenblicklich Beistand schaffte, zu Rouen und in der Umgegend von Paris. Gegen Ende December 1868 wendete sich das Comité zu Rouen an den G.-R. Es war eine Zeit der äussersten Noth in allen Baumwollenmanufacturdistricten Englands, unsäglichen Elends zu London, und allgemeinen Drucks in allen Zweigen der englischen Industrie: ein Zustand, welcher noch fortwährt. Trotz dieser ungünstigen Umstände glaubte der G.-R., dass der eigenthümliche Character des Streites zu Rouen die englischen Arbeiter zum Handeln treiben werde. Es war ein auffallender Anlass, den Capitalisten zu zeigen, dass ihr internationaler Krieg, der durch Lohnherabsetzung bald in dem einen, bald im andern Land stets fortdauerte, endlich durch die internationale Verbindung der Arbeiter seine Schranke fände. Auf unsere Bitte antworteten die englischen Arbeiter augenblicklich mit einer ersten Hülfesendung, und der Trade-Council zu London beschloss in Uebereinstimmung mit dem G.-R., ein Monstremeeting zu Gunsten ihrer normännischen Brüder zu berufen, als das plötzliche Aufhören des Strike zu Sotteville den Anlass benahm. Der materielle Misserfolg dieser Auflehnung wurde durch moralische Resultate reichlich aufgewogen. Die Arbeiter der Baumwollenmanufactur der Normandie traten in die Reihen des revolutionären Arbeiterheeres ein, es entstanden Trades-Unions zu Rouen, Elboeuf, Darnetal und der Umgegend, und der Allianzvertrag der englischen und französischen Arbeiterklassen wurde von Neuem besiegelt.

Während des Winters und im Frühjahr 1869 war die Propaganda unserer Association in Frankreich gelähmt in Folge der gewaltsamen Auflösung unserer Section zu Paris, der Polizeichicanen in den Departements, und durch das ablenkende Interesse der allgemeinen Wahlen. Als diese beendigt waren, brachen zahlreiche Strikes aus in den Kohlendistricten der Loire, zu Lyon und an vielen anderen Stellen. Die während dieses Streites zwischen den Herren und Arbeitern hervortretenden ökonomischen Thatsachen regten die Beachtung des Publikums an als eben so viele Dementis der stark gewürzten Fantasiestücke über das Gedeihen der Arbeiterklassen unter den Auspicien des zweiten Kaiserreichs. Die Forderungen der Arbeiter waren so gemässigt und so dringend, dass nach dem ernstlichsten Widerstand die Herren nachgeben mussten. Die einzige befremdliche Erscheinung bei diesen Strikes war ihr plötzlicher Ausbruch nach anscheinender Ruhe und ihr rasches Aufeinanderfolgen. Der Grund davon war jedoch einfach und gewisslich: Die Arbeiter hatten während der Wahlen mit Erfolg ihre Macht gegen den öffentlichen Despoten erprobt. Das führte mit Nothwendigkeit darauf, sie nun auch gegen ihre besonderen Despoten zu versuchen.

Die Wahlen hatten die Geister in Bewegung gesetzt. Es ist in der Ordnung, dass die Regierungspresse, bezahlt wie sie ist für Verfälschung der Thatsachen, den Schlüssel fand in den geheimen Commandoworten des Londoner General-Rathes, der seine Emissäre von Ort zu Ort schicke um den vorher ganz und gar zufrieden gestellten französischen Arbeitern das Geheimniss zu offenbaren, dass ein böses Ding ist, überarbeitet, unterzahlt und brutal behandelt zu werden. Ein französisches Polizeiorgan, welches in London erscheint, l'International, enthüllt der Welt in seiner Nummer vom 3. August die geheime Triebfeder unserer heillosen Thätigkeit.

„Das Sonderbarste," sagt es, „ist dass den Strikes verordnet wurde in solchen Ländern auszubrechen, wo das Elend noch weit davon entfernt ist, sich fühlbar zu machen. Diese unerwarteten Explosionen kamen so ausserordentlich gelegen für einen gewissen Nachbar Frankreichs, der gerade Krieg zu befürchten hatte, dass viele Leute sich fragen, ob diese Strikes nicht vorfielen auf Verlangen eines auswärtigen Macchiavelli, der sich die Gunst dieser allmächtigen Gesellschaft zu erringen wusste." Zur selben Zeit, wo dieser französische Polizeiwisch uns anklagte, die französische Regierung zu Haus mit Strikes zu belästigen, um dem Grafen Bismarck die Last eines auswärtigen Krieges abzuwälzen, deutete ein rheinpreussisches Fabrikantenblatt an, wir erschütterten den Norddeutschen Bund mit Strikes, um die deutsche Industrie zum Vortheil fremder Fabrikanten lahm zu legen.

Die Verhältnisse der Internationale zu den französischen Strikes werden wir nun beleuchten an zwei Fällen von einem typischen Charakter. In dem einen Fall, dem Strike von St. Etienne und dem folgenden Massacre bei Ricamarie, wird die französische Regierung selbst nicht mehr wagen irgend eine Einmischung der Internationale zu behaupten.

In den Ereignissen zu Lyon war es nicht die Internationale, welche die Arbeiter in Strikes warf, sondern umgekehrt die Strikes, welche die Arbeiter in die Arme der Internationale warfen.

Die Kohlenarbeiter von St. Etienne, Rive-de-Giers und Fumery hatten ruhig aber fest von den Directoren der Minencompagnien eine Revision des Lohntarifs und eine Beschränkung des Arbeitstages verlangt, der 12 volle Stunden harter, unterirdischer Arbeit zählte. Erfolglos in ihrem Versuch eines gütlichen Vergleiches erklärten sie einen Strike, am 11. Juli 1869. Es war für sie natürlich eine Lebensfrage, die Cooperation ihrer Cameraden zu sichern, die noch fortarbeiteten. Um dies zu verhindern, verlangten und erhielten die Directoren vom Präfecten der Loire einen Wald von Bayonnetten. Am 12. Juni fanden die Strikers die Kohlgruben unter starker militairischer Besetzung. Um sich des Eifers der Soldaten, welche die Regierung ihnen so lieh, zu versichern, zahlten die Minencompagnien jedem Soldaten 1 Franken per Kopf. Die Soldaten zahlten die Compagnien zurück durch Einfangung von ungefähr 60 Kohlengräbern, welche zu ihren Cameraden in den Gruben vorzudringen suchten. Diese Gefangenen wurden am Nachmittag desselben Tags nach St. Etienne escortirt durch 150 Mann vom vierten Linienregiment. Vor dem Aufbruch der tapfern Krieger vertheilte ein Ingenieur der Compagnie Dorian 60 Flaschen Cognac unter sie und legte ihnen eindringlich ans Herz ein scharfes Auge auf die Gefangenen zu haben. Diese Bergleute seien Wilde, Barbaren, entlassene Galeerensträflinge. Durch den Branntwein und die Predigt war eine blutige Collision eingeleitet. Auf ihrem Marsch gefolgt von einem Haufen Kohlenarbeiter mit Frauen und Kindern, umringt von denselben in einem Engpass

auf den Höhen des Moncel, Quartier Ricamarie, angegangen, die Gefangenen auszuliefern, auf ihre Weigerung mit einem Steinhagel angegriffen, feuerten die Soldaten ohne vorläufige Warnung mitten in den enggedrängten Haufen, tödteten 15 Personen, darunter 2 Weiber und einen Säugling, und verwundeten eine grosse Menge. Die Torturen der Verwundeten waren furchtbar, unter ihnen befand sich ein armes Mädchen von zwölf Jahren. Jenny Petit, deren Name unsterblich in der Martyrologie der Arbeiterklasse leben wird. Sie ward von hinten getroffen von zwei Kugeln, wovon die eine in der Lende fest sitzen blieb, die andre den Rücken durchflog, den Arm zerbrach und durch die rechte Schulter herausfuhr. „Les chassepots avaient fait merveille.“

Diesmal fand jedoch die Regierung bald aus, dass sie nicht nur ein Verbrechen, sondern einen Fehler begangen. Sie wurde nicht von der Mittelklasse als Gesellschaftsretter begrüsst. Der Municipalrath von St. Etienne gab seine Entlassung in Masse in einem Document, worin er die Soldatesca der Unmenschlichkeit zieh und die Verlegung des Regiments von der Stadt forderte. Die französische Presse brach in einen Schrei des Entsetzens aus. Selbst solche conservative Blätter, wie der Moniteur universel, sammelten für die Opfer. Die Regierung hatte das gehässige Regiment von St. Etienne zu entfernen.

Unter diesen schwierigen Umständen war es ein lichter Einfall, einen Sündenbock auf dem Altar der öffentlichen Entrüstung zu opfern, — die Internationale Arbeiterassociation. Bei den Gerichtsverhandlungen gegen die angeblichen Aufrührer theilte der Anklageact sie in 10 Kategorien, die Grade ihrer Schuld sehr kunstreich schattirend. Die erste Klasse, die dunkelste, bestand aus 5 Arbeitern, besonders des Verdachts angeklagt, ihr geheimes Losungswort von aussen, von der Internationalen erhalten zu haben. Die Beweise waren natürlich überwältigend, wie der folgende Auszug aus einer französischen Gerichtszeitung zeigt: „Das Zeugenverhör hat nicht erlaubt, die Theilnahme der Internationalen Association genau festzusetzen.“

Die Zeugen versichern nur, dass sich an der Spitze der Banden Unbekannte befanden, mit weissen Kitteln und Mützen. Aber keiner dieser Unbekannten ist arretirt worden und keiner sitzt auf der Anklagebank. Auf die Frage, glauben Sie an die Einmischung der Internationalen Association? antwortete ein Zeuge: „Ich glaube daran, aber ich habe durchaus keine Beweise.“

Kurz nach dem Ricamarie-Massacre ward der Tanz der ökonomischen Revolten zu Lyon eröffnet durch die Seidenhaspler, meist weiblichen Geschlechts. In ihrer Noth appellirten sie an die I., die namentlich durch ihre Mitglieder in Frankreich und der Schweiz zum Sieg verhalf. Trotz aller Einschüchterungsversuche der Polizei erklärten sie öffentlich ihren Anschluss an unsere Gesellschaft.

Kurz nachher wurde der Tanz der ökonomischen Revolten zu Lyon von den Ovalisten eröffnet, wozu die meisten Frauen gehören. Sie wendeten sich an die I., welche, hauptsächlich durch ihre Mitglieder in Frankreich und der Schweiz, ihnen beistand, den Kampf zu bestehen. Trotz den von der Polizei gemachten Versuchen der Einschüchterung erklärten die Arbeiter öffentlich ihren Beitritt zur I., und traten förmlich ein, nebst Uebersendung ihres Beitrags an den Generalrath.

Zu Lyon spielten, wie früher zu Rouen, die Frauen eine noble und mächtige Rolle in der Bewegung. Andere Gewerbe folgten dem Beispiele der Ovalisten; und wir gewannen mehr wie 10,000 neue Mitglieder aus

dieser heroischen Bevölkerung, welche vor mehr als dreissig Jahren den Kriegsruf des modernen Proletariats auf ihre Fahne setzte:

„Leben in Arbeit oder sterben im Kampf.“

Während dieser ganzen Zeit übte die französische Regierung unausgesetzt ihre kleinlichen Plackereien gegen die I. Aber die Arbeiter des Continents fangen endlich an zu begreifen, dass das zuverlässigste Mittel seine Rechte zu erobern darin besteht, dass man sie ausübt auf eignes Risico und Gefahr.“

In seinem Novemberheft 1869 sagte der „Vorbote“:

„In Frankreich war der Internationale Arbeiterbund in allen Richtungen thätig, in den Wahlkämpfen zur Einleitung der politischen und in den Grevekämpfen zu der der ökonomischen Emancipation. Es waren dort in den letzten Monaten fast unzählige Greven moralisch und materiell zu unterstützen, wobei sich auch die kaum einer schweren Grevekrisis entwundenen Sectionen in Lyon durch freiwillige Beisteuern auszeichneten. Einen guten Griff hat der Bund gemacht, indem er sofort den Greven der Modewaaren-Commis, der Apothekergehilfen, der Advocaten-, Notar- und Gerichtsweibelschreiber an die Hand ging und dadurch auch diese der Bourgeoisie dienstbaren Berufsstände zur Einheitlichkeit der Emancipations-Bestrebung auf das Solidaritätsprincip bauend heranzog. In den meisten Städten Frankreichs sind neue Sectionen entstanden und hat unser Bund dort seit den letzten 2 Monaten sicher einen Zuwachs von mehr als 50,000 Mitgliedern erhalten. Wir haben aber solche Resultate nicht bloss der Rührigkeit unserer Bundesgenossen und der alltäglich zur Wache rufenden Wirkungen der social-ökonomischen Ursachen, sondern auch mit den grossen Menschenschlächtereien zu verdanken, wie sie die herrschende Gewalt zum Ruhme Gottes und der Heiligung des Eigenthums in St. Etienne und St. Aubin aufgeführt hat. Gut ist, dass das hierdurch auferwachte Gewissen die Arbeiterwelt nun in dem neuen Organ unseres Bundes „Die Arbeit“ (le travail) in Paris, welches von den ebenfalls neugegründeten socialdemokratischen Blättern „Die Reform“ und „Tribune populaire“ (Volkstribüne) kräftig secundirt wird, ein tüchtiges geistiges Kampfmittel gefunden hat.“

Auf dem Congress zu Basel am 7. September 1869 war Frankreich vertreten durch Varlin, Landrin, Dosburg, Durand, Roussel, Flahaut, Murat, Pindy, Franguin, Langlois, Dereure, Chémalé, Fruneau, Tartaret aus Paris; Aubry, Creuzot aus Rouen; Piéton aus Elboeuf; Borseau, Outhier, Richard, Palix Bakunin aus Lyon; Monier aus Symphorien d'Ozon; Fourreau und Tolain für Marseille; Boudet aus Limoges. Ueber ihre Haltung ist nichts Besonderes zu sagen. Tolain und seine Freunde verhielten sich negativ zur Grund- und Bodenfrage, sowie zu der über Abschaffung des Erbrechts; Bakunin dagegen und seine Anhänger sprachen sich für letztere Massregel aus. Auf das Treiben der Bakuninisten in Frankreich muss ich weiterhin kurz zurückkommen und lasse diesen Punkt hier unberührt.

In Frankreich ging es inzwischen mit dem Ansehen des Kaiserreichs riesig schnell bergab. In der Thronrede am 29. November 1869 stellte sich der Kaiser abermals als den Schutzgeist der Bourgeoisie gegen das Proletariat hin, dessen Beschlüsse von Basel natürlich gewaltigen Lärm erregt hatten: „Frankreich will die

Freiheit, aber die Freiheit mit der Ordnung. Für die Ordnung stehe ich ein!" sagte der kranke Kaiser. Die Maires sollten fortan gewählt werden und andere Freiheiten wurden in Aussicht gestellt. Doch das Alles genügt der Bourgeoisie nicht. Da ernannte Napoleon am 2. Januar 1870 Herrn Ollivier zum Minister. Ich habe mich mit diesem seichten Schwätzer, der das Kaiserreich mit der liberalen Bourgeoisie versöhnen wollte, nicht zu beschäftigen. Natürlich musste er die rauhe Seite gegen die Arbeiter herauskehren, wozu sie ihm freilich auch hinlänglichen Grund gaben. So schrieb er an den Staatsanwalt von Marseille: „Hat man die Internationalen eingesteckt? Sie existirt dort (in Marseille) bestimmt. Man berichtet mir, dass die Versammlungen zu Marseille unerträglich sind durch ihre Leidenschaftlichkeit. Zögern Sie nicht, ein Exempel zu statuiren, et surtout, frappez à la tête!"

Dieser kleine Advocat, dem Jahre lang zum Verschwörer gegen die „bestehende Ordnung" nur der Muth, nicht der Wille gefehlt, spricht, heute zur Gewalt gekommen, morgen schon als wäre er als Czarewitsch geboren!

Die I. hatte inzwischen ein Paar merkwürdige Bundesgenossen erhalten. Die Wahlen von 1869 hatten Raspail und Rochefort in den gesetzgebenden Körper gebracht. Der erste war ein alter Republikaner mit socialistischen Instincten. Der zweite ein Mann, der nach allerhand excentrischen Handlungen endlich sich berufen fühlte, auch als Socialist einmal zu wirken.

Beide Abgeordneten stellten sich der I. zur Disposition. Rochefort gründete Ende 1869 die „Marseillaise", welche officielles Blatt der I. wurde. Diese setzte Millière als verantwortlichen Redacteur des socialen Theils ein, der im Sinne der Congressbeschlüsse von Basel geleitet werden sollte, d. h., sagt Varlin mit „le socialisme collectiviste au communisme non autoritaire". Schmeckt stark nach Bakuninismus, wie denn Varlin mit dem Bevollmächtigten Bakunins im Süden Frankreichs, Bastelica und Richard, in intimem Verkehr stand. Man war sich klar bewusst, dass man Rochefort und Raspail nur benutzen wollte und verachtete sie im Stillen, wie aus folgenden Stellen eines Briefes hervorgeht, den Richard am 23. Januar 1870 an Varlin richtete. Der Brief kennzeichnet gut die Haltung der I. gegenüber den Radikalen:

„Sind diese beiden Männer, deren Hingebung und Ehrlichkeit wir nicht in Zweifel ziehen, wirklich zu der socialistischen Auffassung der Idee des Rechts gelangt? — So radikal auch Raspail und Rochefort sein mögen, und so lächerlich sie auch eine Majorität von Dummköpfen finden mag, verstehen sie doch nur das erste Wort von der Revolution, auf welche wir losgehen. Sie haben nicht einmal ein socialistisches Programm. Indem sie die stehenden Heere abgeschafft, die Centralisation der Verwaltung beseitigt, die progressive Steuer eingeführt haben wollen, meinen sie damit Alles gesagt zu haben. Aber das ist doch schon viel, wird man uns sagen! Ganz gewiss viel; aber doch ist es nur ein liberales Programm, welches, die progressive Steuer ausgenommen, in den Vereinigten Staaten Amerikas, bereits verwirklicht ist, wo das Elend auffal-

lende Fortschritte macht. Was die progressive Steuer betrifft, so ist sie in einem liberalen Programm nur eine rethorische Floskel, denn in jeder Gesellschaft, wo die Arbeit dem Capital dienstbar ist, kann die Steuer nicht progressiv sein, weil das Capital die Arbeit beliebig auferlegt und dieselbe also alle sociale Lasten bezahlen lässt, ohne dass die Capitalisten sich im Mindesten beschwerten.

Raspail und Rochefort möchten Socialisten sein, aber sie können nicht, weil sie, wie alle die Bourgeois-Demokraten, von einem durchaus falschen Gesichtspunkt ausgehen, nämlich von der individuellen Freiheit aus. Durch diese individuelle Freiheit sind England und Amerika gross und glücklich inmitten eines unablässigen Kampfes der wirthschaftlichen Interessen, wobei der Egoismus und Exclusivismus Millionen menschlicher Wesen zur härtesten Sclaverei, zu unaufhörlichen Entbehrungen und Herabwürdigungen verdammen.

Wir Socialisten haben die wirthschaftliche Solidarität zum Zweck, und deshalb reichen wir niemals den Revolutionären, welche sie nicht in ihrem Programm aufgenommen haben, die Hand. Was die betrifft, welche uns sagen, die Freiheit müsse der Solidarität vorausgehen, weil die Solidarität nicht auferlegt werden könne, so sind dies Feiglinge und Heuchler.

„Die Solidarität ist die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zusammenbegriffen; die Arbeiter, welche das noch nicht begreifen, werden es bald begreifen, und ihnen braucht man sicherlich nicht die Solidarität aufzuerlegen. Man wird sie nur denen aufnöthigen, welche ihre Einführung hindern, dadurch, dass sie den ganzen socialen Reichthum in seinen Quellen und in seinen Theilen festhalten. Man wird sie nur der ausbeutenden Minorität auferlegen, und das eben wollen die Herren liberalen, radikalen und ultraradikalen Demokraten nicht. Nun denn, so wollen wirs. Und wir werden die Revolution nur zur Erreichung dieses Zieles machen. Und wenn Sie, meine Herren Radikalen, sie ohne uns machen können, so müssen Sie boshaft sein. Denn wir sind eine stets zunehmende Kraft, und wir zählen in den grossen Städten Frankreichs unsere Anhänger bereits nach Zehntausenden.

Und sodann, Ihr seid zwieträchtig, misstraut einander. Und wir, aus Paris, Lyon, Marseille, von anderen Ländern zu geschweigen, achten und lieben uns, wir sind unauflöslich und bis zum Tode geeinigt. Habt Ihr ein Blendwerk, das uns mangelt, so haben wir dagegen zwei Eigenschaften, die Euch gänzlich abgehen, Jugend und Kühnheit."

Sie waren zu kühn. Die Deutschen kannten die Lage besser. Sie wussten, „dass man eine Revolution zwar macht ohne die Bauern, dass man ihre Früchte aber nicht einheimsen kann gegen die Bauern." Das Centralcomité der Sectionsgruppe deutscher Sprache zu Genf erliess also am 16. November 1869 ein Manifest an die landwirthschaftliche Bevölkerung, und heute noch bemühen sich die deutschen und englischen Internationalen, die Landarbeiter zu gewinnen. Die Franzosen aber zählten die „Bauern" eben nicht mit, wie aus jenem Brief Richards hervorgeht. Und doch sollte das Bauernparlament von Tours und Versailles ebenso die sociale Republik von 1871 vernichten durch die Bauernarmee, wie es die Nationalversammlung von 1848 mit der von L. Blanc geträumten gethan hatte. Der Geist, welcher nach dem Baseler Congress die Franzosen beseelte, geht aus folgenden Meinungsäusserungen her-

vor, die ich Testut und Villetard entnehme. Die „Internationale“ schrieb am 24. April 1870:

„Es gilt, die sociale Revolution vorzubereiten: Denn, merken wir wohl, wir Producirenden, wir müssen der Staat sein, und wenn wir nur wollen, können wir's...

„Die Internationale,“ sagte der Bürger Hins beim Congress zu Basel, „ist jetzt stark genug, um Furcht und Respect einzuflössen. Sie muss von jetzt an zum Wahlspruch das Wort Danton's nehmen: Kühnheit, immer mehr Kühnheit, und stets Kühnheit!“ Vor einigen Tagen, als eine Generalversammlung der Pariser Section unter der Präsidentschaft Varlins gehalten wurde, hat dieser letztere seine Rede mit folgenden Worten geschlossen: Man muss es ganz laut sagen, ein für allemal, dass wir die sociale Republik mit allen ihren Consequenzen wollen.“

Aber man wollte sie nicht sofort, man wollte sich erst gehörig organisiren. Die „Internationale“ vom 27. März 1870 sagte:

„Für jetzt besteht die Aufgabe der I. nur darin, zu organisiren, die Arbeiter nach Corporationen und Localitäten zu associiren, sodann sie von Bezirk zu Bezirk, von Nation zu Nation zu verbinden und alle diese corporativen und localen Gruppen in einem einzigen Verband zu einigen. Von dem engsten und unmittelbarsten Gesichtspunkt aus verfolgt, erreicht sie demnach ihren Zweck durch gegenseitige Unterstützung im Falle von Arbeitseinstellungen. Aus dem allgemeinen Standpunkt betrachtet, sind ihre Mittel des Handels die gleichen; bereits hat sie in Europa und Amerika einige Millionen Arbeiter unter ihrer Aegide versammelt. Und es ist leicht begreiflich, dass, wenn wir alle organisirt sein werden, wenn wir alle von einem Ende der Welt bis zum andern uns die Hand reichen, wir nur uns zu erheben brauchen, um unsere Rechte zu erobern und das buntscheckige Gebäude der Tyrannei wird zusammenbrechen .... Wir sind nicht systematische Socialisten, wir sind ganz einfach Revolutionäre, wir rufen die Masse auf, überzeugt, dass sie allein das Geheimniss ihrer Geschicke besitzt, dass sie allein das Losungswort der Zukunft geben kann. Die Rechte der Arbeiter — das ist unser Princip, die Organisation der Arbeiter ist unser Mittel der Ausführung, die sociale Revolution — unser Zweck.“

Die „Reforme sociale“ von Rouen sagte am 27. Februar 1870:

„Wiederholen wir unaufhörlich und überall unser Losungswort des Moments: locale, cooperative, föderative und internationale Organisation der Arbeitermassen. Die Anhänger einer unmittelbar politischen Revolution sagen uns, diese Revolution werde den Socialismus im Schoosse tragen. Aber die von 1848 trug ebenfalls den Socialismus im Schoosse und da sie nur politisch war, so hat man, als der Socialismus sich zeigen wollte, ihn zermalmt. Noch eine andere Lehre, die man nicht vergessen darf. Darum haben wir auch mit Vergnügen das Manifest unserer Freunde zu Paris gelesen, welches von übereilten Versuchen der Art, welche kürzlich gescheitert sind, abräth. Von jetzt an widmen wir uns ganz unserem grossen Werke der Organisation.“

Der „Mirabeau“ vom 6. Februar 1870:

„Wir wollen eine Revolution. Es scheint, wird man uns einwenden, Sie sind der Meinung, man mache die Revolutionen durch Destillation für die ungeduldigen Geister, d. h. für Diejenigen, welche nach dem unmittelbaren Triumph der Befreiung unserer Klasse trachten. Auf den ersten Anblick könnte man meinen, dass wir so verfahren: keineswegs. Weshalb treffen wir solche Vorsichtsmassregeln? Ei, weil eine Revolution

im vollen Sinne des Wortes nur unter der Bedingung zu Stande kommt, dass die Materialien, woraus sie besteht, wohl und gehörig zubereitet sind. Desshalb wünschten wir, dass die Elemente, welche die Verwirklichung der gemeinsamen Emancipation bezwecken, in Form und Gehalt recht gleichmässig seien: Sonst würden unsere Versuche nur dazu dienen, Brüdern grausame Täuschungen zu bereiten."

Die „Egalité" vom 22. Januar 1872 sagte:

„Zwei Strömungen bestehen noch in den Wogen des Volkes: Die eine, von Männern der Vergangenheit gebildet, würde sich gehen lassen, eine Revolution um jeden Preis zu machen; die andere, aus der jungen Generation bestehend, mit dem Hintergrund der historischen Erfahrung, der Internationale zugethan, will nicht das Unternehmen auf gut Glück beginnen, bevor die Kräfte der Arbeiter gehörig organisirt sind, damit ein- für allemal die Sache der Arbeit nicht ferner betrogen werde."

„Progrès du Locle" vom 29. Januar 1870:

„Was uns Socialisten radikal und unversöhnlich von den radikalsten Politikern trennt, besteht darin, dass diesen letzteren die Freiheit Alles, absolut Alles ist. Sie sagen: Zuerst die Freiheit, hernach die Solidarität. Dieser Wahlspruch ist von Grund aus verkehrt. Wir sagen und wiederholen unaufhörlich: die Solidarität zuerst, hernach die Freiheit."

Virginie Barbet schrieb in der „Egalité:

„Was uns betrifft, die wir die klaren Situationen lieben, das Unbestimmte, Ungewisse hassen, so verfahren wir bei Darlegung unserer Grundsätze kategorisch. Also als Verfechter der Gleichheit aus Ueberzeugung wollen wir zur Gleichheit gelangen nicht durch die politische Freiheit, eine lächerliche Freiheit, welche die civilisirte Sklaverei, die man Proletariat nennt, bestehen lassen würde, sondern durch Abschaffung des Erbrechts, ein sicheres und entscheidendes Mittel in dieser Zeit, wo man der sicheren, entscheidenden Mittel so sehr bedarf. Ja, aber für die gemischte Partei ist man allzubündig; man behandelt uns denn auch als Revolutionäre, Feinde der Ordnung, Anstifter des Bürgerkrieges etc. etc. Schon gut, aus dem Namen Revolutionäre machen wir uns eine Ehre; denn Dank den Siegern der Bastille, den Märtyrern der Junitage und so vielen andern, er verträgt sich mit der Idee der Gerechtigkeit und der Selbstverläugnung, die sich bis zur Höhe des Kerkers, der Verbannung und des Todes steigert. Ja, wir bekennen uns als Feinde der Ordnung, jener Ordnung, welche nur denen nützt, welche durch Ausbeutung und schlechte Streiche es dahin gebracht haben, dass sie Millionen in ihren Koffern sammeln. Was den Bürgerkrieg betrifft, so wollen wir ihn ebenso wenig, als wir ihn hervorrufen; doch nehmen wir keinen Anstand, mit unserer gewohnten Offenheit zu erklären, dass wir, um ihn zu vermeiden, uns nicht mehr auf jene feigen Unterhandlungen einlassen, welche die Situationen verwickeln, anstatt sie zu entwirren; denn wir glauben, besser sei ein Kampf mit allen seinen Consequenzen, ein Kampf, aus welchem, wie wir hoffen, der Triumph des Gleichheitsprincips hervorgehen wird, als eine ungerechte, unterdrückende, verthierende gesellschaftliche Ordnung, welche, wenn wir ihr noch lange sollten unterworfen sein müssen, alle Verständigen, die es überleben können, zur Auswanderung nöthigen, und so Europa unvermeidlich in Verfall bringen würde. Uebrigens täusche sich im Grund Niemand darüber: wenn wir die Schrecken des Bürgerkrieges erleben müssten, so hätten ihn nicht die Arbeiterklassen gewollt, sondern sicher die Besitzenden; mögen

letztere nur auf die erste Aufforderung derer, welche sie auf so unwürdige Weise ausgebeutet haben, sich fügen, und so klug sein, ihnen die Rückerstattung zuzugestehen, welche sie mit Recht verlangen können, und die grosse sociale Umbildung wird in Vollziehung kommen, ohne bedauerliche Handlungen constatiren zu müssen."

Was man vor allen Dingen bekämpfen will, sagt folgender Ausspruch:

„Es giebt drei Geisseln, welche beständig die Erzeugnisse der Humanität zernagen: der Priester, der Soldat, der Rentier, und um sich den ungesunden Einflüssen dieser drei Klassen zu entziehen, muss man eine durch die andere bekämpfen, und mit der letzteren den Aufang machen."

Ueber die Priester noch folgender Erguss des „Mirabeau" vom 17. April 1870:

„Sehet den Hanswurst, der in einer Tonne sich abquält, wie der Teufel in einem Weihkessel, um der liebenswürdigen versammelten Heerde beizubringen, dass sein Rothwälsch reine und gesunde Moral sei, von einer übernatürlichen Macht herrührend. Dieser Hanswurst mit traurigem Auftreten donnert in seiner Tonne wie der Blitz, schneidet Fratzen und verzerrt seine Glieder wie ein Fallsüchtiger, stampft vor Wuth und bäumt sich wie ein tragischer Kakafugua, bereit, mit beiden Füssen auf seine bestürzten Zuhörer zu springen, die ohne eine Miene zu verziehen, die widerlichen Plattheiten und Gemeinplätze seines tragi-komischen Repertoirs anhören. Diese Sorte von Charlatans hat auf den Universitätsbänken die Hosen abgenützt, um uns in einer todten Sprache Pasquille vorzuleiern, und uns lateinische Texte zu citiren, die wir so wenig verstehen, wie die Sprache Vidocq's, des famosen Rothwälschers, welchen Mercur beschützen und behüten möge, wenn er ihn nicht in seinem Schooss trägt. Wenn diese Possenreisser in Maskenkleidung vermummt durch die Strassen rennen und schreien wie junge Esel, indem sie die Hundertsousstücke wittern, wie die Hyänen das verwesende Fleisch, und die Seelen durch verschiedene Pforten dem Charon überliefern, so machen sie den Eindruck von Narren, die dem Irrenhaus entronnen. Solche Lumpenhunde erregen die Entrüstung eurer Seele. Alle ihre Handlungen sind willkürlich, von Treulosigkeit und Verruchtheit durchdrungen. Sie sind unsere lieben Brüder in Jesu Christo, wir sind die Abel unserer sehr werthen Kain. Tanzet, Marionetten, Gliederpuppen, meine Lieblinge, um euren Firlefanz kümmert man sich den Teufel."

Man spricht in officiellen und liberalen deutschen Blättern viel von dem „unnatürlichen Bündniss" der Socialisten mit Ultramontanen, Particularisten und blauen Radikalen. Unnatürlich war das Bündniss der Internationalen und Radikalen in Frankreich und wurde auch gar nicht formell geschlossen. Doch unterstützten sich beide Parteien.

Wenn in Deutschland die Regierung die Masse der Arbeiter nicht durch sociale Reformen versöhnt, werden sie, langsam selbst die Landarbeiter, Internationale. Wenn die Particularisten nicht versöhnt werden, wenn der religiöse Friede nicht hergestellt wird, so ist kein Bündniss jener Parteien nöthig, wird auch kaum abgeschlossen werden, es wird auch wahrscheinlich keine Revolution ausbrechen. Geräth aber das Reich irgendwie in Gefahr, in einen

Krieg z. B., und kommt die Nachricht von einer verlorenen Schlacht, auch wenn sie falsch ist, so brennen unsere grossen Städte, und ich glaube, dass auch particularistische und religiöse Aufstände ausbrechen werden. So liegt die Sache bei uns. Ich habe 8 Jahre die sociale Bewegung mit Aufbietung allen Fleisses verfolgt — wer das auch gethan hat, mag mir widersprechen. Wer es nicht gethan hat und sagt, ich sähe zu schwarz, den erkläre ich für einen leichtfertigen Menschen. Ich kenne die Gefahren der heutigen Politik des Innern und jubele ihr deshalb nicht zu, weil ich ein Freund des Reiches, des Kaisers, Bismarck's bin. Aber ich beklage eine Politik, die nach dem Eingeständniss des Herrn von Voigts-Rhetz im Reichstage „nur mit dem Siege rechnen darf" — denn „der Gott der Schlachten hat seine Mucken", sagt Bismarck.

Sehen wir nun, wie weit die Internationale sich Anfangs 1870 in Frankreich verbreitet hatte. Ich folge Testut, corrigire ihn aber hier und da.

Man hatte damals 4 Föderationen: zu Paris, Marseille, Rouen, Lyon.

Die zu Paris wurde 1865 gegründet. Die Auflösung des Central-Comités habe ich berichtet.

Im März 1869 arbeiteten Drouchon, Soliveau und Theiss einen Statutenentwurf für eine Bundeskammer zwischen den verschiedenen Arbeitergesellschaften aus. Diese Kammer wurde erst im folgenden December definitiv eingerichtet. Die überwiegende Beschäftigung mit Politik während der Monate Mai und Juni gaben damals den Geistern eine andere Richtung und gewährten eine nützliche Ablenkung, welche das Werk der socialistischen und revolutionären Propaganda erleichtern und die Massen für die Arbeit der Föderation, wozu der Grund gelegt war, vorbereiten musste.

Es hatten sich neue Corporationen und Gesellschaften gebildet und waren der Internationale beigetreten. Eine einzige Section reichte nicht hin, man hatte die von Vaugirard, Meudon, Clichy, Puteaux, Batignolles, Belleville, Panthéon, Montmartre, Grenelle, La Vilette, Montrouge, de l'Est (Faubourg St. Denis), la Maison-Blanche, den Circel socialer Studien, den socialistischen und positivistischen Circel. Zu ihrer Verbindung wurde eine Föderation erforderlich; im März 1870 wurden die Statuten derselben in einer Versammlung angenommen, und einer am 18. April unter Varlin's Vorsitz gehaltenen Generalversammlung vorgelegt und discutirt. Varlin wohnte (13. März 1870) auch einer Generalversammlung der Lyoner Föderation bei, und wurde durch Acclamation zum Präsidenten derselben erwählt.

Paris besass eine Bundeskammer der Arbeitergesellschaften, eine Bundeskasse der fünf Centimes und eine Föderation der Pariser Sectionen. Die Bundeskammer (Secretär Theiss) zählte vierzig Gesellschaften; die Bundeskasse (Secretär Lombart) deren zwanzig, und die Föderation 25.

Eine deutsche Section existirte ebenfalls in Paris.

Das am 19. April 1870 angenommene Statut der Pariser Föderation lautet:

„Statuten der Föderation der Pariser Sectionen der Internationale.

1. Die Pariser Sectionen der Internationale haben sich mit einander zu einem Bund vereinigt zu dem Zweck, zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen die Beziehungen jeder Art zu erleichtern. Dieser Bund wird verwaltet und vertreten durch einen Bundesrath.

Verfassung des Bundesraths.

2. Der Bundesrath besteht aus Delegirten der verschiedenen verbündeten Sectionen. — Die Anzahl der Delegirten ist geregelt wie folgt: Eine Section von höchstens 50 Mitgliedern ist durch 1 Delegirten vertreten; — von 51—100 durch 2; — von 101—500 durch 3; — von 501—1000 durch 4; von mehr als 1000 durch 5. — Jede Section wählt eine gleiche Anzahl von Ersatzmännern. — Jede Section ernennt und wechselt ihre Delegirten, wie es ihr beliebt. Jeder von ihnen muss beim Anfang der Sitzung sich bei dem Secretär des Innern einschreiben lassen, der sein Mandat untersucht mit Berufung an die Versammlung, wenn der Secretär oder jedes andere Mitglied es verlangt.

3. In den ersten Sitzungen des April und October ernennt der Bundesrath sein Bureau, welches besteht aus: 1 Schatzmeister, 1 Sitzungssecretär, 2 Correspondenten für auswärts, 3 für Frankreich. Diese Zahlen können, wenn es nöthig ist, erhöht werden. — Die Mitglieder des Bureau können stets vom Rath abberufen werden. Die erledigten Stellen sind sofort wieder zu besetzen.

Verhältniss des Bundesraths zu dem Centralrath.

4. In Gemässheit des Artikels 6 der allgemeinen Statuten, und des Artikels 5 des angefügten Reglements wird sich der Bundesrath mit dem Centralrath in Verbindung setzen, er wird ihm monatlich eine Darstellung des Zustandes der Internationale zu Paris übersenden. — Dagegen soll, gemäss den Artikeln 5 der Statuten, 2, 3 8 des Reglements nebst der Modification durch Artikel 3 der administrativen Beschlüsse zu Basel, — der Centralrath alle drei Monate dem Pariser Bundesrath eine Darstellung der Lage der internationalen Association in allen Ländern übersenden.

Beziehungen des Bundesraths zu den verbündeten Sectionen.

5. Jede Section, welche dem Pariser Bund angehören will, muss zwei Exemplare ihrer Statuten und ihres besonderen Reglements niederlegen, das eine für den Centralrath.

6. Gemäss dem Baseler Beschluss 5 muss der Centralrath, bevor er den Eintritt einer neuen zu Paris gebildeten Section oder Gesellschaft gestattet oder verweigert, den Pariser Bund befragen.

7. Gemäss dem Baseler Beschluss 6 kann der Pariser Bund den Eintritt einer Section oder Gesellschaft verweigern, sie ausschliessen, ohne sie damit ihres internationalen Charakters berauben zu können; indem der Centralrath nur ihre Suspension aussprechen kann, der Generalrath ihre Auflösung.

8. Der Bundesrath hat für seine verschiedenen Ausgaben, Correspondenz, Propaganda etc. über folgendes Budget zu verfügen: Jede zu dem Bund gehörige Section zahlt ihm 50 Cent. monatlich pro Mitglied.

(In Betreff dieses Ansatzes ist bei denjenigen Arbeitergesellschaften, welche bereits zu den Kosten eines Bundes beitragen, ein Uebereinkommen statthaft.) — Einer der Delegirten der Section muss in der ersten Monatsversammlung den Gesammtbetrag in die Hände des Schatzmeisters abliefern. In der dritten Monatssitzung hat dieser auf einem im Local angehefteten Notizblatt die Sectionen, welche noch im Rückstand sind, bekannt zu machen. — Nach einem Monat Verzögerung kann die Suspension der Section rechtlich verfügt werden; ihre Delegirten verlieren ihre Stimme bei der Berathung; nach drei Monaten wird die Ausstreichung ausgesprochen.

9. Der Rath kann, auf Motive gestützt, Ausgaben, welche das Budget überschreiten, beschliessen, und verhältnissmässig jeder Section einen Zusatzbeitrag ansetzen. Allein in diesem Falle bleibt die Entrichtung lediglich dem Belieben anheimgestellt.

Verhältniss des Bundesraths zu den Mitgliedern.

10. Die Sitzungen des Rathes können die Mitglieder der Pariser verbündeten Sectionen, und auswärtiger, welche durch Paris kommen, als Zuhörer beiwohnen. — Die Mitglieder der Internationale, welche regelmässig keiner Section angehören, haben keinen Anspruch auf Zutritt zu den Sitzungen.

11. Die Acte des Bundesraths sind der Billigung der Generalversammlung der Pariser Sectionen unterworfen, welche mindestens alle drei Monate stattfinden soll. — Wenn diese Controle in der Ausführung Schwierigkeiten finden sollte, so könnte die Generalversammlung durch eine Versammlung von Specialdelegirten in dreifacher Zahl der Bundesrathsmitglieder ersetzt werden.

Revision der Statuten.

§. 12. Die Statuten können von der Generalversammlung revidirt werden auf das Verlangen einer oder mehrerer Gruppen, welches mindestens einen Monat zuvor an die verbündeten Sectionen zu stellen ist."

Die Statuten der andern Föderationen gebe ich nicht. Sie sind übrigens bei Testut abgedruckt.

In Lyon bildete sich 1866 ein Comité der I., welchem die späteren Bakuninisten Richard und Blanc angehörten. — Die Bakuninisten waren nicht eben zahlreich in Frankreich. In Marseille hatte Bakunin noch einen entschiedenen Anhänger in Bastelica. Indess wirkte Guillaume aus der Schweiz in Bakunins Sinn, und Varlin stand mit diesen Leuten in freundschaftlichen Beziehungen.

Bakunin hatte am 24. Juni 1869 Richard zum Chef der „Alliance" in Frankreich ernannt, und Bastelica schrieb seinem Vorgesetzten am 1. October 1869:

„Ich habe Ihnen schon meine demnächstige Reise nach Lyon gemeldet; könnte auch Aubry dahin kommen, der mir einige hübsche Projecte mitgetheilt hat, nebst einem Pariser, so würden wir miteinander viel Pläne ausstudiren können. Geben Sie mir zu, dass am Vorabend einer ebensowohl socialen als politischen Revolution nothwendig ein redliches Einverständniss (zumal über die Mittel der Ausführung) zwischen den Socialisten zu Lyon, Paris, Rouen und Marseille gegründet werden muss, um nicht die Ereignisse dem Zufall zu überlassen: wir müssen also aufs rascheste den Plan einer französischen Revolution studiren und ausarbeiten".

Hieraus geht hervor, dass Bakunin die Leitung der ganzen Angelegenheit in Frankreich in die Hand zu bekommen wünschte. Man wird sehen, dass, in der That die Sache in Frankreich nicht nach dem Wunsch von Marx ging, woran Bakunin zweifellos viel Ursache hat.

Richard wusste sich aber so geschickt zu benehmen, dass der G.-R. ihn am 8. März 1870 in Schutz nahm, als sich in Lyon eine Gegenpartei gegen ihn gebildet hatte. Wie denn Bakunin bis 1872 fast Marx klug zu täuschen verstanden hat.

Die Lyoner Section hatte im Sinn, sich als Industrie- und Handelsgesellschaft der Lyoner Arbeiter, welche der internationalen Association anhängen, zu organisiren, und es war von der Vollziehungscommission ein Statutenentwurf ausgearbeitet worden; aber diese Idee kam nicht zur Ausführung. Im Jahre 1867 waren Schettel und Palix Abgeordnete beim Congress zu Lausanne. Zu dieser Zeit zählte die I. zu Lyon 7—800 Anhänger, welche den verschiedenen Corporationen angehörten und achtzehn Gruppen bildeten. Diese Gruppen, welche mit Schettel zu London correspondirten, versammelten sich in ihren Quartieren; aber diese Organisation musste in Gefahr gerathen. Allgemeine Versammlungen waren nicht mehr gestattet; die Vereinzelung der Gruppen und besonders der Mangel an Direction mussten das Werk der I. sehr schwierig machen. Bald entstand Zwist unter den Mitgliedern: die Vollziehungscommission legte ihre Vollmachten nieder, und wurde durch eine neue ersetzt. Nun wurde die Spaltung vollständig, der Generalrath wurde besorgt und beauftragte E. Dupont zu vermitteln; er schrieb an den Correspondenten zu Lyon einen Brief, der allen Mitgliedern mitgetheilt wurde, worin er eine so bedauerliche Spaltung beklagte, welche die Zukunft der I. in Frankreich zu gefährden geeignet war. Diese Mahnungen vermochten nicht die Zerrüttung der Lyoner Section zu hindern; ihre täglichen Zwistigkeiten hatten sie unvermeidlich gemacht und als das Urtheil des Tribunals zu Paris vom 6. März und 22. Mai 1868 die Pariser Commission verurtheilte, stellte die Section Lyon ihre Thätigkeit ein, und die verschiedenen Elemente, woraus sie bestand, trennten sich unverzüglich. Von nun an beschränkte sich Alles auf mündlichen Verkehr zwischen den Führern einiger Gruppen; aber bald schieden sich auch diese von einander, und kaum einige Bürger blieben der I. treu. Es bestand zwischen ihnen keinerlei Art von Verbindung mehr; sie handelten vereinzelt, jeder für sich, indem sie sich einander Alles mittheilten, was die Association interessiren konnte. Albert Richard, der eine wichtige Rolle in der I. zu spielen trachtete, wartete die Gelegenheit ab, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen; er correspondirte mit dem G.-R. zu London, mit den Schweizer Sectionen, behauptete seine socialistischen Lehren und betheiligte sich an den Arbeiten des Brüsseler Congresses.

In den ersten Monaten des Jahres 1869 wurde eine Reorga-

nisation versucht mit mehr Erfolg als früher. Dies wurde besonders durch die Strikes bewirkt. Die Corporationen der Ovalisten, welche Bakunin nach Basel als Delegirten sandten, der Schreiner, Marmorarbeiter, Posamentierer traten 1869 der I. bei. Im October 1869 setzte man sich mit Aubry, Varlin, Bastelica, Guillaume, Perron in Verbindung, die wohl alle der Alliance angehörten, und beschloss eine Lyoner Föderation aller Corporationen zu gründen. Der Bund wurde in der „Egalité“ vom 27. November 1869 als constituirt gemeldet. Alle Gewerke organisirten sich und schlossen sich ihm an.

Die den Principien der internationalen Association anhängigen Lyoner hielten am 23. Januar 1870 eine Privatversammlung, worin sie eine einleitende Commission von 20 Mitgliedern erwählten, mit dem Auftrag, die Bewegung des Anschlusses an die Principien der Association in gesetzlicher Weise zu leiten und zu entwickeln; es wurde ein Aufruf an alle Bürger erlassen, die geneigt waren, für die von der Commission unternommene Propaganda mitzuwirken.

Diese neue Commission versammelte sich am 25. Januar und vertheilte die ihr zugewiesenen Befugnisse unter ihre Mitglieder.

Die Mitglieder dieser Commission waren streng solidarisch und vollkommen gleich. Sie hatten keinen regelmässigen Präsidenten, noch Generalsecretär. In jeder Sitzung wurde ein fungirender Präsident ernannt; die Secretäre theilten die Arbeit unter sich. Dies war bakuninistisch-antiautoritär. Nach mehreren Vorversammlungen der angeschlossenen Corporationsvorstände beschloss man, dass eine Generalversammlung aller Corporationen am 13. März in der Rotonde stattfinden solle; dass die Sectionen Paris, Rouen, Marseille, Neuchâtel, Limoges, Brüssel und St. Etienne eingeladen werden sollten, dieselbe durch Abgeordnete zu beschicken. Die einleitende Commission hielt häufige Sitzungen, ihr Werk nahm zu und entwickelte sich. Am 13. März trat eine Bundescommission an ihre Stelle; sie wurde von nun an berufen, die Interessen der definitiv gebildeten Föderation zu wahren.

Dieselbe bestand aus fünfzehn Mitgliedern, die alljährlich in einer Generalversammlung ernannt wurden, wozu sich noch zwei Delegirte jeder Corporation, die entweder bereits anhängig waren, oder es in der Kürze würden, gesellen sollten; schliesslich wurden von dieser Commission Statuten ausgearbeitet und von allen Anhängern angenommen. Varlin präsidirte der Generalversammlung vom 13. März 1870. Bald zählte der Bund 30 Gewerkschaften.

Diese Föderation gründete im October 1869 eine Section in St. Etienne, ferner solche zu Givors, Grenoble, Neuville-sur-Saone; die schon 1866 zu Vienne gegründete Section schloss sich März 1870 an Lyon an. Ebenso die zu St. Symphorien. Die dritte Föderation entstand 1866 zu Rouen und wurde von Aubry sehr geschickt geleitet.

Die Strikes zu Elboeuf, Darnetal und Sotteville-lez-Rouen gestatteten ihr, die Macht der I. zu zeigen. Aubry's Aufrufe an alle Sectionen, die von ihm erlassenen Manifeste, verschafften den Strikenden Beistand; und aus diesen Striken erwuchs eine Vermeh-

rung der Anhänger. Durch sein geschicktes Betreiben bildete sich eine Föderation, welche die verschiedenen bereits der I. anhängigen Corporationen zu einem gemeinsamen Verband einigte. Diese Föderation, welche eine der mächtigsten Frankreichs geworden war, hatte das Journal „Réforme sociale“ gegründet; sie berief selbst einen Nationalcongress, der am 15. Mai zu Rouen gehalten werden sollte; ihr correspondirender Secretär, Aubry, hatte viel zu seinem Erfolge beigetragen. Er war Bewerber bei den Wahlen von 1869, Abgeordneter beim Baseler Congress und der Generalversammlung in der Rotonde zu Lyon am 13. März 1870, stets und unablässig beflissen, sich dem Werke der Emancipation der Arbeit zu widmen. Unter seinen Auspicien und mit seiner Mitwirkung hatten sich die Wollespinner zu Louvier zur Corporation gebildet; es wurde ein Comité ernannt, und eine Generalversammlung wurde am 27. Februar im Industriesaal unter seinem Vorsitz gehalten, um die Principien der Solidarität allen noch nicht anhängigen Arbeitern auseinanderzusetzen. Diese Föderation gründete im April 1870 eine starke Section zu Lille.

Die vierte Föderation zu Marseille entwickelte sich aus der 1867 gegründeten Section unter Vasseur's Leitung. Im Jahre 1869 mehrte sich die Zahl ihrer Anhänger; die Corporationen schlossen sich an, die Schreiner, Metzger, Maurer, Steinhauer und Korbmacher traten in den Verband ein, ihre Abgeordneten, die Bürger Fureau und Tolain, gaben dem Baseler Congress Zeugniss von den Fortschritten, welche die I. zu Marseille bereits gemacht hatte. An der Spitze der Föderation befand sich ein Handelsbeflissener, der Bakuninist Bastelica. Er kam, gemeinsam mit Guillaume aus Neuchâtel, am 5. December nach Lyon, und legte definitiv das Fundament der Lyoner Föderation; er hielt sich treu auf der Linie des von Varlin ihm vorgezeichneten Verfahrens, um die Mitwirkung Lyons zu gewinnen. Er besuchte zu derselben Zeit Aix, Auriol und la Ciotat, bemühte sich die Corporationen zu organisiren und betrieb ihren Beitritt. Im April zählte die Föderation bereits 27 anhängige Gesellschaften, worunter die Schuster, Korbmacher, Schubladenmacher Pflasterer, Schneider, die Syndikalkammer der Handelsmatrosen, welche ein Organ zu gründen beabsichtigte mit dem Titel: „La Réforme maritime“, welches die Grundsätze der I. verbreiten sollte, und die an alle französische Matrosen einen Aufruf gerichtet hat, um sie zur Nachahmung ihres Beispiels zu veranlassen.

Angeschlossene Sectionen bestanden in Aix, Brest, Mühlhausen, Besançon, Elboeuf, woselbst der Strike der Wollspinner 1869 den Anlass gab, Limoges, Roubaix, Cambray, Le Mans, Reims, Rethel, St. Quentin, Sedan, Gonfaron (Var), Dijon, Cosne, Tourcoing, Creuzot, Fourchambault. Ferner bestanden Sectionen zu Bordeaux, Villefranche (Rhone), Fuveau (Rhone), Tournon, Crest, Caen.

So also war die I. organisirt, als das Kaiserreich, bereits vollständig unterwühlt, durch einen Krieg sich das verlorene Prestige zu retten suchte. Schlag auf Schlag traf das wankende Gebäude.

Der erste war der Mord von Victor Noire durch Peter Bonaparte.

Diese That überraschte die revolutionären Parteien. So günstig die Gelegenheit zum Losbruch schien, war man nicht vorbereitet. Die Aufregung in Paris war ungeheuer. Rochefort sagte im gesetzgebenden Körper: „Nach dem, was gestern geschehen ist, nach dem, was schon lange geschieht, fragt man sich, ob wir unter dem Bonaparte oder unter dem Borgia leben.“

In seiner „Marseillaise“ schrieb er: „Seit 18 Jahren befindet sich Frankreich in den blutbefleckten Händen dieser Gurgelabschneider, welche, nicht damit zufrieden, die Republikaner in den Strassen nieder zu kartätschen, sie in schmutzige Fallen locken, um sie zu Hause zu erwürgen. Französisches Volk, findest du nicht, dass es jetzt genug ist?“

Aber man kam nicht zum Entschluss, diese Gelegenheit zum Ausbruch zu benutzen. Varlin sagt, dass die Delegirten der Chambre. fédérale sich nicht versammelten und nicht über das einigten, was man thun müsse. „Alle trafen sich mit der Mehrzahl der Mitglieder der Arbeitergesellschaften beim Begräbniss Victor Noir's. Ich kann versichern, dass die Majorität aufgelegt war, zu handeln, wenn Rochefort gesagt hatte: Nach Paris! Rochefort war Herr der Situation. Er war intelligent und verständig genug, keinen verhängnissvollen Befehl zu geben und die besten Soldaten der Metzelei auszusetzen. Ihm danken wir den Verlauf des Tages. Was das Volk anlangt, so ergriff es nicht die Initiative aus eigenem Antriebe, weil eines Theils die Waffen mangelten, andern Theils es begriff, dass die strategische Position sehr schlecht war.“

Ueber 100,000 Personen waren zusammengeströmt. Die Menge wollte die Leiche durch das Innere von Paris, an den Tuilerien vorbei, nach dem Kirchhof des Père la Chaise bringen. Rochefort widersetzte sich dem Vorhaben, das zu einem Zusammenstoss mit den versammelten Truppen führen musste, und das Volk gehorchte. Auch der Kaiser war unentschlossen. Bazaine sagte nach seiner Flucht im September 1874 in Spaa zu einem Correspondenten des „Paris-Journals“: „Wenn der Kaiser an dem Tage des Begräbnisses von Victor Noir, wo ich die Garde befehligte, auf mich gehört hätte, wäre es nie zu einer Revolution gekommen. Alle die spätern Rädelsführer und alle die Politikaster von Advokaten waren da beisammen: welcher prächtige Fang wäre das gewesen!“

Es ist richtig, dass man hier die vereinigten Republikaner und Radikalen hätte vernichten können. Man begnügte sich, Rochefort anzuklagen. Er wurde wegen des Zeitungsartikels zu 6 Monat Gefängniss und 3,000 Frcs. Strafe verurtheilt. Bei seiner Verhaftung in einer Versammlung der Vorstadt Belleville kam es zu einem Tumult, der zu Blutvergiessen führte. Die Truppen räumten schnell die Barrikaden fort und verhafteten Rochefort am 7. Februar. Die Section von Paris erliess anlässlich dieses Vorfalles folgendes Manifest:

„Die Volkssouverainetät ist mit Füssen getreten. Die Entrüstung ist auf die Spitze getrieben; muthige Energie giebt sich ohne Scheu

kund. Zum ersten Mal seit 19 Jahren sind Barrikaden errichtet worden; das Blut entwaffneter Bürger, auch harmloser Kinder, ist unter den Streichen wilder Polizeimänner geflossen. Die moralische Revolution ist fertig. Wir erklären allen ehrenhaften Meinungen: Reue, Erniedrigung, Schmach werden zu Ende sein. Die Revolution, kann man sagen, ist im Beginnen. Unter diesen so ernsten Umständen ist es Pflicht jedes guten Bürgers, über die Linie des zu befolgenden Verfahrens sich auszusprechen. Dieses thun wir hiermit unsererseits. Entschlossen, in den Erfolg der Revolution unsere Person einzusetzen, sagen wir es frei heraus, der Zeitpunkt für ein entscheidendes unmittelbares Handeln scheint uns noch nicht gekommen. Die Revolution schreitet rasch voran; versperren wir ihr nicht den Weg durch Ungeduld, die zwar sehr gerechtfertigt ist, aber unheilvoll werden könnte. Im Namen dieser socialen Republik, welche wir alle wollen, im Namen des Heils der Demokratie, laden wir unsere Freunde ein, in einer solchen Lage nicht einen falschen Schritt zu thun. Jede Stunde giebt uns neue Chancen. Denn jede Stunde vermindert die Kräfte des Despotismus und vermehrt die unsrigen. Wir nähern uns dem Ziel. Bleiben wir nicht unthätig. — Die Spaltung zwischen dem Bonapartismus und Frankreich ist angezeigt. Handeln wir durch die Propaganda und besonders durch die Organisation; mit einem Wort, beschleunigen wir den definitiven Triumph, aber schaden wir uns nicht durch übereiltes Handeln.“

Adam. Chalain. Combault. Davoust. Johannard. Landrin. Malon. Martin. Përin. Pindy.

Die Bakuninisten im Süden waren unzufrieden. Bastelica schrieb im Februar 1870 an Varlin:

„Rochefort ist schuldig. Ich bin strenge aber gerecht. . . So muss man nicht auf der vom Blute des Volkes nassen Rutschbahn einherfahren. . . Weshalb demissionirt er nicht? Dieser Mensch, den ich hoch achte, hat, wie alle Menschen, die der Revolution dienen, seinen Tag gehabt, seine Stunde, seine Spanne. Heute hat das populäre Niveau ihn überragt. Möge er das Ufer wieder gewinnen, wenn er nicht ersaufen will. Ein Anderer voran!“

Inzwischen trat ein anderes Ereigniss ein, welches der I. von noch grösserem Nutzen war. Die Gewerkschaften suchten auf ihr Andringen überall ihre Unterstützungskassen selbstständig zu verwalten, ohne Mitwirkung der Arbeitgeber — wie das die Berliner Maschinenbauer im Winter 1873 auch thaten, als sie in den Vorstand, anstatt des Commerzienraths Jürst und Genossen, Anhänger von Hasenclever wählten. Die I. suchte die Kassen in ihre Hände zu bekommen. Dies versuchten die Arbeiter des grossen, vom Präsidenten des gesetzgebenden Körpers, Herrn Schneider, geleiteten Etablissements im Creuzot ebenfalls. Darauf entliess die Verwaltung die Rädelsführer. Die Arbeiter, unter Assi's Führung, der hier zuerst auftauchte, verlangten die Wiedereinstellung dieser Arbeiter und die Entlassung eines missliebigen Werkmeisters. Da dies nicht geschah, brach am 21. März ein grossartiger Strike aus. Militär wurde nach dem Creuzot gesendet, doch kam es nicht zum Einschreiten. Die Arbeiter unterlagen. Am 15. April richtete Assi eine Erklärung „an die gesammte Demokratie“, worin es heisst:

„Nach dreiundzwanzig Tagen ungleichen Kampfes gezwungen, die

willkürlichen Bedingungen unseres Herrn und Meisters anzunehmen, der mittels Millionen, die er durch unseren Schweiss gewann, noch einmal das Recht überwunden hat, fühlen wir uns gedrungen, bevor wir uns zurückziehen, öffentlich den Demokraten, welche uns Beistand leisteten, zu danken." Nun folgen Danksagungen an Alle, die die Strikenden unterstützt hatten, und dann heisst es: „Im Namen der socialistisch-republikanischen Demokratie, sie haben die Familien unserer unglücklichen Verurtheilten des 9. April adoptirt. Unsere Sache hat in der ganzen Welt Sympathie gefunden; wir sind stolz darauf, und eintretenden Falls werden auch wir die Brüderlichkeit der Arbeiter auszuüben wissen. Inzwischen erklären wir laut unseren Beitritt zu der grossen Internationalen Association der Arbeiter, diesen erhabenen Freimaurern aller Proletarier der Welt, dieser Hoffnung der zukünftigen Gleichheit" etc.

Sehr viele Föderationen erliessen Manifeste aus diesem Anlass. Man machte in Schneiders Person die ganze Bourgeoisie und die bestehende Volksvertretung verhasst. In dem Manifest der Föderation Rouen heisst es:

„Das Capital, in der Person des Herrn Schneider, Vicekönigs der energischen und arbeitsamen Bevölkerung des Creuzot, verletzt fortwährend die unverjährbaren Gesetze der Gerechtigkeit. Ueberwunden vom Recht, wagt es an die materielle Gewalt zu appelliren, die ordnungsmässig nur dann einschreiten darf, wann die Personen oder das Eigenthum bedroht sind. Aber, o Widerspruch der wirthschaftlichen Gesetze, welche uns regieren! Diese materielle Gewalt steht den Unterdrückern der Arbeit zu Gebot. Tausende von Arbeitern, Opfer einer socialen Ordnung, die täglich das heiligste Eigenthum, den Lohn verletzt, verlangen im Namen des Gesetzes der Coalitionen, eine Erhöhung von dem Antheil, welchen sie an der Gewinnung des Reichthums gehabt. So gerecht und wohl verdient diese ihre Forderung ist, so missbraucht ein einziger Mensch, der zu den höheren Beamten gehört, leitender Vorstand eines Hüttenwerks, der mit Millionen speculirt, diese Stellung und verschmäht jeden Ausgleich; nie hat sich das Capital übermüthiger, anmassender und verächtlicher gezeigt. Den Weibern, welche mit ihren Männern das Recht von der Arbeit zu leben verlangen, schickt man Reiterschwadronen entgegen; den Arbeitern, welche die Unmöglichkeit durch viele Arbeit ihr Auskommen zu haben vorstellen, antwortete man mit Entwicklung beträchtlicher Militärkräfte. Dieses Verfahren eines anderen Zeitalters empört das öffentliche Gewissen. Den Sohn dazu gebrauchen, um seinen Vater und seine Mutter zu zwingen, dass sie sich mit dem begnügen, was der gnädige Herr des Ortes zu geben beliebt, weil er sich für berechtigt hält, über die nationalen Streitkräfte zu verfügen, — das ist eine schwere Verletzung des öffentlichen Rechtes. Die gesammte Menge, welche denkt und arbeitet, protestirt gegen solche Thatsachen. In tiefem Schmerz über den hartnäckigen Widerstand des verblendeten industriellen Finanzmannes, welcher vergisst oder zu vergessen sich stellt, dass der Schweiss seiner Opfer ihm seine Millionen verschafft hat, — appellirt die Arbeiterföderation Rouen an den edelmüthigen Geist der Solidarität, welcher die alte Normannenstadt beseelt, um unsere Brüder und Schwestern des Creuzot in ihrer heroischen Zurückforderung zu unterstützen. Sie ist überzeugt, Alle begreifen, dass, was eben vorgeht, der äusserste Kampf der unterdrückten Arbeit ist gegen das unterdrückende Capital. Ehemals haben unsere Väter in den Momenten von hoher Wichtigkeit zu den Waffen aufgerufen, um unsere verletzten Frei-

heiten zu schützen. Wir, die Pioniere der Befreiung des Proletariats, rufen zum Beistand auf, um die Verletzung unserer Existenz zu verhindern etc."

Ueber die Rolle der I. in diesem Strike sagt Testut, der alle Manifeste abdruckt:

„Dieser Strike war zu ernst," schrieb Aubry aus Rouen am 4. April an einen seiner Freunde zu Lyon, Louis Martin, „um nicht die Aufmerksamkeit aller derer auf sich zu ziehen, welche an die Befreiung des Proletariats denken." Aus diesem Grunde konnte die I. nicht umhin, sich mitwirkend zu betheiligen: einer ihrer Correspondenten, Malon, eins ihrer thätigsten Mitglieder, war die Seele des Strikes; er nahm im Creuzot seinen Wohnsitz, unterstützte mit Rath und Aufmunterung den Widerstand der Arbeiter, verfasste einen dringenden Aufruf an alle Sectionen, schilderte ihnen mit herzzerreissenden Zügen das Elend, den Zustand der Knechtschaft und Entblössung der unterdrückten Creuzoter. Die Arbeiterverbände Frankreichs und Europas waren in Aufregung, sie schrien Alarm und riefen in Manifesten alle Arbeiterklassen zum Beistand auf, um ihren Brüdern zum Sieg zu verhelfen und ihren gerechten Ansprüchen Geltung zu verschaffen."

Für eine neue Aufregung sorgte Napoleon selbst. Er richtete am 22. März ein Schreiben an Ollivier, wie er eine liberalere Verfassung zu geben versprach. Sie wurde vom Senat angenommen und Napoleon unterwarf sie am 8. Mai dem Plebiscit. Er erliess eine Proclamation an das Volk, worin es hiess, wenn das Volk „Ja" sage, werde er dafür sorgen, dass Ordnung und Freiheit herrsche und der Sohn dem Vater folge. Letzteres bezog sich auf den kaiserlichen Prinzen, war aber ein sehr geschickter Appell an die Bauern, welchen vor den Communisten angst wurde.

Auch stimmte das Land für ihn, die grossen Städte aber gegen ihn. Er erhielt über 7 Millionen Ja gegen eine halbe Million Nein. Die I. hatte nach langem Berathen mit Nein gestimmt. Napoleon fühlte sich sehr beruhigt durch den günstigen Ausfall. Er bedachte nicht, dass in Frankreich die grossen Städte, nein, eine Stadt, Paris, alle Revolutionen macht, und dass Paris 184,246 Nein gegen 139,588 Ja in die Urne geworfen hatte. Er übersah diese tiefeste Schattenseite der berühmten französischen Centralisation. Das Land hat in Frankreich keine Initiative, es bringt allerdings später die Reaction — nachdem der Thron verbrannt ist. Die allgemeine Abstimmung gab der I. Gelegenheit, eine Unmasse von Versammlungen abzuhalten. In einer solchen grossen Versammlung vom 19. April zu Paris nahm man einen Bündnissvertrag der Pariser Arbeitergesellschaften an und ernannte ein Comité, das Namens der I. ein antiplebiscitäres Manifest erlassen sollte. Welcher Geist in diesem Comité herrschte, davon geben folgende Worte Combault's ein Zeugniss:

„Nie hat die Arbeiterklasse von dem Sieger Frankreichs irgend Etwas annehmen wollen, den sie stets als ihren grausamsten Feind angesehen hat. . . . Die I. hat das harte Gesetz der Nothwendigkeit über sich ergehen lassen müssen: Sie hat geschwiegen bis auf den Tag, an welchem sie sagen konnte: Jetzt wollen wir das Kaiserreich nicht mehr; und seit mehreren Jahren ist dies ihr lautester Ruf. . . . Wir müssen uns mit der

Politik befassen, weil die Arbeit der Politik unterworfen ist. Ein für alle Mal sei es laut gesagt: Wir wollen die sociale Republik mit allen ihren Consequenzen."

Diese Vorgänge konnten der Regierung nicht entgehen. Gleichzeitig, Ende April, entdeckte man eine republikanische Verschwörung bürgerlicher Radikalen, deren Mitglieder später vor dem Staatsgerichtshof zu Blois kamen. Hierunter befanden sich die späteren Mitglieder der Commune Villeneuve, Flourens, Guérin, Fontaine, Tony, Mollin, Cournet, Tridon, Rigault, Jaclard. Man stellte bei den Internationalen Haussuchungen an und suchte sie als Mitschuldige an jenem Bomben-Complot darzustellen. Die Pariser Internationalen protestirten hiergegen in einem Manifest vom 2. Mai 1870, worin es heisst:

„Die I. A. A., die permanente Verschwörung aller Unterdrückten und aller Ausgebeuteten, wird fortbestehen trotz der ohnmächtigen Verfolgungen gegen ihre sogenannten Chefs, solange nicht alle Ausbeuter, Capitalisten, Pfaffen und politische Abenteurer verschwunden sind." Dies war eine stricte Kriegserklärung an die herrschende Klasse und an das Kaiserreich, die Männer, welche als politische Abenteurer gekennzeichnet werden. Nun ist es wohl heute festgestellt, dass wirklich beide Parteien auf eigene Hand handelten. Die Internationalen fühlten sich stark und sahen, dass ihre Macht täglich zunahm. Nicht die Frage, ob man eine Revolution machen wolle, wurde erwogen, sondern wie man der arbeitenden Klasse die volle Frucht derselben sichern könne. Im Februar sagten Varlin, Malon und Combault in vier Proclamationen: „Die Schale ist voll. Sie wird nächstens überfliessen. Die Revolution hat nur zu bestimmen, in welcher Stunde sie ausbrechen will."

Im Moment, als Napoleon das Gebäude krönen wollte, krachte es in allen Fugen. Man beschäftigte sich bereits mit der Art der Revolution.

Als das zweite Comité der I. 1868 im Gefängniss sass, hatten die Mitglieder den General Cluseret kennen gelernt, der sich wegen politischer Umtriebe an eben jenem Orte aufhielt. — Cluseret wurde für die Ideen der I. gewonnen und nach seiner Entlassung nach Amerika geschickt, um dort für die Ausbreitung der I. zu sorgen. Von New-York schrieb er am 17. Februar 1870 an Varlin einen Brief, worin er seine Absicht meldet, nach Europa zurückzukehren, um seinen Antheil an der Revolution zu haben. Er mahnt zur Einigkeit für den grossen Tag: „Denn an jenem Tage müssen wir physisch und moralisch bereit sein. An diesem Tage wir oder das Nichts! Bis dahin werde ich wahrscheinlich ruhig bleiben, oder an diesem Tage, ich versichere es, werde ich weder Ja noch Nein sagen, Paris wird uns gehören oder Paris wird nicht mehr existiren."

Aus der Anklage, die gegen die nun verhafteten Führer der I. gerichtet wurde, werden wir sehen, dass man schon chemische Stoffe präparirte, um Paris in Brand zu stecken.

Also Napoleon lässt die Internationalen verhaften und ihnen einen dritten Process machen.

Aber er sah ein, dass er sich nur durch einen Krieg retten könne, und so wurde gleichzeitig der Krieg gegen Deutschland geplant, der, wenn siegreich, das „Prestige" des Kaiserreichs wiederherstellte, durch die Contribution neue Mittel für panem et circenses schaffte und jedenfalls vielen Menschen das Leben kostete, den allzu üppig gewordenen Körper der belle France also durch einen tüchtigen Aderlass beruhigte.

Ein anderes Motiv hat mächtig, nicht den kranken Kaiser, der in Ruhe sterben wollte, sondern die Napoleoniden zum Kriege getrieben. Edgar Bauer sagt in „Die Orientalische Frage und der europäische Frieden. München bei Huttler:"

„Das napoleonische Börsenthum, welches zur Stütze des Kaiserreichs ausersehen gewesen war und das letztere in der That während zwei Jahrzehnten gehalten hatte, fing an, den Dienst zu versagen. Wer sich daran gewöhnt hat, dergleichen Entwickelung zu beobachten, konnte vor 1870 den Einsturz des kaiserlichen Thrones voraussagen. Denn die kaiserliche Finanzkunst war erschöpft, der Popanz des Bankerottes war bereits an die Wand gemalt. Der Niedergang des Kaiserthums musste erfolgen; die Frage war nur, wer den ersten Stoss wider das lecke Fahrzeug führen sollte. Fiel Napoleon durch jene innere Bewegung, die im Anzuge war, und deren Wirkungen sich schon in der Haltungslosigkeit des Ministeriums Ollivier offenbarten, so musste man befürchten, dass damals schon die Katastrophe, sofort einen socialen Charakter annehmend, nicht bloss tiefer greifen, nicht bloss bis auf die Wurzel des Uebels heruntersteigen, sondern auch sich über die europäischen Länder erweitern werde. Fiel dagegen Napoleon durch eine Gewalt, welche der Börse stärkere Gewährleistung darbot, als das von dem finanziellen Taumel bereits ausgehöhlte und unterwühlte napoleonische Kaiserthum, so war die Börse einstweilen gerettet. . . . Napoleon, an sich selber unsicher geworden, hatte mit seinen verzweifelten Volksabstimmungen und liberalen Programmen die Finanzwelt in Schrecken gesetzt. Er konnte nicht von der Börse geschützt werden, konnte nicht mehr den Ruhm des Mannes der Situation beanspruchen. Die Börse, aus Draufgängern und Verblüffern bestehend, bedarf eines Erzdraufgängers zu ihrem Propheten."

So schildert Bauer die Situation in der haute finance nicht unrichtig, und die Undankbarkeit der Börse gegen den, der die Börse so mächtig gemacht hatte, nach Sedan, schildert er also:

„Und nun ertönte Hohn und Verwünschung aus dem Munde Derjenigen, welche bis dahin seine civilisatorische Sendung gesegnet hatten. Waren denn nicht die journalistischen Speculanten die literarischen Handlanger der Börse — und jede Zeitung steht im Dienst des Herrn dieser Welt — waren sie nicht wie besessen, wenn es galt, einen Hagel von grausamen Hohnreden auf das verurtheilte Haupt des Kaisers herunterprasseln zu lassen? . . . . Dass der Kaiser diese Erscheinung nicht begriff, mag als milderndes Zeugniss für ihn gelten. Ein Ueberbleibsel von Civi-

lisations-Romantik in seiner Seele lähmte seinen Arm, indem es ihn verhinderte, zu erkennen, dass, sobald das Geschick der Völker ausschliesslich auf die Finanz gestellt wird, ein Augenblick eintritt, wo man entweder erbarmungslos zuschlagen oder zu Grunde gehen muss."

Napoleon aber konnte sich vor der Börse nicht mehr retten. Sie war ihm über den Kopf gewachsen und war unzufrieden mit ihm, da er nicht „hohe Course" garantiren konnte. Darum suchte er durch den Krieg das Prestige wieder zu gewinnen, welches die Börse in hohe Course umsetzen konnte und wollte.

Die Arbeiter hielt er für minder gefährlich als die Börse und die liberale Bourgeoisie. Er glaubte, wenn er die Chefs der Arbeiter noch vor dem Kriege unschädlich machte, ruhig die Truppen aus Paris ziehen zu können. Der Calcul war ganz richtig, nur — auch Napoleon durfte „nur mit dem Siege rechnen".

Also erschienen am 22. und 29. Juni als Angeklagte, „eine geheime Gesellschaft gegründet zu haben", in erster Reihe als Führer und Chefs derselben: Varlin, Malon, Murat, Johannard, Pindy, Combault, Héligon, Avrial, Sabourdy, Colmia, Passedouet, Rocher, Assi, Langevin, Pagnerre, Robin, Leblanc, Carle, Allard — als Mitschuldige und Mitglieder der geheimen Gesellschaft: Theisz, Collot, Casse, Cucauquie, Flahaut, Landeck, Chalain, Ansel, Bertin, Boyer, Cirode, Delacour, Durand, Duval, Fournaise, Frankel, Giot, Malzieux.

Ich gehe auf diesen interessanten Process hier näher ein.

Der Staatsanwalt beginnt mit der Erzählung der Ereignisse im Schoosse der I. seit den gerichtlichen Verurtheilungen von 1868, welche damals fast alle die neuerdings angeklagten Mitglieder trafen, und erwähnt, dass die Gerichte die Auflösung der Gesellschaft aussprachen. Er stellt weiter dar, dass die I. sich keineswegs aufgelöst hat: „Wohl haben es die Chefs vermieden, öffentliche Versammlungen abzuhalten, aber sie bleiben fest vereinigt und strebten dem vorgesteckten Ziele zu. Sie haben sich wohl bemüht, ihre Thätigkeit möglichst geheim zu halten, aber nichts desto weniger jederzeit eine rege Verbindung mit dem Londoner G.-R. aufrecht erhalten. Diesen G.-R. vergleicht der Staatsanwalt mit dem obersten Vehmgericht; er ist das leitende Organ, die ausübende Gewalt der I. Er löst Sectionen auf oder lässt solche bilden, er verfasst die Programme des Congresses, wo der Austausch der socialistischen Ideen der Zukunft stattfindet; er empfängt die Geldbeiträge der Mitglieder und verfügt über diese grossen Summen, er beschliesst die Haltung, welche gegenüber jedem politischen Ereignisse oder den Striken einzunehmen ist, und verlangt endlich, dass alle Sectionen unablässig mit ihm correspondiren. Durch eine sogestaltete Organisation entzieht sich die I. der Ueberwachung der Behörde und nimmt hiermit den Charakter einer geheimen Gesellschaft an.

Die I. giebt indessen von Zeit zu Zeit gewisse Notizen in die Journale und für Paris speciell in ihr Leibblatt, die „Marseillaise". — Sie veröffentlicht aber nur das, was sie eben nicht verheimlichen will; alles, was von Wichtigkeit ist, hüllt sie in das tiefste Geheimniss. Die Pariser Polizei war niemals im Stande, das Verzeichniss der Mitglieder in die

Hände zu bekommen, und doch erklären die Angeklagten selbst, dass die Pariser Sectionen 245,000 Mitglieder zählen.

Die Verhandlungen des Londoner Generalrathes sind absolut geheim; ein grosser Theil der dort gefassten Beschlüsse ist selbst den Sectionschefs unbekannt, und Niemand kennt diejenigen, welche beordert werden, diese Beschlüsse auszuführen. Niemals waren wir in der Lage zu erforschen, wo sich die Archive der I. befinden, der Ort ist uns unbekannt, aber sie existiren. — Wir haben hierfür die vollgültigsten Beweise, unter anderen jene chiffrirten Verzeichnisse, Briefe und Documente, ja vollständige Bücher in dieser Zeichenschrift, für welche uns der Schlüssel fehlt und welchen sie uns verweigern, weil sie, wie sie sagen, sich dieses Correspondenzmittel für die Zukunft aufsparen wollen.

In einem chiffrirten Wörterbuche glauben Sachverständige eine Reihe von Namen und Wörtern entziffert zu haben, die auf den wahrscheinlichen Inhalt dieser Papiere ein unheimliches Licht werfen. Mitten unter den Namen, die ohne Zweifel verschiedenen Chefs der I. angehören, befinden sich die Namen Napoléon und Eugénie und dann der Chemie entlehnte Worte, wie: Nitroglycerin, Picrate, Zündstoff etc. Mit einem Wort, die I., statt sich mit der Lösung ökonomischer Fragen zu befassen, ist eine grosse politische Gesellschaft, deren Zweck ist, für eine gegebene politische Action, die möglichst grösste Anzahl von Mitgliedern und Gleichgesinnten ins Feld zu stellen. Sie ist eine grosse revolutionäre Verbindung oder, nach dem eigenen Ausspruch eines der Angeklagten, eine ungeheure Lehranstalt, in welcher sich die Meister der Revolution heranbilden sollen.

Es ist zweifellos festgestellt, dass, wenn am Begräbnisstage Victor Noir's die thatsächliche Revolution nicht zum Ausbruche kam, dies nur desshalb der Fall war, weil Rochefort mit den Chefs der I. hierüber nicht einig werden konnte. (?) — Diese Chefs gründeten zu jener Zeit die Verbindung der Arbeitergesellschaften (Chambre fédérale), die nichts anderes war, als die Centralleitung der Pariser Sectionen und der Mittelpunkt der revolutionären Agitationen in den Arbeiterquartieren.

Was die Schuld der einzelnen Angeklagten betrifft, so sind selbe in zwei Lager abzutheilen und zwar die Veteranen, umfassend jene, welche schon 1868 verurtheilt wurden, die bei der Gründung der I. direct betheiligt waren, ihr jederzeit gefolgt sind, ihr geholfen und sie verbreitet haben, und die sich vom Anbeginn an über die Wesenheit und die Zwecke derselben nicht täuschen konnten. In diese Gruppe gehört Varlin, der, wenn er nicht der wahre Chef, doch das eifrigste Mitglied der Pariser Sectionen ist; Malon, den die Ereignisse in Tourcoing, Creuzot und Fourchambault finden, und der ein so eifriger Verbreiter der I. war, dass ihm eine Bürgerkrone zugesprochen wurde; Murat, eine der Säulen der I. und officieller Correspondent für das Londoner Comité, und Pindy, der Delegirte beim Brüsseler Congresse und Führer der chiffrirten Correspondenzen. Bei letzterem wurden auch noch Recepte für Präparate von Nytroglycerin vorgefunden, und aus verschiedenen confiscirten Documenten geht hervor, dass verschiedene Erfindungen geprüft wurden, welche bei Revolten benützt werden sollten. Zwei davon sind:

1. Die sogenannten stinkenden Stöcke (bâtons puants), welche in die unterirdischen Gänge gelegt werden sollten, wenn dieselben zu Truppenbewegungen im Innern von Paris benützt würden, und die dermassen eingerichtet sind, dass sie einen Aufenthalt dort unerträglich machen.
2. Kleine Fläschchen zum Hinabwerfen aus den Fenstern auf die Strassen, wenn sie von Truppen occupirt sind. Ihr Inhalt macht Explosion und

entzündet in ziemlich grossem Umkreise alle, selbst schwer brennbare Stoffe. Der Sachverständige schildert die Wirkung dieses Zündstoffes als eine verheerende.

(Die Angeklagten bestritten, dass solche Stoffe zu solchem Gebrauch vorbereitet würden. Ich habe selbst gehört und gelesen, dass jetzt die Socialdemokraten offen sagen, die Könige und Kaiser steckten die Städte durch Brandkugeln an, sie mit Petroleum. Jeder kämpfe eben mit den Waffen, die ihm zugänglich seien. Man wird sich auf die Anwendung dieses Kriegsmittels eben gefasst machen müssen, wenn man sociale Revolten nicht durch sociale Reformen verhütet. Das unmoralisch nennen, wenn jene Leute die Paläste anzünden, deren Besitzer sie, ob mit Recht oder mit Unrecht ist praktisch irrelevant, eben für ihre Feinde halten, ist von geringem Nutzen. Ich glaube nicht, dass es ein gottwohlgefälliges Kriegsmittel ist, das Petroleum, aber die Engel im Himmel haben wohl auch an dem Streit Krupp contra Armstrong schwerlich ihr besonderes Wohlgefallen. Als das Schiesspulver zuerst angewendet wurde, nannten die Ritter es auch feige und unritterlich, einen Menschen aus der Ferne zu tödten. Trotzdem jetzt die Jesuiten unter dem Beifall der Liberalen und besonders der Juden ausgetrieben werden, so wird man es vielleicht uncivilisirt finden, wenn, sollten die Katholiken und Socialisten mal irgendwo die Oberhand haben, die Juden ausgetrieben werden. Trotzdem wird es geschehen. C'est à la güerre comme à la guerre! Das Petroleum ist eben die Waffe der Socialdemokratie. Verhüten wir seine Anwendung, reformiren wir, besänftigen wir den Klassenhass, andernfalls wundern wir uns nicht seiner Ausbrüche!)

Assy war das gefügigste Instrument in der Hand des Londoner Generalrathes. — Der Staatsanwalt giebt, hieran anknüpfend, die Geschichte der Strikes in Creuzot, erzählt die versuchten und vereitelten Unterstützungsversuche und tadelt besonders das Benehmen der Weiber bei den dortigen Unruhen. Von dem Agitator Rocher erzählt er das Privatleben, das bunt genug ist, indem er, nachdem er bei der Regierung gut angeschrieben stand, sich plötzlich in die Arme der I. stürzte und eines ihrer thätigsten und gefährlichsten Mitglieder wurde.

Landeck, ein Pole, spielt eine untergeordnete Rolle.

Der Staatsanwalt schliesst: „Das, was da zu thun sei, ist: die I. in den Personen der Angeklagten zu belangen, d. h. eine Gesellschaft, deren Zweck ist, alles Bestehende umzustürzen und Alles mit ihren Tendenzen zu überschwemmen. Man muss sich keine Illusion über die Gefahr machen, mit welcher die I. uns bedroht. Einer der Angeklagten, Malon, sagte selbst: „Man glaubt, der Communismus sei unter den Junibarrikaden begraben, heute erhebt er sein Haupt stolzer als je!"

Es ist indessen wahr, dass Frankreich heute viel beruhigter (?) ist, als damals, es hat die neue Lage der Dinge gut geheissen und feierlich erklärt, dass es von Revolution nichts wissen will. (!) Trotz Allem, und selbst nach strengem Urtheile, wird man suchen, die Ringe jener Kette zusammen zu fügen, die der Gerichtshof zerrissen hat; aber in Zukunft sollen alle jene, die sich unter das Banner der I. begeben, wissen, dass die bestehende Gesellschaft ihre Interessen gegen diejenigen kräftig zu schützen weiss, die sie in ihrem Mark bedrohen."

Man sieht, jetzt machte die Regierung Ernst. 1868 hatte sie nur gedroht und den Internationalen die Rückkehr unter die Fittige des Bonapartismus nicht abschneiden wollen.

Ich gebe nun einige Auszüge aus den Debatten vor Gericht.

Chalain: Meine Herren! Nach den Verurtheilungen von 1868, welche die Mitglieder der beiden Bureaux der I. zu Paris trafen, stehen wir heute neuerdings vor Ihnen, um uns gegen die Anklage, eine geheime Gesellschaft gebildet zu haben, zu vertheidigen.

Der Staatsanwalt selbst erkannte schon gelegentlich der ersten gegen uns gerichteten Verfolgung, dass es trotz aller Anstrengungen nicht gelingen werde, aus den Handlungen der I. jenes nothwendige Material zu schöpfen, welches zur Qualificirung derselben als „geheime Gesellschaft“ ausreichen werde, und indem er diesen Hauptanklagepunkt fallen liess, beschränkte er sich, die I. als „nicht autorisirte Gesellschaft“ gerichtlich zu verfolgen.

Wie war man im Stande, 1870 das zu begründen, was 1868 unzulässig erschien? Wie hat man die damals unerlaubte Gesellschaft in eine geheime umformen können, während doch ihre Statuten nicht die geringste Aenderung erlitten, und sie vielmehr die ausgebreitetste Publicistik als einen der Hauptliebel ihrer Propaganda jederzeit betrachtete und übte? Dies zu erklären sind wir nicht im Stande! Was wir aber wohl wissen, ist, dass das Publicum keineswegs an eine geheime Gesellschaft glaubt, und Sie können auch nicht ernstlich daran glauben. Wir fragen uns, warum hat man uns nicht wie 1868 einfach als Mitglieder einer unerlaubten Gesellschaft belangt; dieses Vergehen bei uns festzustellen, wäre Ihnen um so leichter gelungen, als wir stolz sind, einer solchen Gesellschaft anzugehören.

Präsident: Ich unterbreche Sie. Der Gerichtshof kann nicht gestatten, dass Sie sich eines Vergehens rühmen. Ziehen Sie diese Phrase zurück und fahren Sie fort.

Chalain: Es ist wahr, dass Sie solchergestalt bemüssigt wären, uns im Namen eines Gesetzes zu verurtheilen, welches Sie selbst schon als schlecht anerkannt haben, und welches einer Nation nur den Stempel der Schwäche aufdrückt. Alle wahrhaft freien Völker haben es als frevelhaft aufgehoben, und selbst in unserem unglücklichen Vaterlande konnte es nur in jenen düsteren Tagen erstehen, wo Eigennutz und Furcht das freie Frankreich in die Hände jener Erretter lieferten, die sich jedesmal in den traurigsten Epochen erheben, um die Freiheit der Völker zu morden. Es ist ferner wahr, dass, wenn sie uns einfach wegen „unerlaubter Gesellschaft“ verurtheilen, Sie mit der Stirne an einen Koloss rennen, der das ganze Proletariat von Europa und Amerika darstellt, und während in Frankreich fast alle Häupter dieser Gesellschaft verhaftet oder ausgewiesen waren, haben binnen wenigen Wochen einige hundert Tausende neuer Mitglieder ihren Beitritt erklärt. Eines schönen Morgens kommt man, unser Hausrecht zu verletzen, arretirt uns als Mitglieder einer angeblich „geheimen Gesellschaft“, deren Handlungen indessen jederzeit von fast allen Journalen besprochen werden; man wühlt in unseren Papieren und nimmt uns selbst unsere intimsten Correspondenzen, sperrt uns dann wochenlang in Zellengefängnisse und weiss zu unserer Anklage nichts Anderes, als Zeitungsartikel und unsere Briefschaften vorzubringen. Es springt in die Augen, dass es sich nur darum handelt, uns einen Tendenz-Process zu machen, und das ist es, was uns am meisten in Erstaunen setzt. — Wir wiederholen, wir können nicht ernstlich daran denken, uns gegen ein imaginäres Vergehen zu vertheidigen, und als solches ist unsere Anklage von allen Unabhängigen beurtheilt worden. Die I. ist die erste Gesellschaft, welche sich des alten Geistes der behördlichen Ueberwachung entledigt hat, der thatsächlich bis jetzt in allen Organisationen und bei allen Parteien dominirte.

Sie ist die erste, welche die Abhängigkeit von der Behörde oder leitenden Comités zurückgewiesen und ihr Werk den Massen selbst anvertraut hat. Sie hat zum Wahlspruche: „Befreiung der Arbeiter durch die Arbeiter selbst.“ — Es giebt keine Gesellschaft, welche mehr die Publicität wünscht, als die unsere. Weder eine Section wurde gegründet noch ein Beschluss gefasst, ohne dass 25 der I. ergebene Journale und eine bedeutende Anzahl unabhängiger Blätter sofort Kenntniss davon gaben. Selbst Ihre Journale haben nicht aufgehört, unsere Handlungen zu besprechen und unsere Ansichten anzuschwärzen, Es ist festgestellt, dass wir die bekannteste, die zahlreichste und auf dem ganzen Erdkreise am meisten discutirte Gesellschaft sind. Besonders ist unsere Gesellschaft diejenige, die sich des raschesten Zuwachses ihrer Mitgliederzahl rühmen kann. Kein Tag vergeht, ohne dass tausend Arbeiter sich an uns anschliessen. Und wenn man uns um die Ursache dieses organisatorischen Erfolges fragt, während Alles um uns herum aus Rand und Band geräth, müssen wir antworten, dass die Quelle desselben in dem Streben nach bürgerlicher Gleichstellung liegt, welche wir nur dem Namen nach aus einigen traurigen Erinnerungen kennen. Die Erfahrung aber lehrt die Arbeiter, dass sie nur auf sich selbst zu zählen haben, und dies ist das Grundgesetz der I. Und nun hören wir — mit welcher Absicht errathe ich nicht — dass Mazzini der Gründer der I. sei. Wir haben indessen oft genug bekannt gemacht, dass wir von den sogenannten Erretteru nichts wissen wollen und ihnen auch nicht mehr als Handhabe dienen werden. Wir glauben, die Lage der Dinge selbst beurtheilen zu können, und kennen unsere Interessen besser als irgend Jemand. Dabei verkennen wir jedoch die Hingebung Jener nicht, die ihr ganzes Leben dem Dienste der Humanität opferfreudig widmen. Besonders können wir dies in dem Augenblicke nicht vergessen, wo das republikanische Frankreich für seinen grossmüthigsten Vertheidiger (Barbès) Trauer angelegt hat. — Ein weiterer Vorwurf wird uns gemacht. Er ist das Echo von Verläumdungen, die auf reactionairer Seite gegen uns geschmiedet werden, und behaupten, die I. habe die vielen Strikes, welche allenthalben in den letzten Jahren ausbrachen, in Scene gesetzt. Wir erklären diesen Anklagepunkt für widersinnig (absurde) und für eine Beschimpfung der Arbeiterklasse. Von diesem Gesichtspunkte aus würde den Strikenden der Zweck, sich die Arbeitsbedingungen aufzubessern, abgesprochen werden müssen; die Arbeiter würden sich erheben, ohne besondere Absicht, oft gegen ihre Interessen und nur auf Anrathen unbekannter Agitatoren. Um dem Nächstbesten zu gehorchen, würden sie sich freudigen Herzens jene namenlosen Entbehrungen auferlegen, die fast jeder Strike unausbleiblich zur Folge hat; sie würden sich den Gefahren der polizeilichen Maassregeln, Füsiladen und Verurtheilungen aussetzen, die in unserem Vaterlande fast bei jedem bedeutenden Strike statthaben, und wobei ich an jene in d'Anzin, Careau, Roubaix, in den belgischen Bergwerken, St. Etienne, Inarow (Böhmen), Aubin, Clerkenwel, Creuzot, Fourchambault, Torteron etc. erinnere. — Seit 5 Jahren wiederholen uns alle Regierungen und alle feindlichen Journale dieselbe Verläumdung, aber seit 5 Jahren haben sie uns keinen Beweis dieser Behauptung liefern können und werden ihn auch niemals beibringen können, denn es ist undenkbar, dass das europäische Proletariat mit Blödsinn oder Narrheit behaftet sei, was unbedingt der Fall sein müsste, wenn die Arbeitergruppen, unfähig, ihre Interessen zu beurtheilen, nur deshalb Strike machten, weil ein Anstifter ihnen dieselbe anräth. Richtig ist indessen, dass die Raubsucht der Grossindustriellen und die zügellose, demorali-

sirende Concurrenz, die sie sich auf Kosten der Arbeiter machen, diese Letzteren in immer tieferes Elend stürzen, und zwar in einem Zeitraume, wo der Begriff der Gerechtigkeit und bürgerlichen Gleichstellung bereits in die Massen gedrungen ist. Was lehrt uns der Verlauf eines jeden grösseren Strikes? — Dass binnen einigen Jahrzehnten einerseits Millionen auf Millionen gehäuft werden, während anderseits grosse Arbeitermassen vom grössten Elend heimgesucht sind. Der Widerstand der Arbeiter wird jedesmal durch einen neuen Missbrauch der Capitalisten hervorgerufen. Einmal sind es der niedere Arbeitslohn, die Verschärfung der Arbeit oder aber auch Werkstatt-Reglements, die die Menschenwürde tief verletzen, und welche insgesammt den Arbeiter zu Grunde richten. Einzelne dieser Vorschriften gehen so weit, dass ein Arbeiter (wie dies im Creuzot geschah), zu 50 Frcs. Geldstrafe verurtheilt wurde, weil er seinen Kameraden nicht denunciren wollte. Aehnlich ist es mit den sogenannten Versorgungskassen, die aus unfreiwilligen Lohnabzügen gebildet werden und in Wirklichkeit nur dazu dienen, dem Arbeiter als Almosen einen Theil dessen wiederzugeben, was man ihm von seinem rechtmässigen Verdienste genommen hat. Die fortgesetzten Ausdehnungen der Arbeitsdauer ohne Aufbesserung der Löhne entkräften den Arbeiter, führen zur Arbeitseinstellung und befestigen die Abhängigkeit und das Elend des Arbeiters. Wenn Jemand in wenig Jahren ein ungeheures Vermögen ansammelt, dann sagen Sie: „Nationaler Aufschwung". Wir nennen dies aber Raub und Unterdrückung der arbeitenden Klasse. Glauben Sie, wir haben nothwendig dem Arbeiter zu sagen, „du leidest", damit derselbe sich seiner immer mehr und mehr unerträglichen Lage bewusst werde?

Hätten jene Bevorzugten einen richtigen Blick in Beurtheilung der Sachlage, dann würden sie in den zahlreichen Strikes nichts Anderes, als den Ausdruck der stärksten Nothwendigkeit zur Erreichung der socialen Gleichstellung erkennen. Diesem Ziele schreiten wir unaufhaltsam entgegen. Aber nein! Sie wollen dies nicht erkennen und statt von ihren Privilegien abzulassen, als dem einzigen Mittel, um diese Uebel zu heben, beschränken Sie sich auf starres Verneinen. Täglich erheben sich mehr und mehr Stimmen gegen diese Minorität von Müssiggängern und Unterdrückern.

Das Uebel bleibt so bestehen, es vergrössert sich und macht die Lage unerträglich. Die Erhebung der geknechteten Massen unter den alten Monarchien, und die Agitationen der modernen Proletarier verlangen gebieterisch die Lösung des socialen Programmes. Mit einem Wort, es ist falsch, dass die I. von einem geheimen Comité geleitet wird, dessen mysteriöse Befehle blind befolgt werden. Es ist falsch, dass die I. die Strikes anbefohlen hat. Eine Tochter der Nothwendigkeit, hat sie die internationale Verbindung der erdrückten Arbeiter in Paris, London, Wien, Berlin, Dresden, Venedig und den französischen Departements organisirt, jener Arbeiter, die ohne Vertheidiger unter so vielen Niederlagen gelitten hatten, die an Händen und Füssen geknebelt unter dem Druck der unversöhnlichsten Reaction schmachteten und dem Missbrauch jener demoralisirten Industriellen dienten, die heute eine neue Kaste bilden und mit teufelischer Raubsucht die Arbeiter plündern.

In diesem Augenblicke vereinigt die Regierungen eine Art „heilige Allianz," welche gegen die grosse und mächtige I. gerichtet ist. Wenn die englische Regierung seit 1866 von ihrer Abneigung etwas zurückgekommen ist, wenn ferner Belgien und Italien gezwungen sind, von den Verfolgungen gegen die I. in Etwas abzustehen, so thun sie dies nur in der Ueberzeugung ihrer Ohnmacht. Die verläumderischen Denunciationen

und Bedrohungen der schweizer und belgischen Bürgerschaft und besonders die unnachsichtlichen gerichtlichen Verfolgungen in den zwei liberalen Kaiserreichen Frankreich und Oesterreich gegen den Socialismus zeigen hinreichend, dass die Bekämpfung der I. in systematischer Weise geschieht. Die Monarchien und Conservativen mögen also erfahren, dass die I. der Ausdruck der socialen Gleichstellung ist, welcher den Wünschen der zeitgenössischen Proletarier in so gerechter und vollkommener Weise entspricht, dass sie nicht eher untergehen wird, ehe sie ihr Programm: „Befreiung der Arbeiter durch die Arbeiter“ wahr gemacht hat. Aber wir sind sehr strafwürdig, weil wir uns den Befehlen der Grosspriester des Bürgerstandes nicht unterordnen, die man Oekonomisten nennt, die jedoch unwissend genug sind, um Gesetze der Natur mit industriellen Phänomenen zu verwechseln und als vorübergehende Uebel in Folge der Kriege hinzustellen; hartherzig genug, um Zustände zu rühmen, die auf Unterdrückung und Leiden der grösseren Menge der Menschheit beruhen, indem sie Ewigkeit des Elends proclamiren.

Wir sind noch weit mehr strafwürdig, weil wir die gleichmässige Entwicklung aller Menschen in moralischer, physischer und geistiger Richtung anstreben. Ja, die Proletarier haben die Reaction satt; sie sind müde, zuzusehen, wie ihre Bemühungen um Befreiung jedesmal von dieser Seite vereitelt werden, und wie man sie mit Täuschungen sättigt; sie wollen nicht mehr die Opfer der Schmarotzer sein und fühlen, wie man sie zu einer Arbeit ohne Hoffnung und einer Unterordnung ohne Grenze verurtheilt; sie wollen nicht ihr ganzes Leben unter Beschwerden und Entbehrungen zubringen und von der Tafel des Reichen, deren ganze Kosten sie tragen, sich mit den Abfällen begnügen.

Und wie antwortet man ihnen auf ihre Beschwerden und Hoffnungen? Immer mittelst der gewaltsamen Unterdrückung. Mit Umgehung eines bestehenden, neuen Gesetzes wird die bewaffnete Macht, sowie ein Strike ausbricht, den Werkbesitzern zur Verfügung gestellt. Demnach hatten wir auch im letzten Jahre unsere Märtyrer zu zählen. Französische Flinten wurden gegen französische Männer, Frauen und Kinder gerichtet. Die traurigen Erinnerungen dieser Ereignisse waren nicht im Stande, weitere Eingriffe abzuhalten, denn jene, die von den Chassepots verschont blieben, mussten für lange Monate in den Gefängnissen schmachten. Von den französischen Richtern wurden diese Unglücklichen verhöhnt und mit Schimpfnamen wie Feiglinge, Lumpen, Räuber, Wilde und so weiter bezeichnet. Bei neu ausbrechenden Strikes also, wie in Belgien, in la Ricamarie und Aubin, wurde jedesmal die Armee dahin geschickt. Ein bemerkenswerther Umstand, der den Meisten bisher entgangen ist, ist, dass seit dem Strike in Roubaix in allen Orten, wo die Arbeiter ausgestanden sind, Kasernen gebaut werden. Wir verabscheuen den Krieg, und die Zeit ist nicht ferne, wo die I., dem Unternehmungsgeist der Regierungen zum Trotz, jeden Krieg unmöglich machen wird. Mehr aber noch als den Krieg zwischen zwei Nationen verabscheuen wir jenen, der entsteht, wenn Sie das Capital mit bewaffneter Macht schützen, indem Sie an die Seite jedes Arbeiters einen Soldaten stellen. Leiden wir unter den Krisen, der Arbeitseinstellung, der Lohnabkürzung, der Arbeitsvermehrung, dann stellen Sie uns die nichtssagenden Beweisführungen der Oekonomen entgegen, und verlangen wir eine Aufbesserung unserer Lage, dann bedrohen Sie uns mit der Armee. Dies beweist nur, dass Alles, was zu unserer Unterdrückung dient, gewissenhaft gehandhabt wird, sowie wir aber etwas Anderes, als unsere namenlosen Leiden wollen, behandeln Sie uns wie Barbaren. In dem Punkte begegnen sich der

schweizer Bürger und der belgische Liberale mit dem französischen Monarchisten. Ist es nicht die bewaffnete Macht, die man gegen uns aufbietet, so sind es die Verläumdung und Verachtung, indem man uns als Plünderer und Communisten (partageux) zu brandmarken sucht.

Plünderer und Communisten! Diese, unter unaufhörlicher Last gebeugte Menge, die ihren Meistern Credit von 8, 14 Tagen, 1 oder 2 Monaten Arbeit macht, die ohne Interessen ihre Miethe vorausbezahlt und in der Noth keinen anderen Gläubiger finden kann, als das Pfandhaus!

Plünderer und Communisten! Die, welche nicht lesen können, aber ihre Steuern für den höheren Unterricht zahlen. Plünderer und Communisten! Jene, die an allen geistigen Freuden keinen Antheil haben, aber die Unterstützungsgelder für jene Luxustheater hergeben, aus denen sie ausgeschlossen sind. Plünderer und Communisten! Die, welche durch ihr Geld die Expropriationen bezahlen und durch das Steigen des Grundwerthes in die entlegendsten Theile der grossen Städte zurückgedrängt sind, die in ungesunden Löchern wohnen, wo ihnen Luft, Raum und Sonne fehlen. Plünderer und Communisten! Für welche jede Steuererhöhung gleichbedeutend mit noch grösserem Elende ist.

Plünderer und Communisten! Jener Theil von Bürgern, die den Boden durchwühlen, die spinnen, weben, bauen, schmelzen, schmieden, feilen etc. und in Hunger und Elend sterben, während der andere Theil der Bürger intriguirt, speculirt, spielt, isst, trinkt etc. und den Vorzug geniesst, zu leben ohne zu arbeiten.

Plünderer und Communisten! Alle die Enterbten, die Blutsteuer bezahlen und zwar, um den Besitz anderer gegen sie selbst zu vertheidigen und sicher zu stellen. Und nach alledem will man sich der Lösung eines Problemes widersetzen, die indessen gebieterisch verlangt wird. Welche Resultate gedenkt man zu erzielen, wenn man uns hindert, die Frage der socialen Gleichberechtigung in Ruhe zu studiren, welche unausbleiblich die Bestrebungen des 19. Jahrhunderts krönen wird?

Man erreicht nur, dass *die Kluft tiefer und tiefer werde und das Mittel, das gefunden werden muss, sich immer gründlicher gestalte*. Es ist unnütz, wenn man sich bemüht, aus kleinen Industriellen und den landschaftlichen Arbeitern die Pfeiler der gegenwärtigen Staatsordnung zu schaffen, denn ihr ausdrücklicher Charakter besteht darin, die Gewalt zu Diensten der industriellen Feudalität zu halten, die heute ebenso verhasst ist, als ehedem die adelige mit ihrem Landbesitz.

Das Volk will vor Allem Volksregierung ohne Einmischung des Erretters, d. i. die vollständige Freiheit. Weiter: die Abschaffung des *Wuchers*, der *Monopole*, der Gehälter, der stehenden Heere, den vollständigen Volksunterricht und alle andern nöthigen Reformen, mittelst welcher die Gleichheit in allen Richtungen herzustellen ist. Wie immer Ihr Urtheil ausfallen mag, halten wir, wie bisher, an unseren republikanisch-socialistischen Ueberzeugungen fest; wir bleiben treu und ergeben der I. und aus den Erfolgen, die Ihre Verurtheilung haben wird, werden Sie ersehen, dass diese grosse Gesellschaft eine *Idee* und eine *Kraft* in sich schliesst, an welcher die Verläumdungen und Verfolgungen der Conservativen sich brechen werden, weil die I. auf Wahrheit und Gerechtigkeit beruht.

Sie ist besonders desshalb unbesiegbar, weil sie zur Devise hat: „Die sociale und universelle Republik.“

Für einen Arbeiter, einen Kupferschmied, eine erstaunliche Rede! Welches Siegesbewusstsein und welche erdrückende Logik

an vielen Stellen! Und hat er nicht Recht? Hat die Verurtheilung etwa die Commune gehindert?

Diese Bewegung ist, man glaube es mir, der Polizei und dem Staatsanwalt entwachsen und wird auf die Dauer dem Kriegsminister über den Kopf wachsen. Der Handels- Finanz- und Minister des Innern, die müssen sie unterdrücken durch Reformen.

Wer die Katholiken für dumm verkauft, der irrt sich, wie es unsere Liberalen thun. Ein solcher, Herr de Jaer, sagte Juli 1871 in der „Économie Chrétienne“: „Die Bewegung existirt. Den Katholiken bleibt nur übrig, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie zu leiten.“ Dasselbe rufe ich heute zum tausendsten Male dem deutschen Reich, den Hohenzollern, Herrn von Bismarck zu. Thun sie es nicht — die Bewegung wird drum nicht stille stehen, sondern sich gegen sie kehren. Die jetzt angeordneten politischen Mittel sind in diesem Kampf eben unzulänglich. Aus jenem Process ist noch der Hohn bemerkenswerth, mit dem Frankel, der nachher in der Commune eine so grosse Rolle spielte, dem Präsidenten die Harmlosigkeit der I. schilderte. Gelegentlich der Strikes sagte er, die Rolle der Capitalisten und der I. bei den Strikes erinnern ihn an die Fabel vom Lamm und Wolf an der Quelle, die er ausführlich erzählte. Der Präsident fragte ganz erstaunt: „Das Lamm ist die I.?“ Frankel: „Und der Wolf, das ist der Capitalist.“ Nach 9 Monaten, gerade so viel Zeit, als der Mensch gebraucht, um zu entstehen, hatte das Lamm merkwürdig scharfe Zähne erhalten!

Anlässlich dieses Processes erliess der G.-R., welcher schon am 25. Januar 1870 ein Rundschreiben über die Lage Frankreichs erlassen hatte, worin er sagte, dass es dort unmöglich sei, ein Central-Comité zu bilden und somit der G.-R. beschlossen habe, jede Arbeitergesellschaft als Mitglied der I. zu betrachten, welche einen directen Correspondenten für den G.-R. in London bestimmen — abermals eine Proclamation, die ich mit den Unterschriften folgen lasse, weil es interessant ist, die Namen der Männer zu kennen, die in der nun folgenden wichtigen Zeit die Leitung der officiellen I. in der Hand hatten. Dass ausser jenen Bakunin im Süden Frankreichs wirkte, wissen wir schon. Die Proclamation lautet:

„Bei Gelegenheit des letzten vorgeblichen Complots (Bomben-Complot Orsini) hat die französische Regierung nicht allein viele Mitglieder unserer Pariser und Lyoner Sectionen arretirt, sondern auch in ihren Organen behauptet, dass die internationale Arbeiterassociation eine Verbündete des vorgeblichen Complots sei.

Nach dem Wortlaut unsrer Statuten ist es freilich die specielle Aufgabe aller unsrer Branchen in England, auf dem Continent und in den Vereinigten Staaten, nicht allein als Mittelpunkt für die Organisation der Arbeiterklasse zu dienen, sondern auch alle politischen Bewegungen, welche unser Endziel, die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse zu verwirklichen streben, in ihren verschiedenen Ländern zu unterstützen. Allein gleichzeitig verpflichten unsere Statuten alle Sectionen unserer Association, öffentlich zu handeln. Wären die Statuten über

diesen Punkt nicht klar, so würde dennoch das Wesen einer Association, die sich mit der Arbeiterklasse selbst identificirt, jede Möglichkeit der Form geheimer Gesellschaften ausschliessen. Wenn die Arbeiterklassen conspiriren, die die grosse Masse jeder Nation bilden, die allen Reichthum erzeugen und in deren Namen selbst die usurpirenden Gewalten vorgeblich regieren, so conspiriren sie öffentlich, wie die Sonne gegen die Finsterniss conspirirt, in dem vollen Bewusstsein, dass ausserhalb ihres Bereichs keine legitime Macht besteht. Wenn die andern Umstände des Complotts, welches die französische Regierung denuncirt, ebenso falsch und unbegründet sind, als ihre Insinuation gegen die internationale Arbeiterassociation, so wird dieses letzte Complott seinen zwei Vorgängern — grotesken Andenkens — würdig zur Seite stehen. Die lärmenden Gewaltmassregeln gegen unsre französischen Sectionen sind ausschliesslich berechnet, einem einzigen Zweck zu dienen — der Manipulation des Plebiscits.

Im Auftrag des G.-R. der internationalen Arbeiterassociation:

Robert Applegarth, Vorsitzender. Karl Marx, Secretär für Deutschland. Eugen Dupont, Secretär für Frankreich. R. Serraillier, Secretär für Belgien. Hermann Yung, Secretär für die Schweiz. G. Ajassa, Secretär für Italien. J. Cohn, Secretär für Polen. — G. Harris, B. Lucraft, Ph. Mothershead, Finanzausschuss. — Giovanni Bora. John Hales. William Hales. Friedrich Lessner. George Milner. Charles Murray. Rühl. William Townshend. John Weston.

Johann Georg Eccarius, Generalsecretär.

256 High Holborn London W. C., den 3. Mai 1870.“

Man erinnert sich, dass die Staatsanwaltschaft Anfangs versuchte, diesen Process gegen die Internationalen mit dem gegen die Jakobiner des Orsini'schen Bomben-Complotts zusammen zu werfen. Dagegen dieser Protest.

Am 9. Juli wurde das Urtheil in dem Process der Pariser Internationalen gesprochen. Sieben Angeklagte: Varlin, Malon, Murat, Johannard, Pindy, Combault, und Héligon wurden der Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft für überführt erachtet, und je zu einem Jahre Gefängniss, 100 Franken Strafe und einjährigem Verlust der bürgerlichen Rechte; 27 Angeklagte, nämlich Avrial, Sabourdy, Franquin, Passedouet, Rocher, Langevin, Pagnerre, Robin, Leblanc, Carle, Allard, Theiss, Callot, Casse, Chalain, Mangold, Ancel, Bertin, Boyer, Arode, Delacour, Durans, Duval, Fournaise, Leo Frankel, Giot und Malezieux wurden wegen Theilnahme an einer unerlaubten Genossenschaft zu je zwei Monaten Gefängniss und 50 Franken Strafe verurtheilt, und vier Angeklagte endlich, nämlich Duyaucquié, Flahault, Assi und Landeck wurden freigesprochen.

Bevor noch die Strafe der letzten 27 abgelaufen war — existirte das Kaiserreich nicht mehr!

Fast spurlos ging die Nachricht von diesem Urtheil hin in dem Lärm, welcher dem Kriege voranging.

Die Haltung der I. gegen den Krieg ist bekannt. Sie verwirft ihn, wenn er nicht die Herstellung der socialen Republik zum Ziele hat. Auf ihren Congressen hatte sie sich consequent gegen den Krieg ausgesprochen. Man vergleiche Bd. I. S. 117.

Auf demselben Congress zu Brüssel hatte Tolain folgende Resolution vertheidigt:

„Der Congress, in Erwägung, dass die Beziehungen zwischen den natürlichen Gruppen, Völkern und Nationen ebenso, wie zwischen den einzelnen Bürgern, durch Gerechtigkeit geregelt sein müssen; dass der Krieg stets nur das Recht des Stärkeren übt, nicht eine Weihe der Gerechtigkeit; dass er nur ein Mittel ist, die Völker den privilegirten Klassen, oder den Regierungen, welche sie vertreten, zu unterwerfen; dass er den Despotismus stärkt, die Freiheit erstickt (die letzten Kriege in Deutschland und Italien beweisen es); dass er Trauer und Ruin der Familien, überall Demoralisation verbreitet, die Unwissenheit und das Elend unterhält und verewigt; dass das Geld und Blut der Völker stets nur dazu gedient hat, die rohen Triebe des Menschen im Naturzustand zu unterhalten; dass in einer auf die Arbeit und Production gegründeten Gesellschaft die Gewalt nur der Freiheit und dem Recht jedes Einzelnen dienstbar gemacht werden; dass sie nur eine Garantie, nicht eine Unterdrückung sein darf, sei es auch nur für ein einziges nützliche Mitglied der Gesellschaft; dass im gegenwärtigen Zustand Europas die berechtigten Interessen der Arbeiter nicht von den Regierungen vertreten sind: Erklärt der zu Brüssel versammelte Congress der internationalen Arbeiterverbindung: Dass er mit grösster Energie gegen den Krieg Protest erhebt. Er fordert alle Sectionen der Association auf, jede in ihrem Lande besonders, ihrem Beschluss beizutreten, — sowie alle Arbeitergesellschaften und Gruppen, welcher Art sie auch sein mögen, — dass man mit der grössten Thätigkeit und Energie darauf hinwirke, um durch den Druck der öffentlichen Meinung einen Volkskrieg zu verhindern, welcher heuzutage nur als ein Bürgerkrieg angesehen werden könnte, weil ein solcher, von Producenten gegen einander geführt, nur ein Kampf zwischen Brüdern und Mitbürgern wäre."

Diesen Principien blieb die I. treu. Obschon ihre Führer vom 9. Juli verurtheilt waren, war sie in Frankreich so gut organisirt, dass ihr Pariser Zweig schon am 12. Juli eine Proclamation gegen den Krieg erlassen konnte. Sie lautet:

„Der Krieg für eine Frage des Uebergewichtes oder für dynastische Interessen ist in den Augen der Arbeiter nur mehr eine verbrecherische Absurdität. In Beantwortung der kriegerischen Rufe, welche von denen ausgehen, die stets die Blutsteuer erhöhen und in dem öffentlichen Unglück eine Quelle für neue Speculationen finden, erheben wir, die wir den Frieden, die Arbeit und die Freiheit wollen, Protest. Wir protestiren gegen die systematische Zerstörung der menschlichen Race, gegen die Plünderung des Volksvermögens, das nur dazu dienen soll, den Boden und die Industrie zu befruchten, gegen die Vergiessung des Blutes, das zur verabscheuenswerthen Befriedigung der Eitelkeit, der Eigenliebe, des verletzten monarchischen Ehrgeizes dahingegeben wird. Mit aller Energie erheben wir Protest gegen den Krieg als Menschen, als Arbeiter, als Bürger. Der Kampf weckt nur wilde Instincte und Nationalhass, er ist das versteckte Mittel der Regierenden zur Unterdrückung der öffentlichen Freiheit. Der Krieg ist die Zerstörung des Reichthums, welcher das Resultat unserer täglichen Arbeit ist. Deutsche Brüder! Im Namen des Friedens hört nicht die Stimme der bezahlten oder servilen Federn, welche Euch über den wahren Geist Frankreichs zu täuschen suchen. Bleibt taub bei den unsinnigen Provocationen, denn Krieg zwischen uns würde Bruderkrieg sein. Bleibt ruhig, wie es ein tapferes und beherztes

Volk bleiben kann, ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Unsere Spaltung würde nur auf beiden Seiten des Rheines den Triumph des Despotismus fördern. Brüder in Spanien! Auch wir glaubten vor 20 Jahren die Morgenröthe der Freiheit anbrechen zu sehen. Möge die Geschichte unserer Fehler Euch mindestens zum warnenden Beispiel dienen. Da Ihr heute Meister bei Euch seid, beugt Euch nicht wie wir, unter eine Vormundschaft. Die Unabhängigkeit, die Ihr bereits mit Eurem Blute besiegelt habt, ist das höchste Gut. Glaubt uns, ihr Verlust ist für mündige Völker Ursache der bittersten Vorwürfe und der fressendsten Reue. Arbeiter aller Länder, was auch aus unseren gemeinsamen Anstrengungen hervorgehen möge, wir, die Mitglieder der internationalen Arbeitervereinigung, kennen keine Grenzen mehr, und bieten Euch als Pfand unlöslicher Solidarität die Wünsche und Grüsse der Arbeiter Frankreichs."

Der G.-R. erliess am 23. Juli folgendes Manifest:

„In der Inaugural-Adresse der internationalen Arbeiterassociation vom November 1864 sagten wir:

„Wenn die Emancipation der arbeitenden Klassen ihr brüderliches Zusammenwirken erheischt, wie sollen sie diese grosse Mission erfüllen gegenüber einer auswärtigen Politik, welche mit nationalen Vorurtheilen spielend, frevelhafte Pläne verfolgt, und in räuberischen Kriegen des Volkes Blut und Schätze vergeudet?"

Wir definirten die von der internationalen Arbeiterassociation erstrebte auswärtige Politik mit den Worten: „Macht die einfachen Gesetze der Moral und Gerechtigkeit, welche die Beziehungen der Privatpersonen regeln sollten, als oberste Norm für den Verkehr der Nation geltend."

Kein Wunder, dass Louis Bonaparte, welcher seine Gewalt durch Ausbeutung des Klassenkampfes in Frankreich usurpirte und durch periodische Kriege nach Aussen behauptete, von Anfang an die internationale Arbeiterassociation als gefährlichen Feind behandelt hat. Am Vorabende des Plebiscits befahl er eine Razzia gegen unsere Verwaltungscomités in ganz Frankreich — in Paris, Rouen, Lyon, Marseille etc. — unter dem Vorwand, die I. sei eine geheime Gesellschaft, mit einem Complott zu seiner Ermordung beschäftigt, — ein Vorwand, dessen ganze Abgeschmacktheit bald nachher von den imperialistischen Gerichten selbst blossgestellt ward.

Was war das wirkliche Verbrechen der französischen Zweige der Internationalen? Sie sagten dem französischen Volk öffentlich und nachdrücklich: für das Plebiscit stimmen, heisst stimmen für Despotismus im Innern und für Krieg nach Aussen! Ihr Werk war es in der That, dass das Proletariat sich in allen grossen Städten, in allen industriellen Centern Frankreichs wie Ein Mann erhob, um das Plebiscit zu verwerfen. Unglücklicher Weise sank die Wagschale unter der Wucht der bäuerlichen Unwissenheit.

Die Börsen, die Cabinete, die herrschenden Klassen und die Presse Europas feierten das Plebiscit als einen glänzenden Sieg des französischen Kaisers über die französischen Arbeiter; es war das Signal zum Meuchelmord nicht eines Individuums, sondern ganzer Nationen.

Das Kriegscomplott vom Juli 1870 ist nur eine verschlechterte Auflage des Staatsstreichs vom December 1851. Auf den ersten Blick schien die Sache so aberwitzig, dass Frankreich nicht an ihren Ernst glaubte: es glaubte vielmehr dem Abgeordneten, der das ministerielle Kriegsgeschwätz als blosses Börsenmanöver denuncirte. Als endlich am 15. Juli der Krieg officiell im gesetzgebenden Körper angekündigt ward, verweigerte die gesammte Opposition die Bewilligung der vorläufigen Geldmittel: selbst Thiers brandmarkte den Krieg als verabscheuenswürdig, alle unabhängigen Blätter von Paris verdammten ihn und — wunderbar zu erzählen — die Provinzialpresse stimmte ihnen fast einstimmig bei.

Mittlerweile waren die Mitglieder der I. wieder ans Werk gegangen. Im „Reveil" vom 12. Juli veröffentlichten sie ein Manifest „An die Arbeiter aller Nationen", dem wir nachfolgende wenige Stellen entnehmen: „Noch einmal, sagen sie, bedroht politischer Ehrgeiz den Frieden der Welt unter dem Vor-

**wand des europäischen Gleichgewichts, der nationalen Ehre! Französische,** deutsche, spanische Arbeiter! Lasst uns unsere Stimmen vereinen in Einem Ruf zur Verwerfung des Kriegs! — Krieg für eine Frage des Uebergewichts oder für dynastische Interessen kann in den Augen der Arbeiter nur eine verbrecherische Narrheit sein. In Antwort auf die kriegerischen Proclamationen derer, die sich selbst von der Blutsteuer ausnehmen und in öffentlichem Unglück nur eine Quelle frischer Speculation finden, protestiren wir feierlich, dass wir Frieden, Freiheit, Arbeit wollen! . . . Brüder in Deutschland! Unsere Spaltung würde nur auf beiden Seiten des Rheins den vollständigen Triumph des Despotismus herbeiführen. . . . Arbeiter aller Länder! Was auch immer für den Augenblick das Ergebniss unserer gemeinsamen Anstrengungen sein möge, wir, die Mitglieder der internationalen Arbeiterassociation, wir kennen keine Grenzen und senden Euch als ein Pfand unauflöslicher Solidarität die guten Wünsche und die Grüsse der Arbeiter Frankreichs!"

Dem Manifest unserer Pariser Section folgten zahlreiche ähnliche Adressen, von denen wir hier nur noch die Erklärung von Neuilly-sur-Seine, veröffentlicht in der „Marseillaise" vom 22. Juli citiren können: „Ist der Krieg gerecht? Nein! Ist der Krieg national? Nein! Es ist ein rein dynastischer Krieg. Im Namen der Humanität, der Demokratie und der wirklichen Interessen Frankreichs geben wir dem Protest der I. gegen den Krieg unsere vollste und energischste Zustimmung."

Die Proteste drückten die wirkliche Gesinnung der französischen Arbeiter aus, wie ein sonderbarer Vorfall kurz darauf bewies. Die Mitglieder der „Gesellschaft vom 10. December", deren Organisation noch aus der Zeit von Louis Bonapartes Präsidentschaft stammt, waren als Blousenmänner verkleidet auf die Strassen von Paris losgelassen worden, um dort die Verzerrungen des „Kriegsfiebers" aufzuführen. Diesen falschen Brüdern antworteten die ächten Arbeiter der Faubourgs mit so überwältigenden Friedensdemonstrationen, dass der Polizeipräfect Pietri es für klug hielt, sofort alle weitere Strassenpolitik zu verbieten, unter dem Vorwand, das loyale Volk von Paris habe seinem glühenden Patriotismus und überschwänglichen Kriegsenthusiasmus hinlänglich Luft gemacht.

Welchen Verlauf auch immer der Krieg Louis Bonaparte's mit Preussen nehme, d i e T o d t e n g l o c k e d e s z w e i t e n K a i s e r r e i c h s h a t b e r e i t s i n P a r i s g e l ä u t e t. Es wird enden, wie es begann, mit einer Parodie. Aber lasst uns nicht vergessen, dass es die Regierungen und herrschenden Klassen Europas sind, die Bonaparte befähigten, 18 Jahre lang die infame Farce des wiederhergestellten Empire zu spielen!

Auf deutscher Seite ist der Krieg ein Vertheidigungskrieg. Aber wer versetzte Deutschland in die Lage, sich vertheidigen zu müssen? Wer rief in Louis Bonaparte die Versuchung eines Angriffs auf Deutschland wach? Preussen. Hatte Bismarck nicht mit eben diesem selben Louis Bonaparte conspirirt, um die populäre Opposition zu Hause niederzuschlagen und Deutschland an die Dynastie der Hohenzollern zu annectiren? Wenn die Schlacht von Sadowa verloren, statt gewonnen worden, hätten französische Bataillone Deutschland überrannt, als Preussens Alliirte. Nach dem Sieg träumte Preussen einen Augenblick davon, einem geknechteten Frankreich ein freies Deutschland entgegenzustellen! Ganz im Gegentheil. Während es sorgfältig alle eingeborenen Schönheiten seines alten Regimes erhielt, pfropfte es ihm zugleich alle Charaktere des zweiten Kaiserreichs auf, seinen wirklichen Despotismus und seinen Pseudo-Demokratismus, seine politischen Kniffe und seine finanziellen Schwindel, seine hohlklingende Phrase und seine niedrige Taschenspielerkunst. Das bonapartistische Regiment, das bis dahin nur auf dem einen Ufer des Rheins geblüht, hatte jetzt auf dem anderen sein Konterfay erhalten. Was anders konnte aus einem solchen Zustand hervorgehen, als Krieg?

Wenn die deutschen Arbeiter es erlauben, dass der gegenwärtige Krieg seinen streng defensiven Charakter verliert und in einen Krieg gegen das französische Volk ausartet, wird Sieg oder Niederlage sich gleich verhängnissvoll erweisen. Alles Elend, welches Deutschland nach den Unabhängigkeitskriegen erlitt, würde mit verdoppelter Heftigkeit wiederkehren. Aber die Principien der internationalen Arbeiterassociation sind unter den deutschen Arbeitern zu

weit verbreitet und zu tief gewurzelt, um ein so trauriges Ergebniss zu befürchten. Die Stimme der französischen Arbeiter hat wiedergehallt in Deutschland.

Ein Massenmeeting von Arbeitern, abgehalten zu Braunschweig am 16. Juli, drückte seine volle Zustimmung mit dem Pariser Manifest aus, stiess den Gedanken eines nationalen Gegensatzes zu Frankreich von sich, und nahm eine Resolution an, in der es heisst: „Wir sind gegen alle Kriege, ganz besonders gegen die dynastischen Kriege. —— Mit lebhaftem Bedauern müssen wir jetzt den Vertheidigungskrieg als ein unvermeidliches Uebel anerkennen, wir fordern jedoch das gesammte Volk auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, dass die Wiederkehr eines solchen socialen Unglücks für alle Zeiten dadurch unmöglich gemacht werde, dass dem Volk selbst die Entscheidung über Krieg und Frieden, wie überhaupt das vollste Selbstbestimmungsrecht wird."

In Chemnitz nahm eine Versammlung von Delegirten, die zusammen 50,000 sächsische Arbeiter vertraten, eine Resolution an, des Inhalts: „Im Namen der deutschen Demokratie, und namentlich der Mitglieder der socialdemokratischen Arbeiterpartei, erklären wir den gegenwärtigen Krieg für einen ausschlieslich dynastischen . . Mit Freuden ergreifen wir die Hand, welche die französischen Arbeiter uns dargeboten haben. Eingedenk der Losung der internationalen Arbeiterassociation: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! werden wir nie vergessen, dass die Arbeiter aller Länder unsere Freunde, und die Despoten aller Länder unsere Feinde sind." — Der Berliner Zweig der Internatiole hat ebenfalls das Pariser Manifest beantwortet: „Mit Herz und Hand, sagen sie, schliessen wir uns Eurem Protest an . . . Feierlich versprechen wir, dass weder das Schmettern der Trompeten noch der Donner der Kanonen, weder Sieg noch Niederlage uns von unserm gemeinsamen Streben für die Vereinigung der Arbeiter aller Nationen ablenken soll." So sei es!

Im Hintergrund des gegenwärtigen selbstmörderischen Kampfes lauert die düstre Gestalt Russlands. Es ist ein verhängnissvolles Zeichen, dass das Signal dieses Kriegs gerade im Augenblicke gegeben war, wo die moskowitische Regierung ihre strategischen Eisenbahnlinien vollendet hatte, und schon Truppen in der Richtung des Pruth zusammenzuziehen begann. Alle Sympathien, welche die Deutschen mit Recht in einen Vertheidigungskrieg wider bonapartistischen Angriff beanspruchen können, würden sofort verscherzt sein, wenn sie der Preussischen Regierung erlaubten, die Hilfe der Kosaken anzurufen oder anzunehmen. Möge Deutschland nicht vergesssn, dass es nach seinem Unabhängigkeitskrieg gegen den ersten Napoleon Generationen hindurch ohnmächtig zu den Füssen des Czaren lag!

Die englischen Arbeiter reichen den Arbeitern Frankreichs und Deutschlands die Bruderhand. Welche Wendung auch dieser Krieg nehmen mag, sie sind fest überzeugt: die Alliance der Arbeiter aller Länder wird schliesslich den Krieg tödten. Die blosse Thatsache, dass während das officielle Frankreich und Deutschland in einen brudermördischen Krieg stürzen, die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands einander Botschaften des Friedens und der Freundschaft zusenden, — diese grosse Thatsache, beispiellos in der Geschichte der Vergangenheit, eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft. Sie beweist, dass, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnsinn, eine neue Gesellschaft ersteht, deren internationales Gebot der Friede sein wird, weil die nationale Macht überall dieselbe — die Arbeit.

Der Generalrath der internationalen Arbeiterassociation: Applegarth, Robert. Mottershead, Thomas. Boon, M. John. Murray, Charles. Bradnich, Friedrich. Odger, George. Cowell, Stepney. Parnell, James. Hales, John. Pfänder, Karl. Hales, William. Rühl. Harris, George. Lessner, Friedrich. Shepherd. Le Greulier. Stoll. Lintern. Schmutz. Milner, George. Zownshend, William.

Correspondirende Sekretäre: Karl Marx für Deutschland. Eugene Dupont für Frankreich. A. Serraillier für Holland, Belgien und Spanien. Hermann Jung für die Schweiz. Giovanni Bora für Italien. Zevy Maurice für Ungarn. Anton Zabicki für Polen. Jakob Cohn für Dänemark. I. Georg Eccarius für die vereinigten Staaten.

Benjamin Lucraft, Vorsitzender. John Weston, Schatzmeister. I. Georg Eccarius, Generalsekretär.

London, den 23. Juni 1870. Office 256, High Holborn W. C."

Die I. verhielt sich also, abgesehen von Protestationen gegen den Krieg überhaupt, zunächst passiv. Becker stellt ihr im August 1870 folgendes Zeugniss aus, das beweist, wie der nationale Patriotismus selbst damals keine Gewalt mehr über die von der I. bearbeiteten Arbeiter hatte:

„Dank dem Kriege, der der Welt unzweideutig gezeigt hat, dass die Arbeiterklasse die alleinige Trägerin der Interessen der Humanität ist! Kann doch ohne Frieden keine Arbeit, ohne Arbeit keine Wohlfahrt, ohne Wohlfahrt keine Freiheit, ohne Freiheit keine Gerechtigkeit, und wiederum ohne Gerechtigkeit kein Friede bestehen!

Ja, die Arbeiterklasse aller Länder, wie sie in der internationalen Arbeiterassociation repräsentirt ist, hat sich von allem Chauvinismus frei zu halten gewusst, gegen den Völkerkrieg protestirt und sich über Berge und Meere die Hand des Friedens und der Brüderlichkeit gereicht. Sie erkennt nicht nur im ausländischen, sondern auch im einheimischen Gewaltstaat einen argen und gemeinschaftlich zu überwindenden Feind. „Fremde“ sieht sie nur in den Vertretern der Capitalmacht — der Bourgeoisie — mit welchen sie schon lange im Kampfe liegt, und die sie jetzt ihre national-politischen Purzelbäume schlagen lässt, um, Gewehr bei Fuss, die Folgen des Kriegs abzuwarten und dieselben, wenn die rechte Stunde geschlagen, zum Nutzen der Menschheit auszubeuten.

Die Grenzveränderungen haben für die Arbeiterklasse keine Bedeutung, aber die Aufhebung aller politischen Staatsmachtsgrenzen für sie den höchsten Werth; sie wird keine locale, politisch-nationale, sondern eine universale, politisch-sociale Revolution machen. Sie hat das Gebäude der alten Welt umzustossen, und für eine neue Welt eines aufzurichten.“

Er sah, wie Marx in dem Manifest vom Juli, das Kaiserthum wanken, aber er hoffte, obschon auf eine Republik, noch nicht auf den definitiven Sieg des Socialismus. Denn er sagt:

„Weil die Bourgeoisie die culturgeschichtliche Initiative verloren, mit dem Proletariat in socialökonomischem Krieg lebt, wird es wohl jetzt für die Errichtung einer blauen Republik zu spät, und weil das Proletariat seine Organisation noch nicht vollendet, die socialdemokratischen Grundsätze noch nicht genügend verallgemeinert, für die Errichtung einer rothen Republik zu früh sein.

Die radikale Umgestaltung der alten Gesellschaft zur Einweihung einer neuen Geschichtsepoche braucht Zeit und ist das Werk von Generationen. Die Umstände erheischen es, vorläufig noch die alte Geschichte in ihrer Art auslaufen zu lassen.“

Hatte der G.-R bis September Deutschland, als den angegriffenen Theil, für im Rechte der Vertheidigung befindlich, erklärt, so änderte er nach Sedan plötzlich seine Taktik. Er verlangte den Friedensschluss und die Anerkennung der französischen Republik. Er wendet sich in der Proclamation, welche folgt, zuerst an die deutschen Arbeiter.

Doch kannte Marx die Welt zu gut, um zu hoffen, dass das Braunschweiger Manifest einen unmittelbaren Erfolg haben werde. Dies Manifest lautet:

„Manifest des Ausschusses der socialdemokratischen Arbeiterpartei.

An alle deutschen Arbeiter!

Eine neue unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden. Nach zwanzigjährigem schmachvollen Bestehen des zweiten Kaiserreichs hat sich das französische Volk in der Stunde der grössten Bedrängniss ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich zwanzig Jahre hat knechten lassen und der endlich diese Bedrängniss auf Frankreich herabbeschworen. Ein „Hurrah“ der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiss. So lange die napoleonischen Söldnerschaaren Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den „Vertheidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands“ zu führen. Ein solcher Vertheidigungskrieg schliesst nicht aus, dass man den Feind angreife; er schliesst, wie jeder Krieg, ein, dass Letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mussten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in grossartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiss können wir stolz darauf sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören. Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewusstsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, „der so leicht der Menschen Geister berückt,“ sondern kühl und besonnen uns zu fragen nach dem, was wir jetzt zu thun. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muss und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muss und wird die Erklärung der Napoleoniden zurückziehen.

War es das französische Volk, das uns den Krieg erklärte? Nein! Der Napoleonide war es; von ihm hat das deutsche Schwert nunmehr Frankreich befreit und Frankreich hat mit ihm endgültig gebrochen. Lassen wir uns nicht beirren durch den Umstand, dass das siegreiche Vorschreiten der deutschen Heere dem Kriege mehr und mehr die Herzen der Franzosen gewann. Eine grosse Nation kann den Feind auf ihrem Boden unmöglich lange erdulden. So berechtigt die Begeisterung war, die das deutsche Volk in dem Gedanken einte, dass die Unantastbarkeit des deutschen Bodens und die Unabhängigkeit des deutschen Vaterlandes zu wahren seien, so erklärlich ist es, dass Frankreich, zeitweilig den Mann vergessend, der sein Unglück verschuldet, nur daran dachte, das Land von dem Feinde zu befreien. Dieser Gedanke wird auch heute, wo Frankreich wieder Herr seiner Geschicke geworden, die französischen Herzen beherrschen. Aber die heutige Volksregierung wird sich dessen bewusst sein, dass das französische und das deutsche Volk zwei Brudervölker sind, die beide dieselben Interessen, die beide die heilige Pflicht haben, im Geiste der Neuzeit zusammen zu gehen und in den Künsten des Friedens zu wetteifern. Die heutige Volksregierung wird Frankreich von dem „Feinde“ zu befreien suchen durch den Frieden.

Aber dieser Frieden muss für diese Regierung möglich sein, d. h. es muss ihr ein ehrenvoller Frieden gestattet werden. Wahrlich, Frankreich ist dafür, dass es die Schmach des zweiten Kaiserreiches so lange geduldet, genugsam gestraft, und eine Pflicht des deutschen Volkes ist es, ja in seinem eigenen Interesse liegt es, einen ehrenvollen Frieden der französischen Republik zu gewähren. Es ist die Pflicht des deutschen Volkes, denn auch das deutsche Volk wird sich dessen bewusst sein, dass es nicht seine Aufgabe sein kann, einem grossen Brudervolke den Fuss auf den Nacken zu setzen, noch in gegenseitigen Kämpfen sich aufzureiben, sondern es dieselbe Pflicht hat, wie Frankreich gegen Deutschland, die Pflicht, gemeinsam mit Frankreich im Geiste der Neuzeit zu wirken. Im Interesse Deutschlands liegt ein ehrenvoller Frieden mit Frankreich, denn ein schimpflicher Frieden würde Nichts sein, als ein Waffenstillstand, geschlossen bis dahin, wo Frankreich sich wieder stark genug fühlt, den Schimpf von sich abzuwälzen. Vor Allem aber ist es die Pflicht der

deutschen Arbeiter, denen die Einheit der Interessen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zur heiligen Ueberzeugung geworden ist, die in den französischen Arbeitern nur ihre Brüder sehen, mit denen gleiches Loos und gleiches Streben sie theilen, einen solchen Frieden für die französische Republik zu verlangen. An den deutschen Arbeitern ist es, auszusprechen, dass sie, im Interesse Frankreichs und Deutschlands, nicht gesonnen sind, eine Beschimpfung des französischen Volkes zu dulden, nachdem dasselbe sich endgültig von dem infamen Friedensbrecher losgesagt.

Die deutschen Arbeiter haben daher sofort in Masse ihre Stimme zu erheben für einen ehrenvollen Frieden mit dem französischen Volke.

Kommt der Frieden jetzt nicht zu Stande, so wird entweder die französische Republik im Blute der Republikaner, im Blute des französischen Volkes erstickt werden — und vor Scham müsste in solchem Falle Deutschland vergehen; — oder aber das freie Frankreich wird wieder, wie zur Zeit der grossen Nation, „die Fremden" glorreich besiegen. Darum nochmals: „Einen ehrenvollen Frieden für Frankreich!"

Aber man sagt uns, es sei zum mindesten nöthig, dass Frankreich Elsass und Lothringen genommen wird.

„Die Militärkamarilla, Professorschaft, Bürgerschaft und Wirthshauspolitik — so schreibt uns einer unserer ältesten und verdientesten Genossen in London — giebt vor, dies sei das Mittel, Deutschland auf ewig vor Krieg mit Frankreich zu schützen. Es ist umgekehrt das probateste Mittel, diesen Krieg in eine europäische Institution zu verwandeln. Es ist in der That das sicherste Mittel, den Militärdespotismus in dem verjüngten Deutschland zu verewigen als eine Nothwendigkeit zur Behauptung eines westlichen Polens, des Elsasses und Lothringens. Es ist das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in einen blossen Waffenstillstand zu verwandeln, bis Frankreich so weit erholt ist, um das verlorene Terrain heraus zu verlangen. Es ist das unfehlbarste Mittel, Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruiniren."

„Die Sch.... und N....., welche diese Garantien für den ewigen Frieden entdeckt haben, sollten doch aus der preussischen Geschichte wissen, aus Napoleons Pferdekur im Tilsiter Frieden, wie solche Gewaltmassregeln zur Stillmachung eines lebensfähigen Volkes gerade das Gegentheil des beabsichtigten Zweckes bewirken. Und was ist Frankreich, selbst nach Verlust von Elsass und Lothringen, verglichen mit Preussen nach dem Tilsiter Frieden!

Wenn der französische Chauvinismus, so lange die altstaatlichen Verhältnisse dauerten, eine gewisse materielle Rechtfertigung hatte in der Thatsache, dass seit 1815 die Hauptstadt Paris und damit Frankreich nach wenigen verlorenen Schlachten Preis gegeben war, welche neue Nahrung wird er nicht erst saugen, sodald die Grenze östlich an den Vogesen und nördlich an Metz liegt.

Dass die Lothringer und Elsasser die Segnungen deutscher Regierungen wünschen, wagt selbst der......... Teutone nicht zu behaupten. Es ist das Princip des Pangermanismus und „sicherer" Grenzen, das proclamirt wird und das von östlicher Seite zu schönen Resultaten für Deutschland und Europa führen würde.

Wer nicht ganz vom Geschrei des Augenblicks übertäubt ist, oder ein Interesse hat, das deutsche Volk zu übertäuben, muss einsehen, dass der Krieg von 1870 ganz so nothwendig einen Krieg zwischen Deutschland und Russland im Schoosse trägt, wie der Krieg von 1866 den Krieg von 1870.

Ich sage nothwendig, unvermeidlich, ausser im unwahrscheinlichen Falle eines vorherigen Ausbruches einer Revolution in Russland.

Tritt dieser unwahrscheinliche Fall nicht ein, so muss der Krieg zwischen Deutschland und Russland schon jetzt als un fait accompli (eine vollendete Thatsache) behandelt werden.

Es hängt ganz vom jetzigen Verhalten der deutschen Sieger ab, ob dieser Krieg nützlich oder schädlich.

Nehmen sie Elsass und Lothringen, so wird Frankreich mit Russland Deutschland bekriegen. Es ist überflüssig, die unheilvollen Folgen zu deuten.

Schliessen sie einen ehrenvollen Frieden mit Frankreich, so wird jener Krieg Europa von der moskowitischen Dictatur emancipiren, Preussen in Deutschland aufgehen machen, dem westlichen Continent friedliche Entwicklung erlauben,

endlich der russischen socialen Revolution, deren Elemente nur eines solchen Stosses von aussen zur Entwicklung bedürfen, zum Durchbruch helfen, also auch dem russischen Volke zu Gute kommen.

Aber ich fürchte, die Sch.... und N..... werden ihr tolles Spiel ungehindert treiben, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht en masse ihre Stimme erhebt.

Diese Vertreter der Annexion werden ihr Spiel nicht ungehindert treiben, und Namens der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei erheben wir hiermit gegen die Annexion von Elsass und Lothringen Protest. Und wir wissen uns Eins mit den deutschen Arbeitern. Die deutschen Arbeiter werden im Interesse Frankreichs wie Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Freiheit, im Interesse der westlichen Civilisation gegen die kosakische Barbarei, die Annexion von Elsass und Lothringen nicht dulden.

Und Deutschland?

Der jetzige Krieg — so schreibt unser Genosse — eröffnet dadurch eine neue weltgeschichtliche Epoche, dass Deutschland bewiesen hat, dass es selbst mit Ausschluss von Deutsch-Oesterreich fähig ist, unabhängig vom Auslande, seine eigenen Wege zu gehen. Dass es zunächst seine Einheit in der preussischen Kaserne findet, ist eine Strafe, die es reichlich verdient hat. Aber ein Resultat ist selbst so unmittelbar gewonnen. Die kleinlichen Lumpereien, wie z. B. der Conflict zwischen nationalliberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen werden nicht länger nutzlos im Wege stehen. Die Verhältnisse werden sich auf grossem Massstab entwickeln und vereinfachen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse dann nicht die ihr zukommende historische Rolle spielt, ist es ihre Schuld. Dieser Krieg hat den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt. Damit haftet grössere Verantwortlichkeit auf der deutschen Arbeiterklasse.

Kameraden! Deutsche Arbeiter! Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, dass die deutsche Arbeiterklasse ihre historische Rolle spielen wird, auch wenn uns die Freude über das verjüngte Deutschland, das nach unserem Willen indess nicht auf lange die Einheit allein in der preussischen Kaserne finden soll, ausbrechen lässt in den Ruf:

„Es lebe Deutschland!"

Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, treu mit unseren arbeitenden Brüdern in allen civilisirten Ländern in allen Kämpfen um die gemeinsame Sache zusammenzustehen!

„Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!"

Und wenn wir jetzt sehen, wie wieder ein grosses Volk seine Geschicke in seine Hände genommen, wenn wir heute die Republik nicht allein mehr sehen in der Schweiz und jenseits der Meere, sondern auch faktisch Republik in Spanien, Republik in Frankreich, so lasset uns ausbrechen in den Ruf, der, wenn es auch heute noch nicht sein kann, auch für Deutschland einst die Morgenröthe der Freiheit verkünden wird, in den Jubelruf:

„Es lebe die Republik!"

Braunschweig-Wolfenbüttel, 5. September 1870.

Der Ausschuss.

Unmittelbar darauf wurde bekanntlich der Ausschuss von Vogel v. Falkenstein verhaftet. Die socialdemokratische Arbeiterpartei, erst 1869 gegründet, wurde dadurch führerlos, die Berliner Socialdemokratie war von den Eisenachern heftig angegriffen und verhielt sich ruhig. Marx hatte also Recht. Die deutschen Arbeiter legten der Fortsetzung des Krieges kein Hinderniss in den Weg.

Andererseits rieth Marx dringend den französischen Arbeitern, keinen Versuch zum Umsturz der jetzigen Regierung (Favre-Gambetta) zu machen. Sie sollten zunächst nur die Republik, wenn auch die blaue, sichern helfen.

**Das Actenstück lautet:**

# Der Generalrath der internationalen Arbeiterassociation an alle Sectionen in Europa und Amerika.

In unserm Manifest vom 23. Juli sagten wir: „Die Todtenglocke des zweiten Empire hat bereits geläutet. Es wird enden, wie es begann, mit einer Parodie. Aber lasst uns nicht vergessen, dass die Regierungen und herrschenden Klassen Europas den Louis Bonaparte während 20 Jahren befähigt haben, die infame Farce des restaurirten Kaiserreichs zu spielen."

Vor dem Beginn der wirklichen Kriegsoperationen also war in unseren Augen die imperialistische Schaumblase bereits zerplatzt. — Wenn wir uns nicht getäuscht über die Lebensfähigkeit des zweiten Kaiserreichs, war unsere Befürchtung grundlos, „dass der deutsche Krieg" seinen streng defensiven Charakter verlieren und in einen Krieg gegen das französische Volk ausarten möchte! Der Vertheidigungskrieg hatte thatsächlich seinen Abschluss erreicht mit Louis Bonaparte's Selbstauslieferung, der Capitulation von Sedan und der Proclamation der Republik zu Paris. Aber lange vor diesen Ereignissen, vom selben Augenblicke, als die unglaubliche Fäulniss der imperialistischen Waffen entdeckt war, entschied die preussische Militaircamarilla für Eroberung. Jedoch stand ein widriges Hinderniss im Weg — die Proclamation des Königs Wilhelm, seine Thronrede an den norddeutschen Reichstag, sein Manifest an die französische Nation vom 11. August. Der König hatte feierlich vor aller Welt den Defensivcharakter des Krieges verbürgt. Er hatte angelobt, ihn nicht gegen das französische Volk zu führen, sondern nur gegen den französischen Kaiser und seine Armeen. Wie den frommen Preussenkönig vom gegebenen Wort entbinden! Durch die Stimme des deutschen Volkes. Volkesstimme, Gottesstimme. Zu diesem Behuf genügte ein Wink der Camarilla an die liberale deutsche Mittelklasse mit ihren Professoren, Geschäftsleuten, Bürgermeistern und Zeitungsschreibern. Diese Mittelklasse, die in ihren Kämpfen für bürgerliche Freiheit seit 1846 der Welt ein beispielloses Schauspiel von Entschlusslosigkeit, Kopflosigkeit und Feigheit gegeben hatte, war natürlich hoch entzückt, die europäische Scene als brüllender Löwe des deutschen Patriotismus beschreiten zu dürfen. Sie bewies endlich auch einmal männlichen Unabhängigkeitssinn, indem sie den preussischen Hof durch öffentliche Sturmdemonstrationen zur Ausführung seiner eigenen Geheimpläne zwang. Sie thut Busse für ihren langlebigen Glauben an Louis Bonapartes Infallibilität, indem sie für Zerstückelung der französischen Republik heult. Lauschen wir einen Augenblick den Argumenten dieser hochherzigen Patrioten!

Sie wagen nicht vorzugeben, das Volk von Elsass und Lothringen schmachte nach der deutschen Umarmung. Umgekehrt! Zur Züchtigung seines französischen Patriotismus ist Strassburg während einer ganzen Woche von stammverwandten „deutschen" Bomben in Brand gesteckt und eine grosse Zahl seiner wehrlosen Einwohner getödtet worden, eine vandalische, nutzlos grausame That, da die Stadt Strassburg durch eine von ihr unabhängige Festung beherrscht wird. Jedoch der Boden jener Provinzen gehörte einmal zum weiland heiligen deutschen Reich. Darum scheint es, muss dieser Boden und die Menschen, die er trägt, als unverjährbar deutsches Eigenthum confiscirt werden. Will man die Karte Europas einmal in solch antiquarischer Laune ummodeln, so darf man auch ja nicht vergessen, dass der Kurfürst von Brandenburg für seine preussischen Besitzungen der Vasal der polnischen Republik war.

Die schlaueren Patrioten jedoch fordern Elsass und Lothringen als „materielle Garantie" gegen französische Invasion. Da dieser „gute Grund" viele Schwachköpfe berückt, müssen wir etwas ausführlicher darauf eingehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die allgemeine Configuration des Elsasses, verglichen mit dem gegenüber liegenden Rheinufer und die Gegenwart einer starken befestigten Stadt wie Strassburg, halbwegs zwischen Basel und Germersheim, eine französische Invasion Süddeutschlands sehr begünstigen, während sie umgekehrt eine Invasion in Frankreich von süddeutscher Seite her grosse Hindernisse entgegenstellen. Es unterliegt ebenso wenig einem Zweifel,

dass die Annexation von Elsass und dem deutsch redenden Theil Lothringens die süddeutsche Grenze Süddeutschlands sehr verstärken würde. Sie gäbe ihm die Meisterschaft über den Kamm der Vogesen in seiner ganzen Länge und über die Festungen, welche die niedrigeren, nördlichen Pässe des Gebirges beherrschen. Durch weitere Annexation von Metz wäre Frankreich unzweifelhaft für den Augenblick seiner beiden Hauptoperationsbasen gegen Deutschland beraubt, was es jedoch nicht verhindern würde, eine neue zu Nanzig oder zu Verdun zu errichten. So lange Deutschland Coblenz, Mainz, Germersheim, Rastadt und Ulm besitzt, lauter Operationsbahnen gegen Frankreich, die reichlich im gegenwärtigen Kriege benutzt wurden, mit welchem Schein von Anstand kann es Frankreich Strassburg und Metz missgönnen, seine zwei einzigen wichtigen Festungen auf dieser Seite?

Zudem bedroht Strassburg Süddeutschland nur so lange, als Süddeutschland eine von Norddeutschland getrennte Macht bildet. Von 1792 bis 1795 wurde Süddeutschland niemals von dieser Seite her überfallen, weil Preussen theilnahm am Krieg gegen die französische Nation. Erst von dem Augenblicke, wo Preussen seinen Separatfrieden von 1795 abgeschlossen und den Süden seinem Schicksale überlassen hatte, begannen die Einfälle in Süddeutschland mit Strassburg als Basis und dauerten fort bis 1809. Es ist also Thatsache, dass ein einiges Deutschland Strassburg und jede französische Armee im Elsass unschädlich machen kann durch die Concentration seiner Truppen zwischen Saarlouis und Landau, wie im jetzigen Krieg geschah, und durch Vorrücken oder auch Annahme einer Schlacht, auf der Linie zwischen Mainz und Metz. Während die Masse der deutschen Truppen hier steht, ist jede französische Armee, die von Strassburg nach Süddeutschland vorrückt, überflügelt und in ihren Communicationslinien bedroht. Wenn der jetzige Feldzug irgend etwas bewiesen hat, ist es die Leichtigkeit deutscher Invasion in Frankreich.

Aber ist es überhaupt nicht eine Abgeschmacktheit und ein Anachronismus, militairische Gesichtspunkte zum Princip nationaler Grenzregelung zu machen! Diese Regel einmal angenommen, so gebührt Oesterreich heute noch Venetien und die Mincciolinie, so gebührt Frankreich die Rheinlinie zum Schutz von Paris, das einem Angriff von Nordost sicher mehr ausgesetzt ist, als Berlin einem Angriff von Südwest. Die Bestimmung der Grenzen durch militairisches Interesse führt zu masslosen Ansprüchen, denn jede militairische Linie ist nothwendiger Weise fehlerhaft und bleibt daher stets verbesserungsfähig durch stets erneute Annexation auf dem ihr vorgeschriebenen Territorium. Zudem wird sie dem Eroberten stets dictirt von dem Eroberer. Sie kann daher nie billig und endgültig sein. Sie birgt stets in ihrem Schooss die Saat neuer Kriege.

Das ist die Lehre der ganzen Geschichte. Es verhält sich mit Nationen wie mit Individuen. Um ihnen die Macht des Angriffes zu entziehen, müsst ihr sie der Mittel der Vertheidigung berauben. Ihr müsst sie nicht nur verwunden, sondern morden. Wenn je ein Eroberer „materielle Garantien“ nahm, um die Sehnen einer Nation zu zerbrechen, so that es Napoleon I. durch den Tilsiter Frieden und die Art und Weise, wie er ihn gegen Preussen und den Rest des deutschen Reiches ins Werk setzte. Dennoch, wenige Jahre später, zersplitterte seine gigantische Macht wie ein morsches Rohr am deutschen Volke. Was sind die „materiellen Garantien“, die Preussen in seinen kühnsten Träumen von Frankreich erpressen kann oder zu erpressen wagt, verglichen mit den „materiellen Garantien“, die Napoleon ihm selbst abzwang! Deshalb wird das Resultat nicht minder heillos sein. Die Geschichte wird ihre Vergeltung messen nicht am Umfang der Frankreich aberoberten Quadratmeilen, sondern an der Intensivität des Verbrechens in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Eroberungspolitik wieder herstellen!

Aber, sagen die Wortführer des teutonischen Patriotismus, man muss bei Leibe nicht den Deutschen verwechseln mit dem Franzosen. Was wir verlangen, ist nicht Ruhm, sondern Sicherheit. Die Deutschen sind ein wesentlich friedfertig Volk. In ihrer nüchternen Obhut verwandelt sich die Eroberung selbst aus einer Bedingung künftigen Krieges in ein Pfand ewigen Friedens. Es waren natürlich nicht Deutsche, die ihre Hand befleckten durch die Unterjochung Italiens, die Unterdrückung Ungarns, die Theilung Polens! Ihr jetziges Militairsystem, dass die ganze waffenfähige männliche Bevölkerung in zwei

Kategorien theilt — eine stehende Armee „auf Dienst“ und eine andere stehende Armee „auf Urlaub“, beide vereidet zu passivem Gehorsam gegen Herrscher von Gottes Gnaden, — ein solches Militairsystem ist zweifellos die sicherste Gewähr friedlicher Politik und das höchste Gebild civilisirender Tendenzen! In Deutschland wie in allen andern Ländern, vergiften die Sykophanten der bestehenden Macht die öffentliche Meinung durch den Weihrauch verlogenen Selbstlobes.

Dieselben deutschen Patrioten, die sich so entrüstet gebahren beim Anblick französischer Festungen zu Strassburg und Metz, sehen kein Arg in dem kolossalen System moskowitischer Befestigung zu Warschau, Modlin und Invangorod. Verloren in der Erinnerung an die Schrecken imperialistischer Invasion, vergessen sie die Infamie autokratischer Bevormundung.

Wie im Jahre 1865 Versprechungen ausgetauscht wurden zwischen Louis Bonaparte und Bismarck, so im Jahre 1870 zwischen Bismarck und Gortschakoff. Wie Louis Bonaparte sich geschmeichelt hatte, der Krieg von 1866 werde ihn durch die wechselseitige Erschöpfung Oesterreichs und Preussens zum Schiedsrichter Deutschlands machen, so schmeichelte sich Alexander, der Krieg von 1870 werde ihn durch die wechselseitige Erschöpfung Deutschlands und Frankreichs zum Schiedsrichter des westlichen Continents machen. Wie das zweite Empire den deutschen Nordbund unverträglich mit seiner eigenen Existenz glaubte, so muss sich das autokratische Russland durch ein deutsches Reich unter preussischer Leitung gefährdet glauben. Das ist das Gesetz des alten politischen Systems. Innerhalb seines Bereichs ist der Gewinn des einen Staates der Verlust des andern. Des Czaren überwiegender Einfluss auf Europa wurzelt in seinem traditionellen Halt an Deutschland. In einem Augenblick, wo in Russland selbst vulkanische sociale Kräfte die Grundlage der Autokratie zu unterwühlen drohen, kann der Czar einen solchen Verlust an auswärtigem Prestige ertragen? Bereits wiederholen moskowitische Blätter genau die Sprache der bonapartistischen Blätter nach dem Kriege von 1866. Glauben die teutonischen Patrioten ernsthaft, die Unabhängigkeit, die Freiheit und den Frieden Deutschlands dadurch zu „garantiren,“ dass sie Frankreich in Russlands Arme werfen! Wenn das Glück der deutschen Waffen, die Arroganz des Erfolges und dynastische Intrigue zu einer Territorialberaubung Frankreichs treiben, dann stehen Deutschland nur noch zwei Wege offen. Es muss auf alle Gefahr hin sich zum bewussten Werkzeug russischer Vergrösserungspläne machen, eine Politik, die der Tradition der Hohenzollern entspricht — oder nach kurzer Frist für einen neuen „Vertheidigungskrieg“ bereit sein, nicht einen jener neumodischen „lokalisirten“ Kriege, sondern einen Racenkrieg, einen Krieg mit den verbündeten Slaven und Romanen. Das ist die Friedensperspective, welche die hirnkranken Patrioten der Mittelklasse Deutschland „garantiren“.

Die deutsche Arbeiterklasse, ausser deren Macht es lag, den Krieg zu verhindern, nahm ihn nach seinem Ausbruch entschlossen auf als einen Krieg für die Unabhängigkeit Deutschlands und die Befreiung Europas von dem pestilenzialischen Alp des zweiten Empire. Es sind deutsche Arbeiter von Stadt und Land, welche die Sehnen und Muskeln heroischer Heerschaaren lieferten, während ihre Familien darbend zurückblieben. Decimirt durch die Schlachten im Ausland, wird die Heimat sie noch einmal decimiren durch das Elend. Und die patriotischen Schreier werden ihnen zum Trost sagen, dass das Capital kein Vaterland hat und dass der Arbeitslohn geregelt ist durch das unpatriotische internationale Gesetz der Nachfrage und Zufuhr. Ist es daher nicht die höchste Zeit, dass die deutsche Arbeiterklasse das Wort ergreift und den Herren von der Mittelklasse nicht länger erlaubt, in ihrem Namen zu sprechen, dass sie ihrerseits Garantien verlangt, Garantien, dass sie nicht umsonst die ungeheuersten Opfer gebracht, dass der Sieg über die imperialistische Armee nicht wie nach 1815 in die Niederlage des deutschen Volkes umschlägt. Garantien der Freiheit. Und die ersten dieser Garantien sind ein ehrenvoller Friede für Frankreich und die Anerkennung der französischen Republik.

Der Ausschuss der deutschen social-demokratischen Arbeiterpartei hat bereits am 5. September ein Manifest veröffentlicht, worin er diese „Garantien“ energisch fordert. „Die deutschen Arbeiter,“ sagt er u. A., „werden im Interesse Frank-

reichs und Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Freiheit, im Interesse der westlichen Civilisation gegen die kosackische Barbarei, die Annexion von Elsass und Lothringen nicht dulden.

Leider können wir uns keiner sanguinischen Hoffnung auf ihren unmittelbaren Erfolg hingeben. Konnten die französischen Arbeiter mitten im Frieden nicht den Angreifer hemmen, wie die deutschen Arbeiter den Sieger in Mitte des Waffengeräuschs! Der deutsche Arbeiter-Aufruf verlangt die Auslieferung Louis Bonaparte's als eines gemeinen Verbrechers an die französische Republik. Die deutschen Herrscher beschäftigen sich umgekehrt damit, den erlauchten Gefangenen in die Tulerien zurückzuführen, überzeugt wie sie sind, dass er für die Ruinirung Frankreichs der beste Mann. Wie dem auch sei, die Geschichte wird beweisen, dass die deutsche Arbeiterklasse nicht aus demselben nachgiebigen Stoff gemacht ist, wie die deutsche Mittelklasse. Sie wird ihre Pflicht thun.

Mit ihr begrüssen wir die Republik in Frankreich, aber unter trüben, hoffentlich grundlosen Ahnungen. Jene Republik hat den Thron nicht gestürzt, sondern nur seinen durch deutsche Bajonette erledigten Platz eingenommen. Sie ist proklamirt worden nicht als eine sociale Eroberung, sondern als eine nationale Vertheidigungsmassregel. Sie befindet sich in der Hand einer provisorischen Regierung, die zum Theil aus notorischen Orleanisten besteht, zum Theil aus Bourgeois. Republikanern, wovon einigen die Juni-Insurrection von 1848 ihr unauslöschliches Brandmal aufgedrückt hat. Die Theilung der Arbeit unter diesem Personal ist bedenklich. Die Orleanisten haben sich der Vesten der Regierungsgewalt bemächtigt, die Republikaner sich mit dem Schwatzposten begnügt. Einige ihrer ersten Handlungen zeigen, dass sie von ihrem Vorgänger nicht nur Ruinen geerbt haben, sondern auch die Furcht vor dem Arbeitervolk. Wenn Unmöglichkeiten in wilder Phrase im Namen der Republik versprochen werden, geschieht es nicht, um den Schrei nach einer „möglichen“ Regierung vorzubereiten? Die Republik soll sie nicht nach dem Plan einiger ihrer bürgerlichen Unternehmer als blosser Lückenbüsser dienen und als Brücke zu einer orleanistischen Restauration?

Die französische Arbeiterklasse bewegt sich daher unter äusserst schwierigen Umständen. Jeder Versuch zum Umsturz der jetzigen Regierung inmitten einer furchtbaren Krise, wenn der Feind fast schon an die Thore von Paris klopft, wäre eine verzweifelte Narrheit. Die französischen Arbeiter müssen ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen und sie thun es, aber sie dürfen sich nicht durch die nationalen Erinnerungen von 1792 blenden lassen, wie der französische Bauer sich durch die nationalen Erinnerungen des ersten Kaiserreichs blenden liess. Sie haben nicht die Vergangenheit zu recapituliren, sondern die Zukunft neu aufzubauen. Sie müssen die Gelegenheit republikanischer Freiheit beim Schopf fassen, zur raschen Förderung ihrer eigenen Klassenorganisation, die ihnen frische herkulische Kraft verleihen wird für die Wiedergeburt Frankreichs und unser gemeinsames Werk, die Emancipation der Arbeit. An ihrer Energie und Weisheit hängt das Schicksal der Republik.

Die englischen Arbeiter suchen durch heilsamen Druck von Aussen das Widerstreben ihrer Regierung gegen die Anerkennung der französischen Republik zu brechen. Das gegenwärtige Zaudern der britischen Regierung ist wohl die Sühne für ihre Führerrolle im Antijakobinerkrieg und die unanständige Hast, womit sie den Coup d'Etat sanctionirte! Die englischen Arbeiter verlangen ferner, dass Grossbritanien seine ganze Macht geltend mache gegen eine Territorialberaubung Frankreichs, die natürlich von einem Theil der englischen Presse ganz so geräuschvoll befürwortet wird, wie von den deutschen Patrioten. Es ist dieselbe Presse, die der Sclavenhalter-Rebellion frenetisch zujauchzte! Jetzt wie damals schanzt sie für Sklavenhalter!

Mögen die Sectionen der Internationalen in allen Ländern die Arbeiterklasse zur That anspornen! Wenn sie jetzt ihre Pflicht versäumt, wenn sie passiv bleibt, wird der gegenwärtige entsetzliche Krieg nur der Vorläufer noch gewaltigerer internationaler Kämpfe sein, und innerhalb jeder Nation eine er-

neute Niederlage des Arbeiters gegenüber den Gewalthabern des Schwertes, des Grund und Bodens und des Capitals herbeiführen.

Es lebe die Republik!

Der Generalrath: Robert Applegarth, Martin J. Boon, Fred. Bradnich, Caihil, John Hales, W. Hales, G. Harris, F. Lessner, Le greulier, B. Lucraft, G. Milner, Th. Mottershead, Ch. Murray, George Odger, Parnell, Pfänder, Rühl, J. Shepherd, Cowell Stepney, Stoll, Schmitz.

Correspondirende Secretaire: Eugene Dupont für Frankreich. Carl Marx für Deutschland und Russland. A. Serraillier für Belgien, Holland und Spanien. Hermann Jung für die Schweiz. Giovanni Bora für Italien. Zevy Maurice für Ungarn. Anton Zabicki für Polen. Jacob Cohn für Dänemark. J. Georg Eccarius für die Vereinigten Staaten und Secretair des Generalraths.

London, den 9. September 1870.

William Townshead, Sitzungspräsident.
John Weston, Cassier."

Dieser Rath, nicht sofort die Commune zu proclamiren, wurde am 9. September gegeben, als Marx schon wusste, dass keine gleichzeitige Erhebung in Deutschland und Frankreich erfolgen werde. Dass er sie geplant hatte, geht daraus hervor, dass einmal die Braunschweiger am 5. jenes Manifest erliessen, und dass am 4. September in Frankreich, auch in Paris, die Internationalen sich an's Ruder zu bringen versuchten. Am 9. wusste man in London schon, dass der Plan sowohl in Paris als in Braunschweig gescheitert war, und nun rieth Marx klüglich, vorläufig mindestens die Republik überhaupt, wenn auch die blaue zunächst, unter Dach und Fach zu bringen.

Aber, wie ich schon Band I. Seite 123 gesagt, trug ihm diese kluge Strategie den Vorwurf der Schwäche ein und erlaubte den Bakuninisten, den „deutschen Juden" zu verdächtigen. Diese Verdächtigungen zwangen Marx späterhin zu folgender Erklärung, die sich allerdings nicht direct gegen die Bakuninisten wendet. Er schlägt den Sack und meint den Esel:

„Erklärung.

Das „Paris-Journal", eines der gelungensten Organe der Pariser Polizeipresse, veröffentlichte in seiner Nummer vom 14. März einen Artikel unter dem sensationellen Aushängeschild: „Le Grand Chef de l'Internationale." („Grand Chef" ist wohl die französische Uebersetzung des Stieber'schen „Haupt-Chef"). „Er," beginnt der Artikel, „ist, wie bekannt, ein Deutscher, was schlimmer ist, ein Preusse. Er nennt sich Karl Marx, wohnt zu Berlin etc. Nun wohl, dieser Karl Marx ist unzufrieden mit der Haltung der französischen Mitglieder der Internationale. Dies spricht schon für ihn. Er findet, dass sie sich unendlich zu viel mit Politik und nicht genug mit den socialen Fragen beschäftigen. Das ist seine Ansicht, und er hat sie so eben sehr entschieden formulirt in einem Brief an seinen Bruder und Freund, den Bürger Serrallier, einen der Pariser Hohenpriester der Internationale. Karl Marx bittet die französischen Mitglieder, insbesondere die Pariser Affiliirten, nicht aus dem Auge zu verlieren, dass ihre Gesellschaft einen einzigen Zweck hat: die Organisation der Arbeit und die Zukunft der Arbeitergesellschaften. Aber man desorganisirt die Arbeit, statt sie zu organisiren, und er glaubt die Delinquenten zum Respect der Statuten der Association zurückrufen zu müssen. Wir erklären uns im Stand, diesen merkwürdigen Brief des Herrn Karl Marx publiciren zu können, sobald er den Mitgliedern der Internationale mitgetheilt worden sein wird."

In seiner Nummer vom 19. März hat das „Paris-Journal" in der That einen angeblich von mir unterzeichneten Brief gebracht, der sofort von der gesammten

Pariser Reactions-Presse nachgedruckt ward und dann seinen Weg in Londoner Blätter fand. Mittlerweile jedoch hatte „Paris-Journal" ausgewittert, dass ich in London hause und nicht in Berlin. Es datirt daher diesmal den Brief von London im Widerspruch zu seiner ersten Ankündigung. Diese nachträgliche Correctur leidet jedoch an dem Missstand, dass sie mich mit meinem zu London befindlichen Freunde Serraillier über den Umweg von Paris correspondiren lässt. Der Brief, wie ich bereits in der „Times" erklärt habe, ist von Anfang bis zu Ende eine unverschämte Fälschung.

Dasselbe „Paris-Journal", und andere Pariser Organe der „guten Presse" verbreiteten das Gerücht, der Pariser Föderalrath der Internationale habe den ausserhalb seiner Competenz liegenden Beschluss gefasst, die Deutschen von der internationalen Arbeiterassociation auszuschliessen. Die Londoner Tagesblätter griffen die willkommene Nachricht hastig auf und ergingen sich in schadenfroh gerührten Leitartikeln über den endlich vollzogenen Selbstmord der Internationale. Leider bringt die „Times" heute folgende Erklärung des Generalraths der Internationalen Arbeiterassociation:

„Eine Mittheilung, wonach die Pariser Mitglieder der Internationalen Arbeiterassociation den Ausschluss aller Deutschen aus der Internationale erklärt, also im Sinne der antideutschen Liga gehandelt hätten, macht die Runde in der englischen Presse. Die Mittheilung steht im schreiendsten Widerspruch zu den Thatsachen. Weder der Föderalrath unserer Association zu Paris, noch irgend eine der Pariser Sectionen, die er repräsentirt, haben jemals von einem solchen Beschluss geträumt. Die sogenannte antideutsche Liga, so weit sie überhaupt existirt, ist ausschliesslich das Werk der Aristokratie und der Bourgeoisie. Sie ward ins Leben gerufen durch den Jockei-Club und im Gang gehalten durch die Zustimmung der Akademie, der Börse, einiger Banquiers und Fabrikanten u. s. w. Die Arbeiterklasse hatte nie damit zu schaffen. — Der Zweck dieser Verläumdungen springt ins Auge. Kurz vor dem Ausbruch des neulichen Krieges musste die Internationale als Sündenbock für alle missliebigen Ereignisse herhalten. Dieselbe Taktik wird jetzt wiederholt. Während sie z. B. schweizer und preussische Blätter als Urheber der Unbilden gegen die Deutschen in Zürich denunciren, berichten gleichzeitig französische Blätter, wie der „Courrier de Lyon", der „Courrier de la Gironde", die Pariser „Liberté" und so weiter von gewissen geheimen Zusammenkünften der „Internationalen" zu Genf und Bern, unter dem Vorsitz des preussischen Gesandten, worin der Plan ausgeheckt worden sei, den vereinigten Preussen und Internationalen Lyon zum Behuf gemeinsamer Plünderung zu überliefern."

So weit die Erklärung des Generalraths. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Grosswürdenträger der herrschenden Klassen der alten Gesellschaft, welche ihre eigene Macht und die Exploitation der productiven Volksmassen nur noch durch nationale Kämpfe und Gegensätze erhalten können, in der Internationalen Arbeiterassociation ihren gemeinsamen Gegner erkennt. Ihn zu vernichten, sind alle Mittel gut.

London, 23. März 1871.

Karl Marx,
Secretär des Generalraths der Internationalen
Arbeiterassociation für Deutschland."

Dass die I. in Paris am 4. September den Versuch machte, an die Spitze der französischen Republik zu treten, geht aus dem jüngst veröffentlichten Tagebuch Jules Simons hervor. Ferner auch, mit welcher Formlosigkeit die Regierung gewählt wurde.

Am 4. September waren nämlich, nachdem der gesetzgebende Körper sich aufgelöst hatte, Millière und Delescluze mit Volksmassen nach dem Stadthause gerückt. Blanqui und Felix Pyat befanden sich allerdings nicht unter ihnen; sie waren aber, wenn nicht in Person, doch durch ihre Anhänger anwesend. Als Jules Favre in den grossen Saal des Stadthauses eintrat und nur einen

Blick ringsum warf, hatte er die Ueberzeugung gewonnen, dass die Männer des Handstreichs auf die Pompierkaserne in La Villette und dieselben, welche eben den gesetzgebenden Körper gestürmt hatten, auch hier wieder zugegen waren. Die Freunde, die ihn begleiteten, sagten es ihm und bezeichneten ihm sogar einige Namen. Schon vor seiner Ankunft hatte Millière Listen der Mitglieder einer neuen Regierung aufgesetzt und der Gewohnheit gemäss den Bürgern, welche unten auf dem Platze standen, durch das Fenster zugeworfen. Einige dieser Listen hatte man schon nach dem gesetzgebenden Körper gebracht. Man las darauf die Namen: Blanqui, Flourens, Felix Pyat, Rochefort und die verschiedener anderen, mehr oder minder radikalen Demokraten und Socialisten. Die Verfasser hatten, ohne Zeit zu verlieren, Leute abgeschickt, um die Gefängnisse aufzuschliessen und Rochefort abzuholen, den sie zum Maire von Paris ausrufen wollten. Auf ihren Befehl waren auch Arbeiter den Glockenthurm des Rathhauses hinaufgestiegen und damit beschäftigt, an Stelle der dreifarbigen Fahne eine rothe aufzuhissen. Jedoch wurde ihnen solches verwehrt. Aber auch Millière liess Jules Favre nicht aus dem Auge, eifrig darauf bedacht, sobald dieser eine Regierungsliste in Vorschlag brachte, auch die Candidaten seiner eigenen Partei aufzustellen, im Voraus gewiss, dieselben durch die Zurufe der Menge auf den Schild erhoben zu sehen. Die Deputirten waren auf diesen Fall gar nicht vorbereitet, da sie bis zum letzten Augenblicke nur daran gedacht hatten, durch die Majorität der Kammer einen Regierungsausschuss ernennen zu lassen. Da rief eine Stimme: Die Abgeordneten von Paris seien die Mitglieder der Regierung! Dieser Ausruf, der acceptirt wurde, verhinderte natürlich die Proclamirung der socialistischen Regierung, die sonst sicher erfolgt wäre. Nur Rochefort wurde als Abgeordneter von Paris von Rechtswegen Mitglied der Regierung. Man kam ferner überein, die Herren Picard, Gambetta und Jules Simon, die für Montpellier, Marseille und Bordeaux votirt hatten, als Abgeordnete von Paris zu behandeln und den General Trochu zur Regierung zuzuziehen. Herr Etienne Arago, der einer der ersten auf dem Stadthause erschienen, wurde zum Maire von Paris ernannt. Kurz darauf traf Rochefort ein in einem mit rothen Fahnen geschmückten Wagen und von einer Menschenmenge umgeben, welche unaufhörlich rief: Rochefort sei Maire von Paris; aber Etienne Arago hatte von diesen Functionen schon Besitz ergriffen.

Nun waren diese Leute, sowie jene, welche schon im August den Putsch in La Villette gemacht hatten, freilich Radikale, aber sie standen durch Rochefort damals mit den Internationalen ja im Bündniss, wie denn beide Parteien auch gemeinschaftlich die Commune machten.

In anderen Städten wurde der Versuch, die Commune zu installiren, schon am 4. September gemacht. In Lyon zog man die rothe Flagge auf. Ebenso in Marseille, Bordeaux und Rouen. Hier hausten eben die Radikalen. Sie hatten ihren Mittelpunkt

im Club de la Rotonde, gründeten die Féderation des communes und späterhin die Ligue du Midi. Am 28. September traf Bakunin selbst in Lyon ein und begab sich auf das Stadthaus, dessen sich seine Anhänger bemächtigt hatten. Am 29. September erliess er eine Proclamation, die später als Broschüre „L'Empire knouto-germanique et la Révolution sociale" gedruckt wurde. Es heisst darin:

„Die Sache Frankreichs ist heute die Sache der Menschheit; seine Unterjochung unter ein ihm durch die preussischen Bajonette aufgenöthigtes Regime wäre das grösste Unglück, welches in Bezug auf Freiheit und menschlichen Fortschritt, Europa und die Welt treffen könnte." Nur der äusserste Widerstand Frankreichs kann das Unglück abwenden, und dieser Widerstand ist nur möglich durch Massenerhebung. Lyon müsste den Anfang machen, zumal da die Deutschen, systematisch wie sie immer sind, direct auf Lyon marschiren. Und Lyon bleibt unthätig! Da kann nur eine Erhebung der Arbeiter helfen, die instinctiv begreifen, dass die Unterjochung ihres Landes durch die Preussen der Tod ihrer Zukunftshoffnungen wäre, und die deshalb die Rettung Frankreichs um jeden Preis wollen. Die französische Bourgeoisie, ihrer Mehrheit nach, will dagegen nichts, als ihr Eigenthum behalten, selbst wenn dies nur möglich wäre durch die Unterjochung Frankreichs."

Er wollte also der blauen schon damals die rothe Republik entgegenstellen und gründete ein „Centralcomité". Aber die Nationalgarde säuberte das Stadthaus von ihm und seinen Anhängern. Er kehrte nach der Schweiz zurück. Die Anhänger Bakunin's konnten nach seiner Flucht keine Erhebung des Proletariats durchsetzen.

Der Putsch in Lyon am 28. September war gegen den ausdrücklichen Befehl des Generalrathes erfolgt. Als man von der definitiven Einsetzung der blauen Republik genaue Kunde hatte, als Paris für den Moment der Internationale verloren war, konnten Aufstände in den Provinzialstädten nichts nützen. Am 7. September also ging folgende Ordre an den Bakuninisten Richard in Lyon:

„London, 7. September 1870.

Das schmähliche Ende des kaiserlichen Soulouque hat uns die Favre und Gambetta ans Ruder gebracht. Damit ist nichts geändert, die Gewalt ist noch in Händen der Bourgeoisie. Unter diesen Umständen besteht die Rolle oder vielmehr Ihre Pflicht darin, dass man dieses Bourgeois-Geschmeiss den Frieden mit den Preussen machen lässt (denn die Schmach dieses Aktes wird ihnen unauslöschlich anhaften), nicht durch Aufstände ihre Befestigung fördert, sondern die Freiheiten, welche die Umstände darbieten werden, benützt, um alle Kräfte der Arbeiterklasse zu organisiren. Die Bourgeoisie, die in diesem Moment in ihren Triumph vernarrt ist, wird im ersten Anfang die Fortschritte der Organisation nicht gewahr werden, und für den Tag des wahren Krieges werden die Arbeiter bereit sein. — Diese Organisation thätig betreiben, überall ausbreiten, ist die Aufgabe unserer Association. Verdoppelt also die Energie. Man muss seine Hingebung hundertfach steigern, unter dem Banner unserer theuren Association alle Männer der That und Ueberzeugung um sich gruppiren, und das Ziel, welches wir zu erreichen trach-

ten, wird nicht mehr weit entfernt sein. — Der Generalrath hat an alle seine Correspondenten geschrieben, dass alle Anstrengungen sich in dem Sinne concentriren, um im günstigen und entscheidenden Moment mit gesammelten Kräften handeln zu können. — An's Werk ohne Unterlass bis zur socialen Revolution! — In diesem Moment, da das Volk aufsprudelt und die Arbeit anfasst, kann die Revolution, die wahre, Riesenschritte machen durch eifriges Zusammenwirken aller Correspondenten unserer Association. — Nieder mit der Bourgeoisie! Es lebe die Internationale!

Brüderlichen Gruss an Alle.

Eugène Dupont, correspondirender Secretair für Frankreich."

Als dieser Aufruf nichts half, die Bakuninisten gehorchten schon damals Marx nicht, schrieb Dupont an einen anderen Internationalen in Lyon, Charvet, am 17. October einen Brief, woraus Testut folgende Stelle abdruckt:

„Unsere Rolle besteht darin, dass wir alle Freiheiten, alle Ereignisse benützen, um die Organisation der Arbeiterklassen auszubreiten. Denn ohne gute Organisation werden die Arbeiter stets ein Spielball und der Narr der Bourgeoisie sein. Leider haben dies sehr viele unserer Freunde nicht begriffen; sie haben sich durch den Patriotismus verblenden lassen, einzustimmen mit den Bourgeois, welche überall schreien: Vergessen wir unsern Parteizwist, opfern wir unsere theuersten Grundsätze auf dem Altar des Vaterlandes und treiben unsern Feind aus dem Land! Schmähliche Täuschung! Denn die Bourgeois haben und hatten nichts zu opfern, und das Volk wird abermals betrogen, weil es ohne Organisation ist. Jetzt, da es geknebelt ist, hebt die Reaction allmächtig das Haupt, und die Proscriptionen fangen lustig wieder an.

Sehen Sie, was in Paris vorgeht . . .

Brudergruss an Alle.

Eugène Dupont, correspondirender Secretair für Frankreich."

Der Plan war also klar: Man wollte die blauen Republikaner das Odium eines demüthigenden Friedens auf sich nehmen lassen, die Internationale inzwischen kräftig organisiren und nach Friedensschluss, wenn also die preussischen Truppen auch nicht mehr zu fürchten waren, die blauen Republikaner stürzen. Das vorzeitige Losbrechen der Bakuninisten im Süden liess diesen Plan später bloss in Paris zur Reife kommen. Bitter beklagt die Anklageschrift des Generalraths gegen Bakunin, dass die Bakuninisten die I. im Süden discreditirt hätten. Im Herbst 1870 seien Richard und Blanc nach London gekommen und hätten dort für eine — bonapartistische Restauration gewirkt!

Man darf annehmen, dass von da ab Marx sich nicht darüber täuschte, dass der isolirte Commune-Aufstand in Paris unterliegen werde. Von welchem Gesichtspunkte aus er und seine talentvollsten Anhänger dennoch selbst eine misslingende Revolution in Paris für nützlich hielten, werden wir sehen.

Ich komme nun an den sehr schwierigen Theil meiner Aufgabe, die Geschichte des bedeutendsten socialen Aufstandes unsers Jahrhunderts zu schreiben. Ueberaus schwierig, weil eine Geschichte desselben überhaupt noch nicht geschrieben ist, denn was mit der Prätension, eine solche zu sein, auftritt, ist reines Partei-

machwerk. Selbst die in solchen Arbeiten angeführten Aktenstücke sind nur mit grossem Misstrauen zu betrachten und theilweise offenbar gefälscht, wie z. B. der oben von Marx bestrittene Brief, den er von Berlin aus geschrieben haben soll. Dass die französische Regierung die Dinge in falschem Lichte darstellt, ist natürlich, denn man muss sich immer gegenwärtig halten, dass vom 18. März 1871 ab sich zwei Gesellschaftsklassen gegenüber standen. Eine derselben hat gesiegt und ist jetzt im Besitze der Macht. Sie wird natürlich diese Macht, auch in der Presse, benutzen, sich von aller Schuld rein zu waschen. Die unterlegene Partei wälzt natürlich wieder die Schuld auf die siegreiche. Viele geheime Fäden laufen von hüben und drüben zusammen, welche beide Parteien sorgsam zu verbergen bestrebt sind, und die auch wohl nie vollständig bekannt werden dürften. Die bekannten Brandstiftungen in Paris, welche jede Partei der anderen in die Schuhe schiebt, haben theilweise wohl auch den Zweck gehabt, Documente zu beseitigen, die compromittiren konnten.

Dennoch will ich es versuchen, ein annähernd richtiges Bild der Ereignisse zu geben, und werde dabei die Angaben beider Parteien durchaus unparteiisch zu sichten suchen.

Im September also konnte aus Gründen, welche ich entwickelt habe, die I. der blauen Demokratie nicht den Sieg streitig machen. Der Hauptgrund war, dass der Patriotismus, auch der Arbeiter, in Frankreich noch grösser war als die Macht der Internationale.

Im Octoberheft 1870 des „Vorbote“ klagt Ph. Becker:

„Auch wollen wir schliesslich noch eingestehen, dass die europäische Arbeiterpartei keineswegs die Feuerprobe der grossen Ereignisse ohne Beschädigung bestanden hat, sondern selbst noch viel zu viel von den Nationalvorurtheilen des lebenden Geschlechts befangen ist. Zwar hat die deutsche Socialdemokratie in edler Selbstverleugnung aller Nationalgefühle die internationale Fahne hochgehalten und jede Eroberungspolitik öffentlich und energisch verdammt. Viele ihrer Vertreter schmachten dafür im Kerker. Wird diese Haltung vorläufig auch zu keinem praktischen Ergebniss führen, so bietet sie doch für alle Zeiten einen schönen Anhaltspunkt zur Festhaltung am Verbrüderungswerk der Völker, ja sie wird den durch die Tyrannen in infamer Weise zwischen Franzosen und Deutschen erweckten Hass alsbald in Freundschaft verwandeln.“

Und in einer 1873 zu Chicago erschienenen Broschüre: „Die dritte Niederlage des französischen Proletariats“ heisst es von demselben:

„Fortgerissen durch die Grösse der Gefahr, mit welcher die nationale Unabhängigkeit bedroht war und durch einen Patriotismus, wie man ihn kaum so glühend hätte vermuthen können, vergass das Proletariat den Juni und den Hass der Bourgeoisie. Es verband sich mit ihr, damit aus dieser Einigung die französische Unabhängigkeit triumphirend hervorgehe. Es vertagte die socialen Fragen. — Man wird diese Differenzen später erledigen, sagten die Arbeiter. Vorläufig retten wir Frankreich. — Die Bourgeoisie ihrerseits schien ihre Verachtung zu vergessen; es war nicht für lange.“

Dieser nationale Patriotismus blieb bis zu Ende des Krieges dem Proletariat des Landes und der kleinen Städte. Ein Kern von Internationalen dagegen hielt sich in den grossen Städten nur nothgedrungen stille. Ich kann die anderen grossen Städte wie Marseille, Lyon etc. unberücksichtigt lassen und mich auf die Schilderung der Vorgänge in Paris beschränken, zumal hier allein die I. nachhaltig und planmässig operirte.

Nun muss festgehalten werden, dass die Regierung des 4. September selbst eine usurpatorische war und gar keine Rechtstitel für sich aufzuweisen hatte. Man hatte die noch neuerdings durch das Plebiscit sanctionirte Regierung gestürzt, die neue Regierung hatte sich selbst ernannt, war nicht vom gesetzgebenden Körper sanctionirt und liess sich nicht durch ein neues Plebiscit bestätigen, schrieb auch nicht Neuwahlen aus, sondern that dies erst, als Deutschland es verlangte. Wäre es am 4. September den Socialisten-Radikalen gelungen, ihre Männer an's Ruder zu bringen, sie hätten mit demselben Recht sich „Regierung" nennen können, wie es die Septembristen thaten. Wenn wir also von den Putschen in Paris bis Ende Februar 1871 hören, so sind das nicht Aufstände gegen eine legitime Regierung, sondern Klassenkämpfe während eines Interregnums. Unpatriotisch und schädlich für Frankreich waren diese Putsche, aber nicht so unpatriotisch und nicht so schädlich für Frankreich, als die Revolution des 4. September, denn es unterliegt keinem Zweifel, dass es Pflicht aller Franzosen war, sich damals fest um die legitime Regierung zu schaaren, wie es die Preussen nach der Schlacht bei Jena thaten. Sie hätten dann einen billigeren Frieden erhalten. Vom 4. September ab regierte bis zum Zusammentritt der National-Versammlung zu Bordeaux factisch nur der Ausschuss einer bestimmten Partei, der liberalen Bourgeoisie, ohne Rechtstitel in Frankreich, und zwar regierte er eben so gewaltthätig wie schlecht — siehe die „Dictatur der Unfähigkeit" des Gambetta, wie sie der Historiker Lanfrey mit Recht nannte. Es ist also begreiflich, wenn andere Parteien ihr das Heft zu entwinden suchten. Die Legitimisten, Orleanisten und Bourbons waren dazu zu schwach im Moment, sonst hätten sie es auch gethan, sie machten also zunächst nicht den Versuch dazu. Dies that die radikale Partei mit Unterstützung der I. Aber selbst ein so entschiedener Bourgeois, wie Villetard, sagt Seite 256 seiner „Histoire de l'Internationale": „Während der Belagerung gehörten die Theilnehmer der revolutionären Manifestationen und Handstreiche fast ausschliesslich der jacobinistischen Partei an; die Internationalen hielten sich en masse sowohl am 31. October wie am 22. Januar zurück."

Jacobiner sind aber weder Proletarier noch Internationale, sondern radikale Bourgeois.

Im Allgemeinen wird man finden, dass die liberalen Geschichtschreiber und Journalisten jede Revolution, die von der Bourgeoisie ausgeht und einen Thron umstürzt, für löblich und

die aus ihr hervorgegangene Regierung ohne Weiteres für legitim erklären, jede Erhebung einer andern Partei gegen den nun de facto, aber selbst nicht einmal durch eine Manifestation des „souverainen Volkes“ anerkannt herrschenden Bourgeoisie-Ausschuss als verwerflich bezeichnen. Im vorliegenden Falle aber haben sie sogar die Schuld des Kampfes zweier Bourgeoisparteien, der gemässigten und der radikalen, auf die Schultern der Socialisten zu wälzen versucht, obschon bis zum Ende der Commune sogar die Internationale in deren leitenden Behörden notorisch die Minorität gebildet hat. Die Schuld an dem Communeaufstande fällt abgesehen von der Hauptschuld des Herrn Thiers, zum grossen Theile der radikalen Bourgeoisie zu, aber die Internationale hat sich mit Bewusstsein und Absicht an ihm betheiligt. Will man sie allein oder auch nur in erster Linie für schuldig erklären, so lügt man absichtlich.

Die „Arbeiter-Zeitung“ zu New-York, ein anerkanntes Organ der Internationale, sagt am 18. Juli 1874 vollkommen richtig:

„Die Internationale hat weder die Commune gemacht, noch war sie mit derselben identisch, wie sich das Spiessbürgerthum aufbinden liess. Aber die Mitglieder der Internationale waren die eifrigsten und treuesten Vertheidiger der Commune, weil sie deren Bedeutung für die Arbeiterklasse erkannt hatte.“

Dass die Internationalen sich auch noch während des Communeaufstandes als besondere Partei constituirt hielten, nicht einmal mit der „Commune“ identificirten und von der „Commune“ auch als eine sie zwar unterstützende, aber wesentlich ausserhalb derselben stehende Partei angesehen wurden, geht aus einem officiellen Artikel des officiellen Journals der „Commune“ vom 24. Mai 1871 hervor, in welchem die „Commune“, d. h. die damalige in Paris regierende Behörde, Folgendes bekannt machte:

„Die Internationale Arbeiter-Association hat in ihrer ausserordentlichen Sitzung vom 20. Mai nachstehende Resolution angenommen:

„Nach Anhörung der Erklärung der Bürger der Internationale, welche zugleich Mitglieder der Commune sind, in Anerkennung der Gründe, welche sie leiten, unter stetiger Wahrung der Interessen der Arbeiter, ihr Möglichstes zu thun, um die in dem Kampfe gegen die Versailler Regierung so nöthige Einheit in der Commune herzustellen;

Billigen wir, dass dieselben die Oeffentlichkeit der Commune-Sitzungen und die Beschränkung des § 3 der Bekanntmachung, welche den Sicherheitsausschuss einsetzt, beantragt haben.“

In dieser Sitzung waren die Mitglieder aus 29 Pariser Sectionen vertreten. Anwesend waren folgende Mitglieder der Commune: Avrial, Theiss, Serraillier, Jaques Durand, Leo Fraenkel und Hostyn. Es hatten sich entschuldigen lassen: Johannard, Malon und Varlin.

Von der grossen Anzahl der Communemitglieder — Testut nennt 76 mit Namen — waren nur eine geringe Minorität Inter-

nationale, ca. 9—12. Ich will nicht die Internationale in Schutz nehmen, aber als Geschichtschreiber will ich die Wahrheit berichten und die ist, dass der Commune-Aufstand, wie bisher jeder Bürgerkrieg im modernen Frankreich, von Bourgeois gemacht und geleitet wurde, nur dass die Internationale zum ersten Male als mächtigste und selbstständig geleitete Hülfstruppe mitwirkt, die Arbeiter also nicht mehr reines Kanonenfutter in der Hand ehrgeiziger Bourgeois sind, sondern selbstständige Ziele verfolgen. Sie gehorchen nicht mehr blindlings, sondern sie agiren als „Bundesgenossen."

Während der Belagerung durch die Deutschen setzten sich die Führer der revolutionären Bourgeoisie und die Delegirten der Internationale mit einander in Verbindung. Sie versammelten sich in dem Locale des Föderalrathes der Internationale, Place de la Corderie du Temple. Die Delegirten der Clubs kamen zu diesen Versammlungen und führten hier die heftige Sprache der Volksversammlungen ein. Bald war die Gesellschaft eine einfache Delegation der Sectionen der Internationale und der Clubs. Sie nahm den Titel: „Republikanisches Central-Comité der zwanzig Arrondissements von Paris" an. Dieses Central-Comité stellte sich die Aufgabe, in jedem Arrondissement ein Ueberwachungs-Comité (comité de vigilance) zu organisiren, deren Zweck es sein sollte, die Municipalbehörden bei dem Werke der Vertheidigung anzufeuern und zu unterstützen. Dieselben Obliegenheiten gab sich das Central-Comité gegenüber der Regierung. Es machte derselben oftmals Mittheilung von den Wünschen des Volkes. Es wurde sogar unter dem Titel: „Vorschlag an die Regierung" ein rother Zettel öffentlich in Paris angeschlagen. Derselbe wies auf verschiedene radikale Massregeln hin, welche ergriffen werden sollten, wie z. B. die Erhebung in Masse, die Beschleunigung der Bewaffnung und die regelmässige Vertheilung der Lebensmittel. Die Affiche wurde in den mittleren Theilen von Paris abgerissen. Sie trug unter anderen Unterschriften diejenigen der Bürger Avrial, Beslay, Briosne, Chalain, Combault, Camélinat, Chardon, Demay, Duval, Dereure, Fraenkel, Ferré, Flourens, Johannard, Jaclard, Lefrancais, Langevin, Longuet, Malon, Oudet, Pottier, Pidny, Ranvier, Régère, Rigault, Serraillier, Tridon, Theiss, Trinquet, Vaillant, Varlin, Vallès etc.

Es etablirte sich so allmählich eine Nebenregierung, in der aber die radikale Bourgeoisie die Oberhand hatte. Man kritisirte heftig die allerdings sehr ungeschickte Leitung der Vertheidigung durch die Septembristen. Schon am 6. October stieg der Radikale Flourens an der Spitze von 5 Bataillonen aus Belleville in die Stadt herab und machte eine grosse Demonstration, die am 8. October wiederholt wurde.

Nach der Niederlage bei le Bourget wurde am 27. October die Capitulation von Metz bekannt, die Ankunft von Thiers und das Project eines Waffenstillstandes. Rochefort hatte durch Flourens die Sache schon zwei Tage vorher publiciren lassen. Die Aufregung

war unbeschreiblich. Das Geschrei „Verrath", welches in diesem Kriege eine so grosse Rolle spielt, erscholl. Unter der Leitung von Flourens, Blanqui, Pyat, Millière, Delescluze erschienen am 31. October riesige bewaffnete Haufen vor dem Stadthause mit dem Rufe: „Nieder Trochu! Nieder Thiers! Nieder die Capitulards! Es lebe die Vertheidigung bis auf's Aeusserste!" und trugen Plakate mit der Inschrift: Es lebe die Republik! — Kein Waffenstillstand! — Es lebe die Commune! — Erhebung in Masse!

Das Stadthaus wurde besetzt, die Regierung gefangen gehalten. Sodann verfügten die improvisirten Häupter der Revolution die Ernennung einer provisorischen Commission, beauftragt, innerhalb 48 Stunden die Wahl einer Commune zu veranlassen. Hierauf marschirten die revolutionären Bataillone, ihres Sieges gewiss, mit Musik an der Spitze, bei strömendem Regen triumphirend in ihre Vorstädte zurück, wo die Freude eine allgemeine war.

Picard entkam und befreite mit Hülfe der bretonischen Mobilen die Regierung.

Vorher schon, ehe der Aufstand ausbrach, erliess in der Nacht nach dem 30. der von den Septembristen eingesetzte Maire von Paris, Etienne Arago, mit dem Wunsche, eine legitime Behörde in der von Parteien zerrütteten Stadt zu schaffen, eine Erklärung, wonach die Maires von 20 Arrondissements einstimmig beschlossen hätten, am 1. November Municipalwahlen abhalten zu wollen. Diese Wahlen sollten um 1 Uhr Mittags stattfinden. Die sogenannte Regierung war aber hiermit nicht einverstanden. Sie liess die Plakate des von ihr eingesetzten Maire, der zu ihrer eigenen Partei gehörte, abreissen. Sie verbot am 1. November die Wahlen und erklärte, man werde demnächst das Volk abstimmen lassen durch Ja und Nein, ob die Wahlen „en bref délai" statthaben sollten. Am Abend desselben Tages erschien ein neuer Erlass, der die Wahlen überhaupt untersagte und Charles Ferry mit der Ausführung dieses Decrets beauftragte. In der ersten Proclamation hiess es, dass „das Gouvernement die Ordnung mit Energie aufrecht erhalten werde." Hierauf legte Arago seine Stellung mit folgender Erklärung nieder:

„Paris, 1. November 1870.

Bürger Minister!

Gestern früh, bevor eine Pression auf das Hôtel de Ville stattfand, waren die Maires von Paris zu einer Versammlung von uns zusammen gerufen, zu welcher wir die Ehre hatten, auch Sie einzuladen. Einstimmig erklärten sie, dass die Schwierigkeit der Zustände und die Nothwendigkeit, Ordnung und Harmonie inmitten der öffentlichen Ordnung aufrecht zu erhalten, unmittelbare Municipalwahl erfordere. Nachdem der Bescheid durch den Maire von Paris und seine Adjuncten der Regierung mitgetheilt worden war, hat die Regierung den Maire autorisirt, zu erklären, dass die unmittelbaren Wahlen bewilligt seien. Diese Erklärung ist durch den Bürger E. Arago und durch ein anderes Mitglied der Regierung der in dem grossen Saale versammelten Menge mitgetheilt worden. Nachdem späterhin die Situation schwieriger geworden war, hat

die Mairie von Paris in Uebereinstimmung mit einem Minister der Regierung und den Maires der Arrondissements, welche das Hôtel de Ville nicht verlassen hatten, die Ankündigung berathen und redigirt, welche die Wähler auf heute zur Urne berief. Wir übernehmen für dieselbe jede Verantwortlichkeit, denn wir haben diese Massregel getroffen aus aufrichtiger Hingebung für die Republik. Wir wollen nicht untersuchen, in welchen Grenzen sie dazu beigetragen hat, die überreizten Leidenschaften besänftigen zu helfen und den Einfluss der Regierung wieder herzustellen. Heute wird der Maire von Paris öffentlich desavouirt durch einen Artikel im „Journal officiell" und durch eine Depesche, welche wir so eben empfangen. Diese Documente begnügen sich nicht damit, den Wählern einen Aufschub von einigen Stunden zu gewähren, um besser ihre Abstimmung zu überlegen und abzuwägen. Sie verändern vollständig die von der Mairie geschaffene Situation.

Étienne Arago. Ch. Floquet. H. Brisson."

Die Regierung veranstaltete nun ein Plebiscit, woraus sie ein Vertrauensvotum gegen 63,000 Stimmen erhielt.

Am 1. November hatte das 22. Arrondissement, der Aufforderung Arago's Folge leistend, gegen das Verbot der Regierung die Wahlen doch vorgenommen und in den Communalrath Ranvier, Millière, Gromier, Casse und Flourens gewählt. Die Regierung annullirte diese Wahlen und arretirte die Gewählten, sowie Lefrançais, Vermorel, Vallès u. A. Blanqui und Pyat entzogen sich der Verhaftung. Der Maire von Paris, Arago, wurde durch Jules Ferry und der Commandant der Nationalgarde, General Tamisier, durch den „General" Clement Thomas ersetzt.

Dieser sogenannte General, welcher im März von den Communards erschossen wurde, war Wachtmeister bei dem 9. Cuirassierregiment gewesen, hatte sich 1835 an einem republikanischen Complot betheiligt, war zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt, nach England geflohen, amnestirt, Mitarbeiter am „National" geworden. Die Septembristen machten ihn zum General und Chef der Nationalgarde. Anfangs Februar 1871 wurde er durch Aurelles de Paladine ersetzt.

Nachdem die Regierung so wieder Herr der bewaffneten Macht geworden war und die Häupter der Gegenpartei abgesetzt oder eingekerkert hatte, liess sie für jedes Arrondissement einen Maire und zwei Adjuncten wählen. Die Vorstädte wählten elf Socialisten, Ranvier, Flourens, Lefrançais, Dereure, Jaclard, Millière, Malon, Poivier, Héligon, Tolain u. A. Sie wurden nicht bestätigt, sondern durch Regierungscommissäre ersetzt.

Auch diesen Maires liess man keine Machtbefugnisse, nicht einmal eine berathende Stimme in der Regierung, so dass eine Anzahl, darunter Delescluze, ihr Mandat niederlegte.

Trochu widersetzte sich am 3. Januar 1871 der Neuwahl des Municipalrathes, die, wie er sagte, die Ideen der (alten) Commune wieder beleben würden. Am 5. Januar verweigerte er die Zulassung des bürgerlichen Elements zum Kriegsrath. Nun brach abermals eine allgemeine Unruhe aus. Die Arrondissements wählten aus eigener Machtvollkommenheit 140 Vertreter, welche am

6. Januar in einem „Aufruf an das Volk“ die „Commune effective“ forderten. Man steckte die Unterzeichner ein. Hierauf erfolgte am 22. Januar ein neuer Aufstand, der aber ebenfalls unterdrückt wurde, und am 28. Januar unterschrieb die Regierung den Waffenstillstand, der um so nöthiger war, da, abgesehen von dem Mangel an Lebensmitteln, die Septembristen einsahen, dass sie nicht lange mehr Herr ihrer Gegner in Paris bleiben konnten.

Man wird nun sagen müssen, dass die Regierung, d. h. die Herren Jules Favre, E. Picard, Jules Ferry und Trochu, welche ihr Mandat eigener Ernennung am 4. September verdankten und bis Anfang Februar keinerlei legale Vollmacht besassen, erstens eben so wenig Recht zur Herrschaft besassen, als ihre Gegner, die sie ihnen entreissen wollten, dass sie am und nach dem 1. November ihr Versprechen, sofort und freie Municipalwahlen vornehmen zu lassen, gebrochen und damit ihren eigenen an seinem Wort haltenden Gesinnungsgenossen Arago verrathen und von da ab eine Militairdictatur aufrecht erhalten haben. Zweitens aber auch, dass die Aufstandsversuche zwar von den Arbeitern unterstützt, zum grössten Theil aber von radikalen Bourgeois gemacht und geleitet wurden, die damals und vielleicht auch später nicht der Internationale angehörten. Eine Einwirkung des Londoner Generalrathes war überdies durch die Einschliessung von Paris ausgeschlossen.

Villetard bemerkt, meines Erachtens ganz richtig, Seite 256 bis 57, dass die eigentlichen Internationalen diese Zeit hauptsächlich zu ihrer Organisation und zur Ansammlung von Waffen und Munition sowie zur Einübung mit denselben benutzt hätten. Ihre Zeit war noch nicht gekommen.

Am 8. Februar fanden die Wahlen für die französische Nationalversammlung statt. Sie ergaben eine conservative Versammlung, in der nur wenig „Rothe“ sassen. Das allgemeine gleiche Wahlrecht, weil es den Schwerpunkt in die Landbevölkerung legt, hat in Frankreich eben immer wieder eine Regierung in schwierigsten Zeiten möglich gemacht. Deshalb begreife ich jene deutschen Conservativen nicht, die nach dem Census schreien, der doch die Entscheidung in die reichen Städte, die ewig, wie auch damals Paris und wie stets Berlin, radikal wählen, verlegt. Bismarck ist aber klüger als sie. Dieses allgemeine Wahlrecht ist heute das conservativste, was überhaupt möglich ist, oder man muss eben gar nicht mehr wählen.

Thiers wurde nun Präsident der Republik. Er und die Nationalversammlung begingen die gröbsten Fehler, die schliesslich zur Commune führten.

In Bordeaux wurden am 1. März die Friedenspräliminarien angenommen. Hiergegen protestirten Rochefort, Ranc, Malon, Tridon und Pyat, Delegirte von Paris, und legten ihr Mandat nieder. Am 3. März ernannte die Versammlung Aurelles de Paladine zum Chef der Nationalgarde. Am 4. befahl sie dem Kriegsminister, Truppen um Paris zu concentriren. Am 8. nahm sie

das kaiserliche Gesetz gegen die Versammlungen an und am 10. beschloss sie, nicht nach Paris, sondern nach Versailles zu gehen. Endlich wurde der bonapartistische General Valentin zum Präfecten der Polizei von Paris ernannt und Aurelles unterdrückte sechs revolutionäre und socialistische Blätter, worunter der berüchtigte „Père Duchêne“ von Vermersch.

Alle diese Beschlüsse mussten jene Partei in Paris, welche Trochu kaum noch hatte zügeln können, in die höchste Wuth versetzen. Und dabei hatte die Regierung den groben Fehler gemacht, ausdrücklich im Waffenstillstandsabschluss zu stipuliren, dass die Nationalgarde ihre Waffen behalten solle! Wie leicht konnte sie, als die Preussen Paris theilweise besetzten, diesen ihr so gefährlichen Legionen die Waffen abnehmen lassen. Eine alberne Eitelkeit hatte Favre diese Bedingung stellen lassen, die sich so bald bitter rächen sollte.

Indess waren nicht die Arbeiter allein unzufrieden mit der Nationalversammlung. Die Wirkung des Gesetzes über die Verfallzeit der Wechsel machte sich fühlbar und traf grausam den Pariser Kleinhandel. Die ersten Wechsel durften am 13. März präsentirt werden. Die Gläubiger waren unbarmherzig, man sprach von 275,000 Protesten, die am 14., 15. und 16. März erhoben worden waren. Fünfzigtausend ehemals vielleicht noch wohlhabende Bürger wurden dadurch annähernd oder vollständig ruinirt. Die fälligen Miethen konnten die meisten Miether auch nicht bezahlen. Somit fand sich im kleinen Bürgerthum Unterstützung genug für die verbündeten Radikalen und Socialisten. Alle Handlungen der Regierung trugen dazu bei, einen Feind zu reizen, dem man seine Organisation und Waffen gelassen hatte. Als man endlich den Versuch machte, sie ihm zu nehmen — da wehrte er sich eben, und so entstand der Bürgerkrieg.

Schon als es ruchbar wurde, dass die Capitulation beschlossen sei, organisirte sich die socialistische Partei und die mit ihr verbündete radikale Bourgeois-Partei. Man beschloss, eine Solidarität der verschiedenen Bataillone der Nationalgarde herzustellen.

Es wurde dies sofort zu bewerkstelligen gesucht, und am 15. Februar fand zu Vaux-Hall eine Delegirtenversammlung statt. Man beschloss noch nichts, aber man verständigte sich über die Grundbedingungen; man kam überein, dass bei der Organisation die föderative Form (zu Ehren der Internationale) angenommen werden solle. Am 24. Februar fand eine neue Zusammenkunft an demselben Orte statt. Man fasste folgenden Beschluss:

„Die Nationalgarde protestirt durch das Organ ihres Central-Comités gegen jeden Versuch, sie zu entwaffnen, und erklärt, dass sie im Nothfalle bewaffnet dagegen Widerstand leisten werde.“

Hierauf begab man sich zu der imposanten republikanischen Manifestation, welche auf dem Bastillenplatze stattfand.

Zwei Tage später marschirten auf Anregung des Bürgers Piazza hunderttausend Nationalgarden, einem revolutionären Auf-

rufe folgend, nach Neuilly mit geladenen Gewehren und gefüllten Patronentaschen. Man hatte ihnen gesagt, dass die Preussen Paris zu besetzen beabsichtigten und sie wollten um den Preis ihres Blutes diese Verletzung des Vertrages verhindern. Da sie nichts Ungewöhnliches vorfanden, was diesem Gerüchte Bestätigung gegeben hätte, so kamen sie zurück, führten jedoch im Triumphe eine Menge von Kanonen und Mitrailleusen mit sich, die auf dem Place Wagram lagerten, und von denen man fürchtete, dass sie durch die Preussen weggenommen werden könnten. Diese Kanonen, welche begeisterungsvoll von allem Volke, von Männern, Frauen und Kindern gezogen wurden, wurden in den Vorstädten zu Batignoles, Montmartre, Belleville, Place des Vosges etc. gelagert und unter die Aufsicht des bewaffneten Volkes gestellt.

Um diese Kanonen entbrannte nachher der erste Kampf. Die Nationalgarde behauptete ein Eigenthumsrecht an ihnen. Sie waren nämlich während der Belagerung von der Privatindustrie hergestellt worden aus Fonds, die durch Subscription flossen, und der damals 350,000 Mann starken Nationalgarde übergeben worden. Ihrer 245 Stück wurden nun am 28. Februar nach dem Montmartre, Montrouge und dem Vogesenplatz befördert.

Die Regierung hatte den grossen Fehler begangen, diese Kanonen nicht in Sicherheit zu bringen.

Die Aufregung stieg, als man in Paris vernahm, die Preussen würden am 1. März einen Theil von Paris besetzen.

Die erste Bewegung war, sich mit Gewalt dem Eintritt der Preussen zu widersetzen. Jedoch wurde von dem Central-Comité, welches sich einige Mitglieder des Pariser Föderalrathes der Internationale beigesellt hatte, folgendes Manifest veröffentlicht:

„Central-Comité der Nationalgarde.

Das allgemeine Gefühl scheint zu sein, sich dem Eintritt der Preussen in Paris nicht zu widersetzen. Das Central-Comité, welches anfangs eine entgegengesetzte Meinung geäussert hatte, erklärt, sich der folgenden Resolution anschliessen zu wollen:

Es wird um die Quartiere der Stadt herum, welche von dem Feinde zu besetzen sind, eine Reihe von Barrikaden errichtet werden, geeignet, um diesen Theil der Stadt vollständig zu isoliren. Die Bewohner der von diesen Grenzen eingeschlossenen Region werden dieselbe unverzüglich räumen.

Die Nationalgarde, zusammenwirkend mit der ringförmig rund herum aufgestellten Armee, wird darüber wachen, dass der Feind, so isolirt auf einem Boden, der nicht mehr unsere Stadt sein wird, in keiner Weise mit den angrenzenden Theilen von Paris communiciren könne.

Das Central-Comité verpflichtet also die ganze Nationalgarde, der Ausführung aller Massregeln, welche zur Erreichung dieses Zweckes nothwendig sind, ihre Mitwirkung zu leihen und jeden Angriff, da der unmittelbare Sturz der Republik hierauf folgen würde, zu vermeiden."

Diese Vorschriften wurden pünktlich befolgt, ohne Mitwirkung der Armee, welche sich auf das linke Ufer zurückzog.

Die Regierung beglückwünschte Paris wegen seiner würdigen und patriotischen Haltung und man konnte glauben, dass noch Alles in Ruhe sich werde beilegen lassen.

Inzwischen wurde die Organisation der Nationalgarde von dieser selbstständig und im Gegensatz zur Regierung vollzogen. Zunächst constituirten sich zwei Behörden, das „Comité central de la fédération republicaine“ und das Comité central de la garde nationale“. Hieraut vereinigten sich beide Comités, und hier tritt uns zuerst die Internationale als tonangebend entgegen.

Blos sagt in seiner Geschichte der „Commune“: Auf Anregung derjenigen Mitglieder des Comités, welche von dem Pariser Föderalrath der Internationale delegirt worden waren, beschloss man für den 3. März eine neue allgemeine Delegirten-Versammlung einzuberufen. Sie fand statt und da nun würde über die Statuten der republikanischen Föderation der Nationalgarde abgestimmt.

Das Erste, was das definitive „Central-Comité“ that, war, auf Antrag Varlin's, zu allgemeinen Neuwahlen innerhalb der Nationalgarde zu schreiten. Zweihundert Bataillone von 270 anerkannten das „Central-Comité“. Dieses liess sodann ein folgendermassen abgefasstes rothes Plakat anschlagen:

„Französische Republik.
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.
Central-Comité der Nationalgarde.

Das Central-Comité der Nationalgarde, ernannt in einer allgemeinen Versammlung von Delegirten, welche mehr als 200 Bataillone repräsentirten, hat zur Aufgabe, die republikanische Föderation der Nationalgarde herzustellen, damit dieselbe derartig organisirt werde, um das Land besser als bisher es die permanenten Armeen vermochten, zu beschützen und mit allen möglichen Mitteln die bedrohte Republik zu vertheidigen.

Das Central-Comité ist nicht ein anonymes Comité, es ist die Vereinigung von Bevollmächtigten freier Männer, welche ihre Pflicht kennen, ihre Rechte aufrecht erhalten und die Solidarität unter allen Mitgliedern der Nationalgarde begründen wollen. Es protestirt daher gegen all die fälschlichen Behauptungen, welche bezwecken, den Ausdruck seines Programms zu entstellen, um die Ausführung desselben aufzuhalten. Seine Verfügungen sind stets unterzeichnet gewesen; sie haben nur einen Beweggrund, die Vertheidigung von Paris. Es weist mit Verachtung die Verleumdungen zurück, auf welche die erhobene Anklage der Aufreizung zum Raube von Waffen und Munition und zum Bürgerkriege abzielt.

Der Ausgang des Waffenstillstandes, auf dessen Verlängerung das officielle Journal vom 26. Februar stumm geblieben war, hatte in ganz Paris eine sehr natürliche Aufregung hervorgerufen. Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten — das war in der That eine Invasion, eine Besetzung mit allem Elend, wie es feindliche Städte zu erdulden haben.

Auch war das patriotische Fieber, welches in einer Nacht die ganze Nationalgarde zur Erhebung und unter die Waffen brachte, nicht etwa dem Einfluss einer für Statutenausarbeitung ernannten provisorischen Commission zuzuschreiben; es war der thatsächliche Ausdruck der von

40*

der ganzen Bevölkerung gefühlten Aufregung. Als die auf die Besetzung bezügliche Convention officiell bekannt war, verpflichtete das Central-Comité durch eine in den Strassen von Paris angeheftete Erklärung die Bürger, durch ihre energische Mitwirkung die strenge Ausführung dieser Convention zu sichern.

Der Nationalgarde gebührte das Recht und die Pflicht, ihre bedrohten Heimstätten zu schützen, zu vertheidigen. Indem sie sich ganz und freiwillig erhob, hat sie, und sie allein, durch ihre Haltung aus der preussischen Besetzung eine Demüthigung des Feindes zu machen gewusst. Es lebe die Republik!

Paris, den 4. März 1871.

Arnold, Jules Bergeret, Bouit, Castioni, Chauvière, Chonteau, Courty, Dutil, Fleury, Frontier, Gasteau, Henry Fortuné, Leord, Lagarde, Lavalette, Maljournal, Matté, Muttin, Ostyn, Piconel, Pindy, Prudhomme, Varlin, Henri Verlet, Viard."

Während das Comité die Nationalgarde organisirte und zur öffentlichen Meinung sprach, vernachlässigte es nicht die Mittel materieller Vertheidigung; wichtige Vertheidigungsarbeiten wurden ausgeführt auf den Buttes Montmartre und Buttes Chaumont, wo der grössere Theil der vom Wagram-Park mitgeführten Kanonen aufgestellt war. Diese Arbeiten wurden begonnen unter der Leitung von Poulizac und L. Brin, die sich später den Versaillern anschlossen. Es zeigt dieser Umstand, dass die erste Bewegung der Föderation der Nationalgarde mehr patriotisch als revolutionär war. Die erste Idee, die Nationalgarde zu organisiren, war übereinstimmend hervorgegangen aus einer Bourgeoisvereinigung, dem Club Valentino, und den Föderalräthen verschiedener Bataillone. Aber der Geist des Radikalismus der Vorstadt, die Ungeschicklichkeiten und Angriffe der Regierung, so wie auch der Einfluss der Internationale hatten bald der Föderation ihren revolutionären und socialistischen Charakter gegeben.

Die Regierung antwortete durch die Ernennungen von Aurelles, Valentin und Vinoy zum Commandanten der Linie, welche alle der Nationalgarde verhasst waren. Nun erliess das Central-Comité der Nationalgarde folgende Proclamation an die Armee:

„Soldaten, Kinder des Volks! Man verbreitet in der Provinz gehässige Gerüchte. Es giebt in Paris 300,000 Nationalgarden, und doch ruft man Truppen herbei, welche man über den Geist der Pariser Bevölkerung zu täuschen sucht. Die Männer, welche die Niederlage organisirt, Frankreich zerstückelt, unser ganzes Gold überliefert haben, wollen der Verantwortlichkeit, die sie übernommen, dadurch entgehen, dass sie den Bürgerkrieg hervorrufen. Sie rechnen darauf, dass ihr das gefügige Werkzeug des Verbrechens seid, auf welches sie sinnen. Soldaten! Bürger! werdet ihr, dem gottlosen Befehl gehorsam, das nämliche Blut vergiessen, das in euren Adern fliesst? Werdet ihr eure eigenen Eingeweide zerreissen? Nein! ihr werdet nicht zustimmen, Vatermörder, Brudermörder zu werden. Was will das Pariser Volk? Es will seine Waffen behalten, seine Führer selbst wählen, sie absetzen, wenn sie sein Vertrauen nicht mehr haben. Es will, dass die Armee an ihre Herde zurückgesandt werde, um so schnell als möglich den Familien die Herzen, der Arbeit die Arme zurückzugeben. Soldaten, Kinder des Volks!

Vereinigen wir uns, um die Republik zu retten. Die Könige und die Kaiser haben uns Uebel genug zugefügt. Befleckt nicht euer Leben. Der Befehl verhindert nicht die Verantwortlichkeit des Gewissens. Umarmen wir uns Angesichts derer, welche, um einen Grad zu erlangen, einen Platz zu erhalten, einen König zurückzuführen, wollen, dass wir uns unter einander zerfleischen. Es lebe auf immer die Republik!

Votirt in Vaux-Hall am 10. März 1871."

Ein Theil dieser Uebersetzungen von Aktenstücken, sowie auch wenige thatsächliche Ausführungen sind der „Geschichte der Pariser Commune" von Wittig entnommen, andere aus der „La Commune" von Le Chevalier übersetzt, noch andere gelegentlich gesammelt aus Broschüren, namentlich Zeitschriften, Journalen. Ich habe hier so wenig wie in den anderen Capiteln bei jedem einzelnen solcher Ausschnitte und Citate die Quelle angeben können, weil ich einmal den Umfang des Werkes ganz unnöthig würde vergrössert haben; weil ich auch andererseits gelegentlich die benutzten Werke und am Ende jedes Capitels die bezügliche periodische Literatur nenne. Soweit über die Quellen.

Inzwischen hatten die Gerichte die Octobergefangenen verurtheilt. Sie wurden in Freiheit gesetzt, der zum Tode verurtheilte Flourens erschien in Generalsuniform unter den Nationalgarden und veröffentlichte folgende Proclamation:

„Bürger! Angesichts des Urtheils, welches mich trifft, ist es meine Pflicht, auf das Energischste gegen die Verletzung aller in alle Verfassungen eingeschriebenen Rechte zu protestiren. Der Angeklagte muss von seines Gleichen gerichtet werden, so ist der Text des Gesetzes. Nun verweigere ich aber den patentirten Mördern der Reaction vollständig den Titel von Richtern. Von einer Regierung ernannt, welche am 31. October 1870 noch von Niemandem anerkannt worden war, konnte sie ihre Macht nur ausserhalb des Gesetzes schöpfen. Uebrigens weiss ich durch lange Erfahrung, dass die Freiheit durch das Blut der Märtyrer gestärkt wird. Wenn das meinige dazu dienen kann, Frankreichs Beschmutzungen hinweg zu waschen und die Einheit des Vaterlandes und die Freiheit zu befestigen, so biete ich es freiwillig den Mördern des Landes und den Januarschlächtern an. Gruss und Brüderlichkeit.

G. Flourens."

Gleichzeitig wurde auf den Strassen ein Flugblatt ausgeboten, das Angesichts dreier fälliger Miethen die Frage aufwarf: „Soll man die Hausbesitzer aufhängen?"

Am Abend des 16. März hielt das Central-Comité der Nationalgarde eine Versammlung unter freiem Himmel ab, worin nur Nationalgarden zugelassen wurden. Man schritt zuerst zur Neuwahl des Comités. Garibaldi wurde einstimmig zum Chef der Pariser Nationalgarde und sein Sohn Menotti zum Chef des Generalstabes ernannt. Alle anwesenden Nationalgarden verpflichteten sich, nur noch den Befehlen des Central-Comités zu folgen. Die Generale Vinoy und de Paladine, sowie alle übrigen Offiziere, Unteroffiziere und Corporale wurden abgesetzt und zugleich beschlossen, die Wähler zusammenzuberufen, um die Ernennung des

neuen Generalstabes zu bestätigen. Sobald diese Nachricht in Montmartre bekannt wurde, feuerte die obere Batterie eine Salve ab. Von den Buttes Chaumont antwortete man durch Kanonenschüsse und Raketen. Der Montmartre zog neben der dreifarbigen die rothe Fahne auf.

Die Regierung liess nun gegen 400 Personen verhaften, die am Morgen des 18. von der Nationalgarde befreit wurden.

Thiers veröffentlichte darauf folgende Proclamation:

„Einwohner von Paris! Wir wenden uns noch an euch, an eure Vernunft und an euren Patriotismus, und wir hoffen Gehör zu finden. Eure grosse Stadt, welche nur durch die Ordnung leben kann, ist in einigen Vierteln tief erregt, und die Unordnungen in diesen Vierteln, ohne sich den anderen mitzutheilen, reicht hin, die Rückkehr der Arbeit und des Wohlbefindens zu verhindern. Seit einiger Zeit haben sich bös gesinnte Menschen unter dem Vorwande, den Preussen Widerstand zu leisten, die doch nicht mehr in euren Mauern sind, als die Herren eines Theils der Stadt niedergesetzt, haben Befestigungen aufgeworfen, bewachen dieselben, zwingen euch, sie mit ihnen zu bewachen, und zwar auf Befehl eines geheimen Ausschusses, der sich anmasst, allein einen Theil der Nationalgarde zu befehligen, der so die Autorität des Generals Aurelles, welcher so würdig ist, an eurer Spitze zu stehen, missachtet und eine der gesetzmässigen, durch das allgemeine Stimmrecht eingesetzten Regierung entgegengesetzte Regierung bilden will. Diese Menschen, welche euch schon so viele Uebel verursacht haben, welche ihr selbst am 31. October zerstreut habt, verkünden die Anmassung, euch gegen die Preussen zu vertheidigen, welche nur kurz in euren Mauern erschienen sind und deren Abmarsch diese Unordnungen verzögern, welche Kanonen richten, die, wenn sie abgefeuert würden, nur eure Häuser, eure Kinder und euch selber niederschmettern würden, welche endlich die Republik in Frage stellen, statt sie zu vertheidigen. Denn wenn sich in der Meinung Frankreichs die Ansicht festsetzen würde, dass die Republik die nothwendige Begleiterin der Unordnung ist, wäre die Republik verloren. Glaubet ihnen nicht und höret die Wahrheit, welche wir in voller Aufrichtigkeit sagen! Die durch die Nation eingesetzte Regierung hätte schon diese dem Staat entwendeten Kanonen, die gegenwärtig nur euch bedrohen, wieder nehmen können, hätte diese lächerlichen Verschanzungen wegnehmen können, die nur den Verkehr hindern, und hätte der Hand der Gerechtigkeit die Schuldigen überliefern können, welche sich nicht scheuten, den Bürgerkrieg auf den Fremdenkrieg folgen zu lassen; aber sie wollte den getäuschten Menschen Zeit geben, sich von denen zu trennen, welche sie täuschen. Jedoch die Zeit, welche man den aufrichtigen Menschen bewilligt hat, um sich von den schlechten Menschen zu trennen, wurde genommen für eure Ruhe, für euer Wohl, für das Wohl von ganz Frankreich. Dieselbe darf in keiner Weise verlängert werden. So lange dieser Zustand der Dinge dauert, ist der Handel gehemmt, sind eure Magazine leer, bleiben die Aufträge, welche von allen Seiten kommen würden, aus, sind eure Hände müssig, erholt sich der Credit nicht, zögern die Capitalien, deren die Regierung bedarf, um das Gebiet von der Gegenwart des Feindes zu befreien, hervorzukommen. In eurem Interesse, wie in dem eurer Stadt, wie in dem Frankreichs ist die Regierung zum Handeln entschlossen. Die verbrecherischen Menschen, welche sich angemasst haben, eine Regierung einzusetzen, werden der regelmässigen Gerechtigkeit überliefert werden. Die dem Staat ent-

wendeten Kanonen werden den Arsenalen wieder zugestellt werden, und um diesen dringenden Akt der Gerechtigkeit und Vernunft zu vollziehen, zählt die Regierung auf eure Mitwirkung. Mögen die guten Bürger sich von den schlechten trennen, mögen sie die öffentliche Gewalt unterstützen, statt ihr Widerstand zu leisten. Sie werden so die Rückkehr des Wohlstandes in die Stadt beschleunigen und werden der Republik selbst einen Dienst leisten, welche die Unordnung in der Meinung von Frankreich zu Grunde richten würde. Pariser, wir richten an euch diese Sprache, weil wir euren gesunden Verstand, eure Weisheit, euren Patriotismus achten: aber nachdem wir diese Ankündigung erlassen, werdet ihr uns beistimmen, wenn wir die Zuflucht zur Gewalt nehmen, denn um jeden Preis und ohne einen Tag Aufschub muss jetzt die Ordnung, die Bedingung eures Wohles, vollständig, unbedingt und unerschütterlich wiederhergestellt werden. Paris 17. März 1871. Thiers Präsident u. s. w." Folgen die Unterschriften der sämmtlichen Minister.

Diese Proclamation wurde am Morgen des 18. an allen Strassenecken angeschlagen, an vielen Orten jedoch sofort vom Volke herabgerissen.

Am Morgen des 18. versuchte man zunächst, die Kanonen mit List der Nationalgarde zu entziehen. Um 6 Uhr erschienen als Nationalgardisten verkleidete Stadtsergeanten auf dem Montmartre und lösten die dort die Kanonen bewachenden wirklichen Nationalgardisten ab. 6½ Uhr schossen sie drei Schüsse ab, um die Linie zu benachrichtigen, dass der Coup gelungen sei. Allein während man bereits einige Kanonen abführte, erschienen Mitglieder des Central-Comités begleitet von vielen Männern und Weibern und brachten die Kanonen wieder an ihren Platz. Vinoy war mit seinen Truppen nicht schnell genug zur Stelle gewesen. Erst um 9 Uhr erschien eine grosse Anzahl von Liniensoldaten, nachdem man auf den Boulevards schon Schüsse gehört hatte, die die Kolben in die Luft streckten. Der General Lecomte befehligte hier, allein bevor er nach dem Montmartre kam, stiess er auf Nationalgarde. Er befahl der Gensdarmerie, sie zurückzutreiben. Diese gab einige Schüsse ab, die erwidert wurden. Die Linie aber fraternisirte mit der Nationalgarde und löste sich auf. Die Kavallerie, Artillerie und Gensdarmerie musste sich zurückziehen. General Lecomte wurde vom Pferde gerissen und nach dem Chateau Rouge geführt. Um 10 Uhr besetzte die Nationalgarde das Stadthaus, den Luxemburg und das Quartier latin, ohne dass die Truppen Widerstand leisteten. Um Mittag war die Stadt in den Händen der Insurgenten, die sofort Ruhe und Ordnung herstellten. Um 6 Uhr Abends ging General Clément Thomas in bürgerlicher Kleidung über den Platz Pigalle. Er wurde von einem Zuaven erkannt. Man schleppte ihn in das Haus, in dem sich General Lecomte bereits befand und in welchem, wie es scheint, eine Art von Kriegsrath versammelt war. Beide wurden erschossen und zwar von einem Haufen, der aus 10 Soldaten des 88. Linienregiments und 3 bis 4 Nationalgardisten bestand.

Wer eigentlich den Befehl zu ihrer Erschiessung gegeben,

ist nicht festgestellt. Das Central-Comité lehnte am 20. jede Verantwortlichkeit dafür durch eine Proclamation ab, in der es hiess:

„Mit Indignation erklären wir: Der Blutschaum, mit dem man unsere Ehre beflecken will, ist eine infame Unwürdigkeit. Niemals ist ein Todesurtheil von uns unterzeichnet worden. Niemals hat die Nationalgarde Theil an der Ausführung eines Verbrechens genommen.“

Die Regierung liess am 18. eine zweite Proclamation anheften:

„Man verbreitet das lächerliche Gerücht, das Gouvernement bereite einen Staatsstreich vor. Die Regierung der Republik hat nicht und kann nicht haben ein anderes Ziel als das Ziel der Republik. Die ergriffenen Massregeln waren unumgänglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung, sie wollte und will zu Ende kommen mit einem insurrectionellem Comité, deren der Bevölkerung fast unbekannte Mitglieder nur communistische Doctrinen vertreten und Paris der Plünderung überliefern würden, Frankreich dem Grabe, wenn Nationalgarde und Armee sich nicht erhöben, gemeinschaftlich das Vaterland und die Republik zu vertheidigen.“

Diese Proclamation empörte die Nationalgarde um so mehr, als ihr der Vorwurf der beabsichtigten Plünderung gemacht wurde und als damals die Communisten oder Internationalen im Central-Comité noch sehr in der Minderheit waren. Die Erbitterung wuchs aber noch mehr durch folgende Proclamation, die Abends angeheftet wurde:

„Ein Nationalgarden-Comité, welches den Namen Central-Comité annahm, bemächtigte sich einer gewissen Zahl von Kanonen, bedeckte Paris mit Barrikaden, schoss auf die Vertheidiger der Ordnung, machte Gefangene und ermordete kaltblütig die Generale Lecomte und Thomas. Wer sind die Comité-Mitglieder? Niemand kennt sie, niemand kann angeben, zu welcher Partei sie gehören. Sind sie Communisten, Bonapartisten, Preussen? Sind sie aus dreifacher Coalition hervorgegangen? Jedenfalls sind sie Feinde von Paris, welches sie der Plünderung überliefern, Feinde Frankreichs, welches sie Preussen überliefern. Die verabscheuungswürdigen Verbrechen jener Männer benehmen denen, die es wagen ihnen zu folgen, jede Entschuldigung. Wollt ihr die Verantwortlichkeit der Mordthaten und Verbrechen, die sich noch steigern werden, auf euch nehmen, dann bleibt in euren Behausungen; wenn euch aber an der Ehre und den heiligsten Interessen gelegen ist, so schaart euch um die Regierung der Republik und die Nationalversammlung.“

Diese überaus alberne Proclamation, welche gleichzeitig die preussische Regierung und auch die Nationalgarde beleidigte, die alles andere nur nicht preussenfreundlich war, trug die Unterschriften der Minister Dufaure, Favre, Picard, Simon, Pothuau und Leflo.

Noch war es möglich, den Bürgerkrieg zu vermeiden. Die Deputirten und Maires von Paris machten den Versuch dazu. Sie versammelten sich am 19. und schlugen dem Minister J. Favre folgende Massregeln vor:

1. Ernennung von Langlois zum Chef der Nationalgarde, 2. von E. Adam zum Polizei-Präfecten, 3. von M. Dorian zum

Maire von Paris, 4. von General Billot zum Commandanten der Armee von Paris. Inzwischen hatten die Mitglieder der Regierung die Flucht ergriffen, eine grosse Anzahl der Besitzenden floh ebenfalls, und der an Arago's Stelle getretene Maire von Paris, Herr Jules Ferry, schloss sich dieser feigen Flucht an, indem er den versammelten Maires anzeigte, dass er seine Befugnisse in ihre Hände lege.

Mit dem 18. März nimmt die Bewegung einen anderen Charakter an. Bis dahin waren die Putsche in Paris eigentlich vollständig gerechtfertigt — wenn man sich nämlich in die Lage richtig hineindenkt. Eine liberale Clique von durchaus nicht makellosen Leuten hatte sich der Gewalt bemächtigt, benutzte sie sehr ungeschickt gegen den äusseren Feind und sehr rücksichtslos gegen die anderen Parteien. Dazu kam, dass die September-Regierung den Charakter einer Judenwirthschaft durchaus an der Stirn trug, wie denn die Juden das grosse Wort in ihr führten. Der Jude Cremieux wurde nach Tours mit der Vollmacht eines Regenten gesendet und umgab sich mit einem Stab von Juden. Er ernannte Juden zu Präfecten, wie den berüchtigten Esquiros für Marseille. Jules Simon und Picard sind ebenfalls Juden und Gambetta stammt, wie behauptet wird, von solchen ab. Die Judenwirthschaft aber ist in Frankreich so gut wie in Deutschland bei den arbeitenden Klassen, die sonst ihre Wucherherrschaft gefühlt haben, grimmig verhasst. Nun denke man sich einmal den Fall, dass die deutsche Armee geschlagen, Berlin befestigt sei. In Magdeburg befehligt der alte Steinmetz den Rest des deutschen Heeres. Der Kaiser ist gefallen, die Kaiserin-Regentin in Tilsit — oder schon in Russland wie 1806. In Berlin bricht eine Revolution aus. Eine neue Regierung bildet sich durch die generatio aequivoca, bestehend aus Eugen Richter, Lasker als Kriegsminister, Bamberger für den Cultus, Miquél für die Finanzen, Virchow, Stadtverordneter, Löwe und Beutner für andere Fächer. Lasker flieht im Ballon, etablirt sich in Breslau, setzt von da Generale ein und ab, schickt den alten Steinmetz Befehle nach Magdeburg — die der nicht befolgt, wofür er später seines Marschallsranges verlustig erklärt wird. In Berlin aber regierten Richter, Virchow, Bamberger u. A. General Stavenhagen — der leider todt ist, commandirt à la Trochu, Major Beitzke — leider auch todt — ist Commandant der Nationalgarde. Diese besteht aus Kleinbürgern und Arbeitern. Bataillons-Commandanten und Obersten derselben sind u. A. die Herren Hasenklever, Hasselmann, Bebel, Fritzsche, Kappell, Joh. Jakoby, Sonnemann, Karl Vogt, Amandus Gögg u. s. w. Wie würde da die Sache wohl verlaufen?? Ich glaube noch weniger glatt als seiner Zeit in Paris.

Nun nehme man an, der Friede kommt zu Stande, Virchow wird Präsident der deutschen Republik, Bamberger bleibt Cultusminister u. s. w, der Reichstag tagt in Potsdam und hat nur 40,000 Mann Militair um sich. In Berlin existiren 300,000 Nationalgarden, denen Virchow die Waffen gelassen hat. Virchow

ernennt zum Commandanten dieser Nationalgarde Herrn Dr. Max Hirsch, zum Polizei-Präfecten Herrn Schulze-Delitzsch, zum Ober-Bürgermeister Herrn Nathan Schlesinger — — ob wohl das „Central-Comité der Nationalgarde", die Herren Hasenklever bis Gögg da ruhig commandirten: „Präsentirt's Gewehr" — wenn sich jene Würdenträger einstellten? Ich glaube kaum.

Nun, Gott behüte uns vor solchen Zuständen, auch hinkt der Vergleich, da unsere kaiserliche Dynastie viel fester begründet ist, als die napoleonische es war, und eine Revolte solchen Ausgang nicht nehmen könnte, indess nehmen wir an, es habe keine Revolution 1789, 1830, 1848 gegeben, Chambord herrschte 1870 und seine Vorfahren hätten es bis dahin auch gethan, so läge doch die Sache so, wie ich hier geschildert habe. Es kommt ja nicht auf das an, was vor der Revolution war, sondern was ihr folgte. In Frankreich folgte aber eine Regierung von Personen, die durchaus dort jenes Ansehen haben, wie hier die Herren Lasker, Virchow und Consorten.

Bis zum Zusammentritt der gewählten Nationalversammlung hatten die Septembermänner kein grösseres Recht als die Radikalen und Communisten. So sagt auch Blos in seinen Betrachtungen über die Commune von Paris ganz zutreffend:

„Dass sich jeder revolutionären Bewegung, sobald dieselbe mächtig und siegreich auftritt, eine Menge von Elementen anschliessen, die eigentlich der Bewegung sowohl ihren Zwecken und Zielen als auch ihren Eigenschaften nach fernstehen, steht eben so fest, wie dass ein derartiger Anschluss nicht zu vermeiden ist. Mit dem Umsturz einer bestehenden Staatsform durch eine Partei oder eine Klasse ist auch für jeden Einzelnen ausserhalb der revolutionären Partei, für jede andere Partei oder Klasse das „Revolutionsrecht" gleichsam proklamirt, und der Fall ist noch nie dagewesen, dass diese Proklamation ohne Erfolg geblieben wäre. Dafür sorgt schon das Interesse des Einzelnen sowohl wie auch ganzer Klassen und Parteien. Insbesondere besitzt eine revolutionäre Bewegung grosse Attractionskraft für problematische Existenzen und zweideutige Persönlichkeiten. Die grosse Revolution hatte ihren Orleans und ihren Mirabeau, die Bewegung der Commune hatte ihren Vermersch uud ihren Vesinier."

Wird einmal in einem Lande die legitime Dynastie beseitigt, so herrscht zunächst nur das Recht jeder Partei, Revolution zu machen. Nach dem Staatsrecht der Liberalen, wie es sich seit 1789 immer mehr Geltung schafft, giebt es, sowie eben die legitime Herrscherfamilie beseitigt ist, nur eine neue Basis für die Staatsordnung. Le Chevalier sagt in seiner Geschichte der Commune — der ich sonst nur Aktenstücke und selbst die mit Vorsicht entnehme — richtig: „Wir haben für unsere Institutionen nur noch zwei Ecksteine in folgenden Principien: Erstens das allgemeine Stimmrecht, um eine Majorität zu schaffen, welche das Gesetz giebt, zweitens Respect der Minorität vor dem geschaffenen Gesetz so lange, bis sie zur Majorität gelangt." Sehr schön. Auch die sociale Partei acceptirt diese Grundsätze. Sie ist aber — sowohl die Marx'sche wie die Bakunin'sche Fraction — nicht centralistisch, sondern föde-

ralistisch gesonnen. Sie verlangt mithin das allgemeine Stimmrecht für selbstständige Communen, und für den Staat die freie Föderation der Communen. Hier tritt sie in einen unausgleichlichen Widerspruch mit den blauen Demokraten, welche das allgemeine Stimmrecht für den Staat verlangen, der aus dieser so erhaltenen Majorität hervorgehenden Regierung grosse Befugnisse für die Verwaltung der Gemeinden einräumen.

Offenbar ist jener föderalistische Gedanke, dessen Berechtigung auch selbst Bismarck anerkannte, der Gedanke der Selbstverwaltung der Communen, ein gesunder. Es ist aber auch natürlich, dass der doctrinäre Bourgeoisie-Liberalismus sich von der Idee der Centralisation nicht trennen kann, wie er sie in der That zur weiteren Entwicklung des gegenwärtigen Wirthschaftssystems nicht entbehren kann.

Die Sache lag und liegt in Frankreich also so, dass einmal eine legitime Dynastie nur von einigen alten Familien anerkannt, wird, also politisch nicht in Frage kommt; bis 1848 herrschte dort die besitzende Klasse; seitdem kam der besitzlosen der Wunsch, an dieser Herrschaft Antheil zu nehmen. Ist eine Regierung umgeworfen, was, wie die Erfahrung lehrt, ca. alle 15 bis 20 Jahre geschieht, so ist der ganze bestehende Zustand offene Frage geworden. Ein neuer, durchweg neuer Rechtsboden muss geschaffen werden. Beide Parteien sind darin einig, dass nur der souveräne Volkswille diesen neuen Rechtsboden schaffen kann. Beide haben auch dasselbe Mittel, diesem Volkswillen Ausdruck zu verschaffen. Es ist das allgemeine gleiche directe Wahlrecht.

Aber die Bourgeoisie ist centralistisch, die untere Klasse ist föderalistisch. Da eine legitime Autorität nicht da ist, welche Frieden und einen Ausgleich zwischen beiden Parteien stiften kann, so muss es natürlich zum Kampf kommen. Aber von Recht oder Unrecht ist da keine Rede mehr. Der Streit der Centralisten gegen die Föderalisten ist alt und wird ausgekämpft werden bis zur Vernichtung einer dieser Parteien. Die föderative Partei erkennt eine Delegirung der Volkssouveränität an eine National-Versammlung eben nicht an. Und wo alle Autorität aufgehört hat, da tritt der freie Wille in sein ausschliessliches Recht; es bleibt nur die Frage, ob er eine so grosse Macht hinter sich hat, dass er sich Geltung schaffen kann.

So komme ich zu dem einfachen Schlusse: Es giebt kein allgemein anerkanntes öffentliches Recht, keine allgemein anerkannte daher traditionell geheiligte Autorität in Frankreich mehr. Wohl aber ist durch den Usus anerkannt und sanctionirt das Recht, Revolution zu machen. Und so waren die Communards ebenso in ihrem Recht am 18. März, wie die Bourgeoisie es war 1789, 1830, 1848 und am 4. September 1870. Wenn man sie trotzdem als Rebellen behandelte und ihnen nicht das Kriegsrecht zu Theil werden liess, so bedeutet das nichts. Das ist in Bürgerkriegen gewöhnlich so, und sie werden es gewiss dereinst ebenso mit ihren Gegnern machen.

Ganz anders ist es natürlich, wenn in einer von einem legitimen Herrscher regierten Monarchie ein Aufstand ausbricht. Da hat man eine Auflehnung gegen eine historisch sanctionirte Ordnung vor sich, hier verletzt die aufständische Partei ein Recht. In Frankreich hat nur jene Partei Unrecht, die nicht die Gewalt für sich hat. Die Gewalt allein ist dort die Quelle des Rechts.

Nachdem ich so ganz kühl mir über den ethischen Charakter der Commune von Paris klar geworden bin, untersuche ich weiter, wie sich die Dinge entwickelten. Und da müssen wir wieder eine Periode für sich betrachten, welche bis zum 26. und 28. März reicht, bis zur Vollziehung der Munizipalwahlen und der Proclamirung ihres Resultats.

Da ist ein höchst lehrreicher Zwischenfall zu erwähnen.

Herr Lasker hat im Reichstage einmal gesagt, wenn bei uns Arbeiter den Lockungen der Socialdemokraten folgen würden und bewaffnet auf der Strasse sich zeigten, so werde die Bürgerschaft sie mit dem Knüppel auseinander treiben. Dieser seichte Schwätzer, der über All' und Jedes spricht, weiss also nicht, dass seine Knüppelgarde in Paris am 22. März an der Arbeit war und weiss nicht, wie es ihr ergangen ist.

Schon am 21. März hatten die sogenannten „Männer der Ordnung" eine Demonstration gemacht, indem sie durch die Strassen zogen und schrieen: „Vive la République! Vive l'ordre! Vive l'Assemblée nationale!" Man hatte sie ruhig ziehen lassen.

Diese Ordnungspartei hatte ihr Hauptquartier im II. Bezirk, in welchem sich „die Börse" befindet. Hier hatte man die dieser Partei anhängenden Bataillone der Nationalgarde versammelt.

Da die Demonstration am 21. so glatt abgelaufen war, fasste diese Partei Muth. Unter Führung eines „Baron" Nathan, der die dreifarbige Fahne trug — wahrscheinlich ein jüdischer Börsenbaron, einer von der Sippe derer v. Bleichröder und von Oppenheim, v. Rothschild, kurz „von Mosem und die Propheten" — setzte sich ein Zug wohlgekleideter Gentlémen, darunter viele Börsenleute, auch Literaten, um 1 Uhr vom Opernplatz in Bewegung, um sich durch die Rue de la Paix nach dem Platze Vendôme zu begeben, wo der Generalstab des Central-Comités sich befand. Anscheinend unbewaffnet, trugen sie meist versteckte Waffen, Revolver und Todtschläger, bei sich. Der Zugang zum Vendômeplatz war durch Nationalgarden gesperrt. Die ausgestellten Posten wollten die Ordnungsmänner nicht durchlassen. Baron Nathan hatte grossen Muth, schwenkte die Fahne und rief den Ordnungsmännern zu, ihm zu folgen. Man drängte nach, es kam zum Handgemenge mit den Wachen, diese erhielten Unterstützung, die Nathaniten riefen: „Nieder das Central-Comité! Nieder die Mörder!" Darauf gab die Nationalgarde erst einige Schüsse in die Luft, und als Revolverschüsse antworteten, drei Salven. Nun wälzte zich der Schwarm der Nathaniten in wilder Flucht zurück, gegen 50 Personen auf dem Platze lassend, todt oder verwundet. Zwei Nationalgardisten waren auf der anderen

Seite getödtet, neun schwer verwundet, darunter ein Mitglied des Centralcomités. Die Ordnungsmänner lösten sich vollständig auf, die Strassen wurden leer und eine noch grössere Flucht der Besitzenden nach Versailles, wohin Thiers mit seinen Ministern bereits entflohen war, erfolgte. Ein panischer Schrecken verbreitete sich. Der Knüppelfeldzug hatte ein jähes Ende erfahren. Und ich will nicht wünschen, dass die Herren Lasker und Bamberger einmal in die Lage kommen, einen ähnlichen zu unternehmen. Der Erfolg dürfte derselbe sein. Le Chevalier, durchaus zur Partei der Bourgeoisie gehörig, sagt bei seiner Betrachtung der Entstehungsursachen des Bürgerkrieges:

„Ein anderer Schuldiger ist die Bourgeoisie, welche Paris gleich Anfangs feige verlassen hatte aus Furcht vor übertriebenen Schrecken. Wenn sie auf ihrem Posten geblieben wäre, anstatt zu fliehen und Versailles in ein neues Coblenz zu verwandeln, würden die Sachen ein ganz anderes Ende genommen haben. Und was machten sie in Versailles, diese Mitglieder der hohen Bourgeoisie? Ergriffen sie etwa die Flinte, um ihre Plätze und Rechte wieder zu erobern? Nein, sie bummelten umher, wie sie es auf den Boulevards gemacht haben würden, machten schlechte Witze über das Kaiserreich, welches sie bereichert hat, erklärten sich für Legitimisten, Orleanisten, im Nothfall für Republikaner, wenn ihnen die Republik nämlich wiedergäbe ihre Loge in der Oper, die Ruhe von Paris, die Stille, welche die Geschäfte wieder aufleben lässt, fest entschlossen, alles andere eher zu sein, als Bonapartisten, obgleich sie beim Plebiscit mit Enthusiasmus mit Ja gestimmt hatten."

Dieser entarteten feigen Bourgeoisie folgte der ganze abscheuliche Anhang der höheren Demi-monde beiderlei Geschlechts. Nach Paris dagegen zogen die Internationalen und die Revolutionären aus aller Herren Länder. Höhnend rief Assi den geflohenen „Oberen Zehntausend" nach: „Ils sont aussi bêtes que caducs!"

Diese Flucht war wirklich ganz unmotivirt, denn das Centralcomité hielt strenge Ordnung und bis zum Wahltage fanden weder Plünderungen, noch Einkerkerungen, noch Ermordungen statt. Wäre aber nur bis dahin die Bourgeoisie auf ihrem Platze geblieben, und hätte sie sich Mann für Mann bei den Municipalwahlen betheiligt, so musste das Resultat der Wahlen ein wesentlich anderes und für sie viel günstigeres werden. Höchst wahrscheinlich wären nur in den Arbeiterquartieren die Wahlen radikal und communistisch ausgefallen, in den eleganten Quartieren aber im Sinne der Ordnungspartei. Da, wie wir gesehen haben, auch noch 40—50,000 Nationalgarden zu dieser Partei standen, so würden sich die Parteien in Paris so ziemlich in gleicher Stärke gegenüber gestanden haben. Inzwischen zog die Regierung immer mehr Truppen um die Stadt zusammen, welche die Nationalgardenbesatzung der Bourgeoisieviertel verstärken konnten, so wäre es vielleicht zu einem Kampfe in der Stadt gekommen, der immerhin seine Opfer gefordert, aber schliesslich mit der Besetzung der Arbeiterviertel geendigt haben würde. Jedenfalls war

da eine monatelange Belagerung nicht nothwendig. Vielleicht wäre auch ein solcher Kampf vermieden worden, wenn die Regierung bezüglich der communalen Selbstverwaltung von Paris billige Zugeständnisse gemacht und einige ökonomische Gesetze erlassen hätte, welche die Noth des Volkes in Paris wirklich erforderte.

Zu letzteren rechne ich u. A. ein Gesetz über die Prolongation der Wechsel und über Stundung der fälligen Miethen und Hypothekenzinsen. Die Unmöglichkeit, solche Zahlungen jetzt zu leisten, lag auf der Hand und trieb eine grosse Anzahl kleiner Leute, Geschäftsbesitzer, Ladenbesitzer in das Lager der unbedingten Gegner der Regierung.

Die Entwaffnung der Nationalgarde würde sich auch vielleicht friedlich vollzogen haben, wenn die Regierung den Nationalgardisten Arbeit und Verdienst verschafft hätte.

Man mag mich immerhin für einen verkappten Socialisten halten, so werde ich trotzdem bei der Ansicht bleiben, dass in Zeiten der vollständigen Arbeitslosigkeit und vollständigen Mittellosigkeit der Arbeiter eine kluge Regierung diesen Arbeit und den nothwendigsten Lebensunterhalt schaffen muss, denn bevor sie verhungern, werden sie immer zu den Waffen greifen und eventuell die Besitzenden erschlagen. Die Nationalgardisten aber sahen aus allen Massnahmen der Regierung, dass es darauf abgesehen war, sie aufzulösen. Damit aber hätten sie die 30 Sous Sold verloren, ohne einen Ersatz zu finden, von dem sie mit ihren Familien leben konnten. Nichts deutete aber darauf hin, dass die Regierung ihnen Arbeit und Verdienst schaffen werde. Die Regierung zeigte ein vollständiges Unverständniss dessen, was die bedrückte Lage der Kleinbürger und Arbeiter von ihr verlangte. Sie unterschätzte auch immer noch die Gefahren der Situation, weil sie sich einbildete, sie habe es nur mit einer durch schlechte Menschen, böse Agitatoren, aufgehetzten Masse zu thun, während in der That die ganze Bevölkerung von Paris, welche nach der Flucht der reichen Bourgeoisie übrig geblieben war, sich in vollster Verzweiflung befand, da Niemand wusste, wovon er Wechsel, Miethe oder das Brod für den kommenden Tag bezahlen sollte; eine Bevölkerung, die kämpfen oder verhungern musste.

So war also die grosse Weltstadt sich selbst, d. h. dem Proletariat und dem Kleinbürgerthum überlassen. Die Internationale hatte ihre Leute dort hingesendet, und der Generalrath liess seine Anweisungen an die Führer der Pariser Internationale ergehen. Von glaubwürdiger Seite wird mir mitgetheilt, dass die Pariser Internationale vom 3. bis 18. März 782,615 Frcs. 25. Cts. zur Vorbereitung der Insurrection aus eigenen Mitteln verwendet habe. Kurz darauf schrieb Flourens: „Paris gehört uns, aber uns fehlen die Fonds. Der Bürger Assi behauptet, dass man sich mit 1,000,000 halten könne, aber wir hatten nur ca. 800,000 Frcs.“ Der Generalrath soll im Laufe des März 2,000,000 Frcs., 5000 Remingtongewehre, 10,000 Revolver und 5,000,000 Patronen nach Paris haben gelangen lassen. Verbürgen kann ich die Sache nicht,

fest steht aber, dass der Generalrath den Aufstand nicht nur billigte, sondern mindestens durch Rath unterstützte, wie er sich denn späterhin offen für die Commune erklärt hat. Vom 18. März an gewannen auch die Internationalen immer mehr Ansehen gegenüber den Radikalen, und die Beschlüsse der Behörden der Commune werden von Woche zu Woche immer communistischer.

Ich will nun aktenmässig schildern, wie sich die Dinge in Paris entwickelten und mit welcher vollständigen Rathlosigkeit und Thorheit die Regierung des Herrn Thiers zusah, bis die Neuwahlen vollzogen waren.

In Paris erliess das Central-Comité am 19. eine Proclamation, worin es erklärt, dass es sein Mandat für erloschen hält und Neuwahlen beabsichtige, ein anderes, indem es Besitz von den öffentlichen Aemtern ergreift, den Belagerungszustand aufhebt und Neuwahlen verordnet.

Das Central-Comité proclamirte folgende Grundsätze:

1. Aufrechterhaltung der Republik als einzig mögliche und undiscutable Regierungsform.
2. Le droit commun für Paris, d. h. einen gewählten Communalrath.
3. Unterdrückung der Polizeipräfectur von Paris.
4. Unterdrückung der stehenden Armeen und das alleinige Recht der Nationalgarde, die Ordnung in Paris aufrecht zu erhalten.
5. Das Recht der Nationalgarde, ihre Chefs zu wählen.
6. Reorganisation der Nationalgarde auf solcher Basis, die dem Volke Garantie giebt.

In Versailles befiehlt Thiers, dass alle von Paris auslaufenden Telegraphendrähte zerschnitten und Paris so für den telegraphischen Verkehr isolirt werde. Er zeigt den Departements an, dass die Regierung in Versailles residire, lässt durch Vinoy und dessen 40,000 Mann die Zuzüge von Versailles besetzen, um sich gegen einen Handstreich zu sichern — ernennt aber, um den Parisern eine Concession zu machen, den Admiral Saisset zum Chef der Pariser Nationalgarde, eine halbe und darum wirkungslose Massregel.

Dieser Admiral liess nun einen Anschlag in Paris anheften, worin er erklärte, dass die Nationalversammlung jene Forderungen des Centralcomités annehme, obschon es nicht wahr war.

In Versailles fand am 20. eine sehr erregte Sitzung der Nationalversammlung statt, in der Präsident Grévi eine wüthende Rede hielt, worin er ausführte, die Nationalversammlung werde sich Respect verschaffen. Der Maire des zweiten Arrondissements von Paris, Herr Tirard, unterbreitete nun die oben gegebenen Vermittelungsvorschläge, welche die versammelten Maires von Paris am 19. formulirt hatten. Picard protestirt aber gegen jede Transaction mit den Rebellen und die Versammlung schliesst sich ihm an.

In Paris ergriff das Centralcomité Besitz von allen öffentlichen Aemtern und ernannte Duval zum Polizeipräfecten, Grêlier zum Minister des Innern, Combatz zum Director der Telegraphen.

Auch erliess es eine Proclamation, von der ich oben die Stelle gegeben habe, welche die Verantwortlichkeit für den Mord der Generale Thomas und Lecomte ablehnt.

Am 21. erklärt das Centralcomité in Paris, dass es die Pressfreiheit achten werde und den Frieden mit Deutschland anerkenne. Interessant ist folgende Proclamation:

„Paris hat seit dem 18. März keine andere Regierung, als die des Volkes; das ist die beste. Niemals hat sich eine Revolution in gleicher Weise vollzogen. Paris ist freie Stadt geworden. Seine gewaltige Centralisation existirt nicht mehr. Die Monarchie ist an dieser thatsächlichen Feststellung ihrer Ohnmacht verschieden. In dieser freien Stadt hat Jeder das Recht zu sprechen, ohne dass er darum einen Anspruch darauf hat, irgend welchen Einfluss auf die Geschicke Frankreichs zu üben. Paris verlangt nur die Wahl der Mairie von Paris, die Wahl der Maires, Adjuncten und Gemeinderäthe der zwanzig Bezirke von Paris, die Wahl aller Führer der Nationalgarde vom ersten bis zum letzten. Paris hat keineswegs die Absicht, sich von Frankreich zu trennen, das liegt ihm ganz fern; es hat für Frankreich das Kaiserreich, die Regierung der nationalen Vertheidigung, allen Verrath und alle Feigheit erduldet. Also will es gewiss auch heute Frankreich nicht verlassen, sondern ihm nur als ältere Schwester sagen: hilf dir selbst, wie ich mir geholfen habe, widersetze dich der Bedrückung, wie ich mich ihr widersetzt habe."

Unterzeichnet ist dieses von der Polizeibehörde ausgehende Programm der Commune von E. Duval, delegirtem Befehlshaber auf der Expräfectur, und von E. Feullière, Ed. Rollier, L. Duvivier, Chardon, Vergnaud und Mouton.

Zweitens erklärt das Centralcomité:

„Es sind abgestrafte Verbrecher nach Paris gekommen, um Attentate gegen das Eigenthum zu begehen, zu neuen Anklagen gegen uns. Also Wachsamkeit, die Ehre des Volkes steht auf dem Spiel!"

Drittens traf das Central-Comité folgende ökonomische Massregel, welche durch die Umstände durchaus gerechtfertigt war:

„1. Der Erlass, betreffend den Verkauf der in den Leihhäusern verpfändeten Gegenstände wird aufgehoben. 2. Die im Handel fälligen Zahlungen werden um einen Monat prolongirt; bis auf Weiteres und lediglich um die Ruhe aufrecht zu halten, dürfen die Hauseigenthümer und Hotelwirthe ihren Miethern nicht kündigen, d. h. auch wenn sie die Miethe nicht zahlen können."

Man gab sich in Paris der Hoffnung auf Versöhnung hin, weil fortgesetzte Conferenzen der Mitglieder des Central-Comités mit den Maires von Paris stattfanden, welche eben an dem Werk der Versöhnung arbeiteten.

In Versailles fand am 21. eine sehr ernste Sitzung der National-Versammlung statt. Picard erklärt, dass er morgen ein Gesetz vorlegen werde, wonach in allen Departements Municipalräthe erwählt werden sollen. Lasteyrie legt folgende Proklamation vor, die angenommen wird:

„Bürger und Soldaten! Das grösste Attentat, das bei einem Volke begangen werden kann, das frei sein will — eine offene Revolte gegen die Nationalsouveränität — fügt in diesem Augenblick ein neues Unglück

zu allen Uebeln, von denen das Vaterland befallen ist. Verbrecher, Unsinnige haben sich am Tage nach unsern Unglücksfällen, als der Fremde sich kaum von unsern verwüsteten Feldern entfernt hatte, nicht gescheut, in jenes Paris, welches sie angeblich ehren und vertheidigen, mehr als die Unordnung und den Ruin, die Unehre hinzutragen. Sie haben es mit einem Blute befleckt, welches das öffentliche Bewusstsein gegen sie erhebt, und das ihnen zugleich verbietet, das edle Wort Republik auszusprechen, welches nur Sinn hat mit der Unverletzlichkeit und der Achtung des Rechts und der Freiheit. Schon wissen wir, dass ganz Frankreich mit Unwillen dieses gehässige Unternehmen zurückweist. Fürchtet nicht, dass wir jene moralische Schwäche begehen, welche das Uebel dadurch verschlimmert, dass man sich mit den Schuldvollen abfindet. Wir werden die Macht unverletzt bewahren, welche ihr uns übergeben habt, um das Land zu retten, zu organisiren und zu constituiren; jenes grosse und schützende Privilegium der Nationalsouveränetät, wir haben es von eurer freien Abstimmung, der freiesten, die jemals stattfand; wir sind eure Repräsentanten und eure einzigen Mandatare. Von uns und in eurem Namen muss auch das geringste Stück unseres Bodens regiert werden! mit desto mehr Grund also jene heroische Stadt, das Herz unseres Frankreichs, welche sich nicht lange Zeit von einer aufrührerischen Minderheit überraschen lassen wird. Bürger und Soldaten! Es handelt sich um das erste eurer Rechte; an euch ist es, es aufrecht zu erhalten. Um einen Aufruf an euern Muth zu erlassen, um von euch einen energischen Widerstand zu verlangen, sind eure Repräsentanten einstimmig. Alle ohne Unterschied beschwören euch, euch an diese Versammlung anzuschliessen, die euer Werk, euer Abbild, eure Hoffnung, euer einziges Heil ist. Es lebe Frankreich!“

Peyrat verlangt, dass am Schlusse hinzugefügt werde: „Es lebe die Republik!“ Dies wird mit Lärm abgelehnt.

Die Vermittler, Clémenceau, Tolain, Langlois, Louis Blanc verlangen sofortige Wahlen für Paris. Selbst der Admiral Saisset, der neuernannte Kommandant der Nationalgarde, spricht zu Gunsten von Paris. „Ja, sagt er — die Lage ist schrecklich, die Insurrection ist zu allem fähig. Ich spreche als Mann, welcher die Dinge kennt. Hören Sie mich an: gewähren Sie Paris alle Erleichterungen, um seine Gemeinderathswahlen vorzunehmen; schreiben Sie dieselben für übermorgen aus. Zwei Tage lebte ich in dieser Stadt; ich wurde schamroth, dass ich genöthigt war, dort zu sein. Ich bin bereit, die Insurgenten mit Ihnen zu bekämpfen; aber es giebt in Paris eine halbe Million unschuldige Frauen und Kinder.“

Den Ausschlag gab eine wüthende Rede Jules Favres, in der er sagte:

„Was die Frage betrifft, über welche wir sprechen, so erkläre ich, dass Paris seine Repräsentation haben muss. Aber um diese Frage handelt es sich nicht in Paris! Es handelt sich um den Materialismus, insofern es die Politik betrifft; um die Republik über dem allgemeinen Stimmrecht. Dabei will man glauben machen, dass Paris sein eigenes Leben leben könne. Was! Paris will sich von der Provinz trennen, von den Bauern, wie man sagt? Wie könnte Paris diesen politischen und socialen Irrthum vertheidigen? Nach der Belagerung, welche es mit so grossem Heldenmuth bestanden, hat es einsehen müssen, dass seine

Trennung von der Provinz sein Tod wäre. Eine freie Gemeinde ist die directe Sklaverei. Wie kommt es, dass wir zaudern können, kräftig aufzutreten, um eine solche Schande auszutilgen? Ist die Lage von Paris nicht der Bürgerkrieg? Die Requisitionen haben begonnen; wir werden die ganze Gesellschaft zusammenstürzen sehen wegen des Fehlers derer, welche nicht zu den Waffen gegriffen haben. Wenn die Regierung Paris verliess, so geschah es, um die Armee zu retten. Paris möge wohl wissen, dass die Regierung in Versailles ist und dass sie zurückkommen wird. Die Emeute möge es sich wohl überlegen, um zu wissen, ob, um sie zu unterdrücken, wir nicht das Recht haben, an die fremde Armee einen Aufruf zu erlassen. Wie sollen wir für unsere Zahlungsfähigkeit nach solchen Erschütterungen Garantien geben? Nach meiner Ansicht verdienen die Männer, welche uns stürzen wollen, kein Mitleid."

Bezeichnend ist der Satz: „Die freie Gemeinde ist die directe Sklaverei!" Der Centralist Favre kann sich die Selbstverwaltung eben nicht denken. Die National-Versammlung erklärt, dass die Municipalverwaltung von Paris und den Departements auf der Grundlage der Wahl der Gemeinderäthe organisirt werden soll — und geht über die Dringlichkeit zur Tagesordnung über.

So waren vorläufig die Bemühungen der Maires gescheitert, an deren Erfolg man am 22. Mittags in Paris noch glaubte. Nachmittags erfolgte die thörichte Expedition der Nathaniten, welche wieder nach beiden Seiten hin Oel in's Feuer goss.

Das Central-Comité veröffentlichte folgendes Manifest, welches den Erlass der Regierung vom 20., den ich kritisirt habe, seinerseits kritisirt. Nach Wittig heisst es hier:

„Das Comité, hervorgegangen aus dem freien Ausdruck der Stimmen von 215 Bataillonen Nationalgarde, weise den Vorwurf der Unruhestiftung zurück. Die Regierung verleumde Paris und hetze die Provinzen gegen dasselbe auf. Die Regierung habe versucht, der Nationalgarde einen Oberkommandanten aufzuzwingen, sie zu entwaffnen, durch nächtliche Handstreiche Paris seine Krone als Hauptstadt zu entreissen. Das Comité empfiehlt Mässigung, nur im Nothfalle sollen die Nationalgarden eingreifen. Das Central-Comité erklärt seinen festen Entschluss, den Friedenspräliminarvertrag auszuführen. Es appellirt an die Einigkeit der Provinzen und der Hauptstadt und fordert die Provinzen zur Entsendung von Delegirten nach Paris auf. Es erklärt ferner in einer Zuschrift an die Blätter, die Pressfreiheit achten zu wollen, und hofft, dass die Blätter die Achtung vor der Republik als ihre erste Pflicht erkennen werden; es verkündet eine Amnestie für die politischen Verbrechen und Vergehen und schafft die ständigen Kriegsgerichte ab. Der Aufruf bezeichnet den 18. März als einen Tag der Volksjustiz. Nur zwei durch unbillige Handlungen unpopuläre Männer wurden in einem Augenblick der Volksentrüstung von der Strafe getroffen. Das Comité habe mit dieser Strafvollstreckung nichts zu thun gehabt. Wenn wir unbekannt sind, obgleich wir das Vertrauen von 215 Bataillonen erworben haben, so ist es, weil wir es verachteten, Propaganda zu machen. Die Berühmtheit erwirbt sich leicht durch einige hohle Worte, oft genügt nur ein wenig Feigheit; eine sehr nahe Vergangenheit hat es bewiesen. Wir, mit einem Mandat betraut, welches auf unseren Köpfen eine furchtbare Verantwortlichkeit lasten lässt, haben es ohne Zögern ausgeführt, und jetzt, da wir am Ziele angekommen sind, sagen wir dem Volke, welches uns genugsam schätzte, um unseren Bemerkungen zu folgen, welche oft genug

seine Ungeduld beleidigten: Da ist das Mandat, welches du uns gegeben; dort, wo unser persönliches Interesse anfangen würde, endigt unsere Pflicht; thue nach deinem Willen. Mein Herr, du hast dich frei gemacht. Vor einigen Tagen noch unbekannt, wollen wir unbekannt in deine Reihen zurücktreten und den Regierenden zeigen, dass man mit erhobenem Kopfe die Stufen deines Stadthauses heruntersteigen kann, mit der Gewissheit unten den Druck deiner loyalen und kräftigen Hand zu finden. Die Mitglieder des Central-Comité's: Ant. Arnaud. Assy. Billioray. Ferrat. Babick. Ed. Moreau. C. Dupont. Varlin. Boursier. Mortier. Gouhier. Lavalette. Fr. Jourde. Rousseau. Ch. Lhullier. Henri Fortuné. A. Arnold. Viard. Blanchet. J. Grollard. Barboud. H. Geresme. Fabre. Pougeret. Bouit."

Hierauf folgte die Anordnung der Wahlen für den 24. März. Gleichzeitig gestattete das Central-Comité den Maires und Abgeordneten von Paris einen Anschlag, in dem sie sagten, sie würden noch heut, am 22., zwei Anträge in Versailles stellen — Gestattung der Wahl der Nationalgarde-Chefs und der Municipalräthe. Unterzeichnet hatten L. Blanc, Schölcher, Peyrat, Adam, Floquet, Bernard, Langlois, Larcy, Brisson, Greppo, Millière.

Wir haben gesehen, dass sie in Versailles nicht durchdrangen. Dagegen legte dort Picard seinen Entwurf zu einem Gesetz über die Gemeindewahlen nieder, der für die Differenz in den Anschauungen der Centralisten und Föderalisten so charakteristisch ist, dass ich ihn folgen lasse:

Art. 1. Die allgemeinen Wahlen für die Einrichtung der Municipalitäten werden in der Frist, die sie festsetzen, in Paris und den Departements stattfinden. Die Vollmachten der Gewählten haben die Dauer von drei Jahren. Art. 2. Die in Ausübung ihres Amtes befindlichen Municipal-Commissionen werden aufgelöst, sobald die Wahlen erfolgt sind. Art. 3. Das Gesetz vom 3. Juli 1848 tritt für die Wahl der Maires in Kraft. Art. 4. In Paris ernennt jedes Arrondissement drei Municipalräthe. Wählbar sind die Bürger, welche drei Jahre Wohnung im Arrondissement hatten oder ihr Gewerbe daselbst betreiben. Art. 5. Die Wahlversammlung wird durch die Präfecten einberufen. Wähler sind alle im Arrondissement wohnhaften Bürger. Art. 6. Die Wahllisten werden von den Maires aufgestellt. Art. 7. Für die Nichtbefähigung bei den Wahlen gelten die darüber bestehenden Gesetze. Art. 8. Jedes Arrondissement erhält einen Maire und drei Beigeordnete, die vom Präfecten ernannt werden. Art. 9. Der Municipalrath wählt jedes Jahr seinen Präsidenten, welcher die Functionen des Maires erhält. Art. 10. Der Seinepräfect und der Polizeipräfect in Paris haben das Recht, den Municipalrathssitzungen beizuwohnen. Art. 11. Der Seinepräfect wird von der Regierung ernannt. Art. 12. Der Municipalrath hält eine gewöhnliche Session von einem Monat im Jahr und ausserordentliche Sitzungen je nach Bedarf. Art. 13. Der Municipalrath hat alle Verwaltungsangelegenheiten der Stadt Paris zu vernehmen und darüber zu berathen. Art. 14. Ausgeschlossen sind die Mitglieder, welche ohne triftige Gründe drei Sitzungen nicht besucht haben. Art. 15. Das Gesetz vom 15. März 1831 über die Ausschliessungen ist anwendbar. Art. 16. Das obige Gesetz tritt an dem von der Nationalversammlung festgesetzten Tage in Kraft.

Also die Centralregierung ernennt den Seinepräfekten, die

Präfecten; die Präfecten ernennen die Maires und 3 Beigeordnete und das nennt der Septembrist „Selbstverwaltung!“

Solche grundsätzlichen Gegensätze lassen sich nicht ausgleichen. — So ging der 22. März hin.

Am 23. wurde in Versailles ein grosser Versuch zur Versöhnung gemacht. Der Maire des 7. Arrondissements, Deputirte Arnaud, erbat, die Versammlung möge jene Maires von Paris, welche nicht Mitglied der National-Versammlung seien, in irgend einer Form zur Sitzung zulassen. Er sagte:

„In Anbetracht der schwierigen Lage haben sich die Pariser Municipalitäten nach Versailles verfügt, um mit uns zusammenzuwirken. Sie verlangen zu dem Zwecke von Ihnen gehört zu werden und die Lage zu schildern. Es liegt kein Gedanke an Unordnung dabei zu Grunde, sonst würde ich diese Bitte nicht vortragen. Es gibt Maires, welche Deputirte sind; wünschen Sie, dass einer von diesen Ihnen diese Mittheilung mache? Sie sind im Auftrag einer Delegation, um die Ordnung zu erhalten, hergekommen.“ (Lärm auf der Rechten: Delegation? Von wem? Floquet: Sie wollen also den Bürgerkrieg?) Arnaud fährt fort: „Von der Regierung, denn wir erkennen nur die National-Versammlung an. Wir glauben dass, wenn die Vorschläge, die wir machen wollen, angenommen werden, die Ordnung in Paris sofort hergestellt ist. Es gilt, sich von Herzen mit Paris zu vereinigen und ihm zu sagen, dass wir allesammt eine nationale und republikanische Seele sind. (Lärm.) Wir kamen nach Versailles und bieten die Hand, wollen Sie uns bevollmächtigen, Zeugen zu sein? Ich überlasse es dem Präsidenten, das Mittel zur Ausgleichung zwischen den Pariser Municipalitäten und den parlamentarischen Gewohnheiten zu bezeichnen.“

Der Präsident erklärt, die Maires, welche Mitglieder der Versammlung seien, könnten sprechen, die anderen Maires von einer besonderen Tribüne zuhören. Als sie dort, mit der Schärpe angethan, eintreten, ruft die Linke: „Es lebe die Republik.“ Die Rechte: „Es lebe Frankreich!“ Die Maires antworteten von der Tribüne aus: „Es lebe Frankreich! Es lebe die Republik!“

Ein fürchterlicher Tumult entsteht. Die Rechte ruft: „Zur Ordnung! Leert die Tribüne! Sie haben nicht das Recht, so das Wort zu ergreifen!“ Die Rechte bedeckt sich zum Theil. Die Linke ruft: „Hut ab!“ Floquet ruft der Rechten zu: „Ihr insultirt Paris!“ Von der Rechten antwortete man: „Und Ihr insultirt Frankreich!“ — Der Tumult wird so arg, dass der Präsident die Sitzung bis 8 Uhr vertagt.

Bei Wiedereröffnung sind die Maires nach Paris abgereist. Arnaud legt in ihrem Namen der National-Versammlung folgende Propositionen vor:

1. Dass die Versammlung sich in direkterer und intimerer Verbindung mit der Municipalität setze. 2. Dass sie die Maires ermächtige, solche Massregeln zu treffen, welche die Umstände erfordern. 3. Dass die Wahlen der Nationalgarde vor dem 28. März stattfinden. 4. Dass die Municipalwahlen vor dem 3. April stattfinden sollen, wenn es möglich ist, dass die Bedingung des Domicils auf 6 Monate herabgesetzt werde und dass auch die Maires und Adjuncten gewählt (nicht ernannt) werden sollen.

Die Versammlung beschliesst die Dringlichkeit und am 24. verlängert sie die Umlaufszeit der Wechsel um 1 Monat.

Die erzürnten Maires von Paris versammeln sich im 2. Arrondissement zusammen mit den Deputirten von Paris, dem Admiral Saisset und den Kommandanten jener Bataillone der Nationalgarde, welche ihn als Kommandanten anerkennen. Das Viertel wird von diesen treu gebliebenen Nationalgarden streng bewacht.

Der Generalstab des Central-Comité hat sich auf dem Börsenplatz installirt. Saisset, Langlois und Schölcher concentriren alle treu gebliebenen Nationalgarde-Bataillone. Paris ist factisch in zwei Heerlager getheilt, aber die beiden Oberbehörden communiciren miteinander und erlassen sogar einige Proclamationen gemeinschaftlich.

Die Nachricht von den Aufständen in Lyon, Bordeaux, Rouen, Marseille, läuft ein und giebt der radikalen Partei mehr Muth.

Auf dem Stadthause ernennt das Central-Comité Menotti Garibaldi zum Oberbefehlshaber aller ihrer Streitkräfte und verurtheilt, wie Wittig berichtet, Saisset zum Tode. Doch kam es zu keinen Feindseligkeiten, vielmehr unterhandelten beide Parteien weiter mit einander.

Die Maires erliessen nun, am 23., folgende Proklamation:

„Die Maires und Adjunkten von Paris und die Repräsentanten der Seine benachrichtigen ihre Mitbürger, dass die National-Versammlung in ihrer gestrigen Sitzung die Dringlichkeit für das Project eines Gesetzes beschlossen hat, bezüglich der Wahlen des Mnnicipalrathes der Stadt Paris. Es lebe Frankreich! Es lebe die Republik!

Die Repräsentanten der Seine: Louis Blanc, Victor Schoelcher, Edmond Adam, Floquet, Martin-Bernard, Langlois, Edouard Lockroy. Farcy, H. Brisson, Greppo, Millière, Edgar Quinet.

Die Maires und Adjuncten von Paris: Ad. Adam, Méline; — Tirard, E. Brelay, Chéron, Loiseau-Pinson; — Bonvalet, Ch. Murat; — Vautrain, Loiseau, Calliot; — Hérisson, A. Leroy; — Arnaud (de l'Ariège), Hortus, Bellaigue; — Carnot; — Desmarest, Ferry, André, Nast; — Dubail. A. Murat, Degouve-Denuncques; — Mottu, Blanchon, Poirier, Tolain; — Grivot, Denizot, Dumas, Turillon; — Léo Meillet, Combes; — Héligon; — Jobbé-Duval, Sextius Michel; — Henri Martin, Marmottan, Chaudey, Séveste; — François Favre, Malon, Villeneuve, Cacheux; — Clémenceau, J.-B. Lafont, Dereure, Jaclard."

Die Maires veröffentlichten ferner Folgendes:

„Die Versammlung der Maires und Adjunkten von Paris, kraft der ihr übertragenen Gewalten, im Namen des allgemeinen Stimmrechts, aus welchem sie hervorgegangen und dessen Princip sie Achtung zu verschaffen gewillt ist, verfügt in Erwartung der Promulgation des Gesetzes, welches der Nationalgarde von Paris ihr volles Wahlrecht zugesteht, und im Hinblick auf die Dringlichkeit der Sache: Admiral Saisset, Abgeordneter des Seine-Departements, ist zum Oberbefehlshaber, Herr Langlois, Abgeordneter des Seine-Departements ist zum Generalstabs-Chef und Herr Viktor Schölcher, ebenfalls Abgeordneter von Paris, ist zum Chef der Artillerie der Nationalgarde ernannt." Folgen die Unterschriften der Maires und Adjunkten von 19 Arrondissements; es fehlen nur die des 20., nämlich von Belleville.

Endlich kam ein Compromiss zwischen den Maires und dem Central-Comité zu Stande, der zu folgendem Erlass führte:

„Die Pariser Deputirten, die Maires und Adjunkten, welche wieder in die Mairien ihrer Arrondissements eingesetzt worden sind (das Central-Comité hatte sie fast alle verjagt), und die Mitglieder des Föderal-Central-Comité's der Nationalgarde, überzeugt, dass zur Vermeidung des Bürgerkriegs und des Blutvergiessens und zur Befestigung der Republik man sofort zu den Wahlen schreiten muss, rufen die Wähler für Morgen, Sonntag, in ihre Wahlcollegien zusammen. Die Abstimmung wird um 8 Uhr Morgens eröffnet und schliesst um Mitternacht. Die Bewohner von Paris werden begreifen, dass sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle an der Abstimmung theilnehmen müssen, damit das Votum einen ernstlichen Charakter habe, der allein den Frieden in der Stadt sichern kann. Die Bureaux werden um 8 Uhr früh geöffnet und um Mitternacht geschlossen. — Es lebe die Republik!"

Die Maires und Adjunkten von Paris: Adam, Meline, Brelay, Loiseau-Pinson, Bonvalet, Ch. Murat, Vautrain, de Chatillon, Loiseau, Jourdan, Colin, Leroy, Desmarest, E. Ferry, André, Nast, A. Murat, Mottu. Blanchon, Poirier, Tolain, Grivot, Denizot, Dumas, Turillon, Combes, Léo Meillet, Jobbé-Duval, Michel, Chaudey, Séveste, Fr. Favre, Malon, Villeneuve, Cacheux, Clémenceau, Lafont, Dereure, Jaclard, Devaux, Satory.

Die Repräsentanten der Seine: Lockroy, Floquet, Tolain, Clémenceau, Schoelcher, Greppo."

Der 25. März brachte eine höchst wichtige und wie es schien, glückliche Entscheidung.

Zunächst erliess das Central-Comité eine Ansprache, welche sein Programm enthält. Sie lautete:

„Bürger! Morgen findet die Wahl der Communalversammlung statt; morgen wird die Bevölkerung von Paris durch ihr Votum den Ausdruck ihres Willens bestätigen, welchen sie am 18. März so offen durch die Vertreibung einer herausfordernden Regierung kundgab, die keinen andern Zweck zu haben schien, als das Werk ihrer Vorgänger zu schliessen und so durch die Vernichtung der Republik den Ruin des Landes zu vollenden. Durch diese Revolution, ohne Beispiel in der Geschichte, deren Grösse jeden Tag mehr hervortritt, hat Paris eine glänzende Anstrengung der Gerechtigkeit gemacht. Es hat die unauflösliche Einheit seines Ordnungs- und Freiheits-Geistes, die einzige Grundlage der Republik, bekräftigt. Denen, welche unsere Unglücksfälle zu Herren unserer Geschicke gemacht, und die sich die Aufgabe gestellt, sein politisches und sociales Leben zu vernichten, hat Paris geantwortet durch die Bekräftigung des unveräusserlichen Rechts einer jeden Stadt, sich selbst zu verwalten, die Thatsache, sein inneres und Gemeindeleben selbst zu leiten, indem es der Centralregierung die allgemeine Verwaltung, die politische Direction des Landes überlässt. Es gibt kein freies Land, wo das Individuum und die Stadt nicht frei sind; es wird keine Republik in Frankreich geben, wenn die Hauptstadt des Landes nicht das Recht hat, sich selbst zu verwalten. Es ist das Recht, welches man selbst nicht den kleinen Dörfern zu bestreiten wagen würde, und das man Paris nicht zuerkennen will, weil man seine Liebe zur Freiheit, seinen unerschütterlichen Willen fürchtet, die Republik aufrecht zu erhalten, welche die Kommunal-Revolution vom 18. März bekräftigt hat, und die ihr durch euer Votum von morgen bestätigen werdet. Acht Tage sind verflossen, seit Paris befreit ist, seit die grosse Stadt Herr ihrer selbst ist, und acht Tage Freiheit ohne Zwang haben jedem unparteiischen

Richter bewiesen, auf welcher Seite die Liebe zur Ordnung, das Bewusstsein des Rechts ist. Hervorgegangen aus der gerechten Revindication, welche die Revolution vom 18. März hervorgebracht, wurde das Central-Comité im Hôtel de Ville nicht als Regierung installirt, sondern als Schildwache des Volkes, als wachsames und organisirendes Comité. . . . . Am Tage, wo die Gemeindeversammlung installirt sein, am Tage, wo die Ergebnisse der Abstimmung proclamirt sind, wird das Central-Comité seine Gewalten niederlegen und sich zurückziehen, stolz seine Pflicht erfüllt, und glücklich seine Mission beendet zu haben. Was Paris anbelangt, so wird dasselbe der Schiedsrichter seiner Geschicke sein; es wird in der Communalversammlung die nothwendige Organisation gefunden haben, um seine Interessen zu präsentiren und sie zu vertheidigen gegenüber den übrigen Theilen des Landes und vor der nationalen Centralgewalt. Es wird selbst nach Prüfungen und Debatten, ohne ungerechte und gewaltsame Einmischungen, bei denen die Begriffe des Rechts und der Gerechtigkeit auf unverschämte Weise zu Gunsten monarchischer Factionen verletzt werden, die so schwierigen Fragen communaler und privatrechtlicher Interessen lösen können, die noch schwieriger und delicater nach der langen Heimsuchung geworden sind, welche es so muthig ertragen hat, um das Land zu retten. Es kann endlich entscheiden, welche Massregeln ihm so bald als möglich gestatten, ohne Erschütterung die Wiederaufnahme der Geschäfte und der Arbeit herbeizuführen. Eine Republik lebt weder von kostspieligen Administrativ-Phantasien, noch von Speculationen, welche zu Grunde richten, sondern von der Freiheit, der Ersparniss, der Arbeit und der Ordnung. Die Republik muss die Harmonie der Interessen herstellen, nicht die einen den andern aufopfern. Die Fragen betreffs der Verfallzeit der Wechsel, der Miethe können nur von den Vertretern der Stadt geregelt werden. Diese Interessen können ebensowenig wie die andern den Launen einer Regierung überlassen bleiben, die fast immer nur dem Parteigeist gehorcht. Das nämliche ist der Fall mit der Frage betreffs der Arbeit, welche die einzige Grundlage des öffentlichen Lebens, der ehrlichen und loyalen Geschäfte ist. Die Bürger, welche ein Krieg, der von der Regierung ohne Controlle begonnen und fortgeführt wurde, der Arbeit entriss, können nicht durch eine plötzliche Unterdrückung des Soldes und die Arbeitslosigkeit ins Elend gestürzt werden. Es giebt eine Uebergangsperiode, eine Lösung, die auf ehrliche Weise aufgesucht werden muss, eine Pflicht des Credits auf Arbeit, welche den Arbeiter aus einem sofortigen Elend herausreissen und ihm gestatten wird, rasch zu seiner definitiven Emancipation zu gelangen. Diese Frage und noch viele andere müssen von eurem Gemeinderath gelöst werden, und für jede derselben kann er nur entscheiden, in dem er den Rechten Aller folgt; denn er wird sich erst dann aussprechen, wenn er alle consultirt hat; denn verantwortlich und absetzbar, wird er unter der fortwährenden Ueberwachung der Bürger stehen. Endlich wird er die Beziehungen der Stadt zu der Centralregierung unterhalten, so dass die Unabhängigkeit und die Selbstständigkeit der Gemeinde bewahrt bleibt. Zur Abstimmung also, Bürger, möge jeder von Euch begreifen die Grösse der Pflicht, die ihm zufällt, die des Acts, den er zu erfüllen hat, und möge er wissen, dass, indem er in die Wahlurne sein Bulletin wirft, er auf immer die Freiheit, die Grösse von Paris gründet, er Frankreich die Republik bewahrt und für die Republik das thut, was er kürzlich so tapfer vor dem Feinde that: seine Pflicht.

Paris, 25. März 1871.

Die Delegirten im Ministerium des Innern. Ant. Arnaud, E. Vailland."

Diese Proclamation ist eine im Verhältniss zu den Reden Favres und seiner Genossen sehr würdige und ruhige Antwort. Sie ist auch von einer gesunderen Auffassung von communaler Selbstverwaltung ausgegangen als das Project Picards. Sie enthält vernünftige Ansichten über die ökonomischen Pflichten einer Behörde in Zeiten einer schweren Krisis. Von Communismus kaum eine Spur. Der Entschluss, die Gewalt an eine freie gewählte Behörde abzugeben, ist, wenn man bedenkt, dass diese Leute die Macht in der Hand hatten, fast unbegreiflich.

Man sah denn auch in Versailles ein, dass man den Bogen zu straff gespannt habe. Hier theilte am 25. L. Blanc der National-Versammlung mit, dass die Maires und Abgeordneten der Seine auf eigene Hand die Wahlen abzuhalten beschlossen hätten. Die Versammlung nahm dies schweigend auf und man sagte allgemein, dass die Majorität der Regierung freie Hand zu lassen beschlossen habe und dass Saisset von derselben Vollmacht habe. an ihrer Stelle in Paris zu thun, was er für nothwendig hielte. Dieser liess nun folgende Proclamation in Paris anschlagen:

„Theure Mitbürger! Ich beeile mich, zu Eurer Kenntniss zu bringen, dass in Uebereinstimmung mit den Deputirten der Seine und den Maires, welche von Paris gewählt sind, wir von der National-Versammlung die vollständige Anerkennung der „franchises municipales“ erhalten haben.“

Ein anderes und sehr kräftiges Beruhigungsmittel wurde noch angewendet.

Früh Morgens machte Tirard bekannt, dass die legalen Municipalbehörden den Sold der National-Garde auszahlen würden, sobald die Maires wieder Besitz von ihren Mairien genommen hätten. Die National-Garde nahm hiervon mit Freuden Kenntniss. da das Central-Comité kein Geld besass, sie zu bezahlen.

Jene Saisset'sche Proclamation war zwar eine Unwahrheit, da ein solcher Beschluss der National-Versammlung nicht vorlag, allein man hielt ihn für ermächtigt Seitens der Regierung, sie zu veröffentlichen, auch dementirte die Versailler Regierung ihn nicht.

Diese Proclamation erregte überall in Paris enthusiastische Freude. Man umarmte sich auf den Strassen. Man war der Versöhnung mit Versailles gewiss. Die Bataillone der Mairie und des Central-Comité's fraternisirten. Gemischte Bataillone beider Parteien zogen nach dem Hauptquartier der Maires, wo sie mit einer Anzahl von Maires und Adjuncten beriethen. Man beschloss. die Wahl der Municipalitäten auf den 30. März festzusetzen. Aber das Central-Comité weigerte sich, sie zu verschieben und ein Versöhnungs-Comité, bestehend aus Ranc, Parent, Avenel, setzte es durch, dass die Wahlen am 26. stattfinden sollten. Der Admiral Saisset erklärte, dass sein Commando Angesichts der vereinbarten Wahlen keinen Zweck mehr habe, und befahl seinem Generalstab, seine Operationen einzustellen.

Am Abend herrschte ungemessene Freude auf den Boulevards. Alle Gefahr schien verschwunden.

Die Repräsentanten und Maires von Paris veröffentlichten am 26. früh folgende Proclamation:

„Bürger! In Paris, wo die gesetzgebende Gewalt nicht residiren will, wo die executive Gewalt abwesend ist, handelt es sich zu wissen, ob der Conflict, welcher unter Bürgern sich herausgestellt hat, die gleichmässig der Republik ergeben sind, durch materielle oder moralische Gewalt beigelegt werden soll. — Unser Gewissen sagt uns, dass wir Alles, was wir konnten, gethan haben, damit das gewöhnliche Gesetz auf die exceptionelle Krisis angewendet werde, welche wir durchmachen. Wir haben der National-Versammlung alle Versöhnungsmassregeln vorgeschlagen, welche die Geister beschäftigen und den Bürgerkrieg verhüten konnten. — Eure erwählten Maires haben sich nach Versailles begeben und haben sich zum Echo der legitimen Reclamationen derer gemacht, welche wollen, dass Paris nicht gänzlich von seiner Höhe als Hauptstadt gestürzt und der municipalen Rechte beraubt werde, welche alle Communen der Republik besitzen. — Weder Eure erwählten Maires noch Eure Repräsentanten zur National-Versammlung haben eine Versöhnung herstellen können. — Heute, gestellt zwischen den Bürgerkrieg für unsere Mitbürger und eine schwere Verantwortlichkeit für uns selbst, entschlossen zu Allem eher als dazu, einen Tropfen Pariser Blut fliessen zu lassen, welches Ihr ganz für die Ehre und die Vertheidigung Frankreichs angeboten habt, sagen wir Euch: Beendigen wir den Conflict durch das Votum, nicht durch die Waffen. — Stimmen wir ab, weil wir uns dadurch jenen Municipalrath geben, den wir seit sechs Monaten hätten haben sollen. — Stimmen wir ab, weil wir dadurch mit der Municipalmacht ernstliche und energische Republikaner bekleiden, welche, indem sie in Paris die Ordnung aufrecht erhalten, Frankreich die schreckliche Gefahr des neuen Angriffes der Preussen entreissen und der verwegenen Unternehmungen dynastischer Prätensionen. — Wir haben gestern in der National-Versammlung gesagt, dass wir auf unsere Verantwortlichkeit hin alle Massregeln treffen würden, welche Blutvergiessen vermeiden könnten. — Wir haben unsere Pflicht gethan, indem wir Euch unsere Gedanken mittheilten. — Es lebe Frankreich! Es lebe die Republik!

Die in Paris anwesenden Repräsentanten der Seine:
V. Schœlcher, Ch. Floquet, Edouard Lockroy, G. Clémenceau, Tolain, Greppo.

Die Maires und Adjuncten von Paris:
Adolphe Adam, Méline, Emile Brelay, Loiseau-Pinson, Bonvalet, Charles Murat, Vautrain, Jourdan, Lockroy, A. Leroy, Greppo, Desmarest, André, André Murat, Mottu, Poirier, Tolain, Léo Meillet, Combes, Jobbé-Duval, Sextius Michel, Malon, Villeneuve, François Favre, Clémenceau, Jaclard.“

Die Bestürzung in Versailles war ausserordentlich. Die Minister wie die Versammlung waren sich bewusst, dass sie sich gründlich blamirt hatten. Hatte doch ihr Bevollmächtigter, Saisset, Alles zugeben müssen, was sie so hartnäckig bekämpft hatten, und sie sahen ein, dass sie keine Macht hatten, es zu verhindern, umsomehr als keine Plünderung, keine Gewaltthat ihre Vorhersagung bestätigt hatte, als sie keine einzelnen Agitatoren, sondern ganz Paris, von Saisset bis zum letzten Arbeiter gegen sich hatten. Sie fügten sich, und der Minister M. Ferry, dessen Bruder als

Maire die Proclamation vom 23. selbst unterschrieben hatte, bezahlte sogar die Wahlkosten für das 9. Arrondissement.

Die Wahl am 26., einem Sonntage, verlief ruhig. Aber nun zeigte sich die Folge der feigen Flucht der reichen Bourgeoisie mit ihrem ganzen Anhange. Von 346,749 Wahlberechtigten gaben nur 180,000 ihre Stimme ab. Die Wohlhabenden waren entweder nicht in Paris oder enthielten sich der Abstimmung, obschon sie bis dahin in Paris gar nichts zu befürchten hatten, denn keine Gewaltthat war vorgekommen, abgesehen von der Ermordung der beiden Generale am 18. und der Zurücktreibung der Nathaniten am 22. Diese alberne Demonstration der Knüppelgarde à la Lasker war die einzige That der Bourgeoisie, sie hatte nicht einmal den Muth der Stimmenabgabe. Die Chefs der I. aber hatten ihre Zeit und ihr Geld gut benutzt. In geschlossenen Haufen traten ihre Anhänger zur Urne. Zwar erhielten sie keine Majorität, sind auch bis zum Ende der Commune immer in der Minorität geblieben, weil eben mehr Bourgeoisviertel als Arbeiterviertel existiren. Aber auch die sogenannten „feinen" Viertel wählten radikale Republikaner, wenn auch keine Internationalen. Wäre die reiche Bourgeoisie zur Stelle gewesen, so hätten diese Viertel gewiss einige blaue Demokraten durchgebracht. So fiel der Sieg den Radikalen und Internationalen zu.

Die Rolle der National-Versammlung zu Versailles war kläglich. Am 26. beschloss sie — den Generalen Lecomte und Thomas ein Denkmal zu setzen. Recht löblich, aber es gab doch andere Dinge zu thun.

Am 27. hielt Thiers eine lange confuse Rede, die mit Absicht zweideutig gehalten war. Er versprach, die Rechte von Paris zu achten und die Republik zu conserviren. Keine Partei solle getäuscht und verrathen werden. Die Rede machte den Eindruck, dass noch ein Ausgleich möglich sei. Allein nach dem Ausfall der Wahlen war er unmöglich, denn die jetzt legal constituirte Commune wollte augenscheinlich selbst den Krieg. Thiers suchte nur Zeit zu gewinnen und unterhandelte bereits mit dem Fürsten Bismarck um Erlaubniss, die 40,000 Mann, welche er um Paris versammeln durfte, zu verdoppeln durch die in Deutschland gefangenen und nun zurückkehrenden kaiserlichen Soldaten. Gleichzeitig befahl er den Provinzialbehörden, alle Mobilen nach Versailles zu dirigiren.

Die neue Commune rechtfertigte seine Voraussicht und so unklug sein Verhalten bis jetzt gewesen war, von nun ab war er entschlossen und handelte mit Ueberlegung. Er wollte die verbündete radikal-sociale, föderale Partei, die in Paris ihr Hauptquartier hatte, ein für alle Mal vernichten.

Am 26. erklärte das Central-Comité, dass es seine Functionen niederlege. Ich drucke die sehr ruhig gehaltene Proclamation nicht ab, weil es sein Wort später nicht hielt.

Mit grosser Feierlichkeit wurde am 28. vom Stadthause herab das Resultat der Wahlen verkündigt. Von demselben wehte die

„rothe“ Fahne. Man spielte die Marseillaise. Die Liste der Gewählten ist folgende:

1. Arrondissement. Adam, Meline, Rochard, Barré. 2. Arrondissement. Brelay, Loiseau-Pinson, Tirard, Cheron. 3. Arrondissement. A. Arnaud, Demay, Pindy, Cléray, Clovis Dupont. 4. Arrondissement. Lefrançais, Arthur Arnould, Clémence, Gérardin, Amouroux. 5. Arrondissement. Régère, Jourde, Tridon, Blanché, Ledroit. 6. Arrondissement. Albert Leroy, Goupil, Varlin, Beslay, Dr. Robinet. 7. Arrondissement. Dr. Parisel, Ernest Lefèvre, Urbain, Brunel. 8. Arrondissement. Raoul-Rigault, Vaillant, Arthur Arnould, Alix. 9. Arrondissement. Ranc, Desmarest, Ulisse Parent, E. Ferry, Nast. 10. Arrondissement. Fortuné (Henry), Pyat (Felix), Gambon, Rastoul, Babik. 11. Arrondissement. Mortier, Delescluze, Protot, Assy, Eudes, Avrial, Verdure. 12. Arrondissement. Varlin, Géresme, Fruneau, Theiss. 13. Arrondissement. Leo Meilliet, General E. Duval, Chardon, Frankel. 14. Arrondissement. Billioray, Martelet, Descamps. 15. Arrondissement. Parisel, Lefèvre, Urbain. 16. Arrondissement. Dr. Marmottan, De Bouteiller. 17. Arrondissement. Varlin, Clément, Gérardin, Chalin, Malon. 18. Arrondissement. Dereure, Theiss, Blanqui, I.-B. Clément, Th. Ferré, Vermorel, Paschal Grousset. 19. Arrondissement. Puget, Oudet, Delescluze, Jules Miot, Cournet, Ostyn. 20. Arrondissement. Ranvier, Bergeret, Blanqui, Flourens.

Also nur etwa ein Dutzend Internationale — deren Namen gesperrt gedruckt sind, waren gewählt, und auch nur in 8 Arrondissements von 20 überhaupt solche. Es ist klar, dass die radikale und nicht die internationale Partei nach allen Richtungen hin die Majorität hatte. Die grössere Macht aber hatten faktisch die Internationalen, denn sie waren in den volkreichen Arbeitervierteln gewählt, deshalb nahmen auch die Beschlüsse der Commune bald einen communistischen Charakter an.

Der Alterspräsident war der Internationale Beslay, einer der ehrenwerthesten Männer der Commune, von dem Wittig Folgendes erzählt: „Man verdankt ihm die Rettung der Bank von Frankreich, zu deren Gouverneur er von der Commune ernannt worden war. Am 24. Mai erfuhr Beslay, dass elf Fässer voll Pulver in die Keller der Bank gebracht worden: Beslay schlief, als dies geschah; als er aufgeweckt und davon benachrichtigt wurde, ging er ruhig in den Keller und liess die Pulverfässer aufschlagen und ihren Inhalt in den Brunnen laufen. Zum Dank dafür gewährte ihm die nationale Regierung die Erlaubniss, unbehelligt Frankreich zu verlassen. Der Veteran der französischen Socialisten und Freimaurer lebt jetzt in Genf.“

Er hielt folgende Eröffnungsrede:

„Seit fünfzig Jahren narren uns die Routiniers der alten Politik mit den grossen Worten der Decentralisation und der Regierung des Landes durch das Land. Grosse Phrasen, die uns noch nichts gegeben haben. Stärker als Eure Vorgänger, habt Ihr es gemacht wie der Weise, welcher

ging, um die Bewegung zu probiren. Ihr habt marschirt, und man kann hoffen, dass die Republik mit Euch marschiren wird! Dies ist in der That die Krönung Eures friedlichen Sieges. Eure Gegner haben gesagt, Ihr schlüget die Republik. Wir antworten, wenn wir sie geschlagen haben, so haben wir sie geschlagen, wie einen Pfahl, den man tiefer in die Erde treibt. Ja, durch die vollständige Freiheit der Commune wird die Republik sich bei uns einwurzeln. Die Republik ist heutzutage nicht mehr das, was sie in den Tagen unserer grossen Revolution war. Die Republik von 1793 war ein Soldat, der um im Inlande und Auslande zu kämpfen, alle Kräfte des Vaterlandes in seiner Hand concentriren musste. Die Republik von 1871 ist ein Arbeiter, der vor allen Dingen Freiheit gebraucht, um den Frieden fruchtbar zu machen. Friede und Arbeit, das ist unsere Zukunft, das ist die Gewissheit unserer Revanche und unserer socialen Wiedergeburt, und so aufgefasst, kann die Republik aus Frankreich noch machen die Stütze des Schwachen, die Beschützerin der Arbeiter, die Hoffnung der Unterdrückten in der Welt und den Eckstein der universellen Republik. Die Freiheit der Commune ist also die Freiheit der Republik selbst. Jede sociale Gruppe wird ihre vollständige Unabhängigkeit und die vollständige Handelsfreiheit wiederfinden, die Commune wird sich mit dem beschäftigen, was local ist. Das Departement wird sich mit dem beschäftigen, was regional ist. Die Regierung wird sich mit dem beschäftigen, was national ist. Und, sagen wir es laut, die Commune, welche wir gründen, wird die Muster-Commune sein. Wer Arbeit sagt, sagt Ordnung, Sparsamkeit, Ehrbarkeit, strenge Controle, und nicht in der Commune wird Paris Betrügereien von 4,000,000 finden."

Wir finden in dieser ruhigen, verständigen Rede das Programm der Commune in seiner Reinheit, wie es massgebend blieb, bis Thiers am 8. Mai durch seine definitive Absage an Paris dort die ganz radikale Partei ans Ruder brachte. Wir haben hier keine Spur von Communismus, es ist ein reines Verwaltungsprogramm, das der Föderalisten im Gegensatz zu dem der Centralisten, und es fand Widerhall in fast allen Städten Frankreichs, weil man der Centralisation satt war, es fand später auch Widerhall in Spanien. Die Centralisation hat zum grossen Theil Frankreichs Unglück verschuldet. Hier war ein Weg gegeben, in bessere Bahnen einzulenken. Die Gewalthaber in Versailles wollten es anders. Was die Commune forderte, auch in der ersten Zeit des Kampfes noch, auch auf ökonomischem Gebiet, war vernünftig und durch die Unglücke geboten. Als sie kein Gehör fand, wurde sie das, als was sie die Geschichte kennt.

Ueber den Ausfall der Wahlen berichtet eine Correspondenz der „Times," die ich Wittig's Werk entnehme:

„Das Ziel der einen Partei ist die Uebermacht des Proletariats über die wohlhabenden Klassen, des Arbeiters über den Arbeitgeber, der Arbeit über das Capital; das Ziel der andern Partei ist eine Universal-Republik, gegründet auf freie souveräne und conföderirte Communen. Sie mögen es beide ehrlich meinen, aber es ist nicht zu läugnen, dass beiden alle Mittel, auch die abscheulichsten und solche recht sind, welche auf den ersten Anblick mit ihren Principien im Widerspruch stehen. Sogar über die Souveränetät des Volkes, welche sie angeblich zur Grundlage ihres Gebäudes machen, stellen sie ihr eigenes specielles Ziel. Nennen

wir die ersteren Communisten, die zweiten Communalisten. Die Commune von 1871 reicht weiter als die famose und infame Commune von 1793, welche dem Convent ihre unheimlichen Decrete aufzwang. Die Commune von 1871 ist souverän und constituirend. Sie entwirft ein Statut und erwägt die Mittel, für dasselbe von der Centralbehörde, was dieselbe auch sein möge, Anerkennung und Bürgschaft zu erhalten. Während also die Commune es dahin gestellt sein lässt, von welcher Art die Centralbehörde ist, verhehlt sie ihre Bereitwilligkeit nicht, gegen die augenblicklich in Versailles befindliche Centralbehörde Gewalt zu brauchen, sollte diese ihr Mandat verewigen oder Paris das Recht absprechen, nach seiner Façon zu leben; übrigens will sie die gemeinsamen Lasten theilen. Sie will nicht usurpiren. „Verbündet mit den anderen Communen des befreiten Frankreich, wird die Commune die Clauseln des Contractes halten, welchen, sie zu unterzeichnen gedenkt.“

Schon am 28. nahm das Central-Comité der National-Garde sein Wort vom 26. zurück, es blieb in Function und zwar bis an's Ende der Commune. Es hiess in dieser Proclamation:

„Das Central-Comité, indem es seine Regierungsfunctionen an die Commune abtritt, entledigt sich nicht seiner ursprünglichen Gewalten. Es verbleibt das Organ der National-Garde, um über die wahrhaft volksthümliche Organisation derselben zu wachen und durch seine Action zur Herbeiführung der grossen Völker-Föderation mitzuwirken.“

Dies war eine ziemlich deutliche Kriegserklärung an alle Mächte, welche eine demokratische „Völker-Föderation“ nicht wollen.

Die Commune ging gegen Versailles sofort agressiv vor. Sie hielt ihre erste Sitzung am 28. und votirte der National-Garde den Dank des Vaterlandes und der Republik. Sie beschloss, dass die Sitzungen nicht öffentlich sein sollten und erklärte die Versailler National-Versammlung in Anklagezustand versetzt. Sie gab übrigens die Generale Chancy und Langourian frei, welche am 18. gefangen genommen waren.

Sie constituirte sich und ernannte folgende Ausschüsse:

1. Executiv-Commission: Eudes, Tridon, Vaillant, Lefrançais, Duval, Felix Pyat, Bergeret. 2. Finanz-Commission: Victor Clément, Varlin, Jourde, Beslay, Régère. 3. Militär-Commission: Pindy, Eudes, Bergeret, Duval, Chardon, Flourens, Ranvier. 4. Justiz-Commission: Ranc, Protot, Leo Meillet, Vermoel, Ledroit, Babick. 5. Commission der allgemeinen Sicherheit: Raoul Rigault, Ferré, Assy, Cournet, Oudet, Chalain, Gérardin. 6. Commission der Lebensmittel: Dereure, Champy, Ostyn, Clément, Parisel, Emil Clément, Fortuné, Henri. 7. Commission der Arbeit, der Industrie und des Austausches: Malon, Frankel, Theiss, Dupont, Avrial, Loiseau-Pinson, Gérardin, Puget. 8. Commission der äussern Beziehungen: Delescluze, Ranc, Paschal Grousset, Ulysse Parent, Arthur Arnould, A. Arnold, Ch. Girardin. 9. Commission der öffentlichen Dienstzweige: Ostyn, Billioray, Clément, Mardelet, Mortier, Rastoul. 10. Unterrichts-Commission: Jules Vallès, Dr. Goupil, Lefèvre, Urbain, Albert Leroy, Verdure, Demay, Dr. Robinet.

Das Central-Comité der National-Garde ernannte ebenfalls einen engeren Ausschuss, bestehend aus Assy, Cluseret, Henry, Bergeret, Ganier, Babick, Avoine, Avrial, Maljournal, Gerèsme, Duval, welcher im Stadthause residirte.

Die Commune erliess nun folgende Proclamation an die Pariser:

„Pariser Commune. Bürger! Eure „Commune" ist constituirt. Das Votum vom 26. März hat die siegreiche Revolution geheiligt. Eine Regierung, die euch auf feige Weise überfiel, hatte euch bei der Kehle genommen; ihr habt bei eurer legitimen Vertheidigung diese Regierung, welche euch dadurch entehren wollte, dass sie euch einen König aufzwang, aus euern Mauern verwiesen. Heute missbrauchen die Verbrecher, welche ihr selbst nicht einmal verfolgen wolltet, eure Grossmuth, um an den Thoren der Stadt einen Herd monarchischer Verschwörungen zu organisiren. Sie rufen den Bürgerkrieg an; sie setzen ins Werk die ganze Corruption; sie nehmen eine jede Mitschuld an; sie haben sogar um den Schutz des Ausländers gebettelt. Wir rufen wegen dieser abscheulichen Umtriebe das Urtheil von Frankreich und der Welt an. Bürger! Ihr habt euch Institutionen gegeben, welche allen Versuchen Trotz bieten. Ihr seid die Herren eurer Geschicke. Stark durch eure Unterstützung, wird die Repräsentation, welche ihr hergestellt, die Unglücksfälle, welche die gefallene Regierung verursacht, wieder gut machen: die gefährdete Industrie, die eingestellte Arbeit, die gelähmten Handelsgeschäfte werden einen kräftigen Aufschwung nehmen. Schon heut erfolgt die erwartete Entscheidung über die Miethen; morgen die über die Verfallzeit der Wechsel; alle öffentlichen Dienstzweige wieder hergestellt und vereinfacht; die National-Garde, in Zukunft die einzige bewaffnete Macht der Stadt, ohne Verschub reorganisirt. Das werden unsere ersten Thaten sein. Die Erwählten des Volkes verlangen zur Sicherung des Triumphes der Republik nur, dass es ihnen sein Vertrauen erhält. Was sie betrifft, so werden sie ihre Pflicht thun.

Stadthaus, 29. März 1871. Die „Commune" von Paris"

Am selben Tage, den 29., erschienen folgende Decrete:

„Erstens: Bürger! Die Commune, gegenwärtig die einzige Regierung, decretirt: Art. 1. Die Angestellten bei den verschiedenen öffentlichen Diensten müssen in Zukunft für null und nichtig die Befehle oder Mittheilungen halten, welche von der Regierung von Versailles und ihren Anhängern ausgehen. Art. 2. Jeder Beamte oder Angestellte, welcher sich diesem Decret nicht fügt, wird sofort abgesetzt.

Für die Commune: der Präfect Lefrançais.

Zweitens: Die Commune von Paris decretirt: Art. 1. Die Conscription ist abgeschafft. Art. 2. Keine militärische Streitkraft ausser der National-Garde kann in Paris creirt oder dort eingeführt werden. Art. 3. Alle tauglichen Bürger gehören zur National-Garde.

Drittens: Die Commune von Paris, in Erwägung, dass die Arbeit, die Industrie und der Handel alle Kriegslasten ertragen haben, dass es gerecht ist, dass die Hausbesitzer dem Land ihrerseits Opfer darbringen, decretirt: Art. 1. Den Miethern werden die im October, Januar und April fälligen Miethszinsen allgemein erlassen. Art. 2. Alle während der neun Monate den Hausbesitzern bezahlten Zinsen werden für die, welche später zu bezahlen sind, in Rechnung gebracht werden. Art. 3. Es werden ebenfalls die Summen erlassen, welche die Miether von möblirten Wohnungen schulden. Art. 4. Alle Miethscontracte können

nach dem Willen des Miethers während einer Dauer von sechs Monaten, von dem gegenwärtigen Decret an gerechnet, aufgelöst werden. Art. 5. Alle Aufkündigungen werden auf das Verlangen der Miether um drei Monate verlängert."

Dies Decret ist nun schon stark communistisch, aber es that seine Wirkung auf die bedrängten Kleinbürger um so mehr, als der Minister Dufaure in Versailles nur einen Aufschub, nicht aber eine Aufhebung der Miethszahlungen in Vorschlag brachte. Wir werden sehen, dass die Commune nun consequent auf dem Wege zum Communismus weiter ging. Ein anderes Decret vom selben Tage lautete:

„Die Commune von Paris decretirt: Der Verkauf der auf dem Leihhaus versetzten Gegenstände ist suspendirt. Die Commune von Paris."

Herr Thiers schneidet Paris auch die Postverbindung mit den Provinzen ab. In den Städten Lyon, Toulouse, Narbonne, Marseille, St. Etienne, Grenoble, Avignon erzeugt die Nachricht von dem socialistisch-radikalen Ausfall der Pariser Wahlen nur Putsche, aber keine Revolution. Paris wird in seinem Kampfe um die föderal-socialistische Republik vom Lande isolirt und im Stiche gelassen. Noch am 30. hofft man in den feineren Quartieren von Paris auf Frieden. In Versailles nicht mehr, und man wollte ihn hier auch nicht. Am Tage nach den Wahlen, zu deren Vornahme man doch die Maires ermächtigt hatte — siehe Saissets Anschlag, verwarf die National-Versammlung den Antrag L. Blanc's, zu erklären, dass die Maires patriotisch gehandelt hätten. Am 2. April findet der erste Zusammenstoss der Pariser und Versailler Truppen bei Courbevoie statt. Der Bürgerkrieg hatte begonnen.

Die Geschichte der Kämpfe will ich natürlich nicht zu schreiben versuchen. Das muss Aufgabe eines Militärs bleiben. Nur das Verhalten beider Parteien in diesem Kampfe und dessen Rückwirkungen auf das europäische Proletariat soll berücksichtigt werden, wobei allerdings eine Skizze der stattgehabten Ereignisse nicht zu vermeiden ist. Für den Staatsmann ist, wie ich glaube, die Art und Weise, wie das europäische Proletariat zur Commune sich stellte und stellt, die Hauptsache, und so beginne ich denn mit einem Auszuge aus dem Leitartikel des „Vorbote" vom März 1871, der die Auffassung der intelligentesten Führer der I. wiedergiebt.

Man wird sehen, dass sich diese Führer keine Illusion über den Verlauf der Dinge machten, dass sie auf Sieg der Commune nicht rechneten, dass sie aber den Kampf wünschten als einen e r s t e n, dem sicher andere und blutigere folgen würden. Eine Ansicht, die ich leider für richtig halte, wenn man nicht von Oben sociale Reformen unternimmt. Der Artikel lautet wörtlich:

„Ist Frankreich ohne Revolution, sondern durch eine nicht gewünschte, aber verwünschte Niederlage zu einer Republik gekommen, so muss sich die Revolution nachträglich einstellen, da es absolut nothwendig, dass die Parteien sich gegenseitig in ihrer Kräfteentwicklung messen und eine derselben, im gegebenen Falle also die republikanische, der andern durch die That ihre geistige,

sittliche und materielle Ueberlegenheit und Recht zur Meisterschaft beweist." In solcher Weise sprachen wir uns im September vorigen Jahres aus. Kaum war nun der Friede geschlossen und dadurch die Vaterlandsvertheidigung und Nationalehrenrettung als Einigungskitt der Parteien kraftlos geworden, so stellte sich auch und sogar noch ehe die Gefahr von Aussen völlig verschwunden war, in Paris, Lyon, Marseille, Toulouse, St. Etienne und anderen Städten, in aller Wucht der blutige Parteikampf — die Revolution — ein. Dabei gilt es nicht blos der einfachen Frage: ob Republik oder Monarchie? sondern der verwickelteren: ob „rothe oder „blaue" Republik? ob althergebrachte oder neuaufgebrachte Monarchie? Im jetzigen Stadium des Kampfes reichen sich vorläufig noch die Legitimisten und Orleanisten im monarchischen, und die blauen und rothen Republikaner, im republikanischen Lager die Hände, während zwischen beiden Lagern bonapartistische Zigeunerbanden auf eigene Faust operiren, um mit Schwarzkünstlerstücken die Errichtung des Kaiserreichs vorzubereiten. Gewinnen die Republikaner, so bricht nachträglich der Kampf zwischen den „Blauen" und „Rothen" aus und gelangen die Monarchisten zum Siege, so beginnt er, sofern es nicht vorher zu einer haltbaren Fusion gekommen, zwischen den Legitimisten und Orleanisten. Im ersten Falle werden sich die Orleanisten und Legitimisten auf Seite der „Blauen" gegen die „Rothen" und im zweiten Falle die Blauen auf Seite der Orleanisten stellen. Auch werden die Bonapartisten nicht aufhören, gleich Irrwischen dazwischen hin und her zu fackeln und den Wirrwarr durch Geniestreiche vollenden Betrachten wir nun noch ein Bischen die Fussgestelle der verschiedenen Parteien, so werden wir noch deutlicher sehen, wo das Ding für unsere nächsten Lebtage hinaus will. Die Legitimisten stützen sich auf den grossen Grundbesitz, die ultramontane Geistlichkeit — die Jesuiten — und dadurch wesentlich auf das Bauernvolk, die Orleanisten finden in der grossen Industrie-, Handels- und hohen Finanzwelt ihren Stützpunkt; die blauen (Bourgeois-)Republikaner recrutiren ihr Lager namentlich aus dem Kleinbürgerthum, welches sich aber, je nach Umständen, theilweise dem Orleanismus zuneigt; die rothen Republikaner finden ihre Armeen vornehmlich im Arbeiterproletariat der Städte und endlich formiren die Bonapartisten ihre Banden aus allen geborenen und erzogenen Schwindlergenies, Tagdieben, Taugenichtsen und Generallumpen. Ernstlich ist jedoch zu nehmen, dass dem bonapartistischen Lager noch die meisten der besseren Generäle und mit diesen noch viel imperialistisch dressirtes Soldatenelement angehören und jetzt in der über Hals und Kopf wiederhergestellt werdenden Armee festen Boden gewinnen, was, wenn auch nur vorübergehend, für die Entwickelung der Republik ein um so hartnäckerisches Hinderniss sein wird, als logischer Weise der Imperialismus allem Prätorianerthum mehr entspricht. Leider schwanken auch noch viele Arbeiter, in Ermangelung rechten Klassenbewusstseins, arg vom Nationalschwindel ergriffen, grundsatzlos hin und her und lassen sich ohne Bedenken von ihren natürlichen Feinden, den alten Parteien, heute als „Stimmvieh" bei den Wahlen und morgen als „Kanonenfutter" in den Schlachten zu reactionären Zwecken missbrauchen. Irrigerweise und häufig zu falscher Beurtheilung der Parteistellungen und Tendenzen führend, nennen die Zeitungen gewöhnlich auch jene Bourgeois-Republikaner, die sich als Affen der Jakobiner von 1792 und 93 blutdürstig geberden, die „Rothen," während doch nur die Social-Republikaner, welche die rothe Fahne als Verbrüderungssymbol der Völker und als Einheits- und Erlösungszeichen der Menschheit vorantragen, diesen Titel allein verdienen.

Nun steht die Geschichte vor einer Revolution, welche die Socialdemokratie aller Welt mit Jubel begrüssen muss, obwohl sie vorerst nur die Rettung und Befestigung der republikanischen Staatsform bezweckt. Waren der, am 4. September vom Arbeitervolke der Städte den herrschenden Klassen unter dem Eindrucke gewaltiger Ereignisse rasch aufgedrungenen Republik die alte Staatsseele und alten Organe gelassen, so will nun die Revolution vom 18. März der Septemberrepublik rechten Inhalt und richtige Gestalt geben, d. h. die Republik erst machen. Hatte die Republik vom 4. September, chauvinistischen Geistes, für das Nationalitätsprincip und das Phantom des Kriegsruhms gekämpft, so kämpft nun die Republik vom 18. März, vernünftigeren Sinns, für das Princip der Freiheit und reale Güter. Mit der Märzrevolution begann eben der

Kampf gegen die „innern Preussen," die eigentlichen und ärgsten Feinde des französischen Volkes. Die reactionäre National-Versammlung und die aus ihr hervorgegangene Regierungssippschaft geberdet sich aber als legitime Erbin des gegen ihren Willen und trotz ihres Widerstrebens gemachten 4. Septembers und klagt den 19. März um so wuthschnaubender der Rebellen und — wie urkomisch — des Verraths an der Republik an, je mehr sie derselbe an der prompten Vollendung ihres Verraths gehindert hat und ihn vielleicht für alle Zeiten unmöglich machen wird. Mag nun die Revolution siegen oder unterliegen, so bleibt sie eine grossartige Erscheinung, ja, um so mehr, je geringer bei den enorm schwierigen Umständen die Aussichten des Erfolges sind. Immerhin haben wir ein imposantes Märtyrerthum unserer Bruderschaaren vor Augen, dessen Blut die Saaten der Freiheit befruchten und dessen Kampfesleiden die Weltgeschichte durch den unausbleiblichen Triumpf der socialdemokratischen Sache rächen wird. Jetzt ist es nicht mehr der Bonapart, nicht mehr die „Dezemberbande," die das Volk niederkartätschen, die Freiheit einsperren, die Wahrheit deportiren und die Gerechtigkeit erdrosseln lässt; sondern es ist die nun entschleierte Ordnungspartei, die Bourgeoisie ohne „Sündenbock," die herrschende Klasse mit allen Verzweiflungsmitteln ihres geschichtlichen Bankerotts. Welch erstaunlicher Fortschritt im Verwesungsprocess der Klassenherrlichkeit!

Nun hört man aber allenthalben das all- und überkluge Spiessbürgerthum, die politischen und unpolitischen Kannengiesser sagen: die „Meneurs" (Leiter) haben zu ihrer Revolution, namentlich, weil der noch auswärtige Feind im Land, den ungünstigsten Moment gewählt. Diese Alltagsweisheit redet, als wenn eine Revolution (wir sprechen nicht von einem Verschwörungsattentat, einer Hof- und Pallastrevolution) sich durch die Launen irgend eines Michels oder Peters her- und wegkommandiren lasse und nicht durch tiefliegende Ursachen und das zeitweilige Zusammenwirken von Thatumständen ungerufen, einem Donnerwetter gleich, zum Vorschein käme. Ja, und wenn sie da ist, so kann man sie wahrlich nicht, weil die Weisheit Michels und Peters den Augenblick nicht geeignet hält, in eine Schachtel einsperren und ihr sagen: du musst jetzt mit Bewahrung deiner ganzen Spannkraft in dem Kästel bleiben, bis du auf Befehl losgelassen wirst. So wenig Wissenschaft besteht noch über die innere Triebkraft des Geschichtslebens, dass man noch ziemlich allgemein von dem Wahne befangen, als machen sich die Revolutionen nach Geschmack und auf Befehl verschworener Brausköpfebanden. Im gegebenen Falle ist es wesentlich das böse Gewissen der Reaction — die Furcht vor der Revolution — die der Angst entspringende Kopfverlorenheit des Hauses Thiers und Compagnie, der weiland in Bordeaux versammelten Actionäre des französischen Volksausbeutungsgeschäfts, wodurch der Ausbruch der Revolution begünstigt und beschleunigt wurde. Das masslos reactionäre Gebahren dieser Unternehmercompagnie reizte die längst beständig gewordene Unzufriedenheit der städtischen Arbeitermassen zunächst zu demonstrativen Schritten auf; der Versammlung und ihrer Geschäftsführerschaft entschwand der Muth nach Paris zu gehen und sie wählte in Feigheit und Trotz Versailles zu ihrem Sitz: ganz Paris fühlte sich enthauptstadtet und in seinem traditionellen Hauptstädterstolz, vom behaglichsten Bourgeois, bis zum nothdürftigsten Proletarier, verletzt; das Kleinbürgerthum sah sich nebenbei arg in seinen materiellen Vortheilen beeinträchtigt, sogar das „rothe Gespenst", vergessend und mit dem Arbeitervolk fraternisirend; man begriff jetzt deutlicher und allgemeiner als je, dass die Intelligenz der Städte durch die von politischen und religiösen Jesuiten geleitete Landbevölkerung erdrückt wird, und man empfand deshalb, so gemeinschaftlich und dringend wie noch nie das Bedürfniss möglichst ausgedehnter Gemeindeselbstständigkeit und machte die „Commune" zum Feldgeschrei. Inzwischen hatte Thiers und Compagnie die Generalbullenbeisser, Vinoy und Saisset, nach Paris gesandt, um dem Volke nach Art der Könige und Kaiser Ordnung und Friede zu bringen. Die Unterdrückung der freien Presse und die gewaltsame Wegnahme der, durch eigene Mittel der Nationalgarde angeschafften Kanonen, sollte die Einleitung des Ordnungs- und Friedenswerks sein. Die Pariser sahen dabei die allgemeine Entwaffnung, die Unterdrückung aller Freiheit, die Erwürgung der Republik im

Hintergrund lauern und so ward die Frucht der Revolution reif und zerplatzte — die freie „Commune“ enthüllend.

Hätten Thiers und Compagnie jene Pariser Forderungen, welche die Mittelclasse einigermaassen zu befriedigen geeignet, Rechnung zu tragen gewusst, so wäre sicher ein grosser Theil der Nationalgarde, vom Bourgeoisbewusstsein getrieben, von der Revolution ab- und diese alsbald in sich selbst verfallen. Man ersieht auch wieder bei dieser Gelegenheit, dass, weil die Leute der veralteten Schule die Zeit nicht mehr begreifen, die Dummheit der Reaction allen Revolutionszwecken gründlicheren Vorschub leistet, als es die Weisheit des Bewegungselements selbst vermag. Ist die Revolution aber einmal ausgebrochen, so ist alles grimmige Schimpfen und sentimentale Wehklagen über die Excesse derselben nutzlos, denn sie ist, wie der Krieg, im Ganzen ein aus der Gewalt der Umstände unvermeidlich hervorgegangener Excess. Weil in den Provinzstädten die Umstände nicht so günstig für die Revolution zusammen wirkten wie in Paris, so konnte es auch daselbst der Nationalgarde der Bourgeoisie gelingen, dieselbe, besonders weil die Arbeitermassen noch nicht gehörig organisirt, instruirt und geführt sind, einstweilen im Schach halten. Erfolgen aber in diesen Orten nicht alsbald fernere Schilderhebungen, so wird leider endlich auch die Hauptstadt erliegen müssen, wenn inzwischen nicht auch die Truppen der Regierung in Versailles vom Revolutionsgeist ergriffen werden. Unterliegt unglücklicherweise Paris, so werden noch gewaltigere Revolutionsstürme sich so lange wiederholen, bis die Idee der Gemeindeselbstständigkeit vollständig triumphirt hat. Siegt aber schon jetzt die Weltstadt, so ist damit auch für alle Gemeinden Frankreichs die Unabhängigkeit wie der Boden zur Föderativrepublik und Anbahnung socialistischer Einrichtungen erobert — auf dem der Staatszustand bald eine neue Form und jugendliche Seele erhalten wird. Für die socialdemokratische Partei hat die „Commune“ die einstweilige Bedeutung, dass sie durch die Decentralisation, durch Vermehrung der Defensiv- und Verminderung der Offensivkraft dem Grossmachtskitzel und Uebergewichtsdünkel die Spitze abbricht, die Freiheit grösseren Spielraum und sicherere Bürgschaften gewinnt, die Intelligenz der Städte nicht mehr durch die am Gängelbande der Pfaffen und Demagogen geführte landschaftliche Bevölkerung am Abstimmkasten erdrückt und dieser dagegen selbst eine gediegene Schulbildung und vernunftgemässe Erziehung geboten werden kann. Jedenfalls würde man auch in einem derart geregelten Staatswesen, durch die rastlos wirkenden Thatsachen genöthigt, zur Errichtung solcher, den derzeitigen Verhältnissen angemessenen socialistischen Institutionen schreiten und dabei Erfahrungen machen, die aller Welt nur von Nutzen sein könnten.

Gleichwohl ist das „Commune“-Schiff einstweilen noch stark mit mittelalterlichem und modernzeitlichem Ballast befrachtet, den die junge Zeit, zur Rettung der Güterladung, sammt Weihwedelwitz und Crucifix, Aderkatenbarret und Jacobinermütz im Laufe der Fahrt über Bord werfen muss.

Die preusisch-deutsche Grossmoguls-Politik mag wohl diese Commune- und Föderativbewegung gar nicht ungerne sehen, weil die daraus hervorgehende Schwächung der militärischen Offensivkraft Frankreichs dem Uebergewichtsschwindel des soldaten-staatlichen Deutschlands schmeichelt. Die deutsch-kaiserliche Weisheit lebt aber, wie alle kaiserliche, nur von heute auf morgen, und blickt sie gerade jetzt nicht weiter als Bismarcks Nase reicht, wesshalb sie nicht weiss, dass gute Beispiele schlechte Sitten verderben und nicht ahnt, dass die kleine Commune-Bewegung eine grosse Welt-Bewegung in sich birgt, die das weite Grab gräbt, alle Kaiserreichsherrlichkeit sammt allem Tross der alten Zeit hinein zu stossen.

Doch, die alte Welt fällt ja in sich selbst zusammen und schneidet sie in ihrem Todeskampfe nur noch kraftscheinige Abschiedsgrimassen.

Bewegt sich ja unsere Zeit unter dem Eingangsthore zur wichtigsten Epoche der Weltgeschichte, von dem altabsterbenden Leben sich ab-, nach dem jungaufkeimenden sich hinwendend.

Kein Wunder, dass noch viele gelehrte und ungelehrte zeitungsschreibende und zeitungslesende Menschenkinder, die neben dem grossen Verwesungsprocess den Verjüngungsprocess nicht erkennen, nur das Absterben, aber nicht das Aufleben wahrzunehmen vermögen, und eben das französische Volk in den Abgrund

sinken sehen, während nur das Schlecht- und Faulgewordene bei ihm zusammenstürzt und alles Unwüchsige zu neuer Schöpfungskraft in ganzer Wucht emporschiesst.

Es lebe die Commune im Vorkampfe für Freiheit, Gleichheit und Verbrüderung unter den Menschen und Völkern!“

Im Aprilheft, als der Kampf noch wüthete, enthielt jenes Blatt einen Artikel, in dem es heisst:

„Die französische Märzrevolution, die eigentlich nur eine kleine Einleitung zur grossen socialen Revolution bedeutet, ist immer noch in blutigem Gange. Die sociale Revolution tritt darin nur in ganz primitiver Gestalt auf, und dient dabei das politisch-föderalistische Princip wesentlich nur als Auflösungsmittel der alten Staatsordnung, um für die socialistisch-internationale Föderation und die ökonomische Centralisation freiern Spielraum und sicheren Haltpunkt zu gewinnen. In der begonnenen, aber noch lange nicht allgemein erkannten und begriffenen Socialrevolution, spielt die Communebewegung gleichsam nur einen Zwischenact und wird sie aber immerhin, ob sie dermalen siegt oder unterliegt, der allgemeinen Sache sehr förderlich sein. Ihr Sieg wird zwar den Entwickelungsgang mehr beschleunigen, aber ihre Niederlage niemals einen wesentlichen Einfluss auf das Endresultat der grossen Revolution, das unabwendbar ein sieggekröntes sein wird, ausüben. Man darf nicht aus den Augen lassen, dass die Geschichte jetzt in Eilschritten schreitet und mehr in Jahrzehnten vollbringt, als sie es sonst in Jahrhunderten gethan. Um so mehr wird in dem dermaligen revolutionären Entwickelungsprocess jede Staatsformbildung nur von kurzer Dauer sein und ist deshalb durchaus keine Gefahr vorhanden, dass auf dem Boden der angestrebten, vorausgesetzt siegreichen Commune die Kirchthurmspolitik und Kleinstaaterei-Regierungsgevatterschaft genügend Zeit zum Reifwerden finden könne. Wer heutigentags die Ereignisse durch die Brille herkömmlicher Weltanschauung betrachtet, nicht die Grundursachen und Urtriebfedern der gesammten Zeitbewegung erkennt, kann, trotz allen sonstigen Scharfsinns, nie im Stande sein ein richtiges Urtheil zu fällen. Da hat man es nicht mit erkünsteltem Gebilde, einem Parteigrillen- und Zufallproduct, sondern mit einer tief innerlichen culturgeschichtlichen Erscheinung, ja, gleichsam mit einem aus der absoluten Gewalt sittlicher Weltordnung hervorgegangenen Naturerzeugniss zu thun. Wie sich durch dauerndes Anreihen von Körnchen an Körnchen die Sandbank bildet, aus Tropfen Bäche, aus Bächen Flüsse, aus Flüssen Ströme und aus Strömen Meere werden und wirken, und wie die Gesammtaufschwellung massenhafter Holzporen Häuser lüpft und Felsen bricht, so entsteht durch die Adhäsion gemeinsamer Interessen das hieraus hervorgehende innige Aneinanderschliessen und einheitliche Zusammenwirken massenhafter Stoff- und Kraftatome des Geschichtslebens jene Allgewalt, die unbeugsam und rücksichtslos alle Verhältnisse umgestaltet, „Berge versetzt und Meere trocken legt.“ . . . Dermalen steht die socialistische, allein berechtigte Zeitbewegung noch vor der Frage: wann und wie sie ihren Arm zum entscheidenden Streiche zu erheben, und gilt es vorerst noch der Verallgemeinerung der Erkenntniss des Geschichtswillens und der Sammlung, Organisirung und Leitung aller durch die Thatumstände und Erkenntniss hergerichteten und bereitwillig gemachten Kräfte. Die sociale Revolution wird erst an jenem Tage in reiner Gestalt und ganzer Wucht auftreten, an dem sie die Aufhebung des Privateigenthums und aller Privatwirthschaft proclamirt. Doch das Spiessbürgerthum erschreckt vor solchen Gedanken. Und warum? Weil es nicht gewahrt, dass es täglich mehr und mehr zum Profit Weniger enterbt und enteignet wird; weil es nicht einsieht, dass die Communisten nicht theilen, sondern gegentheils das allzeit und allorts durch gemeinsame Arbeit Erzeugte, aber von Einzelnen gesetzlich und ungesetzlich Geraubte und Vertheilte der einzig besitzberechtigten Gemeinschaft zurückgegeben wissen wollen; weil es nicht weiss, dass nicht die Theorie des Communismus, sondern die Praxis des Capitalismus, die Herannahung des Tages, an dem Gerechtigkeit für alle Menschen werden soll, beschleunigen und endlich, weil es nicht begreift, dass, wenn die Geschichte die Geduld haben könnte, den Capitalherrschafts-Entwicklungsprozess bis in seine letzten Consequenzen auslaufen zu lassen, bloss ein Mensch in den Besitz aller Lebensgüter gelangen müsste und es demnach für alle andere Menschen weder Privat- noch Gemein-

gut geben würde — das Privateigenthum für die ganze übrige Welt aufgehoben wäre. Zu diesen letzten Consequenzen wird es freilich niemals, denn die Vernunft und Gerechtigkeit lange vorher zur Herrschaft kommen. Werden ja jetzt schon, wo das capitulistische Enteignungssystem noch sehr entfernt von seinem Ziele steht, grosse Verzweiflungsschlachten geschlagen. Was wird erst in 20 Jahren geschehen. Würde der Mittelstand, den das habsüchtige Capitalistenthier beständig am Kragen packt, um ihn in den Zustand des Proletariats zu schleudern, die Gefahr begreifen, er würde sicherlich noch rechtzeitig dem Vertheilungsprozess ein Ende machen, und, als Mittel zum Zweck, Gemeingut zu Gemeinbewirthschaftung und Gemeingenuss gründen helfen. Doch mag da kommen, was da will, unaufhaltsam wird die Menschheit durch Selbsterhaltungstrieb nach diesem Ziele, also gerade aus Egoismus zum Communismus hingetrieben. Die Culturgeschichte, die wesentlich die Geschichte des Existenzkampfes der Individuen, Klassen und Racen ist, ging eben vom rohen thierischen Egoismus aus, geht durch die inneren und äussern individuellen und collektiven Existenzkriege hindurch und wendet sich aus erlauchtem und versittlichtem Egoismus der Gemeinschaftlichkeit und des innern und äussern Friedens zu — weil nur darin allein Existenzsicherung und Lebensbefriedigung für Alle gefunden werden kann.

Alle seit mehr als zwei Jahrtausenden gepredigte Moral, Brüderlichkeit und gegenseitige Existenzversicherung unter den Menschen werden im Gedankenhimmel schweben, so lange sie nicht durch gemeinschaftliches Leben und Streben in Fleisch und Blut übergegangen — zur allgemeinen Institution geworden sind. . . .

Für jetzt wollen wir nur noch beifügen, dass, unsern gelegentlichen Wahrnehmungen gemäss, nicht nur Aussicht auf baldige neue Erhebungen vorhanden, sondern, dass selbst die bisherigen Niederlagen der Arbeitersache nicht wenig förderlich sind, sich der Klassenscheidungsprozess durch sie um so rascher vollziehen und schärfer ausprägen und selbstbewusstere Energie und wuchtigeren Hass gegen die Reaction in den Kampf bringen wird. Ohne Leidenschaft des Hasses keine Leidenschaft der Liebe und ohne Leidenschaft der Liebe keine Frucht.

Paris, das, der Socialdemokratie zum Vorbild, sich nach monatelangem Kampfe noch heldenmüthig hält, wird immerhin, wenn es auch unterliegen sollte, eine grosse Summe kostbarer Erfahrungen für die unterdrückte Klasse aller Welt erobern.“

So sprach sich das Hauptorgan der Internationalen während der Commune-Kämpfe aus.

Die Commune blieb gewissermassen demokratisch organisirt. Sie ernannte Niemand zum Präsidenten. Auch setzte sie die hohen Gehalte durch folgendes Decret herab:

„Die Commune von Paris, in Erwägung, dass bis zu diesem Tage die höheren Staatsstellen wegen der grossen Besoldungen, die an sie geknüpft waren, sehr gesucht und als Gunstbezeugungen bewilligt wurden; in Erwägung, dass es in einer wirklich demokratischen Republik weder Sinecuren noch übertrieben hohe Besoldungen geben darf, decretirt: Einziger Artikel: Das Maximum der Besoldungen der Beamten der verschiedenen Communaldienste ist auf 6000 Franken jährlich festgesetzt.“

Sie trat auch sofort international auf, indem sie Fremden den Zutritt zu ihren Aemtern öffnete. Darüber heisst es:

„Der mit Prüfung der Communalwahlen betraute Wahlausschuss hat seinen Bericht dahin erstattet: dass die Versammlung in Versailles von der Commune in Paris nicht anerkannt werden, und ein Mitglied der Commune nicht gleichzeitig Mitglied der National-Versammlung sein könne. Dagegen können Fremde Mitglieder der Commune werden und daher wird die Wahl des Bürgers Frankel genehmigt.“

Um dies hier gleich zu erwähnen, verhielt sich die Commune, in der doch überwiegend radikale Bourgeois, Jakobiner, Blanquisten sassen, sehr zurückhaltend gegen die ökonomischen Forderungen der I., wie wir noch sehen werden; dagegen waren beide Parteien auf religiösem Gebiet einig und fassten sehr bald, Anfangs April, höchst radikale Beschlüsse.

Zu Anfang April 1871 erschien folgendes, auf die bisherigen kirchlichen Verhältnisse bezügliche Decret der Commune:

„Die Commune von Paris, in Erwägung, dass das erste der Principien der französischen Republik die Freiheit ist; in Erwägung, dass die Gewissensfreiheit die erste der Freiheiten ist; in Erwägung, dass das Cultusbudget diesem Princip zuwider ist, weil es die Bürger gegen ihren eigenen Glauben mit Steuern belegt; in Erwägung, dass die Geistlichkeit in Wirklichkeit der Mitschuldige der Monarchie gegen die Freiheit war, decretirt:

Artikel 1. Die Kirche wird vom Staate getrennt.

Artikel 2. Das Cultusbudget wird unterdrückt.

Artikel 3. Die Güter, die der todten Hand genannt, welche den religiösen Körperschaften angehören, Mobilien und Immobilien, werden als Nationaleigenthum erklärt.

Artikel 4. Eine Untersuchung über diese Güter wird sofort angestellt, um ihre Natur zu constatiren und sie zur Verfügung der Nation zu stellen."

Ferner erliess der Delegirte für den Unterricht, Eduard Vaillant, in dem amtlichen Blatt u. a. folgende Anzeige:

„Bald wird der Religionsunterricht aus den Schulen von Paris verschwunden sein. Indess bleibt noch in vielen Schulen in der Form von Crucifixen, Madonnen und andern Symbolen eine Erinnerung an jenen Unterricht. Die Schullehrer und die Schullehrerinnen sollen diese Gegenstände entfernen, deren Gegenwart die Gewissensfreiheit beleidigt. Die Gegenstände dieser Art, welche aus edlem Metalle sind, sollen inventarisirt und nach der Münze geschickt werden."

Dieser Feindschaft gegen die Kirche entsprach es auch, dass man Geistliche zu Geiseln machte und später erschoss, was allerdings nicht auf nachgewiesenem Befehl der Commune geschah.

Die Communards hatten geglaubt, die Linie werde, ebensowenig wie am 18. März, auf sie schiessen. Allein sie fand sich getäuscht. Ihr General Bergeret wurde am 2. und 3. April mit schweren Verlusten zurückgeworfen und — abgesetzt. Dies machte die Commune wie die Gambetta'sche Dictatur es gemacht. Der General, welcher nicht siegte, wurde für einen Verräther erklärt und festgesetzt. So später auch General Cluseret.

Man hat der Commune Grausamkeiten vorgeworfen; allein man vergisst gewöhnlich zu erwähnen, dass die Versailler damit den Anfang gemacht haben und sie späterhin an Grausamkeit übertroffen haben. Die Versailler haben ihr nicht die Rechte einer kriegführenden Macht zugestanden, auf die sie Anspruch machte. Hierbei ist immer festzuhalten, dass wir es nicht mit dem Kampf einer legitimen Regierung gegen Rebellen zu thun haben, denn zwar war Thiers Regierung von Frankreichs Abgeordneten aner-

kannt, aber von der Pariser Bevölkerung nicht. Nun ist es freilich, wenn eine Nation kein legitimes Oberhaupt mehr hat, nur durch das Plebiscit möglich, eine neue Legitimität zu schaffen und danach war Thiers legitimer Herrscher nach der Theorie, welche die centralistische Demokratie aufstellt. Aber nach der Theorie der föderalistischen Demokratie war Thiers nicht legitimer Herrscher. Es standen hier zum ersten Male die Anhänger einer staatsrechtlichen Theorie den Anhängern einer andern Theorie in Waffen gegenüber. Hätte man sich nach Kriegsrecht behandelt, so wären viele Gräuel erspart geblieben. Gewiss halte ich den ganzen Commune-Aufstand für sehr unrecht, aber da die Versailler mit Grausamkeit begannen, so kann man sich nicht wundern, wenn die Communards mit solcher antworteten. Zu rechtfertigen ist Beides nicht.

Von den Ereignissen des 3. April sagt Wittig:

„Ein Oberbefehlshaber der Nationalregierung. General Vinoy, war es, der bei dieser Gelegenheit das Signal gab zu den Schandthaten, mit denen sich von da an Versailles und Paris beflecken sollten. Derselbe begegnete nämlich den Truppen, welche den General Duval und zwei Bataillonschefs mit den übrigen Gefangenen nach Versailles abführten. Er liess die drei vortreten: „Ihr seid scheussliche Canaillen", so rief ihnen der General zu, „ihr habt die Generale Thomas und Lecomte erschiessen lassen. Ihr wisst, was euch erwartet." Er liess hierauf zehn Jäger vortreten und befahl den drei Officieren der Commune, feldeinwärts zu gehen. Dieselben stellten sich an einem Hause auf, das zufälligerweise die Inschrift trug: Duval, Kunstgärtner. Zwei Minuten später stürzten sie unter dem Rufe: „Es lebe die Commune!" todt nieder. Vinoy und sein Stab wohnten dem Schauspiel an. Mit dem General wetteiferte General Gallifet, der auch seine Gefangenen brutal erschiessen liess."

Selbst eine legitime Regierung lässt in solchem Falle wenigstens ein Kriegsgericht abhalten.

Thiers erkannte in einem Rundschreiben an die Präfecten diese Grausamkeiten verschleiert durch folgenden Passus an:

„Die Wuth der Soldaten war furchtbar und wendete sich hauptsächlich gegen Deserteure, die man erkannte."

In dem Worte „hauptsächlich" liegt das Zugeständniss, dass auch Andere erschossen wurden, und zwar ohne Kriegsgerichtsspruch.

Später leugnete er die Thatsache mit frecher Stirn. Seine Kurzsichtigkeit bezeugt folgende andere Stelle jener Proclamation:

„Das ganze Gros der Insurrection ist bis an die Mauern von Paris zurückgedrängt worden. Morgen werden einige Kanonenschüsse genügen, um diese letzten Insurgenten zu vertreiben."

Der Kampf dauerte noch ein Paar Monate!

Die Commune antwortete auf die Fusiladen von Vinoy durch folgende Proclamation:

„Bürger! Die Banditen von Versailles erdrosseln oder erschiessen unsere Gefangenen, und es vergeht keine Stunde, die uns nicht die Nach-

richt von einem solchen Meuchelmorde überbrachte. Die Schuldigen kennt ihr: es sind die Gendarmen und Stadtsergeanten des Kaiserreichs, es sind die Royalisten von Charette und Cathelineau, welche unter dem Rufe: Es lebe der König! und von der weissen Fahne angeführt gegen Paris marschiren; die Regierung von Versailles stellt sich ausserhalb der Gesetze des Krieges und der Menschlichkeit; ihr werdet gezwungen sein, Repressalien zu üben. Wenn unsere Gegner fortfahren, die unter civilisirten Völkern üblichen Bedingungen des Krieges zu missachten, wenn sie noch einen einzigen unserer Soldaten massacriren, so werden wir mit der Hinrichtung einer gleichen oder doppelten Anzahl von Gefangenen antworten. Stets edelmüthig und gerecht, selbst in seinem Zorne, schaudert das Volk vor Blut, wie es vor dem Bürgerkrieg schaudert; aber es hat die Pflicht, sich gegen die wilden Attentate seiner Feinde zu schützen, und so schwer es ihm auch fallen möge, es wird Auge um Auge, Zahn um Zahn wiedergeben.

Paris, 5. April 1871. Die Commune von Paris."

Als Geiseln wurden nun der Erzbischof von Paris, Darboy, Bischof Maret und eine Anzahl Priester gefangen genommen.

Am 8. schrieb der Erzbischof aus dem Gefängniss an Thiers:

„Herr Präsident! Nach einem Verhör, dem ich gestern, Freitag, in Mazas, wo ich mich gegenwärtig in Haft befinde, unterzogen worden, haben Personen, welche mich verhörten, mir versichert, dass von verschiedenen Armeecorps in den letzten Kämpfen barbarische Acte gegen Nationalgarden begangen worden seien; man habe die Gefangenen füsilirt und den Verwundeten auf dem Schlachtfelde den Garaus gemacht. Da diese Personen sahen, wie ich gar nicht glauben wollte, dass solche Acte von Franzosen gegen Franzosen verübt werden könnten. so entgegneten sie mir, dass sie nur auf Grund zuverlässiger Meldungen sprechen. Ich nehme, Herr Präsident, hiervon Veranlassung, Ihre Aufmerksamkeit auf einen so bedenklichen Vorgang zu lenken, der Ihnen vielleicht nicht bekannt ist, und um Sie dringend zu bitten, in Erwägung zu ziehen, was unter so traurigen Umständen zu thun sei. Wenn eine Untersuchung ergeben sollte, dass wirklich grausame Ausschreitungen die Schrecken unserer brudermörderischen Kämpfe noch vermehrt haben, so wären sie gewiss nur das Resultat besonderer und ganz vereinzelter Ausbrüche der Leidenschaft. Gleichwohl ist es vielleicht möglich, der Wiederkehr solcher Fälle vorzubeugen, und ich habe geglaubt, dass Sie besser als irgendjemand wirksame Massregeln in dieser Hinsicht ergreifen können. Niemand wird daran einen Anstoss nehmen, dass ich mich inmitten des gegenwärtigen Kampfes, nach dem Charakter, welchen derselbe in den letzten Tagen angenommen hat, bei allen denen verwende, welche ihn mässigen und ihm ein Ziel setzen können. Die Humanität, die Religion rathen, gebieten es mir. Ich habe nur flehentliche Bitten zu meiner Verfügung; mit Vertrauen richte ich dieselben an Sie. Diese Bitten kommen aus dem Herzen eines Menschen, der seit mehreren Monaten mit vielem Elend mitleiden musste; sie kommen aus dem Herzen eines Franzosen, welches unter der Zerrissenheit des Vaterlandes schmerzlich blutet. Sie kommen aus einem gläubigen Bischofsherzen, welches bereit ist, alles und selbst sein Leben zu opfern für die, welche ihm Gott zu Angehörigen seines Vaterlandes und seiner Diöcese gegeben hat. Ich beschwöre Sie also, Herr Präsident, gebrauchen Sie Ihren ganzen Einfluss, um ein baldiges Ende unsers Bürgerkrieges herbeizuführen und um auf alle Fälle den Charakter desselben, soweit dies in Ihren Kräften steht, zu mildern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Verehrung unserer achtungsvollsten Gesinnungen. † G. Darboy, Erzbischof von Paris."

Thiers antwortete am 14. April dem Erzbischof:

„Monseigneur! Ich habe den Brief erhalten, welchen mir der Herr Pfarrer von Montmartre Ihrerseits zugestellt hat und ich beeile mich, Ihnen mit der Aufrichtigkeit zu antworten, welcher ich immer getreu bleiben werde. Die Thatsachen, auf die Sie meine Aufmerksamkeit hinlenken, sind vollständig falsch, und ich bin wahrhaft erstaunt, dass ein so erleuchteter Prälat wie Sie, Monseigneur, einen Augenblick zulassen konnte, dass ihnen irgend welche Wahrheit zu Grunde liegen möge. Niemals hat die Armee diese gehässigen Verbrechen begangen oder wird sie begehen, welche ihnen Männer zur Last legen, die entweder freiwillig Verleumder, oder welche, durch die Lügen, in deren Mitte man sie leben lässt, Irregeleitete sind. Niemals haben unsere Soldaten die Gefangenen erschossen oder die Verwundeten auf dem Schlachtfelde hingemordet. Dass sie in der Hitze des Kampfes von ihren Waffen gegen Männer Gebrauch gemacht, die ihre Generale ermordeten und welche sich nicht scheuen, auf die Schrecknisse des fremden Krieges die des Bürgerkrieges folgen zu lassen, ist möglich; nach beendetem Kampf aber treten sie in den Edelmuth des nationalen Charakters zurück, und wir haben davon den materiellen, vor aller Augen klar liegenden Beweis. Die Versailler Hospitäler enthalten viele, der Insurrection angehörende Verwundete, welche wie die Vertheidiger der Ordnung selbst gepflegt werden. Dies ist aber nicht alles. Wir haben in unseren Händen 1600 Gefangene, die nach Belle-Isle und einigen Seestationen gebracht wurden, wo sie wie gewöhnliche Gefangene und viel besser behandelt werden, als die unsrigen es sein würden, wenn wir das Unglück hätten, deren in den Händen der Aufständischen zu lassen. Ich weise daher, Monseigneur, die Verleumdungen zurück, von welchen man Ihnen gesprochen; ich bekräftige, dass unsere Soldaten niemals die Gefangenen erschossen haben, dass alle Opfer dieses schrecklichen Bürgerkrieges in der Hitze des Kampfes gefallen sind, dass unsere Soldaten sich noch ohne Aufhören mit den Grundsätzen der Humanität erfüllt haben, welche alle beseelen, und die allein den Ueberzeugungen und den Gesinnungen der frei gewählten Regierung anstehen, die ich zu vertreten die Ehre habe. Ich habe erklärt, und ich erkläre noch, dass allen irregeleiteten Männern, die, von ihren Irrthümern zurückgekommen, die Waffen strecken, das Leben gesichert wird, wenn sie nicht gerichtlich der Theilnahme an den abscheulichen Mordthaten überführt werden, die alle ehrenhaften Leute beklagen; dass die Arbeiter, welche sich in Noth befinden, für einige Zeit noch die Subsidien erhalten, von welchen sie während der Belagerung lebten, und dass alles vergessen sein wird, wenn erst einmal die Ordnung hergestellt ist. Dies sind die Erklärungen, welche ich gemacht, die ich erneuere, und denen ich getreu bleiben werde, was auch kommen möge, und ich läugne vollständig die Thatsachen ab, die diesen Erklärungen zuwider wären. Empfangen Sie, Monseigneur, den Ausdruck meiner Achtung und des Schmerzes, den ich empfinde, Sie als das Opfer des scheusslichen Systems der Geiseln zu sehen, welches der Schreckensherrschaft entnommen wurde und das, wie es scheint, nun zu uns zurückkommen sollte.

Der Conseilpräsident A. Thiers."

Diese Antwort ist eine grobe Lüge. Nicht nur waren Duval und Flourens keine Deserteure, auch wurden sie nicht im Kampf, sondern nach demselben, als Gefangene, umgebracht, sondern die

Erschiessungen solcher Gefangener dauerte auch späterhin fort, und Gallifet erklärte am 3. April in einer Proclamation:

„Wir führen den Krieg ohne Waffenstillstand und ohne Mitleid."

Gewiss ist es verwerflich, dass die Commune sich an Unschuldigen rächte und späterhin die Geiseln erschoss, aber sie hatte sogar Thiers angeboten, sie alle gegen den einen Blanqui auszuwechseln, den die Versailler gefangen hatten. Dies wurde abgeschlagen. Ausserdem behaupten die Socialdemokraten, die Geiseln seien nicht auf Befehl der Commune erschossen worden, sondern erst, als die Commune nicht mehr bestand. Sie behaupten das folgende Decret:

„Commune von Paris. Direction der allgemeinen Sicherheit. Der Bürger Raoul Rigault wird im Verein mit dem Bürger Regère mit der Ausführung des Decrets der Commune von Paris, betreffend die Geiseln, beauftragt. Delescluze. Billioray."

welches man aufgefunden zu haben angab, sei gefälscht. Natürlich kann ich die Wahrheit hierüber nicht feststellen. Die Ermordung der Geiseln war ein Frevel, von wem sie auch ausging, aber sie erklärt sich durch den Charakter, den der Bürgerkrieg gleich am 3. April angenommen hatte — der ihm durch die Proclamation des commandirenden Generals Gallifet aufgedrückt worden war.

Die deutschen Truppen antworteten zwar auf die Zuschriften der Commune nicht, allein sie griffen in die Kämpfe auch nicht weiter ein, als dass sie Paris nach einer Seite hin abschlossen. Dadurch wurde freilich den Versaillern die Belagerung leichter gemacht. Dass ein „vernünftiger Kern" in der Commune-Bewegung stecke, das Streben nach Selbstverwaltung, hat übrigens Fürst Bismarck am 2. Mai im Reichstage selbst anerkannt.

Der Bürgerkrieg nahm nun einen immer grausameren Charakter an. Cluseret wurde an Bergeret's Stelle commandirender General. Die Commune zwang alle Leute bis zum 40. Jahre in die Marschbataillone hinein, und nun suchten die Wohlhabenden zu entkommen, was wiederum der Commune zur Einführung der Pässe Veranlassung gab. Die Verhaftungen von „Verdächtigen" dauerten an. Sogar Assy wurde als „Bonapartist" verhaftet. Die Kämpfe, zuerst den Versaillern günstig, wurden von der National-Garde bis zum 7. mit Hartnäckigkeit und schliesslich mit Erfolg fortgesetzt. Thiers ernennt Mac Mahon zum Oberkommandanten. Unter ihm commandiren Ladmirault, de Cissey und de Barral. Die Commune erlässt am 7. eine Proclamation, worin sie den Versaillern die Schuld am Bürgerkriege zuschiebt und sagt:

„Was uns am meisten aufbringt, das ist die niederträchtige Propaganda, welche die Regierung von Versailles in den Departements unternimmt, um die erhabene Bewegung des Volkes von Paris anzuschwärzen. Man täuscht euch, Brüder, wenn man euch sagt, dass Paris Frankreich regieren und eine Dictatur ausüben will, welche die Verneinung der Volkssouveränetät wäre. Man täuscht euch, wenn man euch sagt, dass

Diebstahl und Mord vor aller Augen in Paris begangen werden. Niemals sind unsere Strassen ruhiger gewesen als in den letzten drei Wochen; kein einziger Diebstahl, kein einziger Mordversuch ist begangen worden. Paris hat nur das eine Streben, die Republik zu gründen und die Gemeindefreiheiten zu erringen; glücklich, wenn es den andern Gemeinden Frankreichs zum Beispiel dienen könnte. Nur mit lebhaftem Bedauern und durch den von der Regierung von Versailles herbeigeführten Kriegszustand gezwungen, hat die Kommune den Kreis ihrer normalen Befugnisse überschritten. Paris will sich lediglich auf seine Autonomie beschränken und hat alle Achtung vor den gleichen Rechten der andern Gemeinden Frankreichs. Was die Mitglieder der Commune betrifft, so haben sie keinen andern Ehrgeiz, als recht bald den Tag herbeikommen zu sehen, da Paris von den Royalisten, die es bedrohen, befreit, zu neuen Wahlen wird schreiten können. Noch einmal, Brüder, lasst euch nicht durch die ungeheuerlichen Erfindungen der Royalisten von Versailles täuschen. Bedenket, dass Paris in diesem Augenblick ebenso für euch wie für sich selbst kämpft. Mögen eure Anstrengungen sich mit den unsrigen vereinen, und wir werden siegen; denn wir vertreten das Recht und die Gerechtigkeit, d. h. das Wohlergehen aller durch alle, die Freiheit für alle und für jeden Einzelnen unter dem Schutz einer freiwilligen und fruchtbaren Solidarität. Es lebe Frankreich! Es lebe die eine und untheilbare demokratische und sociale Republik! Die Executiv-Commission: Cournet. Delescluze. Felix Pyat. Tridon. Vaillant. Vermorel."

Hier wird zuerst die „sociale" Republik proclamirt. — Ein neuer Versuch zur Versöhnung wurde von Paris aus gemacht. Der „Nationalverein der Syndikalkammern des Handels und der Industrie," 10,000 Firmen vertretend, sandte eine Adresse an Thiers:

„Die zweite Belagerung von Paris," heisst es darin, und diese Sprache von wohlhabenden Ordnungsmännern ist wohl zu beachten, „diese zweite Belagerung bedroht seine Existenz als Handelsplatz. Paris hat so eben eine Revolution vollbracht, welche eben so „annehmbar wie alle früheren" und vielleicht unter allen die grösste ist; Paris will für die Republik einstehen. Im schlimmsten Falle wird dieses Experiment Frankreich minder theuer zu stehen kommen als die ihm vorausgegangenen Regierungssysteme. Als Opfer eines furchtbaren Missverständnisses verlangen die Mitglieder des Nationalvereins dessen schleunigste Beendigung. Er weist die Anwendung der Gewalt zurück; es handelt sich um die Auffindung der Mittel, das Recht mit den Thatsachen zu vereinbaren. Die National-Versammlung möge endlich heute thun, was sie längst gethan hätte, wenn es ihr nicht um ihre Partei-Interessen mehr als um die Landes-Interessen zu thun wäre. Sie erlasse sofort ein gutes Gemeindegesetz für Paris, welches nichts mehr zu wünschen übrig lässt; sie verbessere auch das allgemeine Wahlgesetz, berufe eine Constituante und löse sich auf. Verweigert sie ihre Auflösung, so soll Thiers mit der Linken aus einer monarchistischen, alsdann in sich selbst zusammenbrechenden Versammlung sich zurückziehen. „Die Pariser," schliesst die Adresse, „können nicht länger in der Lage, welche ihnen die National-Versammlung bereiten will, ausharren; sie will Paris nicht mehr als Hauptstadt und will es unter dem Joch der Beschränkungen belassen, welche der Pariser Gemeinde als Hauptstadt auferlegt wurden. Das öffentliche allgemeine Gefühl von Paris ist wesentlich republikanisch, und kein Mensch in Paris nimmt Partei für eine monarchistische Nationalversammlung in Versailles. Wir beschwören Hrn. Thiers um friedliche Massregeln: denn die Gewalt wird uns in eine neue Reihe von Katastrophen stürzen."

Es bildete sich eine „Republikanische Union für die Rechte von Paris,“ deren Programm lautete: Anerkennung der Republik, des Rechts von Paris, sich durch einen frei gewählten Rath zu regieren und die Ordnung allein durch die Nationalgarde aufrecht erhalten zu lassen. Unterschrieben:

Bonvalet, gewesener Bürgermeister des 2. Arrondissement; J. A. Lafont, gewesener Adjunkt des 18. Arrondissement; Maurice Lachâtre; G. Le Chevalier, Advokat, gewesener Präfect; A. Coureuil; Onimus, Doctor der Medicin; Corbon, gewesener Bürgermeister des 15. Arrondissement; Patron, Kaufmann; Hippolyte Stupuy; Laurent Pichat, Schriftsteller; Maillard, Chef der Gerichtssachen der Gesellschaft Union; Soudée, Kaufmann; H. Grandchamp, Kaufmann; Desonnaz, Schriftsteller; Dubois, Doctor der Medicin; A. Murat, gewesener Adjunct des 10. Arrondissement; G. Isambert, Schriftsteller; G. Manet: J. Mottu, gewesener Bürgermeister des 11. Arrondissement; L. Gillet, Fabrikant; Loiseau-Pinson, gewesener Adjunct des 2. Arrondissement; E. Breslay, gewesener Adjunct des 2. Arrondissement; E. Villeneuve, Doktor der Medicin; G. Clémenceau, demissionirter Volksvertreter.“

Am 11. erschien die Deputation dieser Republikaner, welche keine einzige communistische Forderung stellte, mit Zustimmung der Commune in Versailles. Die Annahme dieser Forderungen konnte noch den Frieden herstellen. Aber in Versailles wollte man eben keine Communal-Selbstverwaltung zugestehen. Die Centralisten wollten lieber durch einen entscheidenden Kampf die Föderalisten, wie sie meinten auf immer, unschädlich machen. Der grösseste Hetzer war der semitische Minister Picard, der an die Präfecten am 7. schrieb über die nach Versailles gebrachten Gefangenen: „Nie hat die basse demagogie den betrübten Blicken der honnêtes gens unedlere Gesichter gezeigt.“ Er und seine Septembergenossen sind natürlich haute demagogie = honnêtes gens. So lange man gegen einen Monarchen sich empört, ist man ein honnetter Mann, aber ein Schurke, sobald man sich gegen die semitisch-liberale Advocatenherrschaft empört.

In der National-Versammlung vom 6. April bezeichnet der Abgeordnete Prax-Paris die Maires der Hauptstadt „als die von der Emeute beglaubigten Botschafter“ und verlangt, dass nach Unterdrückung des Aufstandes nicht die geringste Nachsicht gegen die Missethäter geübt wird. Der sehr liberale semitische Herr Ernst Picard, Minister des Innern, beeilt sich denn auch, ihn mit der Versicherung zu trösten: „Wir werden sehr energisch handeln, um unsere Mitbürger vor der Gegenwart der fremden Missethäter zu bewahren. Wir werden uns aller Mittel bedienen, welche wir zu unserer Verfügung haben, um auf dieselben Jagd zu machen, und dies, ohne uns um die Partei zu bekümmern, welche einen Aufruf an ihre Unterstützung erlassen hat.“

Also Jagd will der Semit auf Franzosen machen, die über Centralisation anders denken als er, Jagd wie auf wilde Thiere,

und so haben er und seine Genossen es später gethan. Jagd auf Leute, die noch nicht eine communistische Forderung stellten!

Das Gemeindegesetz, welches man in Versailles in diesen Tagen annahm, bestimmte, dass die Regierung die Gemeinderäthe in allen Städten von mehr als 20,000 Einwohnern ernennen solle.

Als die Deputation der Republikaner von Paris am 11. Thiers sprach, antwortete er auf ihre Vorschläge, dass er als das Oberhaupt der einzigen gesetzlichen Regierung, welche in Frankreich bestehe, nicht etwa die Grundlagen eines Vertrags zu diskutiren habe, dass er aber ganz geneigt sei sich mit Personen, die, wie er wisse, das republikanische Princip vertreten, zu unterhalten und sie über die Absichten des Chefs der executiven Gewalt aufzuklären. Unter dem Vorbehalt dieser Bemerkungen gab Thiers über die verschiedenen Punkte des Programms folgende Erklärungen ab: Was die Anerkennung der Republik betrifft, so verbürgt Hr. Thiers das Bestehen derselben, so lange er an der Spitze der Regierung bleiben werde. Er habe ein republikanisches Staatswesen übernommen und setze seine Ehre darein, dieses Staatswesen zu erhalten. Was die städtischen Freiheiten von Paris betrifft, so entwickelt Thiers: dass Paris seine Freiheiten unter denselben Bedingungen wie alle andern Städte geniessen solle, d. h., nach dem gemeinen Gesetz, wie es von der Versammlung der Vertreter Frankreichs ausgearbeitet werden wird. Paris soll das gemeine Recht haben, nicht weniger und nicht mehr. Das heisst, die Regierung will nach wie vor den Gemeinderath „in dieser Stadt von mehr als 20,000 Einwohnern“ ernennen. Was die Forderung betrifft, dass die Obhut über Paris ausschliesslich der Nationalgarde anvertraut werden solle, so erklärte Thiers, dass zu einer Organisation der Nationalgarde werde geschritten werden, dass er aber das Princip einer gänzlichen Ausschliessung der Armee nicht zulassen könne. Was die gegenwärtige Lage und die Mittel und Wege betrifft, dem Blutvergiessen ein Ziel zu setzen, so erklärte Thiers: dass er, da er den an dem Kampfe gegen die National-Versammlung betheiligten Personen die Eigenschaft von Kriegführenden nicht zugestehe, über einen Waffenstillstand weder verhandeln könne noch verhandeln wolle; dagegen sagte er, dass, wenn die Nationalgarden von Paris keinen Büchsen- und keinen Kanonenschuss mehr lösen wollen, auch die Truppen von Versailles keinen Büchsen- und keinen Kanonenschuss lösen werden bis zu dem nicht zu bestimmenden Augenblick, da die executive Gewalt sich zu einer Action entschliessen und den Krieg beginnen wird. Hr. Thiers fügte hinzu: Jeder, der auf den bewaffneten Kampf verzichtet, d. h. jeder, der alle feindselige Haltung aufgiebt und in seine Häuslichkeit zurückkehrt, soll vor jeder Verfolgung geschützt sein. Hr. Thiers macht nur eine Ausnahme für die Mörder der Generale Thomas und Lecomte. Die Zahlung des Soldes an die Nationalgarde solle noch einige Wochen fortgesetzt werden.

Nun triumphirte in Paris die radikale Partei, denn selbst die

Abgesandten der bürgerlichen Republikaner, der Syndikalkammer des Handels, anerkannten, dass der Friede auf dieser Grundlage unmöglich sei. Der Krieg wurde mit Erbitterung fortgesetzt. Am 9. griffen die Regierungstruppen die Verbindung der Forts Issy in Vanvres an, wurden aber zurückgeschlagen. Am 11. griffen sie an drei Stellen an — um wieder zurück getrieben zu werden. Erst am 18. April gelang es ihnen, nach alle Tage fortgesetzten, höchst blutigen Kämpfen, Asnières zu besetzen. An diesem 18. Kampftage — waren die Regierungstruppen gerade da, wo am 1. der Kampf begonnen hatte, und Thiers hatte gemeint, wenige Kanonenschüsse würden am 4. genügen, den Kampf zu beenden!

Nach dieser ersten Schlappe stösst die Commune einen Nothschrei aus. Sie wendet sich an das Land. Nachdem sie abermals betheuert, dass sie am Kriege unschuldig sei, heisst es:

„Die durch die Initiative des Volkes am 18. März begonnene Gemeinderevolution eröffnet eine neue Aera positiver, auf Wissenschaft beruhender Experimentalpolitik. Sie ist das Ende der alten Regierungs- und Kirchenwelt, des Soldatenthums, des Beamtenthums, der Ausbeutung, des Börsenspiels, der Monopole und Privilegien, welchen das Proletariat seine Sklaverei, das Vaterland sein Unglück und Verderben zuzuschreiben hat. Möge denn dieses theure und grosse Vaterland, welches man mit Lügen und Verläumdungen täuscht, sich beruhigen! Der zwischen Paris und Versailles begonnene Kampf ist einer von jenen, die nicht durch trügerische Compromisse beschlossen werden können; sein Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Der Sieg, welchen die Nationalgarde mit unbezwinglicher Energie verfolgt, wird der Idee des Rechtes bleiben. Wir appelliren an Frankreich. Nachdem es erfahren, dass Paris unter Waffen ebenso viel Ruhe als Tapferkeit zeigt, dass es die Ordnung mit ebenso viel Entschiedenheit als Begeisterung aufrecht erhält, dass es sich mit ebenso viel Recht als Heldenmuth aufopfert, dass es nur aus Hingebung für die Freiheit und den Ruhm aller zu den Waffen gegriffen hat, möge nun Frankreich diesem blutigen Conflikt ein Ziel setzen. Frankreichs Sache ist es, Versailles durch die feierliche Kundgebung seines unwiderstehlichen Willens zu entwaffnen. Berufen, von unsern Eroberungen ebenfalls Nutzen zu ziehen, möge es sich mit unsern Anstrengungen solidarisch erklären, möge es unser Bundesgenosse in diesem Kampfe sein, der nur mit dem Siege der communalen Idee oder mit der Zerstörung von Paris endigen kann. Was uns betrifft, uns Bürger von Paris, so haben wir die Aufgabe, die moderne Revolution, die umfassendste und fruchtbarste von allen, welche jemals die Geschichte geschmückt haben, durchzuführen. Wir haben die Pflicht zu kämpfen und zu siegen."

Das Land aber blieb ruhig.

Was die Experimentalpolitik anlangt, so wird sie durch folgende Massregeln gekennzeichnet:

Am 16. April erschien folgendes Decret der Commune:

„Die Commune von Paris, in Erwägung, dass eine Anzahl von Werkstätten von ihren Leitern im Stiche gelassen worden ist, da letztere sich den Bürgerpflichten entziehen wollten und um die Interessen der Arbeiter weiter nicht kümmerten; in Erwägung, dass in Folge dieser feigen Entfernung zahlreiche, für das Gemeindeleben wichtige Arbeiten unterbrochen sind, und die Existenz der Arbeiter selbst gefährdet ist,

verfügt: Die Arbeiter-Syndikats-Kammern werden einberufen behufs Einsetzung einer Untersuchungskommission, deren Aufgabe ist: 1. Eine Statistik der im Stiche gelassenen Werkstätten und ein genaues Inventar derselben aufzustellen. 2. Einen Bericht darüber zu erstatten, wie diese Werkstätten auf eine praktische Art baldmöglichst, und zwar nicht durch die Deserteure, welche sie im Stiche gelassen haben, sondern durch eine cooperative Gesellschaft der in ihnen beschäftigten Arbeiter wieder in Betrieb gesetzt werden können; 3. den Entwurf einer Verfassung für diese cooperativen Arbeitergesellschaften auszuarbeiten; 4. Eine schiedsrichterliche Jury einzusetzen, welche bei der Rückkehr der genannten Fabrikherren über die Bedingungen der definitiven Abtretung der Werkstätten an die Arbeiter-Gesellschaften und über die Quote der von den Gesellschaften an die Fabrikherren zu zahlenden Entschädigungen zu erkennen hätte. Diese Untersuchungscommission soll ihren Bericht an die Commission der Commune für Arbeit und Verkehr erstatten, welche dann der Commune in kürzester Frist den Entwurf eines Decretes vorzulegen hat, das den Interessen der Gemeinde und der Arbeiter Genugthuung verschaffen soll."

Hier kam man also auf den socialistischen Gedanken der Expropriirung der Fabriken durch den Staat. Aber es ist anzuerkennen, dass man die Eigenthümer entschädigen wollte. Noch weniger communistisch war das folgende Gesetz, welches durch die Noth der Schuldner leicht zu rechtfertigen war, wenn auch die Fristen etwas lang gesteckt sind. Von „Theilen" ist keine Rede. Das Privateigenthum wird ausdrücklich anerkannt:

„Die Commune dekretirt: Art. 1. Die Rückzahlung der Schulden jeglicher Art, welche bis auf den heutigen Tag schriftlich eingegangen und fällig sind, Wechsel, Mandate, Tratten, Facturen, Vergleichsschulden u. s. w., wird in einer Frist von drei Jahren, vom 15. Juli d. J. ab gerechnet, und ohne Vergütung von Interessen bewirkt. Art. 2. Der Gesammtbetrag der schuldigen Summen wird in zwölf gleiche, von Quartal zu Quartal zahlbare Coupuren getheilt. Art. 3. Die Gläubiger können, indem sie die ursprünglichen Titel an sich behalten, die Rückzahlung gemäss Art. 2 durch Mandate, Tratten oder Wechsel verfolgen, in welchen die Natur der Schuld und der Bürgschaft erwähnt sein muss. Art. 4. Die gerichtlichen Verfolgungen in dem Fall, dass nicht acceptirt oder nicht gezahlt wird, können sich nur auf die betreffenden Coupure erstrecken. Art. 5. Jeder Schuldner, welcher, unter der Gunst der ihm durch dieses Decret gewährten Fristen, während dieser Fristen seinen Aktivbestand zum Nachtheil der Rechte seines Gläubigers auf die Seite gebracht, veräussert oder vernichtet hat, wird, wenn er Kaufmann ist, für des Betrugs schuldig angesehen und kann desshalb sowohl von seinem Gläubiger als von dem öffentlichen Ministerium verfolgt werden."

Die Kriegführung der Commune blieb eine relativ humane. Man machte nicht viel Gefangene, als aber am 11. drei Versailler gefangene Officiere eingebracht wurden, liess man sie nicht erschiessen, wie es Vinoy am 3. mit Duval und Genossen gethan hatte. Cluseret verlangte und setzte strenge Mannszucht durch, zwang aber alle Waffenfähigen zum Kampf. In dem Tagesbefehl vom 8. heisst es:

„Bildet schnell eure Kriegscompagnien, oder vielmehr vervollständigt sie, denn sie bestehen schon. Von 17 bis 19 Jahren ist der Dienst facultativ, von 19 bis 40 Jahren ist er obligatorisch, verheirathet oder

nicht. Macht unter euch die patriotische Polizei; zwingt die Feiglinge unter eurem wachsamen Auge zu marschiren. Sobald vier Kompagnien, die einen Effectivbestand von 500 Mann bilden, konstituirt sein werden, muss der Bataillonschef von dem Platze die Kasernirung verlangen. In der Kaserne oder im Lager wird die Organisation rasch beendet sein, und dann wird alle diese Verwirrung, alle Confusion durch den Hauch des Sieges verscheucht werden. Danton verlangte von unsern Vätern Kühnheit, nochmals Kühnheit und wiederum Kühnheit; ich verlange Ordnung, Mannszucht, Ruhe und Geduld; die Kühnheit wird dann leicht sein. In diesem Augenblick ist sie schuldvoll und lächerlich."

Zwang er so die Männer zum Kampf, so sorgte die Commune für die Verwundeten und Hinterbliebenen durch folgende Verordnungen:

„Jeder vor dem Feinde bei der Vertheidigung der Rechte von Paris verwundete Bürger erhält, wenn seine Verwundung ihn ganz oder theilweise zur Arbeit untauglich macht, eine lebenslängliche Pension, deren Ziffer von einer besonderen Commission zwischen 300 und 1200 Frcs. fixirt wird."

Das zweite Dekret regelt die Pensionen der Hinterbliebenen oder im „Kampfe für die Rechte des Volkes Gefallenen." Die Wittwe erhält 600, jedes Kind, „ob anerkannt oder nicht," erhält bis zum Alter von 18 Jahren 365 Fr. jährlich; Waisen werden ganz auf Kosten der Commune erzogen; Ascendenten können, wenn der Getödtete ihnen eine Stütze war, eine Pension von 400 bis 800 Fr. beanspruchen. Die Pensionen werden auf Grund einer von einer besonderen Commission eingeleiteten Prüfung der Ansprüche zuerkannt."

Endlich that die Commune ihre Pflicht gegen die deutschen Truppen und, was besonders bemerkenswerth ist, sie anerkannte sogar deren loyale Haltung durch folgendes Dekret, das sehr absticht gegen den Ministerialerlass von Picard, Favre und Genossen, der die Commune, wie wir gesehen haben, auf Wühlereien der Communisten, Bonapartisten und — — Preussen zurückzuführen suchte:

„Bürger! Ich bringe den Nationalgarden von Paris in Erinnerung, dass es streng verboten ist, die neutrale Zone, welche Paris umgibt, in Waffen zu betreten. Die Preussen führen die Convention gewissenhaft aus und verlangen, dass man sie ebenso ausführe. Sie sind in ihrem Recht, und wir müssen dasselbe respectiren. Ich fordere demnach die Nationalgarden ausdrücklich auf, sich auf der neutralen Zone nicht in Waffen zu zeigen."

Nachdem ich so die Handlungen der Commune aktenmässig, mit ihren Erlassen illustrirt, geschildert habe, komme ich zu dem Schlusse, dass der jüdische Minister Picard durch das „Journal officiel" Frankreich frech belog, wenn er sagte:

„Im Jahre 1871 ist der Schrecken das einzige Ziel derselben, die das Wort Commune anwenden, oder vielmehr es ist ein Mittel, das Mittel, „d'assurer le pillage et de protéger l'assassinat."

Die Commune bestand noch nicht, als die beiden Generale ermordet wurden, und die Commune hatte ausdrücklich die Ermordung, wie ich gezeigt habe, missbilligt. Andere Hinrichtungen

aber hatten noch nicht stattgefunden und Plünderungen auch nicht. Le Chevalier, ein erbitterter Gegner der Commune, sagt Seite 102:

„Man muss leider sagen, dass Versailles niemals die Wahrheit über Paris gesagt hat. Gouvernement, Minister, Journale, alle bemühten sich die Situation noch zu übertreiben, so traurig sie in Paris von der Commune an sich schon geschaffen war.“ Dies System der Lüge haben die Septembristen fortgesetzt.

Was den einzigen Grund gab, von Plünderung zu sprechen, war, dass die Commune Geld von der Bank entnahm um den Sold zu bezahlen, und dass sie das Silberzeug des Auswärtigen Ministeriums einschmelzen liess. Allein das „Mot d'ordre“ der Commune antwortete am 17. April, dass Picard als „Minister“ am 8. September denselben Vorschlag betreffs des Silberzeuges der Tuilerien gemacht habe.

Grosse Entrüstung in ganz Frankreich rief, und mit Recht, folgendes Dekret vom 13. April hervor:

„Die Commune von Paris, in Erwägung, dass die Kaisersäule am Vendomeplatze ein Denkmal der Barbarei, ein Sinnbild der brutalen Gewalt und des falschen Ruhmes, eine Bekräftigung des Militarismus, eine Verneinung des internationalen Rechts, eine beständige Beschimpfung des Besiegten durch den Sieger, ein fortwährendes Attentat gegen einen der drei grossen Grundsätze der französischen Republik, gegen die Brüderlichkeit, ist, verfügt:

Erster und einziger Artikel:

Die Säule vom Vendomeplatz soll zerstört werden.“

Auch ich halte solche Zerstörung von Denkmälern nationaler Grösse für höchst verwerflich. Indess wir haben hier einen der seltenen Momente, in welchem die I. in der Commune ihre Idee zur Geltung brachte, und wie sie eben den Krieg verwirft, so hasst sie die Denkmäler des Kriegsruhmes. Weil sie international ist, verwirft sie den Krieg der Nationen und protestirte durch diesen an sich vandalischen Act gegen solche Kriege mit Bewusstsein.

Blos sagt in seiner Geschichte der Commune hierüber:

„Die Commune wollte mit dem Umsturz des „Symbols des französischen Kriegs- und Siegesruhmes“ beweisen, dass es ihr Ernst sei mit der Verwirklichung der internationalen Idee der Völkerverbrüderung; sie wollte nicht einmal die Erinnnerung an die grosse Zerfleischung zweier Völker bestehen lassen.

Der dritte Bonaparte sagte zwar: „Das Kaiserreich ist der Friede“, gründete es aber in Wirklichkeit auf den Krieg; die Commune bewies ihre friedlichen Gesinnungen durch die That.

Die Vertreter der alten Gesellschaft geriethen in Verlegenheit, die Gründe, welche die Commune für die Niederreissung der Säule anführte, waren zu schlagend, zu einleuchtend für den gesunden Menschenverstand, als dass sich logisch gegen dieselben ankämpfen liess. Man ignorirte desshalb die Beweggründe und zeterte blos über „unerhörten Vandalismus“. Oder man liess sich auf die Beweggründe zur Niederreissung der Säule ein und machte sich unsterblich lächerlich. Wir sollten es nicht hoch anschlagen, dass gerade die Pariser Arbeiter es waren, die den ehernen Götzen des Kriegs in Trümmer schlugen? Was die Bour-

geois und Pfaffen von heute gegen die Commune vorbringen, das haben Alles schon die heidnischen Pfaffen des alten Hessen, des Kattenstammes vorgebracht, als Winfried die Donners-Eiche fällte.

Das Gewinsel französischer und deutscher Fossilien, der „grossen Armee" half Nichts; der Götze des Kriegsruhms fiel am 16. Mai 1871 und damit er nicht allzu hart falle, hatten ihm die Pariser ein Bett bereitet, ein Bett aus jenem Stoff, in welchem der alte griechische Philosoph Xenophanes die Götter versetzt, nämlich ein Bett aus Mist. Der Kriegsgötze fiel also dahin, wohin er gehörte — auf den Mist! Die „kunstsinnigen" Geister von ganz Deutschland aber fielen mit ihm, ebenfalls auf den Mist!

Herr Thiers, der „historische Schuhputzer des ersten Bonaparte", sprach beim Fall der Säule das grosse Wort gelassen aus:

„Sie mögen auch mein Buch verbrennen, die Geschichte steht über solchen Schlägen."

Die Commune hat sich wohl gehütet, dem Buche des Herrn Thiers, das längst in die historische Rumpelkammer geworfen und Makulatur geworden ist, durch ein Autodafé wieder zu Absatz zu verhelfen, so dringend auch Herr Thiers diesen Wunsch, wie man sieht, ausgesprochen hat. Die Geschichte steht allerdings längst über dem Buche des Herrn Thiers.

Die Bourgeoisie, die alte Gesellschaft und ihre „Geschichtsschreiber" haben durch ihre Parteinahme für den schmachvollen Bonaparte-Cultus bewiesen, dass sie um keinen Preis gewillt sind, von der Anbetung des Götzen des Kriegsruhms und Massenmordes abzulassen. Dies verdoppelt das Verdienst der Pariser Arbeiterregierung, welche den Kriegsgötzen zertrümmert hat.

Darum: Fort mit den alten, kreuzlahmen Verfechtern des Bestehenden! Platz für die Männer der Zukunft, Platz für das Proletariat!"

Die Socialdemokraten feiern gerade diese Handlung der Commune besonders und sagen es laut, dass sie mit allen Sieges-Denkmälern ähnlich umgehen werden, wo immer sie auch nur zeitweise zur Herrschaft gelangen werden. Blos wendet sich gegen die deutschen Geschichtsschreiber und meint, sie hätten doch die Vernichtung anderer denkwürdigen Monumente gebilligt:

„Sehen wir nach, was die „Geschichtsschreiber" der Bourgeoisie über den Umsturz anderer Götzenbilder, anderer Denkmäler sagen!

Herr Dr. Georg Weber, Professor und Schuldirector zu Heidelberg, erzählt in seiner „Weltgeschichte": „Winfried trug die Lehre vom gekreuzigten Heiland in die Wälder Deutschlands, zu den Hessen, wo er die Abteien Amönaburg, Hersfeld und Fulda gründete, nachdem er bei Ober-Geismar die heilige Wodans-Eiche gefällt."

Die Wodans-Eiche war den alten Hessen sicherlich ebenso heilig, wie den modernen Bourgeois ihre Kriegsgötzenbilder, und doch hat Weber für die That Winfrieds nicht nur kein verurtheilendes Wort, sondern erkennt sie stillschweigend als verdienstlich an, was auch sonst in der Ordnung ist.

An anderer Stelle schreibt Weber:

„Im Süden des Teutoburger Waldes, unter grossen Erinnerungen an die Vorzeit, stand die Veste Eresburg mit der Irminsul, auf der Grenze des freien Heidenthums, etwa fünf Meilen von der vormaligen Donnereiche, die Bonifacius zu Fall gebracht. Karl der Grosse eroberte die Eresburg, zerstörte das Nationalheiligthum, jenen riesenhaften Baum, der

nach dem Glauben des Volkes das All trug, und nöthigte die Sachsen zu dem Versprechen, die christlichen Glaubensboten in ihrem Bekehrungswerk nicht zu stören."

Weber hat kein Wort des Tadels für den Sturz des Nationalheiligthums, für den „Frevel an der Kunst". Und doch verherrlichte die Irminsäule einen deutschen Sieg, während die Vendomsäule das Standbild des ersten Napoleon trug und in ihren Reliefbildern dessen Siege über Deutschland „verewigen", ein Denkmal an die Zeit der grössten Schmach sein sollte, die je über Deutschland gekommen. Aber die deutsche Bourgeoisie verleugnet gern ihre „Nationalität", mit der sie es sonst so peinlich genau nimmt; sie lässt gerne „nationale" Rücksichten fallen, wenn es gilt, die Pariser Arbeiter zu beschimpfen."

Es ist mithin diese That nicht als ein Protest gegen die Kunst überhaupt, sondern nur gegen die Verherrlichung von Thaten aufzufassen, welche die I. principiell verwirft. Dies ergiebt sich aus dem Verfahren, welches die Commune einschlug, als sie am 11. Mai das Vermögen Thiers' mit Beschlag belegte und sein Haus niederreissen liess. Wittig sagt:

„In der Sitzung der Commune vom 12. meldete der Domainedirector Fontaine, dass an diesem Tage um 4 Uhr die Demolirung des Hauses des Herrn Thiers beginnen solle, und bat die Commune, sich bei diesem Act durch eine Delegation vertreten zu lassen. Courbet bemerkte: „Thiers besitzt eine Sammlung antiker Bronzen, deren Werth sich vielleicht auf anderthalb Millionen Francs beläuft. Wir sind keine Barbaren, welche so werthvolle Denkmäler der Geschichte der Menschheit zertrümmern wollen; ich würde vorschlagen, die Sammlung nach dem Louvre oder nach dem Stadthause bringen zu lassen." Protot: „Auch ich bin ein Freund der Kunst; aber ich bin der Meinung, dass wir alle Stücke, welche das Bild der Orleans vorstellen, nach der Münze schicken; die übrigen Kunstgegenstände werden wir natürlich nicht vernichten." Die Commune beschloss eine Commission, bestehend aus den Bürgern Courbet, Demay, Paschal Grousset, Clémence und Félix Pyat, zu ernennen, welche die künstlerischen, literarischen und diplomatischen Sammlungen des Herrn Thiers katalogisiren und über ihre weitere Bestimmung Anträge stellen soll."

Wir haben es also hier mit einem Falle zu thun, der nicht auf principiellen Vandalismus, sondern auf eine augenfällige Protestation gegen den Krieg der Nationen hinausläuft.

Wenden wir uns wieder dem Verlauf der Dinge zu!

Am 14. April setzte man in Paris in jedem Bataillon ein Kriegsgericht ein, am 17. fanden die Ergänzungswahlen zur Commune bei sehr schwacher Betheiligung statt. Aber die Partei der Commune siegte jetzt überall, nachdem sich schon am 4. April folgende Bürger, die am 26. März gewählt waren, von ihr zurückgezogen hatten: Adam, Méline, Rochard, Bassé, Brélay, Loiseau, Tirard, Chéron, Leroy, Robinet, Desmarest, Ferry, Nast, Fruneau, Marmottan, de Bouteiller.

Ich lasse hier — nach Le Chevalier — die Namen der definitiven Communemitglieder folgen. Die mit einem Stern bezeich-

neten Namen sind, nach Le Chevalier, alte Internationale von vor 1868, die gesperrt gedruckten sind offene Feinde der I., die anderen Radikale oder später zur I. übergetretene Männer:

Allix. * Amouroux. Andrieu. Arnoud. Arnold. A. Arnould. Assi. * Avrial. Babick. Bergeret. * Beslay. Billioray. Blanchet. Brunel. * Chalain. Champy. Chardon. * Clémence. * E. Clément. J. B. Clément. V. Clément. Cluseret. Courbet. Cournet. Delescluze. * Demay. * Dereure. Descamps. Durand. Eudes. Ferré. Fortuné. * Frankel. Gambon. Ch. Gérardin. * E. Gérardin. H. Géresme Grousset. * Johannard. Jourde. * Langevin. Ledroit. Lefrançais. Lonclos. * Longuet. * Malon. Martelet. Meillet. Miot. Mortier. Ostyn. Oudet. Parisel. Philippe. Pillot. * Pindy. Pottier. Protot. Puget. F. Pyat. Ranvier. Rastoul. Régère. * Serailler. Sicard. * Theisz. Tridon. Trinquet. Urbain. * Vaillant. Vallès. * Varlin. Verdure. Vermorel. * Vésinier. Viard.

Folgendes sind die Namen des Central-Comité's der Nationalgarde:

* Avoine fils. Arnaud. G. Arnold. Assi. Andignoux. Bouit. Bergeret. Babick. Boursier. Blanchet Barou. Billioray. Castioni. Chouteau. C. Dupont. Ferrat. Fortuné. Fabre. Fougerot. Goudier. Gouhier. Géresme. Grollard. Josselin. Jourde. Lisbonne. Lavalette. Lullier. Maljournal. Moreau. Mortier. Prudhomme. Rousseau. Ranvier. Viard. * Varlin.

Dies sind zusammen 100 Gewalthaber, unter denen nur 21 alte Internationale — immer nach Villetard's Urtheil, der als Franzose die Leute kennen muss — sich befanden. Die 79 Uebrigen sind Bourgeois, Radikale, Jacobiner u. A.

Am 19. April organisirt sich die ergänzte Commune und ernennt folgende „Executiv-Commission": Cluseret — Krieg, Jourde — Finanzen, Viard — Lebensmittel, Paschal Grousset — Auswärtiges, Frankel — Arbeiten und Handel, Andrieux — Oeffentlicher Dienst, Vaillant — Unterricht, Raoul Rigault — Sicherheitsdienst.

Am 14. April hatte das 64. Bataillon eigenmächtig am Hause Thiers' Siegel angelegt, den Weinkeller des jüdischen Bankiers Pereire um 25,000 Flaschen Wein geplündert und mehrere Bonapartisten ins Gefängniss geworfen. Die Commune schritt strenge ein und verordnete:

„Die Commune von Paris, in Erwägung, dass es zwar für das Heil der Republik wichtig ist, alle Verschwörer und Verräther unschädlich zu machen, aber ebenso wichtig, jeden willkürlichen oder die persönliche Freiheit beeinträchtigenden Act zu verhindern, verfügt: Art. 1. Jede Verhaftung muss sofort dem Delegirten der Commune für das Justizwesen angezeigt werden, welcher das verhaftete Individuum verhören oder verhören lassen und es dann, wenn er dafür hält, dass die Verhaftung aufrecht erhalten werden soll, auf vorschriftsmässige Art in die Haftregister eintragen lassen wird. Art. 2. Jede Verhaftung, die nicht binnen 24 Stunden dem Delegirten für das Justizwesen angezeigt worden, wird als eine willkürliche Verhaftung angesehen, und ihre Ur-

heber werden verfolgt werden. Art. 3. Eine Haussuchung oder Requisition darf nur auf Befehl der competenten Behörde oder ihrer unmittelbaren Organe erfolgen, welche letztere mit regelmässigen, im Namen der von der Commune eingesetzten Gewalten ausgestellten Mandaten versehen sein müssen. Jede willkürliche Haussuchung oder Requisition zieht die Verhaftung ihrer Urheber nach sich."

Es lag ihr daran, das Wort Picards, sie dulde Plünderung, nicht wahr werden zu lassen. Wittig berichtet aus dieser Zeit ferner:

„Um auf alle Fälle die Verproviantirung der Stadt zu sichern, ohne das Communal-Budget unnöthigerweise zu belasten, schlug der Delegirte des Handelsministeriums am 14. folgende Massregeln vor: „Man wird den Mehl-, Samen- und Früchtenhändlern grosse Lokale gratis zur Verfügung stellen. Die dort aufgehäuften Waaren sollen immer Eigenthum der Händler bleiben, und der Handel soll stattfinden wie gewöhnlich. Sobald die Blokade vollständig ist, wird man einen Maximal-Preis für alle Waaren feststellen; dieses Maximum wird nach den Preisen am Tage der Blokade berechnet werden. Die Commune verpflichtet sich, diese Waaren nicht zu requiriren, aber sie behält sich die Ankaufspriorität vor. Diese Massregeln betreffen jedoch nur die Waaren, die vom Auslande kommen."

Dies wurde angenommen.

Ferner verordnete sie, dass die Nachtarbeit überall, auch in der Bäckerei aufhören solle und verbietet die Strassenbettelei und das Hausiren und Musiciren auf der Strasse. Sie hielt in der That musterhafte Ordnung, wie wir dies später durch einen Unparteiischen bestätigt finden werden.

Ueber ihre Stellung zu den fremden Mächten, denen gegenüber sie die Rechte einer kriegführenden Macht beanspruchte, sprach sich der Minister des Auswärtigen, Paschal Grousset, am 28. April folgendermassen aus:

„Die Delegation für das Aeussere hatte bereits den Gedanken ins Auge gefasst, ein Manifest an die europäischen Mächte zu richten, um gegen die schmählichen Verletzungen des Kriegsrechts, welche die Regierung von Versailles sich zu Schulden kommen lässt, zu protestiren; sie hat aber diesen Gedanken wieder aufgegeben, da sie sich nicht an ein offenbar incompetentes Tribunal wenden will. Es widerstrebte ihrem Nationalgefühl, ein europäisches Verdict gegen Franzosen zu veranlassen und so einer auswärtigen Intervention, die um jeden Preis vermieden werden muss, die Thür zu öffnen. Das moralische Urtheil Europas ist übrigens gesprochen, die Wahrheit hat sich Bahn gebrochen, und die Welt weiss, auf welcher Seite die Meuchelmörder sind. Ueberdiess sind wir thatsächlich im Besitz der Rechte Kriegführender, und niemand kann uns diese mehr streitig machen; auch führen wir den Krieg auf ehrliche Weise: wir verkleiden keine Polizeiagenten in Liniensoldaten, wir bombardiren nicht Weiber und Kinder, wir bedienen uns nicht verbotener Geschosse und executiren nicht summarisch die Gefangenen. Europa weiss daher, dass, wenn einem Theile die Rechte der Kriegführenden zu verweigern wären, nicht wir dieser Theil sind."

Hier kam also das Nationalitätsgefühl wieder zum Durchbruch,

wie denn die I. nur selten bei wichtigen Beschlüssen die Oberhand behielt, weshalb die Verantwortlichkeit für die Commune auch zum grösseren Theil auf die radikale Bourgeoisie fällt.

Am 18. April, bis wohin ich kurz über die kriegerischen Ereignisse berichtet habe, dass damals nämlich die Versailler Truppen keinen Fuss breit Boden gewonnen hätten, nahmen die Friedensvermittelungsversuche wieder ihren Anfang und dauerten bis zum 8. Mai, wo ihnen Thiers ein Ende machte.

Delegirte des Municipalrathes von Lyon erschienen bei Thiers, um ihren Mitbürgern Aufschluss über die Lage zu verschaffen und den Frieden zu vermitteln. Thiers bestand auf seinem alten Programm. Die Stadt Lille schickte Testelin zu gleichem Zweck. Die Freimaurer von Paris verbürgten sich bei Thiers für den Frieden, wenn er Gemeindefreiheit gewähre. Es war vergebens. Man sieht also, dass geachtete, wohlsituirte Männer in Paris, die Freimaurer, gewiss keine Communisten und Internationale, den Frieden möglich hielten, wenn Selbstverwaltung gewährt würde. Der Streit über diesen Punkt hat also den Bürgerkrieg verschuldet, die I. hat ihn nur, aber natürlich gern, mitgemacht und für sich ausgenutzt. Aber die Presse fälscht diese Thatsache gern. Ueber das Unternehmen der Freimaurer sagt Wittig:

„Es fand die Generalversammlung der Freimaurer, mindestens 2000 mit ihren Abzeichen und allen ihren Würdenträgern, im Châtelet-Theater statt. Nach einer kurzen, sehr kaltblütigen Discussion wurde folgender Beschluss gefasst: „Die Logen pflanzen die Freimaurerfahnen als Friedenssignale auf den Wällen auf; werden sie beschossen, so rufen die Logen die Bevölkerung zu den Waffen, und die Freimaurer ziehen in den Kampf.“ Sofort begaben sich 1500 Freimaurer nach dem Stadthaus, um mit der Commune sich zu verbrüdern, und ihr Oberhaupt, Herr Terifocq, umarmte feierlich den Bürger Beslay, den Alterspräsidenten der Commune. Sie wurden von sämmtlichen Mitgliedern der Commune empfangen; die rothe Schärpe eines Gemeinderaths wurde an das Banner der Freimaurer geheftet. Alle Mitglieder der Commune begleiteten die Freimaurer durch eine unzählbare begeisterte Volksmenge hindurch in ihr Ordenshaus zurück. Von da bewegte sich der Zug durch die Elyseischen Felder zum Thor Maillot, wo dem Feuern Einhalt gethan, aber nur zwei Freimaurer als Parlamentäre von den Truppen durchgelassen wurden. Auch sie wurden von Thiers empfangen, aber dahin bedeutet, dass er das Ende des Bürgerkrieges allerdings herbei wünsche, sich aber nicht vor einigen Aufrührern beugen könne; sie möchten sich an die Commune wenden, die den Frieden gestört habe. Im übrigen ward den Abgeordneten in Versailles so wenig Rücksicht zu Theil, dass sie nach der Audienz nicht einmal den Wagen, welchen General Montaudon ihnen zur Verfügung gestellt hatte, wieder fanden und zu Fuss nach Paris zurückkehren mussten. Um 6 Uhr Morgens kamen sie ganz erschöpft wieder bei der Porte Maillot an und berichteten den Brüdern, die sie dort erwarteten, über das Ge-

schehene. Man trat sofort in Berathung und beschloss, die Paniere des Ordens auch weiter auf den Wällen zu bewachen und nöthigenfalls solche auf alle bedrohten Punkte aufzupflanzen; die übrigen Freimaurer sollten sich, wenn die Feindseligkeiten wieder aufgenommen würden, mit den Bataillonen ihrer Bezirke verschmelzen und unter den Befehlen der Commune an dem Kampfe theilnehmen."

Man sieht also, dass die Freimaurer der Commune Recht, Herrn Thiers Unrecht gaben. Wenn, wie ich es voraussehe, verläumderische Literaten der liberalen Partei, die mich grundsätzlich fälschlich verdächtigen, mir meine unparteiische Schilderung der Commune zum Verbrechen machen sollten, so will ich sie doch darauf hinweisen, ob die Freimaurer, denen sie doch soviel Sympathie entgegen bringen, über die ich selbst weder Gutes noch Schlechtes weiss, die ich aber für Männer halte, die auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen, etwa nicht unverdächtige Zeugen sind. Wenn sie erklärten, in die Bataillone der Commune eintreten zu wollen, identificirten sie sich dann nicht mit ihr? Wenn die Commune ihnen gestattete, ihre „blaue" Fahne auf den Wall zu pflanzen, war sie dann noch nicht friedfertiger als Herr Thiers?

Die fünf Delegirten von Lyon gingen am 19. nach Paris und unterhandelten mit der Commune. Villetard sagt Seite 104: „Sie waren überrascht, als sie die Ruhe und Ordnung sahen, die in Paris herrschte, obschon sie allerdings nie an die Legenden und Verläumdungen hatten glauben wollen, welche durch die Journale von Versailles in den Departements verbreitet waren."

Nach diesen Delegirten kamen am 24. April Delegirte von Marseille und Havre zu gleichem Zweck zu Thiers. Letztere liess Thiers, der mit militärischen Plänen beschäftigt war, gar nicht vor, ersteren gab er die alte Antwort.

Am 25. schloss man einen Waffenstillstand, damit die Einwohner das von den Versaillern bombardirte Neuilly räumen konnten. Darauf folgte nun am 26. eine Menge friedfertiger Demonstrationen. Villetard sagt: „Manifest der Delegirten von Lyon, welches die Politik und die Versöhnungsversuche billigt, ermuthigt und rechtfertigt. Etwas dunkles Manifest von Victor Considérant, der ein Mittel vorschlägt, binnen 24 Stunden zu einer allgemeinen Pacification zu gelangen. Manifest von Beslay, der verlangt, dass Thiers seine Demission gebe, um das Werk der Versöhnung zu erleichtern. Manifest der Freimaurer" — von dem ich sprach. Alles vergebens!

Auch in der Nationalversammlung hatte es nicht an Vermittelungsversuchen gefehlt.

Am 20. April hatte Brunet beantragt: „In Anbetracht, dass der Bruderkampf, welcher Paris in Jammer versetzt, nach zwanzigtägigen blutigen Schlachten entweder einen Angriff, der noch blutiger zu werden droht, und der die Ursachen zur Gereiztheit, welche die Bevölkerung spaltet, noch vermehren wird oder eine

strenge Einschliessung erheischt, welche durch Hunger zwei Millionen Einwohner bedrängen würde, die sich kaum von der Belagerung erholt haben; um den Zerwürfnissen. den Kämpfen und den Zerstörungen, welche das Vaterland vernichten, ein Ende zu machen, erklärt sich die Versammlung bereit mit Paris zu unterhandeln" .... Eine Stimme: Man unterhandelt nicht mit Banditen. Zahlreiche Stimmen: Genug, genug! Brunet (fortfahrend): „und alle Massregeln zu ergreifen, welche die geeignetsten erscheinen, um zur Milderung des Hasses zu gelangen und die Unterstützung aller Anstrengungen zu vereinigen und decretirt: Art. 1. Die Nationalversammlung erlässt einen feierlichen Aufruf zur Eintracht. (Lärm.) Sie erklärt sich entschlossen, die berechtigten Wünsche von Paris zu befriedigen (neue und lärmende Unterbrechungen), indem sie der Regierung ihr Recht vorbehält, Paris mit dem übrigen Frankreich zu verbinden. (Stimmen: Dies ist schon geschehen.) Art. 2. Jeder neue Angriff wird suspendirt. (Neue Erregung.) Die Communicationen werden wieder hergestellt ... (Unterbrechung.) Art. 3. Die Versammlung wird eine Commission von 25 Mitgliedern ernennen, um die Mittel aufzusuchen, um zum gewünschten Resultat zu gelangen. Diese Commission wird sich genaue Rechenschaft über die Lage ablegen und alle Lösungen vorbereiten ... (Die Erregung dauert fort.) Die Versammlung wird eine parlamentarische Section nach Paris senden. (Genug, genug!) Die Commission wird Berichte an die Versammlung abstatten, die, nachdem diese die Regierung angehört, ihre Beschlüsse fassen wird." (Murren auf der Rechten.) Zahlreiche Stimmen: Die Vorfrage!

Unter heftigem Lärm wurde der Antrag abgelehnt.

Die Kriegführung der Versailler blieb gleich grausam. Vom 24. April sagt Villetard:

„Die Gefangenen (der Versailler) werden nach wie vor (également) von der Regierung behandelt:

„Avec une rigueur extrême."

Die Nachrichten hiervon dringen nach Paris und säen unter die Bataillone heftige Gefühle des Hasses und der Rache. Raoul Rigault gewann nun Oberwasser. Er liess viele Verhaftungen vornehmen und requirirte 182,000 Frcs. aus der Kasse der Gasgesellschaft. Aber die Commune erstattete der Gesellschaft auf Beslay's Antrag die Summe zurück.

Am 29. April wurden vier gefangene Nationalgarden des 185. Bataillons vor den Augen der Pariser ohne Kriegsgericht erschossen. Trotzdem bot am selben Tage die Commune an, den Erzbischof Darboy gegen Blanqui auszuwechseln. Thiers schlug dies ab.

Am 30. April fanden die Municipalwahlen in ganz Frankreich statt. Sie fielen in Lyon, Lille, Toulouse, Angers, Mans, Châlons sur Saone, Havre, Grenoble, Marseille republikanisch aus. Im Hinblick auf dies wahrscheinliche Ereigniss hatte schon am

28. April die Nationalversammlung mit 377 gegen 95 Stimmen der Regierung das Recht ertheilt, den Belagerungszustand zu verhängen.

Die Berichte der Delegirten grosser Städte hatten das Lügenhafte der Versailler Proclamation zur Kenntniss des Landes gebracht. Die grossen Städte beschlossen, einen „Congress der patriotischen Liga der republikanischen Städte“ in Bordeaux abzuhalten. Die Regierung verbot denselben und verhängte den Belagerungszustand über das ganze Land. Gleichzeitig, am 8. Mai, veröffentlicht Thiers folgende Proclamation an die Pariser.

„Frankreich hat frei gewählt, die zu Versailles bestehende Regierung ist allein berechtigt, Gehorsam zu verlangen, sie muss ihn verlangen, wenn sie nicht leeres Wort sein will. Die Regierung verlieh euch dieselben Rechte wie Lyon und Marseille, ihr könnt keine ausgedehnteren Befugnisse beanspruchen. Die Minderheit, welche euch unterdrückt, versucht Frankreich das Joch ihrer Gewaltthätigkeiten aufzuerlegen, sie verletzt das Eigenthum, kerkert Bürger ein, stört die Arbeit, untergräbt den Wohlstand, verzögert die Räumung unseres Gebiets durch die deutschen Truppen, und setzt euch neuen Angriffen derselben aus, welche sie sofort schonungslos auszuführen erklärten, wenn wir nicht selbst den Aufstand unterdrücken. Wir versprechen noch einmal allen, welche die Waffen niederlegen, das Leben zuzusichern, wir werden auch fortfahren, bedürftige Arbeiter zu unterstützen, allein der Aufstand muss ein Ende nehmen, denn er kann nicht länger währen, wenn Frankreich nicht zu Grunde gehen soll. Die Regierung hätte gewünscht, dass ihr selbst im Stande gewesen wäret, euch von den Tyrannen zu befreien; da ihr es nicht könnt, muss sie sich der Aufgabe unterziehen. Die Regierung beschränkte sich bisher darauf, die Aussenwerke von Paris anzugreifen. Der Augenblick zur Abkürzung eurer Leiden ist nunmehr gekommen, es ist nothwendig, die Enceinte jetzt anzugreifen. Die Regierung wird Paris nicht bombardiren, sie wird das Feuer nur so weit wie nöthig unterhalten lassen, um den Eingang durch ein Thor zu erzwingen. Die Regierung wird die Verherungen des Krieges, dessen Urheber sie nicht ist, auf einen Angriffspunkt zu beschränken suchen. Die Regierung weiss, dass ihr euch, sobald die Soldaten die Enceinte überschritten haben werden, um die nationale Fahne schaaret. Von euch hängt es ab, dem unvermeidlichen Unheile vorzubeugen; ihr seid hundertmal zahlreicher, als die Aufrührer der Commune. Vereinigt euch, öffnet uns die Thore, dann wird das Feuer eingestellt, Ordnung und Frieden werden wieder bei euch einkehren, die deutschen Truppen werden unser Gebiet räumen, und alle Spuren unserer Leiden werden verschwinden. Pariser! Erwägt dies reiflich! In wenigen Tagen werden wir in Paris sein. Frankreich will und kann dem Bürgerkrieg ein Ende machen; Frankreich zieht für euch in den Kampf, ihr könnt zu eurer Rettung beitragen, wenn ihr von heute ab euren Platz mitten unter euren Mitbürgern und Brüdern wieder einnehmet.“

Dies war ein Ultimatum und wieder voller Illusionen und Lügen. Illusion, weil Thiers glaubte, er habe Anhänger in Paris, die terrorisirt würden, obschon doch die Syndikalkammer des Handels und der Industrie und die Freimaurer sogar gegen ihn waren. Illusion, weil er die Eroberung von Paris leicht glaubte, Lüge, weil die Preussen weder ihn noch Paris mit einem Angriff bedrohten. Lüge, weil er Paris doch bombardiren liess. Lüge, weil

die Regierung von Versailles eine sehr zweifelhafte Legalität — selbst nach ihrer Theorie — hatte, denn die National-Versammlung war nicht gewählt, Frankreich — bis heute — zu regieren, sondern nur, den Frieden zu schliessen. Dies hatte sie gethan, und ihr Mandat war mit jenem Friedensschluss erloschen. Selbst nach der revolutionären Staatsrechtstheorie musste sie sofort nach Friedensschluss Neuwahlen veranstalten für eine constituirende Versammlung. Sie war nur noch eine de facto-Regierung, deshalb auch betrachtete die Commune sich mit ihr gleichberechtigt.

Aber dies Ultimatum hatte eine böse Wirkung. Jetzt erst kamen die ganz Unversöhnlichen in Paris ganz zur Gewalt, da alle Hoffnung auf Aussöhnung geschwunden war. Von jetzt ab kamen wirklich erst tadelnswerthe Beschlüsse vor. Bis dahin hatte die Commune aufrichtiger, wahrheitsgetreuer und humaner gehandelt als ihre Gegner.

„Die Wirkung dieser Proclamation“, sagt Wittig, „war eine den Erwartungen des Hrn. Thiers ganz entgegengesetzte. Die Commune lässt sie hohnlachend an allen Strassenecken anschlagen; die Presse verurtheilt den Appell an die Ordnungsmänner, da diese, entwaffnet und zerstreut, unmöglich das leisten können, was die Regierung mit 40,000 Soldaten noch nicht vermochte; die neutrale Bevölkerung ist wüthend über die Fortdauer des Bombardements. Der Wohlfahrtsausschuss endlich beantwortete am 11. Mai die Ansprache mit dem Decret, dass das Vermögen und bewegliche Eigenthum Thiers' in Beschlag genommen und sein Haus am Platze St. Georges dem Erdboden gleich gemacht werden solle.“

Hierauf nahm die Versailler Nationalversammlung am 12. Mai folgendes Gesetz an:

„Jedes Individuum, welches dem Staat oder Privatpersonen angehörige Gebäude, Magazine, Schiffe oder andere Besitzthümer in Brand steckt oder in die Luft sprengt, wird mit dem Tode bestraft.“

Die Gräuel beginnen und sind jetzt seit einiger Zeit auch schon in Paris vorbereitet. Am 1. Mai trat daselbst ein „Wohlfahrtsausschuss“, bestehend aus Arnaud, Ranvier, Meillet, Pyat, Gérardin zusammen. Dieser decretirt am 7. Mai die Zerstörung der Sühnecapelle Ludwig XVI.

Werfen wir nun einen Blick auf die kriegerischen Ereignisse der Zeit vom 18. April bis zum 8. Mai, wo endlich alle Hoffnung auf Frieden geschwunden war!

Am 18. also hatten die Truppen der Versailler Asnières erobert — am 19. verloren sie es wieder. Folgen resultatlose Kämpfe bis zum 25., an dem Waffenstillstand ist zur Räumung von Neuilly durch die Einwohner. Vom 26. ab begann die ernsthafte Belagerung von Fort Issy. Die Parallelen wurden eröffnet und eine äusserst heftige Kanonade gegen Issy gerichtet. Die Armee der Versailler wuchs fortwährend und betrug schon 142,000

Mann. Dagegen nahm die Zahl der Communisten ab. Am 8. Mai hatten sie noch 96,000 Mann in den Marschbataillonen und 94,000 Mann bei den in der Stadt verwendeten, eigentlich nicht mehr für den Kampf im freien Felde geeigneten sedentären Legionen. Cavallerie hatte man nur 779 Mann, Artillerie 5445 Mann. Die Marschbataillone bestanden in der Majorität aus Arbeitern. Allein der Montmartre hatte 20,000 Mann von den 90,000 Mann der kriegsfähigen Truppen gestellt. Aus dem Quartier des Temple kämpften 13,000 Mann. Mit diesen geringen Streitkräften hat die Commune genug geleistet. Am 30. räumte die verjagte Besatzung Issy ohne Befehl. Cluseret wurde, obschon er hieran ganz unschuldig war, verhaftet und ins Gefängniss geworfen. An seine Stelle trat Oberst Rossel, der Issy wieder besetzte. Endlich am 8. Mai war das Fort unhaltbar und wurde nach einer furchtbaren Beschiessung von den Communards theilweise in die Luft gesprengt und verlassen, nun war auch Fort Vanves nicht zu halten und fiel am 14. den Versaillern in die Hände. Wieder hatte der Commandirende Unrecht. Schon am 8. beschloss die Commune Rossel's Verhaftung, vollzog sie aber nicht. Am 10. veröffentlichte Rossel folgende Anklage gegen die Commune:

„Bürger und Mitglieder der Commune! Von Ihnen provisorisch mit der Kriegsdelegation betraut, fühle ich mich nicht mehr fähig, die Verantwortlichkeit eines Commando's zu tragen, da alle Welt „deliberirt“ und Niemand gehorcht. Als es sich darum handelte, die Artillerie zu organisiren, hat das Comité Central d'Artillerie „deliberirt“ und nichts vorgeschrieben. Nach zwei Monaten hängt der ganze Dienst Ihrer Kanonen von der Energie einiger Freiwilligen ab, deren Zahl ganz unzulänglich ist. Als ich das Ministerium übernahm, als ich die Concentration der Waffen, die Requisition der Pferde, die Verfolgung der Flüchtlinge erleichtern wollte, ersuchte ich die Commune, die Municipalitäten der einzelnen Arrondissements zu erweitern. Die Commune hat „deliberirt“ und nichts beschlossen. Später kam das Centralcomité der Föderation, um in fast gebietender Weise seinen Beistand in der Kriegsverwaltung anzubieten. Von dem Comité de Salut Public zu Rath gezogen, nahm ich diese Unterstützung auf die klarste Art an und übergab diesem Comité alle Data, die ich über die Organisation besass. Seit jener Zeit „deliberirt“ das Centralcomité, und heute hat es noch nicht zu handeln gewusst. Während dieses Zeitverlustes umzingelte der Feind das Fort Issy mit gewagten und unvorsichtigen Angriffen, für welche ich ihn bestrafen würde, wenn ich über die geringste militärische Kraft verfügen könnte. Die Garnison, schlecht commandirt, wurde von der Furcht befallen und die Officiere „deliberirten“, verjagten den Capitän Dumont, einen energischen Mann, der gekommen war, um sie zu befehligen, und während sie „deliberirten“, räumten sie das Fort, nachdem sie in thörichter Weise von einer Sprengung desselben gesprochen, was ihnen noch viel unmöglicher ist, als die Vertheidigung. Das ist noch nicht alles; gestern, während Jedermann an der Arbeit oder im Feuer sein sollte, „deliberirten“ die Legionschefs in der Absicht, ein neues Organisationssystem an die Stelle jenes zu setzen, welches ich angenommen hatte, um der Unvorsichtigkeit ihrer sehr mobilen und immer schlecht befolgten Autorität zu Hilfe zu kommen. Aus ihrer „Deliberation“ entstand ein Project, in einem Augenblick, wo es sich darum handelte, Männer zu

haben, und eine Principserklärung, wo es sich um Thaten handelte. Meine Entrüstung liess sie auf andere Gedanken kommen, und sie versprachen mir für heute, als den letzten Ausdruck ihrer Bemühungen, eine organisirte Gesammtmacht von 12,000 Mann, mit welchen ich mich verpflichtete gegen den Feind zu gehen. Diese Leute sollten um halb 12 Uhr versammelt sein. Es ist 1 Uhr und sie sind noch nicht bereit: anstatt 12,000 sind nur 7000 da, was bei weitem nicht dasselbe ist. Also die Nullität des Artilleriecomités verhinderte die Organisation der Artillerie; die Unschlüssigkeiten des Centralcomités der Föderation halten die Verwaltung im Schach; die armseligen Befangenheiten der Legionschefs lähmen die Mobilisation der Truppen. Ich gehöre nicht zu jenen, welche vor der Repression zurückschrecken, und gestern, während die Legionschefs verhandelten, wartete die Executionstruppe ihrer im Hofe. Aber ich will nicht allein die Initiative einer energischen Massregel, allein den gehässigen Einfluss der Hinrichtungen auf mich nehmen, zu welchen man schreiten müsste, um aus diesem Chaos die Organisation, den Gehorsam und Sieg zu gewinnen. Wenn ich noch wenigstens durch die Oeffentlichkeit meiner Handlungen und meiner Unmächtigkeit geschützt wäre, so könnte ich meine Stelle beibehalten. Die Commune hat aber nicht den Muth gehabt, sich der Oeffentlichkeit gegenüber zu stellen. Schon zweimal habe ich Ihnen die nöthigen Aufklärungen gegeben, und zweimal, trotz meines Ansuchens, wollten Sie die geheime Sitzung. Mein Vorgänger hat das Unrecht gehabt, sich inmitten dieser absurden Lage herumzuschlagen. Durch sein Beispiel aufgeklärt, wissend, dass die Kraft eines Revolutionärs nur in der Klarheit der Lage liegt, bleibt mir nur die Wahl zwischen zwei Wegen offen: entweder das Hinderniss, welches sich meiner Thätigkeit entgegenstellt, zu brechen oder mich zurückzuziehen. Ich werde das Hinderniss nicht brechen, denn dieses Hinderniss sind Sie und Ihre Schwäche; ich will kein Attentat gegen die öffentliche Sicherheit begehen. Ich ziehe mich zurück und habe die Ehre, Sie um eine Zelle in Mazas zu ersuchen."

Diese Proclamation versetzte Paris in die gewaltigste Aufregung. Die Commune, deren Unfähigkeit in militärischen Dingen so rauh an die Oeffentlichkeit gezogen war, gerieth in Schrecken. Delescluze vertheidigte in einer Sitzung derselben Rossel. Er sagte:

„Sie discutiren, während man an den Strassenecken anschlägt, dass die dreifarbige Fahne auf dem Fort Issy weht. Bürger, wir dürfen keine Zeit verlieren. Heute früh sah ich Rossel; er hat seine Demission gegeben und ist fest entschlossen, sie nicht zurückzunehmen. Alle seine Acte, sagt er, werden von dem Centralcomité gelähmt; er ist mit seinen Kräften zu Ende. Bürger, ich appellire an Sie alle. Ich lebte der Hoffnung, dass Frankreich durch Paris, dass Europa durch Frankreich gerettet würde. Ich habe im Kriegsministerium die Verzweiflung Rossel's gesehen. Gebieten Sie jetzt allen Hassgefühlen Schweigen; wir müssen das Land retten. Der Wohlfahrtsausschuss hat den Erwartungen, die man an ihn geknüpft hatte, nicht entsprochen; er war statt eines Stachels ein Hinderniss. Ich sage, er muss verschwinden, und es müssen sofort entscheidende Massregeln ergriffen werden. Die Einheit des Commandos muss wieder hergestellt werden. Die Einheit der politischen Führung genügt nicht; der Wohlfahrts-

ausschuss beschränkt sich auf vereinzelte Ernennungen, wie z. B. die des Bürgers Moreau zum „bürgerlichen" Delegirten für das Kriegsministerium. Welche ist da die Rolle von uns Mitgliedern der Kriegscommission? Wenn das Centralcomité uns darin beistehen will, unsere zerstreuten Kräfte zu sammeln, so wird es uns willkommen sein. Ihr Wohlfahrtsausschuss aber bricht unter der Last seiner Fehler zusammen!"

Es wurde ein neuer Wohlfahrtsausschuss, bestehend aus Ranvier, Arnaud, Gambon, Eudes, Delescluze, ernannt, der permanent im Stadthause bleiben sollte, auch setzte man ein Kriegsgericht ein. Rossel wurde zwar verhaftet, entkam aber und die Commune suchte durch eine lügenhafte Proclamation die Schuld auf Rossel zu wälzen. Es heisst in der Proclamation:

„Die Commune und die Republik sind so eben einer Todesgefahr entronnen. Der Verrath hatte sich in unsere Reihen geschlichen. Die Reaction, verzweifelnd an ihrem Sieg über Paris durch die Waffen, hat dessen Kräfte durch Geld zu demoralisiren versucht. Das Gold, das sie mit vollen Händen vertheilte, fand selbst in unserer Mitte Gewissen, welche sich erkaufen liessen. Die Räumung des Fort Issy, welche der Elende (Rossel), der diese Festung überlieferte, mit einer verruchten Anzeige angekündigt hatte, war nur der erste Act des schändlichen Dramas."

Und nun folgen weitere Lügen.

Von jetzt ab hört eine geordnete Kriegsführung auf. Der Wohlfahrtsausschuss leitet die Vertheidigung ohne Sachkenntniss. Die National-Garde, jetzt fast ausschliesslich aus Arbeitern bestehend, schlägt sich trotzdem gut. Aber allnächtlich dringen die Truppen bis an den Wall vor. In der Stadt führen die rohesten Patrone das grosse Wort. Die Vendôme-Säule fällt. Das Haus von Thiers wird zerstört. Man sammelt Chemikalien und Petroleum. Der Père Duchêne verdächtigt einzelne Communemitglieder. Man verhaftet sich gegenseitig. Der Befehl hört fast auf, die Leidenschaft wüthet blindlings. Thiers lässt die Stadt mit Bomben bewerfen. In den Strassen werden Barrikaden gebaut. Am 31. Mai dringen die Versailler an einer Stelle über den Wall in die Stadt, die unbesetzt war — höchst wahrscheinlich hatte man den goldenen Schlüssel angewandt, was Thiers durch folgende Proclamation zu verdecken suchte:

„Die Sache der Gerechtigkeit, der Ordnung, der Civilisation hat triumphirt, Dank unserer tapfern Armee. General en chef, Corpschefs, Divisions- und Brigadegenerale, Officiere und Soldaten, alle haben ihre Pflicht gethan, und Sie gestatten mir, unsere tapfere Armee zu beglückwünschen, dass sie hochherzig ihr tugendhaftes, der Erfüllung der grössten aller Pflichten geweihtes Blut vergossen hat. Dank der starken Artillerie, über welche wir verfügen konnten, sind wir sehr rasch gegen die Forts von Issy und Vanves, wie gegen den Theil der Enceinte vorgegangen, welcher das directe Ziel unserer Angriffe war. Es ist eine schwierige Sache mit der Sappe vorzugehen; wir dachten erst in drei bis vier Tagen um den Preis grosser Anstrengungen und schmerzlicher Opfer in Paris einzudringen. Glücklicherweise ist diese grausame Noth-

wendigkeit uns erspart worden, und das Blut unserer Soldaten ist nicht oder doch nur wenig geflossen. Die Sachen haben sich so zugetragen: Gestern Nachmittags bemerkte General Douay, dass das Thor von St. Cloud zugänglich geworden war und bald darauf drang sein Corps in Paris ein und rückte bis zum Triumphbogen vor.“

Oberst Stoffel, ein competenter Zeuge, kritisirt die Lügenhaftigkeit dieser Proclamation also:

„Wie sehr sind solche Angaben zu tadeln! Sie sind nicht nur unwahr, sondern verleiten auch dazu, der Nationalversammlung und Frankreich das grösste Unrecht anzuthun. Die Wahrheit ist, dass weder an dem Thor von St. Cloud noch irgend anderswo eine Bresche war, und dass die Truppen noch fünf oder sechs Tage nicht in Paris eingezogen wären, wenn nicht ein unvorhergesehenes Ereigniss eingetreten wäre, in welchem ein gewisser Ducatel die Hauptrolle spielte. Er war es, der vom Walle her und unter Feuer ein Zwiegespräch mit den Versailler Truppen hatte und sie davon in Kenntniss setzte, dass die Umwallung ohne Vertheidiger war. Er war es auch, der die Soldaten in Stand setzte, den Wallgraben unbemerkt, anfangs einer nach dem andern und auf einem Fusssteige, zu überschreiten. Ihm und ihm allein verdankt Frankreich die Rettung seiner Hauptstadt. Wer weiss nicht, dass die Empörer einige Tage vorher alles Petroleum requirirt und ihre Brandstifter-Compagnien organisirt hatten, und dass sie ganz Paris niedergebrannt haben würden, wenn die Truppen es für nothwendig gefunden hätten, noch vier oder fünf Tage an der Herstellung einer Bresche und der Ausführung eines Sturmangriffes zu arbeiten? Noch einmal sei es gesagt: Ducatel war es, der Paris gerettet hat.“

Ducatel erhielt für diesen Dienst den Orden der Ehrenlegion.

Es folgte nun eine achttägige furchtbare Strassenschlacht. Quartier für Quartier musste erstürmt werden. Die Communards vertheidigten sich wie Verzweifelte. Die schönsten Bauwerke gingen in Flammen auf, theils in Folge des Geschützfeuers, theils von den Communards beim Rückzuge mittelst Petroleum angezündet. Am 27. wurde der Kirchhof Père Lachaise von Vinoy erstürmt, am 29. ergab sich Fort Vincennes. Der Bürgerkrieg war beendet, es folgte der Act der Strafe und — der Rache.

Strafe war wohl verdient. Am 24. hatte man die Geiseln, den Erzbischof an der Spitze, erschossen. Raoul Rigault soll den Befehl dazu gegeben haben; die Commune als solche existirte aber nicht mehr. Es ist nicht festgestellt, ob Rigault von ihr dazu ermächtigt war, auch nicht, ob die Einäscherung öffentlicher Gebäude auf Communebeschluss beruht, oder ob sie nur auf Befehl einiger Communemitglieder erfolgte. Aber Strafbares geschah unleugbar Vieles in den letzten Tagen, als man schon in der Stadt kämpfte, und es wurde auch gestraft, aber zu hart, zu unbarmherzig. Die Hetzjagd auf die Communards nach dem Siege der Truppen übertrifft weit das, was Tilly Magdeburg anthat. Man muss bis zur Bartholomäusnacht zurückgehen, um Aehnliches zu finden. Die Communards hatten gemordet im letzten Moment des Verzweiflungskampfes, erst drei Tage nach Eindringen der Trup-



pen, nach dreitägiger Strassenschlacht. Die Versailler Truppen metzelten eine volle Woche nach Erstürmung der letzten Feste der Communards mit kaltem Blute.

Ich könnte viele Zeugnisse über die letzten Schandthaten der Communards und vielmehr solche über die Grausamkeit der Versailler beibringen. Einige der letzteren mögen genügen, die den vielen entnommen sind, welche Wittig gesammelt hat:

„Von Trauer und Ekel erfüllt, wende ich mich von dem Schauspiel der brennenden Tuilerien ab, sagt ein Correspondent der „Times“, um von einem andern Schauspiel noch mehr angeekelt zu werden. Die Versailler Truppen hatten sich am Ende der Rue St. Honoré versammelt, um sich an einer Hetzjagd auf die Communisten zu ergötzen. Die Pariser des bürgerlichen Lebens sind Lumpen bis auf den letzten Tropfen ihres dünnen, sauren, weissen Blutes. Erst gestern hatten sie gerufen: „Vive la Commune!“ und sich willig von dieser besagten Commune regieren lassen. Heute reiben sie sich in fieberhafter Freude die Hände, dass sie es in ihrer Gewalt haben, einen Anhänger der Commune zu denunciren und sein Versteck zu verrathen. Besonders eifrig hierbei sind die zarten Geschöpfe von Frauen. Sie kennen die Rattenlöcher, in welche die armen Teufel sich verkrochen haben, und machen die Führerinnen. Ah! da haben sie einen jener Elenden gefunden! Ja! sie schleppen ihn ans Tageslicht und ihrer sechs bringen sie ihn nach der Rue St. Honoré, den grossen blassen Mann ohne Hut, mit einer nicht unedlen Haltung. Seine Unterlippe zittert, aber die Brauen sind fest und das Auge zeigt Stolz und Trotz. Der Pöbel schreit: „Schiesst ihn nieder! die weiblichen Teufel natürlich am lautesten. Ein Arm in die Luft — er trägt die Streifen eines Unterofficiers — und ein Knittel fällt auf den Kopf des blassen Mannes ohne Hut nieder. Ha! das Beispiel wirkt ansteckend. Männer kehren ihre Flinten und bringen ihre Kolben mit jenem Kopf in Berührung, oder schlagen sie in ihrer Mordlust in Splitter. Da liegt er zu Boden, er kommt wieder auf die Beine, wieder stürzt er zu Boden, und die Kolbenschläge klingen, als ob jemand mit einem Stock auf ein Kissen schlage. Ein gewisser britischer Impuls treibt mich an, einzuschreiten, aber es ist schon zu spät. Sie schlagen nur noch auf einen Leichnam los, den sie umdrängen wie die Fliegen ein Stück Fleisch. Sein Gehirn spritzt auf meinen Stiefel, und die Leiche wird mit den Füssen in die Gosse geschoben, um von den Füssen der Menge und den Rädern der Geschütz-Lavetten zertreten zu werden. Um eine That wie diese zu vollbringen, muss in dem französischen Soldatenthum alles Mannesgefühl erstorben sein. Ein Officier — mit der Kälte eines Stiers und den Augen Algiers — stand dabei, saugte an seiner Cigarre und sah sich den Sport mit an.“

Ein Anderer schreibt: „Ich passire das Thor, und in der Avenue zwischen Viroffay und Versailles komme ich an kummervoller und niedergeschlagener Gesellschaft vorbei. In Reihen zu

je sechs marschiren dort die Gefangenen der Commune — zusammen mehr als 2000 — dicht Arm an Arm gekettet, aber geduldig und, wie es mir scheint, mit einem gewissen stolzen Bewusstsein. Darunter sind viele Frauen, theils wüthende Hekaten, theils junge Mädchen, zart und furchtsam. Alle sind staubbedeckt, viele auch pulvergeschwärzt, und wie sie daher marschiren, fallen die Säbel der tapferen Chasseurs d'Afrique unbarmherzig auf die blossen Köpfe. Ihre Erfahrung hätte sie Anstand gegen die Gefangenen lehren sollen. Auf ihrem langen traurigen Marsche von Sedan nach der deutschen Gefangenschaft waren ihnen keine Säbelklingen über die Köpfe gefahren."

Einer der Correspondenten der „Daily News" giebt einen Bericht über die Art und Weise, wie die Generale der Versailler Regierung mit den Gefangenen der Commune verfahren sind.

„Eine Gefangenencolonne machte in der Avenue Uhrich Halt und stellte sich vier bis fünf Mann tief auf dem Trottoir mit dem Gesicht nach der Strasse zu auf. Der Marquis de Gallifet, welcher uns dorthin vorangeritten war, stieg nebst den Officieren seines Stabes ab und begann, vom linken Flügel anfangend, eine genaue Inspection. Da ich ganz kurz vorher meinen belgischen Freund mit dem General hatte sprechen sehen, war ich von aller Furcht frei, wie die folgenden Vorgänge sie sonst naturgemäss hätten erregen müssen. Langsam ging er an der Reihe vorbei, nahm sich die einzelnen Gesichter scharf aufs Korn, als ob er eine Rekruteninspection abhielte, und blieb dann und wann stehen, um einen der Gefangenen auf die Schulter zu klopfen oder ihn aus den Hintergliedern heranzuwinken. In den meisten Fällen wurde das so ausgewählte Individuum ohne weitere Redensarten in die Mitte der Strasse gebracht, wo sich bald eine kleine Colonne ansammelte; wäre irgend ein Zweifel über den Zweck dieser Auswahl möglich gewesen, so würden die Haltung und die Miene der Ausgewählten ihn sicherlich entfernt haben. Sie wussten offenbar nur zu gut, dass ihre letzte Stunde geschlagen habe. Ein Mann, dessen Hemd von einer erheblichen Verwundung zeugte, setzte sich auf den Boden und heulte vor Furcht; in den mitleiderregendsten Ausdrücken rief er abwechselnd Gott und seine Mutter um Hülfe an, während Andere still vor sich hin weinten, und zwei Soldaten — muthmasslich Deserteure — blass aber gesammelt an die sämmtlichen übrigen Gefangenen appellirten, ob einer von ihnen sie jemals in ihren Reihen gesehen habe. Einige lächelten trotzig, und Andere wieder hatten einen trüben Blick und eine bleierne Gesichtsfarbe, als ob der Tod sie bereits in seinen Armen hielte. Ohne Zweifel hatte die Mehrzahl dieser Unglückseligen ihr Schicksal wirklich verdient, aber dem Irrthum war gar bedeutender Spielraum gelassen. Wenige Schritte von dort, wo ich stand, zeigte ein berittener Officier auf einen Mann und ein Weib, welche eine ganz besondere Missethat begangen haben sollten. Das Weib stürzte aus den Reihen heraus auf ihre Kniee, rief mit ausgestreckten Armen um Gnade und betheuerte in leidenschaftlichen

Ausdrücken ihre Unschuld. Eine Zeitlang hörte der General sie ruhig an, dann aber sagte er mit strengem Gesichtsausdruck: „Madame, ich bin in jedem Theater von ganz Paris gewesen, bei mir können Sie mit Ihrem Comödiespielen nichts ausrichten.“ Das Ergebniss meiner Beobachtungen ging dahin, dass es nicht gut thue, bedeutend grösser, schmutziger, reiner, älter oder hässlicher zu sein als sein Nachbar. Nachdem über 100 Mann auf diese Weise ausgewählt worden waren, wurde eine Abtheilung Truppen abcommandirt, die mit ihnen zurückblieb, während die Colonne ihren Marsch fortsetzte. Wenige Minuten nachher hörten wir das Knattern der Gewehrsalven, welches länger als eine Viertelstunde anhielt. Es war die Hinrichtung dieser armen, summarisch verurtheilten Menschen, und ehe wir noch la Muette erreicht hatten, hatte die mit dem heutigen Werke betraute Abtheilung uns schon wieder eingeholt.“

Diese unnöthigen und unentschuldbaren Gräuelthaten, welche Generale und Officiere verübten, nachdem der Kampf zu Ende war, dies Vorgreifen dem Spruche des Kriegsgerichtes, hat seine bösen Folgen gehabt. Der Hass des Proletariats hat einen Grund erhalten, und sie sprechen es offen aus, die Socialdemokraten, dass sie sich einst zu rächen gedenken. Blos schreibt:

„Die achttägige Strassenschlacht, in welcher die Commune erlag, hat ihres Gleichen in der Geschichte nicht. Wenn die Römer bei den Zerstörungen von Karthago und Jerusalem vielleicht das geleistet haben, was die Vertreter der „Ordnung“ im Mai 1871, so mag man immerhin die gesellschaftlichen Zustände des Alterthums überhaupt dabei in Betracht ziehen; sicher ist soviel, dass der berüchtigte Mordbrenner Tilly bei der Erstürmung von Magdeburg 1631 im Vergleich mit den Versaillern noch sehr glimpflich verfahren ist und dass es überhaupt kein Ereigniss der neueren Geschichte gibt, das sich an Scheusslichkeit mit der Bluthochzeit des Herrn Thiers messen kann. Es genüge hier zu sagen, dass die Mordbanden von Thiers und Mac Mahon weder Alter noch Geschlecht schonten, dass sie ergraute Arbeiter mit derselben Unmenschlichkeit und Wollust abschlachteten, wie unmündige Kinder, und dass sie wehrlose Frauen mit demselben Heldenmuth niedermetzelten, mit welchem sie alle Nationalgarden erschossen, die in ihre Hände fielen. Es genüge hier zu sagen, dass es nach achttägigem Morden der gesellschaftsrettenden Soldateska keine Verwundeten auf Seiten der Communekämpfer gab. Während am 28. Mai die letzte rothe Fahne auf dem Père Lachaise sank, somit der Kampf beendet war, wurde noch am 16. Juni auf demselben Père Lachaise eine Massenhinrichtung vorgenommen; es wurden 140 Gefangene ohne Urtheil erschossen. (Köln. Zeitung vom Juni 1871) und Thiers verkündete gleich darauf, dass jetzt — ja jetzt! — die Civilisation gerettet sei! Von da ab geschahen die Ermordungen mit Zuziehung von Kriegsgerichten.

Gallifet, die bezeichnendste Erscheinung dieser Zeit, der „Louis“ seiner eigenen Frau, die bei den Orgien Bonapartes durch schamlose Entblössung ihres Körpers sich die kaiserliche Huld erwarb, trieb es am ärgsten. Eine traurige Gesellschaft, welche ihre Civilisation von einem Gallifet „retten“ lassen muss! Am 3. April rief er in einer Proclamation den Pariser Arbeitern zu:

„Wir führen den Krieg ohne Waffenstillstand und ohne Mitleid!"
Und wir können den Verehrern der „Civilisation" des Herrn Gallifet die Versicherung geben: Das Wort wird von der Arbeiterklasse nicht vergessen werden!"

Das Letztere ist leider nur zu wahr! Die französische Bourgeoisie hat sich einen schlechten Dienst gethan mit ihrer Grausamkeit.

Die „Augsburger Allg. Zeitung" giebt die Zahl der vom 22. bis 29. Mai summarisch hingerichteten Gefangenen auf 10,000 an. Und dies Hinschlachten dauerte bis über Mitte Juni hinaus.

Hierauf folgte die Einsetzung der Kriegsgerichte, über deren Thätigkeit ult. 1873 officiell berichtet wurde:

„Es wurden von denselben 49,066 Entscheidungen erlassen, darunter 24,000 Abweisungen, 2300 Freisprechungen und 13,000 Verurtheilungen. Es bleiben noch 750 Acten für Personen, die verschwunden sind, 1100 Processe sind auf dem Wege der Untersuchung. In drei Monaten hoffe man mit allem fertig zu sein. Der Begnadigungs-Ausschuss hat 6000 Gutachten gegeben, 2000, welche dem Angeklagten günstig gewesen sein sollten, 4000 lauteten gegen den Angeklagten."

Noch jetzt, im Herbst 1874, liest man von Processen gegen aufgegriffene Communards. Da wird keine Amnestie erlassen. Da sind Tausende deportirt und die traurigsten Berichte laufen über die Behandlung der Deportirten ein. Die siegreiche blaue Demokratie in Frankreich kennt kein Erbarmen. Ein deutsches Blatt bemerkt mit Recht:

„Wir haben an Frankreich das betrübende Beispiel, wie herrschende Parteien, wenn sie leidenschaftlich darnach trachten, die politischen Gegner nicht bloss zu bekämpfen, sondern zu vernichten, jedes gesunde Volksleben vergiften. Da fragt man nicht mehr, wie regiert wird, sondern wer regiert; und wer regiert, sucht Vergeltung zu üben und die Vernichtung der Gegner herbeizuführen."

So träumt denn nun das Proletariat in Frankreich von Rache und sammelt sich in der Stille für den Augenblick derselben. Sehr richtig sagt die „Tagwacht" vom Juli 1873:

„In Frankreich ist seit beinahe einem Jahrhundert von Generation zu Generation durch gewaltsame und blutige Unterdrückung die revolutionäre Partei decimirt worden. Und zwar geschah diese Decimirung nicht bloss durch Niedermetzelung in den Strassen, sondern oft noch massenhafter dadurch, dass man in den vielen auswärtigen Kriegen die revolutionären Elemente auf die „verlorenen Posten" stellte und sie dort vom „Feinde" zusammenhauen liess. Ein Geschichtsschreiber, der die Zahlen der auf beide vorerwähnte Arten hingeschlachteten französischen Revolutionäre sammelte, müsste zu grauenerregenden Resultaten gelangen.

Allerdings haben die Revolutionäre ihre Gegner auch nicht immer mit „Rosenöl und Moschus" behandelt und doch sind ihre Thaten stets ein Kinderspiel gewesen gegen die Grausamkeit der Reaction. Dabei ist ferner noch zu erwähnen, dass sich unter den Racheopfern der Reaction stets der intelligenteste, beste und thatkräftigste Theil des französischen Volkes befand.

Und trotz aller dieser Abschlachtungen, trotzdem fort und fort die leitenden Köpfe der Bewegung immer wieder abgeschlagen wurden, trotzdem heute eine öffentliche Organisation der Revolutionäre unmöglich gemacht ist, trotzdem hat die revolutionäre, d. h. die social-republikanische Idee heute einen grösseren Boden in Frankreich als jemals. Die Reaction selbst hat alle gesunden, handlungsfähigen Elemente des französischen Volkes zu Revolutionären gemacht und ihr jetziges Regiment trägt den Stempel der absoluten Unfähigkeit und Angst an der Stirne. Alle ihre jetzigen Handlungen sind von der Angst vor der Revolution dictirt".

Der Commune-Aufstand war, wie ich nachgewiesen zu haben glaube, von Hause aus gar nicht von Internationalen gemacht. Sie machten ihn nur mit und gewannen mehr und mehr Oberwasser, je länger der Kampf dauerte. Sie verbündeten sich mit den Radicalen, also mit einer Bourgeoispartei, bleiben sich aber ihrer Verschiedenheit von dieser wohl bewusst. So schreibt der „Vorbote" im Juni 1871:

„Dass Jacobinismus und Socialismus sich scharf abscheiden, ist für Jeden, der ihr Wesen kennt, selbstverständlich und die Herren Felix Pyat, Delescluze und Genossen für Socialisten und gar „Internationale" zu halten, wie es von Bourgeois-Zeitungen geschieht, ist eine Lächerlichkeit. Die „Internationalen" verwahren sich dagegen, dass Alles, was die Herren Jakobiner in der Pariser Communerevolution gethan oder unterlassen, auf ihre Rechnung gesetzt werde. Doch trösten wir uns, denn auch diese Species Revolutionäre, die noch, ohne es zu wissen, mit zwei Füssen auf dem Boden der alten Zeit steht, wird aussterben mit der jetzigen Generation."

Dagegen nahm die Commune mehr und mehr einen socialen Character an und wie einerseits Thiers und Genossen diese Seite der Commune übertrieben, um die Schuld derselben auf das Proletariat zu wälzen, obschon ihre eigene Unfähigkeit, ihre centralistischen Herrschgelüste und die revolutionären Instincte der Jacobiner die Hauptschuld trugen, so nahm andrerseits das Proletariat späterhin den Aufstand gern ganz auf sein Conto, weil man damit den Klassenhass trefflich schüren konnte. Kurzsichtiger konnte nichts sein, als das Verfahren der Bourgeoisie, aus der Commune eine rein sociale oder communistische Angelegenheit und dadurch das brennende Paris zum Fanal der Socialdemokratie der ganzen Welt zu machen. Das ist aber aus ihr geworden. Der Gedanke an die Commune verbindet jene Socialdemokraten, welche nie zur Internationale gehörten, oder von ihr abfielen. Die Commune wird in Eintracht gefeiert, wo immer es verbundene Arbeiter giebt, die irgend einer socialdemokratischen Secte angehören.

Die Liberté sagte am 2. Juni 1872:

„Der Socialismus war im vorigen Jahre noch verschieden nach Race und Lehre. Zwar marschirte er allerseits nach einem gemeinsamen Ziele zu, aber auf verschiedenen Wegen. Aber Ihr (die europäische Bourgeoisie) habt alles auf Eure Köpfe concentriren wollen, und es ist Euch gelungen. Von den Städten Amerikas bis zu jenen von England zu Deutschland giebt es, Dank Euren Bemühungen nur noch einen Ruf: „Es lebe die Commune!"

Mit einem Schlage habt Ihr mehr geleistet als die Internationale, Ihr habt die Einigkeit des Proletariats geschafft. Diese armen Leute, welche Ihr füsilirt, welche Ihr deportirt, stossen diesen heiligen Ruf aus für die ganze Welt, und Ihr habt sie mit eigener Hand aus Opfern Frankreichs zu Opfern der Reaction der ganzen Welt gemacht. Merkwürdiger Umschwung der menschlichen Dinge! Im selben Augenblick, in welchem durch den Rassenkrieg Europa und die Welt in Stücke zu gehen schien, getrennt für immer, stellt Ihr die menschliche Einheit wieder her gegen Euch und die Eurigen im Proletariat. So erfüllen sich mysteriöse Befehle, welche an eine Vorsehung glauben machen könnten, wenn die Logik der Thatsachen nicht hinreichte, sie zu erklären......

Ihr habt den Anfang einer neuen Aera bezeichnet, und von Eurem Namen wird die neue Epoche sich nennen, wie der Name des Pilatus diejenige bezeichnet, welche soeben aufhört. Ohne Zweifel marschirte das Proletariat auch ohne Euch der Einheit entgegen, weil seine Interessen überall dieselben sind. Aber wie viel Hindernisse hätten noch entstehen können, wie viel von diesen sovielfachen Zufälligkeiten der Civilisation und der Geschichte hätten uns auseinander bringen und für lange Zeit die Einen von den Andern trennen können. Der Internationale fehlte das universelle Instrument der Solidarität, eine solche Weihe, dass die Einbildung davon für alle Zeit frappirt bleiben musste, dass alle Ungewissheit verschwand. Ihr habt die Probe geliefert, Ihr habt das Symbol geschaffen. Die siegreiche Commune wäre vielleicht ein Opfer von Parteien geworden, die exclusiv französisch waren, wäre vielleicht durch falsche oder mittelmässige Geister heruntergebracht worden, wäre vielleicht nur eine Etappe in der Geschichte eines Volkes geblieben. Indem Ihr sie opfertet, habt Ihr sie über unsere Streitigkeiten erhoben, und aus einem beengten, kritisirbaren Ereigniss habt Ihr selbst ein Princip von ewiger Dauer gemacht. Möge Eure unwürdige Hand, welche den Act vollzogen hat, ewig an ihr Werk geschlossen bleiben, zu Eurer Züchtigung und zur Erhebung des menschlichen Geschlechts.“

Die Führer der Internationale begriffen es wohl, dass das brennende Paris und das Blut der hingerichteten Communards der Socialdemokratie Anhänger werben müsse; man hatte jetzt die Märtyrer der neuen Religion. Sie bekannten sich deshalb alsbald gern zur Commune.

Bereits Ende April thaten sie das, indem sie Tolain durch folgenden Erlass ausstiessen:

„In Erwägung, dass der Generalrath ersucht worden ist, den Beschluss des Bundesraths der Pariser Sectionen (durch welchen der Bürger Tolain aus der Association ausgestossen wird, weil er, der in die Nationalversammlung gewählt worden, um dort die Arbeiterklasse zu vertreten, ihre Sache in der feigsten Weise verrathen hat) zu bestätigen.

In Erwägung, dass der Platz jedes französischen Mitgliedes der internationalen Arbeiterassociation zweifellos zur Seite der Commune und nicht in der usurpatorischen, contrerevolutionären Versammlung von Versailles ist; bestätigt der Generalrath den Beschluss des Pariser Bundesraths und erklärt den Bürger Tolain aus der internationalen Arbeiterassociation ausgestossen.

London, den 25. April 1871.

Der „Vorbote" bekannte sich nach dem Unterliegen der Commune erst recht zu ihr. So schliesst ein Artikel des Mai-Heftes:

„Wie schon früher gesagt, war die Communerevolution nur ein Zwischenact der allgemeinen, längst dem Boden der modernen Zustände entwachsenen, das politische Moment in sich einschliessenden socialen Revolution, und haben alle Socialdemokraten überall und allzeit die unabweisbare Verpflichtung, für die Gedanken und Thaten jeder, socialistische und politisch freie Institutionen anstrebenden Schildererhebung solidarisch einzustehen. Die Pariser Märzrevolution verdient um so mehr ob ihres Unglücks, unsere wärmsten Sympathien! Sie trägt die schönste, die unvergänglichste — die Märtyrkrone.

Die Commune ist todt, es lebe die Commune!"

Endlich veröffentlichte der G.-R. noch das folgende Manifest, das ich trotz seiner Länge abdrucken lasse, weil es vollständig im Buchhandel vergriffen ist, aber doch eins der bemerkenswerthesten Actenstücke dieser Zeit ist, die die Keime zu gewaltigen Revolutionen für die Zukunft gelegt hat, Revolutionen, vor denen auch Deutschland nur durch weiseste Massregeln der Regierung bewahrt bleiben kann. Das Aktenstück wird durch die Kritik der Septembristen nicht uninteressanter. Die Uebersetzung ist im „Volksstaat" ganz, im „Vorbote" nur theilweise erschienen, hier dem erstern Blatte entnommen.

„An alle Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Association in Europa und den Vereinigten Staaten.

I.

Am 4. September 1870, als die Pariser Arbeiter die Republik proclamirten, der fast in demselben Augenblick ganz Frankreich ohne eine einzige Stimme des Widerspruchs zujubelte — da nahm eine Kabale stellenjagender Advocaten, mit Thiers als Staatsmann und Trochu als General, Besitz vom Hotel de Ville (Stadthaus). Diese Leute waren damals durchdrungen von einem so fanatischen Glauben an den Beruf von Paris, in allen Epochen geschichtlicher Krisis Frankreich zu vertreten, dass, um ihren usurpirten Titel als Regenten Frankreichs zu rechtfertigen, es ihnen genügend schien, ihre verfallenen Mandate als Abgeordnete für Paris vorzuzeigen. In unserer zweiten Adresse über den letzten Krieg, fünf Tage nach dem Emporkommen dieser Leute, sagten wir Euch, wer sie waren. Und dennoch, im Sturm der Ueberrumpelung, mit den wirklichen Führern der Arbeiter noch in Bonaparte's Gefängnissen, und mit den Preussen schon im vollen Marsch auf Paris, duldete Paris ihre Ergreifung der Staatsmacht; aber nur auf die ausdrückliche Bedingung hin, dass diese Staatsmacht dienen sollte einzig und allein zum Zweck der nationalen Vertheidigung. Paris aber war nicht zu vertheidigen, ohne seine Arbeiterklasse zu bewaffnen, sie in eine brauchbare Kriegsmacht zu verwandeln und ihre Reihen durch den Krieg selbst einzuschulen. Aber Paris in Waffen, das war die Revolution in Waffen. Ein Sieg von Paris über den preussischen Angreifer wäre ein Sieg gewesen des französischen Arbeiters über den französischen Kapitalisten und seine Staatsparasiten. In diesem Zwiespalt zwischen nationaler Pflicht und Klasseninteresse zauderte die Regierung der nationalen Vertheidigung keinen Augenblick, — sie verwandelte sich in eine Regierung des nationalen Verraths.

Das Erste, was sie that, war, Thiers auf die Wanderung zu schicken zu allen Höfen Europas, um dort Vermittlung zu erbetteln mit dem Angebot, die Republik gegen einen König auszutauschen. Vier Monate nach Beginn der Belagerung, als der Augenblick gekommen schien, das erste Wort von Capitulation fallen zu lassen, redete Trochu, in Gegenwart von Jules Favre und andern Regierungsmitgliedern, die versammelten Maires (Bezirksbürgermeister) von Paris an wie folgt:

„Die erste Frage, die mir von meinen Collegen noch am selben Tage des 4. Septembers vorgelegt wurde, war diese: Kann Paris, mit irgend welcher Aussicht auf Erfolg, eine Belagerung durch die preussische Armee aushalten? Ich zögerte nicht, dies zu verneinen. Mehrere meiner hier anwesenden Kollegen werden einstehn für die Wahrheit meiner Worte und für mein Beharren auf dieser Meinung. Ich sagte ihnen, in diesen selben Worten, dass, wie die Dinge lägen, der Versuch, Paris gegen eine preussische Belagerung zu halten, eine Thorheit sei. Ohne Zweifel, fügte ich hinzu, eine heroische Thorheit: aber das würde auch Alles sein . . . . Die Ereignisse (die er selbst leitete) haben meine Voraussicht nicht Lügen gestraft.“ Diese nette kleine Rede Trochu's wurde nachher von einem der anwesenden Maires, Herrn Corbon, veröffentlicht.

Also: Am selben Abend, wo die Republik proclamirt wurde, war es Trochu's Kollegen bekannt, dass Trochu's „Plan“ in der Capitulation von Paris bestand. Wäre die nationale Vertheidigung mehr gewesen, als ein blosser Vorwand für die persönliche Herrschaft von Thiers, Favre und Compagnie — die Emporkömmlinge des 4. September hätten am 5. abgedankt, hätten das Pariser Volk eingeweiht in Trochu's „Plan“, und hätten es aufgefordert, sein eigenes Geschick in seine eigene Hand zu nehmen. Statt dessen aber beschlossen die ehrlosen Betrüger, die „heroische Thorheit“, Paris durch Behandlung mit Hunger und blutigen Köpfen zu kuriren, und es inzwischen zum Narren zu halten durch grosssprechende Manifeste, wie z. B.: „Trochu, der Gouverneur von Paris, wird nie capituliren!“ und „Jules Favre, der auswärtige Minister, wird nicht einen Zollbreit unseres Gebiets und nicht einen Stein unserer Festungen abtreten.“ In einem Brief an Gambetta bekennt derselbe Jules Favre, dass das, wogegen sie sich „vertheidigten“, nicht die preussischen Soldaten waren, sondern die Pariser Arbeiter. Während der ganzen Belagerung rissen die bonapartistischen Gurgelabschneider, denen Trochu weislich das Kommando der Pariser Armee anvertraut hatte, in ihrer vertraulichen Correspondenz schnöde Witze über den wohlverstandenen Hohn der Vertheidigung. Man sehe z. B. die Correspondenz von Alphonse Simon Guiod, Obercommandant der Artillerie der Pariser Armee, Grosskreuz der Ehrenlegion, an Suzanne, Divisionsgeneral der Artillerie, welche Correspondenz von der Commune veröffentlicht wurde. Endlich, am 28. Januar 1871, liessen sie die Trugmaske fallen. Mit dem ganzen Heldenmuth der äussersten Selbsterniedrigung trat die Regierung in der nationalen Vertheidigung in der Capitulation von Paris hervor als die Regierung Frankreichs durch Bismarcks Gefangene — eine Rolle von solcher Niedertracht, dass selbst Louis Napoleon in Sedan vor ihr zurückgebebt war. Nach dem 18. März, in ihrer wilden Flucht nach Versailles, liessen die „Capitulards“ den actenmässigen Beweis ihres Verraths in Paris zurück. Um diesen zu zerstören, sagt die Commune in einem ihrer Manifeste, an die Provinzen, „würden diese Leute nicht davor zurückschrecken, Paris in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, bespült von einem Blutmeer.“

Aber um einen solchen Ausgang herbeizuführen, dafür hatten mehrere der Hauptmitglieder der Vertheidigungs-Regierung ausserdem noch ganz besondere Privatgründe.

Kurz nach Abschluss des Waffenstillstandes veröffentlichte Millière, Abgeordneter für Paris zur Nationalversammlung, jetzt erschossen auf expressen Befehl von Jules Favre, eine Reihe authentischer gerichtlicher Aktenstücke zum Beweise, dass Jules Favre, in wilder Ehe lebend mit der Frau eines in Algier wohnenden Trunkenbolds, durch eine höchst verwegene Anhäufung von Fälschungen, die sich über eine lange Reihe von Jahren erstrecken, im Namen der Kinder seines Ehebruchs eine reiche Erbschaft erschlichen und sich dadurch zum reichen Mann gemacht hatte; und dass, in einem von den rechtmässigen Erben unternommenen Processe, er der Entdeckung nur entging durch die besondere Begünstigung der bonapartistischen Gerichte. Da über diese trockenen gerichtlichen Actenstücke nicht hinwegzukommen war, auch nicht mit noch so viel rhetorischen Pferdekräften, hielt Jules Favre zum ersten Male in seinem Leben den Mund, in aller Stille den Ausbruch des Bürgerkriegs erwartend, um dann das Pariser Volk wüthend zu verlästern als eine Bande ausgebrochener Sträflinge, in hellem Aufruhr gegen Familie, Religion, Ordnung und Eigenthum. Und dieser selbe Fälscher war kaum zur Herrschaft gekommen,

als er, gleich nach dem 4. September, Pic und Taillefer mitfühlend in Freiheit setzte, die Beide, sogar unter dem Kaiserreich, wegen Fälschung verurtheilt waren bei der Scandalgeschichte mit der Zeitung „L'Etendard." Einer dieser Edlen, Taillefer, hatte die Frechheit, unter der Commune nach Paris hineinzugehen und wurde sofort wieder eingesteckt; und darauf rief Jules Favre von der Tribüne der Nationalversammlung in die Welt hinaus, dass die Pariser alle ihre Zuchthäusler freiliessen!

Ernest Picard, der Carl Vogt der Regierung der nationalen Vertheidigung, der sich selbst zum Minister des Innern der Republik ernannte, nachdem er vergeblich gestrebt hatte, der Minister des Innern des Kaiserreichs zu werden — ist der Bruder eines gewissen Arthur Picard, der als Schwindler von der Pariser Börse ausgestossen (Bericht der Pariser Polizei-Präfectur vom 13. Juli 1867) und auf eigenes Geständniss überführt wurde eines Diebstahls von 300,000 Franken, begangen als Director eines Zweigbureaus der Société Générale, Rue Palestro Nr. 5 (Bericht der Polizei-Präfectur vom 11. December 1868). Diesen Arthur Picard ernannte Ernest Picard zum Redacteur seines Blattes „L'Electeur Libre". Während die gewöhnliche Sorte Börsenleute durch die officiellen Lügen dieses Ministerialblattes irre geleitet wurden, lief Arthur Picard hin und her zwischen dem Ministerium und der Börse und verwandelte hier die Niederlagen der französischen Armeen in baaren Profit. Die ganze Geschäftscorrespondenz dieses biedern Brüderpaares fiel in die Hände der Commune.

Jules Ferry, ein brotloser Advocat vor dem 4. September, brachte es fertig, als Maire von Paris während der Belagerung aus der Hungersnoth ein Vermögen für sich herauszuschwindeln. Der Tag, an dem er sich wegen seiner Missverwaltung zu verantworten haben wird, wird auch der Tag seiner Verurtheilung sein.

Diese Männer nun konnten ihre Tickets-of-leave*) nur in den Ruinen von Paris finden; sie waren gerade die Leute, die Bismarck brauchte. Ein wenig Taschenspielerei — und Thiers, bisher der geheime Zuflüsterer der Regierung, erschien jetzt als ihre Spitze, mit den Ticket-of-Leave-Männern als Ministern.

Thiers, diese Zwergsmissgeburt, hat die französische Bourgeoisie mehr als ein halbes Jahrhundert lang bezaubert, weil er der vollendetste geistige Ausdruck ihrer eigenen Klassenverderbtheit ist. Ehe er Staatsmann wurde, hatte er schon seine Stärke im Lügen als Geschichtsschreiber dargethan. Die Chronik seines öffentlichen Lebens ist die Geschichte der Unglücke Frankreichs. Verbündet, vor 1830, mit den Republikanern, erhaschte er unter Louis Philipp eine Ministerstelle, indem er seinen Protector Lafitte verrieth. Beim König schmeichelte er sich ein durch Anhetzung von Pöbelexcessen gegen die Geistlichkeit, während deren die Kirche Saint-Germain l'Auxerrois und der erzbischöfliche Palast geplündert wurden, und durch sein Benehmen gegen die Herzogin von Berri, bei der er zu gleicher Zeit den Minister-Spion und den Gefängniss-Geburtshelfer spielte. Sein Werk war die Niedermetzelung der Republikaner in der Rue Transnonain, sein Werk die darauf folgenden infamen Septembergesetze gegen Presse und Associationsrecht. 1840, wo er als Ministerpräsident wieder auftauchte, setzte er Frankreich in Erstaunen mit seinem Plan, Paris zu befestigen. Den Republikanern, die diesen Plan als heimtückisches Komplott gegen die Freiheit von Paris anklagten, antwortete er in der Deputirtenkammer:

„Wie? Sie bilden sich ein, dass Festungswerke je die Freiheit gefährden könnten? Vor Allem verläumden Sie jede mögliche Regierung, wenn Sie voraussetzen, sie könnte je versuchen, sich durch ein Bombardement von Paris aufrecht zu erhalten . . . eine solche Regierung wäre nach ihrem Siege hundert Mal unmöglicher als vorher." In der That keine Regierung würde je gewagt haben, Paris von den Forts zu bombardiren, ausser der Regierung, die vorher diese selben Forts den Preussen ausgeliefert hatte.

*) In England giebt man gemeinen Verbrechern nach Verbüssung des grösseren Theils ihrer Haft häufig Urlaubsscheine, mit denen sie entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt werden. Diese Scheine heissen tickets of leave und ihre Inhaber tickets of leave-men.



Als König Bomba sich im Januar 1848 an Palermo versuchte, erhob sich Thiers, damals schon lange kein Minister mehr, abermals in der Kammer: „Sie wissen, meine Herren, was in Palermo vorgeht. Sie alle erbeben vor Schauder (im parlamentarischen Sinn), wenn Sie hören, dass achtundvierzig Stunden lang eine grosse Stadt bombardirt worden ist — von wem? Von einem fremden Feind in Anwendung des Kriegsrechts? Nein meine Herren, von ihrer eignen Regierung. Und wesswegen? Weil die unglückliche Stadt ihre Rechte forderte. Und für die Forderung ihrer Rechte erhielt sie achtundvierzig Stunden Bombardement. . . Erlauben Sie mir an die Meinung von Europa zu appelliren. Es heisst der Menschlichkeit einen Dienst erweisen, wenn man sich erhebt und von vielleicht der grössten Tribüne Europas wiederhallen lässt einige Worte (jawohl, Worte!) der Entrüstung gegen solche Thaten. Als der Regent Espartero, der seinem Lande Dienste geleistet hatte, (und das war mehr als Thiers je gethan) beabsichtigte, Barcelona zu bombardiren, zur Unterdrückung eines Aufstandes, da erhob sich von allen Enden der Welt ein allgemeiner Schrei der Entrüstung."

Achtzehn Monate später befand sich Thiers unter den wüthendsten Vertheidigern des Bombardements von Rom durch eine französische Armee. Der Fehler des Königs Bomba scheint in der That nur darin gelegen zu haben, dass er sein Bombardement auf achtundvierzig Stunden beschränkte.

Wenige Tage vor der Februar-Revolution, unwirsch ob der Verbannung von Amt und Unterschleif, wo Guizot ihn verurtheilt hatte, und in der Luft eine herannahende Volksbewegung witternd, erklärte Thiers, in dem falschen Heldenstyl, der ihm den Spottnamen Mirabeau-mouche (Mirabeau-Fliege) einbrachte, der Deputirtenkammer:

„Ich gehöre zur Partei der Revolution, nicht allein in Frankreich, sondern in Europa. Ich wünsche, dass die Regierung der Revolution in den Händen gemässigter Männer bleiben möge; . . . . aber sollte diese Regierung in die Hände heftiger Leute fallen, selbst in die von Radicalen, so werde ich darum doch meine Sache nicht im Stiche lassen. Ich werde immer zur Partei der Revolution gehören."

Die Februar-Revolution kam. Statt das Ministerium Guizot durch das Ministerium Thiers zu ersetzen, wie das Männlein geträumt hatte, verdrängte sie Louis Philipp durch die Republik. Am ersten Tage des Sieges versteckte er sich sorgfältig, vergessend, dass die Verachtung der Arbeiter ihn vor ihrem Hass schützte. Dennoch hielt er sich, mit seinem allbekannten Muth, von der öffentlichen Bühne fern, bis die Juni-Metzeleien sie für seine Sorte Action freigefegt hatten. Dann wurde er der leitende Kopf der „Ordnungspartei" mit ihrer parlamentarischen Republik, jenem anonymen Zwischenreich, in dem alle die verschiedenen Fractionen der herrschenden Klasse mit einander conspirirten zur Unterdrückung des Volkes, und gegen einander., jede zur Wiederherstellung ihrer eigenen Monarchie. Damals wie jetzt klagte Thiers die Republikaner an als das einzige Hinderniss der Befestigung der Republik; damals wie jetzt sprach er zur Republik, wie der Henker zu Don Carlos: „ich werde Dich morden, aber zu Deinem eigenen Besten." Jetzt wie damals wird er ausrufen müssen am Tage nach seinem Siege: „l'Empire est fait" — das Kaiserreich ist fertig. Trotz seiner heuchlerischen Predigten von „nothwendigen Freiheiten" und seines persönlichen Aergers gegen Louis Bonaparte, der ihn gebraucht und den Parlamentarismus hinausgeworfen hatte, — und ausserhalb der künstlichen Atmosphäre des Parlamentarismus schrumpft das Männlein, wie es wohl weiss, zu einem Nichts zusammen — trotz alledem hatte Thiers eine Hand in allen Infamien des zweiten Kaiserreichs, von der Besetzung Roms durch französische Truppen bis zum Kriege gegen Preussen, zu dem er aufhetzte durch seine heftigen Ausfälle gegen die deutsche Einheit — nicht als Deckmantel für den preussischen Despotismus, sondern als Eingriffe in das ererbte Anrecht Frankreichs auf die deutsche Uneinigkeit. Während seine Zwergarme gern im Angesicht Europa's das Schwert des ersten Napoleon umherschwangen, dessen historischer Schuhputzer er geworden war, gipfelte seine auswärtige Politik stets in der äussersten Erniedrigung Frankreichs, von der Londoner Convention von 1841 bis zur Pariser Capitulation von 1871 und zum jetzigen Bürgerkriege, worin er, mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniss Bismarck's, die Gefangenen von

Sedan und Metz gegen Paris hetzte. Trotz der Beweglichkeit seines Talents und der Veränderlichkeit seiner Zielpunkte ist dieser Mann sein ganzes Leben lang an die allerfossilste Routine gekettet gewesen. Es ist klar, dass ihm die tiefer liegenden Strömungen der modernen Gesellschaft ewig verborgen bleiben mussten; aber selbst die handgreiflichsten Veränderungen auf der gesellschaftlichen Oberfläche widerstrebten einem Gehirn, dessen ganze Lebenskraft in die Zunge geflüchtet war. So wurde er nie müde, jede Abweichung von dem veralteten französischen Schutzzollsystem als eine Heiligthumsschändung anzuklagen. Als Minister Louis Philipp's versuchte er, die Eisenbahnen als ein hirnverbranntes Blendwerk niederzuschreien; in der Opposition unter Louis Bonaparte brandmarkte er als eine Entheiligung jeden Versuch zur Reform des verfaulten französischen Heerwesens. Niemals in seiner langen politischen Laufbahn hat er sich einer einzigen, auch nicht der geringsten Massregel von praktischem Nutzen schuldig gemacht. Thiers war consequent nur in seiner Gier nach Reichthum und in seinem Hass gegen die Leute, die ihn hervorbringen. Er trat in sein erstes Ministerium unter Louis Philipp arm wie Hiob; er verliess es als Millionär. Als sein letztes Ministerium unter demselben Könige (vom 1. März 1840) ihm in der Kammer öffentliche Anklagen wegen Unterschleif zuzog, begnügte er sich, durch Thränen zu antworten — ein Artikel, in dem er eben so flott „macht," wie Jules Favre oder irgend ein andres Krokodil. In Bordeaux war sein erster Schritt zur Rettung Frankreichs vom hereinbrechenden Finanzruin der, sich selbst mit drei Millionen jährlich auszustatten; es war dies das erste und letzte Wort jener „ökonomischen Republik," worauf er seinen Pariser Wählern 1869 Aussicht gemacht hatte. Einer seiner früheren Collegen aus der Kammer von 1830, selbst ein Capitalist, — was ihn nicht verhinderte, ein aufopferndes Mitglied der Pariser Commune zu sein — Herr Beslay, sagte neulich in einem Maueranschlage zu Thiers: „Die Knechtung der Arbeit durch das Kapital ist jederzeit der Eckstein Ihrer Politik gewesen, und seit Sie die Republik der Arbeiter im Pariser Stadthaus eingesetzt sahen, haben Sie ohne Aufhören Frankreich zugerufen: „Seht diese Verbrecher!" — Ein Meister kleiner Staatsschufterei, ein Virtuose des Meineids und Verraths, ausgelernt in allen den niedrigen Kriegslisten, heimtückischen Kniffen und gemeinen Treulosigkeiten des parlamentarischen Parteikampfes; stets bereit, wenn vom Amte verdrängt, eine Revolution anzufachen, und sie im Blut ersticken, sobald er am Staatsruder; mit Klassenvorurtheilen an der Stelle von Ideen; mit Eitelkeit an der Stelle eines Herzens; sein Privatleben so infam, wie sein öffentliches Leben niederträchtig — kann er nicht umhin, selbst jetzt, wo er die Rolle eines französischen Sulla spielt, die Scheusslichkeit seiner Thaten zu erhöhen durch die Lächerlichkeit seiner Grossthuerei.

Die Capitulation von Paris, die den Preussen nicht nur Paris, sondern ganz Frankreich überlieferte, beschloss die langandauernden verrätherischen Intriguen mit dem Feinde, die die Usurpatoren des 4. Septembers, wie Trochu selbst gesagt, schon an diesem selben Tage begonnen. Andererseits eröffnete sie den Bürgerkrieg, den sie jetzt, mit preussischer Unterstützung, gegen die Republik und Paris zu führen hatten. Schon in dem Wortlaute der Capitulation selbst war die Falle gelegt. Damals war über ein Drittel des Landes in den Händen des Feindes, die Hauptstadt war von den Provinzen abgeschnitten, alle Verkehrsmittel waren in Unordnung. Es war unmöglich, unter solchen Umständen eine wirkliche Vertretung Frankreichs zu erwählen, wenn nicht volle Zeit zur Vorbereitung gegeben wurde. Gerade desshalb bedang die Capitulation, dass eine Nationalversammlung innerhalb acht Tagen zu wählen sei, so dass in manchen Theilen Frankreichs die Nachricht von der vorzunehmenden Wahl erst den Tag vorher ankam. Ferner sollte die Versammlung, nach einem ausdrücklichen Artikel der Capitulation, gewählt für den einzigen Zweck, über Krieg und Frieden zu entscheiden und vorkommenden Falles einen Friedensvertrag abzuschliessen. Das Volk musste fühlen, dsss die Waffenstillstandsbedingungen die Fortführung des Krieges unmöglich machten, und dass, um den von Bismarck aufgenöthigten Frieden zu bestätigen, die schlechtesten Leute in Frankreich gerade die besten seien. Aber, nicht zufrieden mit allen diesen Vorsichtsmassregeln, hatte Thiers, schon ehe das Geheimniss des Waffenstillstandes den Parisern mitgetheilt worden, sich auf eine Wahlreise in die Pro-

vinzen begeben, um dort die legimistische Partei ins Leben zurückzugalvanisiren, die jetzt mit den Orleanisten die Stelle der augenblicklich unmöglich gewordenen Bonapartisten auszufüllen hatte. Er hatte keine Angst vor ihnen. Unmöglich als Regierung des modernen Frankreichs, und daher verächtlich als Nebenbuhler, welche Partei gab ein willkommeneres Werkzeug der Reaction ab, als die Partei, deren Action, in Thiers' eigenen Worten (Deputirtenkammer, 5. Januar 1833) „sich immer beschränkt hatte auf die drei Hülfsquellen: auswärtige Invasion, Bürgerkrieg und Anarchie"? Sie aber, die Legitimisten, glaubten in Wahrheit an den Advent ihres rückwärts gewandten tausendjährigen Reichs. Da waren die Fersen auswärtiger Invasion, die Frankreich zu Boden traten; da war der Fall eines Kaiserreiches und die Gefangenschaft eines Bonaparte; und da waren sie selber wieder. Das Rad der Geschichte hatte sich offenbar zurückgedreht bis zu der Chambre introuvable (der Landraths- und Junkerkammer) von 1816. In den Versammlungen der Republik von 1848 bis 1851 waren sie vertreten gewesen durch ihren gebildeten und eingeschulten parlamentarischen Führer; jetzt aber drängten sich die gemeinen Soldaten der Partei hervor — alle Pourceaugnacs von Frankreich.

Sobald diese Versammlung von Ruraux (Krautjunkern) in Bordeaux eröffnet war, machte Thiers es ihnen klar, dass sie die Friedenspräliminarien sofort anzunehmen hätten, selbst ohne die Ehrenbezeugung einer parlamentarischen Debatte, als einzige Bedingung, unter der Preussen ihnen erlauben werde, gegen die Republik und ihre feste Burg Paris den Krieg zu eröffnen. Das zweite Kaiserthum hatte die Staatsschuld verdoppelt und die grossen Städte in schwere Lokalschulden gestürzt. Der Krieg hatte die Ansprüche an die Nation furchtbar erhöht und ihre Hülfsquellen rücksichtslos verwüstet. Zur Vollendung des Ruins stand da der preussische Shylock mit seinem Schein für den Unterhalt einer halben Million seiner Soldaten auf französischem Boden, für seine Entschädigung von fünf Milliarden und Zinsen zu fünf Procent auf deren unbezahlte Raten. Wer sollte die Rechnung zahlen? Nur durch den gewaltsamen Sturz der Republik konnten die Aneigner des Reichthums hoffen, die Kosten eines von ihnen selbst herbeigeführten Krieges auf die Schultern der Hervorbringer dieses Reichthums zu wälzen. Und so spornte gerade der unermessliche Ruin Frankreichs diese patriotischen Vertreter von Grundbesitz und Kapital an, unter den Augen der hohen Protection des fremden Eroberers, den auswärtigen Krieg zu ergänzen durch einen Bürgerkrieg, eine Sclavenhalter-Rebellion.

Dieser Verschwörung stand im Wege ein grosses Hinderniss — Paris. Paris zu entwaffnen, war erste Bedingung des Erfolgs. Paris wurde daher von Thiers aufgefordert, seine Waffen niederzulegen. Dann wurde Paris aufgehetzt durch die tollen antirepublikanischen Demonstrationen der Krautjunkerversammlung und durch Thiers' eigene zweideutige Aussprüche über den rechtlichen Bestand der Republik; durch die Drohung, Paris zu enthaupten und enthauptstadten (décapiter et décapitaliser); die Ernennung orleanistischer Gesandten; Dufaure's Gesetze wegen der verfallenen Wechsel und Hausmiethen, die den Handel und die Industrie von Paris mit dem Untergange bedrohten; Pouyer-Quertier's Steuer von 2 Centimen auf jedes Exemplar jeder nur möglichen Druckschrift; die Todesurtheile gegen Blanqui und Flourens; die Unterdrückung der republikanischen Blätter; die Verlegung der Nationalversammlung nach Versailles; die Erneuerung des von Palikao erklärten und durch den 4. September vernichteten Belagerungszustandes; die Ernennung des Decemberhelden Vinoy zum Gouverneur, des Gensdarmen Valentin zum Polizeipräfecten, und des Jesuitengenerals d'Aurelles de Paladine zum Ober-Commandanten der Nationalgarde von Paris.

Und nun haben wir an Herrn Thiers und an die Herren von der Nationalvertheidigung, seine Commis, eine Frage zu richten. Es ist bekannt, dass durch seinen Finanzminister Herrn Pouyer-Quertier, Thiers ein Anlehen von zwei Milliarden beantragt hatte, sofort zahlbar. Ist es nun wahr oder nicht:

1) dass dies Geschäft so abgemacht wurde, dass eine Provision von mehreren hundert Millionen in die Privattaschen von Thiers, Jules Favre, Ernest Picard, Pouyer-Quertier und Jules Simon floss, und

2) dass keine Zahlung gemacht werden sollte, bis nach der „Pacification“ von Paris?

In jedem Falle muss die Sache sehr dringlich gewesen sein, denn Thiers und Jules Favre suchten ohne alle Scham im Namen der Versammlung in Bordeaux um Besetzung von Paris durch preussische Truppen nach. Das passte aber nicht in Bismarck's Spiel, wie er, spöttisch und ganz öffentlich, den bewundernden Frankfurter Philistern bei seiner Rückkehr nach Deutschland erzählte.

II.

Paris war das einzige ernstliche Hinderniss auf dem Wege der contre-revolutionären Verschwörung. Paris musste also entwaffnet werden. In Beziehung auf diesen Punkt war die Bordeauxer Versammlung die Aufrichtigkeit selbst. Wäre das rasende Gebrüll ihrer Krautjunker nicht hörbar genug gewesen, die Ueberantwortung von Paris durch Thiers in die Hände des Triumvirats — Vinoy, der Dezembermörder, Valentin, der bonapartistische Gensd'arm, und Aurelles de Paladine, der Jesuitengeneral — hätte auch den letzten Zweifel unmöglich gemacht. Aber während die Verschwörer den wahren Zweck der Entwaffnung frech zur Schau stellten, forderten sie Paris zur Waffenstreckung auf unter einem Vorwande, der die schreiendste schamloseste Lüge war. Das Geschütz der Nationalgarde, sagte Thiers, gehört dem Staat und muss dem Staat wieder abgegeben werden. Die Thatsache war diese: Von dem Tage der Capitulation an, als Bismarck's Gefangene Frankreich ihm ausgeliefert, aber sich selbst eine zahlreiche Leibwache ausbedungen hatten zu dem ausdrücklichen Zwecke, Paris niederzuhalten — von dem Tage an stand Paris auf der Wacht. Die Nationalgarde reorganisirte sich und vertraute ihre Oberleitung einem Central-Comité an, das durch ihre ganze Masse, einige der alten bonapartistischen Abtheilungen ausgenommen, erwählt war. Am Vorabend des Einmarsches der Preussen in Paris besorgte das Central-Comité den Transport nach Montmartre, la Villette und Belleville der von den Capitulards verrätherischer Weise in und bei den von Preussen zu besetzenden Stadttheilen zurückgelassenen Kanonen und Mitrailleusen. Dies Geschütz war durch die Beiträge der Nationalgarde beschafft worden. Als ihr Eigenthum war es amtlich anerkannt in der Capitulation vom 28. Januar, und in dieser besonderen Eigenschaft ausgenommen worden von der allgemeinen Ablieferung der der Regierung gehörenden Waffen an den Sieger. Und Thiers war so durch und durch bar eines jeden, auch des durchsichtigsten Vorwandes, um den Krieg mit Paris einzuleiten, dass er auf die platte Lüge angewiesen blieb: das Geschütz der Nationalgarde sei Staatseigenthum!

Die Beschlagnahme des Geschützes sollte nur dienen als Vorspiel der allgemeinen Entwaffnung von Paris und damit der Revolution vom 4. September. Aber diese Revolution war der gesetzliche Zustand Frankreichs geworden. Die Republik, ihr Werk, war im Wortlaut der Capitulation vom Sieger anerkannt. Nach der Capitulation war sie anerkannt worden von allen fremden Mächten; in ihrem Namen war die Versammlung berufen. Die Pariser Arbeiterrevolution vom 4. September war der einzige Rechtstitel der Nationalversammlung in Bordeaux und ihrer vollziehenden Gewalt. Ohne den 4. September hätte die Nationalversammlung sofort dem, 1869 unter französischer und nicht unter preussischer Herrschaft durch allgemeines Stimmrecht erwählten und gewaltsam von der Revolution zersprengten, gesetzgebenden Körper Platz machen müssen. Thiers und seine Ticket-of-Leave-Leute hätten verhandeln müssen wegen eines Geleitscheines, unterzeichnet von Louis Bonaparte, um einer Reise nach Cayenne zu entgehen. Die Nationalversammlung, mit ihrer Vollmacht, den Frieden mit Preussen abzumachen, war nur ein einziger Zwischenfall in jener Revolution, deren wahre Verkörperung noch immer das bewaffnete Paris war; Paris, das diese Revolution gemacht, das um ihretwillen eine fünfmonatliche Belagerung mit ihren Schrecken der Hungersnoth ausgehalten, und das in seinem trotz Trochu's „Plan“ verlängerten Widerstand die Grundlage eines hartnäckigen Vertheidigungskrieges in den Provinzen geliefert hatte. Und Paris sollte jetzt entweder seine Waffen niederlegen auf das beleidigende Geheisch der rebellischen Sclavenhalter von Bordeaux, und anerkennen, dass seine Revolution vom 4. September nur die einfache Uebertragung der Staatsmacht von Louis Bonaparte

an seine königlichen Nebenbuhler bedeute; — oder es musste vortreten als der selbstopfernde Vorkämpfer Frankreichs, dessen Rettung vom Untergang und dessen Wiedergeburt unmöglich waren ohne den revolutionären Umsturz der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die das zweite Kaiserthum erzeugt hatten und die unter seiner schützenden Obhut bis zur äussersten Fäulniss herangereift waren. Paris, noch abgezehrt von fünfmonatlicher Aushungerung, zauderte keinen Augenblick. Es beschloss heldenmüthig, alle Gefahren des Widerstandes gegen die Verschwörer auszuhalten, trotzdem dass noch immer preussische Kanonen von seinen eigenen Forts auf es herabgähnten. Dabei aber, in seinem Abscheu gegen den Bürgerkrieg, in den Paris hineingetrieben werden sollte, beharrte das Central-Comité in einer vertheidigenden Haltung, trotz der Aufreizungen der Versammlung, der Eingriffe der vollziehenden Gewalt, und der drohenden Truppenzusammenziehungen in und um Paris.

Thiers eröffnete den Bürgerkrieg, indem er den Vinoy an der Spitze eines Haufens Polizeisergeanten und einiger Linienregimenter auf einen nächtlichen Raubzug gegen Montmartre ausschickte, um dort durch Ueberraschung das Geschütz der Nationalgarde wegzunehmen. Es ist bekannt, wie dieser Versuch scheiterte am Widerstand der Nationalgarde und an der Verbrüderung der Truppen mit dem Volk. Aurelles de Paladine hatte schon im Voraus seinen Siegesbericht gedruckt, und Thiers hielt die Maueranschläge bereit, die seine Staatsstreich-Massregeln verkünden sollten. Beides musste jetzt ersetzt werden durch Thiers' Aufrufe, worin er seinen grossmüthigen Entschluss verkündete, der Nationalgarde ihre Waffen zu lassen; er zweifle nicht, sagte er, sie werde sie benutzen, um sich gegen die Rebellen an die Regierung anzuschliessen. Unter allen 300,000 Nationalgardisten entsprachen nur 300 diesem Aufruf des kleinen Thiers, sich, gegen sich selbst anzuschliessen. Die ruhmvolle Arbeiterrevolution des 18. März nahm unbestrittenen Besitz von Paris. Das Central-Comité war ihre provisorische Regierung. Europa schien einen Augenblick zu zweifeln, ob seine neulichen erstaunlichen Haupt-, Staats- und Kriegsactionen irgend welche Wirklichkeit besässen, oder ob sie die Träume einer längst verschwundenen Vergangenheit seien.

Vom 18. März bis zum Eindringen der Versailler Truppen in Paris, blieb die proletarische Revolution so rein von allen den Gewaltthaten, von denen die Revolutionen, und noch mehr die Contrerevolutionen der „höheren Klassen" strotzen, dass die Gegner keine andern Handhaben für ihre Entrüstung finden, als die Hinrichtung der Generale Lecomte und Clement Thomas und den Zusammenstoss auf der Place Vendôme.

Einer der bonapartistischen Offiziere, der bei dem nächtlichen Ueberfall auf Montmartre eine Rolle spielte, General Lecomte, hatte vier Mal dem 81. Linienregiment befohlen, auf einen unbewaffneten Haufen in der Place Pigale zu feuern; als die Truppen sich weigerten, schimpfte er sie wüthend aus. Statt Weiber und Kinder zu erschiessen, erschossen seine eigenen Leute ihn selbst. Die eingewurzelten Gewohnheiten, die den Soldaten unter der Zucht der Feinde der Arbeiter beigebracht worden, verlieren sich selbstredend nicht in demselben Augenblick, wo diese Soldaten zu den Arbeitern übergehn. Dieselben Leute richteten auch Clement Thomas hin.

„General" Clement Thomas, ein malcontenter Ex-Wachtmeister, hatte sich in der letzten Zeit Louis Philipp's bei der Redaction des republikanischen Blattes „Le National" anwerben lassen, wo er gleichzeitig die Posten eines verantwortlichen Strohmanns (gérant responsable, der das Absitzen der Gefängnissstrafe übernahm) und Duellanten bei diesem sehr kampflustigen Blatt ausfüllte. Als nach der Februar-Revolution die Herren von „National" ans Ruder kamen, verwandelten sie diesen alten Wachtmeister in einen General. Es war dies am Vorabend der Junischlächterei, die er, wie auch Jules Favre, mitgeplant hatte, und bei der er eine der niederträchtigsten Henkerrollen übernahm. Dann verschwand er und seine Generalschaft auf lange Zeit, um wieder aufzutauchen am 1. November 1870. Den Tag vorher hatte die Regierung der Vertheidigung im Stadthause Blanqui, Flourens und anderen Vertretern der Arbeiter ihr feierliches Wort gegeben, ihre usurpirte Gewalt in die Hände einer freigewählten Pariser Commune niederzulegen. Statt ihr Wort zu halten, liess sie gegen Paris die Bretonen Trochu's los, die jetzt die Corsen Bonapartes

vertraten. Der General Tamisier allein weigerte sich, seinen Namen mit einem Wortbruch zu beflecken, und legte seinen Posten als Obercommandant der Nationalgarde nieder. An seiner Stelle wurde jetzt Clement Thomas wieder ein General. Während seines ganzen Obercommandos führte er Krieg, nicht gegen die Preussen, sondern gegen die Pariser Nationalgarde. Er verhinderte ihre allgemeine Bewaffnung, hetzte die Bourgeoisbataillone gegen die Arbeiterbataillone, beseitigte die dem „Plan" Trochu's feindlichen Offiziere und löste, unter dem Brandmal der Feigheit, dieselben proletarischen Bataillone auf, deren Heldenmuth jetzt ihren erbittertsten Feinden Bewunderung abgerungen hat. Clement Thomas war ordentlich stolz darauf, seinen alten Juni-Vorrang als persönlicher Feind des Pariser Proletariats wieder erobert zu haben. Noch einige Tage vor dem 18. März legte er dem Kriegsminister Leflo einen eigenen Plan vor, zur „Ausrottung der Blüthe der Pariser Kanaille." Nach Vinoy's Niederlage konnte er es sich nicht versagen, als Privatspion auf dem Kampfplatz zu erscheinen. Das Central-Comité und die Pariser Arbeiter waren ebenso verantwortlich für die Erschiessung von Clement Thomas und Lecomte, wie die Prinzessin von Wales für das Geschick der bei ihrem Einzug in London im Gedränge zu Tode gequetschten Leute.

Die angebliche Schlächterei unbewaffneter Bürger in der Place Vendôme ist ein Mährchen, wovon Thiers und die Krautjunker in der Versammlung hartnäckig geschwiegen haben, und dessen Verbreitung sie ausschliesslich der Bedientenstube der europäischen Tagespresse anvertrauten.

Die „Ordnungsmänner", die Reactionäre von Paris, zitterten bei dem Siege des 18. März. Für sie war er das Wahrzeichen der endlich hereinbrechenden Volksvergeltung. Die Gespenster der unter ihren Händen gemordeten Opfer, von den Junitagen 1848 bis zum 22. Januar 1871, stiegen vor ihren Augen empor. Ihr Schrecken war ihre einzige Strafe. Selbst die Polizeisergeanten, statt wie sich's gebührte, entwaffnet und eingesperrt zu werden, fanden die Thore von Paris weit geöffnet, um sicher nach Versailles zu entkommen. Nicht allein, dass den Ordnungsmännern Nichts geschah, man erlaubte ihnen sogar, sich wieder zu sammeln und mehr als einen starken Posten mitten in Paris zu besetzen. Diese Nachsicht des Central-Comités, diese Grossmuth der bewaffneten Arbeiter, so sonderbar im Widerspruch mit den Gewohnheiten der Ordnungspartei, wurden von dieser Partei als Zeichen bewusster Schwäche missdeutet. Daher ihr alberner Plan, unter dem Deckmantel einer unbewaffneten Demonstration das noch einmal zu versuchen, was Vinoy mit seinen Kanonen und Mitrailleusen nicht hatte erreichen können. Am 22. März setzte sich von den Stadtvierteln des Wohllebens ein Zug „feiner Herren" in Bewegung, alle Stutzer in ihren Reihen, und an ihrer Spitze die wohlbekannten Stammgäste des Kaiserthums, die Heeckeren, Coëtlogon, Henri de Pène etc. Unter dem feigen Vorwand einer friedlichen Demonstration, aber im Geheimen gerüstet mit den Waffen des Meuchelmörders, ordnete sich diese Bande, entwaffnete und misshandelte die Posten und Patrouillen der Nationalgarde, auf die ihr Zug stiess, und, aus der Rue de la Paix in die Place Vendôme vordringend, versuchte sie, unter dem Ruf: „Nieder mit dem Central-Comité! Nieder mit den Mördern! Es lebe die Nationalversammlung!" die dort aufgestellte Wache zu durchbrechen und so das dahinter gelegene Hauptquartier der Nationalgarde zu überrumpeln. Als Antwort auf ihre Revolverschüsse wurden die regelmässigen gesetzlichen Aufforderungen an sie gemacht; als diese wirkungslos blieben, commandirte der General der Nationalgarde Feuer. Eine Salve zerstreute in wilder Flucht die albernen Gecken, die erwartet hatten, die blosse Schaustellung ihrer „anständigen Gesellschaft" werde auf die Pariser Revolution wirken, wie die Trompeten Josua's auf die Mauern von Jericho. Sie liessen zurück zwei Nationalgarden todt, neun schwer verwundet (darunter ein Mitglied des Central-Comités) und den ganzen Schauplatz ihrer Grossthat bestreut mit Revolvern, Dolchen und Stockdegen, zum Zeugniss des „unbewaffneten" Charakters ihrer „friedlichen" Demonstration. Als am 13. Juni 1849 die Pariser Nationalgarde eine wirklich friedliche Demonstration machte, um gegen den räuberischen Angriff französischer Truppen auf Rom zu protestiren — da wurde Changarnier, damals General der Ordnungspartei, von der Nationalversammlung und besonders von Thiers als der Retter der Gesellschaft ausgerufen, weil er seine

Truppen von allen Seiten auf diese waffenlosen Leute losgelassen hatte, um sie niederzuschiessen, niederzusäbeln und unter ihren Pferdehufen zu zertreten. Damals wurde Paris in Belagerungszustand erklärt; Dufaure hetzte neue Unterdrückungsgesetze durch die Versammlung; neue Verhaftungen, neue Aechtungen, eine neue Schreckensherrschaft traten ein. Aber die „untern Klassen" machen das anders. Das Centralcomité von 1871 liess die Helden der „friedlichen Demonstration" einfach laufen, und so waren sie, bereits zwei Tage später, im Stande, sich unter dem Admiral Saisset zu jener bewaffneten Demonstration zusammenzufinden, die mit dem bewussten Ausreissen nach Versailles endigte. In seinem Widerstreben, den durch Thiers' nächtlichen Einbruch in Montmartre eröffneten Bürgerkrieg aufzunehmen, machte sich das Centralcomité diesmal eines entscheidenden Fehlers dadurch schuldig, dass es nicht sofort auf das damals vollständig hilflose Versailles marschirte, und damit den Verschwörungen des Thiers und seiner Krautjunker ein Ziel setzte. Statt dessen erlaubte man der Ordnungspartei nochmals ihre Stärke an der Wahlurne zu versuchen, als am 26. März die Commune gewählt wurde. An diesem Tage wechselten die Ordnungsmänner in den Bezirksbürgermeistereien wohlwollende Worte der Versöhnung mit ihren zu grossmüthigen Siegern, gleichzeitig in ihren Herzen feierliche Gelübde knurrend, seiner Zeit blutige Rache zu nehmen.

Und jetzt schaut die Kehrseite der Medaille! Thiers eröffnete seinen zweiten Feldzug gegen Paris Anfangs April. Die erste Colonne von Pariser Gefangenen, die nach Versailles hineinkam, wurde empörend behandelt, während Ernst Picard, die Hände in den Hosentaschen, herumschlenderte und sie verhöhnte, und die Frauen von Thiers und Favre, in Mitte ihrer Ehrendamen, vom hohen Balkon herab die Schändlichkeiten des Versailler Pöbels beklatschten. Die gefangenen Liniensoldaten wurden einfach erschossen; unser tapferer Freund General Duval, der Eisengiesser, wurde ohne alle Form Rechtens gemordet. Gallifet, der „Louis" seiner Frau, so notorisch durch die schamlose Schaustellung ihres Leibes bei den Gelagen des zweiten Kaiserthums, Gallifet prahlte in einer Proclamation, dass er die Ermordung einiger durch seine Reiter überraschten und entwaffneten Nationalgardisten, sammt ihrem Hauptmann und Lieutenant, befohlen habe. Vinoy, der Ausreisser, wurde von Thiers zum Grosskreuz der Ehrenlegion ernannt für seinen Tagesbefehl, worin er vorschrieb, jeden bei den Communalisten gefangenen Lieniensoldaten zu erschiessen. Desmarêt, der Gensdarm, wurde decorirt, weil er den hochherzigen und ritterlichen Flourens verrätherisch nach Metzgerart in Stücke zerhauen hatte, Flourens, der am 31. October 1870 der Vertheidigungsregierung ihre Köpfe gerettet hatte. Die „ermunternden Einzelnheiten" seiner Ermordung wurden von Thiers in der Nationalversammlung mit Behagen des Breiteren mitgetheilt. Mit der aufgeblasenen Eitelkeit eines parlamentarischen Däumlings, dem man erlaubt, die Rolle des Tamerlan zu spielen, verweigerte er den Rebellen gegen seine Winzigkeit jedes Recht civilisirter Kriegführung, selbst das der Neutralität für ihre Verbandplätze. Nichts Scheusslicheres als dieser Affe, schon von Voltaire vorgeahnt, der für eine kleine Zeit seinen Tigergelüsten freien Lauf lassen kann.

Nachdem die Commune (Decret vom 7. April) Vergeltungsmassregeln angeordnet und es für ihre Pflicht erklärt hatte, „Paris gegen die kannibalischen Thaten der Versailler Banditen zu schützen und Aug' um Auge, Zahn um Zahn zu verlangen" — stellte Thiers dennoch die grausame Behandlung der Gefangenen nicht ein; er beleidigte sie obendrein noch in seinen Berichten wie folgt: „Niemals ist der betrübte Blick ehrlicher Leute auf so entwürdigte Gesichter einer entwürdigten Demokratie gefallen" — ehrlicher Leute wie Thiers selbst und seine Ticket-of-Leave-Männer. Trotzdem wurde das Erschiessen der Gefangenen einige Zeit eingestellt. Kaum aber hatten Thiers und seine Decembergenerale gefunden, dass das Vergeltungsdecret der Commune nur eine leere Drohung war, dass selbst ihre Gensdarmenspione, die in Paris, als Nationalgardisten verkleidet, abgefangen waren, dass selbst Polizeisergeanten, Träger von Brandgranaten, verschont blieben, — so fing auch das massenweise Erschiessen der Gefangenen wieder an und wurde bis zum Ende durchgeführt. Häuser, in welche Nationalgardisten geflüchtet waren, wurden von Gensdarmen umringt, mit Petroleum (das hier zum ersten Male vorkommt) übergossen und in Brand gesteckt; die halbverbrannten Leichen wurden später von der Ambu-

lanz der Presse (in Les Ternes) herausgeholt. Vier Nationalgardisten, welche sich am 25. April bei Belle-Epine einigen berittenen Jägern ergeben hatten, wurden nachher einer nach dem andern vom Rittmeister, einem würdigen Knecht Gallifets, niedergeschossen. Einer der Vier, Scheffer, für todt zurückgelassen, kroch zu den Pariser Vorposten und legte gerichtliches Zeugniss ab über diese Thatsache vor einem Ausschuss der Commune. Als Tolain den Kriegsminister über den Bericht dieses Ausschusses interpellirte, erstickte das Geschrei der Krautjunker seine Stimme; sie verboten Leflô zu antworten. Es wäre eine Beleidigung für ihr „ruhmvolles" Heer, von seinen Thaten — zu sprechen. Der nachlässige Ton, in dem Thiers' Berichte die Niedermetzelung der bei Moulin Saquet im Schlafe überraschten Nationalgardisten und die massenhaften Erschiessungen in Clamart mittheilten, verletzte selbst die Nerven der wahrhaftig nicht überempfindlichen Londoner „Times". Aber es wäre lächerlich, die blos einleitenden Scheusslichkeiten aufzählen zu wollen, begangen von den Bombardirern von Paris und den Aufhetzern einer Sclavenhalter-Rebellion unter dem Schutz des fremden Eroberers. In Mitten aller dieser Schrecken vergisst Thiers seinen parlamentarischen Jammer von wegen der furchtbaren Verantwortlichkeit, die auf seinen Zwergschultern lastet, prahlt, dass l'Assemblée siège paisiblément (die Versammlung tagt in Frieden weiter) und beweist durch seine steten Festessen, heute mit Decembergeneralen, morgen mit deutschen Prinzen, dass seine Verdauung nicht im Mindesten gestört ist, nicht einmal durch die Gespenster von Lecomte und Clement Thomas.

## III.

Am Morgen des 18. März 1871 wurde Paris geweckt durch den Donnerruf: „Es lebe die Commune!" Was ist die Commune, diese Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so harte Proben setzt?"

„Diese Proletarier von Paris", sagte das Central-Comité in seinem Manifest vom 18. März, „in Mitten der Niederlagen und des Verraths der herrschenden Klassen, haben begriffen, dass die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, dass sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eignen Hände nehmen .... Sie haben begriffen, dass es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen." — Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.

Die centralisirte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bureaukratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Arbeit — stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. Dennoch blieb ihre Entwickelung gehemmt durch allerhand mittelalterlichen Schutt, grundherrliche und Adels-Vorrechte, Localprivilegien, städtische und Zunft-Monopole und Provinzialverfassungen. Der riesige Besen der französischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts fegte alle diese Trümmer vergangener Zeiten weg, und reinigte so gleichzeitig den gesellschaftlichen Boden von den letzten Hindernissen, die dem Ueberbau des modernen Staatsgebäudes im Wege gestanden. Dies moderne Staatsgebäude erhob sich unter dem ersten Kaiserthum, das selbst wieder erzeugt worden war durch die Coalitionskriege des alten halbfeudalen Europa's gegen das moderne Frankreich. Während der nachfolgenden Herrschaftsformen wurde die Regierung unter parlamentarische Controle gestellt, d. h. unter die directe Controle der besitzenden Klassen. Einerseits entwickelte sie sich jetzt zu einem Treibhaus für colossale Staatsschulden und erdrückende Steuern und wurde mit ihrer unwiderstehlichen Anziehungskraft, ihrer Amtsgewalt, ihren Einkünften, ihrer Stellenvergebung der Zankapfel für die concurrirenden Fractionen und Abenteurer der herrschenden Klassen, — andrerseits änderte sich ihr politischer Charakter gleichzeitig mit den ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft. In dem Mass, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Capital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Mass nahm die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt

zur Unterdrückung der Arbeit, einer Maschine der Klassenherrschaft an. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfs bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor. Die Revolution von 1830 übertrug die Regierung von den Grundbesitzern auf die Kapitalisten und damit von den entfernteren auf die directeren Gegner der Arbeiter. Die Bourgeoisrepublikaner, die im Namen der Februarrevolution das Staatsruder ergriffen, gebrauchten es zur Herbeiführung der Junischlächtereien, um der Arbeiterklasse zu beweisen, dass die „sociale“ Republik weiter nichts bedeute, als ihre sociale Unterdrückung durch die Republik, und um der königlich gesinnten Masse der Bourgeois und Grundbesitzer zu beweisen, dass sie die Sorge und die Geldvortheile der Regierung ruhig den Bourgeoisrepublikanern überlassen könnten. Nach dieser ihrer einzigen Heldenthat vom Juni blieb den Bourgeoisrepublikanern jedoch nur übrig, zurückzutreten aus dem ersten Glied ins letzte Glied der „Ordnungspartei“ — einer Coalition, gebildet aus allen concurrirenden Fractionen und Factionen der aneignenden Klassen in ihrem jetzt offen erklärten Gegensatz zu den hervorbringenden Klassen. Die angemessene Form ihrer Gesammtregierung war die parlamentarische Republik mit Louis Bonaparte als Präsidenten; eine Regierung des unverhohlenen Klassenterrorismus und der absichtlichen Beleidigung der „vile multitude“ (der schoflen Menge). Wenn, wie Thiers sagte, die parlamentarische Republik die verschiedenen Fractionen der herrschenden Klassen am wenigsten theilte, so eröffnet sie dagegen einen Abgrund zwischen dieser Klasse und dem ganzen, ausserhalb ihrer dünngesäeten Reihen lebenden Gesellschaftskörper. Die Schranken, die, unter früheren Regierungen, ihre eigenen Spaltungen der Staatsmacht noch auferlegt hatten, waren durch ihre Vereinigung jetzt gefallen. Angesichts der drohenden Erhebung des Proletariats benutzte die vereinigte besitzende Klasse jetzt die Staatsmacht rücksichtslos und frech als das nationale Kriegswerkzeug des Capitals gegen die Arbeit. Aber ihr ununterbrochener Kreuzzug gegen die producirenden Massen zwang sie nicht nur, die vollziehende Gewalt mit stets wachsender Unterdrückungsmacht auszustatten; er zwang sie auch, ihre eigene parlamentarische Zwingburg — die Nationalversammlung — nach und nach aller Vertheidigungsmittel gegen die vollziehende Gewalt zu entblössen. Die vollziehende Gewalt, in der Person des Louis Bonaparte, setzte sie vor die Thür. Der leibliche Nachkomme der Republik der „Ordnungspartei“ war das zweite Kaiserthum.

Das Kaiserthum, mit dem Staatsstreich als Geburtsschein, dem allgemeinen Stimmrecht als Beglaubigung, und dem Säbel als Scepter, gab vor, sich auf die Bauern zu stützen, auf jene grosse Masse der Producenten, die nicht unmittelbar in den Kampf zwischen Capital und Arbeit verwickelt waren. Es gab vor, die Arbeiterklasse zu retten, indem es den Parlamentarismus brach und mit ihm die unverhüllte Unterwürfigkeit der Regierung unter die besitzenden Klassen. Es gab vor, die besitzenden Klassen zu retten durch Aufrechthaltung ihrer ökonomischen Hoheit über die Arbeiterklasse; und schliesslich gab es vor, alle Klassen zu vereinigen durch die Wiederbelebung des Trugbildes des nationalen Ruhms. In Wirklichkeit war es die einzige mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren, und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte. Die ganze Welt jauchzte ihm zu als dem Retter der Gesellschaft. Unter seiner Herrschaft erreichte die Bourgeoisgesellschaft, aller politischen Sorgen enthoben, eine von ihr selbst nie geahnte Entwickelung. Ihre Industrie, ihr Handel dehnten sich zu unermesslichen Verhältnissen aus; der Finanzschwindel feierte kosmopolitische Orgien; das Elend hob sich grell ab gegenüber dem schamlosen Prunk eines gleissenden, überladenen und schuftigriechenden Luxus. Die Staatsmacht, scheinbar hoch über der Gesellschaft schwebend, war dennoch selbst der scandalöseste Scandal dieser Gesellschaft und gleichzeitig die Brutstätte aller ihrer Fäulniss. Ihre eigene Verrottung und die Verrottung der geretteten Gesellschaft wurde blossgelegt durch die Bajonette Preussens, das selbst vor Begierde brannte, den Schwerpunkt dieses Regimes von Paris nach Berlin zu verlegen. Der Imperialismus ist die prostituirteste und zugleich die schliessliche Form jener Staatsmacht, die die entstehende bürgerliche Gesellschaft ins Leben gerufen hatte als das Werkzeug

ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus, und die die vollentwickelte Bourgeoisgesellschaft verwandelt hatte in ein Werkzeug zur Knechtung der Arbeit durch das Capital.

Der gerade Gegensatz des Kaiserthums war die Commune. Der Ruf nach der „socialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Commune war die bestimmte Form der Republik.

Paris, der Mittelpunkt und Sitz der alten Regierungsmacht, und gleichzeitig der gesellschaftliche Schwerpunkt der französischen Arbeiterklasse, Paris hat sich in Waffen erhoben gegen den Versuch des Thiers und seiner Krautjunker, diese ihnen vom Kaiserthum überkommene alte Regierungsmacht wiederherzustellen und zu verewigen. Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es in Folge der Belagerung die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Thatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Decret der Commune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.

Die Commune bildet sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträthen. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Commune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Commune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Commune abwärts musste der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Aemter hörten auf, das Privateigenthum der Handlanger der Centralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Commune gelegt.

Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Commune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen; sie decretirte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von dem Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämmtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für Jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurtheil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit.

Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle auf einander folgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.

Die Pariser Commune sollte selbstverständlich allen grossen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die communale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte centralisirte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Producenten weichen müssen. In einer kurzen Scizze der nationalen Organisation, die die Commune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heisst es ausdrücklich, dass die Commune die polizeiliche Form selbst des kleinsten Dorfs sein, und dass das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äusserst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landge-

meinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instructionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Functionen, welche dann noch für eine Centralregierung übrig blieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an communale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegentheil organisirt werden durch die Communalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloss unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Functionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden. Statt Einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlamente ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Communen constituirten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug, dass Gesellschaften ebenso gut wie Einzelne, in wirklichen Geschäftssachen, gewöhnlich den rechten Mann zu finden, und, falls sie sich täuschen, dies bald wieder gut zu machen wissen. Andrerseits aber konnte nichts dem Geist der Commune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.

Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen, für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens angesehen zu werden, denen sie einigermassen ähnlich sehen. So ist diese neue Commune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehen worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Communen, welche jener Staatsmacht erst vorausgingen und dann ihre Grundlage bildeten. — Die Communalverfassung ist angesehen worden für einen Versuch, einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondins ihn träumten, an die Stelle jener Einheit grosser Völker zu setzen, die, wenn ursprünglich durch Gewalt zu Stande gebracht, doch jetzt ein mächtiger Factor der gesellschaftlichen Production geworden ist. — Der Gegensatz der Commune gegen die Staatsmacht ist angesehen worden für eine übertriebene Form des alten Kampfes gegen Uebercentralisation. Besondere geschichtliche Umstände mögen die classische Entwickelung der Bourgeois-Regierungsform, wie sie in Frankreich vor sich gegangen, in andern Ländern verhindert und mögen gestattet haben, dass, wie in England, die grossen centralen Staatsorgane sich ergänzen durch corrupte Pfarreiversammlungen (vestries), geldschachernde Stadträthe und wuthschnaubende Armenverwalter in den Städten, und durch thatsächlich erbliche Friedensrichter auf dem Lande. Die Communalverfassung würde im Gegentheil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswurf „Staat", der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese That allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben. — Die Mittelklasse der Provinzialstädte sah in der Commune einen Versuch zur Wiederherstellung der Herrschaft, die sie unter Louis Philippe über das Land ausgeübt hatte und die unter Louis Bonaparte verdrängt wurde durch die angebliche Herrschaft des Landes über die Städte. In Wirklichkeit aber hätte die Communalverfassung die ländlichen Producenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort, in den städtischen Arbeitern, die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert. — Das blosse Bestehen der Commune führte, als etwas Selbstverständliches, die locale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte, Staatsmacht. Es konnte nur einem Bismarck einfallen, der, wenn nicht von seinen Blut- und Eisen-Intriguen in Anspruch genommen, gern zu seinem alten, seinem geistigen Kaliber so sehr zusagenden Handwerk als Mitarbeiter am „Kladderadatsch" zurückkehrt — nur einem sol-

chen Kopf konnte es einfallen, der Pariser Commune eine Sehnsucht zu unterschieben nach jener Carricatur der alten französischen Städteverfassung von 1791, der preussischen Städteordnung, die die städtischen Verwaltungen zu blossen untergeordneten Rädern in der preussischen Staatspolizei-Maschine erniedrigt. — Die Commune machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen — wohlfeile Regierung — zur Wahrheit, indem sie die beiden grössten Ausgabequellen, die Armeen und das Beamtenthum, aufhob. Ihr blosses Bestehen setzte das Nichtbestehen der Monarchie voraus, die, wenigstens in Europa, der regelrechte Ballast und der unentbehrliche Deckmantel der Klassenherrschaft ist. Sie verschaffte der Republik die Grundlage wirklich demokratischer Einrichtungen. Aber weder „wohlfeile Regierung", noch die „wahre Republik" war ihr Endziel; beide ergaben sich nebenbei und von selbst.

Die Mannichfaltigkeit der Deutungen, denen die Commune unterlag, und die Mannichfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, dass sie eine, durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimniss war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Communalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung. Die politische Herrschaft des Producenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Commune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht. Einmal die Arbeit emancipirt, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und productive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein.

Es ist eine eigenthümliche Thatsache: Trotz all des grossen Geredes und der unermesslichen Literatur der letzten sechzig Jahre über Emancipation der Arbeit — kaum nehmen die Arbeiter irgendwo die Sache in ihre eigenen Hände, so ertönen auch sofort wieder alle die apologetischen Redensarten der Fürsprecher der jetzigen Gesellschaft mit ihren beiden Polen: Capital und Lohnsclaverei (der Grundbesitzer ist jetzt nur noch der stille Gesellschafter des Capitalisten) — als ob die capitalistische Gesellschaft noch im Stande reinster jungfräulicher Unschuld lebte, alle ihre Gegensätze noch unentwickelt, alle ihre Selbsttäuschungen noch unenthüllt, alle ihre prostituirte Wirklichkeit noch nicht blossgelegt. Die Commune, rufen sie aus, will das Eigenthum, die Grundlage aller Civilisation abschaffen: Jawohl meine Herren, die Commune wollte jenes Klasseneigenthum abschaffen, das die Arbeit der Vielen in den Reichthum der Wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigenthum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Productionsmittel, den Erdboden und das Capital, jetzt vor Allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in blosse Werkzeuge der freien und associirten Arbeit verwandelt. — Aber dies ist der Communismus, der „unmögliche" Communismus! Nun, diejenigen Leute aus den herrschenden Klassen, die verständig genug sind, die Unmöglichkeit der Fortdauer des jetzigen Systems einzusehen — und deren giebt es Viele — haben sich zu zudringlichen und volltönenden Aposteln der genossenschaftlichen Production aufgeworfen. Wenn aber die genossenschaftliche Production nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das capitalistische System verdrängen, wenn die Gesammtheit der Genossenschaften die nationale Production nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Controle nehmen, und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Convulsionen, welche das Fatum (unvermeidliche Schicksal) der capitalistischen Production sind, ein Ende machen soll — was wäre das anders, meine Herren, als der Communismus, der „mögliche" Communismus?

Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Commune. Sie hat keine fix und fertigen Utopieen durch Volksbeschluss einzuführen. Sie weiss, dass, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwickelung unwiderstehlich entgegenstrebt, dass sie, die Arbeiterklasse, lange

Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Processe durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoos der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben. Im vollen Bewusstsein ihrer geschichtlichen Tendenz, und mit dem Heldenentschluss, sich ihrer würdig zu zeigen, kann die Arbeiterklasse sich begnügen, zu lächeln gegenüber den plumpen Schimpfereien der Lakaien von der Presse, und gegenüber der lehrhaften Protection wohlmeinender Bourgeois-Doctrinäre, die ihre unwissenden Gemeinplätze und Sectirermarotten im Orakelton wissenschaftlicher Unfehlbarkeit abpredigen.

Als die Pariser Commune die Leitung der Revolution in ihre eigene Hand nahm, als einfache Arbeiter zum ersten Mal es wagten, das Regierungsprivilegium ihrer „natürlichen Obern", der Besitzenden, anzutasten, und, unter Umständen von beispielloser Schwierigkeit, ihre Arbeit bescheiden, gewissenhaft und wirksam verrichteten — sie verrichteten für Gehalte, deren höchstes kaum ein Fünftel von dem war, was nach einem hohen wissenschaftlichen Gewährsmann (Professor Huxley) das Geringste ist für einen Secretär des Londoner Schulraths, — da wand sich die alte Welt in Wuthkrämpfen beim Anblick der rothen Fahne, die, das Symbol der Republik, der Arbeit, über dem Stadthause wehte.

Und doch war dies die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt war als die einzige Klasse, die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig war; anerkannt selbst durch die grosse Masse der Pariser Mittelklasse — Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute — die reichen Capitalisten allein ausgenommen. Die Commune hatte sie gerettet durch eine weise Erledigung jener immer wiederkehrenden Ursache des Streits unter der Mittelklasse selbst, der Frage zwischen Schuldnern und Gläubigern. Derselbe Theil der Mittelklasse hatte sich 1848 bei der Unterdrückung des Arbeiteraufstands vom Juni betheiligt; und unmittelbar darauf war er durch die constituirende Versammlung ohne alle Umstände seinen Gläubigern zum Opfer gebracht worden. Aber dies war nicht der einzige Grund, wesswegen er sich jetzt an die Arbeiter anschloss. Er fühlte, dass es nur noch eine Wahl gab: die Commune, oder das Kaiserthum, gleichviel unter welchem Namen. Das Kaiserthum hatte diese Mittelklasse ökonomisch ruinirt durch seine Verschleuderung des öffentlichen Reichthums, durch den von ihm grossgezogenen Finanzschwindel, durch seine Beihilfe zur künstlich beschleunigten Centralisation des Capitals, und die dadurch bedingte Enteignung eines grossen Theils dieser Mittelklasse. Es hatte sie politisch unterdrückt, sie sittlich entrüstet durch seine Orgien, es hatte ihren Voltairianismus beleidigt durch Ueberlieferung der Erziehung ihrer Kinder an die „unwissenden Brüderlein", es hatte ihr Nationalgefühl als Franzosen empört, indem es sie kopfüber in einen Krieg stürzte, der für alle die Verwüstung, die er anrichtete, nur einen Ersatz liess — die Vernichtung des Kaiserthums. In der That, nach der Auswanderung der hohen bonapartistischen und capitalistischen Zigeunerbande aus Paris, trat die wahre Ordnungspartei der Mittelklasse hervor als die „Unione Republicaine", stellte sich unter die Fahne der Commune und vertheidigte sie gegen Thiers absichtliche Entstellungen. Ob die Dankbarkeit dieser grossen Masse der Mittelklasse die jetzigen schweren Prüfungen bestehen wird, bleibt abzuwarten.

Die Commune hatte vollständig Recht, als sie den Bauern zurief: „Unser Sieg ist Eure einzige Hoffnung!" Von allen den Lügen, die in Versailles ausgeheckt und von den ruhmvollen europäischen Presszuaven weiterposaunt wurden, war eine der ungeheuerlichsten die, dass die Krautjunker der Nationalversammlung die Vertreter der französischen Bauern seien. Man denke sich nur die Liebe des französischen Bauern für die Leute, denen er, nach 1815, eine Milliarde Entschädigung zahlen musste! In den Augen des französischen Bauern ist ja schon die blosse Existenz eines grossen Grundbesitzers ein Eingriff in seine Eroberungen von 1789. Der Bourgeois hatte 1848 die Bodenparzelle des Bauern mit Zuschlagssteuer von 45 Centimen auf den Franken belastet, aber er that es im Namen der Revolution; jetzt hatte er einen Bürgerkrieg gegen die Revolution entzündet, um die Hauptlast der den Preussen bewilligten fünf

45*

Milliarden Kriegsentschädigung den Bauern aufzubürden. Die Commune dagegen erklärte gleich in einer ihrer ersten Proclamationen, dass die wirklichen Urheber des Krieges auch dessen Kosten tragen müssten. Die Commune würde dem Bauer die Blutsteuer abgenommen, ihm eine wohlfeile Regierung gegeben, und seine jetzigen Blutsauger, den Notar, den Advocaten, den Gerichtsvollzieher und andere gerichtliche Vampyre, in besoldete Communalbeamte, von ihm selbst gewählt und ihm verantwortlich, verwandelt haben. Sie würde ihn befreit haben von der Willkürherrschaft des Flurschützen, des Gensdarmen und des Präfecten; sie würde an Stelle der Verdummung durch den Pfaffen die Aufklärung durch den Schullehrer gesetzt haben. Und der französische Bauer ist vor Allem ein Mann, der rechnet. Er würde es äusserst vernünftig gefunden haben, dass die Bezahlung des Pfaffen, statt durch den Steuereinnehmer eingetrieben zu werden, nur von der freiwilligen Bethätigung des Frömmigkeitstriebes seiner Gemeinde abhangen solle. Dies waren die grossen unmittelbaren Wohlthaten, die die Herrschaft der Commune — und sie allein — den französischen Bauern in Aussicht stellte. Es ist daher ganz überflüssig, hier näher einzugehen auf die verwickelteren wirklichen Lebensfragen, die die Commune allein fähig, und gleichzeitig gezwungen war, zu Gunsten des Bauern zu lösen — die Hypothekenschuld, die wie ein Alp auf seiner Parzelle lastete, das ländliche Proletariat, das täglich auf ihr heranwuchs, und seine eigne Enteignung von dieser Parzelle, die mit stets wachsender Geschwindigkeit durch die Entwickelung der modernen Ackerbauwissenschaft und die Concurrenz des kapitalistischen Bodenbaues sich durchsetzte.

Der französische Bauer hatte Louis Bonaparte zum Präsidenten der Republik gewählt, aber die Ordnungspartei schuf das zweite Kaiserthum. Was der französische Bauer wirklich bedarf, fing er an 1849 und 50 zu zeigen, indem er überall seinen Maire dem Regierungspräfecten, seinen Schullehrer dem Regierungspfaffen und sich selbst dem Regierungsgensdarmen entgegen stellte. Alle von der Ordnungspartei im Januar und Februar 1850 erlassenen Gesetze waren eingestandene Zwangsmassregeln gegen die Bauern. Der Bauer war Bonapartist, weil die grosse Revolution, mit all ihren Vortheilen für ihn, in seinen Augen in Napoleon verkörpert war. Diese Täuschung, die unter dem zweiten Kaiserthum rasch am Zusammenbrechen war (und sie war ihrer ganzen Natur nach den Krautjunkern feindlich), dies Vorurtheil der Vergangenheit, wie hätte es bestehen können gegenüber dem Appel der Commune an die lebendigen Interessen und dringenden Bedürfnisse der Bauern?

Die Krautjunker — dies war in der That ihre Hauptbefürchtung — wussten, dass drei Monate freien Verkehrs zwischen dem communalen Paris und den Provinzen einen allgemeinen Bauernaufstand zu Wege bringen würden. Daher ihre ängstliche Eile, Paris mit einer Polizeiblokade zu umgeben und die Verbreitung der Rinderpest zu hemmen.

Wenn sonach die Commune die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der französischen Gesellschaft war, und daher die wahrhaft nationale Regierung, so war sie gleichzeitig, als eine Arbeiterregierung, als der kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinne des Wortes international. Unter den Augen der preussischen Armee, die zwei französische Provinzen an Deutschland annexirt hatte, annexirte die Commune die Arbeiter der ganzen Welt an Frankreich.

Das zweite Kaiserthum war das Jubelfest der kosmopolitischen Prellerei gewesen, die Hochstapler aller Länder waren auf seinen Ruf herzugestürzt, theilzunehmen an seinen Orgien und an der Ausplünderung des französischen Volkes. Selbst in diesem Augenblick noch ist Thiers' rechte Hand Ganesco, der walachische Lump, und seine linke Hand Markowski, der russische Spion.

Die Commune liess alle Fremde zu der Ehre, für eine unsterbliche Sache zu fallen. — Zwischen dem durch ihren Verrath verlorenen auswärtigen Krieg und dem durch ihre Verschwörung mit dem fremden Eroberer entzündeten Bürgerkrieg hatte die Bourgeoisie die Zeit gefunden, ihren Patriotismus durch die Organisation von Polizeijagden auf die Deutschen in Frankreich zu bethätigen. Die Commune machte einen Deutschen zu ihrem Arbeitsminister. — Thiers, die Bourgeoisie, das zweite Kaiserthum, hatten Polen immerfort

durch laute Verheissungen der Theilnahme getäuscht, während sie in Wirklichkeit es an Russland verriethen und Russlands schmutzige Arbeit verrichteten. Die Commune ehrte die Heldensöhne Polens, indem sie sie an die Spitze der Vertheidiger von Paris stellte. Und, um ganz unverkennbar die neue geschichtliche Aera zu bezeichnen, die sie einzuleiten sich bewusst war, warf die Commune, unter den Augen, hier der siegreichen Preussen, dort der von bonapartistischen Generalen geführten bonapartistischen Armee, das kolossale Symbol des Kriegsruhms nieder, die Vendômesäule.

Die grosse sociale Massregel der Commune war ihr eignes arbeitendes Dasein. Ihre besonderen Massregeln konnten nur die Richtung andeuten, in der eine Regierung des Volkes durch das Volk sich bewegt. Dahin gehören die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäckergesellen; das Verbot, bei Strafe, der bei Arbeitgebern üblichen Praxis, den Lohn herabzudrücken durch Auferlegung von Geldstrafen auf die Arbeiter unter allerlei Vorwänden, — ein Verfahren, wobei der Arbeitgeber in Einer Person Gesetzgeber, Richter und Vollstrecker ist und obendrein das Geld einsteckt. Eine andere Massregel dieser Art war die Auslieferung von allen geschlossenen Werkstätten und Fabriken an Arbeitergenossenschaften, unter Vorbehalt der Entschädigung, gleichviel ob der betreffende Kapitalist geflüchtet war oder aber vorzog, die Arbeit einzustellen.

Die finanziellen Massregeln der Commune, ausgezeichnet durch ihre Einsicht und ihre Mässigung, konnten sich nur auf solche beschränken, die mit der Lage einer belagerten Stadt verträglich waren. In Anbetracht der ungeheuren Diebstähle, begangen an der Stadt Paris durch die grossen Finanzcompagnien unter Haussmann's Herrschaft, hätte die Commune ein weit grösseres Recht gehabt, ihr Eigenthum zu confisciren, als Louis Bonaparte das der Familie Orleans. Die Hohenzollern und die englischen Oligarchen, die Beide ein gutes Stück ihrer Besitzungen von geraubtem Kircheneigenthum herleiten, waren natürlich höchst entrüstet über die Commune, die aus der Säcularasation nur 8000 Franken profitirte.

Während die Versailler Regierung, sobald sie wieder zu etwas Muth und Stärke gekommen, die gewaltsamsten Mittel gegen die Commune anwandte; während sie die freie Meinungsäusserung über ganz Frankreich unterdrückte und sogar Versammlungen von Delegirten der grossen Städte verbot; während sie Versailles und das übrige Frankreich einer Spionage, weit schlimmer als die des zweiten Kaiserthums, unterwarf; während sie durch ihre Gensdarmen, Inquisitoren alle in Paris gedruckten Zeitungen verbrannte und alle Briefe von und nach Paris erbrach; während in der Nationalversammlung die furchtsamsten Versuche, ein Wort für Paris zu verlautbaren, niedergeheult wurden in einer, selbst in der Junkerkammer von 1816 unerhörten Weise; während der blutdürstigen Kriegführung der Versailler ausserhalb, und ihrer Versuche der Bestechung und Verschwörung innerhalb Paris — hätte da die Commune nicht ihre Stellung schmählich verrathen, wenn sie alle Anstandsformen des Liberalismus, wie im tiefsten Frieden, beobachtet hätte? Wäre die Regierung der Commune der des Herrn Thiers verwandt gewesen, es wäre ebensowenig Veranlassung dagewesen, Ordnungsparteiblätter in Paris, wie Communalblätter in Versailles zu unterdrücken.

Es war in der That ärgerlich für die Krautjunker, dass gerade um die Zeit, wo sie die Rückkehr zur Kirche als einziges Mittel zur Rettung Frankreichs erklärten, die ungläubige Commune die eigenthümlichen Geheimnisse des Nonnenklosters Picpus und der Kirche St. Laurent aufdeckte. Es war eine Satire auf Thiers, dass, während er Grosskreuze auf die bonapartistischen Generale regnen liess für ihre Meisterschaft im Schlachtenverlieren, Capitulationsunterzeichnen und Wilhelmshöher Cigarrettendrehen, die Commune ihre Generale absetzte und verhaftete, sobald sie der Vernachlässigung ihres Dienstes verdächtig waren. Die Ausstossung und Verhaftung eines Mitgliedes, das sich unter falschem Namen eingeschlichen, und früher in Lyon sechs Tage Gefängniss wegen einfachen Bankerotts erlitten hatte — war sie nicht eine vorbedachte Beleidigung, ins Gesicht geschleudert dem Fälscher Jules Favre, damals noch immer auswärtiger Minister Frankreichs, noch immer Frankreich verkaufend an Bismarck, noch immer Befehle dictirend jener unvergleichlichen belgischen Regierung? Aber, in der That, die Commune machte keinen An-

spruch auf Unfehlbarkeit, wie dies alle die alten Regierungen ohne Ausnahme thun. Sie veröffentlichte alle ihre Reden und Handlungen, sie weihte das Publikum ein in alle ihre Unvollkommenheiten.

In jeder Revolution drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern, Leute andern Gepräges vor. Einige sind die Ueberlebenden früherer Revolutionen, mit denen sie verwachsen sind; ohne Einsicht in die gegenwärtige Bewegung, aber noch im Besitz grossen Einflusses auf das Volk durch ihren bekannten Muth und Charakter, oder auch durch blosse Tradition. Andere sind blosse Schreier, die, Jahrelang dieselben ständigen Declamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich in den Ruf von Revolutionären des reinsten Wassers eingeschlichen haben. Auch nach dem 18. März kamen solche Leute zum Vorschein und spielten sogar in einigen Fällen eine hervorragende Rolle. Soweit ihre Macht ging, hemmten sie die wirkliche Action der Arbeiterklasse, wie sie die volle Entwickelung jeder früheren Revolution gehemmt haben. Sie sind ein unvermeidliches Uebel; mit der Zeit schüttelt man sie ab; aber gerade diese Zeit wurde der Commune nicht gelassen.

Wunderbar in der That war die Verwandlung, die die Commune an Paris vollzogen hatte! Keine Spur mehr von dem buhlerischen Paris des zweiten Kaiserthums. Paris war nicht länger der Sammelplatz von britischen Grundbesitzern, irischen Absentees, amerikanischen Ex - Sclavenhaltern und Emporkömmlingen, russischen Ex-Leibeignenbesitzern und walachischen Bojaren. Keine Leichen mehr in der Morgue, keine nächtlichen Einbrüche, fast keine Diebstähle mehr; seit den Februartagen von 1848 waren die Strassen von Paris wirklich wieder einmal sicher, und das ohne irgend welche Polizei. „Wir", sagte eine Mitglied der Commune, „wir hören jetzt nichts mehr von Mord, Raub und Thätlichkeiten gegen Personen; es scheint in der That, als ob die Polizei alle ihre conservativen Freunde mit nach Versailles geschleppt habe." Die Cocotten hatten die Fährte ihrer Beschützer wiedergefunden — der flüchtigen Männer der Familie, der Religion und vor Allem des Eigenthums. An ihrer Stelle kamen die wirklichen Weiber von Paris wieder an die Oberfläche — heroisch, hochherzig und aufopfernd wie die Weiber des Alterthums. Paris, arbeitend, denkend, kämpfend, blutend, über seiner Vorbereitung einer neuen Gesellschaft fast vergessend der Kannibalen vor seinen Thoren, strahlend in der Begeisterung seiner geschichtlichen Initiative!

Und nun, gegenüber dieser neuen Welt in Paris, siehe da die alte Welt in Versailles — diese Versammlung der Ghuls aller verstorbenen Régimes, Legitimisten und Orleanisten, gierig, vom Leichnam der Nation zu zehren — mit einem Schwanz vorsündfluthlicher Republikaner, die durch ihre Gegenwart in der Versammlung der Sclavenhalter-Rebellion zustimmten, die Erhaltung ihrer parlamentarischen Republik von der Eitelkeit des bejahrten Pickelhärings an der Spitze der Regierung erhofften, und 1789 carricirten durch Abhaltung ihrer gespensterhaften Versammlungen im Jeu de Paume (Ballspielhaus, wo die Nationalversammlung von 1789 ihre berühmten Beschlüsse fasste). Da war sie, diese Versammlung, die Vertreterin von allem, was abgestorben war in Frankreich, aufgestutzt zur Positur scheinbaren Lebens durch Nichts als die Säbel der Generale von Louis Bonaparte. Paris ganz Wahrheit, Versailles ganz Lüge, und diese Lüge losgelassen durch den Mund von Thiers.

Thiers sagt einer Deputation der Bürgermeister des Seine- und Oise-Departements: „Sie können sich auf mein Wort verlassen, das ich nie gebrochen habe!" Der Versammlung selbst sagt er, sie sei „die freiestgewählte und liberalste Versammlung, die Frankreich je besessen;" seiner buntgemischten Soldateska, sie sei „die Bewunderung der Welt und die schönste Armee, die Frankreich je gehabt;" den Provinzen, das Bombardement von Paris sei ein Mährchen: „wenn einige Kanonenschüsse gefallen sind, so geschah das nicht durch die Versailler Armee, sondern durch einige Insurgenten, die glauben machen wollen, sie schlügen sich, wo sie sich doch nirgends zu zeigen wagen." Dann wieder sagt er den Provinzen: „Die Artillerie von Versailles bombardirt Paris nicht, sie kanonirt es bloss." Dem Erzbischof von Paris sagt er, die den Versailler Truppen nacherzählten Erschiessungen und Repressalien (!) seien lauter Lügen. Er verkündet an Paris, er beabsichtige nur „es von den scheusslichen

Tyrannen zu befreien, die es bedrücken," und das Paris der Commune sei in der That „nur eine Handvoll Verbrecher."

Das Paris des Thiers war nicht das wirkliche Paris der „schoflen Menge", sondern ein Phantasie-Paris, das Paris der Franc-Fileurs, das Paris der Boulevards, männlich wie weiblich, das reiche, das capitalistische, das vergoldete, das faulenzende Paris, das sich jetzt mit seinen Lacaien, seinen Hochstaplern, seiner literarischen Zigeunerbande und seinen Cocotten in Versailles, Saint Denis, Rueil und Saint-Germain drängte; für das der Bürgerkrieg nur ein angenehmes Zwischenspiel war; das den Kampf durchs Fernglas betrachtete, die Kanonenschüsse zählte, und bei seiner eignen Ehre und der seiner Huren schwor, das Schauspiel sei unendlich besser arrangirt, als es im Theater der Porte Saint Martin je gewesen. Die Gefallenen waren wirklich todt, das Geschrei der Verwundeten war kein blosser Schein; und dann, wie welthistorisch war nicht die ganze Sache!

Dies ist das Paris des Herrn Thiers, ganz wie die Emigration von Coblenz das Frankreich des Herrn von Calonne war. —

## IV.

Der erste Versuch der Sclavenhalter-Verschwörung zur Unterwerfung von Paris, wonach die Preussen es besetzen sollten, scheiterte an Bismarck's Weigerung. Der zweite Versuch, am 18. März, endigte mit der Niederlage der Armee und der Flucht der Regierung nach Versailles, wohin ihr die gesammte Verwaltungsmaschine folgen musste. Durch Vorspiegelung von Friedensunterhandlungen mit Paris gewann Thiers jetzt die Zeit, den Krieg gegen Paris vorzubereiten. Aber woher eine Armee nehmen? Die Ueberbleibsel der Linienregimenter waren schwach an Zahl und unsicher von Stimmung. Seine dringenden Aufrufe an die Provinzen, Versailles mit ihren Nationalgarden und Freiwilligen zu Hilfe zu eilen, stiessen auf offene Weigerung. Nur die Bretagne sandte eine Handvoll Chouans, die unter der weissen Fahne fochten, Jeder mit dem Herzen Jesu in weissem Linnen auf der Brust, und deren Schlachtruf war: Vive le Roi! (Es lebe der König!) Thiers blieb also darauf angewiesen, in aller Eile eine buntscheckige Bande zusammen zu trommeln, Matrosen, Seesoldaten, päpstliche Zuaven, Valentin's Gensdarmen, Pietri's Stadtsergeanten und Mouchards (Spione). Diese Armee wäre jedoch bis zur Lächerlichkeit ungenügend gewesen, ohne die nach und nach eintreffenden imperialistischen Kriegsgefangenen, die Bismarck in Abschlagssendungen losliess, hinreichend einerseits, den Bürgerkrieg im Gang, und andrerseits Versailles in kriechender Abhängigkeit von Preussen zu halten. Im Verlauf dieses Krieges selbst hatte die Versailler Polizei der Versailler Armee aufzupassen, während die Gensdarmen diese Armee mit sich fortreissen mussten, indem sie sich überall an den gefährlichsten Posten zuerst aussetzten. Die Forts, welche fielen, wurden nicht genommen, sondern gekauft. Der Heldenmuth der Communalisten überzeugte Thiers, dass der Widerstand von Paris nicht durch sein eignes strategisches Genie und die ihm verfügbaren Bajonette zu brechen war.

Gleichzeitig wurden seine Beziehungen zu den Provinzen immer schwieriger. Nicht eine einzige Billigungsadresse lief ein, um Thiers und seine Krautjunker aufzuheitern. Ganz im Gegentheil. Deputationen und Adressen strömten ein von allen Seiten und verlangten in einem keineswegs achtungsvollen Ton Versöhnung mit Paris auf Grundlage der unzweideutigen Anerkennung der Republik, der Bestätigung der communalen Freiheiten und der Auflösung der Nationalversammlung, deren Mandat erloschen sei. In solchen Massen kamen sie an, dass Dufaure, Thiers' Justizminister, den Staatsanwälten in einem Circular vom 23. April befahl, „den Ruf nach Versöhnung" als ein Verbrechen zu behandeln! Im Hinblick jedoch auf die hoffnungslose Aussicht, die ihm sein Feldzug eröffnete, beschloss Thiers, seine Taktik zu ändern und schrieb für das ganze Land Gemeinderathswahlen für den 30. April aus, auf Grund der neuen, von ihm der Nationalversammlung dictirten Gemeindeordnung. Mit den Intriguen seiner Präfecten hier, mit der Einschüchterung seiner Polizei dort, erwartete er ganz zuversichtlich, durch den Wahrspruch der Provinzen der Nationalversammlung die moralische Macht zu geben, die sie nie besessen hatte, und von den

Provinzen die materielle Kraft zu erhalten, deren er zur Besiegung von Paris bedurfte.

Seinen Räuberkrieg gegen Paris, gepriesen in seinen eignen Bulletins, und die Versuche seiner Minister, in ganz Frankreich eine neue Schreckensherrschaft zu errichten, hatte Thiers gleich von Anfang für nöthig gehalten durch eine kleine Versöhnungscomödie zu ergänzen, die mehr als Einem Zwecke dienen sollte. Sie sollte die Provinzen hinters Licht führen, die Mittelklassen in Paris anlocken, und vor Allem den angeblichen Republikanern der Nationalversammlung die Gelegenheit geben, ihren Verrath gegen Paris hinter ihrem Glauben an Thiers zu verbergen. Am 21. März, als er noch keine Armee besass, hatte er der Versammlung erklärt: „Komme was da will, ich werde keine Armee nach Paris schicken.“ Am 27. März erhob er sich wieder: „Ich habe die Republik als vollendete Thatsache vorgefunden, und ich bin fest entschlossen, sie aufrecht zu erhalten.“ In Wirklichkeit unterdrückte er die Revolution in Lyon und Marseille im Namen der Republik, während das Gebrüll seiner Krautjunker die blosse Erwähnung ihres Namens in Versailles niederheulte. Nach dieser Heldenthat milderte er die vollendete Thatsache herab zu einer vorausgesetzten Thatsache. Die Orleansprinzen, die er vorsichtig aus Bordeaux weggeschieden hatte, durften jetzt, in offenem Gesetzesbruch, frei in Dreux intriguiren. Die Zugeständnisse, die Thiers in seinen endlosen Zusammenkünften mit den Delegirten von Paris und den Provinzen in Aussicht stellte — so sehr sie auch fortwährend in Ton und Färbung wechselten — liefen schliesslich immer darauf hinaus, dass seine Rache sich voraussichtlich auf die „Handvoll Verbrecher, betheiligt beim Morde von Clement Thomas und Lecomte“ beschränken solle, unter der wohlverstandenen Bedingung, dass Paris und Frankreich den Herrn Thiers selbst rückhaltslos als die beste der Republiken anerkennen sollte, gerade wie er 1830 mit Louis Philippe gethan. Und selbst diese Zugeständnisse — nicht nur dass er Sorge trug, sie zweifelhaft zu machen durch die officiellen Erläuterungen, die seine Minister in der Nationalversammlung dazu machten; nein, er hatte auch seinen Dufaure zum Handeln. Dufaure, dieser alte orleanistische Advocat, war jederzeit der Oberrichter des Belagerungszustandes gewesen, wie jetzt, 1871, unter Thiers, so 1839 unter Louis Philippe und 1849 unter Louis Bonaparte's Präsidentschaft. Wenn er nicht Minister war, bereicherte er sich, indem er für die Pariser Capitalisten plaidirte und machte politisches Capital, indem er gegen die von ihm selbst eingeführten Gesetze plaidirte. Jetzt, nicht zufrieden, eine Reihe Unterdrückungsgesetze durch die Nationalversammlung zu hetzen, die, nach dem Fall von Paris, die letzten Reste republikanischer Freiheit in Paris ausrotten sollten — deutete er selbst das Geschick von Paris im Voraus an, indem er die, ihm noch zu langwierige, Verfahrungsweise der Kriegsgerichte abkürzte und ein neugebackenes drakonisches Deportationsgesetz einbrachte. Die Revolution von 1848, welche die Todesstrafe für politische Verbrechen abschaffte, hatte sie durch Deportation ersetzt. Louis Napoleon wagte nicht, die Herrschaft der Guillotine wiederherzustellen, wenigstens nicht offen ausgesprochen. Die Junkerversammlung, noch nicht kühn genug, selbst nur anzudeuten, dass die Pariser nicht Rebellen, sondern Mörder seien, musste desshalb ihre vorgenommene Rache gegen Paris auf Dufaure's neues Deportationsgesetz beschränken. Unter allen diesen Umständen würde Thiers seine Versöhnungskomödie unmöglich weiter gespielt haben, hätte sie nicht, was er gerade wollte, das Wuthgeschrei der Krautjunker hervorgerufen, deren wiederkäuender Verstand weder das Spiel verstand, noch die Nothwendigkeit seiner Heuchelei, Falschheit und Hinhaltung.

Angesichts der bevorstehenden Gemeinderathswahlen vom 30. April, führte Thiers am 29 eine seiner grossen Versöhnungsscenen auf. Mitten in einer Fluth sentimentalen Redeergusses, rief er von der Tribüne der Nationalversammlung aus: „Die einzige Verschwörung gegen die Republik, die es giebt, ist die von Paris, die uns zwingt, französisches Blut zu vergiessen. Ich wiederhole es aber und abermals: lasst diese ruchlosen Waffen fallen aus den Händen Derer, die sie führen, und die Strafe wird augenblicklich aufgehalten werden durch einen Friedensact, der nur die kleine Zahl der Verbrecher ausschliesst.“ Den heftigen Unterbrechungen der Krautjunker antwortete er: „Sagen Sie mir, meine Herren, ich bitte Sie inständigst, habe ich Unrecht?

Thut es Ihnen wirklich leid, dass ich in Wahrheit sagen konnte, dass der Verbrecher nur eine Handvoll sind? Ist es nicht ein Glück inmitten all unseres Unglücks, dass die Leute, die fähig waren, das Blut von Clement Thomas und General Lecomte zu vergiessen, nur seltene Ausnahmen bilden?"

Frankreich jedoch hatte nur taube Ohren für Thiers' Reden, in denen er sich schmeichelte, einen parlamentarischen Sirenengesang geleistet zu haben. Aus allen den 700,000 Gemeinderäthen, gewählt in den 35,000 noch bei Frankreich gebliebenen Gemeinden, setzten die vereinigten Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten nicht 8000 durch. Die nachfolgenden Ersatzwahlen fielen noch feindseliger aus. Die Nationalversammlung, statt von den Provinzen die so sehr benöthigte materielle Macht zu erhalten, verlor selbst den letzten Anspruch auf moralische Macht: den, der Ausdruck des allgemeinen Stimmrechts von Frankreich zu sein. Und um die Niederlage zu vollenden, bedrohten die neugewählten Gemeinderäthe aller französischen Städte die usurpatorische Versammlung von Versailles mit einer Gegenversammlung in Bordeaux.

Damit war der langerwartete Augenblick zum entscheidenden Auftreten für Bismarck gekommen. Er befahl Thiers im Herrscherton, unverzüglich Bevollmächtigte für den endgültigen Friedensschluss nach Frankfurt zu senden. In demüthigem Gehorsam gegen den Ruf seines Herrn und Meisters beeilte sich Thiers, seinen berühmten Jules Favre, unterstützt von Pouyer-Quertier abzuschicken. Pouyer-Quertier, ein „hervorragender" Baumwollspinner von Rouen, ein glühender und selbst serviler Anhänger des zweiten Kaiserthums, hatte an diesem nie etwas Unrechtes entdeckt, ausser dem Handelsvertrag mit England, der seinem eigenen Fabrikanten-Interesse schadete. Kaum in Bordeaux zum Finanzminister von Thiers eingesetzt, klagte er auch schon diesen „unheiligen" Vertrag an, machte Andeutungen, dass er bald abgeschafft werde, und hatte sogar die Unverschämtheit, wenn auch umsonst (da er seine Rechnung ohne Bismarck gemacht hatte) die sofortige Wiedereinführung der alten Schutzzölle gegen das Elsass zu versuchen, wo, wie er sagte, dem keine noch gültigen internationalen Verträge im Wege stünden. Dieser Mann, der die Contrerevolution als ein Mittel ansah, um den Arbeitslohn in Rouen herunterzudrücken und die Abtretung französischer Provinzen als ein Mittel, den Preis seiner Waaren in Frankreich heraufzuschrauben — war er nicht schon im Voraus angezeigt als der würdige Genosse Jules Favre's, in seinem letzten, sein ganzes Werk krönenden Verrath?

Als dies fürtreffliche Paar von Bevollmächtigten nach Frankfurt kam, schnauzte Bismarck sie alsbald mit dem Commando an: Entweder Wiederherstellung des Kaiserthums oder unweigerliche Annahme meiner eigenen Friedensbedingungen! Diese Bedingungen enthielten eine Abkürzung der Zahlungsfristen für die Kriegsentschädigung, nebst fortdauernder Besetzung der Pariser Forts durch preussische Truppen, bis Bismarck mit dem Stand der Dinge in Frankreich sich zufrieden erkläre — so dass Preussen als höchster Schiedsrichter in den innern Angelegenheiten Frankreichs anerkannt wurde. Dagegen war er bereit, zur Ausrottung von Paris die gefangene bonapartistische Armee loszulassen und ihm die directe Unterstützung der Truppen des Kaisers Wilhelm zu leihen. Er verbürgte seine Ehrlichkeit dadurch, dass er die Zahlung der ersten Entschädigungsrate von der „Pacification" von Paris abhängig machte. Solch ein Köder wurde natürlich von Thiers und seinen Bevollmächtigten gierig verschlungen. Sie unterschrieben den Vertrag am 10. Mai und besorgten seine Bestätigung durch die Nationalversammlung schon am 18.

In der Zwischenzeit vom Friedensschluss bis zur Ankunft der bonapartistischen Gefangenen, fühlte sich Thiers um so mehr verpflichtet, seine Versöhnungscomödie wieder aufzunehmen, als seine republikanischen Handlanger in äusserster Bedrängniss waren wegen eines Vorwands, um bei den Vorbereitungen zum Pariser Blutbad ein Auge zuzudrücken. Noch am 8. Mai antwortete er einer Deputation von versöhnlichen Mittelbürgern: „Sobald die Insurgenten sich zur Capitulation entschliessen, sollen die Thore von Paris eine Woche lang weit geöffnet werden für Alle, ausser den Mördern der Generale Clement, Thomas und Lecomte."

Einige Tage nachher, heftig von den Krautjunkern wegen dieser Zusage zur Rede gestellt, weigerte er alle Auskunft, fügte aber diesen bezeichnenden

Wink hinzu: „Ich sage Ihnen, es gibt Ungeduldige unter Ihnen, die zu viel Eile haben. Sie müssen noch acht Tage warten; am Ende dieser acht Tage wird keine Gefahr mehr sein und die Aufgabe wird dann ihrem Muth und ihren Fähigkeiten entsprechen.“ Sobald Mac Mahon im Stande war, zu versprechen, dass er bald in Paris einrücken könne, erklärte Thiers der Nationalversammlung, er „werde in Paris einziehen mit dem Gesetz in der Hand und wolle Sühne verlangen von den Elenden, die das Leben von Soldaten geopfert und öffentliche Denkmäler zerstört hätten.“ Als der Augenblick der Entscheidung heranrückte, sagte er zur Nationalversammlung: „ich werde ohne Barmherzigkeit sein“; zu Paris, sein Urtheil sei gesprochen; und zu seinen bonapartistischen Banditen, sie hätten Staatserlaubniss, an Paris ihre Rache nach Herzenslust auszuüben. Endlich, als am 21. Mai der Verrath dem General Douai die Thore von Paris geöffnet hatte, enthüllte Thiers, am 22., seinen Krautjunkern das „Ziel“ seiner Versöhnlichkeitscomödie, die sie so hartnäckig missverstanden hatten. „Ich habe Ihnen vor einigen Tagen gesagt, wir näherten uns dem Ziele; heute komme ich Ihnen zu sagen — das Ziel ist erreicht. Der Sieg der Ordnung, Gerechtigkeit und Civilisation ist endlich gewonnen.“

Und das war er. Die Civilisation und Gerechtigkeit der Bourgeois-Ordnung tritt hervor in ihrem wahren, gewitterschwangern Licht, sobald die Sclaven in dieser Ordnung sich gegen ihre Herren empören. Dann stellt sich diese Civilisation und Gerechtigkeit dar als unverhüllte Wildheit und gesetzlose Rache. Jede neue Krisis im Klassenkampf zwischen dem Aneigner und dem Hervorbringer des Reichthums bringt diese Thatsache greller zum Vorschein. Selbst die Scheusslichkeiten der Bourgeois vom Juni 1848 verschwinden vor der unsagbaren Niedertracht von 1871. Der selbstopfernde Heldenmuth, womit das Pariser Volk — Männer, Weiber und Kinder — acht Tage lang nach dem Einrücken der Versailler fortkämpften, strahlt ebenso sehr zurück die Grösse ihrer Sache, wie die höllischen Thaten der Soldateska zurückstrahlen den eingebornen Geist jener Civilisation, deren gemiethete Vorkämpfer und Rächer sie sind. Eine ruhmvolle Civilisation in der That, deren grosse Aufgabe es ist, wie die Haufen von Leichen los werden, die sie mordete, nachdem der Kampf vorüber war!

Um ein Seitenstück zu finden für das Benehmen Thiers' und seiner Bluthunde, müssen wir zurückgehen zu den Zeiten des Sulla und der beiden römischen Triumvirate. Dieselbe massenweise Schlächterei bei kaltem Blut; dieselbe Missachtung, beim Morden, von Alter und Geschlecht; dasselbe System, Gefangene zu martern; dieselben Aechtungen, aber diesmal gegen eine ganze Klasse; dieselbe wilde Jagd nach den versteckten Führern, damit auch nicht Einer entkomme; dieselbe Angeberei gegen politische und Privatfeinde; dieselbe Gleichgültigkeit bei der Niedermetzelung von dem Kampf ganz fremden Leuten. Nur der eine Unterschied ist da, dass die Römer noch keine Mitrailleusen hatten, um die Geächteten schockweise abzuthun, und dass sie nicht „in ihren Händen das Gesetz“ trugen, noch auf ihren Lippen den Ruf der „Civilisation.“

Und nach diesen Schandthaten, seht jetzt auf die andere, noch ekelhaftere Seite dieser Bourgeois-Civilisation, beschrieben durch ihre eigene Presse!

„Während, schreibt der Pariser Correspondent eines Londoner Toryblattes, während noch einige Schüsse in der Ferne ertönen und unverpflegte Verwundete zwischen den Grabsteinen des Père la Chaise verenden, während 6000 erschreckte Insurgenten im Todeskampf der Verzweiflung in den Irrgängen der Katakomben sich verloren haben, und man Unglückliche noch durch die Strassen treiben sieht, um von den Mitrailleusen schockweise niedergeschossen zu werden — ist es empörend, die Cafés gefüllt zu sehen mit Absinthtrinkern, Billard- und Dominospielern; zu sehen, wie weibliche Verworfenheit sich auf den Boulevards breit macht, und zu hören, wie der laute Schall der Schwelgerei aus den Privatzimmerchen vornehmer Restaurants die Nachtruhe stört.“ Herr Eduard Hervé schreibt im „Journal de Paris“, einem von der Commune unterdrückten Versaillistischen Journal: „Die Art, wie die Pariser Bevölkerung (!) gestern ihre Befriedigung an den Tag legte, war in der That mehr als frivol, und wir fürchten, das wird mit der Zeit schlimmer werden. Paris hat jetzt ein festliches Aussehen, das wahrlich nicht am Platze ist, und falls wir nicht „die Pariser des Verfalls“ genannt zu werden wünschen, muss dem ein Ende ge-

macht werden.“ Und dann citirt er die Stelle des Tacitus: „Und doch, den Morgen nach jenem schrecklichen Kampf, und selbst, ehe er vollständig ausgefochten war, begann Rom, erniedrigt und verderbt, von Neuem sich zu wälzen in jenem Sumpf der Wollust, der seinen Leib zerstörte und seine Seele befleckte — alibi proelia et vulnera, alibi balnea popinaeque (hier Kämpfe und Wunden, dort Bäder und Restaurants).“ — Herr Hervé vergisst nur, dass die „Pariser Bevölkerung“, von der er spricht, nur die Bevölkerung des Paris von Thiers ist, die Franc-Fileurs, die haufenweise von Versailles, Saint-Denis, Rueil und Saint-Germain zurückkehren, in der That das „Paris des Verfalls.“

In jedem ihrer blutigen Triumphe über die selbstopfernden Vorkämpfer einer neuen und besseren Gesellschaft, übertäubt diese, auf die Knechtung der Arbeit gegründete, schmähliche Civilisation das Geschrei ihrer Schlachtopfer durch einen Hetzruf der Verläumdung, den ein weltweites Echo wiederhallt. Das heitere Arbeiterparis der Commune verwandelt sich plötzlich, unter den Händen der Bluthunde der „Ordnung“, in ein Pandämonium. Und was beweist diese ungeheure Verwandlung dem Bourgeoisverstand aller Länder? Nichts, als dass die Commune sich gegen die Civilisation verschworen hat! Das Pariser Volk opfert sich begeistert für die Commune; die Zahl seiner Todten ist unerreicht in irgend einer früheren Schlacht. Was beweist das? Nichts, als dass die Commune nicht des Volks eigne Regierung, sondern die Gewalthandlung einer Handvoll Verbrecher war! Die Weiber von Paris geben freudig ihr Leben hin, an den Barrikaden wie auf dem Richtplatz. Was beweist das? Nichts, als dass der Dämon der Commune sie in Megären und Hekaten verwandelt hat! Die Mässigung der Commune, während zweimonatlicher unbestrittener Herrschaft, findet ihres Gleichen nur in dem Heldenmuth ihrer Vertheidigung. Was beweist das? Nichts, als dass die Commune zwei Monate lang, unter der Maske der Mässigung und Menschlichkeit, den Blutdurst ihrer teuflischen Gelüste sorgfältig verbarg, um sie in der Stunde ihres Todeskampfes loszulassen!

Das Paris der Arbeiter hat im Act seiner heroischen Selbstopferung Gebäude und Monumente mit in die Flammen gezogen. Wenn die Beherrscher des Proletariats seinen lebendigen Leib in Stücke reissen, dürfen sie nicht länger darauf rechnen, triumphirend in die unangetasteten Mauern ihrer Wohnsitze wieder einzuziehen. Die Versailler Regierung schreit: Brandstiftung! und flüstert dies Stichwort allen ihren Handlangern zu bis ins entfernteste Dorf, auf ihre Gegner überall Jagd zu machen als der gewerbsmässigen Brandstiftung verdächtig. Die Bourgeoisie der ganzen Welt sieht der Massenschlächterei nach der Schlacht wohlgefällig zu, aber sie entsetzt sich über die Entweihung von Dach und Fach!

Wenn Regierungen ihren Kriegsflotten Staatsfreiheit geben, „zu tödten, zu verbrennen und zu zerstören,“ ist das ein Freibrief für Brandstiftung? Als die britischen Truppen muthwillig das Kapitol in Washington und den Sommerpalast des Kaisers von China verbrannten, war das Brandstiftung? Als Thiers sechs Wochen lang Paris bombardirte, unter dem Vorwand, dass er blos solche Häuser anzünden wollte, in denen Leute seien, war das Brandstiftung? — Im Krieg ist Feuer eine vollständig rechtmässige Waffe. Gebäude, vom Feinde besetzt, bombardirt man nur, um sie anzuzünden. Müssen die Vertheidiger sie verlassen, so stecken sie selber sie in Brand, damit die Angreifer sich nicht darin festsetzen können. Niedergebrannt zu werden, war stets das unvermeidliche Schicksal aller in der Schlachtfront aller regelmässigen Armeen der Welt gelegenen Gebäude. Aber im Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker, dem einzig rechtmässigen Krieg in der Geschichte, da soll dies bei Leibe nicht gelten! Die Commune hat das Feuer, im strengsten Sinne des Worts, als Vertheidigungsmittel gebraucht. Sie wandte es an, um den Versailler Truppen jene langen graden Strassen zu versperren, die Haussmann absichtlich dem Artilleriefeuer offen gelegt hatte; sie wandte es an, um ihren Rückzug zu decken, grade wie die Versailler in ihrem Vordringen ihre Granaten anwandten, die mindestens ebensoviel Häuser zerstörten wie das Feuer der Commune. Noch jetzt ist es streitig, welche Gebäude durch die Vertheidiger und welche durch die Angreifer angezündet wurden. Und die Vertheidiger nahmen Zuflucht zum Feuer erst dann, als die Versailler Truppen bereits mit ihrem Massenabmorden der Gefangenen begonnen hatten. — Zudem hatte die Commune längst vorher

öffentlich angekündigt, dass, wenn zum Aeussersten getrieben, sie sich unter den Trümmern von Paris begraben, und aus Paris ein zweites Moskau machen werde, wie die Vertheidigungsregierung, freilich nur als Deckmantel ihres Verraths, dies ebenfalls versprochen hatte. Gerade für diesen Zweck hatte Trochu das nöthige Petroleum herbeigeschafft. Die Commune wusste, dass ihren Gegnern Nichts lag am Leben des Pariser Volks, aber sehr viel an ihren eigenen Pariser Gebäuden. Und Thiers, seinerseits hatte erklärt, er werde in seiner Rache unerbittlich sein. Sobald er erst seine Armee schlagfertig hatte auf der einen Seite, und auf der andern die Preussen den Ausgang absperrten, rief er aus: „Ich werde erbarmungslos sein! Die Busse wird vollständig sein, die Justiz streng.“ Wenn die Thaten der Pariser Arbeiter Vandalismus waren, so waren sie der Vandalismus der verzweifelnden Vertheidigung, nicht der Vandalismus des Triumphs, wie der, dessen die Christen sich schuldig machten an den wirklich unschätzbaren Kunstwerken des heidnischen Alterthums; und selbst dieser Vandalismus ist vom Geschichtschreiber gerechfertigt worden als ein unumgängliches und verhältnissmässig unbedeutendes Moment in dem Riesenkampf zwischen einer neuen, emporkommenden und einer alten zusammenbrechenden Gesellschaft. Noch weniger war es der Vandalismus Haussmann's, der das historische Paris wegfegte, um dem Paris des Bummlers Platz zu schaffen.

Aber die Hinrichtung der vierundsechszig Geiseln, voran den Erzbischof von Paris, durch die Commune! — Die Bourgeoisie und ihre Armee hatten im Juni 1848 eine längst aus der Kriegführung verschwundene Sitte wieder eingeführt — das Erschiessen ihrer wehrlosen Gefangenen. Diese brutale Sitte ist seitdem mehr oder weniger angewandt worden bei jeder Unterdrückung eines Volksaufstands in Europa und Indien, womit bewiesen ist, dass sie ein wirklicher „Fortschritt der Civilisation“ war! Andrerseits hatten die Preussen in Frankreich die Sitte wieder ins Leben gerufen, Geiseln zu nehmen — unschuldige Leute, die ihnen, mit ihrem Leben, für die Handlungen Anderer hafteten. Als Thiers, wie wir sahen, schon vom Anfang des Kampfes an die menschliche Sitte des Erschiessens der communalistischen Gefangenen in Kraft setzte, blieb der Commune nichts übrig, zum Schutz des Lebens dieser Gefangenen, als zur preussischen Sitte des Geiselngreifens ihre Zuflucht zu nehmen. Das Leben der Geiseln war aber und abermals verwirkt durch das anhaltende Erschiessen von Gefangenen durch die Versailler. Wie konnte man ihrer noch länger schonen nach dem Blutbade, womit Mac Mahon's Prätorianer ihren Einmarsch in Paris feierten? Sollte auch das letzte Gegengewicht gegen die rücksichtslose Wildheit der Bourgeoisregierungen — die Ergreifung von Geiseln — zum blossen Gespött werden? Der wirkliche Mörder des Erzbischofs Darboy ist Thiers. Die Commune hatte aber und abermals angeboten, den Erzbischof und einen ganzen Haufen Pfaffen in den Kauf auszuwechseln, gegen den einzigen von Thiers festgehaltenen Blanqui. Thiers weigerte sich hartnäckig. Er wusste, dass er der Commune mit Blanqui einen Kopf geben werde, während der Erzbischof seinen Zwecken am besten dienen würde als — Leiche. Thiers ahmte hierin Cavaignac nach. Welchen Schrei des Entsetzens liessen nicht im Juni 1848 Cavaignac und seine Ordnungsmänner los, als sie die Insurgenten als Mörder des Erzbischofs Affre brandmarkten! Und doch wussten sie ganz genau, dass der Erzbischof von den Ordnungssoldaten erschossen worden. Jacquemet, der Generalvikar des Erzbischofs, hatte ihm unmittelbar nach der That sein dahin lautendes Zeugniss eingehändigt.

Dieser ganze Verläumdungschor, den die Ordnungspartei in ihren Blutfesten nie verfehlt gegen ihre Schlachtopfer anzustimmen, beweist bloss, dass der heutige Bourgeois sich für den rechtmässigen Nachfolger des ehemaligen Feudalherrn ansieht, der jede Waffe, in seiner eignen Hand, für gerechtfertigt hielt gegenüber dem Plebejer, während irgendwelche Waffe in der Hand des Plebejers von vornherein ein Verbrechen ausmachte.

Die Verschwörung der herrschenden Klasse zum Umsturz der Revolution durch einen unter dem Schutz des fremden Eroberers geführten Krieg — eine Verschwörung, deren Spuren wir gefolgt sind vom September bis herab zum Einmarsch der Mac Mahon'schen Prätorianer durch das St. Clouder Thor — gipfelte in dem Blutbade von Paris. Bismarck schaute mit vergnügten Sinnen auf die Trümmer von Paris, in denen er vielleicht die „erste Rate“ jener all-

gemeinen Zerstörung der grossen Städte sah, die er bereits erfleht hatte, als er noch ein einfacher Rural in der preussischen Chambre introuvable von 1849 war. Er schaute zufrieden auf die Leichen des Pariser Proletariats. Für ihn ist dies nicht nur die Austilgung der Revolution, sondern zugleich die Austilgung Frankreichs, das jetzt in Wirklichkeit enthauptet ist, und durch die französische Regierung obendrein. Mit der, allen erfolgreichen Staatsmännern eignen, Seichtigkeit sieht er nur die Oberfläche dieses ungeheuren geschichtlichen Ereignisses. Wo hat je vorher die Geschichte das Schauspiel vorgeführt eines Siegers, der seinen Sieg damit krönt, dass er sich nicht nur zum Gensdarmen, sondern auch zum gemietheten Bravo der besiegten Regierung hergibt? Zwischen Preussen und der Commune von Paris war kein Krieg. Im Gegentheil, die Commune hatte die Friedenspräliminarien angenommen und Preussen hatte seine Neutralität erklärt. Preussen war also keine kriegführende Partei. Es handelte als Bravo; als feiger Bravo, weil es keinerlei Gefahr auf sich lud; als gemietheter Bravo, weil es im Voraus die Zahlung seines Blutgeldes von 500 Millionen von dem Fall von Paris abhängig machte. Und so kam denn endlich an den Tag der wahre Charakter jenes Krieges, den die Vorsehung angeordnet hatte zur Züchtigung des gottlosen und liederlichen Frankreichs durch das fromme und sittliche Deutschland! Und dieser unerhörte Bruch des Völkerrechts, selbst wie es von den Juristen der alten Welt verstanden, statt die „civilisirten" Regierungen Europas aufzurütteln, dass sie dies rechtsbrüchige Preussen, das blosse Werkzeug des Petersburger Cabinets, in die Acht der Völker erklären — treibt sie nur zu der Erwägung, ob die wenigen Schlachtopfer, die der doppelten Postenkette um Paris entgehen, nicht auch noch dem Versailler Henker auszuliefern sind!

Dass nach dem gewaltigsten Krieg der neueren Zeit die siegreiche und die besiegte Armee sich verbünden zum gemeinsamen Abschlachten des Proletariats — ein so unerhörtes Ereigniss beweist, nicht, wie Bismarck glaubt, die endliche Niederdrückung der sich emporarbeitenden neuen Gesellschaft, sondern die vollständige Zerbröckelung der alten Bourgeoisgesellschaft. Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen andern Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der bei Seite fliegt, sobald der Klassenkampf in Bürgerkrieg auflodert. Die Klassenherrschaft ist nicht länger im Stande, sich unter einer nationalen Uniform zu verstecken; die nationalen Regierungen sind Eins gegenüber dem Proletariat!

Nach Pfingstsonntag 1871 kann es keinen Frieden und keine Waffenruhe mehr geben zwischen den Arbeitern Frankreichs und den Aneignern ihrer Arbeitserzeugnisse. Die eiserne Hand einer gemietheten Soldateska mag beide Klassen, für eine Zeitlang, in gemeinsamer Unterdrückung niederhalten. Aber der Kampf muss aber und abermals ausbrechen, in stets wachsender Ausbreitung, und es kann kein Zweifel sein, wer der endliche Sieger sein wird — die wenigen Aneigner oder die ungeheure arbeitende Majorität. Und die französischen Arbeiter bilden nur die Vorhut des ganzen modernen Proletariats.

Während die europäischen Regierungen so, vor Paris, den internationalen Charakter der Klassenherrschaft bethätigen, schreien sie Zeter über die Internationale Arbeiterassociation — die internationale Gegen-Organisation der Arbeit gegen die weltbürgerliche Verschwörung des Capitals — als Hauptquelle alles dieses Unheils. Thiers klagte sie an als den Despoten der Arbeit, der sich als ihren Befreier ausgebe. Picard befahl alle Verbindung der französischen Internationalen mit denen des Auslandes abzuschneiden; Graf Jaubert, der alte, zur Mumie gewordene Mitschuldige des Thiers von 1835, erklärte es für die Hauptaufgabe aller Regierungen, sie auszurotten. Die Krautjunker der Nationalversammlung heulen gegen sie, und die gesammte europäische Presse stimmt ein in den Chor. Ein ehrenwerther französischer Schriftsteller, der unserer Association durchaus fremd ist, spricht sich aus wie folgt: „Die Mitglieder des Central-Comités der Nationalgarde, wie auch der grössere Theil der Mitglieder der Commune, sind die thätigsten, einsichtigsten und energischsten Köpfe der Internationalen Arbeiter-Association .... Leute, durchaus ehrlich, aufrichtig, einsichtig, voll Hingebung, rein und fanatisch im guten Sinn des Wortes." Der polizeigefärbte

Bourgeoisverstand stellt sich natürlich die Internationale Arbeiter-Association vor als eine Art geheimer Verschwörung, deren Centralbehörde von Zeit zu Zeit Ausbrüche in verschiedenen Ländern befiehlt. Unsere Association ist aber in der That nur das internationale Band, das die fortgeschrittensten Arbeiter in den verschiedenen Ländern der civilisirten Welt vereinigt. Wo immer, und in welcher Gestalt immer, und unter welchen Bedingungen immer der Klassenkampf irgend welchen Bestand erhält, da ist es auch natürlich, dass Mitglieder unserer Association im Vordergrund stehen. Der Boden, aus dem sie emporwächst, ist die moderne Gesellschaft selbst. Sie kann nicht niedergestampft werden durch noch so viel Blutvergiessen. Um sie niederzustampfen, müssten die Regierungen vor Allem die Zwingherrschaft des Kapitals über die Arbeit niederstampfen — also die Bedingung ihres eigenen Schmarotzer-Daseins.

Das Paris der Arbeiter, mit seiner Commune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem grossen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilgung hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind sie zu erlösen.

Der Generalrath:

M. T. Boon, Fred. Bradnick, G. H. Buttery, Caihill, William Hales, Kolb, Fred. Lessner, G. Milner, Thomas Mottershead, Charles Murray, Pfänder, Roach, Rühl, Sadler, Cowell Stepney, Alf. Taylor, W. Townshend.

Correspondirende Secretäre:

Eugène Dupont, für Frankreich. — Karl Marx, für Deutschland und Holland. — Friedrich Engels, für Belgien und Spanien. — Hermann Jung, für die Schweiz. — P. Giovacchini, für Italien. — Zévy Moritz, für Ungarn. — Anton Zabicki, für Polen. — J. Cohen, für Dänemark. — J. G. Eccarius, für die Vereinigten Staaten. — Hermann Jung, Vorsitzender. — John Weston, Schatzmeister. — Georg Harris, Finanz-Secretär. — John Hales, General-Secretär.

256, High Holborn, London, W. C., 30. Mai 1871."

Trotz dieser Erklärung des G.-R., dass er sich für solidarisch mit der Commune ansehe, wuchs sie ihm über den Kopf und hat die I., man kann wohl sagen, remplacirt. Die Commune ist jetzt das Bindeglied der autonomen, nationalen, socialdemokratischen Gruppen geworden, welche sich allmählich von der Marx'schen I. emancipirten.

Es sei hier kurz entwickelt, wie sie in Frankreich den Boden verlor.

Ihre Organisation daselbst wurde durch die Regierung zerstört.

Schon am 6. Juni 1871 erliess J. Favre ein Rundschreiben an die französischen Gesandten über die Commune, wovon Jäger in dem „Modernen Socialismus" folgenden Auszug macht:

„. . . Paris war durch das Régime, welches ihm die kaiserliche Regierung geschaffen, zu einer furchtbaren Krisis verdammt: sie wäre im tiefen Frieden ausgebrochen; der Krieg gab ihr den Charakter einer schrecklichen Convulsion. Es konnte nicht anders sein, indem man in dem Umkreise der Hauptstadt eine unstäte Bevölkerung von nahe an 300,000 Arbeitern zusammenhäufte; indem es alle Aufregung leichten Genusses und alle Leiden des Elends vermehrte, hatte das Kaiserreich, einen mächtigen Heerd des Verderbens und der Unordnung geschaffen, wo der geringste Funke einen Brand erzeugen konnte. Es hatte eine Nationalwerkstätte geschaffen, ernährt durch fieberhafte Speculation, und welche zu entlassen ohne Katastrophe nicht möglich war." Favre schildert dann weiter, wie nach der Niederlage der Armeen die Pflicht der Vertheidigung erfordert habe, dieses Volk zu bewaffnen und die Arbeitslosen, deren Zahl über 600,000 betrug, zu ernähren. Die Stadt habe sich über Erwartung gehalten, „aber Niemand kann die Gewalt des mo-

ralischen und physischen Verderbens schildern, dem die unglückliche Bevölkerung zur Beute wurde. . . In zwei Theile gespalten durch die Versammlung in Bordeaux, blieb die Regierung ohne Macht, sie hätte Macht erlangt durch ihre Uebersiedelung nach Versailles, wenn die Aufwiegler nicht diesen Moment ergriffen hätten, um den Aufstand zu entzünden.“ Favre erklärt dann, wie eine kleine Gruppe politischer Sectirer schon seit dem 4. September mehrmals versucht habe, sich der Gewalt zu bemächtigen. Ihr Stichwort war die Commune von Paris und später die Föderation der Nationalgarde. „Mit seltener Geschicklichkeit bereiteten sie eine geheime Organisation vor, welche sich bald über die ganze Stadt verbreitete. Durch diese bemächtigten sie sich der Bewegung vom 18. März, die Anfangs keine politische Tragweite zu haben schien. Die lächerlichen Wahlen, zu welchen sie schritten, waren nur eine Maske; Herren der bewaffneten Macht, Besitzer unermesslicher Hilfsmittel an Munition, an Artillerie, an Gewehren, dachten sie nur noch daran, durch Schrecken zu herrschen uud die Provinzen zum Aufstand zu bringen . . Sie schreckten vor keinen Attentaten zurück. Sie benutzten die Lüge, die Proscription, den Tod. Sie reihten Verbrecher ein, die sie aus den Gefängnissen befreit hatten, Deserteure und Fremde. Alles, was in Europa unsauber war, wurde herbeigerufen; Paris war das Stelldichein der Verwerflichkeit der ganzen Welt. Auf diese Art gelang es, eine grosse Anzahl Bürger irre zu führen und die ganze Stadt befand sich unter dem Joche eines Häufleins Fanatiker und Verbrecher. . . . Aber ich würde eines der wesentlichsten Elemente dieser düstern Geschichte auslassen, wenn ich nicht daran erinnern würde, dass man zur Seite der Jacobiner-Parodisten, welche die Prätention hatten, ein politisches System zu gründen, die Leiter einer Gesellschaft stellen muss, die jetzt einen traurigen Ruhm davon getragen, welche man „Internationale“ nennt, und deren Wirkung vielleicht mächtiger, als die ihrer Mithelfer war, weil sie sich auf die Zahl, die Disçiplin und den Kosmopolitismus stützte.“

Das Document beleuchtet hierauf die Gründung, die historische Entwicklung und die Principien der „Internationale“. Wie der Name der Gesellschaft selbst sagt, wollten die Gründer der I. die Nationalitäten auslöschen und vermengen zu einem gemeinsamen höheren Interesse. Man konnte Anfangs glauben, dass dieser Gedanke nur durch Gesinnungen des Friedens und der Gegenseitigkeit eingegeben sei. Die officiellen Documente strafen diese Voraussetzung völlig Lügen. Die I. ist eine Gesellschaft des Krieges und des Hasses; sie hat zur Grundlage den Atheismus und den Communismus, zum Ziele die Vernichtung des Capitals und Derjenigen, welche es besitzen, als Mittel die brutale Gewalt des grossen Haufens, die alles zerdrücken soll, was zu widerstehen versucht; ihre Verhaltungsmassregeln sind die Negation aller Principien, auf welchen die Civilisation beruht. Wir fordern, sagen sie in ihrem officiellen Blatte vom 25. März 1869, die directe Gesetzgebung des Volkes durch das Volk, die Abschaffung des individuellen Erbrechtes für Capitalien und Arbeitswerkzeuge, die Ueberweisung des Bodens an den Collectivbesitz. Die Verbindung erklärt sich für atheistisch, sagt der Generalrath von London, der sich im Juli 1869 constituirte, sie will die Abschaffung des Gottesdienstes, die Ersetzung des Glaubens durch die Wissenschaft, der göttlichen Gerechtigkeit durch die menschliche, die Abschaffung der Ehe. . . Sie verlangt vor Allem Abschaffung des Erbrechtes, damit in Zukunft der Genuss mit der Production eines Jeden gleich sei. Um alle individuelle Thätigkeit, wie alles individuelle Eigenthum zu vernichten, um die Nation unter dem Joche einer Art blutigen Monarchismus zu er-

drücken, und daraus eine unermessliche, durch den Communismus verarmte und verdummte Horde zu machen, bewegen verirrte und verderbte Menschen die Welt, verführen die Unwissenden und schleppen die allzu zahlreichen Sectirer mit sich, welche in der Wiedererweckung dieser ökonomischen Albernheiten Genuss ohne Arbeit und Befriedigung ihrer schlechtesten Wünsche zu finden hofften . . . Europa steht einem Werke der Zerstörung gegenüber, welches gegen alle Nationen gerichtet ist, aus welchen es zusammengesetzt ist, und gegen die Principien selbst, auf welchen alle Civilisation beruht. Nachdem es die Führer der Internationale am Werk gesehen, hat es sich nur noch zu fragen, was ihre friedliche Erklärungen werth sind. Das letzte Wort ihres Systems kann nur der erschreckliche Despotismus einer kleinen Anzahl von Führern sein, der sich einer unter das Joch des Communismus gebeugten Menge auferlegt, die alle Knechtschaft trägt, selbst die hassenswertheste, die Knechtschaft des Gewissens, die weder Heerd noch Feld, noch Ersparnisse, noch Gebet hat, beschränkt auf eine unermessliche Werkstatt, geführt durch den Schrecken und amtlich gezwungen, aus ihren Herzen Gott und die Familie zu verbannen. Das ist eine bedenkliche Lage. Sie erlaubt den Regierungen weder Gleichgiltigkeit noch Unthätigkeit.“

Jules Favre ladet schliesslich alle Vertreter Frankreichs ein, mit Aufmerksamkeit alle Fälle zu studiren, welche auf die „Internationale“ Bezug haben, und sie zu ernsten Gegenständen ihrer Unterredungen zu machen. Die Vorsicht verbiete, diese Frage leichthin zu entscheiden und irgend etwas hintanzusetzen, was Aufklärung geben könnte. In die Gesetze Strenge einzuführen, welche durch das sociale Bedürfniss erfordert wird, und diese Gesetze ohne Schwäche anzuwenden, ist eine Neuerung, zu welcher Frankreich sich entschliessen muss. Es ist für dasselbe eine Sache des Heils. Aber es würde unvorsichtig und schuldig sein, wenn es zu gleicher Zeit nicht darauf hinarbeiten würde, die öffentliche Moral durch eine gesunde und starke Erziehung, durch ein liberales, ökonomisches Regime, durch Liebe für die Gerechtigkeit, durch Einfachheit, durch Mässigung, durch Freiheit aufzurichten; und wie gross auch die Prüfungen sein werden, Frankreich wird sie überstehen. . . .

Herr Dr. Jäger bemerkt hierzu sehr richtig: „Dieses Rundschreiben J. Favre's ist offenbar nicht auf Grund des Programms der „Internationale“, sondern jenes der Bakuninschen „Alliance“ abgefasst.“

Die europäischen Cabinette gaben ihm — abgesehen von der spanischen Depesche, die ich im I. Bande angeführt habe, keine Folge, wohl aus dem Grunde, weil sie die Lügen, welche Favre wieder vorbrachte, kannten und soviel wussten, dass die Commune nicht von einer kleinen Anzahl von Communisten gemacht war, sondern ihre Entstehung anderen Ursachen, und nicht am meisten der Unfähigkeit Favre's und seiner Genossen, verdankte. Der französischen Regierung genügte aber nicht der über ganz Frankreich verfügte Belagerungszustand, sie brachte am 14. März 1872 noch folgendes Ausnahmegesetz gegen die I. durch:

Artikel 1. „Jede internationale Vereinigung, unter welcher Benennung sie immer bestehen möge, und vorzüglich diejenige, welche sich „Internationale Association der Arbeiter“ nennt und die zum Zwecke hat, zur Arbeitseinstellung, zur Abschaffung der Rechte des Eigenthums, der Familie, des Vaterlandes oder der vom Staate anerkannten Religions-

genossenschaften aufzureizen, begeht schon allein durch die Thatsache ihres Bestehens einen Angriff gegen den öffentlichen Frieden. Artikel 2. Jeder Franzose, welcher nach rechtsgiltiger Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes der „Internationalen Association der Arbeiter" oder jeder andern Vereinigung, die denselben Grundsätzen huldigt oder dieselben Zwecke verfolgt, sich anschliesst oder deren Mitglied bleibt, wird mit Gefängniss von drei Monaten bis zu zwei Jahren und einer Geldbusse von 50 bis 1000 Francs bestraft. Ausserdem verliert er sämmtliche staatsbürgerlichen und bürgerlichen Rechte, sowie die Rechte der Familie, die im Artikel 42 des Strafgesetzbuches näher bezeichnet werden. Artikel 3. Die Gefängnissstrafe kann auf fünf Jahre, die Geldbusse auf 2000 Francs erhöht werden für Diejenigen, welche ein Amt in einer dieser Vereinigungen übernommen oder die wissentlich zu deren Ausbreitung beigetragen haben, sei es, indem sie zum Vortheil der Vereinigung Subscriptionen entgegennehmen oder dazu aufforderten, sei es, indem sie derselben in Massen oder im Einzelnen Anhänger verschaffen, oder sei es endlich, indem sie deren Grundsätze, Manifeste oder Rundschreiben verbreiteten. Sie können ausserdem durch das bezügliche correctionelle Urtheil ihrer Eigenschaft als Franzosen verlustig erklärt und in Folge dessen allen auf Fremde anwendbaren polizeilichen Massregeln unterworfen werden. Artikel 4. Mit Gefängniss von sechs Monaten und einer Geldbusse von 50 bis 500 Francs wird bestraft, wer wissentlich ein Local zur Abhaltung einer oder mehrerer Versammlungen eines Theiles oder einer bestimmten Abtheilung der obenerwähnten Vereinigungen zur Verfügung stellt oder vermiethet, Alles das, ohne den schweren Strafen vorzugreifen, die in Gemässheit des Strafgesetzbuches auf Verbrechen und Vergehen jeder Art anwendbar sind, deren sich, sei es als Urheber, sei es als Theilnehmer, die Angeklagten schuldig gemacht haben können, die im gegenwärtigen Gesetze erwähnt werden. Artikel 5. Der Artikel 463 des Strafgesetzbuchs ist anwendbar in Betreff der Gefängnissstrafen und Geldbussen, welche durch die vorhergehenden Artikel bestimmt sind. Artikel 6. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und früherer Gesetze, welche durch vorstehendes Gesetz nicht aufgehoben sind, bleiben in Kraft. Artikel 7. Gegenwärtiges Gesetz wird in allen Gemeinden verkündet und angeschlagen."

Die „Liberté" sagt: „Der Belagerungszustand (und Ausnahmegesetze), das ist also das letzte Wort des Herrn Thiers! Das ist in Frankreich wie in Deutschland das letzte Wort der politischen Bourgeoisie!"

Nicht unrichtig! Ich habe es immer gesagt, dass man, wenn man nicht das Wirthschaftssystem ändert, was in Deutschland eine mächtige, noch nicht von der Bourgeoisie geknechtete Dynastie noch kann, so kömmt man auch hier zum Belagerungszustand, und die Erfahrung giebt mir Recht. Seit einem ganzen Jahre arbeitet in Deutschland die Polizei gegen die Socialdemokraten — ohne Erfolg. Soeben — November 1874 — finden Conferenzen in Hamburg, unter Tölcke's und Liebknecht's Vorsitz, statt zur Einigung der Lassalleaner und Eisenacher, und sie wird sich vollziehen.

Der Hamburger „Social-Demokrat" sagt darüber:

„„Es ist uns ganz einerlei, von welcher Seite uns Unterstützung wird; haben wir das allgemeine und directe Wahlrecht

aus der Hand Bismarck's entgegengenommen, warum sollten wir uns denn scheuen, gute Bestrebungen Tölcke's zu unterstützen. So haben die Eisenacher jedenfalls auch gedacht, als sie mit ihrem alten Gegner aus Iserlohn, über diesen Gegenstand, Ende voriger Woche hier in Hamburg in Berathung traten. Tölcke war natürlich selbst hier. Wer sonst noch dabei war, ist Nebensache, wir können aber mit gutem Gewissen sagen, dass wir glauben, es kommt diesesmal Etwas darnach. . Man hat den Vorschlag Dr. von Schweitzer's acceptirt und will durch einen von allen Parteien beschickten Congress, der wahrscheinlich im Jänner nächsten Jahres in Magdeburg stattfinden wird die Sache regeln. In Leipzig war Tölcke und ist daselbst direct mit Herrn Liebknecht über denselben Gegenstand in Unterhandlung getreten."

Meine Freunde und ich haben die deutschen Regierungen genug gewarnt, den Weg der Unterdrückung zu betreten. Wir schlugen den der Versöhnung vor. Nun hat die Partei, welche den Ausschlag gab — Delbrück, Michaelis, Camphausen — Lasker, Bamberger, Minnigerode — die Quittung auf ihre Bemühungen. Schon reichen die Gesetze nicht mehr, denn die Socialdemokraten wissen sich ihnen zu accomodiren. Sie machen ihre Vereinsstatuten nach dem Muster der Statuten national-liberaler Vereine. Soll die Gleichheit vor dem Gesetz wirklich in Preussen eine Wahrheit bleiben, so muss die Staatsanwaltschaft ebenso gegen den nationalliberalen Wahlverein einschreiten, wie gegen den socialdemocratischen. Denn das Gesetz kann immer nur die Form eines Vereins und das, was darin verhandelt wird, treffen, niemals aber recherchiren, welcherlei Gesinnung die Vereinsmitglieder sind. So kann man socialdemokratische Vereine, Gleichheit vor dem Gesetz vorausgesetzt, nur unmöglich machen, wenn man überhaupt alle politischen Vereine verbietet.

Die Agitation der Socialdemokratie in Versammlungen ist ebenso nur zu unterdrücken, wenn man das Recht zur Versammlung überhaupt aufhebt.

Eine öffentliche Agitation für socialdemokratische Principien ist endlich höchst wirksam durch die Presse zu betreiben. Nur die Einführung der Censur könnte dies verhindern.

Auf dem Wege des Herrn Tessendorf kommt man also mit Nothwendigkeit zur Aufhebung der Vereins- und Versammlungsfreiheit und zur Wiedereinführung der Censur. Ich bezweifle aber, dass die Regierung vom Parlament diese Waffen gegen die Socialdemokratie ausgeliefert erhalten wird, weil der Liberalismus fürchtet, dass sie sich dereinst auch gegen ihn kehren könnten — nicht mit Unrecht!

Wenn aber auch solche Gesetze durchgingen, was ich keineswegs wünsche, so würden sie die unterirdische Thätigkeit der Socialdemokratie nicht verhindern. Das kann nur der Belagerungszustand allenfalls thun. Am Ende der Politik Tessendorf, die sich auf dem Wege des Herrn Thiers bewegt, sehe ich denn auch den Belagerungszustand. Je eher man auf diesem Wege zurück-

kehrt desto besser wird es sein. Schon aber hat diese Politik so böse Früchte, dass eine ernstliche Reformpolitik bereits zu radikaleren Massregeln wird greifen müssen, als ich sie im letzten Capitel des ersten Bandes empfohlen habe. Das Programm Turgot war 1776 zeitgemäss. Später reichte es nicht mehr aus, wie die Geschichte gelehrt hat. Sollte ich nach 10 Jahren wieder ein Programm machen, wird es auch anders ausfallen.

Die seit einem halben Jahre gegen die Socialdemokratie befolgte Politik scheint mir auch mit der Falk'schen Politik denselben Fehler gemein zu haben, dass sie davon ausgeht, man könnte die Socialdemokratie in Deutschland besiegen, wie Herr Falk zu meinen scheint, man könne den Katholicismus in Deutschland überwinden. Beides sind internationale Potenzen. Dieser zweite Theil meines Buches führt den actenmässigen Beweis, dass die Socialdemokratie beinahe in allen Culturländern der Welt festen Fuss gefasst hat, täglich Terrain gewinnt und in zwei Ländern bereits zum Bürgerkriege geführt hat. Der einsichtige Staatsmann wird aus dieser Lecture schliessen müssen, dass die romanischen Länder Europas nicht mehr eine so feste Regierung haben, wie sie nöthig ist, das jetzige Wirthschafts- und politische System, die politische und ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie, auch nur noch ein Menschenalter lang aufrecht zu erhalten. Die Rückwirkungen auf Deutschland kann man aber ebensowenig ausschliessen, wie man das mit den Wirkungen der französischen ersten Revolution konnte. Wäre die liberale Repressionspolitik in Deutschland durchführbar, was ich bezweifle, so wäre sie doch in Deutschland nicht haltbar, weil zwei Wirthschaftssysteme in Europa undenkbar sind. Wir können Deutschland nicht mit einer chinesischen Mauer umschliessen und hier das liberale Wirthschaftssystem verewigen, während das socialistische in den Staaten um uns das liberale vernichtet hat, während das communistische in Russland bereits die Grundlage der Landwirthschaft ist.

Doch zurück zu Frankreich!

Mit dem Gesetz gegen die I. war eine öffentliche Organisation der I. in Frankreich unmöglich. Trotzdem existirten noch eine Weile Sectionen im Geheimen und so namentlich die „Section Ferré" in Paris, die der Mittelpunkt derselben gewesen zu sein scheint.

Doch auch dem wurde ein Ende gemacht.

Bevor ich jedoch dies berichte, will ich noch einiger Schritte der französischen Regierung gedenken, die gewissen Beschwerden der Arbeiter Abhülfe schaffen sollten.

Alle alten Parteien suchten wieder Einfluss auf die Arbeiter zu gewinnen. Napoleon III. hat, allem Anschein nach, geflohene Bakuninisten in London unterstützt, so den bekannten Richard.

Die Legitimisten protegirten die katholischen Arbeiter-Associationen.

Die Gambettisten suchten ebenfalls auf sie Einfluss zu gewinnen. Nach der „Liberté" vom 11. August 1872 behauptet

diese Partei, das Volk sei nicht intelligent. „Es ist unfähig, selbst sich zu befreien ohne Hülfe seines älteren Bruders, der kleinen Bourgeoisie und der Intelligenz, die durch Gambetta repräsentirt wird, den man zum Dictator ernennen muss.“

Das socialistische Blatt verhöhnt diese Bestrebungen sowie diejenigen, welche Victor Hugo und Genossen im „Rappel“ machten, die Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen.

Auch die Orleanisten suchten auf die Arbeiter einzuwirken. Der Herzog von Audifferet-Pasquier brachte den Antrag in der National-Versammlung ein, eine Commission zur Untersuchung der Lage der arbeitenden Klassen einzusetzen, und die Kammer bewilligt dem Antrage die Dringlichkeit.

In seiner kurzen Rede erklärt der Herzog diesen Schritt für eine Pflicht der „dirigirenden Klassen“. Auf die naive Frage eines Deputirten, was er unter „dirigirende Klassen“ verstehe, antwortet der Herzog nicht. Dies beweist, dass er Geist hat; denn wer das in der National-Versammlung nicht weiss, dem hilft die beste Auskunft nichts.

Diese Commission hat bis jetzt nichts geleistet. Auch scheint der Orleanismus von dieser Idee, die Arbeiter für sich zu gewinnen, zurück gekommen zu sein. Ein sociales Blatt schrieb im Juli 1872 Folgendes:

„Der Graf von Paris, — ein Enkel des berüchtigten „Bürgerkönigs Louis Philipp — à la Bonaparte, Bismarck und Consorten in Arbeiterfrage machend, „Verfasser“ einer erbärmlichen Sudelei über die Englischen Gewerkvereine, hatte vor Kurzem die Idee, sich auf der Popularitätsjagd — er ist nach orleanistischer Auffassung der „künftige Monarch Frankreichs“ — in verschiedene Fabriken zu begeben. Die Sache fiel aber unglücklich aus. „Zuletzt“, schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ „war er in den Spiegelfabriken von Saint-Godi (Departement de l'Aisne) gewesen, in deren Actiengesellschaft der Herzog von Broglie (ein bekannter Orleanist) Director ist. Er war mit Broglie angekommen, welcher alle Notabilitäten zu dem Empfang des „Königs“ eingeladen hatte. Aber auch von dieser Seite war der Empfang eisig, abstossend. In den Fabrikslocalitäten gruppirten sich die Arbeiter um den Grafen von Paris, den Chor anstimmend: „Qu'est ce que nous veut le Mecklembourgeois, le fils de l'Allemande?!“

Der Graf von Paris hat denn auch eine bedeutende Schwenkung — bis 1873 — gemacht.

Er hatte in der Zeit seiner Verbannung sich mit socialen Studien beschäftigt und ein Werk über die englischen Trades-Unions geschrieben. Es liegen mir nun zwei, drei Jahr auseinanderliegende Briefe über diesselbe Thema von ihm vor, beide an Kritiker seines Buches geschrieben, die deshalb nicht ohne Interesse sind, weil sie eine Verschiedenheit in der Auffassung andeuten, die sehr interessant ist.

Liest man diese beiden Briefe aufmerksam, so kann man auf die orleanistische Wirthschaftspolitik und aus der wiederum schlies-

sen, ob es ihr gelingen würde, erträgliche Zustände zu schaffen oder nicht.

Ich bin der Ansicht, dass ihr das nicht gelingen würde und ich wünschte sehr, dass man im deutschen Reich, wo man durchgehends „an massgebender Stelle“ noch ganz dieselben Ansichten hat, wie der Herr Graf von Paris, eine andre Wirthschaftspolitik befolgte.

Im Winter 1869 hatte die Berliner Revue eine Kritik des Buches vom Grafen von Paris gebracht und dem Verfasser, wie üblich, ein Exemplar zugesendet. Darauf sandte der Prinz dem Verfasser der Kritik, mir, eine Antwort, die folgendermassen lautete:

„Monsieur!

J'ai reçu il y a quelques jours votre article que vous avez consacré à mon étude sur les Trades-Unions, et je m'empresse de vous remercier de votre bienveillante appréciation.

Vous ne vous êtes pas mépris sur la portée que l'on peut attacher et que j'attache moi même aux vues que j'ai exprimé dans ce travail.

Je crois que, grâce aux progrès de la civilisation, nous sommes arrivés à un moment où les questions sociales prennent le pas sur toutes les autres, ou leur solution doit être notre grande affaire, notre première préocupation, car tout notre avenir en dépend. J'ajoute, sans hésitation, que je m'en félicite, car elles pouvent être le point de départ de nouveaux et immenses progrès matériels et moraux, et diminuer la somme de souffrances et d'injustices que l'imperfection humaine ne nous permet pas malheureusement de faire disparaître complétement de nos sociétés.

Comme vous l'avez parfaitement relevé, je crois que dans des pays comme la France où le suffrage univerell est désormais la source incontestée de toutes les institutions politiques la recherche des ces solutions prend un caractère d'urgence tout particulier parce qu'elles touchent directement la majorité des citoyens, et qu'il est également désirable pour tous que cette majorité ne soit pas tentée de faire appel à des moyens violents pour y arriver. J'en suis d'antant plus persuadé que je crois qu'on trouvera dans ces solutions un égal bienfait pour toutes, les classes de la société si l'on peut appliquer le mot de classes à des distinctions qui heureusement se modifient et s'affaiblissent chaque jour.

Mais je dois dire que j'ai plus de confiance que vous dans les moyens qui permettent à l'ouvier d'être lui-même capitaliste sans renoncer pour cela au travail manuel et qui peuvent aussi dans une grande mesure effacer l'antagonisme entre ce que l'on a appelé le capital et le travail.

Je suis loin le nier la part importante que doit joure la législation dans cette oeuvre. Tant qu'il restera dans les codes

des dispositions restrictives entravant la liberté entière dont l'ouvrier doit jouir pour disposer de son travail, pour s'associer et pour influencer le maché sans porter atteinte aux mêmes libertés chez les autre, l'oeuvre du legislateur ne sera pas achevée. Mais je ne vois pas clairement dans votre article ce qu'il pourrait faire au-delà de cette mesure, si ce n'est simplement à titre d'encouragement et je ne le conçois pas moi-même.

J'ai grande confiance pour l'avenir dans la force de l'association et tout ce que j'ai vu en Angleterre me confirme dans cette opinion.

Je vous prie, Monsieur, de me croire

Votre affectionné

Louis Philippe d'Orleans,

Comte de Paris."

Die Einsicht der Wichtigkeit der socialen Fragen, pui prennent le pas sur toutes les autres, welche der Prinz noch vor den Tagen der Commune hatte, macht seinem Scharfsinn alle Ehre.

Der Zusammenhang der politischen uud socialen Frage und die wichtige Rolle, welche das allgemeine Stimmrecht — in Deutschland sowohl wie in Frankreich — mit der Zeit dabei spielen muss, war dem Prinzen und seinem Kritiker, wie aus dem vierten Absatz hervorgeht, 1869—70 auch schon klarer als heute manchem deutschen Politiker.

In diesem Absatz spielt der Prinz aber auch schon auf den Unterschied zwischen seiner und meiner Anschauung an. Er will von socialen Klassen, von deren Gegensatz ich gesprochen, nicht recht was wissen und meint, dass deren Unterschiede täglich mehr sich verwischen. Man wird sagen müssen, dass Se. Hoheit vollständig sich geirrt haben. Die Klassengegensätze sind vielmehr von Tag zu Tag schärfer geworden. Der fünfte Absatz constatirt eine diametral entgegengesetzte Anschauung zwischen Autor und Kritiker. Der Herr Graf stand auf dem Schulze-Delitz'schen Standpunkte, ich nicht. Ob er wohl heute noch hat plus de confiance que moi??

Die rein manchesterliche Ansicht des Grafen kommt im sechsten Absatze zum Durchbruch. Ich hatte eine Staatsintervention empfohlen weit über das hinaus, was heute die Kathedersocialisten verlangen und das noch thun; eine solche, gesteht der Graf, gar nicht verstehen zu können. Nur die Beseitigung hemmender Schranken könne ihre Aufgabe sein. Eine Aufgabe, die sie unter Laskers Inspiration in Deutschland bekanntlich mit Glanz gelöst hat.

Nachdem so Alles aufgelöst ist, sollen sich Associationen bilden, die Alles wohlmachen werden. Im März 1870 hatte der Graf von Paris noch grande confiance in dieselben.

Diese hat sich, scheint es, erheblich vermindert. Die Blätter brachten nämlich im October 1873 folgende Notiz:

„Der Herr Graf von Paris hat an Herrn Loguet, Präsidenten der Gemeindesecretäre zu Courtrai folgendes Schreiben gerichtet:

„Villers-sur-Mar. Mein Herr! Ich habe Ihren Brief und die denselben begleitende Broschüre erhalten. Ich habe das „Bulletin der Gemeidesecretäre“ mit Interesse gelesen und danke Ihnen für die wohlwollende Art, wie Sie darin meiner Studien über die Trades-Unions gedenken. Indem ich mich von dem Zwecke, welchen Sie verfolgen, zu durchdringen suche, möchte ich Ihnen dies bemerklich machen: die englischen Trades-Unions haben stets den Unterhalt der Arbeitseinstellungen zum Zwecke. Ich habe von diesen Gesellschaften diejenigen gelobt. welche mit diesem Zwecke noch die Unterstützung der Kranken, Greise und unfreiwilligen Arbeitslosen verbinden, weil sie dadurch das Bedenkliche und Gefährliche von Genossenschaften abschwächen, deren bisweilen gutgefüllte Kassen sich nur zu dem Behufe leeren, einen Strike zu unterstützen. Man kann nicht alle Arbeitseinstellungen a priori verurtheilen; ihr Ziel kann ein berechtigtes sein, aber das Mittel ist an sich immer ein mehr oder weniger grosses Unglück für alle Klassen der Gesellschaft. Ich möchte nicht, dass gewöhnliche Gesellschaften zu gegenseitiger Unterstützung sich in Trades-Unions umwandelten, dass eine ausschliesslich für wohlthätige Zwecke bestimmte Kasse einen Theil ihrer Fonds diesen Zwecken entzöge, um sie für den Unterhalt von Strikes zu verwenden. Das wäre ein schwerer wirthschaftlicher Irrthum und eine Gefahr für die Gesellschaften, welche sich auf diese Bahn einliessen. Für Ihren besonderen Gegenstand finden Sie meines Wissens das interessanteste Material in den Arbeiten des Herrn von Courcy über die Versorgungskassen. Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner achtungsvollen Gesinnungen. Ludwig Philipp von Orleans, Graf von Paris.“

Wohlthuend wirkt es, dass der Prinz augenscheinlich in den Jahren etwas gelernt hat. Es wirkt ebenfalls befriedigend, dass er offen seine geänderte Ansicht ausspricht. In dem Briefe von 1870 ist Alles Hoffnung auf die sich selbst und mittelst der Freiheit herstellende Harmonie, giebt es nur confiance auf die Trades-Unions. In dem Brief von 1873 läuten die Glocken ganz anders. Hier werden sie zu einer „Gefahr für die Gesellschaft“. Alle „Klassen der Gesellschaft“ werden ausdrücklich als existirend anerkannt. Arbeitseinstellungen sind ein Unglück.

Der Herr Graf von Paris ist also wesentlich bekehrt worden von seiner jugendlichen Schwärmerei für Freiheit auf wirthschaftlichem Gebiet. Leider scheint es, als träfe auch heute noch zu, was er sagt: je ne le conçois pas même — was ich über die Staatsintervention dachte und von ihr wünschte. Wenn er aber diese meine Ansicht nicht begreift, andererseits von der Gefahr des laissez aller auf dem Gebiet der Volkswirthschaft überzeugt ist, so wird er wohl auf dem Standpunkt der Herren v. Denzin und Bamberger stehen, welche die sociale Frage damit lösen wollen, dass sie die Arbeiter an der Coalition, Bildung von Strikekassen und Gewerkvereinen hindern und, wie die ostpreussischen

Conservativen sich trefflich ausdrücken, die Arbeiter durch Strafe bessern.

Nun, hiermit wird man wohl die Idee der Commune in Frankreich nicht unterdrücken!

Es bleibt nun noch eine Handlung der Regierung von socialer Bedeutung übrig, das Gesetz gegen die Kinderarbeit, welches im Mai 1874 zu Stande kam. Es verbietet Fabrikarbeit von Kindern unter 12 Jahren und setzt Fabrikinspectoren ein.

Sehen wir nun, was aus der Internationale in Frankreich weiter wurde!

In Paris bestand die Section Ferré im Verborgenen. In anderen Städten existirten ebenfalls im Geheimen Sectionen, die mit London correspondirten.

In London waren nach dem Fall der Commune eine Anzahl Flüchtlinge eingetroffen, welche sich an die Internationale wendeten und Einfluss auf sie zu gewinnen suchten. Diese Leute waren nicht von Ursprung Arbeiter und Internationale, wenigstens nicht alle, sondern Radicale, wie sie die Marxianer nennen, Blanquisten, Anhänger von Blanqui, namentlich Ranvier, Margueritte, Arnaud, Cournet, Martin und Vaillant. Einige wurden in den G.-R. aufgenommen. Für sie war die Internationale die „Avantgarde der Proletarier-Revolution.“ Sie setzten auf der Conferenz der Internationale den Beschluss durch, dass die Internationale eine von allen anderen politischen Parteien verschiedene Partei sein sollte. Die Internationale sollte nun in allen Ländern werden: „l'organisation insurrectionelle permanente du prolétariat.“ Hierfür war die Majorität des G.-R. nicht zu gewinnen, da eine solche Kundgebung die Internationale in allen Staaten ausser Gesetz stellen musste. Sie würde dadurch zu einer der bekannten blanquistischen Verschwörungen geworden sein.

Auf dem Congress im Haag machten diese Blanquisten einen letzten Versuch. Sie verlangten die Aufnahme der politischen Eigenschaft der Internationale in die Statuten und die Vergrösserung der Macht des G.-R. — weil sie durch ihn herrschen wollten, ferner einen höheren Beitrag der Mitglieder.

So stand Marx zwischen diesen Leuten, die den G.-R. allmächtig machen und durch ihn die Internationale zu einer Verschwörergesellschaft machen, und den Bakuninisten, welche den G.-R. zum Correspondenzbureau herabdrücken wollten. Er wich aus, indem er die grössere Macht des G.-R. acceptirte, ihn aber nach New-York verlegte, wodurch er ihn dem Einfluss der Blanquisten und Bakuninisten gleichmässig entzog. Beide Parteien traten nun aus.

Wie die Bakuninisten auf ihre Art weiter arbeiteten, haben wir in andern Capiteln gesehen. Die Blanquisten beruhigten sich auch nicht. Sie veröffentlichten am 15. September 1872 von London aus eine kleine Brochure, in welcher sie die Hoffnungen entwickelten, mit welchen sie in die Internationale eingetreten seien, sowie die Umstände, die sie gezwungen hätten, auf diese

Hoffnungen zu verzichten! Sie fahren dann fort: „Aufgefordert ihre Pflicht zu thun, versagte die Internationale. Sie echapirte der Revolution, sie floh bis über den atlantischen Ocean. Aber die Revolution kann ihre Hülfe entbehren. Indem sie den Kampfplatz verliess, hat die Internationale sich aufgelöst, zerstörte sie ihre Macht in den Augen derjenigen, welche in derselben eine der lebendigen Mächte der Revolution sahen. Die Bewegung wird darunter nicht leiden .... Mögen sich die Geschicke der Association vollenden! Die internationale Idee, unter deren Auspicien sie gegründet worden ist, wird nicht untergehen; sie ist lebensfähiger als je. .... Die Internationale hat ausgebreitet und entwickelt die Organisation des Proletariats vom Gesichtspunkt des ökonomischen Kampfes aus, sie hat ihm die Nothwendigkeit eines internationalen Verständnisses beigebracht, mit einem Wort, sie hat die unvollständige Organisation der Arbeiter vervollständigt und ihnen in vielen Fällen den Sieg erleichtert. Ihre anregende Function würde deshalb für den ökonomischen Kampf an dem Tage unnöthig sein, an welchem das Proletariat, aufgeklärt über seine Interessen und seine Kraft, sich in Gewerkschaften organisirt hätte, die national und international föderirt sind. Alsdann kann der ökonomische Kampf mit Vortheil unternommen und beendigt werden und die Dienste der Internationale sind unnöthig......... Sie endet, wo ihre Erbe anfängt: bei der internationalen Union der Gewerkschaften ...... Wir haben mit Bedauern gesehen, dass die Internationale auf die Vollendung ihres Werkes verzichtete ..... Indem wir uns von der Internationale zurückgezogen, haben wir uns nicht von der Action zurückgezogen ..... Unser Ziel ist, die Arbeiterpartei Frankreichs und jeden andern Landes möglichst militärisch um diejenige Fahne der socialen Revolution zu organisiren, für welche die revolutionäre Commune von Paris gekämpft hat und gefallen ist ....... Jede Berührung mit der Bourgeoisie muss vermieden werden. Um keinen Preis darf man sich mit irgend einer ihrer Parteien alliiren. Es darf auch nicht für einen Augenblick eine Annäherung stattfinden zwischen den Brüdern der Füsilirer und Füsilirten. Auch die radicale Bourgeoisie von Versailles, wie jede andere Bourgeoisie, ist verantwortlich für die Metzeleien. Sie ist unser gefährlichster Feind, weil sie zwischen Vergangenheit und Zukunft steht. Auch sie muss vernichtet werden. Jede Transaction mit dem Radicalismus wäre eine Erniedrigung für die revolutionäre Partei. In der Isolirung liegt unsere Stärke. Um die revolutionäre Commune also möge sich das Proletariat sammeln und gruppiren. Die Commune sei der Schlachtruf und bald der Siegesschrei der socialen Revolution."

Diese Partei ist nicht müssig gewesen. Sie hat keine öffentliche Organisation geschaffen, aber ich habe die Spuren ihrer Wirksamkeit durch gelegentliche Aeusserungen socialistischer Blätter in ganz Amerika, in sämmtlichen romanischen Ländern, in der Schweiz, in Oesterreich und in den Ländern der untern Do-

nau verfolgen können. Nur im Deutschen Reich, mit Ausnahme des Elsass, scheinen sie nicht gearbeitet zu haben. An den communalen Kämpfen in Spanien haben sie sich betheiligt. Was man den Polen im Jahre 1848 nachsagte, das sind notorisch und thun notorisch die geflohenen Communards von Paris. Wohin sie kommen, predigen sie das Evangelium der Commune, vereinigen sich überall mit der radicalsten Arbeiterpartei, unterstützen die Agitation der verschiedenen Socialistenparteien, predigen überall den wüthenden, erbarmungslosen Klassenhass, schildern überall die Schlächtereien der Soldaten Mac Mahons und die jahrelange, erbarmungslose Verfolgung der Communards durch die französische Bourgeoisie. Ueberall stellen sie die Communards hin als Märtyrer für gemeinschaftliche Sache aller Arbeiter der Welt. Ueberall führen sie den Beweis aus der Bourgeoisiepresse aller Länder, dass die Bourgeoisie aller Länder das Verfahren der französischen Bourgeoisie gebilligt, dieselbe ermuthigt und sich mit ihr für solidarisch erklärt habe. Darum habe die Arbeiterschaft jedes Landes von der Bourgeoisie des eigenen Landes Rechenschaft zu fordern für die Thaten der Versailler und Rache zu nehmen, wann und wo sich die Gelegenheit dazu bietet. Und diese Rache soll exemplarisch sein, sie soll gründlich sein, sie soll den Gegner vernichten. An dem Tage der Rache, auf welchen das gesammte Proletariat der Welt hofft, wie die Juden auf den Messias, an dem Tage, an welchem „die grosse Schlacht am Birkenbaum“ geschlagen wird, wird es nur zwei Parteien geben und Nichts dazwischen: Arme und Reiche. Ein Arbeiter in einer Berliner Volksversammlung sagte: „Dann wird der Reiche fliehen, und er wird keine Zufluchtstätte finden, denn Dank der allgemeinen Ausbeutung wird es überall Arme, d. h. Todfeinde geben. Alsdann wird er verzweifelt ausrufen: „Ich armer Mann, mein Reichthum ächtet mich.“

Einen solchen Geist haben die Communards überall hin verbreitet. Wo es einen socialdemokratischen Verein gibt, feiert man den Jahrestag des 18. März 1871 als das höchste religiöse Fest des Proletariats. Und, o bitterer Hohn, in dem Saale des Berliner Handwerkervereins, welcher mit dem Gelde der Liberalen gebaut wurde, in welchen sich so oft Schulze-Delitzsch und seine Anhänger vermassen, sie würden die sociale Frage lösen, auch hier hat man ihn gefeiert. Schon ist er aber zu klein, und im Jahre 1874 feierte man ihn in den drei grössten Lokalen Berlins. Im Juni 1874 hat sich die „revolutionäre Commune“ in London fester constituirt. Folgende Herren erliessen damals in socialistischen Blättern einen Aufruf: Aberlen, Berton, Breuillé, Carné, Jean Clement, F. Cournet, Ch. Dacosta, Dellés, A. Derouilla, E. Eudes, H. Gausseron, E. Gois, A. Goullé, E. Granger, A. Huguenot, E. Jouanin, Ledrux, Léonce, Lhuillier, P. Mallet, Marguerittes, Constant-Martin, A. Moreau, H. Mortier, A. Oldrini, Fichon, A. Poirier, Rysto, B. Sachs, Solignac, Ed. Vaillant, Varlet, Viard.

Sie erklären sich in diesem langen Schriftstück, das ich nach

obiger Ausführung nicht zu geben brauche, für atheistisch und revolutionär. Sie geben an, für die Action wohl vorbereitet zu sein, hoffen aber, dass sie zunächst in Frankreich ausbrechen werde. Sie haben augenscheinlich ihre Verbindungen in allen Ländern mit einziger Ausnahme vielleicht von Deutschland, und werden jedenfalls, wo eine Revolution ausbricht, von allen Ländern aus mit ihren tüchtigsten Kräften erscheinen und die Bewegung planmässig leiten.

Die allgemeine Reaction der Bourgeoisie auch gegen die berechtigten Beschwerden der arbeitenden Klasse, die fast allgemeine Unterdrückung oder doch Verfolgung der Arbeiterverbindungen, hat eine allgemeine Verschwörung des Proletariats der ganzen Welt zustande gebracht. Nur wenige Regierungen, darunter die deutsche, sind noch im Stande, dieser Verschwörung auf die Dauer zu widerstehen, und dies auch nur, wenn sie durch gründliche sociale Reformen ihre Arbeiterbevölkerung mit dem Staatsgedanken wieder aussöhnen.

Auch die katholische Kirche giebt sich dieser Hoffnung hin, sucht aber eine Organisirung der Arbeiter unabhängig von der Staatsgewalt durchzuführen, weil sie mit der Staatsgewalt in manchen Ländern selbst im Streite liegt. Ich glaube aber nicht, dass es ihr ohne die Hülfe der Staatsgewalt gelingen wird. Dagegen bin ich der Ansicht, und ich habe mich bis jetzt auf diesem Gebiet selten getäuscht, dass in Belgien und Frankreich die liberale Bourgeoisie bereits einsieht, dass sie nur noch mit Hülfe der katholischen Kirche ihre Herrschaft über die Arbeiter werde aufrecht erhalten können. In beiden Ländern setzt die liberale Bourgeoisie der socialen Thätigkeit der katholischen Kirche bereits kein Hinderniss mehr in den Weg. Stellenweise unterstützen liberale Arbeitgeber bereits offenkundig ihre Thätigkeit. Fast überall suchen sie sich mit den christlich-socialen Arbeiterführern in gutes Einvernehmen zu setzen, weil sie nur dadurch im Frieden mit ihren Arbeitern leben können. Ueberall ist es ihnen schliesslich angenehmer, wenn ein Caplan an der Spitze eines Vereins ihrer Arbeiter steht, als wenn dies ein Socialdemokrat thut. In beiden Ländern hat die liberale Partei den politischen Kampf gegen die clericale fast aufgegeben und führt ihn nur noch des lieben Scheines wegen, um nebensächliche Dinge weiter. Auch hat die clericale Partei in diesen Ländern bis jetzt noch keine grossen Anforderungen im Interesse der Arbeiter an die Bourgeoisie und den Staat gestellt. Allein ich glaube, der Liberalismus täuscht sich vollständig, wenn er meint, der Caplan werde auf die Dauer als Schutzengel neben dem Geldsack stehen. Doch das beiläufig!

Nachdem ich also diese neue sociale Partei, welche von Frankreich ihren Ausgang nahm, charakterisirt habe, kehre ich zur ursprünglichen Internationale, der Marx'schen, zurück.

Marx versuchte, die noch existirenden Sectionen der I. in Frankreich weiter zu leiten, hatte aber entschiedenes Unglück. Sorge, der in New-York Secretär des neuen G.-R. war, wies die Bevoll-

mächtigten der I. in Frankreich an, ihre Correspondenz an Serailler in London zu richten, der vom 29. December 1872 ab zum Vertreter des G.-R. für Frankreich ernannt sei. Obschon also der G.-R. in Amerika sass, hatte Marx in London die Fäden in der Hand.

Als Vertreter französischer Sectionen auf dem Haager-Congress hatten u. A. Dentroygues und Heddegham figurirt. Ihre Vollmachten waren von Serailler und Ranvier unterschrieben worden. Beide entpuppten sich als Polizeispione der französischen Regierung. Sie lieferten der Regierung das Material, auf Grund dessen im Süden Frankreichs ca. 40 Internationale im Frühjahr 1873 verhaftet und von denen am 14. März ca. 24 zu Toulouse verurtheilt wurden, zu Strafen von 8 Tagen bis 3 Jahren Gefängniss, auf Grund jenes Ausnahmegesetzes gegen die I. Es kamen heraus 105 Monate Untersuchungshaft und 97 Monate Gefängniss. In einem ähnlichen Process zu Paris wurde nur ein Arbeiter verurtheilt. Serailler sowohl wie Ranvier, die jetzt Feinde sind, suchten die Schuld, Spione mit Vollmachten der I. nach Frankreich gesendet zu haben, von sich abzuwälzen, auch sind sie jedenfalls getäuscht worden. Aber der G.-R. in New-York hat hierdurch wohl fast jede Verbindung mit den geheimen Socialistenbünden in Frankreich verloren. Die Blanquisten indess wühlen von England, Amerika — sie haben in New-Orleans z. B. ein Blatt „La Commune“ gegründet — und der Schweiz aus weiter in Frankreich. Und die Bakuninisten thaten dies 1873 von Barcelona aus offen durch die „Solidarité Révolutionnaire“.

Die Geschichte der geheimen Verbindungen socialistischer Natur in Frankreich kann ich natürlich nicht schreiben, da sie unbekannt ist. Solche Verbindungen existiren aber zweifellos, und die Behörden stossen zuweilen auf dieselben, wie aus folgender Notiz des „Francais“ vom November 1873 hervorgeht, der von der Entdeckung einer Verschwörung in Lyon berichtet:

„An der Spitze der Verschwörung, deren Zweige sich nicht nur nach Saint-Etienne und Genf, sondern bis nach Barcelona ausdehnten, steht ein ehemaliger Arbeiter, Namens Carnet, eines der hervorragendsten und thätigsten Mitglieder der Internationalen. Carnet hatte schon in Barcelona ein französisches Blatt unter dem Titel: „La Solidarité révolutionnaire“ herausgegeben und in Lyon, Saint-Etienne und Genf ein ausschliesslich aus Arbeitern bestehendes „revolutionäres Actions-Comité“ gegründet, welches in einem gegebenen Augenblick die Volksmassen anführen und unter dem Rufe: „Es lebe die Commune von Lyon!“ einen Aufstand herbeiführen sollte. Das Programm dieses Comités verurtheilt das individuelle Eigenthum und jede andere Staatsform als die „Anarchie“; es will an die Stelle der Gesetze und des Richterstandes ein Volkstribunal, an Stelle der bestehenden Steuern eine Taxe auf das bewegliche und unbewegliche Vermögen legen, die Kirchengüter confisciren und die stehende Armee abschaffen.“

Dies würden Bakuninisten sein.

Im Juni 1873 meldete die „Patrie“:

„Die Regierung ist benachrichtigt worden, dass die I. Agenten nach

den grossen Städten gesandt hat, wo französische Truppen liegen, um unter diesen Propaganda zu Gunsten ihrer Ideen zu machen. In Folge dessen haben die Verwaltungsbehörden Befehl erhalten, alle Massregeln zur Verhinderung dieser Propaganda zu ergreifen, und der Kriegsminister hat die Generale aufgefordert, die unter ihren Befehlen stehenden Truppen aufs Strengste zu überwachen und den Verwaltungsbehörden bei ihren Massregeln hülfreich an die Hand zu gehen."

Hierauf bezieht sich folgendes Rundschreiben des Kriegsministers du Barrail an die commandirenden Generale:

„General! Nach den Berichten, welche der Minister des Innern aus England, Belgien und der Schweiz erhalten, sollen Sendlinge der I. in die Haupt-Arbeiter-Mittelpuncte gesandt werden, um eine allgemeine Arbeitseinstellung hervorzurufen; Agenten sollen auch versuchen, sich zum Zwecke der Propaganda mit den Soldaten der Garnisonen in den industriellen Departements und an den Orten, wo Marine-Werkstätten sind, in Verbindung zu setzen. Mein College hat diese Mittheilungen den Präfecten der betreffenden Departements zugesandt und ihnen die Weisung ertheilt, die Fremden, welche sich mit den Arbeitern oder den Soldaten in Verbindung zu setzen suchen, scharf überwachen zu lassen. Ich bitte Sie, Ihrerseits die Ueberwachung der unter Ihrem Befehle stehenden Truppen zu verdoppeln und Ihre Unterstützung der Civilbehörde zu gewähren, um die Ausführung der von ihr zur Vereitelung der in Rede stehenden Umtriebe ergriffenen Massregeln zu sichern."

Arbeitseinstellungen hatten, und wahrscheinlich planmässig, 1872—1873 sehr zahlreich stattgefunden und hatte sich die Regierung zuweilen eingemischt, wie aus folgender Notiz eines socialen Blattes vom Juli 1873 hervorgeht:

„Die französische Regierung chikanirt die Arbeiter bei jeder Gelegenheit. Besonders verhasst sind ihr die Strikes. Als vor kurzer Zeit in Marseille eine umfangreiche Arbeits-Einstellung der Bäckergesellen stattfand, stellte der commandirende General den Meistern 150 des Backens kundige Soldaten zur Verfügung. Die strikenden Gesellen wollten nun diesem militärischen Gebäck Concurrenz machen und mietheten zu diesem Zwecke alle an den Eisenbahnen von Aubagne und von Arles bis Marseille belegenen Backöfen. Sofort erfolgte eine neue Massregelung. Die Behörden liessen das „Strikebrot" an den Stadtthoren confisciren, unbesorgt darum, ob so vielleicht Noth an Lebensmitteln entstehen würde."

Die Arbeiter in Frankreich verhielten sich ruhig. Sie organisirten sich in den Jahren 1872 bis 1873 gewerksweise in Syndikatskammern, passten ihre Statuten den Gesetzen an und schlossen die Politik vollständig aus. Dagegen geht aus Correspondenzen von Frankreich, die man in socialen Blättern des Auslandes findet — in Frankreich darf keins erscheinen, Belagerungszustand — hervor, dass es der Arbeiterschaft bloss darum zu thun ist, organisirt zu sein, um, wenn es wieder geht, als organisirte Massen den Kampf aufnehmen zu können. In der „Revue" hatte ich am 20. Juli 1872 folgenden Bericht:

„Frankreich erfreut sich einer Kirchhofsruhe. Aber die in den Särgen Liegenden sind nur scheintodt und können jeden Augenblick wieder auferstehen. Die Lebenden arbeiten weiter, aber schweigend. Es ist eine Vertiefung des Gemüths bei der französischen Arbeiterwelt eingetreten, die bei Franzosen etwas Unnatürliches hat und darum um so

bedrohlicher erscheint. Die Unterdrückung der Commune hätte man verschmerzt. Die kalte Unbarmherzigkeit der Versailler wird sich blutig rächen. Sie haben den Beweis geliefert, dass die Klassenherrschaft unbarmherzig ist, weil sie nicht verzeihen darf. Die Gnade ist nicht bloss ein Recht der Könige, sie kann vielmehr nur vom Monarchen geübt werden. Der König kann verzeihen. Der Parteimann muss tödten. Mit langsamer Grausamkeit tödtet man weiter. Die Executionen auf dem rauchenden Schlachtfelde, sie verschwinden in dem grossen Pulverdampf, der noch die Blutstätte deckt. Aber viele Monate lang Menschen zwischen Furcht und Hoffnung im Kerker lassen und allmonatlich einige davon executiren, — das ist unmenschlich. Ein Fürst hätte das Wort der Pardonnirung aussprechen können, — Thiers muss Monat für Monat seinen Namenszug unter das schreckliche Schriftstück setzen, das einen Menschen ungefährlich macht und Tausende, Tausende mit mordlustigem Grimme erfüllt. Das muss böse Früchte tragen. Die „Section Ferré" ruft: „Kein Erbarmen! Das ist der Lohn für unsere Grossmuth! Unmenschen haben kein Anrecht auf menschliche Behandlung. Ein Thor oder Verräther, der diesen blutdürstigen Bestien gegenüber ja noch von Gnade redet."

Sollten die Communisten je wieder, auch nur für Tage, die Gewalt in die Hände bekommen, so wird die Welt ein schauderhaftes Beispiel von Racheübung erleben.

Die Arbeiter sind still. Einige Strikes im Süden abgerechnet, geht die Arbeit langsam fort. Sie reconstruiren ihre Syndicatskammern, bringen die Statuten in Einklang mit den Gesetzen, aber die Herzen sind bei den Internationalen, auf den Kirchhöfen, bei den Deportirten. Die materielle Lage ist traurig. Die Geschäfte stocken. Die Gesetzvorlagen über die Besteuerung der Production hemmen jeden Aufschwung. Oeffentliche Bauten ruhen. Die Bauhandwerker petitioniren beim Gemeinderath um Beschäftigung. Wittwen und Kinder der gefallenen, verbannten, gefangenen Communards leben im tiefsten Elend. Getödtet oder gefangen wurden 6000 Kunsttischler, 5000 Schneider, 12,000 Schuhmacher, — ähnlich in anderen Gewerken.

Das ist die traurige Lage in Frankreich."

Aus demselben Monat berichtete die „Neue Freie Presse":

„In den Arbeiterkreisen herrscht eine rege Bewegung, die recht lebhaft an die Agitation erinnert, welche gegen Ende der sechziger Jahre auf die Proclamirung der Coalitionsfreiheit folgte. Die Arbeiter bilden statt der aufgelösten Gruppen der „Internationale" gewerkschaftliche Vereinigungen. Diese versammeln sich fleissig in Localen. die einige tausend Mann zu fassen im Stande sind und trotzdem für die Menge der Anwesenden nicht hinreichen. Der Belagerungszustand duldet weder Volksversammlungen, noch Clubs, allein an Schneider-, Schuster-, Tischlerversammlungen u. s. w. nehmen die Militärbehörden keinen Anstoss, so lange in diesen Versammlungen keine politischen Erörterungen vorgenommen werden. Dafür aber entwickeln die auftretenden Redner selbst bei Behandlung vollständig sachlicher Gegenstände eine Lebhaftigkeit, ja eine Leidenschaft, die den Schluss zu ziehen erlaubt, dass die sanguinischen Anschauungen, die in den Pariser Volksmassen vorherrschen, noch durchaus nicht einer ruhigeren Auffassung gewichen sind. Um unter einander zu verkehren und ein gemeinsames Band herzustellen, wählte jede dieser Corporations-Vereinigungen ein Syndicat, aus fünf oder sieben Mitgliedern bestehend; diese Syndicate werden beauftragt, die Interessen der verschiedenen Corporationen gegenseitig zu vertreten und die Gruppen

vor einer Isolirung zu schützen, welche das gemeinsame Vorgehen der Arbeiter, z. B. bei Strikes, erschweren würde. Die Wahlen einiger dieser Syndicate haben eine unbedingt politische Färbung, und es giebt unter den Gewählten Namen, welche die Regierung sicher bestimmen werden, die Bewegung schärfer zu überwachen. Während des Kaiserreiches bildeten sich auf die nämliche Art Syndicate, die sich später als Wahl-Comité's entpuppten."

Im Jahre 1873 vereinigten sich die Syndicate von Paris in eine Union. In den Provinzen gründete man ebenfalls Syndicate und nun traten hier und da die Syndicate desselben Gewerkes mit denen anderer Orte zusammen.

Diese Verbindungen sind ganz gesetzlich, aber Jedermann weiss, dass die ihnen angehörigen Arbeiter — Anhänger der Commune sind. Trotz des Ausnahmegesetzes hat man eine allgemeine, stille Verschwörung ohne Eid, ohne Programm, aber mit einem bewussten Ziel und man hat sogar eine Organisation, gegen die nichts zu machen ist.

Auch die Sendung französischer Arbeiter zur Wiener Industrie-Ausstellung wurde in einer Form vollzogen, gegen die nichts zu machen war. Sie wurden auf der Durchreise in Deutschland und Oestreich überall als „Brüder" aufgenommen, aber Deutsche wie Franzosen benahmen sich so klug und vorsichtig, dass die Polizei nicht gegen sie einschreiten konnte, obschon man sie auf Schritt und Tritt beobachtete. Die französischen Arbeiter warten mit dumpfer Entschlossenheit auf den Tag, an dem sie sich werden rächen können.

Die französische Regierung wurde ganz zutreffend von einem Abgeordneten der Rechten die Regierung des „Kampfes" genannt, eine traurige Aufgabe, wenn man bedenkt, dass die Feinde Franzosen sind.

Nun kommt noch die grosse Geschäftsstockung dazu mit dem Elend, das sie über die arbeitende Klasse bringt. Im Februar 1874 schrieb der bonapartistische „Ordre":

„Die Noth macht in Paris rasche Fortschritte. Die besten Arbeiter in dem Pariser Artikel sind nach England oder Amerika ausgewandert. Das Baugewerbe ist auf ein Minimum beschränkt, und die Maurer der Creuse und Correze sind gezwungen, nach Metz zu gehen und für Rechnung des deutschen Kaisers an den dortigen Festungswerken zu arbeiten. Die grossen Werkstätten entlassen ihre Arbeiter zu Hunderten, oder setzen die Arbeitsstunden auf die Hälfte herab. Man braucht nur einen Blick in die ehedem besuchtesten Handelsviertel von Paris zu werfen: in der Gallerie Vivienne stehen 5, in der Chaussee d'Antin 30 Gewölbe leer. Man frage die Schneider: sie haben mehr auszubessern, als neue Kleidungsstücke anzufertigen. Man frage die Bäcker: diejenigen, welche ordinäres Brod backen, verbrauchen nur halb so viel Mehl; diejenigen, welche Luxusbrod backen, stellen vorwiegend ordinäres Brod her. Man frage die Krämer: sie verkaufen fast nur unentbehrliche Gewürze und sehr wenig feinere Colonialwaaren, an denen der Handel am meisten verdient. Man frage die andern Kleinhändler: sie haben nachgerade alle ihre Ersparnisse aufgezehrt. Dreitausend Fallissements sind in der Schwebe, und nur desshalb nicht erklärt worden, weil die Gläubiger lieber

Wechsel prolongiren, deren sie selbst bedürfen. Bezeichnender noch als alles Andere ist der Aufschwung, welchen die Fabrikation von Talglichtern genommen hat. Unter dem Kaiserreich sah man solche höchstens noch unter der Erde in den Händen von Böttchern; jetzt verdrängt das Talglicht wieder in vielen Haushaltungen die Stearinkerze, die für Leute zu theuer geworden ist, welche statt Weins gemischte Getränke, statt Zuckers Syrup und manchmal statt Brodes Erdäpfel zu sich nehmen."

Im selben Monat schrieb der conservative Graf de Ludre an den „Français":

„Die Situation ist ernst. Man muss die Aufrichtigkeit haben, es zu sagen, den Muth, der Gefahr in's Gesicht zu sehen. Niemals, seit dreissig Jahren, waren die arbeitenden Klassen von Paris einer heftigeren Krise ausgesetzt . . . Diejenigen, welche sich besonders mit dem Armenwesen beschäftigen, geben uns erschütternde Berichte. Hier ist eine Familie, laut weinend, als man kam, um sie zu unterstützen. Vater, Mutter, Kinder sind dem Hungertode nahe. Dort ist ein tüchtiger Arbeiter, welcher seit siebenzehn Jahren in der gleichen Werkstätte angestellt war; nachdem seine Collegen, einer nach dem andern, entlassen worden, erhielt auch er seinen Abschied. Häufig führen Verzweiflung und Hunger zum Selbstmord. Beim nächsten Schritte finden wir eine Frau, welche soeben auf einem Strohsack entbunden hat; die Bettlade, die Decken und das Federbett werden nur noch durch einige vergilbte Papiere, durch die Versatzscheine des Leihhauses, repräsentirt. Das ist nicht das Elend, welches man zu allen Zeiten gekannt hat, das Elend der Arbeitsunfähigen, der Greise, der Trunkenbolde. Nein, es ist die vollständige Entblössung des gesunden, kräftigen und gutwilligen Arbeiters, desjenigen, der arbeiten will, dem man aber überall sagt: „Wir haben Alles entlassen." Dreissig oder vierzig Tausend Arbeiter, gering gerechnet, arbeiten halbe Zeit, eine Woche von zweien, ja feiern sogar monatelang."

Der „Hamburger Correspondent" hatte Ende December 1873 folgende Correspondenz aus Paris:

„Das Elend ist hier riesengross! Aber keine Klage ertönt, nirgends ein hörbares Murmeln. Wer sein Paris und dessen Physiognomie kennt, täuscht sich indessen keinen Augenblick über den schrecklichen Ernst der Lage. In Versailles und in der Umgebung Mac Mahon's weiss man auch recht gut, wie schlimm die Verhältnisse liegen und Feuer unter der Asche glimmt. Gerade das stumme Wesen der grossen Arbeiter-Bevölkerung macht die Regierung bedenklich. Sie erwiderte nicht einmal mit einem höhnischen Auflachen das lächerliche Almosen von 40,000 Francs, das der Herzog von Broglie in seiner Eigenschaft als Minister des Innern ihr unter allerhöchster Gutheissung des Präsidenten der Republik angeboten hat und das, wie ein Morgenblatt richtig bemerkt, höchstens, ja nicht einmal zum Frühstück der 150,000 brodlosen Pariser Arbeiter hinreicht. Wo das hinaus will, wenn der Winter in strengerer Form auftreten wird? Man fragt es sich mit Zähneklappern in Versailles, denn der Hunger treibt nicht allein die Wölfe aus den Wäldern, er hat schon einmal die Pariser nach Versailles geführt. Die Minister haben beschlossen, möglichst viele Diners und Soiréen zu geben. Sonntag machte der Herzog Décazes den Anfang mit einem Couvert von 75 Couverts, heute giebt der Marineminister ein grosses Essen. Doch das ist wie ein Tropfen ins Meer. Das Vertrauen, das allgemeine Vertrauen allein in den Bestand der Republik könnte die geschlossenen Fabriken wieder öffnen und die feiernden Maschinen wieder in Bewegung setzen.

Wie aber soll und kann das Vertrauen zurückkehren, wenn Jene, von welchen man die Bürgschaften erwartet, selbst das Regime unterwühlen, das sie mühsam zusammengezimmert? Zu jeder anderen Zeit würde und müsste ein gewaltiger Zornesausbruch des Volkes dem wahnsinnigen Treiben in Versailles ein Ende machen — aber die letzten furchtbaren Jahre haben die Schwungkraft der französischen Nation lahmgelegt; doch ist dem Landfrieden nicht allzusehr zu trauen; das Jahr 1874 wird und muss eine Lösung bringen."

Es hat die Lösung nicht gebracht. Schon etwas früher berichtete die Liberté:

„Die Ausnahmsgesetze gegen die französischen Arbeiter beginnen Früchte zu tragen. — Zahlreiche Arbeiter aus allen grossen Städten Frankreichs, insbesondere die geschicktesten, intelligentesten und erfahrensten Arbeiter von Paris wandern in die Fremde. Seit den beiden Belagerungen von Paris bis zum Januar d. J. hatte sich die Bevölkerung um 300,000 Personen vermindert. In den letzten zwei Monaten haben allmälig 30,000 Pariser die Hauptstadt verlassen. Fast Alle begeben sich nach Amerika und England. Die fremden Kaufleute, hauptsächlich die Modewaarenhändler, die früher ausschliesslich ihre Bestellungen in Frankreich machten, richten ihre Aufträge jetzt nach London und anderen Orten. — Die beträchtliche Abnahme der Waarentransporte auf den Eisenbahnen ist der beste Beweis des Niederganges unseres Handels und unserer Industrie.

So verlassen das Land diejenigen, welche das Geheimniss unserer bewunderungswürdigen Industrie besitzen, und welche bis heute das übrige Europa den Franzosen gewissermassen tributpflichtig gemacht hatten. Sie gehen dahin, die Verzweiflung und den Tod im Herzen, wie die Protestanten zur Zeit der königlichen Dragonaden unter Ludwig XIV. Mit ihnen geht die Production, welche den Reichthum des Landes hervorbringt, und die nationale Energie, welche einem Lande Sicherheit nach Aussen gewährt."

Der dumpfen Stimmung gab der Corsaire im Mai 1873 Ausdruck in folgender Schilderung, welche eine allerdings sehr aufreizende Antithese enthält:

I.

„Wenn sie des Morgens in die Werkstätte kommen, finden sie sie kalt und düster wie vor dem Ruin. Die Maschine im Hintergrunde des grossen Saales streckt stumm ihre mageren Hebelarme aus, die Räder sind unbeweglich; sie steigert noch die herrschende Melancholie, während doch sonst ihr Athem und ihr Geräusch, wie der Herzschlag eines Riesen, das ganze Haus belebte. Der Fabriksherr tritt aus seinem Cabinete und spricht mit sehr trauriger Miene zu den Arbeitern: „Kinder, es giebt heute keine Arbeit. Es laufen keine Bestellungen mehr ein, im Gegentheile wurde Vieles abbestellt; ich würde mit der fertigen Waare auf dem Trocknen sitzen. Der Monat December, in dem es in früheren Jahren die Hände vollauf zu thun gab, auf den ich so zuversichtlich rechnete, bedroht die solidesten Häuser mit dem Ruin. Man muss die Arbeit einstellen."

Da er gewahrt, wie sich die Arbeiter gegenseitig anblicken, mit der deutlich ausgedrücken Furcht, heimgeschickt zu werden, mit der Angst vor dem Hunger des nächsten Tages, setzt er herabgestimmten Tones fort: „Ich bin kein Egoist, weiss Gott, das schwöre ich. Meine Lage ist eben so schrecklich, vielleicht noch schrecklicher als die Eurige. In acht Tagen habe ich fünfzigtausend Francs verloren. Ich stelle heute die Arbeit ein, um nicht den Abgrund noch zu erweitern; ich habe noch nicht den ersten Groschen für die am

15. fälligen Wechsel. Ihr seht, ich spreche zu Euch wie ein Freund und verheimliche Euch nichts. Schon morgen vielleicht sind die Gerichtsdiener hier. Das ist gewiss nicht unsere Schuld, nicht wahr? Wir haben gekämpft bis zum Aeussersten. Ich hätte Euch gerne diesen Moment erspart; es ist aus und vorüber, ich bin zu Grunde gerichtet und habe kein Brod mehr mit Euch zu theilen."

Hierauf reicht er ihnen die Hand. Die Arbeiter drücken diese schweigsam. Und durch einige Minuten bleiben sie da und betrachten mit geballten Fäusten ihre unnützen Werkzeuge. Des andern Morgens kreischen mit Tagesanbruch die Feilen und pochten nicht mehr die Hämmer im Tacte; über Allem scheint schon der Staub des Bankerottes ausgebreitet. Zwanzig bis dreissig Familien haben in der nächsten Woche nichts zu essen. Einige Weiber, die in der Fabrik arbeiten, haben Thränen in den Augen. Die Männer wollen stärker erscheinen. Sie geberden sich muthig und sagen, dass man in Paris nicht Hunger zu sterben brauche.

Als sie dann den Patron gebeugten Kopfes fortgehen sehen, über den vielleicht in acht Tagen ein noch ärgeres Unglück, als er zugesteht, hereinbrechen wird, ziehen sie sich Mann für Mann zurück. Die Kehle zusammengeschnürt, durchfröstelt im Herzen, als ob sie aus dem Zimmer eines Todten gingen. Der Tod ist für sie die Arbeitslosigkeit, die grosse stillstehende Maschine, deren Scelet unheimlich im Schatten steht.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

An diesem Morgen giebt es ein lustiges Quartett im Reservoir-Hôtel in Versailles. Die Herren Batbie, Broglie, Audiffret-Pasquier und Lorgeril nehmen ein Dejeuner von kleinen rosigen Krebsen, Soubise-Coteletten und Lachsschnitten. Herr v. Broglie, bekanntlich ein sehr vornehmer Mann, spricht davon, dass die Boutique krachen werde; Herr Batbie schlürft seinen Caffee in kurzen Zügen und meint, dass die Sache ganz vortrefflich geht und Frankreich schon aus dem letzten Loche röchle und Herr von Lorgeril, der sich einer Champagnerflasche bemächtigt, nennt zwischen den Zähnen die Republikaner Schufte und Hungerleider. Bei dem Worte „Hungerleider" lächelt Herr v. Audiffret-Pasquier, der kein Wort gesprochen hat, verschmitzt.

## II.

Der Arbeiter ist an die Luft, auf das Strassenpflaster gesetzt. Er hat durch acht Tage Pflaster getreten, ohne Arbeit finden zu können. Von Thür zu Thür ist er gegangen, Arme und Hände, ja den ganzen Menschen zu was immer für eine Arbeit, zur abschreckendsten und härtesten feilzubieten. Alle Thüren bleiben ihm verschlossen. Es giebt keine Arbeit, der Ruin ist allerwärts; die Boutique geht krachen und Frankreich röchelt aus dem letzen Loche. Er bietet jetzt seine Arbeit um den halben Taglohn an, trotzdem thun sich die Thüren nicht auf. Er möchte sogar umsonst arbeiten, der Stillstand der Arbeit ist das Zügenglöcklein-Geläute der Mansarden. Die Panique hat alle Industrien ergriffen, und das feige Geld versteckt sich.

Nach acht Tagen ist es aus und vorüber. Der Arbeiter hat noch einen Versuch gemacht und kehrt langsam, mit leeren Händen, vom Elend erdrückt, heim. Es regnet an diesem Abend; Paris ist grauenhaft im Morast. Er geht im Gussregen, ohne es zu merken, auf nichts als auf seinen knurrenden Magen hörend, von Zeit zu Zeit stillstehend, um nicht zu schnell heimzukommen. Er beugt sich über die Seine-Brüstung; die hochgehenden Wasser strömen mit nachhallendem Geräusch hin; er sieht die weissen Schaumblasen an dem Brückenpfeiler. Er neigt sich mehr vor, die flüssige Masse rauscht mächtig und grau unter ihm weg und richtete einen wüthenden Appell an ihn. Er sagt sich schliesslich, dass das feig wäre, und geht weiter. Der Regen hat nachgelassen. Die Gaslichter flackern hinter den Bijouterie-Läden. Wenn er eine Glastafel eindrückte, könnte er mit einem Handgriffe Brod auf Jahre hinaus schaffen. Die Küchen der Restaurants werden nach und nach beleuchtet; hinter den weissen Mousselin-Vorhängen sieht er essende Leute. Noch hat er die Garküchen, die Boutiquen von Schinken- und Pastetenverkäufern, das ganze genäschige Paris zu passiren, das sich zu den Essstunden bereit hinsetzt. Er geht durch die Stadt zu der Vorstadt hinauf, immer angesichts der allgemeinen

Atzung. Als sein Weib und sein Töchterchen bei seinem Morgenausgange weinten, versprach er ihnen Brod für den Abend. Er wagte nicht, ihnen vor einbrechender Nacht zu sagen, dass er gelogen hatte. Unterwegs fragte er sich selber, wie er heimkommen und was er erzählen soll, um sie zur Geduld zu mahnen. Er hat nur die schlimmsten Nachrichten; nichts deutet auf eine Wiederaufnahme der Arbeit, und überall sagt man ihm, vor 14 Tagen nicht anzufragen. Sie können aber doch bis dahin nicht ohne Essen bleiben. Er vielleicht brächte es zuwege; aber sein Weib und die Kleinen sind zu schwächlich. Einen Augenblick hat er den Einfall, zu betteln. Kommt aber ein Herr oder eine Dame in seine Nähe und will er schon die Hand ausstrecken, so sträubt sich sein Arm und es schnürt ihm die Gurgel zusammen. Er bleibt wie angewurzelt auf dem Trottoir, die anständigen Leute wenden sich von ihm ab und halten, indem sie seine verwilderte Miene sehen, ihn für betrunken. Um die nämliche Stunde kommen Tausende ohne Brod heim und bringen nichts ihrer Familie, als das Wasser aus ihren durchlöcherten Stiefeln.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Bei Herrn v. Audiffret-Pasquier ist intimer Empfang. Die Herren Batbie, Broglie und Lorgeril sind mit dem Herrn des Hauses in einem kleinen Salon. Sie haben als wahre Esskünstler ihr Mahl gehalten. Ach, seufzt Herr v. Lorgeril, es ist eine Tradition, die sich verliert; man versteht selbst nicht mehr zu trinken. Diese Herren tauchen kleines Backwerk in Milchthee. Herr v. Broglie aber, der noch heiss von der Anstrengung des Tages ist, behauptet, dass der Sieg sicher sei, dass Thiers müde wird, dass Frankreich es schliesslich satt kriegt, und dass man nur mehr einige Monate ruhig zuzuwarten brauche. Herr Batbie schüttelt den Kopf; er findet, dass man zu waschlappig ist; die Krisis sei nicht mit dem richtigen Verständnisse vorbereitet, und es gebe noch zu viel Brod in den Bäckerläden von Paris.

III.

Das Weib des Arbeiters ist zur Hausthür hinabgestiegen; die Kleine ist oben eingeschlafen. Die Frau ist abgemagert, ein kalter Wind ergreift sie, der aus der Strasse herweht. Sie hat nichts mehr in ihrer Wohnung; Alles ist schon auf das Versatzamt getragen. Acht Tage ohne Arbeit genügen, um das Haus zu leeren. Am Vorabende hat sie bei dem Trödler die letzte Handvoll Wolle ihrer Matratze verkauft; es ist nur mehr das Zeug übrig. Die Matratze ist vor das Fenster aufgestülpt, um den Luftzug abzuwehren; die Kleine hustet zu stark.

Ohne ihrem Manne etwas zu sagen, hat sie sich selber umgethan. Die Arbeitseinstellung hat die Weiber noch härter als die Männer getroffen. Auf dem Strohsacke giebt es viele Unglückliche, welche die Nacht hindurch schluchzen. Sie hat eine solche unten an der Ecke gesehen, die sich preisgab; eine andere ist gestorben, eine dritte verschollen. Bei jeder Krisis rollt die Seine Mädchen-Leichen oder sie werden in die Häuser der Sünde getrieben.

Glücklicherweise hat sie einen braven Mann, einen Mann, der kein Trinker ist. Sie hätten es ganz gut, wären nicht die beiden Belagerungen gewesen und hätten sie nicht momentane Unglücksschläge um Alles gebracht. Ihr Credit ist erschöpft; sie ist dem Bäcker, dem Greissler, der Gemüsehändlerin schuldig und wagt nicht mehr, an den Boutiquen vorüberzugehen. Nachmittags ging sie zu ihrer Schwester, um zwanzig Sous auszuleihen; sie fand aber auch dort ein solches Elend, dass sie, ohne etwas zu sagen, bitterlich zu weinen anfing, und dass sie dann Beide die längste Zeit ihren Thränen den Lauf liessen. Beim Fortgehen hat sie ihrer Schwester versprochen, ein Stück Brod zu bringen, wenn ihr Mann mit etwas heimkommen würde.

Der Mann kommt nicht heim. Der Regen fällt, die Frau flüchtet sich hinter die Thür; grosse Tropfen klatschen zu ihren Füssen, der Staubregen durchnässt ihr dünnes Gewand. Momentan packt sie die Ungeduld, trotz des Gussregens wagt sie sich hinaus bis an das Ende der Strasse, um zu sehen, ob der Erwartete nicht zurückkommt; sie läuft weit die Strasse hinaus. Zurückgekehrt, ist sie ganz durchnässt; sie streicht mit den Händen über das Haar, um es zu trocknen, wieder wartet sie, von kurzen Fieberfrösten geschüttelt.

Die Kommenden und Gehenden streifen sie. Sie macht sich ganz klein,

um Niemanden zu geniren. Männer blicken ihr in das Gesicht, und von Zeit zu Zeit fühlt sie warme Athemzüge an ihrem Halse. Ganz Paris ist verdächtig, die Strasse, mit ihrem Schmutz, die verstärkte Beleuchtung, die rollenden Wagen scheinen sie in das Rinnsal zu drängen. Sie hungert und ist Jedermann preisgegeben. Gegenüber ist ein Bäcker, und sie denkt an die Kleine, die oben schläft.

Als sich endlich der Mann zeigt, der wie ein Verworfener an den Mauern hinschleicht, stürzt sie ihm entgegen und blickt ihn ängstlich an. Nun! stammelt sie. Er antwortete nicht und neigt nur den Kopf. Bleich wie eine Todte steigt sie zuerst hinauf.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Bei Herrn v. Broglie ist ein politisches Diner. Man hält erst beim Braten. Wenn man unter Freunden ist, macht man keine Umstände. Man plaudert von den Adressen, welche die Handelsleute und Industriellen an Thiers gerichtet haben. Herr v. Lorgeril sagt, mit dem saftigen Bissen eines Fasans im Munde, indem er sich die Lippen abwischt, Paris müsse sich glücklich schätzen, dass es nicht geschleift wurde. Der Herr des Hauses stimmt mit einem Kopfnicken zu und spricht von dem Finger Gottes; die Misère ist ein politisches Verhängniss. Herr v. Audiffret-Pasquier producirt wieder sein feines Lächeln, indem er bemerkt, dass die Schuld an der Republik liege, wenn die Republikaner Hungers sterben. Das heitert Herrn Batbie ein wenig auf; er ist mürrisch, die Beerdigungen sind noch nicht genug zahlreich in den Strassen, und das Bettelvolk, dem er in den bevölkertsten Stadttheilen begegnet, sieht noch viel zu gut aus.

## IV.

Oben schläft die Kleine nicht mehr; sie ist aufgewacht, sie dämmert vor einem Kerzenstumpfe, dessen Licht auf einer Tischdecke im Verlöschen ist. Man kennt nicht das entsetzlich Ergreifende, das über das Gesicht dieser siebenjährigen Kleinen mit den ernsten Mienen einer fertigen Frau geht. Sie sitzt aufrecht in der Kofferlade, die ihr Bett bildet. Ihre fröstelnden Beinchen hängen heraus; mit ihren fiebernden Händen presst sie die Fetzen, die sie bedecken, gegen die Brust. Hier empfindet sie ein Brennen, ein Feuer, das sie auslöschen möchte. Sie träumt.

Sie hat nie ein Spielzeug gehabt. Sie kann nicht in die Schule gehen, weil sie keine Schuhe hat. Als sie noch kleiner war, erinnert sie sich, hat sie die Mutter in den Sonnenschein geführt. Das aber ist lange her. Man musste ausziehen, und seit jener Zeit wehte, so dünkt ihr, eine schaurige Kälte durch das Haus. Da war sie nicht mehr zufrieden, immer hatte sie Hunger.

Sie vertieft sich in eine Sache, die sie nicht versteht. Es hungert also alle? Sie hat es doch versucht, sich daran zu gewöhnen, kam aber damit nicht zu Stande. Sie denkt, dass sie viel zu klein ist, dass man gross sein muss, um das zu begreifen. Ihre Mutter weiss ohne Zweifel davon, will es aber ihren Kindern verheimlichen. Sie wagt es nicht, sonst würde sie diese fragen, warum man Kinder zum hungern in die Welt setzt.

Dann ist es garstig bei ihnen. Sie betrachtet das Fenster, vor dem der Matratzen-Ueberzug steht, die nackten Wände, die zerbrochenen Möbel, all diese Schmach der Bodenwohnung, das verzweifelte Resultat der Arbeitseinstellung. In ihrer Ignoranz meint sie von warmen Gemächern mit schönen Gegenständen geträumt zu haben: sie schliesst die Augen, um das wieder zu sehen, und zwischen den Augenlidern wird das Flimmern der Kerze zum grossen goldigen Glanze, in den sie eindringen möchte. Doch der Wind pfeift, und es dringt ein solcher Luftzug durch das Fenster, dass sie von einem Hustenanfall erfasst wird. Sie hustet so stark, dass ihr die Thränen in die Augen treten.

Ehemals hatte sie Furcht, wenn man sie allein liess; jetzt ist ihr das ganz gleichgiltig. Da man seit gestern nicht gegessen hat, meint sie, die Mutter sei ausgegangen, um Brot zu holen. Nun erlustigt sie dieser Gedanke. Sie will ihr Brod in kleine Stückchen theilen und eines nach dem andern nehmen. So will sie das Brod zu ihrem Spielzeuge machen.

Die Mutter ist gekommen, der Vater hat die Thür zugemacht. Die Kleine sieht auf die Hände der Beiden und ist sehr überrascht. Da sie eine lange

Zeit nichts sprechen, wiederholt sie in sanftem und singendem Tone: Mich hungert sehr, recht sehr.

Der Vater hat im finstersten Winkel den Kopf zwischen seine Fäuste genommen; da bleibt er, vernichtet, zerschmettert, seine Schultern bewegen sich unter der Wirkung des verborgenen Schluchzens. Die Mutter unterdrückt ihre Thränen und will die Kleine wieder einschläfern. Sie bedeckt sie mit allen Fetzen der Wohnung, redet ihr zu, gescheidt zu sein und zu schlafen. Das Kind aber, dessen Zähne vor Kälte zusammenschlagen und welches das Feuer in der Brust immer heftiger brennen fühlt, wird sehr verwegen und fragt, sich an den Hals der Mutter hängend: „Sage, Mama, warum müssen wir Hunger leiden?"

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Jene bekannten Herren begeben sich zu Bette. Herr v. Lorgeril hat ein grosses gelbseidenes Bett, in das er sich weich versenkt und wo er seine Verdauung vollendet. Das Bett des Herrn v. Audiffret-Pasquier ist roth, das von Broglie violett, von Batbie himmelblau. Die Wärme der Eiderdunen wiegt sie in Halbschlummer, der durch Fragmente von Reden und Ordnungsrufen mit leiser Stimme unterbrochen wird. Dann schlafen sie vollends ein, sie schnarchen sogar ein wenig. Sie träumen sämmtlich den nämlichen Traum: Die Krisis ist vorüber, sie theilen sich in die Portefeuilles auf dem Körper der sterbenden Republik. Herr v. Lorgeril hat den Cultus, Herr Batbie den öffentlichen Unterricht, Herr von Broglie das auswärtige, Herr von Audiffret-Pasquier das innere Amt."

Das Blatt wurde unterdrückt, aber die Noth und die schlechte Stimmung der Arbeiter hat man damit nicht unterdrückt.

So habe ich die sociale Leidensgeschichte Frankreichs geschildert. Von Revolution zu Revolution taumelnd, ist man zu den heutigen Verhältnissen gekommen, welche durch den Belagerungszustand eine Weile aufrecht erhalten werden können, um dann wieder einer noch schrecklicheren Katastrophe Platz zu machen, als es die von 1871 war.

---

Jetzt würde ich die sociale Thätigkeit der katholischen Geistlichkeit und Partei in Frankreich schildern können, verzichte jedoch darauf, obschon ich ein sehr reichliches Material dazu angesammelt habe, aus mehreren Gründen. Einmal will ich den Umfang dieses Buches nicht ungemessen vergrössern. Ferner will ich das Erscheinen dieses Werkes nicht zu weit hinausschieben. Dann aber glaube ich, mit der Schilderung dieser Seite der socialen Agitation in dem Capitel Belgien auch wirklich genug gethan zu haben. Der katholische Socialismus verdient überdies eine zusammenhängende selbstständige Bearbeitung. Man hat es angezweifelt, dass ich mit vollkommenster Unparteilichkeit nach beiden Seiten hin bisher gearbeitet habe. Katholiken meinen, ich hätte den belgischen Christlich-Socialen Unrecht gethan. Liberale Deutsche meinen, ich sympathisire für einen Evangelischen zu sehr mit den deutschen Christlich-Socialen. Socialdemokraten argwöhnen, ich wolle die Arbeiter in die Netze der Regierung, der Conservativen — ja sogar eines, allerdings höchst bedeutenden Mannes, Wagener's, treiben. Herr Blos, den ich im I. Bande ehrend erwähnt habe, hat sogar einen gefälschten Auszug aus einem Briefe von mir — ich habe mit Socialisten aller Parteien

correspondirt, wie hätte ich sonst das reiche Material mir schaffen können, was in diesem Buche verarbeitet ist — veröffentlicht. Er schreibt, dass er dies nicht aus persönlichem Hass gegen mich gethan, sondern um zu verhüten, dass die Arbeiter mit Wagener direct oder indirect etwas zu thun bekämen. Er mag sich beruhigen. Weder Wagener noch ich, noch meine social-conservativen Freunde wollen zur Zeit „auf die Arbeiter Einfluss gewinnen". Auch bei meinem vielfachen Verkehr mit Arbeitern, namentlich Lassallescher Richtung, habe ich dies nie versucht. Wir wollten genau die Lage, die berechtigten Wünsche, die Stimmung, die Organisation der Arbeiter kennen lernen — dies Buch ist der Beweis, dass uns dies nicht ganz schlecht gelungen ist — um einen Reformplan von durchschlagender Bedeutung der Regierung des deutschen Reiches und den deutschen Conservativen vorschlagen zu können. Das haben wir gethan, das werden wir ferner thun, und wenn jene Factoren unsere Vorschläge acceptiren, sind wir bereit, sie zu unterstützen. Eine Agitation oder andere Einwirkung auf die Arbeiter zu üben sind wir nicht gewillt.

Was fernere Anfeindungen, im Styl der des Herrn Blos, anlangt, so werde ich mit Verachtung dazu schweigen. Meine Arbeiten liegen dem vor, der sich ein Urtheil über mich und meine kleine Partei schaffen will, wobei ich offen anerkenne, dass ich in ihr nicht einmal nach Rodbertus und Wagener der Dritte bin. Es giebt Bedeutendere noch darin. Aber meine Arbeiten, und dies Buch nicht am wenigsten, werden in Zukunft — in noch nicht ein Dutzend Jahren — ein beredtes Zeugniss für unseren Fleiss, ich glaube auch für einen gewissen politischen Scharfblick, jedenfalls aber für unsere volle Loyalität in socialen und unsern Patriotismus in politischen Dingen geben. Wir trösten uns der Zukunft und lassen das Urtheil des Tages schweigend über uns ergehen. Wenn das Vaterland uns rufen wird, werden wir da sein und ihm nicht fehlen.

Ferner kann ich auf mein Wort versichern, dass jeder Satz, den ich in diesem Buche geschrieben habe, bona fide geschrieben ist. Aber ich bin es wirklich müde, von allen Seiten verdächtigt zu werden und bei meinen früheren conservativen Parteigenossen, die dies Buch hauptsächlich belehren sollte, keine Anerkennung zu finden.

So mag denn ein anderer Mann, die wirklich rastlose und unendlich erschöpfende Arbeit weiter übernehmen, die ich so ohne Dank, der Sache wegen, bisher gethan habe.

Der „Hamburger Correspondent" hat mir, soll ich sagen nachgerühmt oder vorgeworfen? ich hätte den katholischen Socialismus erfunden oder entdeckt. Nun, erfunden habe ich ihn sowenig wie den demokratischen. Er ist da und war es schon lange. Aber die weisen Herren Redacteure, denen man die Blätter nicht tödtete, die man nicht aus den Redactionsstuben verjagte, sie wussten vom katholischen Socialismus noch weniger als vom demokratischen, denn jener ist klüger und geht geräuschloser zu Werke. Aber

warum soll ich auch noch die schwierige Arbeit übernehmen, die Geschichte des katholischen Socialismus in Frankreich zu schreiben, der mindestens so wichtig ist, wie der belgische? Mögen meine Herren Collegen von der Presse auch einmal sich selbst an solche Arbeiten machen — vielleicht halten sie dann auch die meinige einer Anerkennung werth. Die politische Presse, und sogar die conservative, hat den ersten Band vollständig todtgeschwiegen — mit sehr wenigen Ausnahmen — da will ich den Herren dieser Presse auch noch ein klein Stück socialer Forschungsarbeit übrig lassen, und das mag in erster Linie die Ermittelung der Wichtigkeit und Art des katholischen Socialismus in Frankreich sein. Man wird wohl zugeben, dass ich nicht lüge, wenn ich sage, ich könnte den katholischen Socialismus in Frankreich ebenso schildern, wie ich den belgischen geschildert habe.

Nur die Bemerkung sei mir gestattet, dass, während die Regierung in Frankreich ihren Arm einer erbarmungslosen Reaction der besitzenden Klassen leiht, und während die Socialdemokraten und Radikalen einen dem entsprechenden Hass in den arbeitenden Klassen schüren, also die schlimmsten Leidenschaften beiderseitig entfesselt sind, die Klerikal-Socialisten allein einen versöhnlichen Sinn zeigen. Sie suchen den Hass in den Herzen der Arbeiter zu beseitigen, suchen die Besitzenden zur Mildthätigkeit zu stimmen, streben die moralische Hebung des Arbeiterstandes durch die Religion an und bieten so die einzig sittliche Erscheinung seit der Commune in Frankreich, wie denn die Haltung der ermordeten Geistlichen von Paris im Kerker und im Tode eine durchaus würdige war.

Eine andere Frage ist es, ob diese Partei irgend welche Aussichten auf Erfolg hat. Noch eine andere, wieweit resp. ob politische Gründe massgebend für ihre sociale Thätigkeit waren. Fragen, die ich nur nach vollständiger Darstellung ihrer Praxis beantworten könnte.

Die Kritiker wollen mir also diese Lücke in meinem Werke verzeihen, das unter den Händen über das beabsichtigte Mass gewachsen ist.

Uebrigens ist für die Aufklärung über sociale Verhältnisse in der Welt in diesem Buche genug drin, so dass eine ernste und wahrheitsliebende Kritik ihm die Bedeutung eines Quellwerks nicht wird absprechen dürfen. Es existirt einfach weder in Deutschland noch in den anderen Ländern — ich kenne diese Literatur genau — ein Werk, das eine solche Fülle von Dokumenten planmässig geordnet brachte.

Somit wende ich mich zu den beiden Schlusscapiteln, die ich ebenfalls mit Absicht kurz halten werde, indem ich mich auf das eigentliche Thema dieses Buches beschränke: Die Bestrebungen der Arbeiter sich zu emancipiren auf Grund des von der I. aufgestellten Programmes. Dies thue ich umsomehr, als die grosse Productionskrisis, welche diesmal von Amerika nach Oesterreich, von da nach Deutschland und Frankreich übersprang, jetzt auch

in England wüthet, in Amerika aber noch nicht aufgehört hat. In Amerika leidet unter ihr die Vereinsbildung der Arbeiter. In England erschüttert sie die festesten Trades-Unions. Nach den mir zugegangenen neueren Nachrichten verzweifelt man in Arbeiterkreisen vielfach daran, die Position der Arbeit durch Trades-Unions heben zu können und geräth auf den politischen Boden. Doch sind die Wirkungen der Krisis heute noch nicht genügend zu übersehen, da man noch mitten drin ist, und da ich keine Prophetie schreiben will, sondern eine treue Geschichte der Thatsachen, so schiebe ich eine ausführliche Arbeit über die sociale Bewegung in jenen beiden Ländern für eine Zeit auf, in welcher daselbst die Verhältnisse sich geklärt haben werden.

Dies Verfahren, welches ich auch im vorigen Jahre beobachtete, hat sich überdies bewährt: Ich schrieb im Nachwort des I. Bandes, dass ich die Beendigung der communalen Kämpfe in Spanien abwarten wolle. Diesem Warten danke ich es, dass das Capitel „Spanien" im II. Bande zu einem vollen Abschlusse gelangen konnte.

---

Die socialistische Presse Frankreichs neueren Datums: Auf Frankreich hat die I. aus Belgien und Spanien mehr gewirkt als durch in Frankreich erscheinende Blätter, weil im Auslande mehr Pressfreiheit herrschte. Erscheint doch Rocheforts „Laterne" auch jetzt wieder in der Schweiz. Später vertrieb man Zeitungen und Flugschriften auch von Spanien aus nach Frankreich. Ich will jedoch ein Verzeichniss solcher Blätter geben, welche notorisch der I. gedient haben, abgesehen von einer Masse von radikalen Blättern, die ihr, namentlich gegen das Ende des Kaiserreichs, geneigt waren. Die älteren socialistischen Blätter von Marat's „Volksfreund" bis zu den 1848 erscheinenden, lasse ich unberücksichtigt. Der „Vorbote" nennt im Jahre 1866 als der I. ergebene Blätter:

1. „La Fourmi." Wochenblatt. Paris.
2. „Association, bulletin international des Sociétés coopératives." Paris.
3. „Congrés ouvrier." Paris.
4. „Association international des travailleurs." Paris.
5. „La Mutualité." Paris.

   Dasselbe Blatt nennt 1867:

6. „La Libre Pensée." Paris.
7. „L'Ecole." Paris. Beide international und die confessionslose Schule, den Atheismus besonders betonend.
8. „La Coopération." Paris.
9. „Le Courrier Français." Paris. That gelegentlich Liebesdienste.

   Dasselbe Blatt nennt 1870:

10. „L'Ouvrier:" Paris, der einging zu Gunsten der berühmten:

11. „Marseillaise" von Rochefort, die soviel zum Sturz des Kaiserthums und der Beförderung der Commune beitrug.
12. „La Réformation sociale," erschien seit 1870 in Rouen.
13. „Les droits de l'homme," erschien seit 1872 in Montpellier unter Redaction von Guesde, einem Schüler Bakunin's.

Die „Économie Chrétienne" vom 15. August 1871 nennt in ihrer Uebersicht der internationalen Presse noch:

14. „L'Éclaireur" in St. Etienne.
15. „La Travail" in Paris.
16. „La Voix du Peuple" zu Marseille.
17. „Le Socialiste," Organ der Pariser Föderation der I. Paris.
18. „La Réforme maritime." Marseille. Sollte die Matrosen international machen.

Die „Christl. soc. Blätter" brachten folgendes Verzeichniss der in Paris zur Zeit der Commune erschienenen Blätter:

Le Réveil — La Caricature — Le Combat — La bouche de fer — Le Pére Duchêne — La lutte à outrance — L'affranchi — La République politique et sociale — Le Salut public — La Montagne — Le Cri du peuple — Le Mot d'ordre — Le Vengeure — La Commune — L'Estaffette — Paris libre — Le Journal officiell de la Commune de Paris.

Ich glaube, dass dies Verzeichniss immerhin für diese Zeit dem Fachmann nützlich sein kann. Für die Zeit bis 1848 hat Lorenz Stein eine vorzügliche Uebersicht geliefert. Auch Nadaud in seiner „Histoire des classes ouvrières en Angleterre" hat Einiges, abgesehen von den in grösseren rein historischen Werken steckenden Angaben.

Das Verzeichniss der katholisch-socialen Blätter scheint mir nach dem vorhin Gesagten nicht hierher zu gehören.

---

# England.

Nach dem im vorigen Capitel Gesagten werde ich mich lediglich auf die Schilderung des Einflusses beschränken, welchen die Internationale in England geübt hat, indem ich dabei die Kenntniss englischer Verhältnisse, namentlich auch der Specialwerke über die Gewerkvereine, voraussetze, mir vorbehaltend, später auch jene merkwürdige Organisation anders zu beleuchten, als es bisher geschehen ist.

Bekannt ist, dass englische Arbeiter — Odger z. B. — sich schon bei der Gründung der Internationale betheiligten.

Die englischen Arbeiter verhielten sich Anfangs sehr spröde gegen die Internationale und thun das meist noch.

Ganz richtig schildert Onslow Yorke in der übrigens ganz schlechten „The Secret History of the Internationale" den Gegensatz zwischen Engländern und Franzosen, wie er auf dem Congress der Internationale zu Genf zu Tage trat: Odger wollte den Verhandlungen eine praktische Richtung geben. Er brachte die Neun-Stundenbill und die Frage der Strikes auf's Tapet. Die Engländer wollten Thaten, keine Phrasen. Tolain, der Franzose, begriff diesen Unterschied nicht. Für Franzosen sind Worte Thaten. .... „Wir müssen unsere Principien klar legen," die Franzosen; — „Wir fragen den — nach abstracten Ideen, noch weniger nach phrasenhaften Reden", die Engländer; — „What a sorry beast it is, this John Bull, no ideas, no syntheses, no imagination, er wird nie die Fackel anzünden und der Welt vorleuchten, er kann das Noble, die Hingebung, das Sublime nicht begreifen. Ihr sprecht ihm von Generalisation, und er stellt sich einen Mann vor mit einem Federhut auf dem Kopf, der auf hohem Rosse sitzt. .... ihm von radicaler und universaler Harmonie der Interessen sprechen, ist ihm Reden in fremden Zungen," die Franzosen; — „Was wollt Ihr eigentlich," die Franzosen; — „Die Neun-Stundenbill, höhere Löhne," die Engländer; — „Ihr opfert die Zukunft," die Franzosen; — „Wir werden die Gegenwart gewinnen, und der heutige Tag ist es, in dem wir leben," die Engländer. — „Quod ad est memento!" Das ist in der That der Glaubenssatz der Engländer.

Indess gab man sich umsomehr Mühe, diese Praktiker zu gewinnen.

Der correspondirende Secretär der I. für Frankreich, Eugen Dupont, schrieb am 1. Januar 1870 von London an den Rath der I. in der Schweiz: „Obschon die revolutionäre Initiative von Frankreich ausgehen muss, so kann doch England allein als Hebel für eine ernstlich ökonomische Revolution gebraucht worden. Es ist das einzige Land, in dem es keine Bauern mehr giebt, wo der Capitalbesitz in wenig Händen concentrirt ist, wo die capitalistische Form sich der ganzen Production bemächtigt hat, wo die grosse Majorität der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht, wo der Klassenkampf und die Organisation der arbeitenden Klasse durch die Trades-Unions einen gewissen Grad der Reife und Allgemeinheit erreicht hat.... Wenn der Grossgrundbesitz und der Capitalismus in diesem Lande ihren Sitz haben, so sind dafür auch die materiellen Bedingungen ihrer Zerstörung am reifsten. Da der „Generalrath“ (der „Internationale“) sich in der glücklichen Lage befindet, die Hand an dem grossen Hebel der Proletarierrevolution zu haben, — welche Thorheit, ja welches Verbrechen, ihn in englische Hände fallen zu lassen! Die Engländer haben „toute la matière nécessaire à la revolution sociale“; was ihnen fehlt, ist „l'esprit généralisateur et la passion révolutionaire.“

Um die Hand wirksam an diesen mächtigen Hebel zu legen, musste die I. praktisch werden. Sie that es.

Die von Marx organisirte I. erwies sich den englischen Gewerk-Vereinen bei vielen Strikes als sehr nützlich. Auf dem Congress zu Lausanne hiess es im Jahres-Bericht der „Internationale“:

„Es pflegte eine regelmässige Drohung der britischen Capitalisten zu sein, ihre Arbeiter, wenn diese sich nicht ihren Vorschriften fügen wollten, durch Einfuhr fremder Arbeiter zu verdrängen. Die blosse Möglichkeit, dass solche Einfuhr stattfinden könne, war in vielen Fällen hinreichend, die britischen Arbeiter von der Aufrechterhaltung ihrer Forderungen abzuschrecken. Die vom G.-R. getroffenen Massregeln haben die Wirkung gehabt, derartigen Drohungen ein Ende zu machen. Wo irgend etwas dieser Art beabsichtigt wird, muss es in's Geheim geschehen, und die geringste Kunde, die den Arbeitern zu Ohren kommt, genügt, den Plan der Capitalisten zu vereiteln. Wenn eine Arbeits-Einstellung oder Fabrikschliessung stattfindet, die irgend eines der affiliirten Gewerke betrifft, so werden regelmässig die continentalen Correspondenten der Association auf der Stelle dahin unterrichtet, die Arbeiter ihrer Ortschaften zu warnen, sich in ein Engagement irgend welcher Art mit den Agenten der Capitalisten des Platzes einzulassen, wo der Strike stattfindet. Und diese Massregel ist nicht bloss auf affiliirte Gewerke beschränkt, sondern wird auf ihr Ansuchen auch zu Gunsten anderer Gewerke ausgeführt.“

Zuletzt ist dies bei dem grossen Strike der Maschinenbauer zu Newcastle 1871 geschehen.

Selbst solche deutschen und scandinavischen Arbeiter, die schon in den Newcastler Fabriken importirt waren, verliessen dieselben nach wenig Tagen und kehrten, von den Internationalen ihrer Nationalität bearbeitet und von dem Central-Comité der englischen Gewerk-Vereine mit Reisegeld versehen, in ihre Heimath zurück.

Der Erfolg dieser Procedur ist ein so vollständiger, dass solcher Arbeiterimport ganz aufgehört hat, und die Kohlengrubenbesitzer von Wales bei dem grossen Strike von 1873 garnicht einmal den Versuch gemacht haben, sich so zu helfen.

Der ungeheure Dienst, welchen somit die Internationale den Gewerkvereinen auf ökonomischem Gebiet leistete, blieb nicht unbelohnt. Die Gewerkvereine unterstützten wiederholt den G.-R. mit Geld, wenn er zur Durchführung von Strikes auf dem Continent dessen bedurfte.

Vor allen Dingen war hierdurch ein officieller Verkehr des G.-R. der I. A.-A. mit dem Centralrath der Trades-Unions zu London hergestellt.

Verfolgen wir nun, wie von Jahr zu Jahr die englischen Trades-Unions mehr und mehr unter dem Einfluss dieser geistigen Verbindung mit der I. das letztere charakterisirende Princip in sich aufnehmen, es müsse die Arbeiterklasse politische Macht erlangen. Im Jahre 1866 veranstaltete die I. in London ein gewaltiges Meeting unter Odger's Vorsitz, in dem zum ersten Male nur Arbeiter sprachen und das sich für das allgemeine Wahlrecht aussprach. Denn dies allgemeine Wahlrecht ist der unbedingt nothwendige erste Schritt zur Erlangung politischer Macht für die Arbeiter, deren Masse bei seiner Geltung schliesslich den Ausschlag geben muss, sobald man die Masse eben über die ihr hiermit gegebene Macht aufklärt. Wahlreformvereine bildeten sich, in denen Mitglieder der I. sassen. In fast allen grossen Städten wurden Meetings abgehalten. Bei dem grossen Schneider-Strike zu London hielt der G.-R. den Zuzug vom Auslande fern. Zahlreiche Trades-Unions schlossen sich der I. an. Der „Vorbote" vom Mai meldet:

„Durch die grosse Thätigkeit, welche die I. A.-A. in England bei der Wahlreformbewegung entwickelte, und den prompten Beistand, welchen sie bei den Arbeitseinstellungen leistete, lernte die Arbeiterklasse dort erst die Bedeutung und Vortheilhaftigkeit einer über alle Länder verbreiteten Genossenschaft praktisch kennen. So ergab sich's, dass in den letztverflossenen Wochen fünf grosse Arbeitergesellschaften, von welchen zwar viele Mitglieder vereinzelt unserer Association längst angehörten, sich nun in Gesammtheit angeschlossen haben. Dahin gehören folgende Gesellschaften, eine der Seidenbandwirker mit 1000, eine der Schneider mit 8000, eine der Schuhmacher mit 9000 Mitgliedern, ferner eine der Mechaniker und eine der Gittermacher, deren Mitgliederzahl wir noch nicht wissen."

Ebenso vom Juli:

„Eine Delegirten-Versammlung der Zimmerleute Englands in Manchester hat einstimmig beschlossen, alle ihre Zweigvereine zum Beitritt in unsere Association einzuladen. Ebenso die Maurervereine in London und Stratford. Ausser mehreren kleinen Gesellschaften, z. B. der Schneider in Darlingtou (80 M.), der Möbelschreiner im Westend Londons (700 M.), der Küfer (600 M.), haben auch die Mechaniker Englands (33,000 Mann stark) erklärt, den Arbeitern des europäischen Festlandes durch den Beitritt in die I. A.-A. die Bruderhand reichen zu wollen. Hierbei berichtet man uns, dass seit einiger Zeit, namentlich seit Verwerfung der Wahlreform, wofür man nun unbedingtes Wahlrecht verlangt, sich unter der englischen Arbeiterklasse sehr revolutionäre Tendenzen bemerkbar machen. Am Schlusse des von 20,000 Menschen besuchten Meetings (26. Juni. Trafalgar Square) sagte der Vorsitzende, Schreinergeselle Lucraft, Mitglied unseres G.-R.: „Ich fordere euch auf, meine Freunde, künftigen Montag ein Monster-Meeting in White Hall gardens abzuhalten, dort in White Hall gardens, wo wir vor Zeiten einem unserer Könige den Kopf abgehauen.“ Dieses Meeting (2. Juli), worin die entschiedensten Beschlüsse in Betreff der politischen Emanzipation der Arbeiterklasse gefasst wurden, war denn auch von 60,000 Mann besucht. Auch haben schon jetzt die meisten Arbeitergesellschaften Englands beschlossen, sich auf unserem Congress (am 3. September in Genf) durch Delegirte vertreten zu lassen.“

Dies ist bekanntlich geschehen.

Die erste officielle Annäherung der Internationale und der Gewerkvereine fand auf der Delegirten-Conferenz der Gewerkvereine zu Sheffield 1866 statt. Dort wurde beschlossen:

„Indem die Conferenz der Internationalen Association für ihre Bemühungen, die Arbeiter aller Länder durch ein gemeinsames Band der Brüderlichkeit zu vereinigen, volle Anerkennung zollt, empfiehlt sie allen hier vertretenen Gesellschaften auf das Eindringlichste, sich dieser Körperschaft zu affiliiren, in der Ueberzeugung, dass dies von der äussersten Wichtigkeit ist für den Fortschritt und das Gedeihen des Arbeiterstandes.“

Im Interesse der I. wirkte der „Workmans Advokate“, dessen Redaction der deutsche Schuhmachergeselle Eccarius leitete, ferner „The International Courier,“ welcher in englischer und französischer Sprache erschien.

Bis Ende 1866 hatte die I. A.-A. in England 25,175 Mitglieder.

Am 22. Januar 1867 präsidirte Jung vom G.-R. einem grossen Arbeitermeeting zur Feier der verunglückten Polen-Empörung. Die Maschinenbauer und Broncearbeiter, sowie die Londoner Schneider strikten und wurden von der I. A.-A. unterstützt. Lehrreich ist folgende Notiz des „Vorbote“ über einen andern Strike im Januar:

„Die vereinigten Korbfabrikanten in London liessen am 1. November ihren Arbeitern ein Ultimatum übergeben, worin ihnen kundgethan wurde, dass sie am 3. November die Werkstätten geschlossen finden würden, wenn sie nicht noch vorher erklärten, um die herabgesetzten Stückwerkpreise, was im Durchschnitt 1 Francs 25 Cent. Verdienst täglich für einen Arbeitér weniger als bisher beträgt, arbeiten zu wollen.

Auf die Weigerung der Arbeiter, wurde dieses Ultimatum genau vollzogen und waren die Werkstätten am 3. November geschlossen. Dies geschah aber nicht, weil die Herren Meister beutesatt waren und sich in Ruhestand gesetzt hatten, sondern um die Ausbeutung noch gründlicher zu betreiben und den „Meister zu zeigen." Sie liessen nämlich vorher schon eine entsprechende Anzahl Arbeiter in Belgien anwerben, hatten dieselben in neuen, unter den Eisenbahnen-Höhlungen eingerichteten Werkstätten, worin auch zugleich für Kost und Schlafstellen gesorgt war, untergebracht. In diesem Sclavenbehälter glaubten die sorgsamen Herren ihre armen Opferlämmer, besonders auch wegen der Sprachverschiedenheit, von der übrigen Arbeiterwelt abgeschieden zu haben und auf ewige Zeiten scheeren zu können. Aber die Vorsehung der I. A.-A. wachte über sie; denn nach der leisesten Anzeige von diesem Vorgange ernannte unser G.-R. sofort eine Commission mit der Aufgabe, diese eingesperrten Arbeiter aufzusuchen und mit ihnen zu dem Zwecke in Verkehr zu treten, sie aus diesem elenden Zustande zu erlösen. So geschah es. Durch das Zusammentreffen mit unsern Mitgenossen wurde den armen Leuten ihre traurige Lage erst recht klar und sie ergriffen mit aller Freude die ihnen gebotene Hülfe, wieder in ihre Heimath zurückkehren zu können. Sie wurden kostenfrei nach Belgien gebracht und erhielt noch jeder derselben von den Londoner Korbarbeitern 20 Franken Taschengeld.

Dieser Vorfall hat den ohnedies schon grossen Einfluss unserer Association noch sehr vermehrt."

Im Jahre 1867 waren successive 32 T. Us. zur I. übergetreten.

Im Jahre 1868 nahm die politische Bewegung und Wahlvorbereitung die Kräfte der Mitglieder der I. in Anspruch. Anschlüsse erfolgten wenige, u. A. die der T.-U. der Londoner Lederarbeiter und Litzschuhmacher. Der G.-R. trat mit vielen provinzialen T.-Us. in directe Correspondenz, deren sich auch einige anschlossen.

Im Jahre 1869 empfahl der Londoner Arbeiter-Bildungs-Verein, der Hauptherd der I. in England, allen Ländern die Gründung von Trades-Unions.

Auf dem T.-Us.-Congress zu Birmingham wurde am 20. August folgender bedeutsame Beschluss gefasst:

„In Anbetracht, dass die lokale Organisation der Arbeit fast verschwunden ist vor einer Organisation mit nationalem Charakter; dass die Ausdehnung des Princips des Freihandels eine solche Concurrenz der Capitalisten hervorruft, dass in dieser interrationalen Hetzjagd das Interesse des Arbeiters aus dem Gesichte verloren und aufgeopfert wird;

dass die Arbeiterorganisation noch weiter ausgedehnt und international gemacht werden muss; in Anbetracht ferner, dass die I. A. A. die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen bezweckt und dass die Interessen der Arbeiterklassen überall identisch sind, empfiehlt dieser Congress jene Association herzlich der Unterstützung der Arbeiter des vereinigten Königreichs und namentlich den organisirten Arbeiterkörpern und geht sie aufs dringendste an, sich jener Association zu affiliiren. Der Congress ist zugleich überzeugt, dass die Verwirklichung der Prinzipien der I. zum dauernden Frieden unter den Nationen der Erde führen wird."

Mit diesem Beschlusse sind die englischen T.-Us. moralisch zur I. übergegangen!

Ob sie sich ihr anschliessen oder nicht, ist gleichgültig. Das Princip, die Idee der I. lebt in Allen. Das ist es, was deutsche Kritiker bei ihrer Beurtheilung übersehen. Sie haben definitiv das ökonomische Prinzip dem politischen untergeordnet und so sehen wir die Arbeiter Englands jetzt Schritt für Schritt radikalere Massregeln ergreifen. Natürlich folgen nicht sofort alle Arbeiter einem solchen Impulse, allein die Radikalen reissen schliesslich den grossen Haufen mit fort.

Im selben Jahre noch, am 13. October 1869 erfolgte eine weitere bedeutsame Kundgebung. In einem grossen Meeting zu London wurde die „Landarbeiter-Liga" gegründet, in deren Comité 10 Mitglieder der I. sassen. Dieselbe hatte allerdings zunächst wenig Erfolg, aber sie hat mit einen Anstoss zur Landarbeiterbewegung gegeben, noch viel mehr aber dazu beigetragen, dass die „Grund- und Bodenfrage" zur Erörterung kam und sich später, 1873, eine „Landreform-Partei" bildete.

In jenem Meeting des Jahres 1869 wurde beschlossen:

1. „Das Monopol des Grundeigenthums ist die Grundlage aller sittlichen, politischen und socialen Uebel, welche die Gesellschaft heim suchen. 2. Dass diese Uebel vermieden werden können durch Wiederzurückgabe der Erde an ihren legitimen Erben — das Volk. 3. Dass der Boden vom Staat als Depot für das Volk gehalten werden muss. 4. Dass bei der Zurückgabe des Bodens an den Staat die Eigenthümer durch Jahresrenten zu entschädigen sind. 5. Dass der Staat, im Besitze des Bodens, diesen unter gewissen Bedingungen zu leihen oder zu überlassen hat."

Dieser Beschluss schliesst sich innig an den auf dem Congress der I. A. A. zu Basel an.

Der aus 40 Personen bestehende Ausschuss jener Liga liess durch England folgendes Programm verbreiten:

1. „Nationalisirung des Bodens. 2. Colonisirung über Meer. 3. Volksthümliche, weltliche, unentgeltliche und pflichtschuldige Erziehung. 4. Aufhebung der Zettelbanken; nur der Staat hat das Recht, Papiergeld zu verausgaben. 5. Progressive und directe Steuer, alle anderen ersetzend. 6. Liquidation der Nationalschuld. 7. Aufhebung des stehenden Heeres. 8. Verminderung der Stunden der Arbeitszeit. 9. Allgemeines Wahlrecht mit Tagesgehalt an die Vertreter."

Applegarth, Chef der Zimmerer-T.-U., berichtete auf dem Baseler Congress, dass die T.-Us schon 800,000 Mitglieder zählen und dass man ihnen hauptsächlich die Wahlreform verdanke, da

sie ihr ganzes Gewicht in die Wagschale der Reform-Liga würfen. Die T.-Us. seien „mehr als bisher in die politische Bewegung“ eingetreten. Er sei nach Basel gekommen, um eine engere Verbindung der englischen T.-Us. mit den continentalen Gewerksgenossenschaften anzubahnen. „Es ist eine Verläumdung, dass wir eifersüchtig seien auf die ausländischen Arbeiter. Wir haben verstanden, dass wir unsere Interessen nur im Bunde mit unseren Brüdern auf dem Continent zu wahren vermögen. Und dass die englischen Arbeiter dies begriffen haben, ist wesentlich das Verdienst der I.“

Welch' beredteres Zeugniss will man für die Wirksamkeit der I. in England als das dieses Mannes, der damals an der Spitze von 9,500 Zimmerleuten schon stand, die 230 Zweigunionen in Grossbritannien und 2 in Amerika hatten und einen Fonds von 17,000 Pfd. Strl. besassen.

Die T.-Us. hatten zwar massenhaft ihren Anschluss an die I. erklärt, und es wird behauptet, dass 230 Arbeitercorporationen mit 95,000 Mitgliedern namentlich der I. angehört hätten. Allein dies waren nicht von der I. direct gegründete Sectionen, sondern fast durchweg T.-Us., welche nur die I., freilich auch mittelst Geld, unterstützten. Der eigentliche revolutionäre Geist der I. war keineswegs in diesen Corporationen ganz durchgedrungen. Da beschloss man im Winter 1869, besondere Sectionen der I. ausserhalb der T.-Us. zu gründen. Zu dem Ende hielten Jung und Hales Vorträge und es gelang, zunächst in London, dann auch in anderen Städten Sectionen der I. zu gründen, worunter je eine deutsche, französische und polnische

Im Jahre 1870 veranstaltete die I. in England wie überall Erklärungen und Meetings gegen den Krieg und gegen die Annexion von Elsass und Lothringen.

Im September 1871 hielt die I. A. A. zu London die schon erwähnte Delegirten-Conferenz ab, wo u. A. beschlossen wurde, für England einen besonderen Föderal-Rath zu ernennen.

Dieser Föderal-Rath konnte natürlich auf die der I. geneigten T.-Us. keinen Einfluss üben, sondern nur auf die wenigen neuen directen Sectionen der I., und er hatte auch eigentlich nur die Aufgabe, die Propaganda für solche in England in seine Hand zu nehmen. Er sollte nur ein Werkzeug des G.-R. für diesen bestimmten Zweck sein. Als er später mehr sein wollte, brachte er hier eine Spaltung zu Wege.

Einen letzten Erfolg unter den Trades-Unionisten hatte die I. 1871 durch ihre Unterstützung des grossen Strike der Maschinenbauer in Newcastle. Diese legten am 27. Mai die Arbeit nieder und nahmen sie erst am 11. October wieder auf, nachdem sie einen prinzipiellen Sieg, die Neunstundenarbeit vom 1. Januar 1872 ab, errungen hatten.

Es ist lehrreich, hier einen Augenblick zu verweilen. Im Juli importirten die Fabrikanten fremde Arbeiter, zunächst aus Dundee und London. Es wiederholte sich, was schon oft ge-

schehen; die neu angekommenen Arbeiter besprachen sich mit den strikenden und legten auch die Arbeit nieder. Die Newcasteler Arbeiter bezahlten ihnen die Rückfahrt. — Nun verbreitete sich das — begründete — Gerücht, dass Sir W. Armstrong auf dem Continent Arbeiter zur Importirung anwerben liesse. Sofort sendete der Generalrath der I. zu London (Marx) zwei Agenten, Cohen und Eccarius, nach dem Continent, um den Zuzug abzuhalten.

Hier sieht man recht deutlich, wie die Goldene Internationale der Rothen Internationale den Weg bahnt, indem sie durch ihre Schritte die der letzteren provocirt und in den Augen der Arbeiter rechtfertigt. Es ist lehrreich, wie im selbst überlassenen Verkehr der Kampf zwischen beiden staatsfeindlichen Mächten schliesslich endet. Die Kasse des Gewerkvereins zahlte inzwischen den Arbeitern 6 Schillinge und für jedes Kind 1 Schilling.

In der ersten Septemberwoche kamen die ersten importirten Ausländer an. Es waren viele über Hamburg importirte Deutsche und 30 Dänen. Als mitten auf der Nordsee die Arbeiter erfuhren, dass sie wegen Unterdrückung des Strikes am Tyne geworben seien, verbreitete sich unter ihnen die grösseste Bestürzung Einer wurde wahnsinnig, ein Anderer stürzte sich über Bord!

Bald machten viele von ihnen gemeinschaftliche Sache mit den Strikenden. Die Newcasteler zahlen für 115 Mann die Rückfahrt nach London. Noch in derselben Woche kam ein zweiter Schub preussischer Arbeiter an. Nun ergriff die Bewegung das ganze Land. Fabrikanten kamen an andern Orten zusammen, um die Newcasteler Fabrikanten zu ermuthigen, andererseits thaten die Arbeiter dasselbe.

Eine grosse Arbeiterversammlung fand am 2. September in London unter Vorsitz des Hauptes des Gewerkvereins der Maschinenbauer, H. Wheatly, statt. Dieser verdammte besonders die Einführung ausländischer Arbeiter. Einige von diesen waren eben von Newcastle angekommen. Sie sagten, dass man sie in ihrer Heimath unter falschen Vorspiegelungen verleitet habe, Contracte auf 27 Schilling die Woche einzugehen. Sie baten um Unterstützung zur Rückkehr. Man erklärte sich hierzu bereit, doch sollte auf dem Continent bekannt gemacht werden, dass bei weiterer Zufuhr diese Unterstützung aufhören werde.

Am 5. September erklärte der deutsche Consul, Herr Wilke, dass den Deutschen Geld zur Rückkehr nicht fehle. Er selbst habe das Fahrgeld für 75 Personen bis Hamburg bezahlt. Die übrigen hätten ihm erklärt, dass sie in London Beschäftigung gefunden hätten und bleiben wollten.

Am 6. September langten 120 Norweger in der Armstrong'schen Fabrik an.

Die „Times“ erklärte sich am 11. September entschieden gegen die Importirung fremder Arbeiter. Herr Armstrong, Haupt der coalirten Fabrikanten, nahm im selben Blatte das Recht der Fabrikanten hierzu in Anspruch.

Am 16. September langten abermals 6 Deutsche, 19 Belgier und 17 Norweger in Newcastle an. Es folgten nun Briefe von Fabrikanten, Arbeitern und andern competenten Personen in der Presse. Die „Times" allein brachte in 43 Nummern dergleichen. Die Desertion der fremden Arbeiter aus Newcasteler Fabriken dauerte an. An einem Morgen entflohen 60 Mann allein aus Mr. Armstrongs Fabrik. In einer Londoner Versammlung vom 23 September wurde der Vorschlag gemacht, sämmtliche Gewerke möchten sich der Internationale anschliessen, welche die Neunstundenforderung zu einer Weltfrage machen werde.

Endlich sahen die Fabrikanten, dass es unmöglich war, die fremden Arbeiter zu halten und einigten sich mit ihren alten Arbeitern.

Seitdem hat man es in England aufgegeben, fremde Arbeiter zu importiren.

Die I. A. A. aber hatte durch ihr energisches Eingreifen abermals einen grossen Erfolg errungen.

Indessen ging derselbe sehr bald wieder verloren, und daran war vornehmlich der Bürgerkrieg in Frankreich Schuld. Der Commune-Aufstand in Paris hatte in England einen grossen Schrecken vor der I. verbreitet. Als der G.-R. in dem im Capitel „Frankreich" abgedruckten Aktenstück sich für die Commune erklärte, trat ein grosser Theil der T.-Us. aus der I. aus. Soweit war der revolutionäre Geist noch nicht in sie eingedrungen. Es kam noch dazu, dass der britische Föderalrath aus Personen bestand, die den soliden Trades-Unionisten nicht imponirten. Selbst Odger erklärte sich gegen die I. Von namhaften Unionisten blieb ihr nur Bradlaugh treu. Die Spaltung der I. that nachher das Ihrige, aber schon auf dem Congress der T.-Us. im Herbst 1871 zu Nottingham hatte man alle Politik ausgeschlossen. Freilich hat sich das später wieder geändert.

In dem englischen Föderal-Rath bildete sich um Hales und Mottershead eine Opposition gegen den G.-R., die schon auf dem Congress der Delegirten der eigentlichen englischen Sectionen der I. — nicht der etwa damals noch ihr anhängenden, wenig zahlreichen T.-Us. — welcher am 21. Juli 1872 zu Nottingham abgehalten wurde, offen zu Tage trat. Personal-Streitigkeiten waren die Gründe. Doch überkleisterte man den Zwist und suchte die Aussenstehenden durch folgenden Beschluss zu beruhigen:

„Gegenüber den Gerüchten von einer bevorstehenden Spaltung erklärte der Congress, „dass die Angaben von Spaltungen innerhalb der Association, und das Gerücht, die englischen Mitglieder wollten sich von der Association lossagen, durchaus falsch sind, — die Erfindung von Leuten, welche den Fortschritt der Grundsätze der Association fürchten, und der Congress erklärt hiermit seine Zustimmung zu den Beschlüssen der Londoner Conferenz des Jahres 1871."

Es wurde ferner folgender Beschluss angenommen:

„Während der Congress die Thatsache anerkennt, dass die sociale Befreiung der Arbeiterklasse das grosse Ziel ist, auf das unsere Anstrengungen gerichtet sein müssen, erkennt er zugleich die Thatsache an, dass

die sociale Befreiung nicht ohne politische Action bewerkstelligt werden kann, und wir verpflichten uns daher, eine besondere Arbeiterpartei zu gründen, welche sich auf die Grundsätze der internationalen Arbeiter-Association stützt, und eine Agitation zur Durchführung dieses Beschlusses zu organisiren."

Man wagte nicht mehr, sich öffentlich „Internationale" zu nennen. Das Programm dieser neuen Partei forderte:

1. Politische Gleichheit, begründet auf Stimmberechtigung aller Erwachsenen mit verhältnissmässiger Vertretung; 2. Jeder soll verpflichtet sein, jedes beliebige Staatsamt zu bekleiden; 3. Erklärung des Bodens zu National-Eigenthum; 4. Abschaffung aller erblichen Titel und Vorrechte; 5. Abschaffung des bisherigen Systems der Friedensgerichte; 6. Religiöse Gleichheit und Abschaffung der Staatskirchen.

In Bezug auf die Arbeitsfrage wurde eine Resolution gefasst, dass der Congress die Nothwendigkeit der Arbeitseinstellungen als Waffen gegen die Arbeitgeber zugestehe, gleichzeitig aber als einziges Ziel jeder socialen Reform die gänzliche Abschaffung des gegenwärtig bestehenden Systems betrachte und an Stelle dessen gemeinsamer Arbeitszwang einzuführen sei. Auch Irlands wurde erwähnt und dessen Schmerzensschrei nach einer heimathlichen Regierung (home rule) unterstützt, um so auch die Irländer zu gewinnen; man versprach ihnen Föderativregierung mit localen Parlamenten.

In Irland hatte damals die I. einige Sectionen gegründet. Allein die Auswanderung und — die katholische Geistlichkeit liessen sie dort den gewonnenen Boden bald wieder verlieren.

Auf dem Haager Congress kam es zum offenen Bruche, wozu noch die Beziehungen zu dem Blatte „International Herald", welches von einem gewissen Riley gegründet war, beitrugen. Dieses Blatt wurde gegen den Willen des G.-R. vom Föderalrath als officielles Organ anerkannt, sagte sich aber im November 1872 auch von letzterem los.

Im Haag erschien Hales, verliess jedoch den Congress noch am ersten Tage und constituirte sich mit seinen Anhängern als einziger, erster Föderal-Rath. Ihm schlossen sich an: Roach, Mayo, Hermann, Jung, Bradnick, Hales, Mottershead, Pape, Grout, Foster, Roberto, Boutelle, Dunn, Denis, de Walshe.

Andere Mitglieder, wie Lessner, Dupont, Longuet blieben Marx treu und nannten sich auch Föderal-Rath und geboten im Juni 1873 noch über 19 Sectionen. Die Zahl der dem Hales'schen Föderal-Rath anhängenden Sectionen ist mir unbekannt.

Die Anhänger von Hales traten nun in Verbindung mit den Jurassiens und Bakuninisten.

Sie erliessen eine Einladung zu einem neuen Congress in England zum 16. September 1872. In diesem Einladungsschreiben behaupteten sie, die Minderheit des britischen Föderalraths habe die Majorität terrorisirt. Sie, diese Mehrheit, wollten die Beschlüsse des Haager Congresses nicht anerkennen, weil derselbe nicht richtig zusammengesetzt gewesen sei und nicht die Mehrheit der I. A.-A. vertreten habe. Die Beschlüsse seien nicht mit ge-

nügender Mehrheit gefasst. Der G.-R. sei zu Unrecht nach Amerika verlegt, es sässen keine Engländer noch Amerikaner drin. Die nationalen Föderationen seien ihrer natürlichen Rechte beraubt u. s. w. Betheiligt waren auch Mitglieder des deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins, so der Lassalleaner Schneider, von bekannteren Namen ausser den genannten noch Vésinier, Landeck, Zilinski, Wesle.

Hales behielt die Bücher des alten Föderal-Rath. Die Streitigkeiten haben kein Ende genommen. Dass der G.-R. zu New-York die Anhänger von Hales excommunicirt hat, habe ich im I. Bande berichtet.

Der Marx'sche Föderal-Rath hielt am 1. Juli 1873 zu Manchester unter Vickery's Vorsitz einen Congress ab. Der Bericht des Föderal-Raths lautet auszüglich nach dem Volksstaat:

„Obgleich die Fortschritte der Internationalen Arbeiterassociation während dieses Jahres in England auf den ersten Blick nicht so gross waren, als man hätte wünschen sollen, so zeigt sich doch, bei genauerer Prüfung, dass die Entwickelung auch viel Befriedigendes darbietet. Ein Gegner unserer Bewegung, das sogenannte „leitende Blatt" (die „Times") bezeichnete vor einigen Monaten die Internationale in England als „ein grosser Geist in einem kleinen Körper" (a great soul in a small body). Es ist das eine Definition, die wir uns gefallen lassen können; mindestens mit demselben Recht können wir aber der „Times", dieser kleingeistigen Anbeterin des kolossalsten und krassesten Mammonismus, das Compliment zurückgeben. Ja, die Internationale ist der Gedanke der revolutionären Bewegung, die jetzt durch die Welt geht. Umsonst versuchen die Regierungen, dieser Bewegung Einhalt zu thun; unter der Arbeiterklasse aller Länder hat die Ueberzeugung Wurzel gefasst, dass die heutigen Regierungen nicht das Volk vertreten, sondern nur die besitzende Minorität; dass der „Staat" nur ein die Unterdrückung und Ausbeutung der Massen bezweckender Klassenstaat ist, und dass die „Gesetze" nichts sind, als Waffen der herrschenden Klasse zur Knechtung der Beherrschten. Unter solchen Umständen macht das Gerede Derer, die unsere Bewegung eine ungesetzliche nennen, absolut keinen Eindruck auf uns. Wenn die Befreiung des Proletariats sich nicht ohne Gewaltthätigkeit vollziehen kann, so liegt die Schuld nicht an dem Proletariat.

Und die herrschenden Klassen sind wahrhaftig am Wenigsten berechtigt, den Vorwurf der Gewaltthätigkeit auszusprechen, denn sie sind nie vor Gewaltthätigkeiten zurückgeschreckt, wenn es galt, den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Die alte Redensart von dem Fortschritt, der nur durch moralische Mittel zu erwirken sei, ist deswegen auch der Lächerlichkeit anheimgefallen. Unsere Feinde haben die physische Gewalt (physical force) auf den Thron erhoben. Wenn die herrschenden Klassen mit physischer Gewalt die Arbeiter unterdrücken, sind die Arbeiter natürlich gezwungen, sich mit physischer Gewalt zu vertheidigen. Wären unsere Feinde, die Christen zu sein behaupten, wirklich von den Grundsätzen der Religion der Liebe durchdrungen, so würden sie unseren Bestrebungen nicht mit dem fanatischen Hass begegnen, den sie bei jeder Gelegenheit hervorbrechen lassen; dass sie die I. A.-A. verdächtigen, bekämpfen, mit allen Mitteln zu vernichten suchen, stempelt sie zu cynischen Heuchlern. Wir wollen die allgemeine Brüderschaft der Menschen, die Verstopfung der Quellen des Elends,

Gerechtigkeit auf Erden. Welcher ehrliche Mann, dem das Wohl seines Mitmenschen, sein eigenes Wohl am Herzen liegt, kann dieses Ziel verdammen? Es ist wahr, der Weg zu dem Ziel kann mit Leichen bestreut werden. Wer aber trägt die Verantwortlichkeit für das Blut, welches vielleicht fliessen wird? Fürwahr nicht Diejenigen, die den Pfad der Freiheit und Pflicht wandeln, sondern die, welche in engherzigem und brutalen Egoismus den Weg versperren, die menschliche Entwicklung gewaltsam aufzuhalten suchen. Nicht an uns ist es daher, zu bestimmen, der Kampf um die Emancipation des arbeitenden, ausgesogenen, unterdrückten Volks solle ein friedlicher sein, sich in gesetzlichen Bahnen bewegen. Sache unserer Feinde ist es, dies zu bestimmen. Von ihnen, nicht von uns hängt der Verlauf ab — machen sie durch vernünftige, gerechte Gesetze, durch eine vernünftige, gerechte Regierung eine friedliche Entwicklung möglich, so wird die Entwicklung eine friedliche sein. Freilich scheint man dies in den oberen Regionen nicht begriffen zu haben. Erklärte doch General Peel, ein handwerksmässiger Pferdemarktrenner (horse racer), und nebenbei auch Gesetzgeber und Kriegsminister, vor einiger Zeit, die Aristokratie würde, ehe sie auf eins ihrer Privilegien verzichtete, die Themse roth färben mit Blut; und wurde doch in diesen Tagen Thiers, der Mörder der Pariser Commune, von der Majorität der Versailler Nationalversammlung deshalb vom Präsidentenstuhl geworfen, weil er ihr nicht gewaltsam genug gegen die republikanische Partei vorging. Das sind Thatsachen, die nicht darauf schliessen lassen, dass die herrschenden Klassen eine friedliche Entwickelung wollen. Wie dem aber auch sei, für uns giebt es keine Wahl. Wir haben die Emancipation des Proletariats auf unser Banner geschrieben, und wir müssen und werden das Banner zum Sieg tragen!"

Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. „In Erwägung, dass die I. A.-A. eine militante (propagandistisch kämpfende — der Ausdruck wurde ursprünglich von der Kirche, speciell den propagandistischen Organisationen derselben, gebraucht) Gesellschaft ist, und dass ihre Mitglieder, obgleich für allgemeinen Frieden und Menschenverbrüderung solidarisch geeint, doch nicht davor zurückbeben dürfen, wenn Pflicht oder Nothwendigkeit es erheischen, die Waffen für die Vertheidigung ihrer Rechte zu ergreifen: dass demgemäss unsere Association als die internationale Armee des Proletariats zu betrachten ist, und dass jede Armee eine Fahne haben muss, um welche die Kämpfer sich zu schaaren haben; und, in fernerer Erwägung, dass die rothe Fahne die einzige ist, welche den Principien und Zwecken der Internationale entspricht, insofern die rothe Farbe das Symbol des von dem Volk für die Freiheit und den Fortschritt vergossenen Blutes ist, und die Einheit der Farbe, die Einheit des Menschengeschlechts und die Abschaffung der Klassen bedeutet — während alle anderen Fahnen, was auch ihr Ursprung sein möge, durch die reactionären Parteien beschmutzt worden sind;

Beschliesst der Congress:

1) Die rothe Fahne ist als Fahne der britischen Föderation proclamirt;

2) jede Section der britischen Föderation wird aufgefordert, sich mit der rothen Fahne zu versehen, auf deren einer Seite die Namen der Association und der Section, auf der anderen das Motto: „Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten" zu verzeichnen sind;

3) Der Congress fordert alle Föderationen, Sectionen und Gruppen der Gesellschaft auf, beim nächsten Allgemeinen Congress die Procla-

mirung der rothen Fahne als der Fahne der Internationale zu beantragen."

4) „Der Besitz des Grund und Bodens ist das unverjährbare Recht des Volkes. Da das Volk durch die betrügerischen Schliche und die tyrannische Usurpation der regierenden Klassen des Landes beraubt worden ist, so ist es berechtigt, die Wiedererstattung des Landes durch jedes Mittel, welches die Umstände ihm an die Hand geben, zu erzwingen. Diese Association hat jedes in ihrer Macht stehende Mittel zu benützen, um die Gedanken der Nationalisirung des Landes (Erklärung des Lands zu Nationaleigenthum) zu verbreiten, und die rasche Verwirklichung desselben durch jedes mögliche Mittel zu fördern."

Seitdem habe ich von der Marx'schen I. in England nichts gehört.

Die antiautoritäre war auf dem am 7. September 1874 zu Brüssel abgehaltenen Jahrescongress durch Eccarius vertreten. Derselbe constatirte ein Wachsthum derselben und hob hervor, dass die Landarbeiter seiner I. beigetreten seien. Das wird cum grano salis aufzunehmen sein. Zahlen gab er nicht an.

Augenscheinlich hat die I. durch eigene Sectionen in England nie eine grosse Macht geübt. Wohl aber hat sie in die T.-U. und jetzt wieder in die Landarbeiter-Union ihren Geist hineingetragen, wie sich das bereits deutlich an nicht zu verkennenden Symptomen zeigt. Dieser Sauerteig wird allmählich den ganzen Teig durchsäuern.

England hatte für die I. ferner eine hohe Bedeutung dadurch, dass deren oberste Behörde dort sich vollkommen ungenirt bewegen und von da auf die anderen Länder wirken konnte.

Ich gebe nun ein Verzeichniss jener Journale Englands, welche zur Internationale in directer Beziehung standen — Nr. 6 allerdings nur nebenbei.

1. „The Workmans Advokate", erschien von 1866 unter der Redaction von Eccarius in London.
2. „The International Courier," erschien in englischer und französischer Sprache von 1866 in London. Beide habe ich nicht gehalten. Wohl aber die folgenden vier Blätter.
3. „The Bee-Hive". Ein grosses Gewerkvereins-Blatt, das Anfangs der I. diente, aber sich später von ihr abwendete und im Mai 1870 vom G.-R. auf den Index gesetzt wurde.
4. „The Herald and Helpmate," ist die dritte Transformation des „International Herald," späteren „Republicane Herald," diente dem Föderal-Rath.
5. „The Labourers' Union Chronicle," erscheint zu Leamington und ist das officielle Blatt der Landarbeiter-Union des Herrn Arch.
6. „The Labour News," ist ein Wochenblatt, welches werthvolle Notizen vom Arbeitsmarkt bringt, Löhne, Strikes etc. Die Flüchtlinge haben eine ganze Anzahl

von Blättern in London gegründet, die indess meist schnell wieder verschwanden.

Hierzu gehört z. B.:

7. „La Féderation“, erschien 1873 in englischer, französischer und deutscher Sprache in London. Bakuninistisch. London, Oxford-Street, Poland-Street 10.
8. „La Féderation“, ebenda 1872 erschienen, hatte nur französische und englische Artikel, machte 1873 der Nr. 7 Platz.
9. „L'Avenir“. London. 59 Greek-Street, Soho. Von Communards 1872 gegründet.

Die Blätter Nr. 1 und 2 habe ich nicht gesehen, Nr. 3, 4, 5, 6 halte ich noch, Nr. 7, 8, 9 gingen mir sehr unregelmässig zu und scheinen eingegangen zu sein.

---

# Amerika.

Da dies Capitel aus den am Schlusse des Capitels „Frankreich“ angegebenen Gründen kurz ausfallen muss, beginne ich nicht damit, ein Gerippe der Geschichte des Eindringens der I. in die Arbeiterwelt der Vereinigten Staaten zu geben, ein Geschäft, zu dessen gelegentlicher späterer Ausführung ich das Detail geordnet zur Hand habe.

Schon Marx bemerkt, dass es vor Aufhebung der Sclaverei in Amerika eine Arbeiter-Bewegung nicht eigentlich geben konnte. Trotzdem existirten viele Verbindungen von Arbeitern, meist in Form von Logen, mit viel Geheimnisskrämerei und zuweilen religiösem Beigeschmack. Auch entwickelten sich ziemlich früh Trades-Unions nach englischem Muster und zum Theil in Verbindung mit englischen Vereinen. Jene Vereine traten theilweise 1866 zur National-Labour-Union (N. L. U.) zusammen, die noch existirt.

Der Lassalle'sche Socialismus wurde Winter 1865 nach New-York getragen und führte zur Gründung eines kleinen Vereins, der indess bald wieder einging. Aus diesem Verein entwickelte sich die Marx anhangende „Sociale Partei“, welche am 30. Januar 1868 ihre erste Versammlung in New-York abhielt. Auch sie endete schon im September 1868. Acht Mitglieder derselben aber gründeten im Januar 1869 den „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein“, später Section 1 der I. zu New-York. Diese Section hielt auf Verbreitung der reinen, orthodoxen Lehre. Sie wurde wichtig für die Bildung rein internationaler Sectionen, wie man sie ja von 1871 an auch in England neben den T.-Us. zu gründen suchte. Wie hier auf die T.-Us., so übte aber Marx auch in Amerika auf die N. L. U. schon frühzeitig Einfluss. Diese Centralisation amerikanischer T.-Us. hielt ihren ersten Congress August 1866 zu Baltimore ab. 66 Delegirte vertraten ebensoviel Vereine. Man beschloss, „es seien die Arbeiter von der Lohnsclaverei zu befreien.“

Einen Monat darauf hielt die I. ihren Congress in Genf. Man wurde hier schon aufmerksam auf diese nationale Organisation Amerikas und trat mit ihr in Verbindung.

Im August 1867 hielt die N. L. U. ihren zweiten Congress in Chicago ab, im September 1867 die I. ihren Congress in

Lausanne. Die Resultate beider Congresse zeigen eine grosse Aehnlichkeit. Man beschloss in Chicago, eine „politische Arbeiterpartei“ zu gründen. Schon bestand eine Verbindnng zwischen beiden Vereinen. Mr. Jessupp X., der Präsident der N. L. U., correspondirte mit dem G.-R. Jessupp schlug sogar dem Congress zu Chicago den Anschluss an die I. vor, drang aber nicht durch. — Im August 1867 meldete der „Vorbote“ schon die Existenz einer deutschen Section in New-York unter Sorge's Leitung, der bis heute Marx' treuer Bevollmächtigter in Amerika ist. Er ist Musiklehrer und wird als ein Mann von sehr verbindlichen Formen geschildert. Er ist für Marx das in Amerika, was Joh. P. Becker ihm in der Schweiz war. Auch richtete Sorge und Wydler als „provisorisches Central-Comité der socialen Partei“ am 3. Juni 1868 eine sympathische Manifestation an das Central-Comité zu Genf (Becker). Die Verbindung war also hergestellt.

Sorge fungirt nun als Gründer originaler internationaler Sectionen, die meist deutsch waren, Jessupp unterhält die Verbindung zwischen der I. und der N. L. U.

Die N. L. U. hielt ihren dritten Congress im September 1868 zu New-York ab, fast gleichzeitig die I. den ihrigen in Brüssel. Der dahin Delegirte der N. L. U. versäumte, in Brüssel zu erscheinen. Zwischen den Beschlüssen ist kein principiell grosser Unterschied.

Die eigentliche I. breitete sich — besonders durch Deutsche — langsam aber sicher aus. Ein Badenser gründete 1868 eine Section in San Francisko, wo die „Abendpost“ als Organ der I. erschien.

Im Jahre 1869 entstanden internationale Vereine in Chicago mit dem Organ „Der deutsche Arbeiter“. Die deutschen Internationalen gründeten in New-York die „Arbeiter-Union“.

Der G.-R. erliess am 12. Mai 1869 eine Adresse an die N. L. U., welche deren Präsident Sylvis am 26. Mai freundlich beantwortete.

Die N. L. U. hielt ihren vierten Congress am 16. August 1869 zu Philadelphia ab und beschloss die Entsendung Cameron's zum Baseler Congress der I., der hier die über 800,000 Mitglieder der N. L. U. vertrat.

Die deutschen Arbeiter-Vereine Amerikas hielten am 5. December 1869 eine Versammlung in New-York ab, worin sie sich für den Anschluss an die I. aussprachen. Auch die N. L. U. blieb durch Jessupp in Verbindung mit London.

Der fünfte Congress der N. L. U. fand am 15. August 1870 in Cincinnati statt, in dem noch folgender Beschluss gefasst wurde: „Die N. L. U. erklärt ihre Zustimmung zu den Grundsätzen der I.-A.-A. und erwartet in nicht zu ferner Zeit derselben beizutreten.“

Dieser Beschluss hatte keine Folge, denn die N. L. U. zerfiel. Auf dem Congress vom 7. August 1871 zu St. Louis versammelten sich nur noch 21 Delegirte. Die grössesten T.-Us. waren ausge-

treten. — Die Internationalen Amerikas demonstrirten 1870 gegen den Krieg.

In den Jahren 1870—71 schädigten viele unglückliche Strikes die Arbeiter-Vereine Amerikas. Die „Arbeiter-Union“ ging unter, aber es entstand eine Central-Organisation deutscher Gewerkvereine. Es verbanden sich ultimo 1870 die deutsche, französische und czechische Section und gründeten ein Central-Comité für Nord-Amerika, das vom G.-R. anerkannt wurde. Ihm hingen ca. 20 Sectionen im Lande an. Es trat aber eine Spaltung ein, indem die Section 12 Frauen, Anhängerinnen der „freien Liebe“, aufnahm. Die eigentlichen Internationalen trennten sich im December 1871 von den Anhängern dieser „weiblichen Linie“, die einen eigenen Föderalrath constituirte und im Mai 1872 in New-York einen eigenen Congress abhielt. Die Geschichte dieser Spaltung ist bei Jäger, Seite 211 ff. nachzulesen, aber sie ist unerheblich. Der G.-R. sprach sich gegen die „weibliche Linie“ aus. Die männliche hielt am 6. Juli 1872 zu New-York ihren ersten Congress ab und organisirte sich, 22 Sectionen stark. — Bei der Demonstration für die Commune am 18. März 1872 betheiligten sich alle socialen Parteien.

Indess trat die Krisis auch in Amerika ein und schwächte die Arbeiter-Vereine. Man beschloss also, im Jahre 1873 keinen Congress zu halten. Dagegen wurde ein solcher vom 11.—13. April 1874 abgehalten.

Ich lasse den Bericht über diesen Congress, als den letzten, nach dem „Volksstaat“ vom 3. Juni 1874 folgen:

### Der Congress der nordamerikanischen Föderation der Internationalen Arbeiter-Association in Philadelphia vom 11.—13. April 1874.

„Der grosse Finanzkrach in Amerika, im Spätherbst des vorigen Jahres, verursachte eine allgemeine und andauernde Krisis, welche in Folge der heutigen Productionsweise mit Nothwendigkeit eintreten musste. Tausende von Arbeitern kamen dadurch ausser Beschäftigung und die Waare „Arbeitskraft“ fiel so rapid im Preise, wie es die amerikanische Bourgeoisie erhofft, um zu ihrer ferneren Ausbeutung die gehörige Reserve-Armee („Angebot von Händen“) zur steten Verfügung zu haben. Lohnreductionen traten allenthalben ein und die arme Bourgeoisie erklärte sich dem Arbeiter gegenüber für bankerott und verweigerte ihm, mit Bezugnahme auf die Krisis, die Auszahlung seines schwer erarbeiteten Wochenlohnes. Eisenbahncompagnien und andere Industrielle vorenthielten Monate lang die fälligen Löhne oder zahlten nur theilweise aus.

Dieser Zustand brachte die Arbeiter Nordamerikas endlich zur Besinnung; ihre Klassenlage in der heutigen Gesellschaft fängt an ihnen jetzt bewusst zu werden. Arbeiter-Parteien, wie in New-York, Chicago, Newark und Gewerkschaftsverbände mit theilweise noch unklaren Programmen gruppiren sich in den industriellsten Districten.

Bei Ausbruch dieser Krisis stellten es sich die Sectionen der Internationalen zu New-York, Philadelphia, Chicago und in andern Orten zur Aufgabe, die durch die Bourgeoisie plötzlich aufs Pflaster geworfenen Arbeiter zu organisiren, um sie vor augenblicklicher Noth durch Erringung gerechter Forderungen zu schützen und um gewaltthätige Demon-

strationen zu verhindern. Der Föderalrath veröffentlichte dieserhalb in der „Arbeiter-Zeitung" einen bezüglichen Aufruf, auf Grund dessen die Agitation begann.

Diese beabsichtigte Organisation sollte den hiesigen eigenthümlichen Verhältnissen gemäss, eine Ward-Organisation werden, d. h. die Arbeiter sollten sich in den industriellen Städten in Distrikts-Vereine organisiren und diese sich in einen Ward-Centralkörper vereinigen; die Ward-Centralisation in einem allgemeinen Ward-Centralkörper, zu welchem jede Ward-Centralisation 3 Delegirte schickt. Die Bewegung kam in Fluss; die Arbeiter betheiligten sich allgemein und berechtigte dieses Vorgehen zu den besten Hoffnungen.

In New-York bildeten sich ungefähr 23 Ward-Centralisationen, ebenso in Philadelphia, Newark; in Chicago ging man ähnlich vor und eine grossartige Massen-Demonstration der dortigen Arbeiter errang eine theilweise Bewilligung von Unterstützungsgeldern.

In New-York, woselbst die Agitation am regsten war, scheiterte die Bewegung und zwar einerseits an dem Unverstand der Arbeiter, die durch augenblickliche Demonstration das zu erringen vermeinten, was nur durch feste, einheitliche Organisation und durch klare Agitation gewonnen werden kann; andrerseits suchten gewerbsmässige Politiker sich in die Organisation einzudrängen, um die Bewegung für ihre Parteizwecke auszubeuten. Die Bewegung endigte mit der Niederknüppelung der Arbeiter auf dem Tompkins-Square, woselbst sich die amerikanische Bourgeois-Polizei ihre ersten Lorbeeren pflückte, im Kampf gegen das jetzt auftretende amerikanische Proletariat. Eine Niederlage war es für die Arbeiter insofern, als sie sich durch plötzlich aufgetauchte schwätzende Führer dazu nasführen liessen.

Auch in den Sectionen der Internationalen machten sich unklare Elemente breit, welche das socialistische Princip noch gar nicht klar erfasst hatten und bewusst oder unbewusst zu Handlungen Anlass gaben, die den älteren Mitgliedern, welche Jahre lang in der Bewegung gestanden und erprobte, im Prinzip feste und klare Parteigenossen sind, es zur Pflicht machten, diesem Treiben gegenüber mehr passiv zu bleiben.

Es kam zwischen den Sectionen zu New-York zu Reibereien, welche den Föderalrath veranlassen mussten, einige Sectionen zu New-York bis zum nächsten Congress zu suspendiren. Sogar der Föderalrath wurde beeinflusst und durch den Austritt mehrerer seiner Mitglieder beschlussunfähig. Der Generalrath der Internationalen zu New-York sah sich darum genöthigt, den Föderalrath der nordamerikanischen Föderation aufzulösen und dessen Amt interimistisch zu verwalten.

So war der Sachverhalt bis zum ausserordentlichen Congress, den der Generalrath, auf Zustimmung der Sectionen des Landes, zur Klarlegung der Streitpunkte und zur Festigung der Föderation, nach Philadelphia zum 11.—13. April ausschrieb. Zur anberaumten Zeit kamen zusammen die Delegaten der Sectionen der nordamerikanischen Föderation zu Philadelphia in der Kensington-Hall.

Mitglied Hass-Philadelphia eröffnete den Congress. Sorge, Vertreter des Generalraths der Internationalen, legte in seiner Ansprache an den Congress die Vorkommnisse innerhalb der Föderation dar, führte die Gründe an, die die Einberufung eines ausserordentlichen Congresses nothwendig machten und übergab die Tagesordnung für den Congress.

Darauf wurde ein Mandat-Prüfungs-Comité, aus 5 Delegaten bestehend, ernannt, welches nach Prüfung der Mandate nach den vorliegenden Rechnungsausweisen folgenden Bericht erstattete:

„In Ordnung mit der Föderation sind alle Sectionen, ausgenommen 6 und 8, die suspendirten Sectionen zu New-York; Section 2 (New-York) hat weder Bericht gegeben noch Zahlung geleistet; Section 2 (Chicago) nicht in den Listen, Section Williamsburg Delegat nicht zulässig, weil ausserhalb der Internationalen Association. Vertreten waren auf dem Congress 23 Sectionen, und zwar aus den Städten New-York (6 Sectionen), Hoboken, Williamsburg, Philadelphia, Stapleton, Baltimore, Pittsburg, Cincinnati, St. Louis, San Francisko (2 Sectionen), Chicago (2 Sectionen), Paterson, New-Orleans.“

Die Zulassung der Delegaten der suspendirten Sectionen wurde vom Congress beanstandet bis zur Erledigung der Tagesordnung über „Innere Angelegenheiten“. Schon gleich in der Abend-Debatte kamen die Streitfragen zur Erörterung und wurden alle Angriffe zurückgewiesen.

Es zeigte sich hierbei, wie die Gegner gar keine Kenntniss von der durchaus nothwendigen Partei-Disciplin hatten. Der Congress bewies in diesen anderthalb Tag lang verhandelten Fragen, dass die I. kein derartiger Verband ist, in dem wirren Köpfen Spielraum für ihre persönlichen Ansichten und etwaigen Meinungen gegeben werden kann. Die Mehrheit der Delegaten stimmte für Festhalten an der Urabstimmung der Föderation, wegen Abschaffung des New-Yorker Local-Comités, an dem Orte, wo der Föderalrath seinen Sitz hat. Es war dieses hauptsächlich der Zankapfel in der Streitfrage. Durch namentliche Abstimmung kam folgender Beschluss zur Annahme:

„Der Congress hält an der Abstimmung der Föderation fest, bezüglich der Abstimmung des Local-Comités in der Stadt, wo der Föderalrath tagt und ist die Suspension der Sectionen zu New-York, die das Local-Comité fortbestehen liessen, gerechtfertigt und bestätigt. Dieselben bleiben suspendirt, bis sie das Unrecht ihrer Handlungsweise eingesehen und diejenigen Mitglieder ausgeschlossen haben, welche sich gegen die Partei-Disciplin vergangen haben.“

Somit war die Streitfrage durch den Congress endlich entschieden, und konnten die eigentlichen Arbeiten nunmehr vorgenommen werden.

Um practisch und schneller zu arbeiten, da die Geschäfte bei der knapp zugemessenen Zeit sich sehr häuften, löste der Congress sich in einzelne Comités auf, jedem Comité eine Aufgabe zur Ausarbeitung überweisend.

Nach 3 stündiger Comité-Berathung trat der Congress wieder zusammen und die Commissionen erstatteten ihre Berichte.

Bei Durchberathung des von einer Commission neu redigirten Föderalstatuts sind folgende veränderte Punkte hervorzuheben:

Alle 2 Jahre tritt ein Congress der Sectionen der Föderation zusammen.

Der Föderalrath besteht aus 7 Mitgliedern, 5 Mitglieder bilden ein Quorum (beschlussfähige Anzahl).

Die Controlcommission nimmt alle Beschwerden der Sectionen gegen den Föderalrath entgegen und überweist sie, wenn Schlichtung der Sache nicht erfolgt an den Föderations-Congress.

Ueber die politische Stellung der Partei zu Landesangelegenheiten wurde folgendes festgestellt:

In Erwägung dass die Emancipation der arbeitenden Klasse von ihr selbst erobert werden muss, beschliesst der Congress,

Dass er jede Gemeinschaft der Föderation mit den bürgerlichen Parteien verwirft, ob sie sich Republikaner, Liberal-Reformer, Unab-

hängige, Patrons of Industry*) Grangers (Patrons of Husbandry**), oder sonstwie immer nennen mögen. Es ist daher jedem Mitglied der Föderation verboten, einer solchen Partei anzugehören. Wer von einer dieser Parteien ein Amt annimmt, ohne von seiner Section und dem Föderalrath dazu ermächtigt zu sein, ist daher von der Mitgliedschaft suspendirt, so lange er das Amt bekleidet.

Die Föderation betheiligt sich an der Landespolitik im Allgemeinen nur zur Erzielung gesetzgeberischer Acte im Interesse der Arbeiterklasse als solcher. Dazu gehören folgende Punkte: Normal-Arbeitstag, Haftpflicht aller Unternehmer, Sicherung des Arbeitslohnes, Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken, Gesundheitsmassregeln, statistische Arbeitsbureaus, Abschaffung aller indirecten Steuern, und zwar in solcher Weise, dass sich dadurch die Arbeiterpartei von allen bürgerlichen Parteien unterscheidet und trennt.

In eine wirkliche Wahlbewegung soll die Föderation erst dann eintreten, wenn sie gestärkt genug ist, wahrnehmbaren Einfluss auszuüben, und dann zuerst auf dem Boden der Gemeinde (Commune), von wo aus diese Wahlbewegung auf die grösseren politischen Gemeinwesen (Counties***), Staaten, Ver. Staaten) den Umständen entsprechend und im Einklang mit den Congress-Beschlüssen übertragen werden mag. Es ist selbstverständlich, dass bei einer Communal-Wahlbewegung auch Forderungen rein örtlichen Charakters aufgestellt werden können, doch dürfen dieselben nie in Widerspruch mit den allgemeinen Forderungen stehen und von dem Föderalrath nicht beanstandet sein.

In Erwägung, dass die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse der grosse Endzweck ist, dem jede politische Bewegung unterzuordnen ist, erklärt sich der Congress wiederholt zu Gunsten der folgenden, auf dem allgemeinen Congress der I. A.-A. im Haag am 2. September 1872 gefassten Beschlüsse:

„In dem Kampfe gegen die Gesammtmacht der besitzenden Klassen kann die Arbeiterklasse nicht anders handeln, als wenn sie sich constituirt in eine politische Partei, verschieden von und oppositionell gegen alle bestehenden bürgerlichen politischen Parteien. Die Constituirung der Arbeiterklasse in eine politische Partei ist unbedingt nothwendig, um den Triumph der socialen Revolution zu sichern und ihr letztes Ziel zu erreichen: die Abschaffung aller Klassen.

Die bestehenden Verbindungen der Arbeiter (Trades-Unions), welche durch deren ökonomische Lage herbeigeführt wurden, müssen zur selbigen Zeit dienen als Hebel in dem Kampfe gegen die politische Macht der Bodeneigenthümer und Capitalisten. Die Herren des Landes und des Capitals werden fortwährend ihre politischen Privilegien gebrauchen zur Vertheidigung und Verlängerung ihrer ökonomischen Monopole und für die Versclavung der Arbeit.

Die Eroberung der politischen Macht ist daher die wichtigste Pflicht der Arbeiterklasse geworden, und fügen wir hinzu: ohne die Corruption der herrschenden politischen Parteien nachzuahmen."

Sorge, als Secretär des Generalraths, legte dem Congress die ihm zugekommenen Notizen und Papiere (Bruchstücke) des letzten Genfer Congresses der Internationalen zur Durchsicht vor und beweist hiermit, dass es dem G.-R. nicht möglich war, aus diesem unvollkommenen Material Beschlüsse oder sonstige Bestimmungen des internationalen Congresses festzustellen.

---

*) Beschützer der Industrie. **) Beschützer der Landwirthschaft. ***) Grafschaften.

Der Congress nimmt darüber folgende Resolutionen an:

In Erwägung, dass dem G.-R. die ausgefertigten Beschlüsse des im September 1873 zu Genf abgehaltenen Congresses nicht im officiellen Texte mitgetheilt sind,

dass das dem G.-R. zugesandte Congressmaterial sich in einem Zustande der absolutesten Verwirrung befindet und von nicht am Congress Anwesenden nicht zu entziffern ist;

dass ferner die Abhaltung eines jährlichen allgemeinen Congresses unthunlich ist;

so beschliesst der Congress der N. A. F.*), dass wir die Beschlüsse des Haager allgemeinen Congresses als bindend anerkennen bis zum nächsten allgemeinen Congress;

dass wir für die Einberufung des allgemeinen Congresses zum September 1875 sind.

In Erwägung, dass England uns die besten Garantieen für die richtige Zusammensetzung und die Sicherheit des Congresses bietet, so beantragt der N. A. Congress, dass der nächste allgemeine Congress in England stattfindet.

In Erwägung, dass der seitherige G.-R. es ablehnt, sein Amt ohne besondere Autorisation der nächstbetheiligten Föderation weiter zu führen und daher diesen Congress aufgefordert hat, zur Neuwahl des G.-R. zu schreiten;

beschliesst der N. A. Congress, diesem Verlangen zu entsprechen und schreitet zur Neuwahl des G.-R. mit dem Sitz zu New-York, und ersucht alle Schwester-Föderationen, diesen durch die Umstände gebotenen Beschlüssen ihre Zustimmung zu geben.

Hierauf wurde zur Wahl des G.-R. geschritten.

Bei der Neuwahl des Föderalraths wurde als Sitz desselben Philadelphia und Baltimore vorgeschlagen. Die Delegaten beider Orte lehnten definitiv ab, und wurde nach Debatte darüber von einer Normirung des Föderalraths abgesehen, und die Functionen desselben dem neu ernannten G.-R. übertragen, mit der Bestimmung, dass, wenn der Sitz desselben auf dem nächsten internationalen Congress verlegt wird, der G.-R, den amerikanischen Föderalrath bis zum nächsten Föderations-Congress repräsentirt. Weiter wurde noch eine neue Behörde geschaffen, nämlich eine Controlcommission ernannt, mit dem Sitz in Baltimore. Die Arbeiterzeitung von New-York wurde zum Organ der N. A. Föderation erklärt. Erst in später Abendstunde konnten die Geschäfte des Congresses zur völligen Erledigung kommen. In den Schlussreden der Delegaten sprach sich allgemein die Ansicht aus, dass die Verhandlungen und Arbeiten, unter so schwierigen Verhältnissen begonnen, dennoch zufriedenstellend zu Ende geführt wurden, und habe gerade dieser Congress wesentlich zur Kräftigung und zum festeren Zusammenschliessen der N. A. Föderation der Internationalen beigetragen.

Der Congress hatte seine Aufgabe richtig gewürdigt, indem er sich frei zu machen wusste von allen die Organisation störenden Elementen, denn die internationalen Arbeitergruppen müssen die Parteidisciplin streng handhaben, wenn sie das internationale Princip unverfälscht zur Geltung bringen wollen."

Inzwischen ist schon wieder eine Spaltung ausgebrochen die in Personalstreitigkeiten ihren Grund zu haben scheint. In Folge

---

*) Abkürzung für Nord-Amerikanische Föderation.

dessen erschien am 17. October 1874 die letzte Nummer der 1873 in New-York gegründeten „Arbeiter-Zeitung“.

Noch erscheint der 1874 in Chicago gegründete „Vorbote.“

Dies ist der Rahmen zu einer Geschichte der I. in Amerika. An anderem Orte hoffe ich, eine vollständige Geschichte der Bewegung in den unteren Volksklassen dieses Landes zu geben, wohinein auch die Geschichte der Farmer-Bewegung gehört.

Der Geist der I. ist nach Amerika verpflanzt. Alle Arbeiter-Platforms der neuesten Zeit haben Etwas vom Programm der I. Die deutschen Arbeiter-Blätter haben viel zur Verbreitung der „reinen Lehre“ beigetragen. Die Partei der Commune wirkt ihrerseits. Die Trades-Unions kämpfen einen schweren Kampf gegen das Capital und werden mehr und mehr international. Wenn die Folgen der Krisis überwunden sind, wird die Arbeiterbewegung voraussichtlich einen gewaltigen Aufschwung und eine eminent politische Färbung annehmen.

Die sociale Presse Nordamerikas:

1. „The Revolution“ in New-York, soll Organ der N. L. U. um 1869 gewesen sein.
2. „The Workingman's Advocate,“ ist das officielle Organ der N. L. U., existirt noch, ist 1863 gegründet. Wochenschrift in grossem Format. Ich habe dies Blatt sehr unregelmässig erhalten.
3. „Official Reporter“. Published by Order of the Machinists and Blacksmith's International Union. Cleveland. Ohio. Gegründet 1873. Ein internationales Gewerkvereinsblatt, das mir zuweilen zuging.
4. „Weekly Labor Tribune.“ Pittsburgh. Ohne besondere Tendenz. Wochenblatt. Gegründet 1873. Habe ich ohne besonderen Nutzen gelesen.
5. „The Worker“. Motto: Justice to Labor. New-York. Socialistisch-radikal. Gegründet 1873. Bringt die Versammlungs-Anzeige der I.
6. „Le Socialiste“. New-York, scheint, und
7. „La Commune“ zu New-Orleans gehört, wie ich aus eigner Lectüre weiss, der „internationalen Communepartei“ an, von der ich in „Frankreich“ sprach. „Socialiste“ habe ich nicht gesehen, „Commune“ erscheint seit Anfang 1873.

   Gewerkvereinsblätter, der I. zugeneigt, sind noch mir durch Anschauung bekannt:

8. „Deutsch-Amerikanisches Journal für Buchdruckerkunst.“ Monatsblatt. Philadelphia, und
9. „Printer's Labor Tribune“, das englische Gegenstück zu Nr. 8. Pittsburgh. Seit 1873.

   Nur aus Referaten dagegen kenne ich:

10. „Coopers New-Monthly“, Monatsblatt der internationalen Küfer.
11. „Machinists' and Blacksmiths Monthly Journal.

Nicht gesehen habe ich das Organ der „weiblichen Linie:

12. „Woodhull and Claflin's Weekly". Es erscheint in New-York und muss ganz spasshaft zu lesen sein. Ferner habe ich die folgenden 3 Blätter nicht gesehen:
13. „Arbeiter-Union," wird vom „Vorbote" 1869 als zu New-York erscheinend genannt.
14. „Die Abendpost", erschien 1869 in San Franzisko und
15. „Der deutsche Arbeiter", erschien 1869 zu Chicago.

Regelmässig gehalten habe ich:

16. „Arbeiter-Zeitung". Wochenblatt. Erschien seit Anfang 1873 zu New-York, zuletzt im Auftrage des Comité von Section I, unter Carl's Einfluss, im Gegensatz zu Sorge. War mir eine sehr belehrende Lecture.
17. „Vorbote." Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land. International. Chicago. Wochenblatt. Gegründet Anfangs 1874.
18. „Neue Arbeiter-Zeitung." Erscheint seit 2. Januar 1875 in New-York als internationales Wochenblatt; wird nur von Arbeitern redigirt und hält Fühlung mit dem „Volksstaat in Leipzig.

# Schluss.

Der erste Band dieses Buches ist von der politischen Tagespresse fast ganz unbeachet gelassen. Die wissenschaftlichen Blätter meines Faches haben dagegen durchweg in so anerkennender Weise sich darüber geäussert, dass ich ihnen zum lebhaftesten Dank verpflichtet bin, zumal ich aus ihrer sachlichen Kritik Manches gelernt habe.

Von politischen Tagesblättern hat der „Hamburger Correspondent“ das Buch wohlwollend besprochen, aber feudale Tendenzen da gefunden, wo wirklich keine zu Grunde lagen. Die „Magdeburger-Zeitung“ aber, das Organ des Herrn Lasker, hat eine lange angebliche Kritik in 3 Artikeln gebracht, von einem Anonymus, den der liebe Gott in seinem Zorn zum Kritiker gemacht hat. Er reisst einige Sätze der Einleitung und des Schlusscapitels aus dem Zusammenhang und verarbeitet dann mit diesem Material einen unwissenden kleinen feudalen Zeitungsschreiber, als welchen er mich dem Publikum mit Fug und Recht präsentiren würde, wenn ich nur das und das wirklich so geschrieben hätte, wie er es citirt.

Aehnliche Kritiken des jetzt vollständig vorliegenden Werkes unmöglich zu machen, erkläre ich hiermit, dass nur die hier gegebene Geschichte der Arbeiterbewegung seit den Jahren 1863 oder 1864 in den einzelnen Ländern der Vorwurf wissenschaftlicher Kritik sein kann und darf, weil nur dieser Theil durchweg von mir als neue, als Original-Forschung und Original-Arbeit ausgegeben wird.

Die Einleitung, die Skizze der Theorie des Socialismus, die Geschichte der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern bis zum Auftreten der Internationale daselbst, die Bemerkungen über die socialen Zustände in den einzelnen Ländern — sind von mir nur geschrieben worden, weil sie dazu dienen, dem grösseren gebildeten Publicum, denjenigen, welche nicht Fachleute sind, das Verständniss für die unter dem Einfluss der Ideen eines Marx und Bakunin stehende Arbeiterbewegung zu erleichtern. Zu diesem Zweck habe ich gute Vorarbeiten, sowohl aus selbstständigen Werken als aus Zeitschriften, ausgiebig benutzt. Wer mich wegen dieses Beiwerkes als Kritiker anfasst, den beschuldige ich von vorn herein der mala fides — wie den Kritiker der „Magdeburger Zeitung“.

Dagegen nehme ich für den Haupttheil, die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern unter dem Einfluss der Internationale, die Ehre in Anspruch, ein fleissiges, für jeden National-Oekonomen und Historiker brauchbares Quellwerk geschaffen zu haben.

Die ungleichartige Bearbeitung der einzelnen Länder — namentlich die Kürze, mit der England und Amerika abgefertigt worden, beruht darauf, dass ich beabsichtige, diese beiden Länder abgesondert zu bearbeiten, sobald die Krisis daselbst regelmässigen Zuständen Platz gemacht hat; die heutigen Uebergangszustände eignen sich nicht für ein ruhiges Abwägen und sicheres Urtheilen. Wenn andererseits Frankreich mit einer verhältnissmässig langen Einleitung bedacht ist, so rechtfertigt sich die dadurch, dass Frankreich die Wiege des Socialismus ist, das Land, in dem er bereits zwei Revolutionen mit erzeugt hat. Gute Vorarbeiten, namentlich von Stein, dessen dankbaren Schüler ich mich wohl nennen kann, und Engländer, sowie von anderen tüchtigen Schriftstellern, erleichterten mir überdies gerade diese Arbeit, und ich konnte somit leicht, gestützt auf dieselben, eine Skizze des socialen Lebens in Frankreich seit etwa 100 Jahren geben, das für das grosse Publikum nicht uninteressant sein dürfte, umsomehr, als eine solche Schilderung der social-politischen Geschichte Frankreichs von Turgot bis — Varlin bisher noch nicht versucht worden ist.

Endlich habe ich mich noch desswegen zu rechtfertigen, dass ich, wo es irgend thunlich, auf Deutschland zurückgekommen bin, ja sogar im Capitel „Russland“ mehr von Deutschland als Russland gesprochen habe. Dies erklärt sich daraus, dass, was ich schildere, in vergangenen Jahren an meinem geistigen Auge vorübergegangen und von mir stets darauf hin betrachtet und mit Gesinnungsgenossen, conservativen Staatsmännern, besprochen ist, wie die Rückwirkung dieser Ereignisse auf Deutschland sein werde. Diese Gewohnheit habe ich um so mehr beibehalten, als ich die Absicht hatte, — zwar ein wissenschaftliches Werk über die moderne Arbeiterbewegung zu schreiben — zugleich aber auch eine Rechtfertigung des Programmes meiner Partei, der social-conservativen, zu liefern. Beweisen wollte ich, dass wir wissen, was um uns passirt, was vor unserer Zeit geschehen ist, um, gestützt auf solche nachgewiesene Kenntniss, Beachtung für unser Urtheil über das fordern zu dürfen, was wir als nothwendig erkannt haben, damit nicht Deutschland das Schicksal Spaniens und Frankreichs dereinst theile.

Auch diese Seite meines Buches stelle ich der Kritik dar. Aber dann soll sie meine Arbeit vergleichen mit der meiner Parteigenossen, derer, die sich zu irgend einem der Fragmente und Rudimente der alten grossen conservativen Partei bekennen, der ich angehörte. Da habe ich doch Anspruch darauf, relativ zu den Leistungen von Meinesgleichen beurtheilt zu werden. Man vergleiche also damit, was die „Kreuz-Zeitung“ — die dies Buch

beharrlich ignorirt — auf socialem und national-ökonomischem Gebiet seit 1866 geleistet oder nicht geleistet hat.

Ferner die Werke von Baron von Minnigerode über das allgemeine gleiche Wahlrecht, „Zur Lösung der socialen Frage von Graf von Pfeil, Breslau 1874,“ „Geldmacht und Socialismus von von Diest-Daber, Berlin 1875,“ „Socialpolitisches, von einem Feudalen, Berlin 1874,“ „Die wichtigsten Fragen in Staat und Kirche, Altona 1874,“ „Die Arbeiterfrage und deren Lösung von General von Prittwitz, Berlin 1873,“ „Christenthum und sociale Frage von Böhmer, Bonn 1874“ u. s. w.

Ich glaube, bei dieser Vergleichung werde ich nicht zu kurz kommen.

Auf diese Ueberreste der conservativen Partei sollte dies Buch vornehmlich wirken. Beweisen wollte ich durch Thatsachen, dass der Socialismus uns auf allen Seiten, sogar von der russischen her, umtost und umbrandet, und dass wir uns gegen ihn nicht abschliessen können, dass die sociale Frage eine internationale und keine locale ist, dass wir sie bei uns durch Reform lösen müssen oder einer Revolution entgegen gehen.

Der aufmerksame Leser dieses Buches wird sich der Ansicht nicht verschliessen können, dass der moderne Socialismus, mit der französischen Revolution geboren, in allen Ländern, welche ein politisches Volksleben aufweisen, bereits heimisch geworden ist und, trotz aller zeitweisen Niederlagen, von Periode zu Periode mächtiger wird. In keinem Culturlande fehlt er mehr. In keinem kann er augenscheinlich vernichtet werden. Also werden Künste à la Madai-Tessendorf ebensowenig gegen ihn helfen, wie solche à la Schulze-Delitzsch-Hirsch-Duncker. Ich glaube an dem Beispiel anderer Länder gezeigt zu haben, dass das Verhalten unserer Regierung sowie der herrschenden Parteien in Deutschland, nur dazu führen kann, dass auch wir zu Bürgerkriegen gelangen. Ich glaube ferner nachgewiesen zu haben, dass der Socialismus ein ganz natürliches Product unserer politisch-wirthschaftlichen Entwickelung und an sich nicht culturwidrig ist, dass ihm die Zukunft gehört, wir einer neuen Wirthschaftsordnung entgegengehen und dass die alte Gesellschaft nicht auf lange mehr dem Drängen von Unten wird Stand halten können. Dass man aber zwar nicht den jungen Most wird in alte Schläuche füllen, wohl aber den mächtig anschwellenden Strom in ein vorsichtig geebnetes Bette leiten können. An der Geschichte, der Leidensgeschichte anderer Völker, wollte ich dem deutschen Volk, den darin und darüber herrschenden Potenzen, klar machen, dass weder Verfolgungen noch listige Ableitungen und Scheinreformen die grosse Gefahr eines socialen Bürgerkrieges beschwören können, sondern dass wir ernster und ehrlich durchgeführter Reformen in grossem Stil bedürfen. Weshalb ich auch unser Programm am Schluss des I. Bandes nicht als ein sociales Definitivum hingestellt habe. Indess meine ich, dass es vor der Hand reformatorisch genug sein dürfte. Für die Aufgabe der Conservativen

hielt ich es, die Initiative zu solcher Reform zu ergreifen, sie sollten sich in einer social-conservativen Reformpartei wieder vereinigen.

Diese Absicht ist nicht erreicht, hauptsächlich durch Schuld der „Kreuz-Zeitung". Und mit vollem Bewusstsein beschuldige ich sie, das Interesse des Conservatismus wie des Vaterlandes — beide sind unzertrennlich — verletzt zu haben, dadurch, dass sie das publicistische Monopol, welches sie für gewisse conservative Kreise besitzt, zum Todtschweigen meiner Arbeiten benutzt hat. Wenn sie die hier entwickelten Ansichten nicht theilte — mochte sie dieselben widerlegen, tadeln, davor warnen, aber sie musste den Leuten, welche nur sie lesen, Gelegenheit geben, Ideen zu prüfen, die dem conservativen Lager entsprungen, die durch vieljährige fleissige Arbeit befestigt sind, wohl motivirt entwickelt wurden und sich nach allen Richtungen hin mit dem messen können, was unsere Partei auf diesem Gebiet hervorgebracht hat, seit Stahl todt ist und Wagener schweigt.

Durch ihr Schweigen hat die „Kreuz-Zeitung" es mir unmöglich gemacht, auf die Conservativen so einzuwirken, wie ich es beabsichtigte.

Die „Kreuz-Zeitung" selbst hat eine unschätzbare Zeit nutzlos vorübergehen lassen. Sie hat den Fürsten Bismarck persönlich bekämpft, ohne einen Ersatzmann für ihn in petto zu haben, während sie die Massregeln seiner Minister hätte angreifen sollen, soweit sie verkehrte waren. Dazu aber musste sie ein positives Programm in der katholischen, evangelischen und socialen Frage aufstellen. Dies aber hat sie versäumt. Niemand ist heute im Stande zu sagen, welche Politik nach diesen drei Richtungen hin diese Partei der „Kreuz-Zeitung" befolgen würde, wenn sie etwa heute den Reichskanzler stellen sollte. Wer aber unfähig ist, positive, Realpolitik zu treiben, sollte eine Opposition aufgeben, die nur verbittern, nie aber nutzen kann. Vergebens suchen die Conservativen in der „Kreuz-Zeitung" den Faden, an dem sie von vollständiger politischer Bedeutungslosigkeit heraus den Weg wieder an die Oberfläche des politischen Lebens finden können. Unklar ist die Haltung der „Kreuz-Zeitung" gegenüber der „Germania". Bald nimmt sie mit Wohlgefallen die Angriffe gegen Bismarck auf, bald tadelt sie dieselbe, wirft ihr vor, dass sie in ihren Mittheilungen „aus dem protestantischen Lager" tendentiös verfahre, nennt sogar Windthorst's Rede am 19. Dezember „einen Fehler", ohne zu bedenken, dass ihre eigene Haltung seit Jahren nichts als ein grosser Fehler ist. Aber vergebens fragt man sich: Was würde der „Kreuz-Zeitungs-Minister" thun, wenn er heute an Falk's Stelle träte? Würde er nach Canossa gehen? Würde er die Bischöfe weiter gefangen setzen? Oder welchen Weg würde er wählen, um zum Frieden zwischen Kaiser und Papst, zwischen Staat und Kirche zu gelangen?

Wie der Staat die evangelische Kirche behandelt, das gefällt der „Kreuz-Zeitung" nicht. Mir auch nicht. Fragt sich nur, ob

sie es nicht zum guten Theil verdient hat. Die „Kreuz-Zeitung“ nährte die Unzufriedenheit der Geistlichen, protegirte die Gnadauer. Allein kaum hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, die Regierung werde den Renitenten das Schicksal der hessischen Widerspenstigen bereiten, da ging der „Kreuz-Zeitung“ die Luft aus. Sie verschwieg ihren Lesern die Gefahr und brachte die Nachricht erst, als bereits die erste Disciplinaruntersuchung eingeleitet war. Seitdem weiss kein Geistlicher, was er thun soll, um der „Kreuz-Zeitung“ zu gefallen. Sie sagt nicht: „Unterwerft Euch, thut, was Herr Falk und sein Oberkirchenrath von Euch verlangen.“ Sie sagt auch nicht: „Widersetzt Euch, widersetzt Euch ganz und gar oder in dem und dem Punkte.“ Denn dann müsste sie folgerichtig auch sagen: „Wenn Ihr aber Euch nun widersetzt habt, und wenn dann Ihr von Amt und Haus und Gemeinde disciplinirt seid und mit Frau und Kindern im Elende sitzt, dann bildet neue Gemeinden, oder dann werden wir, die „Kreuz-Zeitung“ und ihre Gönner, Euch, die treuen Hirten und Bekenner versorgen.“ Nichts von alle Dem. Sie lässt die Geistlichen, die sie zunächst aufgeregt, rathlos. Natürlich wenden sich diese jetzt der „Post“ zu, welche eine sehr verständliche Sprache zu ihnen spricht: „Wenn Ihr schön gehorsam seid, sollt Ihr auch Ersatz der Stolgebühren aus Falk's milder Hand haben. Seid Ihr aber aufsässig — so werdet Ihr abgesetzt. Der Staat lässt sich nicht auf der Nase herum tanzen von Leuten, die recht gut wissen sollten, dass durchschnittlich nicht 10 pCt. ihrer Gemeindeglieder ihren Gottesdienst besuchen und dass nicht 5 pCt. derselben ihnen eine Thräne nachweinen würden, wenn der Ober-Kirchenrath sie absetzen lässt. Ganz anders wirkt dies Zeichen auf die Geistlichkeit. Sie wendet sich den „Realpolitikern“ der „Post“ zu.

Gewiss hätte die „Kreuz-Zeitung“ sowohl in der katholischen wie in der evangelischen Kirchenfrage Herrn Falk viel Unannehmlichkeiten bereiten, ihn vielleicht zu einer anderen Politik nöthigen oder ihn gar stürzen können, wenn sie mit einem verständigen, positiven Programm hervorgetreten wäre. Mit Fug und Recht macht jetzt Herr Falk seine Politik ohne jede Rücksicht auf sie. Und sollte Jemand Sr. Majestät einen Systemwechsel vorschlagen, ihn bitten, wieder conservative Räthe um sich zu versammeln, so würde der Monarch wahrscheinlich sagen: „Wie ist das möglich, wie kann Ich eine Politik ins Blaue hinein treiben? Diese Leute haben es ja nie zum Aussprechen einer positiven Ansicht gebracht. Man kann nur Politik mit Menschen machen, die wissen, was sie wollen und nicht bloss, was sie nicht wollen.“

Neuerdings begreift freilich die „Kreuz-Zeitung“, dass die evangelische Landeskirche zu Grunde gehen werde, allein sie weiss noch keinen Rath für die Zukunft. Nun, die Landeskirche wird freilich verschwinden, denn sie war längst eine balsamirte Leiche, aber es wird nicht das Christenthum und auch nicht das evangelische Bekenntniss schwinden. Je eher man den Leichnam

— und seine Todtengräber in die Grube wirft, desto besser: Die Parole gläubiger evangelischer Christen muss sein: Vollständige und schleunige Trennung von Kirche und Staat. Eine Kirche von Falk's Gnaden und nach Falk's Geschmack zu unterhalten — ist reine Verschwendung. Die verliert auch noch die 5 pCt. Zuhörer, welche sie bisher hatte.

Viel günstiger noch lag für die „Kreuz-Zeitung" und die ihr anhängende Partei die Sache auf socialem Gebiet. Die grössesten Uebelstände haben sich herausgestellt, und zwar ganz so, wie sie 1865—69 von Wagener-Blanckenburg und Genossen prophezeit wurden. Man brauchte nur da anzuknüpfen, um das System Delbrück-Camphausen-Michaelis wirksam zu bekämpfen. Man war, wenn man es mit Sachkenntniss that, des Beifalls der Majorität des Volkes sicher. Ja, es ist heute noch die passendste Zeit für eine conservative Socialreformpolitik. Aber nichts ist davon zu spüren gewesen. Man mag die voluminösen Jahrgänge der „Kreuz-Zeitung" schütteln, soviel man will, kaum wird ein gesunder socialer Gedanke, geschweige ein zusammenhängendes Reformproject herausfallen.

Nur gewisse reactionäre Neigungen lassen sich nachweisen. Allein hier kommen wir an einen Umstand, den man rühmlich hervorheben muss. Während in der kirchlichen Frage die paar Conservativen im Reichstage und Landtage durchaus auf dem Niveau der „Kreuz-Zeitung" standen, rathlos, hülflos, schweigend oder weinerlich protestirend, erhebt sich in der socialen Frage die „Kreuz-Zeitung" über die parlamentarischen Vertreter der Partei dadurch, dass sie einen richtigen Instinct der Gefahr einer reactionären Social-Politik verräth. Die Abgeordneten lassen Alles über sich ergehen, was der Capital-Liberalismus ihnen anthut. Wenn er ihnen gar zu arg auf die Hühneraugen tritt, so stossen sie allenfalls einen kläglichen Schrei aus. Zum herzhaften Angriff raffen sie sich nie mehr auf. Kaum aber erhebt sich im liberalen Lager eine Stimme, welche gegen die Ausschreitungen der Arbeiter donnert, so fahren sie electrisirt in die Höhe und rufen: „Der Mann hat Recht! Her mit dem Contractbruch-Strafgesetz, her mit dem Arbeitsbuch, weg mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht!"

Da ist die „Kreuz-Zeitung" wirklich klüger. Sie schweigt lieber ganz, ehe sie sich für eine Politik einlegt, die ziemlich direct zu den Barrikaden führt.

Ueber die wichtigsten volkswirthschaftlichen Fragen spricht Niemand in der conservativen Partei. Vor Beginn dieser Session wurde geflissentlich durch die Presse verbreitet, Herr von Minnigerode wolle, ich weiss nicht welche, Thätigkeit aufgeben, „um sich ganz der Führung der Conservativen im Parlament zu widmen." Er hat auch einige Reden gehalten und sich als beliebtester „Frühstücksredner" etablirt. Komischer Weise brachte die „Kreuz-Zeitung" nach einem solchen Monolog, den Herr von Minnigerode vor Präsident und Schriftführern gehalten, auf ihrer

ersten Seite eine Jeremiade über die Rücksichtslosigkeit des Reichstages, der den conservativen Redner nicht anhören wolle, wahrscheinlich aus Hass gegen alles Conservative. Nun, es giebt ein treffliches Mittel, die Leute im Saal zu halten: man muss soviel wissen und so sprechen, wie es Stahl, Wagener und Blanckenburg thaten — und Niemand wird hinausgehen. Nicht der Hass treibt die Leute hinaus. Wagener wurde sehr gehasst, aber man lauschte auf jedes seiner Worte, weil man ihn mit Recht fürchtete. Oderint dum metuant. Herrn von Minnigerode hasst Niemand. Von den übrigen Conservativen im Parlament heisst es einfach: Der Rest ist Schweigen. Wozu sich Leute eigentlich wählen lassen, die nicht im Stande sind oder nicht Lust haben, irgend etwas zu leisten, ist schwer zu begreifen. Aber das muss gesagt werden, eine so vollkommen unbedeutende Vertretung hat die conservative Partei Preussens noch niemals im Parlament gehabt, seit dem Jahre 1848 her.

Während so das Blatt der Partei und die parlamentarischen Männer derselben Positives nicht geleistet haben, hoffte ich, dies Buch werde ihnen wenigstens eine Gelegenheit zur Kritik geben, aber vergebens. Sie sind sicut cadaver.

Das einzige Wort positiven Inhalts, das man in der „Kreuz-Zeitung“ ziemlich oft findet, heisst „Klärung“. Nun, man hat dort so lange geklärt, bis nun kein Auge mehr auf der Brühe schwimmt. Unserer Ansicht thäte den Conservativen ein Zusammenschliessen, ein Aufsuchen aller conservativen disjecta membra, eine Politik der Versöhnlichkeit, nicht des Hasses, wie sie ja auch allein christlich ist, Noth. Doch jene Leute haben das Gegentheil gewollt.

Wir indessen wollen nicht uns hochmüthig zurückziehen und auch „klären“, sondern immer wieder „zum Sammeln blasen“. Warum beruft man nicht einen Congress aller deutschen Conservativen, und sei es auch nur zur Einigung über eine Frage, über die sociale? Soll nicht unser Programm, das ich mit meinen Freunden gern vertheidigen werde, der Berathung zu Grunde gelegt werden, so mag doch Herr von Nathusius eins aufstellen. Wir werden mit Freudigkeit an seine Erörterung herangehen. Nur nicht diese tödtliche, impotente Erstarrung, während das Verderben naht! Versöhnung, als Patrioten und als — Christen!

Nun, der Herr von Nathusius und ich, wir sind junge Männer und werden die Folgen der Politik des Augenblicks, so Gott will, noch erleben. Er hat einen sehr günstigen Eintritt auf die Bühne gehabt, verglichen mit dem meinigen. Man vertraute seinen unversuchten Händen dies alte, mächtige Instrument, die „Kreuz-Zeitung“ an. Wer ein „Volker“ war, musste daraus einen mächtigen Ton locken können. Mir hat man die kleine Maultrommel, die „Berliner Revue“, auch noch aus der Hand geschlagen, und ich kann jetzt den Finger an den Mund legen, wenn ich pfeifen will: Aber wenn ich pfeife, so versteht man wenigstens die Melodie: Sie ist einfach und klar.

Nun, die Zukunft wird urtheilen, wer von uns den besten Gebrauch von seinen Mitteln gemacht hat, und mir ist um ihr Urtheil nicht bange. Aber um die conservative Partei ist mir bange; sie hat eine kostbare Zeit nutzlos verloren und wird von Leuten — die zu wenig verstehen, um höflich zu bleiben — in Bahnen der Reaction gedrängt, die direct zum Abgrunde führen.

So bleibt nur noch die Hoffnung, dass die deutschen Fürsten, dass Fürst Bismarck, dass der Kaiser die Gefahr der wirthschaftlichen modernen Entwickelung begreifen. Thun sie das, so sind sie stark genug, auch ohne Hülfe der Conservativen, ja gegen deren Willen, eine sociale Reformpolitik durchzuführen. Sprechen wir vom Fürsten Bismarck. Mit Recht hat ihn Jörg einen Säcularmenschen genannt. Er hat sich weit über den Ministern, gewissermassen als „Recursinstanz", etablirt und lässt sie bisher auf wirthschaftlichem Gebiet nach Belieben schalten. Das muss aufhören. Sie machen nichts als Fehler.

Im Capitel „Frankreich" habe ich angedeutet, dass dies nicht überraschen darf, weil diese Herren besten Falles in ihrer Jugend einen schwachen Decoct Adam Smith'scher Lehren auf der Universität verabreicht erhielten und in ihrem kräftigsten Mannesalter auf die missverstandene und entartete Verbildung jener Lehren schworen, welche die Freihandelshausirburschen, solche als Prince-Smith, Faucher, Michaelis, Oppenheim und Genossen hier in Deutschland verbreiteten. Die verderblichen Folgen der Irrlehren dieser Männer sollen aber eben beseitigt werden, und es ist wohl klar, dass es hiesse, den Teufel durch Beelzebub austreiben, wenn der Vater des Regierungs-Manchesterthums, Herr Delbrück, dem Freihandelshausirer Michaelis den Auftrag geben würde — ein Gesetz gegen die bösen Folgen des Systems — — Delbrück-Michaelis auszuarbeiten! Das wäre einfach lächerlich.

Diese Leute können ihrer ganzen Bildung nach die sociale Frage nicht einmal begreifen, und davon hat man zahlreiche Beweise.

Das officielle Blatt des Ministeriums des Innern, die „Provinzial-Correspondenz", leistete schon im dritten Quartal des Jahres 1872 einen Artikel über die Arbeiterfrage, der ein betrübendes Zeugniss von der vollkommenen Unwissenheit derselben auf socialem Gebiet ablegte. Es hiess beispielsweise darin: „Es ist eine von allen Sachverständigen und erfahrenen Männern anerkannte Wahrheit, dass der Staat nur die Privat-Erwerbsthätigkeit lähmen und alle wirthschaftlichen Verhältnisse in tiefe Zerrüttung stürzen würde, wenn er seine Mittel und seinen Credit für gewerbliche Unternehmungen in grossartigem Massstabe aufbieten und sich zu einem Eingriff in die Regelung der Preise und Lohnsätze hergeben wollte."

Der Ignorant, welchen das preussische Ministerium damals mit der Aufstellung eines Programmes gegenüber der Arbeiterfrage betraute, weiss nicht, dass der Staat der grösseste Industrielle ist, dass er die Post, die Telegraphen, Eisenbahnen, Pulver-, Waffen- und viele andere Fabriken besitzt, dass er in der Gehalts-

abmessung vieler Tausende von Beamten Löhne regulirt, dass er durch die Königl. Bank, die Seehandlung, das Leihhaus auch den Credit regulirt u. s. w.

Allerdings ging aus einer ähnlichen Ansicht, die längst in die Rumpelkammer des Pensionsstübchens gehörte, der famose Bankgesetz-Entwurf hervor, welchen die Herren Delbrück-Camphausen zum Erstaunen fast aller Sachverständigen dem Reichstage im November 1874 vorzulegen wagten, und der die Königliche Bank, diese grossartige Schöpfung Friedrichs des Grossen, beseitigte oder doch „unschädlich" machte. Man sollte meinen, dass die Väter dieses Monstrums nach der eclatanten Niederlage, die ihnen der gesunde Menschenverstand sogar im Reichstage bereitete, sich in die allmählich reichlich verdiente Ruheposition zurückzuziehen wohl Veranlassung gehabt hätten, aber nein, sie arbeiten einen Entwurf aus, der so ziemlich das Gegentheil von dem von ihnen vorgelegten ist — — indess, man bringt die Betheiligung des „Privatcapitals" bei der lucrativen Anlage durch:

„Die Katze — die Katz' ist gerettet!"

Von der wahrhaft staatsmännischen Auffassung des Grossen Friedrich, der gleichzeitig, neben der Bank für die Industrie, die Landschaften für den Grundbesitz schuf, keine Spur. Man sorgt nicht für den Grundbesitzer-, nicht für den Arbeiter-, nicht für den Handwerkerstand, nur für den der Grosscapitalisten. Kein Landrenten-, kein Darlehnskassen-, nur ein Bankinstitut, und dies mit unerhörtem Monopol zinsloser Millionen. Ein Klasseninteressengesetz unerhörtester Art.

Bei einem Festessen im Winter 1873—74 toastirte Herr Achenbach auf Herrn Delbrück als den Mann des Princips der „Selbsthülfe", was doch wohl heissen will, als auf einen Mann, welcher die Grundsätze des laissez-aller, der Manchesterpartei, zur Geltung im Reich gebracht habe. Der Bankgesetzentwurf entsprach, bis auf die Contingentirung, einer Reminiscenz an Peels bekannte Massregel, auch solchen Grundsätzen. Es war zwar politisch höchst gefährlich, den Staat der Bank zu berauben, da England, Frankreich, Russland, Amerika Banken haben und im Kriegsfalle sehr gut gebrauchen, allein es war echt manchesterlich. Hat doch ein Abgeordneter jener Partei in der Conflictszeit offen gesagt, eher sollte der Staat zu Grunde gehen, ehe er den Zwangscours einführen dürfe!

Kann man sich wundern, wenn die Manchesterleute dem Staat den Geldbeutel nehmen — obschon zum Kriegführen Geld, Geld und nochmals Geld gehört? Gestatten sie doch auch die Fabrikarbeit 12jähriger Kinder, obschon notorisch dadurch viele Tausende unfähig werden, das Vaterland zu vertheidigen. Denn die neue Gewerbeordnung schwächt ganz direct die Wehrkraft des Landes ebenso wie die Concurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkte.

Also correct, vom Parteistandpunkt — freilich nicht von dem des Staats — war der Bankgesetzentwurf.

Er fiel durch. Und nun — machten seine Väter eben einen neuen, welcher eine Staatsbank als Regulator des Credits enthält. Sie geben ihren alten Parteistandpunkt auf — und fungiren ruhig weiter. Aber was heisst das? Es heisst, sie haben die Leitung vollständig verloren, sie sind nur noch Beamte, welche die Befehle des Reichstags, nicht mehr die Grundsätze der Staatsraison, ausführen. Die Reichsregierung schiebt nicht mehr, sie wird vom Parlament geschoben.

Ein ganz ähnliches Aufgeben des Princips lag darin, dass Delbrück dem Drängen von einigen Reichstagsmitgliedern nachgab und ein Contractbruchstrafgesetz einbrachte. Es darf unzweifelhaft als ein Fortschritt angesehen werden, wenn Herr Delbrück hiermit das Anerkenntniss aussprach, dass die Manchestertheorie den Dienst versage, dass die Gesetzgebung sich unabweislich mit diesen Dingen und namentlich mit dem Arbeitscontract zu beschäftigen habe, und dass die Manchesterpartei und speciell Herr Delbrück selbst sich auf dem Holzwege befunden haben, als sie 1869 den Arbeitsvertrag wie jeden andern Vertrag legislatorisch behandelten.

Aber es widersprach das Verbleiben im Amt und gleichzeitiges Preisgeben des politischen Princips ebensosehr den constitutionellen Bräuchen — deren Hüter jene Herren doch sein wollen — wie diese Art der Behandlung der Contractbruchsfrage den „liberalen Principien" widerspricht, deren berufenster Vertreter Herr Delbrück doch ist. Denn kann etwas mehr den Principien von 1789 und den daraus gezogenen liberalen Consequenzen widersprechen, als die „Verletzung der Gleichheit vor dem Gesetz", welche Herr Delbrück zweifellos dem Reichstage proponirte, als er empfahl, einen Arbeiter wegen einer That criminell zu bestrafen, wegen welcher einen Nichtarbeiter keine criminelle Strafe trifft?

Auch dies schöne Project fiel in den Graben — Herr Delbrück aber fiel nicht mit.

Nein, er hatte sogar die Naivetät, einzugestehen, dass die Reichsregierung mit Vorlegung jenes Contractbruchs-Strafgesetz-Entwurfes sich übereilt habe und ohne genügende Kenntniss der gewerblichen Dinge vorgegangen sei. Deshalb machte er dem Bundesrath den Vorschlag, eine gewerbliche Enquête zu veranstalten, damit die Reichsregierung für solche Vorlage dereinst eine gute Grundlage habe. Und diese Enquête-Vorlage taugt abermals nichts. Sie entpuppt sich vielmehr als der Versuch, dem Verlangen nach Contractbruchs-Strafen eine thatsächliche Grundlage und materielle Rechtfertigung zu geben. Interessant ist die Naivetät, mit der in dem officiellen Programm mit den Begriffen „Meister", „Geselle" und „Lehrling" umgegangen wird, als habe man diesen jetzt leeren Hülsen nicht durch die famose Gewerbeordnung jeden Kern genommen. Der Verfasser scheint wirklich so wenig von gewerblichen Dingen zu wissen, dass er meint, man könne „Lehrlinge" ausbilden, ohne Gesellen- und Meisterprüfung wieder obligatorisch zu machen. Was nutzt denn ein trefflicher

und auch gewissenhaft gehaltener Lehrlingsvertrag, den ein Lehrling mit einem Besitzer einer Stiefelwerkstätte schliesst, der gestern noch Butterhändler war und morgen vielleicht Standesbeamter wird? Kann man auch ein Gesetz über obligatorischen Schulunterricht geben ohne eins über Ausbildung von Schullehrern? Diese guten Manchesterleute sind rein blind geworden, bei den planlosen, hastigen Versuchen, die Löcher in dem vollständig morsch gewordenen Manchesterfass wieder zuzustopfen. Es hält den Inhalt nicht mehr. — Die Arbeiter sehen, nach unserer Information, in dieser Vorlage nur die Fortsetzung jener ihnen abgeneigten Politik, welche Delbrück mit der Vorlage des Contractbruch-Strafgesetzes inaugurirte, und die in so schroffem Widerspruch zu der steht, welche Bismarck durch Verleihung des allgemeinen gleichen Wahlrechts einführte. Die Arbeiter wünschen den Normalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, Anstellung wirklich befähigter, anständig besoldeter Fabrikinspectoren in genügender Zahl etc., von all' dem ist in jener Vorlage keine Spur zu finden. Sie wird Niemand befriedigen, sie wird diese Fragen auf ein bis zwei Jahre verschleppen helfen, aber dann werden sie um so brennender wieder auf der Tagesordnung stehen.

Wir wollen den Leser mit dem Abdruck jener officiellen Vorlage nicht behelligen. Inzwischen haben wir — über den Finger pfeifend — im Congress der Landwirthe 1875 einen Antrag ein- und durchgebracht, an dem sich Herr Delbrück ein Muster nehmen kann. Er ist speciell in usum der Herren vom Reichskanzleramt geschrieben und lautet:

„Der Congress wolle beschliessen: Die Resultate der Untersuchung der Congress-Commission vom Jahre 1872 über die Lage der ländlichen Arbeiter in Deutschland Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck zu überreichen mit dem ehrerbietigen Ersuchen: baldmöglichst eine Commission von Sachverständigen einzusetzen mit der Aufgabe, nach dem Muster des englischen contradictorischen Verfahrens:

In eingehender Weise, als dies auf dem Wege einer Privat-Enquête möglich war, die wirthschaftliche Lage der arbeitenden Klassen auf dem Lande sowohl an sich wie in ihrem Zusammenhange mit der wirthschaftlichen Lage des Grundbesitzes und des Capitals nach folgenden massgebenden Gesichtspunkten zu untersuchen: I. Wieviel beträgt gegenwärtig der Geldlohn für den Tag in den verschiedenen Hauptbranchen der nationalen Arbeit, für Männer, Frauen und Kinder, und unter Eintheilung derselben nach ihrer Arbeitstüchtigkeit in zwei Klassen? II. Wieviel solcher Lohntage im Jahre sind, mit Berücksichtigung der Arbeitsausfälle aller Art, in diesen verschiedenen Hauptbranchen auf jeden Arbeiter durchschnittlich zu berechnen? III. Welches Maass der üblichsten realen Lohngüter ist heute für den nach I. und II. ermittelten Jahres-Geldlohn zu beschaffen? IV. Wie verhält sich die gegenwärtige Höhe des nach I., II. und III. ermittelten Geld-

und Reallohnes zu der vor 30—40 Jahren? V. Wie gross ist heute die Gesammtsumme des jährlichen nationalen Arbeitslohnes a) in der Landwirthschaft, b) in allen übrigen Gewerben, und wie gross in beiden Zweigen der nationalen Arbeit ist die Kopfzahl der gesammten Arbeiter-Bevölkerung einschliesslich der dazu gehörigen Frauen und Kinder? VI. Wie stellt sich für den genannten Zeitraum von 30—40 Jahren die Bewegung des verhältnissmässigen Arbeitslohnes heraus, d. h. wie verhält sich die Veränderung, die während dieser Zeit in der Höhe des nationalen Arbeitslohnes vorgegangen ist, zu den in derselben Zeit vorgegangenen Veränderungen in der Höhe der nationalen Grundrente und der Summe des nationalen Capitals und seines Gewinnes?

Dr. R. Meyer. Dr. Rodbertus-Jagetzow.
Prof. Dr. A. Wagner, Berlin.

Wir haben diesen Antrag, damit seine verkehrte Auffassung und fehlerhafte Ausführung möglichst erschwert werde, so detaillirt gestellt.

Hier ist kein Entkommen möglich. Ernennt der Reichskanzler eine solche Commission von Sachverständigen — und die giebt es in Deutschland, wenn auch schwerlich in den Ministerien von Delbrück-Camphausen-Achenbach — so muss diese Commission jene in §. VI. geforderten Untersuchungen anstellen. Möglich sind solche Untersuchungen aber auch; freilich schwierig und auch kostspielig. Allein wir haben die Unterlassungssünden der Vergangenheit gut zu machen: England hatte seit 1796 bis jetzt 14 grosse Enquêten und wir — — gar keine! Ja, die Russen haben sogar 1872—1873 eine solche gehabt. Und wenn dieser Antrag an der Stelle, an die er gerichtet ist, jetzt keine Berücksichtigung finden sollte: Er wird jedes Jahr wiederkehren! Und der Congress hat sowohl 1872 als auch 1875 fast einstimmig sich für die in ihm enthaltenen Ideen ausgesprochen, zur höchsten Ehre für die deutschen Landwirthe. Sie haben Untersuchung gewünscht zum Zweck einer gerechten Gesetzgebung, nicht, um für sich Sondervortheile herauszuschlagen. Dies ist ein moralisches Princip, und solche behalten immer schliesslich, wenn auch nicht gleich, die Oberhand. Jeder folgende Congress wird immer auf's Neue solche Forderung an die Reichsbehörde stellen, bis man sie gewährt. — Die Antragsteller waren aber durch die gänzlich unbrauchbar projectirte gewerbliche Enquête des Reichskanzleramts gewarnt, und so haben sie diesen Antrag mit einer Anzahl von Detail-Vorschriften versehen, die, wie gesagt, seinen Missbrauch wenigstens erschweren. Sie verlangen, dass die Untersuchung nicht von Beamten geführt werde, die doch von den Ministern abhängig sind und kaum wünschen können, dass ein Resultat herauskomme, das den herrschenden Manchesterleuten unangenehm ist. Sie verlangen ferner, dass das englische, contradictorische Verfahren hierbei beachtet werde, nicht das gänzlich abgeschmackte Fragebogen-System. Ich habe deshalb auf dem Congress eine sehr eingehende Schilderung dieses Verfahrens ge-

geben und dasselbe unter Vorlegung der 6 Foliobände über die Agrar-Enquête von 1867—70 illustrirt. Der Beifall, welchen die Versammlung diesem Verfahren spendete, ist ein schönes Zeichen dafür, dass die Landwirthe in der That keine weisse Salbe über die faulen Flecke unserer Zustände streichen, sondern ehrlich die Wahrheit erforschen wollen. Es gefiel ihnen sehr, dass der königliche Commissar sie sowohl wie ihre Leute soll vernehmen dürfen.

Sie wollen aber auch, dass man ebenso untersuche, wie es eigentlich in den Fabriken steht und wie — an der Börse. — Der Antrag hatte ursprünglich 10 Paragraphen, deren letzte vier die Antragsteller indess wegliessen, weil sie sich bei genauer Beobachtung der ersten sechs von selbst verstehen.

Diese Paragraphen lauteten:

§. 7. „In wie fern verletzt ein Fallen des verhältnissmässigen Arbeitslohns die Grundsätze der nationalökonomischen Gerechtigkeit gegen den Arbeiterstand; und in wie fern trägt es zur Förderung der dem Capital und der Arbeit gleich schädlichen Ueberproductionskrisen bei?

§. 8. Wie hoch ist, in Folge der Freiheit des Grundeigenthums, die heutige nationale Grundrente in der Creditform kündbarer Capitalschuld belastet worden?

§. 9. Wie viel Millionen künstlicher Creditmittel hat der Staat dem Capital zur Förderung von dessen Anwachsen und Vermehrung seines Gewinnes zugetheilt?

§. 10. Wenn sich aus den Ermittelungen vorstehender Untersuchungen — namentlich aus der Bewegung des verhältnissmässigen Arbeitslohnes — für die Gesetzgebung die Pflicht ergeben sollte, auf allgemeine Erhöhung des Arbeitslohns hinzuwirken, vermag der Grundbesitz, bei dem Mass und der Form seiner heutigen hypothekarischen Belastung, eine solche Erhöhung zu ertragen?“

Nach längerer Ueberlegung liessen wir indess diese letzten 4 Paragraphen als ziemlich selbstverständlich fort, denn wenn §. 6 gewissenhaft befolgt, so müssen solche Untersuchungen ohnehin angestellt werden.

Ernennt der Reichskanzler wirklich Sachverständige, welche ehrlich an ihre Arbeit gehen, so müssen sie von selbst auf diese Fragen kommen. Sollten sie es nicht thun, so werden sich die Leute finden, welche gelegentlich öffentlich sie an ihre Aufgabe in ihrer ganzen Tragweite erinnern.

Sollte, wie es heisst, der Fürst Bismarck seine hohe Stellung verlassen, so wird freilich dieser Antrag vorläufig in den Papierkorb wandern — aber nach vollständiger Abwirthschaftung der Manchesterleute wird er ganz zuverlässig wieder aus demselben hervorgezogen werden.

Eine erbarmenswerthe Hülflosigkeit hat Herr Delbrück auf dem Gebiet des gewerklichen Hülfskassenwesens verrathen. Schon 1869 wurde ein Hülfskassengesetz in Aussicht gestellt. Nach unendlichem Drängen aus den Kreisen der Interessenten und wieder-

holten Anläufen, Anfragen und Untersuchungen hat Herr Delbrück jetzt einen Gesetzentwurf im Reichsanzeiger publicirt und eingeständlich „zur öffentlichen Discussion gestellt". Dies beweist, dass er sich der Materie nicht Herr weiss. Die Vorlage beweist aber leider auch, dass er keine Ahnung davon hat, dass die Ordnung des Kassenwesens die letzte Handhabe der Staatsgewalt ist, die atomisirten Arbeitermassen noch einmal in solcher Art zu organisiren, dass diese Organisationen nicht von vorn herein staatsgefährlich sind. Wird ein Gesetz auf Grundlage dieses Entwurfes perfect, so ist ein solches Hoheitsrecht der Staatsgewalt für immer dahin. Die Organisirung des Arbeiterstandes erfolgt dann zweifellos durch Initiative von Agitatoren, die zunächst theilweise der blau-demokratischen Richtung Hirsch-Duncker und der katholisch-socialen Partei angehören mögen. Sehr bald aber werden diese Organisationen nur noch rangirte Kampfesbataillone unter Führung noch viel staatsgefährlicherer Leute sein, als es Hirsch und Duncker meiner Ansicht nach sind.

Soweit von den volkswirthschaftlichen Thaten des Herrn Delbrück! Genau das Gegentheil der weisen Handlungen der grossen Hohenzollern vom Grossen Kurfürsten bis zum Grossen Friedrich, und das im Staat der Nachfolger dieser Herrscher!

Werfen wir auch noch einen liebenden Blick auf die Regesten der Collegen des Herrn Delbrück!

Welches ist die bisher einzige That des Handelsministers Achenbach? Die Erhöhung der Eisenbahntarife. Während das Landrecht Friedrichs des Grossen erklärte: Der Staat setzt ein Maximum für Capitalgewinn in fundirter Anlage fest, erklärt Herr Achenbach, der Staat muss den Actionären ein Minimum an Dividende garantiren. Ich halte Friedrich den Grossen für einen grösseren Nationalökonom als Herrn Achenbach. Fort von diesem Stück excellenzlichen Stilllebens!

Was hat Herr Camphausen gethan?

Wie er die französischen Milliarden schnell untergebracht hat, wie sich die Gründer auf die Beute warfen. — Die Geschichte dieser Operation wird gewiss noch geschrieben werden und, ich fürchte, nicht sehr glänzend für Herrn Camphausen ausfallen. Aber ich will nicht auf sie eingehen. Ich will auch nicht fragen, ob Camphausen und Delbrück bei ihrer Münzreform sich nicht gröblich verrechnet haben, denn wie kann es kommen, dass Herr Warschauer — nebenbei ein Schwager Simsons — die Münzreform des Reichs dadurch unterstützt, dass er für je 100 Thlr. neuer Goldmünzen $100\frac{1}{3}$ bis $100\frac{1}{2}$ Thlr. in andern Münzen zahlt, seine neuen Münzen nach England schickt oder gleich hier einschmilzt?

Aber das muss ich fragen: „Warum, Herr Camphausen, haben Sie keine Steuerreform zu einer Zeit durchgeführt, als wir Geld im Ueberfluss hatten?" Aus dem kleinen Preussen wurde 1866 das grosse Preussen, aus dem 1870 das deutsche Reich. Man reorganisirte, man organisirte nun das preussische, das deutsche

Heer. Man organisirte und reorganisirte fast das ganze Criminal- und einen grossen Theil des Civilrechts. Man organisirte die Verwaltung durch die Kreisordnung etc.

Was aber hat Herr Camphausen gethan? Von einer neuen, zeitgemässen Reform unseres Steuerwesens, die sich den neuen Verhältnissen anpasste — keine Spur, keine Idee! Die schwächliche, kleine Klassensteuerreform und die Rentisirung der Staatsschuld — sind das wirklich Leistungen für eine solche Zeit? War je ein Finanzminister in einer so glücklichen Lage, eine Steuerreform vornehmen zu können, als Herr Camphausen, der im Ueberfluss schwamm, und hat sich je ein Mensch so ganz und gar seiner hohen Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, als dieser Herr?

Wie lange wird es dauern, so werden wir „mehr Geld" gebrauchen. Dann wird der Finanzminister eine Steuerreform ein- und durchführen müssen, die eine „Mehrbelastung" des Volkes mit sich führt. Eine solche ist aber stets unerwünscht, macht böses Blut, und in die Lage hat Herr Camphausen seinen Nachfolger gebracht, seinen Nachfolger, denn das Gerücht von seiner Absicht, abzutreten, welches Neujahr 1875 auftauchte, hat viel Wahrscheinliches: Nachdem er die 5 Milliarden wie ein kleiner Bänker „mit Rücksicht auf möglichst viel Zinsgenuss" untergebracht, nachdem er in der Bank- und Münzreformfrage keine Freude erlebt, sogar seinem Untergebenen, v. Dechend, gegenüber eine handgreifliche Schlappe erlitten hat, wird ihm bei seinem bekannten Selbstgefühl doch bange, und im Angesicht des kommenden Deficits und sich bestens seiner Versäumniss einer rechtzeitigen Steuerreformvorlage bewusst — da begriff man, dass er sich in den angenehmen Ruhestand zurückziehen möchte.

Vorher aber debütirt dieser „praktische Finanzier" auch noch als volkswirthschaftlicher Theoretiker, als ob er an seinem praktischen Fiasko nicht genug hätte.

Die Physiokraten, immerhin ganz gelehrte und wissenschaftliche Leute, haben ihrer Zeit den Satz aufgestellt: „Armes Land, armer König." Herr Camphausen aber wirft den alten Ausspruch der Physiokraten über den Haufen. In seiner berühmten Budgetrede vom 19. Januar 1875 rühmt er in einem Athem den blühenden Zustand der preussischen Staatsfinanzen, während er gleichzeitig bemerkt, dass 6,447,631 Personen in Preussen keine Klassensteuer bezahlen, weil ihr Einkommen nicht die Summe von 140 Thalern erreicht. Da kann man wirklich sagen, es heisse jetzt: „Armes Volk, reicher Finanzminister." Ein Land von 24 Mill. Seelen, in welchem über 6 Mill. selbstthätige Personen, die sonst steuerpflichtig wären, steuerunfähig sind, weil sie noch nicht 140 Thlr. Jahreseinkommen haben, ist sehr arm zu nennen, und wenn seine Finanzen noch so brillant wären. Das Augenmerk der Regierung müsste vor allen Dingen dahin gehen, diesen 6 Mill. mehr Verdienst zu schaffen. Dass dies beabsichtigt wird, lässt die Rede des Herrn Camphausen nicht nur vermissen, sondern er

stellt im Reichstage sogar die Herabsetzung der Arbeitslöhne als nothwendig dar, d. h. er sieht eine Vermehrung der 6,4 Mill. Steuerunfähigen voraus und erklärt sie sogar als erspriesslich für die Entwickelung und Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Diese Anschauung hat wenigstens den Reiz der Neuheit für sich. Der „Neue Social-Demokrat“ bediente sich der naiven Aeusserung des Vice-Ministerpräsidenten natürlich sofort, um in einem höchst aufregenden Artikel die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, welche Gesinnungen gegen sie in den obersten Regierungskreisen herrschen.

Herr Professor A. Wagner hat auf dem Congress der Landwirthe mit Recht hervorgehoben, dass bei dem kläglichen Standpunkt unserer Statistik kein Minister unterrichtet sein könne darüber, ob und wieweit die Höhe der Löhne an der Krisis Schuld trage, dass es aber gewiss nicht gerathen erscheinen könne, dass der Vice-Ministerpräsident einen solchen unbewiesenen Satz als officielles Dogma proklamire. Das müsse auf die ohnehin Noth leidenden Massen den allerungünstigsten Eindruck machen, und es hat ihn gemacht.

Auch ein Praktiker, der Fabrikbesitzer Kalle, hat am 4. März 1875 im Abgeordnetenhause die Camphausen'sche Theorie der Nothwendigkeit niedriger Arbeitslöhne zurückgewiesen. Er bemerkte mit Recht, dass die englischen Arbeiter kürzere Zeit arbeiteten und höheren Lohn erhielten als die deutschen, dass aber trotzdem die deutsche Industrie mit der englischen nicht concurriren könne, Die Gründe müssten also anderwärts liegen. Und sie liegen anderwärts; zum Theil darin, dass die sogenannte „Gewerbeordnung“ unser Lehrlingswesen in vollständigen Verfall bringt, so dass wir fast nur noch Schluderarbeiter heranbilden, die natürlich Schluderwerk liefern.

Aber all' Dieses trifft noch nicht den Kern der Sache: Man berücksichtigt nicht genug, dass der Hauptmarkt für die deutschen Industrieproducte Deutschland selbst sein sollte, dass es also darauf ankommt, die Masse des Volkes consumtionsfähiger zu machen. Ich bin so frei, Sr. Excellenz den Satz gegenüber aufzustellen: Je höher die Löhne, desto grösser die Blüthe der Industrie!

Was exportiren wir denn eigentlich? Manufacten, wenig Ackerbauproducte und leider — viel Capital, Capital, dies Oel der Productionsmaschine beim heutigen Productionsmodus. Wir exportiren Capital für faule rumänische Eisenbahnpapiere, für Amerikaner, Russen, Türken etc. Dies Capital belebt die Production im Auslande und wird der inländischen Production entzogen. Wir schmieren mit unserm Oel die Achsen des Concurrenten im Wettfahren und wundern uns nun, wenn die unsrigen aus Mangel an Fett glühen. Als die Börsensteuer von uns gewünscht wurde, haben die Wissenden, hinter den Coulissen Stehenden, ähnliche Gedanken gehegt; freilich Herr Wilmanns war unschuldig an ihnen. Die Versicherung kann ich den Herren

Delbrück-Camphausen-Michaelis (von Achenbach braucht man kaum zu reden) geben, dass die deutsche Nationalökonomie ihr System so vollständig gerichtet hat, dass auf keiner deutschen Hochschule mehr ein Nationalökonom für dasselbe ein Wort einzulegen wagt. Alle diese Professoren sind heute schon Kathedersocialisten, d. h. sie erziehen die Jugend, welche dereinst dieses schnell abwirthschaftende System zu den Todten werfen wird, wenn es nicht vorher in anderer Weise „verkracht“ ist.

Dies sind so ungefähr die Leistungen der vom Fürsten Bismarck mit der Leitung der volkswirthschaftlichen Entwickelung Deutschlands betrauten Minister. Wir kommen zu dem Schluss, dass sie ihrer Aufgabe keineswegs gewachsen sind. Diese Excellenzen hätte die „Kreuz-Zeitung“, sie hätten die conservativen Abgeordneten angreifen sollen, nicht den „Säcularmenschen“, dem gegenüber jene doch nur die Rolle von „Geheimen Räthen“ und zwar mit entschiedenem Unglück, spielen.

Was den Fürsten Bismarck selbst anlangt, so ist er möglicherweise nur ein grosser Diplomat ohne die Veranlagung zu einem Stein oder Colbert, oder er hält es für unmöglich, jetzt schon mit den Manchester-Liberalen zu brechen und schiebt den Bruch bloss hinaus, oder er ist müde und will und wird abtreten. Wenn er indess den Einfluss, den er im Volke noch hat, gebrauchen wollte, so könnte er immerhin noch eine Reformpolitik in Angriff nehmen. Indess das entzieht sich unserem Urtheil, denn der Reichskanzler ist nicht ein Monarch, er kann, wie gesagt, abtreten, und dann folgt ein Anderer, den man heute nicht kennt, genug, hier liegt etwas Unberechenbares vor, und in solchem Falle legen halbwegs gescheute Leute immer die Feder nieder.

Aber es existirt etwas Stabiles im Reich, etwas, mit dem man rechnen darf und mit dem wir rechnen wollen, das ist nicht eine Person, es ist etwas — in Deutschland — so lange Unsterbliches und Unvergängliches, als es leben will und sich zur Geltung bringen will, es ist die

Dynastie der Hohenzollern!

Mit der muss jeder ernsthafte Staatsmann rechnen. Sie kann nicht abdanken, sie stirbt nicht mit ihrem jeweiligen Repräsentanten, es existirt keine Macht im Lande, die sie ruiniren könnte, sie kann sich höchstens und das so gut, wie es andere Dynastien gethan haben, selbst zu Grunde richten. Aber die Vergangenheit dieses Hauses lässt solche Befürchtungen nicht aufkommen. Die Hohenzollern haben bisher zu sehr, gewissermassen traditionell und instinctiv, das richtige Gefühl für die Forderungen gehabt, welche die Zeit an sie stellte. Sollte das ihnen jetzt verloren gegangen sein? Wir hoffen „Nein!“

Die Hohenzollern haben in Preussen ein doppeltes Bestreben mit Erfolg zur Ausführung gebracht; sie haben ihre Souveränetät fest begründet und eine herrschende Klasse neben dem Thron nicht aufkommen lassen; sie haben ferner stets die Partei der

Schwachen im Lande, wider die der Starken genommen. Beide Grundsätze sind richtig und werden jedenfalls sehr bald bedeutender in der Hohenzollerschen Politik ihren Ausdruck finden, als dies seit einem Jahrzehnt der Fall ist.

Ein jedes Volk, und das deutsche erst recht, will regiert sein, aber es will gut regiert sein. Die wilden Thiere in der Wüste sind Manchesterleute. Sie dulden keinen König über sich. Das Wüstengesetz der freien Concurrenz herrscht schrankenlos: „Die grosse Bestie frisst das kleine Vieh!“

Das deutsche Volk besteht nicht aus wilden Bestien, sondern aus Menschen und zwar zum grössten Theil aus Christen. Man wird jetzt dies sagen können, ohne sich lächerlich zu machen, denn den Erfolg hat die Falk'sche Kirchenpolitik zweifellos gehabt, nachzuweisen, dass das Christenthum noch Boden hat in Deutschland, und zwar bei Evangelischen wie bei Katholiken. Dieser einzige positive nicht destructive Erfolg des Herrn Falk ist immerhin etwas werth, wenn auch kaum die Opfer, welche er kostet. Die Hohenzollern wissen nun jedenfalls, dass das deutsche Volk nach christlichen Grundsätzen regiert sein will, d. h. dass sie starke Hüter und Schützer sein sollen der Armen und Ausgebeuteten gegen die Reichen und Ausbeuter. Wie einst ihre Vorfahren den Bürger und den Bauer in Schutz nahmen gegen den Feudaladel, so müssen sie jetzt des Arbeiters, sowie der kärglichen Ueberreste aus dem Handwerker- und Grundbesitzerstande sich annehmen gegenüber dem Stande der alles überwuchernden, aussaugenden und corrumpirenden Capitalisten.

Sie werden jedenfalls sich dieser edeln Aufgabe unterziehen, weil ihre Sympathien mit Nothwendigkeit auf Seiten der Arbeitenden sein müssen. Sind sie doch selbst vielleicht die fleissigsten Männer im Reich. Kann man sich ein grösseres Beispiel von Pflichttreue und wahrlich erstaunlicher Arbeitsamkeit denken, als es der greise Kaiser Wilhelm seinen Unterthanen täglich in einem Alter noch giebt, in welchem sich der behäbige Bürger längst zur Ruhe gesetzt hat? Kann es andererseits etwas dem Sybaritismus und dem dissoluten Familienleben der Börsenfürsten Unähnlicheres geben, als die schlichte und einfache Ehrbarkeit des kronprinzlichen Haushaltes? Unser greiser Herr und sein dereinstiger Nachfolger sind so ganz arbeitsame, ehrsame und christliche Deutsche, dass sie niemals dauernd die Herrschaft einer capitalistischen, semitischen Clique im Staate neben sich dulden werden, um so weniger, als diese Menschen ihre schmutzigen Hände nach dem Scepter selbst auszustrecken wagen.

Denn was ist der ganze Parlamentarismus anders als ein kecker Versuch der verschwindenden aber allerdings reichen und herrschsüchtigen Minorität des Volkes, die königliche Macht zu brechen und sich selbst zum unumschränkten Herrscher im Staat zu machen, um so ihre gesellschaftliche resp. wirthschaftliche Herrschaft auszudehnen und zu befestigen! Wie verschwindend

klein diese Minorität ist, dafür haben wir jetzt einen officiellen Beweis:

Die Uebersicht der Resultate der Einschätzung zur Klassen- und Einkommensteuer pro 1874, welche dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde, lässt interessante Schlüsse auf die Einkommensvertheilung in Preussen zu, wenn man vorläufig davon absieht, dass 1874 die Klassensteuer in mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten noch nicht eingeführt war. Späterhin wird also die Zahl der Personen mit Einkommen unter 3000 Mark in solchen Tabellen grösser ausfallen. Absehen muss man ferner von 138,334 Militairpersonen. Alsdann kommen in Betracht 6,309,297 Personen, welche keine Steuern zahlen, weil 6,034,263 davon nicht 420 Mark Einkommen erreichten, 275,034 Personen zwar von 420 — 660 Mark Einkommen hatten, aus besonderen Gründen aber steuerunfähig waren (Jugend, starke Kinderzahl etc.). Nimmt man an, das Einkommen eines Jeden der 6,034,263 nicht Steuernden habe 300 Mark betragen, was der Wahrheit nahe kommen dürfte, und nimmt man den Durchschnitt des Maximum und Minimum vom Einkommen in den einzelnen Steuerstufen als massgebend an, so erhält man folgende Zahlen: Summa der Steuerpflichtigen 10,301,208. Gesammteinkommen 6,090,445,515 M. Pro Kopf bei gleicher Theilung 593 M. Diese lassen sich in folgende Klassen theilen: 1) 6,034,263 Personen haben unter 420 Mark, präsumtiv 300 Mark, Summa 1,810,278,900 M.; 58,5 pCt. der Bevölkerung, in tiefer Armuth lebend, beziehen 30 pCt. des Nationaleinkommens. — 2) Die darauf folgende Schicht mit einem Einkommen von 420—1050 M. umfasst 3,510,691 Personen, ca. 34,1 pCt. der Bevölkerung bezieht 2,260,376,415 M. Einkommen = 37 pCt. des Nationaleinkommens. — 3) Der kleine Mittelstand mit 1050—1800 M. Einkommen umfasst 478,410 Personen = 4,6 pCt. der Bevölkerung und bezieht 657,284,050 M. Einkommen = 10,8 pCt. des Nationaleinkommens. 4) Der Mittelstand mit 1800—3600 M. Einkommen zählt 178,930 Personen = 1,7 pCt. der Gesammtbevölkerung und bezieht 460,501,050 M. = 7,5 pCt. des Gesammteinkommens. 5) Der Stand der Wohlhabenden mit 3600—14,400 M zählt 89,293 Personen = 0,86 pCt. der Gesammtbevölkerung und bezieht 541,609,900 M. = 9 pCt. des Gesammteinkommens. — 6) Die Reichen, 9634 Personen = 0,09 pCt. der Gesammtbevölkerung, beziehen 360,386,200 M. = ca. 6 pCt. des Gesammteinkommens. — Das Durchschnittseinkommen des Einzelnen in jenen 6 Klassen beträgt resp.: 300, 645, 1164, 2586, 6017, 37,540 Mark.

Danach bestehen 92,6 pCt. der Bevölkerung Preussens aus ganz armen Leuten, Leuten, die noch nicht 1 Thlr. tägliches Einkommen haben, die von allem „Selfgovernment“ in Gemeinde, Kreis und Provinz gesetzlich ausgeschlossen sind, die nicht Geschworene stellen, nicht zum Landtag wählen. Der ganze Apparat des Parlamentarismus in Preussen, vom Abgeordnetenhause bis in die Dorfversammlung, ruht auf den Schultern von noch

nicht 8 pCt. der Gesammtbevölkerung und wird ausgeübt und — ausgebeutet von den „Wohlhabenden und Reichen" zusammen ca. 1 pCt. der Bevölkerung, welche die Leithammel bilden, denen der „kleine" und der wirkliche „Mittelstand," ca. 6 pCt. der Bevölkerung nachhüpfen, beim allgemeinen Hammelsprung. Auf jene $92\frac{1}{2}$ pCt. — und auch auf die darauf folgenden $4\frac{1}{2}$ pCt. muss sich der Monarch stützen, und er wird ganz unerschütterlich fest stehen.

Dieser ganze parlamentarische Humbug, von dem eine im Dienst der obersten Zehntausend stehende servile Presse einen solchen Lärm macht, als hätte er wirklich eine reelle Bedeutung, besitzt diese nicht, denn er hat im Volk fast gar keinen Boden, weil sich für ihn nur die paar Procent interessiren, die aus ihm allerdings einen durchaus klanghabenden Nutzen schlagen.

Freilich hat das Königthum in anderen Ländern sich durch die parlamentarische Phrase und den Tam-Tam der liberalen Presse wiederholt blenden lassen und den Parlamentarismus für mehr genommen als tönendes Erz und klingende Schellen; aber diesen Irrthum hat es mit der Krone bezahlt: Louis Philipp glaubte seinen Thron ganz sicher, wenn er der Majorität im Parlament sicher wäre. Dies hatte aber keine Wurzel mehr im Volk, und als das wirkliche Volk, das Volk mit den russigen Händen, sich einmal unwillig regte, da fiel das ganze Kartenhaus des Parlamentarismus zusammen und begrub den Thron unter seinen Schutt. Auch Napoleon III. regierte ganz sicher und unbestritten und unter dem Beifall des wirklichen Volks, der 93 pCt., so lange er *selbst* eben regierte. Kaum aber hatte er angefangen, mit dem Parlamentarismus zu pactiren, da war es mit seiner Macht aus. Was nutzte ihm am 4. September seine sichere Majorität im gesetzgebenden Körper?

Kaiser Franz Joseph ist kein glücklicher Regent, wohl weil er *zu wenig Regent* ist. Aber fest begründet stand sein Thron in wolkenloser Höhe, bis er mit Dem pactirte, was die obersten Zehntausend und die „Neue Freie Presse" *Zeitgeist* nennen. Seit das Bürger-Ministerium installirt wurde, ist Oesterreich nicht mächtiger geworden, wohl aber haben sich seitdem aus der Börsencloake giftige Dunstwolken erhoben, welche, wie im Falle Langrand, Wiener Bank, Process Ofenheim, bereits die einhüllen, welche dem Thron am nächsten stehen. Wenn das so noch eine Weile fortgeht, so wird diese Wolke um den Thron so dick werden, *dass das Volk seinen Kaiser nicht mehr sieht* und in Verzweiflung die Hoffnung aufgiebt, dass die Hand des Kaisers den zweiköpfigen Geier erlege, dessen einer Kopf „Ofenheim" heisst, der andere „Rothschild", welche beide Köpfe unablässig an der Leber des an Ketten geschmiedeten arbeitenden Volks von Oesterreich hacken. In dem Augenblick, in welchem dieses Volk den Kaiser nicht mehr sieht und auf ihn nicht mehr hofft, da wird es mit einem gewaltigen Ruck seine Fesseln sprengen und den Geier

zerreissen — aber auch der Thron wird bei diesem letzten grossen „Wiener Krach" in Stücke gehen.

Anders wird's, so hoffen wir, in Deutschland geschehen. Sollte der Fürst Bismarck zurücktreten, und sollten wir dann einen national-liberalen Reichskanzler erhalten, so würde allerdings die Gefahr nahe liegen, dass der Parlamentarismus das Königthum mehr und mehr schwächte und discreditirte. Allein ein solcher Erfolg für den Moment wird sehr bald zu einer Katastrophe führen. Die Hohenzollern sind eben von anderm Stoff als die Orleans und die Habsburger. Vermessener und immer vermessener wird diese kleine liberale Clique am Kaisermantel herum zupfen, bis dem deutschen Kaiser die Geduld ausgeht und er mit einem Tritt das Kartenhaus ihres Parlamentarismus auseinander stösst. Wenn dann der Schlachtruf schallt: „Hie deutscher Kaiser und Volk" und auf der andern Seite: „Hie Lasker und Bamberger," dann werden die Parlaments- und Börsensemiten das Schicksal der Nathaniten von Paris haben, und Ephraim wird fliehen und zerstreut werden von „Dan bis gen Beerseba"!

Wenn dann der Kaiser diejenige wirthschaftliche Politik wiederaufnimmt, welche bezeichnet wird durch die Namen des Grossen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., Friedrich des Grossen und Friedrich Wilhelm III. (Stein-Hardenberg), wenn Er auch auf volkswirthschaftlichem Gebiet wieder „regiert", so wird er, was Friedrich der Grosse nach dem siebenjährigen Kriege that, den Wohlstand des deutschen Volkes, nicht den Wucherverdienst der Jobber, heben und den socialen Frieden im Reich wiederherstellen. Er wird Deutschland noch einmal, im Innern, erobern, und diese Eroberung wird durch und durch eine moralische sein.

Alsdann wird erst ein wahres deutsches Kaiserthum entstehen, das hohenzollersche Kaiserthum der socialen Reform!




Druck von Carl Ringer & Sohn in Berlin.

